

EUROPA-ARCHIV

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft

8/II

ACHTES JAHR

JULI - DEZEMBER 1953

INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT
FRANKFURT AM MAIN

Inhalt

Verzeichnis der Beiträge und Dokumente	3*
Sachverzeichnis	6*
Personenverzeichnis	17*
Verzeichnis der mit genormten Anzeigen im Jahrgang 1953 vertretenen Verlage	20*

Erläuterungen

Im Sachverzeichnis sind die Seitenzahlen des zu einem Stichwort gehörenden Hauptbeitrages durch fetteren Druck hervorgehoben; ein Stern vor der Seitenzahl verweist auf Notizen in der Zeittafel; die Zahlen in Klammern sind Hinweise auf die Nummern der entsprechenden Dokumente der 5. Sitzungsperiode (1953) der Beratenden Versammlung des Europarats.

Berichtigungen

In Folge 13/1953, S. 5823, linke Spalte, 11. Zeile von oben, lies richtig: In seiner Rede vom 16. April 1953....

Folge 20/1953, S. 6050, rechte Spalte, Notiz unter **Persien**: Zum Außenminister wurde nicht der ehemalige Präsident der UN-Vollversammlung, Nasrollah *Entezam*, sondern dessen Bruder, Abdullah *Entezam*, ernannt. Entsprechend ist Folge 23/1953, S. 6190, rechte Spalte, zu berichtigen.

Folge 21/1953, S. 6057, „Die Sozialarbeit der Brüsseler Paktmächte im Rahmen einer europäischen Sozialpolitik“: Der am Ende des ersten Kapitels auf S. 6058 gegebene Quellenhinweis auf die Studie von Dr. Johannes Schregle über Erfolge und Möglichkeiten einer europäischen Sozialpolitik bezieht sich nicht nur auf die folgenden, sondern insbesondere auf die vorhergehenden Abschnitte.

In Folge 23/1953, S. 6187, linke Spalte, erste Notiz unter **Deutschland**, lies richtig: Die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft....

In Folge 24/1953, S. 6241, linke Spalte, 18. Zeile von unten, lies richtig: Edmond *Giscard d'Estaing*.

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co.) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H.V.)

Anschrift der Schriftleitung: Frankfurt am Main, Myliusstraße 20, Telefon 7 80 21.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt am Main, Myliusstr. 20, Telefon 7 33 47.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH., Frankfurt am Main, Große Eschenheimer Straße 16—18.

Verzeichnis der Beiträge und Dokumente

Geist und Gegenwart

- Aufgaben und Probleme der Europaforschung. Von Theodor Steltzer 5897
- Die Notwendigkeit eines europäischen Kartenwerks. Probleme einer europäischen Kartographie. Von Dr. Wilfried Krallert, Salzburg 5985
- Zur Entwicklung der deutschen Sprache in der sowjetischen Besatzungszone. Von Walter Richter 6053
- Das Kolonialproblem als Aufgabe der Europaforschung. Von Professor Raymond-Jean Guiton, Paris 6089
- Einwirkungen der russischen Literatur auf die Literatur der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland. Von Kurt Werner 6125

Politisches Archiv

- Probleme der Französischen Union. Von Professor Raymond-Jean Guiton, Paris
5. Teil: Algerien 5797
6. Teil: Tunesien 5855
7. Teil: Marokko, Äquatorial- und Westafrika, Madagaskar 5933
8. Teil: Die Französische Union und die Europäische Einigung 6095
- Materialien zu den Ereignissen des 16. und 17. Juni in Berlin und der SBZ mit dokumentarischem Anhang. Von Wilhelm Cornides unter Mitwirkung von Helmut Löschhorn 5829
- Die verfassungsrechtliche Entwicklung Jugoslawiens in westlicher Sicht. Von Professor Dr. Dr. Lothar Schultz, Göttingen 5843
- Die Bedeutung des neuen jugoslawischen Verfassungsgesetzes in jugoslawischer Sicht. Von Professor Dr. J. Djordjevic, Belgrad 5851
- Der Aufbau der Verwaltung in der Tschechoslowakei. Das System der Nationalausschüsse. Von Dr. Helmut Slapnicka, Linz 5965
- Der zivile Bevölkerungsschutz im Ausland. Von Wolf von Dreising, Bonn 5991
- Der Fall Karpathorußland. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Kalten Krieges. Von Dr. J. W. Brügel, London 6021
- Studien zum Föderalismus. Ergebnisse einer amerikanischen Untersuchung über die Probleme einer europäischen Gemeinschaft
1. Die gesetzgebende Gewalt des Bundes 6132
2. Die vollziehende Gewalt des Bundes 6149
3. Die rechtsprechende Gewalt des Bundes 6163
4. Nationale Verteidigung 6191
5. Auswärtige Angelegenheiten 6194
6. Wirtschaft, Transportwesen und Zölle 6198
7. Finanzwesen 6200
8. Währung, Bank- und Kreditwesen, Devisenverkehr 6203
9. Landwirtschaft 6206
10. Arbeit und soziale Sicherheit 6208
11. Die Grundrechte 6211
12. Die Staatsangehörigkeit, Einwanderung und Einbürgerung 6214
13. Schutz der Verfassung 6217
14. Ueberseeische Gebiete 6220

15. Zulassung neuer Staaten, territoriale Veränderungen und Abtrennung von Gebietsteilen 6222
16. Verfassungsänderung 6225

Wirtschafts-Archiv

- Wirtschafts- und Organisationspolitik im westeuropäischen Kohlenbergbau bis zur Errichtung der Montanunion. Von Dr. Paul Wiel, Velbert 5803
- Die Stellungnahme des Montanparlamentes zu dem ersten Tätigkeitsbericht der Hohen Behörde. Von Walter Bödighheimer 5865
- Die Internationale der Genossenschaften. Von Dr. J. W. Brügel, London 5871
- Deutschland im Netz der Europastraßen. Von Richard Laubert 5903
- Entwicklung und Lage der Wohnungswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1953. Von Dr. Dorothea Faber 5943
- Großbritannien und die Europäische Zahlungsunion. Von Dr. Helmuth Cammann, Düsseldorf 6001
- Thesen zur monetären Integration Europas. Ergebnisse einer Untersuchung der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES) 6029
- Die Sozialarbeit der Brüsseler Paktmächte im Rahmen einer europäischen Sozialpolitik. Von Hermann Volle 6057

Verzeichnis der Dokumente

(nach der Zeitfolge)

- Dokumente zur Annexion Karpathorußlands durch die Sowjetunion
- Botschaft Stalins an Dr. Benesch zu den Ereignissen in der Karpatho-Ukraine vom 23. Januar 1945 6026
- Antwort Dr. Benesch vom 1. Februar 1945 6027
- Die Zusatzprotokolle zum Vertrag über die Europäische Veteidigungsgemeinschaft 5863
- Die Investitur-Rede Paul Reynauds vor der Nationalversammlung über die Lage der französischen Nation am 27. Mai 1953 5814
- Politische Maßnahmen in der DDR seit der Einsetzung einer Sowjetischen Hohen Kommission am 28. Mai 1953
- Kommuniqué über eine Besprechung von Vertretern des Ministerrats und Vertretern der Evangelischen Kirche vom 10. Juni 1953 5820
- Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats vom 11. Juni 1953 5821
- Anordnungen der Regierung der DDR vom 11. Juni 1953 5822
- Das Schlußkommuniqué der Commonwealth-Konferenz in London vom 9. Juni 1953 5819
- Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. Juni 1953 über die Verhandlungsthemen einer Viermächtekonferenz über Deutschland 5825
- Notenwechsel zwischen den Westmächten, der österreichischen Regierung und der Sowjetunion über den Abschluß eines Staatsvertrages mit Oesterreich
- Note der Westmächte vom 11. Juni 1953 5915

Memorandum der österreichischen Regierung an die Sowjetunion vom 30. Juni 1953	5955	Empfehlung an das Ministerkomitee zur zukünftigen Stellung der Saar	6080
Antwort der Sowjetunion an die österreichische Regierung vom 29. Juli 1953	5915	Entschliebung zur europäischen Verteidigung	6080
Antwortnote der Sowjetunion an die Westmächte vom 30. Juli 1953	5916	Empfehlung an das Ministerkomitee, die NATO um regelmäßige Berichte zu ersuchen	6081
Antwortnote der Westmächte vom 17. August 1953	5954	Antwort an das Ministerkomitee betreffend das Aktionsprogramm des Europarates	6081
Antwortnote der österreichischen Regierung an die Sowjetunion vom 19. August 1953	5955	Antwort an das Ministerkomitee betreffend die Zusammenarbeit mit der OEEC	6082
Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 29. August 1953	5976	Entschliebung zum fünften Bericht der OEEC	6084
Note der Sowjetunion an die österreichische Regierung vom 29. August 1953	5976	Entschliebung zur Koordination des europäischen Transportwesens und dazugehörige Direktive	6085
Note der österreichischen Regierung an die Sowjetunion vom 23. September 1953	6066	Entschliebung zum Low Tariff Club	6085
Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 25. November 1953	6228	Empfehlung an die Regierungen der Mitgliedstaaten betreffend eine Europäische Konvention über Auslieferung	6088
Dokumente zum Aufstand in der DDR am 16. und 17. Juni 1953		Bericht zur Ernennung des Generalsekretärs und der Beamten des Europarates	6115
Mitteilung des „Neuen Deutschland“ über die Demonstrationen vom 16. Juni 1953	5833	Empfehlung an das Ministerkomitee zur Vereinfachung der Grenzformalitäten	6115
Mitteilungen und Bekanntmachungen der Regierung der DDR am 17. Juni 1953	5836	Empfehlung an das Ministerkomitee zu den Programmen der nationalen Fernsehsender	6118
Erklärung der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED am 21. Juni 1953	5836	Entschliebung zum Tätigkeitsbericht der Organisation des Brüsseler Abkommens	6118
Telegramm Bundeskanzler Adenauers an Premierminister Sir Winston Churchill vom 21. Juni 1953	5841	Empfehlung an das Ministerkomitee zu Studienstipendien des Europarates	6119
Antwortbotschaft Sir Winston Churchills vom 24. Juni 1953	5842	Empfehlung an das Ministerkomitee zur Förderung der europäischen Idee in den Gemeinden	6119
Antwortbotschaft Präsident Eisenhowers vom 26. Juni 1953	5842	Schlußkommuniqué der Außenministerkonferenz der Balkanpakt-Mächte in Athen vom 7. bis 11. Juli 1953	5917
Antwortbotschaft des amtierenden französischen Ministerpräsidenten, René Mayer, vom 26. Juni 1953	5842	Ergebnisse der Außenministerkonferenz der Westmächte in Washington vom 10. bis 14. Juli 1953	
Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats der DDR vom 25. Juni 1953	5840	Kommuniqué über europäische Fragen vom 14. Juli 1953	5911
Erklärung der „Prawda“ zu den Ereignissen des 17. Juni, vom 6. Juli 1953	5834	Kommuniqué über Fernost-Fragen vom 14. Juli 1953	5912
Entschliebung des Internationalen Exekutivbüros der Europäischen Bewegung zur gegenwärtigen internationalen Lage vom 21. Juni 1953	5880	Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über die Einberufung einer Viererkonferenz	
Gemeinsame Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates und der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Straßburg vom 22. Juni 1953		Note der Westmächte vom 15. Juli 1953	5913
Bericht von Fräulein Klompé über die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Europarat	5887	Antwortnote der Sowjetunion vom 4. August 1953	5913
Entschliebung der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zum Gesamtbericht der Hohen Behörde über die Tätigkeit der Gemeinschaft sowie zum Allgemeinen Haushaltsvorschlag für das Rechnungsjahr 1953/54, vom 23. Juni 1953	5869	Note der Sowjetunion vom 15. August 1953	5951
Dokumente der Fünften Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates		Note der Westmächte vom 2. September 1953	5975
2. Teil, vom 23. bis 24. Juni 1953		Note der Sowjetunion vom 28. September 1953	6042
Antwort auf die Botschaft und den vierten Bericht des Ministerkomitees	5888	Note der Westmächte vom 18. Oktober 1953	6065
Stellungnahme zu dem Bericht der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	5894	Note der Sowjetunion vom 3. November 1953	6175
Empfehlung an das Ministerkomitee über die Integration der OEEC	5895	Note der Westmächte vom 16. November 1953	6179
3. Teil, vom 15. bis 26. September 1953		Note der Sowjetunion vom 26. November 1953	6228
Schlußfolgerungen des Berichts von Paul Henri Spaak zur Politik des Europarates	6078	Antwortnote der Westmächte vom 8. Dezember 1953	6230
Entschliebung zur Politik des Europarates	6079	Aufsatz von Vladimir Dedijer in der „Borba“ (Belgrad), zur „Befreiung“ Osteuropas vom 26. Juli 1953	6009
		Kommuniqué der Konferenz der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft zur Errichtung einer Politischen Gemeinschaft in Baden-Baden vom 8. August 1953	5956
		Entschliebungen des Sechsten Kongresses der Liberalen Weltunion in Mondorf-les-Bains (Luxemburg) vom 22. August 1953	5978
		Ergebnisse des Besuchs einer Regierungsdelegation der DDR in Moskau vom 20. bis 22. August 1953	
		Sowjetisch-deutsches Kommuniqué über die Moskauer Verhandlungen	5973
		Protokoll über den Erlaß der deutschen Reparationszahlungen und über andere Maßnahmen	

zur Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR, die mit den Folgen des Krieges verbunden sind . . .	5974	Resolution über die Lockerung der mengenmäßigen Beschränkungen von Einfuhren aus der Dollar-Zone . . .	6236
Bericht des Ausschusses für regionale Föderationen auf dem 5. Kongreß der Weltbewegung für eine Weltbundesregierung in Kopenhagen vom 23. bis 25. August 1953 . . .	6070	Resolution über die Ausweitung der Produktion . . .	6236
Der Douglas-Bericht über die Beziehungen zwischen Dollar und Sterling und ihre Rückwirkung auf die amerikanische Wirtschaftspolitik vom 24. August 1953 . . .	6039	Resolution über die Ernennung von Mitgliedern des Beratungsausschusses des Europäischen Produktivitätsamtes . . .	6236
Resolution des 7. Jahreskongresses der Internationalen Union der Christlichen Demokraten in Tours vom 6. September 1953 . . .	6014	Zusatzabkommen zum Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, dem Königreich Griechenland und der Türkischen Republik vom 7. November 1953 . . .	6180
Schlußkommuniqué der Konferenz der Außenministerstellvertreter der Europäischen Gemeinschaft über die Errichtung der Politischen Gemeinschaft in Rom vom 9. Oktober 1953 . . .	6071	Entschließung der Deutschen Sektion der MSEUE (Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa) zur gegenwärtigen europäischen Politik auf der Tagung in Frankfurt am Main vom 14. bis 15. November 1953 . . .	6186
Das amerikanisch-spanische Stützpunktabkommen vom 26. September 1953 . . .	6101	Schlußkommuniqué der Außenministerkonferenz der Europäischen Gemeinschaft über Grundlagen der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Den Haag vom 26. bis 28. November 1953 . . .	6232
Erklärung der MSEUE (Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa) zu Fragen der Europäischen Gemeinschaft vom 5. Oktober 1953 . . .	6103	Resolution der französischen Nationalversammlung zur Europapolitik vom 27. November 1953 . . .	6243
Ergebnisse des Zweiten Europäischen Kongresses in Den Haag vom 8. bis 10. Oktober 1953		Kommuniqué über die deutsch-französischen Saarbesprechungen zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Außenminister Georges Bidault in Den Haag am 28. November 1953 . . .	6232
Aufruf an die Männer und Frauen Europas . .	6067	Schlußkommuniqué der Konferenz der Regierungschefs der drei Westmächte auf Bermuda vom 7. Dezember 1953 . . .	6231
Politische Entschließung . . .	6067		
Entschließung über die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft . . .	6068		
Entschließung zur Frage des gemeinsamen Marktes . . .	6068		
Entschließung über den Europäischen Wirtschafts- und Sozialrat . . .	6069		
Das amerikanisch-griechische Stützpunktabkommen vom 12. Oktober 1953 . . .	6102		
Bericht des „Runden Tisches Europas“ über seine Sitzung in Rom vom 13. bis 16. Oktober 1953 . .	6122		
Schlußkommuniqué der Außenministerkonferenz der Westmächte in London vom 16. bis 18. Oktober 1953 . . .	6065		
Entschließungen der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt auf der Tagung in Basel vom 16. bis 19. Oktober 1953 . . .	6181		
Die Europäische Charta der Gemeindefreiheiten, gebilligt durch den Europäischen Gemeindetag in Versailles am 18. Oktober 1953 . . .	6104		
Auszüge aus der Regierungserklärung Dr. Konrad Adenauers vom 20. Oktober 1953 . . .	6105		
Auszüge aus der Debatte zur Regierungserklärung am 28. und 29. Oktober 1953			
Erklärungen der SPD durch Erich Ollenhauer .	6108		
Erklärungen der FDP durch Dr. Thomas Dehler	6109		
Erklärungen der CDU durch Dr. Eugen Gerstenmaier . . .	6110		
Ergebnisse der Sitzung des Ministerrates der OEEC am 29. und 30. Oktober 1953			
Beschluß über die Beschäftigung von Angehörigen anderer Mitgliedstaaten . . .	6233		
Resolution über Zahlungsregelungen in Westeuropa . . .	6234		
Resolution über die Untersuchung gewisser Probleme, die sich aus der Wiedereinführung der Konvertierbarkeit der Währungen eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ergeben können . . .	6235		
Resolution über die weitere Liberalisierung . .	6235		
		Aus dem Zeitgeschehen	
		<i>Kurzberichte</i>	
		Die diplomatische Offensive der Sowjetunion seit dem Tode Stalins . . .	5823
		Die europäische Bewegung und die gegenwärtige internationale Situation . . .	5880
		Veränderungen im Befehlsbereich Europa der NATO . . .	5880
		Der Bundesparteitag der FDP in Lübeck . . .	5882
		Die europäische Produktivitätszentrale . . .	5918
		Die NATO prüft die Fragen einer Wiedervereinigung Deutschlands . . .	5918
		Die Tagung der Sozialistischen Internationale in Stockholm . . .	5919
		Die Reparationen in der SBZ von 1945 bis 1952 .	5920
		Die europäische Außenministerkonferenz von Baden-Baden . . .	5956
		Die 5. Tagung des Obersten Sowjets . . .	5956
		Der 5. Deutsche Evangelische Kirchentag . . .	5957
		Der 23. Jahresbericht der BIZ . . .	5958
		Europäische Studententagung in der Akademie Calw. Von F. Messerschmid . . .	5959
		Vorschläge für eine engere Bindung Großbritanniens an den Kontinent . . .	5959
		Das Auslandshilfe-Programm der Vereinigten Staaten 1953/54 . . .	5960
		Die Wahlen zum Zweiten Deutschen Bundestag .	5977
		Sechster Kongreß der Liberalen Weltunion . . .	5978
		Die künftige Bevölkerungsentwicklung in Europa .	5978
		Die 16. Tagung des ECOSOC in Genf . . .	6011
		Die Liberalisierung des europäischen Handels . .	6012
		Studienkonferenz über die Atlantische Gemeinschaft	6013
		Der 7. Jahreskongreß der NEI in Tours . . .	6014
		Britisch-europäische Fernsehkonferenz . . .	6014
		Die Jahresberichte des Weltwährungsfonds und der Weltbank . . .	6045

Der Jahreskongreß der britischen Labour Party . . .	6045
Ein grundlegendes Referat Ulbrichts auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED	6046
Die Konferenz der Außenministerstellvertreter der Europäischen Gemeinschaft in Rom	6071
Der zweite Europäische Kongreß in Den Haag vom 8. bis 10. Oktober 1953	6071
Der Parteitag der Konservativen im Zeichen der Rückkehr Churchills und Edens	6072
Das Programm der Bundesregierung für die zweite Legislaturperiode 1953 bis 1957	6105
Um die Einberufung einer Viererkonferenz . . .	6183
Die Tagung der Interparlamentarischen Union in Washington	6184
Tagung der Europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen in Straßburg	6185
Stellungnahme der Deutschen Sektion der MSEUE zu europäischen Fragen	6185
Die Konferenz des ICEM in Venedig	6186
Ein Bericht der ECE über die wirtschaftliche Entwicklung in West- und Osteuropa	6237
Die Benelux-Konferenz in Brüssel am 16. November 1953	6240
Erste internationale CEPES-Tagung in Deutschland	6240

Zeittafeln

Zeittafel vom 1. bis 15. Juni 1953	5825
Zeittafel vom 16. bis 30. Juni 1953	5883
Zeittafel vom 1. bis 31. Juli 1953	5921
Zeittafel vom 1. bis 15. August 1953	5961
Zeittafel vom 16. bis 31. August 1953	5979
Zeittafel vom 1. bis 15. September 1953	6015
Zeittafel vom 16. bis 30. September 1953	6047
Zeittafel vom 1. bis 15. Oktober 1953	6073
Zeittafel vom 16. bis 31. Oktober 1953	6111
Zeittafel vom 1. bis 15. November 1953	6187
Zeittafel vom 16. bis 30. November 1953	6241

Mitteilungen des Europarats

Gemeinsame Tagung der Beratenden Versammlung und der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	5887
5. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (2. Teil)	5888
5. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (3. Teil)	6077
Die Tätigkeit des Europarats im Juli 1953	5931
Die Tätigkeit des Europarats im August 1953	5983
Die Tätigkeit des Europarats im September 1953	6077
Die Tätigkeit des Europarats im September 1953 (Fortsetzung)	6115
Die Tätigkeit des Europarats im Oktober 1953	6120
Die Tätigkeit des Europarats im November 1953	6247

Sachverzeichnis

Abkommen

Belgien—Frankreich: Konvention über soziale Sicherheit, 19. Januar 1951: 5984	
Bundesrepublik Deutschland—Deutsche Demokratische Republik, Interzonenhandel, 24. Juni 1953: *5884	
Bundesrepublik Deutschland—USA, Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag, 3. Juni 1953: *5825	
Bundesrepublik Deutschland—USA, Rückgabe von Schiffen, 20. August 1953: *5979	
Bundesrepublik Deutschland—USA, Wohnungen für Sowjetzonenflüchtlinge, 28. August 1953: *5980	
Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte *5896, *5921, 6015, 6058, 6086, 6088, 6115, 6124, 6247f.	
Frankreich—Kambodscha, Militärabkommen, 17. Oktober 1953: *6113	
Frankreich—Laos, Souveränität, 22. Oktober 1953: *6112	
Frankreich—USA, Einfuhr nach Marokko, 31. Dezember 1951: 5942	
Genfer—, Viertes, zum Schutz der Zivilpersonen in Kriegszeiten, 12. August 1949: 5992	
Großbritannien—Libyen, Freundschafts- und Bündnisvertrag, 30. Juli 1953: *5927	
—über die Gründung einer europäischen Organisation für kern-	

physikalische Forschung, 1. Juli 1953: *5921	
—von Jalta, 4. Februar 1945: 5823, 5920, 6028	
Korea—USA, Sicherheitsvertrag, 8. August 1953: *5964	
Londoner Schulden—, 27. Februar 1953: *6048	
Oesterreich—Jugoslawien, Luftfahrt, 11. November 1953: *6189	
—von Potsdam, 17. Juni 1945: 5823, 5829, 5915, 5952, 5976, *6244	
Sowjetunion—Jugoslawien, Diplomatische Beziehungen, 15. Juni 1953: 5824	
Sowjetunion—Tschechoslowakei, Freundschaftsvertrag, 12. Dezember 1943: 6022	
Sowjetunion—Tschechoslowakei, Abtretung der Karpatho-Ukraine, 29. Juni 1945: 6027	
USA—Griechenland, Stützpunkte, 26. September 1953: *6074, 6101 (Wortlaut)	
USA—Spanien, Stützpunkte, 26. September 1953: *6050, 6101 (Wortlaut)	
Westmächte—Tschechoslowakei, Minderheitenschutz, 10. September 1919: 6021	
Abrüstung	
5816, 5880, *5885, 5914, 5919f., *5928, 6011, *6015, 6042, 6046, *6050, 6066, 6175, 6185, *6243f.	
ad hoc-Versammlung	
s. Europäische Gemeinschaft	

Ägypten

Staatspräsident *5886

Äquatorialafrika 5939f.

AER

Association Européenne pour l'Etude du Problème des Réfugiés
s. Europäische Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen

Afrika

Einwanderungsmöglichkeiten 6185

Entwicklung 5978

Kartographie 5985

Albanien

Genossenschaften 5872f.

Regierungsumbildung *5922

Verfassung 5844

Verwaltung 5965

Algerien 5797ff.

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)
6031, *6114

Amnestien

Deutsche Demokratische Republik
5832

Sowjetunion (österreichische
Gefangene) 5955

Ungarn *5927

Amt für Auslandsvorhaben

s. Foreign Operations Administration
(FOA)

ANZUS

(Australia, New Zealand, United
States)

s. Pazifischer Sicherheitspakt

Arabische Liga

5800, 5859f., 5938, *6018

Arbeiterbewegung

5871
 Belgien 5878 Anm. 1
 Großbritannien 5874
 Italien 5878 Anm. 1
Asien
 Kartographie 5985
Atlantikpakt (NATO)
 5911, 6042, 6186
Organe:
 Atlantikrat 5823
 Ständiger Militärausschuß 5881
 Aufrüstung *5922
 Bevölkerungsschutz 6064 Anm. 6
 und Bundesrepublik Deutschland
 5918, 5951f., *6048, 6072, 6179,
 6183, 5992, *6188, *6241
 Burden-Sharing 6037
 und Commonwealth 5819
 und Dänemark *5883, *6073
 und Europarat 5892, 6080f.
 und Frankreich *5884, 6231, *6241
 und Großbritannien 5881, 6231
 Infrastrukturprogramm *6047, *6111
 und Italien *5885, *5980
 Kommando-Organisation 5880f.,
 *5961, *5964
 und Marokko 5938
 Produktionsprogramm *6015, *6047
 Studienkonferenz über Atlantische
 Gemeinschaft 6013
 Stützpunkte 6042f., 6046, *6050,
 *6074, 6101f., 6175f., *6243
 und Türkei 5885, *6111
 und USA 5881f., 6231
Atomenergie
 5823, 5896, *5921, 5999, 6042f., *6050,
 6175f., *6243f.
Auslandshilfe, amerikanische
 s. Foreign Operations Administration
 (FOA) und Mutual Security Agency
 (MSA)
Australien
 und Europäische Zahlungsunion 6001

Balkanpakt
 5917, *6075, 6180, *6243
**Bank für Internationalen Zahlungs-
 ausgleich** 5958
Belgien
 und Äquatorialafrika 5939
 Arbeiterbewegung 5878
 Atomforschung *5921
 Bevölkerung 5978
 Bevölkerungsschutz 5991, 5997
 und Europäische Vereinigung für
 wirtschaftliche und soziale Entwick-
 lung 6029
 und Europäische Zahlungsunion
 *5921
 und Europarat 6081
 und EVG *6015, *6111, *6187, *6241
 Genossenschaften 5873f.
 Gewerkschaften 5874
 Handel *5825, 6013, 6240
 Industrie 6240
 Kartelle 5812
 Kartographie 5986
 Kohlenbergbau 5812
 und Konvention der Menschenrechte
 6248

Landwirtschaft 5815
 und Montanunion (Klage beim Ge-
 richtshof) *5961
 Parteien
 Sozialistische Partei *6187
 Sozialpolitik 5984
 Verfassung *6111
 und Westunion 6057, 6060, 6063
Benelux-Staaten
 Benelux-Fonds 6240
 Konferenz *5925, 6240
 Zollunion *5925
Berlin (Ost)
 Aufstand (17. Juni 1953) 5829ff., 5840,
 5882, *5883, 5912, 5914, *5923f.,
 *5980
 Sozialistische Einheitspartei (SED)
 *5962
Berlin (West)
 Bürgermeisterwahl *6112
 und Deutscher Bundestag (Vertreter)
 *5884
 und Europarat 5896
 Senat *6242
Bevölkerungsfragen
 Auswanderung 5889, 5891, 6058,
 *6113, 6118, 6186
 Belgien 5978
 Bundesrepublik Deutschland 5978
 Europa 5978
 Europarat 5891f., 5894, 6118
 Flüchtlinge *5825, 5891f., 5896, *5921,
 6012, 6185f.
 Frankreich 5978
 Großbritannien 5978
 Italien 5978
 Minderheiten
 Polen 6021
 Tschechoslowakei 6021
 Niederlande 5978, 5996,
 Spanien 5978
 Uebervölkerung 5891, 5896
 USA 6012
 Weltbevölkerung 6012
Bevölkerungsschutz 5991ff.
Bibliographien
 Europäisches Flüchtlingsproblem 6185
Britisch-Guayana *6075, *6113
Brüsseler Pakt
 s. Westunion
Bulgarien
 Genossenschaften 5872f.
 und Griechenland (Diplomatische
 Beziehungen) *6049
 Kartographie 5988
 Verfassung 5844
 Verwaltung 5965
 Wirtschaftspolitik *5961, 6237
 Zwangsarbeit *5886
Bund Europäischer Jugend
 *5961, *6047

CEPES
 Comité Européen pour le progrès
 économique et social
 s. Europäische Vereinigung für wirt-
 schaftliche und soziale Entwicklung
China (Volksrepublik)
 5914
 und Indochina *6018
 Kartographie 5987

und Korea 5975, *5982, *6018, 6042,
 *6076, *6114, 6176, *6244
 und Vereinte Nationen 5919, 5957,
 *6017f., 6042, 6176
 Wahlen *6050
 und Westmächte 5912
**Committee for Economic Develop-
 ment (CED)** 6029
Commonwealth
 5888
 und Atlantikpakt 5819
 und Europa 6068
 und Europäische Zahlungsunion 6001
 und EVG 5819
 Konferenz der Premierminister 5819
 und Sowjetunion 5819
 und USA 6039ff.
 Wirtschaftspolitik 6039ff.

Dänemark

Amerikanische Rüstungshilfe *5825
 und Atlantikpakt *5883, *6073
 Atomforschung *5921
 Außenministerkonferenz *6017
 Bevölkerungsschutz 5991, 5995
 und Europäische Zahlungsunion
 *5921
 und Europarat 6081
 Handel 6013, *6073, 6238
 Parteien
 Sozialdemokratische Partei *5883
 Stationierung ausländischer Luftstreit-
 kräfte *6073
 Verfassung *5825
 Wahlen *6047
 Wirtschaft *5825

Deutschland (insgesamt)

und Äquatorialafrika 5939
 Eisen- und Stahlindustrie 5804
 und Europastraßen 5903ff.
 Evangelischer Kirchentag 5957
 und Frankreich *5925, 6071f., *6243
 Genossenschaften 5875
 Interzonenhandel *5884, 5954, *5962,
 *5980, *6242
 Interzonenreisen (Pässe) *5979, *6015,
 *6048, *6073, *6187f.
 Kartographie 5986, 5988, 5990
 Kohlenindustrie 5803ff., 5813
 und Marokko 5935
 Ostgebiete 5882, *6016, *6073, 6103,
 6106, 6109
 und Sowjetunion 5918, 5951, 5957
 Wiedervereinigung *5825, 5831, 5837,
 5880, 5882, *5885, 5911ff., 5919f.,
 *5922, *5925f., 5951ff., 5957f., *5963,
 5973, 5975, 5977, *5980, *6015,
 6042f., 6046, *6048, 6071, 6078, 6103,
 6106, 6183, 6186, 6229ff., *6242
Deutschland (Bundesrepublik)
 und Atlantikpakt 5918, 5951f., *6048,
 6072, 6179, 6183, *6188
 Atomforschung *5921
 Außenpolitik 5882, *5884, 5977, *5980,
 6106, 6109f.
 Baden-Württemberg (Regierungs-
 bildung) *6048, *6073, *6187, *6241
 Besatzungskosten 5954, 6044, *6187,
 *6242
 Bevölkerung 5978, 6106
 Bevölkerungsschutz 5991

- Bundesgrenzschutz *5883
 Bundesinformationsministerium *6048
 Bundesverfassungsgericht *5883
 deutsch-alliierte Verträge *5826, *5881f., *5883, *5918, *5923, *5951f., *5977, *6015, *6046, *6080, *6103, *6107, *6176, *6187f., *6241
 und Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung *6106, *6239
 und Europäische Zahlungsunion *5921
 und Europäischer Wirtschaftsrat *6073, *6106, *6239
 und Eurapat *6081, *6248
 und EVG s. deutsch-alliierte Verträge
 Finanzpolitik *5882, *5883, *6008, *6016, *6074, *6105f., *6242
 Flüchtlinge *5980
 und Frankreich *6014, *6047, *6108, *6112, *6188
 Genossenschaften *5877
 Gesetze
 Beamten-gesetz *5825, *5883
 Entschädigungsgesetz *5922, *5924
 Haushaltsgesetz 1953/54: *5922
 Heimkehrergesetz (Novelle) *5922
 131er-Gesetz (Novelle) *5922
 Kaffee- und Teesteuergesetz *5922
 Ratifizierungsgesetz zum Londoner Schuldenabkommen *5922
 Sozialgerichtsgesetz *5922, *5924
 „Tag der deutschen Einheit“ (17. Juni) *5922
 Versorgungsgesetz (Novelle) *5922
 Wahlgesetz *5884, *5922
 Wohnungsbaugesetz (Novelle) *5924
 Gewerkschaften *5923f., *5962, *5979, *6048, *6073, *6105
 und Großbritannien *5841
 Handel und Gewerbe *6013, *6016, *6238
 Industrie *5815, *6238
 und Interparlamentarische Union *6184
 und Israel (Wiedergutmachungs-abkommen) *5963, *5980
 Jugendfragen *6106
 und 17. Juni 1953 in der SBZ *5841f., *5882
 Kohlenbergbau *5806, *5923
 Kriegsverurteilte *6015
 Kulturpolitik *6110
 Landwirtschaft *6106
 und Montanunion *5866, *6046, *6107
 Nauheimer Kreis *5923
 Naumann-Kreis *5882, *5924
 und Niederlande *5925
 Niedersachsen (Landtag) *6187
 off shore-Aufträge *5924
 und Ostgebiete *6016, *6106, *6109
 Parteien
 Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit *5826, *5923, *5962
 Christlich-Soziale Union *5826
 Deutsche Reichspartei *5923, *5961, *5979
 Deutsche Sammlung *5826
 Freie Demokratische Partei *5882, *5962, *6109, *6187f., *6241
 Gesamtdeutsche Volkspartei *5826, *5923, *5962
 Gesamtdeutscher Block *6074
 Hamburg-Block *6048, *6074, *6187
 Sozialdemokratische Partei *5825
 *5884, *6015f., *6048, *6103, *6108f., *6184, *6187f.
 Regierungserklärung *6105
 Reparationen und Nachkriegsschulden *5954, *5980, *6044, *6242
 und Saargebiet *5817, *5882, *5922, *6103, *6108ff., *6187f.
 Schrott *5919
 und Sowjetunion *5826, *5977
 Sozialpolitik *5882, *6105
 Stahl *5866, *5919
 Straßen *5905ff.
 Streitkräfte *5951, *6103
 und USA *5825, *5927, *5979, *6103, *6187
 und Vereinte Nationen *6110
 Verfassung *6108
 Visumzwang (Aufhebung) *5883, *6087, *6247
 Wahlen *5882, *5924, *5977, *5980, *6016, *6018, *6047f., *6103, *6105, *6108
 —Hamburg (Bürgerschaft) *6187
 und Weltbank *5924, *6045
 Wirtschaft *5825, *5882, *6074, *6105, *6108, *6110, *6242
 Wohnraum *5943, *5980, *5983, *6105, *6109f.
Deutschland (Deutsche Demokratische Republik)
 amerikanische Lebensmittelhilfe *5923, *5927, *5961, *5964, *5980
 Amnestie *5832
 Amtsenthebungen und Verhaftungen *5923, *5962
 Aufstand *5829ff., *5840, *5882, *5883, *5912, *5914, *5923f., *5980
 Besatzungskosten *5954, *5974, *5981, *6044
 Bevölkerungsschutz *5992
 Diplomatische Missionen *5974, *6187
 Finanzpolitik *5821f., *5837, *6073, *6188
 Flüchtlinge *5837
 Fünfjahrplan *5821, *5830, *5832, *5924, *5944, *5946, *5949
 Genossenschaften *5872f., *5878 Anm. 8
 Gesetze:
 Aufbaugesetz *5947 Anm. 4
 Gewerkschaften *5829, *5992, *6046
 Handel *6073
 —organisation (HO) *5821
 Industrie *5821, *5824, *5829ff., *5837, *5839, *5949f., *6016, *6073, *6112, *6187, *6242
 und Israel (Wiedergutmachung) *5963
 und Kirche *5820, *5824, *5832
 und Korea *5836
 Landwirtschaft *5822, *5824, *5831, *5837, *5946
 Literatur *6125ff.
 Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) *5822, *5944
 Ministerrat *5820ff., *5840, *5923, *6073
 Mißstände *5822, *5824, *5829ff., *5837
 „Neuer Kurs“ *5824, *5831ff., *5838, *5924, *6016, *6046, *6073, *6237
 Parteien:
 Demokratischer Bauernbund *6016
 Nationaldemokratische Partei *6111
 Sozialistische Einheitspartei *5831ff., *5834, *5839, *5924, *6046, *6054
 Presse *6053
 Reparationen und Nachkriegsschulden *5920, *5954, *5973, *5980, *6044
 Republikflüchtige *6073
 Sowjetische Hohe Kommission *5824, *5831
 Sowjetische Kontrollkommission *5831f.
 und Sowjetunion *5973ff., *5979
 Sozialisierung *5824, *5830
 Sozialpolitik *5821f., *5824, *5829f., *5837, *5839ff.
 Sprachentwicklung *6053ff., *6125ff.
 Staatliche Plankommission *5830, *6016
 Städtebau *5946
 Straßen *5906
 Streitkräfte *5829
 Technische Arbeitsnormen *6046
 Verhaftungen s. Amtsenthebungen
 Versorgung *5831, *5837f.
 Verwaltung *5924
 Volkswirtschaftsplan *6073
 Wirtschaft *5829ff., *5973, *6016, *6046, *6237
 Wohnraumwirtschaft *5834, *5839ff., *5944ff.
 Zwangsarbeit *5886
 Zweijahrplan *5944
Donaukommission *5926
ECA, Economic Cooperation Administration
 s. Marshallplan
ECE, Economic Commission for Europe
 s. Vereinte Nationen, Wirtschafts-kommission für Europa
ECOSOC, Economic and Social Council
 s. Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Sozialrat
Europa
 und Atlantikpakt *6093
 Atomforschung *5921
 Bevölkerungsentwicklung *5978
 Charta der Gemeindefreiheiten *6104 (Wortlaut)
 europäisches Bewußtsein *5897, *5901, *5932, *6015, *6092f., *6117
 europäische Schulen *5864
 Flüchtlinge *5902, *5921, *6185f.
 —forschung *5897ff., *5901, *6089ff., *6185
 und Frankreich *5816
 und Französische Union *6095ff.
 Gemeindetag *6104
 Geschichte *5888, *5900, *6122
 und Großbritannien *5816
 Handel *5897, *5918, *6082, *6085
 Industrie *6015, *6240
 Institut für Europäische Gegenwarts-kunde *5902

- Integration (monetäre) **6029ff.**
 Integration (soziale) 5894, 6181f.
 Integration (wirtschaftliche) 5867ff., 5870, 5901, 5977, 6014, *6017, 6029ff., 6036, 6057, 6085, 6106, 6240
 Jugend *5961, *6047
 Kartographie **5985ff.**, 6181
 —kolleg *5883, 5902, *6015
 Kolonialproblem **6089ff.**
 Kommunismus 5901
 Konvention zum Schutze der Menschenrechte *5893, *5921, 6015, 6058, 6086, 6088, 6115, 6124
 Kulturfagen 5901, 6090, 6117, 6121ff.
 Landwirtschaft 6032, 6084, 6109, 6240 und Marokko 5933
 Patente 5890
 und Portugal 6094
 Rat Europäischer Handelsverbände *5825
 Rat der Gemeinden Europas 6104
 Runder Tisch 6117, 6121ff.
 und Sowjetunion 5900
 Sozialpolitik 6057, 6067, 6086f., 6181f. und Spanien 6094
 Staatsbürgerliche Erziehung (Handbuch) 5896
 Steuersysteme *6049, 6240
 Straßen **5903ff.**
 Studententagung 5959
 Ueberseepolitik 6094
 und USA 5900, *5927
 Verfassung s. Europäische Gemeinschaft, Satzungsentwurf
 Verkehr *5883, 5890, **5903ff.**, 6082
 Wirtschaft *5826, 5865, 5920, *5979, 6030, 6067ff.
 Wohnungsbau *5891, *6087
Europäische Bewegung
 5880, 5896
 und Atlantikpakt 6013 Anm.
 Deutscher Rat der — — *6111
 Europäisches Ferienlager *5921
 Französischer Rat der — — *5921
 — —, Comité d'Action Jeune *6111
 Internationales Jugendsekretariat *5921
 Kongreß der — — 6067ff., 6071
Europäische Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen (AER) 6185
Europäische Gemeinschaft
 5911, 6014, 6036, 6067ff., 6092, 6186, 6232
 Organe
 ad hoc-Versammlung *5883, 6068
 Verfassungsausschuß *5883, 6014, *6047
 Europäischer Exekutivrat 6068
 Gerichtshof 6232
 Parlament 6068
 Wirtschafts- und Sozialrat 6069
 und Bundesrepublik Deutschland 6107
 und Europarat 6247
 und EVG 6232
 und Frankreich *6049, 6071, *6074, *6112
 Grundfragen 6232
 und Montanunion 5866, 5868f., 5880, *5883, *5921, 5956, 6071, 6232
 Parteien 5866
 Satzungsentwurf *5883, 5902, 6037, *6047, 6067, 6071f., 6078
 und Sowjetunion *6050
 und Ueberseegebiete 6096
 Vertrag über die Satzung s. Satzungsentwurf
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
 5803, *5883, 5911, 5920, 6186
 Organe:
 Gemeinsame Versammlung *5825, **5865ff.**, 5869, 5887
 Gerichtshof *5961
 Hohe Behörde *5828, 5865ff., 5869, 5902, *5921, *5961, *6047, 6078, 6082f., *6241
 Ministerrat 5956
 Sitzungen:
 22. Juni 1953: Gemeinsame Versammlung und Beratende Versammlung des Europarats 5887ff.
 15. bis 23. Juni 1953: Gemeinsame Versammlung *5825, 5865
 17. September 1953: Präsidium der Gemeinsamen Versammlung 6078
 21. bis 22. September 1953: Beratender Ausschuß der Hohen Behörde *6047
 12. bis 13. Oktober 1953: Ministerrat und Hohe Behörde *6073
 Auswärtige Beziehungen 5867, 5870
 Bibliographie 5902
 und Bundesrepublik Deutschland 5866, 6046
 und Europäische Gemeinschaft 5866, 5868f., *5883, *5921, 5956, 6107, 6232
 und Europarat 5869, 5880, 5887, 5889, 5894, 5932, 6071
 und EVG 5956
 Gemeinsamer Markt *5825, 5865ff., 5870, 5877, 5920, *5921, 5956, 5960, *6073, 6083f., 6096f., *6241
 und Großbritannien 5865, 5867f., 5870, 5959
 Handel *6047
 Haushalt 5868ff.
 und Internationale Arbeitsorganisation *5961
 und Internationaler Genossenschaftsbund 5876
 Investitionen 5866, 5870, 5893, *5921 und Italien *5961, *5979, *6015 und Kartelle *5921, *6047
 Kohle *6047
 Personalfragen 5870
 Produktions- und Preispolitik 5865f., 5920
 Schrott 5919
 Sitz der — — 5868
 und Sowjetunion 5868
 Sozialpolitik 5866f., 5870, 5894, 6057f., 6086
 Stahl 5919, *6047
 Tätigkeitsbericht 5865
 Transportwesen 5870, *5921
 Untätigkeitsklage *5961
 und USA *5828, 5865, 5868, 5870, *5886
 Verkehrsfragen 5866, *5921
 Verwaltungsfragen 5868, 5870
 Zölle 5893, *5961, 6083
Europäische Jugendkampagne 6013
Europäische Politische Gemeinschaft s. Europäische Gemeinschaft
Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES) 6029ff.
 Studie 6030ff.
 Tagung (internationale) 6240
Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)
 5880, 5911, 5978, 6014, 6067, *6073, 6080, 6186, 6231, *6243
 und Belgien *6015, *6111, *6187, *6241
 und Bundesrepublik Deutschland 5881, *6015, *6048, 6080, 6107, 6176, *6187f., *6241
 und europäische Schulen 5864
 und Frankreich 5816, *5826, *5884, *5924f., 5957, 6014, *6048f., 6096, *6112, *6188, 6231
 und Großbritannien 5960, 6068, 6072, 6108, 6183, *6243
 und Italien *6074
 und Luxemburg *6017
 und Montanunion 5956
 und Niederlande *5925, 5984
 Personalwesen 5863
 und Polen *6244
 und USA *5927, 5960
 Zusatzprotokolle zum Vertrag *5826, **5863ff.** (Wortlaut), *5925, 6096
Europäische Zahlungsunion
 *5883, *5885, *5921, 5958, 6031, 6084, 6234, 6239f., *6241
 und Australien 6001
 Bilanz einzelner Länder *5921
 und Bundesrepublik Deutschland 6239
 und Commonwealth 6001
 und Großbritannien **6001ff.**, 6239
 und Indien 6001
 und Neuseeland 6001
 und Schweiz *5921, 6006
Europäischer Jugendrat *5921
Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)
 5806, 5901f., 5958, 6012f., *6015, 6031, 6036
 Organe:
 Handelsdirektorium 6031
 Ministerrat *5883, 5918, *6111, **6233ff.**, 6238
 Produktivitätszentrale 5918, 6085, *6111, 6236
 Tagungen:
 7. bis 12. September 1953: — — und Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation *6015
 29. bis 30. Oktober: Ministerrat *6111, 6238ff.
 Beschäftigung von Angehörigen anderer Mitgliedstaaten 6233, 6238
 und Bundesrepublik Deutschland *6073, 6239
 Europäische Zahlungsunion *5883, 6001, 6031, 6238f.

und Europarat 5889, 5895, 5983, 6083f., 6120
 und Frankreich 6248
 Handelsbeschränkungen 6012, 6084
 Haushalt 5918
 Kohle *6241
 und Konvertierbarkeit der Währungen 6234, 6238
 Liberalisierung *5921, 6012f., 6031, 6084, *6111, 6233ff., 6238
 Luftverkehr *5921
 Oelraffinerien *5961
 und Oesterreich *6073
 Patente *5921
 und Schweden 6248
 Sozialpolitik 6057, 6086f.
 Visumzwang (Aufhebung) *5883
 Zölle 6031
 Zusatzquoten *6073

Europarat

Die Zahlen in Klammern () sind Hinweise auf die Nummern der entsprechenden Dokumente der 5. Sitzungsperiode (1953) der Beratenden Versammlung des Europarats.

5887, 5902, 5920, 5931, 5983, 6077, 6115, 6247

Organe:

Beratende Versammlung 5983, *6015, 6247, (117), (149), (159), (163), (215)

Generalsekretär und Sekretariat 6077, 6115, (197)

Ministerrat 5889ff., (116), (122), (126), (140), (141), (159), (188), (190), (195), (202), (204), (214), (125)

Sitzungen:

22. Juni 1953: Beratende Versammlung und Gemeinsame Versammlung der Montanunion: 5887ff.

23. bis 24. Juni 1953: 2. Teil der 5. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung: 5887ff.

15. bis 26. September 1953: 3. Teil der 5. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung: *6015, *6047, 6077ff., 6115ff.

und Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen 6031, *6114, (150), (209)
 Assoziation mit Nichtmitgliedstaaten 5888, (161), (169)

und Atlantikpakt 5892, 6080f.

Beamte des— 6115, (197)

und Berliner Senat 5896

Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen 5891f., 5894, 5896, 5983, 6185, (115), (139), (155), (158), (172), (176), (217), (218)

Beziehungen zu NGO's (non-governmental organizations) 5893, (141), (202)

und Bundesrepublik Deutschland 6248

und Europäische Gemeinschaft 6247, (111), (118), (120), (127), (128), (131), (147), (148)

und Europäischer Wirtschaftsrat 5889, 5895, 5983, 6083f., 6121, (160), (178), (206)

Exportbestimmungen 6085, (207)
 und EVG 5984, 6082, (182)
 Fahne 6120, (191), (198)
 Fernsehen 5896, 5931, 6117, (137), (211)

Film 6118, (125)

Forschung *5921, 5932, 6119, (162)

und Frankreich 5896

gegenseitige Behandlung von Staatsbürgern 5931

und Gemeinden 6119, (135), (136), (146), (173), (174), (210)

Geschäftsordnung 6120, (117), (213)

Grenzformalitäten 5983, 6115, (142), (201)

und Griechenland 6248

Haushalt 6247, (149)

Hilfsmaßnahmen für Katastrophengebiete 5932, 5984, 6121, (119), (171), (203)

und Internationale Arbeitsorganisation 5889, 6087, (170), (189)

und Internationaler Genossenschaftsbund 5876

und Internationales Privatrecht 5892, (190), (214)

und Island 5896

Konsultationsverfahren 6082, (130)

Konvention der Menschenrechte 5896, *5921, 6015, 6058, 6086, 6088, 6115, 6124, 6247f., (205)

Kulturfragen 5891f., 5896, *5921, 5931f., 6117f., 6121, 6248

Landwirtschaft 5890, 5932, 6082, 6086, (133), (138)

und Montanunion 5869, 5880, 5887, 5889, 5894, 5932, 6071, 6078, (121), (154), (156), (204)

und Oesterreich 5888

und Olympische Spiele (110)

Patente 5890

Politik des — 5931, 6078, 6082, (132), (181), (193), (208), (216)

Programm 5889, 6082

und Saarfrage 6079f., 6082, 6247, (186)

Soziale Fragen 6057f., 6086f., (140), (167), (188), (212)

Konvention über soziale und ärztliche Hilfe 5890, 6086, (116), (153)

Sprachgemeinschaft 6118, (179)

Stellvertretung der verstorbenen Abgeordneten 6120, (192)

Stipendien *5921, 5932, 6119

Tagesordnung 5983, (109), (143), (144), (145), (152), (159), (164), (165), (166), (194), (200), (219)

und Türkei 5984

Verkehrsfragen 5890, 6082f., (114), (184), (196)

Verwaltung 5892, (149)

Währungskonvertierbarkeit 6084, (134)

und Weltgesundheitsorganisation (177), (187)

und Westunion 5889, 5983, 6087, 6118, (175), (199)

Wirtschaftsfragen 5890, (113)

Wirtschafts- und Sozialrat (112)

Wohnungsbau 5891

Zölle 6082, (150), (209)

Europa-Union

*5961, *6015, *6111

EVG

s. Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Fernsehen

5896, 5931

Britisch-europäische Konferenz 6014

Finanz- und Währungsfragen

Aenderung von Währungskursen 6033

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 5958

Deutsche Demokratische Republik

*6188

Devisen 6002ff., 6030, 6032, 6045, 6239

Diskriminierung 6041, 6045, *6047

Dollarlücke *5825, 6003, 6006f., *6015, 6038, 6045

Goldwährungssystem 6034

Internationale Finanzierungsgesellschaft 6011

Internationale Vereinigung für Steuerrecht *6049

Internationaler Währungsfonds 6007, 6012, *6018, 6036, 6045

Internationales Institut für Finanzwissenschaft *6016

Konvertibilität *5825, *5981, 6001ff., *6016, *6018, 6029, 6034, 6036, 6039, 6045, *6074, 6238f., *6241f.

Notenbanken 6036

Umsstellungsfonds 6037

Wechselkurse 6029, 6032ff., 6041, 6239

Weltbank *5825, *5924, 6011, *6018, 6037, 6041, 6045

Zahlungsausgleich 6032ff., 6037f.

Zentralisierung der Währungsreserven 6029, 6035

Finnland

Handel *6242

Kartographie 5985

Parteien

Sozialdemokratische Partei *5884

Regierungswechsel *5884, *5924, *6188

und Sowjetunion *6242

Flüchtlinge

China 6186

Europäische Forschungsgruppe für

Flüchtlingsfragen 6185

und Europarat 5891f., 5896

Jugend *5921

Triest 6186

und Vereinte Nationen 6012, 6248

Föderalismus

Asiatischer Kongreß der Weltföderalisten 6070

Commonwealth 5888

Europa 6092ff.

Karibische Föderation 6070

Panamerikanische Föderation 5888

Union Europäischer Föderalisten

(UEF) 6070, *6243

World Movement for World Federal Government *5979, 6070

Zentralafrikanische Föderation *5925, *6017, 6070

Foreign Operations Administration (FOA)

*5828, *5927, *5963f.

off shore-Aufträge *5963, *6047

Frankreich

und Äquatorialafrika 5939

und Algerien 5798ff.

und Atlantikpakt *5894

Atomforschung *5921

Außenministerkonferenzen

Washington, 10. bis 14. Juli 1953: 5911ff.

London, 16. bis 18. Oktober 1953: 6065

Außenpolitik 5814ff., 5911ff., *5924, 6014, *6242

Bermuda-Konferenz, 4. bis 7. Dezember 1953: 5816, 5819, *5825f., *5883, *5885, 6186, *6187, *6189, 6231f.

Besatzung (Österreich) *6049

Bevölkerung 5978

Bevölkerungsschutz 5991f., 5998f.

und Bundesrepublik Deutschland 6014, *6047, 6108, *6112, *6188

Comité d'Action pour l'Indépendance Nationale *6188

und Deutschland *5925, 6071f., *6243

und Europäische Gemeinschaft *6049, 6071, *6074, *6112, *6242

und Europäische Zahlungsunion *5921

und Europäischer Wirtschaftsrat 6248

und Europarat 5896, 6081

und EVG *5826, *5884, *5924f., 5957, *5979, 6014, *6048f., *6073, 6112, *6188, 6231, *6242

Finanzpolitik *5826, *5962, *6074, 6097f.

und Französische Union 5798ff., *5924

Gesetze

Sanierung der Staatsfinanzen *5924

Gewerkschaften *5962, *5980

und Großbritannien *5826, *5884, *5925, *6112

Handel *5825, 6013, *6049, 6098, *6111, 6238f.

Haushalt 5815

Industrie 5815f.

und Indochina 5817, *5826, *5884, *6049f., 6065, 6100 Anm. 5, *6112, *6188

und Israel *6113

und Kambodscha *6113

Kartographie 5986ff.

Kohlenbergbau 5809ff.

Kolonialpolitik 5797f., 5800,

5817, 5855ff., 5935ff., 6091

Komitee für die Verteidigung Frankreichs und der Einheit der Französischen Union *5979

Landwirtschaft 5815

und Laos *6112

Lebensstandard 5814

und Madagaskar 5941

und Marokko 5817, 5933ff., *5981, *6190

Nationale Konferenz über das deutsche Problem *6112

Nationalisierung 5812

Noten

an Kambodscha, Laos und Vietnam (Unabhängigkeit), 3. Juli 1953: *5924

an Sowjetunion

(Österreichischer Staatsvertrag) 11. Juni 1953: 5915; 17. August 1953: 5954; 25. November 1953: 6228

(Viermächtekonferenz) 15. Juli 1953: 5913; 2. September 1953: 5975; 18. Oktober 1953: 6065; 16. November 1953: 6179; 8. Dezember 1953: 6230

an Tunesien (Kosouveränität) 15. Dezember 1951: 5861; 30. Januar 1952: 5862

und Österreich 5975f., *6049

Orsec-Plan 5998

Parteien

Kommunistische Partei 5797, *5884, *6112

Radikalsozialistische Partei *6048, *6074

Sozialistische Partei *5924, *6049, *6074, *6112

Union Démocratique et Socialiste de la Résistance *6188

Regierungskrise und -bildung 5817, *5826, *5884, *5925

und Saargebiet 5817, *5826, *5884, *5925, *6049, *6187

und Sowjetunion 5816, 5913ff., *6188

Sozialpolitik 5811, 5816, 5819, 5984

Streik *5962, *5980

Streitkräfte 5817 Anm. 5

und Tschechoslowakei 6022

und Türkei *6075

und Tunesien 5817, 5856ff., *6016, *6190

und Ueberseegebiete 6096ff.

und USA 5815, 5837, 5942

Verfassung 5818, *5925

und Vietnam 5817, 5862, *5884, *6114, *6244

Volksfront *5884

Währungsfragen 5814, 5816, 6096

und Westafrika 5940

und Westunion 6057, 6060, 6063

Wirtschaft 5809ff., 5814, *5884, *5962, *6074, 6096ff., 6240

Zölle 6097

Französische Union

s. a. einzelne Länder

5797ff., 5817, 5855ff., 5912, *5924, 5933ff., *5979, 6095ff., *6112

Friedensbewegung

Weltfriedensrat *5885, *6017, *6243

Friedens-Nobelpreis

*6113

GATT, General Agreement on Tariffs and Trade

s. Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen

Genossenschaften

5871ff.

Internationale genossenschaftliche

Frauengilde 5876

Internationaler Genossenschaftsbund 5871f., 5876

Organisation 5874

und Vereinte Nationen 5876

Geographie

American Geographical Society 5987

Geographische Kongresse 5988f.

Internationale Geodätische Gesellschaft 5985, 5989

Kartographie 5985ff.

Panamerikanisches Institut für Geographie und Geschichte 5987

Geschichtsunterricht

5959, 5983

Gewerkschaften

5871f., 6182

Belgien 5874

Bundesrepublik Deutschland *5923f., *5962, 6105

Deutsche Demokratische Republik 5829, 5992

Frankreich *5962, *5980

Großbritannien 5874, *6016

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften *5923, *5926

Marokko 5937f.

Tunesien 5857

Weltgewerkschaftsbund 5872, *6113.

Griechenland

und Albanien *6049

und Atlantikpakt *5885

Atomforschung *5921

Balkanpakt *5826, *5885, 5917, *6049, 6180, *6243

und Bulgarien (Diplomatische Beziehungen) *6049

und Europäische Zahlungsunion *5921

und Europarat 6081, 6248

Genossenschaften 5874f.

Handel 6013

und Italien *5826, *6049

und Jugoslawien *5826

Kartographie 5986, 5988,

Noten

an Sowjetunion (Stützpunkte)

7. November 1953: *6188

und Rumänien (Diplomatische Beziehungen) *6074

und Sowjetunion *5925, *6112, *6188

und Triest *6049

und USA (Stützpunktabkommen)

*6074, 6102 (Wortlaut)

Wirtschaft 5917

Großbritannien

und Äquatorialafrika 5939

und Atlantikpakt 5881, 6183

Atomforschung *5921

Außenministerkonferenzen

Washington, 10. bis 14. Juli 1953: 5911ff.,

London, 16. bis 18. Oktober 1953: 6065

Außenpolitik 5911ff., *5925, 6046, *6049, 6072, 6183, *6189

Bermuda-Konferenz, 4. bis 7. Dezember 1953: 5816, 5819, *5825f., *5883, *5885, 6186, *6187, *6189, 6231f.

Bevölkerung 5978

Bevölkerungsschutz 5991, 5999

Britisch-Guayana *6075, *6113

und Bundesrepublik Deutschland

5841f., *6189

Devisen für private Auslandsreisen 6238
 Eisenbahnen 5807
 und Europa 5816
 und Europäische Zahlungsunion *5921, 6001ff., 6239
 und EVG 5960, 6068, 6072, 6108, *6243
 und Europarat 6081
 und Frankreich *5826, *5884, *5925, *6112
 Genossenschaften 5873f., 5878
 Gewerkschaften 5874, *6016
 Handel 6005ff., 6013, *6017, 6040, 6046, *6111, *6114, 6238
 Industrie 5815
 und Israel *6113
 Kartographie 5986f.
 Kohlenbergbau 5806ff., 5878
 Krönung *5826
 und Libyen *5927
 und Marokko 5935
 und Montanunion 5865, 5867f., 5870, 5959
 National Council of Labour 5874
 Noten
 an Sowjetunion (Oesterreichischer Staatsvertrag) 11. Juni 1953: 5915; 17. August 1953: 5954; 25. November 1953: 6228; (Viermächtekonferenz) 15. Juli 1953: 5913; 2. September 1953: 5975; 18. Oktober 1953: 6065; 16. November 1953: 6179; 8. Dezember 1953: 6230
 und Oesterreich (Besatzung) *5981, *6017, *6189
 Parteien
 Konservative Partei 6072
 Labour Party 5874, 5878, *5885, 6045, 6072
 und Persien (diplomatische Beziehungen) *6190, *6244
 Regierungsumbildung *6016
 Schrott 5919
 und Sowjetunion 5913ff., *5925, 6183
 Stahl *5825, 5919
 Streitkräfte 6231, 6040, *6243
 Thronrede *6188
 und Triest *6181
 und Tschechoslowakei *6022
 und USA 5835, 5837
 Verstaatlichungen 5878, *5885, 6040, 6046
 Währungspolitik 6002, 6040, 6238
 Westunion 6057, 6060, 6063
 Wirtschaft 6040, 6072

Handelsprobleme

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 5958
 Diskriminierung 5867
 Genossenschaften 5871ff.
 Handel in Algerien 5798
 — — Europa 5897, 6012, 6069
 — — Frankreich *6049, 6098, *6111, 6239
 — — Großbritannien 6006f., 6040, *6111, 6238f.
 — — Island 6013

— — Marokko 5934
 — — Oesterreich *6111
 — — Tunesien 5855
 — — USA *5981, 6007, 6039ff., *6190
 Handelsschranken s. a. Zölle 5918, 6011ff., 6030, 6032, 6038ff., 6048, 6084, 6239
 Internationale Handelskammer *6241
 Interzonenhandel *5884, 5954, *5962, *5980, *6242
 Konvertibilität s. Finanz- und Währungsfragen
 Liberalisierung *5921, 5959, 6007, 6012, 6031, 6041, *6074, 6084, *6111, 6233ff., 6238f.
 Ost-West-Handel 5919, 5957, 6012, 6046, 6238
 Rat Europäischer Handelsverbände *5825
 Zölle *5961, 6013, 6032, 6038, 6041, 6082

ICEM, Intergovernmental Committee on European Migration

s. Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung

ILO, International Labour Organization

s. Vereinte Nationen, Internationale Arbeitsorganisation

IMF, International Monetary Fund

s. Vereinte Nationen, Internationaler Währungsfonds

Indien

und Europäische Zahlungsunion 6001
 und Korea *5982
 und Pakistan *5928, *5982

Indochina

5817, 5824, *5826, 5911f., 5919, *6018, *6049f., 6065, 6093, 6100
 Anm. 5, *6188

Industrie

Benelux 6240
 Bundesrepublik Deutschland 5815
 Deutsche Demokratische Republik 5821, 5824, 5829ff., 5837, 5839, 5949f., *6016, *6073, 6084
 Deutscher Industrie- und Handelstag *5826, *6074
 Frankreich 5815
 Großbritannien 5815
 Niederlande 5815
 Osteuropa 6238
 Produktionsgenossenschaften 5875
 Sicherheitsvorrichtungen 6061
 Sowjetunion 5957

Institut für Europäische Gegenwartskunde 5902

International Civil Aviation Organization 5989

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

s. Vereinte Nationen, Weltbank

Internationale Handelskammer (IHK) *6241

Internationale Union der Christlichen Demokraten (NEI) 6014

Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt *6111

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften *5923

Internationaler Genossenschaftsbund 5871ff.

Internationaler Kinderhilfsfonds

s. Vereinte Nationen

Internationaler Währungsfonds

s. Vereinte Nationen

Internationales Institut für Finanzwissenschaft *6016

Interparlamentarische Union 6184

Irland

Bevölkerungsschutz 5993
 und Europäische Zahlungsunion *5921

und Europarat 6081

Genossenschaften 5875

Handel 6013

Islam

5856f., 5860, *5981, 6091, *6190

Island

Außenministerkonferenz *6017
 und Europäische Zahlungsunion *5921

und Europarat 5896, 6081

Handel 6013

und Konvention der Menschenrechte *5896

Israel

und Bundesrepublik Deutschland (Wiedergutmachung) *5963, *5980
 Genossenschaften 5875
 und Jordanien 6065, *6076, *6114, *6244

und Sowjetunion *5928

Italien

Arbeiterbewegung 5878
 und Atlantikpakt *5885, *5980, *6189
 Atomforschung *5921

Außenpolitik *5925

Bevölkerung 5978

Bevölkerungsschutz 5992, 5997f.

Europäische Föderalistische Bewegung *6243

und Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung 6029

und Europäische Zahlungsunion *5921

und Europarat 6081

und EVG *6074

Genossenschaften 5873f.

und Griechenland *6049

Handel *5825, 6013

Industrie *5885, *6015

und Jugoslawien *5826, *5980f., *6017

Kartographie 5988, 5990

Landwirtschaft *5988, *5990

und Marokko 5935

und Montanunion *5961, *5979, *6015

Naturkatastrophen 5998

Parteien

Christlich-Demokratische Partei *5885, *6049

Sozialdemokratische Partei *5827, *5885

Regierungsbildung *5925, *5963, *5980

Regierungserklärung *5925

- Schrott 5919
 Sozialpolitik 5984
 Straßen 5904
 Triest *5980f., *6017, *6049, *6074, *6113, *6189, *6243
 und Türkei *6189
 und Tunesien 5858, 5862 Anm. 9
 Wahlen *5827, 5836
 Wohnungsbau *5885
 Zölle *5979
- Japan**
 und Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen *6114
 und Internationaler Währungsfonds 6045
 Kartographie 5985
 Streitkräfte *6113
 und Weltbank 6045
- Jordanien**
 und Internationaler Währungsfonds 6045
 und Israel 6065, *6076, *6244
 und Weltbank 6045
- Juden**
 Weltkongreß *5963
- Jugend**
 Bund Europäischer Jugend *5961, *6047
 Bundesrepublik Deutschland 6106
 Christlicher Verein Junger Männer *5979
 Europäische Jugendkampagne 6013
 Europäischer Jugendrat *5921
 Flüchtlinge *5921
 Jeunesses Européennes libérales *5921
 Union Internationale des Jeunes Démocrates Chrétiens *6111
 Weltfestspiele der Jugend *5963
 Youth Department of the World Council of Churches *5961
- Jugoslawien**
 Atomforschung *5921
 Außenpolitik 5824
 Balkanpakt *5826, *5885, 5977, 6180, *6243
 Bund der Kommunisten s. Kommunistische Partei
 Bundes-Nationalversammlung 5847ff., 5851 Anm. 36
 Donaukommission *5926
 Fünfjahrplan 5845
 und Italien *5826, *5980f., *6017
 und Kirche 5847, 5851 Anm. 33
 Kleine Entente 6021
 Kommunistische Partei 5843f., 5846, 5849
 Landwirtschaft 5844f., 5850 Anm. 22
 Nationalitätenproblem 5849
 Noten
 an Italien (Triest) 28. September 1953: *6049
 und Oesterreich *6189
 Rechtswesen 5850, 5852
 und Sowjetunion 5824, *5827, 5843, 5845
 Sozialisierung 5844f., 5850
 und Sozialistische Bewegung 5851 Anm. 31
- Sozialistischer Verband des werktätigen Volkes Jugoslawiens 5846
 Streitkräfte 6010
 und Triest *5980f., *6017, *6049, *6075, *6113, *6189, *6243
 Verfassung 5843ff., 5151ff.
 Verteidigung 5846, 5849, 5852
 Verwaltungsorgane 5846ff., 5851ff.
 Volksfront 5844, 5846
 Wahlen 5844, 5848, *6017, *6243
 Wirtschaft 5844ff., 5852, 5917
- Kambodscha**
 *5924, *6113
- Kanada**
 und USA (Militärische Zusammenarbeit) *6190
 Wahlen *5963
- Karpatorußland 6021ff.**
- Kartographie**
 s. Geographie
- Kaschmir**
 Regierung *5964
- Kleine Entente 6021**
- Kommunistische Parteien**
 Albanien *5922
 Algerien 5800
 Frankreich 5797, *5884, *6112
 Jugoslawien 5843f., 5846
 Marokko 5938
 Sowjetunion *5926
 Tschechoslowakei *5828, *5885, 5966, 5970ff.
 Tunesien 5857
 Ukraine 6025
 Ungarn 5850 Anm. 12, *5885
 USA *6190
 Westafrika 5941
- Konventionen**
 s. Abkommen
- Korea**
 5819, 5911f., 5919, *6018
 Bakterienkrieg *6114
 und Indien *5982
 Kriegsgefangene 5824, *5828, *5886, *5964, *6050
 und USA 5817, *5828, *6076
 und Vereinte Nationen 5975, *5982
 Waffenstillstand *5828, 5836, *5885f., 5912ff., *5928, 5957, *5964, 6042, *6114, 6175f., 6229, 6231
 Wiedervereinigung *5828, *6244
- Korea (Nord)**
 Besuch einer Delegation in Moskau: *6049
 und China (Wirtschaftsabkommen): *6244
 und Sowjetunion *6049
- Korea (Süd)**
 und USA *5928, 5960, *5964
 Wiederaufbau 5960
- Kriegsgefangene**
 deutsche *6018
 italienische *6018
 japanische *6018
 in Korea 5824, *5828, *5886, *5964, *6050
- Kultur**
 Internationale Tagung des Kongresses für die Freiheit der — *5923
 —ausweis (Europarat) 6248
- fonds für Personen im Exil (Europarat) 5891f., 5896
- Landwirtschaft**
 Belgien 5815
 Bundesrepublik Deutschland 6106
 Europa 6082, 6085, 6109, 6240
 Frankreich 5815
 Genossenschaften 5875
 Grüner Pool 5877
 Internationale Föderation landwirtschaftlicher Produzenten 5876, 5932
 Internationaler Verband der Landwirtschaft 5876
 Investitionen 6084
 Marokko 5933f.
 Niederlande 5815
 Osteuropa 6237f.
 Pflimlin-Plan 6032
 Sowjetunion *6017, 6237
- Laos**
 *5924, *6112
- Lateinamerika**
 Argentinien-USA (Differenzen) *6113
 Argentinisch-Chilenische Wirtschaftsunion *5927
 und Europa 5900
 Kartographie 5985
- Libanon**
 und Frankreich 5800
- Liberale Weltunion**
 *5883, 5978
 Jeunesses Européennes Libérales *5921
- Libyen**
 und Großbritannien *5927
 Souveränität 5862
- Luxemburg**
 und Europäische Zahlungsunion *5921
 und Europarat 6081
 und EVG *6017
 Genossenschaften 5875
 Handel 6013, 6240
 Industrie 6240
 und Konvention der Menschenrechte *5921
 Verfassung *6017
- Madagaskar 5941**
- Marokko**
 5797, 5817, 5933ff., 6093
 und Frankreich 5935ff., *5981, *6190
 Regierungswechsel *5963, *5981, *6018
 Unruhen 5939, *5981
- Marshallplan**
 5798, 5856, 5899, 5934, 5958
- Marxismus-Leninismus**
 6054
- Mohammedaner**
 Tunesien 5855
 Westafrika 5941
- Montanunion**
 s. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- MSEUE, Mouvement Socialiste pour les Etats-Unis de l'Europe**
 s. Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa

Mutual Security Agency (MSA)

*5828, 5835, *5927, 5960f., *5963f.
Militärhilfe *5825, 5960
off shore-Aufträge 6045

NATO, North Atlantic Treaty Organization

s. Atlantikpakt

Neuseeland

und Europäische Zahlungsunion 6001

Niederlande

Atomforschung *5921

Außenpolitik *6017

Bevölkerung 5978, 5996

Bevölkerungsschutz 5991, 5996f.

und Bundesrepublik Deutschland *5925

und Europäische Zahlungsunion *5921

und Europarat 6081

und EVG *5925, 5984

Handel 6013, 6240

Industrie 5815, 6240

Kohlenbergbau 5812

Landwirtschaft 5815

Ueberschwemmungskatastrophe 5997

Verfassung *5885, *5925

und Westunion 6057, 6060, 6063

Nordatlantikpaktorganisation

s. Atlantikpakt

Norwegen

Atomforschung *5921

Außenministerkonferenz *6017

Bevölkerungsschutz 5995f.

und Europäische Zahlungsunion *5921

und Europarat 6081

Handel 6013

Kartographie 5985

Sozialpolitik *5925

Streitkräfte *5925

Wahlen *5925, *6075

Wirtschaft *5925

Nouvelles Equipes Internationales (NEI)

s. Internationale Union der Christlichen Demokraten

OEEC, Organization for European Economic Cooperation

s. Europäischer Wirtschaftsrat

Oesterreich

Außenpolitik *5885, *5926

Besatzungserleichterungen 5824, *5885, *5963

Besatzungstruppen *6017, *6049, 6066

und Europäische Zahlungsunion *5885, *5921, *6049

und Europäischer Wirtschaftsrat *6073

und Europarat 5888

und Frankreich (Besuch Raab-Gruber in Paris) *6049

Genossenschaften 5875

und Großbritannien (Besatzungskosten) *5981, 6189

Handel *5825, 6013, *6111

und Jugoslawien (Besuch des Außenministers Popowitsch) *6189

Kartographie 5986, 5990

Kommunismus *6075

Noten

an Mitgliedstaaten der UN (Staatsvertrag) 31. Juli 1953: 5916

an Sowjetunion (Staatsvertrag) 30. Juni 1953: 5955; 19. August 1953: 5955; 23. September 1953: 6066

Parteien

Oesterreichische Volkspartei *5925

Postzensur *5963

und Sowjetunion 5824, 5915f., *5926, 5955, *6049, 6066, *6075, 6103

Staatsvertrag 5823f., *5827, 5911f., 5915f., 5919f., 5954, 5975f., *5980, *6017, 6044, *6049, 6066, *6113, 6179, 6183, 6228ff.

Streitkräfte 5916

und Vereinte Nationen 5916

Zensuraufhebung *6189

Organisation des Brüsseler Paktes

s. Westunion

Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit

s. Europäischer Wirtschaftsrat

Osteuropa

„Befreiung“ 6009ff., 6046

Bund der Sozialistischen Parteien

Mittel- und Osteuropas 6009

Pakistan

Außenpolitik *5928

Bevölkerungsschutz 5991

und Indien *5928, *5982

Islamische Republik *6190

Pakte

s. Abkommen

Pax-Christi-Bewegung 5961

Pazifischer Sicherheitspakt (ANZUS) *6018

Pelila-Plan 6031

Persien

Erdöl 5862, *5961, *5982, *6244

und Großbritannien (diplomatische Beziehungen) *6190, *6244

Regierungswechsel *5964, *5982

und Sowjetunion *5964

Philippinen *6190

Polen

Amtsenthaltungen und Verhaftungen *6049

und Deutsche Demokratische Republik (Reparationen) 5974, *5981

und EVG *6244

Genossenschaften 5872

Industrie 6237

Kohlenbergbau 5807

Noten

an Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und

Norwegen (Deutschlandfrage)

19. November 1953: *6244

und Technisches Hilfswerk (UN) 6011

Verwaltung 5965

Wirtschaftspolitik 6237f.

Zwangsarbeit *5886

Portugal

und Europäische Zahlungsunion *5921

Handel *5825, 6013

Wahlen *6189

Zwangsarbeit *5886

Punkt-Vier-Programm 6184

Regierungsbildung und -wechsel

Albanien *5922

Finnland *5884, *5924, *6188, *6242

Frankreich 5817, *5826, *5884

Italien *5925, *5963, *5980

Marokko *5963, *5981, *6018

Persien *5964, *5982

Syrien *5928

Ungarn *5927

Zentralafrikanische Föderation *6018

Regionalforschung

Asien 6070

Europa 5897, 5901, 6185

USA 5897

Robert-Schuman-Lehrstuhl *5883

Rotes Kreuz

5992, 5997, 6185

Rumänien

Genossenschaften 5872f.

und Griechenland (diplomatische Beziehungen) *6074

Handel 6238

und Israel (Wiedergutmachung) *5963

Kartographie 5986, 5988

Kleine Entente 6021

Verwaltung 5965

Wirtschaftspolitik 6237

Zwangsarbeit *5886

Saargebiet

6186, *6242

und Bundesrepublik Deutschland 5882, *5922, 6103, 6108ff., *6188, 6232, *6241

und Europarat 6079f.

und Frankreich 5817, *5826, *5884,

*5925, *6049, *6188, 6232

Genossenschaften 5875

Gewerkschaften *6016

Kohlenbergbau 5805, 5809

Saudi-Arabien *6190

Schumanplan

s. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Schweden

Atomforschung *5921

Außenministerkonferenz *6017

Bevölkerungsschutz 5991, 5993f.

und Europäische Zahlungsunion *5921

und Europäischer Wirtschaftsrat 6248

und Europarat 6081

Handel 6013

Kartographie 5985

Schweiz

Atomforschung *5921

Außenpolitik 5992

Bevölkerungsschutz 5991f.

und Europäische Zahlungsunion *5921, 6006

Handel 6013

Kartographie 5986

Wirtschaft 5993

Sowjetunion

Amtsenthaltungen und Verhaftungen *5926, 5956

und Arabische Liga 5938

- Außenpolitik 5823, 5911, 5913, *5926, 5957, **6022ff.**, 6184
 Bevölkerungsschutz 6000
 und Bundesrepublik Deutschland 5977
 und Commonwealth 5819
 und Deutsche Demokratische Republik 5920, 5973ff.
 und Deutschland 5918, 5951, 5957, *6189
 und Donaukommission *5926
 und Europa 5900
 und Europäische Gemeinschaft *6050
 und EVG *6189
 und Finnland *6242
 und Frankreich 5816, 5913, 5951, *6188
 Genossenschaften 5872ff.
 und Griechenland (diplomatische Beziehungen) *5925, *6112, *6188
 und Großbritannien 5913, *5925, 5951, 6183
 Handel 5957, 6238, *6242
 Haushalt 5956
 Industrie 5957
 und Israel (diplomatische Beziehungen) *5928
 und Jugoslawien 5824, 5843, 5845
 und 17. Juni 1953 in der SBZ 5834
 Kartographie 5985ff.
 Kommunistische Partei *5926
 und Korea 5957
 Landwirtschaft *6017, 6237
 Literaturpolitik 6125ff.
 und Montanunion 5869, 5870
 und Nordkorea *6049
 Noten
 an Griechenland (Stützpunkte) 26. Oktober 1953: *6112
 an Oesterreich (Staatsvertrag) 29. Juli 1953: 5915; 29. August 1953: 5976
 an Türkei (Konvention von Montreux) 12. Juni 1953: 5824
 an Westmächte (österreichischer Staatsvertrag) 30. Juli 1953: 5916; 29. August 1953: 5976; 25. November 1953: 6228
 (Viermächtekonferenz) 4. August 1953: 5913; 15. August 1953: 5951; 28. September 1953: 6042; 3. November 1953: 6175
 Oberster Sowjet 5956f.
 und Oesterreich 5824, 5915f., *5926, *6049, 6066, *6075, 6103
 und Persien (Kommission für Streitfälle) *5964
 und Satellitenstaaten 5829, 5987, 6237
 Sowjetische Hohe Kommission in Deutschland 5824
 Sozialisierung 5845
 Sozialpolitik 5830, 5956
 Sprachentwicklung 6053, 6125ff.
 Steuern 5956
 Streitkräfte 5823, 5829, 5919, 5956f., *5981, 6023f.
 und Technisches Hilfswerk (UN) 6011
 und Triest *6075
 und Tschechoslowakei **6022ff.**
 und Türkei 5824, *5927
 und USA 5823, 5913ff., *5926, 5951, 5957, 6183
 Verfassung 5844, 5848
 Verhaftungen s. Amtsenthebungen
 Verwaltung 5956
 Wirtschaft 5846, 5956
 Zwangsarbeit *5886
Soziale Sicherheit
 s. Sozialpolitik
Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa 6103, 6185
Sozialistische Internationale 5871f., 5919f., 6009f.
 Internationale Pressekonferenz (Berlin) *6112
Sozialpolitik 6010, 6037
 Arbeitsmarkt 6058, 6061, 6181, 6233f.
 Bundesrepublik Deutschland 6105
 Deutsche Demokratische Republik 5822
 Europa 6057ff., 6069, 6181f.
 Europarat 5890, 5894
 Frankreich 5811, 5816, 5819
 Gesundheitswesen 6062f., 6181
 Internationale Arbeitsorganisation 5876, 5889, *5961, 6057ff.
 Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt *6111, 6181
 Internationaler Kinderhilfsfonds 6012, *6076
 Lebensstandard 5920, 6012, 6029f., 6064 Anm. 1, 6068, 6182
 Löhne 6181f., 6233
 Montanunion 5894
 Nacharbeit 5878
 Norwegen *5925
 Sowjetunion 5956
 Soziale Sicherheit 5984, 6060, 6086
 Statistik 6182
 Vollbeschäftigung 5872, 5920, *5925, 6011f., 6032, 6069, 6184
 Wanderarbeiter 6086f.
 Westunion **6057ff.**
Spanien
 Bevölkerung 5978
 und Heiliger Stuhl (Konkordat) *5981
 Kartographie 5985, 5990
 Streitkräfte *6050, 6101
 und USA (Stützpunktabkommen) *6050, 6101 (Wortlaut)
 Verfassung *5981
 Wirtschaftshilfe *6050
Strafrecht
 Internationaler Kongreß, Rom, 3. Oktober 1953: *6075
Straßburg-Plan 5890, 5894, 5902, 6082ff.
Streitkräfte
 s. Verteidigung
Südafrikanische Union
 Rassendiskriminierung *6190
 Zwangsarbeit *5886
Suezkanal 5820
Syrien
 und Frankreich 5800
 Regierungsbildung *5928
 Verfassung *5928
Triest *5980f., *6017, 6065, *6074ff., *6113, 6186, 6189, 6232, *6243
Tschechoslowakei
 Bevölkerungsschutz 6000, 6021
 Fünfjahrplan *5885, 5967
 Genossenschaften 5872, 5879 Anm. 17
 Gesetz über unentschuldigtes Fehlen bei der Arbeit *5926
 Gesetz der ständigen Annäherung an das Vorbild der Sowjetunion 5972
 Gewerkschaften *5885, *5926
 und Großbritannien 6022
 Handel *6017
 Haushalt 5967
 Industrie 6017
 und Karpathorußland **6021ff.**
 Kaschauer Regierungsprogramm 5969, 5971, 6027
 Kleine Entente 6021
 Kommunistische Partei *5828, *5885, 5966, 6970ff.
 Minderheiten 6021
 Mißstände 5963
 Nationalausschüsse **5965ff.**
 Nationale Front 5972 Anm. 22
 Regierungsumbildung *6017
 und Sowjetunion **6022ff.**
 Streitkräfte 6024f.
 Unruhen *5827, *5885
 Verfassung 5965ff.
 Verstaatlichungen 5879 Anm. 17
 Verwaltung 5965ff.
 Währungsreform *5827, *5885
 Wahlen 5970
 Wirtschaft *6017, 6237
 Zwangsarbeit *5886
Türkei
 und Atlantikpakt (Stützpunkte) *6111, *6189
 Balkanpakt *5826, 5917, *6075, 6180, *6243
 und Bundesrepublik Deutschland 6247
 und Europäische Zahlungsunion *5921
 und Europarat 5984, 6081
 und Frankreich *6075
 und Griechenland *5885
 Handel 6013
 und Italien *6189
 und Jugoslawien *5885, 5917
 Noten
 an Sowjetunion (Konvention von Montreux) 18. Juli 1953: *5927
 und Sowjetunion 5824, *5927
Tunesien 5855ff., 6093
 und Frankreich 5797, 5817, **5855ff.**, *6016, *6190
 Noten
 an Frankreich (Souveränität) 31. Oktober 1951: 5861
Ukraine
 Freie Ukrainische Universität 5984
 Karpathorußland **6021ff.**
 Kommunistische Partei 6025
 Nationalrat der Sowjet— 6025
UNESCO, United Educational, Scientific, and Cultural Organization
 s. Vereinte Nationen, Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

Ungarn

Amnestie *5927
 Genossenschaften 5872f.
 und Israel (Wiedergutmachung) *5963
 Kommunistische Partei 5850, *5885
 Mißstände *5927
 Neuer Kurs 6237
 Regierungsbildung *5927
 Verfassung 5850 Anm. 12
 Wirtschaftspolitik 6237
 Zwangsarbeit *5886
Union Europäischer Föderalisten (UEF)
 6070, *6243
Union Internationale des Jeunes Démocrates Chrétiens
 *6111
Vereinbarungen
 s. Abkommen
Vereinigte Staaten von Amerika
 American Geographical Society 5987
 und Arabische Liga 5938
 und Argentinien *6113
 und Atlantikpakt 5881f.
 Außenministerkonferenzen
 Washington, 10. bis 14. Juli 1953: 5911ff.,
 London, 16. bis 18. Oktober 1953: 6065
 Außenpolitik *5828, 5899, 5911ff., *6018, 6046, 6183
 Bermuda-Konferenz, 4. bis 7. Dezember 1953: 5816, 5819, *5825f., *5883, *5885, 6186, *6187, *6189, 6231f.
 Bevölkerung 6012
 Bevölkerungsschutz 5991, 5999f.
 und Bundesrepublik Deutschland *5825, *5979, *5928, *6187
 und Commonwealth 6039ff.
 und Europa 5900, *5927
 und EVG 5918, *5927, 5960
 Foreign Operations Administration s. diese
 und Frankreich 5815, 5837, 5942, 6100 Anm. 10 u. 13
 Gewerkschaften *6050, *6244
 und Griechenland (Stützpunkt-abkommen) *6074, 6102 (Wortlaut)
 und Großbritannien 5834, 5837
 Handelspolitik *5981, 6007, 6039ff., *6190
 und Indochina *6049
 und Israel *6113
 und Kanada *6190
 Kartographie 5985ff.
 und Korea 5817, *5828, *5928, 5960, *5964, 6065
 Lebensmittelhilfe für SBZ *5923, *5927, *5961, *5964
 und Marokko 5937
 und Montanunion *5828, 5865, 5868, 5870, *5886
 Mutual Security Agency s. diese
 Noten
 an Sowjetunion
 (Lebensmittellieferungen für SBZ) 10. Juli 1953: *5962

an Sowjetunion
 (Oesterreichischer Staatsvertrag) 11. Juni 1953: 5915; 17. August 1953: 5954; 25. November 1953: 6228
 (Viermächtekonferenz) 15. Juli 1953: 5913; 2. September 1953: 5975; 18. Oktober 1953: 6065; 16. November 1953: 6179; 8. Dezember 1953: 6230
 Panamerikanisches Institut für Geographie und Geschichte 5987
 Punkt-Vier-Programm 6184
 Regionalforschung 5899
 und Sowjetunion 5823, 5913ff., *5926, 5951, 5957, 6009, 6183
 und Spanien (Stützpunktabkommen) *6050, 6101 (Wortlaut)
 Straßen 5904, 5906
 Streitkräfte 5960, 6045, *6050, 6101, *6113, *6187, 6231
 Stützpunkte 6042f., 6046, *6050, 6101
 Taft-Hartley-Gesetz *6018, *6050
 und Tschechoslowakei 6022
 und Tunesien 5861
 Wirtschaft 5958, 6012, *6015, 6039ff., 6080, 6239
Vereinte Nationen
 Organe
 Vollversammlung *6050, *6076, *6114, *6190, *6244
 Amt des Hochkommissars für Flüchtlingswesen 5889, 6012
 Sicherheitsrat 6065, *6114
 Wirtschafts- und Sozialrat *5886, *5964, 6011f.
 Wirtschaftskommission für Europa (ECE) 5806, 5902f., 5919, 6237
 Sonderorganisationen
 Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) 6031, *6114
 Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 5876, 5889, *5961, 6057ff., 6087, 6182, 6248
 Internationaler Kinderhilfsfonds (UNICEF) 6012, *6076
 Internationaler Währungsfonds (IMF) 6007, 6012, *6018, 6045
 Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) *5928
 Weltbank *5825, *5924, 6011, *6018, 6037, 6041, 6045
 Weltgesundheitsorganisation (WHO) 6062
 und Bundesrepublik Deutschland 6110
 Charta 5914, *5981, 6043, *6076, *6244
 und China (Volksrepublik) 5919, 5957, *6017f., 6042
 Finanzprobleme 6011
 und Frankreich (Tunesien) *6190
 Handelsfragen 6012
 und Internationaler Genossenschaftsbund 5876
 und Israel *6076, *6114, *6244
 und Kartographie 5989
 und Korea *5964, *5982
 Kriegspropaganda 6043

und Marokko *6190
 und Oesterreich 5916
 Sozialpolitik 6012
 Streitkräfte (Korea) 5912
 und Südafrikanische Union *6190
 Technisches Hilfswerk 6011, 6184
 und Triest *6075
 und Tunesien *6190
Verkehrswesen
 Autobahnen 5904, 6032
 Eisenbahnen 5903f.
 International Civil Aviation Organization 5989f.
 International Road Federation 5903
 Konferenz der europäischen Verkehrsminister *5883, *6111, 6124
 Luftverkehr *5921, 5987, 5989, 6082
 Montanunion 5866, *5921
 Straßen 6032
 Deutschland 5903ff.
 Europa 5903ff.
 Transportwesen 5867, 5870, 5890, 5903, *5921, 6032, 6082f., 6085, 6186
 Verstaatlichungen 5878
 Visumaufhebungen *5883, 6087
Verteidigungsfragen
 Bundesrepublik Deutschland 5951, 6176
 Deutsche Demokratische Republik 5829
 Frankreich 5817, 6100 Anm. 5
 Großbritannien 6231
 Japan *6113
 Jugoslawien 5846, 5849, 5852, 6010
 Norwegen *5925
 Oesterreich 5916
 Sowjetunion 5829, 5919, 5956f., *5981
 Spanien *6050, 6101
 USA 5960, 6045, *6050, *6113, *6187, 6231
Verträge
 s. Abkommen
Vietnam
 und Frankreich 5817, 5862, *5884, *5924, *6114, *6244
 Kommunismus 6091
Währung
 s. Finanz- und Währungsfragen
Wahlen
 Bundesrepublik Deutschland 5977
 China (Volksrepublik) *6050
 Dänemark *6047
 Hamburg *6187
 Italien *5827
 Jugoslawien 5844, 5848, *6017, *6243
 Kanada *5963
 Norwegen *5925, *6075
 Portugal *6189
 Tschechoslowakei 5970
Weltbank
 s. Vereinte Nationen
Weltgesundheitsorganisation (WHO)
 s. Vereinte Nationen
Weltregierung
 *5979, 6070
Westunion
 und Europarat 5889, 5983, 6118, 6248
 Konvention über die soziale Sicherheit 5984, 6060

Konvention über soziale und ärztliche Hilfeleistung 6063
 Kulturausweis 6248
 Sozialarbeit 6057ff.
Widerstandsbewegungen
 Deutsche Demokratische Republik (17. Juni 1953): 5829ff., 5840f., 5882, *5883, 5912, 5914, *5923f., *5980
 Tschechoslowakei *5827
Wirtschaft
 Algerien 5797, 5799
 Argentinisch-chilenische Wirtschaftsunion *5927
 Benelux-Staaten *5925
 Bundesrepublik Deutschland 6105, 6110
 Committee for Economic Development 6029
 Deutsche Demokratische Republik 5829ff.
 Europa 6030
 Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung 6029ff.

Frankreich 5814, *5962, 6097f., 6240
 Jugoslawien 5844ff.
 Kartelle 5806ff., *5921, *6047
 Kartographie 5987
 Kreditpolitik 6034ff.
 Marokko 5933
 Planwirtschaft 5830, 5846
 Schweiz 5993
 Sowjetunion 5846, 5956
 Teilintegrierungen 6031ff.
 Tunesien 5855
 Uebersee *6187, *6241
 unterentwickelte Gebiete 6184, 6240
 USA 5958, 6012, *6015, 6239
 Verstaatlichungen 5878, 5879 Anm. 17, *5885, 6010, 6046
 Vollbeschäftigung 5872, 5920, *5925, 6011f., 6032, 6069, 6184
 Weltkohlenmarkt 5807
 Wettbewerb 5815, 5830, 5840, 6031, 6039, *6049, 6084, 6106, 6239
 Wohnraumwirtschaft 6087, 6109f.
 Deutsche Demokratische Republik 5834, 5839ff., 5944ff.

Wirtschaftspolitische Gesellschaft *5980
Wirtschaftsverhandlungen
 Commonwealth—USA 6039
 Finnland—Sowjetunion *6242
 Frankreich—USA (Marokko) 5934, 5942 Anm. 9

Zentralafrikanische Föderation *5925, *6017, 6070

Zölle
 6013, 6030, 6032, 6038
 Europa 6030, 6039
 Europäischer Wirtschaftsrat 6031
 Frankreich 6047
 Italien *5979

Low Tariff Club 6082f., 6124
 Montanunion 5893, *5979, 6083
 USA 6007, 6041, 6080

Zwangsarbeit
 *5886, 5940f., 6011

Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung (ICEM)
 5889, 5891, 6058, *6113, 6118, 6186

Personenverzeichnis

Abd El Aziz Taalbi 5856
 Abd El-Djellil 5936ff.
 Abd El Kader, Hadj Ali 5800
 Abdullah, Mohammed 5964
 Abusch, Alexander 6125ff., 6129
 Ackermann, Anton 6112
 Acs, Lajos 5885
 Adenauer, Konrad 5817, 5825f., 5834, 5837f., 5840f., 5882, 5884, 5886, 5922ff., 5928, 5962, 5977, 5979ff., 6015f., 6018, 6029, 6046ff., 6071, 6074, 6103, 6105, 6108, 6111f., 6184, 6187, 6232, 6241
 Akça, Affan 5984
 Albrecht, Karl 5901, 6029
 Allal El-Fassi 5936f.
 Appelt, Rudolf 5973, 6073
 Asmussen, Hans 6240
 Attlee, Clement Richard 5925, 6046, 6189
 Auriol, Vincent 5826, 5884, 6112

Baccouche, Salah el Din 5862
 Bakschi, Ghulam Mohammed 5964
 Baluku, Bekir 5922
 Bao Dai 5859, 6114
 Barak, Josef 6017
 Barrachin, Edmond 5884
 Barrès, Philippe 6188
 Barthel, Kurt 6126, 6128
 Bata, Istvan 5927
 Bauer, Walter 6240
 Bech, Joseph 6232, 6247
 Becher, Johannes Robert 6126, 6129
 Becu, Omar 5926
 Benesch, Eduard 5966, 6021ff.
 Benjamin, Hilde 5923
 Berija, Lawrentij Pawlowitsch 5926, 5956f.

Bertrand, Alfred 5866f.
 Bevan, Aneurin 6046
 Beveridge, Lord William Henry 5959
 Beyen, Johan Willem 6015, 6031, 6241
 Bidault, Georges 5826, 5884, 5911f., 5925, 5962, 6047, 6075, 6112, 6187, 6232
 Bierut, Boleslaw 6237
 Black, Eugene R. 5825, 6018
 Blaisse, P. A. 6072
 Blank, Theodor 5923
 Blankenhorn, Herbert 5825
 de Blonay, André 6184
 Blücher, Franz 5882, 6111
 Blum, Léon 5799, 5857
 Bodensteiner, Hans 5826
 Boggiano-Pico, Antonio 6077, 6248
 Bohy, Georges 6082, 6232, 6247
 Boldoczky, Janos 5927
 Bolz, Lothar 5973, 6073, 6111, 6184, 6187

Bornemann, Karl Friedrich 5924
 Bourguiba, Habib 5857ff.
 Bowie, Robert R. 6131
 Bradley, Omar Nelson 5881f.
 von Brentano, Heinrich 5883, 6071, 6108, 6110, 6184, 6232
 Brown, George 6083
 Bulganin, Nikolai Alexandrowitsch 5926, 5973
 Buset, Max 5866
 Butler, Richard Austen 5885, 5925, 6007f., 6039, 6072, 6111, 6238ff.

Carney, Robert Bostwick 5881
 Carpentier, Marcel-Maurice 5961f.
 Carter, Lady Violet Bonham 5959
 Catroux, Georges 5800f., 5859

Cattani, Attilio 5883
 Cepicka, Alexej 6017
 Chataigneau, Yves 5801f.
 Chruschtschew, Nikita S. 5973, 6017
 Churchill, Sir Winston Spencer 5841f., 5885, 5925, 6029, 6046, 6049, 6072, 6108, 6183, 6189
 Clark, Mark Wayne 5886, 6018
 Clément, Jean 5983
 Clementis, Wladimir 6027
 Cole, George Douglas Howard 5877f.
 Collins, J. Lawton 5881f.
 Conant, James Bryant 5825, 5923, 5962, 5979, 6016
 Coppé, Albert 5866, 6073
 Corniglion-Molinier, Edward 5884
 Correns, Erich 5973
 Cortines, Ruiz 6113
 Coste-Floret, Alfred 6242
 Cot, Pierre 5817
 Crosbie, James 6115

Daladier, Edouard 6048, 6188
 Dalbiez, Victor 6112
 Davies, Clement 5959
 Dean, Arthur H. 6114
 Dehler, Thomas 6108ff., 6187f.
 Dehousse, Fernand 6072
 Delcassé, Théophile 5935, 5942
 Denais, Joseph 6188
 Denis, André 6188
 Depreux, Edouard 5801
 Deschamps, Hubert 5802
 Dibelius, Otto 5820, 5824, 5958
 Dibrowa, P. T. 5833f., 5923
 Dickson, James 6118
 Dirks, Walter 6056
 Djilas, Milovan 5844, 5846, 5850
 Dobi, Istvan 5927

- Dolansky, Jaromir** 6017, 6027
Dorn, Erna 5838
Douglas, Lewis W. 5981, 6039
Dowling, Walter C. 5961
Draper, William 5882
Duclos, Jacques 6112
Dulles, John Foster 5825, 5835, 5886, 5911f., 5923, 5927f., 5942, 5964, 5981, 6016, 6018, 6039, 6050, 6065, 6076, 6113, 6183, 6244
Dunn, James Clement 6102
Duris, Julius 6017
Durkin, Martin P. 6018

Ebert, Friedrich 5924
Eckhardt, Walter 6110
Eden, Anthony 5883, 6007, 6039, 6065, 6072, 6183, 6190
Ehard, Hans 5826
Ehlers, Hermann 6073
Einaudi, Luigi 5925, 5963
Eisenhower, Dwight David 5825, 5828, 5832, 5842, 5865, 5880ff., 5886, 5924, 5927f., 5957, 5960, 5963f., 5981, 6000, 6018, 6039, 6050, 6076, 6107, 6113, 6183f., 6190
El-Clauï 5936, 5939, 5963, 5981
Elfes, Wilhelm 5826
Elisabeth II., Königin von Großbritannien 5826, 6188
Ely, Paul 5962
Embry, Sir Basil 5881
Entezam, Abdullah 6050, 6190, 6244
Erdmann, Karl Dietrich 5959
Erhard, Ludwig 5825, 6008, 6016, 6111, 6239f., 6242
Eriksen, Erik 6047
d'Estaing, Edmond Giscard 6241
Esteva, Jean 5858
Etsel, Franz 5828, 5866
Evans, Luther 5928

Fagerholm, Karl August 5884
Fatemi, Hussein 5964
Faure, Edgar 5884, 6111, 6239
Faure, Maurice 6048
Fechner, Max 5923f.
Fechteler, William M. 5881
Federspiel, Per 6083, 6085
Feldmann, Wilhelm 6111
Fens, J. J. 5983, 6080
Ferhat Abbas 5799ff.
Ferhat Hached 5939
Ferry, Jules 5941
Fierlinger, Zdeněk 6022ff.
Finet, Paul 5867, 6072
Fischer, Ernst 6128
Florin, Peter 5973
Flückiger, Hermann 6076
Fohrmann, Jean 5867
Francis, Clarence 6236
François-Poncet, André 6112, 6187
Frankfurter, Felix 6166
Frederik IX., König von Dänemark 5825
Freitag, Walter 5924, 5979, 6048
de Freitas, Geoffrey 6115
Friedrich, Carl J. 6131
Fühmann, Franz 6129

Garbay, Pierre François 5862

Garet, Pierre 6242
de Gasperi, Alcide 5817, 5827, 5883, 5885, 5925, 6029, 6049, 6117, 6243
de Gaulle, Charles 5800, 5859, 5937, 6188, 6243
de Geer, Baron Gerard 6248
Gerö, Ernö 5927
Gerstenmaier, Eugen 5983f., 6110
Gille, Alfred 6110
Gini, Corrado 6185
Giraud, Henri Honoré 5858
Gironella, Enrico 6185
Globke, Hans 6112
van der Goes van Naters, Marius 5868, 5919, 5983, 6077, 6079, 6247
Goettling, Willi 5834
Goffart, F. L. 6077, 6120, 6247
Goldmann, Nahum 5963
Gonella, Guido 5885
Gottwald, Klement 5966ff., 5970ff., 6023f., 6026
de Greef, Edouard 6187
Gregor, Kurt 5973
Gretschko, Andrej Antonowitsch 5824
Grol, Milan 5844
Grotewohl, Otto 5820, 5824, 5831f., 5836, 5924, 5962, 5973, 5979, 6112
Gruber, Karl 5926, 6049, 6075, 6111, 6189, 6243
Gruenther, Alfred M. 5881, 5921f., 6013, 6241
Guillaume, Augustin 5939, 5963
Gundlach, Gustav 6240

Haasler, Horst 6110
Hägglof, Sten Ingmar 6248
Hallstein, Walter 5983
Handke, Georg 6112, 6187
Hansen, Hans Christian Svane 6047
Hansen, Rasmus 6047
Harten, Karl Peter 5918
Hausenstein, Wilhelm 5922
Haussmann, Wolfgang 6074
de Hauteclouque, Jean 5861, 6016
Heathcoat Amory, Derick 6016
Hedtoft, Hans 5883, 6047
Hegedüs, Andras 5927
Heinemann, Gustav 5826
Hellwege, Heinrich 6111
Helmer, Oskar 5824
Hermelin, Stephan 6126, 6128
Herriot, Edouard 6048, 6188
Heuss, Theodor 5825, 5979, 6048
van Heuven-Goedhart, Gerrit Jan 6012, 6185
Heyman, Henri 6087
Hitler, Adolf 6022, 6218f.
Ho Tshi Minh 5862, 6244
Hodscha, Enver 5922
Hoepker-Aschoff, Hermann 5883
Hoffman, Paul 6029
Hoffmann, Johannes 6242
Hoffmann, Walther G. 5883
Homann, Heinrich 6111
Honecker, Erich 5973
Hoyer Millar, Sir Frederick 6048
Huggins, Sir Godfrey 6018
Hughes, Charles Evans 6165, 6171, 6173
Hughes, John C. 5882, 5964, 6190
Hull, John Edwin 6018

Hyde, Harford Montgomery 5983, 6115

Ikeda, Hayato 6113
Iljitschow, Iwan Iwanowitsch 5824, 5827
Ingr, Sergei 6023
Ismay, Lord Hastings Lionel 6047, 6111, 6190, 6231

Jacchia, Enrico 6124
Jacini, Stefano 6115
Jackson, Robert 6167
Jacobi, Werner 6110
Jäger, Richard 6073, 6110
Jagan, Cheddi 6113
Jacquet, Gérard 6118
Jaspers, Karl 5897
Jaujard, Robert 5881
Jefferson, Thomas 6212, 6224
Jendretzky, Hans 5962
Jouve, Gérard 6248
Juin, Alphonse-Pierre 5860, 5881, 5938, 5962, 6073
Juliana, Königin der Niederlande 6017

Kaak, Mustafa 5860
Kaganowitsch, Lazar Moissejewitsch 5973
Kaisen, Wilhelm 6185
Kaiser, Jakob 5834, 5837f., 5840, 6073, 6111
Kanellopoulos, Panayotis 5826
Kapani, Osman 6077
Kaptein, P. J. 6083, 6085
Kardelj, Edvard 5844, 5846, 5849f.
Kaschani, Ayatollah 5928
Kather, Linus 6110
Keiser, Günther 6029
Kekkonen, Urho 5924, 6188, 6242
Kelly, Sir David 6013
von Kiderlen-Wächter, Alfred 5935
Kiesinger, Kurt-Georg 6110
Kim Il Sung 6049
Kiritschenko, Alexej I. 5827
Kirkpatrick, Sir Ivone A. 6048, 6189
von Kleffens, Eelco Nicolaas 6117
Klepper, Otto 5980
Klompé, Margaretha A. M. 5867
Knowland, William F. 5963
Köprülü, Fuad 6190
Kogon, Eugen 5880, 5961, 6047, 6072, 6117, 6122
Kopecky, Vaclav 6017
Kopf, Hinrich 6187
Kornrumpf, Martin 6185
Kossmann, Oskar 5901
Kraft, Ole Bjoern 5883, 6013
Kraft, Waldemar 6112
Kraus, Karl 6053
Kreisky, Bruno 6017
Krekeler, Hans 5922
Kreyssig, Gerhard 5866, 5869
Kruglow, Sergej Nikiforowitsch 5926
Kysely, Josef 5972

Labonne, Erik 5938f.
Lafay, Bernard 6083
La Malfa, Ugo 6085
Lamine, Sidi 5858f.

van Langenhove, Fernand 6050
Laniel, Joseph 5884, 5962, 5980, 6074f., 6188, 6242
Lapie, Pierre-Olivier 6188
Layton, Lord Walter Thomas 5880, 6232
Leathers, Lord Frederick James 6016
Lebedew, Viktor Zacharowitsch 6023f., 6242
Leclerc, Philippe 5862
Lecourt, Robert 5817
Lemaire, Maurice 5867
Lenin, Wladimir Iljitsch 5844, 5848
Lenz, Otto 6112
Leschi, Hadj 5922
Le Troquer, André 5801
Leuschner, Bruno 5973, 6016
Liautey, Hubert 5936f.
Lincoln, Anthony 5984
Llewellyn, Lord John Jestyn 6018
Lloyd, Selwyn 5925, 6050, 6189
Loch, Hans 5973
Löfstedt, Einar H. 6117, 6122
Lübke, Heinrich 6111
Luetkens, Gerhard 6077
Lussy, Charles 5884

McArthur, Douglas 5881
McCarthy, Joseph R. 6009f.
Maccas, Léon 5984
Magsaysay, Ramón 6190
Maier, Reinhold 5882, 6048
Majakowskij, Wladimir 6129
Majerus, Pierre 6071
Malenkow, Georgij Maximilianowitsch 5823, 5957, 5973, 5981, 6015, 6049
von Mangoldt, Hans Karl 5883
Marchal, Léon 6077f., 6120, 6232
Mardam, Khalil 5928
Margue, Nicolas 5866
Marie, André 5826, 5884
Marin, Louis 6112
Marjolin, Robert 6083, 6190, 6238, 6241
Marshall, George Catlett 6113
Mast, Charles Emmanuel 5859
Matern, Hermann 5924
Maxwell Fyfe, Sir David 5999
Mayer, René 5842, 5884, 6048, 6097
Mayo, Charles 6114
Meier, Heinrich 6111
Melnikow, L. G. 5827
Mende, Erich 6188
Menderes, Adnan 6189
Mendès-France, Pierre 5826, 6074
de Menthon, François 5866, 5921, 5984, 6077, 6247
von Merkat, Hans-Joachim 6110
Merton, Richard 6241
Messali, Hadj 5800, 5802
Meyer, F. W. 6029
Meyer, Willy 6188
Middelhaue, Friedrich 5882, 6188
Mikojan, Anastas Iwanowitsch 5973
Mitchell, James P. 6076
Mitterand, François 5884, 6016
Moazami, Abdullah 5928
Mohammed Ali 5928, 5982
Mohammed Ben Moulay Arafa 5963, 5981, 6018

Mohammed Ben Jussef 5963, 5981, 6018
Mohammed Chenik 5860ff.
Mohammed El-Yazidi 5936f.
Mohammed Reza Pahlevi, Schah von Persien 5982
Mollet, Guy 5920, 6049, 6078, 6188, 6247
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 5823, 5926, 5973, 6024ff., 6184, 6189
Moncef, Sidi 5858f., 5861
Monnet, Jean 5825, 5828, 5865, 5867ff., 6029, 6078, 6243
Mons, Jean 5859f.
Morrison, Herbert 5925, 6046
Mossadegh, Mohammed 5928, 5964, 5982
Motz, Roger 5978, 6085
Moulay, Hafid 5935
Moulay, Ismail 5935
Moulay, Jussef 5936f.
Müller, Gebhard 6048, 6074, 6242
Müller, Karl Valentin 6185
Müller, Vincenz 6111
Müller, Werner 6242
Murphy, Robert Daniel 5937

Naegelen, Edmond 5802
Naguib, Mohammed 5885
Nagy, Imre 5927
Nam II 5964
Naumann, Werner 5882, 5924, 5961, 5979
Nehru, Jawaharlal 5928, 5982
Neinhaus, Karl 6241
Nejedlý, Zdeněk 5827, 5966
Němec, František 6023ff.
Neumann, Alfred 5962
Neumayer, Fritz 6111
Niemöller, Martin 5958
Nischani, Omer 5922
Nizard, Maurice 5861
Noack, Ulrich 5923, 5962
Nölting, Erik 5923, 5984, 6077
Noguès, Auguste 5937
Norstad, Lauris 5881
Nosek, Vaclav 5965, 5970, 6017, 6023
Novotný, Antonin 6017
Nuschke, Otto 5973
Nutting, Anthony Harold 6048

Oberländer, Theodor 6110f.
Oelssner, Fred 5924
Ollenhauer, Erich 5834, 5837f., 5840, 5884, 5920, 5979, 6015, 6048, 6108ff., 6184
Ophüls, Carl Friedrich 5983, 6240
Orwell, George 6055

Pak Hen Yen 5964
Palewski, Gaston 6188
Pandit, Vidjaja Lakschmi 6050
Papagos, Alexander 5826, 5885, 6049
von Papen, Franz 6218f.
Paris, Jacques-Camille 5921, 6077
Pella, Giuseppe 5963, 5980, 6017, 6031, 6049, 6074, 6189, 6243
Périllier, Louis 5860f.
Perón, Juan Domingo 5927, 6113
Petr, Alois 5972

Peyrouton, Marcel B. 5858
Philip, André 6072, 6185
Phillips, Morgan 5920
Piatier, André 5901
Piccioni, Attilio 5963
Pieck, Wilhelm 5829, 5924, 5961, 5979, 6016, 6053, 6073
Pika, Heliodor 6023
Pinay, Antoine 5884
Pius XII., Papst 6075
Pleven, René 5884, 6188
Plojhar, Josef 5972
Popowitsch, Kotscha 6189, 6243
Potthoff, Heinz 5867, 6241
Preusker, Victor-Emanuel 5865, 6110
Puaux, Gabriel 5937ff.

Queuille, Henri 5884
Quirino, Elpidio 6190

Raab, Julius 5824, 5827, 5885, 6049, 6113, 6189
Radford, Arthur W. 5881f., 6187
Rakosi, Matyas 5885, 5927
Randall, Clarence B. 6190
Rankowitsch, Alexander 5844, 5846
Rau, Heinrich 5830f., 5924, 6242
Reading, Lord 6189
Reber, Samuel 5825
Reichelt, Hans 5884, 5973
Reuter, Ernst 5834, 5837f., 5840, 6048, 6112
Reynaud, Paul 5826, 5884
Rhee, Syngman 5828, 5886, 5928, 5964, 6244
Ridgway, Matthew Bunker 5823, 5825, 5835, 5881, 5921f.
Ripka, Hubert 6023, 6025
Robens, Alfred 6077
Robertson, Walter S. 5927f.
Roosevelt, Theodore 5935, 5937
Rosenberg, Ludwig 6242
de Rougemont, Denis 6117, 6121
Rudenko, R. P. 5957
Russell, Bertrand 5959

Saburow, Maxim Zacharowitsch 5973
Saillant, Louis 6113
Saint, Lucien 5857
Salah Ben Jussef 5860
Salah Farhat 5861
Salazar, Antonio de Oliveira 6189
Salisbury, Lord Robert Arthur James Cecil 5885, 5911ff.
Saragat, Giuseppe 5827
Saunders, Sir Hugh 5881
Sauvy, Alfred 6185
Schaefer, Albert 5826
Schäfer, Hermann 6073, 6112
Schäffer, Fritz 5825, 5924, 6111
Schaginjan, Marietta 6128f.
Schehu, Mehmet 5922
Scheyven, Raymond 6011
Schischakli, Adib 5928
Schlange-Schöningen, Hans 5922
Schlichting, L. G. A. 6072
Schmid, Carlo 5919, 6073
Schmidt, Elli 5835
von Schmieden, Werner 5984, 6185
Schöne, Joachim 6110
Schönfelder, Adolph 6242

- Schrámek, Johann 6025
 Schreiber, Walther 6112
 Schröder, Gerhard 6111
 de Schryver, Auguste 6014
 Schtyla, Behar 5922
 Schubaschitsch, Johann 5844
 Schuman, Robert 6029, 6071, 6110, 6117, 6122
 Schumann, Maurice 6014, 6050, 6188
 Schuyler, Cortlandt van Rensselaer 5881
 Schweitzer, Albert 6113
 Seeböhm, Hans-Christoph 6111
 Ségers, Paul 6124
 Seghers, Anna 6127
 Selbmann, Fritz 5973, 6187
 Semjonow, Wladimir Semjonowitsch 5824, 5831, 5923, 5962, 5973, 6015, 6048, 6073
 Senghor, Leopold Sedar 5941
 Seymour, Charles 6248
 Singer, Franz 5984, 6077
 Siroky, Viliam 5828
 Sisavang Vong, König von Laos 6112
 Skoda, Vaclav 6017
 Sledhta, Emanuel 5972
 Slim, Mongi 5861
 Smemo, Johannes 5958
 Spaak, Paul Henri 5865, 5880, 5883, 5983, 6071, 6078, 6104, 6131
 Spierenburg, Dirk 5828, 5867
 Spinelli, Altiero 6072
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 5823, 5846, 6025ff., 6053, 6055f., 6126
 Stansgate, Lord William Wedgood Benn 6184
 Stassen, Harold Edward 5963, 6050, 6239
 Stephanopoulos, Stephan 5925, 5984, 6049
 Stevenson, Adlai E. 6076
 Stoph, Willi 5924
 Storch, Anton 6111
 Strang, Sir William 6189
 Strauss, Franz Josef 6112
 Strauss, Ludwig 6128
 Suhr, Otto 6112
 Swerew, Arsenij Fjodorowitsch 5973
 Taft, Robert Alphonso 5881, 5928
 Taviani, Paolo 5956, 5980
 Teitgen, Pierre Henri 5884, 6014
 von Thadden-Trieglaff, Reinhold 5958
 Thiele, Ilse 5973
 Thompson, Alexander Hamilton 5959
 Thorez, Maurice 5884, 6112
 Tillmanns, Robert 6112
 Tito (Broz, Josip) 5824, 5827, 5844ff., 5850, 6009, 6017, 6075, 6189
 Törngren, Ralph 5924
 Topalovic, Zivko 6009f.
 Toynbee, Arnold 6117, 6122
 Truman, Harry S. 5960
 Tschu En-Lai 5982, 6018
 Tschuikow, Wassilij Iwanowitsch 5824, 5831f.
 Tunner, William H. 5881
 Tuomioja, Sakari 6188, 6242
 Twining, Nathan F. 5881
 Uher, Jindrich 6017
 Ulbricht, Walter 5820, 5824, 5829, 5832, 5924, 5973, 5980, 6046, 6053, 6242
 Ulrich, Fritz 6074
 Urquila, Miguel 6050
 Valletta, Vittorio 6029, 6240
 Vandenberg, Hoyt S. 5881
 Veg, Bela 5885
 Veit, Hermann 6074
 Vermeylen, Pierre François 5868
 Viénot, Pierre 5858
 Violette, Maurice 5799
 di Vittorio, Giuseppe 6113
 Voizard, Pierre 6016
 Voloschin, Augustin 6022
 Voorhees, Tracy S. 5963
 Vrbensky, Gottlieb 6024
 Wallentheim, Adolf 6077, 6248
 Wand, John William Charles 5959
 Warnke, Herbert 5973
 Wehner, Herbert 5868f., 5884
 Weippert, Georg 5898
 Wenke, Hans 6048
 Wessel, Helene 5826
 Westphal, Kurt 5826, 5884
 Weygand, Maxime 5799
 Wilson, Charles 6113
 Winkler, Heinz 6188
 Winterton, Sir John 6189
 Wirth, Joseph 5826, 5962
 Wise, Stephen S. 5963
 Wistrand, Karl 6077, 6081
 Wolf, Friedrich 6127
 Wollweber, Ernst 5884, 5924
 Woroschilow, Kliment 6189
 Würmeling, Franz Josef 6111
 Wyschinskij, Andrej Jamarjewitsch 5982, 6023, 6026, 6050, 6076
 Wyszynski, Stefan 6049
 Yoshida, Shigeru 5964
 Zahedi, Fazlollah 5982
 Zaisser, Wilhelm 5834, 5840, 5923f.
 Zapotocky, Antonin 5885, 5963
 van Zeeland, Paul 5984, 6187
 Zinn, Georg August 5923, 6112
 Zorin, Valerian 6023ff.

Verzeichnis der mit genormten Anzeigen im Jahrgang vertretenen Verlage

Die Ziffern nach den Verlagsorten verweisen auf die Hefte, in denen auf den Seiten nach dem Text die Anzeigen zu finden sind. Die Bezeichnung „Verlag“, ferner Angaben über die Gesellschaftsform sind ausgelassen; die Verlagsorte München und Stuttgart erscheinen gekürzt (Mchn., Stgt.)

Artemis, Zürich, Stgt. 12 — Georg D. W. Callwey, Mchn. 10/11 — Chemie, Weinheim, Bergstraße 12 — Dikreiter, Frankfurt/M. 12 — Eckart, Witten, Berlin 12 — Franz Ehrenwirt, Mchn. 7 — Ferrari, Auer 10/11 — Kosmos-Franckh, Stgt. 12 — Holzner, Kitzingen/Main 12 — Chr. Kaiser, Mchn. 7 — Keyser, Heidelberg 10/11 — Gustav Killper, Stgt. 12 —

Koehler, Biberach a. d. Riss 10/11 — Josef Knecht, Carolusdruckerei, Frankfurt/M. 12, 24 — Kösel, Mchn. 7 — Kümmerly & Frey, Bern 10/11 — Albert Langen, Georg Müller, Mchn. 24 — Paul List, Mchn. 7 — Franz Mittelbach, Stgt. 24 — Österreichischer Bundesverlag, Wien 12 — Österreichischer Kulturverlag, Salzburg 10/11 — R. Oldenbourg, Mchn. 7,

24 — Pantheon, Brüssel — Ausl. Hermann Rinn, Mchn. 10/11 — R. Piper, Mchn. 7 — Ernst Reinhardt, Basel, Mchn. 7 — Hermann Rinn, Mchn. 7, 24 — Schnell & Steiner, Mchn. 10/11 — A. Sestl, Wien 10/11 — Springer, Wien 10/11 — Steingrüben, Stgt. 12 — Friedrich Vorwerk, Stgt. 24 — Wagner, Innsbruck — Ausl. Hanns Zils, Mchn. 10/11.

Ein Verzeichnis der in genormten Anzeigen im Jahrgang angekündigten Werke wird in Folge 12/1954 auf der dritten Umschlagseite veröffentlicht werden.

Probleme der Französischen Union

Fünfter Teil

Von Professor Raymond-Jean Guiton, Paris

Der nordafrikanische Raum: I. Algerien

Allgemeine wirtschaftspolitische Uebersicht

Wirtschaftlich steht Algerien vor der dringenden Aufgabe, den Bedarf seiner rasch anwachsenden Bevölkerung zu decken. Politisch befindet es sich zur Zeit nicht an der Spitze der nordafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung. Es genießt allerdings größere Freiheiten als die Protektorate Tunesien und Marokko.

Bevölkerung

Im Jahre 1872 hatte Algerien 2,5 Millionen Einwohner; 1949 waren es 8,5 Millionen geworden, davon 600 000 in den sogenannten Südgebieten (Sahara). Die Europäer sind mit einer Million an der Gesamtzahl beteiligt. Heute noch sprechen etwa ein Viertel der Einheimischen berberische Dialekte. Die außerordentlich schnelle Erhöhung der Bevölkerungszahl ist gewiß als eine Folgeerscheinung der wirtschaftlichen Entwicklung anzusehen; sie ist aber auch auf die Besserung der sanitären Verhältnisse zurückzuführen, da die fast unbegrenzte Fruchtbarkeit und Vermehrungslust der Araber nicht mehr durch die große Säuglings- und Kindersterblichkeit ausgeglichen wird. Die Verteilung der Bevölkerung hängt übrigens nicht unmittelbar mit den in den einzelnen Gegenden vorhandenen Existenzmöglichkeiten zusammen. Während im reichen Teil 75 Einwohner auf einen Quadratkilometer entfallen, sind es 200 in der gebirgigen, jeglicher Industrie baren und landwirtschaftlich armen Heimat der Kabylen. Da die Bevölkerungszahl sich rascher erhöht hat, als der Umfang der Produktion erweitert werden konnte, ist ein Bevölkerungsüberschuß entstanden, der teils die sozialen Verhältnisse nach unten drückt, teils eine starke Auswanderung, besonders der Kabylen, nach Frankreich bedingt. Die Algerier bilden dann in Frankreich Kolonien in den großen Industriezentren, wo sie als unterste Schicht des Proletariats von der Kommunistischen Partei organisiert und bei Gewaltaktionen eingesetzt werden. Im Jahre 1938 waren in Frankreich 80 000 algerische Arbeiter registriert, wovon 50 vH

sich im Pariser Raum und 25 vH im Südosten (Lyon, Marseille) befanden. Die in der Nachkriegszeit eingeführte Gesetzgebung hat den Algeriern die Auswanderung nach Frankreich erleichtert. Am 30. Juni 1952 wurde ihre Zahl vom Arbeitsministerium mit 155 196 angegeben, wobei Frauen und Kinder nicht mitgerechnet sind¹.

Die Zahl der schulpflichtigen Kinder übersteigt in Algerien eine Million. Davon konnte bis Kriegsende ein Zehntel unterrichtet werden. Dank der seither unternommenen Bemühungen ist es nun gelungen, etwa ein Fünftel zu erfassen.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft spielt mit den in Konnex stehenden Betrieben der Industrie und des Handels eine führende Rolle². Der einheimische Großgrundbesitz ist nur am Tabakanbau maßgeblich beteiligt. Der Weinbau hatte nach dem Kriege eine schwere Krise durchzumachen, die zugleich durch die Ueberalterung der Reben und durch die Absatzschwierigkeiten im Weinhandel³ bedingt war. Er bietet den doppelten Vorteil, die Benutzung von Böden zu ermöglichen, die sich für das Getreide nicht eignen, und an Arbeitskräften das Vierfache von dem zu beschäftigen, was für den Getreideanbau auf der gleichen Fläche gebraucht werden kann. Während im Ackerbau Getreide, Obst und Wein hauptsächlich in den Händen der Kolonisten liegen, bleibt die Viehzucht fast ausschließlich eine Angelegenheit der Einheimischen. Unmittelbar nach Kriegsende war der Viehbestand wegen der Dürre auf 10 vH seiner normalen Stärke gesunken.

Die Nutzfläche für den Ackerbau beläuft sich auf 6 375 000 Hektar. Davon besitzen die Kolonisten drei Millionen Hektar. Sie führen 25 000 landwirtschaftliche Betriebe in eigener Regie, die rund 200 000 Europäern (ein Fünftel der gesamten Europäerzahl) als Existenzgrundlage dienen. Es wird geschätzt, daß sie von 1901 bis 1934 rund eine halbe Million Hektar

urbar gemacht haben. Die Algerier beschuldigen sie, sich des besten Bodens bemächtigt zu haben. Sie selbst heben dagegen hervor, daß sie praktisch allein imstande sind, mit modernen Methoden zu arbeiten und Höchstserträge zu erzielen, während die einheimischen Bauern nicht mehr als fünf Doppelzentner Getreide je Hektar erzielen. Die einheimische Landwirtschaft zerfällt in Parzellen von geringer und geringster Ausdehnung. Sie bedient sich rückständiger Mittel. Sie verfügt allerdings weder über die finanziellen Möglichkeiten noch über die zusammenhängenden Flächen, die zur Mechanisierung des Anbaues und zur Errichtung von Bewässerungsanlagen unerlässlich sind. Sie bleibt von der Witterung abhängig. Ihre Mißernten haben nach Kriegsende Hungersnöte zur Folge gehabt.

Die Modernisierungspläne⁴ setzen sich im landwirtschaftlichen Sektor⁵ eine Besserung der Wasserverhältnisse zum Ziel, den Schutz des Ackerbodens gegen Abnutzung und Erosion sowie die Verbreitung eines praktischen Unterrichts, der die Anpassung der einheimischen Landwirtschaft (Ackerbau und Viehzucht) an den modernen Stand herbeiführen soll. Es versteht sich von selbst, daß die technische Aufklärung nur sehr langsam vor sich gehen kann.

Industrie und Handel

Im industriellen Sektor verdient die Energieerzeugung besondere Beachtung. Die Kohlenförderung beträgt 250 000 Tonnen für 1952; sie deckt ein Drittel des Bedarfs. Der Stromverbrauch erhöht sich jährlich um 12 vH. Die Erdölproduktion befindet sich noch in den ersten Ansätzen⁶; sie hat 1952 etwa 35 000 Tonnen erreicht gegenüber 7200 Tonnen im Vorjahr. Hochhaltige Eisenerze, die in Ermangelung einer Hüttenindustrie an Ort und Stelle vorwiegend nach Großbritannien ausgeführt werden, konnten 1951 in einem Umfang von 2,7 Millionen Tonnen gefördert werden. Der Phosphatbergbau hat 1951 600 000 Tonnen produziert⁷.

Die algerische Außenhandelsbilanz war 1938 ausgeglichen. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist sie defizitär geworden. Diese Entwicklung ist sowohl auf die verstärkte Einfuhr von Produktionsgütern als auch auf die Mißernten und auf die Weinhandelskrise zurückzuführen. Der Modernisierungsplan wird seit 1948 verwirklicht⁸. Von 1948 bis einschließlich 1952 sind (im Werte von 1952) 290 Milliarden ffrs aus öffentlichen Mitteln investiert worden; davon wurden 60 vH von Frankreich bereitgestellt. Bis Ende 1951 hat die Marshall-Hilfe 33 Milliarden ffrs betragen, die bei den erwähnten 60 vH mitberücksichtigt werden. Etwa 15 Milliarden wurden durch mittelfristige Anleihen aufgebracht, die in Algerien selbst ausgeschrieben wurden. Die privaten Investitionen beliefen sich annähernd auf 30 Milliarden ffrs. Ausländische Investitionen sind in nennenswertem Umfang nicht erfolgt.

Abhängigkeit von Frankreich

Die wirtschaftliche Lage Algeriens ist durch eine starke Abhängigkeit von Frankreich gekennzeichnet, die zum Teil auf die Einbeziehung dieses nordafrikanischen Gebiets ins französische Wirtschafts- und Zollsystem, zum Teil aber auch auf eine naturgegebene gegenseitige Ergänzung zurückzuführen ist. In politischer und sozialer Hinsicht wird man von der Tatsache ausgehen müssen, daß bis zum Zweiten Weltkrieg die algerische Wirtschaft sich fast ausschließlich in dem Maße entwickelt hat, in dem französische Kolonisten und Geschäftsleute am Geschäftsverkehr mit Frankreich interessiert waren. In Algerien geschah um Algeriens willen wenig. Die einheimische Bevölkerung wurde ihrer patriarchalischen und nahezu in sich ruhenden Wirtschaftsform überlassen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde versucht, ihr eine Beteiligung an der Entwicklung zu ermöglichen. Die zu diesem Zwecke von Frankreich investierten Beträge sind nicht unerheblich. Bei ihrer Betrachtung wird allerdings eine Zurückhaltung der privaten Ersparnisbildung auffallen, die besonders innerhalb der französischen Kreise die gleichen psychologischen und politischen Ursachen haben dürfte wie in Frankreich selbst⁹. Es ist anzunehmen, daß der landwirtschaftliche Teil des Modernisierungsplans größere Erfolge erzielt hätte und zahlreiche politische Spannungsmomente vermieden worden wären, wenn Frankreich sich bereits im Verlauf der zurückliegenden hundertjährigen Herrschaftsperiode bemüht hätte, den Volksschulunterricht auszubauen und die praktische Ausbildung der einheimischen Bauern und Viehzüchter zu fördern.

Verwaltung

Bis zum Kurswechsel, der nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte, war die französische Kolonialpolitik in Algerien nach einigen anfänglichen Schwankungen durchaus konsequent geblieben. Unmittelbar nach der Landnahme hatte Marschall Bugeaud die „bureaux arabes“ errichtet, die sich die Verwaltung der einheimischen Bevölkerung im Rahmen der ihr eigenen Sitten und Gebräuche zum Ziele setzten¹⁰. Drei Erlasse hatten 1898 die Aufgaben und Befugnisse des Generalgouverneurs festgelegt und einen beratenden Finanzausschuß ins Leben gerufen. Algerien erhielt dann durch das Gesetz vom 19. Dezember 1900 den Körperschaftsstatus und einen eigenen Haushalt¹¹. Die Südgebiete wurden 1902 ins algerische Territorium einbezogen¹². Obgleich Algerien formell keine Kolonie bildete, sondern mit seinen drei „Départements“ Frankreich direkt angegliedert war, wurde es doch praktisch wie eine Kolonie verwaltet. Der einzige Unterschied war, daß die französischen Kolonisten eine starke Vertretung im Parlament besaßen und der Initiative des Generalgouverneurs aus diesem und ähnlichen Gründen engere Grenzen gezogen waren als etwa in West- oder Äquatorialafrika¹³.

Die Eigenständigkeitsbestrebungen der Mohammedaner

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg hatte eine Reaktion der Einheimischen gegen die französische Vorrherrschaft eingesetzt¹⁴. Diese Reaktion weist seitdem einen islamisch-restaurativen und einen marxistisch-klassenkämpferischen Charakter auf. Zwischen beiden Richtungen befinden sich gemäßigte Kreise, die das Zustandekommen einer Partnerschaft anstreben, deren Möglichkeit seitens Algeriens eine Würdigung der kolonisatorischen Leistung Frankreichs und seitens Frankreichs die Anerkennung der algerischen Wirklichkeit voraussetzt. In jüngster Zeit waren den gemäßigten Kreisen beachtliche Erfolge beschieden.

Die Vereinigung der „Oulemas“

Der Scheik *Ben Badis* war bis zu seinem Tode 1940 die maßgebliche Persönlichkeit der islamisch-restaurativen Bewegung. Unter dem Einfluß der im Nahen Osten und Ägypten eingeleiteten arabischen Renaissance versuchte er, den Mohammedanern Algeriens ein erhöhtes Zusammengehörigkeitsbewußtsein zu geben, das sich (omnis determinatio est negatio, hatten die Scholastiker gelehrt) auf den kulturellen Gegensatz zwischen dem Islam und Frankreich gründen sollte. Ben Badis rief 1931 in Algier die Vereinigung der „Oulemas“ (Professoren und Doktoren der islamischen Theologie) ins Leben. Er nutzte die Versäumnisse Frankreichs im Erziehungswesen aus, indem er mit beträchtlichen Subventionen aus vermögenden arabischen Kreisen Privatschulen eröffnete, die einen orthodoxen und gegen den westlichen Einfluß gerichteten Unterricht erteilten¹⁵. Er schuf zahlreiche Jugendorganisationen, die allerdings z. T. wegen ihres paramilitärischen Charakters von Frankreich verboten wurden. Sein Nachfolger Scheik *Brahimi* veranstaltete 1946 in Algier einen Kongreß, auf dem auch Tunesien, Syrien und Ägypten vertreten waren. Die Entschliebung forderte die Anerkennung der arabischen Sprache durch Frankreich und eine Reihe von Maßnahmen, die zugleich die Islamisierung der Berber begünstigen und eine kulturelle sowie verwaltungstechnische Trennung der islamischen Bevölkerung von Frankreich herbeiführen sollten.

Parti du Manifeste Algérie

Mit der islamisch-restaurativen Vereinigung der „Oulemas“ ist die an sich gemäßigt-fortschrittliche politische Bewegung verwandt, die als „Parti du Manifeste Algérie“ bezeichnet wird. Sie wurde von dem Apotheker *Ferhat Abbas* gegründet, der ebenso wie Scheik Ben Badis einer unter dem kulturellen und politischen Einfluß Frankreichs stehenden Familie angehörte. In den dreißiger Jahren trat *Ferhat Abbas* für eine vorbehaltlose Assimilation der einheimischen Bevölkerung durch Frankreich ein, die zur Gewährung der französischen Bürgerrechte geführt hätte. Er

unterstützte den 1936 von dem sozialistischen Ministerpräsidenten *Léon Blum* und dem Generalgouverneur Algeriens *Violette* ausgearbeiteten, jedoch niemals verwirklichten Plan, der die Erteilung des Wahlrechts an 22 000 Mohammedaner vorsah. In Uebereinstimmung mit dem islamischen Glauben vermochte *Ferhat Abbas* keine Grundlage zu einer Eigenstaatlichkeit Algeriens zu entdecken, das nach der Landnahme auch seine Dynastie eingebüßt hatte. Er erklärte 1936 in einem aufsehenerregenden Artikel: „Es gibt keine algerische Heimat!“ Bei Kriegsausbruch meldete er sich freiwillig bei der französischen Armee.

Ben Badis hatte einmal festgestellt: „Die mohammedanisch-algerische Nation ist nicht Frankreich, sie kann es nicht sein und will es auch nicht sein“¹⁶. Zwischen *Ferhat Abbas* und den „Oulemas“ bestand vor dem Kriege ein Unterschied hierin, daß nach der Auffassung von *Ferhat Abbas* die Emanzipation der Araber den Weg über die politische Assimilation gehen und eine Zusammenarbeit mit Frankreich auf der Grundlage demokratischer Gleichberechtigung innerhalb der französischen Institutionen selbst zur Folge haben sollte, während die „Oulemas“ eher zu einer politischen Segregation hinnenigten, die im theokratischen Regiment des Korans ihre Rechtfertigung fand. Die Haltung von *Ferhat Abbas* änderte sich jedoch nach 1940, da General *Weygand* und Admiral *Abrial*, statt den fortschrittlichen Mohammedanern die bevorzugte Behandlung widerfahren zu lassen, auf die sie zumindest moralisch einen Anspruch hatten, auf das System der straffen Hierarchie zurückgriffen, das innerhalb der einheimischen Bevölkerung eine Nivellierung nach unten bedeutete. Zwischen *Ferhat Abbas* und den „Oulemas“ fand eine Annäherung statt. Die Eigenständigkeit des islamischen Algeriens wurde stärker betont.

Die Landung der angelsächsischen Streitkräfte im November 1942 eröffnete *Ferhat Abbas* neue Aktionsmöglichkeiten. Obgleich er sich immer noch gemäßigte Ziele setzte, durfte er allerdings nicht übersehen, daß die öffentliche Meinung dem Radikalismus rasch anheimfiel und seine Bewegung überflügelt würde, wenn er sich nicht den neuen Verhältnissen anpaßte. Die allgemeine Situation Algeriens war durch folgende Hauptfaktoren bedingt:

a) Ausbruch einer Wirtschaftskrise, die teils auf die übermäßige Beanspruchung der im Lande verfügbaren Lebensmittelvorräte zugunsten der angelsächsischen Besatzungsmächte, teils auf eine Trockenheitsperiode zurückzuführen war, die Mißernten, starke Einbußen im Viehbestand und Hungersnöte in der einheimischen Bevölkerung zur Folge hatte;

b) Erschütterung der französischen Autorität durch die für die Einheimischen unbegreiflichen bürgerkriegsähnlichen Zustände, die sich aus der Gegnerschaft zwischen dem von London nach Algerien übersiedelten Komitee „Freies Frankreich“ und den

Vichy-treuen französischen Beamten und Kolonisten ergaben; der Widerstand war die Angelegenheit einer zahlen- und einflußmäßig bedeutungslosen Minderheit gewesen;

c) Schwäche der durch Generalgouverneur *Catroux* vertretenen Exekutive; nachdem General *Catroux* der Liquidation der französischen Herrschaft über Syrien und Libanon hatte beiwohnen müssen, hatte er geglaubt, einer ähnlichen Entwicklung in Algerien dadurch vorzubeugen, daß er sich die sozialistischen und z. T. sogar die kommunistischen Thesen zu eigen machte;

d) plötzliches Anschwellen einer Volksfront-Agitation unter kommunistischer Führung; sie wurde dadurch begünstigt, daß alle früheren Einschränkungen fortfielen und General *de Gaulle* selbst eine sowjetfreundliche Politik trieb¹⁷.

Ferhat Abbas überreichte am 22. Dezember 1942 den angelsächsischen Mächten eine „Botschaft der islamischen Vertreter Algeriens“. Seine Forderungen wurden durch die Veröffentlichung des „Manifeste du peuple algérien“ am 10. Februar 1943 präzisiert, das von den „Oulemas“ mitunterzeichnet wurde. Sie können folgenderweise zusammengefaßt werden:

a) in sozialpolitischer Hinsicht: eine Agrarreform und Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards der untersten Bevölkerungsschicht;

b) in kultureller Hinsicht: Anerkennung der arabischen Sprache, Einführung eines kostenfreien Volksschulunterrichts und der allgemeinen Volksschulpflicht;

c) in politischer Hinsicht: Rede- und Koalitionsfreiheit, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des algerischen Volkes, effektive Beteiligung der Mohammedaner an der inneren Verwaltung — insgesamt die Umwandlung Algeriens in einen Assoziierten Staat innerhalb einer den Commonwealth-Gedanken verwirklichenden Union.

Unabhängigkeitsforderungen der Kommunisten und der Linksradikalen

Seit 1935 war die Kommunistische Partei Algeriens, die vorher als Algerische Föderation der Kommunistischen Partei Frankreichs angegliedert gewesen war, selbständig geworden. Sie veranstaltete zwischen 1942 und 1945 umfangreiche Propaganda-Aktionen gegen die französische Herrschaft. Dabei konnte sie sich der Einheitsgewerkschaft CGT (Confédération Générale du Travail) bedienen, die etwa 10 000 Mitglieder zählte¹⁸.

Neben der Kommunistischen Partei Algeriens und in enger Zusammenarbeit mit ihr war eine linksradikale Bewegung am Werke, die seither unter dem Namen „Mouvement pour le triomphe des libertés démocratiques“ (MTLD) bekannt ist. Sie war aus den Bemühungen eines algerischen Mitglieds der

Parteileitung der Kommunistischen Partei Frankreichs namens *Hadj Ali Abd El Kader* hervorgegangen. Sie war unter dem Namen „Etoile Nordafricaine“ 1926 in Paris gegründet worden und hatte ihre ersten Anhänger im kommunistischen Proletariat der französischen Industriezentren geworben. Bereits im nächsten Jahre war die Führung auf *Messali Hadj*, einen neunundzwanzigjährigen Berufsunteroffizier der französischen Kolonialarmee, übergegangen. *Messali Hadj* war damals schon ein Fanatiker, der mehrfach bestraft wurde und 1936 nach Genf flüchtete, wo Scheik *Ibn Arslan* ihn mit den Gedankengängen und Zielsetzungen der panarabischen Bewegung vertraut machte. Der Stern war im Zentralausschuß der Volksfront vertreten, die 1936 nach der Regierungsbildung seine inhaftierten Mitglieder amnestierte¹⁹. Bereits im Januar 1937 mußte jedoch der Stern verboten werden. *Messali Hadj* wurde wegen seiner aufrührerischen Tätigkeit zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, nach deren Verbüßung er interniert blieb. Die „Parti populaire algérien“, die als Tarnorganisation des Sterns 1937 gegründet und ebenfalls verboten worden war, durfte sich trotz der theoretischen Aufrechterhaltung des Verbots nach 1942 politisch betätigen. Sie nahm den Namen MTLD an, den sie seitdem beibehalten hat. Sie pflegt engste Beziehungen zur Arabischen Liga. Sie forderte 1943 die völlige Unabhängigkeit Algeriens, das berechtigt sein sollte, sich nach eigenem Gutdünken Verbündete auszusuchen.

Die Assimilationspolitik Frankreichs

Die Entwicklung der innerpolitischen Situation in Algerien hing mit dem ganzen Komplex der französischen Kolonialpolitik zusammen²⁰. General *de Gaulle*, der seine früheren Versprechungen nicht ignorieren konnte, kündigte am 12. Dezember 1943 in einer Rede in Constantine „kühne Reformen“ an. Die Verordnung vom 7. März 1944 brachte jedoch nur die Gewährung des Wahlrechts an 60 000 Mohammedaner, die im übrigen die Gleichsetzung mit den französischen Staatsbürgern nicht erhielten. Diese Maßnahme wurde zwar von den Kolonisten heftig kritisiert, die in den Nachkriegsjahren der gaullistischen Sammelbewegung erst dann ihre Stimmzettel gaben, nachdem *de Gaulle* selbst sein in Constantine geäußertes Bekenntnis zur Assimilation widerrufen hatte. Sie enttäuschte jedoch die gemäßigten unter den algerischen Politikern. Frankreich begann mit der Assimilation, nachdem die Algerier auf sie verzichtet und in seiner ganzen Tragweite das Problem gestellt hatten, das sich aus dem Vorhandensein der europäischen Minderheit für die Staatswerdung eines islamischen Algeriens ergibt.

In Algerien ebenso wie in den meisten überseeischen Besitzungen Frankreichs wurde die Ankündigung der Assimilationspolitik, gepaart mit der Duldung der linksradikalen Agitation, als ein Beweis

für die Schwäche Frankreichs aufgefaßt. Die Gelegenheit zu einer vorbehaltlosen Emanzipation durch einen Gewaltakt schien günstig. Im Mai 1945 brachen besonders in der Gegend von Sétif bei Constantine Unruhen aus. *Ferhat Abbas* wurde verdächtigt, sie angestiftet zu haben, und ungeachtet seiner politischen Ämter sowie der mit ihnen verbundenen Vorrechte verhaftet. Ein Jahr später mußte er entlassen werden, weil keine Beweise gegen ihn erbracht worden waren. Vermutlich hatten die Mitglieder der MTLD, die von den sozialistischen Angehörigen des Komitees „Freies Frankreich“ *Depreux* und *Le Trocquer* auf freien Fuß gesetzt worden waren, diese Unruhen gerade in dem Wahlbezirk von Ferhat Abbas inszeniert, um sich ihres politischen Rivalen zu entledigen.

Um dem fortgesetzten Anschwellen demagogischer Forderungen entgegenzuwirken, versuchte Generalgouverneur *Chataigneau* als Nachfolger von Catroux, die Assimilationspolitik mit Maßnahmen zur Besserung der sozialen Verhältnisse zu verbinden. In den Monaten März-April 1947 machte *Depreux* in seiner Eigenschaft als Innenminister eine Informationsreise durch Algerien, deren Ergebnisse zur Vorlage und Verabschiedung eines neuen Statutes durch das französische Parlament führten. Von den 30 algerischen Abgeordneten stimmten nur 4 für, die kommunistische Fraktion geschlossen gegen und von der sozialistischen Fraktion nur die Mitglieder der Regierung für das Statut²¹.

Das neue Statut von 1947

Das seitdem in Kraft befindliche Statut Algeriens verbindet die Ablehnung des Separatismus mit der Annahme einer Anzahl von Forderungen, die von der Manifestpartei erhoben worden waren. Der islamischen Religion wurde völlige Unabhängigkeit eingeräumt²². Die arabische Sprache wurde anerkannt. Die gesamte Bevölkerung erhielt die französische Staatsbürgerschaft. Zwei Wahlkollegien wurden gebildet, von denen jedes 60 der 120 Mitglieder der algerischen Versammlung zu wählen hat. Die Versammlung dient als Mittelinstanz zwischen dem französischen Parlament und dem algerischen Territorium. Sie hat das Recht, im Rahmen der gesetzgeberischen Tätigkeit des französischen Parlaments ergänzende Bestimmungen zu verabschieden. Der algerische Haushalt muß von ihr genehmigt werden. Dem Generalgouverneur, der die Exekutive darstellt, ist ein Regierungsrat beigegeben: von dessen 6 Mitgliedern werden 2 durch ihn und 2 durch jede der aus den Wahlkollegien hervorgegangenen Fraktionen der algerischen Versammlung benannt.

Die durch die Annahme des Statutes seitens des französischen Parlaments geschaffene Lage läßt sich damit umreißen, daß dem islamischen Selbstbewußt-

sein in Algerien Rechnung getragen und somit das Scheitern der Bemühungen um eine Durchdringung Algeriens durch die französische Kultur registriert wurde. Damit ist auch in juristischer Hinsicht eine trennende Wand zwischen der europäischen Minderheit und der islamischen Mehrheit errichtet worden. Die Scheidung war allerdings bereits in den zwanziger Jahren praktisch vollzogen worden, d. h. seitdem zwischen der algerischen Auslese und der islamischen Renaissance eine Verbindung bestanden hatte. Sie wird aber politische Folgen nach sich ziehen, weil es kaum anzunehmen ist, daß die Algerier sich mit den ihnen zugestandenen Rechten begnügen werden, wenn die benachbarten Protektorate größere Fortschritte auf dem Wege zur Selbstbestimmung erzielen. Die Zugeständnisse, die Frankreich früher oder später in den Protektoraten machen muß, werden zwangsläufig eine Abänderung des gegenwärtigen Statutes Algeriens zur Folge haben.

Wenn man die 1947 durchgeführten Reformen näher betrachtet, stellt man nämlich folgendes fest:

a) Das erste Wahlkollegium umfaßt etwa 1 Million Franzosen (die daneben auch im französischen Parlament unmittelbar vertreten sind) und die 60 000 Einheimischen, die durch die Verordnung vom 7. März 1943 das Wahlrecht erhielten. Demgegenüber stehen die 7½ Millionen des zweiten Kollegiums, die sich schon deshalb hoffnungslos in der Minderheit befinden, weil sie nur auf die gleiche Abgeordnetenzahl in der algerischen Versammlung Anspruch haben und die wichtigeren Entscheidungen eine Zweidrittelmehrheit erfordern. In dem Maße, in dem die algerische Versammlung zum Instrument der politischen Willensbildung im algerischen Volk wird, muß die einheimische Bevölkerung gegen eine Ungleichheit Protest erheben, die mit der Gewährung der Staatsbürgerrechte im Widerspruch steht. Mit dieser Feststellung wird nicht angedeutet, daß die Einführung des direkten und allgemeinen Wahlrechts zugunsten einer in ihrer überwiegenden Mehrheit sich aus Analphabeten zusammensetzenden Bevölkerung die beste Lösung für Algerien wäre. Es wird lediglich hervorgehoben, daß die allgemeine zeitgenössische Entwicklung dahin drängt und die zwischen den Kolonisten und den Einheimischen bestehende Ungleichheit in bezug auf die Beherrschung des politischen Apparates dem gegenwärtigen Statut einen provisorischen, das Zustandekommen einer echten Partnerschaft nicht fördernden Charakter verleiht.

b) Mit dem Modernisierungsplan sind die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Algeriens nicht gelöst worden. Es ist zwar bekannt, daß eine Agrarreform häufig eine Senkung der Erträge zur Folge hat und darum ihr Ziel verfehlt, den minderbemittelten Schichten zusätzliche Ernährungsmöglichkeiten

zu geben. Wenn aber Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten nicht in ausreichendem Maße geschaffen und Wege zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards nicht gefunden werden, ist es anzunehmen, daß die linksradikale Agitation sich gleichzeitig gegen den kolonialen Großgrundbesitz und gegen die politische Vormachtstellung der Kolonisten richten wird.

Die Entwicklung der letzten Jahre deutet auf die Gefahr einer Radikalisierung hin. Im Februar 1948 war *Chataigneau* als Generalgouverneur durch den

Sozialisten *Naegelen* ersetzt worden. Die Wahlen vom 4. April 1948 brachten im 2. Kollegium den gemäßigten Kreisen einen Sieg ein: daß sie von der französischen Verwaltung „gemacht“ worden waren, ist jedoch ein offenes Geheimnis. Kennzeichnend für die Entwicklung ist vielmehr, daß die Kolonisten immer wieder für die äußerste Rechte stimmen und daß 1951 die Manifestpartei und die MTLD eine Wahlkoalition mit den Kommunisten bilden konnten, die als „algerische Freiheitsfront“ firmierte.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

¹⁾ S. *Le Monde* vom 19. 11. 1952. In der Statistik des Arbeitsministeriums ist allgemein von Nordafrikanern die Rede. Eine beachtliche Einwanderung der Tunesier und Marokkaner kann aber nicht stattfinden, da die Staatsangehörigen beider Protektorate die französischen Staatsbürgerrechte nicht besitzen und deswegen nicht ohne weiteres beschäftigt werden dürfen.

²⁾ Siehe Jean *Blottière*: „L'Algérie“, Paris 1948; Gouvernement Général de l'Algérie: „Exposé de la situation générale de l'Algérie en 1951“, Algier 1952; Hubert *Deschamps*: „L'Union Française“, Paris 1952; „L'évolution du problème algérien“ in: *Information et Documentation* vom 4. und 11. 12. 1948 sowie vom 15. 1. 1949; Rolf *Reventlow*: „Die Strukturwandlungen in Französisch-Nordafrika“ in: *Außenpolitik*, Februar 1952, und „Politics and Economics in Algeria“ in: *The World Today*, Februar 1948, S. 83 ff.

³⁾ Die algerische Weinernte betrug 1952 insgesamt 12 531 000 Hektoliter. Während der Kampagne 1951/52 hatte Algerien 10 477 000 Hektoliter nach Frankreich ausgeführt und 308 000 Hektoliter aus Frankreich erhalten. Die seit 1951 in Frankreich blockierten und für die Alkoholgewinnung vorgesehenen Weinmengen betragen ca. 12 000 000 Hektoliter. Ueber die Problematik des im Weinhandels angewandten Lenkungssystems vgl. *Le Monde* vom 25. und 27. 1. 1952.

⁴⁾ S. „Probleme der Französischen Union“, III. Teil, in: Europa-Archiv 7/1953, S. 5595 f.

⁵⁾ S. „L'évolution économique des pays d'outre-mer“ in: *La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires* No. 1513; „Aspects financiers et budgétaires du développement économique de l'Union Française“ in: *La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires* No. 1568; Bericht des Commissariat Général au Plan: „Etat des opérations ... à la fin de 1950“, Paris 1951.

⁶⁾ S. *Le Monde* vom 21. 12. 1952.

⁷⁾ S. *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. 11. 1952.

⁸⁾ Unter Gouverneur General *Chataigneau* war mit der Arbeit bereits begonnen worden.

⁹⁾ Ueber die psychologischen und politischen Momente in der Entwicklung des inflationistischen Prozesses vgl. vom Verfasser: „Die Inflation in Frankreich“ in: Europa-Archiv 24/1951, S. 4574 ff.; „Kann die französische Wirtschaft stabilisiert werden?“ in: *Wirtschaftsdienst*, Juni 1952, S. 363 ff.; „Frankreichs Finanzpolitik unter Pinay“ in: *Außenpolitik*, Oktober 1952, S. 662 ff.

¹⁰⁾ Die „bureaux arabes“ sind auch in Tunesien und Marokko übernommen worden. Im Laufe der Zeit sind Spezialisten (im allgemeinen Offiziere) ausgebildet worden, die sehr positive Leistungen erzielt haben. Der Nachteil dieses Systems liegt darin, daß es den Entwicklungsmöglichkeiten der Einheimischen wenig Rechnung trägt.

¹¹⁾ Zu jener Zeit legte das französische Parlament größten Wert darauf, daß die französischen Kolonien für den französischen Staatshaushalt keine zusätzliche Bürde bedeuteten. Vgl. dazu „Probleme der Französischen Union“, III. Teil, in: Europa-Archiv 7/1953, S. 5593.

¹²⁾ Gesetz vom 14. 12. 1902 und Erlasse von 1903 und 1905.

¹³⁾ S. „L'oeuvre législative de la France en Algérie“, hrsg. vom Ministerium de France d'Outre-Mer, Paris 1930; Hubert *Deschamps*, op. cit. S. 109 ff.

¹⁴⁾ S. „Probleme der Französischen Union“, III. Teil, in: Europa-Archiv 7/1953, S. 5591 ff.

¹⁵⁾ Bis 1939 64 Schulen im Département d'Alger, 12 im Département d'Oran und 157 im Département de Constantine.

¹⁶⁾ Siehe Hubert *Deschamps*, op. cit. S. 109 sq.

¹⁷⁾ S. vom Verfasser: „Die französische Außenpolitik nach dem Kriege“ in: Europa-Archiv 2/1952, S. 4651 ff.

¹⁸⁾ Nach der Spaltung weist die kommunistische CGT 70 000, die den Sozialisten nahestehende Force Ouvrière 20 000 und die christliche CFTC 10 000 Mitglieder auf. Vgl. „Nationalism and the Trade Unions in French North Africa“ in: *The World Today*, Juni 1952, S. 253.

¹⁹⁾ Die Forderungen, die *Messali Hadj* der Volksfront-Regierung unterbreitete („Cahier de revendications immédiates“ und „Charte revendicative du Congrès musulman“), beschränkten sich auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Unabhängigkeitsbestrebungen fanden darin keine Erwähnung.

²⁰⁾ S. „Probleme der Französischen Union“, I. Teil, in: Europa-Archiv 20/1952, S. 5231 ff., und III. Teil, in: Europa-Archiv 7/1953, S. 5591 ff.

²¹⁾ Vgl. die Parlamentsdebatten vom 10. 8. bis 1. 9. 1947 in: *Journal Officiel*, II. Teil.

²²⁾ Die 1907 erfolgte Trennung zwischen Kirche und Staat wurde nicht auf Algerien ausgedehnt, weil der französische Staat sich im kirchlichen ebenso wie im weltlichen Bereich als Rechtsnachfolger des Bey von Algerien betrachtete.

Wirtschafts- und Organisationspolitik im westeuropäischen Kohlenbergbau bis zur Errichtung der Montanunion

Von Dr. Paul Wiel, Velbert

Mit der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist ein Abschnitt Wirtschaftsgeschichte zu Ende gegangen, der, wie kaum ein anderer, Politik und Theorie bewegt hat. Kohle ist ein Gut von höchster wirtschaftlicher Bedeutung, darum suchten besonders nach dem Ersten Weltkrieg alle Staaten eine ihnen angemessene Kohlenpolitik zu betreiben. Die Möglichkeiten hierfür waren jedoch beschränkt, da die Kohle kein beliebig vermehrbares Gut ist und ihr Absatz und Verbrauch wesentlich durch Transportkosten bestimmt werden. Wegen ihrer hohen machtpolitischen Bedeutung versuchten zudem Interessenten, Interessengruppen oder der Staat Einfluß auf die Produktion zu bekommen oder sie als privatwirtschaftlichen Machtfaktor auszuschalten, was zur Verstaatlichung führte. Durch die Gründung der Montanunion — über die Vorgeschichte, den Abschluß des Vertrages und die jüngste Entwicklung hat das Europa-Archiv in verschiedenen Beiträgen berichtet* — sind diese Probleme in ein neues Licht gerückt worden. Um so wichtiger erscheint es daher, Erfahrungen der Vergangenheit zu beachten.

Deutschland: Vom freien Syndikat zum Staatsinstrument

Nach der großen Krise der siebziger Jahre stieg die Förderung im Ruhrgebiet sehr schnell. Andererseits sanken die Preise so stark, daß die Rentabilität der meisten Unternehmer verlorenging. Das investierte Kapital bei den Zechen verzinst sich nach Berechnungen von Effertz (Generaldirektor der Zeche Königsborn) 1877 und 1878 mit nur 1,5 vH und 1879—1886 mit 2—2,5 vH. Kleine¹ errechnete einen Gesamtverlust des Ruhrbergbaues in zehn Jahren (1875—1884) in Höhe von 175 Mill. Mark.

Nach mehrfachen Einzelversuchen, zu zwischenbetrieblichen Vereinbarungen zu gelangen, kam es 1893 zur Bildung des *Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats*. Von insgesamt 160 Zechen traten 98 dem Verband bei. Diese umfaßten bei der Gründung 86,8 v H der Ruhrgebietsförderung in Höhe von 38,6 Mill. t. Die Hauptschwierigkeit für eine umfassende Vereinbarung lag in der Zersplitterung. Im Ruhrgebiet befaßten sich rund 200 Unternehmungen mit dem Bergbau. Der Vertragsabschluß wurde erleichtert durch Nichtberücksichtigung der Hüttenzechen, von denen man damals noch keine Störung

des Marktes erwartete (1893 12 Betriebe mit 3,4 Mill. t Jahresförderung), und der Zwergzechen.

Die Syndikatsverfassung sah vor, daß der gesamte Vertrieb außer dem Landabsatz vom Syndikat übernommen wurde. Nicht berücksichtigt wurde zunächst der Selbstverbrauch. Die Verteilung der Aufträge an die Zechen erfolgte auf Grund der den einzelnen Mitgliedern zuerkannten Quoten. Wurde die Quote überschritten, so hatte der betreffende Betrieb Ausgleichszahlungen an das Syndikat zugunsten der benachteiligten Mitglieder zu entrichten. Die Quotenkämpfe verursachten begreiflicherweise große innere Schwierigkeiten. Da man im Interesse des Ganzen Zugeständnisse machen mußte, war die Summe aller Quoten weit höher als die Gesamtförderung („verwässerte Quoten“).

Weitere Schwierigkeiten verursachte die Syndikatsumlage. Sie wurde vom Syndikat erhoben, um die Differenz zwischen dem Verrechnungspreis, der den Zechen für ihre Kohlenlieferungen fürs erste bezahlt wurde, und dem wirklichen Erlös auszugleichen, sofern dieser geringer war. Sie bekam besondere Be-

*) Vgl. hierzu: Schumanplan und Atlantikpakt, 1. Teil EA 13/1950, S. 3147; 2. Teil EA 21/1950, S. 3464; 3. Teil EA 22/1950, S. 3503; 4. Teil EA 10—11/1951, S. 3961; Schumanplan und Europäischer Bundesstaat EA 10—11/1951, S. 3955; Die Verfassung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl EA 10—11/1951, S. 3977; Die Entstehung des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit dem Wortlaut des Vertrages EA 10—11/1951, S. 3985; Die europäische Kohlenwirtschaft im Spannungsfeld der weltpolitischen Aus-

einandersetzungen EA 7/1952, S. 4815; Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl EA 1/1953, S. 5407; Die ersten Schritte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl EA 8/1953, S. 5639 und EA 12/1953, S. 5779.

¹) *Kleine*: Zur Aufbesserung der Lage des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus, Denkschrift für den Verein für die bergbaulichen Interessen, Dortmund 1885.

deutung bei hohen Exporten und Absatz in bestrittenen Gebieten, wo relativ niedrige Preise erzielt wurden.

Wegen der Nichtberücksichtigung des Selbstverbrauchs strebten die einzelnen Zechen danach, sich weiterverarbeitende Betriebe anzugliedern, wodurch bedeutende Mengen an Kohle, die sonst auf den Markt kamen, dem Einfluß des Syndikats entzogen wurden. Die Hüttenzechen zogen besonders Vorteile aus dieser Konstruktion.

Bei der Gründung des Syndikats spielte diese Frage eine belanglose Rolle. Zwar entfielen auf Hüttenzechen 11 vH der Ruhrgebietsförderung; an den Markt aber gelangte nur ein Drittel oder 3—4 vH der Produktion des Reviers. 1904 betrug dagegen die Förderung der Hüttenzechen schon 20 vH der Produktion aller Syndikatszechen, 1912 30 vH oder 13,8 Mill. t. 1941. Als praktisch der gesamte Bergbau im Syndikat erfaßt war, hatten von 38 Mitgliedern nur 5 keine Verbrauchsbeteiligung. Hüttenzechen als Syndikatsmitglieder blieben zunächst von der Umlage befreit. Da Betriebe mit eigenen Zechen gegenüber den „reinen Hütten“ sowohl kostenmäßig als auch in der technischen und wirtschaftlichen Dispositionsmöglichkeit im Vorteil waren, wenn der Preis nicht unter eine bestimmte Höhe sank, waren die gemischten Werke an der Existenz des Syndikats erheblich interessiert und traten 1903 dem Syndikat unter der Bedingung der Befreiung des Selbstverbrauchs von der Umlage bei. Die Höhe des Selbstverbrauchs führte zu neuen Auseinandersetzungen. 1909 willigten die Hüttenzechen in eine Kontingentierung des Selbstverbrauchs ein.

Zu Anfang des neuen Jahrhunderts traten der weit- aus größte Teil der noch nicht erfaßten „reinen Zechen“ und die Hüttenzechen bei. Außerdem wurden die beiden selbständigen Syndikate, der Koksverband und der Brikettverband, eingegliedert. Im Jahre 1903 kontrollierte das Kohlensyndikat 98 vH der Förderung des Ruhrgebiets. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatten sich die Außenseiter so entwickelt, daß auf sie 11 vH der Gesamtförderung entfielen. Einigungsversuche scheiterten an den hohen Quotenforderungen.

Im Jahre 1915 drohte das Syndikat an diesen Schwierigkeiten auseinanderzubrechen. Da es im Kriege als Steuerungsorgan unentbehrlich war, erließ der Bundesrat eine Verordnung, die den zwangsweisen Zusammenschluß des Stein- und Braunkohlenbergbaus vorsah, wenn sich die Zechen nicht zu Syndikaten vereinten, die mindestens 97 vH der Gesamtproduktion der Reviere umfaßten. Hierdurch waren auch die fiskalischen Zechen mit rund 4 vH der Förderung zum Anschluß gezwungen. Die Verbrauchsbeteiligung wurde ebenfalls zur Umlage herangezogen. Praktisch hatte das damals keine Bedeutung, weil bis 1924 keine Umlage erhoben zu werden brauchte.

Im Jahre 1927 endlich erklärten sich die Hüttenzechen mit einer gleichen Umlage für Verbrauchs- und Verkaufsbeteiligung einverstanden. Dem ersten staatlichen Eingriff folgte 1917 ein viel entscheidenderer, die Einsetzung des *Reichskohlenkommissars*. Ihm oblag die Festsetzung von Höchstpreisen und Absatzgrenzen (wesentlich im Interesse einer Entlastung des Verkehrsapparates) sowie das Bezugscheinwesen. Damit war das Syndikat praktisch ein Instrument des Staates. Im Jahre 1919 wurde das Kohlenwirtschaftsgesetz erlassen, das bis zur nationalsozialistischen Zeit die Grundlage der Ordnung der deutschen Kohlenwirtschaft war.

Das neue Gesetz faßte die verschiedenen Zwangssyndikate der Kohlenwirtschaft im *Reichskohlenverband* zusammen. Dieser hatte die Syndikate nach Richtlinien des Reichskohlenrates zu kontrollieren und die Preise sowie den Absatz nach Mengen und Gebieten zu regeln. Der Reichskohlenverband war als Spitze der Einzelverbände mit ausschließlich gemeinwirtschaftlichen Zielen gedacht, entwickelte sich jedoch zu einer Interessenvertretung der Einzelsyndikate und als deren zentrale Geschäftsstelle. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hatte im Verband eine Majorität mit 53,8 vH aller Stimmen.

Der Organisation übergeordnet wurde der *Reichskohlenrat*, der eine Art Fachparlament der Kohlenwirtschaft darstellte. Er bestand aus 60 Mitgliedern, und zwar aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Kohlenbergbaus sowie Kohlenverbrauchern. Gemeinsame Interessen führten dazu, daß sich zwei Hauptgruppen bildeten, die Produzenten, und zwar Unternehmer und Arbeitnehmer, einerseits und die Verbraucher andererseits. Die ersteren hatten die Majorität. Der Reichskohlenrat hatte ein weitgehendes Kontrollrecht sowie ein Mitbestimmungs- und Entscheidungsrecht in Preisfragen. In allen Instanzen wirkten nach dem neuen Gesetz Arbeitnehmer mit.

Die Organisation erfüllte nicht die Erwartungen: daher verlagerte sich de facto die Kohlenpolitik immer mehr zum *Reichswirtschaftsministerium*, das als Organ der Regierung die Oberaufsicht über die Organisationen führte und Beschlüsse des Reichskohlenrates, des Reichskohlenverbandes und der Syndikate außer Kraft setzen konnte, wenn das öffentliche Wohl gefährdet erschien.

Als Ergebnis der Nachkriegsentwicklung hatte somit das Syndikat aufgehört, ein freier Unternehmerverband zu sein.

Im Jahre 1931 wurde die Zahl der Mitglieder des Reichskohlenrates auf 32 herabgesetzt. 1934 erfolgte die Eingliederung des Aachener Reviers und 1935 des zurückgekehrten Saargebiets in das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat.

In der Krise 1930—33 wurde die Umlage auf Verbrauchsbeteiligung erneut problematisch. Infolge des starken Absinkens der Eisen- und Stahlproduktion

ging die Ausnutzung der Verbrauchsbeteiligung viel stärker zurück als die der Verkaufsbeteiligung. Durch Schiedsspruch des Geschäftsführers des Reichskohlenrates wurde die Umlage bei der Verbrauchsbeteiligung vorübergehend in Beziehung zur Beteiligung am Export gebracht. Später, im Jahre 1938, erhielten die Hüttenzechen das Recht, Verbrauchsbeteiligungen in Verkaufsbeteiligungen umzuwandeln, wodurch sie in ihren Dispositionen beweglicher wurden.

In der nationalsozialistischen Zeit nahm die Lenkung der Kohlenwirtschaft straffere Formen an, doch wurde an der äußeren Organisation zunächst nichts geändert. Erst 1939 erfolgte im Zuge des Vierjahresplans eine umfassende Neuordnung. Von der Regierung wurde die *Reichsstelle Kohle* unter dem *Reichsbeauftragten Kohle* geschaffen. Als Außenstelle dienten 12 Kohlenverteilungsstellen, als die praktisch die Syndikate fungierten. Der Reichskohlenrat wurde aufgelöst. Im Kriege, 1941, schlossen sich der Kohlenbergbau und der Kohlenhandel zur *Reichsvereinigung Kohle* zusammen.

Schon in den ersten Jahren seines Bestehens suchte das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat Einfluß auf den Kohlenhandel zu gewinnen. Es arbeitete mit dem freien Handel von vornherein unter dem Ausschließlichkeitsprinzip. Bis 1906 und im Ersten Weltkrieg wurde eine Reihe von Handelsunternehmungen zu Syndikatshandelsgesellschaften für den ausschließlichen Vertrieb von Ruhrkohle zusammengeschlossen. Der Handel, von dem früher der Bergbau stark abhängig war und der ihn zum Teil sogar beherrschte, wurde zu einem Instrument des Syndikats. Auch nach dem Kriege setzte das Syndikat diese Politik fort. Die Syndikatsgesellschaften erhielten die Kohlen zum sogenannten Reichsanzeigerpreis mit einem Rabatt von 6 vH. Sie selbst verkauften weiter ohne diesen Abzug.

Die Syndikatspolitik hatte bis zum Ersten Weltkrieg einen vollen Erfolg. Obwohl die Preissetzung maßvoll war, erfreute sich der Ruhrbergbau im ganzen einer recht guten Prosperität. Der Jahresreingewinn der Aktiengesellschaften in Deutschland betrug 1907 bis 1916 im Durchschnitt 8,16 vH des Unternehmungskapitals, im Steinkohlenbergbau dagegen 9,6 vH. Diese Ergebnisse ermöglichten eine gute Selbstfinanzierung und auch eine Erhöhung der Löhne.

Die Lage änderte sich für Deutschland entscheidend durch den Krieg und seine Folgen. Die Abtrennung der Saar und Oberschlesiens brachte einen Ausfall von 24 vH der Vorkriegserzeugung. An der Ruhr blieb die Förderung 1919 um 38 vH und 1920 um 22 vH hinter der Förderung von 1913 zurück. Insgesamt standen Deutschland 1920 an eigener Kohlenförderung 69 vH der Menge von 1913 zur Verfügung. Dieser Ausfall von 31 vH war erheblich höher als die Vorkriegsausfuhr (25 vH der Förderung). Trotzdem mußte Deutschland noch bedeutende Mengen an

Reparationskohle liefern. 1924 erreichten diese ihren Höhepunkt mit 15,9 Mill. t (Steinkohle und Koks).

Einen schweren Rückschlag brachte insbesondere der Ruhrkampf von 1923. Die Ruhrgebietsförderung ging damals auf 42,6 Mill. t zurück. Die deutsche Einfuhr erreichte mit 25,8 Mill. t (Steinkohle und Koks in Steinkohleneinheiten) ihren höchsten Stand. Eine Wendung bedeutete der englische Bergarbeiterstreik. Gegenüber 1925 fielen 32,7 Mill. t am Weltmarkt aus, die hauptsächlich durch Deutschland, Polen und die USA abzudecken waren. Die deutsche Ausfuhr erreichte damals mit 54,1 Mill. t (Steinkohle und Koks in Steinkohleneinheiten) ihren bisher höchsten Stand. Der Erfolg war insofern nachhaltig, als ein großer Teil der verlorenen Märkte wiedergewonnen werden konnte.

Schwerwiegende Folgen hatte ferner die Revolution von 1918 auf das Kostengefüge des Bergbaus. Der Umsturz brachte allgemein den Achtstundentag, der seitdem, abgesehen von der Kriegszeit, praktisch durchgehalten wurde. Die politische und soziale Unruhe dieser Jahre führte zu dauernden Lohnforderungen. Von der Festsetzung der Löhne nach der Stabilisierung der Währung im Oktober 1923 erfolgten bis zum Höhepunkt der Konjunktur 1929 16 Lohn- und Gehaltserhöhungen (1. 5. 1924 Löhne 15 vH; 1. 6. 1924 Löhne 4,52 vH; Gehälter 5 vH; 1. 12. 1924 Löhne 8,95 vH; Gehälter 10 vH; 22. 4. 1925 Löhne 5,95 vH; 1. 11. 1925 Löhne 7,62 vH; 1. 9. 1926 Löhne 4,35 vH als Folge des englischen Bergarbeiterstreiks; 1. 10. 1926 Leistungszulage für Angestellte 4 vH, die am 1. 1. 1927 wieder fortfiel; 1. 1. 1927 Gehälter 6 vH; Mehrarbeitsvergütung für Angestellte 1,05 vH; 1. 5. 1926 Löhne 6 vH; 1. 5. 1928 Löhne 8 vH; 1. 6. 1928 Gehälter 7 vH und außerdem Mehrarbeitsvergütung 0,375 vH; 1. 5. 1929 Löhne 2 vH; 1. 6. 1929 Gehälter 2 vH)². Auch die anderen Kosten, insbesondere die Steuer- und Sozialbelastung, stiegen stark an. Andererseits kam es in der gleichen Zeit zu mehreren Senkungen des Kohlenpreises (1. 7. 1924 Förderkohle von durchschnittlich RM 21,30 auf RM 16,50, 1. 10. 1924 auf RM 15,20)². Die schlechte Rentabilität führte zu dem bekannten Schmalenbachgutachten von 1928, das einen Verlust von RM 0,27 je t feststellte. Dem Bergbau wurde daraufhin am 1. Mai 1928 eine Preiserhöhung der Förderkohle auf durchschnittlich RM 17,40 je t zugestanden. Nur zweieinhalb Jahre später, am 1. Dezember 1930, d. h. nach Ausbruch der großen Krise, wurden die Kohlenpreise wieder herabgesetzt, und zwar auf 15,90 RM je t, obwohl mit dem Rückgang der Produktion der Druck der vom Beschäftigungsgrad unabhängigen Kosten zunahm. Am 1. Januar 1931 kam es zur ersten Lohn- und Gehaltssenkung (6 vH). Bis zum Tiefpunkt der Krise folgten dann noch weitere Preis- und Gehalts-

² Günter Göhler: Wirtschaftliche Zeittafel des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, *Bergfreiheit*, April 1950.

senkungen (1. 10. 1931 Lohn und Gehalt 7 vH; 1. 1. 1932 Lohn und Gehalt 10 vH; Preis auf RM 14,30; 1. 3. 1932 Gehälter 15 vH infolge Arbeitszeitverkürzung)².

Im Zuge der Arbeitsbeschaffung und bis zum Zweiten Weltkrieg blieben die Preise im wesentlichen unverändert, während die Löhne leicht anstiegen. Die volle Ausnutzung der Betriebe und die Rationalisierung schufen wieder eine bessere Ertragslage.

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen führten zu einem völligen Zusammenbruch der Wirtschaftlichkeit in der Steinkohlenproduktion. Bei der zuerst im ganzen negativ eingestellten Politik der Besatzungsmächte war nicht beabsichtigt, die Produktivität des deutschen Bergbaus zu schmälern. Vielmehr wollte man ihn der wirtschaftlichen Entwicklung Gesamteuropas dienstbar machen. Daher erfuhr er in Potsdam keinerlei Einschränkungen. Die Kohlensyndikate wurden aufgelöst. Da jedoch angesichts der außerordentlichen Versorgungsschwierigkeiten auf Lenkungs- und Verteilungsorgane nicht verzichtet werden konnte, wurde unter der *North German Coal Control* (NGCC) als Lenkungsorgan der britischen Militärregierung für die Verteilung der Ruhrkohlen zunächst die *Ruhrkohlen-Zentrale* gebildet. An ihre Stelle trat im Oktober 1946 das *North German Coal Distribution Office* (NGCDO) als Absatzorganisation für die gesamte britische Zone. Im Zuge der Übernahme der Verwaltungsaufgaben in deutsche Hand auf Grund des Besatzungsstatuts gingen die Aufgaben der NGCC und des NGCDO auf die zu diesem Zwecke Ende 1947 gegründete *Deutsche Kohlenbergbau-Leitung* (DKBL) und den *Deutschen Kohlenverkauf* (DKV) über. Bestehen blieb jedoch ein Anweisungs- und Kontrollrecht der *Combined Coal Control Group* (CCCCG), der Vertreter der drei westlichen Besatzungsmächte angehörten.

Die DKBL betreute den gesamten deutschen Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau. Sie hatte die Aufgabe, Maßnahmen zur Hebung und Sicherung der Leistungsfähigkeit zu treffen, wenn solche von den zuständigen Stellen genehmigt wurden. Ihr unterstanden u. a. die Lenkung der Produktion und des Absatzes, Behandlung der sozialen Fragen und des Wohnungsbaus.

Der DKV war der DKBL angegliedert, aber in der Verwaltung und Abrechnung selbständig. Er war ursprünglich für den gesamten Kohlenabsatz zuständig. 1950 übernahmen besondere Organisationen den Vertrieb der Braunkohle sowie der Aachener und niedersächsischen Steinkohle, so daß der DKV sich zuletzt nur mit dem Absatz von Ruhrkohle befaßte. Die Verkaufsorganisation hatte folgende Aufgaben:

1. Anpassung der Nachfrage an die absatzfähige Förderung,
2. Versand und Versandplanung,
3. Verkehrslenkung,
4. Kundenberatung.

DKBL und Bundeswirtschaftsministerium stellten auf Grund der Meldungen der einzelnen Zechen einen Produktionsplan auf, der über die *Ruhrbehörde* der ECE und OEEC zur Stellungnahme vorgelegt wurde. Die Ruhrbehörde setzte die Exportmengen nach Arten und Sorten fest, wobei eine beschränkte Menge dem freien Export überlassen blieb³. Ueber die Verteilung der nach Befriedigung des Exports verbleibenden Produktionsmenge entschied der Beauftragte für Kohle, der als Beauftragter des Bundeswirtschaftsministeriums der DKBL zugeordnet ist. Dem DKV blieb also die technische Entwicklung des Vertriebs überlassen. Seine allgemein wirtschaftlich wichtigste Aufgabe war dabei die Koordinierung der verschiedenen Gesichtspunkte, insbesondere der Sortenausgleich.

Großbritannien: Von Zersplitterung und Zwangskartell zur Verstaatlichung

Der britische Bergbau arbeitete bis zum Ersten Weltkrieg im Durchschnitt mit guten Gewinnen. Trotz der außerordentlichen Zersplitterung in 3024 Zechen im Jahre 1913 (Jahresdurchschnitt) gab es keine sonderlichen Schwierigkeiten, weil die Gunst der Naturgegebenheiten und der geographischen Lage (Nähe des Meeres) einen befriedigenden Ertrag garantierte. In der ersten Nachkriegszeit, als die ausländische Konkurrenz praktisch ausfiel, konnte der Bergbau mehr als die dreifachen Preise der Friedenszeiten erzielen. Allerdings waren auch die Kosten stark gestiegen, die Lohnkosten allein um das Dreifache.

Während in Deutschland nach der Inflation die Löhne ständig erhöht wurden, ging in Großbritannien der Kampf schon sehr bald nach Beendigung des Krie-

ges um *Lohnabbau*. Die Frage wurde lebenswichtig, als sich die Verhältnisse normalisierten und die Preise stark zurückgingen. So betrugen z. B. die Preise fob Newcastle 1914 s 11/10, 1920 dagegen s 82/9, 1922 wieder 21/0. Die Auseinandersetzungen führten in der Folge zu mehreren Streiks. 1921 legten 1,25 Millionen Bergleute die Arbeit nieder, wodurch 73 Mill. Arbeitstage verloren gingen. Vorübergehend brachte das Jahr 1923 dem englischen Kohlenbergbau wegen des Ausfalls von Deutschland infolge der Ruhrbesetzung noch einmal einen Auftrieb, wobei die Ausfuhr die bisher größte Höhe von 102 Mill. t (einschließlich Bunkerkohle) erreichte. Einschneidende Folgen

³) Vgl. Ulrich Sahm: „Die internationale Kontrolle des Ruhrgebietes“ in Europa-Archiv 7—8/1950, S. 2957—2964.

hatte der Riesenstreik von 1926, an dem über eine Million Arbeiter beteiligt waren und der einen Verlust von 147 Mill. Arbeitstagen zur Folge hatte. Die Auseinandersetzung führte zu einer völligen Niederlage der Arbeiter; England war 1926 wegen des Ausfalls der Selbstversorgung nächst Frankreich der weitaus bedeutendste Kohlenimporteur. Die Förderung ging von 247 Mill. t im Jahre 1925 auf 128 Mill. t im Jahre 1926 zurück, die Ausfuhr von 55 Mill. t auf 22 Mill. t (ohne Bunkerkohle), während die Einfuhr, die sonst völlig belanglos war, auf über 20 Mill. t stieg. Dieser Rückgang war für die britische Stellung am Weltkohlenmarkt äußerst verhängnisvoll, während er andererseits die deutsche und polnische Konkurrenz nicht nur vorübergehend, sondern nachhaltig stärkte. Auch die Krise von 1932/33 traf den britischen Bergbau schwer, da die selbst produzierenden Kohleneinfuhrländer zur Aufrechterhaltung ihrer Eigenförderung die Einfuhr stark drosselten.

Die Lohnkämpfe waren von schweren Auseinandersetzungen über die Arbeitszeit begleitet. Im Jahre 1919 wurde sie im Bergbau von 8 $\frac{1}{2}$ auf 7 $\frac{1}{2}$ Stunden herabgesetzt. Noch der große Samuel Report von 1926 empfahl, die kurze Arbeitszeit beizubehalten. Die Regierung schuf jedoch damals die gesetzliche Möglichkeit, eine 8 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit einzuführen. Das Gesetz von 1930 über die Kohlenwirtschaft (Coal Mines Act) ging wieder zur 7 $\frac{1}{2}$ stündigen Schicht über.

Das Jahr 1921 brachte dem Bergbau im Durchschnitt einen Verlust von s 2/9 $\frac{1}{4}$ je t. Damals kam es zu einer ersten *Subvention* des Bergbaus mit 10 Mill. Pfund, um den Arbeitern einen gewissen Ausgleich für die Lohnsenkung zu geben. Der Zuschuß ermöglichte eine zusätzliche Lohnzahlung von 1 s je t. Ein zweites Mal erfolgte 1925/26 eine Subvention, als die Verhandlungen über die Löhne scheiterten und Streik drohte. Der Staat glich damals den Zechen die Verluste aus, die sie durch Weiterzahlung der Löhne erlitten. Der Zuschuß betrug s 2/8 $\frac{3}{4}$ je t (für Wales s 4/3 $\frac{1}{4}$). Ohne diese Finanzhilfe hätten 73 vH der gesamten britischen Kohlenförderung mit Verlust gearbeitet. Der Staat mußte damals 23,3 Mill. Pfund aufwenden. Ein drittes Mal wurde der Bergbau 1928/29 subventioniert. Damals übernahm der Staat drei Viertel der Lokalsteuern der Grundindustrien. Die Eisenbahnen erhielten in dem Umfang Steuererleichterungen, wie sie ihre Frachten für Export-, Hüttenkohle und Grubenholz senkten. Das führte zu einer Ermäßigung der Frachten um 25 vH, was bei der starken Abhängigkeit des britischen Bergbaus von der Schiene ziemlich große Bedeutung hatte. (1949 erfolgten z. B. fast 70 vH aller Transporte im Inlandversand auf der Eisenbahn und nur rund 20 vH auf dem Seeweg.)

Neben Lohnsenkungen und Hilfsmaßnahmen des Staates liefen auch Versuche der Selbsthilfe. Eine

der schwersten Behinderungen des britischen Kohlenbergbaus war die starke Zersplitterung, die hauptsächlich auf die eigentümliche Eigentumsverfassung zurückzuführen war. Danach waren das Eigentum am Boden und der Abbau nicht in einer Hand. Vielmehr überließen die Bodenbesitzer, wenn sie nicht selbst Bergbau betrieben, die Kohlegewinnung anderen, die für jede Tonne Förderung eine bestimmte Abgabe zu zahlen hatten (*Royalties*). Als Folge davon war die einzelne Zeche in ihrer räumlichen Ausdehnung an die Eigentumsverhältnisse über Tage gebunden. Auch der in England herrschende Individualismus war eine Ursache der starken Zersplitterung. Die über Generationen anhaltende gute Rentabilität hatte den Fortschritt behindert und viel Ueberlebtes konserviert. Das Gesetz von 1926 (*Mining Act*) brachte einigen Schutz gegen unbillige Forderungen der Bodenbesitzer und sah staatliche Unterstützung bei Zusammenlegungsplänen vor. So konnte die fehlende Zustimmung einer Minderheit von 25 vH durch staatliche Anordnung ersetzt werden. Praktisch hat diese Bestimmung wenig Bedeutung gehabt. Doch kam es in den folgenden Jahren zu einigen bedeutenden Zusammenlegungen in Wales, in den Midlands und im Nordosten. Dabei ging die Initiative weniger vom Bergbau als von der Eisenindustrie, den Banken und vom Kohlenexporthandel aus. Im ganzen waren die Ergebnisse aller Bestrebungen wenig befriedigend. Infolgedessen wurden mit dem *Coal Mines Act* von 1930 schärfere Bestimmungen getroffen. Jedoch scheiterten die Absichten des Gesetzgebers an dem entschlossenen Widerstand der Zechenbesitzer, die das zuständige Gericht, die Railway and Coal Commission, anriefen. Das Urteil entzog dem durch das Gesetz eingesetzten Ausschuß praktisch den Boden.

Größere Bedeutung bekamen die 1928 einsetzenden *Kartellierungen*. Vereinzelt hatte es schon früher in Großbritannien zwischenbetriebliche Vereinbarungen über Preise oder Absatz gegeben. Aber alle blieben ohne nachhaltige Wirkung. Das Versagen der Engländer auf diesem Gebiet ist hauptsächlich auf die Zersplitterung zurückzuführen. 1924 gab es nicht weniger als 2579 Unternehmungen, während das Ruhrkohlen Syndikat es 1893 noch nicht einmal mit einem Siebentel dieser Zahl und später mit einer noch weit geringeren Anzahl zu tun hatte. Hinzu kam, daß eine Kartellierung, wenn sie vollen Erfolg haben sollte, praktisch das ganze Land umfassen mußte; denn abgesehen von dem wirtschaftlich unwichtigen Norden Schottlands ist kein Kohlengebiet weiter als 100 bis 150 km von einem anderen entfernt, d. h. bei höchstens 50 bis 80 km treffen sich die Konkurrenten. Es gibt also praktisch keine unbestrittenen Gebiete; die meisten konkurrieren mit anderen bereits im Landabsatz. Einer umfassenden Kartellierung stand im Gegensatz zum Ruhrsyndikat

der viel größere Raum entgegen. Die Fühlung der Betriebe untereinander konnte im ganzen also nur verhältnismäßig locker sein. Endlich war die Größen- und Altersstreuung der Betriebe und als Folge davon die Kostenstreuung der Unternehmen außerordentlich groß.

All diese Schwierigkeiten machten einen umfassenden Zusammenschluß auf freiwilliger Basis unmöglich. Im Jahre 1928 kam es jedoch zu den ersten größeren Kartellbildungen in einzelnen Revieren. Die *Central Collieries Association*, die die Midlandsreviere umfaßte, beherrschte rund 90 vH der gesamten Förderung ihres Gebietes. Das Kartell setzte Förderungsquoten fest, um Ueberproduktionen zu verhindern. Preisvereinbarungen wurden nicht getroffen. Außerdem versuchte der Verband, mit Hilfe von Umlagen die Ausfuhr dieser seefernen Reviere zu fördern. Durch Dumping wurden also künstlich Konkurrenten der eigentlichen Exportreviere geschaffen.

Ein loseres Kartell, das ebenfalls die Produktion zu kontingentieren suchte, bildete sich in Schottland. In Wales wurde ein Preiskartell gegründet, das die Anthrazitzeichen ausschloß. In Verkennung der Abhängigkeit dieses Gebiets vom Weltmarkt setzte es Mindestpreise fest. Im ganzen verfehlten diese Kartelle ihren Zweck. Sie strebten nur nach hohen Preisen, förderten aber nicht die für England notwendige Konzentration. Zum Teil verursachten sie Marktstörungen wie der Midlands-Verband durch seine Exportförderung.

Eine entscheidende Wendung in der Kartellgeschichte des britischen Kohlenbergbaus trat 1930 ein. Die 1929 gebildete Labourregierung legte dem Parlament ein Gesetz vor, das Arbeitszeitverkürzungen im Kohlenbergbau, *Uebernahme der Gerechtsame durch den Staat* und *Zwangskartellierungen* vorsah. Die entstehenden Kartelle waren zwar keine freiwilligen, jedoch freie Organisationen, auf die der Staat keinen Einfluß nahm. Es wurden 17 Verbände gegründet, die wie die zugehörigen Reviere sehr unterschiedliche Bedeutung hatten. Die Bezirkskartelle faßte man in einem zentralen Verband zusammen. Die Konstruktion ähnelte insofern den deutschen Verhältnissen nach Gründung des Reichskohlenverbandes. Die Zentralorganisation setzte Produktionsquoten fest, die die Kartelle auf ihre Mitglieder verteilten. Für Quotenüberschreitungen mußten ziemlich hohe Bußen entrichtet werden. Die Kartelle trieben Mindestpreispolitik. Die Bedingungen wurden jedoch oft umgangen. Als die Regierung schärfere Maßnahmen androhte, überprüften die Unternehmer ihre Organisationen. Ab 1936 gab es drei Kartellformen nebeneinander:

1. *Zentralverkauf*. Das Kartell selbst übernahm den Vertrieb. Die Unternehmer lieferten zu festen Preisen an den Verband, der den Gewinn oder

Verlust auf die Mitglieder umlegte. Die Organisation entsprach also im großen und ganzen den deutschen Syndikaten. Zentralkartelle bildeten sich in Lancashire, Shropshire, Süd-Staffordshire und Forest of Dean.

2. *Zentrale Verkaufsüberwachung*. Das Kartell setzte die Bedingungen fest und beschränkte sich auf Ueberwachungen, während die Zechen den Verkauf selbst betrieben. Diese Form entstand in Schottland, Süd-Wales, Northumberland und Durham.

3. *Gruppenverkauf*. Die Zechen wurden zu Verkaufsgruppen zusammengefaßt und die Gruppen von einem Marktbeauftragten des Kartells überwacht.

Auch bei diesen Organisationsformen waren die Unternehmer durchweg nur an hohen Preisen interessiert. Die Konzentration wurde nicht gefördert. Die Quoten hinderten zudem gerade die modernsten und leistungsfähigsten Zechen, sinnvolle Erweiterungen vorzunehmen, und konservierten die Existenz der unrentabel arbeitenden Grenzbetriebe. Im ganzen gelang jedoch im Inland die Stabilisierung der Preise und der Rentabilität. Seit 1936 arbeitete der britische Bergbau „im Durchschnitt“ nicht mehr mit Verlust.

Der Zweite Weltkrieg machte die strukturelle Schwäche des britischen Kohlenbergbaus offenbar. Die Förderung ging von 227 Mill. lg ts im Jahre 1938 auf 184 Mill. lg ts im Jahre 1944, d. h. um fast 20 vH, zurück. (Im Ruhrgebiet sank trotz schwerster Bombenangriffe die Kohलगewinnung in der gleichen Zeit nur um knapp 13 vH.) Der Export fiel fast ganz aus. Die überseeischen Länder wurden von den USA bedient. Die Förderung reichte nicht einmal aus, den eigenen Bedarf zu decken. Die gesamte Kohlenwirtschaft wurde bis in Einzelheiten der staatlichen Lenkung unterworfen. Diese Tatsache führte dazu, daß die Nationalisierung 1947 ohne Schwierigkeiten vor sich ging. Da die Gerechtsame schon vor dem Kriege übernommen wurden, handelte es sich jetzt nur um die Betriebe. Staatseigentum wurden 1400 Zechen (davon durften 400 Kleinzechen von den alten Eigentümern weitergeführt werden), 30 Brikettfabriken, 55 Kokereien mit 40 vH der Landeserzeugung. Die Eigentümer wurden durch Staatspapiere entschädigt. Mit diesen Maßnahmen und der schon früher erfolgten Uebernahme der Gerechtsame wurden entscheidende Voraussetzungen für die lebenswichtige Konzentration und Rationalisierung gelegt, während gleichzeitig jedoch die private Initiative, die allerdings in England vor dem gemeinwirtschaftlichen Problem weitgehend versagt hatte, ausgeschaltet war. Im Mai 1947 führte Großbritannien die fünftägige Arbeitswoche im Bergbau ein. Seit der Nationalisierung ist der *Coal Board* um großzügige technische und organisatorische Rationalisierung bemüht.

Frankreich: Von Staatshilfe und Zwangskartellen zur Verstaatlichung

Frankreich erlitt im Ersten Weltkrieg durch starke Zerstörungen im Nordrevier, wo fast vier Jahre lang schwere Stellungskämpfe stattgefunden hatten, große Ausfälle. Andererseits hatte es den Gewinn des lothringischen Kohlenbeckens zu verzeichnen. Insgesamt war die Produktion jedoch von 40,8 Mill. t im Jahre 1913 (alte Grenzen) auf 25,3 Mill. t im Jahre 1920 abgesunken. Der Ausfall wurde durch Ausbeutung des Saargebiets (1913 13,2 Mill. t; 1920 9,4 Mill. t; 1926 13,7 Mill. t) und durch Reparationskohle ersetzt. Schon im Jahre 1924 überschritt Frankreich seine Friedensproduktion und erreichte 1930 die bisher höchste Förderung von 55 Mill. t.

Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre traf auch Frankreich schwer. Unter dem Druck der Absatzschwierigkeiten forderten die Zechenunternehmer von der Regierung eine *Kontingentierung der Einfuhr*. Diese ging auf die Wünsche unter der Bedingung ein, daß sich die Zechen selbst über den Inlandverkauf einigten. Unter diesem Druck organisierten die Unternehmungen 1931 *Regionalkartelle*, die sich wieder zu einem *Zentralkartell* vereinigten. Für den Verkauf bildeten sie sechs Zonen, für die jeweils besondere Vereinbarungen zu treffen waren. Die Zonen A, B und C wurden jeweils bestimmten Revieren als Interessengebiet zugeordnet mit der Maßgabe, daß die anderen Bergbaubezirke hier nur bis zur Höhe der Durchschnittslieferungen von 1929/30 absetzen durften. Die Zone A galt als Interessengebiet der nordfranzösischen Zechen und umfaßte den Norden einschließlich Paris, die Gegend bis zur mittleren Loire und im Osten ein Gebiet bis an die Ardennen, jedoch nicht die Küstendepartements westlich der Seine-Mündung. In der Zone B, die das Elsaß, West- und Ostlothringen und die Gebiete bis zum Jura umfaßte, war der Lothringische Bergbau bevorrechtigt. Da dieser keine Kohle für metallurgische Zwecke (Hüttenkokskohle) liefert, gehörte der Osten für diese Kohlenart zum Interessengebiet des Nordens. Zur Zone C, die als Interessengebiet der verschiedenen kleinen mittel- und südfranzösischen Reviere galt, gehörte ganz Südfrankreich außer dem atlantischen Küstengebiet sowie ein großer Teil Mittelfrankreichs. Die Zone D umfaßte zwei getrennte Gebiete, nämlich das Land der Ardennen, das Gebiet an Aisne und Marne einerseits und einen Bezirk südlich der mittleren Loire, jedoch ohne die Küstendepartements, andererseits. Diese Zone blieb bestrittenes Gebiet zwischen den Zonen der Reviergruppen des Nordens, des Ostens und des Südens. Hier herrschte also freie Konkurrenz. Neben diesen geographischen Zonen gab es noch eine nichtgeographische Zone R (*zone fictive*),

welche ein Gruppe von Großverbrauchern von Paris und Umgebung, wie Gaswerke, Elektrizitätswerke, Eisenbahnen u. a., umfaßte. Hierbei handelte es sich nach der Menge des Verbrauchs um die zweitgrößte Zone. Auch sie zählte zum bestrittenen Gebiet, wo die Reviere frei konkurrieren konnten. Außerdem gab es noch eine Zone X, die die gesamten Küstendepartements von der Seinemündung bis zu den Pyrenäen umfaßte, d. h. die Zone, die von ausländischer, insbesondere von englischer Kohle beherrscht wird. Dieses Gebiet wurde nicht in den Vertrag einbezogen. Frei vom Vertrag war auch sämtliche Bunkerkohle für alle Häfen.

Entsprechend der Aufteilung des französischen Staatsgebietes in verschiedene Interessenzonen wurden drei Verbände für den Kohlenbergbau gegründet (Nord et Pas de Calais; Moselle; Centre Midi). Sie wurden in einem Spitzenverband, dem *Comité de Gestion* zusammengefaßt, dessen ausführendes Organ das *Office de Statistique des Houillères* (OSH) war. Ihre Aufgabe war Berichterstattung, Führung der Statistik sowie der Tonnageausgleich.

Im Rahmen der nationalen Kontingente führten die Regionalkartelle eine eigene Kontingentierung und Preispolitik durch. Am weitesten ging die Kartellorganisation in Lothringen, wo die Schwierigkeiten für eine Vereinbarung schon deswegen verhältnismäßig gering waren, weil es sich nur um drei Unternehmen handelte. Bereits 1927 war unter dem Druck von Absatzschwierigkeiten ein Syndikat gegründet worden (*Comptoir de Vente des Charbons* in Metz; abgekürzt „*Charlor*“), das das Alleinverkaufsrecht für lothringische Kohle besitzen sollte. Ausgenommen wurden lediglich der Selbstverbrauch, der Kleinverkauf ab Grube sowie das Gebiet von Basse-Seine, seit 1931 auch Verkäufe an gewisse Großabnehmer wie Eisenbahn und Kokerei. Nach Gründung des Gesamtkartells im Jahre 1932 hatte das Charlor die Syndikatsbefugnisse für die Zone B. Für die übrigen Gebiete waren die Mitglieder im Verkauf frei, aber der Kontingentierungsordnung unterworfen.

In den Nordrevieren bestand schon vor dem Ersten Weltkrieg eine Organisation der Zechenunternehmen, die unter dem Namen „*Office de Statistique*“ Marktstudien betrieb. Nach dem Kriege wurde der Verband unter dem Namen „*Comptoir d'Expansion des Mines du Nord et du Pas de Calais*“ in Douai neu gegründet. Dieser gab zudem je nach Bedarf Tariftabellen heraus, die als Grundlage zu Preisvereinbarungen dienten. Praktisch bekamen diese Tabellen den Charakter von Höchstpreisen. Der Verband kann also nur bedingt als Preiskartell ange-

sehen werden. Durch die Tabellen wurde jedoch erreicht, daß die Ausgangsbasis bei Preisdiskussionen eine gewisse Mindesthöhe bekam. Als Folge dieser Tatsache sind Statistiken über Preise in Frankreich zur damaligen Zeit ziemlich problematisch. Neben der Herausgabe von Preistabellen hatte das Kontor hauptsächlich statistische und marktinformatrische Aufgaben. Im Jahre 1935 übernahm das Kontor das ausschließliche Lieferrecht für Großmärkte, wie Eisenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke sowie die Eisenindustrie. Damit fiel die direkte Belieferung des R-Marktes und eines großen Teiles der anderen Märkte durch die Zechen fort. 1937 ging man noch weiter. Die einzelnen Gruben durften nunmehr Märkte mit über 3000 t Jahresbezug direkt nur noch mit Erlaubnis des Kontors beliefern. Seit 1933 wurden die Tabellenpreise obligatorisch. Allerdings gab es mancherlei Ausnahmen im einzelnen.

Die größten Schwierigkeiten hatte die Kartellisierungspolitik in Mittel- und Südfrankreich wegen der Zersplitterung in sieben kleinere und kleinste Reviere mit stark unterschiedlichen Kosten und Qualitäten. Das zuständige Regionalkartell bekam daher selbst wieder einen stark föderativen Charakter, da jedes der Reviere ein eigenes Kartell gründete und die Kontingentierung nach Maßgabe der Anordnungen der übergeordneten Organisationen für ihr eigenes Gebiet vornahm. Auch hier wurden Preistabellen herausgegeben. Aber die Revierkartelle suchten nur die Preise für ihren eigenen Bezirk zu regeln, während zwischen den Revieren bei mengenmäßiger Kontingentierung freie Konkurrenz herrschte.

Neben diesen Kartellen, die nur die französischen Kohlenproduzenten umfaßte, gab es auch Vereinbarungen mit dem Ausland und den Kohlenimporteuren. So trafen die Zechen des Nordens 1927 mit dem belgischen Bergbau Abmachungen über die Einfuhr von Hausbrandkohle (*Convention de gailleteries*). Danach wurden diese von den französischen Zechen zu einem vereinbarten Preise übernommen und weitervertrieben. Die Uebereinkommen hatten einen sehr lockeren Charakter und keine allzu große Bedeutung. Wichtiger als diese waren die Verabredungen der französischen Zechenbesitzer mit den Importeuren der Westküste, die ganz im Einflußbereich fremder Kohle stand. Während des großen englischen Kohlenarbeiterstreiks von 1926 hatte der französische Bergbau in diesen Gebieten kräftig Fuß fassen können und war nicht gewillt, das eroberte Gelände später wieder aufzugeben. Im Jahre 1928 traten die Zechen von Nord und Pas de Calais, die magere Kohle und Briketts erzeugten, dem *Comptoir des Charbons Classés et Agglomérés* bei. Dieser Verband war 1927 von den Importeuren der atlantischen Departements gegründet worden und hatte das ausschließliche Recht, im westlichen Küstenbezirk Kohlen für Hausbrand und Industrie zu vertreiben.

Er delegierte dieses Recht an die beteiligten Importeure. Diese waren nunmehr verpflichtet, neben der Auslandskohle einen bestimmten Prozentsatz französischer Kohle zu verkaufen. 1934 traten die süd- und mittelfranzösischen Gruben dem Verband bei. Die Kontingentvereinbarungen wurden durch Preisabreden ergänzt. Das Kontor verkaufte hauptsächlich an den Zwischenhandel, Großverkauf an Industrie und Eisenbahn blieb ausgeschlossen.

Der Staat verfolgte mit seiner Kohlenwirtschaftspolitik ein doppeltes Ziel: einen „Lastenausgleich“ zwischen den verschiedenen mit stark unterschiedlichen Kosten arbeitenden Revieren und aus wirtschaftlichen Gründen eine Stützung der grenzfernen mittel- und südfranzösischen Zechen. Diese waren im allgemeinen besonders krisenfest, weil sie über einen durch hohe Transportkosten vor Konkurrenz geschützten eigenen Markt verfügten und verhältnismäßig wenig konjunkturrempfindliche Arten und Sorten förderten.

Nachdem die Zechenunternehmer gemäß dem Ansinnen der Regierung ihre Bereitschaft zur Selbsthilfe durch Marktabreden gezeigt hatten, wurde am 10. Juli 1931 ein Dekret erlassen, das eine *Drosselung der Importe* vorsah. Die Erlaubnis zur Einfuhr von Kohle wurde danach von einer Spezialbewilligung abhängig gemacht. Im Prinzip strebte man an, den Verbrauchsrückgang zu zwei Dritteln auf die ausländischen Lieferanten abzuwälzen. Von der allgemeinen Kontingentierung wurden bestimmte Mangelsorten ausgenommen. Auch der Hüttenindustrie, die einen großen Bedarf an ausländischem Koks hatte und die z. T. recht bedeutende Beteiligungen an fremden Zechen besaß, verblieb eine größere Freiheit. Zur Unterstützung der durch die Kontingentierung schwer getroffenen Importeure waren Hilfsmaßnahmen vorgesehen. So mußte ein Teil der Einfuhren zur Verfügung der Direction des Mines gehalten werden, die sie Verbrauchern, die in besonderem Umfange auf Auslandkohle angewiesen waren, zuwies. Dazu gehörten vor allem Betriebe an der atlantischen Küste. Den dortigen Brikettfabriken wurde sogar 100 vH zugesprochen.

Zur Durchführung der Einfuhrkontingentierung wurden zwei verschiedene Systeme angewandt: das Lizenzsystem und das Ursprungszeugnisystem. Die Lizenz gab dem französischen Importeur ein Anrecht zum Bezug ausländischer Kohle in einem bestimmten Verhältnis zu der Menge der früher von ihm bezogenen Kohlen. Bei dem Ursprungszeugnisystem wurde dem ausländischen Exporteur en bloc eine mengenmäßig beschränkte Einfuhrerlaubnis erteilt. Die Lizenz ging also an das Ausland. Dieses System trug der Tatsache Rechnung, daß die Zechenunternehmer der großen Kohlenexportländer in anderen Staaten eigene Verkaufsorganisationen unterhielten. Die Abwertung des Pfundes im September 1931,

die der britischen Kohle eine günstige Position verschaffte, führte zu einer Versteifung der Haltung Frankreichs hinsichtlich der Importkontingentierung und sogar zur Erhebung einer besonderen Abgabe auf englische Kohle zum teilweisen Ausgleich der Valutadifferenzen.

Das wesentliche Ergebnis der Importbeschränkung war außer der Sicherung des französischen Kohlenbergbaus vor ausländischer Mengenkonkurrenz auch eine Verstärkung seines Einflusses auf die Preisgestaltung; denn infolge der Einfuhrkontingentierung war es für das Ausland unmöglich, den Markt durch Preissenkungen zu erobern.

Die Maßnahmen wurden durch eine Revision der Frachttarife ergänzt, um der französischen Kohle in Gegenden starker ausländischer Konkurrenz bessere Konkurrenzmöglichkeiten zu bieten. Betroffen wurden vor allem Lieferungen an die Westküste sowie an die großen Verbrauchsplätze der Seinelinie, Rouen und Paris sowie Lille und Dünkirchen.

Importkontingentierung und Kartellierung hatten den französischen Bergbau in den Zeiten der Krise vor einem harten Konkurrenzkampf geschützt und seinen Markt im großen und ganzen gesichert. Aber sie brachte auch eine starke Hemmung für Entfaltung der privaten Initiative. Tüchtige Unternehmen, die mit organisatorischen Mitteln oder durch Investitionen die Kosten senkten und ihre Leistungsfähigkeit entsprechend erhöhten, wurden, wenn sie die Früchte ihrer Arbeit pflücken wollten, durch die Verpflichtung zu Ausgleichszahlungen wegen Ueberschreitung von Kontingenten bestraft.

Besonders verhängnisvoll wirkten sich die Sozialgesetze der Regierung Blum im Jahre 1936 aus. Sie versuchte durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden zu einer Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten zu kommen. Dazu traten starke Lohnerhöhungen, die von dem Gedanken der Kaufkrafttheorie getragen wurden. Die damalige revolutionäre Stimmung in der französischen Arbeiterschaft führte zudem zu einem starken Absinken der Betriebsdisziplin. Der Verteuerung versuchte man durch Preiskontrolle entgegenzutreten. Diese versagte fast völlig, zumal im November 1936 die Abwertung hinzutrat. Die Preisbehörde hatte unter dem Druck der ökonomischen Entwicklung praktisch nur die Möglichkeit, vorgenommene Preiserhöhungen zu bestätigen.

Die Folge für den Kohlenbergbau war ein Anstieg der Belegschaftszahlen von 215 000 im Jahre 1936 auf 228 000 im Jahre 1937 und 237 000 im Jahre 1938. Gleichzeitig sank die Produktion von 46,2 Mill. t 1936 auf 45,3 Mill. t 1937. Im Jahre 1938 stieg sie zwar wieder auf 47,5 Mill. t, jedoch besserte sich nicht die Schichtleistung. Diese war von 1936 bis 1937 von 858 kg auf 833 kg gefallen. Welche Chancen damals dem französischen Bergbau ent-

gingen, zeigt die Tatsache, daß der Verbrauch gleichzeitig von 67,2 Mill. t auf 74,6 Mill. t stieg. Das Ergebnis war, daß die französische Kohlenförderung ausgerechnet in einem Jahr guter Konjunktur unter den Tiefpunkt von 1932 (47,4 Mill. t) sank. 1938 ging der Kohlenverbrauch stark zurück. Wegen der gestiegenen Kosten vermochte der Bergbau nicht durch Preisänderungen zu reagieren. Der Preis wurde jetzt wesentlich von den Kosten diktiert.

Das Absinken der Produktion und die gleichzeitige Steigerung des Verbrauchs sowie die Erhöhung der Selbstkosten machten die Kontingentierungsbestrebungen sinnlos. Erhöhung der Produktion war das einzig Gegebene in diesem Zeitpunkt. So kam es 1936 zur *Aufhebung des Konventionalstrafensystems* in der Kartellorganisation. Damit war die Kontingentierung praktisch beseitigt. Die Regionalkartelle behielten ihren Kartellcharakter, soweit sie Preispolitik trieben. Der Konkurrenzkampf der einzelnen Reviere war nunmehr möglich, dagegen nicht der Konkurrenzkampf der Gruben eines Reviers untereinander, außer in solchen Bezirken, die freigegeben waren.

In Frankreich kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zur *Nationalisierung des Kohlenbergbaus*. Zu diesem Zweck wurden neun regionale Verbände, die *Houillères de Bassin* gebildet, die in der *Charbonnage de France* zusammengefaßt sind. Jeder Verband gliedert sich wieder in Produktionsgruppen. Die Organisation hat folgende Aufgaben:

1. Einheitliche Leitung, Kontrolle und Koordination der Houillères de Bassin,
2. Aufstellung von Produktions- und Investitionsplänen für die einzelnen Zechen,
3. Ausarbeitung von Preisvorschlägen für die Regierung,
4. Lenkung des Kapitaleinsatzes und des Finanzausgleichs der Houillères de Bassin,
5. Entwicklung der Technik, des Ausbildungswesens und ihrer Koordinierung,
6. Entwicklung eines einheitlichen Rechnungswesens; Forschung.

Die Verwaltungen arbeiten nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen. Die Charbonnage und die Houillères de Bassin werden von Verwaltungsräten geleitet. Die Besetzung der Generaldirektorstellen erfolgt durch die Regierung auf Vorschlag der Houillères de Bassin. Praktisch liegt die Leitung in Händen der Präsidenten, der Verwaltungsräte und der Generaldirektoren. Die Regierung hat sich jedoch verschiedene Rechte vorbehalten, und zwar in folgenden Fragen:

1. Preisfestsetzung,
2. Produktionsprogramme und Kapazitätserweiterungen,
3. Etatvoranschlag, Regelung der finanziellen Beteiligungen,

4. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Subventionen,
5. Finanzausgleich zwischen den Bassins,
6. Kapitalaufnahme,
7. in gewissem Umfang Personalpolitik,
8. allgemeine Organisation, Vollmachten der Generaldirektoren u. ä., Forschung.

Im Zuge der Nationalisierung wurden die bisherigen Betriebskombinationen einer Reform unterworfen und neue Produktionsgruppen gebildet.

Die Verwaltung ist wesentlich zentralistischer, als der formale Aufbau vermuten läßt. Praktisch unter-

steht die Lenkung der gesamten Kohlenwirtschaft dem Staat, wobei Arbeitnehmer und Verbraucher in gewissem Umfang mitwirken. Den Produktionsgruppen bleibt die technische Leitung der angeschlossenen Gruppen; die wirtschaftlichen Verwaltungsaufgaben liegen bei den Verbänden.

Mit der Organisation hat der französische Bergbau stark monopolistische Züge bekommen. Die einheitliche Verwaltung macht Kartellabreden überflüssig. Eine Regionalkontingentierung zum Zweck des Leistungsausgleichs liegt im Bereich des Möglichen, sobald sich wieder Anzeichen von Ueberproduktion bemerkbar machen.

Belgien: Vom Kartell zur Subvention

Der belgische Kohlenbergbau leidet stark unter der Ungunst der natürlichen Verhältnisse, abgesehen von den Zechen der Campine. Die Schwierigkeiten erhöhten sich nach dem Ersten Weltkrieg. Der Bergbau blieb jedoch lange ohne marktregelnde Organisationen. Erst 1929 wurden fast gleichzeitig zwei Verbände gegründet. Das „*Comptoir Belge des Charbons*“ umfaßte 72 vH der Unternehmungen. Es stellt ein Syndikat für die Belieferung belgischer Großverbraucher dar. Daneben entstand ein Syndikat für Koks- und Koks, das hinsichtlich des Produktions- und Abnehmerkreises mit dem *Comptoir Belge des Charbons* identisch war. Darüber hinaus betrieb es jedoch auch einen eigenen Export nach Frankreich und Skandinavien.

Ähnlich wie in Frankreich und Großbritannien erfolgte 1935 unter dem Druck der Regierung die Bildung eines alle Zechen umfassenden Verbandes, des *Office National des Charbons* (ONC). Dieses hatte ausgesprochene Kartellfunktionen. Es setzte Preise und Quoten fest, deren Einhaltung durch Strafzahlungen gesichert wurde. Der Eigenverbrauch und Verkauf an Verbraucher, die mit den Zechen verbunden waren oder in Interessengemeinschaften standen, blieben unberührt. Für Vertrieb an bestimmte Großabnehmer bestand das Syndikatsprinzip, d. h. der Verband verkaufte hier selbst. Es handelte sich hierbei um rund 12 Mill. t oder etwa 45 vH des damaligen Gesamtverbrauchs. Im übrigen verblieb der Verkauf in der Regie der Zechen, jedoch wurde er vom Verband kontrolliert. Im Jahre 1937 nahm der Verband den Namen *Office Belge des*

Charbons an. Heute firmiert er als *Comptoir Belge des Charbons* (Cobechar). 1936 trat neben diese Organisation ein umfassendes Kokskartell (*Office Belge des Cokes*), das praktisch die gleichen Funktionen wie die Kohlenverkaufsorganisation hatte.

Die Regierung ergänzte ihre zu Zwangskartellen führende Politik durch Einfuhrkontingentierung und Erhebung einer besonderen Einfuhrabgabe.

Alle diese Maßnahmen haben dem mit großen Schwierigkeiten kämpfenden belgischen Bergbau bedeutende Marktsicherungen gebracht. Eine solche Behinderung der privaten Initiative wie in Frankreich trat nicht ein. Im Gegenteil sind Förderung und Belegschaft in der Folge dauernd gestiegen. Auch die Kopfleistung nahm bis 1937 noch zu, dann ging sie allerdings zurück. Die Campine nahm eine gute Entwicklung, während die Südreviere unter den natürlichen Verhältnissen litten.

Die Rentabilität des belgischen Kohlenbergbaus war sehr schlecht. Nach dem Zweiten Weltkriege nahm sie infolge der stark gestiegenen Kosten katastrophale Folgen an. Belgien, das früher verhältnismäßig niedrige Löhne hatte, stand jetzt in Westeuropa an der Spitze. Zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Produktion sah der Staat sich genötigt, eine *Subventionspolitik* zu organisieren. Die Mittel kamen zum Teil aus der Staatskasse, zum Teil aus den Erträgen der belgischen Industrie und rentabler Zechen. Die Mittel flossen an den Fonds de Solidarité, der von der Fédération des Associations Charbonnières de Belgique verwaltet wurde.

Niederlande: Beherrschende Staatsgruben

Die günstigen Bedingungen, unter denen der niederländische Bergbau arbeitete, machten ähnliche Selbsthilfemaßnahmen wie in anderen Ländern überflüssig. Insgesamt gibt es nur acht Gruben; von diesen sind vier mit etwa 65 vH der Landesförderung in Händen des Staates und somit schon koordiniert. Es sind also praktisch nur fünf Unternehmen vorhanden. Hierdurch wird eine gemeinsame

Politik auch ohne Verbände erleichtert. Die Preise werden amtlich festgesetzt. Der Staat schützte den Bergbau durch Einfuhrkontingentierung gegen die Auswirkungen schlechter Weltkonjunkturlagen. Wegen der schlechten Versorgungslage wurde 1945 der Bergbau vorübergehend unter Staatskontrolle gestellt, eine Maßnahme, die 1949 aufgehoben worden ist.

Zusammenfassung

Die Marktpolitik der Kohlenwirtschaft der fünf wichtigsten Kohlenländer Westeuropas zeigte gewisse Ähnlichkeiten. In Zeiten der Depression kamen alle, mit Ausnahme der Niederlande, zu Kartellbildungen. Zwischen den beiden Weltkriegen hat hierbei der Staat selbst einen starken Druck ausgeübt oder die Organisation direkt gefördert. Alle organisierten eine einheitliche Preispolitik auf zentraler oder regionaler Basis unter Kontrolle des Staates. Subventionierungen erfolgten in mehr oder weniger großem Umfange in Großbritannien und Belgien sowie nach 1935 in Einzelfällen in Frankreich. Durch die Verstaatlichung des Bergbaus in Großbritannien und Frankreich kam dieser von selbst unter eine zentrale Verwaltung, die eine einheitliche Marktpolitik betreiben konnte. In Deutschland und Belgien sind die Marktorganisationen praktisch ausführende Stellen der staatlichen Kohlenpolitik.

Trotz der in vieler Hinsicht ähnlichen Entwicklung in den verschiedenen Ländern bestehen jedoch durchaus verschiedene Probleme. Es ist insbesondere zu unterscheiden zwischen Uberschuß- und Zuschußländern. Die Zuschußländer haben es in Zeiten schlechter Konjunktur verstanden, durch einfache Kontingentierung den Konkurrenzkampf stark zu mildern und die Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs auf die Lieferländer abzuwälzen. Obwohl hierdurch die Lage schon wesentlich günstiger war als in Exportstaaten, ergänzten sie die Maßnahmen durch Kartellierungen, die verständlicherweise nicht so weit zu gehen brauchten wie in Uberschußländern.

Schwieriger war die Lage für Deutschland und Großbritannien. Für Großbritannien kam eine Importkontingentierung nicht in Frage, da es praktisch keine Einfuhr hat; in Deutschland war sie wegen

des geringen Anteils fremder Kohle an der Inlandversorgung nur wenig wirksam. Tatsächlich hatte Deutschland in der großen Krise von 1930/33 unter allen Kohlenländern relativ den stärksten Förder- und Exportrückgang. Der Grund lag vor allem darin, daß es viel stärker als Großbritannien hochindustrialisierte Länder und hier wieder vor allem die Hüttenindustrie belieferte, d. h. Absatzmärkte mit besonders starken Konjunkturschwankungen.

Großbritannien kam erst viel später als Deutschland zu bedeutenderen Kartellregelungen. Vor dem Ersten Weltkrieg lag im allgemeinen kein Grund zu solchen Abmachungen vor, da wegen der günstigen geographischen und natürlichen Bedingungen der britische Bergbau gut auf seine Kosten kam. Die großen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit, die schließlich zu umfassenden Vereinbarungen führten, hatten nicht den gleichen Grund wie in Deutschland. Die Zersplitterung an der Ruhr war schon 1893 bei der Gründung des Kohlensyndikats viel geringer als in Großbritannien; in der Zeit zwischen den beiden großen Kriegen konnte von einer solchen überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Bei den Maßnahmen zur Marktregelung in Deutschland spielte verständlicherweise auch die Konkurrenz wie überall eine große Rolle, aber das typisch deutsche Problem ist die Sortenfrage, das in Großbritannien bei weitem nicht das gleiche Gewicht hat, weil die englische Kohle viel härter ist und daher nicht annähernd so viel Staub- und Feinkohle anfällt wie in Deutschland. Wenn in Großbritannien nicht starke Zersplitterungen bestanden hätten, wären die Probleme der Marktordnung, die durch die Nationalisierung des Bergbaus nunmehr radikal geregelt sind, nicht annähernd so dringend gewesen wie in Deutschland.

Ein Bericht über die Lage der französischen Nation

Die Investitur-Rede Paul Reynauds vor der Nationalversammlung am 27. Mai 1953

Da der Herr Präsident der Republik mir die Ehre gegeben hat, mich vorbehaltlich Ihrer Zustimmung zum Ministerpräsidenten vorzuschlagen, wende ich mich hiermit an Sie.

Ich habe wirklich den Eindruck, wir könnten Zeit gewinnen, wenn wir unverzüglich und gemeinsam ein konkretes Programm prüfen, dessen erste Maßnahme Gegenstand einer außerordentlich wichtigen Abstimmung sein müßte. Es wird sich dann eine Mehrheit zugunsten oder gegen dieses Programm herauschälen.

Da es die Pflicht eines eventuellen Regierungschefs ist, zuerst einmal ein Programm auszuarbeiten, ist es mir Ihnen gegenüber loyal und der Würde dieser Versammlung angemessener erschienen, mir nicht im voraus andere Zustimmungen einzuholen als diejenigen, die die Definition einer Politik, die Aussicht auf Erfolg hat, hier selbst spontan hervorrufen können, selbst wenn diese Forderung die Schwierigkeit meines Unterfangens vergrößert.

Was ich Ihnen vorschlagen werde, entspringt nicht einer doktrinären Gesinnung, sondern beruht allein auf den Tatsachen. Welche Tatsachen sind das nun?

An der Schwelle dieses Sommers 1953 herrscht allgemein das Gefühl, daß bei uns die Dinge nicht so laufen, wie sie laufen sollten, ob es sich nun um die Leistungen unserer Unternehmen oder den Lebensstandard unserer Lohnempfänger handelt, um unsere Wohnungspolitik, unseren Staatshaushalt, unsere Währung, um unsere Rolle in der Welt und in Europa oder sogar und vor allem anderen um das Funktionieren unserer politischen Institutionen. Man findet allgemein, daß der gegenwärtige Zustand nicht länger dauern darf, in einem Wort: daß Frankreich vom Niedergang bedroht ist und daß es wenig gegen diesen Niedergang ankämpft.

Ist dieses allgemeine Gefühl gerechtfertigt? Ich glaube, ja. Ich glaube in der Tat, daß dieses Unbehagen einem tiefen Selbsterhaltungstrieb der Nation entspringt. Aber dieser Instinkt äußert sich zu häufig auf eine undisziplinierte Art, durch egoistische Rettungsmaßnahmen bei Vertretern von Einzel- und Gruppeninteressen, anstatt den Anstoß zu geben zu gemeinsamen mächtigen Anstrengungen, wie sie zum Wohle des Einzelnen und der Gesamtheit notwendig wären.

Denn tief im Herzen der Nation ruht immer noch ein Wille zur Hoffnung und ein unauslöschliches Vertrauen in die Möglichkeiten unseres Landes, in seine materiellen und moralischen Kräfte und — trotz allem — in seine erhabene Berufung. Man wird niemals aus den Herzen der Franzosen den in der Größe ihrer Geschichte verankerten Glauben reißen können, und man wird sie niemals davon überzeugen können, daß Frankreich nicht ebenso wie und besser noch als andere einer großen Leistung an Intelligenz und Großmut fähig wäre, die für die Gesamtheit mehr Wohlstand und Glück bringen muß, koste es, was es wolle.

Es wäre politischer Wahnsinn, wollte man eine solche Geistesverfassung übersehen, ebenso wie es ein Fehler wäre, sie mit Illusionen zu nähren. Das Wesen der Demokratie besteht ja darin, zu verstehen und Verständnis zu wecken.

Ich habe immer die Ansicht vertreten, daß die großen Entscheidungen, die für die Sicherung des Fortbestehens unseres Landes und unseres Regimes erforderlich sind, hier getroffen werden, in diesem Raum und nicht anderswo. An dem Punkt, an dem ich in meiner politischen Laufbahn angelangt bin, besteht mein einziger Ehrgeiz darin, Ihnen heute die feierliche Gelegenheit zum Handeln zu geben. Wir leben in einer Demokratie. Man kann in einer solchen nicht gegen das Volk regieren. Was für ein Schauspiel erleben wir aber seit einigen Wochen? Wir sehen, wie eine Kategorie von Franzosen nach der anderen sich gegen den Staat erhebt. Bald sind es die großen oder kleinen Machthaber der modernen Welt, bald die Vertreter der öffentlichen Dienste, die den Transport und die lebenswichtige öffentliche Versorgung unterbrechen oder zu unterbrechen drohen. Und das Unbehagen ist bei den Verantwortlichen nicht weniger groß als beim ausführenden Personal. Was bedeutet all das?

Es wäre allzu einfach, wollte man beim Ausbruch eines Streiks denjenigen, die sich beklagen und Forderungen stellen, vorwerfen, sie verstünden die Gesetze der Wirtschaftspolitik nicht. Es gibt menschliche Realitäten, die sich nicht leugnen lassen. Es nützt nicht viel, wenn man weiß, daß man wieder in den „*circulus vitiosus*“ zurückfällt, wenn man die Kaufkraft erhöht, während die Produktion sich verringert. Das ist eine Wahrheit, die man nicht leichten Herzens denjenigen sagen kann, die im Jahre 1953 in Paris noch monatlich weniger als 20 000 Francs verdienen.

Fragen wir uns nun einmal lieber nach dem tieferen Grund dieser Unruhe in den Geistern, die sich auf so vielerlei Art äußert. Hat der Staat, gegen den sich heute so viele Franzosen wenden, seine Aufgabe erfüllt? Ich denke dabei nicht nur an unsere unzulängliche Gesetzgebung über die Schiedssprechung bei Arbeitskonflikten. Hat Frankreich wie andere Länder einen wirtschaftlichen Aufstieg erlebt? Haben wir es verstanden, den Franzosen einen allen gemeinsamen Ehrgeiz zu geben, das Bewußtsein einer großen Aufgabe und die Hoffnung auf ein vollkommenes Gelingen? Seit Kriegsende hat der Staat unaufhörlich seinen Willen zur Verteidigung der Währung bekundet, aber der Franken hat neun Zehntel seines Wertes verloren; den größten Schaden haben dabei die einfachsten Schichten unserer Nation davongetragen. Der Staat hat die Senkung des Zinsfußes versprochen; dabei liegt dieser bei kurzfristigen Anleihen um 50 Prozent höher als in Frankreich oder Deutschland und zwei- oder dreimal höher als in den Vereinigten Staaten.

Jahr für Jahr haben die Franzosen die Bildung von Sparkommissionen erlebt, manchmal hat man heftig mit Kürzungen und Streckungen gedroht. Man hat ihnen von Einschränkungen, Herabsetzungen, von Sperrungen, Reduzierungen und bedingten Schnitten gesprochen, und trotzdem sind die Staatsausgaben nur noch weiter angestiegen. Und nun fängt wieder alles von vorne an.

Die Unzufriedenen, die man kritisiert, haben eine Abwertung nach der anderen erlebt, und trotzdem sagt man ihnen seit eineinhalb Jahren, daß die französischen Preise wiederum die höchsten in der Welt sind. Seien

wir gerecht! Wie können wir es denjenigen verübeln, die den Phrasen, die sie in den Kabinetts-erklärungen oder auf den Wahlplakaten lesen, nicht mehr viel Bedeutung beimessen. So kann man kein Volk mitreißen, kann man es nicht an der Zukunft der Nation interessieren, und so kann man ihm keine Veranlassung geben, mit Begeisterung zu arbeiten.

Woran sind wir nun?

Die neue Regierung, welche es auch sein mag, sieht sich einem Defizit im Staatshaushalt gegenüber, das nach seinem Höhepunkt von 804 Milliarden Francs auf 730 Milliarden verringert wurde, das aber, falls nichts geschieht, im nächsten Jahr die Höhe von 1000 Milliarden erreichen wird, wenn nicht noch mehr, denn es ist zur Gewohnheit geworden, einen Zeitzünder in das Budget einzubauen, der ein Jahr später zur Explosion kommt.

Ich verhehle der Nationalversammlung nicht, daß die bisher getroffenen, angenommenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen trotz ihres mutigen Charakters die Gefahr einer Inflation nicht verringern können. Das zeigt den Ernst unserer finanziellen Lage, denn die Steuerlast, die auf unserem Lande ruht, kann nicht erhöht werden, während die steuerlich belastbare Substanz schmilzt.

Unsere Währungs-lage ist nicht weniger ernst. Der Stand unserer Devisenreserven ist beunruhigend. Wenn wir nicht kürzlich eine Sonderhilfe von den Vereinigten Staaten erhalten hätten, wäre es zweifellos nötig gewesen, ein Gesetz zur Annahme zu bringen, das einen Vorgriff auf den Goldbestand der Bank von Frankreich ermöglicht, der bereits auf das unerläßliche Minimum reduziert ist.

Die gleiche Gefahr droht nach Ablauf der Frist, einer Frist, die Ende Juni abgelaufen sein kann.

So ist die Lage unserer Finanzen und unserer Währung. Niemand, der sein Vaterland liebt, kann sie ohne große Besorgnis betrachten.

Mein Beitrag soll darin bestehen, schnell zu handeln, um diesem Zustand abzuhelpfen. Aber stellen die erforderlichen Kürzungen in den Ausgaben den Kern des französischen Problems dar?

Werden drastische Kürzungen im Budget und selbst die unumgänglichen Strukturreformen, die meist nur auf lange Sicht von Erfolg sind, ausreichen, um unserem Volk den Aufschwung und den Glauben zu geben, die andere Nationen beseelen?

Ich habe oft betont und bin im innersten davon überzeugt, daß das heutige Frankreich mehr Reformen braucht als das Frankreich des Jahres 1789, das wenigstens wirtschaftlich lebensfähig war, während wir das Frankreich von heute lebensfähig machen müssen. Die alte Monarchie mußte Mißbräuche abschaffen, von denen eine Klasse profitierte, deren soziale Nützlichkeit nicht mehr bestand. Heute sind die Mißbräuche mit unserem Wirtschaftsleben eng verknüpft und verwoben. Allzuoft sieht der Luxus über das Elend hinweg. Der Lebensstandard vieler Franzosen ist zweifellos weiterhin sehr bescheiden, aber ich bin nicht sicher, ob nicht der Lebensstandard einiger anderer, und vielleicht auch vieler anderer, zu hoch ist.

Aber hat man auch wirklich oft genug gesagt, daß der Lebensstandard des Volkes in seiner Gesamtheit ein künstlicher ist und daß er tief absinken würde, wenn wir nicht mehr die Unterstützung erfahren, die es uns erlaubt, im Ausland die Rohstoffe für unsere Fabriken zu kaufen? Wir sind das einzige Land, das nach Beginn des Koreakrieges seine Finanzlage noch nicht wieder in Ordnung gebracht hat. Wir sind in dieser Hinsicht der kranke Mann Europas.

Gebietet es uns nicht der französische Stolz, uns wieder zu erholen, wie es andere getan haben, damit wir imstande sind, auf diese Hilfe von außen zu verzichten?

Betrachten wir gemeinsam die Lage Frankreichs. Die Tatsache, daß die Staatskasse wiederholt ihren Zahlungsverpflichtungen am Fälligkeitstermin nicht nachkommen konnte, und die Erschöpfung des Devisenbestandes der Bank von Frankreich sind Risse in der Wand, die uns zwingen, die Fundamente des Gebäudes auf ihre Festigkeit hin zu prüfen.

Die Grundlage für die Staatsfinanzen ist die wirtschaftliche Produktion, die landwirtschaftliche wie auch die industrielle. Ich behaupte, daß wir auf beiden Gebieten in der Lage sind, Gewinne zu erzielen, daß wir zur Zeit aber auf beiden Gebieten draufzahlen.

Was die Landwirtschaft anbetrifft, so hat vor beinahe fünf Jahren ein gewisser Finanzminister der Nationalversammlung vor Augen gehalten, daß Frankreich ein Territorium besitzt, das so groß ist wie Großbritannien und Italien zusammen, daß es von Völkern umgeben ist, die zum Teil verhungern müßten, wenn sie nicht ihre Nahrung aus dem Ausland einführen. Er zog daraus die Folgerung, daß unser Schicksal auf der Landkarte Europas geschrieben steht und daß die Landwirtschaft die erste Nationalindustrie Frankreichs sein müsse.

Diese Worte fanden Beifall. Trotzdem sind unsere landwirtschaftlichen Ausfuhren so gering gewesen und unsere landwirtschaftlichen Einfuhren so umfangreich, daß wir im vergangenen Jahr durchschnittlich nur 53 Prozent und seit einigen Monaten nur 40 Prozent der Einfuhren durch Ausfuhren decken konnten.

Lesen Sie den Bericht der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, und es wird Ihnen das erschreckende Mißverhältnis zwischen den französischen Landwirtschaftspreisen und denen der meisten anderen europäischen Länder auffallen. In diesem gleichen Dokument wird dann allerdings auch ausgeführt, daß Frankreich im Verbrauch von Düngemitteln pro Hektar an zehnter Stelle steht, daß es viermal weniger Düngemittel anwendet als Belgien und noch viel weniger im Vergleich zu Holland, und es wird Sie deshalb nicht erstaunen, wenn Sie aus der Nebenspalte ersehen, daß unser Getreideertrag pro Hektar an zehnter Stelle steht.

Sind wir weiter auf dem Gebiet der Ausrüstung?

Sind unsere landwirtschaftlichen Maschinen von guter Qualität und billig? Nein, nicht wahr? Welches gewaltige Betätigungsfeld bietet uns die Landwirtschaft!

Wenn wir uns jetzt der industriellen Produktion zuwenden, was sehen wir da? Nehmen wir als einziges annehmbares Vergleichsdatum das Jahr 1929, denn es war ein Jahr allseitigen Wohlstandes.

Während die amerikanische Produktion sich seitdem verdoppelt hat, die britische um 54 Prozent, die westdeutsche um 53 Prozent und die holländische um 52 Prozent gestiegen sind, hat sich die unsrige einschließlich der Neubauten nur um 8 Prozent erhöht.

Etwa deshalb, weil Deutschland weniger vom Krieg betroffen worden wäre? Es hat 3 600 000 Tote gehabt, der größte Teil seiner Großstädte ist durch Bomben zerstört worden, und es hat neun Millionen Flüchtlinge aufnehmen müssen. Warum dieses relative Versagen Frankreichs auf dem Industriesektor?

Weil wir ein Land sind, in dem viele die Vorzüge des kapitalistischen Regimes beibehalten, aber seine Gesetze nicht beachten wollen, deren oberstes das des freien Wettbewerbs ist. Sie erkennen nicht die Berechtigung des Wettbewerbs im In- und Ausland an. Man einigt sich dahingehend, daß der Verkaufspreis durch den Herstellungspreis des rückständigsten Unternehmens bestimmt wird. Alle richten sich nach dem Schwächling der Truppe aus. Wie können sie sich unter diesen Bedingungen ebenso wie ihre ausländischen Konkurrenten eifrig darum bemüht zeigen, die Produktivität zu er-

höhen, und ebenso wie diese bereit sein, mit ihren eigenen Arbeitern an der Entwicklung des Unternehmens zusammenzuarbeiten?

Denken Sie daran, wenn wir unsere Industrie nicht nach den modernsten Methoden entwickeln; wie wird es uns da gelingen, die Bedürfnisse der Länder des überseeischen Frankreichs, beispielsweise der afrikanischen Besitzungen und Nordafrikas, zu befriedigen, deren Bevölkerung auf Grund der Fortschritte in der Hygiene rasch anwächst. Ergibt sich nicht aus diesem Bild, das ich in großen Strichen aufgezeichnet habe, welche Heilmittel angewandt werden müssen? Wenn ich sie in einem Wort zusammenfassen müßte, dann würde ich sagen: Der Malthusianismus ist der Staatsfeind Nr. 1.

Muß man wirklich noch einmal in allen Einzelheiten die großen Ziele aufzeigen, die erreicht werden müssen, die Wünsche der ganzen Nation, nachdem in so vielen Reden mit gutem Grund auf die Notwendigkeit einer Gesundung Frankreichs hingewiesen worden ist, auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Inflation, der Stabilisierung der Währung, eines besseren Systems der sozialen Sicherheit, von Verwaltungsreformen — wir wissen alle, daß die fiskalischen Ungerechtigkeiten zum Himmel schreien — und schließlich auch auf die Notwendigkeit einer kühnen Politik der Modernisierung und Investitionen?

Die Investitionen sind nicht alle heilig, aber die produktiven, die unsere Herstellungspreise herabsetzen und von denen die Zukunft unserer Jugend abhängt, die sind es.

Die Investierung, die vom Standpunkt unserer Sozialpolitik den Vorrang vor allen anderen genießen wird, wird der Wohnungsbau sein. Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß täglich Familien gegründet werden und kein Dach über dem Kopf finden können. Der Lebensstandard des Arbeiters, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, eine Belebung unserer Aktivität, all dies hängt von unserem Erfolg auf diesem Gebiet ab.

Sozial wäre der Bau von 437 000 Wohnungen im Lauf eines Jahres, wie ihn Deutschland im vergangenen Jahr vollbracht hat, antisozial dagegen ist der Bau von nicht mehr als 80 000 Wohnungen, wie es bei uns im letzten Jahr der Fall war. Dies ist nicht die Schuld derjenigen, die mit dieser Aufgabe betraut waren.

Man kann Häuser in Serienherstellung bauen, genau so wie man Autos serienweise herstellt. Liberale Methoden oder staatliche Lenkung, wir werden uns aller Mittel bedienen, wenn wir nur die Ergebnisse erzielen, die wir erreichen wollen und werden, wenn Sie uns die Mittel dazu in die Hand geben. Aber täuschen Sie sich nicht, wenn Frankreich wirtschaftlich wiedererstehen soll, dann muß es seine Währung stabilisieren. Eine gesunde Währung ist gleichzeitig die Voraussetzung für einen Aufstieg und die Bremse für jeglichen Mißbrauch. Denn eine Währung, die ständig ihren Wert verliert, verschwendet man gern auf der Suche nach einer Zuflucht. Eine stabile Währung dagegen ist dadurch, daß sie die Ersparnisse im Wert steigen läßt, der Ausgangspunkt für den Fortschritt. Wenn wir keinen Erfolg hätten, dann würde von unten her eine Bewegung aus der Menge der militanten Arbeiter her entstehen, ohne Rücksicht auf den Willen und den Patriotismus unserer Kollegen von der Sozialistischen und Volksrepublikanischen Partei, und die Verzweiflung würde zu unerwünschten Zusammenschlüssen führen.

Unsere Gesundung im Inneren ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung unseres Ansehens in Europa, in der Französischen Union und in der Welt.

Auf außenpolitischem Gebiet würde meine Regierung

die Treue Frankreichs zur Politik der Atlantischen Allianz versichern. Meine Ansicht über die entscheidende Rolle, die Frankreich bei der Schaffung Europas spielen muß, ist bekannt. Niemand hat sich mehr dafür eingesetzt als ich, daß Großbritannien so eng wie möglich mitarbeitet. Ich werde mit der gleichen Beharrlichkeit in diesem Sinne weiterarbeiten, da ich davon überzeugt bin, daß die Stellung des Vereinigten Königreiches innerhalb des Commonwealth in keiner Weise unvereinbar ist — im Gegenteil —, mit einer immer engeren Zusammenarbeit Großbritanniens mit Europa.

Ein großes Problem wird sich sehr bald auf der Bermuda-Konferenz stellen. Die drei großen Verbündeten werden ihre Ansichten gegenüberstellen, um aus jeder das festzuhalten, was der Sache des Friedens am besten dienen kann. Dadurch werden sie zeigen, daß sie bereit sind, jede sich bietende Gelegenheit zu einer Entspannung zu ergreifen. Die Ueberraschung Moskaus über die Ankündigung dieser Konferenz erstaunt uns. Was wäre natürlicher, als daß die Vertreter der drei großen Westmächte sich zusammensetzen, um die bestehenden Probleme gemeinsam zu prüfen. Angesichts der unerschütterlichen Solidarität Osteuropas, die auf einem allmächtigen Willen beruht, wollen die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in freier Diskussion gemeinsam festzustellen suchen, was der Sache des Friedens am meisten dienlich ist. Die Alliierten werden den Glauben an mehr scheinbare als tatsächliche Risse zunichte machen und so die Hoffnung nicht nähren, die man auf die angeblichen Gegensätze der kapitalistischen Welt gesetzt hat. Meine Regierung würde aus dem Wunsch heraus, jede sich bietende Gelegenheit zu einer Entspannung zwischen Ost und West zu ergreifen, stets bereit sein, etwaige Vorschläge der Sowjetunion zu prüfen, die wirksamere und positivere Methoden erkennen ließen als diejenigen, die die Sowjetpolitik in den letzten Jahren angewandt hat.

Es gibt für das Problem der Sicherheit Westeuropas zwei Lösungen: eine allgemeine, die die Geister völlig befriedigt, und eine andere, eine Teillösung, die sich aus den Notwendigkeiten des Augenblicks ergibt.

Die erstere ist die allgemeine und kontrollierte Abrüstung, die die Gefahr beseitigt, die auf dem Mißverhältnis in der Stärke der militärischen Kräfte diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs beruht. Das bedeutete das Ende aller Furcht in der Welt und die Erhöhung des Lebensstandards der Völker, des Ostens wie auch des Westens. Hoffen wir inbrünstig, daß diejenigen, von denen die Entscheidung abhängt, der Menschheit diesen historischen Dienst erweisen!

Da die allgemeine Abrüstung nicht zustande gekommen ist, ergibt sich für uns in der Praxis die Notwendigkeit, zur anderen Lösung zu greifen. Sie besteht darin, das gegenwärtige Mißverhältnis der Streitkräfte durch die Aufrüstung der bedrohten Völker zu mildern. Jede militärische Ausgabe, die nicht unumgänglich notwendig ist, wäre ein Verbrechen am Lebensstandard der Nation. Wenn auf der anderen Seite kein Abkommen zustande käme, wer möchte die Verantwortung übernehmen, ein Nachlassen der Anstrengungen zu veranlassen, von denen unsere Zivilisation und unser Leben abhängen? Das militärische Problem hat eine gänzliche Umwälzung erfahren durch die Erfindungen, die in atemberaubendem Tempo aufeinander folgen. Man kann dieses Problem in Europa nicht mehr im alten Rahmen der Nationen lösen. Man hat gegen die Europa-Armee, deren Anhänger ich bekanntlich bin, Vorwürfe erhoben, die z. T. unseren Patriotismus alarmiert haben, insbesondere im Zusammenhang mit der Verteidigung des überseeischen Frankreichs. Verhandlungen sind im Gang. Sie werden in dem von mir definierten Sinn fortgeführt werden.

Was das Saargebiet anbetrifft, so freuen wir uns über den liberalen Vertrag, der von der Saarregierung und von Frankreich unterzeichnet wurde. Wir haben die feste Hoffnung, daß die legitimen Rechte Frankreichs im Saargebiet den vertrauensvollen Beziehungen kein Hindernis in den Weg legen werden, die zum Wohle aller zwischen Frankreich und Westdeutschland herrschen müssen.

Die Französische Union, für uns ein Grund zum Stolz und ein Machtfaktor, ist ebenfalls ein Gegenstand ernster Beunruhigung.

In Indochina kämpft unsere Armee unter schwierigen Bedingungen und zeigt sich ihrer ruhmreichen Traditionen würdig. Ich kann dies behaupten, denn ich bin selbst dort gewesen. Aber dieser Kampf hält die Elite der Kader der französischen Armee von Frankreich fern. Andererseits ist die finanzielle Belastung, die uns dieser Kampf auferlegt, schwer, trotz der zunehmenden Hilfe, die uns unser großer Verbündeter leistet. Wir haben dort ein politisches und ein militärisches Problem zu lösen. Auf politischer Ebene haben wir den assoziierten Staaten die Verwirklichung ihrer Unabhängigkeit zugestanden. Diese Politik muß nun bis zum Ende durchgeführt werden. Aber die assoziierten Staaten werden erst dann das Bewußtsein einer völligen Unabhängigkeit haben, wenn dieser Krieg aufhört, der Krieg Frankreichs zu sein, das von Vietnam unterstützt wird, um der Krieg Vietnams zu werden, das von Frankreich Unterstützung erfährt. Zu diesem Zweck muß die Schaffung einer Nationalarmee beschleunigt werden. Die bereits bestehenden Elemente dieser Armee kämpfen mit einem Mut, dem ich ebenfalls Anerkennung zollen möchte. Wir haben den Vorteil, uns bei der Bildung dieser Kader die Methoden der Amerikaner zum Vorbild nehmen zu können, die in Korea einen durchschlagenden Erfolg erzielten, denn die gesamte Front der Alliierten wird noch vor Ablauf eines Jahres von südkoreanischen Streitkräften gehalten werden können, falls unglücklicherweise ein Abkommen nicht zustande kommen sollte.

Bei dieser Gelegenheit möge es mir, der ich kürzlich das französische Bataillon in Korea besichtigt habe, gestattet sein, der Nationalversammlung zu sagen, daß unsere Soldaten wegen ihres Mutes und ihrer Moral die beliebtesten Soldaten der Vereinten Nationen geworden sind. Wir wünschen, daß eine allgemeine Regelung des Asienproblems uns in die Lage versetzt, diesen Konflikt zu beenden, in dem wir nicht aus egoistischen Interessen kämpfen, sondern für die Freiheit der assoziierten Staaten und für eine Sache, die alle freien Völker angeht und die Mitarbeit aller verdient.

Der Frieden ist in der Tat unteilbar, im Fernen Osten ebenso wie im Westen, und jede Politik, die darauf abzielt, den Koreakrieg zu beenden, um die Feindseligkeiten in Indochina zu intensivieren, würde von dem allgemeinen Ziel abweichen, das sich die Unterhändler der Vereinten Nationen in Korea gesetzt haben. Dasselbe Land, das der Hauptgegner der Vereinten Nationen in Korea ist, ermöglicht auch dem Vietnam, in Indochina Krieg zu führen. Wenn es, im Süden wie auch im Norden, durch Taten seinen Friedenswillen bekundete, dann könnte sich Frankreich veranlaßt sehen, gewisse diplomatische Positionen zu revidieren.

In Tunesien wie auch in Marokko schafft das Zusammenleben von Franzosen und Eingeborenen ein politisches Problem. Eine Entwicklung ist notwendig, denn die Entwicklung ist das Prinzip des Lebens. Sie muß sich unter Achtung des Gesetzes und der Rechte des einzelnen vollziehen.

Es gibt wirklich in- und außerhalb unseres Landes viel zu tun. Aber um etwas mit Erfolg unternehmen zu können, muß man zuerst dafür sorgen, daß nicht mehr

von der Ohnmacht des republikanischen Regimes gesprochen werden kann. Das wissen alle meine Vorgänger und haben es selbst erfahren.

Für mich, einen Republikaner aus Ueberzeugung und Familientradition, bedeutet Republik nicht Undisziplin, mangelnde Regierungsstabilität, Unordnung der Finanzen und Verfall der Wirtschaft. Dieser Name bedeutet Größe der französischen Nation, Großzügigkeit und soziale Gerechtigkeit. Unser Kollege Robert Lecourt sagte letzten Donnerstag an dieser Stelle: „Wir leben in einem Regime der Kosouveränität korporativer und administrativer Gewalten.“

Wenn das zutrifft — und wie könnte man es ableugnen —, haben wir die große Schuld auf uns geladen, daß wir es zuließen, daß diese beiden Mächte die Souveränität des Volkes an sich gerissen haben, die die Grundlage der Demokratie bildet und deren Hüter wir sind. Wenn Sie mich in das Amt des Ministerpräsidenten einsetzen, dann würde ich mit allen Kräften darum kämpfen, daß diese Souveränität wiederhergestellt wird. Ich werde Ihnen gleich beweisen, daß es sich hierbei nicht um die leere Versprechung eines Mannes handelt, der an die Macht kommen möchte.

Dieses Bild der Zersetzung des Staates wäre nicht vollständig, wenn nicht ein anderer unserer hervorragendsten Kollegen kürzlich darauf hingewiesen hätte, daß die Generalresidenten der Regierung nicht gehorchen und deren Untergebene ihnen wiederum nicht gehorchen. Diese Situation ist untragbar, sage ich, und muß aufhören. Wenn Sie mir die Vollmacht geben, ihr ein Ende zu bereiten, dann wird sie aufhören.

Ich bitte Sie nicht um Sondergesetze, aber ich sage Ihnen: Ich werde alle diese Aufgaben nur dann erfüllen können, wenn Sie mir ein wesentliches Mittel dazu in die Hand geben: Zeit. Ohne ein Minimum an Zeit ist nichts möglich.

Die mangelnde Regierungsstabilität ist bei dem Ausmaß, das sie bei uns erreicht hat, ein Hindernis für die Gesundung unseres Landes und versetzt uns, wie Sie alle wissen, in einen Zustand der Unterlegenheit in der Welt. Das war das Grundübel des Regimes der Dritten Republik. Wundert Sie sich nicht darüber, daß Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiet von seinen Konkurrenten geschlagen wurde und daß es auf militärischem Gebiet unter Bedingungen in die beiden Weltkriege eingetreten ist, die die Besetzung unseres Territoriums zur Folge hatten.

Während der Amtszeit Poincarés hat es elf Kabinettskrisen gegeben, während der Lebruns sechzehn, seit der Befreiung haben wir jetzt die zwanzigste. Ist es denn anderswo auch so? Mit wem hat der Regierungschef Frankreichs über die großen Interessen des Landes zu verhandeln? Seit fast fünf Jahren hat Westdeutschland in der Person Adenauers nur einen einzigen Regierungschef gehabt. In Italien ist de Gasperi seit acht Jahren an der Macht. Ich weiß sehr wohl, daß in Frankreich nach Artikel 51 der Verfassung die Auflösung des Parlaments ausgesprochen werden könnte, falls die Regierung, die ich bilden sollte, innerhalb von 18 Monaten gestürzt wird. Aber diese Eventualität ist solchen Bedingungen unterworfen, daß, wie jeder weiß, es sich hierbei um einen Artikel handelt, dem jede Wirksamkeit genommen ist. So würde es beispielsweise genügen, wenn nur ein Teil der Opposition sich der Stimme enthielte, um eine Maßnahme, die die Regierung für unerläßlich hält, mit nur relativer Mehrheit abzulehnen. Wie Sie sehen, ist also die Parlamentsauflösung zur Zeit der „hölzerne Säbel“, von dem einer unserer Kollegen, der einen bedeutenden Anteil an den Beratungen über die Verfassung gehabt hat, Pierre Cot, mit lobenswerter Offenheit gesprochen hat.

Es ist wahr, daß eine Revision unserer Verfassung in Angriff genommen ist, insbesondere mit dem Ziel, dem Rat der Republik größere Vollmachten zu geben, womit ich einverstanden bin, aber sie bezieht sich nicht auf den Text des Artikels 51, und im übrigen ist sie in zweieinhalb Jahren — das ist eine Tatsache! — nicht zum Ziel gekommen.

Ich bitte Sie darum, das Recht zur Auflösung der Kammer wirksam zu machen, indem Sie die Bedingungen aufheben, die diesem Recht jede Wirksamkeit nehmen. Ich bitte Sie, zu beschließen, daß ganz allgemein — denn es handelt sich hier nicht um meine Person, sondern um das Land —, wenn eine Regierung vor dem Ablauf von 18 Monaten nach ihrer Bildung gestürzt wird, die Auflösung des Parlaments voll rechtsgültig wird.

Die Geschichte der Dritten Republik lehrt uns, daß in der Tat jede Bedingung, der die Parlamentsauflösung unterworfen ist, einer Verhinderung dieser Auflösung gleichkommt. Entweder wird sie voll rechtskräftig, oder sie findet überhaupt nicht statt.

Heißt das, eine Maßnahme verlangen, die nicht in Einklang stünde mit dem parlamentarischen Regime? Keineswegs. Die Souveränität des Parlaments bleibt unangestastet. Es handelt sich hierbei nicht um ein Wahlgesetz, bei dem sich die Regierung jeglicher Einmischung enthalten müßte. In Großbritannien wird die Auflösung des Parlamentes automatisch zu jedem Zeitpunkt der Legislaturperiode ausgesprochen, wenn die Regierung gestürzt wurde. Unsere britischen Nachbarn haben konservative, liberale und sozialistische Regierungen gehabt. Niemals hat je ein Mitglied einer dieser drei Parteien behauptet, daß diese Maßnahme nicht demokratisch sei.

Ich glaube nicht, daß jemand von uns daran dächte, unseren britischen Freunden Unterricht in Demokratie erteilen zu müssen. Wenn bei ihnen ein Kabinett gestürzt wird, unterbreiten Regierung und Abgeordnete gemeinsam ihren Streitfall dem Volk, das der souveräne Richter ist. Ich verlange nichts anderes.

Die Frage, die Ihnen nun gestellt ist, ist einfach. Entweder man ist dafür, oder man ist dagegen. Seien Sie versichert, daß diejenigen, die das totalitäre Regime der Demokratie vorziehen, dagegen stimmen werden, denn sie wollen, daß sich das republikanische Regime auch weiterhin machtlos herumstreiten muß.

Wenn Sie mich in das Amt des Ministerpräsidenten einsetzen, werde ich an alle nationalen Gruppen dieser Nationalversammlung appellieren. Wenn unsere sozialistischen Kollegen auch jetzt wieder den Standpunkt vertreten sollten, daß der Tag für eine sehr breite Koalition noch nicht gekommen ist, würde ich mich nicht berechtigt fühlen, ihnen einen Vorwurf daraus zu machen, denn ich muß sagen, daß ich große Achtung habe vor dem Kampf, den sie für ein Regime der Freiheit unter schwierigeren Umständen, als die anderen Parteien sie kennen, führen. Bei diesem Kampf wären sie vielleicht gebunden, wenn sie alle Hände ergriffen, die sich ihnen in diesem Augenblick entgegenstrecken. Aber die Opposition kann die Opposition bleiben, und die Regierungsparteien können an der Macht bleiben, wenn sich nur beide auf die besten Regeln für das Funktionieren unserer Demokratie einigen.

Da es sich um das republikanische Regime, d. h. um eins der großen Interessen des Vaterlandes handelt, könnten sich da nicht die französischen Sozialisten ein Beispiel nehmen an den englischen Sozialisten, die sich in einer Sache von nationalem Interesse einstimmig hinter ihren Regierungschef gestellt haben? Es hat in den großen Demokratien Situationen gegeben, in denen beide in Opposition zueinander stehende Parteien zusammengearbeitet haben, Situationen, die sich als sehr fruchtbar erwiesen. Wäre es nicht für unsere sozialistischen Kollegen

eine Art der Antwort auf den Appell des höchsten Beamten der Republik, wenn sie für einen Text stimmten, der auf einer höheren Ebene liegt als unsere üblichen Debatten, ohne deshalb während der Debatte darüber von ihrer Stellung als Oppositionspartei abzuweichen?

Auf was es heute nachmittag am meisten ankommt, ist nicht die Amtseinsetzung eines Mannes, sondern die Zustimmung zu einer Reform von größter Bedeutung, die im Interesse des Landes liegt. Denn unabhängig von den Männern und Kabinetten, die ihrerseits in der Zukunft von dieser Reform profitieren werden, besteht ihr Verdienst darin, über die Parteien hinaus dem wirksamen Funktionieren unserer Demokratie zu dienen.

Welche Regierung auch an der Macht sein mag, so muß es zur Spielregel gemacht werden, ihr die Führung der Staatsgeschäfte lange genug zu überlassen, damit sich das Parlament und das Land in Erkenntnis der Ursachen für den Erfolg oder Mißerfolg dieser oder jener Ideen und dieses oder jenes Mannes ein Urteil bilden können. Auf diese Weise erhält die Opposition von heute ihre Chance für den Fall, daß sie die Regierung von morgen bilden wird. Die Ablösung eines Kabinetts durch ein anderes würde von nun an einen Sinn haben.

Wollen Sie das parlamentarische Regime retten oder nicht? Steht Ihnen der Sinn nach Handeln? Ich zweifle nicht daran, daß Sie den Mut dazu haben. Wenn Sie den Willen haben, zu einem Ergebnis zu kommen, kann die Nationalversammlung morgen den Resolutionsantrag annehmen, den ich zu Beginn dieser Sitzung in meiner Eigenschaft als Mitglied der Nationalversammlung in die Hände ihres Präsidenten gelegt habe.

Wenn der Rat der Republik, auf dessen Patriotismus ich vertraue, seinerseits am Freitag mit absoluter Mehrheit zustimmt, brauchen wir keine Frist von drei Monaten mehr abzuwarten, um in zweiter Lesung über diesen Resolutionsantrag abzustimmen. Dieser Punkt wird von den Juristen nicht bestritten, die sich sehr eingehend damit beschäftigt haben.

Der endgültige Gesetzestext könnte Samstag vorliegen und, so hoffe ich, von den beiden Kammern mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit angenommen werden. Dadurch würde er rechtskräftig, ohne daß eine Volksabstimmung stattfinden müßte. Alle Abstimmungen über dieses Gesetz könnten in einem Zeitraum von acht bis zehn Tagen erledigt sein. Das ist eine kürzere Zeit als die durchschnittliche Dauer unserer Regierungskrisen. Wenn entgegen meinen Hoffnungen dieser Reformentwurf in irgendeinem Stadium dieses Verfahrens zum Scheitern käme, dann erkläre ich rundweg, daß ich die Regierungsbildung nicht übernehmen werde. Ich werde erst nach der endgültigen Annahme der Reform die Regierung bilden.

Frankreich braucht vom Ausland keine Lehren anzunehmen. Aber die Meinung des Auslandes über uns ist ein Faktor der Weltpolitik. Sie haben die Zeitungen in den letzten Tagen gelesen. Schon unsere früheren Krisen haben, selbst bei unseren Freunden, heftige und zuweilen beleidigende Reaktionen ausgelöst. Diesmal ist das Maß voll. Eine dieser Zeitungen, die in Westberlin erscheint, erklärt: „Frankreich ist ein unsicherer Partner.“ Eine andere schreibt: „Frankreich muß Garantien für eine stabile Außenpolitik geben.“ Eine dritte in Rom erscheinende Zeitung, *Il Tempo*, spricht von den französischen Ministerpräsidenten, die nur so kurze Zeit im Amt sind, und behauptet, wir seien keine Großmacht mehr. Sie fügt hinzu: „Frankreich allein ist nicht mehr geeignet, Europa auf der Bermuda-Konferenz zu vertreten.“ Die *Prawda* spricht von „Regierungs-Bocksprüngen“, womit das parlamentarische Spiel der Franzosen gemeint ist.

Das ist eine ernste Angelegenheit. Sie muß ein Ende finden. Ich kenne die beiden Männer, die die Verhandlungspartner Frankreichs auf der Bermuda-Konferenz sein

werden. In England hat es in dreizehn Jahren nur zwei Regierungschefs gegeben, in den USA drei seit zwanzig Jahren. Ich sage Ihnen, daß es nicht dazu kommen darf, daß der eine zum anderen leise von mir sagt: „Ob er wohl in zwei Wochen noch an der Macht ist?“ Ich würde mich mit einer solchen Demütigung Frankreichs nicht abfinden. Aus diesem Grund wiederhole ich, daß ich erst dann zur Regierungsbildung bereit sein werde, wenn die von mir geforderte Verfassungsreform angenommen ist. Die Entscheidung liegt bei Ihnen. Vielleicht glauben manche von Ihnen, daß die von mir vorgeschlagene Reform im Verhältnis zu dem düsteren Bild, das ich aufgezeichnet habe, nur eine wenig wirksame Abhilfe darstellt. Auf diese Kritik werde ich antworten: und trotzdem muß man damit anfangen. Das ist das Dringlichste. Die technischen Lösungen werden dann folgen, und zwar viel schneller als erwartet. Ihre Art, ihr Umfang und ihr Erfolg werden gänzlich von der Aktionsmöglichkeit abhängen, die Sie zuvor der Regierung geben, die mit einer solch schwierigen Mission betraut ist.

Das Land muß vor allen Dingen das Gefühl haben, geführt zu werden. Die Franzosen, ob rechts oder links eingestellt, fangen dann an zu verstehen, daß die Wiederherstellung der Autorität nicht auf Kosten der Unglücklichsten und Schwächlichsten erfolgt. Im Gegenteil, diese haben alles zu gewinnen, wenn sich der Staat von allen verantwortungslosen Kräften freimacht, die man früher Wirtschaftsverbände nannte und die auf ihn bis in dieses Haus hinein einen Druck ausüben und ihn lähmen.

Aber es erhebt sich eine Frage: Wann und wie werden die Massen aus diesem Wiederaufstieg Frankreichs, den wir herbeiführen wollen, Nutzen ziehen? Ich weiß, daß man in verschiedenen Kreisen bereits von einer Erhöhung

der Löhne, Unterstützung an wirtschaftlich Schwache, Arbeitslosenhilfe und Erhöhung der sozialen Ausgaben spricht. Man will nicht das normale Spiel einer beweglichen Skala abwarten, deren Ausgangsbasis als zu niedrig kritisiert wird. Einige wollen nicht mehr länger warten, und der Druck der Forderungen wird von Stunde zu Stunde anwachsen. Soll man ihm nachgeben oder nicht?

Wenn nichts an den von mir beschriebenen Umständen und Methoden geändert würde, wäre es ein Verbrechen an den späteren Opfern einer verschlimmerten Inflation, wenn man als Gabe anlässlich des glücklichen Regierungsantritts wieder einmal Danaergeschenke austeilt. Aber ich will gleichzeitig versichern und wäge dabei jedes meiner Worte sorgfältig ab, daß eine Republik, die auf Grund der entscheidenden Abstimmung, die Sie in einigen Stunden vornehmen können, politisch stark geworden ist, mit Sicherheit auch in der Lage ist, mehr und besser zu produzieren, und infolgedessen auf sozialem Gebiet auch kühner vorgehen können wird. Wenn ich Sie um außergewöhnlich weitgehende Vollmachten bitte, um die Lage Frankreichs wieder zu verbessern, dann tue ich das gewiß nicht in der Absicht, alle gerechtfertigten Hoffnungen der Franzosen zu enttäuschen.

(Nach der sich anschließenden Diskussion erfolgte die Abstimmung über die Investitur von Paul Reynaud. Von 511 Stimmen wurden 276 Stimmen für und 235 Stimmen gegen die Investitur abgegeben. Die auf Grund der Verfassung erforderliche Mehrheit von 314 Stimmen wurde nicht erreicht. Die Investitur konnte daher nicht erteilt werden.)

Quelle: *Journal Officiel de la République Française*, No. 44, vom 28. Mai 1953. Uebersetzung: Margret Völker.

Die Commonwealth-Konferenz in London vom 3. bis 9. Juni 1953

Schlußkommuniqué vom 9. Juni 1953

Die Konferenz der Premierminister des Commonwealth trat heute nachmittag zu ihrer letzten Plenarsitzung zusammen.

Die Premierminister sind zu einem Zeitpunkt allgemeiner Freudenstimmung zusammengekommen. Die Gegenwart von Abgesandten aller Teile des Commonwealth bei der Krönung hat die Einigkeit und Vielfalt des Verbandes der Commonwealth-Länder, deren gemeinsames Oberhaupt Ihre Majestät ist, anschaulich vor Augen geführt. Die Gespräche, die die Premierminister untereinander führten, haben erneut die Eintracht bekundet, die zwischen allen Regierungen und Völkern des Commonwealth trotz ihrer unterschiedlichen Interessen und Verhältnisse in ihrer Einstellung zu den bedeutenden Weltproblemen unserer Tage besteht.

Dieses Solidaritätsgefühl ist durch die Besprechungen der vergangenen Woche noch gestärkt worden. Diese haben es den Premierministern ermöglicht, eine umfassende und realistische Beurteilung der gegenwärtigen Weltlage vorzunehmen. Darüber hinaus hat ein persönlicher Meinungsaustausch stattgefunden, der es allen Commonwealth-Regierungen erleichtern wird, ihre Außenpolitik mit erneuertem Verständnis für die politischen Prinzipien und Interessen ihrer Bundespartner fortzuführen.

Als besonders wertvoll erachteten es die Premierminister, daß sich ihnen diese Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen so unmittelbar vor dem vorgeschlagenen Bermuda-Treffen zwischen dem britischen Premierminister, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem französischen Ministerpräsidenten geboten hat. Sie überprüften den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zur Sowjetunion und kamen überein, daß keine Gelegenheit, die für die gegenwärtige Spaltung der Welt verantwortlichen Streitfragen beizulegen oder zumindest zu mildern, ungenutzt bleiben dürfe. Sie erkannten jedoch an, daß die Demokratien ihre Stärke aufrechterhalten und unverminderte Wachsamkeit ausüben müssen, um ihre Rechte und ihre Freiheiten zu erhalten.

Die Premierminister befaßten sich mit den letzten Entwicklungen in Westeuropa. Die Commonwealth-Länder, die mit der Nordatlantikpakt-Organisation assoziiert oder an ihr interessiert sind, gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft so bald wie möglich verwirklicht werden möge.

Mit großem Interesse verfolgten die Premierminister die Schlußphasen der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea. Mit Genugtuung nahmen sie zur Kenntnis, daß lange und geduldige Bemühungen nun zu dem Abschluß eines Uebereinkommens über die Kriegsgefangenenfrage

geführt und damit den Weg für die baldige Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens freigemacht haben. Sie tauschten ihre Ansichten über die Schritte aus, die nach der Beendigung der Feindseligkeiten in Korea in Erwägung gezogen werden müssen, um Stabilität und Fortschritt im gesamten Gebiet des Fernen Ostens und Südostasiens zu fördern.

Auch die gegenwärtigen Probleme des Mittleren Ostens wurden erörtert. Die Premierminister erkannten die internationale Bedeutung des Suezkanals und einer wirksamen Erhaltung der militärischen Einrichtungen der Kanalzone an. Sie kamen überein, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, die grundlegenden Fragen des Mittleren Ostens auf eine Weise zu lösen, die den Frieden und die Sicherheit der Länder des Mittleren Ostens im Einklang mit der Souveränität eines jeden dieser Staaten zu gewährleisten und ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern vermag.

Schließlich untersuchten die Premierminister die Entwicklungen, die seit der Commonwealth-Konferenz vom Dezember 1952 auf wirtschaftlichem Gebiet stattgefunden haben. Sie traten übereinstimmend dafür ein, daß die Commonwealth-Länder an den auf lange Sicht angestreb-

ten Zielen und den allgemeinen Richtlinien, die damals festgelegt worden sind, festhalten sollten. In der Zwischenzeit sei es erforderlich, aus den verbesserten Aussichten für das Sterlinggebiet durch fortgesetzte Stärkung der Wirtschaft der betreffenden Länder Nutzen zu ziehen. Besondere Aufmerksamkeit wandten sie der Notwendigkeit zu, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, den Export zu steigern und die Handelsbeschränkungen, soweit es mit der Aufrechterhaltung ausreichender Reserven vereinbar ist, stufenweise und so multilateral wie möglich (für ein größtmögliches Gebiet) abzubauen — besonders innerhalb des Commonwealth und des Sterlinggebietes.

Während dieser gesamten Krönungsperiode haben die Premierminister die Gelegenheit zu zahlreichen informellen Gesprächen über Angelegenheiten genutzt, die für zwei oder mehr Länder von besonderem Interesse sind, sowie über allgemeine Themen, die in den Plenarsitzungen nicht besprochen worden sind. Obgleich diese Sitzungen nun abgeschlossen sind, werden verschiedene der Premierminister noch einige Zeit in London bleiben und diesen Meinungsaustausch fortsetzen.

Quelle: *The Times* vom 10. Juni 1953. Uebersetzung des British Centre (Erwin Klinger), Frankfurt.

Politische Maßnahmen in der DDR seit der Einsetzung einer Sowjetischen Hohen Kommission am 28. Mai 1953

Kommuniqué über eine Besprechung von Vertretern des Ministerrats und Vertretern der Evangelischen Kirche vom 10. Juni 1953

Auf Wunsch der Konferenz der Evangelischen Landeskirchen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik und auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl fand am 10. Juni 1953 eine Besprechung zwischen Vertretern des Ministerrats und Vertretern der Evangelischen Kirchen statt. An der Besprechung nahmen seitens der Kirchen teil:

Bischof D. Dr. Dibelius, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland; Bischof D. Mitzenheim, Thüringen; Bischof D. Müller, Magdeburg; Bischof D. Dr. Beste, Mecklenburg; Bischof D. Hahn, Dresden; Bischof D. von Scheven, Greifswald; Oberkirchenrat Schroeter, Dessau-Anhalt; Oberkirchenrat Fraenkel, Gölitz; Generalsuperintendent Krumacher, Berlin, und Propst D. Grüber, Bevollmächtigter des Rates der EKdD bei der Regierung der DDR.

Als Vertreter des Ministerrats waren anwesend: der Ministerpräsident Otto Grotewohl; der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Otto Nuschke; der Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst, Minister Dr. Wandel; der Minister für Staatssicherheit Zaisser und der Vertreter des Staatssekretariats für Innere Angelegenheiten, Grötschel.

Gegenstand der Besprechung war die Ueberprüfung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik. In der vom Geiste gegenseitiger Verständigung getragenen Verhandlung wurde für die Wiederherstellung eines normalen Zu-

standes zwischen Staat und Kirche weitgehende Uebereinstimmung erzielt. Die einmütige Auffassung, daß die Herbeiführung der Einheit unseres Vaterlandes und die Schaffung eines Friedensvertrages heute das dringendste Anliegen aller Deutschen ist, erfordert die Ueberwindung der Gegensätze, die dieser Entwicklung entgegenstehen. Darum wurde staatlicherseits die Bereitwilligkeit erklärt, das kirchliche Eigenleben nach den Bestimmungen der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zu gewährleisten. Die Vertreter der Kirche erklärten ihrerseits, auf verfassungswidrige Eingriffe und Einwirkungen in das wirtschaftliche und politische Leben zu verzichten. Auf der Grundlage dieser Uebereinstimmung sind folgende Anordnungen getroffen:

1. Es sind keinerlei weitere Maßnahmen gegen die sogenannte „Junge Gemeinde“ und sonstige kirchliche Einrichtungen einzuleiten.

Das Amt für Jugendfragen beim Stellvertreter des Ministerpräsidenten, W. Ulbricht, wird beauftragt, unter Teilnahme von Vertretern der Kirche, der „Jungen Gemeinde“ und der Freien Deutschen Jugend eine Klärung über alle strittigen Fragen in bezug auf die „Junge Gemeinde“ herbeizuführen.

2. Alle im Zusammenhang mit der Ueberprüfung der Oberschüler und der Diskussion über die Tätigkeit der „Jungen Gemeinde“ aus den Oberschulen entfernten Schüler sind sofort wieder zum Unterricht zuzulassen. Es ist ihnen die Möglichkeit zu geben, die versäumten Prü-

fungen nachzuholen. Wegen der Wiedereinstellung der aus dem gleichen Anlaß entlassenen Lehrer hat das Ministerium für Volksbildung eine sofortige Prüfung und Entscheidung durchzuführen.

3. Alle im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zur Evangelischen Studentengemeinde oder sonstigen Studentengemeinden ausgesprochenen Exmatrikulationen sind sofort von dem Staatssekretariat für Hochschulwesen zu überprüfen und bis zum 20. Juni 1953 zu entscheiden.

4. Das Ministerium für Volksbildung hat Richtlinien über die Abhaltung des Religionsunterrichts in den Schulgebäuden sofort auszuarbeiten. Die seit dem 1. Januar 1953 erfolgten Einschränkungen der Abhaltung des Religionsunterrichts in den Schulgebäuden sind zu überprüfen und zu beseitigen.

5. Die beschlagnahmten Einrichtungen und Anstalten kirchlichen Charakters sind an die früheren Verwaltungen zurückzugeben. Das betrifft die Pfeifferschen Stiftungen

in Magdeburg, die Neinstedter Anstalten in Neinstedt und das Altersheim Seyda, Kreis Jessen/Elster. Das Schloß Mansfeld bleibt dagegen in der Verwaltung des Kombinars Mansfeld und dient als Kulturhaus und Erholungsheim für Bergarbeiter des Kombinats Mansfeld.

6. Wegen der Belegung und Verteilung der Ferienplätze in den kirchlichen Heimen an der Ostsee wird die Durchführung und Entscheidung dem Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten übertragen.

7. Die Urteile der Gerichte sind zu überprüfen und ungerechte Härten zu beseitigen.

8. Die Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen vom 29. März 1951 ist zu überprüfen, und Härten sind auszugleichen.

9. Die staatlichen Zuschüsse an die Kirchen werden nach den vereinbarten Regeln zur Auszahlung gebracht.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 11. Juni 1953.

Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats vom 11. Juni 1953

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 11. Juni 1953 eine Anzahl von Maßnahmen beschlossen, durch welche die auf den verschiedensten Gebieten begangenen Fehler der Regierung und der staatlichen Verwaltungsorgane korrigiert werden. Durch die jetzt vom Ministerrat beschlossenen Maßnahmen wird die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und der Intelligenz, der Bauern und Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes eingeleitet.

Bei der Begründung der entsprechenden Verordnungen und Beschlüsse ging der Ministerpräsident von den verschiedenen Maßnahmen in der Vergangenheit aus, die sich als fehlerhaft erwiesen haben. Der Ministerpräsident führte diese Fehler, wie sie zum Beispiel bei der Lebensmittelkartenversorgung, bei Erfassungsmaßnahmen, bei der Steuererhebung und bei anderen Maßnahmen begangen wurden, darauf zurück, daß erhebliche Mittel im Staatshaushalt für Aufwendungen in Betracht gezogen wurden, die nicht im Fünfjahrplan vorgesehen waren. Außerdem wurden für das nächste Planjahr vorgesehene Aufgaben zum Teil in das Planjahr 1953 einbezogen, und bestimmte Teile des Fünfjahrplans wurden zugunsten der Entwicklung der Schwerindustrie zu früh von 1955 auf 1952 und 1953 verlagert.

Die dadurch entstandene und durch Rückstände in der vorjährigen Ernte sowie durch Ablieferungsrückstände verschärfte Lage versuchte die Regierung in der zurückliegenden Zeit durch eine Anzahl von Maßnahmen zu meistern, die sich in ihrer Wirkung als falsch erwiesen haben. „Die unverzügliche Korrektur der entsprechenden Verordnungen“, erklärte der Ministerpräsident, „wird zur Verbesserung der Lebenshaltung unserer Bevölkerung führen und die Verbundenheit der Bevölkerung mit der Regierung stärken und festigen. Eine solche Politik unserer Regierung entspricht zugleich dem Grundinteresse der Annäherung und Verständigung aller deutschen Patrioten im Kampfe für die Einheit Deutschlands und den Frieden.“

In einer gründlichen Aussprache, an der sich der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Nuschke, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Scholz, der Stellvertreter

des Ministerpräsidenten, Loch, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Rau, die Minister Steidle, Feldmann, die Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Handel und Versorgung, Elli Schmidt, und Staatssekretär Hafrang beteiligten, wurde die durch den Ministerpräsidenten erfolgte Klarstellung der begangenen Fehler anerkannt und wurden die von ihm begründeten neuen Beschlüsse allseitig unterstützt. Der Ministerrat erteilte diesen Beschlüssen seine Zustimmung. Durch diese Beschlüsse wird ein aus den gegenwärtigen Engpässen herausführender Entwicklungsprozeß eingeleitet. In der nächsten Zeit werden Veränderungen des Fünfjahrplans durchgeführt werden, welche die weitere Verbesserung der Lebenslage ermöglichen.

Der Ministerrat faßte folgende Beschlüsse:

Die Beschränkungen für die Ausgabe von Lebensmittelkarten werden aufgehoben. Ab 1. Juli 1953 werden an alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin wieder Lebensmittelkarten wie früher ausgegeben.

Bei der Handelsorganisation (HO) werden die Preise für zuckerhaltige Erzeugnisse, wie Süßwaren, Dauerbackwaren, Feinbackwaren sowie Kunsthonig mit 10 Prozent Bienenhonig, auf den Stand zurückgeführt, der für diese Preise am 19. April 1953 gegeben war. Das gleiche gilt für den Preis für Marmelade aller Art, Kunsthonig und Frucht-sirup. Die Preisherabsetzung tritt mit dem 15. Juni 1953 in Kraft.

In der gesamten Wirtschaft, bei Klein-, Mittel- und Großbauern, Handwerkern, Einzel- und Großhändlern, privaten Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben sind Zwangsmaßnahmen zur Beitreibung von Rückständen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, die aus der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Zeit bis zum Ende des Jahres 1950 entstanden sind, auszusetzen.

Handwerker, Einzel- und Großhändler, private Industrie-, Bau- und Verkehrsbetriebe erhalten auf Antrag ihre Betriebe zurück. Kurzfristige Kredite sind zu gewähren.

Ab 1. Juli 1953 ist die Fahrpreisermäßigung in Höhe

von 50 Prozent bei Arbeiterrückfahrkarten auf alle berechtigten Personen ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens auszudehnen. Darüber hinaus ist die bis zum 1. April 1953 gewährte Fahrpreismäßigung für Schwerbeschädigte, Schüler, Studenten, Lehrlinge und Kleingärtner wieder einzuführen. Ebenso ist die bis zum 1. April 1953 gewährte Fahrpreismäßigung für Sonntagsrückfahrkarten, Schichtarbeiterrückfahrkarten und Gesellschaftsfahrten ab 1. Juli 1953 wieder einzuführen.

Härten bei der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge werden beseitigt, und die Leistungen werden auf den ursprünglichen Stand gebracht.

Landwirtschaftliche Betriebe, deren Eigentümern auf Grund einer Verordnung vom 19. Februar 1953 die weitere Bewirtschaftung untersagt wurde, werden zurückgegeben.

Republikflüchtige Personen, die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Berlin zurückkehren, erhalten ihr Eigentum

zurück. Die Rückkehrer sind in ihre vollen Bürgerrechte einzusetzen und entsprechend ihrer Qualifikation in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben einzugliedern.

Bauern, die im Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Weiterführung ihrer Wirtschaft ihre Höfe verlassen haben und republikflüchtig geworden sind, können auf ihre Höfe zurückkehren. Wenn in Ausnahmefällen die Rückgabe ihres landwirtschaftlichen Besitzes nicht möglich ist, so erhalten sie vollwertigen Ersatz.

Das Justizministerium und der Generalstaatsanwalt haben alle Verhaftungen, Strafverfahren und Urteile zur Beseitigung etwa vorliegender Härten sofort zu überprüfen.

Der Ministerrat nahm zustimmend von den Vereinbarungen Kenntnis, die der Ministerpräsident mit den Vertretern der Kirche getroffen hat.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 12. Juni 1953.

Anordnungen der Regierung der DDR vom 11. Juni 1953

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt fest, daß in letzter Zeit eine Reihe Fehler gegenüber Großbauern und sogar Mittelbauern begangen worden sind. Das hat seinen Ausdruck in einer Reihe von Verordnungen gefunden, zum Beispiel in den Verordnungen über devastierte Betriebe, über Kreditgewährung, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuererhebung sowie in der Vernachlässigung der Einzelbauern durch die Maschinen-Traktoren-Stationen. Bei der Durchführung dieser Verordnungen und Anordnungen sind ernste Fehler in den Bezirken, Kreisen und Orten begangen worden. Die Folge ist das Verlassen von Bauernhöfen durch ihre Besitzer.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat angeordnet, daß solche Verordnungen, die die Entwicklung der Bauernwirtschaften hindern, aufgehoben werden. In Übereinstimmung mit den Vorschlägen, die auf der gemeinsamen Konferenz der Vertreter der werktätigen Bauern, der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der Maschinen-Traktoren-Stationen und der Vertreter des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands angeregt wurden, hat die Regierung folgendes veranlaßt:

1. Die Verordnung vom 19. Februar 1953 betreffend Uebernahme devastierter Betriebe wird aufgehoben. Es wird untersagt, in landwirtschaftlichen Betrieben wegen Nichterfüllung der Ablieferungsverpflichtungen oder wegen Steuerrückständen Treuhänder einzusetzen. Die Bauern, die im Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Weiterführung ihrer Wirtschaft ihre Höfe verlassen haben und nach West-Berlin oder Westdeutschland geflüchtet sind (Kleinbauern, Mittelbauern und Großbauern), können

auf ihre Bauernhöfe zurückkehren. Wenn das in Ausnahmefällen nicht möglich ist, so erhalten sie vollwertigen Ersatz. Es wird ihnen mit Krediten und landwirtschaftlichem Inventar geholfen, ihre Wirtschaften weiterzuführen.

2. Die Kreditrichtlinien der Deutschen Bauernbank vom 6. Dezember 1952 werden aufgehoben. Die Bauernbank ist ermächtigt, an alle Bauernwirtschaften kurzfristige Kredite zu gewähren, mit deren Hilfe die Entwicklung der Bauernwirtschaften möglich ist. Auf Antrag können sowohl werktätige Bauern wie Großbauern auch langfristige Kredite erhalten.

3. Die Erfassungsorgane und Steuerbehörden sind verpflichtet, die Ablieferung bzw. Steuererhebung so durchzuführen, daß die Weiterführung der betreffenden Wirtschaften gewährleistet ist. Strafen, die im Zusammenhang mit der Nichterfüllung von Ablieferungsverpflichtungen oder Steuerverpflichtungen ausgesprochen wurden, sind von den Justizbehörden zu überprüfen.

4. Die Maschinen-Traktoren-Stationen werden verpflichtet, den Einzelbauern weitgehend Hilfe bei der Durchführung ihrer Arbeiten zu leisten.

Den Maschinen-Traktoren-Stationen wird untersagt, private Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Anspruch zu nehmen.

Der Minister für Land- und Forstwirtschaft und der Staatssekretär für Erfassung und Aufkauf sind beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Interessen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gewahrt werden.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 12. Juni 1953.

Kurzberichte und Zeittafel

Die diplomatische Offensive der Sowjetunion seit dem Tode Stalins

Die Reorganisation der Regierungsspitze der Sowjetunion nach dem Tode *Stalins* (vgl. EA 10—11/1953, S. 5693 ff.) wurde durch außenpolitische Erklärungen *Malenkows* und *Molotows* sowie durch ein nachgiebigeres Verhalten der sowjetischen UN-Delegation begleitet. In der westlichen Welt, die den Vorgängen mit gespannter Aufmerksamkeit folgte, glaubte man daraus auf die Möglichkeit eines „Auftauens“ der bisher starren sowjetischen Haltung schließen zu können. In seiner Rede vom 6. April 1953 warf der amerikanische Präsident die Fragen auf:

„Sind die neuen Führer der Sowjetunion bereit, ihren entscheidenden Einfluß in der kommunistischen Welt geltend zu machen — auch im Hinblick auf die Kontrolle der Waffenlieferungen —, damit nicht nur der schnelle Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea, sondern auch ein echter Frieden in Asien ermöglicht werden kann? Sind sie bereit, anderen Nationen — darunter jenen Osteuropas — die freie Entscheidung über ihre Regierungsform zu gestatten und ihnen das Recht zuzugestehen, sich in Freiheit mit den anderen Nationen zu einer weltweiten, das Recht achtenden Gemeinschaft zu verbinden? Sind sie bereit, mit anderen Völkern in der Abrüstungsfrage zusammenzuarbeiten, damit diesbezügliche ernsthafte Vorschläge durch wirkungsvolle Kontrolle und Aufsicht der Vereinten Nationen erfolgreich in die Tat umgesetzt werden können? Sind sie das nicht — worin besteht dann der konkrete Beweis der Sowjetunion für den Wunsch nach Frieden?“

Der britische Premierminister schlug dagegen in seiner Regierungserklärung vom 11. Mai vor, trotz aller Unge-
wißheiten möglichst bald eine „Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten abzuhalten“, selbst wenn dabei noch keine festen Abmachungen zu erzielen wären. (Vgl. den Wortlaut der Erklärungen *Eisenhowers* und *Churchills* sowie den *Prawda*-Artikel vom 25. April in EA 10—11/1953, S. 5731 ff.) Ein *Prawda*-Artikel vom 24. Mai wiederholte die sowjetische Forderung nach einer bedingungslosen Rückkehr zu den Abmachungen von Jalta und Potsdam, lobte aber die realistische Haltung *Churchills* und die konstruktiven Momente in seiner Rede, die in der Sowjetunion mit Interesse aufgenommen wurden.

Fast gleichzeitig mit dem Erscheinen des *Prawda*-Artikels unternahmen die Westmächte den Versuch, die sowjetische Verhandlungsbereitschaft zu erproben, indem sie zunächst einmal die Besprechungen über den österreichischen Staatsvertrag wieder in Gang zu bringen suchten. Dabei gaben sie zu verstehen, daß der von ihnen im März 1952 vorgeschlagene Kurzvertrag nicht unbedingt die Verhandlungsgrundlage sein müsse. Die Sowjetunion lehnte jedoch die Teilnahme an der für den 27. Mai anberaumten Sitzung der Außenministerstellvertreter in London mit der Begründung ab, nur der in Potsdam eingesetzte Außenministerrat habe das Recht, die Konferenz der Stellvertreter einzuberufen. Im übrigen schlug die Sowjetunion vor, die Oesterreich-Verhandlungen auf diplomatischem Wege weiterzuführen.

Daß die Westmächte das sowjetische Verhalten mit begründeter Skepsis beurteilen, geht unter anderem aus dem am 9. Juni 1953 veröffentlichten Jahresbericht des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General *Ridgway*, hervor, in dem es heißt:

„Während der vergangenen 12 Monate hat die Sowjetunion ihre bewaffneten Streitkräfte und diejenigen ihrer europäischen Satelliten systematisch verstärkt. Die hochmechanisierte Gruppe der in Ostdeutschland stationierten Sowjetarmeen ist auf einem hohen Ausbildungsstand gehalten worden; ihre Ausrüstung ist vermehrt, und ihre Fahrzeuge sind modernisiert worden. Viele russische Luftverbände sind mit Düsenflugzeugen ausgestattet worden. Ein gewaltiges Flugplatzbauprogramm in ganz Osteuropa geht seiner Vollendung entgegen. Das sowjetische Flottenbauprogramm geht ständig weiter und umfaßt jetzt den Bau neuer verbesserter U-Boote, deren Aktionsradius den Ozean einschließt. Die militärische Stärke der Satellitenstaaten hat beträchtlich zugenommen. Seit dem Januar 1952, als diese Streitkräfte etwa 65 Divisionen mit einer Million Mann betrug, sind sie auf mehr als 70 Divisionen mit über 1 300 000 Mann gestiegen. In diesen Zahlen ist Ostdeutschland nicht einbegriffen, wo verschiedene Polizeieinheiten zum Kern einer deutschen Armee, die gegenwärtig etwa 100 000 Mann umfaßt, umgewandelt wurden. Ostdeutschland ist auch dabei, eine Luftwaffe und eine Flotte aufzubauen. Diese Zusammenfassung bezieht sich auf die Stärkung der herkömmlichen sowjetischen Streitkräfte. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die sowjetischen Bemühungen auf dem Gebiete der Atomforschung fortgesetzt worden sind.

Dies sind die Tatsachen über die wachsende Stärke des Sowjetblocks. Seit dem Tode Stalins hat es viele Vermutungen über mögliche Veränderungen der Politik der Herrscher der Sowjetunion gegeben. Dies sind Angelegenheiten, die nicht in meinen Wirkungsbereich fallen. Außerdem kann ich es mir als Soldat nicht leisten, mich mit Vermutungen zu befassen. Ich halte es für meine Pflicht zu erklären, daß ich keine Tatsachen kenne, die mich zu der Schlußfolgerung führen würden, daß die militärische Gefahr aus dem Osten geringer geworden ist. Diese Ansicht stimmt mit dem amtlichen Kommuniqué, das der Nordatlantikat bei der Beendigung seiner ministeriellen Sitzungsperiode am 25. April 1953 veröffentlicht hat, überein. Obwohl der Nordatlantikat mit Festigkeit die Politik seiner Mitgliedstaaten bestätigte, jede Gelegenheit für den Weltfrieden wahrzunehmen, erklärte er:

„Nichtsdestoweniger stellte der Rat fest, daß sich noch nichts an der grundsätzlichen Bedrohung der Sicherheit der freien Völker geändert hat.“ (Vgl. den Text des Kommuniqués in EA 12/1953, S. 5766 ff.)

Gegen diesen Hintergrund müssen die Maßnahmen betrachtet werden, die von der Sowjetunion im Rahmen ihrer diplomatischen Offensive in den letzten Wochen und Monaten ergriffen worden sind.

In *Deutschland* wurden die sowjetischen Maßnahmen am 28. Mai 1953 durch einen Beschluß des Ministerrats der Sowjetunion eingeleitet, der die Auflösung der im Oktober 1949 (gleichzeitig mit der Schaffung der DDR) eingerichteten sowjetischen Kontrollkommission verfügte.

An ihrer Stelle wurde in Anlehnung an die in den Westzonen seit September 1949 (Schaffung der Bundesrepublik) bestehenden Hohen Kommissionen der westlichen Alliierten eine sowjetische Hohe Kommission eingerichtet. Zum Hohen Kommissar wurde Botschafter Wladimir S. Semjonow ernannt (vgl. Kurzbericht in EA 12/1953, S. 5778), der bis zum 21. April 1953 bei der Sowjetischen Kontrollkommission als politischer Berater tätig war. Der bisherige Vorsitzende der Kontrollkommission, General Wassilij I. Tschuikow, behielt lediglich den Oberbefehl über die sowjetischen Besatzungstruppen, den er aber bereits am 5. Juni an Generaloberst Andrej A. Gretschko abtrat. Nachdem Semjonow am 5. Juni aus Moskau in Berlin eingetroffen war, wurden am 6. und 7. Juni auf einer von der Regierung und dem Zentralkomitee der SED einberufenen landwirtschaftlichen Konferenz Fehler bei der bisherigen Kollektivierungspolitik eingestanden und abschwächende Maßnahmen angeordnet. (Vgl. den Wortlaut der Mitteilung hierüber auf S. 5822 dieser Folge.) Am 9. Juni wurden in einer Sitzung des Politbüros der SED umwälzende Maßnahmen beschlossen, die „der entscheidenden Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und der Stärkung der Rechtssicherheit in der DDR dienen“ sollen. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in *Neues Deutschland* vom 11. Juni 1953.) Am 11. Juni trat der Ministerrat der DDR zusammen, um diese Entscheidungen durchzuführen. Er beschloß die Aufhebung der Lebensmittelkartenbeschränkungen, Preiserabsetzung für zuckerhaltige Waren, Aussetzung der Zwangsmaßnahmen zur Beitreibung von Rückständen von Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen, Rückgabe enteigneter Betriebe der Wirtschaft und Landwirtschaft, Fahrpreisermäßigungen für Arbeiterfahrkarten, Rückgabe von Eigentum an zurückkehrende Flüchtlinge und Ueberprüfung aller Verhaftungen, Strafverfahren und Urteile. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués über die Minister ratsitzung auf S. 5821 dieser Folge.)

Am Vortage war der in den letzten Wochen verschärfte Kirchenkampf überraschend abgebrochen worden. Auf einer Konferenz zwischen Vertretern der Regierung der DDR unter Führung von Ministerpräsident Otto Grotewohl und Vertretern der Evangelischen Kirchen in der DDR unter Führung von Bischof D. Dr. Otto Dibelius erklärte sich die Regierung bereit, das kirchliche Eigenleben nach den Bestimmungen der Verfassung der DDR zu gewährleisten, während die Kirchenvertreter zusagten, keinen Einfluß auf das politische und wirtschaftliche Leben in der DDR zu nehmen. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 5820 dieser Folge.)

Alle diese Maßnahmen wurden von einer Welle öffentlicher Selbstkritik und Selbstbeichtigungen begleitet. Sie gipfelten in einer Erklärung Walter Ulbrichts am 15. Juni, in der er sagte, die Partei habe zu spät erkannt, daß die nationale Situation Deutschlands das eingeschlagene Tempo der Sozialisierung nicht erlaube. Auch die internationale Lage erfordere nicht ein solches Tempo, besonders in der Entwicklung der Schwerindustrie. Neben den Schuldbekenntnissen der SED und der Regierung der DDR machte die sowjetamtliche *Tägliche Rundschau* am 13. Juni 1953 das Eingeständnis, daß „die aufgelöste sowjetische Kontrollkommission in gewissem Grade ebenfalls für die begangenen Fehler verantwortlich“ sei.

Eine ähnliche Entwicklung wie in der DDR zeigte sich

in *Oesterreich*. Auch hier wurde das Amt des Hohen Kommissars von dem des militärischen Oberbefehlshabers getrennt und einem Diplomaten, Botschafter Iwan I. Iljitschow, übertragen. Die österreichische Regierung wurde ermächtigt, ihre diplomatische Vertretung in Moskau zu einer Botschaft zu erheben. Gleichzeitig wurden in der Besatzungspolitik einige Zugeständnisse gemacht: Am 8. Juni hob die Hohe Kommission die ständigen Grenzkontrollen an der Demarkationslinie zwischen der sowjetischen und den westlichen Besatzungszonen auf. Am Tage danach erreichte Innenminister Helmer die von der Sowjetunion seit langem verweigerte Zustimmung zu personellen Umbesetzungen im Polizeiapparat der sowjetisch besetzten Zone. Gleichzeitig wurde auch die Transportscheinpflicht für Waren innerhalb des sowjetischen Besatzungsgebiets aufgehoben. Die österreichische Bundesregierung sprach der sowjetischen Hohen Kommission für diese Erleichterungen ihren Dank aus, doch erklärte Bundeskanzler Raab am 18. Juni vor dem Nationalrat, daß die sachliche Auseinandersetzung mit der sowjetischen Besatzungsmacht erst beginne. Hauptpunkt der österreichischen Forderungen bleibe der Staatsvertrag.

Die Westmächte hatten bereits am 11. Juni die Sowjetregierung in einer Note aufgefordert, die genaue Fassung eines für den Kreml annehmbaren Staatsvertrages bekanntzugeben. Die Antwort darauf steht noch aus.

Zur gleichen Zeit begann die Sowjetunion mit einer diplomatischen Offensive in *Südosteuropa*: Am 15. Juni wurde mit Jugoslawien ein Uebereinkommen getroffen, die normalen diplomatischen Beziehungen, die seit Jugoslawiens Austritt aus dem Kominform im Jahre 1948 unterbrochen waren, wieder aufzunehmen und Botschafter auszutauschen. Marschall Tito erklärte dazu in einer Rede am 14. Juni, dieser Schritt werde zu keiner Aenderung der jugoslawischen Politik, die an der Zusammenarbeit mit dem Westen festhalte, führen. Er wandte sich besonders gegen etwaige Versuche, die Zusammenarbeit der Länder des Balkanpaktes zu stören. Als einen solchen Störversuch betrachteten die Balkanländer eine sowjetische Note an die Türkei, deren Ueberreichung am 12. Juni von der türkischen Regierung bestätigt wurde. Obwohl die Veröffentlichung der Note bis zur Erteilung einer Antwort zurückgestellt worden ist, wurde in Ankara bekannt, daß die Sowjetunion in ihrer Note die 1945 erhobenen Forderungen auf die Gebiete von Kars und Ardahan sowie auf Stützpunkte an den Meerengen zurückzieht und eine Revision der Konvention von Montreux vorschlägt.

Im *Fernen Osten* hat der Druck der kommunistischen Angriffe in Indochina nachgelassen. In Korea kam es nach siebzehnmonatigen Verhandlungen am 8. Juni zur Unterzeichnung des Uebereinkommens über den Austausch der Kriegsgefangenen, eine Entscheidung, die in der ganzen Welt als hoffnungsvolles Zeichen einer sich anbahnenden Entspannung begrüßt wurde. Sie stellt insofern einen echten Kompromiß dar, als die Grundforderung der Vereinten Nationen, keinen Gefangenen gegen seinen Willen zu repatriieren, darin berücksichtigt ist, während in den Fragen der technischen Durchführung des Austausches und der internationalen Ueberwachung mehr dem kommunistischen Standpunkt Rechnung getragen wurde. Da die Kriegsgefangenenfrage der letzte strittige Punkt des Waffenstillstandsabkommens war, scheint der Weg zum Waffenstillstand in Korea frei geworden zu sein.

Zeittafel vom 1. bis 15. Juni 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

10. Der Ausschuß für Fragen des Gemeinsamen Marktes der Montanunion richtet eine EntschlieÙung an die Regierungen der Mitgliedstaaten, die wirtschaftliche Integration Europas, insbesondere in Fragen der Konvertierbarkeit der Währungen, durch den Abschluß gegenseitiger Abkommen zu beschleunigen. Ferner ersucht der Ausschuß die Hohe Behörde, der Frage der britischen Stahlpreise, die im Inland wesentlich niedriger seien als für den Export, besondere Beachtung zu schenken.
- Europress meldet, daß in Paris zwei weitere europäische Beratungsgremien gebildet wurden: ein Ständiger Ausschuß für Bevölkerungsfragen, in den alle westeuropäischen Länder Delegierte entsenden, und ein Rat Europäischer Handelsverbände, dem vorläufig die nationalen Handelsverbände Belgiens, Frankreichs, Italiens, Oesterreichs und Portugals angehören.
15. Beginn einer Sitzungsperiode der Versammlung der Montanunion. Die Versammlung beginnt mit der Aussprache über den von der Hohen Behörde vorgelegten Bericht über die bisherige Tätigkeit der Gemeinschaft. Der Präsident der Hohen Behörde, Jean Monnet, weist in seiner Rede darauf hin, daß nun zum ersten Male eine europäische Exekutive sich dem Urteil eines souveränen europäischen Parlaments stelle. Er betont, daß die Entscheidungen der Hohen Behörde, die in allen Fällen mit den Interessenten und Betroffenen abgesprochen worden seien, in allen Mitgliedstaaten anerkannt und durchgeführt wurden.

Nordatlantikpakt-Organisation

9. Veröffentlichung des Jahresberichts des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Ridgway (vgl. Kurzbericht auf S. 5823).

Dänemark

5. Mit der Unterzeichnung durch König Frederik IX. tritt die am 28. Mai durch Volksabstimmung gebilligte neue Verfassung in Kraft (vgl. Zeittafel in EA 12/1953).
11. In Washington wird bekanntgegeben, daß die dänische Regierung auf weitere Rüstungshilfe aus MSA-Mitteln verzichtet habe, da die Schließung der Dollarlücke und die wirtschaftliche Gesundung Dänemarks solche Hilfe entbehrlich mache.

Deutschland

1. Der Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Blankenhorn, begibt sich nach Washington, um in Gesprächen mit Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles den Standpunkt der Bundesregierung im Hinblick auf die bevorstehende Bermuda-Konferenz der drei Westmächte und auf etwaige Viermächteverhandlungen darzulegen. Als Ergebnis dieser Mission übermittelt der

stellvertretende amerikanische Hohe Kommissar, Samuel Reber, Bundeskanzler Adenauer am 5. Juni eine Botschaft Präsident Eisenhowers, in welcher zugesichert wird, daß ohne die Konsultation der Bundesregierung keine Entscheidungen über Deutschland getroffen würden. Blankenhorn reist nach seiner Rückkehr aus Washington am 8. Juni nach Paris und am 15. Juni nach London, um die französische und britische Regierung zu unterrichten.

2. Der Bundestag verabschiedet in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten das Bundesbeamten-gesetz, das die Rechte und Pflichten und die Versorgung der beim Bund tätigen Beamten regelt.
3. Bundeskanzler Adenauer und der amerikanische Hohe Kommissar, Conant, unterzeichnen in Bonn ein Abkommen über die Wiederinkraftsetzung des deutsch-amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrags vom 8. Dezember 1923.

Der Präsident der Weltbank, Eugene R. Black, trifft in Bonn ein und wird von Bundeswirtschaftsminister Erhard am 4. Juni über die kreditpolitischen Erfordernisse der Wirtschaft der Bundesrepublik unterrichtet. Am 5. Juni wird Black von Bundespräsident Heuss, Bundeskanzler Adenauer und Bundesfinanzminister Schäffer empfangen.

Bundeskanzler Adenauer erklärt vor der Presse in Bonn, die Bundesregierung begrüÙe jede Viermächtekonferenz, die Aussichten auf Erfolg habe; eine Konferenz, die nichts anderes als „Palaver“ sei, habe jedoch keinen Sinn. Der Vorstand der SPD fordert am 4. Juni die Bundesregierung in einer EntschlieÙung auf, den drei Alliierten Hohen Kommissaren Verhandlungen mit der sowjetischen Hohen Kommission vorzuschlagen. Am 9. Juni leitet die SPD dem Bundestag einen Antrag zu, in dem gefordert wird, daß die Bundesregierung bei den Westmächten darauf dringen soll, Viererverhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen. Daraufhin nimmt der Bundestag auf seiner Sitzung am 10. Juni folgende EntschlieÙung an:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auch in Zukunft bei den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs darauf zu dringen, daß diese Mächte alles tun, um die Wiedervereinigung des ganzen Deutschland auf friedlichem Wege herbeizuführen. In erneuter Bekräftigung seiner mehrfachen EntschlieÙungen, insbesondere seiner EntschlieÙungen vom 9. März 1951 und vom 27. September 1951, erklärt der Deutsche Bundestag:

Das Ziel der Verhandlungen einer Viermächtekonferenz hinsichtlich Deutschlands muß sein

1. die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland;
2. die Bildung einer freien Regierung für ganz Deutschland;
3. der Abschluß eines mit dieser Regierung frei vereinbarten Friedensvertrages;
4. die Regelung aller noch offenen territorialen Fragen in diesem Friedensvertrag;

5. die Sicherung der Handlungsfreiheit für ein gesamtdeutsches Parlament und eine gesamtdeutsche Regierung im Rahmen der Grundsätze und der Ziele der Vereinten Nationen.“

In gleichlautenden Noten werden die drei Westmächte von diesem Beschluß des Bundestages in Kenntnis gesetzt.

5. Ablösung des Oberbefehlshabers der sowjetischen Truppen in Deutschland, General Wassilij I. *Tschui-kow*, durch Generaloberst Andrej A. *Gretschko* (vgl. Kurzbericht auf S. 5824).
6. Bundesparteitag der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) in Essen: Der Parteitag verurteilt die Außenpolitik der Bundesregierung und appelliert an die bevorstehende Bermuda-Konferenz, sich um die Lösung des Deutschlandproblems zu bemühen. In einer Resolution wird eine Volksabstimmung und die Abhaltung freier und geheimer Wahlen unter der Kontrolle der vier Besatzungsmächte vorgeschlagen. An die Sowjetunion wird ebenfalls appelliert, sie möge an der Politik der Wiedervereinigung festhalten. In einer weiteren Erklärung distanziert sich die GVP von der Deutschen Sammlung. In den neuen Vorstand werden u. a. gewählt: Gustav *Heinemann*, Helene *Wessel* und der Bundestagsabgeordnete *Bodensteiner*.
7. Der am 10. Mai gegründete „Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit“, dem durch eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Bonn am 26. Mai die Führung dieses Namens untersagt worden war, hält in Köln seinen ersten Bundeskongreß ab. Der ehemalige Reichskanzler *Joseph Wirth* und der ehemalige Oberbürgermeister *Wilhelm Elfes* werden zu gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. In den neuen Bundesvorstand werden auch einige Mitglieder des Rates der Deutschen Sammlung delegiert. Im Wahlprogramm des Bundes wird u. a. gefordert: Verständigung der Deutschen in Ost und West über freie Wahlen, Abschluß eines Friedensvertrages, Nichtigkeitserklärung der deutsch-alliierten Vertragswerke und Abzug aller Besatzungstruppen.
- 8.—9. Jahresvollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstags in Hamburg: Präses *Albert Schäfer*, Hamburg, wird erneut zum Präsidenten gewählt. In wirtschaftspolitischen Leitsätzen wird u. a. die nachhaltige Steigerung des Lebensstandards aller Völker als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens und der Freiheit in der Welt bezeichnet. Der DIHT bekennt sich zum Gedanken eines wirtschaftlich geeinten Europa.
10. Konferenz zwischen Vertretern des Ministerrats und Vertretern der evangelischen Kirchen in der DDR (vgl. Kurzbericht auf S. 5824 und Wortlaut des Kommuniqués auf S. 5820).
11. Auf Beschluß des Ministerrats der DDR wird das bisherige Staatssekretariat für Nahrungs- und Genußmittelindustrie in ein Ministerium umgewandelt. Zum Minister wird der ehemalige Hauptabteilungsleiter bei der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr, *Kurt Westphal*, bestellt. Aufhebung von verschiedenen Regierungsverordnungen in der DDR (vgl. Kurzbericht auf S. 5824 und Wortlaut der Kommuniqués auf S. 5821).
14. Auf der Landesversammlung der CSU in Augsburg

unterstreicht Bundeskanzler *Adenauer* die Entschliebung des Bundestages vom 10. Juni hinsichtlich einer Viermächtekonferenz über Deutschland. Zum Landesvorsitzenden der CSU wird der bayerische Ministerpräsident, *Hans Ehard*, zum fünften Male wiedergewählt.

Frankreich

3. Der designierte Ministerpräsident, *Pierre Mendès-France* (Radikalsozialist), legt der Nationalversammlung sein Regierungsprogramm vor, dessen Hauptpunkte folgende sind: Bemühungen um eine Viermächtekonferenz, neue Überprüfung des EVG-Vertrags, Teilnahme an weiteren wirtschaftlichen Integrationsprojekten erst nach Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit Frankreichs, Bemühungen um Beendigung des Indochina-Konflikts, scharfe Kontrolle der Staatsausgaben, Modernisierung der Landwirtschaft. Die Investiturabstimmung am 4. Juni ergibt 301 gegen 119 Stimmen für *Mendès-France*, der damit wie sein Vorgänger, *Paul Reynaud*, nicht die vorgeschriebene Mehrheit erreicht. Nach dem Scheitern von *Mendès-France* beauftragt Staatspräsident *Auriol* am 5. Juni den bisherigen Außenminister, *Georges Bidault* (MRP), mit der Bildung der Regierung. Sein am 10. Juni vorgelegtes Programm enthält folgendes: Unterstützung des EVG-Vertrages unter der Voraussetzung, daß vorher die Fragen der Zusatzprotokolle, der Saar und des Verhältnisses zu Großbritannien geklärt sind, Bemühungen um Frieden in Indochina unter Ausschluß der Möglichkeit eines Rückzuges, Steuer- und Verwaltungsreform, Lenkung der Kredit- und Investitionspolitik nach Gesichtspunkten der Produktivität und des Preisabbaus, besondere Vollmachten für die Regierung zur Sicherung des Budgetausgleichs. Auch *Bidault* unterliegt am 11. Juni in der Investiturabstimmung, wobei er mit 313 Stimmen nur eine Stimme weniger als die verfassungsmäßige Mehrheit erhält. Danach wird der Radikalsozialist *André Marie* mit der Regierungsbildung betraut.
11. Note an die Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. Sowjetunion).

Griechenland

- 3.—12. In Athen finden Besprechungen der Generalstabschefs Griechenlands, Jugoslawiens und der Türkei über die gemeinsame Verteidigung Südosteuropas statt. Der griechische Verteidigungsminister, *Panayotis Kanellopoulos*, gibt anschließend bekannt, daß volle Übereinstimmung in allen Fragen erreicht wurde.
12. Ministerpräsident *Alexander Papagos* appelliert in einer Pressekonferenz an Italien und Jugoslawien, ihre Differenzen beizulegen und ein Verteidigungsbündnis, ähnlich dem Balkanpakt, abzuschließen.

Großbritannien

2. Königin *Elisabeth II.* wird in der Westminster-Abtei in Anwesenheit von Abordnungen aus allen Ländern des Commonwealth und den britischen Kolonien feierlich gekrönt.
- 3.—9. Konferenz der Premierminister des Commonwealth (vgl. den Wortlaut des Schlußkommuniqués auf S. 5819). Im Anschluß an die Konferenz finden in

London noch weitere zwei- und mehrseitige Besprechungen zwischen den Regierungschefs der Commonwealth-Länder statt, darunter eine Konferenz zwischen Großbritannien, Australien und Neuseeland über Verteidigungsprobleme im Pazifik.

11. Note an die Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. Sowjetunion).

Italien

- 7.—8. Die Wahlen für die Abgeordnetenversammlung haben folgende Ergebnisse:

	Stimmen	Sitze ¹	
Mittelparteien:			
Christliche Demokraten	10 834 466	262	(305)
Sozialdemokraten			
(Saragat)	1 222 957	19	(33)
Liberalen	815 929	14	(19)
Republikaner	438 149	5	(9)
Südtiroler Volkspartei .	122 474	3	(3)

Linksopposition:			
Kommunisten	6 120 709	143	} (183) ²
Sozialisten (Nenni) . .	3 441 014	75	

Rechtsopposition:			
Monarchisten	1 854 850	40	(14)
Italienische Sozialbewegung . .	1 579 880	29	(6)

¹) In Klammern die Zahl der Sitze nach den Wahlen von 1948.

²) Gemeinsame Liste.

Am 15. Juni gibt das Landeswahlbüro bekannt, daß die Gruppe der Mittelparteien insgesamt 13 488 813 Stimmen (49,79 vH) erhalten hat und damit nicht in den Genuß der im Wahlgesetz vorgesehenen Mehrheitsprämie kommt.

Die Wahlen zum Senat haben folgendes Ergebnis:

	Stimmen	Sitze
Christliche Demokraten	9 894 754	116
Sozialdemokraten	938 778	4
Liberalen	720 698	3
Südtiroler Volkspartei und andere Regionalparteien .	366 317	2
Kommunisten	5 080 143	54
Sozialisten	2 929 906	28
Monarchisten	1 734 275	16
Italienische Sozialbewegung . .	1 482 101	9

10. Ministerpräsident *de Gasperi* erklärt in einem Presseinterview, er werde trotz der geringen Mehrheit der Regierungsparteien seine Politik der Zusammenarbeit mit den Westmächten fortsetzen. Zum Ausgang der Wahlen sagt *de Gasperi*, es habe sich gezeigt, daß die kommunistische Gefahr kein Phantom sei; die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager habe der Opposition zu ihren Erfolgen verholfen.

13. Der Vorstand der Sozialistischen Partei erklärt in einem Kommuniqué zu den Wahlen, der beträchtliche Stimmenzuwachs bedeute für die Partei das Mandat der Wähler, eine aktive Rolle in der Regierung zu übernehmen. Am gleichen Tage schlägt der General-

sekretär der Sozialdemokratischen Partei, *Giuseppe Saragat*, in einer Parteiversammlung vor, Ministerpräsident *de Gasperi* solle die Nenni-Sozialisten zur Zusammenarbeit mit der Regierungskoalition auffordern.

Jugoslawien

14. Staatspräsident *Tito* äußert in einer Rede in Pazin (Istrien) seine Ansicht, daß die Sowjetunion voraussichtlich noch weitergehende Konzessionen dem Westen gegenüber machen werde, daß sich dadurch jedoch an ihrer imperialistischen Konzeption nichts ändern werde (vgl. auch den Kurzbericht auf S. 5824).
15. Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion (vgl. Kurzbericht auf S. 5824).

Oesterreich

7. Ernennung von *Iwan I. Iljitschow* zum sowjetischen Hohen Kommissar in Oesterreich (vgl. Kurzbericht auf S. 5824).
8. Aufhebung der sowjetischen Grenzkontrollen an der Demarkationslinie zu den westlichen Besatzungszonen (vgl. Kurzbericht auf S. 5824). Bundeskanzler *Julius Raab* gibt am 9. Juni vor dem Ministerrat dem Dank des österreichischen Volkes und der Regierung für die Erleichterungen des Besatzungsregimes Ausdruck.
12. Bundeskanzler *Raab* begrüßt in einer Presseerklärung die Note der Westmächte vom 11. Juni zum österreichischen Staatsvertrag und bezeichnet den Zeitpunkt für eine Einigung als überaus günstig. Er betont, daß Oesterreich jeden Staatsvertrag annehmen werde, der politisch, wirtschaftlich und moralisch tragbar sei und dem Lande die endgültige Freiheit sichere.

Sowjetunion

11. Note der Westmächte an die Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. Kurzbericht auf S. 5824).
14. In Moskau wird bekanntgegeben, daß der erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine, *L. G. Melnikow*, seines Postens enthoben und durch *A. I. Kiritschenko* ersetzt wurde. In der Verlautbarung heißt es, *Melnikow* habe sich grober Mißgriffe in personellen Fragen und in der Führung der nationalen Politik der Partei schuldig gemacht.

Tschechoslowakei

1. Nach der Bekanntgabe der Währungsreform am 31. Mai kommt es in den Industriezentren des Landes, insbesondere in Pilsen, zu schweren Demonstrationen und Unruhen, die mit Waffengewalt niedergeschlagen werden. Die in Pilsen erscheinende *Prawda* erklärt in ihrer Nummer vom 1. Juni, bürgerliche Elemente hätten die Arbeiter zu dem Glauben bewogen, daß die Währungsreform eine Verschlechterung ihrer Lebenslage mit sich bringen werde. Der stellvertretende Ministerpräsident *Zdenek Nejedly* gibt am 7. Juni in einer Rundfunkrede zu, daß der Unzufriedenheit mit der Währungsreform anfänglich offen Ausdruck verliehen worden sei. Die Reform sei jedoch

notwendig gewesen, um die noch vorhandenen kapitalistischen Elemente auszuschalten und die „Bummelei“ in der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Am 14. Juni tadelt Ministerpräsident Viliam Siroky auf dem Kongreß der Slowakischen KP in Preßburg die erschreckende Disziplinlosigkeit in den Reihen der

Kommunisten, die sich bei den Ereignissen nach der Währungsreform gezeigt habe.

Türkei

12. Die Regierung gibt die Entgegennahme einer sowjetischen Note bekannt (vgl. Kurzbericht auf S. 5824).

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AMERIKA

Vereinigte Staaten

1. Präsident *Eisenhower* unterbreitet dem Kongreß einen Plan zur Reorganisation der Hilfs- und Informationsprogramme für das Ausland. Darin ist vorgesehen: 1. die Auflösung der MSA und die Zusammenfassung aller Auslandhilfsprogramme in ein „Amt für Auslandsvorhaben“ (Foreign Operations Administration, FOA); 2. die Zusammenfassung aller Informationsprogramme in einem Informationsamt (US Information Agency); 3. die Abschaffung des Amtes des Sonderbotschafters in Europa und seine Ersetzung durch ständige Missionen bei der NATO und den europäischen supranationalen Behörden.
3. Der Präsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Jean Monnet, und die beiden Mitglieder der Hohen Behörde Franz Etzel und Dirk Spierenburg werden während eines zweiwöchigen Besuchs in den Vereinigten Staaten von Präsident *Eisenhower* empfangen. In einem Kommuniké heißt es, der Präsident halte die Vereinigung Europas für eine historische Notwendigkeit für den Frieden und Wohlstand der Europäer und der ganzen Welt. Die Erfolge der Montanunion zeugten für die Durchführbarkeit der weiteren auf diesem Gebiet geplanten Schritte.
10. Außenpolitische Rede Präsident *Eisenhowers* in Minneapolis. Er erklärt, daß der Westen sich nicht nur einer augenblicklichen Gefahr gegenübersehe, sondern in einem latenten Spannungszustand lebe. Deshalb müßten die freien Nationen zusammenstehen, oder sie würden, wie im Zweiten Weltkrieg, einzeln fallen. Einigkeit sei aber darüber hinaus auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit.
11. Note an die Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. Sowjetunion).

ASIEN

Korea

3. In einer amtlichen Erklärung der südkoreanischen Regierung wird bekanntgegeben, daß die Regierung auch nach dem Briefwechsel zwischen Präsident Syngman Rhee und Präsident *Eisenhower* am 1. und 2. Juni weiterhin an ihrer Ablehnung eines Waffenstillstandes zum gegenwärtigen Zeitpunkt und zu den geplanten Bedingungen festhalte. Am 6. Juni richtet Präsident Rhee eine neue Botschaft an Präsident *Eisenhower*, in der er den gleichzeitigen Abzug der chinesischen Truppen mit den Truppen der UN und den Abschluß eines amerikanisch-südkoreanischen Verteidigungsbündnisses zur Bedingung für seine Zustimmung zu einem Waffenstillstand macht. Präsident *Eisenhower* erklärt sich am 7. Juni bereit, über ein solches Bündnis zu verhandeln, und versichert, daß die Vereinigten Staaten bei künftigen politischen Verhandlungen sich für die Wiedervereinigung Koreas einsetzen werden.
 8. Bei den Waffenstillstandsbesprechungen in Panmunjom wird nach siebzehnmonatigen Verhandlungen das Abkommen über die Repatriierung der Kriegsgefangenen unterzeichnet. Am Tage danach tritt eine Kommission von Stabsoffizieren zur endgültigen Festlegung der Demarkationslinie für den Waffenstillstand zusammen. Am 11. Juni beginnen chinesische Truppen größere Angriffshandlungen, die offensichtlich das Ziel haben, vor der Festlegung der Demarkationslinie noch strategisch wichtige Korrekturen der Front zu erzwingen.
- Die südkoreanische Regierung gibt bekannt, daß sie ein Waffenstillstandsabkommen nicht anerkennen und den Kampf notfalls alleine fortsetzen werde. Dieser Beschluß wird am 9. Juni durch die Nationalversammlung bestätigt.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London, Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guizon, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meißner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myllusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (12 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App. 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.

Materialien zu den Ereignissen des 16. und 17. Juni 1953 in Berlin und der SBZ

Bearbeitet von Wilhelm Cornides unter Mitwirkung von Helmut Löschhorn

Die Vorgeschichte der Juni-Aufstände

Die Etappen der Sowjetisierung der Satellitenstaaten

Die Ereignisse des 16. und 17. Juni 1953 werden nur verständlich, wenn man sie auf dem Hintergrund der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetzone Deutschlands und der übrigen sowjetischen Satellitenstaaten betrachtet. Es ist besonders interessant, sich heute an das erste Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 zu erinnern, in dem Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht erklärten¹:

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Genau das Gegenteil ist verfolgt worden. Rückblickend lassen sich auf dem Wege der Sowjetisierung der DDR und der anderen Satellitenstaaten bisher im wesentlichen drei Abschnitte unterscheiden²:

- a) die Anfangszeit des Wiederaufbaus (1945/46), in der neben wahllosen Demontagen, radikaler Landreform und zielstrebigem Verstaatlichung ein echter Elan wirtschaftlicher Aufbauarbeit spürbar war;
- b) die erste Phase der Entwicklungspläne (1947/48), gekennzeichnet durch Mehrjahrespläne nach sowjetischem Muster, systematische Demontagen und Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion, Intensivierung des Kampfes gegen das Privateigentum, Angleichung der Steuersysteme an das sowjetische Vorbild und Konzentration der Investitionen in der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumgüterindustrie;

- c) die Revision der Entwicklungspläne im Zuge der Verschärfung der Ost - West - Spannungen (1949/52), gekennzeichnet durch rapides Fortschreiten der Bolschewisierung.

Am Beginn dieses letzten Abschnittes steht die Schaffung des osteuropäischen Wirtschaftsrates in Moskau im Januar 1949³. Er ist gekennzeichnet durch die rasche Aufrüstung der Satellitenstaaten, deren Streitkräfte im Januar 1952 etwa 65 Divisionen mit einer Million Mann betrug und bis Anfang 1953 auf mehr als 70 Divisionen mit 1 300 000 Mann anstiegen. In diesen Zahlen ist die Sowjetzone nicht einbegriffen, wo kasernierte Einheiten der Volkspolizei in Stärke von etwa 100 000 Mann zum Kern einer deutschen Armee ausgebaut wurden⁴. Neben dem Aufbau eigener Streitkräfte mußten die Satellitenstaaten, insbesondere auch die Deutsche Demokratische Republik, mit beträchtlichen Rüstungslieferungen zu dem Aufbau der Roten Armee beitragen. Diese zusätzlichen Leistungen wurden nur durch drastische Erhöhungen der Produktionsziele in der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft möglich⁵.

Die Sowjetisierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Mitteldeutschlands

Die sowjetische Militäradministration hat in Deutschland sofort nach der Potsdamer Dreimächtekonferenz mit dem Aufbau einer zentral gelenkten Staatswirtschaft begonnen. Sie bediente sich dabei der Handhaben der Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung, der Demontagen und Reparationen, der Landreform, der Neugründung von Gewerkschaften, kurz all der politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, denen die Westmächte im Potsdamer Abkommen in dem Glauben zugestimmt hatten, damit eine Umerziehung des deutschen Volkes im westlichen Sinne einzuleiten. Wenn auch die Verstaatlichung wegen der anders gelagerten

wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Mitteldeutschland nicht im gleichen Tempo durchgeführt werden konnte wie in der Sowjetunion und in den ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten, so war doch der Staat 1952 für über 75 Prozent der in der Industrie Beschäftigten zum Arbeitgeber geworden. Bei aller Vielfältigkeit im einzelnen lassen sich bei der Sowjetisierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in immer engerer Angleichung an die sowjetischen Gesetze und Verordnungen drei große Gruppen von Maßnahmen unterscheiden: materielle Anreize, ideologische Beeinflussung und Zwangs- und Strafmaßnahmen. Sie sind zu einem feinmaschigen Netz verknüpft, in das der einzelne unentrinnbar verstrickt und dann zu immer größeren Arbeitsleistungen gezwungen wird.

Nach dem sowjetischen Leistungslohnsystem wird die Höhe der Sätze nicht wie in der westlichen Welt zwischen den beiden Sozialpartnern vereinbart, sondern nach einem von dem zuständigen Fachministerium ausarbeitenden, mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaften abgestimmten und vom Ministerium für Arbeit bestätigten Lohngruppenkatalog festgesetzt.

Der Leistungslohn wird in den verschiedenen Formen des Stücklohnes, des Zeitlohnes und des Prämienlohnes jeweils so eingesetzt, daß er einen möglichst wirksamen Anreiz zur maximalen Anspannung der körperlichen und geistigen Kräfte gibt. Er soll in dem rigorosen System staatlicher Planwirtschaft den freien Wettbewerb nicht nur ersetzen, sondern übertreffen.

Wie in der Sowjetunion ist man auch in der Sowjetzone bestrebt, den Anteil der im Stücklohn, d. h. im Akkord Arbeitenden ständig zu vergrößern. Bis 1955 sollen 85 vH aller Produktionsarbeiter im Stücklohn beschäftigt werden. Grundlage des Stücklohnes sind die technischen Arbeitsnormen, die in der Vorgeschichte des 17. Juni 1953 eine so wesentliche Rolle spielen. Sie gehen nicht von der Normalleistung aus, sondern werden nach der Leistung eines Bestarbeiters mit den besten Arbeitswerkzeugen und nach sorgfältiger Arbeitsvorbereitung ermittelt. Die so festgesetzten Normen sind dann bindend für alle anderen mit der gleichen Arbeit beschäftigten Arbeiter des Betriebes. Die Normen werden, planmäßig und außerplanmäßig, immer weiter heraufgesetzt, natürlich auf Kosten der weniger leistungsfähigen Personen und Altersgruppen. Ein Ausweichen auf Zeitlohn ist nicht möglich. Der Arbeitnehmer wird so einer indirekten Lohnsenkung unterworfen, die dem Staat als Arbeitgeber Selbstkosten erspart. Dem betroffenen Arbeitnehmer bleibt dieser Zusammenhang auf die Dauer nicht verborgen. Um sein Widerstreben zu überwinden, müssen neben der materiellen Anerkennung und ideologischen Beeinflussung (Kollektivvertrag, „sozialistischer Wettbewerb“, Aktivistenbewegung

usw.) immer schärfere Zwangs- und Strafmaßnahmen geführt werden.

Die Arbeitsgesetzgebung verliert so ihren den Arbeitnehmer schützenden Charakter und wird Teil der Strafgeseztgebung. Dem in der Verfassung verankerten Recht auf Arbeit entspricht in der Sowjetzone die Pflicht zur Arbeit und zur Wahrung der Arbeitsdisziplin. Dabei ergeben sich viele der Zwangsmaßnahmen aus der Natur der totalen Planwirtschaft, so die Bindung an den Arbeitsplatz, der Fortfall des Kündigungsschutzes, die zwangsweise Einziehung zu „Schwerpunktaufgaben“, wie z. B. dem Uranbergbau usw. Der Zusammenhang zwischen Arbeitsrecht und Strafrecht wird vollends klar, wenn man weiß, daß z. B. die Verweigerung zugewiesener Arbeit, die Ablehnung von Arbeitsnormen als Vergehen gegen das Fünfjahresplangesetz mit Zuchthausstrafen belegt wird. Auf diesem Wege greift der Staat noch weit empfindlicher in das Privatleben des einzelnen ein als etwa durch Rationierungs- und Zensurmaßnahmen. Die gegenseitige Bessitzelung und Ueberwachung, die unheimliche Rolle des Staatssicherheitsdienstes und damit die ganze Rechtsunsicherheit des Sowjetsystems sind nur in ihrem engen Zusammenhang mit der totalen Planwirtschaft und deren rücksichtsloser Ausrichtung auf die Grundstoff- und Rüstungsindustrien ganz zu verstehen.

Die Produktions- und Versorgungskrise der Wirtschaft der SBZ

Bereits Ende Oktober 1952 mehrten sich in der Sowjetzone die Anzeichen dafür, daß die Sowjetisierungsschraube überdreht worden war. Schauprozesse gegen „Wirtschaftsverbrecher“ konnten die Bevölkerung nicht über das Ausbleiben von Margarine und Zucker und über das Fehlen dringend benötigter Textilien hinwegtrösten. Trotzdem leiteten SED und FDGB im Verlaufe des Winters und Frühjahr einen Feldzug zur weiteren „freiwilligen“ Erhöhung der Arbeitsnormen ein. Anlaß dazu gaben die akuten Schwierigkeiten der Industrie der Sowjetzone, von denen der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Heinrich Rau, Mitte Mai vor dem Zentralkomitee der SED ein anschauliches mit Zahlen belegtes Bild gab⁶.

Rau forderte einen „grundlegenden Umschwung“ in der Wirtschaftspolitik der SBZ. Andererseits behauptete er aber, die Industrieproduktion habe 1952 im Vergleich zu 1936 einen Stand von 157,2 vH erreicht. Dazu steht u. a. die sehr unzureichende Erfüllung des Investitionsplanes in krassem Widerspruch. Die Investitionspläne folgender Gruppen wurden nach Rau 1952 nur wie folgt erfüllt (in Prozent): Elektroenergie 46, Walzmaterial 19, Stahl 73, kalzinierte Soda 50, Zement 75. Im ersten Quartal 1953 habe sich die Lage in diesen Zweigen weiter verschlechtert. Eigenmächtige Planherabsetzungen

seien vorgekommen. Es sei notwendig, „ernsthafte Fehler in unserer Planabrechnung zu beseitigen. Aus dem Fehlen eines exakten Ueberblicks über die vorhandenen Kapazitäten ergibt sich aber auch, daß uns Voraussetzungen für einen wirklich wissenschaftlich begründeten Volkswirtschaftsplan fehlen.“ Der Betriebspaß, Erhöhung der Arbeitsnormen, breitere Anwendung der Neuerermethoden, „sozialistische“ Wettbewerbe, Kooperation zwischen den einzelnen Betrieben, Ausarbeitung von Materialverbrauchsnormen, Einführung des Dispatcherdienstes sollen die Mängel beseitigen. Schluß gemacht werden müsse „mit der für unsere Volkswirtschaft äußerst schädlichen Methode, hinsichtlich des Materialverbrauchs Polster und Reserven einzubauen“. Rau bezifferte den „überflüssigen Materialfonds“ auf 0,5 Milliarden D-Mark (Ost). Die vor etwa einem Jahr in der Industrie gebildeten Absatzabteilungen sollen „dafür sorgen, daß die Produktionsmittel ausschließlich den sozialistischen Betrieben zugeleitet werden“.

Wie drückend sich die Belastungen des Investitions- und Ausfuhrprogramms und der Aufrüstung auf die allgemeine Versorgungslage auswirkten, geht aus den folgenden, vom Ostdienst der Agence France-Presse auf Grund amtlicher Unterlagen der DDR zusammengestellten Uebersichten hervor⁷:

Preisvergleich zwischen Ost- und Westdeutschland (1953)

Artikel	Detailpreise		Preise im Verhältnis zum durchschnittl. Stundenlohn eines Industriearbeiters		
	Westdeutshl.	Ostdeutshl.	Westdeutshl.	Ostdeutshl.	
	DM-West	DM-Ost			
Mehl	0,76	1,70	0,34	30	68
Zucker	1,36	3,00	0,60	54	120
Butter	3,20	10,00	5,00	126	400
Kartoffeln	0,20	0,15	0,03	7	7
Lederschuhe	30,00	95,00	19,00	1200	3780

Vergleich der Entwicklung des durchschnittlichen Arbeitslohnes und der Produktionsentwicklung

	1952	1953
	Erfüllungszahlen (1951 = 100)	Planzahlen (1952 = 100)
Investitionen	133	145
Außenhandel	120	133
Industrieproduktion	114	113
Landwirtsch. Produktion rückschrittlich		102
Durchschnittslohn	106	107

Der Beschluß zur administrativen Normenerhöhung

Allem Anschein nach war man sich im Kreml über die angespannte wirtschaftliche Lage der Sowjetzone im klaren. Am 16. April 1953 soll der Ministerrat der Sowjetunion dem Zentralkomitee der SED die Abkehr von der bisherigen rigorosen Politik angeordnet

haben⁸. Die Erklärungen Raus vor dem Zentralkomitee der SED zeigen, daß man auch dort Mitte Mai von einem „grundlegenden Umschwung“ sprach. Wahrscheinlich wollte die SED aber die bisherige Politik nicht schlagartig aufgeben, sondern nach und nach abbauen, und zunächst einmal noch die Normenerhöhung mit administrativen Mitteln durchdrücken.

Dies wurde auf jeden Fall am 13. Mai vom Zentralkomitee der SED beschlossen. Das Zentralkomitee kritisierte dabei die vom Arbeitsministerium der SBZ herausgegebenen Richtlinien für die Normenerhöhung, weil darin festgelegt war, daß bei Einführung neuer Arbeitsnormen keine Senkung des bisherigen Verdienstes erfolgen sollte. Diese Bestimmung habe sich „als ein Fehler und als ein Hemmnis in der ganzen Entwicklung für die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen erwiesen“ und müsse korrigiert werden. Am 28. Mai beschloß der Ministerrat der DDR, „dem von breiten Kreisen der Werktätigen ausgedrückten Wunsche nach genereller Ueberprüfung und Erhöhung der Arbeitsnormen nachzukommen“.⁹ Bis zum 30. Juni sollten die „für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen im Durchschnitt um mindestens 10 vH“ erhöht werden¹⁰. Ministerien und Staatssekretariate sollen für jeden Betrieb Kennziffern für die Erhöhung der Arbeitsnormen um mindestens 10 vH festlegen. Die neuen Normen waren so festzusetzen, „daß die festgelegten Kennziffern mindestens erreicht werden“. Sie sollten den Arbeitern mindestens vier Tage vor Einführung mitgeteilt werden. Dabei war darauf zu achten, daß „die fortschrittlichsten Arbeiter im Verhältnis zu anderen nicht benachteiligt werden“. Die neuen Normen sollten grundsätzlich bis zum 31. Dezember 1953 gelten. Bis zum 1. Januar 1954 sollten mindestens 50 vH der wichtigsten Normen „technisch begründet“ sein. Betriebsparteiorganisation und Gewerkschaften sollten die „Arbeiter über die Bedeutung der Arbeitsnormen und die Notwendigkeit ihrer alljährlichen Ueberprüfung und Erhöhung aufklären“.

Der „neue Kurs“

Während der Beschluß zur Normenerhöhung den bürokratischen Apparat der Sowjetzonenregierung durchlief, müssen in Moskau wesentliche neue Entscheidungen gefallen sein. Dafür spricht ein Vergleich der Daten. Am 28. Mai wurde die Sowjetische Kontrollkommission in Berlin in eine Hohe Kommission nach dem Muster der Westzone umgewandelt¹¹. Hoher Kommissar wurde der Botschafter Wladimir S. Semjonow, der bis zum 21. April politischer Berater des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission, General W. I. Tschuikow, gewesen war. Unmittelbar nach einer Unterredung zwischen Semjonow und Grotewohl am 29. Mai trat das ZK der SED erneut zusammen. Bei dieser Gelegenheit äußerte Grotewohl, offenbar mit ausdrücklicher Zu-

stimmung Semjonows: „Die Schuld an den in letzter Zeit begangenen Fehlern trifft nicht uns allein. Wir wurden falsch unterrichtet und können nicht umhin, der bisherigen Sowjetischen Kontrollkommission diesbezügliche Vorwürfe zu machen.“ Wenige Tage später wurde General Tschuikow abberufen¹².

Nun wurde der „neue Kurs“ — dessen erste Anzeichen, wie wir gesehen haben, bis Mitte April, also in die Zeit der ersten *Prawda*-Antwort an Präsident Eisenhower¹³ zurückreichen — auch in der DDR für die Außenwelt sichtbar. Am 9. Juni beschloß das Politbüro der SED eine Reihe von prinzipiellen politischen Änderungen, die am 11. Juni vom Ministerrat der DDR übernommen wurden¹⁴. Dabei handelte es sich vor allem um eine Revision der Pläne zur Entwicklung der Schwerindustrie zugunsten der Konsumgüterindustrie: dem Handwerk und den verbliebenen Resten der Privatindustrie sollten Kredite und Rohstoffe zur Steigerung der Produktion von Massenbedarfsgütern und Qualitätswaren gewährt werden, ein neuer Kurs der Agrarpolitik sollte der Landbevölkerung Erleichterungen bringen. Eine Umstellung der Steuerpolitik und die Wiederherstellung des kleineren und mittleren Privathandels auf der Basis freien Wettbewerbs mit dem Staatshandel¹⁵ sollte dem Mittelstand helfen. Gleichzeitig sollte durch die Milderung von Härten des Strafverfahrens und die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Kirchen und der Regierung der harte Druck, den das SED-Regime auf alle Schichten der Bevölkerung ausübte, gemildert werden.

Eine rigorose Selbstkritik der Parteileitung und der Regierung begleitete diese überraschenden Maßnahmen. Um die Autorität von Parteileitung und Regierung zu festigen, so hieß es nun, müsse den Bewohnern der Sowjetzone ein Gefühl der Sicherheit gegeben werden. Unverkennbar war dabei die Absicht, die westdeutsche Bevölkerung von der Echtheit des Kurswechsels zu überzeugen. In den Beschlüssen kamen „der gute Wille und der Wunsch zum Ausdruck, in nächster Zeit entscheidende Fortschritte im Kampf um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und für die Schaffung eines geeinten, souveränen und wirtschaftlich starken demokratischen deutschen Staates zu erzielen“. Am 5. Juli erklärte der Generalstaatsanwalt der Sowjetzone in der *Täglichen Rundschau*, bis zum 1. Juli seien 7753 Haftentlassungen vorgenommen worden.

Der 16. Juni 1953

Noch war aber von einem Nachgeben in der Frage der Normenerhöhung keine Rede. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen versuchten, die erregten Arbeiter mit dem Hinweis auf die vom Ministerrat

der DDR angekündigte Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse zu beruhigen. Am Morgen des 16. Juni lasen die Bauarbeiter auf den Baustellen in der Stalinallee in der *Tribüne* folgende Mitteilung:

„Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Kommuniqués des Politbüros und des Ministerrats vom 9. bzw. 11. Juni 1953 wird in einigen Fällen die Frage gestellt, inwieweit die Beschlüsse über die Erhöhung der Arbeitsnormen noch richtig sind und aufrechterhalten bleiben. Jawohl, die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig. Gestützt auf das unbedingte Vertrauen der Bevölkerung zu ihrer Regierung haben das Politbüro des Zentralkomitees der SED und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik offen vor dem ganzen Volke einige Fehler der Vergangenheit in ihrer Arbeit dargelegt und sofort Maßnahmen eingeleitet, die einer entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik dienen. Weil aber all das davon abhängt, inwieweit wir die großen Aufgaben des Fünfjahresplanes auf der Grundlage eines fortgesetzten Anwachsens der Arbeitsproduktivität bei strengster Sparsamkeit erreichen können, gilt es, den Beschluß des Ministerrats über die Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 vH bis zum 30. Juni 1953 mit aller Kraft durchzuführen¹⁶.“

Daraufhin marschierten, wie es in dem Bericht eines Augenzeugen heißt¹⁷, „die Bauarbeiter zu den umliegenden Baustellen und forderten alle Bauarbeiter der anderen Baustellen auf, mit ihnen gemeinsam zum Ministerium für Arbeit zu marschieren, um dort gegen die Maßnahmen betr. Normenerhöhung und mangelnder Versorgung der Bevölkerung zu demonstrieren“.

Waren es zunächst nur die Bauarbeiter aus der Stalinallee, die gegen die Normenerhöhung protestierten, so waren es bald viele Tausende, die die Beseitigung der Regierung, die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland, Freiheit für die politische Betätigung, Abschaffung der Nationalarmee, Senkung der Preise und Abschaffung der Normen forderten. Die Demonstration nahm somit den Charakter einer echten politischen Willenskundgebung an. Der Berliner Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*, der sich mit einem britischen Korrespondenten zusammen in den Ostsektor von Berlin begeben hatte, schrieb hierzu: „Es handelt sich — das konnten wir jedenfalls mit Eindeutigkeit feststellen — um eine Erhebung der ganzen Bevölkerung... Die Menschen sind nicht gekommen, um zu randalieren; sie handeln aus der inneren Not der Unterdrückten heraus... Wer die Ostberliner Erhebung von Anfang an miterlebte, der kann Thesen, wonach die Demonstrationen ‚gelenkt‘ wurden, keinen Glauben schenken^{17a}.“

Während die freie Welt sich schon bald auf Grund eingehender Tatsachenberichte ein Bild von den wahren Vorgängen in Berlin und der sowjetischen

Besatzungszone machen konnte, wurde von seiten der SED, der Regierung der DDR und von sowjetischen Stellen in Berlin und Moskau der Versuch

gemacht, den Ereignissen in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone eine Interpretation zu geben, die von dem wahren Sachverhalt ablenken sollte.

Der 16. und 17. Juni im Spiegel der Ost-Presse und des Zaisser-Berichtes

Die SED-Presse versuchte zunächst die Bedeutung der Unruhen in Ostberlin zu bagatellisieren. Die Blätter vom 17. Juni brachten auf der Titelseite in großer Aufmachung Berichte über die Parteitaktivtagung der SED im Berliner Friedrichstadtpalast, auf der Otto Grotewohl und Walter Ulbricht am Abend des 16. Juni über den „neuen Kurs“ und die Herabsetzung der Arbeitsnormen gesprochen hatten. Eine Erklärung des Politbüros der SED über die Herabsetzung der Normen wurde als Antwort „anlässlich von Anfragen der Arbeiter einer Reihe von Betrieben und Baustellen“ veröffentlicht¹⁸.

Nur am Rande wurde dazu bekanntgegeben, daß am 16. Juni in Berlin Demonstrationen stattgefunden hatten. Das Organ des Zentralkomitees der SED *Neues Deutschland* schrieb:

„Am Dienstag verursachten Gruppen von aus Westberlin eingeschleusten Provokateuren Zwischenfälle im demokratischen Sektor von Berlin. Das Ziel der Provokationen war, die durch die neuen großzügigen Maßnahmen unserer Regierung (Erleichterungen im Verkehr zwischen Ost und West, Zulassung privater Industrie- und Handelsbetriebe usw.) angestrebte Verständigung zwischen den Deutschen zu torpedieren. Die Agenten bedienten sich dabei eines Teiles der Bauarbeiter, die sie zu einer Demonstration veranlaßten. Sie nutzten die Tatsache aus, daß unter den Bauarbeitern eine starke Erregung über die unzulässige administrative Art der Normenfestsetzung herrscht... Diese unstatthaften und schädlichen administrativen Methoden zur Erhöhung der Arbeitsnormen traten in den letzten Wochen in vielen Betrieben zutage. Das Politbüro der SED schlug deshalb am gestrigen Tage vor, daß der Beschluß der Regierung vom 28. Mai gemeinsam mit den Gewerkschaften überprüft werden soll und daß die von den einzelnen Ministerien angeordnete obligatorische Erhöhung der Arbeitsnormen als unrichtig aufzuheben ist... Die Demonstration wurde ohne jede Behinderung durch die Volkspolizei durchgeführt... Wenn die Westberliner Provokateure glauben, sie könnten die Arbeiter des demokratischen Sektors von Berlin vor ihren Kriegskarren spannen, wie es ihnen für einige Stunden mit einer Reihe von Bauarbeitern gelungen war, so irren sie sich gewaltig...“

Diese Meldungen deckten sich in etwa mit den am gleichen Tage verbreiteten Rundfunkmeldungen und Kommentaren. Die Ereignisse des 17. Juni wurden dann am 18. Juni von der Ost-Presse „voll gewürdigt“. In Leitartikeln der *Täglichen Rundschau* und des *Neuen Deutschland* wurden die Bundesregierung und die Westmächte für die Unruhen verantwortlich gemacht und scharf angegriffen. Die Provokation, so hieß es, sei jedoch zusammengebrochen, weil die Kräfte des Friedens nicht zulassen, „daß die Völker,

darunter unser deutsches Volk, auf die Bahn des Krieges gerissen werden“. Beschämend sei jedoch, daß deutsche Werktätige auf die Machenschaften der Provokateure hereinfielen und die Besudelung Berlins nicht selber unterbanden, so daß erst die Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Besatzungsmacht die Lebensinteressen sowohl des deutschen Volkes wie aller Völker mit der erforderlichen Entschiedenheit vertrat. Gleichzeitig wurde der Befehl über den am 17. Juni vom sowjetischen Militärkommandanten, Generalmajor P. T. Dibrowa, über Ostberlin verhängten Ausnahmezustand veröffentlicht¹⁹. Aus weiteren Meldungen der Ostpresse geht hervor, daß sowjetische Militärkommandos am 17. Juni, außer in Ostberlin, auch in Halle, Potsdam, Chemnitz, Leipzig und Magdeburg die Gewalt übernahmen.

Am 18. Juni wurde in der Ostpresse zugegeben, daß es am 17. in einer Reihe von Betrieben in Ostberlin zu Arbeitsniederlegungen und in den Straßen zu „provokatorischen Ausschreitungen einzelner Gruppen faschistischer Agenten“ gekommen sei. Diese seien nach einem einheitlichen, in Westberlin hergestellten, für einen bestimmten geeigneten Moment vorgesehenen Plan durchgeführt worden. Die „Exzesse“ hätten mit dem vollen Zusammenbruch des angezettelten Abenteuers geendet, da sie auf den Widerstand größerer Teile der Bevölkerung und der Machtorgane stießen. Die Schuldigen an den Ausschreitungen würden streng bestraft werden. In einer von Ministerpräsident Grotewohl unterzeichneten Bekanntmachung wurde die Bevölkerung aufgefordert, die Maßnahmen zur sofortigen Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt zu unterstützen und an die Arbeit zu gehen. Die Aufhebung des Regierungsbeschlusses vom 28. Mai über die Erhöhung der Arbeitsnormen wurde nun amtlich mitgeteilt²⁰.

Am 19. Juni wurde zugegeben, daß auch in der sowjetischen Besatzungszone Demonstrationen stattfanden. In einem Leitartikel des *Neuen Deutschland* heißt es dazu:

„Den Provokateuren ist es in Berlin und in zahlreichen Orten der Republik gelungen, Teile der Werktätigen, an einigen Orten beträchtliche Teile, zur Arbeitsniederlegung und zur Demonstration zu bewegen.“

In diesem Leitartikel des *Neuen Deutschland*, der überschrieben ist „Der Zusammenbruch des faschistischen Abenteuers“ und der einen Tag später auch von der *Täglichen Rundschau* abgedruckt wurde, wird der 17. Juni als der „Tag X“ bezeichnet, der Tag, an dem „von Berlin aus die Deutsche Demokratische

Republik aufgerollt werden sollte“. Die Kriegsprovokateure hätten jedoch ihre verdiente Abfuhr erhalten. Nun beginne die neue Etappe der Festigung der Deutschen Demokratischen Republik. Die in der ersten Junihälfte angeordneten Maßnahmen seien „konkrete kühne Schritte“ gewesen, ihr Ziel die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Diese Entwicklung hätte die Bonner Regierung in Panik gestürzt, woraufhin der 17. Juni zum „Tag X“ bestimmt wurde. Diese Interpretation der Ereignisse des 17. Juni wurde nun in Reden, Erklärungen und bestellten Protesttelegrammen breitgewalzt. SED und Regierung gaben sich alle erdenkliche Mühe, die Ereignisse des 17. Juni als einen vom Westen inszenierten und, wie in einzelnen Meldungen behauptet wurde, von *Adenauer*, *Ollenhauer*, *Kaiser* und *Reuter* persönlich geleiteten und von amerikanischen Agenten organisierten Versuch der Störung des „neuen Kurses“ darzustellen. Der sowjetische Militärkommandant von Berlin, Generalmajor *Dibrowa*, erklärte in einer am 30. Juni an die Kommandanten der Berliner Westsektoren gerichteten Note²¹, nach Aussagen verhafteter Provokateure seien an den Unruhen in Ostberlin amerikanische Offiziere beteiligt gewesen. Diese Behauptung wurde in einem Antwortschreiben²² am 6. Juli von den drei Westkommandanten scharf zurückgewiesen.

Ebenfalls am 19. Juni berichteten die Zeitungen von der standrechtlichen Erschießung des arbeitslosen Westberliners *Willi Göttling*, „der als einer der aktiven Organisatoren der Provokationen und Unruhen“ beschuldigt worden war. Bis zum 26. Juni wurden fünf weitere standrechtliche Erschießungen bekanntgegeben. In einer von der amerikanischen Hohen Kommission veröffentlichten Uebersicht über die Ereignisse des 17. Juni, der Meldungen der gesamten Ostpresse zugrunde liegen, wurde festgestellt, daß Massenverhaftungen in Ostberlin und in den Orten Fürstenberg, Nordhausen, Erfurt, Halle, Magdeburg, Sangerhausen, Leipzig, Schkeudnitz, Düben und Leuna stattgefunden haben. Demonstrationen und Streiks wurden für das gesamte Gebiet der DDR und eine Reihe wichtiger Betriebe angegeben. In Ostberlin gehörten dazu: Bauarbeiter an der Stalinallee, Kabelwerk Oberspree, Maschinenfabrik „7. Oktober“, „Secura“, Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“, Bergmann-Borsig Wilhelmsruh, volkseigene Kleiderfabrik „Progreß“, Waggonfabrik Ammendorf, Siemens-Plania, Ostberliner Verkehrsgesellschaft; in der Besatzungszone handelte es sich um Betriebe in Brandenburg, Chemnitz, Gotha, Halle, Jena, Leipzig, Nordhausen, Potsdam, Rostock, Schkopau und Warmemünde.

In einer vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Schrift²³ und im *SBZ-Archiv*, Heft 13 vom 5. Juli 1953, wurde über

Unruhen und Streiks auch in den Orten Roßlau (Elbe), Rathenow, Bitterfeld, Falkensee, Rothensee, Wolfen (Filmfabrik Agfa), Merseburg, Luckenwalde, Jüterbog, Forst, Güstrow (Mecklenburg), Stralsund, Halberstadt, Ilseburg, Quedlinburg, Thale, Tangermünde, Schönebeck, Stendal, Gera, Delitzsch, Roßleben, Saalfeld, Eisenach, Görlitz, Dresden, Freital und Tharandt berichtet. Der Minister für Staatssicherheit, *Wilhelm Zaisser*, gab auf einer Ministerratssitzung am 25. Juni die Zahl der auf beiden Seiten durch die Unruhen betroffenen Opfer mit 25 Toten und 378 Verletzten an²⁴. Wie die Tageszeitung *Die Welt* am 15. Juli aus Berlin meldete, soll *Zaisser* in einer Aufstellung für den Beauftragten der Geheimpolizei bei der sowjetischen Hochkommission, Oberst *Ilnitzkij*, die Zahl der Todesopfer am und nach dem 17. Juni (Ostberlin und sowjetische Zone) mit 569, die Zahl der Verletzten mit 1744 angegeben haben²⁵.

Am 19. Juni trat der Ministerrat der DDR in Berlin zusammen und beschloß, die Durchführungsbestimmungen zu den Richtlinien vom 9. und 11. Juni beschleunigt voranzutreiben. Zwei Tage später hielt das Zentralkomitee der SED in Berlin seine 14. Tagung ab und nahm die Erklärung „Ueber die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“ an, in der der weitere Weg des „neuen Kurses“ aufgezeigt wurde, der „ungeachtet der Provokationen der ausländischen und westdeutschen Kriegstreiber“ fortgesetzt werde²⁶. Als nächste Maßnahmen wurden vor allem Erhöhungen der Ausgaben für den Wohnungsbau und die sanitären Einrichtungen in den volkseigenen Betrieben und eine Verbesserung der Stromversorgung angekündigt, die durch Herabsetzung der Investitionen bei der Schwer- und Grundstoffindustrie ermöglicht werden sollen. Eine zweite Ministerratssitzung fand am 25. Juni statt. Der wichtigste Beschluß auf dieser Sitzung war die Freigabe von Lebensmitteln aus den staatlichen Reserven für die Bevölkerung²⁷. Eine Reihe von Verordnungen über die Förderung der Produktion des Handwerks und der privaten Industrie, über die Frage der Bezahlung ausgefallener Arbeitszeit, über Fahrpreismäßigung, über die Zuteilung von Baustoffen usw. wurde an den folgenden Tagen erlassen. Auffallend bei diesen neuen Beschlüssen der SED und der Regierung war, daß sie vornehmlich den Arbeiter ansprechen sollten, während die Beschlüsse vom 9. und 11. Juni vor allem bessere Lebensbedingungen für den Handwerker- und den Bauernstand vorsahen.

Am 6. Juli nahm die *Prawda* abschließend zu den Ereignissen des 17. Juni Stellung und gab die amtliche sowjetische Deutung ihres weltpolitischen Hintergrundes:

„Hinter all dem verbirgt sich vor allem die offensichtliche Unruhe der herrschenden Kreise der USA über das Fiasko ihrer Außenpolitik — der berüchtigten ‚Politik der Stärke‘. Der lautgepriesene ‚harte Kurs‘ von *Dulles*, der

auf die unbedingte Unterwerfung der westeuropäischen Staaten unter die Führung der USA, auf die Isolierung der Sowjetunion gerichtet ist, hat Schiffbruch erlitten. Das gibt jetzt sogar ein Teil der amerikanischen bürgerlichen Presse offen zu. Bekanntlich wurde das Ultimatum Dulles' an die westeuropäischen Staaten mit der Forderung, innerhalb von 75 Tagen den Vertrag über die 'Europäische Verteidigungsgemeinschaft' zu unterzeichnen — das Ultimatum, mit dem der USA-Außenminister bereits Ende Januar, Anfang Februar seine erste Europatournee begann —, abgelehnt. Der Versuch, die Regierungen der westeuropäischen Staaten durch Versprechungen über Zuwendungen aus der sogenannten 'Auslandshilfe' zu erpressen, hat sich gleichfalls gegen die USA gewandt. Ein Teil der europäischen Länder verzichtet auf diese 'Hilfe', andere forderten an Stelle der 'Hilfe' erleichterte Handelsbedingungen, worauf sich die amerikanischen Monopole nicht einlassen wollen. Es gelang Dulles auch nicht, die

Meinungsverschiedenheiten — vor allem zwischen den USA und Großbritannien — in der Frage der Fernostpolitik zu beseitigen. Mit anderen Worten, an Stelle der Unterordnung der Politik der westeuropäischen Staaten unter die Interessen der USA haben sich die Reibungen zwischen ihnen verschärft. Die Risse im Lager des anglo-amerikanischen Blocks wachsen und erweitern sich... Den unklugen Verteidigern der 'Politik der Stärke' scheint es, daß es ihnen durch Abenteuer und Provokationen, die von ihren besoldeten Agenten organisiert werden, und durch den von der amerikanischen Propaganda um diese Provokationen verbreiteten Lärm leichter gelingen könnte, ihre aggressiven Ziele zu erreichen, und auf jeden Fall gelingen wird, die durch ihre Bemühungen herbeigeführte internationale Spannung weiter aufrechtzuerhalten. Jeder Mensch mit gesundem Verstand wird verstehen, daß dies kurzichtige und zum Mißerfolg verurteilte Spekulationen sind".¹⁶

Anmerkungen

- ¹) Dokumente der Neuen Zeit, Heft 1, S. 15—17.
- ²) Vgl. dazu das Kapitel über Osteuropa in: *Economic Survey of Europe Since the War*. A Reappraisal of Problems and Prospects, prepared by the Research and Planning Division Economic Commission for Europe, Geneva 1953, S. 21—37.
- ³) Vgl. EA 9 1949, S. 2115—16.
- ⁴) Vgl. den am 9. Juli 1953 veröffentlichten Jahresbericht des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Ridgway.
- ⁵) Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung der Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Handel und Versorgung der Sowjetzone, Elli Schmidt, die vor dem 13. Plenum des Zentralkomitees der SED erklärte, die Industrieminister der DDR machten den Eindruck, „als wenn sie ihre Planaufgaben auf dem Gebiete der Produktion von Verbrauchsgegenständen als eine Belästigung empfinden“.
- ⁶) Vgl. *Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostberlin und der sowjetischen Besatzungszone*, Folge 10 1953.
- ⁷) *A l'écoute du Monde Soviétique*, Bulletin hebdomadaire d'Information et de Documentation, publié par l'Agence France-Presse, 7. Juli 1953, No. 26, S. 22.
- ⁸) Vgl. *SBZ-Archiv*, Dokumente, Berichte, Kommentare zu gesamtdeutschen Fragen, 5. Juli 1953, S. 200.
- ⁹) Vgl. den Wortlaut der Bekanntmachung in *Gesetzblatt der DDR*, No. 72, vom 2. Juni 1953.
- ¹⁰) Dies bedeutet z. B. im Baugewerbe eine Lohneinbuße von 30 bis 40 Prozent. Ein Bauarbeiter, der bisher DM 2.40 bis 3.— in der Stunde verdienen konnte, hatte nun DM 1.70 bis 1.80 zu erwarten. Die *Tägliche Rundschau* schrieb am 14. Juni 1953 unter der Überschrift „Die Diktatoren“: „Als die Abrechnung für die Brigade Zock bekanntgeworden war, stellte sich heraus, daß sie durchschnittlich nur DM 1.63 Leistungsstundenlohn im Monat Mai verdient hatte. Die Brigade verlangte eine Ueberprüfung. Darauf geschah nichts. Sie weigerte sich, weiterzuarbeiten. Daraufhin bequemen sich die verantwortungslosen Mitarbeiter des VEB Wohnungsbau endlich, die Ueberprüfung der Abrechnung vorzunehmen. Und was stellte sich heraus? Daß man falsch gerechnet hatte und daß den Arbeitern ein durchschnittlicher Leistungsstundenlohn von DM 1.99 zustand.“
- ¹¹) Vgl. Kurzbericht in EA 12/1953, S. 5778.
- ¹²) Siehe Fußnote 8.
- ¹³) Vgl. EA 10—11/1953, S. 5734—38.
- ¹⁴) Vgl. den Kurzbericht in EA 13/1953, S. 5823 und den Wortlaut des Kommuniqués über die Ministerratssitzung in EA 13 1953, S. 5821.
- ¹⁵) Vgl. dazu den Bericht über das Schicksal des Einzelhandels in der SBZ in EA 2 1953, S. 5445.
- ¹⁶) Vgl. *Juni-Aufstand*, Dokumente und Berichte über den Volksaufstand in Ostberlin und in der Sowjetzone, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, S. 6.

- ¹⁷) Vgl. *Juni-Aufstand* a. a. O.
- ^{17a}) Vgl. hierzu die Berichte des O. F.-Korrespondenten der *Neuen Zürcher Zeitung* in *Neue Zürcher Zeitung* vom 18., 19. und 20. Juni 1953.
- ¹⁸) Vgl. den Wortlaut der Erklärung in *Neues Deutschland* vom 17. Juni 1953.
- ¹⁹) Vgl. den Wortlaut des Befehls in *Tägliche Rundschau* vom 19. Juni 1953.
- ²⁰) Vgl. den Wortlaut der Mitteilungen und Bekanntmachungen der Regierung der DDR auf S. 5836 dieser Folge.
- ²¹) Vgl. den Wortlaut der Note des sowjetischen Militärkommandanten in *Tägliche Rundschau* vom 1. Juli 1953.
- ²²) Vgl. den Wortlaut des Schreibens in *Die Neue Zeitung* vom 8. Juli 1953.
- ²³) *Juni-Aufstand* a. a. O.
- ²⁴) Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués über die Ministerratssitzung auf S. 5840 dieser Folge.
- ²⁵) Im einzelnen sollen nach dieser Quelle 267 Demonstranten getötet und 1071 verletzt worden sein. Von den Sicherheitsdiensten der sowjetzonalen Regierung, ihren Funktionären und Angehörigen der politischen Parteien seien 116 Personen getötet und 645 teilweise schwer verletzt worden. Hinzu kämen noch 141 standrechtliche Erschießungen und 14 vollstreckte Todesurteile, die sowjetzonale Gerichte verhängt haben. Unter den von sowjetischen Standgerichten verurteilten 141 Personen hatten sich 52 Volkspolizisten und Angehörige des SSD befunden, die wegen Befehlsverweigerung erschossen worden seien. Im Verlauf der scharfen Sperrstundenverordnung seien weitere 31 Personen erschossen worden und 28 verletzt worden. Die Sowjets sollen nach *Zaissers* Bericht 18 Tote und 126 Verletzte gehabt haben.
- Erschreckend hoch ist nach derselben Quelle die Zahl der Verhaftungen und der bis zum 10. Juli verhängten Zuchthausstrafen. Alles in allem seien 5143 Demonstranten verhaftet worden. 2917 Personen seien ohne Urteil freigelassen und 1076 zu insgesamt 6321 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. 1150 Personen befänden sich noch in Untersuchungshaft. Außerdem seien 1756 Volkspolizisten, Angehörige des SSD und der SED verhaftet worden, da sie nicht energisch genug gegen die Unruhen vorgegangen seien. Von diesen Verhafteten seien bisher 630 zu insgesamt 2031 Jahren Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt, während der Rest noch auf die Aburteilung warte. Der *Zaisser*-Bericht schätzt den durch die Unruhen verursachten Schaden auf 28,8 Millionen Ostmark, von denen rund 20 Millionen auf den Produktionsausfall zurückzuführen sein sollen.
- ²⁶) Vgl. den Wortlaut der Erklärung auf S. 5836 dieser Folge.
- ²⁷) Siehe Fußnote 23.

^{*)} Anmerkung: Auf eine Auswertung der westlichen Stellungnahmen zu den Ereignissen des 16. und 17. Juni muß an dieser Stelle verzichtet werden. Wir werden darauf in einem weiteren Zusammenhang zurückkommen.

Dokumentarischer Anhang

Mitteilungen und Bekanntmachungen der Regierung der DDR über den Aufstand in Berlin
am 17. Juni 1953

I.

Während die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Anstrengungen darauf richtet, durch neue wichtige Maßnahmen die Lebenshaltung der Bevölkerung zu verbessern, wobei sie ihre besondere Aufmerksamkeit der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft zuwendet, haben käufliche Elemente, und zwar Agenten ausländischer Staaten und ihre Helfershelfer aus Kreisen der deutschen Monopolherren, die Maßnahmen der Regierung zu durchkreuzen versucht. Es wurde festgestellt, daß die Arbeitsniederlegungen, zu denen es gestern in einer Reihe von Betrieben kam, ebenso wie die provokatorischen Ausschreitungen einzelner Gruppen faschistischer Agenten in den Straßen des demokratischen Sektors von Berlin nach einem einheitlichen, in Westberlin hergestellten, für einen bestimmten, im geeigneten Moment vorgesehenen Plan durchgeführt wurden.

Die Exzesse endeten mit dem vollen Zusammenbruch des angezettelten Abenteuers, da sie auf den Widerstand großer Teile der Bevölkerung und der Machtorgane stießen.

In den Betrieben wird die normale Arbeit wieder aufgenommen. Auf den Straßen wird die Ordnung aufrecht erhalten. Keinerlei Ausschreitungen von Provokateuren und kriminellen Elementen werden geduldet werden. Gescheitert sind die schändlichen Versuche der ausländischen Agenten, die wichtigen, auf die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung gerichteten Maßnahmen der Regierung zu stören. Gescheitert ist der Versuch, Verwirrung zu säen, um der Herstellung der Einheit Deutschlands neue Hindernisse in den Weg zu legen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird entscheidende Maßnahmen ergreifen, um die an den Ausschreitungen Schuldigen strenger Bestrafung zuzuführen. Provokateure können nicht auf Milde rechnen.

II.

Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung sind von faschistischen und anderen reaktionären Elementen in Westberlin mit Provokationen und schweren Störungen der Ordnung im demokratischen Sektor von Berlin beantwortet worden. Diese Provokationen sollen die Herstellung der Einheit Deutschlands erschweren.

Der Anlaß für die Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter in Berlin ist durch den gestrigen Beschluß in der Normenfrage fortgefallen.

Die Unruhen, zu denen es danach gekommen ist, sind

das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen. Diese Kräfte sind mit der demokratischen Macht in der Deutschen Demokratischen Republik, die die Verbesserung der Lage der Bevölkerung organisiert, unzufrieden. Die Regierung fordert die Bevölkerung auf:

1. Die Maßnahmen zur sofortigen Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt zu unterstützen und die Bedingungen für eine normale und ruhige Arbeit in den Betrieben zu schaffen.

2. Die Schuldigen an den Unruhen werden zur Verantwortung gezogen und streng bestraft. Die Arbeiter und alle ehrlichen Bürger werden aufgefordert, die Provokateure zu ergreifen und den Staatsorganen zu übergeben.

3. Es ist notwendig, daß die Arbeiter und die technische Intelligenz in Zusammenarbeit mit den Machtorganen selbst die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Arbeitsverlaufes ergreifen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl, Ministerpräsident

Berlin, den 17. Juni 1953.

III.

Im Interesse der unverzüglichen Normalisierung des Lebens führen die Organe der Verwaltung, der Wirtschaft und des Verkehrs in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor Berlins am 18. Juni ihre reguläre Tätigkeit durch.

Alle Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz nehmen zu den üblichen Zeiten ihre Beschäftigung ordnungsgemäß wieder auf.

Alle Geschäfte sind zu öffnen, damit der Handel wieder seinen ungestörten Fortgang nimmt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Der Ministerpräsident
Otto Grotewohl

Berlin, den 17. Juni 1953.

IV.

Der Beschluß der Regierung über die Erhöhung der Arbeitsnormen vom 28. Mai 1953 ist aufgehoben.

Die einzelnen Ministerien sind mit der Durchführung dieser Maßnahme beauftragt.

Otto Grotewohl, Ministerpräsident

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 19. Juni 1953.

„Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“

Erklärung des Zentralkomitees der SED, angenommen auf der 14. Tagung am 21. Juni 1953

I. Die Entwicklung der Ereignisse

Die Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik hängen unmittelbar mit der Entwicklung der internationalen und nationalen Lage zusammen. Das entschei-

dende Merkmal der internationalen Lage besteht in dem gewaltigen Anwachsen der Kräfte des Weltfriedenslagers in den letzten Monaten. In Korea steht der Waffenstillstand bevor. In Italien hat das Volk einen großen Sieg

über die Reaktion errungen. In England und Frankreich wächst der Widerstand gegen die Teilnahme an der amerikanischen Kriegspolitik. In Westdeutschland wächst die patriotische Bewegung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Auf Grund der Initiative des Weltfriedenslagers beginnt eine weltumspannende Bewegung der Völker für die Lösung aller strittigen Fragen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen. In jedem Lande setzt sich die Friedenspolitik der Sowjetunion, Chinas, der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen Teile des Weltfriedenslagers, weil sie mit den Interessen der Völker identisch ist, zusehends durch.

Dadurch sind die amerikanischen und die deutschen Kriegstreiber in eine schwere Lage geraten. Sie sehen ihre Pläne scheitern. Der dritte Weltkrieg, den sie möglichst rasch entfesseln wollen, rückt in die Ferne.

In ihrer Beunruhigung greifen sie zu abenteuerlichen Maßnahmen. Eine von ihnen ist die Ansetzung des Tages X, an dem sie von Berlin aus die Deutsche Demokratische Republik aufrollen wollten, auf den 17. Juni 1953. Das ist der Versuch, den Kriegsbrand, den die Völker der Welt in Korea eben austreten, mit Hilfe des Brückenkopfes Westberlin nach Deutschland hinüberzuwerfen. Er wird mißlingen.

Warum entschlossen sich die Kriegstreiber gerade in diesen Tagen zu ihrer faschistischen Provokation gegen die Deutsche Demokratische Republik? Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hatte am 11. Juni Maßnahmen beschlossen, die zu einer weiteren Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik führen und den Kampf um die Einheit Deutschlands, die Verständigung der Deutschen untereinander wesentlich fördern werden. Sie hatte, um eine unterschiedene Hebung der Lebenslage der Werktätigen, vor allem auch der Arbeiter, in der Deutschen Demokratischen Republik herbeizuführen, eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, u. a.: die Konsumgüterproduktion zu steigern und die private Initiative des Handwerks, der kleinen und mittleren Industrie durch Gewährung von Krediten und Zuteilung der notwendigen Rohstoffe und Materialien breit zu fördern. Sie hatte die Ueberspitzungen in der Finanzpolitik auf dem Gebiet der Fahrpreistarife und der Sozialversicherung rückgängig gemacht. Den Republikflüchtigen, darunter auch den Großbauern, wurde die Rückkehr freigegeben und dazu ihr beschlagnahmtes Vermögen, Tausende von Verhafteten wurden entlassen. Von den Oberschulen verwiesene Lehrer und Schüler wurden wieder zugelassen. Die Zonengrenzen und die Sektorengrenzen in Berlin wurden weit geöffnet.

Die Wirkung der Beschlüsse des Politbüros und der Regierung in allen Teilen Deutschlands gestaltete die Position der Kriegstreiber noch schwieriger und veranlaßte sie, den von langer Hand vorbereiteten Tag X kurzfristig zu provozieren.

Partei und Regierung hatten die Korrektur der bisherigen politischen Linie der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet, weil diese Linie nicht zu einer schnellen Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik führte und dem gesamtdeutschen Kampf um Einheit und Frieden nicht entsprach. Das Politbüro hatte festgestellt, daß die Gesamtlage den bisher für richtig gehaltenen Kurs in einem neuen Licht erscheinen ließ. Als Führung einer marxistisch-leninistischen Partei hatte das Politbüro seine Erkenntnis öffentlich

mitgeteilt, auf die im letzten Jahre begangenen Fehler verwiesen und der Regierung erste Maßnahmen zur Korrektur der Fehler empfohlen. Nun war es gerade dabei, den Gesamtplan zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen auszuarbeiten und dem Zentralkomitee zur Bestätigung zu unterbreiten. In diesem Augenblick entschlossen sich die westlichen Agenturen zum Tage X, um die eingeleitete Wendung zur Verbesserung der Lebenslage in der Deutschen Demokratischen Republik zu durchkreuzen.

Ueber die Vorbereitungen für den Tag X haben die Feinde des Volkes selber offen gesprochen. Jakob Kaiser erklärte: „Es liegt im Bereich der Möglichkeit, daß dieser Tag X rascher kommt. . . Es ist unsere Aufgabe, für alle Probleme bestmöglichst vorbereitet zu sein. Der Generalstabsplan ist so gut wie fertig!“

In Westdeutschland saßen und sitzen die amerikanischen Agenturen, die auf Anweisung von Washington die Pläne für Krieg und Bürgerkrieg ausarbeiten. In Westdeutschland und Westberlin organisierten die Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die unmittelbare Vorbereitung des Tages X. So wurde im Ministerium von Jakob Kaiser mit aktiver amerikanischer Unterstützung unter dem Tarnnamen „Forschungsbeirat“ ein spezieller Stab für Diversions- und Bürgerkriegsakte geschaffen, dem Millionen Mark aus dem Geheimfonds aus- und inländischer Imperialisten zuflossen. In Westberlin wurden von den Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet. Zu den alten faschistischen Morderfahrungen kamen noch zusätzlich die Methoden der amerikanischen Gangster. So wurde der faschistische Auswurf wieder großgezogen. Neben den ausländischen Kriegstreibern tragen Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die volle Verantwortung für das Blut, das bei der Niederschlagung des faschistischen Abenteuers geflossen ist.

Der Gegner benutzte zur Auslösung seiner Provokation die Mißstimmung einiger Teile der Bevölkerung, die durch Folgen unserer Politik im letzten Jahr entstanden war. Er organisierte unter dem Vorwand einer Dampferpartie der Betriebsangehörigen des VEB Industriebau Berlin unter Hinzuziehung seiner Agenten aus einzelnen Großbetrieben am Sonnabend, dem 13. Juni 1953, den Streik der Bauarbeiter und bestimmte Dienstag, den 16. Juni 1953, als Termin für die Provokation. Er warf gleichzeitig seine mit Schwefel-, Phosphor- und Benzinflaschen sowie mit Waffen ausgerüsteten Banditenkolonnen über die Sektorengrenzen mit der Aufgabe, die Arbeitsniederlegung ehrlicher Bauarbeiter durch Hetzlosungen in eine Demonstration gegen die Regierung umzufälschen und dieser Demonstration durch Brandstiftungen, Plünderungen und Schießereien den Charakter eines Aufruhrs zu geben. Zugleich gab er seinen Agentengruppen an einigen anderen Stellen der Republik die Anweisung, am nächsten Tage — in anderen Orten am übernächsten Tage — ähnliche Aktionen zu organisieren. Die von Westberlin eingeschleuste und von dort dirigierte faschistische Brut organisierte Ueberfälle auf Lebensmittellager, Lehrlingsheime, Klubhäuser, Verkaufsstellen sowie Mordüberfälle auf Funktionäre der Partei, der Massenorganisationen und des Staatsapparates, die mutig unsere demokratische Ordnung verteidigten. An Hand der in den Westberliner Agentenzentralen vorbereiteten Listen wurden vorübergehend

faschistische und kriminelle Verbrecher aus der Haftanstalt herausgeholt, wie zum Beispiel die wegen bestialischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit von der demokratischen Justiz verurteilte SS-Kommandeuse des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, Erna Dorn. So sollte in der Deutschen Demokratischen Republik eine faschistische Macht errichtet und Deutschland der Weg zu Einheit und Frieden verlegt werden.

Durch das rechtzeitige Eingreifen breiter Teile der Bevölkerung, die durch die Volkspolizei heldenhaft unterstützt wurden, sowie durch das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht, die den Ausnahmezustand verhängte, ist der niederträchtige Anschlag auf die Deutsche Demokratische Republik, auf Deutschland, auf den Weltfrieden innerhalb von 24 Stunden schmachlich zusammengebrochen. Dadurch wurde das beabsichtigte Massenblutbad verhindert.

II. Die gegenwärtige Lage

In der Republik herrscht Ruhe. Es wird normal gearbeitet. Eine große Anzahl von Provokateuren ist verhaftet. Der verbliebene Teil wagt gegenwärtig nicht, hervorzutreten. Aber die Ruhe ist noch keineswegs endgültig gesichert. Der Feind setzt seine Wühlarbeit fort. Ausländische Flugzeuge setzen, wie bereits in den vergangenen Tagen, über Thüringen, Sachsen-Anhalt usw. durch Fallschirme Gruppen von Banditen mit Waffen und Geheimsendern ab. Lastwagen mit Waffen für noch nicht entdeckte Gruppen wurden an der Autobahn Leipzig—Berlin abgefangen. Der Gegner geht zu großen Sabotageakten über. Unter Beteiligung von Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter, welche die Banditenkolonnen persönlich anleiten, arbeitet der Hetzsender RIAS auf vollen Touren, um dem gescheiterten Abenteuer neues Leben einzublasen.

Dabei sind Veränderungen in der Taktik des Gegners zu beobachten. Den noch verbliebenen Teilen seiner Agentur hat er Befehl gegeben, sich durch Verstecken und Tarnungen zu erhalten. Gleichzeitig verbreitet er Flüsterparolen und sucht neue Unruhen zu provozieren. Da große Massen der Arbeiter nunmehr erkennen, wozu ihre Mißstimmung mißbraucht werden sollte, versucht der Gegner, auf dem flachen Lande zu provozieren. Er hetzt zur Sabotage der Versorgung der städtischen Bevölkerung, um dadurch eine neue Handhabe zu bekommen, unter den Arbeitern Mißstimmung zu säen.

Daher besteht die Aufgabe jetzt darin, den angeschlagenen Gegner entscheidend zu schlagen, die faschistischen Banden restlos zu liquidieren, die Ordnung aus eigenen Kräften auf feste Grundlagen zu stellen und die Durchführung des neuen Kurses von Partei und Regierung zu sichern. Was ist dazu erforderlich?

III. Unsere Partei und die Arbeiterklasse

Dazu ist vor allem erforderlich, daß diejenigen Teile der Arbeiterklasse, die sich vom Gegner täuschen ließen, aus der Verwirrung herausgerissen werden, daß sie, die, ohne es zu sehen und zu wollen, unter den Einfluß ihrer geschworenen Feinde, der Monopolkapitalisten und Faschisten, geraten sind, sich von diesem Einfluß freimachen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeiterklasse, Partei und Regierung wiederhergestellt wird.

Wie ist die Lage heute?

Weitaus die meisten Betriebe in der Republik haben an den Streiks nicht teilgenommen. In vielen Fällen haben

die Arbeiter ankommenden Gruppen, die sie zu Streiks aufforderten, die Tür gewiesen und die Arbeit als Demonstration gegen die Arbeitsniederlegung fortgesetzt. In vielen Fällen haben Belegschaften spontan Verpflichtungen übernommen, die Produktion zu erhöhen, um ihre Treue zu unserer Partei und zur Republik zu bekunden und die Produktionsausfälle wettzumachen. Aber in vielen Betrieben, in denen gestreikt wurde und in denen nun wieder gearbeitet wird, ist ein Teil der Arbeiter verbittert. Sie glauben sich von der Partei und der Regierung verlassen. Ihnen ist noch nicht klar, daß die Niederschlagung der faschistischen Provokation auch ihnen nützt, daß sie die Grundlage für ihr weiteres Leben ist. Ihnen sind die Zusammenhänge noch nicht klar, daher haben sie nur ihre örtlichen oder betrieblichen Forderungen im Auge, und daher verlieren sie die entscheidende Tatsache aus dem Auge, daß die faschistische Provokation einsetzte, weil und nachdem die Regierung eine Kette von Maßnahmen beschlossen hatte, nicht nur, um berechtigte Forderungen der Werktätigen zu befriedigen, sondern, um — das ist der neue Kurs! — ein solches Wirtschaftsleben und solche Verhältnisse in den Betrieben und in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen, die verhindern, daß berechtigte Forderungen ein zweites Mal übersehen werden. Diese Arbeiter erkennen vor allem nicht, daß ihr schlimmster Feind, der amerikanische und deutsche Großkapitalist, der bei sich die Arbeiter tritt, Millionen auf die Straße setzt, verhungern läßt und demoralisiert, ihre Forderungen ausnutzt, um seine Ziele zu verwirklichen, und zwar Ziele, die unweigerlich dazu führen müßten, daß die Sicherheit, das Leben der Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik bedroht sind. Der großen Mehrheit der Arbeiter, die sich von den Provokateuren täuschen ließen, ist das blitzartig klargeworden, als sie einsahen, wie unter den Händen der Provokateure ihre mit Schweiß erarbeiteten Errungenschaften, Klubs, Häuser, Lehrlingsheime, Betriebskantinen durch Benzin und Phosphor in Flammen aufgingen. „Das ist nicht unser Wille!“, sagten sie, „hier sind wir auf dem falschen Wege.“

Die Partei wird in diesem Augenblick, der Taten fordert, dem Gegner nicht dadurch in die Hände spielen, daß sie ihre Kräfte in Erörterungen darüber erschöpft, wie es zu solchen Mißverständnissen bei einem Teil der Werktätigen kommen konnte. Heute kommt alles auf die Taten an. Daher erklärt das Zentralkomitee zu diesem entscheidenden Punkt heute nur das eine: Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter!

Aus dieser grundlegenden Feststellung ergibt sich für alle Mitglieder und Funktionäre unserer Partei die Notwendigkeit, mit größter Sorgsamkeit zu unterscheiden zwischen den ehrlichen, um ihre Interessen besorgten Werktätigen, die zeitweise den Provokateuren Gehör schenken — und den Provokateuren selber. Ehrliche Arbeiter, die zeitweilig irregingen, haben deswegen nicht aufgehört, ehrliche Arbeiter zu sein, und sind als solche zu achten. Auch ehrliche Arbeiter, die ihren Irrtum jetzt noch nicht erkennen, haben deswegen nicht aufgehört, ehrliche Arbeiter zu sein, und sind als solche zu achten. Gerade sie brauchen jetzt am meisten die Hilfe und Geduld der Partei, gerade sie brauchen heute am meisten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, auch wenn

ihnen das selbst noch nicht klar ist. Das Zentralkomitee erwartet von allen Mitgliedern und Funktionären, daß sie nun die Reife ihres Bewußtseins und die Weite ihrer Herzen unter Beweis stellen in der leidenschaftlichen Beschäftigung mit gerade diesem Teil der Arbeiterschaft.

Das Zentralkomitee erwartet zugleich von allen Mitgliedern und Funktionären, daß sie mit geschärftem Auge gegen die tatsächlichen Provokateure vorgehen, sie vor der Masse der Werktätigen entlarven und mit ihrer Hilfe den Sicherheitsorganen übergeben. Entschlossen, die Interessen der Arbeiter gegen die faschistische Provokation mit eiserner Hand zu verteidigen, gibt sich das Zentralkomitee zugleich Rechenschaft davon, daß — untrennbar hiermit verbunden — die Partei eine Wendung vollziehen muß in ihrem Herantreten an die Arbeiterschaft, und zwar mit dem heutigen Tage!

Daß diese Wendung erforderlich ist, zeigt das Verhalten vieler Funktionäre und Parteimitglieder auch in diesen Tagen. Während Zehntausende unserer Funktionäre und Mitglieder in engster Fühlung mit den Massen standen und stehen, sitzen andere Zehntausende in ihren Büros, schreiben irgendwelche Papiere und warten ab. Die Partei gehört zu jedem Zeitpunkt, besonders aber in solchen Tagen, in die Massen! Es ist notwendig, die ganze Partei zu mobilisieren zur geduldigen Ueberzeugung der Massen. Das Zentralkomitee erwartet daher, daß die Funktionäre auf allen Ebenen, die Funktionäre des zentralen Apparates, in den Bezirken und in den Kreisen mit dem morgigen Tage in die Betriebe gehen. In allen Betrieben sind Partei- und Belegschaftsversammlungen abzuhalten, auf denen unsere Funktionäre die Fragen der Arbeiter und der anderen Werktätigen offen und kühn beantworten und den konsequenten Kampf aufnehmen, für die Interessen der Arbeiterschaft, für das Wohl aller Werktätigen, für die Erklärung und Durchsetzung des neuen Kurses, für die Ueberwindung unrichtiger Auffassungen ehrlicher Arbeiter, aber gegen die Provokateure.

Der Prüfstein für den Erfolg unserer Aufklärungsarbeit werden die von den Belegschaften aus innerer Ueberzeugung angenommenen Beschlüsse der Unterstützung des neuen politischen Kurses von Partei und Regierung und ihre Einsicht in die Notwendigkeit zur aktiven Bekämpfung aller offenen und versteckten Provokateure sein.

IV. Die nächsten Maßnahmen

Das Zentralkomitee wird sich durch keinerlei noch so niederträchtige Störungsversuche der ausländischen und deutschen Kriegstreiber von der Verwirklichung des neuen Kurses abdrängen lassen. Es sieht in diesen Versuchen nur eine zusätzliche Bestätigung für seine Richtigkeit. Es setzt den neuen Kurs planmäßig fort.

Mit dem Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees vom 9. Juni und der Regierung der DDR vom 11. Juni wurden die ersten Maßnahmen im Rahmen des neuen Kurses festgelegt, dessen Hauptziel ist, im Zusammenhang mit Kürzungen an den Planaufgaben der Schwerindustrie die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes zu verbessern.

Das Zentralkomitee beschließt heute im Rahmen der großen wirtschaftlichen Veränderungen, welche die Durchführung des neuen Kurses erfordert, eine zweite Reihe von Maßnahmen:

1. Den Lohnberechnungen sind ab sofort diejenigen Arbeitsnormen zugrunde zu legen, die am 1. April 1953 Gültigkeit hatten.
2. Die Fahrpreismäßigung für Arbeiterrückfahrkarten beträgt ab 1. Juli 1953 für diejenigen Arbeiter und Angestellten, die ein Monatseinkommen bis 500 DM brutto haben, entsprechend der früheren Regelung 75 Prozent.
3. Die Mindestrenten für Alters-, Invaliden- und Unfallrentner werden von 65.— DM auf 75.— DM pro Monat erhöht.
Die Mindestrenten der Witwen werden von 55.— DM auf 65.— DM pro Monat erhöht.
Der monatliche Fürsorgesatz für Hauptunterstützungsempfänger bei der Sozialfürsorge wird von 45.— DM auf 55.— DM erhöht.
Soweit Ehegatten von Alters-, Invaliden- oder Unfallvollrentnern keine eigene Rente beziehen und arbeitsunfähig sind oder die Altersgrenze überschritten haben, wird der Ehegattenzuschlag erhöht, so daß Rente und Ehegattenzuschlag mindestens den Betrag von 95.— DM monatlich erreichen.
4. Die Anrechnung des Jahresurlaubs bei Heil- und Genesungskuren der Sozialversicherung wird aufgehoben.
5. Die Verordnung vom 19. März 1953 über die Herausnahme der freiwilligen Versicherungen aus der Sozialversicherung wird aufgehoben.
Für alle Bürger werden die am 31. März 1953 bestandenen Rentenversicherungen, Zusatzrentenversicherungen und Zusatzsterbegeldversicherungen zu den alten Beiträgen mit den alten Ansprüchen wiederhergestellt.
Die Deutsche Versicherungsanstalt übernimmt die freiwillig gegen Krankheit bei der Sozialversicherung Versicherten ohne Prüfung des Gesundheitszustandes zu dem am 1. April 1953 eingeführten Tarif.
6. Der Bau und die Instandsetzung von Wohnungen, besonders in großen Städten und Industriezentren, ist beträchtlich zu erhöhen. Aus Einsparungen durch Herabsetzung der Investitionen der Schwer- und Grundstoffindustrie sind für die Gewinnung von neuem Wohnraum (Neubau, Ausbau, Reparaturen) sowie für die Instandsetzung von Straßen für das Jahr 1953 über den bisherigen Plan hinaus zusätzlich Investitionsmittel und Lizenzkredite in Höhe bis zu 600 Millionen DM zu stellen.
7. Zur Verbesserung hygienischer und sanitärer Einrichtungen in volkseigenen Betrieben sind 30 Millionen DM Investitionsmittel im Jahre 1953 zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen haben die entsprechenden Vorschläge an die Zentralvorstände ihrer Gewerkschaften zu machen, die diese Vorschläge überprüfen und mit ihrer Stellungnahme dem jeweils zuständigen Fachministerium zur Beschlußfassung übermitteln. Für die örtlichen volkseigenen Betriebe sind die Anträge an die Bezirke zu richten.
8. Für die Errichtung und den Ausbau und Wiederaufbau von Gebäuden des Kultur-, Sozial- und Gesundheitswesens, wie Feierabendheime, Erholungsstätten des Feriendienstes der Gewerkschaften, Kindergärten

und Kinderkrippen, sind im Jahre 1953 zusätzlich 40 Millionen DM Investitionsmittel bereitzustellen.

9. Die Versorgung der Werktätigen mit Arbeitskleidung, Arbeitsschuhen, Arbeitsschutzkleidung ist entsprechend den Vorschlägen des Bundesvorstandes des FDGB zu verbessern.
10. Die täglichen Stromabschaltungen bei der Bevölkerung sind im III. Quartal 1953 durch Einschränkungen im Stromverbrauch der Schwer- und Grundstoffindustrie aufzuheben. Das Staatssekretariat für Energie wird aufgefordert, für die weitere Regelung der ausreichenden Stromversorgung der Bevölkerung in den Wintermonaten die erforderlichen Vorschläge der Regierung bis zum 1. August 1953 zu unterbreiten.

Das Zentralkomitee wird demnächst erneut zusammen treten, um — nach inzwischen erfolgter Ausarbeitung weiterer notwendiger Maßnahmen — Partei und Öffentlichkeit in einer zusammenhängenden Darstellung über alle Probleme der neuen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu informieren, es lenkt aber schon heute die Aufmerksamkeit auf die grundlegende Tatsache, daß diese von Partei und Regierung ergriffene weitreichende Initiative zur Verbesserung der Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung nur erfolgreich verwirklicht werden kann, wenn die Werktätigen, von der Notwendigkeit der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität überzeugt, den Wettbewerb breiter entfalten, die Neuerermethoden verbreiten und die Leitung und Organisation der volkseigenen Industrie auf die gebührende Höhe bringen. Das Zentralkomitee begrüßt daher die Beschlüsse von vielen

Belegschaften, die zur Aufholung der durch die Zerstörungen und Ausschreitungen verursachten erheblichen Produktionsverluste aufgerufen haben.

Möge sich jedes Parteimitglied, jeder Werktätige bewußt sein, daß von der Hebung des Lebensstandards in der Deutschen Demokratischen Republik, von der Festigung unserer demokratischen Staatsmacht, von der Schaffung eines wahrhaft vorbildlichen demokratischen Staates auf deutschem Boden in weitem Maße die Erhaltung des Friedens und die Herbeiführung der Einheit Deutschlands abhängt.

Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter gehen auf Krieg. Deswegen ihre Anschläge auf uns, deswegen die Verwandlung Westdeutschlands in einen Hort des Faschismus und der Reaktion. Unsere Partei und unsere Regierung stehen für den Frieden. Deswegen bei uns der Kurs auf eine musterhafte Friedenswirtschaft. Unser neuer Kurs ist die schärfste Waffe aller Deutschen gegen jegliche Kriegsprovokation auf deutschem Boden.

An die Arbeit, Genossen!

Mit größerer Einsicht, doppelter Energie und fester Disziplin!

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Bannerträgerin im Kampf für Frieden, Einheit und Demokratie!

Es lebe die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Regierung des Friedens und der Arbeit!

Es lebe der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck!

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 23. Juni 1953.

Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats der DDR vom 25. Juni 1953

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 25. Juni 1953 eine Anzahl weiterer umfangreicher Sofortmaßnahmen beschlossen, die der Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung dienen. Zu diesen Maßnahmen gehören in erster Linie die Beschlüsse und Verordnungen des Ministerrats

über die Lohnberechnung nach Aufhebung der Erhöhung der Arbeitsnormen,

über die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern,

über die Verbesserung der Versorgung der Werktätigen mit Arbeitsschutzkleidung und -mitteln,

über die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren,

über den Bau und die Instandsetzung von Wohnungen unter Inanspruchnahme zusätzlicher Investitionsmittel in Höhe bis zu 600 Millionen DM,

über eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Baustoffen,

über Erleichterungen in der Pflichtablieferung und zur weiteren Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaften

und über die Erhöhung der Renten und der Sozialfürsorgeunterstützung.

Durch diese Maßnahmen und die weiteren Beschlüsse des Ministerrats wird der Kurs der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lebenshaltung und zur Verständigung durch die Deutschen untereinander weitergeführt.

Zu Beginn der Sitzung gab der Minister für Staatssicherheit, Zaisser, dem Ministerrat einen Ueberblick über

die durch faschistische Agenten und ihre Hintermänner inszenierten und durchgeführten Provokationen und Ausschreitungen und über die dadurch betroffenen Opfer.

Aus den Reihen der Polizeikräfte wurden vier Volkspolizisten ermordet,

unbeteiligte Zivilpersonen wurden zwei getötet, aus den Reihen von Demonstranten wurden 19 getötet.

An Verletzten gab es:

aus den Reihen der Polizeikräfte . . .	191
unbeteiligte Zivilpersonen	61
Demonstranten	126

Minister Zaisser berichtete über vielfältige Beweise der hohen politischen Moral und des aufopfernden Verhaltens der Volkspolizei und der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, deren besonnenes und aufopferungsvolles Verhalten der Ministerrat in folgendem Beschluß würdigte:

„Die Angehörigen der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit haben im Einsatz gegen die faschistischen Provokateure treu und ohne Rücksicht auf persönliche Opfer ihre Pflicht gegenüber unserer Bevölkerung und der Regierung mit Mut, Entschlossenheit und ohne Schwankungen erfüllt.

Die hohe politische Moral der Volkspolizisten und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit fand auch darin ihren Ausdruck, daß sie in enger Zusammenarbeit mit der werktätigen Bevölkerung zwischen irgeleiteten und mißbrauchten Arbeitern und den faschistischen Provokateuren, für die es keinerlei Schonung geben kann, zu unterscheiden wußten.

Für ihr tapferes, unerschrockenes und aufopferndes Verhalten spricht die Regierung allen Angehörigen der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit Dank und Anerkennung aus.

In treuer Pflichterfüllung haben ein Angehöriger des Ministeriums für Staatssicherheit und drei Angehörige der Volkspolizei ihr Leben gelassen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik spricht den Hinterbliebenen ihr tiefstes Beileid aus. Sie betrachtet es als ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß die materielle Lage der Familienangehörigen der Ermordeten gesichert ist.

Den Verletzten der Volkspolizei und den Verletzten des Ministeriums für Staatssicherheit wünscht die Regierung baldige Genesung.

Die zuständigen Minister werden beauftragt: Allen Angehörigen der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit, die an der Niederwerfung dieser faschistischen Provokationen beteiligt waren, ist ein Sonderurlaub zu gewähren.“

Nach dem Zusammenbruch des verbrecherischen Anschlags gegen die Deutsche Demokratische Republik und den Frieden setzt die Regierung in engerer Verbindung mit den Massen den Weg des friedlichen Aufbaus und die Arbeit zum Wohle der Bevölkerung fort. Diesem Kurs der Regierung entsprechend faßte der Ministerrat folgende weitere Beschlüsse zur Verbesserung der Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung:

Das Staatssekretariat für Energie wird verpflichtet, alle erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit ab 1. Juli 1953 die Abschaltungen in der Versorgung der Bevölkerung mit Strom völlig beseitigt werden.

Ab sofort sind Heil- und Genesungskuren der Sozialversicherung ohne Urlaubsanrechnung zu gewähren, wobei der Anspruch auf Urlaub, der nach dem 25. März 1953 bereits zu einer Heil- oder Genesungskur verwandt wurde, erhalten bleibt. Außerdem wird die Kostenbeteiligung für Heil- und Genesungskuren für alle nach dem 1. Juli beginnenden Kuren aufgehoben.

Der Ministerrat beschloß eine Neuregelung der freiwilligen Versicherung in der Sozialversicherung. Danach verbleiben Personen, die bis zum 31. März 1953 freiwillig bei der Sozialversicherung auf Invaliden- und Altersrente versichert waren oder Anwartschaftsgebühren zahlten, mit den gleichen Rechten und Pflichten bei der Sozialversiche-

rung, wenn sie zu einem früheren Zeitpunkt pflichtversichert waren und aus dieser Pflichtversicherung Ansprüche erheben können.

Der Ministerrat beschloß, zur Verbesserung der hygienischen und sanitären Einrichtungen in den volkseigenen Betrieben im Jahre 1953 zusätzlich 30 Millionen DM Investitionsgelder zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird für die Errichtung, den Ausbau und den Wiederaufbau von Gebäuden des Kultur-, Sozial- und Gesundheitswesens (Feierabendheime, Kinderkrippen, Erholungstätigkeiten des Feriendienstes der Gewerkschaften usw.) im Jahre 1953 zusätzlich ein Betrag von 40 Millionen DM Investitionsmittel bereitgestellt.

Entsprechend der besonderen Bedeutung des Bergmannsberufs, insbesondere der unter Tage Beschäftigten, beschloß der Ministerrat, in bergbaulichen Betrieben eine zusätzliche Belohnung einzuführen, wobei die unterschiedlichen Tätigkeitsmerkmale und die Dauer der Tätigkeit berücksichtigt werden.

Der Ministerrat beschloß ferner, den Bau und die Instandsetzung von Wohnungen, besonders in großen Städten und Industriezentren, beträchtlich zu erweitern. Aus Einsparungen durch Herabsetzung der Investitionen bei der Schwer- und Grundstoffindustrie werden für die Gewinnung von neuem Wohnraum (Ausbau, Neubau, Reparaturen sowie für die Instandsetzung von Straßen) für das Jahr 1953 über den bisherigen Plan hinaus zusätzliche Investitionsmittel und Lizenzkredite in Höhe bis zu 600 Millionen DM bereitgestellt.

Zur Sicherung der beschleunigten Durchführung aller vom Ministerrat eingeleiteten Maßnahmen wurde für die verantwortlichen Mitarbeiter — vom Hauptabteilungsleiter an aufwärts — eine Urlaubssperre beschlossen und das Staatssekretariat für die Koordinierung der Arbeit der örtlichen Organe der Staatsgewalt zur Herbeiführung einer gleichen Regelung bei den Räten der Bezirke und Kreise verantwortlich gemacht.

Der Ministerpräsident wurde zur Bildung einer operativen Kommission ermächtigt, welche die Vollmacht zur Veranlassung aller erforderlichen Maßnahmen hat, die im Interesse der reibungslosen und unmittelbaren Durchführung der Beschlüsse des Ministerrats zweckdienlich sind.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 26. Juni 1953

Telegramm Bundeskanzler Adenauers an Premierminister Sir Winston Churchill vom 21. Juni 1953*

Die Erhebung der Bevölkerung im Ostsektor Berlins und in der ganzen sowjetisch besetzten Zone ist ein Aufschrei gegen das herrschende Regime des Terrors und der Gewalt. Auch Panzer und Maschinengewehrfeuer haben die gequälten Menschen nicht daran gehindert, laut Freiheit und Recht zu fordern. Viele haben ihren Mut und ihre Tapferkeit mit ihrem Leben bezahlen müssen. Nichts zeigt überzeugender, wie dringend es not tut, die unhaltbaren Zustände in diesem Gebiet zu beseitigen.

Ich darf an Sie, Herr Premierminister, entsprechend der der britischen Regierung notifizierten Entschliebung des

Deutschen Bundestages vom 10. Juni, appellieren: Helfen Sie, diesen Menschen ein freiheitliches, menschenwürdiges Dasein zu verschaffen und dem ganzen deutschen Volk Einheit und Freiheit zurückzugeben, damit es dem Frieden Europas dienen kann.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 115 vom 23. Juni 1953.

*) Inhaltsgleiche, nur in der Formulierung abweichende Telegramme sandte der Bundeskanzler an Präsident Eisenhower und den amtierenden französischen Ministerpräsidenten, René Mayer.

Antwortbotschaft Sir Winston Churchills vom 24. Juni 1953

Auf Ihre Botschaft vom 21. Juni über die Geschehnisse, die sich kürzlich in Ostdeutschland zugetragen haben, möchte ich Eure Exzellenz auf die Erklärung hinweisen, die heute im Unterhaus abgegeben worden ist.

Ich stimme mit Ihnen völlig überein, daß die Ereignisse, die sich vor kurzem in Berlin und in der Ostzone zugetragen, von neuem die dringende Notwendigkeit gezeigt haben, Deutschland die Wiedervereinigung in Freiheit zu Bedingungen, die in ganz Europa den Frieden fördern, zu ermöglichen.

Sie beziehen sich auf die Resolution des Bundestages vom 10. Juni. Nach meinem Dafürhalten deckt sich diese mit den praktischen Vorschlägen in der Note der Westmächte an die Sowjetregierung vom 23. September 1952. Diese sahen die Vorbereitung und Abhaltung freier deutscher Wahlen, die darauffolgende Bildung einer freien, gesamtdeutschen Regierung und schließlich die Verhandlung über einen Friedensvertrag mit dieser Regierung vor.

Ich glaube, daß diese Vorschläge die einzige Grundlage zur Erreichung unseres gemeinsamen Zieles eines in Freiheit wiedervereinten Deutschlands abgeben. Ich hoffe, daß die Sowjetregierung einen Weg finden wird, um mit

den Westmächten auf einer derartigen Grundlage zu verhandeln.

Bis dahin ist die Regierung Ihrer Majestät, wie ich am 11. Mai gesagt habe, entschlossen, in vollster Treue festzuhalten an Geist und Buchstaben unserer Abmachungen mit Westdeutschland, das in keiner Weise geopfert werden noch aufhören wird, innerhalb der Abmachungen, die wir und andere NATO-Staaten mit ihm getroffen haben, Herr seines eigenen Geschicks zu sein.

Diese Abmachungen bekunden unser unanzweifelbares, fortgesetztes Interesse an Berlin. Der Mut und die Standhaftigkeit der Bevölkerung Berlins durch Jahre hindurch haben unser aller Bewunderung verdient. Aber dieser Mut muß weiter mit Geduld und Zurückhaltung Hand in Hand gehen, damit weiteres Blutvergießen vermieden wird.

Ich benutze die Gelegenheit, meine Hochachtung auszudrücken für Ihre persönlichen Bemühungen, Einheit und Freiheit für das ganze deutsche Volk dergestalt wiederherzustellen, daß sie dem Frieden Europas dienen mögen.

Quelle: *The Times* vom 25. Juni 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Antwortbotschaft Präsident Eisenhowers vom 26. Juni 1953

Ich habe mit Interesse und aufrichtigem Mitgefühl Ihre Botschaft vom 21. Juni erhalten. Die jüngsten Ereignisse in Ostberlin und Ostdeutschland haben die Herzen und das Hoffen von Menschen in allen Teilen der Welt aufgerüttelt. Diese beispielgebende Demonstration des Mutes bestärkt uns in unserem Glauben, daß Jahre der Unterdrückung und versuchten ideologischen Beeinflussung den Geist der Freiheit hinter dem Eisernen Vorhang nicht ersticken können. Es erscheint klar, daß die Auswirkungen dieser Ereignisse in allen Satellitenstaaten des Sowjetreiches spürbar sein werden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist überzeugt, daß ein Weg zu finden ist und gefunden werden muß, um dem berechtigten Verlangen des deutschen Volkes nach Freiheit und Einheit und nach einer Wiederherstellung der fundamentalen Rechte des Menschen in allen Teilen Deutschlands gerecht zu werden. Um die Erreichung dieser Ziele haben sich die Regierung, an deren Spitze Sie stehen, und die Regierung der Vereinigten Staa-

ten aufrichtig in gemeinsamer Arbeit bemüht. Wenn die Kommunisten angesichts der Demonstrationen in Ostdeutschland im Augenblick auch zu einer Politik der Mäßigung gezwungen sein sollten, so erscheint es doch klar, daß die Sicherheit und die Zukunft der Bevölkerung Ostdeutschlands nur dann gewährleistet werden können, wenn dieses Gebiet auf der Grundlage freier Wahlen mit Westdeutschland vereint wird, denen zuzustimmen wir die Sowjets in den von der amerikanischen, britischen und französischen Regierung am 23. September 1952 übermittelten Noten aufgefordert haben. Wir sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß darin der einzig gangbare Weg zur deutschen Einheit zu sehen ist, und ich versichere Ihnen, daß meine Regierung auch weiterhin nach diesem Ziel streben wird.

Ich hoffe, daß die Bevölkerung Ostdeutschlands in den Stunden der Prüfung und des Opfers wissen wird, daß ihr Ruf nach Freiheit in der ganzen Welt gehört worden ist.

Quelle: *The New York Times* vom 27. Juni 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Antwortbotschaft des amtierenden französischen Ministerpräsidenten, René Mayer, vom 26. Juni 1953

In meiner gegenwärtigen Stellung kann ich nur in meinem persönlichen Namen auf Ihre Botschaft antworten. Ich möchte zunächst meine Bewunderung für die Entschlußkraft der Berliner im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen für den Mut und das Beispiel ausdrücken, die sie mit ihrem Widerstandswillen gegen die Unterdrückung und für die Grundsätze der Freiheit und der Unabhängigkeit in Ostdeutschland gezeigt haben.

Die Hingebung der Deutschen an diese Grundsätze ermutigt alle jene, die entschlossen sind, mit der Organisation Europas fortzufahren und die Gelegenheiten zur Beendigung des Kalten Krieges, wenn sie sich bieten, nicht ungenützt verstreichen zu lassen. Die Organisation Europas steht keineswegs im Gegensatz zu der friedlichen

Koexistenz zwischen Europa und der Sowjetunion, sobald diese für die Wiedervereinigung Deutschlands den Grundsätzen zustimmt, wie sie in der Note vom 23. September 1952 niedergelegt sind und denen auch Sie wie ich selbst beipflichten.

Ich benütze diese Gelegenheit, Ihnen meine Anerkennung für Ihr stetes Eintreten für die Wiederherstellung eines demokratischen Deutschlands auszudrücken. Sie wissen, daß ich persönlich nichts unterlassen werde, damit zwischen diesem Deutschland und Frankreich im europäischen Rahmen neue Beziehungen geschaffen werden, die in Zukunft jede Gelegenheit zu einem blutigen Konflikt zwischen unseren beiden Völkern ausschalten.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. Juni 1953.

Von der Volksdemokratie zur sozialistischen Demokratie

Zwei Beiträge zum neuen Verfassungsgesetz Jugoslawiens

Die Bedeutung der Südslawen für die europäische und die Weltpolitik kann schwerlich überschätzt werden. Jugoslawien ist das Bindeglied zwischen der östlichen und der westlichen Welt: geographisch gehört es zu Zentraleuropa und zur Balkanhalbinsel, in Jugoslawien begegnen sich der westliche und der östliche Kulturbereich, die politische Physiognomie der Jugoslawen war bis zum Ersten Weltkrieg durch vergangene oder lebendige Beziehungen nach Wien und Paris, Konstantinopel und St. Petersburg geprägt.

Die Revolution, die während des Zweiten Weltkrieges begann, schien Jugoslawien unter Preisgabe aller westlichen Traditionen der russischen Machtsphäre einzuordnen. Seit dem Bruch mit der Sowjetunion, 1948, der in der historischen Perspektive wahrscheinlich als das weltpolitisch wichtigste Ereignis der ersten Nachkriegsjahre gewürdigt werden wird, ist diese Vereinfachung internationaler und nationaler jugoslawischer Probleme hinfällig. In der gegenwärtigen Gruppierung auf dem Felde der internationalen Politik steht Jugoslawien an der Seite der westlichen Mächtegruppe. Seine innere Ordnung ist vorwiegend durch Gedanken bestimmt, die zwar im Westen geboren, aber im Osten verwirklicht worden sind.

Die innere Ordnung ist nun, wie stets im Gefolge einer Revolution, nicht statisch, sondern im Fluß der Entwicklung. Die jugoslawische Verfassung von 1952 ist die Bilanz der Erfahrungen und Einsichten während der vorangegangenen sechs Jahre.

Eine metapolitische Analyse der Verfassung liegt außerhalb der Aufgaben des Europa-Archiv. Sie wäre reizvoll als Beitrag zu dem großen Thema der Stellung Jugoslawiens als Schnittpunkt von Ost und West. Es ist nicht zweifelhaft, daß die östlichen Einflüsse auch in der neuen Verfassung überwiegen, aber ebenso zweifelsfrei lassen sich westliche Einflüsse nachweisen -- im Gegensatz zur Verfassung von 1946. Jedenfalls enthält die neue Verfassung reiches Forschungsmaterial für die Verfassungslehre und das Verfassungsrecht.

Die folgenden Aufsätze stellen die Verfassung von 1952 dar. Die Tatsachen sind naturgemäß beiden Arbeiten gemeinsam, die Akzente der Interpretation sind verschieden. Das kann kaum anders sein. Der jugoslawische Verfasser würdigt die Verfassung, indem er von den der Verfassung zugrunde liegenden Gesellschafts- und Staatslehren ausgeht und die Verfassung als eine Stufe zur Verwirklichung des Ziels dieser Lehren betrachtet. Der deutsche Verfasser legt westeuropäische Maßstäbe des Verfassungsrechts an und kommt daher zu einer zurückhaltenden Beurteilung des Verfassungswerkes.

D. M.

Die verfassungsrechtliche Entwicklung Jugoslawiens in westlicher Sicht

Von Prof. Dr. iur. Dr. phil. Lothar Schultz, Göttingen

Die Volksdemokratie in Jugoslawien 1944—1948

Das neue Verfassungsgesetz der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien trat im Januar 1953 in Kraft. Durch dieses Gesetz wurden wesentliche Teile der volksdemokratischen Verfassung vom 31. Januar 1946 aufgehoben, und es begann eine neue Epoche des jugoslawischen Verfassungsrechts.

Die Verfassung von 1946 bestand aus 139 Artikeln und gliederte sich in 16 Kapitel. Laut Art. 115 des neuen Verfassungsgesetzes verloren insgesamt 7 Kapitel der alten Verfassung, nämlich Kapitel VI—XII und Kapitel XV, ihre Gültigkeit. Die übrigen Bestimmungen sind positives Recht geblieben, soweit sie nicht dem neuen Verfassungsgesetz widersprechen. Man hat sich in Jugoslawien nur zu einer teilweisen Verfassungsreform entschlossen, und zwar aus zwei Gründen: Einmal stehe der jugoslawische Staat noch im Prozeß stetiger Aenderungen des sozialistischen Gesellschaftsgefüges und zum anderen wolle man ab-

warten, welche der neu eingeführten Institutionen sich in der Praxis bewähren und damit das Recht erwerben würden, Dauereinrichtungen zu sein¹. Das neue Verfassungsgesetz war eine unumgängliche Notwendigkeit, da die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Jugoslawiens nach dem Bruch mit der Sowjetunion im Juni 1948 sich bedeutend geändert hatten.

Das Verfassungsrecht des jugoslawischen Staates hat zwei Entwicklungsstadien durchgemacht: die Zeit von 1944 bis 1948 und die Zeit von 1948 bis zur Gegenwart. Die jugoslawischen Politiker sprechen darum von „zwei sozialistischen Revolutionen“, die der Staat erlebt hat. Die erste Epoche ist die Zeit des volksdemokratischen Jugoslawiens, die ebenso wie in den anderen Volksdemokratien Osteuropas mit einer proletarischen Revolution begann. Unter der Leitung der kommunistischen Partei erfolgte die Enteignung der

Betriebe der Industrie, des Handels und des Verkehrs, die Durchführung der Agrarreform, die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Beseitigung der Monarchie und die Liquidierung der alten bürgerlichen Klassen. In der Durchführung dieser Maßnahmen schritt Jugoslawien allen Volksdemokratien voran und wurde von Moskau als ein Musterland des werdenden Sozialismus angesehen². *Tito* wurde als der bedeutendste Kommunistenführer der Balkanländer gefeiert³.

Die genannten revolutionären Änderungen fanden in der Verfassung von 1946 ihren rechtlichen Niederschlag. Sie war die erste volksdemokratische Verfassung überhaupt, und der stellvertretende Vorsitzende der Bundesregierung, E. *Kardelj*, konnte in einer Rede über den Belgrader Rundfunk am 6. Dezember 1945 mit gutem Recht sagen: „Unser Volk stellt heute stolz fest, daß es sich nach diesem Kriege als erstes Volk in Europa die Verfassung seines Volksstaates geschaffen hat“⁴.

Die Verfassung lehnte sich weitgehend an die Verfassung der Sowjetunion von 1936 an, doch ging sie in dieser Hinsicht nicht so weit wie die ein wenig später erlassenen Verfassungen Albaniens (März 1946) und Bulgariens (Dezember 1947).

Es ist nun von Wichtigkeit, die Natur der jugoslawischen Volksdemokratie festzustellen, um den Unterschied gegenüber der sozialistischen Demokratie der zweiten Epoche klar zu erfassen.

Zufolge Art. 1 der Verfassung von 1946 ist Jugoslawien eine „Volksrepublik“⁵. Zufolge Art. 6 geht in ihr „alle Macht vom Volk“ aus und „gehört dem Volk“. Das Volk verwirklicht seine Macht durch gewählte Vertretungsorgane, die Volksausschüsse. Die Verfassung gebraucht die Bezeichnung „Volksdemokratie“⁶ noch nicht, ebenso verwendet sie den neutralen Begriff „Volk“ an Stelle von „Werkträgern“⁷. Diese Volksrepublik ist eine Diktatur des Proletariats im marxistisch-leninistischen Sinne oder ein sozialistischer Staat im weiteren Sinne, nach Lenin eine typische Staatsform der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus⁸.

Die Diktatur des Proletariats wird durch drei Wesensmerkmale gekennzeichnet: politisch durch die Herrschaft der Werkträgern im Staate, wirtschaftlich durch die Sozialisierung der Produktionsmittel und sozial durch die Beseitigung der bürgerlichen Klassen. Alle diese Merkmale trafen in Jugoslawien zu. Die führende Macht der Werkträgern war verwirklicht⁹. Nach den Enteignungen im Jahre 1945 war das sozialistische Eigentum die Grundlage des jugoslawischen Wirtschaftslebens geworden; sogar die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde stark vorangetrieben. Schließlich liquidierte man auch die bürgerlichen Schichten, die *Kardelj* als „Ausbeuter der Volksmassen“ bezeichnet¹⁰.

Die zweite Eigentümlichkeit des jugoslawischen

volksdemokratischen Staates ist die Vorherrschaft der Volksausschüsse als politische Form der Macht der Werkträgern. Jugoslawien übernahm zusammen mit den anderen Volksdemokratien das von *Lenin* in Sowjetrußland eingeführte Rätssystem. Nach *Lenin* kann die Einheitlichkeit der Macht des Proletariats in einer Diktatur auf diese Weise am besten gewährleistet werden. *Kardelj* betont besonders die Einheit der Staatsmacht, die von den alles beherrschenden Volksausschüssen ausgehe: „Die Garantie für die Volksmacht liegt in der Einheit der Staatsmacht, von den örtlichen Volksausschüssen angefangen bis hinauf zu den höchsten Staatsorganen. Das Volk übt seine Macht durch . . . die Volksausschüsse aus, die von den örtlichen Volksausschüssen beginnend bis zu den Skupstschinas (Parlamenten) gehen“¹¹. „Zufolge Art. 107 bestehen die Volksausschüsse mit ihren Vollzugsorganen, den Vollzugsausschüssen, in sämtlichen territorialen Einheiten des Staates, von den niedersten, den Gemeinden, angefangen über die Bezirke und Kreise bis in die Gebiete hinauf.“

Drittens ist für die jugoslawische Volksdemokratie die alles überragende Rolle der kommunistischen Partei wesentlich. In der Verfassung von 1946 wird die kommunistische Partei ebensowenig erwähnt wie in den anderen volksdemokratischen Verfassungen bis 1949¹². Neben dem geschriebenen, dem äußeren Verfassungsrecht ist hier auch auf ungeschriebenes, inneres Recht zurückzugreifen. Gleich nach der Befreiung des Landes von der deutschen Okkupationsmacht ergriffen die kommunistische Partei unter Führung Marschall *Titos* und die „Volksfront“ die gesamte Staatsmacht. Sie bildeten 1945 die erste provisorische Regierung in Jugoslawien. Die Volksfront, die während der Partisanenkämpfe entstanden war, befand sich unter Führung der Kommunisten; zu ihr gehörten Teile der Sozialistischen, der Republikanischen und der Agrarpartei¹³. Die Zahl ihrer Anhänger war groß und betrug mehrere Millionen; sie legt von der Popularität der Partisanen beim Volke Zeugnis ab. In die schon 1945 reorganisierte provisorische Regierung wurden drei bürgerliche Minister aufgenommen: *Schubaschtsch*, *Schutej* und *Grol*, die von der jugoslawischen Exilregierung in London laut einer Vereinbarung mit *Tito* entsandt wurden¹⁴. Bereits im August 1945 trat *Grol*, ein Sozialdemokrat, aus der Regierung aus, und im Oktober desselben Jahres folgten ihm *Schubaschtsch* und der Führer der kroatischen Bauernpartei *Schutej*, weil sie die autoritären Methoden der Geschäftsführung nicht billigen konnten.

Nach den ersten Parlamentswahlen 1945, die der Volksfront eine große Mehrheit brachten¹⁵, wurde eine Regierung gebildet, an der unter dem Ministerpräsidenten Marschall *Tito* die führenden Funktionäre der kommunistischen Partei, wie *Kardelj*, *Rankovitsch*, *Djilas* u. a., beteiligt waren. Die Parteimitglieder und die Angehörigen der Volksfront besetzten die leiten-

den Stellen, angefangen mit den Volksausschüssen bis zum Präsidium des Parlaments. Schon 1945 erklärte *Tito* einem Korrespondenten der „Times“, daß er keine Oppositionsparteien anerkenne und sie auch nicht dulden werde¹⁶.

So hatte ein autoritäres Einparteiensystem festen Fuß gefaßt, und als leitende Organe der Staatsgewalt fungierten nach dem ungeschriebenen Verfassungsrecht das Zentralkomitee und das Politbüro der kommunistischen Partei mit Marschall *Tito* an der Spitze¹⁷. Die innere Organisation der Partei beruhte auf eiserner Disziplin, sie war nach dem Ausdruck *Titos* „monolithisch“.

Zum vierten wird schließlich die Volksdemokratie Jugoslawiens durch den straffen Zentralismus des Staatsaufbaus gekennzeichnet. Für den neugeschaffenen sozialistischen Staat, der durch die Enteignung in Industrie und Handel Eigentümer vieler Betriebe wurde, war eine zentralistische Verwaltungsführung unbedingt notwendig. Eine ähnliche Lage bestand auch in Sowjetrußland in der Zeit kurz nach der Sozialisierung¹⁸. Außerdem hatte Jugoslawien infolge des Krieges starke Verluste auf allen Gebieten des Wirt-

schaftslebens erlitten, und der Wiederaufbau konnte am besten von einem Zentrum aus durchgeführt werden¹⁹. Endlich zwang der erste Fünfjahresplan, der 1947 mit materieller Unterstützung der Sowjetunion anließ, zu einer zentralistischen Wirtschaftsführung.

Der überall herrschende Zentralismus spiegelt sich klar in der Verfassung von 1946 wider. Die Grundorgane der Staatsverwaltung, die Volksausschüsse, sind streng zentralistisch aufgebaut. Art. 113 und 114 zufolge sind die niederen Volksausschüsse den territorial übergeordneten unterstellt; außerdem können die Ministerien der Bundesrepubliken ihnen Weisungen erteilen. Ferner sind die höheren Volksausschüsse und das Präsidium des Parlaments der Bundesrepubliken befugt, jeden niederen Volksausschuß aufzulösen (Art. 113).

Auch die Verwirklichung des föderalistischen Prinzips wurde durch die zentralistische Tendenz beeinträchtigt. Nach sowjetischem Vorbild besaß der Bund weitgehende Rechte gegenüber den Gliedstaaten. Die Autonomie bezog sich mehr auf die kulturelle Sphäre und äußerte sich weniger als politische Selbstverwaltung.

Die „zweite Revolution“ im Jahre 1948

Nach dem Bruch mit der Sowjetunion im Juni 1948 kam es zur „zweiten Revolution“, durch die Jugoslawien nach jugoslawischer Auffassung eine sozialistische Demokratie geworden ist, in der ein „wirklicher Sozialismus“ und eine „wirkliche Demokratie“ verwirklicht worden sind²⁰. Eine neue, dritte Gesellschaftsform sei im Aufbau, die sich von dem sowjetischen Kommunismus wie auch von der Demokratie scharf unterscheide. Die Gesetze zur Grundlegung dieses neuen Gesellschaftsgefüges sind in den letzten drei Jahren erlassen worden: im Jahre 1951 das Gesetz über die Erzeugerräte, den Wirtschaftsplan und die Verwaltung der Betriebe durch die Belegschaft sowie im Jahre 1952 das Gesetz über die Volksausschüsse.

Es erhebt sich nun die Frage, worin der Unterschied zwischen der Volksdemokratie der ersten Entwicklungsphase und der neuen sozialistischen Demokratie liegt.

Der Unterschied betrifft das vierte Wesensmerkmal der jugoslawischen Volksdemokratie, während die drei übrigen keine grundlegenden Änderungen erfahren haben. Die Diktatur des Proletariats mit ihren drei Merkmalen, der Herrschaft der Werktätigen, dem sozialistischen Eigentum und der Eliminierung der bürgerlichen Klassen, ist auch die Staatsform der jugoslawischen sozialistischen Demokratie.

Art. 2 des neuen Verfassungsgesetzes besagt ausdrücklich: „Alle Macht in der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien gehört dem werktätigen Volk.“

Das sozialistische Eigentum wird als die „Grundlage der sozialen und politischen Ordnung des Landes“ bezeichnet (Art. 3). Die Regierung bemüht sich, dieses sozialistische Eigentum noch zu erweitern, und zwar auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Man betont, daß 80 vH der Bauernschaft, die 75 vH der bebauten Fläche besitzen, noch in rückständigen Einzelbetrieben wirtschaften²¹; nur ein kleiner Teil habe sich den Produktionsgenossenschaften vom Kolchosstyp, in denen die Mitglieder ihre wirtschaftliche Selbständigkeit verlieren, angeschlossen. Daher müsse die Kollektivierung der Bauernschaft fortschreiten, denn sie sei zur Sicherung der Volksernährung und zur Erziehung der Bauern zum Sozialismus erforderlich. Die Sozialisierung solle nicht durch verwaltungsmäßigen Zwang, sondern durch wirtschaftliche Mittel vorangetrieben werden, indem man den Bauern die Vorteile der Produktionsgenossenschaften klar vor Augen stelle. Aus diesen Gründen ist auch im Jahre 1952 ein neuer Kolchosstyp geschaffen worden²².

Schließlich betonen die Parteiideologen häufig die Notwendigkeit des Kampfes gegen die entmachtete bürgerliche Klasse, deren Angehörige als Volksfeinde und Kontrarevolutionäre gebrandmarkt werden. Von der „revolutionären Wachsamkeit“ wird viel gesprochen²³.

Das zweite Wesensmerkmal der Volksdemokratie, die überragende Rolle der Volksausschüsse, ist beibehalten. Laut Art. 3 sind die Volksausschüsse „die Grundorgane der Macht des werktätigen Volkes und die höchsten Organe der Macht in den Gemeinden,

Städten und Kreisen“. Ihre grundlegende Bedeutung für den Staatsaufbau betont das neue Verfassungsgesetz noch mehr als die Verfassung von 1946²⁴. Die höheren Staatsorgane verwalten lediglich denjenigen Bereich, der den Volksausschüssen nicht mehr zusteht. Die Zuständigkeit der Volksausschüsse ist, wie unten gezeigt werden wird, infolge der betonten Dezentralisierung noch erweitert worden.

Die beherrschende Stellung der kommunistischen Partei wird in der sozialistischen Demokratie beibehalten. Das neue Verfassungsgesetz nennt die Partei nicht, und ihre Macht gründet sich auf dem ungeschriebenen Verfassungsrecht. Das höchste Organ der Staatsgewalt ist auch in der zweiten Phase der jugoslawischen Volksrepublik das Exekutivkomitee des Zentralkomitees der Partei, wie das Politbüro auf dem sechsten Parteikongreß im Oktober 1952 in Zagreb benannt worden ist. Sämtliche Weisungen hinsichtlich wichtiger Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung kommen von dieser Kommandostelle. Die Identität von Partei und Staatsführung zeigt klar der Umstand, daß die Mitglieder des Exekutivkomitees: *Tito, Kardelj, Djilas, Rankovitch* u. a., auch gleichzeitig dem Exekutivrat des Parlaments, der nach der geschriebenen Verfassung höchsten Institution, angehören. Auch die sozialistische Demokratie Jugoslawiens ist somit ein autoritärer Einparteienstaat. Wie schon früher, hat *Tito* einer Gruppe norwegischer Journalisten am 6. September 1952 gegenüber erklärt: „Oppositionsgruppen gibt es in Jugoslawien nicht. Wir haben sie 1945 endgültig liquidiert, so daß es sie heute nicht mehr gibt und auch keine Gefahr besteht, sie könnten wieder auftauchen²⁵.“ Der einzige Unterschied gegenüber dem früheren Zustand ist nur, daß in den letzten Jahren die straffe Parteikontrolle augenscheinlich nachgelassen hat.

Der sechste Parteikongreß hat auf Vorschlag *Titos* eine Strukturänderung der Partei vorgenommen. Die Partei soll ein rein ideologisches Zentrum werden, das die prinzipiellen, theoretischen Fragen des Aufbaus des Sozialismus in Jugoslawien bearbeitet. *Kardelj* verlangt, daß die „entbürokratisierte“ Partei auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet keine Anweisungen mehr erteilen und sich mit der direkten Führung der Staatsgeschäfte nicht befassen dürfe²⁶. Aus diesen Erwägungen wurde auch die Partei in „Bund der Kommunisten“ umbenannt. Wenn die Rolle der kommunistischen Partei in der Praxis tatsächlich verändert werden sollte, wird es gleichwohl zu keinen wesentlichen Änderungen im politischen Leben kommen. Laut Beschluß des sechsten Parteikongresses soll in Zukunft die Volksfront als leitende Instanz fungieren, die konkrete Fragen der alltäglichen Praxis entscheiden wird. Auch die Volksfront wurde umbenannt, und zwar in „Sozialistischer Verband des werktätigen Volkes Jugoslawiens“. Entscheidend ist, daß dieser Verband, der aus Gewerkschaften und anderen

Massenorganisationen besteht, wie schon früher dargelegt, von den Kommunisten beherrscht wird.

So ist eigentlich nur das vierte Wesensmerkmal der jugoslawischen Volksdemokratie, der Zentralismus, das Gebiet, auf dem sich die sozialistische Demokratie von der Volksdemokratie vor 1948 unterscheidet. Dezentralisierung und Demokratisierung sind zu Grundbegriffen des neuen jugoslawischen Sozialismus geworden. Sie sind Lieblingsworte der Parteiideologen²⁷. In diesem Bereich wird der große Gegensatz zu dem etatistisch-bürokratischen Kommunismus Sowjetrußlands scharf herausgearbeitet²⁸. Es ist charakteristisch, daß die Bezeichnungen, die den Begriff Staat enthielten, geändert sind; so spricht das neue Verfassungsgesetz von Gesellschaftsplan, nicht von Staatsplan, statt Staatseigentum werden die Worte Volkseigentum oder gesellschaftliches Eigentum verwendet. Theoretisch wird Marx' und Lenins These vertreten, die Stalin ins Gegenteil verkehrt habe; der Staat soll nach Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung allmählich absterben; er müsse auf seine spezifischen Aufgaben: Schutz der sozialistischen Ordnung, Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und dergleichen, beschränkt werden.

Die Dezentralisierung wird im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben verwirklicht. Die Dezentralisierung der Wirtschaft wurde zuerst durch das Gesetz von 1951 über die Planwirtschaft eingeführt, das von den Bestimmungen des Gesetzes von 1946 radikal abweicht. Die totale Planwirtschaft nach sowjetischem Muster, die einen enormen Bürokratismus und eine staatskapitalistische Oligarchie heraufbeschworen hatte, wird verworfen. Der Gesellschaftsplan schreibt nur allgemeine Richtlinien vor. Die sozialisierten Betriebe erhalten eine gewisse Autonomie betreff der Erzeugung, der Festlegung der Preise, des Sortiments u. a. und arbeiten selbständige Pläne aus. So wird nach einem Zweiplansystem gewirtschaftet. Das erlaubt den Unternehmen, sich den Forderungen des Marktes anzupassen. Neben der Planwirtschaft besteht somit die Marktwirtschaft, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, das in der Sowjetunion durch den Staat erstickt wurde.

Die jetzt zugelassene freie Konkurrenz zwischen den Betrieben hat schon ermutigende Resultate gezeigt.

Eine grundlegende Neuerung im Wirtschaftsleben Jugoslawiens ist die Umgestaltung der Betriebsverwaltung, die 1951 erfolgte. Die Leitung des Unternehmens befindet sich nicht mehr in den Händen der vom Staat eingesetzten Beamten, sondern ist auf die Arbeiter und Angestellten übergegangen. Artikel 6 legt „Das Recht der Arbeitskollektive zur Leitung wirtschaftlicher Unternehmen“ fest. Ein von der Betriebsbelegschaft gewählter Arbeiterrat bestellt eine Kommission, welche die Leitung übernimmt. Man erhofft vieles von der „sozialistischen Initiative der Werk-

tätigen“, denn der Sozialismus könne nicht ohne Demokratie aufgebaut werden. Die Uebergabe der Produktionsleitung an die Arbeiter ist ein neues Experiment, und es bleibt abzuwarten, zu welchen Resultaten es führen wird.

Zu der Selbstverwaltung der Werktätigen gehören auch die sogenannten Erzeugerräte, in denen Industriebetriebe, Handwerk und Bauern vertreten sind. Hierdurch werden die Rechte der Erzeuger auf politischem Gebiet erweitert. Als Vertreter der sozialistischen Gesellschaft beteiligen sich die Mitglieder der Erzeugerräte sowohl in den niedersten Verwaltungsorganen, den Volksausschüssen, als auch in dem höchsten, dem Parlament. Tito hat sich dagegen gewandt, daß man die Erzeugerräte mit den faschistischen Korporationen vergleicht. Sie seien nur der Ausdruck der Selbstverwaltung der Werktätigen²⁹.

Nach jugoslawischer Auffassung sind durch diese Reformen eine sozialistische Demokratie und eine freie sozialistische Gesellschaft geschaffen, die eine schöpferische Initiative der Werktätigen gestatten. Durch sie würden die Interessen der Gesellschaft berücksichtigt³⁰, und nicht nur des Staates, wie in der Sowjetunion. Der neue jugoslawische Sozialismus unterscheide sich grundsätzlich sowohl von dem Ka-

pitalismus des Westens als auch von dem bürokratischen und hegemonistischen Staatskapitalismus der Sowjetunion; er sei der „dritte Weg“, der als Vorbild für die sozialistischen Bewegungen der ganzen Welt dienen könne³¹.

Auf dem Gebiete der Verwaltung wirkt die Dezentralisierung in bezug auf den Aufbau der Volksausschüsse ein. Ihr Tätigkeitsbereich ist im Vergleich zu der Verfassung von 1946 erweitert worden, und nur diejenigen Angelegenheiten, die den genau festgelegten Kreis ihrer Zuständigkeiten überschreiten, fallen den oberen Verwaltungsorganen zu. Die Unterordnung der niederen Volksausschüsse unter die territorial höher stehenden, unter die entsprechenden Ministerien und Präsidien der Bundesrepubliken (Art. 113, 114 und 133), ist abgeschafft.

Schließlich ist die Dezentralisierung auch auf dem sozialen Gebiet wirksam, indem bei der Beratung der Fragen der Volksbildung, der sozialen Fürsorge, des Verkehrs und dergleichen breitere Schichten der Werktätigen herangezogen werden.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Spitze der zentralistisch organisierten kommunistischen Partei in dieses dezentralisierte System eingreifen wird.

Das Verfassungsgesetz von 1953

Das neue Verfassungsgesetz umfaßt 115 Artikel und gliedert sich in vier Teile. Es soll den in Jugoslawien auf dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebiet erreichten Stand getreu spiegeln. Die in den letzten drei Jahren erlassenen grundlegenden Bestimmungen sind im Verfassungsgesetz verarbeitet. Dem Gesetz wird noch ein zweites, ein internationales Ziel gesteckt: es soll als Wegweiser zu einem neuen demokratischen Sozialismus dienen³².

Der erste, 12 Artikel umfassende Teil des Gesetzes handelt über die allgemeine, wirtschaftliche und politische Struktur der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, die aus sechs Bundesrepubliken: Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien, Mazedonien, Montenegro und zwei autonomen Einheiten, der autonomen Provinz Vojvodina und dem autonomen Gebiet Kosovo-Metohija besteht.

In diesem Teil werden die Verwaltungsorgane der Werktätigen geregelt: Die Volksausschüsse, die Erzeugerräte und die Arbeiterräte (Art. 2 bis 8), von denen schon die Rede war. Artikel 7 bestimmt, daß die Volksausschüsse ihre Geschäfte in den Gemeinden, Städten und Bezirken „selbständig regeln“ sollen. Der Amtsbereich der Volksausschüsse wird in Artikel 7 als „Minimalkompetenz“ genau festgelegt, die nicht entzogen werden kann. Laut Artikel 8 besitzen die höheren Organe der Bundesrepubliken das Aufsichtsrecht in bezug auf die Gesetzmäßigkeit der Tätigkeit

der Volksausschüsse. Die Zweckmäßigkeit unterliegt somit keiner Nachprüfung.

Artikel 5 und Artikel 8 bestimmen, daß die Bürgerrechte garantiert werden, enthalten aber keine nähere Regelung. Man muß annehmen, daß die Bestimmungen der Verfassung von 1946 (Art. 21 bis 43) noch gelten, da sie nicht außer Kraft gesetzt worden sind und dem Verfassungsgesetz nicht widersprechen. Die Verfassung von 1946 verbürgt sämtliche übrigen Bürgerrechte. Bezeichnend ist die Einschränkung dieser Rechte, die Artikel 43 enthält: Es sei „ungesetzlich und strafbar, diese Bürgerrechte zwecks Aenderung und Verletzung der verfassungsmäßigen Einrichtungen in antidemokratischer Absicht zu verwenden“. Das bedeutet, daß keine Opposition gegen die festgelegte Parteilinie möglich ist.

Die im Artikel 24 gewährleistete Religionsfreiheit wird folgendermaßen begrenzt: „Verboten ist der Mißbrauch der Kirche und des Glaubens zu politischen Zwecken und das Bestehen politischer Organisationen auf religiöser Grundlage“³³.

Der zweite, umfangreichste Teil des Gesetzes, der in drei Abschnitten 87 Artikel umfaßt, regelt den Aufbau und die Funktionen der Bundesorgane der Staatsgewalt. In bezug auf das Parlament, die Bundes-Nationalversammlung, findet man mehrere Neuerungen. Das Parlament nimmt im jugoslawischen Staatsgefüge eine eigenartige Stellung ein: In ihm ist die gesamte gesetzgebende und vollziehende

Macht und sogar ein Teil der rechtsprechenden Gewalt vereinigt. Eine Regierung oder ein Ministerkabinet bestehen nicht, und auch der Staatspräsident ist nur ein Exponent des Parlaments. Artikel 13 besagt, daß die Bundes-Nationalversammlung „das oberste Organ der Bundesgewalt ist“. Die Bestimmung trifft nach geschriebenem Recht auch zu, und in dieser Hinsicht unterscheidet sich die Stellung des jugoslawischen Parlaments von der Stellung der Legislative in der Sowjetunion und in den Satellitenstaaten. Französische und russische Vorbilder haben die Struktur des jugoslawischen Parlaments beeinflußt. Einerseits war das Muster der Konvent der französischen Revolution mit seiner Gewaltenvereinigung und die Pariser Kommune, andererseits die Staatspraxis der leninistischen Ära in Sowjetrußland. Uns scheint, daß die unter Leitung Lenins ausgearbeitete Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) von 1918 zum großen Teil als Vorbild gedient hat: Der Allrussische Sowjetkongreß, das oberste Staatsorgan, besaß eine ähnliche Machtfülle wie das Parlament Jugoslawiens. Das Vollzugsorgan des Kongresses war das Allrussische Zentralexekutivkomitee.

Die beherrschende Macht der Bundes-Nationalversammlung bringt Artikel 14 klar zum Ausdruck: „Die Bundesversammlung übt die Rechte der Föderation unmittelbar und durch den Präsidenten der Republik und durch den Bundesvollzugsrat als ihre Vollzugsorgane aus. Bestimmte Vollzugsgeschäfte werden durch Bundesverwaltungsorgane nach den Richtlinien und unter Aufsicht des Bundesvollzugsrates vollzogen“³⁴.

Die Bundes-Nationalversammlung besteht aus zwei Kammern: Dem Bundesrat und dem Erzeugerrat. Außerdem ist eine dritte Kammer *sui generis*, der Nationalitätenrat, vorhanden, der eine eigenartige Stellung einnimmt (Art. 24 und 45).

Der Bundesrat, der aus 282 Abgeordneten besteht, wird in allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen gewählt; ein Abgeordneter kommt auf 60 000 Einwohner. Außerdem werden in den Bundesrat von den Parlamenten der Bundesrepubliken und den autonomen Einheiten Abgeordnete entsandt, die in gewissen Fällen als Nationalitätenrat fungieren. Die Parlamente der Bundesrepubliken wählen je 10, das Parlament der autonomen Provinz Vojvodina 6, der Gebietsausschuß des autonomen Gebiets Kosovo-Metohija 4 Abgeordnete³⁵. Neben dem Bundesrat besteht eine zweite Kammer, der Erzeugerrat, in die Vertreter der Wirtschaft entsandt werden. Das Wahlsystem zum Erzeugerrat ist neu: Die Abgeordneten werden gesondert von drei Erzeugergruppen gewählt — von der Industrie, einschließlich Handel und Verkehr, von der Landwirtschaft und von dem Handwerk. In der Industrie werden die Abgeordneten von den Betriebsbelegschaften gewählt, in der Landwirtschaft von den

Bauerngenossenschaften und im Handwerk von den Handwerkskammern. Die Gesamtzahl der Abgeordneten wird so bestimmt, daß auf je 70 000 Einwohner ein Abgeordneter kommt. Dabei erhält jede Erzeugergruppe so viele Abgeordnete, wie ihrem prozentualen Anteil am Sozialprodukt des Staates laut dem letzten Gesellschaftsplan entsprechen (Art. 25)³⁶.

Die beiden Kammern, der Bundesrat und der Erzeugerrat, sind nicht gleichberechtigt und besitzen nicht die gleiche Kompetenz. Der Erzeugerrat kann nur über diejenigen Fragen entscheiden, die in Artikel 34 und 36 aufgezählt sind. Sie beziehen sich hauptsächlich auf wirtschaftliche Fragen, wie z. B. den Gesellschaftsplan, Steuern, Zölle u. a., auf einige allgemeine Probleme, wie z. B. Volksabstimmungen u. a., und auf Wahlen (des Staatspräsidenten u. a.). Alle in Artikel 34 und 36 nicht vorgesehenen Geschäfte erledigt der Bundesrat. Doch hat laut Artikel 37 der Erzeugerrat auch das Recht, die Änderung einer im Bundesrat eingebrachten Gesetzesvorlage auch dann zu beantragen, wenn die Frage zur alleinigen Kompetenz des Bundesrates gehört.

Die von den Bundesrepubliken und den autonomen Einheiten gewählten Mitglieder des Bundesrates treten in gewissen Fällen gesondert als Nationalrat auf. Der Zusammentritt kann im Gesetz vorgesehen oder freiwillig sein. Laut Gesetz versammelt sich der Nationalrat, falls über Verfassungsänderungen oder über den Gesellschaftsplan entschieden werden muß. Der Nationalitätenrat kann sich auch dann als selbständige Kammer betätigen, wenn ein Gesetzesantrag vorliegt, der die Beziehungen zwischen den Bundesrepubliken und dem Bunde betrifft. Den Antrag dazu stellt die Mehrheit der Abgeordneten einer Bundesrepublik; der Nationalitätenrat entscheidet darüber, ob ihm entsprochen werden kann (Art. 46). Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundes- und Nationalitätenrat wird eine Schlichtungskommission eingesetzt.

Neben der Verabschiedung von Gesetzen kennt Artikel 15 eine neue Art der Betätigung des Parlaments; es kann nämlich staatlichen Verwaltungsinstitutionen und Wirtschaftsbetrieben „Empfehlungen“ erteilen. Diese sind jedoch für die entsprechenden Organe nicht unbedingt bindend. Den Abgeordneten wird eine enge Fühlungnahme mit den Werktätigen vorgeschrieben: Sie sind *ex officio* Mitglieder der Volksausschüsse der Bezirke oder Städte oder der Erzeugerräte, in deren Gebiet sie gewählt sind. Laut Artikel 54 müssen sie den Volksausschüssen und Erzeugerräten über ihre Tätigkeit und die Arbeit des Parlaments berichten. Die Abgeordneten sind verpflichtet, Anträge und Wünsche ihrer Wähler auf Verlangen dem Parlament vorzutragen. Wie in den Verfassungen der Sowjetunion und der Satellitenstaaten besteht ein imperatives Mandat, die Wähler haben das Recht, Abgeordnete abzuwählen.

Die Bundes-Nationalversammlung tagt in Perma-

nenz und kennt keine Unterbrechung ihrer Tätigkeit. Auch in der für Jugoslawien wichtigen Frage des Föderalismus tritt die allgemeine Tendenz der Dezentralisierung hervor. Im Vergleich mit der Verfassung von 1946 sind die Rechte der Bundesrepubliken erweitert. Das Nationalitätenproblem spielt im jugoslawischen Staat infolge der tiefgehenden politischen und kulturellen Gegensätze zwischen ihren Völkern, den Serben, Kroaten, Slowenen, Mazedoniern u. a. eine große Rolle³⁷. Dem sozialistischen jugoslawischen Staat ist es wohl gelungen, diese nationalen Gegensätze in größerem Maße zu beheben, als es vor 1945 der Fall war. Die Ideologen der kommunistischen Partei hatten versucht, ohne Rücksicht auf die Volkszugehörigkeit die nationalen Interessen durch die gemeinsamen Interessen der Werktätigen zu ersetzen. E. Kardelj ist sogar der Meinung, daß infolge des stets wachsenden sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen verschiedener Volkszugehörigkeit die Tätigkeit des Nationalrates von keiner großen Bedeutung sein werde³⁸. Es ist bezeichnend, daß im Bundesvollzugsrat alle Nationalitäten vertreten sind³⁹.

Das neue Verfassungsgesetz kennt zwar die ausschließliche Kompetenz des Bundes, die in Artikel 15 ausführlich dargelegt ist, aber sie ist im Gegensatz zur Verfassung 1946 verringert. Ein Teil der früher zur ausschließlichen Zuständigkeit des Bundes gehörenden Geschäfte, wie z. B. die Aufgaben der Staatsanwaltschaft, sind jetzt der sogenannten grundlegenden Gesetzgebung zugeteilt; auf diesem Gebiet sind die Länder befugt, Gesetze zu erlassen, falls ein entsprechendes Bundesgesetz nicht besteht.

Artikel 16 erlaubt den Ländern, zwecks Schutz ihrer Rechte Anträge zur Prüfung der Uebereinstimmung von Ländergesetzen mit den Bundesgesetzen an die Bundes-Nationalversammlung zu stellen. Artikel 48 enthält ein für die Länder wichtiges Recht: Der Nationalitätenrat hat die Befugnis zu entscheiden, ob die Annahme eines allgemeinen Bundesgesetzes notwendig ist. Falls der Nationalitätenrat der Ansicht ist, daß die Notwendigkeit nicht besteht, so kann die Bundes-Nationalversammlung den entsprechenden Gesetzesentwurf nicht beraten.

Schließlich sind die nach sowjetischem Muster eingeführten bundesrepublikanischen Ministerien aufgehoben worden, die ihre Tätigkeit durch entsprechende Ministerien in den Bundesrepubliken ausübten. Es bestehen nur Bundes- und Republik-Verwaltungen.

Vollzugsorgane der die gesamte Macht besitzenden Bundes-Nationalversammlung sind der Staatspräsident und der Bundes-Vollzugsrat (Abschnitt B des zweiten Teiles des Verfassungsgesetzes).

Der Arbeitsbereich des Präsidenten, der keine selbständige Macht besitzt, bewegt sich in engen Grenzen. Er wird auf vier Jahre aus den Mitgliedern des Parlaments von diesen gewählt. Die Hauptaufgabe des Präsidenten ist es, den Staat nach außen zu vertreten.

Er ernennt und entläßt Botschafter und Gesandte und empfängt ausländische diplomatische Vertreter. Einen gewissen Einfluß gewinnt der Präsident auf die Streitkräfte des Landes: er ist ihr oberster Befehlshaber und ernennt höhere Offiziere. Als Staatspräsident wurde Tito mit 568 Stimmen gegen eine gewählt (Januar 1953).

Vollziehendes Organ des Parlaments ist der Bundes-Vollzugsrat, der aus der Zahl der Mitglieder des Bundesrates von der Bundes-Nationalversammlung auf vier Jahre gewählt wird. Seine weitgehenden Kompetenzen sind in Artikel 79 in 13 Punkten festgesetzt⁴⁰. Sie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Der Vollzugsrat bereitet Gesetzentwürfe vor, er kontrolliert und beaufsichtigt die Ausführung der Bundesgesetze, und er leitet politisch die Tätigkeit der oberen Bundesverwaltungsorgane, d. h. der Sekretariate. Der Bundes-Vollzugsrat, der zur Zeit aus 43 Mitgliedern besteht, ist befugt, Verordnungen und Verfügungen zu erlassen. Er ist dem Parlament verantwortlich und hat Bericht zu erstatten.

Schließlich behandelt der dritte Abschnitt (Art. 90 bis 99) die Bundesverwaltung. Sie ist auf ganz neuen Prinzipien aufgebaut. Die Ministerien sind abgeschafft, um das Aufkommen des Bürokratismus zu verhindern. Die Organe der Bundesverwaltung beschäftigen sich nur mit konkreten Tagesfragen, denn die politische Leitung und die Ausarbeitung grundsätzlicher Richtlinien liegt dem Bundes-Vollzugsrat ob. Die Bundesverwaltung besteht aus Staatssekretariaten und selbständigen Verwaltungen. Es ist bezeichnend, daß die Zahl der Verwaltungsorgane klein ist: Viele administrative Angelegenheiten werden durch die Volksausschüsse und Erzeugerräte erledigt. Zur Zeit gibt es nur fünf Staatssekretariate mit Staatssekretären an der Spitze, die vom Bundes-Vollzugsrat ernannt werden. Die Staatssekretäre sind befugt, Verfügungen und Anordnungen zu erlassen. Laut Artikel 95 kann den Staatssekretären zur Pflicht gemacht werden, einzelne Anordnungen vorher dem Bundes-Vollzugsrat zur Genehmigung vorzulegen⁴¹. Die selbständigen Verwaltungen werden von Direktoren geleitet.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die jugoslawische Staatstheorie die Gewaltentrennung nicht kennt. Sie übernimmt die marxistisch-leninistische Lehre von der Einheitlichkeit der Macht.

Der dritte Teil des Verfassungsgesetzes (Art. 100 bis 112) behandelt die Organe der Staatsgewalt in den Bundesrepubliken. Die Bundesrepubliken geben sich selbständig Verfassungen, die in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Bundesverfassungsgesetzes stehen müssen. Die Staatsorgane der Bundesrepubliken sind fast dieselben wie im Bund.

Der letzte, vierte Teil des Verfassungsgesetzes (Art. 113 bis 114) regelt den Aufbau des autonomen Landes Vojvodina und des autonomen Gebietes Kosovo-

Metohija, die Bestandteile der Bundesrepublik Serbien sind. Ihr Verwaltungsaufbau ist einfacher als derjenige der Bundesrepubliken⁴².

Das neue Verfassungsgesetz enthält keinen besonderen Teil über die Gerichte und die Staatsanwaltschaft. Man darf darum annehmen, daß hierüber die

Bestimmungen der Verfassung von 1946 noch gelten. Das Verfassungsgesetz bringt nur eine wesentliche Aenderung, indem es die Verwaltungsgerichtsbarkeit einführt. Gegen die Entscheidungen der Staatssekretariate steht den Staatsbürgern der Weg zum Verwaltungsstreit vor dem Gericht offen.

Anmerkungen

¹) Vgl. Moshe Pijade: „Zum neuen jugoslawischen Verfassungsgesetz“ in *Politika* vom 13. Januar 1953, Belgrad.

²) Vgl. P. D. Ostovic: „The Truth about Jugoslavia“. With an introduction by J. Mestrovic, New York 1952, S. 203.

³) Vgl. B. D. Wolfe: „Der Tito-Stalin-Konflikt“ in *Vital Speeches of the Day* vom 1. Dezember 1952, New York, zitiert nach *Ost-Probleme*, Heft 12, 1953.

⁴) E. Kardelj: „Die wichtigsten Kennzeichen der Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“ in „Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“. Hsg. v. d. Direktion für Informationen bei der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Belgrad 1947, S. 42.

⁵) Das neue Verfassungsgesetz verwendet noch die Bezeichnung „Volksrepublik“; dagegen wird der später im politischen Leben übliche Ausdruck „Volksdemokratie“ nach 1948 durch „sozialistische Demokratie“ ersetzt.

⁶) Seit der Klarstellung der juristischen Natur der neuentstandenen Satellitenstaaten durch die sowjetische Staatstheorie um etwa 1948, vgl. N. Farberov: „Das Staatsrecht der Volksdemokratien“, Moskau 1949 (russisch), S. 5, wurde folgerichtig die Bezeichnung „Volksdemokratie“ benutzt.

⁷) E. Kardelj, a. a. O. S. 29, gebraucht schon statt „Volk“ die Bezeichnung „Werkstätige in Stadt und Land“.

⁸) Vgl. Lenin: „Staat und Revolution“, Berlin 1918, S. 27.

⁹) Vgl. E. Kardelj: a. a. O. S. 29.

¹⁰) E. Kardelj: a. a. O. S. 28.

¹¹) E. Kardelj: a. a. O. S. 34.

¹²) Zum ersten Male wird die kommunistische Partei in noch verschleierte Form als „Vortrupp der Arbeiterklasse“ in der Verfassung Ungarns von 1949 genannt.

¹³) Vgl. Marschall Tito: „Wie wir es machen. Bericht über den Weg, den Jugoslawien geht“, Berlin 1947, S. 29: „Nach der Schaffung des neuen Staates übernahm die kommunistische Partei die Führung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung. Sie übt diese Rolle als Bestandteil der Volksfront aus, als deren führender Teil.“

¹⁴) Der sog. Tito-Schubaschtsch-Vertrag vom Januar 1949. Vgl. H. F. Armstrong: „Tito and Goliath“, New York 1951, S. 43.

¹⁵) Die Volksfront erhielt 90 vH aller abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 88,6 vH. Vgl. „Central and South East Europe 1945—1948“, edit. by R. G. Betts, London 1950, S. 59—60.

¹⁶) Vgl. „Central South East Europe 1945—1948“, S. 61. In einer im Jahre 1946 verfaßten Broschüre über die Volksfront (S. 81) erklärt Tito folgendes: „Nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Lage unseres Landes schließt das Bestehen zahlreicher Parteien mit ihren rückständigen und veralteten Programmen aus.“

¹⁷) Nach autoritärem Vorbild wurde Tito „Führer“ genannt. Minister Djilas sprach in seiner vor der Skupschtina am 18. Januar 1946 gehaltenen Rede von den Errungenschaften „unter der Leitung des Führers unserer Völker, des Genossen Tito“. Vgl. Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, S. 9. Nach 1948 wurde die Bezeichnung nicht mehr gebraucht.

¹⁸) Vgl. L. Schultz: „Russische Rechtsgeschichte“, Lehr 1951, S. 268.

¹⁹) Ueber 20 vH aller Gebäude waren zerstört, 60 vH der Kohlengruben befanden sich außer Betrieb, 20 vH der Textilfabriken waren vernichtet. Auch die Landwirtschaft hatte stark gelitten. Vgl.: „Central and South East Europe“, S. 62—63, und H. Seton-Watson: „The East European Revolution“, London 1952, S. 233.

²⁰) Vgl. E. Kardelj: „Die gesellschaftlich-wirtschaftlichen und politischen Grundsätze des Verfassungsgesetzes“ in *Bulletin*, Nr. 4, 1953, S. 43, Belgrad, Zentralkomitee der kommunistischen Partei Jugoslawiens; M. Pijade: „Zum neuen jugoslawischen Verfassungsgesetz“ in *Politika* vom 13. Januar 1953, Belgrad.

²¹) Vgl. R. Uvalic, Prorektor der Univ. Belgrad: „L'organisation économique de la Jugoslavie“ in *Politique étrangère*, Heft 6, 1953, S. 497.

²²) Laut den Bestimmungen vom Juli 1952 wird den Kolchosmitgliedern für das eingebrachte Land ein Pachtzins gezahlt in der Höhe von 15—30 vH der Einkünfte aus diesem Land. Auf den Einwand der örtlichen Kommunistenführer, daß die Pacht ein kapitalistisches Institut sei, wurde von der Parteileitung erwidert, daß der Pachtzins dem Aufbau des Sozialismus gute Dienste leiste. Vgl. den Bericht von M. S. Handler in *The New York Times* vom 24. Juli 1952. Laut dem Dekret vom 30. März 1953 wurde der Genossenschaftszwang in der Landwirtschaft aufgehoben und den Bauern gestattet, aus den Kolchosauszuscheiden. Doch das bedeutet, wie Kardelj erklärt hat, nicht, daß die Sozialisierung der Landwirtschaft aufgegeben wird. Es soll bloß an Stelle der nach sowjetischem Vorbild errichteten Kolchosa ein freier Typ westlicher Genossenschaften treten. Die Mitglieder behalten ihr Land, und nur das Inventar wird vergesellschaftet. Vgl. J. Raymond: „Yugoslavs Retain Red Farm Pattern“ in *The New York Times* vom 31. März 1953.

²³) Vgl. E. Kardelj: „Zum Entwurf des neuen Verfassungsgesetzes“ in *Politika* vom 13. Januar 1953.

²⁴) Vgl. L. Gerschkwitsch: „Pending the Adoption of the New Law“ in *Review of International Affairs* Nr. 9, 1952, S. 7, Belgrad, und M. Pijade: „Suffrage direct ou indirect“ in *La Documentation Française* vom 17. Juni 1952, Paris, und J. Djordjevic: „Local Self-Government in Yugoslavia“ in *The American Slavic and East European Review*, No. 2/1953, S. 192.

²⁵) Vgl. Borba (Parteiamtl. Organ des Bundes der Kommunisten) vom 12. November 1952, Belgrad, zit. nach *Ost-Probleme*, Heft 12, 1953, S. 472. E. Kardelj führt aus, daß die politischen Parteien in Jugoslawien aus zwei Gründen nicht geduldet werden können: Einmal darum, weil dann kleine Parteispitzen die Führung der öffentlichen Meinung erhalten, und zum anderen, weil Parteien in eine Gesellschaft mit antagonistischen Klassen gehören, die in Jugoslawien nicht mehr bestehe. Vgl. E. Kardelj: „The Role and Tasks of the Socialist Alliance of the Working People of Yugoslavia“, Bericht an den vierten Kongreß der Volksfront 1953, S. 40, Belgrad. Darum ist es auch nicht zu erwarten, daß bei den ersten Parlamentswahlen Oppositionsparteien zugelassen werden könnten. Diese ursprünglich für Mai 1953 vorgesehenen Wahlen sind inzwischen auf den Herbst verschoben worden.

²⁶) E. Kardelj, a. a. O. S. 52.

²⁷) Die Ideologie des neuen Sozialismus beruht auf dem Marxismus-Leninismus; dazu wird betont, daß der Leninismus in seiner Urform und nicht in der von Stalin entstellten Gestalt erfaßt werden muß.

²⁸) Es ist bezeichnend, daß russische Emigranten in den Reden Titos nicht nur eine antisowjetische, sondern auch eine antirussische Haltung erblicken. Eine der führenden Emigrantenzeitungen, *Novoe Russkoe Slovo* vom 8. November 1952, New York, nennt die Ausführungen Titos auf dem sechsten Parteikongreß „antirussisch“.

²⁹) Mit der Schaffung der Erzeugerräte findet ein anarcho-syndikalistisches Prinzip Eingang in den jugoslawischen Sozialismus, denn aus dem Marxismus-Leninismus sind diese nicht abzuleiten. Im Prinzip wäre doch eine Vertretung der professionellen Verbände zusammen mit den politischen Parteien auch in einer Demokratie möglich. Vgl. K. Löwenstein: „Reflexions sur la Valeur des Constitutions dans une Epoque Révolutionnaire“ in *Revue Française de Science Politique*, Heft 2, 1952, S. 317 und Th. Eschenburg: „Verfassungs- und Verwaltungsaufbau des Südweststaates“, Stuttgart 1952, S. 82.

³⁰) Die Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft spielt in der Theorie des jugoslawischen Sozialismus eine wichtige Rolle. Sie wird auch benutzt, um den Gegensatz zur Sowjetunion scharf herauszuarbeiten.

³¹) Vgl. E. Kardelj: „Zum Entwurf des neuen Verfassungs-

gesetzes“ in *Politika* vom 13. Januar 1953: „Die politische Bedeutung aller unserer Anstrengungen ist außergewöhnlich groß, nicht nur für unser Land, sondern auch für den internationalen Sozialismus überhaupt.“ L. Gerschkowitsch: a. a. O. S. 8: „The Yugoslav socialist revolution will... impel new forces upon the road of socialist development.“

Es wird auch eine internationale Zusammenarbeit mit der sozialistischen Bewegung gefordert. Man strebt nach Verbindungen mit den Sozialisten des Westens und sogar mit den in Asien neu entstandenen Staaten: Burma, Indien, Indonesien u. a. Vgl. Arthur W. Just: „Jugoslawiens Weg zum Sozialismus“ in *Außenpolitik*, Heft 1, 1953, S. 17.

³²⁾ M. Pijade spricht von der „großen historischen Aufgabe und Bedeutung des Verfassungsgesetzes“. Vgl. „Zum neuen jugoslawischen Verfassungsentwurf“ in *Politika* vom 13. Januar 1953 und L. Gerschkowitsch, a. a. O. S. 8.

³³⁾ E. Kardelj behauptet in seinem Bericht an den vierten Kongreß der Volksfront (S. 61), daß ein Konflikt nur mit der katholischen Kirche bestehe. Das Verhältnis zu der rechtgläubigen, mohammedanischen, protestantischen, jüdischen und anderen Kirchen sei „in the main settled, or are on the good way of being settled“.

³⁴⁾ Vgl. die Art. 24 und 49 der Verfassung der RSFSR von 1918 in B. Dennewitz: „Die Verfassungen der modernen Staaten“, Bd. 1, Hamburg 1947. Art. 24 lautet: „Der Allrussische Sowjetkongreß bildet die höchste Instanz der RSFSR“. Art. 49: „Der Zuständigkeit des Allrussischen Sowjetkongresses und des allrussischen Zentralexekutivkomitees unterstehen alle Fragen von allgemein staatlicher Bedeutung.“

³⁵⁾ Von den 242 Abgeordneten entfallen auf:

Serbien	116 Abgeordnete
davon: Engeres Serbien	74
Autonome Provinz Vojvodina	29
Auton. Geb. Kosovo-Metohija	13
Kroatien	66
Slowenien	24
Bosnien und Herzegowina	48
Mazedonien	21
Montenegro	7

³⁶⁾ Da auf je 70 000 Erzeuger ein Abgeordneter gewählt wird, sind für den Erzeugerrat insgesamt 214 Abgeordnete zu wählen. Hierzu kommt noch ein Abgeordneter für die Gruppe Handwerk in Montenegro, der auf Grund eines besonderen Gesetzes gewählt wird.

Für 1953 ist folgendes Sozial-Bruttoprodukt vorgesehen:

Gruppe Industrie	609 809 Mill. Dinar	= 62,9 Prozent
Gruppe Landwirtschaft	323 454 „	= 33,3 Prozent
Gruppe Handwerk	36 074 „	= 3,7 Prozent

Da jede Erzeugergruppe so viele Abgeordnete erhält, wie es ihrem prozentualen Anteil am Sozialprodukt entspricht, werden sich die 214 Abgeordneten auf die drei Gruppen wie folgt verteilen:

Gruppe Industrie	134 Abgeordnete
Gruppe Landwirtschaft	72 „
Gruppe Handwerk	8 „

Diese Abgeordneten verteilen sich auf die Republiken wie folgt:

	Industrie	Landwirtschaft	Handwerk
Serbien	38	31	8
Kroatien	36	16	2
Slowenien	22	4	1
Bosnien u. Herzegowina	29	12	1
Mazedonien	6	6	1
Montenegro	3	2	1

³⁷⁾ Insbesondere haben die Zwitterigkeiten zwischen Serben und Kroaten in den letzten dreißig Jahren die Einheitlichkeit des Staatsgefüges gefährdet. Vgl. M. Braun: „Die Slawen auf dem Balkan“, Leipzig 1941, S. 232, und K. Schilling: „Die Entstehung des jugoslawischen Staates“, Dresden 1939, S. 18.

³⁸⁾ E. Kardelj: „Die gesellschaftlich-wirtschaftlichen und politischen Grundsätze des Verfassungsgesetzes“ in *Bulletin* Nr. 4, S. 42.

³⁹⁾ Von den Mitgliedern des Bundes-Vollzugsrates sind 21 Serben, 9 Kroaten und 4 Slowenen.

⁴⁰⁾ Die Kompetenz des Bundes-Vollzugsrates gleicht sehr derjenigen des Allrussischen Zentralexekutivkomitees. Vgl. Art. 31 bis 35 der Verfassung RSFSR von 1918.

⁴¹⁾ Eine analoge Bestimmung enthält Art. 41 der Verfassung der RSFSR: „Alle Bestimmungen und Beschlüsse des Rates der Volkskommissare von großer allgemein-politischer Bedeutung werden... zur Genehmigung dem Allrussischen Zentralexekutivkomitee unterbreitet.“ Dieses Verhältnis der Verwaltungsorgane zu dem Zentralexekutivkomitee ist dem jugoslawischen System sehr ähnlich. Vgl. Art. 37—42, 46—47 der Verfassung der RSFSR von 1918.

⁴²⁾ Die autonomen Einheiten sind historisch entstanden und nicht national bedingt.

Die Bedeutung des neuen jugoslawischen Verfassungsgesetzes in jugoslawischer Sicht

Von Dr. J. Djordjevic, Professor an der juristischen Fakultät der Universität Belgrad

Das neue Bundesverfassungsgesetz verbindet alle bisherigen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in Jugoslawien zu einem System. In diesem Sinne kann man sagen, daß das Verfassungsgesetz, das im Einklang mit dem objektiven wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsstand Jugoslawiens und seiner Stellung in der Welt steht, den Veränderungsprozeß in der politischen und gesellschaftlichen Ordnung Jugoslawiens nunmehr abrundet.

Dieses Verfassungsgesetz besteht aus zwei Grundteilen, dem grundsätzlichen und dem organisatorischen Teil. Der erste Teil, der den Titel „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ trägt, enthält wichtige Bestimmungen, die sich auch auf die Festlegung der Grundlagen für die neue politische und gesellschaftliche Ordnung beziehen. Diese Grundlagen sind Gesellschaftseigentum an den Produktionsmitteln, Selbstverwaltung der Produzenten in der Wirtschaft und Selbstverwaltung der Werktätigen in den Gemeinden, Städten und Kreisen. Das Verfassungsgesetz proklamiert zugleich als neues Verfassungsrecht das Selbstverwaltungsrecht der Werktätigen, das heißt der Ar-

beitskollektive und der Staatsbürger im Bildungswesen, in der Kultur und in den gesellschaftlichen Diensten, wie Schutz der Volksgesundheit, Sozialversicherung, Sozialfürsorge und so weiter. Das Gesetz garantiert gleichzeitig den Werktätigen das Recht auf freie Vereinigung zur Wahrnehmung gemeinsamer demokratischer, politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, bildungsmäßiger, kultureller, fachlicher und sonstiger Interessen. Auch die persönliche Freiheit und die sonstigen grundlegenden Rechte der Menschen und Staatsbürger werden durch die Verfassung garantiert.

Man war bemüht, im Verfassungsgesetz neben diesen allgemeinen Bestimmungen über die Selbstverwaltung der Produzenten und der Werktätigen auch eine Skala konkreter Rechte, Vollmachten und materieller Mittel festzulegen, die ermöglichen, daß die Selbstverwaltung ein Teil der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit wird. Die Skala dieser Rechte ist nicht vollständig, aber sie kennzeichnet den Umfang und die Tragweite der Selbstverwaltung in Jugoslawien. Die Selbstverwaltung der Produzenten gibt die-

sen das Recht, die Gesellschaftsmittel zu verwalten und nicht nur über die Verteilung eines bestimmten Teiles aus dem Einkommen der Wirtschaftsorganisationen zu verfügen, sie gibt ihnen auch das Recht, über die Produzentenräte über die Verabschiedung der Wirtschaftspläne, der Gesetze und der sonstigen Beschlüsse der Vertretungskörperschaften mitzuentcheiden, durch die der grundlegende Verwendungszweck des Teiles vom Mehrprodukt festgelegt wird, der aus der Wirtschaft zur Deckung allgemeiner Gesellschaftsbedürfnisse und -interessen abgezweigt wird.

Die Selbstverwaltungsrechte der Werktätigen in den Gemeinden, Städten und Kreisen und in den Institutionen sind groß genug, um auch die Initiative und die Mitarbeit aller Volksschichten in der lokalen Verwaltung und der Tätigkeit der Institutionen ohne Einmischung der zentralen Verwaltungsorgane einzuschließen. Das Verfassungsgesetz verliert sich dabei nicht in romantische und letztlich anarchistische Konzeptionen, die darauf ausgehen, die Selbstverwaltung dem einheitlichen Wirtschaftssystem und der einheitlichen sozialistischen Entwicklung des Landes entgegenzustellen. Das Gesetz bestimmt vielmehr ausdrücklich, daß die Selbstverwaltung der Produzenten und der Werktätigen mit den Gesetzen, Gesellschaftsplänen und sonstigen Beschlüssen der Vertretungskörperschaften, des Volksparlaments und der Volksausschüsse, im Einklang stehen muß. Durch die Selbstverwaltungsrechte der Produzenten werden die Wirtschaftsorganisationen zu Wirtschaftseinheiten und juristischen Personen, die von den Arbeitskollektiven verwaltet werden. Sie sind jedoch kein Eigentum der Arbeitskollektive. Das Selbstverwaltungsrecht wird im gemeinsamen, einheitlichen Interesse der produzierenden Kollektive und der gesellschaftlichen Gemeinschaft ausgeübt und muß in diesem Sinne ausgeübt werden. Mit der Selbstverwaltung der Werktätigen in Gemeinden, Städten und Kreisen werden die Volksausschüsse und die sonstigen Formen der unmittelbaren Selbstverwaltung zur Grundlage des Staatssystems. Die Volksausschüsse werden jedoch nicht zu absoluten Herrschern in ihren Gebieten, sondern zur Grundlage eines einheitlichen Machtsystems, das im Einklang mit den festgelegten Rechten und den gemeinsamen Verpflichtungen sowohl der örtlichen als auch der zentralen Machtorgane arbeitet.

Das erste Kapitel des Verfassungsgesetzes stellt eine neue Rechtserklärung dar. Wenn es auch nicht alle Rechte des Menschen und der Werktätigen umfaßt, so formuliert es doch zum ersten Male die neuen Rechte, die auf der Grundlage des Sozialismus erwachsen. Dies sind die Rechte der Werktätigen auf Verwaltung in der Wirtschaft, im Staat und in der Gesellschaft. Diese neuen Rechte sind zugleich politisch und wirtschaftlich und bilden eine der Grundlagen für die sozialistische Demokratie. Während alle

früheren Rechtserklärungen Akte im Prozeß der Befreiung des Menschen in der politischen Sphäre darstellten oder die Unvollständigkeit der politischen Rechte durch gewisse soziale und wirtschaftliche Rechte verkündeten, stellt diese jugoslawische Rechtserklärung einen entschlossenen Akt im Prozeß der sozialen Befreiung des Menschen dar. Darin liegt ihre große Bedeutung für den Gesellschaftsgedanken und für den Kampf der Menschheit um die endgültige Befreiung des Menschen von jeglicher Ausbeutung, wie sie von den verschiedenen Klassen- und Eigentumssystemen in der Welt geschaffen wurde.

Der zweite, organisatorische Teil des Verfassungsgesetzes behandelt folgende Fragen: Verhältnis zwischen dem Bund und den Volksrepubliken und die Struktur der Macht im Bund und in den Volksrepubliken.

Jugoslawien ist ein Bundesstaat, und für seine innere Organisation ist die Frage des Verhältnisses zwischen dem Bund und den Bundeseinheiten, den Volksrepubliken, wichtig. Das Verfassungsgesetz widmet daher dieser Frage besondere Aufmerksamkeit. Man war bestrebt, im Verfassungsgesetz die Rechte und Pflichten der Föderation klar festzulegen. Unter diesen Rechten zählt das Verfassungsgesetz auf:

- a) Schutz der Unabhängigkeit Jugoslawiens als Ganzes, Organisation der Streitkräfte und der Landesverteidigung, Schutz der gesellschaftlichen und politischen Ordnung, Regelung und Aufrechterhaltung der internationalen Beziehungen;
- b) Sicherung der Einheitlichkeit in der sozialistischen Gesellschaftsordnung und im Rechtswesen sowie im Wirtschaftssystem und in der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft als Ganzes;
- c) Schutz der Selbstverwaltung der Produzenten und der Staatsbürger, Schutz der demokratischen Freiheiten, der Menschenrechte und des Rechtsstaates.

Die Durchführung der Bundesgesetze und die sonstigen Vollzugsgeschäfte fallen in der Regel den Volksrepubliken und den Volksausschüssen zu, lediglich mit Ausnahme der Gesetze, die Geschäfte aus der ausschließlichen Zuständigkeit des Bundes betreffen oder die durch Gesetz den Bundesorganen zur Durchführung übertragen wurden, wobei aber dieses Gesetz mit den in der Verfassung niedergelegten Rechten und Pflichten des Bundes übereinstimmen muß. Die Verfassung überträgt die Garantie dieses föderalen Gleichgewichtes nicht dem Gericht, sie ermöglicht aber den Volksrepubliken, vor dem Bundes-Volksparlament die Verfassungsmäßigkeit jedes Bundesgesetzes anzufechten.

Das entscheidende Neue der jugoslawischen Föderation liegt nicht nur im Verhältnis zwischen Bundesorganen und Volksrepubliken, sondern auch in der Garantie der Selbstverwaltung der Volksausschüsse. Die Volksausschüsse sind laut Verfassung die grundlegenden Machtorgane, die Machtorgane der Volksrepublik haben daher nur diejenigen Rechte und

Pflichten, die in der Verfassung der Republik niedergelegt sind. Das Verfassungsgesetz garantiert das Mindestmaß an Selbstverwaltung der Volksausschüsse, indem es deren Grundrechte aufzählt. Die Bundes- und Republikorgane treten in gewissem Sinne als ausführende Organe auf. Die Werktätigen übertragen ihnen die Geschäfte von gemeinsamem Interesse, behalten aber in den lokalen Gemeinschaften ihre souveränen Rechte. Andererseits sieht die Verfassung eine gewisse Verknüpfung zwischen den Bundes- und Republikorganen der Macht vor, die in einem System selbständiger und miteinander verbundener Funktionen in Wahrheit die zentralen Machtorgane darstellen.

In der Organisation der föderalen Macht bringt das Verfassungsgesetz wichtige Neuerungen. Ausgehend vom Grundsatz der Einheitlichkeit der Macht, betont das Gesetz, daß das Bundes-Volksparlament alle Rechte des Bundes entweder unmittelbar oder mittelbar über den Präsidenten der Republik und den Bundes-Exekutivrat als seine Vollzugsorgane ausübt, während bestimmte unmittelbare Vollzugsgeschäfte, so die Verwaltung, in der Verfassung auf die Bundesverwaltung übertragen werden, also auf die Staatssekretariate und die sonstigen Verwaltungsorgane. Ausschließlich zuständig ist das Bundes-Volksparlament sowohl für die Bundesgesetzgebung, den Bundesgesellschaftsplan und den Bundeshaushaltsplan als auch für Wahl und Abberufung des Präsidenten der Republik und des Bundes-Exekutivrates sowie für die Entscheidung über die Grundrichtung der Innen- und Außenpolitik. Diese Geschäfte, die Ausübung der Funktionen in der Vertretung des Staates, in der Sicherung des politischen Einflusses und der Kontrolle des Bundes-Volksparlaments über die Bundesverwaltung überträgt das Bundes-Volksparlament dem Präsidenten der Republik und dem Bundes-Exekutivrat. Der Präsident der Republik vertritt das Land gegenüber dem Ausland, er ist zugleich Vorsitzender des Bundes-Exekutivrates und Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht. Der Bundes-Exekutivrat ist ein kleines Volksparlament, eine Art ständigen politischen Arbeitskomitees. Er ist zuständig für die politischen Exekutivfunktionen, während die Bundesverwaltungsorgane sich mit dem verwaltungstechnischen Teil dieser Funktionen befassen. Auf die gleichen Prinzipien gründet sich auch die Organisation der Macht in den Volksrepubliken. Der entscheidende Unterschied liegt jedoch darin, daß es in den Volksrepubliken keinen Präsidenten der Republik gibt und alle politischen Exekutivfunktionen vom Republik-Exekutivrat ausgeübt werden. Dies ist auch verständlich, da sich die Kombination des individuellen und des kollektiven Prinzips im Aufbau der Exekutivorgane des Bundes-Volksparlaments aus der Art der Exekutivfunktionen ergibt, die nur der Bund hat. Das Bundesverfassungsgesetz überläßt es den Volksrepubliken, in ihren eige-

nen Verfassungsgesetzen Aufbau, Zuständigkeit und Arbeitsgebiete der Republikorgane der Macht im Einklang mit den Grundsätzen der Bundesverfassung auszuarbeiten.

Das Verfassungsgesetz legt jedoch außerdem noch fest, daß sowohl das Bundes-Volksparlament als auch die Republik-Volksparlamente um eine neue Vertretung erweitert werden, nämlich den Produzentenrat. Der Produzentenrat nimmt gleichberechtigt mit dem Politischen Haus an der Behandlung der wichtigsten Fragen aus der Zuständigkeit der Volksrepubliken teil. Das Politische Haus, das von allen Staatsbürgern über 18 Jahre gewählt wird, bleibt auch weiterhin das wichtigste Haus im Volksparlament. Der Produzentenrat ist eine logische Fortsetzung der Selbstverwaltung der Produzenten in der Wirtschaft. In der Arbeit des Volksparlaments vereint er die politische und die wirtschaftliche Demokratie, indem er dem demokratischen Bund der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern eine neue Grundlage für die Zusammenarbeit und für die Weiterentwicklung der Demokratie, des Sozialismus und der Produktivkräfte des Landes gibt. Erwähnt werden muß auch die Bestimmung der Verfassung über die Ausschüsse des Volksparlaments, die in gewisser Weise die Kontinuität in der Arbeit sowohl des Volksparlaments als auch seiner Kontrolle über die gesamte Verwaltung und die Vertretungskörperschaften und -institutionen sicherstellen sollen. Das Gesetz beseitigt jene Verquickung von Exekutiv- und Legislativ-Funktionen, die zum Beispiel in der Sowjetunion dazu führte, daß die Obersten Sowjets in der Hauptsache aus der Bürokratie der Staatsverwaltung zusammengesetzt sind. Niemand, der in der Staatsverwaltung arbeitet, kann zugleich Abgeordneter sein. Die umfangreicheren Rechte des Volksparlaments erfordern auch eine umfangreichere Arbeit der Abgeordneten und eine gewisse Professionalisierung der Abgeordneten.

Das neue Verfassungsgesetz setzt mit seinem Inkrafttreten acht Abschnitte der zur Zeit geltenden Bundesverfassung außer Kraft. Es sind dies die Abschnitte VI bis XII und XV. Außerdem ersetzen die neuen Verfassungsbestimmungen auch verschiedene Bestimmungen aus den übrigen Kapiteln der bestehenden Verfassung, die sonst nicht ausdrücklich aufgehoben sind. Dabei werden viele Bestimmungen ergänzt, weitergeführt und zum Teil auch aufgehoben. Die neue jugoslawische Verfassung wird unter Berücksichtigung aller dieser Tatsachen aus den verbleibenden Teilen der bestehenden Verfassung und dem neuen Verfassungsgesetz bestehen.

Eine völlig neue Verfassung konnte zur Zeit noch nicht erlassen werden, und zwar nicht nur aus subjektiven, sondern auch aus objektiven Gründen. Obgleich die Bundesverfassung zusammen mit den Republik-Verfassungen die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in Jugoslawien in gewissem Sinne

abschließt und abrundet, sind doch noch nicht alle Voraussetzungen und alle Elemente eines vollkommeneren Systems in der Praxis verwirklicht und auch theoretisch noch nicht endgültig erkannt. Selbst wenn alle diese Voraussetzungen bereits erkannt wären, so wären sie doch in der Praxis noch nicht genügend erprobt, um sie als Verfassungsgrundsätze formulieren zu können. Schließlich läßt sich sagen, daß dem derzeitigen Entwicklungsstand im Aufbau einer sozialistischen Demokratie in Jugoslawien auch ein allmählicher Ausbau der Verfassungsordnung entspricht, der im Einklang steht mit dem Heranreifen seiner Grundlagen und seiner Institutionen sowohl in der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit als auch im Bewußtsein der jugoslawischen Staatsbürger. Da Jugoslawien sich inmitten tiefer Umwälzungen in den Gesellschaftsverhältnissen befindet, können sich im übrigen auch einige Voraussetzungen und Forderungen des Entwurfes in der Praxis nicht nur als unzureichend, sondern sogar auch als unrichtig erweisen. Die künftige Entwicklung der sozialistischen Demokratie in Jugoslawien kann und wird zweifellos noch reichere Formen auf dem Wege zur Schaffung einer vollkommeneren demokratischen Ordnung und einer freieren und stärker entwickelten gesellschaftlichen Gemeinschaft erbringen als die, in der sich Jugoslawien heute befindet.

Das Verfassungsgesetz ist keine Kabinettsarbeit. Es wurde geschaffen, um die grundlegenden Errungenschaften und Institutionen der heutigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Jugoslawien zu einem System zu verbinden. Es ist natürlich keine einfache Rechtsregistrierung, denn dann bliebe es bereits hinter der heutigen Entwicklung selbst zurück. Als Grundgesetz enthält es die grundlegenden Prinzipien und Voraussetzungen, die eine weitere fortschrittliche Entwicklung jener Prinzipien und Institutionen ermöglichen und erleichtern, die es aus der Praxis übernommen, verallgemeinert und denen es Gesetzeskraft verliehen hat. Obwohl einzelne seiner Bestimmungen nach ihrem Charakter und ihrer Bedeutung in die Kategorie von Deklarationen über die neuen Rechte und Prinzipien der sozialistischen Demokratie gehören, ist das Verfassungsgesetz frei von jeglichen Deklamationen. Vom Standpunkt des Verhältnisses zwischen Wirklichkeit und Recht betrachtet, ist das Verfassungsgesetz ein grundsätzlicher und realistischer Rechtsakt.

Das Verfassungsgesetz ist als Konzeption und in seinen zahlreichen Lösungen ein Werk der wissenschaftlichen und politischen Schaffenskraft der jugoslawischen Menschen. Weder in den bestehenden Verfassungen noch in den bestehenden und bereits ausgearbeiteten politischen und juristischen Theorien hatte Jugoslawien bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes irgendwelche unmittelbaren literarischen Beispiele. Dies bedeutet jedoch nicht, daß das

neue Verfassungsgesetz erfunden sei und losgelöst sowohl von der Entwicklung als auch von der heutigen Stufe des gesellschaftlichen Denkens und der Verfassungspraxis stehe. Die grundlegenden theoretischen und politischen Voraussetzungen des Gesetzes gehen vielmehr von der Annahme und der theoretischen Bearbeitung der wissenschaftlichen Feststellungen aus der marxistischen Theorie über Gesellschaft und den sozialistischen Staat aus. Einzelne demokratische Errungenschaften Frankreichs, Amerikas, der Oktoberrevolution sowie der Pariser Kommune übernahm das Gesetz ebenfalls, verarbeitete und ergänzte sie. Es berücksichtigte sowohl die positive als auch die negative Praxis der einzelnen heute bestehenden Verfassungssysteme. Obgleich das Verfassungsgesetz eine eigene jugoslawische Schöpfung ist, stellt es doch nicht ein Werk eines isolierten gesellschaftlichen Gedankens und einer isolierten gesellschaftlichen Praxis dar. Es knüpft an an die wissenschaftlichen Errungenschaften und die Erfahrung der fortschrittlichen menschlichen Schöpfungen auf dem Gebiet der Theorie und Praxis des Staatsaufbaus und des Staatsmechanismus.

Weder erfindet das Verfassungsgesetz eine sozialistische Demokratie überhaupt noch verkündet es einen Idealzustand, eine Utopie, der sich die Wirklichkeit anpassen muß, es kodifiziert und sanktioniert vielmehr die bereits bestehenden Gesellschaftsverhältnisse in Jugoslawien und ist bestrebt, durch neuere und vollkommener Institutionen und gesellschaftliche und politische Formen die freie Entwicklung des Sozialismus und der Demokratie zu ermöglichen. Seine gesellschaftliche Bedeutung liegt gerade darin, daß es eines der Instrumente sein soll, die eine weitere Befreiung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kräfte ermöglichen und erleichtern, jener Kräfte, die nach ihrer inneren Logik sozialistisch und demokratisch sein müssen.

In der bestehenden Verfassung ist das Gesetz einer vollständigeren Demokratie als politisches System zum Gesetz erhoben. Das Verfassungsgesetz ist jedoch nur Ausdruck einer Stufe im Aufbau der sozialistischen Demokratie. Diese Stufe ist festgelegt und ergibt sich aus den objektiven und subjektiven Bedingungen, die in der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung jetzt erreicht wurden. Hieraus folgt, daß im augenblicklichen Stand der Verwirklichung des Sozialismus und der Demokratie in den verschiedenen Gebieten und Institutionen der heutigen gesellschaftlichen und politischen Ordnung in Jugoslawien Unterschiede bestehen. Die heute erreichte Entwicklungsstufe muß zugleich auch das Entstehen, die Festigung und die weitere Entwicklung neuer und vollkommener sozialistischer Verhältnisse und demokratischer Institutionen und Formen für die Selbstverwaltung der Werktätigen ermöglichen. Das bedeutet, daß das Verfassungsgesetz Ausdruck und Werk eines politischen Realismus ist.

Probleme der Französischen Union

Sechster Teil

Von Professor Raymond-Jean Guiton, Paris

Der nordafrikanische Raum: II. Tunesien

Allgemeine wirtschaftspolitische Uebersicht

Im allgemeinen steht Tunesien den gleichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen gegenüber wie Algerien. Aber der Rahmen, in dem diese Probleme gelöst werden müssen, ist kleiner, die tunesische Wirtschaft ist nicht so leistungsfähig, und gewisse gegensätzliche Positionen treten schärfer hervor. In den politischen Beziehungen zwischen Tunesien und Frankreich herrscht seit etwa drei Jahrzehnten eine Spannung, die sich in jüngster Zeit gefährlich gesteigert hat und die Entwicklung im Protektorat geradezu als einen Gradmesser für die Erschütterungen erscheinen läßt, denen die nordafrikanischen Besitzungen Frankreichs ausgesetzt sind.

Bevölkerung

Tunesiens Bevölkerung wurde 1881 auf andert-halb Millionen geschätzt. Bis zur Zählung von 1946 war sie auf 3 250 000 angestiegen. Die Besiedlungsdichte ist sehr unterschiedlich. Im Tellgebiet schwankt sie zwischen 20 und 40 Einwohnern je Quadrat-kilometer. In trockenen und weniger fruchtbaren Gegenden kann sie stellenweise 200 Einwohner je Quadratkilometer erreichen.

Die berberischen Dialekte sind durch die arabische Sprache verdrängt worden. Die Mohammedaner leben von Ackerbau und Viehzucht; sie haben im Steppengebiet ihr früheres Nomadendasein zum Teil beibehalten. Auf den großen landwirtschaftlichen Betrieben und in den Industriezentren sind sie in den modernen Arbeitsprozeß eingegliedert worden.

Etwa die Hälfte der in Tunesien ansässigen Juden¹ lebt in Tunis selbst. Die Juden spielen im Geschäftsleben und in den freien Berufen eine bedeutende Rolle. Bei der Zählung von 1946 wies die europäische Kolonisation 140 000 Franzosen und 85 000 Italiener auf. Ungefähr zu zwei Drittel haben sich die Kolonisten ebenfalls in Tunis und dessen näherer Umgebung niedergelassen².

Landwirtschaft

Im Jahre 1881 waren nur 500 000 Hektar Ackerland bewirtschaftet, im allgemeinen durch Erbpächter, die sich sehr rückständiger Mittel bedienten. Heute sind es 3 650 000 Hektar. Sie stellen aber noch nicht die Hälfte der für die Landwirtschaft nutzbaren

Fläche in einem Lande dar, das die Kornkammer des antiken Rom gewesen ist³.

Die landwirtschaftliche Kolonisation hat in den ersten Jahrzehnten nach der Errichtung des Protektorates⁴ einen betont spekulativen Charakter aufgewiesen. Weniger als 50 französische Kapitalisten vermochten mittellosen tunesischen Feudalherren 400 000 Hektar besten Ackenbodens abzukaufen, die sie dann unverändert — zum größten Teil an Kolonialgesellschaften — mit beträchtlichen Gewinnen weitergaben. Nach 1895 wurde die Ansiedlung französischer Kolonisten durch den französischen Staat gefördert, der einen Ausgleich für die italienische Kolonisation schaffen wollte, und in geregelte Bahnen gelenkt. Dazu wurde Ackerland bereitgestellt, indem wertvolle Flächen beschlagnahmt wurden, für die keine individuellen Eigentumsrechte nachgewiesen werden konnten⁵. Die tunesischen Erbpächter oder Nießbraucher wurden vertrieben. Die Tunesier erhielten kleine Parzellen, die bei ihren primitiven Bewirtschaftungsmethoden oft nicht ausreichten. Sie mußten daher als Tagelöhner bei den Kolonisten eine Beschäftigung suchen. Diese Verdienstmöglichkeit verloren jedoch viele unter ihnen, als nach dem Ersten Weltkrieg die einsetzende Mechanisierung Einsparungen an Arbeitskräften erlaubte. Zur Zeit befinden sich in europäischen Händen zwei Millionen Hektar. Davon besitzen 3000 französische Kolonisten allein die Hälfte. Die Italiener, die etwa 50 Prozent der europäischen Siedler ausmachen, sind im allgemeinen kleine Weinbauern. Bei den restlichen 1 650 000 Hektar sind nicht nur der tunesische Großgrundbesitz, sondern auch die Flächen zu berücksichtigen, die nur in Abständen angebaut werden⁶.

Industrie und Handel

Auf der Landwirtschaft baut sich der wichtigere Teil der tunesischen Industrie auf. Die Baustoff- und die Bauindustrie sind durch den Modernisierungsplan gefördert worden. Sie haben der Beseitigung der Kriegsschäden eine günstige Konjunktur zu verdanken gehabt. Dagegen hat der Bergbau den Stand von 1938 nicht wieder erreicht. Die Erdölgewinnung steht vorläufig noch im Stadium der Forschung⁷.

Dem Modernisierungsplan⁸ wurden grundsätzlich die gleichen Ziele gesetzt wie in Algerien. An seiner Finanzierung hat Tunesien selbst für die Jahre 1949,

1950 und 1951 nur zu 16,7 Prozent beigetragen. Von den 60,1 Milliarden ffrs., die aus auswärtigen Mitteln bereitgestellt wurden, entfielen u. a. 29,4 Milliarden auf den Modernisierungsfonds (darunter 6,188 Milliarden aus der Marshall-Hilfe), 1,8 auf eine ausländische Anleihe, 9,3 auf Subventionen des französischen Haushaltes und 8 Milliarden auf Vorschüsse der französischen Staatsbank. Während derselben Zeitspanne dürften die Privatinvestitionen etwa 25 Milliarden betragen haben, d. h. rund ein Drittel der von der öffentlichen Hand investierten Summen.

*Die Errichtung des französischen Protektorats
im Jahre 1881*

Fortschrittlichen Tendenzen war Tunesien, dessen Universität Zitouna als ein geistiges Zentrum der islamischen Kultur gilt, bereits vor der Errichtung des Protektorats zugänglich gewesen. Die Hussein-Dynastie hatte es unter einer nominell gewordenen türkischen Herrschaft zur Eigenstaatlichkeit geführt. Bereits 1857 hatte *Mahmoud Bey* in einem „Grundlegenden Pakt“ eine Art Verkündung der Menschenrechte vorgenommen. Sein Nachfolger *Sadok Bey* hatte 1861 dem tunesischen Volke eine Verfassung gewährt, die allerdings 1864 wegen des Widerstandes des Hochadels außer Kraft gesetzt worden war.

Unter dem Einfluß der Türken, die bereits im 16. Jahrhundert einen Staatsapparat nach modernen Gesichtspunkten geschaffen hatten, waren in Tunesien die Ansätze zu einer durchorganisierten Verwaltung erzielt worden, die als Rückgrat für die Herrschaft des Beys dienen sollten. Als jedoch französische Truppen von Algerien aus zur Bestrafung von Räuberbanden nach Tunesien vordrangen, war die Autorität des Beys in den entfernteren Teilen des Landes problematisch geworden. Das französische Protektorat wurde durch den *Vertrag von Le Bardo* (12. Mai 1881) errichtet. Zunächst bestätigte Frankreich den ausländischen Mächten die Vorrechte, die sie auf den Gebieten des Handels und der Rechtsprechung genossen. Nachdem es seine Position als Kolonialmacht gefestigt hatte, gelang es ihm in den Jahren 1896 und 1897, die Mächte zum Verzicht auf diese Vorrechte zu bewegen, die es gegebenenfalls durch direkte Vereinbarungen mit ihnen ersetzte. Nur mit Italien, das 1868 einen auf 28 Jahre befristeten Vertrag mit Tunesien geschlossen hatte, erwiesen sich die Verhandlungen als unbefriedigend⁹.

Die Vereinbarungen von La Marsa

Der Vertrag von Le Bardo wurde durch die Vereinbarungen von La Marsa (1883) erweitert, die Frankreich die Uebernahme der direkten Verwaltung ermöglichten. Durch diese Vereinbarungen wurde das Protektorat zu einer juristischen Fiktion; nicht nur auf den Gebieten der äußeren Sicherheit und der Diplomatie hatte der Bey in entscheidende Ein-

schränkungen seiner Souveränität eingewilligt, sondern auch auf allen anderen Gebieten der Staatsführung hatte er zugunsten Frankreichs auf die Ausübung der Hoheitsrechte des tunesischen Staates Verzicht geleistet. Es liegt freilich auf der Hand, daß diese Entwicklung aus keinem freien Uebereinkommen zwischen de facto gleichberechtigten Partnern hervorging, sondern dem Bey durch das Verhältnis der Kräfte aufgezwungen wurde. Wenn heute die Grundlagen zum Zustandekommen einer echten Partnerschaft zwischen Tunesien und Frankreich erörtert werden, können die vertraglichen Verpflichtungen, die den Rahmen zur Errichtung und Festigung der französischen Herrschaft bildeten, nur insofern positiv gewürdigt werden, als sie für die kolonialisatorischen Leistungen Frankreichs die Voraussetzungen schufen. Besonders für die weitere Aufrechterhaltung des Status quo kann die Berufung auf durch Gewalt erzwungene Verträge keine ausreichende Handhabe liefern. Im Unterschied zu Algerien, das nach der Landnahme aufhörte, ein Staat zu sein, haben jedoch die Beibehaltung der Dynastie und die juristische Fiktion des Protektorats für Tunesien den Vorteil gehabt, daß es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung als ein Staat auftritt, der zeitweise an der Ausübung seiner Souveränitätsrechte verhindert wurde, ohne jedoch seinen Anspruch auf sie verwirkt zu haben. Die gerechte Lösung dürfte heute auf halbem Wege liegen zwischen den Ansprüchen, die sich französischerseits aus der Fiktion eines aus freiem Uebereinstimmen errichteten Protektorats ergeben, und denjenigen, die tunesischerseits von der Unterstellung abgeleitet werden, daß die abendländischen Mächte es bereits 1881 mit einem politisch ebenbürtigen Partner zu tun gehabt hätten.

Entstehung der Parteien und Gewerkschaften

Die Tunesier zeigten sich für das aufklärerische Gedankengut der französischen Republik durchaus aufgeschlossen. Sie gründeten bereits 1907 eine *Fortschrittpartei*, die mit den türkischen Erneuerungsbemühungen gleichlief und für das tunesische Volk die Lizenz forderte, von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Damals schon wurden die Vereinbarungen von La Marsa eher als der Vertrag von Le Bardo angefochten. Auch die konservativ-islamischen Kreise stießen 1919 zur Opposition gegen Frankreich, als dies seine Absicht kundtat, für die Ansiedlung französischer Kolonisten Gebiete freizugeben, die zwar bisher nicht bewirtschaftet worden waren, aber den mohammedanischen Orden gehörten. Konservative und Progressisten wandten sich gemeinsam an Präsident *Wilson* und an die Friedenskonferenz. Scheik *Abd El Aziz Taalbi* veröffentlichte ein Pamphlet: „La Tunisie martyre“.

Für die Verquickung nationaler und sozialer Be-

lange, die in Tunesien seit dem Ersten Weltkrieg in weit größerem Maße vollzogen wurde als in den anderen nordafrikanischen Gebieten und sogar in allen anderen überseeischen Besitzungen Frankreichs mit Ausnahme des Vietnam, ist es kennzeichnend, daß die *Tunesische Föderation der Sozialistischen Partei Frankreichs* bereits 1919 gegründet wurde und die *Kommunistische Partei* sich 1920 installierte. Die erste *Gewerkschaft* wurde 1920 errichtet, obgleich die gewerkschaftlichen Koalitionsrechte den Tunesiern theoretisch erst 1932 gewährt wurden. Die Spaltung zwischen den kommunistischen und nichtkommunistischen Gewerkschaften erfolgte 1925.

Die 1920 ins Leben gerufene *Destour-Partei*¹⁰ machte sich die Forderungen der Fortschrittspartei zu eigen. Sie trat für die Bildung einer verantwortlichen parlamentarischen Regierung unter dem Vorsitz des Beys, für die Beteiligung tunesischer Beamter an der Exekutive und für den Ausbau des Volksschulunterrichts ein. Sie blieb der Dynastie treu. Ein beträchtlicher Teil ihrer Mitglieder stand auf dem Boden der islamischen Orthodoxie, andere übernahmen die „laizistische Mystik“ der französischen Republik. Die Destour-Partei wahrte Jahre hindurch eine gewisse Reserve, weil die Linke sich in der Führung befand. Sie konnte die autonomistischen Bestrebungen der Linken nicht verurteilen, sie konnte aber deren marxistisches Bekenntnis, deren Kampfansage an den Großgrundbesitz und deren Verbrüderung mit den gleichgesinnten französischen Parteien nicht billigen.

Vom Anfang an hatte eine enge Verbindung zwischen der Destour-Partei und dem Bey bestanden. Der Bey hatte sich ihre Forderungen zu eigen gemacht, als er 1922 bei Generalresident Lucien Saint die Errichtung eines Hohen Rates (Grand Conseil) durchsetzte. Dieser Hohe Rat erhielt beratende Befugnisse in Finanzfragen. Er bildete eine tunesische Fraktion mit 41 Abgeordneten und eine französische Fraktion mit 56. Die Fraktionen berieten und stimmten getrennt ab.

Die Spaltung der Destour-Partei im Jahre 1934 als Auftakt zur Intensivierung der autonomistischen Bestrebungen

Auf die Reform von Lucien Saint folgte eine Ära wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Erstarrung der Fronten. Der Einfluß der arabischen Renaissance machte sich in zunehmendem Maße bemerkbar. Er hatte 1934 eine Spaltung innerhalb der Destour-Partei zur Folge. Die *Altdestour-Partei* nahm fortan einen islamisch-konservativen Standpunkt ein, der mit demjenigen der algerischen „Oulemas“ weitgehend übereinstimmte. Sie unterhielt enge Beziehungen zu den gleichgesinnten Kreisen Ägyptens und des Nahen Ostens. Die *Neodestour-Partei* entwickelte sich zu einer in ihren

Zielsetzungen gemäßigten, wenn auch in ihren Methoden oft extremistischen und revolutionären Linksbewegung, die mit der algerischen Manifestpartei verglichen werden kann. Zunächst wurden Dr. Materi zu ihrem Vorsitzenden und der Rechtsanwalt Habib Bourguiba zu ihrem Generalsekretär. In der Führung ebenso wie in der Anhängerschaft haben viele Neodestourianer den islamischen Glauben verloren. Andere haben sich die fortschrittlichen Tendenzen zu eigen gemacht, die nach dem Zweiten Weltkrieg besonders deutlich in dem linken Flügel der panislamischen Bewegung zutage traten¹¹. Die Neodestour strebte in den dreißiger Jahren die Errichtung eines parlamentarischen Regimes nach westlichem Vorbild und die Durchführung sozialer Reformen an. Sie forderte die innere Autonomie Tunesiens. Heute tritt sie für die vorbehaltlose Unabhängigkeit ein. Es ist bemerkenswert, daß auch die Agnostiker in der Führung der Neodestour niemals auf die propagandistischen und politischen Mittel verzichtet haben, die ihnen die Berufung auf den Islam sowohl in Tunesien selbst als auch innerhalb der mohammedanischen Glaubensgemeinschaft liefert. Dadurch wird erklärlich, daß die Neodestour die tunesischen Gewerkschaften durchdringen und im Namen einer tunesisch-islamischen Volksbewegung auftreten konnte, ohne die Unterstützung der Linksparteien und insbesondere der Sozialisten zu verlieren.

In Tunesien ebenso wie in den anderen überseeischen Besitzungen Frankreichs hatte die Bildung der Volksfront-Regierung Hoffnungen geweckt, die sehr bald enttäuscht wurden und eine Verschärfung der antikolonialistischen Propaganda zur Folge hatten. Der Erlaß vom Juni 1937, der den Tunesiern gleichberechtigten Zugang zu den öffentlichen Ämtern gewährte, wurde nicht durchgeführt. Nach Blums Sturz, der im Juni 1937 erfolgte, nahm die Agitation der Neodestourianer einen revolutionären Charakter an. Obgleich die Altdestour-Partei sich von den Unruhen distanziert hatte, verfiel sie ebenso wie die Neodestour der Auflösung. Bourguiba wurde verhaftet und in ein Marseiller Gefängnis gebracht.

Bis 1936 hatte Frankreich in Tunesien meistens die sogenannte Politik der starken Hand angewendet. Es ist jedoch fraglich, ob diese Politik gerade in Tunesien angebracht war. Denn sie wurde gegen ein anpassungsfähiges Volk gerichtet, das alle Emanzipationsparolen aus dem Abendland und aus dem Nahen Osten gierig aufnahm — gegen ein Volk, das weniger als manches andere der Versuchung zu widerstehen vermochte, die fremde Herrschaft abzuschütteln, die es auf unbegrenzte Zeit zur Unmündigkeit verurteilte¹².

Die Kolonialpolitik der „Volksfront“

Für die Beziehungen zwischen Frankreich und Tunesien hat das Volksfront-Experiment eine Wende bedeutet, weil ursprünglich auf beiden Seiten unter den

gemäßigten Elementen der Verständigungswille vorhanden war und das Scheitern der Bemühungen um eine Liberalisierung des kolonialen Statutes die kolonialen Völker von der Aussichtslosigkeit weiterer Versuche überzeugte. Tunesien wurde zum Prüfstein der französischen Absichten gemacht. Die Bedeutung der tunesischen Frage wurde übrigens auch französischerseits durch die Reise des Unterstaatssekretärs für islamische Angelegenheiten Pierre Viénot nach Tunis unterstrichen. Wäre es damals gelungen, die Beziehungen zwischen Frankreich und Tunesien auf eine neue Grundlage zu stellen, so hätte vermutlich auch die Umwandlung des französischen Kolonialreichs in ein auf freier Partnerschaft beruhendes Commonwealth rechtzeitig eingeleitet werden können.

Wenn es heute müßig ist, Spekulationen über die damaligen Chancen einer friedlichen und gerechten Lösung des Kolonialproblems anzustellen, erscheint es dagegen als lohnend, am tunesischen Beispiel die Ursachen vom Versagen der Kolonialpolitik der Volksfront aufzuzeigen.

Die erste Volksfront-Regierung, die durch Zugeständnisse an die Liberalen (*Chautemps*) in ihrem Elan noch nicht gebrochen war, blieb nur ein knappes Jahr im Amt. Im Bereich der naturgemäß langatmigeren Kolonialpolitik war ihr die Frist nicht beschieden, die zur Durchführung eines großangelegten Programms unerlässlich gewesen wäre. Kolonialpolitische Sorgen waren vor ihren Augen auch nicht vordringlich, da die Linke von jeher daran gewöhnt war, den Nutzen, den Frankreich von seinen überseeischen Besitzungen hatte, möglichst gering zu schätzen und dafür die Forderungen der kolonialen Völker in Bausch und Bogen zu bekräftigen.

Die Volksfront besaß keine kolonialpolitische Konzeption und konnte keine besitzen, weil die Parteien, die diese Koalition gebildet hatten, sich nicht einmal über die Wahlkampagne hinaus zur praktischen Durchführung eines Sofort-Programms einigen konnten. Die Kommunisten traten für die uneingeschränkte Unabhängigkeit der überseeischen Besitzungen Frankreichs ein. Die Liberalen widersetzten sich jeglicher Erschütterung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die der europäischen Kolonisation abträglich gewesen wäre oder auch nur deren Vorrechte angetastet hätte. Die Sozialisten faßten die Liberalisierung des kolonialen Statutes im allgemeinen nur als den Abbau der Hierarchie zugunsten der Assimilation auf, die den kolonialen Völkern schrittweise auf dem Umweg über die Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen der bereits bestehenden französischen Institutionen das Recht zur Selbstbestimmung eingeräumt hätte. Im Einklang mit dem universalistischen Anspruch der aufklärerischen Demokratie neigten sie zur Verbrüderung von allen Völkern und Rassen innerhalb jenes riesigen „melting pot“, das Frankreich geheißen hätte.

In Ermangelung einer schöpferischen kolonialpoli-

tischen Konzeption beschränkte sich die Volksfront-Regierung darauf, den kolonialen Völkern Freiheiten zu gewähren, mit denen sie nichts anderes anfangen konnten, als daß sie sich ihrer zur Bekämpfung der französischen Herrschaft bedienten. Die Freiheit der Presse, die Lizenz, Demonstrationen zu veranstalten, und das Recht zur gewerkschaftlichen Betätigung waren sachlich kein Ansatzpunkt zur Lösung des Kolonialproblems, sondern nur Waffen, die Frankreich ohne Not den kolonialen Völkern in die Hand gab, damit sie am kolonialen Statut größere Änderungen erzwingen konnten, als es bedurft hätte, wenn Frankreich sich entschlossen hätte, rechtzeitig geeignete Vorschläge zu unterbreiten.

Als die enttäuschten Neodestourianer mit der revolutionären Agitation begannen, hatte bereits in Frankreich eine Reaktion gegen die Volksfront eingesetzt. Sie hatte in den überseeischen Besitzungen eine Verschärfung der hierarchischen Verhältnisse zur Folge. Generalresident *Peyrouton* kam nach Tunis zurück. Mit dem Generalstreik vom 20. November 1937 und den Unruhen, die in Tunis am 11. April 1938 stattfanden, ließ sich die Neodestour auf eine Kraftprobe ein, die sie verlor.

Die Entwicklung während des Zweiten Weltkriegs

Während der ersten Kriegsjahre wiesen die Beziehungen der Achsenmächte zur panarabischen Bewegung für die autonomistischen Bestrebungen in Tunesien um so mehr Bedeutung auf, als Italien sich von einer Lockerung der französischen Herrschaft über das Protektorat eine Gelegenheit versprach, die 1881 verpaßte Chance in zeitgemäßer Form nachzuholen. Bey *Sidi Moncef* bestieg im Juni 1942 den Thron. Im August und Oktober desselben Jahres versuchte er bereits, die schwierige Lage des damaligen Generalresidenten, Admiral *Esteva*, auszunutzen und Zugeständnisse zu erpressen. Nachdem der Bey von Admiral *Esteva* eine sehr energische Abfuhr erhalten hatte, betrachtete er sich als beleidigt und schickte sich an, die Beziehungen zu der französischen Regierung abubrechen. Aus Vichy wurde ihm aber nur eine dilatorische Antwort — kurz vor der Landung der angelsächsischen Mächte in Nordafrika — erteilt. General *Giraud* ließ ihn dann, nach Beendigung des tunesischen Feldzuges, im Mai 1943 entthronen und durch den gegenwärtigen Bey *Sidi Lamine* ersetzen.

Habib *Bourguiba* war von den deutschen Truppen aus seiner Marseiller Haft entlassen worden. Trotzdem vermied er es, persönliche Beziehungen zu den Achsenmächten aufzunehmen. Vermutlich hatte Bey *Sidi Moncef* die relative Stärke der damaligen Position Italiens, die sich auch auf die Haltung der italienischen Kolonisten in Tunesien selbst auswirkte, vorwiegend als einen Trumpf gegen Frankreich betrachtet, den er zur Erlangung der Selbständigkeit ausspielen könnte. Es hat den Anschein, als ob erst während

dieser Zeitspanne die nationaltunesische Opposition den Entschluß gefaßt hätte, sich nicht mehr mit der inneren Autonomie zu begnügen, sondern die uneingeschränkte Emanzipation zu fordern. Die nationaltunesische Opposition war der gleichen Versuchung ausgesetzt wie die vietnamesische, als Japan Kaiser *Bao-Dai* die Bildung eines unabhängigen Vietnam anbot¹³. Die Verbannung von *Moncef Bey*, der 1948 in Pau (Südfrankreich) starb, stellte für die späteren Beziehungen zwischen Tunesien und Frankreich insofern eine Belastung dar, als die Anhänger der Dynastie *Sidi Lamine* beschuldigten, den Thron usurpiert zu haben. *Bey Sidi Lamine* war zur Festigung seiner eigenen Position gezwungen, Frankreich gegenüber eine geringere Nachgiebigkeit an den Tag zu legen, als sein kompromittierter Vorgänger es unter Umständen getan hätte. Deshalb hat man sich gefragt, ob die Absetzung von *Sidi Moncef* nicht doch ein Fehler gewesen sei.

General *Mast*, der nach der Niederlage der Achsenmächte auf nordafrikanischem Boden den Posten des Generalresidenten in Tunesien übernommen hatte, führte die gleiche Assimilationspolitik durch wie die Generäle *de Gaulle* und *Catroux* in Algerien. Er bildete im Juli 1943, unmittelbar nach der Absetzung von *Sidi Moncef*, einen Ausschuß, der sich mit der Vorbereitung entsprechender Reformvorschläge zu befassen hatte. Die paritätische Besetzung der öffentlichen Ämter, die den Tunesiern durch den Erlaß vom 3. Juni 1937 gewährt worden war, wurde für die frei werdenden Stellen eingehalten. Die tunesische Fraktion des Hohen Rates wurde auf 53 Mitglieder erhöht; sie erreichte damit die Stärke der französischen Fraktion. Der Hohe Rat blieb zwar konsultativ, aber sein Zuständigkeitsbereich wurde erweitert. Die Stadt Tunis bekam einen gewählten und von Tunesiern und Franzosen paritätisch besetzten Stadtrat. Die während des Krieges rückgängig gemachte Selbstverwaltung der tunesischen Gebietskörperschaften wurde wiederhergestellt. Besondere Bemühungen wurden auf den Aufbau des tunesisch-islamischen Volksschulunterrichtes und auf die Förderung der tunesischen Landwirtschaft gerichtet. General *Mast* kündigte Anfang 1944 die Aufstellung eines Vierjahresplanes an.

Verschärfung der Gegensätze nach Ende des Zweiten Weltkrieges

Die von General *Mast* angekündigten oder auch tatsächlich durchgeführten Reformen kamen jedoch zu spät. Die Assimilationspolitik konnte die nationaltunesische Opposition nicht befriedigen, weil sie praktisch dem Zweck diene, durch geringfügige institutionelle Zugeständnisse und die Hervorkehrung eines staatlichen Paternalismus den Abbau des Protektorates aufzuhalten. Die Lage erfuhr eine weitere Zuspitzung durch die politische Säuberung, die auf die

Absetzung von *Sidi Moncef* folgte. Die nationaltunesische Opposition wurde davon betroffen, weil sie versucht hatte, die Achsenmächte gegen Frankreich auszuspielen. Aber auch die gemäßigten Kreise, die der französischen Regierung die Treue gewahrt hatten, wurden (wie in allen anderen überseeischen Besitzungen Frankreichs) der Kollaboration beschuldigt¹⁴. Die Kommunisten, die auf französischer Ebene die Sozialisten und die Volksrepublikaner übertrumpft hatten, spielten sich gleichzeitig auf tunesischer Ebene zu den Verfechtern der nationaltunesischen Belange auf. Sie maßen sich eine Rolle an, die in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung in Tunesien selbst stand. Ihr Ziel war, politisch die Neodestourianer zu überflügeln und wirtschaftlich den tunesischen Großgrundbesitz zu unterhöhlen.

Habib Bourguiba floh Ende 1945 nach Kairo, wo die Arabische Liga Absprachen mit ihm traf. Anfang 1946 setzte seitens der nationaltunesischen Opposition eine Reaktion gegen die kommunistischen Bestrebungen ein. Sie führte innerhalb der tunesischen Gewerkschaften zu einer Spaltung und zur Gründung des nichtkommunistischen Gewerkschaftsbundes UGTT¹⁵. Eine geheime Zusammenkunft aller Führer der nationaltunesischen Opposition fand dann im August 1946 unter Einschluß der UGTT in Tunis statt. Es wurde beschlossen, die uneingeschränkte Unabhängigkeit Tunesiens zu fordern.

General *Mast* antwortete im September 1946 auf den Beschluß der nationaltunesischen Opposition mit der Ankündigung weiterer Reformen, die den Tunesiern den Weg zur inneren Autonomie öffnen sollten. Die Abschaffung der direkten Verwaltung durch die Protektoratsbeamten wurde in Aussicht gestellt, eine effektive Beteiligung an den bedeutendsten Staatsämtern wurden den Tunesiern zugesichert, eine paritätisch besetzte tunesisch-französische Regierung und eine Erweiterung der Befugnisse des Hohen Rates hätten die ersten Schritte zur Errichtung eines parlamentarischen Systems auf der Grundlage der gleichen Berechtigung der tunesischen und der französischen Fraktionen dargestellt. General *Mast* wurde jedoch abberufen.

Französische Bemühungen zur Ueberwindung der Gegensätze

Vom März 1947 an versuchte der neue Generalresident *Mons*, die Kluft zu überbrücken, die sich zwischen Frankreich und der nationaltunesischen Opposition seit dem Sturz der Volksfront-Regierung gebildet und unter seinem Vorgänger vertieft hatte. Seine Bemühungen scheiterten jedoch an der Ablehnung der Neodestourianer, in die Aufrechterhaltung des Protektorats einzuwilligen und *Bey Sidi Lamine* als den legitimen Herrscher anzuerkennen. *Mons* blieb nichts anderes übrig, als die Politik seines Vorgängers fortzusetzen.

Im August 1947 wurde eine Regierung gebildet,

die auf den Posten des Ministerpräsidenten, des Ministers für soziale Angelegenheiten und des Justizministers drei Tunesier aufwies. Die wichtigsten Ressorts, u. a. die Finanzen, die öffentlichen Arbeiten und die Landwirtschaft, blieben jedoch weiterhin in den Händen französischer Staatssekretäre. Die auswärtigen Angelegenheiten und das Innenministerium waren ohnehin in Übereinstimmung mit dem Protektoratsvertrag französische Reservate. Den tunesischen Ministern wurden aber auch französische „Berater“ an die Seite gestellt, ohne deren Einverständnis sie keine Entscheidung treffen durften. Mons hatte also nur eine Fassade errichtet, die über das Scheitern seines Verständigungsversuchs um so weniger hinwegtäuschen konnte, als Ministerpräsident Kaak für die politische Willensbildung im tunesischen Volke nicht repräsentativ war und keinerlei persönliche Autorität besaß.

Die Politik des Generalresidenten geriet dann vollends in eine Sackgasse, als die Haushaltsberatungen begannen. Das Defizit hatte 20 Prozent vom Gesamtetat betragen. Zu seiner Beseitigung wurden drastische Erhöhungen der Einfuhrzölle und der Verbrauchssteuern, insbesondere auf Benzin, Tabak und Salz, vorgeschlagen; zugleich sollte die direkte Besteuerung der Landwirtschaft um das Drei- bis Vierfache erhöht werden. Diese Maßnahmen hätten die minderbemittelten Schichten der tunesischen Bevölkerung am schwersten getroffen. Sie wurden noch unpopulärer dadurch, daß gleichzeitig die Errichtung von 1171 neuen Beamtenstellen angekündigt wurde, obgleich die Protektoratsverwaltung bereits 17 045 Beamte beschäftigte und eine Verringerung des Beamtenetats zugesichert hatte. Die Schlußfolgerung lag nahe, daß das tunesische Volk von der Steuerlast erdrückt würde, weil das Steueraufkommen für den Unterhalt immer zahlreicher werdender französischer Beamten verwendet würde. Die Tunesische Föderation der Sozialistischen Partei sprach sich in einer Resolution vom Dezember 1949 gegen die antisozialen Maßnahmen des Generalresidenten aus. Die tunesische Fraktion des Hohen Rates weigerte sich, die Haushaltsvorlage überhaupt zu beraten. Mons wurde abberufen und durch Louis Périllier ersetzt.

Périllier wiederholte den Verständigungsversuch von Mons. Er hatte allerdings größere Anfangserfolge zu verzeichnen, weil die nationaltunesische Opposition seinen Vorschlägen zumindest einen Uebergangswert beimaß und sich zur Zusammenarbeit bereit erklärte. Dafür hatte er den schärfsten Widerstand der Kolonisten zu überwinden, die zuletzt den Sieg über ihn davontrogen.

Die Reformpläne des neuen Generalresidenten wurden am 13. Juni 1950 angekündigt. Eine tunesische Regierung, in der die tunesischen Minister in gleicher Zahl wie die französischen Staatssekretäre waren, wurde unter dem Vorsitz von Sidi M'Hamed

Chenik, einer angesehenen und für die nationaltunesische Opposition tragbaren Persönlichkeit, gebildet. Habib Bourguiba trat nicht in die Regierung ein. Dafür übernahm der Generalsekretär der Neodestour-Partei, Salah Ben Youssef, das Justizministerium. Ein Kommuniqué des Generalresidenten gab am 17. August 1950 die Aufgabe der Regierung bekannt: ihr lag es ob, „im Namen des Beys mit der französischen Regierung über die institutionellen Reformen zu verhandeln, die geeignet wären, Tunesien etappenweise zur inneren Autonomie zu führen“. Ferner hatte Périllier in seinem Programm die bevorzugte Besetzung der öffentlichen Ämter durch Tunesier und die Einführung einer demokratischen Gemeindeverwaltung angekündigt.

Durchkreuzung des angestrebten Kompromisses von seiten der Kolonisten

Der Widerstand der Kolonisten gegen Périllier wurde durch den geschlossenen Rücktritt der französischen Fraktion des Hohen Rates eingeleitet, der bei der Bekanntgabe der Reformpläne erfolgte. Er wurde in Frankreich selbst innerhalb der für diese Propaganda zugänglichen politischen Kreise fortgesetzt und bewirkte eine Unterhölung des Ansehens des Generalresidenten bei Parlament und Regierung. Die Kolonisten fanden einen gewichtigen Verbündeten in General Juin, der als Generalresident in Marokko eine „Politik der starken Hand“ trieb und von der Kompromißfreudigkeit Périlliers eine Erschütterung der französischen Position im gesamten nordafrikanischen Raum befürchtete.

In Tunesien selbst wurden die Bemühungen Périlliers durch dessen eigenen Generalsekretär¹⁶ Vimont durchkreuzt, der den Standpunkt der Kolonisten vertrat. Vimont führte Spannungen herbei, die den Zweck verfolgten, die Bereitschaft der nationaltunesischen Opposition zur Zusammenarbeit zu verringern und somit Frankreich Anlaß zur Wiederaufnahme der gewaltsamen Bekämpfung der freiheitlichen Bestrebungen zu geben. Ein derartiges Manöver stellte die Ernennung des früheren Ministerpräsidenten Kaak zum Mitglied der französischen Delegation bei den Vereinten Nationen dar, da Kaak nicht nur von der nationaltunesischen Opposition schärfstens abgelehnt wurde, sondern auch als französischer Agent ihr, der Arabischen Liga und der Panislamischen Bewegung bei ihren Versuchen, die Weltöffentlichkeit für sich zu gewinnen, im Wege stehen mußte. Vimont mußte von seinem Posten zurücktreten, nachdem — entgegen der Zusicherung der Residenz — französische Streitkräfte in Enfidaville eingesetzt wurden, um streikende Landarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen¹⁷.

Die Vereinbarungen vom 8. Februar 1951

Auf den erfolgreichen Widerstand der Kolonisten gegen Périllier war die Erklärung vom 7. Oktober

1950 zurückzuführen, wonach der Generalresident fortan den wirtschaftlichen und sozialen Fragen den Vorrang vor der politischen Diskussion zu geben gedachte. Trotzdem kam es zu den Vereinbarungen vom 8. Februar 1951¹⁸. Der Ministerrat wurde unter den Vorsitz des tunesischen Ministerpräsidenten gestellt; der Generalresident verlor seine legislativen Befugnisse; er behielt sich aber durch Notstandsklauseln das Recht vor, die ganze Staatsgewalt wieder an sich zu nehmen.

Die Handlungsfähigkeit der tunesischen Regierung setzte voraus, daß die Befugnisse des französischen Generalsekretärs entsprechend verringert würden. Diese Verringerung wurde durchgeführt und der Generalsekretär dem tunesischen Ministerpräsidenten unterstellt. Die nationaltunesische Opposition wandte jedoch ein, daß das Vetorecht des Generalresidenten sich um so hemmender auswirken müßte, als praktisch das Amt des früheren Generalsekretärs innerhalb der Dienststelle des Generalresidenten in vollem Umfang wieder errichtet worden wäre.

Für die nationaltunesische Opposition bedeuteten die Vereinbarungen vom 8. Februar 1951 zweifellos einen Fortschritt. Trotzdem blieben sie auch für diejenigen unbefriedigend, die maximale Forderungen stellten, um ihr eigentliches Ziel der inneren Autonomie leichter zu erreichen. Denn sie enthielten nicht die grundsätzliche Anerkennung der unberührten Souveränität Tunesiens mit dem sich aus ihr ableitenden Recht, eine tunesische Regierung ohne französische Beteiligung zu bilden und die Verwaltung vorbehaltlos zu übernehmen. Sie schlossen die Umwandlung der Vereinbarungen von La Marsa in eine Teilung der Souveränität zwischen der tunesisch-islamischen Bevölkerung und der Frankreich vertretenden französischen Kolonisation nicht aus. Die Neodestour-Partei, die an der Regierung beteiligt war und somit für die weitere Entwicklung in den Augen der Tunesier die Verantwortung trug, mußte mit besonderem Nachdruck auf die Beseitigung dieser Zweideutigkeit bestehen. Die Altdestourianer hatten sich gegen die Zusammenarbeit mit Frankreich ausgesprochen, die Verständigungsbereitschaft der Neodestourianer verurteilt und — nicht zufällig am 1. Februar 1951 — eine neue Zeitung unter dem Titel „Indépendance“ herausgegeben¹⁹. Ihr Leiter *Salah Farhat*, der von der islamischen Orthodoxie unterstützt war, nutzte das Verbleiben seiner Partei in der Opposition aus, um den Vorsprung, den die Neodestourianer seit der Spaltung erreicht hatten, nun wieder einzuholen.

Erneute Vorstöße der tunesischen Regierung auf Anerkennung der Souveränität

Habib Bourguiba befand sich meistens auf Auslandsreisen; er bemühte sich, für die Belange der Neodestourianer in den arabischen Staaten, aber auch in

Paris und in den anderen Zentren der westlichen Politik Verständnis zu wecken. Nach dem Tode von *Sidi Moncef* hatte der Bey zum Teil durch die Vermittlung seiner näheren Verwandtschaft engere Beziehungen zur nationaltunesischen Opposition erzielt. In der Thronrede vom 15. Mai 1951 gab er die Absicht bekannt, seinem Volke ein parlamentarisches Regime zu gewähren. In der Note vom 31. Oktober an die französische Regierung hob Ministerpräsident *Chenik* unter Bezugnahme auf die im Kommuniqué vom 17. August 1950 enthaltenen Versprechungen hervor, daß die Anerkennung der unberührten Souveränität des tunesischen Staates die Voraussetzung zu dessen innerer Autonomie wäre. Zu dem Mitbestimmungsrecht, das bislang der französischen Kolonisation eingeräumt war, erklärte er: „Es gibt kein Beispiel, daß Ausländer die Politik eines Landes mitbestimmen dürften, wenn sie sich nicht durch Annahme der Staatsbürgerschaft in dieses Land integriert haben.“ Die französische Regierung verwarf durch die Note vom 15. Dezember 1951 die tunesische These, von der sie eine Majorisierung der französischen Kolonisation befürchtete. Sie setzte ihr ihre eigene These der Kosouveränität ausdrücklich entgegen²⁰.

Die tunesische Regierung hatte als Ersatz für die Vereinbarungen von La Marsa vorgeschlagen, die Rechte der französischen Kolonisten durch neue Abmachungen zu sichern. Sie hatte aber zu verstehen gegeben, daß sie nicht beabsichtigte, das Statut eines Assoziierten Staates anzunehmen und als solcher der Französischen Union beizutreten. Ihre letzten Zielsetzungen ließen nach französischem Urteil die unentbehrliche Eindeutigkeit vermissen. Trotzdem wirkte der Kurswechsel, der sich in der Art ankündigte, wie diese Note abgefaßt war, etwas überraschend. Es nutzte wenig, daß der französische Ministerpräsident durch die Erklärung vom 22. Januar 1952 die Integrität der tunesischen Souveränität feierlich anerkannte, das Versprechen wiederholte, Tunesien etappenweise die innere Autonomie zu gewähren, und die Hoffnung aussprach, daß der Bey selbst die französische Minderheit zur Zusammenarbeit auffordern werde. Das Ende der von *Périllier* eingeleiteten Verständigungspolitik kam in der Ernennung von *Jean de Hautecloque* zum neuen Generalresidenten zum Ausdruck. Die Beziehungen de Hautecloques zu gaullistischen Kreisen waren bekannt.

Tunesische Klage bei den Vereinten Nationen

Als de Hautecloque am 13. Januar 1952 sein Amt antrat, richtete die tunesische Regierung eine Klage an die Vereinten Nationen. Am 15. Januar wurden *Habib Bourguiba*, der neue Generalsekretär der Neodestour-Partei, *Mongi Slim*, der Leiter der kommunistischen Partei Tunesiens, *Maurice Nizard*, und der Generalsekretär der kommunistischen tunesischen

Gewerkschaften, Jacques *Bellaïches*, verhaftet. Eine Note vom 30. Januar 1952 an den Bey verwarf die These der Kosouveränität; gleichzeitig forderte sie den Bey auf, die bei den Vereinten Nationen eingereichte Klage zu desavouieren. Der Generalresident ließ am 25. März Ministerpräsident *Chenik* und drei tunesische Minister mit der Begründung verhaften, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen wären und die moralische Verantwortung für die seit dem 16. Januar andauernden Unruhen trügen. Als Nachfolger *Cheniks* wurde durch den Generalresidenten *Baccouche* eingesetzt, der von der nationaltunesischen Opposition als ein Verräter betrachtet wird.

Frankreich kehrte in Tunesien zur „Politik der starken Hand“ zu dem Zeitpunkt zurück, da das benachbarte Libyen seine volle Souveränität erlangte, in Iran der Konflikt mit der Anglo-Iranian wegen der Verstaatlichung der Erdölvorkommen ausbrach und

in Ägypten eine islamisch-nationale Regierung gebildet wurde. Zur Bekämpfung der Unruhen wurde General *Garbay* nach Tunesien entsandt, der 1947 auf Madagaskar den Aufstand niedergedrungen hatte. Es kann heute kein Zweifel darüber bestehen, daß die seit Anfang 1952 angewandten Methoden zu einer Radikalisierung der Haltung sowohl bei den Kolonisten als auch bei der nationaltunesischen Opposition geführt haben. Die Lage erinnert — mutatis mutandis — an diejenige des Vietnam nach dem Scheitern der zwischen General *Leclerc* und Präsident *Ho Chi Minh* angestrebten Verständigung. Auf beiden Seiten herrscht das gleiche Mißtrauen. Die Erbitterung nimmt zu. Es ist äußerst schwierig geworden, den Boden zu finden, auf dem eine Aussprache erfolgen und eine positive Bewertung dessen erzielt werden könnte, was Tunesien trotz allem mit Frankreich verbindet. (Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. hierzu die Ausführungen im vierten Teil dieses Beitrages in Europa-Archiv 12/1953, S. 5772 und die Anmerkung 8 auf S. 5756.

²⁾ Vgl. Anmerkung 9 auf dieser Seite.

³⁾ Der Getreideanbau beträgt im Durchschnitt 1½ Millionen Hektar, der Weinbau 30 000 Hektar. Die Weinernte, die zum größten Teil ausgeführt wird, hatte vor dem Zweiten Weltkrieg 1 200 000 Hektoliter erreicht. Auf der Grundlage 1938=100 lag der Index der landwirtschaftlichen Erzeugung 1950 für Getreide bei 138, für Wein bei 39, für Oelfrüchte bei 160, für Obst und Gemüse bei 159, für die Viehzucht bei 96.

⁴⁾ S. „Tunisia — a convalescent protectorate“ in *The World Today* Jahrgang 1948, S. 261 ff., sowie „L'évolution des relations franco-tunisiennes“ in *Information et Documentation* vom 22. April 1950 und folgende Hefte.

⁵⁾ Ueber den juristischen Trick der „forêts dites juridiques“ s. *Information et Documentation* vom 22. April 1950 und folgende Hefte.

⁶⁾ S. *The World Today* 1948, S. 261 ff.

⁷⁾ S. *Le Monde* vom 21. Dezember 1952.

⁸⁾ S. „Aspects financiers et budgétaires du développement économique de l'Union Française“ in *La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires* No. 1568 und „L'évolution économique des pays d'Outre-Mer“ in *Notes et Etudes Documentaires* No. 1513 und den Bericht des Commissariat Général au Plan: „Etat des opérations... à la fin de 1950“, Paris 1951.

⁹⁾ Der Vertrag zwischen Italien und Tunesien lief am 8. September 1896 ab. Er wurde durch drei Abmachungen abgelöst, die den Italienern im wesentlichen die gleichen Rechte einräumten. Die Abmachungen wurden mit Ausnahme der Auslieferungsklauseln am 9. September 1918 von Frankreich gekündigt. Ueber das Statut der in Tunesien ansässigen Italiener wurde am 7. Januar 1935 ein Vertrag zwischen Frankreich und Italien geschlossen, bald darauf jedoch von Italien gekündigt. Durch einen Briefwechsel erkannte Italien 1945 die Hinfälligkeit der Abmachungen von 1896 an. Die italienischen Kolonisten, die sich während des Krieges durch ihre Sympathie zu den Achsenmächten hervorgetan hatten, wurden ausgewiesen.

¹⁰⁾ Siehe Hubert *Deschamps*: „L'Union Française“, Paris 1952, S. 115 ff., und *The World Today*, Jahrgang 1948, S. 261 ff.; ferner: Herbert *Lüthy*: „Nordafrika wird mündig“ in *Der Monat* vom August 1952; Henri *de Montety*: „Le problème tunisien“ in *Politique étrangère* vom März 1952; Benjamin *Rivlin*: „The Tunisian Nationalist Movement“ in *The Middle East Journal*, Spring 1952; Rolf *Reventlow*: „Die Strukturwandlungen in Französisch-Nordafrika“ in *Außenpolitik* vom Februar 1952; Charles André *Julien*: „Crisis and Reform in

French North Africa“ in *Foreign Affairs*, April 1951, sowie *Pakistan Horizon* vom September 1952.

¹¹⁾ Dadurch erklärt sich die führende Rolle Pakistans bei der Unterstützung der tunesischen Beschwerde vor den Vereinten Nationen im Frühjahr und Herbst 1952.

¹²⁾ S. *Montety*, a. a. O.

¹³⁾ S. *The World Today*, a. a. O., sowie „Problème der Französischen Union, II. Teil: Indochina“ in Europa-Archiv 2/1953, S. 5432.

¹⁴⁾ Die Folgen der politischen Säuberung werden in *The World Today* unterstrichen.

¹⁵⁾ Die UGTT hat 80 000 Mitglieder aufzuweisen, die kommunistische USTT (Union Syndicale des Travailleurs Tunisiens) etwa 10 000. Die sozialistische Force Ouvrière hat in der tunesischen Arbeitnehmerschaft keinen Anklang gefunden, was den nationalen Charakter der UGTT unterstreicht.

¹⁶⁾ Die Befugnisse des Generalsekretärs lassen sich in etwa mit denjenigen eines Staatssekretärs im Kanzleramt vergleichen. Die deutsche Bezeichnung Staatssekretär wird ebenfalls für die Stellen verwendet, auf denen nach französischem Sprachgebrauch ein Directeur steht.

¹⁷⁾ Vgl. hierzu die Beitragfolge von Etienne *Weill-Raynal*: „Problèmes agricoles et humains en Tunisie“ in *Le Populaire* vom 19., 20. u. 21. August 1952. Enfidaville gehört der Société Franco-Africaine, die es einem tunesischen Feudalherrn abgekauft hat. Wie fast überall in Tunesien wurde die Kolonisation durch Banken finanziert, die sich im Besitz hypothekarischer Sicherungen befinden. Zum Verständnis der französischen Kolonialpolitik in Tunesien wäre es aufschlußreich, ein Verzeichnis der am tunesischen Geschäft interessierten Banken aufzustellen und — sofern stichhaltiges Material dafür aufzubringen ist — die Einflußnahme dieser Banken auf die politischen Kreise in Paris zu verfolgen.

¹⁸⁾ S. „Les relations franco-tunisiennes“ in *Notes et Etudes Documentaires*, No. 810, und „La Tunisie“ in *Notes et Etudes Documentaires*, No. 1257. Der Wortlaut der Vereinbarungen wurde in den *Notes et Etudes Documentaires* No. 1440 veröffentlicht.

¹⁹⁾ Der erste Leitartikel dieser Zeitung war betitelt: „Für die Unabhängigkeit und gegen die Kollaboration“.

²⁰⁾ Es darf angenommen werden, daß Außenminister Robert *Schuman* an der Abfassung dieser Note nicht maßgeblich beteiligt war, sondern sein Staatssekretär Maurice *Schumann*, dessen Haltung durchaus derjenigen der MRP entspricht, die selbst dem gaullistischen Standpunkt nahesteht. In Tunesien wiederholten sich gewissermaßen die Vorgänge, die bereits im Vietnam festgestellt wurden, s. „Problème der Französischen Union, II. Teil“ in Europa-Archiv 2/1953, S. 5427 ff. insbesondere die Anm. 47, 49 und 55.

Die Zusatzprotokolle zum Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft*

Entwurf einer Vereinbarung über die Anwendung von Artikel 10 des Vertrages

Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft treffen in dem Bestreben, die erforderlichen Maßnahmen näher zu bestimmen, die eine zweckentsprechende Anwendung von Artikel 10, § 5, Absatz 2, in Verbindung mit Artikel 31, §§ 2 und 3 und in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages erleichtern sollen, folgende Vereinbarung:

Artikel I

Vorliegende Vereinbarung findet Anwendung auf das Militärpersonal der Land- und Luftstreitkräfte, das der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zur Verfügung gestellt wird oder einen Teil der in Artikel 10 des Vertrages erwähnten Streitkräfte bildet.

Artikel II

In Anwendung der Artikel 10, 31 und 73 des Vertrages und des Titels III des Militärprotokolls entscheidet jeder Mitgliedstaat über die Erstzuweisung der neu eingezogenen Rekruten in die der Gemeinschaft zur Verfügung gestellten Kontingente oder in die nationalen Streitkräfte.

Artikel III

Vorbehaltlich der in Artikel 31 des Vertrages behandelten Befugnisse des Kommissariats entscheidet jeder Mitgliedstaat — entsprechend der in Artikel 10, § 5, Absatz 2 des Vertrages vorgesehenen Möglichkeit und unter den dort genannten Bedingungen — auch über den Austausch von Einzelpersonen zwischen der Gemeinschaft zur Verfügung gestellten Kontingenten und den nationalen Streitkräften.

Artikel IV

Hinsichtlich der Anwendung von Artikel 31, § 2 des Vertrages erlassen die Regierungen derjenigen Mitgliedstaaten, die sich für das erste der beiden in diesem Artikel vorläufig vorgesehenen Ernennungsverfahren entschieden haben, auf der Grundlage der gemäß Artikel 11 des Militärprotokolls anwendbaren Bestimmungen, die Beschlüsse über Verleihung eines Dienstgrades, über Rückversetzung in einen niedrigeren Dienstgrad und ganz allgemein alle Beschlüsse über Aberkennung des Dienstgrades oder Entlassung aus dem Dienste der Streitkräfte; die zuständige nationale Behörde hat die Beschlüsse zu erlassen, die auf Grund des Urteils eines Zuständigen Gerichtes oder einer Disziplinarmaßnahme gefaßt werden müssen, die entsprechend den kraft Artikel 11 des Militärprotokolls anzuwendenden Vorschriften getroffen wurde.

Diese Beschlüsse werden erlassen:

1. Auf Vorschlag des Kommissariats, soweit es sich um das bei den Europäischen Verteidigungsstreitkräften dienende Personal handelt,
2. unter den in den nationalen Statuten vorgesehenen Bedingungen, soweit es sich um das bei den nationalen Streitkräften dienende Personal handelt.

Artikel V

Bei den Mitgliedstaaten, die sich für das zweite der beiden in Artikel 31, § 2 des Vertrages vorläufig vorge-

sehen Ernennungsverfahren entschieden haben, gilt für die Beschlüsse über Verleihung eines Dienstgrades, über Rückversetzung in einen niedrigeren Dienstgrad und ganz allgemein für alle Beschlüsse über Aberkennung des Dienstgrades oder Entlassung aus dem Dienste der Streitkräfte, daß sie:

1. soweit es sich um das bei den Europäischen Verteidigungsstreitkräften dienende Personal handelt, auf Vorschlag der beteiligten vorgesetzten Dienststellen und nach Befragung nationaler Behörden vom Kommissariat,
2. soweit es sich um das bei den nationalen Streitkräften dienende Personal handelt, unter den in den nationalen Statuten vorgesehenen Bedingungen gefaßt werden.

Artikel VI

Das Kommissariat wird der Regierung eines jeden Mitgliedstaates alle erforderlichen Auskünfte geben, damit diese, falls sie es für zweckdienlich hält, eine einzige Beförderungsliste für das gesamte aus dem betreffenden Staat stammende Personal aufstellen kann.

Artikel VII

Bis zur Inkraftsetzung des gemeinsamen Statuts für das Personal der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte gelten für die Rechtsstellung des Militärpersonals, das von einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt wird oder bei den nationalen Streitkräften dient, entsprechend Artikel 11, Absatz 2 des Militärprotokolls, die Gesetze oder Vorschriften dieses Staates.

Artikel VIII

Sobald das in Artikel 11 des Militärprotokolls vorgesehene Statut unter den in Artikel 44 des Vertrages vorgesehenen Bedingungen genehmigt ist, hat jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit, falls er es für notwendig erachtet, das Statut seiner nationalen Streitkräfte dem Statut der Streitkräfte der Gemeinschaft anzugleichen.

Sieht das in Artikel 11 des Militärprotokolls erwähnte Personalstatut besondere Statute für bestimmte Spezialkorps vor, so hat jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit, falls er es für notwendig erachtet, die nationalen Sonderstatute den entsprechenden europäischen Statuten anzugleichen.

Das Kommissariat wird den Mitgliedstaaten alle erforderlichen Auskünfte geben, damit diese die Statute der nationalen verbleibenden Streitkräfte in Uebereinstimmung mit den europäischen Statuten entwickeln und halten können.

Diese Auskünfte werden sich auf alle für das Personalwesen gültigen Regelungen und Vorschriften beziehen.

Artikel IX

Hinsichtlich bestimmter Personalkategorien, die nicht zum Offizierskorps gehören und nach gemeinsamer Uebereinkunft noch festzulegen sind, kann die Regierung des betreffenden Mitgliedstaates die Befugnisse, die sich aus der in Artikel 31, § 2 des Vertrages vorgesehenen Wahl-

* Vgl. hierzu den Beitrag von Dr. Joachim Heiser „Die Interimsarbeit an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ in Europa-Archiv 12/1953, S. 5761 ff., sowie den Wortlaut des EVG-Vertrages in Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 10, Frankfurt 1952.

möglichkeit ergeben, zeitweilig an das Kommissariat übertragen.

Bezüglich eben dieses Personals kann das Kommissariat, mit Zustimmung der Regierung des betreffenden Mitgliedstaates, bestimmte derartige Befugnisse auf seine nachgeordneten Stellen übertragen.

Entwurf zu einem Protokoll bezüglich Artikel 43a

Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages über die Gründung der EVG haben

in der Erkenntnis, daß der in Artikel 43a des Vertrages „festgesetzte Zeitpunkt für die Durchführung des Planes zur Aufstellung der ersten Welle der Streitkräfte“ nicht ausreichend genau definiert

und es infolgedessen für die Anwendung dieses Artikels geboten ist, diese Lücke zu schließen,

und daß diesbezüglich das zweckmäßigste Verfahren hierfür darin bestehen wird, die im Artikel 15 § 3 vorgesehene Vereinbarung in diesem Sinne zu ergänzen,

folgendes vereinbart:

Vom Inkrafttreten des Vertrages an, wird die im Artikel 15 § 3 vorgesehene Vereinbarung gemäß Artikel 15, § 3 und 44 des Vertrages durch Bestimmungen vervollständigt, die ohne Beeinträchtigung des Vertrages die Voraussetzungen für die Festlegung des Zeitpunktes definieren, an dem der Plan für die Aufstellung der ersten Welle der Streitkräfte durchgeführt sein soll; dies kann entweder durch unmittelbare Festsetzung des Zeitpunktes oder durch Hinweis auf die Art und Weise, in der er festgesetzt werden kann, geschehen.

Entwurf zu einer Vereinbarung

über eine genehmigte Direktive bezüglich der Schulen

Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft übernehmen gemeinsam die Verpflichtung, ihre jeweiligen Vertreter im Ministerrat der Gemeinschaft anzuweisen, in Anwendung von Artikel 39, § 2 des Vertrages folgende Richtlinien für das Kommissariat zu formulieren:

1. Den Angehörigen der in Artikel 10 des Vertrages vorgesehenen nationalen Streitkräfte steht der Besuch der europäischen Schulen frei. Die finanziellen Voraussetzungen für die Anwendung der vorliegenden Bestimmung regelt das Kommissariat im Benehmen mit dem Mitgliedstaat, dem das von dieser Bestimmung betroffene Personal untersteht.
2. Vom Inkrafttreten des Vertrages an kann das Kommissariat auf Grund von Artikel 27 des Militärprotokolls außer den schon in § 1 dieses Artikels vorgesehenen Lehrgängen europäische Grundlehrgänge und höhere Lehrgänge einrichten. Vom Inkrafttreten des Vertrages an wird das Kommissariat während der in Artikel 27, § 2, Absatz 6 des Militärprotokolls genannten Uebergangszeit zwischen den am Ende dieser Bestimmung genannten europäischen Schulen den Austausch von Lehrgangsteilnehmern organisieren.
3. Die Dauer der in Artikel 27, § 2, Absatz 6 des Militärprotokolls vorgesehenen Uebergangszeit wird vom Kommissariat im Benehmen mit dem Rat festgesetzt.

Entwurf zu einer Vereinbarung

über eine genehmigte Direktive bezüglich Artikel 75

Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft übernehmen gemeinsam die Verpflichtung, ihre jeweiligen Vertreter im Ministerrat der Gemeinschaft anzuweisen, in Anwendung von Artikel 39, § 2 des Ver-

trages folgende Richtlinien für das Kommissariat zu formulieren:

1. Zweck der in Artikel 75 des Vertrages vorgesehenen Pläne für die Mobilmachung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte — einschließlich der Streitkräfte für die Heimatverteidigung — ist die Festlegung des Bedarfs dieser Streitkräfte im Hinblick auf ihre Aufstellung in Kriegsstärke und ihren Unterhalt sowie der Einzelbestimmungen, gemäß denen dieser Bedarf gedeckt werden soll. Diese Pläne betreffen nicht die Mobilisierung der übrigen Hilfsquellen der Mitgliedstaaten.

2. Bis zum Abschluß der in Artikel 75, Abs. 2 des Vertrages vorgesehenen Abkommen sind allein die zuständigen nationalen Verwaltungen gehalten, für die Gestellung der im Rahmen der Mobilmachungspläne geforderten Ergänzungs-Personalkontingente und -mittel zu sorgen, die die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte für den Kriegsfall voll einsatzfähig machen und erhalten sollen. Diese Bestimmung berührt nicht die in Artikel 76 vorgesehenen Inspektionen und Kontrollen des Kommissariats.

Entwurf zu einer Vereinbarung

über eine genehmigte Direktive bezüglich Artikel 107

Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft übernehmen gemeinsam die Verpflichtung, ihre jeweiligen Vertreter im Ministerrat der Gemeinschaft anzuweisen, in Anwendung von Artikel 39, § 2 des Vertrages folgende Richtlinien für das Kommissariat zu formulieren:

Die in Artikel 107 vorgesehenen allgemeinen Genehmigungen dürfen keine anderen zeitlichen, qualitativen oder quantitativen Beschränkungen enthalten als diejenigen, die sich aus § 4, Absatz e und f des genannten Artikels ergeben.

Die privaten und öffentlichen Unternehmen ebenso wie die Staaten, insoweit sie für die Tätigkeit ihrer Dienste verantwortlich sind, haben diese Beschränkungen zur Vermeidung der in Artikel 107, § 6 vorgesehenen Strafmaßnahmen zu beachten.

Die betreffenden Regierungen erteilen dem Kommissariat alle erforderlichen Informationen, um ihm die Durchführung der in Artikel 107, § 4, Absatz e und f vorgesehenen Kontrollen zu erleichtern.

Entwurf zu einer Vereinbarung bezüglich Artikel 13

Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft treffen folgende Vereinbarung:

1. Die genannten Regierungen übernehmen gemeinsam die Verpflichtung, ihre jeweiligen Vertreter im Ministerrat der Gemeinschaft anzuweisen, sogleich nach Inkrafttreten des Vertrages und in Anwendung von Artikel 39 § 2 desselben folgende Richtlinien für das Kommissariat zu formulieren: In Anwendung von Artikel 13 des Vertrages stellt das Kommissariat die Streitkräfte unverzüglich dem Staate zur Verfügung, der einen von demselben Staate für dringlich erachteten Antrag eingereicht hat, sobald dieser den betreffenden Antrag dem Kommissariat und dem zuständigen Oberbefehlshaber amtlich mitgeteilt hat.

2. Die Regierungen der Unterzeichnerstaaten sind der Auffassung, daß in dem in § 1 obenstehend genannten Falle der Oberbefehlshaber seine Zustimmung nicht verweigern kann, außer wenn es nach den Bestimmungen des Vertrages und seiner Anlagen feststeht, daß der Abzug (von Truppen), um den es sich hier handelt, solcher Art ist, daß er die Sicherheit der Gemeinschaft in Frage stellt.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* Nr. 114 vom 20. Juni 1953.

Die Stellungnahme des Montanparlamentes zu dem ersten Tätigkeitsbericht der Hohen Behörde

Von Walter Bödighheimer

Vorbemerkung

Ueber die ersten Schritte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat Dr. Rainer Barzel in früheren Folgen berichtet. (Vgl. EA 8/53 S. 5639 bis 5646 und EA 12/53 S. 5779.) Der nachfolgende Bericht bringt die Ergebnisse der Ordentlichen Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion, die sich vom 15. bis 23. Juni 1953 mit dem von der Hohen Behörde am 11. April vorgelegten „Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (10. August 1952 bis 12. April 1953)“ zu befassen hatte. Dieser war am 8. Mai durch einen „Besonderen Bericht über die Einrichtung des Gemeinsamen Marktes für Stahl“ und den „Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft für das Rechnungsjahr 1953/54“ ergänzt worden.

Jean Monnet wies in seinem einleitenden Referat vor dem Montanparlament darauf hin, daß sich nun zum ersten Male eine europäische Exekutive dem Urteil einer souveränen europäischen Versammlung unterwerfe. Die Abwesenheit fast der Hälfte der Abgeordneten infolge wichtiger Debatten ihrer nationalen Parlamente veranlaßte den Präsidenten der Versammlung, Paul Henri Spaak, zu der Bemerkung, daß es schon jetzt erwiesen sei, daß für das geplante Parlament der Europäischen Gemeinschaft das System der Doppelmandate nicht empfehlenswert sei. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der Deutsche Bundesrat am 26. Juni eine Stellungnahme zu einem vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik zur Beratenden Versammlung des Europarates ablehnte, weil darin die Anregung des Bundesrates nicht berücksichtigt war, ein Drittel der

Vertreter durch den Bundesrat aus nichtparlamentarischen Kreisen, insbesondere der Europäischen Bewegung, wählen zu lassen.

Für die Tätigkeit der Hohen Behörde im gegenwärtigen Stadium nannte Monnet drei Ziele:

Steigerung der Produktion und Beteiligung der Arbeitnehmer an den Vorteilen der Produktionssteigerung, Vervollständigung des Gemeinsamen Marktes und Beseitigung hemmender Kartelle,

Konkretisierung der Assoziation der Gemeinschaft mit Großbritannien und der Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern.

Er betonte erneut, daß die Gemeinschaft sich ihre Grenzen nicht selbst gesteckt habe, sondern sich als Pionier eines größeren Europa fühle, dessen Grenzen nur von jenen bestimmt werden, die sich noch nicht anschließen wollen.

Präsident Monnet ergriff in der Sitzung vom 19. Juni noch einmal das Wort zu einer Erklärung zu den inzwischen veröffentlichten Schreiben, in denen Präsident Eisenhower den amerikanischen Kongreß ersucht hatte, Anleihegesuchen der Gemeinschaft zur Finanzierung ihres Entwicklungsprogramms zu entsprechen. (Vgl. den Wortlaut dieses Briefwechsels in *Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung*, Nr. 165 v. 2. Juli 1953, S. 15—17.)

Monnet hob die Bedeutung dieses Schrittes des Präsidenten hervor, der eine Anerkennung der Bemühungen der Gemeinschaft, die Wirtschaftskraft Europas wiederherzustellen und damit zu einer echten Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten zu kommen, darstelle.

Die Probleme des Gemeinsamen Marktes

Die Schwierigkeiten der Teilintegration

Der Ausschuß des Montanparlamentes für die Fragen des Gemeinsamen Marktes, in dessen Namen der deutsche Abgeordnete Victor-Emanuel Preusker (FDP) referierte, schloß sich der in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer stärker zur Geltung kommenden Kritik an der Methode der Teilintegration an. In dem Bericht des Ausschusses heißt

es, die Schwierigkeiten, die bei der Bildung des Gemeinsamen Marktes aufgetreten seien, hätten den Beweis erbracht, daß eine Teilintegration auf einzelnen Gebieten der Wirtschaft schwierig und unbefriedigend sei; daher müsse den Völkern und Regierungen dringend nahegelegt werden, „daß eine Koordinierung ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Währungs- und Kreditpolitik sowie die volle wirtschaftliche Inte-

gration geeignet erscheinen, nicht nur alle sichtbar gewordenen Schwierigkeiten der Montanunion zu überwinden, sondern darüber hinaus auch wirklich ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu dienen“.

In der Debatte wurde von den Abgeordneten ebenfalls stark der Gesichtspunkt der Vollintegration in den Vordergrund gestellt, die sich mehr denn je als notwendig erweise. Darüber hinaus müsse man nun schnell zur Politischen Gemeinschaft kommen, in deren Rahmen allein die Vollintegration wirksam werden könne. Der Belgier Max Buset (Sozialist) verlangte Verbesserungen in der Konsultierung der Arbeitnehmer und Verbraucher durch die Hohe Behörde vor dem Erlass ihrer marktpolitischen Entscheidungen und trat auch für eine engere Zusammenarbeit mit der Versammlung und ihren zuständigen Ausschüssen auf diesem Gebiet ein. Vorbeugende Maßnahmen der Hohen Behörde zum Auffangen eines zu erwartenden allgemeinen Konjunkturrückganges forderte Alfred Bertrand (Belgien, Christlich-Soziale Partei).

Während im allgemeinen die Abgeordneten ihrer Zufriedenheit mit den Leistungen der Hohen Behörde auf dem Gebiete des Gemeinsamen Marktes Ausdruck gaben, übte der deutsche Sozialdemokrat Gerhard Kreyssig scharfe Kritik: Der Gemeinsame Markt habe bei den Betroffenen mehr Unzufriedenheit als Freude ausgelöst. Es genüge nicht, festzustellen, daß das Preisniveau sich im Durchschnitt kaum verändert habe: in Wirklichkeit seien durch Preissteigerungen in einzelnen Sektoren erhebliche Schwierigkeiten in einzelnen Industriezweigen entstanden. So habe die deutsche Stahlindustrie Auftragsrückgänge bis zu 22 vH zu verzeichnen. Er forderte die Hohe Behörde auf, darzulegen, inwieweit diese Schwierigkeiten auf eine allgemeine konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen seien. Im übrigen apellierte Kreyssig an die Hohe Behörde, keine „Strategie mit Statistik“ zu treiben, sondern die Dinge so realistisch wie möglich zu sehen.

Franz Etzel hatte schon vor Beginn der Debatte über die Probleme des Gemeinsamen Marktes für die Hohe Behörde die in der Öffentlichkeit vielfach geäußerte Kritik an den Preissteigerungen auf verschiedenen Sektoren der Montanindustrie zurückgewiesen, indem er darlegte, daß im Durchschnitt sämtlicher Länder der Montanunion der Preisindex gegenüber dem 30. April 1953 um 0,83 vH gefallen sei. Alfred Coppé erklärte dazu im weiteren Verlauf der Diskussion, die ersten günstigen Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes begännen sich im gegenwärtigen Zeitpunkt erst abzuzeichnen; die Hohe Behörde könne Preisrückgänge nicht einfach dekretieren, sondern müsse sich im Gegenteil bemühen, mit einem Mindestmaß von Eingriffen in die nationalen Wirtschaften auszukommen. Etzel wies nun auch die Be-

merkungen Kreyssigs über die deutsche Stahlindustrie zurück, indem er feststellte, daß der monatliche Durchschnitt der Stahlproduktion in Deutschland noch wesentlich höher liege als im ersten Halbjahr 1952, während nur gegenüber dem zweiten Halbjahr 1952 ein geringfügiger Rückgang zu verzeichnen sei. Zur Frage der Vollintegration erklärte Etzel, diese sei zwar unbedingt notwendig, doch sei die Hohe Behörde nicht der Ansicht, daß nicht auch für einen gewissen Zeitraum eine Teilintegration durchführbar sei. Coppé äußerte sich zur Frage der Konjunkturschwankungen und sagte, daß auch die Hohe Behörde keine Möglichkeit habe, Konjunkturschwankungen auszuschalten, wohl aber habe sie zusätzliche Mittel zu deren Bekämpfung. Vor allem aber komme es darauf an, daß die nationalen Regierungen sich eigenständiger Maßnahmen enthielten.

In diesem Zusammenhang sei auch auf den Bericht verwiesen, mit dem der Ausschuß für Politische Angelegenheiten und Außenbeziehungen des Parlamentes der Montanunion zu dem Tätigkeitsbericht der Hohen Behörde Stellung genommen hat. Darin heißt es, daß . . . „sowohl die Errichtung eines gemeinsamen Marktes wie die Koordinierung getrennter Märkte erreicht werden können entweder durch die Schaffung einer übernationalen oder internationalen Behörde, oder durch ein System paralleler Gesetzgebung, d. h. also durch gleichgerichtete Beschlüsse, die von den für die betreffenden Gebiete jeweils zuständigen Behörden gleichzeitig gefaßt werden“. „Die Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaft“, so heißt es anschließend, „ist so wünschenswert, daß keine rechtliche Form von vornherein ausgeschlossen werden darf.“

Das Investitionsproblem

Die Aussprache über die Frage der Investitionen konnte mangels ausreichender Unterlagen nur wenig ins Detail gehen. In dem von dem Franzosen François de Menthon (MRP) erstatteten Bericht des Ausschusses für Investitionen, Finanzierung und Entwicklung der Produktion wurden als Hauptaufgaben der Investitionspolitik der Gemeinschaft die Erhöhung der Kohle- und Erzförderung sowie der Bau von Arbeiterwohnungen genannt. Die Finanzierung könne entweder durch direkte Anleihen der Hohen Behörde oder durch Uebernahme einer Garantie der Hohen Behörde für fremde Anleihen durchgeführt werden. Der Ausschuß bezweifelte, ob es der Hohen Behörde möglich sein werde, in dem von ihr beabsichtigten Maße auf eine Lenkung der Investitionspolitik zu verzichten. Die Debatte beschränkte sich angesichts des wenigen konkreten Materials auf allgemeine Fragen. Nicolas Margue (Luxemburg, Christlich-Soziale Partei) betonte, man müsse bei der Vergebung von Investitionsmitteln darauf achten, daß nicht diejenigen Unternehmen, die sich dank einer guten Verwaltung

seit langem selbst finanzieren, zugunsten anderer, die in dieser Hinsicht nichts getan hätten, benachteiligt werden. Präsident *Monnet* erklärte für die Hohe Behörde, daß eine Beantwortung von Einzelfragen vorläufig noch unmöglich sei. Am 23. Juni kündigte *Monnet* dann an, daß die Versammlung zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werde, sobald die Vorarbeiten auf dem Gebiet der Investitionen so weit gediehen seien, daß darüber eine Diskussion stattfinden könne.

Die Sozialpolitik der Hohen Behörde

Der belgische Abgeordnete *Alfred Bertrand* (Christlich-Soziale Partei) erstattete den Bericht des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik, der in einem Briefwechsel mit der Hohen Behörde die bisherige Vernachlässigung der Sozialpolitik kritisiert hatte. Präsident *Monnet* hatte sich dabei mit dem Hinweis auf die durch den Vertrag eng begrenzte Befugnis der Hohen Behörde verteidigt und dazu betont, daß die auf eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen gerichtete Tätigkeit der Hohen Behörde der Natur der Sache nach ihre Auswirkungen im sozialen Sektor finden werde. Trotzdem forderte der Ausschuß nun eine Aktivierung der Sozialpolitik.

In der Debatte waren die Meinungen geteilt darüber, ob die Hohe Behörde die zur Ausführung der vom Ausschuß aufgestellten Forderungen notwendigen Befugnisse habe. Eine Reihe von Abgeordneten verneinte dies, während andere sich der Kritik und den Wünschen des Ausschusses anschlossen. Für die Hohe Behörde antworteten *Paul Finet* und *Heinz Potthoff* mit dem erneuten Hinweis auf ihre begrenzten Befugnisse. Sie versicherten jedoch, daß die

Hohe Behörde den auf sozialem Gebiete souveränen Regierungen durch Vorlage statistischen Materials und durch eigene Anregungen Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse unterbreiten werde. Wesentliche Auswirkungen der Tätigkeit der Montanunion auf sozialem Gebiet seien erst dann zu erwarten, wenn die in der Reihenfolge Kapitaleinsatz — Rationalisierung — Kostensenkung — Preissenkung sich vollziehende Investitionspolitik der Hohen Behörde ihre Früchte trage.

Verkehrsfragen

Der Verkehrsausschuß zollte in seinem von dem Luxemburger *Jean Fohrmann* (Sozialist) erstatteten Bericht der Hohen Behörde Anerkennung für die auf dem Gebiete der Beseitigung von Diskriminierungen im Verkehrswesen geleistete Arbeit. Die Beseitigung von Diskriminierungen dürfe nun aber nicht andererseits Tarifierhöhungen zur Folge haben. Der Ausschuß ersuchte die Hohe Behörde um zuverlässiges Zahlenmaterial über die in den einzelnen Ländern gültigen Sondertarife. In der Debatte wandte sich der französische Abgeordnete *Maurice Lemaire* (RPF) gegen eine starre Anwendung des Diskriminierungsverbotes; man müsse vielmehr besondere Verhältnisse in den einzelnen Ländern berücksichtigen. Der Abschaffung der Diskriminierungen müsse sich jetzt die Festsetzung internationaler Tarife anschließen. Im Namen der Hohen Behörde ersuchte *Dirk Spierenburg* die Versammlung, der Hohen Behörde die im Vertrag vorgesehene zweijährige Frist zur Ausarbeitung einer koordinierten Verkehrspolitik zu belassen. Die Hohe Behörde sei dabei, alle damit verbundenen Fragen durch Sachverständigenausschüsse prüfen zu lassen.

Die auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft

Einen Höhepunkt der Sitzung bildete die Aussprache über die auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft. Sie wurde eingeleitet durch den Bericht des Ausschusses für Politische Angelegenheiten und Außenbeziehungen, erstattet von der Niederländerin *Margaretha Klompé* (Katholische Volkspartei). In dem Bericht wird die Unterscheidung von „Klein“- und „Groß“-Europa ausdrücklich zurückgewiesen: die Montanunion betrachte sich als Kern der europäischen Einheit und stehe allen anderen Ländern zum Beitritt offen. Zur Zusammenarbeit mit Großbritannien erklärte der Ausschuß, es gelte, dafür feste Verfahrensregeln zu finden; dies könne aber auf Grund der politischen Mentalität der Briten nur auf empirischem Wege geschehen. Der Begriff der Assoziierung müsse sich aus der Praxis entwickeln.

In dem Bericht ist erwähnt, daß ein Antrag eines Ausschußmitgliedes, im Interesse der Zusammenarbeit mit anderen Ländern keine Lösungen auszuschließen,

die eine Aenderung der im Vertrag festgelegten Befugnisse der Organe der Gemeinschaft bedinge, vom Ausschuß gegen zwei Stimmen abgelehnt wurde. (Die Namen der beiden Befürworter wurden nicht genannt, doch wird vermutet, daß es sich um die beiden deutschen Sozialdemokraten handelt. Vgl. hierzu *Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung*, Nr. 164 vom 25. Juni 1953, S. 10.)

In seinen Schlußfolgerungen betont der Ausschuß, daß die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes nicht unbedingt durch den Beitritt anderer Länder erfolgen müsse, sondern daß auch eine Koordinierung mehrerer Märkte ins Auge gefaßt werden könne.

Fräulein *Klompé* ergänzte den Bericht durch einige Bemerkungen zur internationalen Lage. Sie erklärte, eine Entspannung im Ost-West-Konflikt dürfe keinesfalls auf Kosten der europäischen Integration gehen. Diese müsse unter allen Umständen aus politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Gründen

weiter verfolgt werden. Sie sei auch notwendig, um gewissen politischen Gruppen in den Vereinigten Staaten entgegenzuwirken, die sich Präsident *Eisenhowers* positiver Haltung gegenüber Europa widersetzen. Besondere Aufmerksamkeit verlange die Haltung Großbritanniens, das sich bemühe, die Rolle eines dritten Partners in der Weltpolitik zu übernehmen; man wisse noch nicht, inwieweit eine solche Haltung die Integration Europas hemmen werde. Darum müsse die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft vorangetrieben werden.

In der Debatte erklärte der Niederländer M. *van der Goes van Naters* (Arbeiterpartei), daß es nun an der Zeit sei, für die Zusammenarbeit mit Großbritannien eine feste Form zu finden, um das offensichtliche Unbehagen auf diesem Gebiet zu beenden. Gegen diese Forderung wandte sich der Deutsche Herbert *Wehner* (SPD), der befürchtete, man werde es dann wieder mit starren Buchstaben und Paragraphen zu tun haben. *Wehner* kritisierte auch die Feststellung *Monnets*, die Grenzen der Gemeinschaft würden von denen bestimmt, die ihr nicht beitreten

wollen; vielmehr müsse die Gemeinschaft selbst nach Mitteln und Wegen suchen, um etwas zur Verwirklichung des größeren Europa zu tun.

Für die Hohe Behörde antwortete Präsident *Monnet*, er sei davon überzeugt, daß die Assoziation mit Großbritannien zustande kommen werde, sobald Großbritannien sich von dem erfolgreichen Funktionieren der Gemeinschaft überzeugt habe. Die Hohe Behörde werde demnächst den Briten konkrete Vorschläge machen. *Monnet* wandte sich scharf gegen jede Art von Konzessionen hinsichtlich des Vertragstextes: die Gemeinschaft müsse unbeirrt an der wirklich revolutionären Uebertragung von Hoheitsrechten der Einzelstaaten festhalten; nur von den anderen Ländern hänge es ab, ob sie sich zu einer solchen Uebertragung ebenfalls bereit finden. Auf die weltpolitische Lage eingehend, erklärte *Monnet*, nach seiner persönlichen Ansicht komme es für die Gemeinschaft gegenüber der Sowjetunion darauf an, daß sie Selbstvertrauen habe, gegenüber den Vereinigten Staaten, daß sie handele, und gegenüber Großbritannien, daß sie Erfolg habe.

Die Schaffung übernationaler Fraktionen

Mögliche Einsparungen im Haushalt der Gemeinschaft

Verständlicherweise nahmen in der Diskussion dieses ersten Generalberichts der Hohen Behörde Haushalts- und Verwaltungsfragen einen breiten Raum ein. Der Bericht des zuständigen Ausschusses, erstattet von dem belgischen Abgeordneten Pierre F. *Vermeylen* (Sozialist), fand die Verwaltungsausgaben der Gemeinschaft in Höhe von 20 vH der Einnahmen angemessen. Dieser Prozentsatz dürfe jedoch keinesfalls überschritten werden. Der Ausschuß drängte auf die baldige Festlegung des endgültigen Sitzes der Gemeinschaft, da durch die Konzentration aller Behörden an einem Ort 10 vH der Verwaltungsausgaben eingespart werden könnten.

Präsident *Monnet* antwortete, der endgültige Sitz der europäischen Behörden könne erst vom Parlament der Europäischen Gemeinschaft entschieden werden. Der auf Haushalt und Verwaltung bezügliche Teil der Schlußresolution hält die Forderungen des Ausschusses nach einem europäischen Beamtenstatut und nach Festlegung des Sitzes der Gemeinschaft aufrecht.

Für und wider die Schaffung übernationaler Fraktionen

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit vollzog sich in der Haushaltsdebatte ein bedeutsames Ereignis auf dem Wege zur europäischen Integration: Vor dem Eintreten in die Haushaltsdebatte nahm die Versammlung einstimmig eine Ergänzung der Geschäftsordnung an, die den de facto bereits bestehenden übernationalen Fraktionen der Versammlung

unter der Voraussetzung, daß sie aus mindestens neun Mitgliedern bestehen, einen offiziellen Status verleiht.

Während der Debatte wurde (mit 25 gegen 11 Stimmen) für die Fraktionen aus dem Etat der Versammlung ein Betrag von je 500 000 bfrs zuzüglich 10 000 bfrs je eingetragenen Mitglied zur Verfügung gestellt. An diese Frage entspann sich eine grundsätzliche Erörterung des Für und Wider europäischer Fraktionen. Die Argumente der Gegner waren im wesentlichen die folgenden: Die Dotierung der Fraktionen diene weniger der Arbeit der Versammlung, sondern der Vorbereitung künftiger europäischer Wahlen, die jedoch nicht in die Zuständigkeit der Versammlung falle (Paul *Struye*, Belgien, Christlich-Soziale Partei). Wenn schon Fraktionen gebildet werden sollten, wobei es zweifelhaft sei, ob es sich dabei um echte politische Gruppen handelt, dann sollten die Parteien dafür die Mittel selbst aufbringen (H. A. *Korthals*, Niederlande, Liberale Partei). Durch die Bevorzugung der Fraktionen werde den Abgeordneten die Möglichkeit genommen, unabhängig zu bleiben; man solle deshalb lieber jedem Abgeordneten eine Entschädigung geben und es ihm überlassen, ob er sie einer Fraktion zur Verfügung stellen wolle (Georges *Laffargue*, Frankreich, Radikalsozialist). Demgegenüber argumentierten die Befürworter des Antrags: Der Zusammenschluß der Abgeordneten in Fraktionen sei eine wichtige Vorstufe der Bildung europäischer Parteien, die im Hinblick auf die kommende Politische Gemeinschaft unbedingt gefördert werden müsse (E. M. *Sassen*, Niederlande, Katholische Volkspartei). Die Dotierung der Fraktionen

werde diesen die Möglichkeit engerer Fühlungnahme mit der Hohen Behörde und den anderen Organen der Gemeinschaft geben und damit zur Effektivität der Arbeit der Versammlung beitragen (Herbert Wehner, Deutschland, SPD). Es habe in der Absicht

der Unterzeichner des Schumanplanes gelegen, diese Versammlung als echtes Parlament zu gestalten; echte parlamentarische Arbeit könne aber nur unter Mitwirkung von funktionsfähigen Fraktionen geleistet werden (Hermann Kopf, Deutschland, CDU).

Die Beziehungen des Montanparlamentes zur Hohen Behörde und zum Europarat

Am 22. Juni hielt die Gemeinsame Versammlung eine gemeinsame Sitzung mit der Beratenden Versammlung des Europarats ab. Am 23. Juni debattierte die Beratende Versammlung des Europarats über den Gesamtbericht der Hohen Behörde und billigte einstimmig bei Stimmenthaltung der deutschen Sozialdemokraten eine Stellungnahme, in der sie der Hohen Behörde ihre Anerkennung ausspricht. (Ueber den Verlauf der Debatten dieser beiden Sitzungen ist in den *Mitteilungen des Europarats* auf S. 5887 dieser Folge ausführlich berichtet.)

In der Schlußdebatte des Montanparlamentes, die gleichfalls am 23. Juni stattfand, äußerte sich Monnet zu dem Verhältnis zwischen Hoher Behörde und Parlament. Er sagte, der Vertrag gebe zwar das Initiativrecht allein der Hohen Behörde; diese begrüße jedoch jede Stärkung der Stellung der Versammlung. Darum werde sie ausgiebig von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Versammlung zu außerordentlichen Sitzungen einzuberufen, um wichtige Fragen mit ihr zu erörtern. Vor allem komme es ihr darauf an, in den Sitzungen nicht nur bereits getroffene Maßnahmen zur Kritik zu stellen, sondern auch die Meinung der Versammlung zu ihren Plänen zu hören. Sie bemühe sich nicht nur um eine „gute Note“ der Versammlung, sondern bitte sie um ihr Vertrauen für die Zukunft.

Nach der Rede Monnets erläuterte der Abgeordnete Gerhard Kreyszig die Stimmabgabe der vier deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten. Er erklärte, die bisherige Entwicklung der Montanunion zeige eine Verlagerung des wirtschaftlichen Schwergewichts nach dem Westen zum Nachteil Deutschlands. Außerdem habe die Unterstellung einzelner Teile der Volkswirtschaft unter eine übernationale Behörde Schwierigkeiten im Wirtschaftsgefüge der einzelnen Staaten mit sich gebracht. Es sei zu befürchten, daß einzelne Länder jede Verschlechterung der Wirtschaftslage mit Rückschlägen auf dem Gebiet der Sozialpolitik bezahlen müßten. Die deutschen Sozialdemokraten stimmten zwar den Schlußfolgerungen im Entschließungsantrag zu, doch könnten sie die Schaffung der Montanunion nicht als geeigneten Schritt zur Erreichung der Einigung Europas ansehen. Sie könnten nicht, wie es in den letzten Absätzen der Entschließung heiße, die Montanunion als „eine der bisher konstruktivsten Entwicklungen auf dem Wege zur Integration Europas“ ansehen und müßten sich folglich der Stimme enthalten.

Die Entschließung, die danach einstimmig bei vier Stimmenthaltungen (SPD) angenommen wurde, folgt im Wortlaut.

Entschließung zum Gesamtbericht der Hohen Behörde über die Tätigkeit der Gemeinschaft vom 10. August 1952 bis zum 12. April 1953 sowie zum Allgemeinen Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1953/54

Angenommen von der Gemeinsamen Versammlung in ihrer Sitzung vom 23. Juni 1953

Die Gemeinsame Versammlung, auf Grund des Gesamtberichts der Hohen Behörde über die Tätigkeit der Gemeinschaft vom 10. August 1952 bis 12. April 1953 sowie auf den Allgemeinen Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1953/54; nach Anhörung der Erklärungen des Herrn Präsidenten und der Mitglieder der Hohen Behörde; stellt mit Genugtuung fest, daß die verschiedenen Organe der Gemeinschaft in zufriedenstellender Weise und im Geiste der Zusammenarbeit wirken, der zu der Hoffnung berechtigt, daß die Europäische Gemeinschaft alle ihre Ziele erreicht; nimmt mit Befriedigung von den Erklärungen der Hohen Behörde über deren Beziehungen zur Versammlung Kenntnis; stellt fest, daß die Hohe Behörde, obschon sie die Maß-

nahmen ergreift und die Verantwortung übernimmt, die ihr auf Grund des Vertrages obliegen, die Versammlung oder deren zuständige Ausschüsse rechtzeitig über die leitenden Grundsätze des Handelns und die großen Linien der Vorhaben der Hohen Behörde auf dem laufenden halten, die darauf erfolgende Stellungnahme entgegennehmen und ihnen die Gründe der endgültigen Entscheidungen mitteilen wird;

fordert die Hohe Behörde auf:

- den im Vertrage vorgesehenen sozialen Zielen ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen;
- ihre Bemühungen auf dem Informationsgebiet in allen Bereichen der öffentlichen Meinung sowohl der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft als auch anderer Staaten zu verstärken;

legt unter Billigung der ihr namens der verschiedenen Ausschüsse vorgelegten Berichte ganz besonderen Wert:

1. im Verwaltungs- und Haushaltswesen:

darauf, daß bei der Aufstellung der Haushaltsvoranschläge der vier Organe die gleichen Bezeichnungen angewandt werden;

daß im Haushalt der Gemeinschaft die gesamten Verwaltungsausgaben nach und nach auf ein niedriges Verhältnis gegenüber den Gesamteinnahmen reduziert werden;

daß ein endgültiges Statut für die Beamten und Bediensteten der Gemeinschaft so schnell wie möglich in der Weise eingeführt wird, daß die Gehälter, wenn sie auch weiterhin den Erfordernissen einer Einstellung hochspezialisierter Personals, das sich den Schwierigkeiten eines Aufenthalts in einem ausländischen Staate gegenüber sieht, entsprechen müssen, jedoch in einem einzigen Betrage ohne jede Zusatzvergünstigung außer der Wohnungsgeldzulage festgesetzt werden;

daß dem Besonderen Ministerrat die folgenden einstimmig beschlossenen Empfehlungen der Versammlung zur Kenntnis gebracht werden:

- a) daß der mit der Kontrolle der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens und der Finanzverwaltung der Organe der Gemeinschaft betraute Rechnungsprüfer möglichst bald bestellt wird;
- b) daß der Sitz der vier Organe endgültig festgelegt wird, damit ein provisorischer, den Arbeiten und den Finanzen der Gemeinschaft abträglicher Zustand beendet wird;

2. auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen:

darauf, daß die Hohe Behörde weiterhin die notwendigen Schritte unternimmt, um entweder die Ausdehnung des Gemeinsamen Marktes auf andere Staaten als die Gründer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Wege eines Beitritts zum Verträge im ganzen oder die Koordinierung verschiedener Märkte, die durch wechselseitige Abmachungen eng miteinander verbunden sind und woraus sich nach und nach eine Gesamtheit gemeinsamer Regelungen entwickeln wird, die den Rahmen und den Inhalt eines langfristigen Assoziierungsvertrages bilden, herbeizuführen;

3. auf dem Gebiete des Gemeinsamen Marktes:

darauf, daß auf dem Gebiete der Ausschaltung von noch bestehenden Diskriminierungen, die das Spiel des freien Wettbewerbs behindern, weitere Fortschritte gemacht werden;

daß die preisbildenden Faktoren miteinander vergleichbarer gemacht werden;

daß insbesondere mit Großbritannien im Hinblick auf eine allgemeine Ausschaltung der Doppelpreise und auf eine Angleichung an die Regeln der Gemeinschaft Verhandlungen geführt werden;

daß die Hohe Behörde zur Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz-, Währungs- und Kreditpolitik beiträgt, um eine fortschreitende wirtschaftliche Integration anzustreben;

daß die Hohe Behörde zu diesem Zweck besonders von der Möglichkeit Gebrauch macht, die ihr durch den Vertrag geboten wird, nämlich „eine Zusammenarbeit mit den Regierungen herzustellen, um den allgemeinen Verbrauch, insbesondere den der öffentlichen Dienste, gleichmäßig zu gestalten oder zu beeinflussen“;

4. auf dem Gebiete des Transportwesens:

darauf, daß die Hohe Behörde von ihren Befugnissen Gebrauch macht, um nach Beseitigung der offenkundigen Diskriminierungen zur Einführung direkter internationaler Tarife und zur Harmonisierung der in den Ländern der Gemeinschaft bestehenden Frachten und Transportbedingungen zu gelangen;

daß bei der Einführung neuer Tarife eine allgemeine Senkung der Transportkosten erzielt wird;

daß die Hohe Behörde darüber wacht, daß die im Innern der Gemeinschaft befolgte Transportpolitik hinsichtlich der Transporte zwischen den Ländern der Gemeinschaft und dritten Ländern durch eine entsprechende Politik ergänzt wird, insbesondere durch zweiseitige Abkommen zwischen der Gemeinschaft einerseits und den dritten Ländern andererseits;

5. auf sozialem Gebiet:

darauf, daß mit den Arbeitnehmerorganisationen engere Fühlung sichergestellt wird;

daß der Bau von Arbeiterwohnungen im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie sowie auch die Berufsausbildung beschleunigt werden, insbesondere durch Maßnahmen der Hohen Behörde;

daß die Freizügigkeit der anerkannten Facharbeiter erleichtert und die Fragen der Sicherheit und der Hygiene der Arbeit sowie die Umschulung der möglicherweise durch technologische Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter untersucht werden;

daß die Hohe Behörde weiterhin die notwendigen Angaben sammelt, um vergleichbare Statistiken über die soziale Sicherheit und die Löhne in den verschiedenen Mitgliedstaaten aufzustellen;

6. auf dem Gebiete der Investitionen:

darauf, daß die Versammlung und ihre Ausschüsse regelmäßig und im voraus von der allgemeinen Politik der Hohen Behörde auf dem Gebiete der Investitionen in Kenntnis gesetzt werden, damit sie sich rechtzeitig dazu äußern können;

daß die Hohe Behörde sodann regelmäßig die Ausschüsse und die Versammlung über die Anwendung dieser Politik, insbesondere über den Beginn der Durchführung der Investitionsprogramme auf dem laufenden hält.

Die Versammlung:

nimmt mit Befriedigung von den Besprechungen Kenntnis, die die Hohe Behörde in Washington geführt hat;

begrüßt freudig die Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, nach deren Worten „die Vereinigung Europas für den Frieden und Wohlstand der Europäer und der ganzen Welt eine Notwendigkeit darstellt“ und „die Gründung dieser Gemeinschaft eine der bisher hoffnungsvollsten und konstruktivsten Entwicklungen auf dem Wege zu einer wirtschaftlichen und politischen Integration Europas darstellt“;

und hebt hervor, daß aus diesem Briefwechsel zwischen den amerikanischen Behörden hervorgeht, daß die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem neuen Europa, dessen erster Ausdruck die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist, sich nicht auf der Grundlage einer Hilfe, sondern der Zusammenarbeit aufbauen.

Quelle: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Gemeinsame Versammlung. Ordentliche Sitzungsperiode 1953. Dokument E 3.

Die Internationale der Genossenschaften

Von Dr. J. W. Brügel, London

Nachdem in früheren Folgen des Europa-Archivs bereits über „Die Internationale der Sozialisten“ (in Folge 12/1951) sowie über „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ (in Folge 2/1952) berichtet wurde, folgt nun der Bericht über die dritte, älteste und der Mitgliederzahl nach größte, organisatorisch allerdings am wenigsten festgefügte Internationale im weiteren Rahmen der Arbeiterbewegung, die Internationale der Genossenschaften.

Werden in der sozialistischen Internationale vorwiegend politische Forderungen der Arbeiter, in der gewerkschaftlichen Internationale wirtschaftliche und soziale Interessen der Arbeitnehmer vertreten, so stehen in der genossenschaftlichen Internationale die Verbraucher im Vordergrund. Der Internationale Genossenschaftsbund (IGB) nennt als sein Ziel die Förderung eines gemeinwirtschaftlichen Produktions- und Handelssystems, das im Interesse der gesamten Gesellschaft organisiert ist und auf freiwilliger gegenseitiger Hilfe beruht. Im Rahmen des IGB stellt die Konsumgenossenschaftsbewegung die Majorität dar.

Das weit gesteckte Ziel läßt viele Wege offen: so ist z. B. die Auseinandersetzung mit den Mitgliedsorganisationen der kommunistischen Länder ein stetes Problem. Ebenso sind zwar die genossenschaftlichen Ideale allgemein anerkannt, ihre Verwirklichung in der praktischen internationalen Zusammenarbeit aber ist schwierig. Einheitlichkeit und Durchschlagskraft der in den nationalen Genossenschaften geleisteten Arbeit sind daher, wie auch der unter Teilnahme zahlreicher ausländischer Gäste glanzvoll verlaufene deutsche Jubiläums-Konsumgenossenschaftstag vom 26. bis 29. Juni 1953 in Frankfurt a. M. wieder zeigte, Voraussetzung für alle internationalen Bemühungen.

Die moderne Arbeiterbewegung hat sich drei verschiedene Ausdrucksformen geschaffen: politische Parteien zur Durchsetzung politischer Forderungen der Arbeitnehmerschaft, Gewerkschaftsorganisationen zur Wahrung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten und schließlich Genossenschaften als organisierte Selbsthilfe gegen die Ausbeutung der arbeitenden Menschen in ihrer Eigenschaft als Konsumenten¹. Genossenschaften hat es schon vor der Entstehung der Arbeiterbewegung gegeben, und viele mächtige genossenschaftliche Organisationen sind neben ihr und ohne jeden Zusammenhang mit ihr in die Höhe geschossen. Die Besonderheit der Genossenschaftsbewegung, die als Selbsthilfe der Arbeiterbewegung geworden und gewachsen ist, besteht darin, daß sie als erste über den unmittelbaren Anlaß der Gründung einer Genossenschaft zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse eine Welt- und Lebensanschauung entwickelte, die Leitstern für die Richtung ihrer Arbeit und ihrer weiteren Entwicklung war. Fußend auf den Lehren des englischen Sozialreformers Robert Owen (1771 bis 1858), dem ein Bruderbund aller Menschen und Gemeineigentum vorschwebte, und dem Beispiel der legendären 28 Flanellweber folgend, die in der Geschichte als die „Pioniere von Rochdale“ fortleben², begannen die von Arbeitern gegründeten Genossenschaften fast ausschließlich als Konsumvereine, die ihren Mitgliedern den Einkauf von Lebensmitteln zu niedrigen Preisen ermöglichen wollten. Der hierbei erzielte Gewinn sollte an die Genossenschafter in

Form einer Dividende wieder zurückkehren. Es war nur logisch, daß man bald erkannte, das gesteckte Ziel besser erreichen zu können, wenn man möglichst viele der zu verkaufenden Waren selbst in einer vom Profitstreben freien Atmosphäre erzeugt. So entstand die genossenschaftliche Eigenproduktion, die wieder nur möglich war, sobald sich die einzelnen Konsumvereine zu einer gesamtstaatlichen Organisation zusammenschlossen. Verhältnismäßig früh — 1895 — kam es zur Gründung der Internationale der Genossenschaften, des *Internationalen Genossenschaftsbundes* (IGB), mit dem Sitz in London, der zwei Weltkriege überdauert hat und heute mit mehr als 100 Millionen Mitgliedern in allen fünf Weltteilen eine imponierende Macht darstellt. Er ist die einzige Zusammenfassung von Genossenschaften aller Art auf internationaler Grundlage.

Der Internationale Genossenschaftsbund ist die zahlenmäßig stärkste ideologisch fundierte internationale Organisation, aber sie ist zugleich diejenige, von der man verhältnismäßig am wenigsten hört. Auch wenn der IGB sowohl die Sozialistische Internationale³ als auch die drei bestehenden Gewerkschaftsinternationalen⁴ in bezug auf die Zahl der angeschlossenen Mitglieder weit überflügelt, liegt es schon in der Natur der Sache, daß es sich um eine vorwiegend passive Mitgliedschaft handelt. Der Durchschnittsmensch tritt, was mit einem Mindestmaß an Förmlichkeiten möglich ist, einer Genossenschaft bei, weil sie ihm einen leicht erkennbaren Vorteil bietet. Nur eine Minderheit ist sich dabei

dessen bewußt, Mitglied einer weltumspannenden Organisation zu werden, die es sich zum Ziel gesetzt hat, durch die Ausbreitung des genossenschaftlichen Gedankens die Profitwirtschaft durch eine Bedarfsdeckungswirtschaft zu ersetzen. Darum ist zur Beurteilung der Bedeutung dieser Organisation im innerstaatlichen und überstaatlichen Rahmen nicht so sehr die Zahl der ausgewiesenen Mitglieder als der Anteil entscheidend, den sie sich in der Gesamtwirtschaft erkämpft hat. Die auf S. 5873 wiedergegebene Tabelle sagt darüber einiges aus, soweit dem IGB angeschlossene Verbände in Frage kommen. Dabei darf man nicht übersehen, daß eine Mitgliedschaft in einer Verbrauchergenossenschaft meist die Zugehörigkeit ganzer Familien bedeutet, was einer Vervielfachung des Anteils der genossenschaftlichen Versorgung an der Gesamtversorgung der Bevölkerung entspricht.

Kann der IGB aber überhaupt noch unter die Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung gerechnet werden? Formell sicherlich nicht, denn er ist auf seine im Statut verankerte organisatorische und ideologische Selbständigkeit und Neutralität ängstlich bedacht. Nach einem Zwischenspiel in der Nachkriegszeit, in der eine gewisse Zusammenarbeit mit dem Weltgewerkschaftsbund ins Auge gefaßt worden war, der damals noch sowohl die Gewerkschaften der demokratischen Länder als auch die der kommunistischen umschloß, hat man sich darauf besonnen, zu keiner der Gewerkschaftsinternationalen Verbindungen zu unterhalten⁵. Eine Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Internationale stand nie zur Debatte. Dazu kommt, daß die organisatorische Grundlage des IGB sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert und verbreitert hat. Immer noch sind die Konsumgenossenschaften das Rückgrat des Bundes, aber einen steigenden Anteil nehmen Genossenschaften, deren Zielsetzung nur auf Produktion und Absatz lautet, wie die landwirtschaftlichen, und die den genossenschaftlichen Gedanken ursprünglich aus ganz anderen Erwägungen verfochten als die aus der sozialistischen oder anders orientierten Arbeiterbewegung hervorgegangenen. Zweifelloso hat sich beim IGB eine gewisse Abwendung von der Arbeiterbewegung vollzogen, durch die das Mißtrauen der anderen Lagern entstammenden Genossenschaften gegen eine Genossenschaftsinternationale zerstreut werden sollte, von der es mit größerer oder geringerer Berechtigung schien, daß sie sich einer bestimmten politischen Ideologie verschrieben habe.

Trotz einer gewissen „Entpolitisierung“ des Genossenschaftswesens auf dem internationalen Feld ist es aber weiter ein treuer Verbündeter zumindest der Gewerkschaftsbewegung geblieben, deren Bestrebungen durch die antikapitalistische Einstellung der Genossenschaften und durch den Schutz gedient

wird, den letztere den Arbeitnehmern in deren Eigenschaft als Verbraucher gewähren. Andererseits ist eine erfolgreiche gewerkschaftliche Betätigung — die Durchsetzung einer Politik der Vollbeschäftigung und der guten Löhne — die Voraussetzung für eine Prosperität der Genossenschaften⁶. Mit den sozialistischen Parteien hat die internationale Genossenschaftsbewegung nolens volens das Ziel gemeinsam, die bestehende Gesellschaftsordnung zu überwinden — und zugleich das Dilemma, daß sie in der Welt, die von Grund auf zu verändern sie ausgezogen ist, große und greifbare Erfolge erzielen konnte.

Mitgliedschaft von West und Ost

Die Tatsache, daß die Genossenschaftsbewegung keine vorwiegend politischen Aufgaben hat, machte es möglich, daß ihr zum Unterschied von anderen internationalen Organisationen nach wie vor sowohl Verbände mit demokratischer Orientierung als auch solche mit kominformistischer Einstellung angehören. Wenn es auch gelang, die organisatorische Geschlossenheit aufrechtzuerhalten, bedeutet das keineswegs, daß der IGB von den Auseinandersetzungen zwischen West und Ost verschont blieb. Jede Wendung im Kalten Krieg hat sich sofort auf seine Arbeit ausgewirkt: am ersten Nachkriegskongreß in Zürich (Oktober 1946) kamen die bestehenden Gegensätze nur verhüllt zum Ausdruck, während der nächste Kongreß in Prag (September 1948) von ihnen bereits beherrscht wurde⁷. Noch schärfer platzten die Gegensätze, die an die Grundfragen genossenschaftlicher Betätigung rühren, am dritten Kongreß in Kopenhagen (September 1951) aufeinander. Die demokratische Mehrheit im Bund hat es an Wachsamkeit nicht fehlen lassen und ist immer wieder erfolgreich allen Versuchen entgegengetreten, den IGB zu irgendeiner Stellungnahme zu veranlassen, die als Unterstützung der diversen Moskauer „Friedens“-Parolen hätte ausgelegt werden können. Sie hat auch konsequent die Aufnahmegesuche von Organisationen aus kommunistisch regierten Ländern abgelehnt, die ihr als offenkundige Organe der Staatsgewalt und nicht als auf Freiwilligkeit aufgebaute demokratische Körperschaften erschienen (Sowjetische Besatzungszone Deutschlands⁸, Ungarn, Albanien sowie angeblich selbständige Verbände der baltischen Sowjetrepubliken). Nichtsdestoweniger blieb die frühere Mitgliedschaft von Organisationen aus der Sowjetunion⁹, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien aufrecht, obwohl sie sich heute kaum von den Verbänden unterscheiden, deren Neuaufnahme mit der Begründung abgelehnt wird, daß es sich nicht um echte genossenschaftliche Organisationen handelt. Nur im Falle Polen erklärte der IGB 1951, die weitere Mitgliedschaft der ihm bis dahin angeschlossen gewesenen Verbände nicht anerkennen zu können, als diese „reorganisiert“ und einer neugeschaffenen

Die verhältnismäßige Stärke der Genossenschaftsbewegung

(Stand von 1950)

	Mitgliedschaft		Bevölkerungs- zahl in tausend	Anteil der Genossenschaften an der Bevölkerung	
	Gesamt- bewegung	Verbraucher- genossen- schaften		Gesamt- bewegung in Prozent	Verbraucher- genossen- schaften in Prozent
<i>Europa</i>					
Belgien	465 361	464 253	8 639	5,39	5,38
Bulgarien	1 280 385	360 209	7 160	17,88	5,03*
Dänemark	1 284 759	446 600	4 271	30,08	10,46
Deutschland (Bundesrepublik)	2 001 992	1 324 397	47 607	4,21	2,78
Finnland	1 413 629	963 755	4 012	35,24	24,02
Frankreich	4 783 768	2 440 374	41 900	11,42	5,82
Großbritannien	10 914 508	10 691 543	50 616	21,56	21,12
Griechenland	529 607	—	7 960	6,65	—
Island	30 680	30 680	143	21,45	21,45
Italien	4 779 234	2 608 403	46 272	10,33	5,64
Jugoslawien	5 755 568	?	16 250	35,42	—
Niederlande	302 861	302 861	10 114	3,04	3,04*
Norwegen	272 618	272 618	3 265	8,35	8,35
Oesterreich	1 354 129	239 559	6 906	19,30	3,47
Rumänien	4 665 323	?	16 000	29,16*	—
Schweden	962 341	962 341	7 017	13,71	13,71
Schweiz	577 631	577 631	4 694	12,31	12,31
Sowjetunion	32 500 000	32 500 000	193 000	16,84	16,84
Tschechoslowakei	4 425 738	1 986 429	12 463	35,51	15,94*
	78 300 432	56 171 653	488 289	16,04	11,50
<i>Amerika</i>					
Argentinien	186 421	186 421	17 196	1,08	1,08
Jamaika	9 000	9 000	1 403	0,64	0,64
Kanada	1 149 324**	—	13 549	8,48*	—
Kolumbien	7 411	7 411	11 260	0,07	0,07
Vereinigte Staaten	1 066 100	1 066 100	151 689	0,70	0,70
	2 418 256	1 268 932	195 097	1,24	0,65
<i>Asien</i>					
Indien	12 561 016	2 155 470	358 000	3,51	0,60
Israel	373 581	116 000	1 094	34,15	10,60
Japan	8 522 209	522 209	83 200	10,24	0,63
Pakistan	3 326 744	1 475 872	75 040	4,43	1,97
	24 783 550	4 269 551	517 334	4,79	0,83
<i>Afrika</i>					
Aegypten	3 000	—	20 439	0,01	—
Südafrika	3 900	3 900	12 320	0,03	0,03
	6 900	3 900	32 759	0,02	0,01
<i>Australasien</i>					
Australien	475 918*	—	8 186	5,81	—
Neuseeland	5 217	5 217	1 920	0,27	0,27
	481 135	5 217	10 106	4,76	?
Insgesamt	105 990 273	61 719 253	1 243 585	8,52	4,96

* Stand von 1949.

** Konsum- und Produktivgenossenschaften.

Spitze unterstellt wurden. Für die kommunistischen Mitgliedsverbände — auch eine der beiden angeschlossenen italienischen Zentralen steht unter kommunistischem Einfluß — ist der IGB natürlich vor allem eine Propagandatribüne. Die Situation innerhalb des Bundes läßt sich also mit der innerhalb der Vereinten Nationen vergleichen, mit dem nicht unwichtigen Unterschied, daß kein Vetorecht besteht. Auch wenn der IGB in seinen Beschlüssen immer unverrückbar an den demokratischen Grundsätzen festhält, sind seine Arbeiten durch die latenten inneren Gegensätze doch sehr erschwert.

Es ist übrigens bemerkenswert, daß der IGB in der Sowjetunion nur Konsumgenossenschaften zu Mitgliedern hat und daß nie ein Versuch gemacht wurde, die Kolchase als landwirtschaftliche Genossenschaften zur Mitgliedschaft anzumelden. Das letztere gilt auch für die anderen kommunistisch regierten Staaten. Aus naheliegenden Gründen kann es in diesen Ländern auch keine genossenschaftlichen Versicherungsanstalten und Banken geben.

Die Grundsätze von Rochdale

Obwohl die Frage der Mitgliedschaft russischer Verbände immer Diskussionsgegenstand gewesen war, seit die auf Sowjetgebiet bestehenden Genossenschaften den Charakter der Freiwilligkeit verloren hatten, waren die Bemühungen aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, den Begriff der „echten Genossenschaft“ zu definieren, die Aufnahme im Bund finden kann, nicht vor allem von dieser Auseinandersetzung diktiert. Man fühlte die Notwendigkeit einer solchen Definition aus ganz allgemeinen Erwägungen und griff schließlich auf die Grundsätze der Pioniere von Rochdale zurück. Der Internationale Kongreß des Jahres 1937 (Paris) nahm ihre Neuformulierung in folgender Weise vor:

1. Offene und freiwillige Mitgliedschaft,
2. Demokratische Kontrolle: ein Mann, eine Stimme,
3. Aufteilung des Ueberschusses an die Mitglieder im Verhältnis zu ihrem Anteil am Geschäftsverkehr,
4. Begrenzte Kapitalsverzinsung,
5. Politische und religiöse Neutralität,
6. Barzahlung,
7. Förderung der genossenschaftlichen Erziehung.

Die ersten vier Grundsätze sollten unbedingt verpflichtend sein, während von den restlichen gesagt wurde, sie seien „unzweifelhaft Bestandteil des Systems von Rochdale“ und würden von der Genossenschaftsbewegung überall mit Erfolg angewendet, sie seien aber „keine Voraussetzung der Mitgliedschaft im IGB“. Es war jedoch dem Kongreß ohne weiteres klar, daß es sich mehr um die Einhaltung der Intentionen der Begründer der Bewegung als um eine wörtliche Auslegung handeln müsse, die,

wenn überhaupt, nur bei Verbrauchergenossenschaften in Frage kommt. Der Grundsatz der „offenen Mitgliedschaft“ könnte z. B. Kreditgenossenschaften in die größten Schwierigkeiten bringen. Das Wort „freiwillig“ war übrigens erst vom Pariser Kongreß eingefügt worden; die Pioniere von Rochdale hatten daran nicht gedacht, da ihnen ja die bloße Möglichkeit einer Zwangsmitgliedschaft nicht zum Bewußtsein kommen konnte. Der Grundsatz „Ein Mann, eine Stimme“ ist bei Großeinkaufsgesellschaften, bei denen sich die Stimmenzahl nach den getätigten Einkäufen richtet, unanwendbar. Die Forderung, daß Ware nur gegen Barzahlung verabreicht werden sollte, war seinerzeit als Schutzmaßnahme sowohl für die Mitglieder der Genossenschaft als auch für diese selbst gedacht; unter den modernen Verhältnissen kann sie nicht voll aufrechterhalten werden. Ein Bestehen auf politischer Neutralität¹⁰ müßte auch zum Austritt der britischen Genossenschaften führen, die die Begründer und Hauptstützen der Organisation sind. Sie bilden mit der Arbeiterpartei und dem Gewerkschaftsbund zusammen den *National Council of Labour*, die Spitzenorganisation der britischen Arbeiterbewegung (ähnliches gilt für Belgien, wo die sozialistisch orientierte Genossenschaftszentrale zusammen mit der Arbeiterpartei, dem Gewerkschaftsbund und den Sozialversicherungsanstalten in einer gemeinsamen Spitze vereinigt ist). Darüber hinaus rekrutieren die britischen Genossenschaften aus ihren politisch interessierten Mitgliedern eine eigene politische Partei, die *Genossenschaftspartei*, die neben der Arbeiterpartei besteht, aber nicht gegen sie wirkt.

Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg machte die Ausarbeitung einer Richtlinie für die Aufnahme neuer Mitglieder notwendig. Der Leitende Ausschuß, dem die Aufnahmen obliegen, einigte sich 1949 gegen die Stimmen der kommunistischen Mitglieder auf eine Auslegungsregel, deren Kernstück folgendermaßen lautet:

„Die Organisation der Genossenschaften muß eine demokratische sein, d. h. sie müssen das Recht haben, ihre Ausschüsse und sonstigen Verwaltungsorgane selbst zu wählen, ohne jegliche Einmischung oder Druck von außen, und alle Mitglieder . . . müssen das gleiche Recht auf freie Meinungsbildung und -äußerung haben.“

Genossenschaftliche Organisationen müssen vollkommen frei und unabhängig sowie in der Lage sein, zu allen Problemen Stellung zu nehmen, die ihre eigenen oder die allgemeinen Interessen berühren, unabhängig vom Staat und von öffentlichen Behörden oder von privaten Organisationen (politischen Parteien).

In Ländern, wo kein Recht auf freien Zusammenschluß besteht und abweichende Meinungen nicht geduldet werden, kann es keine freien und unabhängigen Genossenschaften geben.“

Diese Formel schob dem Eindringen weiterer kommunistisch orientierter Organisationen einen Riegel

vor; sie berührt aber bestehende Mitgliedschaften nicht.

Der Aufbau der Organisation

Der IGB vereinigt gesamtstaatliche und regionale Verbände von Genossenschaften und Genossenschaftszentralen, Großeinkaufsgesellschaften (anerkannte Hilfsorganisationen angeschlossener Verbände) und einzelne Genossenschaften, „unter der Voraussetzung, daß sie die wirtschaftliche und soziale Besserstellung ihrer Mitglieder bezwecken durch den Betrieb eines auf Gegenseitigkeit gegründeten Unternehmens und daß sie den Rochdaler Grundsätzen entsprechen“. Man unterscheidet neben der Einzelmitgliedschaft der betreffenden Verbände auch noch „Kollektivmitgliedschaft“, d. h. Anschluß an die Internationale auf die Weise, daß alle Mitglieder des betreffenden Verbandes für sich Mitgliedsrechte erlangen¹¹. Die Organe der Internationale sind der Kongreß, der alle zwei bis drei Jahre zusammentritt, der Zentralvorstand, in dem alle Mitgliedorganisationen gesamtstaatlichen Charakters vertreten sind, und ein vierzehnköpfiger Leitender Ausschuß.

Im IGB sind die meisten europäischen Länder vertreten, soweit der Zulassung ihrer Organisationen nicht politische Einwendungen entgegenstehen. Die Genossenschaften von Irland und Luxemburg haben keine internationalen Bindungen. Fast überall stellen die Verbrauchergenossenschaften den Grundstock der Mitgliedschaft (lediglich in Griechenland bestehen keine Konsumgenossenschaften, sondern nur Produktivgenossenschaften).

Die Mitgliedschaft der deutschen Verbände war nach deren Gleichschaltung 1934 sistiert worden. Die Wiederzulassung zunächst der Großeinkaufsgesellschaft und dann des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften erfolgte — gegen starke kommunistische Opposition — 1948, knapp nachdem sich die deutschen Organisationen auf dem Boden der heutigen Bundesrepublik neu konstituiert hatten¹². Die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen), die Kreditgenossenschaften (Schulze-Delitzsch) und der Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmungen gehören dem IGB nicht an, bilden aber mit dem Zentralverband zusammen zur Wahrung gemeinsamer Interessen den „Freien Ausschuß der deutschen Genossenschaftsverbände“. Die Genossenschaften des Saargebietes, die vor 1933 den entsprechenden deutschen Zentralen angeschlossen waren, ermangeln heute der internationalen Vertretung. Die Mitgliedschaft der österreichischen Konsumgenossenschaften wurde sofort nach Kriegsende erneuert; später schlossen sich die landwirtschaftlichen und die Baugenossenschaften an.

In bezug auf die Art der Betätigung der die Mitgliedschaft anstrebenden Verbände setzt das Statut des IGB keine Schranken fest, solange der genossenschaftliche Charakter der betreffenden Organisation

gewahrt ist. Der Bund umschließt neben Konsumgenossenschaften im Einzel- und Großhandel und ihren Verbänden industrielle Produktions- und gewerbliche Genossenschaften, Landwirtschafts- und Fischereigenossenschaften, Kreditgenossenschaften, genossenschaftliche Banken und Versicherungsanstalten, Wohn- und Baugenossenschaften usw. Die letzten verfügbaren Zahlen (für 1950) geben folgendes Bild der Aufteilung der Mitglieder nach genossenschaftlichen Typen:

Genossenschaftsart	Organisationen	Mitglieder
Verbrauchergenossenschaften	36 827	59 563 783
Arbeiter-Produktiv- und Handwerker-genossenschaften	11 186	834 136
Landwirtschaftliche Genossenschaften	77 319	18 615 168
Baugenossenschaften	4 624	1 341 908
Verschiedene	2 420	460 034
Kreditgenossenschaften	237 912	25 175 244
Insgesamt:	370 288	105 990 273

In dieser Aufstellung kommen die genossenschaftlichen Banken und Versicherungsanstalten nicht vor, die im allgemeinen Hilfsorgane der Konsum- oder landwirtschaftlichen Genossenschaften der betreffenden Länder sind. Die in neun europäischen Ländern und in Israel bestehenden und dem IGB angeschlossenen Banken hatten 1950 ein Aktienkapital von insgesamt 7,9 Millionen Pfund und einen Gesamtumsatz von 10,3 Milliarden Pfund. Die genossenschaftlichen Versicherungsanstalten¹³ wiesen 1950 folgenden Tätigkeitsbereich aus:

Versich.-Art	Versicherte Personen	Versicherte Summen (Pf.)	Eingezahlte Prämien (Pf.)	Ausbezahlte Leistg. (Pf.)
Lebens-versich.	22 915 781	810 655 012	37 274 735	13 277 882
Feuer-versich.	4 632 930	3 765 658 320	7 817 327	2 546 697
Unfall-versich.	6 114 760	1 624 041 917	30 549 341	12 819 007
Verschied.	4 647 758	12 737 793 023	33 826 008	64 009 332
Insgesamt:	38 311 229	18 938 148 272	109 467 411	92 652 918

Großes Gewicht hat der IGB in der Nachkriegszeit auf die Verbreiterung der Möglichkeiten internationaler genossenschaftlicher Zusammenarbeit durch Einbeziehung vor allem von landwirtschaftlichen Genossenschaften gelegt, und er war nach dieser Richtung zweifellos erfolgreich. Heute sind ihm in sechzehn europäischen und außereuropäischen Ländern insgesamt fast 120 000 landwirtschaftliche Genossenschaften mit nahezu 25 Millionen Mitgliedern (also weit mehr, als oben ausgewiesen) angeschlossen. Um die restlichen Außenseiter für den Anschluß zu gewinnen, hat man 1951 einen Sonderausschuß für landwirtschaftliche Genossenschaften eingesetzt, aus dem sich eine eigene diesen Zweig betreuende Abteilung innerhalb des Apparates der Internationale entwickeln soll. Viele landwirtschaftliche Genossen-

schaften entbehren noch der internationalen Verbindungen, andere sind in der Internationalen Föderation landwirtschaftlicher Produzenten (Sitz: Washington)¹⁴ oder im Internationalen Verband der Landwirtschaft (Sitz: Brugg in der Schweiz) organisiert. Bei manchen liegt auch Doppelmithgliedschaft vor.

Eine selbständige, aber mit dem IGB eng zusammenarbeitende Organisation ist die *Internationale genossenschaftliche Frauengilde* (Sitz: London), die ihre Arbeit auf 26 Länder erstreckt. Sie widmet sich vor allem der Gewinnung der Hausfrauen für den genossenschaftlichen Gedanken.

Genossenschaften in unterentwickelten Ländern

Der IGB beschäftigt sich sehr eingehend mit den Möglichkeiten der Unterstützung des Aufkommens von Genossenschaften in unterentwickelten Ländern, wobei er wieder weniger an Hilfe durch die betreffenden Regierungen oder Kolonialverwaltungen als an eine Solidaritätsaktion der in ihren Ländern bereits fest verwurzelten „historischen“ Genossenschaftsverbände denkt. Man erwägt auch, den Beitritt von Genossenschaften in unterentwickelten Gebieten zur Internationale durch Einführung niedrigerer Mitgliedsbeiträge zu erleichtern. Der nächste für den Herbst 1954 in Paris in Aussicht genommene Kongreß des IGB wird sich mit dem Problem in seiner ganzen Breite befassen. Inzwischen ist 1953 der erste Genossenschaftsverband aus einem unterentwickelten Gebiet, und zwar die Genossenschaftszentrale der Goldküste, dem Bund beigetreten.

Praktische internationale Zusammenarbeit

Wiederholt angestellte Versuche, die internationale genossenschaftliche Solidarität durch die Aufrichtung eines die Grenzen überschneidenden und völlig außerhalb des Bereiches der Privatwirtschaft funktionierenden eigenen genossenschaftlichen Güterausstausches in die Tat umzusetzen, haben bisher zu keinen durchschlagenden Erfolgen geführt, was angesichts der bestehenden Handelsschranken weiter nicht verwunderlich ist. Nichtsdestoweniger gibt es ein nicht unbedeutendes Maß an praktischer Zusammenarbeit zwischen den Genossenschaftsorganisationen zweier oder mehrerer Länder (Vereinigte Staaten/Kanada, skandinavische Staaten); es sei nur auf das Bestehen einer interskandinavischen genossenschaftlichen Glühlampenfabrik verwiesen. Hingegen waren die Nachkriegsumsätze der dem IGB als Hilfsorgan dienenden *Internationalen genossenschaftlichen Handelsvereinigung* (Sitz: London), der 24 Genossenschaften als Mitglied angehören und die dazu bestimmt ist, deren Ein- und Ausfuhrgeschäfte durchzuführen sowie gegebenenfalls deren Erzeugnisse in Kommission zu übernehmen, verhältnismäßig bescheiden. Sie hat im vergangenen Jahr ihre Tore geschlossen. Gegenwärtig wird die Gründung einer besonderen genossenschaft-

lichen *Handelsvereinigung für Westeuropa* vorbereitet, die den ersten Schritt zu einem engeren Zusammenschluß der westeuropäischen Genossenschaften im Rahmen des IGB bedeuten könnte. Sie soll ihre Tätigkeit versuchsweise mit der Organisierung des gemeinsamen Einkaufes von Kaffee beginnen.

Auf einem wichtigen, von verhältnismäßig wenigen großen Konzernen monopolistisch bearbeiteten Teilgebiet waren der internationalen Genossenschaftsbewegung größere Erfolge beschieden. Die nach dem Krieg gegründete *Internationale genossenschaftliche Erdölvereinigung*, die ihren Sitz in New York hat, konnte sich trotz der hier bestehenden Währungs- und anderer Hindernisse durchsetzen. Ihr gehören gegenwärtig 24 genossenschaftliche Organisationen aus 14 Ländern an.

Ein altes Projekt, die Schaffung einer internationalen *Rückversicherungsgenossenschaft*, wurde durch die 1949 erfolgte Gründung eines Büros für Rückversicherungen der Verwirklichung nähergebracht. Genossenschaftliche Versicherungsanstalten haben schon eine ganze Anzahl von Rückversicherungsverträgen auf internationaler Grundlage abgeschlossen.

Beziehungen zu offiziellen internationalen Organisationen

Der IGB genießt konsultativen Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen sowie bei der UNESCO, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO). In allen diesen Körperschaften bemüht er sich, den Standpunkt der Konsumentenschaft zu vertreten und monopolistische Tendenzen zu bekämpfen. Aus der Anerkennung durch den Wirtschafts- und Sozialrat ergab sich auch eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission für Europa und deren Unterausschüssen. Da der IGB keine regionalen Untergruppen besitzt, konnte er sich nicht beim *Europarat* um Zuerkennung des konsultativen Status bewerben, der z. B. im Vorjahr der Europäischen Regionalorganisation des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften eingeräumt wurde.

Eine Vertretung im Beratenden Ausschuß, der bei der Hohen Behörde der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* errichtet wurde, ist dem IGB trotz nachdrücklicher Bemühungen nicht zuerkannt worden. Dem Vertrag vom 18. April 1951 zufolge ist ein Drittel der Sitze im Ausschuß den „Verbrauchern und Händlern“ vorbehalten, aber nur in dem Drittel, das die Arbeitnehmer, und in dem weiteren, das die Erzeuger besetzen, ist ein Vorschlagsrecht der hier maßgebenden Organisationen vorgesehen¹⁵. Man kann annehmen, daß die Genossenschaftsbewegung ihre Anstrengungen, doch eine Vertretung zu erzielen, fortsetzen wird. Die letzte Tagung des Zentralvorstandes (Mai 1953) hat beschlossen, darauf zu dringen,

daß die Stimme der organisierten Verbraucherschaft überall dort gehört werde, wo man an die Schaffung eines gemeinsamen Marktes herangeht, was sich natürlich auch auf den „Grünen Pool“ bezieht.

Um eine ideologische Plattform der Genossenschaftsbewegung

Die Verbreiterung der Grundlage der Genossenschaftsbewegung, die heute alle Sparten wirtschaftlicher Betätigung durchdringt, hatte die ganz natürliche Folge, daß der Pioniergeist, der ihr ursprünglich zu eigen war, weitgehend einer nüchternen Befassung mit Aufgaben Platz gemacht hat, die aus den Gegebenheiten des Tages und der Stunde geboren sind. Das wird noch verstärkt durch den Umstand, daß zur Genossenschaftsinternationale auch große Organisationen gestoßen sind, die ihrer ganzen Tradition nach die Genossenschaftsidee nicht als Weltanschauung, sondern als ein probates Auskunftsmittel betrachten. Sie sind bereit, mit jenen, für die der Genossenschaftsgedanke der Schlüssel zum Aufbau einer besseren Welt ist, ein Stück Weges zusammenzugehen, ohne sich Gedanken über die Rolle ihrer eigenen Bewegung in einer idealen Gesellschaftsordnung der Zukunft machen zu wollen. Größere Schwierigkeiten für die Ausarbeitung eines in die Zukunft weisenden Programms der Genossenschaftsbewegung als diese bloß passiven Partner bieten jene, denen die Unterordnung unter ein totalitäres, Kompromisse mit der Außenwelt ausschließendes System die Voraussetzungen für eine echte Zusammenarbeit nimmt. Aber auch wenn es keine Auseinandersetzung mit kominformistischen Gedankengängen gäbe, bliebe der ungelöste und wohl nie eindeutig lösbare Konflikt zurück, ob „der Genossenschaftsgedanke der Vorläufer des Sozialismus während einer wichtigen Phase der Uebergangsperiode ist oder ob er die höchste Form des Kollektivismus darstellt, in die die gesamte sozialistische Wirtschaft einmal umgebildet werden wird“.¹⁶

Um so höher ist es zu veranschlagen, daß der IGB sich auf allen drei Nachkriegskongressen bestrebt hat, eine ideologische Plattform zu schaffen, die für seine zukünftige Arbeit mit dem Ziele, „das Wirtschaftsleben Schritt für Schritt mit den genossenschaftlichen Grundprinzipien zu durchdringen, bis schließlich an die Stelle des gegenwärtigen Systems die Bedarfsdeckung treten wird“, maßgebend sein sollte. Die Ungeklärtheit der Verhältnisse machte allerdings nur die Ausarbeitung provisorischer Programme möglich, die freilich — wie das Verlangen nach „Stabilisierung der Währungen, schrittweise Beseitigung der Hindernisse im internationalen Handel und Abschaffung von Restriktionen und Monopolen jeglicher Art“ im Jahre 1946 — oft mehr ideale Postulate als durchsetzbare Forderungen waren. Mit bemerkenswerter Offenheit hat der offizielle Berichterstatter am

Kopenhagener Kongreß, der Schweizer Ch. H. *Barbier*, den Finger auf einige wunde Punkte der Genossenschaftsbewegung gelegt. Ihm zufolge hemmt die Tatsache, daß „der Mensch unserer Tage noch nicht darauf vorbereitet ist, als Genossenschafter zu leben“, die Entfaltung genossenschaftlicher Gedankengänge. Daraus ergibt sich die zweite vom Redner erwähnte Schwierigkeit, die richtigen Träger der Genossenschaftsbewegung zu finden, die heute durch den Wettbewerb des „gerechten Preises“ die Rolle eines Katalysators in der Wirtschaft erfülle. Die dritte Schwierigkeit bilde der Umstand, daß die Genossenschaften, auch wenn sie meist bessere Arbeitgeber seien als die privaten Unternehmer und Händler, doch das System der Lohnarbeit beibehalten haben; für die „Vergenossenschaftlichung der Arbeit“ innerhalb der Bewegung sei bisher wenig geschehen. Tatsächlich wirft das Verhältnis der Genossenschaftsbewegung zu ihren eigenen Angestellten komplizierte Probleme auf, mit denen sich z. B. der sozialistische Theoretiker Professor G. D. H. *Cole* eingehend auseinandersetzt, dessen Gedanken in vielen seiner Bücher um die Zukunftsmission des Genossenschaftswesens kreisen. Cole tritt für eine Art Mitbestimmung der Angestellten in der Genossenschaftsleitung ein — eine Möglichkeit, mit der sich der „Freie Ausschuß der deutschen Genossenschaftsverbände“ gegenwärtig auch befaßt.

Im Gegensatz zu den demokratischen Genossenschaftsorganisationen, die nicht verheimlichen, daß ihre rasche Aufwärtsentwicklung sie vor Probleme gestellt hat, deren Lösung schwierig ist und vielfach noch aussteht, hüten sich die Genossenschaften der kommunistisch regierten Länder zuzugeben, daß es für sie irgendein Dilemma gibt. Wenn sie auch der Beantwortung der Frage ausweichen, welchen Sinn die bloß formale Aufrechterhaltung einer eigenen Genossenschaftsbewegung innerhalb einer totalitär gelenkten Wirtschaft hat, bekämpfen sie die Propagierung eines eigenen Genossenschaftssozialismus als „für die Arbeiterbewegung schädlich, weil es die Arbeiterklasse von ihrer wahren revolutionären Aufgabe ablenkt“. Ihre eigene Rolle definierte ein tschechischer Redner auf dem Prager Kongreß mit den Worten:

„Für unsere Arbeiter in Stadt und Land ist der Genossenschaftsgedanke nicht das Endziel. Bei uns ist das im Zentralrat der Genossenschaften vereinigte Genossenschaftswesen aller Typen und Formen mit allen Sektoren der Erzeugung und Verteilung im Aufbau unserer volksdemokratischen Republik in sozialistischen Bahnen verbunden.“

Ein anderer wies den Genossenschaften in den nichtkommunistischen Ländern einen Aufgabenkreis zu, der von einer geringen Vertrautheit mit den tatsächlichen Verhältnissen zeugt:

„Genossenschaftsorganisationen . . . müssen bei der Sicherung der Lebensmittelzufuhr für streikende Arbeiter helfen, Arbeit für Arbeiter finden, die auf den schwarzen Listen der kapitalistischen Arbeitgeber stehen . . . Sie können Lieferfirmen, die ihre Arbeiter ausbeuten, mit dem Entzug von Aufträgen bedrohen . . .“

Genossenschaften und Verstaatlichungsmaßnahmen

Demgegenüber hält der IGB allgemein an dem Grundsatz fest, daß „genossenschaftliche Organisationen vollkommen frei und unabhängig sein müssen. Sie haben daher keine Daseinsberechtigung in Ländern, in denen kein Recht zu freiem Zusammenschluß besteht.“ Damit hat er sich eindeutig von den kommunistischen Regimen abgegrenzt. Aber auch allen anderen Staats- und Wirtschaftsformen gegenüber beharrt er auf dem Recht, die genossenschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten zu erweitern. Steht das nicht im Konflikt mit der auch in vielen demokratischen Ländern nach dem Krieg durchgeführten Verstaatlichung ganzer Wirtschaftszweige? Dadurch wurde zweifellos eine Forderung der Genossenschaftsbewegung, die Eindämmung der Profitwirtschaft, erfüllt, aber auf einem Wege, der dem genossenschaftlichen Denken zumindest fremd ist und der Ausbreitung der genossenschaftlichen Betätigung in vielen Bereichen den Boden entzieht¹⁷. Die britischen Genossenschaften haben es widerspruchslos hingenommen, als im Zuge der Nationalisierung des Bergbaus die einzige ihnen gehörende Kohlengrube verstaatlicht wurde. Sie würden zweifellos sehr energisch dagegen protestieren, wenn eine ihnen noch so nahestehende Regierung als Selbsthilfe gegen die Privatwirtschaft unter Opfern errichtete und erhaltene Fabriken oder Mühlen der genossenschaftlichen Eigenproduktion zu verstaatlichen gedächte. Die Haltung der Genossenschaften hat die Arbeiterpartei 1949/1950 veranlaßt, die Forderung ihres Wahlprogramms nach Verstaatlichung eines Teiles des Lebensversicherungswesens (durch die auch die genossenschaftliche Versicherungsanstalt betroffen worden wäre) in die nach Vergenossenschaftlichung umzumünzen¹⁸.

Der IGB hat sich auf dem Züricher und dem Prager Kongreß sehr gründlich mit dem Verhältnis der Genossenschaftsbewegung zur öffentlichen Hand im allgemeinen und zur Verstaatlichung im besonderen beschäftigt. Man war sich dahin einig, daß Schlüsselindustrien, das Verkehrswesen usw. in die Hände des Staates gehören. Die damals angenommene Resolution spricht darüber hinaus den Grundsatz aus, daß „in jenen Industrien und Diensten, die die Bedürfnisse des Einzelverbrauchers direkt decken und in denen persönliche Vorlieben und Geschmack wichtig sind, der Genossenschaftsgedanke eine Vorgangsweise ermöglicht, die der Verstaatlichung überlegen ist“. Nationalisierung soll, wo sie durchgeführt wird, „die Verhinderung eines Konflikts zwischen dem privaten Gewinnstreben und dem allgemeinen Interesse, die Erhöhung und Festigung des Lebensstandards der Gemeinschaft, die Sicherstellung der rationellen Entfaltung der Wirtschaftskräfte und . . . eine Uebertragung der demokratischen Grundsätze auf die Wirtschaft bezwecken“.

Die Resolution lehnt weiter den oft ventilierten Gedanken ab, der Staat möge der Genossenschaftsbewegung gewisse ganz- oder halboffizielle Funktionen im Verteilungsprozeß übergeben, was als unvereinbar mit dem freiwilligen Charakter der Zugehörigkeit zur Genossenschaftsbewegung betrachtet wird. Auch in einer Kollektivwirtschaft müsse dem einzelnen das Recht zugebilligt werden, sich aus eigenen Stücken für den Grundsatz des freiwilligen Zusammenschlusses zu entscheiden. Professor Cole wirft dazu die Frage auf, ob bei Beibehaltung des Grundsatzes der Freiwilligkeit, den er für die Vergangenheit und die unmittelbare Gegenwart billigt, das „genossenschaftliche Commonwealth“, das der Bewegung als Ziel vorschwebt, verwirklicht werden könnte¹⁹. Die Antwort darauf lautet offenbar, daß die Genossenschaftsbewegung auf die eigene Anziehungskraft vertraut, die immer breitere Schichten in ihren Bann ziehen werde, bis praktisch keine Außenseiter vorhanden sind.

Anmerkungen

¹⁾ In Belgien und Italien existieren außerdem noch als vierte Ausdrucksform die von der Arbeiterbewegung selbst ins Leben gerufenen Krankenkassen.

²⁾ Rochdale ist eine kleine Industriestadt in der Nähe von Manchester, in der 28 Arbeiter 1844 den ersten Konsumverein mit dem Ziel gründeten, „Vorkehrungen für den materiellen Nutzen und die Verbesserung der sozialen und häuslichen Lage der Mitglieder zu treffen“.

³⁾ Siehe J. W. Brügel: „Die Internationale der demokratischen Sozialisten“ in Europa-Archiv 12/1951, S. 4115–4122.

⁴⁾ Weltgewerkschaftsbund, Internationaler Bund freier Gewerkschaften, Internationaler Bund christlicher Gewerkschaften. Siehe dazu den Aufsatz des Verfassers: „Die internationale Gewerkschaftsbewegung“ in Europa-Archiv, 2/1952, S. 4663 bis 4670.

⁵⁾ Die Genossenschaftsbewegung feiert statt des 1. Mai den Internationalen Genossenschaftstag alljährlich am zweiten Samstag im September. Ihre Flagge ist das Regenbogenbanner.

⁶⁾ Das soll aber nicht bedeuten, daß echte Interessenkonflikte ausgeschlossen sind. Solche hat es z. B. wiederholt in der Frage der Nacharbeit in den Bäckereien gegeben: die Gewerkschaften erwarten von den Genossenschaften, daß diese den privaten Arbeitgebern in der Erfüllung sozialpolitischer Forderungen mit gutem Beispiel vorangehen werden, während die genossenschaftlichen Bäckereibetriebe darauf bedacht sind und sein müssen, sich ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

⁷⁾ Es dürfte die einzige Gelegenheit gewesen sein, bei der von einer legalen Tribüne in einem kommunistischen Land der Sowjetdelegation der sowjetisch-deutsche Freundschaftspakt vom Jahre 1939 öffentlich vorgehalten werden konnte.

⁸⁾ Den Hinweis, daß die Genossenschaften der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 15 000 Verteilungsstellen haben, beantwortete der westdeutsche Delegierte Dahrendorf am Kopenhagener Kongreß folgendermaßen: „Wie sind diese 15 000 Verteilungsstellen zustande gekommen? Dadurch, daß

gewaltsam, mit der staatlichen Autorität, private Lebensmittelgeschäfte oder Einzelhandelsgeschäfte enteignet und in die Verfügungsgewalt der Konsumgenossenschaften übertragen worden sind. Das hat mit Genossenschaftswesen, das hat mit Selbsthilfe und Selbstverwaltung nichts mehr zu tun.“

⁹⁾ Der russische Verband „Centrosojuz“ gehört der Internationale seit 1903 an.

¹⁰⁾ Politische Neutralität bedeutete für die Weber von Rochdale, die gar kein Wahlrecht besaßen, etwas anderes, als man heute darunter versteht.

¹¹⁾ Ein Versuch der kommunistisch orientierten Verbände, ihre individuelle in eine kollektive Mitgliedschaft zu verwandeln, um ihren zahlenmäßigen Einfluß zu verstärken, scheiterte.

¹²⁾ Siehe Dr. Gisela Augustin: „Genossenschaftliche Selbsthilfe im Europa der Nachkriegszeit“ in Europa-Archiv 8/1951, S. 3899—3910.

¹³⁾ Dem IGB sind solche Anstalten in Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Island, Israel, Kanada, Norwegen, Schweden, der Schweiz und den Vereinigten Staaten angeschlossen.

¹⁴⁾ Der Verband hat die ihm angehörenden landwirtschaft-

lichen Genossenschaften in einer Gruppe international zusammengefaßt.

¹⁵⁾ Siehe den Wortlaut von Artikel 18 des Vertrages in Europa-Archiv 10—11/1951, S. 4000.

¹⁶⁾ N. Barou in dem vom ihm herausgegebenen Sammelwerk „The Co-operative Movement in Labour Britain“, London 1948.

¹⁷⁾ Nur in der Tschechoslowakei hat man 1945 den isolierten (und kurzlebigen) Versuch gemacht, die verstaatlichten Zuckerfabriken und Raffinerien nach genossenschaftlichen Grundsätzen verwalten zu lassen, indem man den an die Betriebe Rübe liefernden Landwirten eine Vertretung in der Geschäftsleitung zuerkannte.

¹⁸⁾ Siehe dazu die Vorschläge der Arbeiterpartei „The Future of Industrial Insurance“, London 1950, und das Manifest der Genossenschaftspartei „The Co-operative Movement in a Collectivist Economy“, London 1950. (Die Forderung wurde inzwischen zurückgestellt.)

¹⁹⁾ „Was wird in diesem Commonwealth mit jenen geschehen, denen der Wunsch abgeht, Genossenschafter zu werden? Werden sie alles das nicht erhalten können, was nur im Wege der Genossenschaft zu haben sein wird?“ Cole: „The British Co-operative Movement in a Socialist Society“, London 1951.

Neuere Literatur über das internationale Genossenschaftswesen

Aiszilnieks, Arnold: „Das Genossenschaftswesen in der Sowjetunion“, Neuwied a. Rh., 1950.

Augustin, Gisela: „Genossenschaftliche Selbsthilfe im Europa der Nachkriegszeit“, Europa-Archiv 8/1951, S. 3899—3910.

Barou, N. (Herausgeber): „The Co-operative Movement in Labour Britain“, London 1948.

Casselman, Professor Paul Hubert: „The Co-operative Movement and some of its problems“, New York 1952 (mit ausführlicher Bibliographie).

Cole, Professor G. D. H.: „A century of Co-operation“, London 1945; deutsch: „Ein Jahrhundert englischer Genossenschaftsbewegung“, Hamburg 1950.

Cole, Professor G. D. H.: „The Rochdale Principles“, London 1947.

Cole, Professor G. D. H.: „Die Genossenschaftsbewegung und der Staat“ in Internationale genossenschaftliche Rundschau, 1951, S. 133—137.

Cole, Professor G. D. H.: „The British Co-operative Movement in a Socialist Society“, London 1951.

Digby, Margaret: „The World Co-operative Movement“, London 1948.

Hasselmann, Erwin: „Die internationale Genossenschaftsbewegung 1947—1949“, Hamburg 1951.

Hasselmann, Erwin: „Der Internationale Genossenschaftsbund und die Genossenschaftsbewegung der freien Welt“, Hamburg 1951.

Hasselmann, Erwin: „Der Internationale Genossen-

schaftsbund“ in Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, 5. (37.) Jahrgang 1951, Hamburg 1952, S. 255—264.

Hasselmann, Erwin: „Der Internationale Genossenschaftsbund im Jahre 1952“ in Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, 6. (38.) Jahrgang 1952, Hamburg 1953, S. 259—270.

Henzler, Professor Reinhold: „Genossenschaftswesen“, Wiesbaden 1952.

Orizet, Jean: „The Co-operative Movement and the Welfare of the Worker“, International Labour Review, Juli 1951, S. 1—23.

Pick, Frederick W.: „Britische Genossenschaften“, Marburg 1949.

Proksch, Otto: „Das Genossenschaftswesen in den Vereinigten Staaten“ in Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 2/1952, S. 123—137.

Renner, Karl: „Sozialismus, Arbeiterschaft und Genossenschaft“, Hamburg 1951.

Schmidt, Kurt: „Die Genossenschaft — ihre Geschichte, ihr Wesen und Recht und ihre Entwicklung in Deutschland“, Berlin 1949.

Seraphim, P. H.: „Das Genossenschaftswesen in Osteuropa“, Neuwied 1951.

Topham, Edward, und J. A. Hough: „Die Genossenschaftsbewegung in Großbritannien“, Berlin 1948.

Ziegenfuß, Werner: „Die Genossenschaften“, Berlin und Stuttgart 1948.

Kurzberichte und Zeittafel

Die Europäische Bewegung und die gegenwärtige internationale Situation

Am 20. und 21. Juni hat in Straßburg unter dem Vorsitz von P. H. Spaak das Internationale Exekutivbüro der Europäischen Bewegung in erweiterter Zusammensetzung getagt, um sich mit der politischen Lage zu befassen. Nach einem ausführlichen Referat von Eugen Kogon über „Die Europäische Bewegung und die gegenwärtige internationale Situation“ und einer eingehenden, sehr lebhaften Debatte wurde folgende EntschlieÙung angenommen:

„Die neue sowjetische Haltung ist weitgehend auf die Festigkeit und den Zusammenhalt der freien Völker zurückzuführen. Soll ein Erfolg erzielt werden, ist es daher unerläÙlich, diese Festigkeit und diesen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten, da jedes Nachlassen ein Zurückweichen, wenn nicht gar einen Zusammenbruch der westlichen Welt zur Folge hätte.

Das demokratische Europa, in gleicher Weise dem Frieden und der Freiheit verpflichtet, darf keine Gelegenheit vernachlässigen, Verhandlungen anzuknüpfen, die geeignet sind, eine Besserung der internationalen Lage herbeizuführen und die Aussichten für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu mehren.

Die Europäische Bewegung ist der Ansicht, daß die Verhandlungen unter folgenden Bedingungen geführt werden müÙten:

1. Vor dem Zusammentreffen mit der Sowjetunion müssen sich die Länder der freien Welt genauestens über ihre wesentlichen Ziele und die auf jeden Fall zu behauptenden Positionen verständigen.
2. In den Beziehungen zwischen Ost und West müÙten die Probleme ohne Unterstützung angefaÙt und die Verhandlungen erst nach sorgfältiger diplomatischer Vorbereitung begonnen werden. Kame es infolge unzureichender Vorbereitung oder wegen Verkenennung der Grundgegebenheiten zu einem Fehlschlag, so würde dadurch die gegenwärtige Lage nur noch verschlimmert.
3. Alle Probleme hängen engstens zusammen und stehen miteinander in weltweiter Wechselbeziehung. Es erscheint jedoch schwierig, in den mit der Sowjetunion zu führenden Verhandlungen alle Probleme gleichzeitig zu lösen. Dazu bedürfte es einer Weltfriedenskonferenz von sehr langer Dauer, einer Dauer, die allein schon ein Faktor des Scheiterns wäre. Deshalb scheint die wirksamste Methode heute darin zu bestehen, schrittweise konkrete und begrenzte Lösungen in der Sicht einer Gesamtlösung zu suchen.

Europas Wohlstand und Frieden können nur auf eine europäische Ordnung gegründet werden, deren Verwirklichung heutzutage eine Einigung erfordert, die sich nach und nach auf alle Länder Europas ausdehnen könnte. Diese Einigung muß unter allen Umständen vordringlich und in drei einander ergänzenden Formen von gleicher Wichtigkeit betrieben werden: in der supranationalen Ge-

meinschaft der Länder Kontinentaleuropas, in einer ständig enger werdenden Assoziation dieser Gemeinschaft mit den anderen Mitgliedstaaten des Europarates und schließlich in der gemeinsamen Verteidigung des Westens innerhalb des nordatlantischen Sicherheitssystems.

Die ins Auge gefaÙten Verhandlungen mit der Sowjetunion dürfen auf keinen Fall zu einer Verlangsamung dieser Bemühungen führen.

Die Verwirklichung der Europäischen Gemeinschaft der Sechs, die in sehr kurzer Frist erreicht werden kann, ist um so vordringlicher, als keine Verhandlungen, welche die gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder berühren, in Abwesenheit ihrer Vertreter geführt werden können.

Es ist ferner wünschenswert, daß Europa in seiner Gesamtheit an diesen Verhandlungen beteiligt wird; für den Anfang könnte man daran denken, daß der Europarat eine Persönlichkeit bestimmt, die an den bevorstehenden Gesprächen in seinem Namen teilnähme.

Das wiedervereinigte Deutschland muß sich in Westeuropa integrieren können und in der Lage sein, dort die ihm normalerweise zukommende Rolle sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet wie auf dem Gebiet der Verteidigung zu spielen. Ein Westeuropa ohne Deutschland sowie ein Deutschland, das nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörte, müÙten früher oder später zu Satelliten anderer Mächte werden.

Der Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland würde nur einen Bestandteil von Abkommen bilden, die schrittweise fortgesetzt werden müÙten, um zu einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung zu führen.

Die Europäische Bewegung erinnert schließlich daran, daß das zu erreichende Ziel nicht nur darin besteht, die Unabhängigkeit und Sicherheit Europas zu gewährleisten, sondern auch darin, den allgemeinen Frieden zu festigen durch ein vollständiges System mehrseitiger Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, den anderen Mitgliedstaaten des Europarates, den Ländern Mittel- und Osteuropas, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion — von Wirtschaftsabkommen bis zu Garantie- und Sicherheitspakten.“

Bei der Annahme der EntschlieÙung war neben den Vertretern der sechs Schumanplanländer lediglich der Vertreter Schwedens anwesend. Der Vertreter des britischen Rates der Europäischen Bewegung, Lord Layton, wohnte der Sitzung nur zeitweilig bei. (Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung Nr. 165 vom 2. Juli 1953.)

Veränderungen im Befehlsbereich Europa der NATO

Die schon im Sommer 1952 während des Wahlkampfes in den Vereinigten Staaten von republikanischer Seite geforderte Um- bzw. Neubesetzung der höchsten militärischen Posten der Joint Chiefs of Staff ist nun am 12. Mai 1953 durch Präsident Eisenhower bekanntgegeben

worden. Die Neubesetzungen dürften zwar in erster Linie aus innenpolitischen Erwägungen heraus erfolgt sein; sie haben aber zwangsläufig auch zu bedeutsamen Auswirkungen für Europa geführt. Die für die drei Waffengattungen neu ernannten Stabschefs blicken alle auf eine längere Dienstzeit in Europa zurück, wo sie Gelegenheit hatten, sich eingehend mit den europäischen Problemen zu befassen.

General Matthew B. *Ridgway*, der Anfang 1952 als Nachfolger General Eisenhowers zum Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa ernannt wurde, tritt nun an die Stelle von General J. Lawton *Collins* als Stabschef des amerikanischen Heeres, während Admiral Robert B. *Carney* von seinem Posten als Befehlshaber Südeuropa abberufen wurde, um das Amt des Chefs der Operationsabteilung der Marine (bisher Admiral William M. *Fechteler*) zu übernehmen. An die Stelle von General Hoyt S. *Vandenberg* ist General Nathan F. *Twining* als Stabschef der amerikanischen Luftwaffe getreten. *Twining* war während des Zweiten Weltkrieges Befehlshaber einer Luftflotte in Südeuropa, später fand er als Stellvertreter *Vandenberg*s Verwendung im Pentagon.

Zum Nachfolger von General Omar N. *Bradley* wurde Admiral Arthur W. *Radford* zum Chef des Gemeinsamen Generalstabs der Vereinigten Staaten (Joint Chiefs of Staff) berufen. *Radford* war von Senator *Taft* schon seit langem für diesen Posten empfohlen worden. Auf Grund seiner „Asia-First“-Konzeption erfreut sich *Radford* auch der vollen Unterstützung General *McArthurs*.

Zum neuen Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa (SACEUR) wurde auf Beschluß des Ständigen Rates der NATO General Alfred M. *Gruenther* berufen. *Gruenther* ist mit dem gesamten militärischen, diplomatischen und politischen Apparat der NATO durch seine Tätigkeit als Stabschef sowohl unter General *Eisenhower* als auch unter General *Ridgway* auf das engste vertraut. Genau wie General *Eisenhower* und General *Ridgway* hält General *Gruenther* die europäische Verteidigungsgemeinschaft unter Einbeziehung Deutschlands für unbedingt erforderlich. Für seine neue Aufgabe wird ihm das enge Vertrauensverhältnis, das ihn seit Jahren mit dem jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten verbindet, besonders zustatten kommen. Mit General *Ridgway* als Stabschef des amerikanischen Heeres verfügt *Gruenther* über einen weiteren engen persönlichen Kontakt in Washington. Zum neuen Stabschef bei der NATO wurde auf Vorschlag General *Gruenther*s Generalmajor Cortlandt van Rensselaer *Schuyler* ernannt. Präsident *Eisenhower* hat gleichzeitig dessen Beförderung zum Generalleutnant vorgeschlagen. Seit Februar 1953 war *Schuyler* Kommandeur der 28. US-Infanteriedivision in Deutschland, nachdem er vorher bereits dem Stabe des Obersten Alliierten Befehlshabers in Deutschland angehört hatte.

An die Stelle von Admiral *Carney* ist Admiral William M. *Fechteler* als Befehlshaber Süd getreten. *Fechteler* war Anfang 1951 für den Posten des Obersten Alliierten Befehlshabers im Atlantik (SACLANT) vorgesehen. Da Großbritannien jedoch gerne einen britischen Admiral auf diesem Posten gesehen hätte, kam es nicht zu seiner Ernennung (vgl. Europa-Archiv 1/1952, S. 4621 f.). *Fechteler* wurde dann von seinem Posten als Oberbefehlshaber der atlantischen Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten zum Chef der Operationsabteilung der Marine ernannt. Seine

vierjährige Amtszeit hätte normalerweise bis 1954 gedauert, doch hat der Präsident der Vereinigten Staaten die Amtszeit der Stabschefs an die nur zwei Jahre betragende Amtsdauer des Chefs des Gemeinsamen Generalstabes angeglichen.

Auf einen Vorschlag, den General *Ridgway* in seinem Rechenschaftsbericht dem Ständigen Militärausschuß in Washington am 9. Juni 1953 unterbreitete, erfolgten am 3. Juli 1953 zwei wichtige Änderungen in der Kommandostruktur des Obersten Alliierten Befehlsbereichs in Europa. Marshall Alphonse *Juin* (Frankreich), dem bisher lediglich die Landstreitkräfte im Befehlsbereich Mitteleuropa unterstanden, wurde zum Oberbefehlshaber der alliierten Luft-, Land- und Seestreitkräfte in Mitteleuropa ernannt. *Juin* ist künftig für die Kampfbereitschaft, den Nachschub und die Ausbildung aller alliierten Streitkräfte in Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg sowie für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Besatzungstruppen verantwortlich. Diese Streitkräfte umfassen gegenwärtig etwa 20 alliierte Divisionen (davon fünf amerikanische Divisionen), rund 2000 Flugzeuge sowie besonders zugeteilte Marineeinheiten, die in erster Linie am Rhein stationiert sind. Mit der Ernennung *Juins* wird der Befehlsbereich Mitte dem Aufbau der Befehlsbereiche Nord und Süd angeglichen, wo ebenfalls lediglich je ein Oberbefehlshaber dem Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa für alle Waffengattungen unmittelbar verantwortlich ist. Dem Oberbefehlshaber Mitte unterstehen künftig je ein Kommandeur für die Land-, Luft und Seestreitkräfte. Die bisherigen Dienststränge von Befehlshabern entfallen. Zum Kommandeur der Luftstreitkräfte wurde Airchiefmarshall Sir Basil *Embry* (RAF) ernannt, während Vizeadmiral Robert *Jaujard* Kommandeur der Marinestreitkräfte bleibt. Für den Posten des Kommandeurs der Landstreitkräfte ist ein französischer Armeeoffizier vorgesehen.

Frankreich schätzt sich einerseits sehr glücklich, daß dieses wohl wichtigste Kommando in Europa Marshall *Juin* anvertraut worden ist. Andererseits wurde aber auch das Bedenken geäußert, ob *Juin* künftig noch in der Lage sein werde, auch seinen Verpflichtungen gegenüber der nationalen französischen militärischen Organisation nachzukommen. Die „Le Monde“ vom 13. Juni erinnert in einem Leitartikel daran, daß der niederländische Verteidigungsminister zu der Ernennung *Juins* geäußert habe, er könne dieser Ernennung nur unter dem Vorbehalt zustimmen, daß dieser seine anderen Funktionen aufgebe.

Als zweite wichtige Änderung innerhalb der Kommandoorganisation der NATO muß die Ernennung von General Lauris *Norstad* (USA) zum stellvertretenden Obersten Alliierten Befehlshaber und Luftwaffenoberbefehlshaber in Europa bezeichnet werden. *Norstad*, der bisher die alliierten Luftstreitkräfte in Mitteleuropa befehligte, tritt an die Stelle von Airchiefmarshall Sir Hugh *Saunders*. In diesem Zusammenhang hat *Norstad* seinen Posten als Oberbefehlshaber der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa an General William H. *Tunner* abgetreten. *Tunner* leitete während der Zeit der Blockade Berlins die Operation der Luftbrücke.

Mit der Ernennung von *Norstad* ist gleichzeitig eine Erweiterung der Vollmachten des Luftwaffenoberbefehlshabers in Europa und eine verstärkte Zentralisierung der

Kontrolle der Lufteinheiten verbunden. Auf diese Weise soll der Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte in der Lage sein, die der Luftmacht eigene Beweglichkeit voll auszunutzen; während der Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte in Europa in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des SACEUR lediglich beratend zur Seite stand, obliegt ihm künftig auch die Definition der „Air Policy“ sowie die Durchführung dieser Richtlinien und die Kontrolle der gesamten Lufttätigkeit.

Die bisherige Vertretung der Vereinigten Staaten im Ständigen Militärausschuß der NATO, die bisher durch den Chef des Gemeinsamen Generalstabes der Vereinigten Staaten, General Omar N. Bradley erfolgte, wird künftig nicht durch seinen Nachfolger, Admiral Arthur W. Radford, wahrgenommen werden, sondern durch den von Präsident Eisenhower am 27. Mai 1953 zum Vertreter der Vereinigten Staaten im Militärausschuß und im Ständigen Militärausschuß der NATO ernannten General J. Lawton Collins. Die Ernennung wird mit Ablauf der Amtszeit von General Collins als Stabschef des Heeres am 15. August 1953 wirksam. Durch die Ernennung von General Collins wird Admiral Radford von der Arbeit der beiden wichtigen NATO-Ausschüsse entbunden. General Collins wird in seiner neuen Eigenschaft die NATO in militärischen Fragen beraten und die Mitverantwortung für die militärischen Aspekte der Verteidigungsplanung der NATO tragen.

Abgesehen von diesen rein militärischen Änderungen ist auch noch eine Änderung bei der Vertretung der Vereinigten Staaten im Ständigen Rat der NATO eingetreten. An Stelle des mit Wirkung vom 30. Juni zurückgetretenen amerikanischen Sonderbotschafters William Draper wurde John C. Hughes mit dem Rang eines Botschafters zum „Chef der Mission der Vereinigten Staaten bei der Nordatlantikpakt-Organisation und europäischen Regionalorganisationen“ (Chief of the U. S. Mission to NATO and European Regional Organizations) ernannt. Das neue Amt, das an die Stelle des bisherigen OSR (Office of the U. S. Special Representative in Europe) tritt, trägt die Kurzbezeichnung USRO. Draper, der dem OSR sechzehn Monate lang vorstand, will sich wieder in der amerikanischen Privatindustrie betätigen.

Botschafter Hughes, der dem Außenministerium unmittelbar verantwortlich ist, unterstehen ein politischer Stellvertreter aus dem Außenministerium, ein Berater in Verteidigungsfragen aus dem Verteidigungsministerium, ein Berater in finanziellen Angelegenheiten aus dem Schatzamt und ein Stellvertreter für die Leitung der Geschäfte für die MSA. Die Berater und Stellvertreter haben den Rang von Gesandten.

Botschafter Hughes vertritt die Vereinigten Staaten außer bei der NATO auch beim Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC). Er ist in Zusammenarbeit mit dem Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa und anderen multilateralen oder supranationalen Organisationen für die Koordinierung der MSA-Programme verantwortlich. Die MSA-Ländermissionen sind jedoch unabhängig von USRO und unterstehen unmittelbar dem Leiter der MSA in Washington.

Der Bundesparteitag der FDP in Lübeck

Der außerordentliche Bundesparteitag der FDP fand am 27. und 28. Juni in Lübeck statt, nachdem die im Zusammenhang mit der Naumann-Affäre aufgetretenen Probleme auf dem außerordentlichen Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalens am 21. Juni in Düsseldorf wenigstens vor der Öffentlichkeit bereinigt werden konnten. In Düsseldorf war eine von dem Landesvorsitzenden, Friedrich Middelhauwe, vorgelegte Entschließung einstimmig gebilligt worden, in der erklärt wurde, „die beabsichtigte Unterwanderung der FDP durch undemokratische Kräfte sei an der entschlossenen Haltung des Landesverbandes und der Bundespartei gescheitert“.

Der Bundesparteitag in Lübeck stand im Zeichen der bevorstehenden Wahlen für den zweiten Deutschen Bundestag. Aus diesem Grunde traten die Differenzen, die in der FDP seit Monaten herrschen, in den Hintergrund. Keiner der 28 Diskussionsredner ging auf diese Gegensätze ein. Besondere Beachtung fand das Referat des Bundesratspräsidenten und Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Reinhold Maier, das sich vornehmlich mit dem Thema der deutschen Einheit befaßte. Maier forderte nachdrücklich den Zusammenschluß der beiden getrennten Teile Deutschlands und ermahnte die FDP und die anderen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik, sie sollten sich bemühen, die Wiedervereinigung zustande zu bringen, da diese Aufgabe sonst von den Rechtsradikalen oder den Kommunisten auf deren Art gelöst würde. Die Außenpolitik Bundeskanzler Adenauers hatte er bereits am Tage zuvor (27.) vor Mitgliedern des Liberalen Studentenfundes einer scharfen Kritik unterzogen und erklärt, die deutsch-alliierten Verträge würden wohl nicht mehr zustande kommen. Die Bundesrepublik habe sich allzu radikal nach dem Westen orientiert. Deshalb sei man auf den Aufstand in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone in keiner Weise vorbereitet gewesen. Es müsse viel mehr geschehen, um die Sowjetzone zu überzeugen, daß Westdeutschland die Wiedervereinigung anstrebe. Die Außenpolitik der Bundesrepublik müsse auf eine breitere Basis gestellt werden, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben soll.

Der Bundesvorsitzende der FDP, Vizekanzler Blücher, setzte sich in seiner Rede für die Weiterführung der bisherigen Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung ein, lehnte jedoch eine Koalition mit der SPD ab.

Auf der Schlußsitzung billigte der Parteitag das Wahlprogramm der FDP, das folgende Punkte umfaßt: Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker, Einigung Europas, Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit und Abschluß eines Friedensvertrages mit einer freigewählten gesamtdeutschen Regierung, Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie, Regelung der Saarfrage, gemeinsame Außenpolitik von Regierung und Opposition; Staatsreform (Umwandlung des Bundesrats in eine zweite Kammer, bundeseigene Verwaltungen für Finanzen, Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsoffer, Bundesnotenbank), Gemeinschaftsschule, Fortführung der Sozialen Marktwirtschaft, Steuerreform und gesunde Sozialpolitik.

Zeittafel vom 16. bis 30. Juni 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

- 15.—23. Sitzung der Versammlung der Montanunion in Straßburg (vgl. den Beitrag auf S. 5865).
18. Die in Paris tagende Europäische Verkehrskonferenz (vgl. Zeittafel in EA 8/1953) empfiehlt den Regierungen die Einrichtung einer ständigen Europäischen Konferenz der Verkehrsminister.
19. Veröffentlichung der Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5863).
Der Rat der OEEC beschließt die Verlängerung der Europäischen Zahlungsunion bis zum 30. Juni 1954.
- 20.—21. Tagung des Internationalen Exekutivbüros der Europäischen Bewegung in Straßburg (vgl. Kurzbericht auf S. 5880).
22. Konferenz der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Paris. Die Minister befassen sich hauptsächlich mit der internationalen Lage im Hinblick auf die Volkerhebung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und auf die geplante Bermuda-Konferenz der Westmächte. Für die weitere Erörterung des europäischen Verfassungsentwurfs wird für den 7. August eine neue Konferenz nach Baden-Baden anberaumt.
Gemeinsame Sitzung der Versammlung der Montanunion und der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg. (Vgl. Mitteilungen des Europarats auf S. 5857 ff.)
- 23.—24. Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg. (Vgl. Mitteilungen des Europarats auf S. 5887 ff.)
26. Auf den neuerrichteten Robert-Schuman-Lehrstuhl des Europa-College in Brügge wird der Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Münster, Professor Walther G. Hoffmann, berufen.
- 27.—30. Tagung des Komitees der Stellvertreter der Außenminister des Europarats in Straßburg. Der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland gibt die Aufhebung des Visumzwanges für Reisen von Angehörigen der Mitgliedstaaten der OEEC und des Europarats nach Deutschland bekannt und appelliert an die anderen Regierungen, dem Beispiel der Bundesregierung zu folgen.
- 29.—30. Tagung des Exekutivkomitees der Liberalen Weltunion in Berlin. In einer Resolution wird angesichts der Unterdrückung des Volksaufstands in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auf die Notwendigkeit der Politik der Stärkung der freien Welt hingewiesen. Ferner stellt das Exekutivkomitee fest, daß von der Bundesrepublik und dem freien Berlin eine starke Wirkung auf die Menschen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ausgehe und daß die Liberale Weltunion ihren ganzen Einfluß aufbieten werde, in einem geeinten Deutschland Freiheit und Demokratie zu verwirklichen.
30. Nach einer Sitzung des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung am 23. Juni in Straßburg richten der Präsident der ad hoc-Versammlung, Spaak, und

der Präsident des Verfassungsausschusses, von *Brenzano*, ein Schreiben an den derzeitigen Vorsitzenden des Besonderen Ministerrates der Montanunion, Ministerpräsident *de Gasperi*. In diesem Schreiben weisen sie darauf hin, daß der europäische Verfassungsentwurf von einem auf Veranlassung der Außenminister einberufenen europäischen Parlament ausgearbeitet und ohne Gegenstimmen angenommen wurde und daß er deshalb nicht als reine Vorarbeit betrachtet werden dürfe, sondern den Beratungen des Ministerrates zugrunde gelegt werden müsse. In dem Schreiben wird ferner der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Verfassungsausschuß an den Verhandlungen des Ministerrats über den Vertragsentwurf zu beteiligen.

Der Ministerrat der OEEC wählt den britischen Außenminister, *Eden*, für ein weiteres Jahr zu seinem Präsidenten und bestätigt auch die Vorsitzenden des Exekutivausschusses, *Attilio Cattani* (Italien), und des Direktoriums der EZU, *Hans Karl von Mangoldt* (Deutschland) in ihren Aemtern.

Dänemark

24. Auf dem Kongreß der Sozialdemokratischen Partei in Kopenhagen spricht sich der Parteivorsitzende, *Hans Hedtoft*, dagegen aus, den NATO-Staaten schon in Friedenszeiten dänische Flugplätze zur Errichtung von Luftstützpunkten zur Verfügung zu stellen. Am 28. Juni wendet sich Außenminister *Ole Björn Kraft* in einer Rede gegen diese Schwenkung der sozialdemokratischen Politik, die in Verteidigungsangelegenheiten bisher stets mit der Regierung zusammengearbeitet habe. Er betont, daß die alliierte Hilfe für Dänemark im Ernstfalle zu spät kommen würde, wenn dafür nicht schon in Friedenszeiten ausreichende Vorbereitungen getroffen seien.

Deutschland

16. Parteitaktivtagung der SED in Berlin (vgl. Kurzbericht in EA 13/1953, S. 5824).
17. Aufstand in Ost-Berlin und der sowjetischen Besatzungszone (vgl. den Beitrag auf S. 5829).
18. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, *Hermann Hoepker-Aschoff*, sagt in einem Vortrag vor dem Rhein-Ruhr-Klub in Düsseldorf, die Entscheidung über die deutsch-alliierten Verträge werde nicht vor September oder Oktober dieses Jahres getroffen werden können.
19. Der Bundestag billigt mit 228 gegen 147 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, den Antrag der Koalitionsparteien, den Bundesgrenzschutz von bisher 10 000 auf 20 000 Mann zu erhöhen.
Der Bundesrat stimmt dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses zur „Kleinen Steuerreform“ und zum Bundesanteil an den Ländereinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer (38 Prozent) zu. Der Bundestag hatte bereits am 11. Juni den Vorschlag angenommen. Die Steuerreform wird am 25. Juni verkündet und tritt rückwirkend vom 1. Juni in Kraft.

- Der Bundesrat billigt ferner das am 2. Juni vom Bundestag verabschiedete Bundesbeamten-gesetz.
21. Außerordentlicher Landesparteitag der FDP von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf (vgl. Kurzbericht auf S. 5882).
 14. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin (vgl. den Wortlaut der Erklärung auf S. 5836).
 22. Telegramme Bundeskanzler *Adenauers* an die Regierungschefs der drei Westmächte hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands (vgl. den Wortlaut auf S. 5841).
 24. Bundeskanzler *Adenauer* führt mit den Vertretern der SPD, *Ollenhauer*, *Wehner* und *Brandt*, in Bonn Besprechungen über die außenpolitische Lage der Bundesrepublik, besonders im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone und auf die bevorstehende Bermuda-Konferenz der Westmächte.
- Zwischen der westdeutschen Treuhandstelle für den Interzonenhandel und dem Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR werden schriftliche Vereinbarungen über eine Erhöhung des Swings im Interzonenhandel von 20 auf 40 Millionen Verrechnungseinheiten ausgetauscht.
25. Der Bundestag verabschiedet in dritter Lesung das Wahlgesetz zum zweiten Deutschen Bundestag und zur Bundesversammlung. Für das Gesetz stimmen CDU, FDP, SPD und Teile der Bayernpartei, dagegen stimmen CSU, DP, Zentrum, KPD und die fraktionslosen Abgeordneten.
 26. Die Alliierte Hohe Kommission weist in einem Schreiben an Bundeskanzler *Adenauer* auf den besonderen Status von Berlin hin, wodurch Berlin nur beratende Vertreter in den Bundestag entsenden könne.
- Die DDR-Minister für Land- und Forstwirtschaft, *Hans Reichelt* (Bauernpartei), und für die Lebensmittelindustrie, *Kurt Westphal* (SED), sowie der Staatssekretär für Schifffahrt, *Ernst Wollweber*, werden in ihr Amt eingeführt.
- 27.—28. Außerordentlicher Landesparteitag der FDP in Lübeck (vgl. Kurzbericht auf S. 5882).
 29. Die Alliierte Hohe Kommission gibt bekannt, daß die Chefs der diplomatischen Missionen der Bundesrepublik in London, Paris und New York den persönlichen Rang von Botschaftern erhalten können. Am Status der diplomatischen Missionen ändert sich jedoch nichts. Der britische und der amerikanische Hohe Kommissar in Deutschland erhalten ebenfalls den Rang eines Botschafters. Der französische Hohe Kommissar besitzt diesen Rang bereits.

Finnland

29. Die Regierung *Kekkonen* tritt zurück. Der am gleichen Tage mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte Führer der Sozialdemokratischen Partei, *Karl August Fagerholm*, lehnt den Auftrag ab und empfiehlt die Durchführung von Neuwahlen.

Frankreich

16. Auf einer Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei werden folgende außenpolitische Forderungen aufgestellt: Ablehnung der Verträge von

Bonn und Paris, Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Friedensschluß in Vietnam und Abschluß eines umfassenden Friedenspaktes zwischen den Großmächten. Generalsekretär *Maurice Thorez* schlägt die Wiederherstellung der „Volksfront“ mit den Sozialisten vor. Am 19. Juni weist der sozialistische Abgeordnete *Charles Lussy* vor der Nationalversammlung den „Volksfront“-Vorschlag in scharfer Form zurück und erklärt unter Hinweis auf die Unterdrückung der Volkserhebung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die Sozialisten würden sich niemals mit denjenigen verbinden, die das Wort Freiheit nur gebrauchen, um die Diktatur vorzubereiten.

19. Der designierte Ministerpräsident, *André Marie* (Radikalsozialist), unterliegt in der Investiturabstimmung ebenso wie seine Vorgänger: er erhält nur 272 Stimmen. Am 20. Juni beruft Staatspräsident *Auriol* die Parteiführer und die ehemaligen Ministerpräsidenten zu einer Konferenz und fordert sie auf, ein gemeinsames Regierungsprogramm aller nichtkommunistischen Parteien auszuarbeiten und die Krise schnell zu beenden. Die Sozialistische Partei verweigert jedoch ihre Teilnahme, nachdem ein von ihr vorgelegtes Programm abgelehnt wurde. Auf Grund eines von *Paul Reynaud* ausgearbeiteten Programms versucht zunächst *Antoine Pinay* (Unabhängige Rechte) die Regierungsbildung, doch muß er am 23. Juni den Auftrag zurückgeben. Er wird darauf von seinem Parteifreund *Joseph Laniel* übernommen, der am 26. Juni mit 398 gegen 202 Stimmen die Investitur erhält. Das Regierungsprogramm enthält folgende Punkte: Treue zum atlantischen Bündnis, Ratifizierung des EVG-Vertrages nach Klärung der Saarfrage und des Verhältnisses zu Großbritannien, Teilung der Lasten des Indochina-Krieges mit den Verbündeten, Erschließung neuer Einnahmequellen für den Staatshaushalt, Preissenkung für landwirtschaftliche Produkte und Ankurbelung des Exports, Steigerung der Produktion, Vollmachten für eine Verwaltungsreform. Das am 28. Juni gebildete Kabinett stellt durch die Hinzunahme von drei Ministern aus der Gruppe der ehemaligen Gaullisten (URAS) eine alle Parteien außer den Sozialisten und Kommunisten umfassende Koalition dar. Zu Vizeministerpräsidenten werden *Paul Reynaud* (Unabh.), *Henri Queuille* (Radikalsoz.) und *Pierre-Henri Teitgen* (MRP) ernannt, zu Staatsministern *François Mitterand* (UDSR) für Angelegenheiten des Europarats, *Edmond Barrachin* (gaullistische Dissidenten) für die Verfassungsreform und General *Edward Corniglion-Molinier* (URAS), ohne Portefeuille. *Georges Bidault* behält das Außenministerium, *René Pleven* das Verteidigungsministerium, während das Wirtschafts-, das Budget- und das Finanzministerium zu einem einzigen Ministerium unter *Edgar Faure* (Radikalsoz.) zusammengelegt werden. Aufgelöst wird das Staatsministerium für Indochina, das fortan wieder dem Außenministerium unterstehen wird. Am 30. Juni erhält die neue Regierung mit 386 gegen 211 Stimmen das Vertrauen der Nationalversammlung.
26. Antwortschreiben des amtierenden Ministerpräsidenten, *René Mayer*, an Bundeskanzler *Adenauer* (vgl. Wortlaut auf S. 5842).

Großbritannien

16. Der Exekutivausschuß der Labour Party veröffentlicht unter dem Titel „Challenge to Britain“ das neue Parteiprogramm, das dem Parteikongreß im September zur Billigung vorgelegt werden soll. Darin fordert die Partei die Erlangung einer weitgehenden Unabhängigkeit von Einfuhren aus dem Dollarraum, die durch engere Zusammenarbeit der Länder des Commonwealth und Westeuropas erreicht werden soll. Neben der Wiederverstaatlichung der Stahlindustrie und des Straßentransportwesens fordert die Labour Party die Verstaatlichung einer Anzahl von Schlüssel-firmen der Maschinenindustrie, ferner der Wasserversorgung und der Zuckerindustrie. Betriebe der chemischen Industrie, der Flugzeugindustrie und landwirtschaftliche Betriebe sollen durch die Regierung übernommen werden, falls sie in privaten Händen unrationell arbeiten. Außerdem ist ein Programm zur Steigerung der Kapazität und Produktivität der exportwichtigen Betriebe vorgesehen.

24. Antwortschreiben Premierminister Sir Winston Churchill an Bundeskanzler Adenauer (vgl. den Wortlaut auf S. 5842).

28. In London wird bekanntgegeben, daß infolge einer Erkrankung Premierminister Sir Winston Churchill die geplante Bermuda-Konferenz der Regierungschefs der Westmächte auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Die Geschäfte des Premierministers werden während Sir Winstons Krankheit von Schatzkanzler Richard A. Butler, die des Außenministers von Lordsiegelbewahrer und Führer des Oberhauses, Lord Salisbury, geführt.

Italien

27.—29. Kongreß der Christlich-Demokratischen Partei in Rom. Ministerpräsident de Gasperi entwickelt das künftige Regierungsprogramm der Partei: Treue zum atlantischen Bündnis, Weiterführung der europäischen Einigung, Fortsetzung der Reformen in der Landwirtschaft und Industrie sowie auf dem Gebiete des Wohnungsbaus. Parteisekretär Guido Gonella lehnt die Bildung einer Regierungskoalition mit den Nenni-Sozialisten scharf ab und kritisiert die Sozialdemokratische Partei, die eine solche Zusammenarbeit propagiert hatte. Gonella erklärt, die einzige Antwort auf die Erfolge der Linksradi-kalen bei den Wahlen könne nur schärferer Antikommunismus sein.

Niederlande

22. Die abgeänderte Verfassung (vgl. Zeittafel in EA 12/1953) wird proklamiert und in Kraft gesetzt.

Oesterreich

16. Der Ministerrat beschließt, mit Beginn der Vollmitgliedschaft Oesterreichs in der Europäischen Zahlungsunion am 1. Juli die Einfuhren aus den OEEC-Ländern zu 35 vH zu liberalisieren.

18. Bundeskanzler Raab nimmt in einer außenpolitischen Rede vor dem Nationalrat zu den Erleichterungen des sowjetischen Besatzungsregimes Stellung (vgl. Kurzbericht in EA 13/1953, S. 5824).

Tschechoslowakei

19. Das Exekutivkomitee der Gewerkschaftsunion erläßt in Anwesenheit von Staatspräsident Antonín Zapotocký ein Manifest, in dem es die Bestrafung aller Arbeiter fordert, die sich an den im Gefolge der Währungsreform vom 30. Mai ausgebrochenen Unruhen beteiligten, und den Ausschluß dieser Arbeiter aus den Gewerkschaften verfügt. Weiter wird in dem Manifest erklärt, daß die Gewerkschaften die Verantwortung für die Erfüllung des Fünfjahrplans übernehmen und sich ungerechtfertigten Ansprüchen auf Lohnerhöhung entgegenstellen werden. Am 20. Juni kündigt das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, *Rude Právo*, eine umfassende Säuberung der Partei von den Elementen an, die sich bei den Unruhen als unzuverlässig erwiesen hätten. Das Blatt schreibt, man müsse die übriggebliebenen Anhänger des bürgerlichen Nationalismus ausmerzen, die die zeitweisen wirtschaftlichen Rückschläge des Landes ausbeuteten. In der zweiten Junihälfte finden in den Industriezentren zahlreiche Verhaftungen von Arbeitern statt.

Türkei

17.—20. Staatsbesuch des griechischen Ministerpräsidenten, Alexander Papagos, in Ankara und Istanbul. In seinen Besprechungen mit der türkischen Regierung werden die gemeinsamen Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO und Jugoslawien sowie der Inhalt der sowjetischen Note an die Türkei vom 12. Juni erörtert. Am 24. Juni wird in den Hauptstädten der drei Staaten des Balkanpaktes eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei würden zusammenarbeiten, um die Wirkung des Balkanpaktes auf die Stärkung der Verteidigungskraft der drei Staaten noch zu steigern.

Ungarn

15.—20. Vierte Tagung des kommunistischen Weltfriedensrates in Budapest. Der Rat veröffentlicht nach seiner Tagung einen Appell an die Völker, von ihren Regierungen die Einleitung von Verhandlungen zur Beendigung des Kalten Krieges zu verlangen, und eine Deklaration zur Einleitung einer Weltkampagne zur Eröffnung von Verhandlungen. In der Deklaration heißt es, die Ereignisse hätten gezeigt, daß das friedliche Nebeneinanderleben verschiedener Regime von nun an möglich sei. Im einzelnen werden gefordert: Waffenstillstand in Korea, Einstellung der Anwendung von Waffengewalt gegen nationale Befreiungsbewegungen, Wiedervereinigung Deutschlands unter Verhinderung des Auflebens des Militarismus, Verweigerung der Abtretung militärischer Stützpunkte an fremde Mächte, Abrüstung, Billigung aller Mitglieds-gesuche zu den Vereinten Nationen.

28. Das Zentralkomitee der Partei der Werktätigen (Kommunisten) beschließt eine Reorganisation der obersten Parteiorgane: An die Stelle des Generalsekretärs, die bisher Ministerpräsident Matyas Rakosi innehatte, tritt ein dreiköpfiges Sekretariat, dem neben Rakosi noch Lajos Acs und Bela Veg angehören. Ferner werden die Auflösung der Organisationskommission der Partei und die Erweiterung des Politbüros auf elf Mitglieder beschlossen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

18. Ministerpräsident Mohammed Naguib proklamiert in einer Rundfunkrede die Republik in Aegypten und kündigt an, daß seine Regierung auf Grund ihrer provisorischen Vollmachten drei Jahre im Amt bleiben werde, bevor eine Präsidentschaftswahl stattfinden werde. Am 24. Juni wird Ministerpräsident Naguib unter Beibehaltung seines bisherigen Amtes zum Präsidenten der Republik proklamiert.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

17. Präsident Eisenhower ersucht in Schreiben an die Vorsitzenden der Außenpolitischen Ausschüsse beider Häuser den Kongreß, der Gewährung einer Anleihe an die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zuzustimmen.
21. Das Repräsentantenhaus billigt das Auslandhilfeprogramm 1953/54 in Höhe von 4,999 Milliarden Dollar und kürzt damit die Vorlage Präsident Eisenhowers um 476 Millionen.
26. Antwortschreiben Präsident Eisenhowers an Bundeskanzler Adenauer (vgl. den Wortlaut auf S. 5842).
30. Außenminister Dulles kündigt auf seiner Pressekonferenz an, daß im Juli eine Außenministerkonferenz der drei Westmächte sich hauptsächlich mit der deutschen Frage und der Stellungnahme zu den Aufständen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und den osteuropäischen Ländern befassen werde. Dulles betont, daß eine energischere Unterstützung der Erhebung in Ostdeutschland nicht möglich gewesen sei, weil keine der drei Westmächte in der deutschen Frage eigenmächtig vorgehen könne.

ASIEN

Korea

17. Die Delegationen der Staboffiziere bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Panmunjom erzielen Einigung über den genauen Verlauf der Demarkationslinie.
18. 25 000 nordkoreanische antikommunistische Kriegsgefangene brechen mit Duldung und Unterstützung südkoreanischer Regierungsbehörden aus den Lagern

in Südkorea aus. Staatspräsident Syngman Rhee übernimmt in einer Erklärung ausdrücklich die Verantwortung für die Ausbrüche. Neben zahlreichen Protesten, die in den folgenden Tagen von den auf der Seite der UN am Koreakrieg beteiligten Staaten in Noten und Erklärungen geäußert werden, wendet sich der Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen, General Clark, mit einem Schreiben an Präsident Rhee, in dem er dieses Vorgehen als den Bruch der den Vereinten Nationen gegebenen Zusicherungen bezeichnet. Am 20. Juni übergibt die kommunistische Waffenstillstandsdelegation eine Protestnote, in der sie die Wiederergriffung der freigelassenen Gefangenen fordert und von den Vereinten Nationen Garantien für die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens durch Südkorea verlangt. General Clark antwortet am 29. Juni mit einer Note, in der er zusichert, daß das UN-Oberkommando die Einhaltung des Waffenstillstandes durch militärische Maßnahmen erzwingen werde, und die Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen vorschlägt.

Organisation der Vereinten Nationen

Wirtschafts- und Sozialrat

Kommission zur Untersuchung der Zwangsarbeit

23. Veröffentlichung des am 27. Mai dem Wirtschafts- und Sozialrat vorgelegten Schlußberichts der Kommission. Darin ist festgestellt, daß in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs die Zwangsarbeit als Mittel politischer Verfolgung existiere. Ueber die Zwangsarbeit in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien verfüge die Kommission über rechtsgültiges Beweismaterial, während in Polen, Ungarn und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands schwerwiegende Anzeichen für das Vorhandensein von Zwangsarbeitslagern sprächen. Demgegenüber seien vereinzelte Fälle wirtschaftlich begründeter Zwangsarbeit in der Südafrikanischen Union, Spanien und portugiesischen Kolonialgebieten weit weniger schwerwiegend. Die Kommission schlägt vor, alle beschuldigten Nationen durch einen Appell der Vereinten Nationen zur Auflösung der Zwangsarbeitslager aufzufordern.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London. Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guizon, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meißner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App. 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Gemeinsame Tagung der Beratenden Versammlung und der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Fortsetzung der fünften Sitzung der Beratenden Versammlung

I. Tagungen der Organe des Rates

GEMEINSAME SITZUNG DER BEIDEN VERSAMMLUNGEN

Am Montag, dem 22. Juni, wurde in Straßburg die gemeinsame Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarats und der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl abgehalten.

Bericht von Fräulein Klompé

Fräulein Klompé (*Holländerin*) war von den Präsidenten der beiden Versammlungen mit einem Bericht über die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft der Sechs und dem Europa der Fünfzehn beauftragt worden.

In diesem Bericht heißt es:

Das Prinzip ist zu wesentlich, um es nicht noch einmal zu bekräftigen: es gibt kein „kleineres“ und „größeres“ Europa. Es gibt ganz kurz nur Europa. Im Bereich der praktischen Verwirklichung stellt die Gemeinschaft den festen Kern dar, der, weit davon entfernt, sich räumlich beschränken zu wollen, für jeden guten Willen, für jeden zukünftigen Beitritt zugänglich bleibt und bleiben soll. Gewiß stellt die Gemeinschaft eine wirtschaftliche Einheit dar, die tatsächlich das Gebiet einer Anzahl ganz bestimmter Länder umfaßt, aber sie kann keine neue Isolationspolitik betreiben, da sie ja zum Stärkerwerden eines vereinigten Europas beitragen will, das sich seines gemeinsamen Erbgutes bewußt ist und das allein ein mächtiger Partner im Rahmen der atlantischen Zusammenarbeit werden kann.

Was im besonderen das Problem der Assoziation betrifft, stellt der Bericht von Fräulein Klompé drei wesentliche Punkte heraus:

Die Ausdehnung des gemeinsamen Marktes auf Staaten, die nicht zu den Begründern der Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehören, soll das Endziel der Gemeinschaft bleiben, die nicht abgeschlossen ist, sondern das ganze Europa auf wirtschaftlicher Ebene zu vereinigen sucht. Allerdings erfordert dieser alleinige Markt, daß alle daran beteiligten Staaten die gleichen Rechte und Pflichten übernehmen.

Eine Zwischenlösung ist die Koordination von zwei getrennten Märkten, die durch gegenseitige Abkommen eng miteinander verbunden werden.

Aus diesen Abkommen, die jedesmal auf genau umrissene Zuständigkeitsgebiete der Gemeinschaft beschränkt werden (Märkte, Preise, Investitionen, Produktion und Konzentrationen, Transportwesen usw...) wird sich allmählich eine Gesamtheit von gemeinsam gültigen Bestimmungen entwickeln, die den Rahmen und den Inhalt eines Assoziationsvertrages auf lange Sicht darstellen werden.

Sofern es sich um die Errichtung eines gemeinsamen Marktes oder die Koordinierung getrennter Märkte handelt, kann das Ziel entweder vermittels der Schaffung einer supranationalen oder internationalen Behörde erreicht werden oder vermittels eines Systems paralleler

Gesetzgebung, das heißt von übereinstimmenden Beschlüssen, die gleichzeitig von den jeweils zuständigen Behörden der verschiedenen in Frage kommenden Gebiete gefaßt werden.

Die Debatte

Die Sitzung, die die beiden Versammlungen vereinigte, wurde um 10.45 Uhr unter Vorsitz des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn *de Menthon*, eröffnet, der dem Präsidenten der Hohen Behörde, Herrn *Jean Monnet*, das Wort erteilte.

„Die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, sagte Herr *Jean Monnet*, „ist jetzt entschieden in eine konkrete Phase eingetreten.“ Herr *Monnet* erklärte dann, daß die Gemeinschaft von nun an drei Hauptlinien verfolgen werde:

- die Produktion zu erhöhen und die Finanzierung dieser Erweiterung sicherzustellen,
- die Errichtung des gemeinsamen Marktes zu vollenden durch Beseitigung der Kartelle, die ihn hemmen,
- Methoden auszuarbeiten, um zum Vorteil einer verbesserten und gesteigerten Produktion die Arbeiter zu assoziieren.

Die Berichterstatterin, Fräulein *Klompé*, eröffnete darauf die Debatte und versicherte, eine der wesentlichsten Aufgaben des Europarats sei die Wahrung des Zusammenhangs zwischen den europäischen Ländern.

„Es ist gesagt worden, daß es den Acht nicht zukomme, Kritik zu üben, falls sie nicht bereit seien, die gleiche Verantwortung zu übernehmen wie die Sechs, aber darin liegt ein Irrtum. Der Europarat trägt eine große Verantwortung.“

Nach den Ausführungen von Herrn *Preusker* (Deutscher), dem Berichterstatter des Ausschusses für den gemeinsamen Markt, der das Zurückbleiben der europäischen Produktion bedauerte, von Herrn *Chetwynd* (Engländer) und Herrn *Birkelbach* (Deutscher) übte Herr *Debré* (Franzose) Kritik an der jetzigen Organisation sowohl der Sechs wie der Fünfzehn und versicherte, die nationale Idee bleibe weiter eine Realität, und es bestehe kein wahrer europäischer Glaube.

Herr *Henle* (Deutscher) ging besonders auf das Zurückbleiben der europäischen Produktion ein, das von der Teilung des europäischen Marktes herrühre. „Wir müssen vorwärtskommen. Die Beratende Versammlung soll der Gemeinsamen Versammlung helfen, Fortschritte in diesem Sinn zu erzielen.“

Die Sitzung wurde um 12.40 Uhr unterbrochen und um 15.30 Uhr fortgesetzt, diesmal unter Vorsitz des Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung, Herrn *Spaak*. Eine größere Zahl von Rednern ergriff das Wort: die Herren *Blaisse* (Holländer), *Bell* (Engländer), *Lannung* (Däne), *Robens* (Engländer), *Nölting* (Deutscher), *Nadi* (Türke), *Motz* (Belgier), *Wistrand* (Schwede), *Lapie*

(Franzose), Wigny (Belgier), Laffargue (Franzose), Dehousse (Belgier), von Merkatz (Deutscher), Teitgen (Franzose) und Lord Layton (Engländer).

Herr Motz, der auf die Kritik von Herrn Debré antwortete, erklärte, daß die seit 25 Jahren von dem wirtschaftlichen Nationalismus angerichteten Verheerungen die Schaffung einer supranationalen Behörde verlangten. Er fügte hinzu, der Nationalismus sei heute überwunden. Ob man wollte oder nicht, die moderne Wirtschaft erfordere eine Zusammenlegung der Hilfsquellen und gemeinsame Anstrengungen. Obwohl er Liberaler ist, erklärte Herr Motz, daß er die Schaffung einer supranationalen Behörde und die Produktionsplanung befürworte. „Auf dem Boden Westeuropas, der unendliche Reichtümer enthält, kann die moderne Technik Erfolge mit den günstigsten Auswirkungen für die Hebung des Lebensstandards der Völker erzielen, wenn die Staaten ihre verjährten Streitigkeiten begraben.“

Herr Dehousse, der ebenfalls eine Erwiderung auf die Ausführungen von Herrn Debré gab, versicherte, daß der Nationalstaat heute überlebt sei und daß sich nach und nach die Nationalstaaten zu großen Vereinigungen zusammenschlossen: die panamerikanische Föderation, das britische Commonwealth, die Sowjetunion. „Es ist für Europa höchste Zeit, diesem Beispiel zu folgen und die Teilung zu überwinden.“

Herr Laffargue und Herr von Merkatz widerlegten ihrerseits die Kritik von Herrn Debré. Herr Teitgen, als begeisterter Anhänger der Gemeinschaft der Sechs, schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Die Hohe Behörde möge wissen, daß es eine große Zahl von Mitgliedern der Versammlung gibt, die ihr nicht verzeihen würden, wenn sie nicht handelte.“

Als letzter Redner erklärte Lord Layton, diese erste gemeinsame Sitzung sei ein bedeutendes Ereignis, und die Debatte habe nutzbringend dazu beigetragen, die Auffassung beider Teile klar herauszustellen.

„Ist das ‚kleinere Europa‘ ein Gewinn oder ein Uebel? Das hängt von der Politik ab, die es verfolgen wird.“

Die Sitzung wurde um 19 Uhr unterbrochen und um 22.10 Uhr unter Vorsitz des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn de Menthon, fortgesetzt. Diese Nachtsitzung war der Antwort der Hohen Behörde an die Mitglieder der beiden Versammlungen gewidmet.

Nach einer Darlegung des Mitglieds der Hohen Behörde Herrn Spierenburg über die Politik der Hohen Behörde hinsichtlich des Warenaustausches und der Preise erklärte der Präsident der Hohen Behörde, Herr Monnet, „die heutige Sitzung bedeute einen Markstein in der Entwicklung der europäischen Einheit... die Beziehungen zwischen der Gemeinsamen Versammlung und dem Europarat haben eine befriedigende Form gefunden... wie Herr Motz sagte, haben die Abgeordneten gefühlt, daß man endlich aus der undurchsichtigen Nebelzone hinausgelangt ist.“

„Die Geschichte Europas“, fuhr Herr Monnet fort, „ist bis in die heutige Zeit eine der größten Tragödien der Welt gewesen. Während langer Jahrhunderte hat Europa an der Spitze der Zivilisation gestanden. Heute erlauben die trennenden Grenzen Europas seinen einzelnen Teilen nicht mehr, der Welt den Nutzen ihrer Intelligenz, ihres Ernstes und ihrer Arbeitskraft zukommen zu lassen. Wenn die Welt den Frieden kennenlernen soll, dann muß ein vereinigtes, starkes, blühendes Europa ge-

schaffen werden, das im Rhythmus der Welt mitlebt.“ Herr de Menthon stellte zum Schluß mit Genugtuung die starke Teilnahme an der Debatte fest. „Die erste gemeinsame Sitzung der beiden Versammlungen“, fügte er hinzu, „ist unzweifelhaft eine wichtige Etappe in der Geschichte der Vereinigung Europas.“

BERATENDE VERSAMMLUNG

Antwort auf die Botschaft und den vierten Bericht des Ministerkomitees

Am Mittwoch, dem 24. Juni, nachmittags, begann die Beratende Versammlung mit der Prüfung des Entwurfs der Antwort auf die Botschaft und den Bericht, die im Mai von dem Ministerkomitee des Europarates gebilligt und der Beratenden Versammlung vorgelegt worden waren (siehe *Mitteilungen des Europarats* in EA 12/1953, S. 5785). Der Entwurf der Antwort wurde von acht Berichterstattern in der Versammlung vorgebracht, die die verschiedenen Ausschüsse vertraten, denen ihrem Arbeitsgebiet entsprechende Teile der Botschaft und des Berichts zugewiesen worden waren: den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten (Berichterstatte Herr Wistrand, Schwede); für Landwirtschaft (Herr Charpentier, Franzose); für Wirtschaftsfragen (Herr Boothby, Engländer); für Soziale Fragen (Herr Heyman, Belgier); für Bevölkerung und Flüchtlinge (Herr Pernot, Franzose); für Juristische und Verwaltungsfragen (Herr de Freitas, Engländer); für Kulturelle und Wissenschaftliche Fragen (Herr Hollis, Engländer); für Europäische Nichtmitgliedstaaten (Herr Beamish, Engländer, Präsident, und Herr Pfleiderer, Deutscher, Berichterstatter).

Nachdem die Berichterstatter ihre Ausführungen beendet hatten, wurde die Antwort, die zusammenfassend unten wiedergegeben wird, einstimmig von der Versammlung angenommen.

Politische Fragen

Die Versammlung dankt den Ministern für ihren Beitrag zu der Einflußnahme der Versammlung auf die kürzliche Entwicklung im Zusammenhang mit der Gemeinschaft der Sechs.

Sie betont, daß sie in ihrer Stellungnahme zu dem Bericht der Hohen Behörde der Gemeinschaft für Kohle und Stahl Vorschläge für eine weitere Stärkung der Beziehungen mit dieser Gemeinschaft gemacht hat, und gibt ihrer Zuversicht Ausdruck, daß die Minister diese Vorschläge unterstützen und in ihren Bemühungen fortfahren werden, die Anregungen der Versammlung hinsichtlich der besten Methode, um die Vorschläge des Vereinigten Königreichs wirksam zu machen (angenommen am 30. September 1952 — siehe *Mitteilungen des Europarats*, 2. Jahrgang, Nr. 10 — II. G.), zur Durchführung zu bringen. Sie bedauert aber, daß die Minister nicht ausdrücklich der Ansicht der Versammlung, daß „der Europarat den allgemeinen Rahmen der europäischen Politik bilden solle“, beipflichtet haben, und bittet sie, ihre Entschließung zu diesem Punkt noch einmal zu überprüfen, „im Hinblick darauf, ihr eine bestimmtere Form zu geben“.

Was die Assoziation gewisser europäischer Staaten betrifft, die bereit sind, die Satzung des Rates anzuerkennen, aber nicht Vollmitglieder werden wollen, begrüßt die Versammlung die Entscheidung der Minister, den Abschluß von Assoziationsabkommen zu gestatten, und schlägt vor, daß andere Länder dem Beispiel Oesterreichs folgen sollten (das Beobachter zu den Tagungen der Versammlung und ihrer Ausschüsse entsendet).

Die Versammlung „begrüßt den Beschluß“ der Minister, ein genau definiertes Arbeitsprogramm für den Rat aufzustellen, und „legt ihm besondere Bedeutung bei“. „Während die Versammlung diesen Beschluß als das Anzeichen erneuter Aktivität seitens des Ministerkomitees begrüßt, sieht sie es jedoch als ihre Pflicht an, darauf hinzuweisen, daß während der vergangenen drei Jahre das Ministerkomitee immer seltener getagt hat; und selbst wenn in Betracht gezogen wird, daß die Minister einen Teil ihrer Vollmachten ihren Stellvertretern übertragen haben, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß nur bezüglich sehr weniger von der Versammlung angenommener Empfehlungen praktische Schritte unternommen worden sind.

Die Empfehlungen der Versammlung waren ohne Zweifel von unterschiedlichem Wert, aber sie erstreckten sich auf viele Gebiete, und es ist kaum anzunehmen, daß unter all den in ihnen enthaltenen Anregungen nicht wenigstens einige waren, die Unterstützung verdienten. Uebrigens wäre es stets möglich gewesen, das vorgesehene Verfahren der Konsultation der Versammlung durch das Ministerkomitee einzuschlagen für den Fall, daß das Ministerkomitee die Arbeitsweise der Versammlung und die von ihr erörterten Fragen unbefriedigend gefunden hätte. Das Ministerkomitee hat aber von dieser Möglichkeit geringen Gebrauch gemacht... Tatsächlich hat die Versammlung als beratende Körperschaft bei anderen Organisationen mehr Erfolge erzielt als bei ihrem eigenen Ministerkomitee. Der Versammlung werden jetzt regelmäßig Berichte zur Stellungnahme vorgelegt, so von der Internationalen Arbeitsorganisation, der OEEC, der Hohen Behörde der Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Organisation des Brüsseler Vertrages, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen und dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für Europäische Wanderungen: das Ministerkomitee hat dagegen in den vergangenen drei Jahren nur bei acht Gelegenheiten die Ansicht der Versammlung eingeholt. Darüber hinaus hat das Ministerkomitee niemals von Artikel 15 seiner Verfahrensordnung Gebrauch gemacht, nach dem vorgesehen ist, daß das Ministerkomitee jede nach seiner Meinung nur teilweise annehmbare Empfehlung der Versammlung an diese zur weiteren Erwägung zurückverweisen soll.“

In der Antwort der Versammlung wird fortgefahren: „Diese Punkte zeigen an, inwieweit das Ministerkomitee verfehlt hat, die Rolle auszufüllen, die ihm im Jahre 1949 von den Verfassern der Satzung zugedacht wurde. Es war niemals beabsichtigt, daß das Ministerkomitee in die Rolle eines passiven Empfängers der Empfehlungen der Versammlung absinken und die Diskussion dieser Empfehlungen — und wenn notwendig ein Veto dazu — als seine hauptsächlichste Funktion ansehen sollte. Im Gegenteil haben diejenigen, die die Satzung entwarfen, für das Ministerkomitee vorgesehen, daß es nach eigenem Ermessen wegweisend sein sollte. Es war ihre Absicht, daß das Ministerkomitee ein wirkliches Zentrum für die Ausarbeitung und Verfolgung einer gemeinsamen europäischen Politik werden sollte; daß es als die ministerielle Körperschaft, die das freie Europa vertritt, häufig Erklärungen abgeben sollte; daß es selbst Entwürfe für Konventionen über verschiedene Themen von gemeinsamem europäischem Interesse herausbringen sollte; daß es häufig die Versammlung auffordern sollte, die europäische öffentliche Meinung zu verschiedenen besonderen Fragen bekanntzumachen. In einem Wort, daß das Ministerkomitee eine dynamische und nicht eine statische Körperschaft werden sollte. Wenn die Versammlung das Arbeitsprogramm warm begrüßt, so deshalb, weil es eine Rückkehr zu dieser ursprünglichen Konzeption bedeutet,

nach der das Ministerkomitee auch von seinem Initiativrecht Gebrauch machen soll.“

Die Versammlung führt dann aus, daß „das Arbeitsprogramm vermutlich in Form von Verhandlungen über internationale Konventionen zur Ausführung kommen wird“ und erinnert daran, daß eine solche Konvention schon unterzeichnet ist, während fünf weitere zur Unterzeichnung bereitliegen. „Ohne Zweifel können auf diesem Wege bedeutende Resultate erzielt werden. Die Methode ist jedoch nicht eigentlich neu. Obwohl der Abschluß von Konventionen sich seit 1945 in größerem Maßstab als je zuvor entwickelt hat, stellt er schließlich doch eine traditionelle Form der internationalen Zusammenarbeit dar, die mindestens schon seit hundert Jahren angewendet wird.

Die Existenz des Europarats wäre möglicherweise einfach damit zu rechtfertigen, daß er den notwendigen zentralisierten Apparat für die Vorbereitung, Beratung und Aushandlung solcher internationaler Konventionen darstellt. Die Versammlung glaubt aber, daß es nicht der Absicht derer entsprach, die den Europarat ins Leben riefen, daß er auf diese Rolle beschränkt sein sollte. Das Charakteristikum des Europarats, das ihn von allen früheren internationalen Organisationen unterscheidet, liegt darin, daß zu seinen Organen eine Versammlung von Abgeordneten seiner Mitgliedstaaten gehört, die von deren Parlamenten, oder nach einem Verfahren, das die Parlamente bestimmen, ernannt werden. Man war der Hoffnung, daß diese europäischen Parlamentarier, die als Individuen zusammentraten, im Verlauf der Diskussion in Rede und Gegenrede eine europäische Antwort auf die Frage finden würden, in welcher Weise eine größere Einheit Europas erzielt werden könnte, und daß sie zu diesem Zweck weitreichendere Vorschläge machen würden, als von den in dem Ministerkomitee vertretenen nationalen Regierungen aus eigener Initiative zu erwarten war. Die Vertreter der nationalen Regierungen müssen pflichtgemäß an die Frage nach den Möglichkeiten zur Herstellung einer größeren Einheit in Europa von dem ‚inter-nationalen‘ Standpunkt herantreten. Die Versammlung dagegen sollte sich darauf konzentrieren, und ist ihrem Charakter nach dazu auch in der Lage, eine ‚europäische‘ Lösung zu suchen und vorzuschlagen, während die Regierungen in der Gestalt des Ministerkomitees dafür verantwortlich sein sollten zu entscheiden, bis zu welchem Grade und in welcher Weise diese Lösung in den einzelnen Mitgliedstaaten anwendbar ist. Dies ist die Rolle, die die Versammlung durchzuführen versucht hat und die sie ihrer Auffassung nach auch in Zukunft weiter durchführen muß. Sie hält es jedoch für notwendig zu betonen, daß sie darin nur erfolgreich sein kann, wenn das Ministerkomitee ebenfalls die ihm zugedachte Rolle ausfüllt.

Die Versammlung weist darauf hin, daß die Verfassungen verschiedener Mitgliedstaaten des Europarats in letzter Zeit ergänzt worden sind, um besondere Vorkehrungen dafür zu treffen, daß unter bestimmten Umständen ein Teil der nationalen Souveränität dieser Staaten an eine internationale Autorität übertragen werden kann. Diese Entwicklung zeugt in eindrucksvoller Weise von der wachsenden Unterstützung des Gedankens einer ‚organischen‘ Behandlung der Frage nach den Mitteln zur Herstellung einer größeren Einheit in Europa: im Hinblick darauf und auf das Inkrafttreten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wäre es besonders unangebracht, wenn der Europarat sich auf dieser Stufe der Entwicklung dahin entschied, seine Hauptanstrengungen auf die Suche nach passenden Objekten für eine ‚zwischen-staatliche‘ Aktion zu beschränken.“

Die Versammlung beschließt ihre Ausführungen über das Arbeitsprogramm mit vier Einzelvorschlägen:

1. Die Stellvertreter der Minister sollten die von der Versammlung bereits gebilligten Texte überprüfen und in das Programm jene darin enthaltenen Vorschläge aufnehmen, die eine weitere Untersuchung erfordern.

2. Das Programm sollte vor seiner Annahme durch die Minister der Versammlung zur Prüfung und Billigung vorgelegt werden.

3. Die Versammlung sollte gebeten werden, ihre Stellungnahme abzugeben, und bei der Durchführung des einmal gebilligten Programms beteiligt werden.

4. Das Programm sollte Vorschläge dafür enthalten, wie die Versammlung in verstärktem Maß von dem Ministerkomitee zu konsultieren wäre.

„Nachdem sie diese Feststellungen gemacht hat, wird die Versammlung, während sie ihrerseits weiter zu dem Erfolg des Rates nach den in einem vorhergehenden Paragraphen angegebenen Richtlinien beizutragen sucht, loyal mit dem Ministerkomitee zusammenarbeiten, um das beschlossene Arbeitsprogramm durchzuführen, in der Ueberzeugung, daß die von dem Ministerkomitee unternommenen Schritte ein neues und vielversprechendes Kapitel in der Geschichte des Europarats eröffnen werden.“

Der erste Teil der Antwort der Versammlung an die Minister schließt mit folgenden allgemeinen Bemerkungen:

„Die Versammlung unterstützt vorbehaltlos die Erklärung, daß die Aufgabe der Vereinigung Europas — eine Aufgabe, die, wie schon von dem Ministerkomitee festgestellt, ohne Rücksicht auf eine mögliche Kriegsdrohung in Angriff genommen wurde — mit Mut und Entschlossenheit weiter verfolgt werden soll, selbst wenn eine gewisse wünschenswerte Entspannung der internationalen Beziehungen eintreten sollte.“

Es ist bedauerlich, daß als Folge der zögernden Haltung und des Mangels an Entschlußkraft in den vergangenen vier Jahren die Bemühungen um eine größere Einheit in Europa (abgesehen von der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) zu so wenig praktischen Ergebnissen geführt haben und daß nur geringes Verständnis dafür vorhanden ist, wie notwendig sie sind; dabei besteht die Gefahr, daß die Öffentlichkeit zu der irrigen Ansicht kommt, eine Entspannung — falls sie einträte — würde alle diese Bemühungen überhaupt überflüssig machen. Es ist richtig, wenn das Ministerkomitee von neuem betont, „die Ziele des Europarats seien vollkommen friedlich“, und der Frieden ist es, den wir vor allem anderen wünschen; aber selbst wenn der Frieden gesichert wäre, könnten die europäischen Völker nicht hoffen, die Vorteile eines viel höheren Lebensstandards zu genießen, der in ihrer Reichweite ist, ja sie würden sogar große Schwierigkeiten haben, ihren gegenwärtigen Standard aufrechtzuerhalten — wenn das überhaupt gelänge —, solange überall in Europa die Schranken für die freie Bewegung von Menschen, Waren und Ideen bestehen bleiben. Wie sich auch die allgemeine politische Lage entwickeln mag, die größere Einheit Europas ist das wesentliche und einzige Mittel, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der europäischen Völker — zusammen mit ihrer Unabhängigkeit — sowie die Erhaltung und weitere Ausbildung ihrer geistigen und ethischen Werte zu sichern.

Die Versammlung ruft feierlich alle diejenigen auf, die als Verantwortliche die Völker Europas regieren, sich zu diesem entscheidenden Zeitpunkt all dieser Tatsachen bewußt zu sein.“

Landwirtschaft

Die Versammlung stellt fest, daß ihrer Bitte um Beteiligung von Mitgliedern des Sonderausschusses für Land-

wirtschaft als Beobachtern an der Europäischen Konferenz über die Organisation von Agrarmärkten durch die Minister teilweise entsprochen worden ist. Da sie im Fall der Schaffung einer Agrargemeinschaft um ihre Stellungnahme zu dem Vertragsentwurf für die Errichtung der Gemeinschaft gebeten würde, ist die Versammlung der Auffassung, daß sie über die Vorgänge auf der Konferenz, und ganz besonders bei dem kürzlich gebildeten Interimsausschuß, jederzeit auf dem laufenden gehalten werden müsse. Sie hat infolgedessen eine Empfehlung gebilligt, in der dringend um die Zulassung eines Beobachters vom Generalsekretariat des Rates bei den Sitzungen des Interimsausschusses ersucht wird.

Andere wirtschaftliche Fragen

Nach einer kurzen Feststellung, daß die Versammlung „mit Befriedigung davon Kenntnis genommen hat, daß das Ministerkomitee seine Ueberzeugung von der Wichtigkeit“ des Straßburger Plans für die Zusammenarbeit der Wirtschaften von Mitgliedstaaten mit überseeischen Ländern, mit denen diese Staaten konstitutionelle Bindungen haben, durchaus teilt, wird in der Antwort Kenntnis von der Entschließung genommen, in der die Minister die internationale Luftfahrtorganisation einladen, eine Europäische Konferenz zur Prüfung von Methoden für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den europäischen Luftfahrtgesellschaften einzuberufen. In der Antwort heißt es weiter: „Die Versammlung betrachtet es als unerlässlich, daß sie über das Vorgehen auf dieser Konferenz regelmäßig informiert und soweit wie möglich unmittelbar mit ihr assoziiert wird, und bittet das Ministerkomitee, die zu diesem Zweck notwendigen Schritte zu unternehmen.“

Hinsichtlich der Konferenz über das europäische Transportwesen drückt die Versammlung ihre Befriedigung über die Bemühungen der Minister in dieser Beziehung und über die von ihr gefaßten Beschlüsse aus; sie verweist auf ihre schon geäußerten Ansichten „über die Verbindungen, die zwischen dem Europarat und jeder Organisation von europäischem Charakter, die in Zukunft vielleicht geschaffen wird, hergestellt werden müßten“ (dies mit Bezug auf den vorgesehenen Europäischen Transportrat). Sie bittet darum, ihr den abschließenden Bericht der Konferenz über Transportwesen so frühzeitig zuzustellen, daß sie im kommenden September darüber beraten kann.

Zu der Angelegenheit der Patente äußert die Versammlung ihre Genugtuung über die erzielten Ergebnisse und „hofft aufrichtig, daß die Schwierigkeiten, die der Schaffung eines Europäischen Patentamtes noch im Wege stehen, baldigst beseitigt werden können“.

Soziale Fragen

Die Antwort befaßt sich mit der Konvention über Soziale und Aertzliche Hilfe mit den Zusatzprotokollen, nach denen die Bestimmungen dieser Konvention und der Vorläufigen Abkommen über Soziale Sicherheit auf die Flüchtlinge ausgedehnt werden, und mit dem Problem der sozialen Sicherheit für die Familien der Wanderarbeiter: hinsichtlich dieses letzten Punktes weist die Versammlung darauf hin, daß eine Lösung durch Annahme des von der Versammlung gemachten Vorschlages (in der Empfehlung 3 vom 14. Mai 1951 enthalten) gefunden werden könne, „auf der gegenwärtigen Stufe der sozialen Entwicklung alle Rechte auf soziale Sicherheit als persönlich und nicht als territorial gültig zu betrachten“.

Nachdem die Versammlung ihre Anerkennung für die Bemühungen um die Zusammenstellung eines Europäischen Kodex über Soziale Sicherheit und die wertvolle Zusammenarbeit des Internationalen Arbeitsamtes mit dem Europarat auf diesem Gebiet ausgesprochen hat, äußert sie ihre Absicht, mit aller Sorgfalt und im Zusammenwirken mit dem Internationalen Arbeitsamt, der OEEC und anderen zuständigen Organisationen das Memorandum „über die Arbeit, die der Europarat auf sozialem Gebiet leisten könnte“, zu prüfen, das ihr von den Ministern zur Stellungnahme unterbreitet worden war. Dieser Teil der Antwort schließt ab mit einem Hinweis auf die Genugtuung der Versammlung über die Bemühungen der Minister, die Ratifikation der Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen im Kriegsfall zu sichern, und mit dem dringenden Ersuchen, die Hindernisse zu beseitigen, die sich jetzt noch dem Projekt der Errichtung einer Europäischen Kreditanstalt für den Wohnungsbau entgegenstellen.

Bevölkerung und Flüchtlinge

In der Antwort wird ein Ueberblick über die kürzlich von dem Ministerkomitee getroffenen Maßnahmen zur Erleichterung der in dieser Beziehung bestehenden Lage gegeben. Der Entschluß, eine hervorragende europäische Persönlichkeit damit zu beauftragen, sich besonders mit Flüchtlingsfragen und Fragen der Ueberbevölkerung zu befassen, wird von der Versammlung begrüßt, wobei sie jedoch dringend nahelegt, erstens „ihm ein solches Maß von Autorität zuzuerkennen, das ihm ermöglicht, die schwere mit seiner Aufgabe verbundene Verantwortung zu tragen“, und zweitens hinsichtlich seines Status und seiner Tätigkeitsmerkmale die Versammlung zu konsultieren. Die für die Berufsausbildung der jungen Flüchtlinge und der Arbeitslosen empfohlenen Maßnahmen werden gebilligt. Weiter wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der von der Genfer Konvention über den Status der Flüchtlinge, zu deren beschleunigter Ratifizierung das Ministerkomitee die Mitgliedregierungen kürzlich aufgefordert hat, vorgesehene „Flüchtlingspaß“ in allen Mitgliedstaaten einheitliche Form erhalten wird.

Abschließend bedauert die Versammlung, das die Minister es nicht für angebracht gehalten haben, bei den noch nicht in dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für Europäische Wanderungsbewegungen vertretenen Mitgliedregierungen darauf zu dringen, sich unverzüglich dieser Organisation anzuschließen. „Sie fordert das Ministerkomitee auf, sich noch einmal mit diesem Punkt zu befassen und sich dabei über die Tatsache klar zu sein, daß die Ueberbevölkerung heute eines der dringendsten Probleme ist und eine unmittelbare Bedrohung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität Europas darstellt. Die europäische Solidarität verlangt, daß alle Mitgliedregierungen sich bemühen, dieses Problem zu lösen, und der Beitritt zu dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für Europäische Wanderungsbewegungen würde den klarsten Beweis für ihren Entschluß dazu erbringen.“

Juristische und Verwaltungsfragen

Die Versammlung bittet das Ministerkomitee, den Ausschuß der Versammlung für Juristische und Verwaltungsfragen über den Fortschritt zu unterrichten, der bei jeder Tagung des Sachverständigenausschusses für den Entwurf einer europäischen Konvention über die gegenseitige Be-

handlung von Staatsangehörigen erzielt wird. Sie nimmt davon Kenntnis, daß die Minister einen weiteren Ausschuß von Sachverständigen ernannt haben, die die Möglichkeiten der Festlegung bestimmter Prinzipien für die Auslieferung untersuchen sollen, betont aber, daß „im Hinblick auf die lange Verzögerung“ bei der Ausführung der Empfehlung, die die Versammlung in dieser Angelegenheit im Jahr 1951 gebilligt hatte, ein Unterausschuß des Ausschusses der Versammlung selbst schon mit der Bearbeitung des Problems begonnen hat.

Informationsfragen

„Die Versammlung, die bedauert, daß das Ministerkomitee sich nicht in der Lage gesehen hat, ihrem Vorschlag für einen Gemeinsamen Verbindungsausschuß für Information Folge zu leisten, nimmt davon Kenntnis, daß das Ministerkomitee ihren Wunsch nach Verbindung mit der von dem Europarat unternommenen Informationsarbeit versteht und würdigt. Sie begrüßt die Versicherung, daß das Ministerkomitee selbst diese Arbeit als sehr wichtig ansieht, und hofft bestimmt, daß auf diesem besonderen Gebiet die Stellvertreter der Minister dem Generalsekretär in vollem Maß ihre Unterstützung zukommen lassen werden, die sich logischerweise aus dieser Würdigung ergeben sollte.“

Während die Versammlung noch einmal wiederholt, daß sie entschlossen ist, in dieser Angelegenheit so eng wie möglich mit dem Ministerkomitee und dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten, erwartet sie, demnächst von dem letzteren all die Informationen zu erhalten, die sie benötigt, um sich eine Ansicht über die Tätigkeit des Europarats auf diesem Gebiet zu bilden.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem durch das Ministerkomitee empfohlenen Verfahren, erklärt sich bereit, dieses Verfahren praktisch zu erproben, und hofft, daß Anfragen oder Vorschläge ihrer Abgeordneten in dem Gemeinsamen Ausschuß wohlwollende Beachtung erfahren werden, in Anbetracht des gleichen Interesses, das beide Teile an diesen Fragen nehmen.“

Belange der nicht vertretenen europäischen Nationen

Nachdem dem tiefen Bedauern der Versammlung darüber Ausdruck gegeben worden ist, daß die Minister sich nicht bereit gefunden haben, auf Grund der Empfehlung hinsichtlich der Schaffung eines europäischen Kulturfonds für Personen im Exil praktische Schritte zu unternehmen — eine Empfehlung, die „unter den im Exil lebenden Personen große Erwartungen geweckt hatte (und) vor allem ganz richtig als sichtbares Zeichen des Wunsches der Versammlung ausgelegt worden war, der Konzeption von der Einheit des ganzen Europa, die sie ständig von neuem bekräftigte, Ausdruck zu verleihen“ —, wird in der Antwort erklärt, daß die Versammlung nicht mit den von den Ministern zur Begründung ihrer Entscheidung vorgebrachten Argumenten übereinstimmen kann:

„Vor allem ist die Annahme unrichtig, daß es je in der Absicht der Versammlung gelegen habe, die Bildung des Fonds sollte eine Periode des Aufschubs schaffen, die leicht zu einem Dauerzustand werden könnte und die Ungeduld der Personen im Exil, in ihre jeweiligen Heimatländer zurückzukehren, verstärken würde“. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Frage der Heimkehr in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erörtert werden sollte. Der Sinn ihres Vorschlages war nur, in der Situation der Personen im Exil Abhilfe zu schaffen, denen die finanziellen Mittel fehlen, um zu der Erhaltung ihres nationalen kulturellen Lebens und ihrer Traditionen beizutragen.

Die Versammlung glaubt nicht, daß notwendigerweise ein Gegensatz besteht zwischen dem Bestreben, die im Exil lebenden Personen dem Leben der Länder, in denen sie jetzt ansässig sind, einzugliedern, und dem Wunsch, ihre Bemühungen um die lebendige Erhaltung der kulturellen und historischen Traditionen ihrer Heimatländer zu unterstützen. Ebenso wenig ist sie der Ansicht, daß es im geringsten ein Hinderungsgrund für die Gewährung von Unterstützungen an kulturelle Organisationen ist, wenn im allgemeinen der materiellen Rehabilitation der Flüchtlinge der Vorzug gegeben wird. Die Versammlung ist der Auffassung, daß diese verschiedenen Absichten nicht nur keineswegs in Gegensatz zueinander stehen, sondern sich durchaus miteinander vereinigen lassen, wenn sie sich nicht sogar ergänzen; und es ist festgestellt worden, daß die Mitgliedstaaten auch auf diesem Standpunkt stehen, insofern als sie schon oft den Personen im Exil, die innerhalb ihrer Grenzen leben, auf kulturellem Gebiet beträchtliche Hilfe geleistet haben.

Schon eine flüchtige Untersuchung ergibt jedoch, daß die bisher gewährte finanzielle Hilfe nicht der Aufgabe entspricht. Nicht nur daß Gelehrte und Künstler nicht in der Lage sind, ihren Beruf weiter auszuüben — auch Universitäten, Institute und Bibliotheken, Zeitungen und Zeitschriften bedürfen dringend finanzieller Mittel, wenn sie ihre Tätigkeit fortsetzen und weiterentwickeln sollen. Tatsächlich haben alle Kultur-, Bildungs- und wissenschaftlichen Organisationen der im Exil Lebenden einen gemeinsamen Zug: ihren Mangel an Geldern. Das wurde von dem Sonderausschuß im Verlauf der Zusammenstellung seiner vollständigen Unterlagen über die bestehenden Organisationen ermittelt. Die Versammlung ist sich über die mannigfachen finanziellen Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten zum gegenwärtigen Zeitpunkt im klaren, möchte aber in dieser Hinsicht betonen, daß die Kosten des vorgesehenen Planes im Vergleich zu dem Nutzen, den er bringen würde, sehr gering sind. Die Versammlung erinnert außerdem daran, daß in der dieser Empfehlung beigelegten Aufstellung die Möglichkeit berücksichtigt ist, an freiwillige Organisationen und Privatpersonen hinsichtlich eines etwaigen Beitrages zu diesem Fonds heranzutreten, nachdem die Mitgliedstaaten des Europarats den Anfang dazu gemacht haben.

Darüber hinaus glaubt die Versammlung, daß es als Beweis der Entschlossenheit der europäischen Nationen, das gemeinsame kulturelle Erbe des ganzen Europa hochzuhalten und zu verteidigen, von größtem Wert wäre, wenn sie den im Exil Lebenden auf kulturellem Gebiet ihre gemeinsame Ermutigung und Unterstützung gewähren würden. Nach Ansicht der Versammlung ist das Problem der kulturellen Hilfe, selbst wenn es, wie das Ministerkomitee behauptet, nicht für alle Mitgliedstaaten von gleicher Dringlichkeit ist, doch eine Sache der gemeinsamen Verantwortung für sie alle als Mitglieder der europäischen Völkerfamilie.

Die Versammlung gesteht die Tatsache zu, daß ihre Einstellung zu dieser Frage von derjenigen der Minister abweicht, glaubt aber, daß die klare Feststellung aller wirklichen Unterschiede, die bestehen mögen, dazu verhelfen wird, eine für beide Teile befriedigende Lösung herbeizuführen. Sie wiederholt deshalb im folgenden den Zweck des Fonds, dessen Bildung sie vorschlägt:

„Der Westen hat die Pflicht, den Fortbestand der westlichen Konzeption in der Kultur jener Nationen, die nun hinter dem Eisernen Vorhang leben, bei den Personen im Exil zu sichern.“ Dies kann auf zwei Wegen erreicht werden: indem der jüngeren Generation der im Exil Lebenden die Möglichkeit zur Teilnahme an Sprach-, Geschichts- und Literaturkursen in ihrer eigenen Sprache geboten wird;

und durch Förderung der „Bildung eines Kerns von Gelehrten, Wissenschaftlern und Künstlern, die die Treuhänder ihrer nationalen Kultur im Exil sein würden“. Der vorgeschlagene Fonds würde diesen beiden Zwecken zu dienen haben.

Die Versammlung ersucht das Ministerkomitee in aller Form, ihre Entscheidung in dieser Frage noch einmal zu prüfen und über sie, falls notwendig, in dem Gemeinsamen Ausschuß zu beraten. „Es besteht die Ueberzeugung, daß die Angelegenheit vorzugsweise behandelt werden sollte. Die Versammlung hofft, daß ein klarer und freimütiger Meinungsaustausch ergeben wird, daß die Minister und die Versammlung nicht weit voneinander abweichen in ihrer Bereitschaft, als Treuhänder der Kultur jener osteuropäischen Staaten zu handeln, die vorläufig nicht Mitglieder des Europarats sein können.“

Schließlich drückt die Versammlung ihre Beunruhigung darüber aus, daß in der Antwort der Minister nichts über die Durchführung ihrer Vorschläge gesagt wird, die sich auf Veröffentlichungen über den Europarat in den Nichtmitgliedstaaten richten. „Wenn es nicht zu einem Beschluß gekommen ist, so würde doch eine Erklärung des Ministerkomitees, daß er erwogen und ausgearbeitet wird, begrüßt worden sein.“

Europarats-Organisation und Verwaltung

Die Versammlung begrüßt die Ernennung ständiger Vertreter gewisser Mitgliedstaaten beim Europarat und fordert die anderen auf, diesem Beispiel zu folgen. In der Erwägung, daß die Vertreter eine bedeutende Stellung einnehmen, sieht sie häufige Zusammenkünfte zwischen ihnen und dem Generalsekretariat als zweckmäßig für die Entwicklung einer europäischen Einstellung auf Regierungsebene an.

Die Versammlung begrüßt außerdem den Beschluß, an das jetzige Gebäude des Europarats in Straßburg einen Flügel anzubauen. Sie spricht die Hoffnung aus, daß in dem vergrößerten Gebäude auch private Arbeitsräume für die Abgeordneten der Versammlung geschaffen werden.

Beziehungen zu der Atlantikpakt-Organisation

„Die Versammlung nimmt von der Erklärung des Ministerkomitees Kenntnis (des Inhalts, daß das Komitee den Dokumentenaustausch zwischen den beiden Sekretariaten bezüglich ihrer beiderseitigen Tätigkeit auf nichtmilitärischem Gebiet gebilligt hat) und behält sich das Recht zur Ueberprüfung der Frage vor, nachdem der Wert der gegenwärtigen Vorkehrungen praktisch erprobt worden ist.“

Beziehungen mit anderen Organisationen

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Beschluß der Minister, ihrem Ersuchen Folge zu leisten, daß mit der Haager Konferenz über Internationales Privatrecht und mit dem Institut in Rom für Vereinheitlichung des Internationalen Privatrechts Abkommen abgeschlossen werden. Sie bedauert jedoch, daß die Minister nicht erwähnen, ob sie auch dem Ersuchen der Versammlung nachkommen wollen, ihr diese Abkommen vor ihrer Unterzeichnung zur Stellungnahme zu unterbreiten: „Unter diesen Umständen hält die Versammlung es für notwendig, ihre Bitte zu wiederholen.“

Die Antwort der Versammlung schließt mit einer Äußerung ihrer Befriedigung darüber, daß sich mit

anderen zwischenstaatlichen Organisationen immer engere Beziehungen entwickeln, und mit der Erklärung, daß sie den Entwurf einer Geschäftsordnung für die Beziehungen mit Organisationen, die nicht auf Regierungsebene stehen, sorgfältig erwägt.

SITZUNG DER VERSAMMLUNG DER GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

Die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat vom 18. bis 20. Juni und am Dienstag, dem 23. Juni, in Straßburg getagt. Sie hat über die zwischen der Hohen Behörde und der Versammlung ausgetauschten Berichte beraten und den Vorschlag für eine Entschließung gebilligt, in der ihre Befriedigung über die erzielten Ergebnisse ausgesprochen wird. Die vollständige Entschließung wurde, abgesehen von vier Enthaltungen, einstimmig angenommen.

II. Politische Fragen

Außenpolitische Debatte

Nach einer Debatte am Mittwoch, dem 24. Juni, nachmittags, beschloß die Beratende Versammlung mit 44 gegen 35 Stimmen bei fünf Enthaltungen, die außenpolitische Debatte auf die Sitzung im September zu verschieben.

Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten ernannte durch einstimmigen Beschluß Herrn P. H. Spaak zum Berichterstatler für diese Debatte.

III. Wirtschaftsfragen

Stellungnahme zu dem Bericht der Hohen Behörde

Nach der gemeinsamen Sitzung der Beratenden und der Gemeinsamen Versammlung nahm die Beratende Versammlung die getrennte Beratung und Abstimmung über ihre Stellungnahme zu dem allgemeinen und den Sonderberichten der Hohen Behörde für Kohle und Stahl vor. Die Stellungnahme wurde von drei Berichterstatlern vorgelegt: Herrn Robens (Engländer) im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten; Herrn Federspiel (Däne), Präsident des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, und Herrn Heymann (Belgier), Präsident des Ausschusses für Soziale Fragen.

Herr Robens eröffnete die Debatte mit der Feststellung, daß die Zweifel gewisser Stellen, ob die gemeinsame Sitzung von Erfolg sein würde, sich als unberechtigt erwiesen hätten. „Es kann jetzt kein Zweifel mehr sein, daß sie von uneingeschränktem Erfolg war. Außerdem war sie ein bedeutendes Ereignis. Die gemeinsame Sitzung bedeutet tatsächlich einen Markstein in der Geschichte der Regierung der Völker Europas, weil zum ersten Male eine mit supranationalen Vollmachten ausgestattete europäische Exekutive einen Bericht über ihre Tätigkeit vorgelegt hat. Die Länder außerhalb der Kohle- und Stahlgemeinschaft hatten sich nicht nur interessiert gezeigt, sondern waren auch bemüht, einen Beitrag zu leisten; und beide Seiten hatten dabei gewonnen: Herr Monnet selbst hatte ausgesprochen, daß die Hohe Behörde den Gewinn zu schätzen wußte. Außerdem war eine Assoziation auf diplomatischer und technischer Ebene zwischen der Gemeinschaft und Nichtmitgliedländern wohl sehr wichtig, aber sie genügte nicht. Die gemeinsame Sitzung hatte es Parlamentariern, die gegenwärtig in der Opposi-

tion stehen, ermöglicht, die Angelegenheiten der Gemeinschaft genau zu verfolgen, mit der Wirkung, daß für den Fall eines Wechsels in der Regierung ihrer jeweiligen Länder die Kontinuität der Politik ohne Bruch gewahrt bleiben würde.“

Herr Robens schloß mit der Erwähnung des Vorschlags seines Ausschusses, daß in Zukunft immer, wenn ein Problem von gemeinsamem Interesse vorliegen würde, gemeinsame Sitzungen von Ausschüssen der beiden Versammlungen stattfinden sollten. „Wir glauben, daß die gemeinsame Sitzung ein voller Erfolg gewesen ist; wir hoffen, daß sie eine bleibende Einrichtung werden wird, daß gemeinsame Sitzungen von Ausschüssen abgehalten werden können und daß wir in dieser Weise zu einem viel besseren Verständnis zwischen den Nationen, die Mitglieder des Europarats sind, beitragen können.“

Herr Federspiel, der den wirtschaftlichen Teil der Stellungnahme behandelte, beglückwünschte die Hohe Behörde zu ihren Maßnahmen, den gemeinsamen Markt in Gang zu bringen, und bemerkte, daß vier Probleme „von unmittelbarem Interesse für die Ausrichtung der Politik der Hohen Behörde in Hinsicht auf den übrigen Teil Europas“ beständen: das Verhältnis der Gemeinschaft zu dritten Parteien bezüglich bilateraler Abkommen; die Angleichung der Zölle innerhalb der Gemeinschaft; die Politik hinsichtlich der Exportpreise, die wieder die Frage der Fortsetzung, Schaffung oder Vernichtung der Kartelle anschnitte, und die Investitionspolitik der Gemeinschaft. Was den ersten Punkt betraf, richtete der Ausschuß für Wirtschaftsfragen seine Ausführungen nicht nur an die Hohe Behörde, sondern auch an die sechs Mitgliedregierungen. Hinsichtlich dritter Parteien könnte die Tätigkeit der Behörde nicht von derjenigen der Regierungen getrennt werden: die Beziehung könnte nicht ausschließlich über Luxemburg laufen. „Wir haben es als notwendig erkannt, daß die Hohe Behörde möglichst bald ihre Politik genau darlegt“ und daß diese Politik nur im Anschluß an Beratungen mit den Mitgliedregierungen ausgewertet werden könnte. Der Ausschuß drängte zur größten Eile bei diesen Beratungen, so daß alle Ungewißheit, besonders hinsichtlich der Verhandlungsstärke der Regierungen und der Situation der Verbraucherländer, beseitigt werden könnte.

Was die Frage der Zölle betrifft, hatte der Ausschuß mit Befriedigung festgestellt, daß ein Vorgehen der Gemeinschaft zum Zweck der Verringerung der Zölle und der Einschränkungen schon angebahnt war. Die Lage hinsichtlich der Exportpreise war weniger befriedigend: es könnten sich Probleme der unterschiedlichen Behandlung und der Kartelle ergeben, gegen die Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden müßten. Schließlich erwähnte Herr Federspiel den Mangel von Hinweisen in dem Bericht der Hohen Behörde auf die Frage der Investitionspolitik. Sein Ausschuß hatte es für wichtig gehalten, gleich zu Beginn seine Ansicht auszusprechen, daß die Investitionspolitik in bezug auf Kohle und Stahl nicht nur im Hinblick auf die auf anderen Gebieten von den sechs Ländern zu verfolgende Politik, sondern auch auf die Investitionspolitik der Hauptproduzenten von Kohle und Stahl außerhalb der Gemeinschaft ausgearbeitet werden sollte.

Herr Heyman erklärte, daß sein Ausschuß die Bemühungen der Hohen Behörde auf sozialem Gebiet

billigte, und legte vier Punkten besondere Bedeutung bei: Löhne, Wohnungsbau, Arbeitsbedingungen und Investitionen. Er hoffte, daß die Behörde die Absicht hätte, seinen Ausschuß möglichst vollständig zu informieren, besonders über die Arbeit ihrer Sachverständigen: nur so könnten die Neun in fruchtbringender Weise die Entscheidungen über soziale Probleme durch die Sechs prüfen, im Hinblick darauf, sich mit ihnen zu assoziieren.

Er empfahl der Hohen Behörde dringend, von den vom Europarat gebilligten vorläufigen Abkommen über soziale Sicherheit und von dem vorgeschlagenen europäischen Kodex für soziale Sicherheit genau Kenntnis zu nehmen. Dies wären Maßnahmen, die gleichzeitig die Neun und die Sechs angingen; und es gäbe noch viele andere, hinsichtlich deren ein gemeinsames Handeln angebracht sei — nicht zuletzt, was Bevölkerungsprobleme betrifft. Die soziale Integration Europas wäre ebenso wichtig wie seine wirtschaftliche Integration.

Nach weiteren Ausführungen von Herrn *Robens* über die in der Stellungnahme enthaltenen Allgemeinen Schlußfolgerungen billigte die Versammlung mit 68 zu 0 Stimmen bei fünf Enthaltungen den in Zusammenfassung unten gegebenen Text.

Im ersten Teil der Stellungnahme wird von der Versammlung der „Geist, in dem die Hohe Behörde ihre Tätigkeit auszuüben bestrebt war“, anerkannt. Die Hohe Behörde hielt jederzeit die Verbindung mit den anderen Organen der Gemeinschaft aufrecht und knüpfte sowohl mit einer Reihe von Nichtmitgliedstaaten als auch mit „den Organisationen, die darauf hinarbeiten, die Einheit des Vorgehens aller Staaten Westeuropas zu erhöhen“, Beziehungen an; daraufhin konnte sie mit Recht behaupten, daß „die Gemeinschaft weder autark oder in sich abgeschlossen ist noch daß sie dies beabsichtigt. Trotzdem sah sich die Versammlung veranlaßt, dem Wunsch der Gemeinsamen Versammlung beizupflichten, vorher, das heißt, bevor die Hohe Behörde endgültig eine Politik in einer bestimmten Richtung einschlägt, befragt und nicht etwa nachträglich gebeten zu werden, diese Schritte zu sanktionieren.

„Die Beratende Versammlung stellt mit Freude fest, daß der Europarat selbst nicht unwesentlich zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über die Errichtung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft beigetragen hat. Die Beratende Versammlung glaubt, daß sie als Sprecherin aller Mitgliedstaaten des Europarats auch weiterhin Wesentliches zu dem Erfolg der Gemeinschaft beitragen kann. Die bilateralen Bestimmungen über die Beziehungen zwischen der Hohen Behörde und gewissen Einzelstaaten, die dem Europarat angehören, sind zweifellos nicht nur von größter Wichtigkeit, sondern liegen tatsächlich im besonderen Interesse beider Parteien. Allerdings wird für die Angelegenheiten, die nach dieser Regelung behandelt werden, die Wechselwirkung zwischen der Politik der Hohen Behörde und der nationalen Politik der betreffenden Staaten eine Rolle spielen. Nur durch den Europarat kann die Hohe Behörde zu einer Synthese der Ansichten dieser Staaten über ihre Tätigkeit gelangen, wobei deren gemeinsame Anschauung sich aus dem Wechselspiel der Diskussionen zwischen ihren Vertretern im Ministerkomitee und in der Beratenden Versammlung ergeben wird.

Die Beratende Versammlung erkennt gleichzeitig an, daß das Beispiel der Gemeinschaft einen mächtigen Ansporn für die Bemühungen darstellt, die der Europarat mit Entschlossenheit unternehmen wird, um, gemäß den

allgemeiner gehaltenen Bestimmungen seiner Satzung, eine größere Einheit innerhalb des weniger gleichartigen Gefüges seiner Mitglieder zu erreichen. In dem Bemühen um die Einigung Europas werden beide Organisationen benötigt.“

Zu dem wirtschaftlichen Teil des Berichts der Hohen Behörde fordert die Versammlung eine „baldige Festlegung der Politik der einzelnen Mitgliedstaaten sowie der Gesamtgemeinschaft hinsichtlich ihrer Beziehungen zu anderen Ländern“. Die Anwendung gewisser Bestimmungen des Vertrages zur Errichtung der Gemeinschaft (siehe Artikel 58, 59 und 75) läßt gegenwärtig die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und dritte Staaten, die vertragliche Bindungen mit ihnen eingehen, sowie Einzelunternehmen in einem Zustand der Ungewißheit, der nach Ansicht der Versammlung schleunigst beseitigt werden sollte. Die Versammlung stellt fest, daß die Stahlproduzenten innerhalb der Gemeinschaft ein Abkommen über Mindestexportpreise geschlossen haben, und weist auf die damit verbundenen Gefahren hin. Sie drückt ihre Ueberzeugung aus, daß die Hohe Behörde sobald wie möglich ihre Politik hinsichtlich eines langfristigen Preisniveaus festlegen und vor allem eine Erklärung abgeben sollte, ob sie die Absicht hat, die Preise sich auspendeln zu lassen oder ob sie sie zu stabilisieren gedenkt. Dieses Problem ist mit dem der Ausweitung des Kohle- und Stahlmarktes gekoppelt; und hier empfiehlt die Versammlung eine enge Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft sowie zwischen der Gemeinschaft und anderen Mitgliedstaaten des Europarats, „um die Ueberseegebiete nach den im Straßburger Plan niedergelegten Richtlinien zu entwickeln“.

Nach einem kurzen Kommentar zu der Investitionspolitik schließt dieser Teil der Stellungnahme mit dem Hinweis, daß nur dann der größte Nutzen aus der Errichtung des gemeinsamen Kohle- und Stahlmarktes gezogen werden kann, wenn dieser mit der Durchführung zusätzlicher Maßnahmen auf anderen Wirtschaftsgebieten der Mitgliedstaaten Hand in Hand geht. Diese Frage betrifft in erster Linie die Mitgliedstaaten selbst; die Versammlung betont jedoch, daß der Erfolg der Gemeinschaft von der Entwicklung einer Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Europarat, der OEEC und den Mitgliedstaaten dieser Organisationen andererseits abhängt.

Zum sozialen Teil des Berichts bemerkt die Versammlung, daß es verfrüht wäre, zu Fragen Stellung zu nehmen, deren Lösung zur Zeit noch untersucht wird, da die Hohe Behörde „erst am Beginn ihrer Tätigkeit auf sozialem Gebiet steht“. Trotzdem können die allgemeinen Richtlinien Billigung finden, nach denen die Hohe Behörde zu arbeiten gedenkt; und es kann besonders die Bedeutung hervorgehoben werden, die die Versammlung den bereits begonnenen Untersuchungen über Löhne, Arbeitsbedingungen und Investitionen zur Förderung des Wohnungsbaus beilegt. In gleicher Weise müssen die vorgeschlagenen Maßnahmen hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte die Unterstützung einer Versammlung finden, die sich oft für solche Maßnahmen eingesetzt hat. Die Versammlung betont jedoch, daß sich die Freizügigkeit über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus erstrecken müsse und daß diese Seite des Bevölkerungsproblems nur eine der Fragen ist, bei denen „gemeinsames Vorgehen“ und

„vereintes Handeln“ der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten des Europarats zur Lösung beitragen würden.

Die Stellungnahme schließt mit folgendem Hinweis:

„In dem Bericht, der der Gemeinsamen Versammlung von ihrem Ausschuß für Politische Angelegenheiten und Auswärtige Beziehungen der Gemeinschaft vorgelegt worden ist, wird festgestellt:

„Es ist klar, daß die Beziehungen zum Europarat, wie sie durch das Zusatzprotokoll zu dem Vertrag festgelegt sind, von größter Bedeutung sind, um jene Atmosphäre von Verständnis und gegenseitigem Vertrauen zu schaffen, die eine unerläßliche Voraussetzung für die Herstellung fester Bindungen und eine progressive Angleichung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Nichtmitgliedstaaten ist.

Denn diese Angleichung auf lange Sicht ist das Ziel, nach dem wir in Europa streben müssen, wenn wir den Wunsch haben, daß die Vereinigung der europäischen Länder einen positiven Charakter erhält und nicht nur von Sicherheits- und Verteidigungsgründen inspiriert ist.“

Die Beratende Versammlung billigt diese Feststellung voll und ganz und teilt die Genugtuung des Ausschusses über die Schritte, die bereits zur Herstellung einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Hohen Behörde und der Gemeinsamen Versammlung einerseits und der Beratenden Versammlung und seiner Ausschüsse andererseits unternommen worden sind. Ueber die gemeinsame Tagung der beiden Versammlungen hinaus haben der Präsident und andere Mitglieder der Hohen Behörde an Sitzungen des Wirtschaftsausschusses der Beratenden Versammlung teilgenommen, in denen ein sehr wertvoller Gedankenaustausch stattgefunden hat. Die Beratende Versammlung empfiehlt, diese Veranstaltungen möglichst zu fördern; vor allem regt sie erstens an, gemeinsame Sitzungen des Ministerkomitees des Europarats und des Besonderen Ministerrats der Gemeinschaft abzuhalten, in denen bei passenden Gelegenheiten die Außenminister von den jeweiligen Ressortministern vertreten würden, die sich mit den zur Beratung stehenden technischen Fragen unmittelbar befassen; und zweitens schlägt sie vor, daß nach dem Beispiel des Wirtschaftsausschusses die Mitglieder der Hohen Behörde zu den Sitzungen anderer Ausschüsse der Beratenden Versammlung eingeladen und gebeten werden sollten, sich an den Beratungen zu beteiligen.

Abschließend drückt die Beratende Versammlung die Meinung aus, daß ein voller Erfolg gemeinsamer Sitzungen der beiden Versammlungen gewährleistet wäre, wenn ein ähnliches Verfahren entwickelt werden könnte, das gemeinsame Sitzungen der Ausschüsse der beiden Versammlungen ermöglicht, die sich mit demselben Fragenkomplex zu befassen haben. Die Beratende Versammlung regt daher an, daß diese Frage von den Präsidien der beiden Versammlungen untersucht und eine gemeinsame Entscheidung sobald wie möglich herbeigeführt wird.“

Integration der OEEC

Nach den Ausführungen der verschiedenen Berichterstatter zu der Antwort an die Minister und vor deren Annahme legte Herr Bohy (Belgier) im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten einen Empfehlungsentwurf über die Integration der OEEC vor, dessen Text weiter unten folgt. Herr Bohy erklärte einleitend, daß, obgleich die Formulierung seines Berichts als scharf empfunden werden könnte, dieser noch schärfer ausgefallen wäre, wenn er in der vorhergehenden Sitzungsperiode erschienen wäre (wie ursprünglich beabsichtigt). Glücklicherweise hätte das Ministerkomitee inzwischen eine gewisse Änderung seiner Haltung bekundet. Tatsächlich könnten

die Minister drei verschiedene Stellungen zu den Vorschlägen der Versammlung einnehmen. Sie könnten zustimmen, und sie könnten ablehnen, und beide Haltungen wären durchaus legitim. Die dritte Haltung bestände darin, überhaupt nicht dazu Stellung zu nehmen, oder, was praktisch auf das gleiche hinaus käme, wie im positiven Sinne zu antworten und dann nichts zu unternehmen, um die Vorschläge durchzuführen. Ein derartiges Verhalten wäre vom Standpunkt der Versammlung aus völlig unannehmbar, obwohl dieser Weg nur allzuoft von den Ministern eingeschlagen würde.

Die Vorschläge der Versammlung für die Integration der OEEC stelle ein typisches Beispiel hierfür dar. Vermal hätte die Versammlung diesbezügliche Empfehlungen ausgearbeitet. Die einzige Antwort seitens der Minister sei „eine Untätigkeit“ gewesen, „die zum mindesten als einzigartig bezeichnet werden kann“.

Die Versammlung billigte dann einstimmig, bei einer Enthaltung, folgende Empfehlung an das Ministerkomitee:

Die Versammlung,

in der Erwägung, daß die allgemeinen Ziele der OEEC und des Europarats grundsätzlich die gleichen sind, und daß daher für beide Organisationen eine enge Koordination ihrer Tätigkeit vorteilhaft wäre und wesentlich zur Erreichung ihrer allgemeinen Ziele wie zur Durchführung der Maßnahmen, die sie zu diesem Zweck befürworten, beitragen würde;

befriedigt über die Bestimmungen des Abkommens, das im Juli 1952 zwischen dem Ministerrat der OEEC und dem Ministerkomitee des Europarats abgeschlossen wurde und eine Zusammenarbeit zwischen der OEEC und dem Europarat anstrebt;

in der Erwägung, daß jedoch einerseits die Errichtung und das Inkrafttreten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der bei den Verhandlungen zur Errichtung weiterer Gemeinschaften mit beschränkter Mitgliederzahl erzielte Erfolg sowie andererseits die Durchführung einer Politik, die den Europarat zu einem „allgemeinen Rahmen der europäischen Politik“ machen würde, unbedingt erforderlich erscheinen lassen, daß drastischere Maßnahmen zur Integration der Organisationen ergriffen werden, deren Zweck eine größere Einheitlichkeit des Vorgehens aller Mitgliedstaaten des Europarats ist;

in der Ueberzeugung, daß außerdem jeder in Richtung auf diese größere Einheit erzielte Fortschritt nicht nur den Mitgliedstaaten des Europarats insgesamt, sondern in gleicher Weise den oben erwähnten Gemeinschaften mit beschränkter Mitgliederzahl zugute kommen würde; mit dem erneuten Hinweis auf ihre früheren Empfehlungen über die Beziehungen zwischen der OEEC und dem Europarat und besonders auf die in der Empfehlung Nr. 25 vom Mai 1952 enthaltenen Vorschläge;

empfiehlt dem Ministerkomitee:

1. daß die betreffenden Empfehlungen bei den gemäß dem Beschluß des Ministerkomitees vorgesehenen Beratungen des Verbindungsausschusses der OEEC und des Europarats über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen als Diskussionsgrundlage dienen sollen;
2. daß die Versammlung über den Fortgang dieser Beratungen laufend unterrichtet und aufgefordert wird, zu allen Vorschlägen für eine Lösung der Frage vor einer etwaigen Entscheidung des Ministerkomitees Stellung zu nehmen.

IV. Kulturelle und wissenschaftliche Fragen

Tagung des Ausschusses

Der Ausschuß für Kulturelle und Wissenschaftliche Fragen der Beratenden Versammlung des Europarats hat

am 23. Juni unter Vorsitz von Herrn *Smitt-Ingebretsen* (Norweger) im Europahaus getagt.

Europäischer Kulturfonds für Personen im Exil

Der Ausschuß hat beschlossen, daß der mit der Wahrung der Interessen der nicht vertretenen europäischen Nationen beauftragte Sonderausschuß den Teil des Berichts über den Entwurf einer Antwort an das Ministerkomitee, der den europäischen Kulturfonds für Personen im Exil betrifft, als Antwort ausarbeiten soll.

Fernsehen

Er hat außerdem beschlossen, daß eine Arbeitsgruppe beauftragt werden soll, den Gebrauch des Fernsehens als Mittel zur Gewinnung des öffentlichen Interesses für die europäische Idee zu untersuchen.

Handbuch für staatsbürgerliche Erziehung

Die Mitglieder des Ausschusses sind gebeten worden, dem Generalsekretariat ihre Ueberlegungen hinsichtlich des Plans eines Handbuchs für europäische staatsbürgerliche Erziehung mitzuteilen.

V. Juristische Fragen

Konvention zur Wahrung der Menschenrechte

Am 29. Juni hat der ständige Vertreter Islands beim Europarat, Herr M. H. *Krøyer*, bei dem Generalsekretär des Europarats, Herrn J. C. *Paris*, die Ratifikationsurkunde der Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie des Zusatzprotokolls hinterlegt.

Die Zahl der Länder, die die Konvention gebilligt haben, erhöht sich damit auf neun. Es fehlt nur noch eine Ratifizierung, um die Konvention in Kraft treten zu lassen.

Hiermit seien wieder die Länder aufgezählt, die die Konvention bis zum jetzigen Zeitpunkt gebilligt haben: Vereinigtes Königreich, Schweden, Norwegen, Deutsche Bundesrepublik, Saargebiet, Irland, Griechenland, Dänemark und Island.

Die sieben folgenden Länder haben das Zusatzprotokoll ratifiziert: Vereinigtes Königreich, Norwegen, Saargebiet, Irland, Griechenland, Dänemark und Island.

VI. Verschiedenes

Tod von Herrn Enrico Falck

Der italienische Abgeordnete Herr Enrico *Falck* ist am 12. Juni im Alter von 54 Jahren verstorben. Herr *Falck*, der elsässischer Herkunft war, hat an der europäischen Bewegung von ihren Anfängen an teilgenommen und ist seit der ersten Sitzungsperiode Mitglied der Beratenden Versammlung gewesen.

Ernennung eines Ständigen Vertreters

Herr *Kremer* ist mit Wirkung vom 8. Juni zum Ständigen Vertreter Luxemburgs beim Europarat ernannt worden. Am 13. Juni wurde Herr *Krøyer* zum Ständigen Vertreter Islands ernannt. Außerdem wurde Herr *Georges Barthélemy* zum Stellvertreter bei der Ständigen Vertretung Belgiens ernannt und hat am 10. Juni seine Tätigkeit aufgenommen.

Ausstellung über das Flüchtlingsproblem

Im Europahaus wurde eine Ausstellung eröffnet, die in europäischem Rahmen das Problem der Flüchtlinge und

der Bevölkerungsüberschüsse anschaulich machen soll. Die Ausstellung bleibt bis zum Ende der fünften Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung im Herbst geöffnet.

Internationaler Presse-Kongreß

Der dritte Internationale Presse-Kongreß hat vom 29. Juni bis 2. Juli in Evian stattgefunden. Sein Thema war: „Die Aufgabe der Presse im Dienst der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Wahrheit und des Friedens.“

Der Informationsdirektor des Europarats, Herr Paul M. G. *Levy*, hat als Vertreter des Europarats an diesem Kongreß teilgenommen.

Europäischer Schultag

Der auf Anregung der Europäischen Bewegung und des französischen Ministeriums für nationale Erziehung veranstaltete europäische Schultag hat am 4. Mai 1953 stattgefunden. Das Generalsekretariat des Europarats war in dem Schiedsrichterkollegium durch den Informationsdirektor, Herrn Paul M. G. *Levy*, vertreten, der Vizepräsident des Schiedsrichterausschusses war.

Am 27. Juni fand in der Bibliothek des Europahauses die Preisverteilung für die französische Provinz Niederrhein statt. Der Generalsekretär des Europarats, Herr J. C. *Paris*, und Herr Paul *Levy* hielten kurze Ansprachen. Am folgenden Tag, dem 28. Juni, überreichte der Präsident der Republik in Pau den Preisträgern und Preisträgerinnen die von dem Europarat gestiftete Medaille und das Diplom.

Atomforschung

Am 29. und 30. Juni hat in Paris die Tagung der europäischen Organisation für Atomforschung stattgefunden. Das Generalsekretariat des Europarats war bei diesen Sitzungen durch Herrn *Cunin* vertreten.

Besuch des Berliner Senatspräsidenten

Der Präsident des Berliner Senats, Herr *Suhr*, hat dem Generalsekretär des Europarats einen Besuch abgestattet.

Die neue französische Regierung

Dem neuen französischen Kabinett, das am 29. Juni gebildet wurde, gehört zum ersten Male ein „Minister für Angelegenheiten des Europarats“ an: Herr M. F. *Mitterand*. Drei Minister der neuen Regierung, Herr P. H. *Teitgen*, Herr G. *Bidault*, und Herr André *Mutter* sind Mitglieder der Beratenden Versammlung des Europarats.

Wiedergewählte italienische Abgeordnete

Folgende italienische Abgeordnete der Beratenden Versammlung des Europarats wurden bei den letzten italienischen Wahlen wiedergewählt:

Abgeordnete: *Azara* (chrstl.-dem.), *Benvenuti* (chr.-dem.), *Boggiano-Pico* (chr.-dem.), *Campilli* (chr.-dem.), *Cappi* (chr.-dem.), *Cingolani* (chr.-dem.), *Dominedo* (chr.-dem.), *La Malfa* (republ.), *Montini* (chr.-dem.), *Santero* (chr.-dem.).

Stellvertreter: die Herren *Bellavista* (liberal), *Bovetti* (chr.-dem.), *Caron* (chr.-dem.), Frau *Conci* (chr.-dem.), die Herren *Gerini* (chr.-dem.), *Matteotti* (soz.-dem.), *Rubinacci* (chr.-dem.), *Troisi* (chr.-dem.), *Zerbi* (chr.-dem.).

Während der gemeinsamen Sitzung der beiden Versammlungen und der Sitzung der Beratenden Versammlung waren die Fahnen des Europarats am Europahaus in Straßburg aus Anlaß der Ereignisse in Berlin auf halbmast gesetzt.

Aufgaben und Probleme der Europaforschung*

Ein Überblick

Von Theodor Steltzer,

Leiter des Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Vom Wesen der Europaforschung

Das Wesen der Europaforschung läßt sich am klarsten aus ihrem Verhältnis zur Universität ableiten. Die Universität ist auch heute noch die Stätte, an der, nach der schönen Schrift von Karl Jaspers über die Idee der Universität¹, „Gesellschaft und Staat das hellste Bewußtsein des Zeitalters sich entfalten lassen“ wollen. Ob die Wirklichkeit der heutigen Universitäten dieser Idee entspricht, ist eine andere Frage, die wir hier noch nicht zu erörtern brauchen.

Es gibt, wenn ich hier etwas weiter Karl Jaspers folgen darf, zwei Weisen der Erweiterung des Gesichtsfeldes der Universität: die erste Weise ist die der natürlichen Entwicklung und Entfaltung „der Wissenschaft, die sich reicher werdend gliedert“ und ihren inneren Entwicklungsgesetzen folgend neue Fächer ausbildet. Die zweite Weise der Erweiterung ist das Herankommen neuen Stoffes und neuen Könnens von außen. Sie begehren Einlaß und Anerkennung, weil sie zum Kosmos der Wissenschaften ein unersetzliches Glied beitragen. Hierher gehört das Wissensgebiet, das ich mangels eines besseren Ausdrucks vorläufig als Europaforschung bezeichnen möchte, wobei mir auch schon andere Bezeichnungen, wie „Europäische Regionalforschung“ oder „Europäische Raumforschung“, vorgeschlagen worden sind.

Wenn ich es als einen Wesenszug der Europaforschung bezeichne, daß sie von außen her als neuer Stoff- und Erfahrungsbereich an die Universität herantritt, so möchte ich dies gleich noch durch die Feststellung ergänzen, daß der Anstoß dazu vor allem von der Politik ausgeht. Dies ist nichts Ungewöhnliches.

Auch Wissensgebiete, wie die Sinologie und die Indologie, sind durch politische Ereignisse an die Universitäten herangetragen worden. Sie wären nicht denkbar ohne die überseeische Ausdehnung der europäischen Mächte. Aus den Berichten der großen Entdecker, Kolonisatoren und Missionare und aus dem

Handelsverkehr mit exotischen Ländern hat Europa ein neues Bewußtsein seiner selbst gewonnen. Ja, man kann sagen, daß es sich in den neuentdeckten Ländern selbst neu gefunden hat. Alle lebenswichtigen Ideen, wie Eigentum, Freiheit, Gerechtigkeit usw., haben durch den Vergleich mit anderen Kulturwelten einen neuen Erfahrungsgehalt bekommen. Zunächst weil man, statt wie bisher die Mannigfaltigkeit der Erscheinungen auf einen universellen Ursprung zurückzuführen, die Existenz von unableitbaren, individuellen Lebensformen außerhalb Europas feststellte; dann weil man den überlieferten Anschauungen Erfahrungstatsachen entgegenstellen konnte, die nunmehr für den Denker ohne Mühe greifbar waren. Man denke nur an die Rolle, die etwa Persien und China in der Literatur des Aufklärungszeitalters spielen. So hat die Entdeckung neuer Länder und Kontinente den europäischen Geist zu einer verschwenderischen Fülle neuer Ideen und Erkenntnisse angeregt, bis er selbst, um ein Wort von Hugo von Hofmannsthal zu gebrauchen, „zur geistigen Grundfarbe des Planeten“ wurde.

Heute ist Europa auf sich selbst zurückgeworfen und in seinen eigenen geistigen Grundlagen bedroht. Wir stehen in einer zweiten großen Krise des europäischen Geistes, ähnlich der, die an der Schwelle vom 17. zum 18. Jahrhundert der Zertrümmerung des europazentrischen Weltbildes folgte. Nur erleben wir diese Krise gleichsam unter umgekehrten Vorzeichen: Statt des optimistischen Grundtones des Aufklärungszeitalters klingt in unseren Begegnungen mit fremden Kulturen der pessimistische Gedanke eines möglichen Unterganges des Abendlandes auf. Europa ist sich seiner Grenzen bewußt geworden, und der Schock dieser Erfahrung des Versiegens scheinbar unerschöpflicher Kraftquellen wirkt sich in mangelndem Selbstvertrauen aus. Dies zeigt sich besonders in unserer Einschätzung der beiden neuen Weltmächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Um nun das gestörte Gleichgewicht unseres Weltbildes wiederherzustellen, ist ein Tiefergreifen in der Erkenntnis der materiellen und der geistigen Daseinsgrundlagen

^{*}) Vortrag vor der Parlamentarischen Gesellschaft und der Bonner Politischen Gesellschaft am 9. Juni 1953.

¹) Jaspers, Karl: Die Idee der Universität. Berlin und Heidelberg 1946.

unseres Kontinents notwendig, das sich nicht in dem fragelosen, innerlich unkontrollierten Hinnehmen traditioneller Begriffe und Urteile zufrieden gibt, sondern methodische Forschung wird — und hier liegt die erste große Aufgabe der Europaforschung.

Es liegt in der Natur dieser Aufgabenstellung, daß sie — und das ist ein zweiter Wesenszug der Europaforschung — nicht von einer der bestehenden wissenschaftlichen Disziplinen allein bewältigt werden kann. Es scheint mir aber ausgeschlossen, die Europaforschung als neue wissenschaftliche Disziplin zu begründen, analog etwa der Sinologie, Indologie oder Aegyptologie. Sie kann überhaupt nicht mit den Mitteln der spezialisierten wissenschaftlichen Arbeitsweise betrieben werden, die das 19. Jahrhundert entwickelt hat, sondern erfordert neue Formen der Zusammenarbeit der einzelnen Disziplinen.

Den einzelnen Disziplinen, die sich in immer neue Spezialfächer verästeln, ist das Gefühl für die innere Einheit der Wissenschaften weitgehend abhanden gekommen. Sie sind durch kein festes Weltbild mehr zusammengefaßt, sondern höchstens noch durch das Prinzip der nach allen möglichen Richtungen vorstößenden Wahrheitssuche locker verbunden. Tritt nun, wie z. B. durch die Veränderung der europäischen Lage, von außen her ein neuer Stoff an sie heran, der verschiedene Disziplinen, wie Staatswissenschaft, Nationalökonomie, Geschichte, Soziologie usw., zugleich angeht, so stürzen sich zunächst vor allem Spezialisten darauf, die sich jeweils an der Stelle festbeißen, an der sie mit den Methoden ihrer Disziplin am raschesten vorankommen. Wie kommen wir aber nun zu einer echten Synthese dieser Spezialkenntnisse? Da das Spezialistentum in den Universitäten institutionell verwurzelt ist, wird es notwendig, für die neuen Formen der interdisziplinären Zusammenarbeit einen entsprechenden Rahmen zu schaffen, für den der Name „Akademie“ vielleicht zu anspruchsvoll ist. Es gibt hier andere Organisationsformen. Das ist jedoch ein Problem, das keineswegs nur für die Europaforschung gilt, sondern ebenso für die Rußlandforschung oder die Amerikanistik. Die Europaforschung fügt sich hierin einem Typ von Forschungsaufgaben ein, der in den angelsächsischen Ländern als *area research* bezeichnet wird und für den wir uns etwa auf den Namen Regionalforschung oder Gebietsforschung einigen könnten.

Es gibt aber noch einen dritten wesentlichen Zug der Europaforschung, auf den ich eingehen muß: ich meine das Verhältnis von Europaforschung und europäischer Politik. Dieses erschöpft sich nicht darin, daß, wie ich eingangs erwähnte, der äußere Anstoß zur Europaforschung weitgehend von politischen Faktoren, vor allem der veränderten Stellung Europas in der Welt, ausgeht. Es besteht auch ein innerer Zusammenhang mit der europäischen Politik, über den

wir uns klar werden müssen. Wir alle wissen, wie sehr die Frage der politischen Einigung des Kontinents eine Schicksalsfrage für uns ist. Denken wir nun, wenn wir von „Europaforschung“ sprechen, an eine Art „Europaeinsatz“ der Wissenschaft — etwa so — ich scheue mich nicht, diesen heiklen Vergleich zu versuchen —, wie vor zehn Jahren von einem „Kriegseinsatz der Wissenschaft“ gesprochen wurde? Verbirgt sich hinter dem Wort „Europaforschung“ vielleicht der Versuch, mit wissenschaftlichen Mitteln Propaganda für den europäischen Einigungsgedanken zu machen?

Ich glaube, wir können diesen Fragen ohne Scheu auf den Grund gehen. Wir stehen hier vor der seit Plato und Aristoteles nicht mehr verstummten Frage nach dem Verhältnis von Denken und Handeln, von Geist und Macht. Als Deutsche werden wir uns wohl nie ganz von der weltanschaulichen Grundstimmung freimachen können, aus der die Identitätssysteme der romantischen Philosophie, die Geschichtsphilosophie Hegels und die Geschichtsschreibung Rankes entstanden sind. Diesem Geist des deutschen Idealismus entsprach es, die Gegensätze von Idee und Wirklichkeit, von Sollen und Sein, von Einheit und Mannigfaltigkeit aus einem im Grunde optimistischen Glauben an den idealen Gehalt des Natürlichen zu überbrücken. Ihm war der Geist Leben, das Leben zu Geist geworden, und die Welt schien ihm mindestens im Kerne und in den treibenden Kräften so, wie sie sein soll. Es ist in mancher Hinsicht bewundernswert, wie das Ethos des deutschen Idealismus nach den schrecklichen Erfahrungen zweier Weltkriege unsere Universitäten durchdringt. Ich denke hier z. B. an die Auseinandersetzung über die Stellung der politischen Wissenschaften an den Hochschulen. Ich darf einen Brief des Erlanger Theologen Professor Baumgärtel an Professor Weippert zitieren², in dem mir das, was ich die „idealistische Position“ nennen möchte, besonders prägnant umschrieben scheint. „Für uns“, schreibt Professor Baumgärtel, „ist das ‚Politikum‘ das Humanum. Die Frage nach Government, nach ‚Herrschaft‘, in der für den Amerikaner das Politische abgehandelt wird, ist für uns zunächst irrelevant.“

Niemand wird den tiefen ethischen Ernst einer solchen Grundhaltung verkennen. Sie reicht aber nicht aus, um die Probleme zu bewältigen, die wir hier als Aufgaben der Europaforschung angesprochen haben. Leider ist das Politikum nicht nur das Humanum. Gewiß muß der Mensch im Mittelpunkt unserer Betrachtung stehen und die Menschlichkeit das Kriterium aller politischen Bemühungen sein. Es ist aber zunächst einmal notwendig, „das Politische in seiner arteigenen Struktur zu erkennen, um dann alles daranzusetzen, es in die Ebene der Gesittung herauszuheben, dem Politischen das Siegel des Menschlichen

²) Baumgärtel, Friedrich, und Weippert, Georg: „Politische Wissenschaften“ an den Hochschulen? Erlangen 1949, S. 7.

aufzudrücken“ (Weippert). Das Herausarbeiten dieser besonderen Struktur der europäischen Politik, ihrer Bedingtheit durch die wirtschaftlichen, geographischen, sozialen Verhältnisse in den einzelnen Ländern, ihrer Entwicklungstendenzen und inneren Spannungen, ist nur möglich, wenn die Begriffe von Macht und Herrschaft in ihrer tragischen Zwiespältigkeit erkannt werden. Statt einer einfachen Synthese von Geist und Macht, wie sie der deutsche Idealismus für vollziehbar hielt, sind uns in der Politik immer neue verantwortliche Entscheidungen in den Spannungsfeldern zwischen Individuum und Allgemeinheit, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Kausalitäten und Werten aufgegeben. Der verantwortlich handelnde Politiker hat in dieser Zeit des allgemeinen Ueberganges nicht die Muße und nicht den Abstand von den Dingen, die nötig sind, um alle Konsequenzen seiner Entscheidungen im vorhinein zu durchdenken. Die Europaforschung kann ihm die persönliche Verantwortung nicht abnehmen. Sie kann aber Arbeits-hypothesen aufstellen und deren Prüfung, Bewährung oder Widerlegung in der praktischen Erfahrung verfolgen. Sie kann durch methodische Exaktheit wesentlich zur Verfeinerung der politischen Beobachtungen und des staatsmännischen Kalküls beitragen. Sie kann schließlich — und das scheint mir mit ihre wichtigste Aufgabe — das Wissen um die Voraussetzungen bestimmter politischer Handlungsweisen vertiefen.

Wir wissen ja alle, wie groß der Einfluß der Weltanschauungen auf das Erkennen und das Handeln ist. Indem die Europaforschung sich über ihre Voraussetzungen und Grenzen klar wird, hilft sie auch dem Politiker, sich über seinen geistigen Standort und über die Grundlagen seines Handelns Klarheit zu verschaffen.

In diesem Zusammenhang muß ich noch auf eine Gefahr hinweisen, die zeigt, daß die vorher geschilderte idealistische Grundhaltung eine unzureichende Ausgangsposition für eine realistische Europaforschung ist. Sie verführt manchmal dazu, die deutsche geistige und politische Situation als etwas Einmaliges zu betrachten und mit einem gewissen Hochmut auf die Erfahrungen anderer Völker herabzublicken. Eine solche geistige Abkapselung, die noch aus zum Teil verständlichen Ressentiments der Besatzungszeit genährt wird, kann nur dazu beitragen, uns geistig und politisch zu isolieren. Gewiß, das unorganische Nebeneinander naturrechtlich-rationalistischer und politisch-empirischer Denkweisen, das vielfach für die angelsächsische Geisteshaltung charakteristisch ist, kann für uns kein verbindliches Vorbild sein. Wir müssen uns aber als Deutsche abgewöhnen, das Politische nur mit den Augen der Hegelschen Philosophie zu betrachten, die ja noch viel weniger in der Lage gewesen

ist, Geist und Macht zu versöhnen. Ich darf hier an die verehrungswürdige Gestalt Friedrich Meineckes³ erinnern, der es als die vornehmste, weil dringendste Aufgabe der Gegenwart und der nächsten Zukunft bezeichnet hat, eine Annäherung zwischen diesen beiden auseinanderklaffenden Denkweisen anzubahnen.

Wie wichtig dies in unserem eigensten deutschen und europäischen Interesse ist, wurde mir anläßlich meiner Amerikareise besonders klar. Ich erwähnte bereits, daß der Begriff der Regional- oder Gebietsforschung, des *area research*, in den Vereinigten Staaten durchaus geläufig ist. Groß war aber meine Ueberraschung, als ich nach eingehenden Erkundigungen feststellen mußte, daß Europa unter den von den amerikanischen Universitäten und Instituten behandelten Gebieten an letzter Stelle steht.

Die europäischen Studien scheinen von der allgemeinen Neigung, „Integrated Area“-Studien zu betreiben, kaum berührt worden zu sein. Eine Statistik vom Frühjahr 1951 über die Tätigkeit von über 28 Universitäten zeigt, daß von einer Gesamtzahl von 375 „Gebiets-Spezialisten“ nur 53 (17 vH) sich mit europäischen Studien befaßten. Eine gleichzeitige Uebersicht über die Arbeiten von 824 Doktoranden an denselben 28 Universitäten ergibt, daß von 669 Studenten, die an Regional-Programmen arbeiteten, sich nur 43 (6,4 vH) mit Europa befaßten. Auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften beschäftigten sich 38 Doktoranden mit Rußland und nur einer mit Europa. In Geschichte waren es 63 für Rußland, 81 für den Fernen Osten, 31 für Latein-Amerika und 9 für Europa. In den politischen Wissenschaften behandelten 67 Studenten Rußland, 30 den Fernen Osten, 12 Latein-Amerika und 3 Europa⁴.

Diese Zahlen stammen aus einem Jahr, in dem das Europa-Hilfsprogramm der Vereinigten Staaten auf vollen Touren lief und man in vieler Hinsicht von einer Europakonjunktur sprechen konnte. Sie deuten darauf hin, daß die Bereitschaft, den alten Kontinent abzuschreiben, die wir jetzt wieder in verstärktem Maße in der amerikanischen Politik bemerken, auch in der geistigen Situation ihre Wurzeln hat.

Man gewinnt den Eindruck, daß man in den Vereinigten Staaten mit dem Europaproblem nicht fertig wird. In Anbetracht der großen Anzahl der für die einzelnen europäischen Länder vorhandenen Spezialisten ist der niedrige Grad der Koordinierung erstaunlich. Man sollte denken, daß gerade Europa dasjenige Gebiet ist, an dem sich die Richtigkeit und Wirksamkeit der koordinierten Gebietsforschung am ehesten erweisen könnten. In dem Bericht des Social Science Research Council über Gebietsstudien wird jedoch festgestellt: „Niemand zögert, zusammenfassende Studien über das heterogene Gebiet des Fernen

³⁾ Hofer, Walther: *Geschichtsschreibung und Weltanschauung. Betrachtungen zum Werk Friedrich Meineckes*. München 1950.

⁴⁾ Bennett, Wendell C.: *Area Studies in American Universities*. New York 1951. S. 12 ff.

Ostens oder Südostasien anzuregen. Jeder wird es jedoch ablehnen, dasselbe über Europa zu tun. Die Richtigkeit der Methode, nach Gebietsräumen vorzugehen, kann aber für andere Gebiete nur ausgewertet werden, wenn man sie auch auf Europa anwendet.“

Dieses Fehlen einer zusammenhängenden Europaforschung ist ein Mangel, der vom amerikanischen wie europäischen Standpunkt aus in gleicher Weise zu bedauern ist. Man hört in den Vereinigten Staaten überall die Klage über die Kompliziertheit und schwere Verständlichkeit der europäischen Probleme. Das ist aus vielen Gründen verständlich. Ueber Europa ist mehr Wissen angesammelt als über irgendeinen anderen Teil der Welt. Aber die notwendige Spezialisierung ist natürlich auf der Basis der Einteilung in Nationen erfolgt. Daher ist das Gefühl entstanden, daß bereits alles über Europa bekannt ist und daß man in jedem Nachschlagewerk alle notwendigen Tatsachen in Erfahrung bringen kann. Dieses Material reicht aber für ein wirklichkeitsnahes Europa-bild nicht aus, sondern bedarf eines neuen Durcharbeitens von einem gesamteuropäischen Standpunkt aus. Hierzu haben aber viele Forscher und Fachleute, die in der alten Methode erzogen wurden, genau so wenig Lust, wie es bisher in Europa der Fall ist. Man kann aber von den Amerikanern nicht gut verlangen, daß sie uns auch noch eine fertige europäische Konzeption liefern. Es ist unsere eigene Schuld, wenn, im ganzen gesehen, in Amerika eine statische Kon-

zeption von Europa vorzuherrschen scheint. Man betrachtet Europa als eine Art von Museum mit vielen wertvollen Schätzen, deren Kenntnis zur allgemeinen Bildung gehört. Es ist nur natürlich, wenn dieses ferne und statische Bild von Europa im Vergleich zu dem lebhaften, dynamischen Geschehen in den Vereinigten Staaten abfällt. Aus diesem Nichtsichtbarwerden eines echten europäischen Eigenlebens entspringt in Amerika die verständliche ungeduldige Erwartung, daß man sich dann doch der amerikanischen Methoden und Erfahrungen bedienen solle, wenn schon den Europäern nichts Eigenes einfällt.

Es ist daher von geradezu lebenswichtiger Bedeutung für uns alle, daß es uns gelingt, die Realität Europa und ein dynamisches Bild der europäischen Entwicklung in das Bewußtsein der anderen Kontinente zu stellen. Dies ist nicht nur im Hinblick auf die Vereinigten Staaten wichtig, sondern auch für Südamerika, den Mittleren und Fernen Osten und nicht zuletzt für unsere Selbstbehauptung gegenüber der Sowjetunion.

Gestatten Sie mir nun, noch einmal zusammenfassend zu sagen: Unter Europaforschung verstehe ich die Untersuchung der geistigen und materiellen Daseinsgrundlagen unseres Kontinents, die mit wissenschaftlichen Methoden, aber nicht allein aus Erkenntnisdrang, sondern zugleich mit dem Ziel politischer Auswertbarkeit betrieben wird.

Vom Inhalt der Europaforschung

Die Europäer selbst haben in dem letzten Jahrhundert ihrer Geschichte Europa als Gesamtheit wenig oder überhaupt nicht beachtet. Das war einmal anders. Kraftvolles und siegesgewisses europazentrisches Selbstbewußtsein kennzeichnete, wie Collwitzer in seinem schönen Buch „Europabild und Europagedanke“ gesagt hat, die seelisch-geistige Wandlung vom Abendland zu Europa, jenen schrittweisen Säkularisierungsprozeß, der in der Geschichte bis heute so verschieden bewertet worden ist.

Im 17. und 18. Jahrhundert gingen die Staatenbeschreibungen, die Darstellungen der Geschichte und des Staatsrechts von der Einheit Europas aus. Ich nenne nur die am häufigsten zitierten Werke von Hermann Conring „Vorlesungen über europäische Staatengeschichte und -kunde“, Samuel Pufendorf „Einleitung zu der Historie der vornehmsten Reiche und Staaten, so jetziger Zeit in Europa sich finden“ und Schlözer „Vorstellung einer Universalhistorie“. Die große Göttinger Schule der Staatswissenschaften, der Schlözer angehört, hat endlich in Heeren noch einen denkwürdigen Repräsentanten der gesamteuropäischen Betrachtung und Darstellung gehabt, bevor die einheitlichen abendländischen Perspektiven aus dem Gesichtskreis der Forschung schwanden.

Wir übersehen nicht, daß die Wurzeln dieser Entwicklung geistig im Zeitalter der Renaissance und des Humanismus liegen, politisch in der Epoche der nationalstaatlichen Beziehungen in Westeuropa, wirtschaftlich im Zeitalter der Entdeckungen und der Entwicklung des modernen Kapitalismus. Aber alle diese Wurzeln sprossen doch erst, nachdem die Französische Revolution den Gedanken des demokratischen Nationalstaates verwirklicht und als Heilsbotschaft über den europäischen Kontinent verbreitet hatte. Die Wirkung dieser Botschaft blieb nicht auf die Gestaltung der politischen Realitäten beschränkt: sie ergriff das Gesamtgebiet der Kultur, sie war mächtig vor allem in den Wissenschaften, die sich mit den politischen Zuständen und ihren Grundlagen beschäftigten, also der Geographie und Geschichte, der Realwissenschaft und der Nationalökonomie und Statistik. Die Tradition der europäischen Gemeinschaft lebte noch in zeitweise kräftigen und einflußreichen Kreisen fort, aber sie war auf die Dauer machtlos gegenüber dem Strom des nationalstaatlichen Denkens und Wollens und ihm gegenüber im Nachteil als Verkörperung des Prinzips einer anscheinend toten Vergangenheit, eines restaurativen Prinzips, dessen spätere Verfechter durch das Bündnis von Konservatismus und Nationalismus

ihren Frieden mit den revolutionären nationalstaatlichen Gedanken machten.

So versiegte der reiche Quell europäischen Denkens und Forschens in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Eine Bibliographie und Analyse der europäischen Regionalliteratur, die gegenwärtig in dem von mir geleiteten Institut bearbeitet wird, zeigt höchst eindrucksvoll das Vakuum, das vom zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts an bestand. Denn auch die verhältnismäßig zahlreichen Darstellungen der Geschichte Europas oder einzelner Perioden waren Aneinanderreihungen nationaler Geschichten, sie waren nicht aus der einheitlichen Erfassung Europas als einer geistigen, zivilisatorischen Einheit, einer Einheit der Welt- und Lebensbetrachtung und — im großen gesehen — der Lebensformen konzipiert.

Eine gewisse Neuorientierung folgte im Anschluß an den Ersten Weltkrieg. Zwar wurde nach 1918 im Zeichen des Ueberganges von der Europapolitik zur Weltpolitik den stets enger werdenden Weltzusammenhängen im Genfer Völkerbund Rechnung getragen. Daneben machte sich aber das Bedürfnis nach einem europäischen Zusammenschluß doch wieder geltend. Die gemeinsame Bedrohung durch den kommunistischen Imperialismus führte zur Besinnung auf die gemeinsamen europäischen Werte und die gemeinsamen Grundlagen der europäischen Kultur. *Spengler* definierte das gemeinsame Schicksal der abendländischen Kultur, das alle, ohne Rücksicht auf nationalstaatliche Grenzen, treffen sollte.

Aber es war doch charakteristisch für diese Epoche, daß sie mehr mit den Regionen Europas als mit Europa als einer Region beschäftigt war. In der bedeutsamen Arbeit von *Koßmann* „Warum ist Europa so?“⁵⁾ wird als eines der zentralen Probleme die geographische Fixierung der alten Kernbildungen der politischen Landschaft Europas und die Entwicklung ihrer Wirkungssphären und -grenzen verfolgt. Keiner von ihnen ist es gelungen, sich ganz Europa politisch zuzuordnen. In dem jahrhundertlangen Ringen um die Vorherrschaft in Europa hat sich eine vielschichtige Ueberlagerung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen ergeben, die in einzelnen Gebieten besonders deutlich sichtbar wird. Solche Regionen, die entweder geographisch oder historisch oder sozialwirtschaftlich zusammengehören, jedoch durch Staatsgrenzen geteilt sind, sind z. B. die Donauländer, die Alpenländer, die oberrheinische Landschaft, die Gebiete um die deutschen Ostgrenzen, der Sudetenraum, um nur einige Regionen aus dem mitteleuropäischen Gebiet zu nennen. Nicht nur, daß diese und andere Regionen den Wissenschaften anziehende und fruchtbare Aufgaben stellen — ihre Ergebnisse kön-

nen auch für die Gestaltung der politischen Wirklichkeit höchst bedeutungsvoll sein.

Der Gedanke einer europäischen Regionalforschung führt von Europa als einer Region — wir fügen hinzu, gegenüber anderen außereuropäischen Regionen — im Innenverhältnis zu Teilregionen und damit zu den kulturellen, ethnographischen und wirtschaftsgeographischen Grundlagen unseres Kontinents. Die gegenwärtige aktuelle politische Problemstellung ist dagegen von den institutionellen Aspekten der politischen Einigung und damit von dem Integrationsproblem bestimmt. Es wird die Aufgabe der Europaforschung sein, zunächst das Gleichgewicht, dann die Synthese zwischen diesen beiden Gesichtspunkten herzustellen.

Ich muß es mir hier versagen, darauf einzugehen, wie die Fragen der europäischen Integration heute in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen behandelt werden. Dies wäre ein geistesgeschichtlich sehr reizvolles Thema. Hier müssen ein paar Hinweise genügen.

Unter den wissenschaftlichen Bemühungen der Nachkriegszeit nehmen verständlicherweise die Probleme und Methoden der wirtschaftlichen Integration den größten Raum ein. Darüber hat Dr. Karl *Albrecht*⁶⁾ 1951 in seinem aufschlußreichen Kieler Vortrag und neuerdings André *Piatier*⁷⁾ in seinem Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute berichtet. *Albrecht* weist mit Recht darauf hin, daß der Begriff der „wirtschaftlichen Integration“ keineswegs so neu ist, wie man vermuten könnte, wenn man die gegenwärtigen Diskussionen verfolgt, die von der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) in Paris zur Weiterführung ihrer Arbeiten und zur Erreichung ihrer Zielsetzungen angeregt worden sind. Anfang der dreißiger Jahre wurde, zumindest im Bereich wissenschaftlicher Diskussion, die wirtschaftliche Integration wiederholt erörtert. Heute verbinden wir mit der Bezeichnung „wirtschaftliche Integration“ einen anderen Begriffsinhalt als damals. Wir nehmen heute die „wirtschaftliche Integration“ nicht als Tatbestand, sondern als Aufgabe bzw. Methode; genauer gesagt, man bemüht sich heute um die volkswirtschaftliche Klärung und die wirtschaftspolitische Wiedergewinnung solcher Bedingungen, unter denen sich eine wirtschaftliche Integration über die Staatsgrenzen hinweg vollziehen kann. Man erforscht die geeigneten Methoden, mit denen der Zustand größtmöglicher Integration verwirklicht werden kann, und untersucht, ob eine solche Integration eine erhöhte Produktivität der beteiligten Volkswirtschaften herbeiführt.

⁵⁾ *Koßmann*, Karl: Probleme und Methoden der wirtschaftlichen Integration. Kieler Vorträge. Hrsg. Prof. Dr. F. Baade. Neue Folge 1. Kiel 1951.

⁷⁾ *Piatier*, André: Europäische Wirtschaftsunion. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 109. Band, 1. Heft. Tübingen 1953, S. 94 ff.

⁵⁾ *Koßmann*, Oskar: Warum ist Europa so? Eine Deutung aus Raum und Zeit. Stuttgart 1950.

Unter den umfangreichen von dem Europäischen Wirtschaftsrat eingeleiteten wissenschaftlichen Arbeiten möchte ich vor allem die sogenannten Integrationsstudien erwähnen. Diese durch die technischen Ausschüsse der OEEC durchgeführten Arbeiten behandeln die gesamte Struktur der wichtigsten Wirtschaftssektoren und vergleichen die Leistungsfähigkeit in den einzelnen Ländern mit dem Ziel, die voraussichtlichen Auswirkungen der Integrationsmaßnahmen auf die einzelnen Sektoren festzustellen. Auf die wichtigen Arbeiten der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, des Internationalen Arbeitsamtes, des Europarates (Straßburg-Plan) und neuerdings der Hohen Behörde für Kohle und Stahl kann ich hier nur im Vorübergehen hinweisen.

Thema der Europaforschung sind aber nicht nur die Untersuchungen, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung einzelner Teilintegrationen anfallen. Sie muß vielmehr versuchen, im Rahmen einer Gesamtkonzeption zu einer Art Hierarchie der Integrationsprobleme zu kommen.

Die Verwirklichung des Schumanplans und der Beginn der Arbeiten an dem Statut der Europäischen Politischen Gemeinschaft haben die Erörterung europäischer Integrationsprobleme innerhalb der Gebiete des öffentlichen Rechts belebt. Hier zeigt sich besonders deutlich der unlösbare Zusammenhang zwischen nationalstaatlichen und europäischen Gestaltungsformen; ich brauche nur auf die Wirkungen einer etwaigen europäischen Verfassung auf die Einzelverfassungen hinzuweisen, Wirkungen, die insbesondere die Struktur der deutschen Bundesrepublik betreffen. Hier liegen große Aufgaben der Europaforschung, zu deren Bewältigung die Rechtswissenschaft, die politische Wissenschaft und die Sozialwissenschaft zusammenwirken müssen.

Es handelt sich um nichts Geringeres als um die gleichzeitige Entwicklung der Staatswirklichkeit und des Staatsbegriffs. In den meisten kontinentaleuropäischen Staaten entspricht die Staatswirklichkeit, d. h. das Funktionieren der Verfassung, nicht dem Bild, das der Konzeption der Verfassungen zugrunde lag. Diese Konzeption wiederum ist aus einem Staatsbegriff abgeleitet, der zur Zeit seiner Entstehung revolutionär war, dann den Bedürfnissen der Staaten und Gesellschaften entsprach, mittlerweile aber infolge der geistigen, gesellschaftlichen und technischen Umwälzungen in Frage gestellt ist. Der „moderne Staat“, das seit dem 16. Jahrhundert in so und so vielen Variationen erschienene Phänomen der Herr-

schaftsformen im Abendland, ist nicht mehr „modern“. Es ist zweifelhaft, ob die einzelnen europäischen Staaten noch die Schöpferkraft besitzen, um das Neue hervorzubringen, dessen Notwendigkeit wir fühlen und bejahen. Aber es ist möglich, daß mit der politischen Einigung ein neuer Staatsbegriff geboren wird, der wiederum auf die einzelnen europäischen Staaten einwirkt.

Aus alledem ergibt sich, daß sich der Arbeitsbereich der Europaforschung über alle Spezialdisziplinen der Wirtschaftswissenschaft, der Geschichte, der Rechtswissenschaft, der Geographie usw. erstreckt. Deswegen bedarf die Europaforschung interdisziplinärer Zusammenarbeit. Der Ueberblick über die vorhandenen Forschungen zeigt, daß auch hier schon einzelne Ansätze vorliegen, so zum Beispiel der interessante Versuch von Professor *von Wiese*, der das Thema „Der Europäer“ auf einer Anthropologisch-Soziologischen Konferenz mit Beiträgen aller einschlägigen Disziplinen zur Diskussion stellt. Ansätze liegen auch in Anknüpfung an konkrete soziale Probleme vor, wie etwa bei der Europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen. Zu nennen wären ferner unter anderen die Bemühungen des Europa-Kollegs in Brügge um eine europäische Bürgerkunde oder die Versuche des Wiener Instituts für Europäische Gegenwartskunde um eine europäische Kultursoziologie.

Von der Fülle des anfallenden Materials kann ich vielleicht eine Vorstellung geben, wenn ich Ihnen sage, daß nach einer Schätzung der Dokumentationsstelle meines Institutes in der internationalen Fachpresse jährlich etwa 10 000 bis 12 000 Zeitschriftenartikel neben etwa 1000 Büchern und dokumentarischen Berichten erscheinen, die sich mit dem europäischen Integrationsproblem befassen. Allein eine Bibliographie zum Schumanplan⁸, die wir kürzlich zusammengestellten, hat für 1951 und 1952 etwa 1300 Titel von Büchern, amtlichen Dokumenten und ernstzunehmenden Zeitschriftenartikeln ergeben. Damit habe ich wohl zur Genüge gezeigt, daß es der Europaforschung nicht an Stoff fehlt. Ihr Hauptproblem liegt heute darin, an den wirklich entscheidenden Stellen Schwerpunkte zu bilden und entsprechende Formen kooperativer Forschung zu entwickeln.

⁸) Bibliographie zum Schumanplan. Bibliographischer Index der amtlichen Unterlagen, Bücher, Broschüren und Beiträge in Periodica über die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Frankfurt a. M.: Institut für Europäische Politik und Wirtschaft 1953, IV, 151 S.

Deutschland im Netz der Europastraßen

Von Richard Laubert

Als im Sommer 1949 der Ausschuß für Straßenverkehr der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) in Genf Pläne für den Ausbau eines Netzes von Europastraßen vorlegte, geschah dies in der Hoffnung, daß ein solches gesamteuropäisches Straßennetz gleichzeitig eine Brücke zwischen West- und Osteuropa bilden würde. In diesem Zusammenhang schrieb damals ein Korrespondent der *New York Times*, daß es zwar noch lange dauern könne, ehe der Kraftwagentourist von Paris über Berlin nach Warschau fahren könne, aber die Vereinten Nationen seien der Ansicht, daß auf diesem Gebiete die Planung langfristig erfolgen müsse. Seit der Unterzeichnung der Erklärung über die Errichtung eines europäischen Hauptstraßennetzes am 16. September 1950 hat sich die ECE, insbesondere der Ausschuß für Straßenverkehr, laufend mit diesen Fragen befaßt. In Zusammenarbeit mit der *International Road Federation* ist der Plan für die Schaffung eines europäischen Straßenfonds aufgestellt worden, der es den einzelnen Ländern ermöglichen soll, die nationalen Bauprogramme im Rahmen des europäischen Gesamtplanes zu verwirklichen.

Für die Bundesrepublik Deutschland bot sich bei Kriegsende das gewaltige zusätzliche Problem, die durch Kriegszerstörungen, insbesondere durch Brückensprengungen, hervorgerufenen Schäden zu beseitigen und den durch den Krieg zum Erliegen gekommenen Ausbau des Straßennetzes weiterzuführen.

Der nachstehende Beitrag, den wir mit freundlicher Genehmigung des Instituts für Raumforschung in Bonn den *Informationen des Instituts für Raumforschung*, Nr. 29/30 vom 21. Juli 1953, entnehmen, behandelt die Probleme der Eingliederung des deutschen Straßennetzes in die gesamteuropäische Straßenplanung.

H. V.

In dem knappen Zeitraum eines Jahrhunderts haben technische Erfindungen auf der ganzen Welt so gut wie alle Gebiete des Lebens und Schaffens beeinflußt und umwälzende Veränderungen und neue Entwicklungen eingeleitet. Durch die Eisenbahn wurde zum ersten Male Geschwindigkeit mit Bequemlichkeit, Sicherheit und Billigkeit im Verkehr von Personen und Gütern ermöglicht.

Die Straße, als älteste Bahn des rollenden Verkehrs, sank für lange Zeit zur Bedeutungslosigkeit herab, und noch heute zeugen viele Eisenbahnkreuzungen mit verkröpften, abgewinkelten Straßen von der zeitweise unbedingten Vorherrschaft der Schienenbahnen. Die Straßen waren damals schmal, oft kurvenreich und steil, wie sie sich vielfach aus der oft zufälligen Lage der Wege in den Fluren und den alten Ortsverbindungen ergeben hatten. Es dauerte wieder Jahrzehnte, bis der Verbrennungsmotor als Antrieb des selbstfahrenden Kraftfahrzeugs zu einer vielseitig brauchbaren und sicheren Maschine entwickelt war und das Verkehrswesen sich zuerst unmerklich, dann aber im stürmischen Tempo erneut wandelte.

Die individuelle Bequemlichkeit des immer leichter bedienbaren Autos, die Unabhängigkeit von Eisenbahnnetzen, Bahnhöfen und Fahrplänen, die gesteigerte Leistung und relative Billigkeit beim Transport von Haus zu Haus und andere vorteilhafte Eigenheiten des neuen Verkehrsmittels verlagerten den

Verkehr wieder in großem Umfang auf die Straßen. Die Statistik zeigt Beständigkeit in der Zunahme der Kraftfahrzeuge, und für Deutschland wird auch bei vorsichtiger Beurteilung für die Zukunft mindestens noch eine Verdoppelung, wenn nicht gar eine Verdreifachung des heutigen Kraftfahrzeugbestandes bis zur Sättigung wohl vorausgesagt werden können. Diese Rückverlagerung der Beförderung von Personen und Gütern auf die Straßen überfüllte und verstopfte das Straßennetz sehr rasch, da die notwendigen Geldmittel für eine auch nur bescheidene Anpassung der alten Straßen an die neuen Bedürfnisse des Verkehrs immer nur zu einem Bruchteil zu erhalten waren. Auf der anderen Seite mußten aber auch volkswirtschaftliche und staatspolitische Erwägungen auf die Erhaltung einer gewissen Rentabilität der Schiene gerichtet sein.

Nur sehr langsam begriff die Allgemeinheit, daß der Kraftwagen an die Straßen neue weitgehende Forderungen stellte, und es sind noch immer schwerste Hindernisse zu überwinden, um die Finanzierung der für die Wirtschaft lebenswichtig gewordenen Um-, Aus- und Neubauten im Straßennetz zu sichern. Im Zuge der Fernverkehrsstraßen des Bundes muß heute noch etwa die Hälfte der Bundesstraßen um- und ausgebaut werden durch Verbreiterung, Kurvenausbau, Ortsumgehungen bei engen, gefährlichen Ortsdurchfahrten, Beseitigung von schienengleichen Wegüber-

gängen und Einbau neuer, dem schweren, schnellen Verkehr standhaltender Fahrbahnen mit frostsicherem Unterbau. Bei den Autobahnen sollten die früheren Planungen für ein geschlossenes großräumiges Netz wenigstens teilweise durchgeführt werden, da nur sie die sonstigen Straßen nennenswert entlasten können. Dies sind nicht nur deutsche Sorgen; denn in allen Ländern, selbst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika genügen die Straßen dem heutigen Verkehr nicht mehr. Sie sind überall überlastet und die Ursache von vielen Unfällen mit Milliarden Schäden an

den wachsenden Straßenverkehr Entscheidendes im Straßenbau getan werden muß, natürlich meist unter Benutzung vorhandener Straßen. Daneben entstanden Planungen für neue Straßen, die nur dem Kraftverkehr gewidmet werden sollten. Zur Ausführung kamen zunächst nur einige zweispurige Autostraßen in Italien, die, privat finanziert, auch heute noch gegen Gebühren zu befahren sind. In Deutschland wurden neben anderen Strecken mehr örtlicher Bedeutung besonders lebhaft die Studien für eine Autobahn Hamburg — Frankfurt — Basel als nordsüdliche

Das Gesamtbild der Europastraßen



KARTE 1

Leben und Sachwerten; stets bleibt der Verkehr in Wünschen und Forderungen dem Straßenbau um viele Längen voraus.

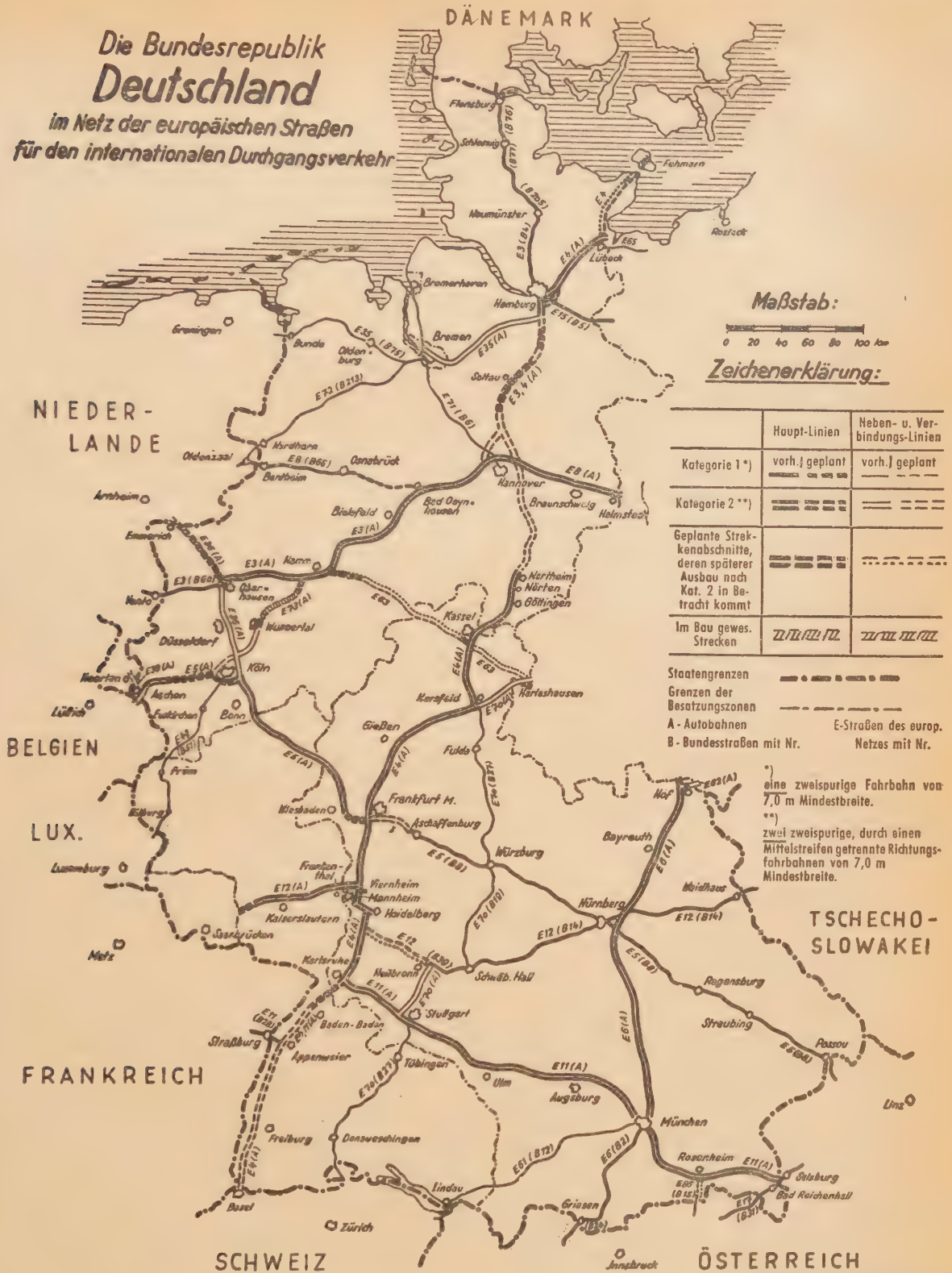
Anders als bei der Eisenbahn, wo über die Grenzen hinweg schon in den ersten Anfängen gegenseitige Vereinbarungen über einheitliche Grundsätze für den Bau und Betrieb notwendig waren, wurde das Straßennetz bisher in jedem Land nach eigenen Richtlinien geplant und gebaut.

Die ersten Entwürfe für großräumige, europäische Straßenplanungen entstanden in den 20er Jahren in Deutschland und Italien. Es wurden damals verschiedene Netze für Fernstraßenzüge durch den Kontinent vorgeschlagen aus der Erkenntnis heraus, daß für

Fernverbindung betrieben, mit vollkommen plankreuzungsfreier Führung von zwei durch Mittelstreifen getrennten Richtungsfahrbahnen und besonderen Anschlußstellen als Verbindung mit den übrigen Straßen.

So konnten in den 30er Jahren deutsche Planungen für ein nationales Autobahnnetz auf einigen wesentlichen Vorarbeiten aufbauen. Dabei war an diesen Autobahnen das entscheidend Neue, daß mit ihnen zum ersten Male Straßen gebaut werden sollten, die nur der Benutzung durch Kraftfahrzeuge, also unter Ausschluß des Spannverkehrs, der Radfahrer und Fußgänger, dienen sollten. Ferner wurden sie vollständig kreuzungsfrei und ohne direkte Berührung

Die Bundesrepublik
Deutschland
im Netz der europäischen Straßen
für den internationalen Durchgangsverkehr



KARTE 2

BVM Abt. Straßenbau

der großen Städte und in ihrer Führung weitgehend unabhängig von den alten Gleisen der Hauptverkehrslinien geplant. Das waren Gesichtspunkte, die beispielsweise dem bewundernswerten Transkontinentalnetz der modernen amerikanischen Straßen fehlten, es dadurch angesichts des gewaltig angewachsenen Verkehrs teilweise entwerteten, so daß die Vereinigten Staaten sich gegenwärtig gezwungen sehen, ein vollständig neues Autobahnnetz zu entwickeln. In Deutschland wurde schon damals ein Grundnetz geplant, das unter Ausschöpfung der Idee eines Autobahnnetzes und seiner mit ihm gegebenen Möglichkeiten schon nicht mehr rein nationalstaatlichem Denken entsprach. Es verband nicht nur die wichtigsten Wirtschaftsräume und großen Städte miteinander, sondern bot auch durch den Anschluß der maßgeblichen Grenzübergänge, u. a. bei Basel, Straßburg, Saarbrücken, Trier, Aachen, Emmerich, Flensburg, Fehmarn, Posen, Kattowitz, Brünn, Pilsen, Passau, Salzburg und Schaffhausen, meist bereits in Abstimmung auf nachbarliche Planungen, leistungsfähige Durchgangsstraßen für den internationalen Verkehr in Deutschland an. Dieses Grundnetz wurde später durch Verbindungslinien ergänzt und erweitert und sollte im Endzustand etwa 14 000 km, auf das Gebiet der Bundesrepublik bezogen rund 7900 km Autobahnen umfassen. Die 1933 begonnenen Bauarbeiten an den Reichsautobahnen, die bald ein jährliches Bauziel von 1000 km Neubauten vorsahen, kamen im Kriege zum Erliegen, so daß 1945 erst 3859 km dem Verkehr zur Verfügung standen, davon im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 2125 km. Die Länge der bis Kriegsende begonnenen Baustrecken der Autobahnen betrug im Bundesgebiet etwa 840 km, davon gehören rund 630 km zu Linien, die auch bei einer Beschränkung der Ausbaupläne noch Aussicht auf Verwirklichung haben dürften.

Die wachsende Bedeutung des internationalen Straßenverkehrs wurde im Ausland besonders während des Krieges erkannt. Im Rahmen der Vereinten Nationen sind daher nach mehrjährigen eingehenden Vorarbeiten durch 18 europäische Staaten im Juli 1949 in Genf Pläne für ein Netz europäischer Straßen für den internationalen Durchgangsverkehr festgelegt worden, das zunächst etwa 48 000 km umfaßt (Karte 1). Gleichzeitig wurden Abmachungen vor allem über die einheitliche bauliche Ausgestaltung dieser Straßenzüge getroffen. Da entsprechend der politischen Situation Europas noch nicht alle europäischen Staaten sich zu diesen Plänen ausdrücklich bekannt haben oder bekennen konnten, die einzelne ihrer Straßen in das Europa-Straßennetz einbeziehen, kann es wohl der Zukunft überlassen bleiben, wie später bei wieder offenen Grenzen die Anschlüsse und Fortsetzungen im einzelnen geführt und ausgestattet werden. Für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands und die deutschen Ge-

biete in den Grenzen von 1937 können die von der Bundesrepublik vorgeschlagenen Linien ebenfalls nur als Empfehlungen für das späterhin auch dort vorzuziehende Netz angesehen werden, die noch nicht verbindlich sein können.

Es ist jedoch trotz bescheidener Anfänge in der Praxis, die vielfach noch aus nationalstaatlichen Motiven heraus Hemmungen erfahren, nicht zu verkennen, daß mit der Weiterentwicklung der einzelstaatlichen Straßennetze zum Europa-Straßennetz die angestrebte Ueberwindung des nationalstaatlichen zum kontinentalen Denken in gesamteuropäischen Raumvorstellungen zum Ausdruck kommt. Die Verwirklichung der Europastraßen steht dadurch zugleich in einem echten Zusammenhang mit der Neuordnung Europas. Die Fernstraße wird nach dem Plan in eine großräumige Ordnung gestellt, in der sogar zuweilen kleinräumige Ordnungswünsche der europäischen Einzelstaaten zugunsten höherer Gesichtspunkte zurückgestellt werden müssen. Sie erhält somit eine Aufgabe, die durch die Folgen einer künftig so viel engeren Verkehrsverflechtung für das Zusammenwachsen Europas eine mehr als nur symbolhafte Bedeutung haben wird.

Von den drei Kategorien der geplanten Europastraßen entsprechen Kategorie 1 unseren Bundesstraßen mit mindestens 7 m Fahrbahnbreite (2 Fahrspuren) und Kategorie 2 unseren Autobahnen mit zwei durch Mittelstreifen getrennten Richtungsfahrbahnen mit insgesamt 2×7 m Gesamtfahrbahnbreite. Die Kategorie 3 mit drei Fahrspuren (10,50 m Fahrbahnbreite) wird bei uns wegen der sehr großen Verkehrsgefährdung beim Befahren der mittleren Spur im Gegenverkehr nicht mehr ausgeführt werden. Deutschland ist durch seine zentrale Lage für den Durchgangsverkehr von besonderer Bedeutung und ist in den Grenzen von 1937 an 27 der vorläufig 24 Haupt- und 70 Neben- und Verteilungslinien mit nahezu 10 000 km beteiligt. Linienführung und Längen der deutschen Teilstrecken zeigt Tabelle 1.

Einige der Europastraßen haben im Linienverlauf gemeinsame Teilstrecken, so daß die Netzlänge tatsächlich etwa 360 km kleiner ist. Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beträgt die Streckenlänge der Europastraßen 5968 km, davon sind 3116 km, das sind 53 vH, als Autobahnen (Kategorie 2) und 2852 km, das sind 47 vH, als Bundesstraßen (Kategorie 1) geplant beziehungsweise vorhanden. Der Verlauf der Strecken zeigt, daß in der Bundesrepublik im wesentlichen die bestehenden oder im Bau gewesenen und geplanten Autobahnen benutzt werden sollen, wobei die Beschränkung auf nur wirklich international wichtige Straßenzüge deutlich wird. Wichtige innerdeutsche Fernverbindungen konnten dadurch zugleich zum großen Teil berücksichtigt werden. In der Karte 2 sind die Einzelheiten über Ausbauart und Streckenverlauf angegeben.

Tabelle 1

Nr. der Linien	Verlauf	km
E 3	(Venlo) — Oberhausen — Hamm — Bielefeld — Oeynhausen — Hannover — Hamburg — Neumünster — Schleswig — Flensburg — (Kolding)	610
E 4	(Basel) — Karlsruhe — Mannheim — Frankfurt a. M. — Gießen — Hersfeld — Kassel — Göttingen — Northeim — Hannover — Hamburg — Lübeck — Fehmarn — (Vordingborg)	991
E 5	(Lüttich) — Aachen — Köln — Frankfurt a. M. — Aschaffenburg — Würzburg — Nürnberg — Regensburg — Straubing — Passau — (Linz) ¹	693
E 6	(Innsbruck) — Griesen — München — Nürnberg — Hof — Leipzig — Berlin — Neubrandenburg — Stralsund — Saßnitz — (Fähre nach Trelleborg)	977
E 8	(Oldenzaal) — Osnabrück — Oeynhausen — Hannover — Magdeburg — Berlin — (Posen)	660
E 11	(Straßburg) — Karlsruhe — Stuttgart — München — Rosenheim — (Salzburg)	473
E 12	(Metz) — Saarbrücken — Mannheim — Heilbronn — Schwäbisch Hall — Nürnberg — Waidhaus — (Prag) — Breslau — (Warschau)	660
E 14	(Prag) — Hirschberg — Stettin	440
E 15	Hamburg — Perleberg — Berlin — Dresden — Zinnwald — (Prag)	526
E 17	(Wörgl-Steinpaß) — Reichenhall — (Salzburg)	21
E 22	Berlin — Forst — Breslau — (Kattowitz)	540
	Hauptlinien zusammen:	6591
E 35	(Winschoten) — Oldenburg — Bremen — Hamburg	241
E 36	(Arnheim) — Oberhausen — Köln	137
E 39	(Heerlen) — Aachen	10
E 42	(Echternach) — Bitburg — Köln	175
E 61	(Bregenz) — Lindau — München	191
E 62	Hof — Chemnitz — Leipzig — Halle — Magdeburg	297
E 63	Hamm — Kassel — Herleshausen — Erfurt — Chemnitz — Dresden	491
E 64	Berlin — Neubrandenburg — Rostock — Warnemünde — (Fähre nach Gjedser)	250
E 65	Lübeck — Rostock — Stralsund	188
E 70	(Schaffhausen) — Donaueschingen — Tübingen — Stuttgart — Heilbronn — Schwäbisch Hall — Würzburg — Fulda — Hersfeld — Herleshausen	541
E 71	Hannover — Bremen — Bremerhaven	170
E 72	(Oldenzaal) — Lingen — Bremen	168
E 73	Köln — Hamm	107
E 74	Berlin — Stettin	156
E 83	Hirschberg — Breslau — (Posen)	190
E 86	(Wörgl) — Rosenheim	24
	Neben- und Verbindungslinien zusammen:	3336
	dazu Hauptlinien:	6591
	Haupt-, Neben- und Verbindungslinien zusammen:	9927

¹⁾ Die E 5 auf der Strecke Aschaffenburg—Passau wird zunächst über die B 8 geleitet und soll später auf die geplante Autobahn Nürnberg—Passau gelegt werden.

2125 km Autobahnen sind bereits fertiggestellt und in Betrieb, die restlichen 991 km Autobahnen waren zum größten Teil bereits vor 1945 im Bau oder in der Bauplanung als Teilstrecken des früheren engmaschigen Autobahnnetzes und sollen nun nach und nach — wenn auch zunächst meist nur mit einer Richtungsfahrbahn — weitergebaut und fertiggestellt werden. Von den 2852 km der Kategorie 1 entsprechen nur 579 km bereits den Genfer Ausbaurichtlinien, 1815 km müssen noch ausgebaut und 458 km vollständig neugebaut werden.

Hervorzuheben sind *in der Nordsüd-Richtung* die 3 Hauptlinien

- E 3 Lissabon — Paris — Antwerpen — Oberhausen — Hannover — Hamburg — Flensburg — Stockholm,
- E 4 Lissabon — Bern — Basel — Frankfurt a. M. — Hannover — Hamburg — Lübeck — Stockholm — Helsinki,
- E 6 Rom — Innsbruck — München — Berlin — Saßnitz — Trälleborg — Oslo — Narvik — Skibotten;

in der Ostwest-Richtung die 4 Durchgangslinien
 E 8 London — Den Haag — Oldenzaal — Osnabrück — Bad Oeynhausen — Hannover — Berlin — Posen — Warschau,
 E 11 Paris — Straßburg — Karlsruhe — Stuttgart — München — Salzburg,
 E 12 Paris — Saarbrücken — Mannheim — Heilbronn — Nürnberg — Pilsen — Prag — Breslau — Warschau — (Moskau und Leningrad),
 E 63 Hamm — Kassel — Erfurt — Dresden;
 und als Diagonalverbindungen
 E 5 London — Brüssel — Aachen — Köln,

E 15 Hamburg — Berlin — Dresden — Prag — Budapest.

Berlin bildet im internationalen Netz einen besonderen Schwerpunkt, wird es doch an 6 Linien angeschlossen; weitere wichtige Knotenpunkte sind im Gebiet der Bundesrepublik Hamburg, Hannover, Köln, Nürnberg und München.

Die Straßenzüge setzen sich im Bereich der Bundesrepublik teilweise aus Strecken der Autobahnen und solchen des sonstigen Straßennetzes zusammen, mit folgender Aufgliederung:

Tabelle 2

Nr. der Linie	Länge		davon entsprechen den Bedingungen der		noch erforderlicher		Neubau		
	insges.	davon	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 1	Kat. 2	
	km	km	km	km	km	km	km	km	
a) Hauptlinien									
E 3	610	198	412	21	276	169	11	8	125
E 4	991	65	926	—	456	—	5	65 ¹	465
E 5	693	408	285	132	183	276	—	—	102
E 6	394	116	278	96	278	20	—	—	—
E 8	304	135	169	1	169	93	—	41	—
E 11	473	15	458	—	390	15	6	—	62
E 12	448	334	114	39	80	245	—	50 ¹	34
E 15	46	46	—	17	—	29	—	—	—
E 17	21	21	—	11	—	10	—	—	—
zus.	3980	1338	2642	317	1832	857	22	164	788
b) Neben- und Verbindungslinien									
E 35	241	131	110	20	110	109	—	2	—
E 36	137	—	137	—	71	—	—	—	66
E 39	10	—	10	—	—	—	—	—	10
E 42	175	175	—	6	—	121	—	48	—
E 61	191	191	—	48	—	143	—	—	—
E 62	15	—	15	—	—	—	12	—	3
E 63	198	198	—	—	—	—	—	198 ¹	—
E 65	11	11	—	—	—	11	—	—	—
E 70	541	446	95	88	87	352	8	6	—
E 71	170	170	—	42	—	118	—	10	—
E 72	168	168	—	58	—	104	—	6	—
E 73	107	—	107	—	25	—	—	—	82
E 86	24	24	—	—	—	—	—	24 ¹	—
zus.	1988	1514	474	262	293	958	20	294	161
c) Haupt- und Nebenlinien zusammen:									
Insges.	5968	2852	3116	579	2125	1815	42	458	949

¹⁾ Bei diesen vier Teilstrecken handelt es sich um vorerst einbahnige Autobahnen von 337 km Gesamtlänge; sie sind in Karte 2 besonders gekennzeichnet.

Die Ausbau- und Neubaukosten für diesen westdeutschen Netzbereich sind nach dem Preisstand von 1952 zu 1851 Millionen DM für die Hauptlinien und 985 Millionen DM für die Neben- und Verbindungslinien, insgesamt zu 2836 Millionen DM vorerst überschläglich ermittelt worden.

Neben diesen Europastraßen sind im Bundesgebiet, wie schon erwähnt, für den innerdeutschen Verkehr genau so dringende, dem Umfang nach aber noch

größere Bauaufgaben an den Bundesfernstraßen durchzuführen. Die Verwirklichung dieser für den Verkehr auf die Dauer lebenswichtigen umfangreichen Bauplanungen ist vom Bundesverkehrsministerium im Rahmen eines Gesamtprogramms in zwei Dringlichkeitsstufen vorgeschlagen worden. Da neben den geplanten Ausbau- und Neubaumaßnahmen auch noch die restlichen Kriegs- und Kriegsfolgeschäden zu beseitigen sind, ergibt sich folgende Kostenzusammenstellung:

Tabelle 3

Gesamtkosten aller Bauvorhaben der Dringlichkeitsstufe 1 und 2

Maßnahmen	Dringlichkeitsstufe		zusammen
	1 Millionen DM	2 Millionen DM	
Fertigstellung bzw. Neubau von Strecken nationaler und internationaler Bedeutung			
Autobahnen	1280	2050	3330
Bundesstraßen	915	720	1635
zusammen	2195	2770	4965
Ausbau von Bundesstraßen			
Umbaumaßnahmen	935	900	1835
Beseitigung v. schienengleichen Wegübergängen	150	120	270
zusammen	1085	1020	2105
Noch zu beseitigende Kriegsschäden und Kriegsfolgeschäden			
Autobahnen	180	—	180
Bundesstraßen	350	—	350
zusammen	530	—	530
Insgesamt	3810	3790	7600
Davon entfallen auf:			
Autobahnen	1460	2050	3510
Bundesstraßen	2350	1740	4090
Insgesamt	3810	3790	7600

Für die erste Dringlichkeitsstufe sind bei einer Verteilung der Arbeiten auf 10 Jahre jährlich 380 Millionen DM erforderlich; zusammen mit den 200 Millionen DM jährlicher Kosten für die Unterhaltung der 24 251 km Bundesstraßen und 2125 km Bundesautobahnen also 580 Millionen DM je Jahr. Davon steht zur Zeit nur etwa die Hälfte durch Haushaltsmittel des Bundes zur Verfügung. Auch in den Ländern, in denen die Auswirkungen des Krieges geringer waren, reichen die laufenden Haushaltsmittel nicht aus, um damit allein die Ausbaupläne für ein großzügiges Fernstraßennetz zu finanzieren. Die Finanzierungsfrage ist daher im Straßenbau zugleich ein nationales und internationales Problem. In erster Linie wird für die Fertigstellung und Weiterführung der wichtigsten Autobahnen, die nach Schließung der noch vorhande-

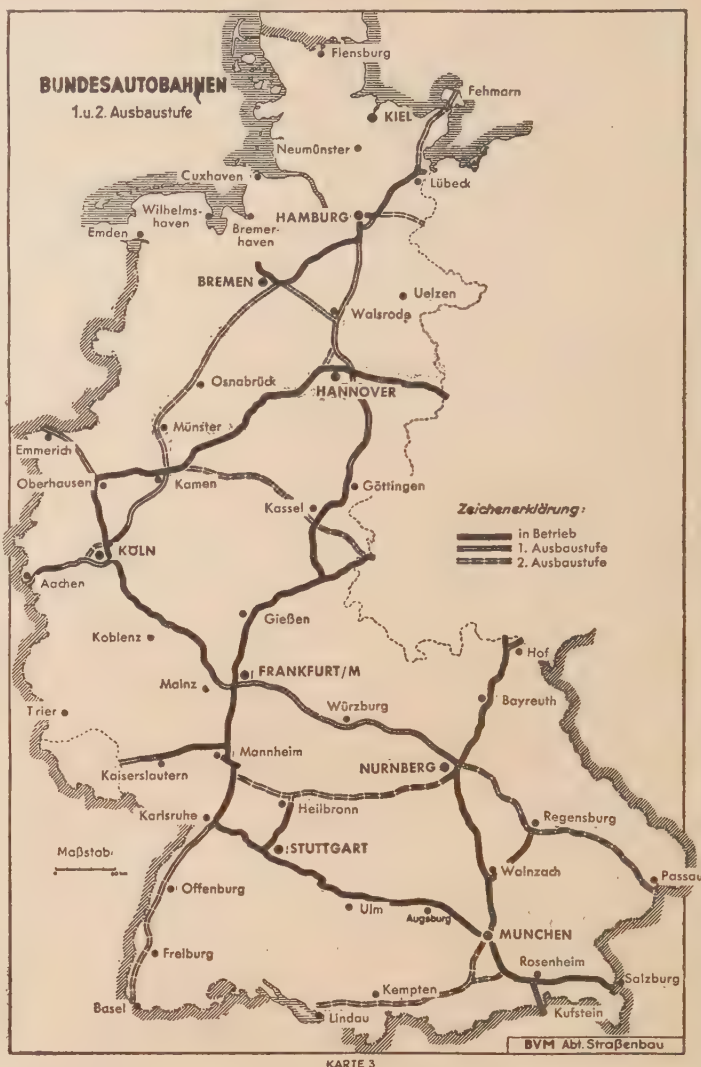
nen Lücken verkehrlich ein ideales Hauptnetz darstellen, an eine von den Haushaltsmitteln unabhängige zusätzliche Geldbeschaffung gedacht. Für die rund 900 km Neubau von Autobahnen in der ersten Dringlichkeitsstufe mit 1300 Millionen DM Baukosten (zum Teil Fertigstellung früher begonnener Strecken, einbahniger Ausbau) sind bei zehn Jahren Bauzeit jährlich 130 Millionen DM erforderlich. Es ist zu hoffen, daß von den zur Zeit diskutierten Finanzierungsplänen irgendeiner verwirklicht werden kann. Der Hinweis auf die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Straßenverkehrs durch gute Straßen — die Größenordnung der Ersparnisse auf Autobahnen kann bei 20 bis 30 vH liegen — mag vielleicht den Entschluß erleichtern, den Kraftwagen zeitweilig geldlich noch etwas stärker zu belasten, wenn der

Gegenwert in geringeren Betriebskosten und größeren Transportleistungen sichtbar wird. Die Finanzierung der Europastraßen auf internationaler Basis soll wahrscheinlich nach den Vorschlägen des Internationalen Straßenverbandes (IRF = International Road Federation) und den von den Vereinten Nationen beauftragten Genfer Ausschüssen für die Schumanplanländer und die Schweiz durch Bildung eines europäischen Straßen-investierungsfonds vorgesehen werden; bei einer Konferenz der Verkehrsminister der Länder im Januar 1953 in Paris lagen jedoch dafür noch keine konkreten Entwürfe vor, so daß in dieser Hinsicht vorerst wohl noch keine praktischen Ergebnisse erwartet werden können.

Bei der Auswahl der nach dem Kriege in ganz bescheidenem Umfang an Autobahnen wieder anlaufenden Bauarbeiten konnten nur wenige Strecken bisher berücksichtigt werden, da die geringen Neubaumittel zu schärfster Beschränkung zwangen. Ange-schlossen wurde die Autobahn Kaiserslautern nach Mannheim an die Strecke Frankfurt—Mannheim—Karlsruhe, intensiv gearbeitet wird an der schmerzlich empfundenen Lücke der Autobahn Köln—Frankfurt—Mannheim zwischen dem Mainübergang und dem Flughafen Rhein-Main, wieder in Verkehr genommen wurde die Autobahn Leverkusen nach Remscheid/Lennep nach Beseitigung umfangreicher Kriegszerstörungen (vier große Talbrücken), neu eröffnet wurde die Teilstrecke Nörten—Northeim der besonders dringlichen Nordsüd-Verbindung. Alle diese Maßnahmen dienen zugleich dem deutschen Verkehr und leisten bereits in leider noch bescheidenem Umfang einen Beitrag zum Fernstraßennetz der Europastraßen.

Für den Gesamtausbau des westdeutschen Autobahnnetzes mit etwa 4300 km Länge ist 1952 vom Bundesverkehrsministerium eine vorläufige Rangfolge nach Dringlichkeiten mit- geteilt worden (Karte 3). Es sollen also zu den 2125 km fertigen Strecken noch 2175 km neu gebaut werden, und zwar in der ersten Dringlichkeitsstufe 875 km und

weitere 1300 km in der zweiten Bauphase. Es darf angenommen werden, daß etwaige günstige Finan- zierungsmöglichkeiten bestimmter Strecken darin noch Änderungen bewirken können, wie auch sicher-



lich die Ergebnisse der soeben abgeschlossenen großen Verkehrszählung 1952/53 neue Maßstäbe für die Bedeutung mancher Straßenverbindungen bringen werden.

Bemühungen zur Beseitigung der Spannungen zwischen Ost und West im Sommer 1953

Die Ergebnisse der Außenministerkonferenz der Westmächte in Washington vom 10. bis 14. Juli 1953

Kommuniqué über europäische Fragen vom 14. Juli 1953

Der französische Außenminister, Georges Bidault, der stellvertretende britische Außenminister, Lord Salisbury, und der amerikanische Außenminister, John Foster Dulles, kamen in der Zeit vom 10. bis 14. Juli in Washington zu Besprechungen zusammen.

Im Verlaufe ihrer Besprechungen nahmen sie eine Ueberprüfung zahlreicher Probleme vor, die die drei Regierungen gemeinsam betreffen. Die besprochenen Fragen waren vielfältig, die ganze Konferenz jedoch war beherrscht von einem Hauptzweck, nämlich der Suche nach Lösungen, die die gemeinsamen Hoffnungen ihrer Regierungen und Völker nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit erfüllen. Sie sind der Ueberzeugung, daß alle anderen Völker ihre Hoffnungen teilen.

Die drei Minister sind überzeugt, daß solide Grundlagen für einen Frieden nur durch konstruktives Handeln mit dem Zweck der Beendigung der Unterdrückung und der Beseitigung der Gründe für Unsicherheit und Konfliktstoffe gelegt werden können. Wer ehrlich den Frieden wünscht, muß versuchen, die Freiheit, die Hoffnung und die Menschenwürde wiederherzustellen. Im Verlaufe ihrer Besprechungen haben die Minister nach Lösungen der bestehenden Probleme in Uebereinstimmung mit diesen Grundsätzen gesucht.

Dieser Geist beseelte ihre Beschlüsse über die Zukunft Europas, über die Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Unabhängigkeit Oesterreichs sowie über die Herstellung des Friedens in Korea und Indochina. Derselbe Geist beseelt auch ihren Wunsch nach Wiederherstellung der wahren Freiheit in den Ländern Osteuropas. Bei jedem dieser Probleme haben sie nach Lösungen gesucht, die größte Hoffnungen auf Zufriedenstellung des allgemeinen Wunsches nach Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt bieten. Sie sind der Ansicht, daß die von ihnen vorgeschlagenen Lösungen zur Verwirklichung dieser Stabilität beitragen werden, einer Stabilität, die, auf freier Zustimmung beruhend, allein eine allgemeine Entspannung herbeiführen und einen dauerhaften Frieden gewährleisten kann.

Die drei Minister sind der festen Hoffnung, daß die Sowjetunion im selben Geist an die bestehenden Probleme herangehen wird. Solcherart würde die Sowjetunion zur Errichtung eines dauerhaften Friedens beitragen, der Gewähr für die Sicherheit aller gibt.

Die drei Minister gaben erneut ihrem Willen Ausdruck, tatkräftig die Politik fortzusetzen, der ihre Regierungen im Rahmen des Nordatlantikkpates ihre Zustimmung gaben. Diese Politik schließt die Arbeit der sechs europä-

ischen Länder, die die Montan-Gemeinschaft errichtet und deren Regierungen den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unterzeichnet haben, für die Einheit Europas mit ein.

In Uebereinstimmung mit dem Nordatlantikkpakt sind die drei Regierungen entschlossen, den Frieden, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker zu wahren, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit des Individuums und dem Recht beruhen. Sie unterstrichen ihre Entschlossenheit, in den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen fortzufahren, die unerlässlich sind zur Aufhebung des gegenwärtigen Mißverhältnisses der Kräfte, und sie werden derart ihren Beitrag zur kollektiven Sicherheit und zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens leisten. Die Minister versicherten erneut, daß der Nordatlantikkpakt das Fundament der Außen- und Verteidigungspolitik der drei Regierungen darstellt. Sie stimmten in der Ansicht überein, daß die verbesserten Aussichten auf Frieden in weitem Maße durch das Bestehen dieser Allianz bedingt sind und daß deren Verteidigungskraft aufrechterhalten werden müsse. Sie gaben ihrer Hochachtung für die vom Nordatlantikkpakt geleistete lebenswichtige Arbeit Ausdruck.

Die drei Minister werden die ständigen Vertreter ihrer Regierungen beim Nordatlantikktrat über ihre Besprechungen informieren, damit die anderen der NATO angehörenden Nationen wie bisher unterrichtet werden.

In der Ueberzeugung, daß keine Anstrengung zur Stärkung der europäischen Einheit innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft unterlassen werden darf, stellten die drei Minister fest, daß die Kohle- und Stahlgemeinschaft, das Ergebnis einer französischen Initiative, nun wirkungsvoll arbeitet. Die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft stellt einen notwendigen Schritt auf dasselbe Ziel hin dar. In der Zwischenzeit setzen die sechs Regierungen ihre Arbeit zur Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft fort. Ferner nahmen die drei Minister Kenntnis von den bereits getroffenen oder erzwungenen Maßnahmen der britischen Regierung mit dem Ziel der Herstellung enger Bande mit diesen Gemeinschaften.

Die drei Minister erzielten daher Uebereinstimmung über folgende Punkte:

a) Die genannten Einrichtungen einer Europäischen Gemeinschaft dienen der Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft und werden ihrerseits durch ihre Verbindung mit jener gestärkt werden.

b) Diese konstruktiven Bemühungen zur Errichtung einer stabilen, gesicherten Europäischen Gemeinschaft

stellen einen bedeutenden Beitrag für den Weltfrieden dar. Die Europäische Gemeinschaft entspricht dem ständigen Bedürfnis ihrer Mitglieder und ihrer Völker nach Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt, und sie muß daher als an sich notwendig und nicht in Verbindung mit bestehenden internationalen Spannungen betrachtet werden.

c) Eine solche Gemeinschaft, friedlich ihrer Natur nach, ist gegen niemand gerichtet. Die Interessen und die Sicherheit aller Länder können nicht besser bewahrt bleiben als durch die Entfernung von Konfliktstoffen in Europa. Die Bestimmungen des EVG-Vertrages garantieren in der Tat, daß die Streitkräfte der EVG nie zu Angriffszwecken eingesetzt werden.

d) Da die Europäische Gemeinschaft dazu bestimmt ist, den Konflikten der Vergangenheit ein Ende zu machen, schließt sie keinen Staat aus. Die sechs Länder haben im Gegenteil wiederholt betont, daß andere freie Länder Europas Mitglieder der Gemeinschaft werden oder sich mit ihr assoziieren können.

Die drei Minister haben sich weiterhin eingehend mit dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands befaßt. Die ersten Ereignisse, die sich kürzlich in Berlin und der Sowjetzone abgespielt haben, haben erneut den Willen der Bewohner dieser Gebiete zur Unabhängigkeit und ihre unbeugsame Entschlossenheit zur Wiedergewinnung ihrer Freiheit bewiesen.

Diese Entwicklung bestärkten die Minister in ihrer Ansicht, daß eine baldige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Übereinstimmung mit den berechtigten Wünschen der deutschen Bevölkerung einen großen Beitrag zur Verringerung der internationalen Spannungen darstellt.

Die drei Mächte bemühten sich fortgesetzt um die Erreichung dieses Zieles. Sie haben im Verlaufe der letzten Jahre verschiedene Noten mit konstruktiven Vorschlägen an die Sowjetunion gerichtet. Die letzte Note datierte vom 23. September 1952, auf die die Sowjetunion bis jetzt noch nicht geantwortet hat. Diese Noten entsprechen dem überwältigenden Wunsche des deutschen Volkes nach Wiederherstellung der Einheit und Freiheit, wie er erst kürzlich in der Resolution des Deutschen Bundestages vom 10. Juni d. J. zum Ausdruck kam.

Ein baldiger und ordentlicher Fortschritt in dieser Richtung erfordert die Mitarbeit der Sowjetregierung.

In Erwägung der besonderen Dringlichkeit, die die letzten Ereignisse der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gegeben haben, haben sich die drei Mächte entschlossen, eine erneute Anstrengung zur Beendigung der Teilung Deutschlands zu unternehmen.

Die drei Regierungen beschlossen daher im Einvernehmen mit der deutschen Bundesregierung, für den Frühherbst eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion vorzuschlagen, auf der unmittelbar die ersten Schritte besprochen werden sollen, die zu einer zufriedenstellenden Regelung des deutschen Problems, vor allem der Organisation freier Wahlen und der Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung führen sollen.

Auf dem Treffen soll auch der österreichische Staatsvertrag besprochen werden.

Quelle: *The New York Times* vom 15. Juli 1953. Deutscher Text: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 132 vom 16. Juli 1953.

Kommuniqué über Fernost-Fragen vom 14. Juli 1953

Im Verlaufe ihrer gegenwärtigen Konferenzen in Washington haben der Außenminister Frankreichs, Georges Bidault, der amtierende Außenminister Großbritanniens, Lord Salisbury, und der Außenminister der Vereinigten Staaten, John Foster Dulles, die Situation im Fernen Osten überprüft.

Bei der Erörterung der Lage in Korea haben die drei Minister erneut ihre Bewunderung über die Tapferkeit der Streitkräfte der Vereinten Nationen, einschließlich der unbezwinglichen Truppen der Republik Korea, bei der Verteidigung der Sache der freien Welt zum Ausdruck gebracht. Sie bekräftigten ihre volle Unterstützung für die Bemühungen des Oberkommandos der Vereinten Nationen um den Abschluß eines baldigen Waffenstillstandes, die mit den Zielen der Vereinten Nationen und mit der Entschlossenheit ihrer Regierungen übereinstimmen, die Arbeit zur Erreichung dieses Zieles fortzusetzen. Sie kamen überein, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die tapferen und schwergeprüften Koreaner bei der friedlichen Wiedervereinigung ihres Landes unter Institutionen nach ihrer eigenen Wahl zu unterstützen.

Sie waren der Auffassung, daß unter den gegebenen Umständen und im Hinblick auf weitere Beratungen die gemeinsame Politik der drei Mächte gegenüber dem kommunistischen China aufrechterhalten werden sollte. Sie beschlossen, daß ihre Regierungen als Mitglieder der Vereinten Nationen erneut die Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit unterstützen würden, falls die Kommunisten nach Abschluß eines Waffenstillstandes ihre Aggression in Korea erneuern und die von den Vereinten Nationen verteidigten Grundsätze wiederum verletzen sollten.

Die Außenminister waren der Ansicht, daß ein Waffenstillstand in Korea nicht die Wiederherstellung oder Erhaltung des Friedens in irgendeinem anderen Teil Asiens gefährden dürfe. Sie hoffen, daß jeder von den Vereinten Nationen akzeptierte Waffenstillstand einen Fortschritt für die Sache des Friedens in der ganzen Welt und vor allem im Fernen Osten bedeuten werde.

Die gegenwärtige Situation in Indochina wurde erörtert. Die drei Außenminister würdigten erneut die heldenhaften Anstrengungen und Opfer der Soldaten der Französischen Union, ob sie nun aus Frankreich, Vietnam, Kambodscha, Laos oder anderen Teilen der Union stammen. Sie stimmten darin überein, daß der Kampf zur Verteidigung der Unabhängigkeit dieser drei Nationen gegen den aggressiven Kommunismus von entscheidender Bedeutung für die freie Welt ist, und tauschten ihre Ansichten über verschiedene Maßnahmen aus, die eine befriedigende Lösung und die Wiederherstellung des Friedens in Indochina beschleunigen sollen.

Die Außenminister Großbritanniens und der Vereinigten Staaten haben mit Befriedigung den Vorschlag der französischen Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Regierungen von Kambodscha, Laos und Vietnam zur Kenntnis genommen, die im Hinblick auf die Vervollständigung der Souveränität und Unabhängigkeit dieser Staaten geführt werden sollen. Sie stimmten darin überein, daß diese Initiative einen überaus wichtigen und verheißungsvollen Schritt im Hinblick auf die Vervollkommen einer freien Gemeinschaft dieser vier Staaten darstellt, da die innere Sicherheit und die Stabi-

lität der assoziierten Staaten am besten durch frei errichtete konstitutionelle Regierungen gewährleistet werden.

Sie stellten fest, daß die Französische Union einen harmonischen und anpassungsfähigen Rahmen bietet, in dem die gegenseitigen Interessen der Teilnehmerstaaten garantiert werden können und ihren eigenen Interessen Rechnung getragen werden kann. Sie sind überzeugt, daß

es das Ziel der französischen Regierung ist, mit den assoziierten Staaten den von beiden Seiten gewünschten Zusammenhalt zu vervollkommen, der für den Erfolg des gemeinsamen Kampfes für die Unabhängigkeit der drei Staaten unerläßlich und daher für die Sicherheit ganz Südostasiens von grundlegender Bedeutung ist.

Quelle: *The New York Times* vom 15. Juli 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über die Einberufung einer Viererkonferenz

Note der Westmächte vom 15. Juli 1953

Der amtierende Außenminister gestattet sich, dem sowjetischen Botschafter seine Empfehlungen zu übermitteln, und gibt sich die Ehre, nachstehendes Schreiben zu unterbreiten.

Die Entwicklung der internationalen Situation und die jüngsten Ereignisse in Ostdeutschland und in Berlin haben den allgemeinen Wunsch bekräftigt, den Frieden noch stärker zu untermauern und die bestehenden Spannungen in einer Weise zu lockern, die mit dem fundamentalen Recht nach Freiheit in Einklang steht.

In Anerkennung der Tatsache, daß ein dauernder Frieden letzten Endes nur erreicht werden kann, wenn gewisse grundsätzliche Probleme, wie eine überwachte Abrüstung, geregelt werden können, wünscht die Regierung Ihrer Majestät, schon jetzt jene Probleme zu erledigen, bei denen eine baldige Lösung möglich ist.

Der Abschluß der deutschen und österreichischen Friedensverträge, der schon seit langem fällig ist, ist ohne Frage ein wesentliches Element für eine europäische Lösung, die nach Ansicht der Regierung Ihrer Majestät einen großen Beitrag für den Frieden liefern würde.

Ueber einen deutschen Friedensvertrag kann nur unter Beteiligung einer in freien Wahlen legitimierten gesamtdeutschen Regierung verhandelt werden, die in der Lage ist, sich über einen solchen Vertrag frei zu äußern. Eine solche Regierung kann nur durch freie Wahlen zustande kommen.

Die Bedingungen, unter denen eine solche Regierung die volle Handlungsfreiheit besitzt und gebildet werden sollte, sind ein Problem, das bald gelöst werden kann, wenn auf allen Seiten guter Wille vorhanden ist.

In ihren Noten an die sowjetische Regierung — von denen die letzte mit Datum vom 23. September 1952 noch unbeantwortet ist — hatte die Regierung Ihrer Majestät konstruktive Vorschläge unterbreitet, die vollends in den Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 10. Juni dieses Jahres wiedergegeben sind. Diese Vorschläge zielen darauf ab, den einmütigen Wunsch des deutschen Volkes nach Einheit in Freiheit zu befriedigen.

Eingedenk der noch größeren Dringlichkeit einer deutschen Wiedervereinigung, wie sie durch die jüngsten Ereignisse zum Ausdruck gekommen ist, ist die Regierung Ihrer Majestät entschlossen, einen neuen Versuch zu unternehmen, um die unnormale Situation, der das deutsche Volk ausgesetzt ist, endlich zu beenden.

Sie hat deshalb nach Konsultierung der Deutschen Bundesrepublik und der deutschen Behörden in Berlin beschlossen, der sowjetischen Regierung ein Treffen der Außenminister von Frankreich, des Vereinigten König-

reiches, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vorzuschlagen. Diese Konferenz mit begrenzter Dauer könnte etwa Ende September an einem allen Parteien genehmen Ort beginnen. Die Themen für die Diskussionen sollten die folgenden sein:

1. Die Organisation freier Wahlen in der Bundesrepublik, der Ostzone Deutschlands und Berlin. Dieses Thema würde unter anderem die Aussprache über die notwendigen Garantien für die Freizügigkeit des Reisens, die Aktionsfreiheit für politische Parteien, die Freiheit der Presse und die Gewährung der Grundfreiheiten für alle Deutschen vor, während und nach den Wahlen bedingen.

2. Die Bedingungen für die Errichtung einer freien gesamtdeutschen Regierung mit Handlungsfreiheit in innen- und außenpolitischen Angelegenheiten.

Dies sind die wesentlichen Schritte, die einer Aufnahme von Diskussionen mit der Sowjetregierung über einen deutschen Friedensvertrag vorausgehen müssen, einen Friedensvertrag, der in sich selbst ein Hauptelement einer allgemeinen Regelung darstellt.

Die Regierung Ihrer Majestät ist auch der Meinung, daß bei dieser ersten Zusammenkunft endlich ein Uebereinkommen über einen Vertrag für Oesterreich erzielt werden sollte.

Quelle: *The Times* vom 16. Juli 1953. Deutscher Text: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 133 vom 17. Juli 1953.

Antwortnote der Sowjetunion an die Westmächte vom 4. August 1953

Die Sowjetregierung erhielt am 15. Juli die Note der amerikanischen Regierung und gleichzeitig auch die Noten der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, aus denen hervorgeht, daß die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs auf ihrer Juli-Konferenz in Washington beschlossen haben, eine Konferenz der Außenminister der drei oben genannten Staaten und der Sowjetunion einzuberufen. Die Noten geben gleichzeitig die von den drei Außenministern vorgeschlagene Tagesordnung und den Zeitpunkt, zu dem die Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs mit der Sowjetunion einberufen werden soll, bekannt.

Daraus ergibt sich, daß die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs im Gegensatz zu den internationalen Gepflogenheiten es unternehmen haben, eine vorläufige Prüfung der Fragen der Außenministerkonferenz der vier Mächte vorzunehmen, und zwar ohne Teilnahme des Vertreters der Sowjetunion. Eine solche Situation kann nicht als normal betrachtet werden. Ein solches Vorgehen steht außerdem in klarem

Gegensatz zu den bestehenden Abkommen über die Außenministerkonferenzen. Außerdem kann das vorläufige Uebereinkommen der drei Außenminister einen negativen Einfluß auf den gesamten Fortschritt der Konferenz der Außenminister der vier Mächte haben.

Eine solche Schlußfolgerung ergibt sich ganz natürlich aus der Tatsache, daß drei Teilnehmer an dieser Konferenz sich im Vorhinein auf separate Abkommen festgelegt haben, ohne überhaupt — wie dies bei verschiedenen früheren Gelegenheiten geschah — den Versuch zu unternehmen, eine freie Diskussion über die reifen internationalen Probleme einzuleiten; eine freie Diskussion, die nicht durch diese oder jene privaten Abmachungen gebunden ist.

Angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage sind die Konferenzen der Mächte von großer Bedeutung für die Regelung umstrittener internationaler Fragen.

Es ist nämlich jetzt der Zeitpunkt gekommen, da die Anstrengungen der friedliebenden Staaten es möglich gemacht haben, dem Krieg in Korea ein Ende zu setzen und den Waffenstillstand abzuschließen, und da günstige Bedingungen für die Herbeiführung einer Entspannung der internationalen Lage geschaffen worden sind. Eine erfolgreiche Lösung dieses Problems hängt selbstverständlich von den Bemühungen aller großen und kleinen friedliebenden Staaten ab.

Die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit liegt jedoch, entsprechend der Charta der Vereinten Nationen, vor allem bei den fünf Mächten: den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik. Diese Tatsache zu ignorieren, widerspräche den Interessen der Erhaltung und Stärkung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Es hieße jedoch sich in Illusionen zu wiegen und die allgemeine Aufmerksamkeit von den Tatsachen abzulenken, die wirklich bedeutend und von positivem Einfluß auf die Entspannung der internationalen Beziehungen sind, wolle man andererseits solchen Ereignissen wie dem faschistischen Abenteuer in Berlin am 17. Juni irgendwelche besondere Bedeutung zumessen, einem Abenteuer, das ein Akt ausländischer Söldner und verbrecherischer Elemente war.

In Anbetracht der obigen Ueberlegungen befürwortet die Sowjetregierung eine Konferenz der Außenminister, auf der Maßnahmen zur allgemeinen Entspannung der internationalen Beziehungen erörtert werden, darunter solche Fragen wie die Abrüstung und das Verbot der Errichtung ausländischer militärischer Stützpunkte auf den Gebieten fremder Staaten. Gleichzeitig sollte die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, eine Reihe weiterer internationaler Probleme zu erörtern.

Die Notwendigkeit, die oben erwähnten Fragen zu prüfen, wird nicht nur durch die Lage in Europa allein diktiert. Es ist bekannt, daß die Position der asiatischen Länder mit ihren wichtigen realen Problemen ebenso die Aufmerksamkeit der internationalen Kreise auf sich lenkt. Daraus ergibt sich auch, daß bei der Erörterung der Fragen, die Maßnahmen zur internationalen Entspannung betreffen, die Teilnahme der Chinesischen Volksrepublik notwendig ist.

Das große chinesische Volk ist in der Chinesischen Volksrepublik wie niemals zuvor vereinigt und zusammen-

gefaßt. Es fordert jetzt mit Recht die Wiederherstellung seiner gesetzlichen Rechte in allen internationalen Angelegenheiten. Die Bedeutung und Dringlichkeit der Lösung dieser Frage zu unterschätzen, würde daher ebenfalls den Interessen der Stärkung des Friedens und der internationalen Sicherheit zuwiderlaufen.

In Zusammenhang mit der Note der amerikanischen Regierung vom 15. Juli drückt die Sowjetregierung ihre Zustimmung aus, das deutsche Problem auf der Außenministerkonferenz zu erörtern. Die amerikanische Note vom 15. Juli und das über die Washingtoner Konferenz der drei Außenminister veröffentlichte Kommuniqué verwandeln jedoch, statt eine echte Prüfung der deutschen Frage vorzuschlagen, das ganze Problem in eine Wiederholung jenes Vorschlages, der in der amerikanischen Note vom 23. September 1952 unterbreitet wurde, ohne die Notwendigkeit zu beachten, die grundlegenden deutschen Probleme zu regeln.

Das deutsche Volk ist bekanntlich vor allem an der Regelung solcher Fragen wie der Verwirklichung der nationalen Einheit Deutschlands und dem Abschluß des Friedensvertrages interessiert. Doch gerade die Lösung dieser grundlegenden deutschen Probleme wird in der amerikanischen Note vom 15. Juli dieses Jahres übergangen, in der die Note vom 23. September 1952 angeführt wird, die ebenso die Notwendigkeit der Lösung dieser grundlegenden Probleme ignorierte.

Die Note der amerikanischen Regierung vom 15. Juli ersetzt die Lösung dieser grundlegenden deutschen Probleme durch den Vorschlag über gesamtdeutsche Wahlen, während die Frage der Wahlen selbst — wieder in Uebereinstimmung mit der amerikanischen Note vom 23. September 1952 — durch den Vorschlag ersetzt wird, eine sogenannte neutrale Untersuchungskommission aus Vertretern ausländischer Staaten zu ernennen mit dem Ziel, die Bedingungen für die Abhaltung solcher Wahlen zu schaffen.

Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß die Note der Vereinigten Staaten vom 15. Juli nicht nur nicht dazu beiträgt, die grundlegenden deutschen Probleme zu lösen, sondern auch die ganze Frage in endlose Diskussionen darüber abwandelt, ob die Lage in Deutschland von verschiedenen ausländischen Vertretern geprüft werden soll oder nicht, wie und warum diese „Untersuchungen“, die das deutsche Volk beleidigen, durchgeführt werden sollen usw. Abgesehen davon, daß Erörterungen über solche Fragen unnötig sind und gar nichts versprechen, kann man auch keinen Erfolg von solchen Vorschlägen erwarten.

Alle diese Tatsachen bestärken die Sowjetregierung in ihrer Haltung zu dem oben erwähnten Vorschlag der amerikanischen Regierung. Die Sowjetregierung glaubt, daß ein solcher Vorschlag nicht nur der Wiedervereinigung Deutschlands, der Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung und dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland abträglich ist, sondern vielmehr auch bedeutet, daß Deutschland weiterhin in westliche und östliche Hälften geteilt bleibt und der Abschluß eines Friedensvertrages wie zuvor verzögert wird.

Zur gleichen Zeit werden Maßnahmen zur Militarisierung Westdeutschlands ergriffen, deren Gefährlichkeit nicht von den friedliebenden Völkern Europas, und besonders von den benachbarten Staaten, übersehen werden

kann. Wenn dieses Vorgehen dazu noch bei gleichzeitiger Beratung mit der Bonner Regierung Adenauers erfolgt, wie in der Note vom 15. Juli festgestellt wird, dann kann es nur das Vertrauen des deutschen Volkes in eine solche Regierung endgültig untergraben, nicht zu sprechen von den anderen Völkern Europas.

Trotz der oben angeführten Stellungnahme zu der Note der amerikanischen Regierung vom 15. Juli mißt die Sowjetregierung einer gemeinsamen Prüfung der deutschen Frage durch die Mächte große Bedeutung bei und hofft, daß eine solche Erörterung es möglich machen wird, alle Probleme ausgiebig zu prüfen, die mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit verbunden sind, und die, zusammen mit der Lösung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland, zur Konsolidierung des Friedens in Europa beitragen werden.

In Anbetracht dessen schlägt die Sowjetregierung vor:

1. auf der Außenministerkonferenz unter Berücksichtigung

- der oben erwähnten Tatsachen Maßnahmen zur Entspannung der internationalen Beziehungen zu erörtern;
2. auf der Konferenz die deutsche Frage zu besprechen, einschließlich der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit und des Abschlusses eines Friedensvertrages.

Was den österreichischen Staatsvertrag anbelangt, so ist die Haltung der Sowjetregierung in ihren Noten aufgezeigt, die am 30. Juli den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs zugestellt wurden. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß eine etwaige erfolgreiche Lösung der deutschen Frage auch zur Lösung der Oesterreichfrage beitragen würde.

Die Sowjetregierung übermittelt gleichlautende Noten an die Regierungen von Großbritannien und Frankreich.

Quelle: *The Times* vom 6. August 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über den Abschluß eines Staatsvertrages mit Oesterreich

Note der Westmächte vom 11. Juni 1953

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit Bedauern von der Weigerung des sowjetischen Außenminister-Stellvertreters Kenntnis erhalten, an der Konferenz der Außenminister-Stellvertreter über den österreichischen Staatsvertrag teilzunehmen, die der britische Vorsitzende für den 27. Mai einberufen hatte. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist ernstlich besorgt darüber, daß bereits fast zehn Jahre vergangen sind, seit dem österreichischen Volk in der Moskauer Erklärung die Wiederherstellung seiner Freiheit und Unabhängigkeit versprochen wurde.

Es sind über acht Jahre verflossen, seit die Beendigung der Feindseligkeiten in Europa die Erfüllung dieser Verpflichtungen ermöglichte. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann den Vorwand, mit dem der sowjetische Außenminister-Stellvertreter seine Weigerung, an der Konferenz teilzunehmen, begründet hat, nicht als Rechtfertigung für diese weitere Verzögerung des Abschlusses eines österreichischen Staatsvertrages anerkennen.

Im Jahre 1949 hat sich die Regierung der USA gemeinsam mit den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens bereit erklärt, sich der sowjetischen Einstellung in den wesentlichen noch ungeklärten Fragen des Staatsvertrages unter der Voraussetzung anzuschließen, daß eine baldige Einigung über diesen Vertrag in seiner Gesamtheit erzielt wird. Seit dieser Zeit hat die sowjetische Regierung beharrlich Hindernisse geschaffen, die fruchtbare Verhandlungen trotz der Tatsache unmöglich machten, daß die Regierung Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs es wiederholt klargemacht haben, daß sie zur Annahme eines jeden Staatsvertrages bereit sind, der Oesterreichs politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleisten würde.

In eben diesem Geiste hielten sich die Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs am 27. Mai in London bereit, um an der in der üblichen, auf dem vorangegangenen Treffen vereinbarten Weise einberufenen Konferenz teilzunehmen. Der sowjetische Delegierte nahm jedoch nicht teil und schlug statt dessen vor,

die Erörterungen über den österreichischen Staatsvertrag auf diplomatischen Wegen fortzusetzen.

Der Abschluß eines Staatsvertrages für Oesterreich ist keine Frage des Verfahrens, sondern vielmehr ein Problem des guten Willens. Um weitere unnötige Verzögerungen zu vermeiden und den Außenminister-Stellvertretern die Vollendung der bereits geleisteten Arbeiten zu ermöglichen, ersucht die Regierung der Vereinigten Staaten die sowjetische Regierung, ihr den genauen Wortlaut des Vertrages mitzuteilen, den die sowjetische Regierung abzuschließen bereit ist, damit die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs gewährleistet wird.

Quelle: *The New York Times* vom 13. Juni 1953. Deutscher Text: *Die Neue Zeitung* vom 13./14. Juni 1953.

Antwortnote der Sowjetunion

an die österreichische Regierung vom 29. Juli 1953

In der Denkschrift der österreichischen Regierung vom 30. Juni* d. J. wird erklärt:

„Die Bundesregierung hält den von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Weg diplomatischer Verhandlungen über den Staatsvertrag für annehmbar und hofft, daß ein auf diesem vorgeschlagenen Weg durchgeführter gegenseitiger Meinungsaustausch zum raschen Abschluß des Staatsvertrages führen wird.“

Aus dieser Erklärung der österreichischen Regierung ist ersichtlich, daß sie sich zum Vorschlag der Sowjetregierung, die Frage des österreichischen Staatsvertrages auf dem Wege entsprechender diplomatischer Verhandlungen zu besprechen, positiv verhält. Dabei unterließ es jedoch die österreichische Regierung, auf die Gründe einzugehen, weshalb sich die Besprechungen über den österreichischen Staatsvertrag seit dem Frühjahr 1952 verzögern. Indessen liegt die Verantwortung für diese Verzögerung auch auf der Regierung Oesterreichs.

Auf Grund der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz 1945 und der Pariser Tagung des Rates der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR wurde im Juni 1949 der Entwurf des Staatsvertrages mit Oesterreich mit Ausnahme einiger minder wesentlicher Artikel vereinbart.

* Vgl. hierzu S. 5926 dieser Folge.

Ungeachtet dessen präsentierten die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs entgegen der früher erzielten Vereinbarung der vier Mächte über den Entwurf des Staatsvertrages mit Oesterreich im März 1952 den sogenannten „Kurzvertrag“, der ohne Beteiligung der Sowjetunion abgefaßt wurde und der, wie die Sowjetregierung mehrfach erklärt hat, der Regelung der österreichischen Frage nicht dienlich sein kann.

Der „Kurzvertrag“ steht vor allem im Gegensatz zur Moskauer Deklaration über Oesterreich vom Jahre 1943, indem er in einer Reihe wichtiger, die demokratischen Rechte des österreichischen Volkes gewährleistender Bestimmungen vom Wortlaut der Artikel des österreichischen Staatsvertrages abweicht, die zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der UdSSR vereinbart und seinerzeit auch von der Regierung Oesterreichs anerkannt wurden. So fehlt im „Kurzvertrag“ der bereits vereinbarte Artikel 7 dieses Entwurfes, laut dem sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu treffen und zu gewährleisten sind, damit alle unter österreichischer Jurisdiktion stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und des Glaubensbekenntnisses der Menschenrechte und der Grundfreiheiten teilhaftig sind einschließlich der Rede-, Presse- und Verlagsfreiheit, der Freiheit des religiösen Kults, der politischen Anschauungen und der Versammlungsfreiheit.

Im „Kurzvertrag“ fehlt ferner der bereits vereinbarte Artikel 8 des Entwurfes des Staatsvertrages mit Oesterreich, in dem folgendes festgelegt ist: Oesterreich wird eine demokratische Regierung haben, die gewählt wird auf Grund des allen Bürgern garantierten allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes sowie des Rechtes, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache, Religion oder politischer Anschauung in staatliche Ämter gewählt zu werden.

Im „Kurzvertrag“ fehlt weiterhin der bereits vereinbarte Artikel 9, in dem es heißt: Oesterreich muß die Bemühungen zur Ausmerzung aller Spuren des Nazismus aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Oesterreichs fortsetzen und muß ein Wiedererstehen von Organisationen faschistischen Typus in welcher Form immer sowie jede nazistische und militaristische Tätigkeit und Propaganda in Oesterreich unterbinden.

Auffallend ist auch, daß der Entwurf des „Kurzvertrages“ für Oesterreich nicht das Recht vorsieht, eigene nationale Streitkräfte zu unterhalten, die für die Verteidigung des Landes erforderlich sind, obwohl dies in einem vereinbarten Artikel des Entwurfes des österreichischen Staatsvertrages vorgesehen war.

Ferner tritt die Tatsache hervor, daß sich der „Kurzvertrag“ in ausgesprochenem Gegensatz zu den Potsdamer Beschlüssen sowie zu dem Übereinkommen der vier Mächte über wichtige, Oesterreich betreffende politische und wirtschaftliche Fragen befindet, das auf der Beratung der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Juni 1949 erzielt wurde, wobei die Regierung Oesterreichs diesen Beschlüssen und dem Übereinkommen bereits zugestimmt hat.

Der „Kurzvertrag“ enthält eine Verletzung der in den obengenannten Abkommen sowie in den vereinbarten Artikeln des Entwurfes des österreichischen Staatsvertrages vorgesehenen Rechte der Sowjetunion, besonders hin-

sichtlich der ehemaligen deutschen Vermögenswerte in Oesterreich.

Aus allem Dargelegten ist zu ersehen, daß der sogenannte „Kurzvertrag“ der Regelung der Oesterreichfrage nicht dienlich sein und nicht als Verhandlungsgrundlage akzeptiert werden kann, da er sich im Gegensatz zu bestehenden Abkommen der vier Mächte befindet und wirklicher Unabhängigkeit eines demokratischen Oesterreich nicht entspricht.

Indessen erklärte die österreichische Regierung in ihrem allen Mitgliedstaaten der UN übersandten Memorandum vom 31. Juli 1952, in dem sie für den „Kurzvertrag“ eintrat, daß weitere Verhandlungen auf der Grundlage des alten Staatsvertragsentwurfes unmöglich seien. Noch vor diesem österreichischen Memorandum gab der österreichische Außenminister Gruber am 24. Mai 1952 die Erklärung ab, Oesterreich sei zu Verhandlungen auf der Grundlage von 1952, jedoch keineswegs auf der Grundlage von 1949 bereit.

In den genannten Erklärungen der österreichischen Regierung wird der Entwurf des österreichischen Staatsvertrages, der in seinen grundlegenden Artikeln bereits im Jahre 1949 zwischen den vier Mächten vereinbart wurde und bis zum Frühjahr 1952 von der österreichischen Regierung selbst anerkannt wurde, zurückgewiesen.

Aus all dem ergibt sich: Durch den Versuch, den im wesentlichen bereits vereinbarten Entwurf des Staatsvertrages mit Oesterreich durch den von den drei Mächten ohne Beteiligung der UdSSR und in direkter Verletzung der Interessen der UdSSR abgefaßten sogenannten „Kurzvertrag“ zu ersetzen, trägt die österreichische Regierung zusammen mit den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs die Verantwortung für die Verzögerung beim Abschluß des Staatsvertrages mit Oesterreich.

Angesichts des oben Dargelegten wäre die Sowjetregierung der österreichischen Regierung für Aufklärung darüber verbunden, ob sie nach wie vor den Entwurf des „Kurzvertrages“ unterstützt und ob die von der österreichischen Regierung im Memorandum vom 31. Juli 1952 abgegebene Erklärung in Kraft bleibt, daß weitere Verhandlungen auf der Grundlage des früher im wesentlichen vereinbarten Staatsvertragsentwurfes unmöglich seien. Eine Mitteilung der österreichischen Regierung in dieser Angelegenheit wäre für weitere Verhandlungen zum österreichischen Vertrag unbedingt von Bedeutung.

Es ist selbstverständlich, daß ein Verzicht auf die Behandlung des Entwurfes des „Kurzvertrages“ den vier Mächten ermöglichen würde, die Beratungen über die Frage des Staatsvertrages mit Oesterreich wieder aufzunehmen, um über die unerledigten Fragen, die mit dem Abschluß dieses Vertrages in Zusammenhang stehen, eine Einigung zu erreichen.

Quelle: Wiener Zeitung vom 31. Juli 1953 (laut TASS).

*Antwortnote der Sowjetunion
an die Westmächte vom 30. Juli 1953*

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR bestätigt den Empfang der Note der französischen Regierung vom 11. Juni d. J., betreffend den Staatsvertrag mit Oesterreich, und hält es für notwendig, folgendes zu erklären:

Aus der genannten Note ist zu ersehen, daß die Regierung Frankreichs wie auch die Regierungen der USA und Großbritanniens nach wie vor an dem von ihnen am 13. März 1952 vorgelegten Entwurf des sogenannten „Kurzvertrages“ festhalten. Dieser Entwurf steht jedoch, wie dies die Sowjetregierung bereits mehrfach dargelegt hat, nicht im Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen der vier Mächte hinsichtlich Oesterreichs, widerspricht den auf der Pariser Beratung der Außenminister Frankreichs, der USA, Großbritanniens und der UdSSR im Juni 1949 vereinbarten Bestimmungen über wichtige, Oesterreich betreffende, politische und wirtschaftliche Fragen, indem er die Interessen der Sowjetunion grob verletzt, und kann der Wiederherstellung eines wirklich unabhängigen und demokratischen österreichischen Staates nicht förderlich sein.

Diesen „Kurzvertrags“-Entwurf haben die Regierungen Frankreichs, der USA und Großbritanniens ohne Beteiligung der UdSSR ausgearbeitet und ihn an Stelle des zwischen den vier Mächten im wesentlichen bereits vereinbarten Staatsvertrags-Entwurfs vorgelegt, der von den vier Mächten auf der Grundlage der angeführten vierseitigen Beschlüsse über Oesterreich gemeinsam abgefaßt worden war.

Die Sowjetregierung gab in ihren Noten vom 14. August 1952, vom 27. September 1952 und vom 27. Januar d. J.

der Bereitschaft Ausdruck, die Abfassung des Entwurfs des Staatsvertrages mit Oesterreich zum Abschluß zu bringen, und hielt es für notwendig, präliminär aufzuklären, ob die Regierungen Frankreichs, der USA und Großbritanniens gewillt sind, ihren Vorschlag betreffs des sogenannten „Kurzvertrages“ für Oesterreich zurückzuziehen. Die Sowjetregierung hat jedoch weder von der Regierung Frankreichs noch von den Regierungen der USA und Großbritanniens eine Antwort erhalten, daß sie bereit seien, den Entwurf des „Kurzvertrages“ zurückzuziehen.

Ein Verzicht auf die Behandlung des „Kurzvertrags“-Entwurfs, der von den drei Mächten ohne Beteiligung der UdSSR und zu dem Zweck abgefaßt wurde, ihn an die Stelle des zwischen den vier Mächten in den wichtigen Artikeln vereinbarten Entwurfs des österreichischen Staatsvertrages zu setzen, würde es den vier Mächten ermöglichen, die Beratungen über die Frage des Staatsvertrages mit Oesterreich wieder aufzunehmen mit dem Ziel, über die mit dem Abschluß dieses Vertrages verknüpften noch unerledigten Fragen ein Uebereinkommen zu erzielen.

Gleichlautende Noten wurden den Regierungen der USA und Großbritanniens übermittelt.

Quelle: Wiener Zeitung vom 1. August 1953.

Die Ergebnisse der Außenministerkonferenz der Balkanpakt-Mächte in Athen vom 7. bis 11. Juli 1953

Schlußkommuniqué vom 11. Juli 1953

In Uebereinstimmung mit Artikel 1 des Dreiervertrages über Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen dem Königreich Griechenland, der Türkischen Republik und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, unterzeichnet in Ankara am 28. Februar 1953, wurde vom 7. bis 11. Juli 1953 in Athen die erste Konferenz der drei Außenminister abgehalten. Griechenland wurde vertreten durch Herrn S. Stephanopoulos, die Türkei durch Herrn Professor F. Köprülü und Jugoslawien durch Herrn A. Bebler.

Im Verlauf dieser Konferenz besprachen die drei Minister die Weltlage, besonders die Lage in der Umgebung der drei Länder. Im Lichte dieser Besprechungen wurde die völlige Uebereinstimmung der Ansichten in bezug auf die Haltung der drei Länder gegenüber den internationalen Ereignissen konstatiert. Es wurde beschlossen, daß die drei Länder auch weiterhin eine gemäßigte, feste und wachsame Haltung beibehalten würden mit dem Ziel, in konstruktivster Form zu einem Nachlassen der internationalen Spannung wie zur Lösung der internationalen Probleme beizutragen. In diesem Geiste werden sich die drei Regierungen konsultieren, um jedesmal eine gemeinsame Haltung einzunehmen, wenn dies eine Aenderung der Lage, besonders auf dem Balkan, erfordern sollte. Da es das Ziel der drei Länder ist, zur Festigung des Friedens und der Stabilität auf dem Balkan beizutragen, haben die drei Minister nach Ueberprüfung der verschiedenen Aspekte der heutigen Lage auf diesem Gebiet die friedlichen Absichten ihrer Länder gegenüber ihren Nachbarn bestätigt, besonders waren sie sich einig, daß die Unabhängigkeit Albaniens ein wichtiges Element des Friedens und der Stabilität auf dem Balkan darstelle.

Ferner wurden die bisher auf verschiedenen Gebieten der Zusammenarbeit unter den drei Ländern erreichten

Ergebnisse als zufriedenstellend bewertet. Unter Berücksichtigung des bereits früher veröffentlichten Entschlusses der drei Regierungen und, um die Zusammenarbeit zu stärken und zu verlängern, beschlossen die drei Minister, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Es ist ein ständiges Sekretariat zu bilden, das die Aufgabe hat, die Konferenzen der Außenminister vorzubereiten und gleichzeitig jede Frage zu überprüfen und die Aufmerksamkeit der Regierungen auf sie zu lenken, die in das Gebiet der politischen und kulturellen Zusammenarbeit unter den drei Ländern fällt. Dieses Sekretariat wird aus je einem diplomatischen Vertreter mit hohem Rang aus jedem der drei Länder und aus einem ständigen Büro bestehen.

2. Den Generalstäben, deren Empfehlungen von den drei Ministern mit Genugtuung gebilligt wurden, soll es zur Pflicht gemacht werden, auf ihrer nächsten Zusammenkunft die Grundlagen für eine Förderung der militärischen Zusammenarbeit unter den drei Ländern und die entsprechenden Formen zu prüfen, die ihr zu geben sind.

3. Es ist ein „ad hoc“-Komitee zu bilden, bestehend aus Fachleuten aus dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels, das die Möglichkeiten und Formen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den drei Ländern zu überprüfen hat.

Beim Abschluß ihrer Arbeit stellten die drei Außenminister mit Genugtuung fest, daß sich der Dreiervertrag dank der bereits verzeichneten Leistungen als wichtiges Instrument für die Festigung des Friedens und der Unabhängigkeit der Balkanländer sowie als bedeutsamer Beitrag zur allgemeinen Sicherheit bestätigt habe.

Quelle: Borba vom 12. Juli 1953. Uebersetzung der Presse- und Informationsabteilung der Jugoslawischen Botschaft, Mehlem.

Kurzberichte und Zeittafel

Die Europäische Produktivitätszentrale

Die vom Ministerrat des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) am 24. März 1953 gegründete „Europäische Produktivitätszentrale“ (vgl. den Kurzbericht „Die zukünftige Arbeit des Europäischen Wirtschaftsrates“ in EA 8/1953, S. 5647) hat am 1. Mai 1953 ihre Arbeit aufgenommen. Die Hauptaufgabe der Europäischen Produktivitätszentrale ist es, die verschiedenen Bestrebungen zur Steigerung der industriellen Produktivität in den 18 Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsrates zu unterstützen und in einem gesamteuropäischen Programm zu koordinieren, damit die Ergebnisse der Produktivitätssteigerung den Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verbrauchern aller Teilnehmerländer zugute kommen.

Die OEEC hat auch bisher bereits durch die Arbeit ihres „Ausschusses für Produktivität und angewandte Forschung“ die allgemeinen Bestrebungen zur Steigerung der Produktivität unterstützt und den internationalen Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet gefördert. Die überragende Bedeutung der Produktivitätssteigerung für die Hebung des Lebensstandards der europäischen Bevölkerung und den Abbau der innereuropäischen Wirtschafts- und Handelsschranken ließ jedoch die Errichtung einer besonderen Institution mit weitgehend autonomer Befugnis und größerer finanzieller Bewegungsfreiheit zweckmäßig erscheinen.

Das neue Amt arbeitet im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsrates als Sonderorgan. Die Geschäftsführung der Europäischen Produktivitätszentrale wird durch den Ausschuß für Produktivität und angewandte Forschung und das Generalsekretariat der OEEC wahrgenommen. Am 30. Juli 1953 wurde Dr. K. P. Harten, der Direktor des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, zum ersten Direktor der neuen Institution vom Rat der OEEC ernannt. Ein Beirat, dessen zehn Mitglieder vom Rat für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden, unterstützt den Ausschuß bei der Erledigung seiner Aufgaben. Die Mitglieder des Beirates handeln nicht als Vertreter ihrer Regierungen oder ihrer nationalen bzw. internationalen Interessengruppen, sondern als unabhängige Persönlichkeiten.

Die Finanzierung der Europäischen Produktivitätszentrale erfolgt durch Beitragsleistungen ihrer 18 europäischen Mitgliedstaaten und der Vereinigten Staaten.

Außerdem hat die OEEC aus ihrem Budget der Produktivitätszentrale für das Haushaltsjahr 1953/54 einen Betrag von 150 Millionen ff. zur Verfügung gestellt.

Die NATO prüft die Fragen einer Wiedervereinigung Deutschlands

Die Regierungen der Nordatlantikpaktorganisation sind einem Bericht der *New York Times* vom 9. Juli 1953 zufolge gegenwärtig mit dem Studium eines Planes beschäftigt, der den Ständigen Nordatlantikrat in Paris zum Koordinierungszentrum für die westliche Strategie erheben würde. Im Rahmen dieses Planes ist vorgeschlagen worden, daß sich der Ständige Rat schon bald mit dem strategischen Problem Deutschland befassen soll. In diesem Zusammenhang soll vor allem die Frage geprüft werden, welche Politik die Westalliierten befolgen sollen, wenn die Sowjetunion als Auftakt zu einer Wiedervereinigung Deutschlands etwa den vollständigen Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland vorschlagen sollte.

Bisher hatte es der Atlantikrat vermieden, sich mit dem Problem Deutschland zu befassen. Die *New York Times* schreibt hierzu, daß die Bundesrepublik nicht Mitglied der Atlantischen Gemeinschaft sei und daher auch rechtlich nicht in den Kompetenzbereich der NATO falle. Außerdem hätten weder die Vereinigten Staaten noch Großbritannien oder Frankreich bisher erkennen lassen, daß sie wünschten, dieses außerordentlich komplizierte Problem zusammen mit den elf anderen kleineren Atlantikmächten zu diskutieren. Die Vereinigten Staaten hätten seit nunmehr fast drei Jahren unverändert an der Politik der Integration Westdeutschlands in die europäische Familie auf dem Wege über die EVG festgehalten. Sie seien auch gegenwärtig nicht bereit, sich öffentlich mit einer Alternative wie etwa einer direkten Wiederbewaffnung Deutschlands zu befassen. Auch Frankreich habe klargemacht, daß es über eine direkte Aufnahme der Bundesrepublik in die Atlantische Gemeinschaft nicht verhandeln werde, selbst wenn die EVG nicht zustande käme.

Von einigen Atlantikpaktmitgliedern sei, wie die *New York Times* schreibt, darauf hingewiesen worden, daß es nicht Aufgabe der NATO sei, politisch-diplomatische Angelegenheiten zu erörtern. Die NATO solle sich zunächst mit den militärischen Problemen befassen und sich dann wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen zuwenden, wie es in Artikel 2 des Vertrages vorgesehen sei. In letzter Zeit seien jedoch einige der kleineren Mächte zu der Ansicht gelangt, daß die Frage der Zukunft Deutschlands zu kritisch sei, als daß die Atlantische Gemeinschaft sie außer acht lassen oder den westlichen Besatzungsmächten zur Regelung durch private Abkommen überlassen könne. Die *New York Times* schließt ihre Ausführungen mit der Bemerkung, daß einige der kleineren Mitgliedstaaten der NATO Deutschland als das

dringendste Problem betrachten, dem die Atlantische Gemeinschaft gegenüberstehe.

Die Entwicklung der europäischen Stahlproduktion

Eine soeben veröffentlichte Uebersicht der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (Quarterly Bulletin of Steel Statistics, 11. Folge, 122 S., Genf) deutet auf ein mögliches Absinken der europäischen Stahlproduktion hin. Während seit Kriegsende die Stahlproduktion eine ständige Aufwärtsbewegung zeigte, weisen die Zahlen für die Monate April und Mai 1953 in verschiedenen europäischen Ländern einen sichtbaren Rückgang auf.

Die Entwicklung in den einzelnen Ländern ist jedoch nicht einheitlich verlaufen. In Großbritannien hat die Stahlproduktion im Mai einen neuen Höchststand erreicht. In der Bundesrepublik ist die Stahlproduktion dagegen nach dem Höchststand im ersten Quartal 1953 merklich zurückgegangen. Auf der Basis der Jahresproduktion betrug die Stahlerzeugung in der Bundesrepublik im ersten Quartal 1953 17,144 Millionen Tonnen, im Mai aber nur noch 13,980 Millionen Tonnen. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl konnten im ersten Quartal eine Produktion auf Jahresbasis von 42,708 Millionen Tonnen aufweisen, im April aber nur noch 39,984 Millionen Tonnen.

Die besonders hohen Stahleinfuhren in die Bundesrepublik sind von 183 000 Tonnen im Januar 1953 auf 114 000 Tonnen im April zurückgegangen und dürften nach Schätzung der ECE-Uebersicht schon bald auf 40 000 bis 50 000 Tonnen monatlich zurückgehen. Dieser Einfuhrrückgang lasse erkennen, daß die westdeutsche Stahlerzeugung vor einer neuen Wiederbelebung stehe.

Die Zahlen für die anderen hauptsächlichen europäischen Stahlein- und -ausfuhrländer lassen eine Stabilisierung des Handels und Verbrauchs erkennen, wobei die Ausfuhren allgemein niedriger liegen als im Jahre 1950. Die ECE begründet diese geringeren Ausfuhren mit dem Fortfall des Bedarfs überseeischer Länder.

Der ECE liegen nunmehr die vollständigen Zahlen für den Außenhandel von zwanzig europäischen Ländern für 1951 und 1952 vor, aus denen die ECE unter Berücksichtigung des Anstiegens der Stahlproduktion um 5,3 Millionen Tonnen und des Rückgangs im Nettohandel um 3,3 Millionen Tonnen eine Zunahme des Rohstahlverbrauchs von 48,7 Millionen Tonnen im Jahre 1951 auf 58,1 Millionen Tonnen im Jahre 1952 errechnet.

Die rationellere Verwendung von Schrott, die schon während des Jahres 1952 beobachtet werden konnte, wurde auch im ersten Quartal 1953 beibehalten. Die Zahlen für das erste Quartal 1953 lassen erkennen, daß die britischen und italienischen Schrotteinfuhren mit 184 000 bzw. 177 000 Tonnen um mehr als die Hälfte im Vergleich zum ersten Quartal 1952 gestiegen sind, während die Schrottausfuhr der Bundesrepublik um 71 vH und die Ausfuhr an Koks um 3 vH zurückgegangen ist. Dagegen haben die westdeutschen Einfuhren an Eisenerz um 46 vH zugenommen.

Die Tagung der Sozialistischen Internationale in Stockholm

Der dritte Kongreß der Sozialistischen Internationale (Vgl. hierzu auch den Beitrag über die Internationale der demokratischen Sozialisten in EA 12/1951, S. 4115 ff.,

die Notiz über den ersten Kongreß der Sozialistischen Internationale in Frankfurt in EA 15/1951, S. 4237, sowie die Dokumente zum zweiten Kongreß in Mailand in EA 22—23/1952, S. 5343 ff.), der unter Beteiligung von Delegierten der sozialistischen Parteien aus 33 Ländern vom 15. bis 18. Juli 1953 in Stockholm stattfand, nahm in einer Entschließung zur internationalen Lage von den neuesten Weltereignissen Kenntnis. Der Kongreß erklärte, „daß der Frieden, der in erster Linie durch den sowjetischen Expansionswillen bedroht war, nur durch beharrliche Verhandlungen herbeigeführt werden kann“ und begrüßte den Vorschlag der Westmächte zur Abhaltung einer Viermächte-Konferenz. Er vertrat jedoch die Ansicht, daß eine solche Konferenz früher als zu dem vorgesehenen Zeitpunkt stattfinden solle.

Die sozialistischen Parteien nennen in der Entschließung folgende Zielsetzungen:

1. Frieden in Korea und Errichtung eines freien Regimes in einem wiedervereinigten Korea; Aufnahme der Regierung von Peking in die Vereinten Nationen.
2. Frieden in Indochina und Unabhängigkeit für die indochinesischen Staaten.
3. Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen in den vier Besatzungszonen und Berlin — gewährleistet durch eine Viermächtekonferenz — und die Errichtung einer freien Regierung als Ergebnis dieser Wahlen; die volle Freiheit für ein wiedervereinigtes Deutschland, in einem demokratischen Europa mitzuarbeiten.
4. Abschluß des Staatsvertrages für Oesterreich.
5. Zurückziehung der russischen Streitkräfte aus Osteuropa, um die volle Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit dieser Länder zu ermöglichen.
6. Herstellung des Friedens im Nahen Osten.

Die Sozialistische Internationale wendet sich an ihre Anhänger mit der Aufforderung, auf die Regierungen einzuwirken, daß diese ihre Verteidigungsbemühungen den Erfordernissen der kollektiven Sicherheit anpassen unter Bedachtnahme auf die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen jedes Landes. Diese Verteidigungsbemühungen dürften jedoch nicht vor Abschluß eines internationalen Abrüstungsabkommens aufgegeben werden. In der Frage des Ost-West-Handels setzt sich die Internationale für eine Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West ein.

Die sozialistischen Parteien des europäischen Kontinents werden aufgefordert, die sozialistischen Bestrebungen zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, die Schranken zwischen den Ländern zu beseitigen und eine echte wirtschaftliche, soziale und politische Einigung im Dienste des Friedens herbeizuführen.

Die europäische Zusammenarbeit wurde im Anschluß an einen Bericht des holländischen Sozialisten *van der Goes van Naters* erörtert. Professor Carlo Schmid bezeichnete die Einigung Europas ohne vorausgegangene Wiedervereinigung Deutschlands als illusorisch. Ueber Deutschlands Schicksal könne weder der Westen noch der Osten allein entscheiden; hierüber müsse gemeinsam entschieden werden. Die Deutsche Bundesrepublik könne sich niemals einer Verteidigungsgemeinschaft anschließen, bevor nicht Gesamtdeutschland hierüber entschieden habe.

Die Entschließung zu den Fragen der europäischen Zusammenarbeit hat folgenden Wortlaut:

„1. Die Sozialistische Internationale, die eine Weltorganisation ist, erklärt, daß ein in Frieden, Harmonie und Wohlstand lebendes Europa eine wesentliche Voraussetzung für die Gesamtheit seiner Glieder ist. Sie ist sich ebenso klar darüber, daß Europa sich nicht aus dem größeren Rahmen heraushalten darf, in dem das Schicksal der Menschheit bestimmt wird.

2. Die Internationale bekennt sich zur Notwendigkeit, die Sicherheit des freien Europa zu verstärken, vorausgesetzt, daß dies unter demokratischer Kontrolle geschieht. Aber die Aufrüstung oder irgendeine europäische militärische Organisation dürfen niemals Selbstzweck sein; sie dürfen ernstesten Gesprächen mit der UdSSR nicht im Wege stehen, sondern müssen sie vielmehr erleichtern mit dem Endziel: allgemeine und kontrollierte Herabsetzung der Rüstung.

Diese Gespräche sollen auf europäischer Ebene drei Ziele verfolgen:

- a) Wiedervereinigung Deutschlands unter einer einheitlichen Regierung durch freie Wahlen unter internationaler Kontrolle;
- b) Abschluß eines Vertrages, der Oesterreich volle Freiheit gibt;
- c) Anerkennung, daß alle mittel- und osteuropäischen Länder das Recht haben, ihr innenpolitisches System und ihre außenpolitischen Beziehungen in voller Freiheit selbst zu bestimmen.

3. Auf der politischen Ebene sollte erkannt werden, daß das demokratische Europa erneut von Regierungskrisen bedroht sein wird, wenn man es nicht erreicht, in jedem Lande eine wirksame Exekutive zu schaffen, die von einem starken Parlament kontrolliert wird und sich ihrer Verantwortung bewußt ist.

Darüber hinaus muß ein internationaler Aufbau angestrebt werden, dessen Kern — entsprechend der Entwicklung neuer Formen des Gemeinschaftslebens — der Europarat sein wird, in dessen Rahmen die parlamentarische europäische Kontrolle der Zusammenarbeit der Regierungen wirksam wird.

4. Die Organisation und die Tätigkeit der Montanunion sind nach Ansicht der Sozialisten der Mitgliedstaaten nicht voll befriedigend. Insbesondere sollte angestrebt werden, ein Ausbau in Richtung der Planung, eine wirksame Preiskontrolle und eine Ausweitung ihrer sozialpolitischen Zuständigkeit. Darüber hinaus ist die stufenweise Vergrößerung des Gemeinsamen Marktes der Montanunion notwendig. Schließlich sollte eine Entfaltung nach außen hin durch Bestimmungen über die Assoziation mit dritten Staaten und durch organische Verbindung mit dem Europarat die Gefahr einer wirtschaftlichen Isolierung der sechs Montanunion-Länder vom übrigen Europa ausschalten.

5. Aufbauend auf eine gemeinsame europäische Wirtschaft mit dem Ziel der Freizügigkeit von Personen und des freien Verkehrs von Waren, wird der europäische Sozialismus durch die Sicherung der Vollbeschäftigung und eines entsprechenden Lebensstandards die europäischen Völker von jeder Hilfe von außen wirtschaftlich unabhängig machen; der Sozialismus wird die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems nach und nach überwinden, allen Arbeitern Freiheit und Gleichheit zusichern und so in Europa die Menschenrechte verwirklichen.“

Bei der Neuwahl des Vorstandes der Sozialistischen Internationale wurden der britische Labourpolitiker Morgan Phillips zum Vorsitzenden und Erich Ollenhauer sowie Guy Mollet zu stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt.

Die Reparationen in der SBZ von 1945 bis 1952

Der Vorstand der SPD veröffentlicht unter dem Titel „Die Reparationen in der Sowjetzone von 1945 bis 1952“ neue Angaben über die sowjetischen Reparationen aus der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland. Als Ergebnis der angestellten Untersuchungen und Berechnungen wird die Höhe der sowjetischen Entnahmen mit mindestens 70,97 Milliarden DM angegeben, das sind nach dem von der Sowjetunion zugrunde gelegten Umrechnungskurs von nur 2,50 DM je Dollar nicht weniger als 28 Milliarden Dollar. Die von der Sowjetunion ursprünglich geforderte Reparationssumme von 10 Milliarden Dollar (Geheimprotokoll von Jalta) ist damit allein auf Grund der erfaßbaren Werte um mehr als das Doppelte erfüllt. Seit der im Jahre 1950 von Stalin festgesetzten Restschuld in Höhe von 3,17 Milliarden Dollar, das sind 7,925 Milliarden DM, zahlbar im Verlauf von fünfzehn Jahren, sind allein in den Jahren 1951 und 1952 Entnahmen im Werte von 9,301 Milliarden DM erfolgt.

Die Denkschrift der SPD unterscheidet die ziemlich genau erfaßbaren Werte, wie die Demontagen, den Wert der beschlagnahmten SAG-Betriebe, die Entnahmen aus der laufenden Produktion, Zahlungen an die Wirtschaftsverwaltung der Besatzungstruppen und die Stoppereisubventionen mit zusammen 49,90 Milliarden DM, neben einer Gruppe von Werten, deren Höhe weniger genau feststellbar ist. Darunter fallen vor allem die Bezahlungen deutscher Leistungen mit gegenwertlosem Besatzungsgeld, die Bezahlungen deutscher Leistungen mit erbeuteten Reichsbanknoten, zusätzliche Zahlungen an die SMA und SKK, Reparationsnebenkosten, Zahlungen an die Hauptverwaltung der SAG-Betriebe, Entnahmen und Gewinne aus SAG-Betrieben, Zahlungen an die sowjetische Garantie- und Kreditbank mit zusammen mindestens 28,68 Milliarden DM. An dritter Stelle steht eine Liste der Werte, die niemals zu erfassen sein werden, wie die Verwendung deutscher Patente, Forschungsergebnisse deutscher Wissenschaftler, Wert der Arbeitsleistung der verschleppten deutschen Wissenschaftler, Zinslasten für Reparationskredite, Werte der Arbeitsergebnisse sowjetischer Entwicklungsbüros, Erträge aus Schwarzmarktgeschäften, Gewinne der SAG in der Sowjetzone und der Verkaufsstellen der Roten Armee.

Die Denkschrift der SPD beruht auf Informationen und Originalunterlagen des Ostbüros der SPD, aus dem Amt für Reparationen sowie auf anderen bereits vorliegenden Arbeiten auf diesem Gebiet. (Vgl. hierzu u. a. die Beiträge „Die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ in EA 7/1949, S. 2029 ff. und EA 8/1949, S. 2066 ff.)

Zeittafel vom 1. bis 31. Juli 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

1. In Paris unterzeichnen Vertreter Belgiens, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Italiens, Jugoslawiens, der Niederlande, Norwegens, Schwedens und der Schweiz ein Abkommen über die Gründung einer Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung. Das Abkommen sieht die Zusammenarbeit der Forschungsinstitute der zwölf Länder auf dem Gebiet der Atomforschung und die Errichtung eines gemeinsamen Laboratoriums in Genf vor.
- 2.—7. Tagung des „Europäischen Jugendrates“ in Berlin. Nach einer einführenden Rede des Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarats, François de Menthon, über die Politische Gemeinschaft der sechs Schumanplan-Länder und die wirtschaftliche Vereinigung der fünfzehn Länder des Europarats befassen sich die Delegierten mit aktuellen Problemen des Jugendlebens, u. a. mit dem Thema „Flüchtlingsjugend — ein europäisches Problem“ und der Frage der arbeitslosen Jugend. Das Exekutivkomitee wird neu gewählt, sein Präsident wird Pfarrer N. Steenbeck, Niederlande, Vizepräsident R. D. Foëx, Schweiz. Das Exekutivkomitee wird beauftragt, definitive Statuten auszuarbeiten.
- 3.—13. An der Universität des Saarlandes findet eine internationale Studententagung der Nouvelles Equipes Internationales (NEI) statt. Als Hauptthema wird in Vorträgen und Seminarsitzungen behandelt: „Die Grenzen und Rechte des Pazifismus“.
6. Die Pressestelle des Europarats gibt die erste Verleihung der vom Europarat ausgesetzten Stipendien für wissenschaftliche Untersuchungen über die Probleme der europäischen Einigung und Zusammenarbeit an zwölf Stipendiaten aus den Mitgliedstaaten bekannt.
7. Mit der Ratifizierung durch Luxemburg erreicht die Europäische Konvention der Menschenrechte vom 4. November 1950 (nebst Zusatzprotokoll) die zu ihrem Inkrafttreten erforderliche Zahl von Ratifizierungen. (Vgl. den Wortlaut der Konvention in EA 1/1951, S. 3620 ff., und des Zusatzprotokolls in EA 17/1952, S. 5141; ferner die Beiträge in EA 1/1951, S. 3615 ff. und 17/1952, S. 5137 ff.)
8. Die OEEC veröffentlicht eine Uebersicht über die Liberalisierung des Handels ihrer Mitgliedstaaten. aus der hervorgeht, daß die durchschnittliche Liberalisierungsquote am 1. Juli 70,7 vH gegenüber 66 vH Ende 1952 betrug.
- 8.—10. Der Sachverständigenausschuß für Transportfragen der Hohen Behörde der Montanunion beginnt in seiner Sitzung mit dem Studium der Schaffung internationaler Durchgangstarife, die als nächster Schritt zur Vereinheitlichung des Verkehrswesens innerhalb des Gemeinsamen Marktes und zur Senkung der Transportkosten vorgesehen sind.

11. Die Hohe Behörde der Montanunion trifft folgende Entscheidungen:
 1. Als Termin des Inkrafttretens des in Artikel 65 des Vertrages vorgesehenen Kartellverbots wird der 31. August 1953 bestimmt.
 2. Als Termin des Inkrafttretens des in Artikel 54 des Vertrages vorgesehenen Investitionsprogramms wird der 1. Oktober 1953 bestimmt.
 3. Der Oberrheinischen Kohlenunion, Mannheim, wird empfohlen, innerhalb von zwei Wochen wettbewerbshindernde Praktiken bei der Belieferung des süd- und südwestdeutschen Raumes mit Kohle auszuschließen. Die Oberrheinische Kohlenunion teilt am 25. Juli mit, daß sie die Empfehlung der Hohen Behörde annimmt.
16. Die EZU veröffentlicht einen Dreijahresbericht über die Tätigkeit seit ihrer Gründung. Danach haben folgende Länder einen Ueberschuß aufzuweisen: Belgien/Luxemburg (712,8 Mill. Verrechnungseinheiten), Bundesrepublik Deutschland (563,2 Mill.), Niederlande (345,9 Mill.), Schweiz (253,7 Mill.), Schweden (180,8 Mill.) und Portugal (63,5 Mill.). Schuldner sind: Frankreich (824,6 Mill.), Großbritannien und Irland (500,8 Mill.), Griechenland (251,3 Mill.), Türkei (209,4 Mill.), Norwegen (118,6 Mill.), Oesterreich (100,5 Mill.), Italien und Triest (58,3 Mill.), Dänemark (39,4 Mill.) und Island (17,0 Mill.).
17. Tod des Generalsekretärs des Europarats, Jacques-Camille Paris, durch einen Autounfall.
19. In Caën wird das unter dem Patronat der Organisation Française der Europäischen Bewegung und des Internationalen Jugendsekretariats der Europäischen Bewegung stehende „Europäische Ferienlager“ eröffnet.
- 19.—24. Dritter Kongreß der Jeunesses Européennes Libérales in Bologna unter Teilnahme von 100 Delegierten der verschiedenen Länder.
23. Ratifizierung des EVG-Vertrags durch die niederländische Zweite Kammer (vgl. Niederlande).
24. Der Rat der OEEC beschließt Liberalisierungsmaßnahmen im intereuropäischen Luftverkehr, wonach in Zukunft Flugkarten für Flüge zwischen OEEC-Ländern ganz in der Währung des Ausgangs- oder des Ziellandes bezahlt werden können. Ferner empfiehlt der Rat den Mitgliedstaaten, ihre Lizenzierungsverfahren für private Patente zu vereinfachen.

Nordatlantikpakt-Organisation

3. Das alliierte Oberkommando in Europa gibt verschiedene Änderungen in der Kommandostruktur der NATO-Streitkräfte in Europa bekannt. (Vgl. Kurzbericht in EA 14—15/1953, S. 5880.)
11. Der zum Stabschef der amerikanischen Armee ernannte bisherige Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Matthew B. Ridgway, übergibt sein Kommando an seinen Nachfolger General Alfred M. Gruenther. In seiner Abschiedsansprache warnt

General Ridgway erneut vor den sich verstärkenden Tendenzen zu einem Nachlassen in den Verteidigungsanstrengungen der NATO; er betont, daß heute und in unmittelbarer Zukunft das alliierte Kommando in Europa noch immer bedenklich schwach im Falle eines umfassenden sowjetischen Angriffs wäre. Auch General Gruenther setzt sich für die unverminderte Fortsetzung der Aufrüstung ein und weist darauf hin, daß allzuoft für eine Tyrannei der Krieg der verzweifelte Ausweg aus inneren Schwierigkeiten gewesen sei.

Albanien

23. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Ministerrats, des Präsidiums der Nationalversammlung und des ZK der Arbeiterpartei (Kommunisten) werden folgende Aenderungen in der Staatsführung beschlossen: Der bisherige Präsident des Präsidiums der Nationalversammlung (nominelles Staatsoberhaupt), Omer Nischant, wird durch Hadj Leschi abgelöst. Ministerpräsident Enver Hodscha gibt die Aemter des Außen- und des Verteidigungsministers an Behar Schtyla bzw. General Bekir Baluku ab. Innenminister Mehmet Schehu tritt von seinem Posten als Sekretär des ZK der Arbeiterpartei zurück.

Deutschland

1. Bundeskanzler Adenauer fordert in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag die Verwirklichung eines Sofortprogramms zur Wiedervereinigung Deutschlands. Das Programm enthält folgende Punkte:

Oeffnung aller Zonenübergänge,
Aufhebung des Sperrstreifens und der evakuierten Zone,
Freizügigkeit aller Deutschen in ganz Deutschland,
Presse- und Versammlungsfreiheit,
Zulassung aller Parteien,
Schaffung demokratischer Rechtsformen zum Schutze des Menschen gegen Willkür und Terror.

Anschließend billigt der Bundestag mit 342 gegen 14 Stimmen der KPD folgende Entschliebung:

„I. Die jüngsten Ereignisse in Berlin und der Sowjetzone haben der ganzen Welt unwiderleglich dargetan, daß die Grundvoraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit die Aufhebung der Gewaltherrschaft ist. Die gesamte freie Welt hat durch ihre Anteilnahme an diesen Ereignissen klar erkennen lassen, daß sie mit dieser Auffassung übereinstimmt. Der Bundestag erinnert an die von ihm immer wieder, zuletzt in der Entschliebung vom 10. Juni (vgl. den Wortlaut in EA 13/1953, S. 5825), feierlich niedergelegten Forderungen für die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Beim Ablauf seiner ersten Wahlperiode stellt der Bundestag noch einmal fest, daß die Freilassung aller im Zusammenhang mit den Kriegereignissen ihrer Freiheit beraubten Deutschen ein wesentlicher Schritt zur Wiederherstellung der Vertrauensbasis ist, die für die Lösung der großen Weltprobleme und damit der Wiedervereinigung Deutschlands die unerläßliche Voraussetzung bildet.

II. Die Bundesregierung wird ersucht, dafür Sorge zu tragen,

- a) daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Notlage der Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone zu lindern,

b) daß auf jedem geeigneten Weg Verhandlungen mit dem Ziel eingeleitet werden, den Verkehr von Menschen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone zu normalisieren.

III. Die Bundesregierung wird ersucht, den Auswärtigen Ausschuß und den Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages über die im Sinne dieses Beschlusses getroffenen Maßnahmen laufend zu unterrichten.“

Am 8. Juli überreicht die Bundesregierung den drei Hohen Kommissaren gleichlautende Noten, in denen das Sofortprogramm zur Behandlung auf der Washingtoner Außenministerkonferenz empfohlen wird.

Der Bundestag verabschiedet in dritter Lesung das Gesetz über den Bundeshaushalt für das Rechnungsjahr 1953/54. Der Gesamtetat schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 27,849 Milliarden DM ab.

2. Der Bundestag faßt eine Entschliebung, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, bei der weiteren Behandlung der Saarfrage von folgenden Grundsätzen auszugehen:

1. Daß das Saargebiet nach deutschem und internationalem Recht ein Teil Deutschlands, und zwar innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937, ist.
2. Daß die zur Zeit im Saargebiet bestehende Ordnung Bestandteil der inneren Organisation Deutschlands ist, welche die Besatzungsmächte in Ausübung der von ihnen vorübergehend angenommenen Gewalt eingerichtet haben.

3. Daß bei den Verhandlungen über Verträge und Vertragsabschlüsse durch die Bundesrepublik im Hinblick auf das Saargebiet das Recht wiederherzustellen ist, und zwar so, daß a) innerhalb des Saargebietes freiheitliche demokratische Zustände geschaffen werden, b) der Abtrennung des Saargebietes von Deutschland ein Ende gemacht und seine Zugehörigkeit zu Deutschland beachtet wird.

Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, von einer Stelle mit internationaler Autorität eine Denkschrift über die staats- und völkerrechtliche Lage des Saargebietes verfassen zu lassen.

- 2.—3. Der Bundestag billigt eine Reihe von Gesetzen: Bundesentschädigungsgesetz, Novelle zum Bundesversorgungsgesetz, Novelle zum Heimkehrergesetz, Sozialgerichtsgesetz, Novelle zum 131er-Gesetz, Kaffee- und Teesteuergesetz. Auch das Ratifizierungsgesetz zu den Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 wird am 3. Juli gebilligt, nachdem am Tage zuvor das Abkommen mit Frankreich zunächst abgelehnt worden war. Ebenfalls am 3. Juli beschließt der Bundestag ein Gesetz, wonach der 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Feiertag bestimmt wird.

3. Der Bundesrat stimmt dem Wahlgesetz zum zweiten Deutschen Bundestag zu. Das Gesetz tritt am 10. Juli in Kraft. Zum Wahltag wird der 6. September bestimmt.

7. Die deutschen Geschäftsträger in London, Paris und Washington, Hans Schlange-Schöningen, Wilhelm Hausenstein und Hans Krekeler, erhalten den persönlichen Rang von Botschaftern.

8. Nachdem die drei westalliierten Stadtkommandanten von Berlin am 6. Juli in einem dritten Schreiben an den sowjetischen Kommandanten, Generalmajor

Dibrowa, erneut die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen in Berlin gefordert hatten, beschließt der Ostberliner Magistrat auf Empfehlung der Regierung der DDR die Wiederherstellung des freien Verkehrs in Berlin ab 9. Juli. Der seit dem 17. Juni in Ostberlin bestehende Ausnahmezustand wird am 11. Juli aufgehoben. Am 7. Juli war es noch einmal zu Demonstrationen in Ostberlin und zu Sitzstreiks in der SBZ gekommen. Ein Appell des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), der am 10. Juli von den Westberliner Kommandanten dem sowjetischen Kommandanten übermittelt worden war und in dem die Freilassung aller im Zusammenhang mit dem 17. Juni verhafteten Personen gefordert wurde, wird von Generalmajor *Dibrowa* am 14. Juli abgelehnt. Ebenfalls am 14. Juli beantwortet der sowjetische Hohe Kommissar, *Semjonow*, das Schreiben der drei alliierten Hohen Kommissare vom 27. Juni. Er fordert darin erneut die Liquidierung von antikommunistischen Westberliner Organisationen. In einem Schreiben vom 15. Juli schließt sich der sowjetische Kommandant, Generalmajor *Dibrowa*, dieser Forderung an.

Bundeskanzler *Adenauer* richtet aus Anlaß der Washingtoner Außenministerkonferenz ein Schreiben an Außenminister *Dulles*, in dem er bittet, der Konferenz folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. Eine Konferenz der vier Mächte über die Deutschlandfrage soll spätestens im Herbst zusammen-treten.
2. Grundlage der Beratungen sollen die vom Deutschen Bundestag in seiner Sitzung vom 10. Juni 1953 beschlossenen fünf Punkte sein (vgl. den Wortlaut in EA 13/1953, S. 5825).
3. Die EVG soll Ausgangspunkt für ein Sicherheitssystem sein, das die Sicherheitsbedürfnisse aller europäischen Völker einschließlich des russischen Volkes berücksichtigt. Dieses System soll sich einfügen in das von Präsident Eisenhower in seiner Rede vom 16. April 1953 (vgl. den Wortlaut in EA 10—11/1953, S. 5731) vorgeschlagene System allgemeiner Abrüstung und Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen.
11. Die Regierung der DDR bezeichnet das amerikanische Lebensmittelangebot für die Bevölkerung der SBZ (vgl. Sowjetunion) als eine Provokation und eine Beleidigung für die Bevölkerung der DDR. Die Forderung des sowjetischen Hohen Kommissars, *Semjonow*, vom 21. Juli, die von den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik beschlossene Lebensmittelhilfe nicht durchzuführen, wird am 23. Juli von dem amerikanischen Hohen Kommissar, *Conant*, abgelehnt. Am 27. Juli beginnen an der Sektorengrenze in Berlin eingerichtete Verteilungsstellen Lebensmittel an Personen aus Ostberlin und der SBZ auszugeben.
15. Der Justizminister der DDR, *Max Fechner* (SED), wird „wegen republikfeindlicher Tätigkeit“ seines Amtes enthoben und vom Staatssicherheitsdienst verhaftet. Zu seinem Nachfolger wird die Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der DDR, *Hilde Benjamin* (SED), ernannt.
Der Ministerrat der DDR billigt auf einer außer-ordentlichen Sitzung einstimmig eine Erklärung, in

der die Regierung der DDR eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter Ost- und Westdeutschlands über die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen und den Abschluß eines Friedensvertrages vorschlägt. In einer Regierungserklärung vom 29. Juli wird dieser Vorschlag wiederholt. Die Volkskammer der DDR schließt sich am 30. Juli diesen Erklärungen an.

Bekanntgabe der Zahl der Opfer des 17. Juni durch den Minister für Staatssicherheit der DDR, *Zaisser* (vgl. „Materialien zu den Ereignissen des 16. und 17. Juni in Berlin und der SBZ“ in EA 14—15/1953, S. 5833).

Tod des Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Wirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen, *Erik Nölting* (SPD).

17. Der Bundesrat wählt den hessischen Ministerpräsidenten, *Georg August Zinn*, zu seinem Präsidenten für das nächste Arbeitsjahr. Ferner billigt er eine Reihe von Gesetzen, u. a. den Bundeshaushalt und die Schuldenabkommen. Das Bundesentschädigungsgesetz und das Sozialgerichtsgesetz werden an den Vermittlungsausschuß überwiesen.
Denkschrift der SPD über die Reparationen der Sowjetzone (vgl. Kurzbericht auf S. 5920).
19. Die Vorstände der Deutschen Reichspartei (DRP) und des Reichsblocks beschließen in Göttingen, sich unter dem Namen „Deutsche Reichspartei“ an der kommenden Bundestagswahl zu beteiligen.
In Mannheim beschließen Vertreter der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) und des Bundes der Deutschen (BdD), für die Bundestagswahl am 6. September ein Wahlbündnis einzugehen. Der Gründer des „Nauheimer Kreises“, Professor *Ulrich Noack*, spricht sich am 27. Juli auf einer Wahlversammlung der GVP in Göttingen gegen dieses Wahlbündnis aus.
- 19.—24. Vierte Generalversammlung der I. G. Bergbau in Köln: Zu Beginn der Versammlung wird der Empfang einer Delegation aus der Sowjetzone abgelehnt. In verschiedenen Entschlüssen nimmt die I. G. Bergbau zu Wirtschafts- und Sozialfragen Stellung. Besonders die Notwendigkeit einer weiteren Mitarbeit in den Institutionen der Montanunion wird betont. Zum Abschluß der Generalversammlung wird der bisherige zweite Vorsitzende, *Heinrich Imig*, an Stelle des zurücktretenden Auguste *Schmidt* zum ersten Vorsitzenden der I. G. Bergbau gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wird *Heinrich Guter-muth* gewählt.
20. Zu den Besprechungen, die der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, *Theodor Blank*, vom 3. bis 14. Juli in den Vereinigten Staaten mit Vertretern der Regierung und der Streitkräfte geführt hat, erklärt ein Sprecher seiner Dienststelle, *Blank* habe in Washington keine politischen oder militärischen Absprachen getroffen, sondern nur Besprechungen zur Vorbereitung der Aufstellung und Ausrüstung des deutschen EVG-Kontingentes geführt.
- 23.—26. Internationale Tagung des Kongresses für die Freiheit der Kultur in Hamburg unter dem Motto „Wissenschaft und Freiheit“.
24. Der Minister für Staatssicherheit der DDR, *Wilhelm Zaisser*, wird seines Amtes enthoben. Das Ministerium wird dem Innenministerium als Staatssekretariat unter

der Leitung des bisherigen Staatssekretärs für Schifffahrt, Ernst Wollweber, eingegliedert.

- 24.—26. Fünfzehnte Tagung des Zentralkomitees der SED: Das Zentralkomitee wählt das neue Politbüro, das sich aus folgenden Personen zusammensetzt: *Ebert, Grotewohl, Matern, Oelßner, Pieck, Rau, Schirdewan, Stoph* und *Ulbricht*. Zu Sekretären werden gewählt: *Mückenberger, Oelßner, Schirdewan, Ulbricht* (1. Sekretär), *Wandel* und *Ziller*. Der am 15. Juli amtsenthobene Justizminister, *Fechner*, wird aus der SED, der am 24. Juli abgesetzte Minister für Staatssicherheit, *Zaisser*, und der Chefredakteur des SED-Organs *Neues Deutschland* *Rudolf Herrnstadt*, werden aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Das Zentralkomitee nimmt zum Abschluß der Sitzung eine Entschliebung „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“ an. In dieser Entschliebung nimmt die SED erneut Stellung zu den Ereignissen des 17. Juni und zu den bisher durchgeführten Maßnahmen des „neuen Kurses“. Gleichzeitig werden weitere Maßnahmen, besonders in bezug auf die Aenderung des Fünfjahrplans und auf die Verwaltungsarbeit, angekündigt. Die bisherige Politik der Partei wird einer besonderen Kritik unterworfen und neue Richtlinien für die Parteiarbeit festgelegt. Die Regierung der DDR schließt sich in einer Erklärung vom 29. Juli diesen Ausführungen an.
25. Schreiben Präsident *Eisenhowers* an Bundeskanzler *Adenauer* mit Erläuterungen zu den Beschlüssen der Washingtoner Außenministerkonferenz (vgl. USA). Bundeskanzler *Adenauer* dankt am 28. Juli in einem Antwortschreiben.
28. Bundesfinanzminister *Schäffer* erklärt nach seiner Rückkehr von Finanzbesprechungen in Washington vor der Presse in Bonn, die deutschen Wünsche zur Frage des deutschen Vermögens in den USA würden zu gegebener Zeit vom Kongreß geprüft werden. Die Bundesrepublik erhalte in der nächsten Zeit Offshore-Aufträge im gleichen Maße wie die anderen Länder. Von der Weltbank sei eine Anleihe in Höhe von 20 Millionen Dollar zur Förderung der Exportwirtschaft zu erwarten. Die am 14. Januar verhafteten ehemaligen NS-Funktionäre, der frühere Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, *Werner Naumann*, und der frühere HJ-Gebietsführer *Karl Friedrich Bornemann* werden aus der Haft entlassen.
29. Der Bundestag beendet seine vierjährige Legislaturperiode. In der letzten Sitzung, die in Köln stattfindet, wird die Novelle zum Wohnungsbaugesetz verabschiedet und den Vorschlägen des Vermittlungsausschusses zum Bundesentschädigungsgesetz, zum Sozialgerichtsgesetz und anderen Gesetzen zugestimmt.
30. In einem Wahlaufuf des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird die Arbeiterschaft aufgefordert, ihre Stimmen bei der kommenden Bundestagswahl nur solchen Personen zu geben, die in der Vergangenheit bewiesen hätten, daß sie die Forderungen der Gewerkschaften erfüllen wollen, und nicht denen, die „Gewaltherrschaft, Krieg, Terror und Bombennächte wieder heraufbeschwören“ und „das deutsche Volk ein zweites Mal ins Unglück stürzen wollen“. Mit der

Arbeit der Bundesregierung und des ersten Bundestages seien die Gewerkschaften nicht zufrieden. Noch am gleichen Tage nimmt Bundeskanzler *Adenauer* in München-Gladbach Stellung dazu und erklärt, der DGB und die angeschlossenen Gewerkschaften seien zu einer parteipolitischen Organisation geworden; er bezeichnet einen Teil des Aufrufs als schamlose Verleumdung der Bundesregierung und der CDU. Am 31. Juli richtet der Bundeskanzler ein Schreiben an den Vorsitzenden des DGB, *Walter Freitag*, in dem er gegen den Wahlaufuf des DGB protestiert.

Finnland

9. Der am 2. Juli mit der Neubildung der Regierung beauftragte bisherige Ministerpräsident, *Urho Kekkonen*, bildet eine Minderheitsregierung aus acht Mitgliedern der Agrarpartei, drei Mitgliedern der Schwedischen Volkspartei und drei Parteilosen, nachdem die Sozialdemokratische Partei ihre Teilnahme am Kabinett verweigert hat. Das Außenministerium, das bisher von Ministerpräsident *Kekkonen* mit verwaltet wurde, wird von *Ralph Törnngren* (Schwedische Volkspartei) übernommen.

Frankreich

- 2.—5. Nationaler Kongreß der Sozialistischen Partei in Paris. In einer außenpolitischen Resolution wird erklärt, Frankreich solle jede Initiative zu Vier- oder Fünfmächte-Verhandlungen ergreifen; doch dürften solche Verhandlungen nicht zu einer Neutralisierung Deutschlands führen. Die schnelle Integration Deutschlands — vereint oder nicht vereint — in das demokratische Europa sei als eine Bedingung für den Erfolg solcher Verhandlungen anzusehen. Zum EVG-Vertrag heißt es in der Resolution, die Sozialistische Partei bejahe den Grundsatz einer vereinten europäischen Armee, sie werde ihre Stellungnahme zum EVG-Vertrag jedoch erst kurz vor seiner Behandlung in der Nationalversammlung, die keinesfalls vor den deutschen Bundestagswahlen stattfinden dürfe, festlegen. Als Kriterien für diese Stellungnahme werden befriedigende Zusicherungen in drei Punkten genannt: amerikanische Garantie gegen die Verletzung des Vertrags durch einen Mitgliedstaat, Definierung der Assozierung mit Großbritannien und Fortschritte in Richtung auf die europäische politische Autorität.
3. In einer Note an die Regierungen der drei assoziierten Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha erklärt sich die französische Regierung bereit, diesen Staaten die volle Unabhängigkeit innerhalb der Französischen Union zu gewähren. Die Staaten werden zu Verhandlungen über die Abtretung der bisher noch Frankreich vorbehaltenen Kompetenzen eingeladen.
11. Die Nationalversammlung billigt endgültig das von der Regierung vorgelegte Gesetz zur Sanierung der Staatsfinanzen, das vorher vom Rat der Republik teilweise abgelehnt worden war. Das Gesetz sieht eine Erhöhung der Alkohol- und Benzinsteuern sowie der Paß- und Stempelgebühren vor und erteilt der Regierung Vollmachten, Sparmaßnahmen auf administrativem Wege zu treffen.
15. Note an die Sowjetunion mit dem Vorschlag einer Viermächte-Außenministerkonferenz (vgl. den Wortlaut auf S. 5913).

22. Außenminister *Bidault* erklärt in seinem Bericht über die Washingtoner Außenministerkonferenz vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands sei vordringlicher als das der EVG. Die Ratifizierung des EVG-Vertrags durch Frankreich sei weiterhin von der Lösung der Saarfrage, der Unterzeichnung der Zusatzprotokolle und einer engeren Bindung Großbritanniens abhängig.

23. Die sogenannte „Kleine Verfassungsreform“ wird von der Nationalversammlung mit 468 gegen 127 Stimmen angenommen. Die Reform sieht u. a. den Wegfall der Investiturabstimmung vor: ein designierter Ministerpräsident soll in Zukunft erst sein Kabinett bilden und dann um das Vertrauen der Nationalversammlung ersuchen können. Ferner soll der Rat der Republik durch die Reform das Recht der Gesetzesinitiative zurückerhalten.

31. Note der Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5916).

Griechenland

8.—11. Konferenz der Außenminister der drei Staaten des Balkanpaktes in Athen (vgl. den Wortlaut des Schlußkommunikés auf S. 5917).

21. Außenminister *Stephanos Stephanopoulos* gibt die Wiederherstellung voller diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und den bevorstehenden Austausch von Botschaftern bekannt.

Großbritannien

14. Das Gesetz über die Bildung der Zentralafrikanischen Föderation (Südrhodesien, Nordrhodesien, Njassaland) tritt mit der Zustimmung von Königin *Elisabeth II.* in Kraft.

15. Note an die Sowjetunion mit dem Vorschlag einer Viermächte-Außenministerkonferenz (vgl. den Wortlaut auf S. 5913).

21.—22. Außenpolitische Debatte im Unterhaus. Der amtierende Premierminister, Schatzkanzler *Richard A. Butler*, erläutert die Ergebnisse der Washingtoner Außenministerkonferenz der drei Westmächte und erklärt, vor einem Treffen der Regierungschefs der vier Großmächte müsse die Deutschlandfrage geklärt werden, die das Kernproblem der Beziehungen des Westens zur Sowjetunion sei; deshalb sei die Einladung zu einer Viermächte-Außenministerkonferenz ergangen. Der Oppositionsführer, *Clement R. Attlee*, und der frühere Außenminister, *Herbert Morrison*, entgegnen in der Debatte, daß die Beschlüsse von Washington einen Rückschritt in der Entwicklung und ein Abweichen vom Geiste der Vorschläge Premierminister *Churchills* vom 11. Mai darstellten. Darauf antwortet Staatsminister *Selwyn Lloyd*, die Einladung zu einer Deutschlandkonferenz sei der gegebene nächste Schritt im Rahmen der Churchill'schen Konzeption, nachdem die Krankheit des Premierministers eine Modifikation der früheren Entschlüsse notwendig gemacht habe.

30. Unterzeichnung eines Freundschafts- und Bündnispaktes zwischen Großbritannien und Libyen (vgl. Libyen).

31. Note der Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5916).

Italien

7. Der bisherige Ministerpräsident, *Alcide de Gasperi*, wird von Staatspräsident *Einaudi* nach den Wahlen erneut mit der Bildung der Regierung beauftragt. Am 15. Juli bildet er ein Kabinett, das ausschließlich aus Politikern der Christlich-Demokratischen Partei zusammengesetzt ist. In seiner Regierungserklärung am 21. Juli kündigt de Gasperi die Fortsetzung des bisherigen Kurses sowohl auf dem Gebiete der Außenpolitik als auch der Innen- und Finanzpolitik an. Die Regierung muß jedoch am 28. Juli zurücktreten, nachdem ihr die Kammer mit 282 gegen 263 Stimmen das Vertrauen verweigert hat.

Niederlande

4. In einer Botschaft an die Zweite Kammer der Generalstaaten bezeichnet die Regierung den EVG-Vertrag als einen Kompromiß, mit dessen Nachteilen man sich im Interesse der überragenden Bedeutung des Vertragswerkes für die Integration Europas abfinden müsse. Der Vertrag könne in einzelnen Punkten der niederländischen Verfassung widersprechen, doch könne die Kammer auf Grund der Verfassungsänderung vom 22. Juni 1953 darüber mit einer Zweidrittelmehrheit hinweggehen. Die Regierung erklärt, sie sehe den direkten Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atlantikpakt zwar als ein einfacheres Mittel zur Verteidigung Europas an als die EVG, doch sei diese Lösung vorläufig aus politischen Gründen unmöglich. Am 23. Juli wird der EVG-Vertrag von der Zweiten Kammer mit 75 gegen 11 Stimmen (6 Kommunisten, 4 Rechtsradikale, 1 Antirevolutionäre Partei) ratifiziert.

24. Nach mehreren Geheimkonferenzen findet im Haag eine Ministerkonferenz der Benelux-Länder statt, die sich mit den aus der Zollunion resultierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten befaßt. Im Schlußkommuniké wird bekanntgegeben, daß die Minister sich auf zwei Protokollentwürfe einigten, von denen der eine die Errichtung eines interparlamentarischen Konsultativorgans der drei Staaten vorsieht, während der andere bestimmt, daß im Falle außergewöhnlicher Schwierigkeiten in einem Wirtschaftszweig eines Mitgliedstaates diesem erlaubt werden soll, vorübergehende Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Norwegen

6. Das Storting billigt ohne Diskussion den Militärbudget 1953/54 in Höhe von 1100 Millionen Kronen. Ferner wird die Dienstzeit in der Flotte und der Luftwaffe von 12 auf 18 Monate heraufgesetzt.

13. Die Regierung legt dem Parlament in einer Denkschrift einen „Plan für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ausbau des Landes“ für die Jahre 1954 bis 1957 vor, als dessen Hauptziele die Verwirklichung der Vollbeschäftigung, eines höheren Lebensstandards, gesteigerter Produktion und angemessener Einkommensverteilung genannt werden.

18. Auflösung des Parlaments (nach Ablauf der Legislaturperiode) und Ausschreibung von Wahlen für den 12. Oktober.

Oesterreich

7. In einer Sitzung der Parteileitung und der Parlamentsfraktion der ÖVP erklärt Außenminister *Gruber*, das Bemühen Oesterreichs müsse angesichts der in Fluß geratenen internationalen Lage darauf gerichtet sein, die Dringlichkeit der österreichischen Frage im Denken möglichst vieler Staatsmänner zu verankern. Es sei die erklärte österreichische Politik, sich keinem militärischen Block anzuschließen; darin liege eine Garantie für den Osten.
29. Note der Sowjetunion an die österreichische Regierung über den Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5915). Zu dem in der Note erwähnten Memorandum der österreichischen Regierung an die Sowjetregierung vom 30. Juni wird von der Regierung erklärt, daß es sich dabei nur um eine orientierende Mitteilung gehandelt habe, die der österreichische Botschafter in Moskau übergeben habe und von deren Inhalt die Westmächte in Kenntnis gesetzt wurden.
30. Die sowjetische Hohe Kommission teilt der österreichischen Regierung in einer Note mit, daß die Sowjetunion ab 1. August die Kosten für den Unterhalt ihrer Truppen in Oesterreich selbst tragen werde.
31. Note der Sowjetunion an die drei Westmächte über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5916).

Rumänien

3. Beendigung der am 26. Juni begonnenen achten Tagung der Donaukommission in Galatz. Annahme neuer, von der Sowjetunion vorgeschlagener Verfahrensregeln, durch die der bisher selbständige Sekretär der Kommission der Kontrolle eines permanent tagenden Ueberwachungsausschusses unterstellt wird. Die neue Regelung deckt sich teilweise mit den von Jugoslawien eingebrachten Vorschlägen, berücksichtigt jedoch nicht die jugoslawische Forderung auf einen turnusmäßigen Wechsel der Nationalität des Sekretärs. Der jugoslawische Delegierte erklärt, daß auch die neuen Verfahrensregeln eine wirkungsvolle Zusammenarbeit in der Kommission unmöglich machen.

Schweden

- 4.—11. Dritter Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Stockholm. In einer Resolution zum Aufstand vom 17. Juni versichert der Kongreß die Arbeiter des sowjetischen Besatzungsgebietes Deutschlands der Solidarität der freien Gewerkschaften, fordert alle angeschlossenen Organisationen zu moralischer und finanzieller Unterstützung der Opfer der sowjetischen Verfolgung auf und fordert im Interesse des Weltfriedens die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen. Durch eine Statutenänderung wird der Generalrat des IBFG abgeschafft und der Exekutivausschuß auf 27 Mitglieder erweitert. Zum neuen Präsidenten des IBFG wird der Generalsekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes, Omar *Becu* (Belgien) gewählt.
- 15.—18. Dritter Weltkongreß der Sozialistischen Internationale in Stockholm (vgl. Kurzbericht auf S. 5919).

Sowjetunion

10. Absetzung, Verhaftung und Parteiausschluß des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers, Lawrentij P. *Berija*. Zum neuen Innenminister wird Sergej N. *Kruglow* ernannt, der dieses Ministerium bereits vor Stalins Tod innehatte. In Kommuniqués des Ministerrats und des ZK der KPdSU wird *Berija* staatsfeindliche Tätigkeit, die auf die Unterminierung des Sowjetstaates im Interesse des ausländischen Kapitals gerichtet gewesen sei, vorgeworfen. In den folgenden Wochen werden eine Reihe von Ministern in den Unionsrepubliken abgesetzt. Am 15. Juli richten Kriegsminister *Nikolai A. Bulganin* und eine große Anzahl von Marschällen und Generalen der Armee eine Ergebnissadresse an die Regierung und die KPdSU.
- Note der Vereinigten Staaten, in der der Sowjetunion amerikanische Lebensmittellieferungen im Werte von 15 Millionen Dollar für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands angeboten werden. In einer am 11. Juli übergebenen Antwortnote lehnt Außenminister *Molotow* das Angebot ab, indem er es als ein Propagandamanöver und eine Beleidigung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bezeichnet. Am 20. Juli gibt der Ministerrat bekannt, daß die Sowjetunion auf Ersuchen der Regierung der DDR im zweiten Halbjahr 1953 auf Kredit Lebensmittel und Rohstoffe im Werte von 231 Millionen Rubel an die DDR liefern werde.
15. Note der Westmächte mit dem Vorschlag einer Viermächte-Außenministerkonferenz (vgl. den Wortlaut auf S. 5913).
18. Antwortnote der Türkei auf die sowjetische Note vom 30. Mai (vgl. Türkei).
26. Veröffentlichung einer grundsätzlichen Erklärung der Propagandaabteilung des ZK der KPdSU zum 50. Jahrestag der Gründung der Partei. Darin heißt es, auf außenpolitischem Gebiet stehe die Partei für ein langes Nebeneinanderleben und die friedliche Zusammenarbeit der beiden Gesellschaftssysteme ein. Die Erklärung warnt vor dem Eindringen von Volksfeinden und kapitalistischen Elementen, gegen das die Partei keinesfalls gesichert sei. Nach einer scharfen Verurteilung des „Persönlichkeitskultes“ und der Betonung des Prinzips der kollektiven Führung schließt die Erklärung mit dem Versprechen, daß die Partei das Werk des „großen Lenin“ bis zum Triumphe des Kommunismus fortsetzen werde.
29. Note an die österreichische Bundesregierung über den Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5915).
31. Note an die drei Westmächte über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5916).

Tschechoslowakei

7. Ein am 1. Juli in Kraft getretenes Gesetz, das unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit unter Strafe stellte und jeden Arbeitsplatzwechsel von behördlicher Genehmigung abhängig machte, wird auf Antrag des Gewerkschaftsbundes wieder aufgehoben.

Türkei

18. Die am 30. Mai der Türkei überreichte Note der Sowjetunion wird gleichzeitig mit der am 18. Juli in Moskau überreichten türkischen Antwortnote veröffentlicht. In der sowjetischen Note wird erklärt, daß die Sowjetrepubliken Georgien und Armenien im Interesse gutnachbarlicher Beziehungen auf ihre territorialen Forderungen an die Türkei verzichten. In der Meerengenfrage habe die Sowjetregierung ihre Haltung überprüft und sei zu dem Schluß gelangt, daß sie sich gegen eine Bedrohung von den Meerengen her unter Bedingungen schützen könne, die für die Sowjetunion und die Türkei gleichermaßen annehmbar seien. In ihrer Antwort betont die türkische Regierung ihre Genugtuung über den Verzicht auf die territorialen Forderungen und weist darauf hin, daß die Meerengenfrage durch die Konvention von Montreux geregelt sei.

Ungarn

3. Zusammentritt der im Mai neugewählten Nationalversammlung. Zum Vorsitzenden des Präsidialrates (Staatsoberhaupt) wird Istvan *Dobi* wiedergewählt.
4. Bildung der neuen Regierung. Neuer Ministerpräsident wird der bisherige Stellvertretende Ministerpräsident Imre *Nagy*. Stellvertretende Ministerpräsidenten sind Ernő *Gerő* (Innenminister) und

Andras *Hegedüs*. Der bisherige Ministerpräsident, Matyas *Rakosi*, gehört dem Kabinett nicht mehr an, bleibt aber Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen. Außenminister wird Janos *Boldoczky*, Verteidigungsminister Generalmajor Istvan *Bata*. In seiner Regierungserklärung sagt Ministerpräsident Nagy, die bisherige Regierung habe eine Reihe von Fehlern begangen. So sei die Rechtssicherheit der Bürger nicht immer geachtet worden, die Schwerindustrie sei übermäßig gefördert und die Konsumgüterindustrie und Landwirtschaft vernachlässigt worden, und das Vorantreiben der Kollektivierung habe zur Folge gehabt, daß viele Felder unbebaut geblieben seien. Das zukünftige Regierungsprogramm enthält folgende neue Richtlinien: Auflösung der Internierungslager und Einstellung der Deportationen, Verlagerung des Schwerpunktes des Industriesausbaus auf die Konsumgüterindustrie und des Schwerpunktes der Investitionen auf die Landwirtschaft, Förderung der Einzelbauern und Freistellung des Austritts aus den Kollektivwirtschaften, Wiedereinführung des privaten Handels.

26. Bekanntgabe einer Amnestie für Strafen unter zwei Jahren und für alle Zwangsarbeitsstrafen sowie der Kürzung aller übrigen Strafen um ein Drittel. Gleichzeitig wird die Aufhebung der Konzentrationslager bis zum 31. Oktober verfügt.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt**AFRIKA****Libyen**

30. Unterzeichnung eines Freundschafts- und Bündnisvertrages zwischen Libyen und Großbritannien, in dem sich Großbritannien verpflichtet, finanzielle Beiträge zur wirtschaftlichen Erschließung zu leisten, während Libyen der Stationierung britischer Truppen auf seinem Staatsgebiet zustimmt.

AMERIKA**Argentinien**

8. Unterzeichnung des Vertrages über die argentinisch-chilenische Wirtschaftsunion in Buenos Aires durch Präsident Juan *Perón* und den chilenischen Präsidenten, Carlos *Ibañez*. Der Vertrag sieht die schrittweise Herstellung einer Zollunion zwischen beiden Staaten sowie die Angleichung der Devisensysteme, die Koordinierung der Produktion, die Förderung gegenseitiger Kapitalinvestitionen sowie die Vereinheitlichung des Steuer- und des Verkehrswesens vor.

Vereinigte Staaten

1. Der Senat billigt das Auslandhilfeprogramm 1953/54 in Höhe von 5,318 Milliarden Dollar. Nachdem der Vermittlungsausschuß einen Kompromiß zwischen den Vorlagen des Senats und des Repräsentantenhauses (vgl. Zeittafel in EA 14—15/1953) ausgearbeitet hat, wird das Gesetz von beiden Häusern des Kongresses am 13. Juli in Höhe von 5,157 Milliarden Dollar endgültig verabschiedet. Es wird am 16. Juli von Präsident *Eisenhower* unterzeichnet.

9. Umwandlung der MSA-Mission in Europa in die USRO (vgl. Kurzbericht in EA 14—15/1953, S. 5880).
10. Note an die Sowjetunion mit einem Lebensmittelangebot für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands (vgl. Sowjetunion). Nach der Ablehnung des Angebots durch die sowjetische Regierung gibt Präsident *Eisenhower* am 15. Juli in seiner Pressekonferenz bekannt, daß die Lebensmittel der deutschen Bundesregierung zur Verfügung gestellt und in Westberlin an Bewohner des sowjetischen Besatzungsgebiets verteilt werden.
- 10.—14. Außenministerkonferenz der drei Westmächte in Washington (vgl. den Wortlaut der Schlußkommuniqués auf S. 5911).
15. Note an die Sowjetunion mit dem Vorschlag einer Viermächte-Außenministerkonferenz (vgl. den Wortlaut auf S. 5913).
19. Außenminister *Dulles* berichtet in einer Fernsehsendung über die Washingtoner Außenministerkonferenz und in einem Gespräch mit Staatssekretär Walter S. *Robertson* über das koreanische Problem. Der Außenminister sagt, die Sowjetunion könne jetzt ihren echten Friedenswillen beweisen, indem sie die Zustimmung zu freien Wahlen in Deutschland und zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gebe. Zur europäischen Integration erklärt *Dulles*, die amerikanische Regierung bedaure die parlamentarischen Verzögerungen bei der Verwirklichung der EVG, denn sie betrachte diese, unabhängig von der sowjetischen Bedrohung, als einen notwendigen Schritt zur Herstellung der Einigkeit der europäischen

Länder; diesem Standpunkt hätten sich auch die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs angeschlossen. In dem Gespräch über Korea kündigt der Außenminister an, daß die Vereinigten Staaten die vorgesehene politische Konferenz verlassen werden, wenn sich herausstellen sollte, daß die Kommunisten sie dazu benutzen wollen, das zu erreichen, was ihnen auf dem Schlachtfeld versagt geblieben ist.

25. In einem Schreiben an den deutschen Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, erläutert Präsident *Eisenhower* die Beschlüsse der Washingtoner Außenministerkonferenz und erklärt, der Aufstand im sowjetischen Besatzungsgebiet Deutschlands vom 17. Juni bilde den wahren Hintergrund der Deutschland betreffenden Beschlüsse. Die amerikanische Regierung sei mehr denn je davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur über freie Wahlen führen könne. Dann setzt sich der Präsident mit den Einwänden deutscher Kreise gegen die EVG auseinander und äußert die Ansicht, daß die Stärkung der Bundesrepublik durch das Zustandekommen der EVG und durch weitere Fortschritte der europäischen Integration die Aussichten auf eine friedliche Wiedervereinigung nur fördern könne. Eine künftige gesamtdeutsche Regierung werde zwar frei entscheiden können, bis zu welchem Grade sie Verteidigungsabmachungen beitreten wolle, doch könne er sich schwer vorstellen, daß sie angesichts anderer schwer bewaffneter Nationen den Weg völliger Abrüstung einschlagen würde.
31. Note der Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5916). Tod des Führers der republikanischen Senatsfraktion, Robert A. *Taft*.

ASIEN

Israel

20. Das Außenministerium gibt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion bekannt.

Korea

12. Nach zweiwöchigen Verhandlungen zwischen dem südkoreanischen Staatspräsidenten, Syngman *Rhee*, und dem Sonderbotschafter Präsident *Eisenhowers*, Walter S. *Robertson*, wird in einem Kommuniqué bekanntgegeben, daß nunmehr Einigung über die Fragen des Waffenstillstandes, über den Abschluß eines amerikanisch-südkoreanischen Sicherheitspaktes und über die Unterstützung der Bestrebungen zur Wiedervereinigung Koreas durch die Vereinigten Staaten erzielt worden sei. *Robertson* erklärt nach den Verhandlungen, er sei davon überzeugt, daß Südkorea den Waffenstillstand nun nicht mehr stören werde. Am 24. Juli erklärt Präsident *Rhee* jedoch, daß Südkorea sich an den Waffenstillstand nur gebunden fühlen werde, wenn die vorgesehene politische Konferenz innerhalb von neunzig Tagen befriedigende Ergebnisse gezeitigt habe.
13. In einer der stärksten Offensiven seit Beginn des

Stellungskrieges verschieben chinesische Truppen die Front im Mittelabschnitt um 10 km nach Süden. Die Offensive wird am 17. Juli zum Stehen gebracht.

27. Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens in Panmunjom. Am Abend des gleichen Tages wird an der Front das Feuer eingestellt; gleichzeitig wird die Seeblockade Nordkoreas aufgehoben. Am 30. Juli ist die Räumung der neutralen Zone längs der ehemaligen Frontlinie beendet. Der südkoreanische Präsident, Syngman *Rhee*, erklärt nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, Südkorea werde den Waffenstillstand einhalten, solange die politische Konferenz über die Befreiung und Vereinigung Koreas verhandele. Am gleichen Tage wird ein Schreiben des amerikanischen Außenministers, John Foster *Dulles*, an Präsident *Rhee* veröffentlicht, in dem *Dulles* erklärt, daß die Vereinigten Staaten die politische Konferenz verlassen werden, wenn sie im Verlaufe von neunzig Tagen zu keiner Einigung gelangt.
28. Die gemischte Waffenstillstandskommission, die aus Vertretern der beiderseitigen Oberkommandos besteht, nimmt ihre Arbeit auf.

Pakistan

- 25.—27. Besprechungen zwischen Premierminister Mohammed *Ali* und dem indischen Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, in Karatschi. Ein Kommuniqué wird nicht veröffentlicht. Premierminister *Nehru* erklärt nach den Besprechungen, es seien außenpolitische Fragen und andere Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse besprochen worden; während in vielen Fragen weitgehende Annäherung erzielt worden sei, sei das Kaschmir-Problem einer Lösung noch nicht nähergerückt. Premierminister *Ali* erklärt am 29. Juli, die Verhandlungen seien nicht so erfolgreich verlaufen, wie er es erhofft habe.

Persien

1. Das Majlis (Unterhaus) wählt an Stelle von Mullah Ayatollah *Kaschani*, der in Opposition zu Ministerpräsident *Mossadegh* stand, einen Anhänger *Mossadeghs*, Abdullah *Moazami*, zu seinem neuen Präsidenten.

Syrien

10. In einer Volksabstimmung wird eine neue Verfassung angenommen und General Adib *Schischakli* zum Präsidenten der Republik gewählt. Präsident *Schischakli* schließt am 19. Juli die Bildung seiner Regierung ab. Außenminister wird Khalil *Mardam*.

Organisation der Vereinten Nationen

Sonderorganisationen

UNESCO

3. Abschluß einer außerordentlichen Generalkonferenz in Paris, auf der der Leiter der amerikanischen Kongreßbibliothek, Luther *Evans*, mit 39 gegen 17 Stimmen zum neuen Generaldirektor gewählt wird.

Bücher und Broschüren

Albrecht, Karl: Ein Weg zur wirtschaftlichen Einheit Europas. (Schriftenreihe des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.) Braunschweig: Georg Westermann 1953. 20 S., 5 Tab.

Arbeiter — Manager — Kultur. Zweites europäisches Gespräch. Im Auftrage des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes bearbeitet von Dr. Ernst v. Schenck. Köln: Bund-Verl. 1952. XII, 152 S. DM 5.80; Gl., DM 6.90.

Aufgaben deutscher Forschung auf dem Gebiet der Natur-, Ingenieur- und Gesellschaftswissenschaften. Versuch eines vorläufigen Ueberblicks mit zusätzlichen Angaben über Forschungsstätten und Förderer deutscher Forschung. Im Auftrage des Ministerpräsidenten Karl Arnold zusammengestellt und herausgegeben von Ministerialdir. Dipl.-Ing. L. Brandt. Köln u. Opladen: Westdeutscher Verl. 1952. XXXI, 389 S. DM 36.—.

Baer, Chr.-Claus: Verfassungen recht verstehen. Verfassungen großer Demokratien im Vergleich. (Schriften der Deutschen Wählergesellschaft, Heft 5.) Frankfurt a. M. u. Offenbach a. M.: Bollwerk-Verlag 1952. 89 S.

Braubach, Max: Der Weg zum 20. Juli 1944. Ein Forschungsbericht. Im Auftrage des Ministerpräsidenten Karl Arnold herausgegeben von Ministerialdirektor Professor Leo Brandt. (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften. Heft 13.) Köln u. Opladen: Westdeutscher Verlag 1953. 48 S., DM 3.25.

Coudenrove-Kalergi, Richard: Die Europäische Nation. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1953. 164 S.

Der Verfasser — als Schöpfer der Paneuropabewegung nach dem Ersten Weltkrieg ein bedeutender Vorkämpfer der europäischen Einigung — ist bestrebt, aus geistesgeschichtlicher Schau ein gesamteuropäisches Weltbild auf dem Hintergrund der politischen Entwicklung zu errichten. Mag man der kühnen Konzeption, Europa als einheitliche Nation aufzufassen, in den jeweiligen Geschichtsepochen im einzelnen folgen oder nicht folgen können — die Darlegungen bringen oft überraschende Aspekte und an Hand der historischen Tatsachen fruchtbare Erkenntnisse für die Vorgeschichte der gegenwärtigen Situation und Entwicklung. Das Bewußtsein von der europäischen Kulturgemeinschaft wird überzeugend mit dem Zwang zur europäischen Schicksalsgemeinschaft verbunden.

Einen besonderen Hinweis verdient — weil in breiteren Kreisen zu wenig bekannt — die Geschichte der Europa Idee, die bereits bei Dante auftaucht, dann mehr oder weniger schon eine politische Rolle gespielt, stets aber bedeutende Geister weiter beschäftigt hat, bis sie trotz vieler politischer Rückschläge bis in die jüngste Vergangenheit nun zu institutionellen Gestaltungen drängt.

Dischler, Ludwig: Der Auswärtige Dienst Frankreichs. (Hektographierte Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Reihe D: Studien, Abt. II: Auslandsforschung, Band I.) Erster Teil. Hamburg 1952. III, 170 Bl.

Dischler, Ludwig: Weltgesundheits-Organisation (WHO) (Satzung mit englischem und deutschem Text) und

Internationale Gesundheitsordnung (deutsche Uebersetzung). (Dokumente, herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Heft 6.) Frankfurt a. M. u. Berlin: Alfred Metzner Verlag 1952. 42 S.

Einaudi, Mario, und François Goguel: Cristian Democracy in Italy and France. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press 1952. X, 229 S. \$ 4.00.

Fitzsimons, M. A.: The Foreign Policy of the British Labour Government 1945—1951. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press 1953. VI, 182 S. \$ 3.25.

Galbraith, W. O.: Colombia. A General Survey. London u. New York: Royal Institute of International Affairs 1953. VII, 140 S. 13 s. 6 d.

Görlitz, Walter: Der Zweite Weltkrieg in Stichworten. (Kleine Publizistische Beiträge, Heft 3.) Hagen: Joachim Breschke 1953. 80 S. DM 2.90.

Hahn, Carl Horst: Der Schuman-Plan. Eine Untersuchung im besonderen Hinblick auf die deutsch-französische Stahlindustrie. München: Richard Pflaum Verlag 1952. 158 S. Kart. DM 9.80, Halbl. DM 12.50.

Eine Studie über die wirtschaftlichen Grundlagen der Montanunion und eine vergleichende Betrachtung der Stahlkartelle der Zwischenkriegszeit bilden den Ausgangspunkt der Untersuchung darüber, ob die nach dem Ersten Weltkrieg bereits aufgetauchten, durch die Umwälzungen des Zweiten Weltkrieges aber vervielfachten Schwierigkeiten für die westeuropäische Montanindustrie einen Zusammenschluß der Montanindustrien auf der vom Schumanplan geforderten Basis der Marktwirtschaft noch möglich sein lassen. Der Verfasser betont zwar die politische Bedeutung des Schumanplans, äußert jedoch schwere Bedenken hinsichtlich seiner erfolgreichen Durchführung. Er sieht in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in ihrer heutigen Form den Ausgangspunkt wirtschaftlicher Störungen und eine Gefahr für den europäischen Gedanken und die Demokratie in Westeuropa.

Hausmann, Frederick: Der Schuman-Plan im europäischen Ziellicht. München u. Berlin: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1952. XII, 266 S. Kart. DM 16.—.

Diese intereuropäische Schrift ist ein kritischer Beitrag zur praktischen Funktion der Schuman-Plan-Idee. Der Verfasser behandelt neben grundsätzlichen Fragen auch Einzelheiten zur Auslegung des Vertrages, u. a. auch die Kartell- und Wettbewerbsfragen und beleuchtet die Probleme auch an Hand der teilweise verschiedenen Auffassungen und Absichten der Mitgliedstaaten. Das Buch enthält ausführliche statistische und dokumentarische Zusammenstellungen und bringt in einem umfangreichen Anhang eine wertvolle Materialsammlung und Dokumentation.

Hellwig, Fritz: Westeuropas Montanwirtschaft. Kohle und Stahl beim Start der Montanunion. (Schriftenreihe des Deutschen Industrieinstituts Heft 2.) Köln: Deutsche Industrie-Verlags G.m.b.H. 1953. 86 S. Brosch. DM 2.40.

An Hand umfangreichen Materials und auf Grund genauer Kenntnis der Montanwirtschaft in den beteiligten Ländern schildert der Verfasser die bisherige Entwicklung von Kohleförderung, Eisen- und Stahlerzeugung Westeuropas. Er weist nach, wie der Anteil Westeuropas in der Welt-erzeugung stark zurückgegangen ist zugunsten der über-seischen Produktionsgebiete, neuerdings aber auch zugunsten des osteuropäisch-eurasischen Blocks. Der Verfasser untersucht dann die Wettbewerbsverhältnisse zwischen den einzelnen Mitgliedsländern und die Probleme, die bei der Herstellung des Gemeinsamen Marktes in erster Linie beachtet werden müssen. Besonderes Gewicht wird dabei auf den

Fragenkomplex gelegt, den man als die „Handelsbilanz“ der europäischen Montanunion bezeichnen kann. Der Verfasser weist aber mit Nachdruck darauf hin, daß das Ziel der Montanunion nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Mitgliedsländer auf eine Störung der Wettbewerbsverhältnisse durch steuerpolitische Diskriminierung und durch Währungsmanipulationen verzichten.

Der Kampf um Europa. Von der Verfassungsarbeit zum Bundespakt. Herausgegeben vom Büro für politische Studien, Frankfurt a. M. 1953. 32 S.

Kindt-Kiefer, J. J.: Das deutsche Chaos eine europäische Frage. 2. Aufl. Bern u. Stuttgart: Verlag Paul Haupt 1952. 109 S. Kart. DM 6.75.

Koßmann, Eugen Oskar: Warum ist Europa so? Eine Deutung aus Raum und Zeit. Stuttgart: S. Hirzel Verlag 1950. XXIII, 286 S.

Meissner, Boris: Die Internationale Arbeits-Organisation (ILO) mit der Satzung im englischen Originaltext und deutscher Uebersetzung. (Dokumente, herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Heft 7.) Frankfurt a. M.: Alfred Metzner Verlag o. J. 51 S.

Moorehead, Alan: Verratenes Atomgeheimnis — Nunn May, Klaus Fuchs. Pontecorvo. Braunschweig: Georg Westermann 1953. 255 S. DM 4.80.

Pfuhl, Eberhardt: Die sowjetzonalen Zwangsmaßnahmen gegen Handelsgesellschaften 1945—1948. (Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 8, Reihe Wirtschaft und Recht. Rechtswissenschaftliche Folge, herausgegeben von der Rechtsabteilung des Instituts.) Berlin 1953. 80 S. DM 3.—.

Runge, Hans-Joachim: Die Kodifikationsversuche der Internationalen Rechtskommission der Vereinten Nationen. (Hektographierte Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Reihe D: Studien, Abt. I: Völkerrecht und Internationale Beziehungen, Band I.) Hamburg 1952, V, 166 Bl. DM 5.—.

Wagenführ, Rolf: Mensch und Wirtschaft. Eine Nationalökonomie für jedermann. Köln: Bund-Verlag G.m.b.H. 1952. 306 S. DM 11.80.

Wagenführ, Rolf: Statistik leicht gemacht. Dritte, vollständig umgeänderte und erweiterte Auflage. Köln: Bund-Verlag G.m.b.H. 1952. 208 S. DM 9.80.

Wahlen und Wahlsysteme. Herausgegeben vom Büro für politische Studien G.m.b.H., Frankfurt a. M. 1953. (Wissenswertes, Nummer 15.) 24 S. DM 0.50.

Der Zonenbeirat der britisch besetzten Zone. Ein Rückblick auf seine Tätigkeit. (Monographien zur Politik, Heft 2.) Göttingen: Otto Schwartz & Co. 1953. VIII, 144 S. Kart. DM 6.—.

Der 20. Juli 1944. Geänderte und vervollständigte Bearbeitung der Sonderausgabe der Wochenzeitung „Das Parlament“: „Die Wahrheit über den 20. Juli 1944“. Bearbeitet von Hans Royce. Herausgegeben von der Bundeszentrale für Heimatdienst. Bonn o. J. 216 S.

Bibliographien

Bibliographie zum Schumanplan 1950—1952. Bibliographischer Index der amtlichen Unterlagen, Bücher, Broschüren und Beiträge in Periodica über die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Frankfurt a. M.: Institut für Europäische Politik und Wirtschaft 1953. IV, 151 S. DM 9.—.

Books on Persecution. Terror and Resistance in Nazi Germany. 2nd Edition, with Supplement. (Catalogue Series No. 1.) London: The Wiener Library 1953. 51 u. 24 S. 5 s.

Current Sociology. Paris: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization 1953. § 1.00.

Die von der UNESCO in Paris herausgegebene internationale Bibliographie erstreckt sich über den gesamten Bereich der Soziologie. (Mit Autoren- und Sachverzeichnis sowie einer Zeitschriftenliste.)

Ettinghausen, Richard: A Selected and Annotated Bibliography of Books and Periodicals in Western Languages Dealing with the Near and Middle East. With Special Emphasis on Mediaeval and Modern Times. Prepared under the auspices of the Committee on Near Eastern Studies American Council of Learned Societies. Washington, D. C.: The Middle East Institute 1952. 111 S.

Mid-Europe. A Selective Bibliography. Compiled by Jirina Sztachova. New York: Mid-European Studies Center of the National Committee for a Free Europe, Inc. 1953. 197 S. \$ 2.00.

Selected Works on Polish Agrarian History and Agriculture. A Bibliographical Survey by Matthew M. Fryde. New York: Mid-European Studies Center 1952. 87 S.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Gulton, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzodenweg 80, Basel.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Tödlicher Unfall des Generalsekretärs des Europarats

Die Tätigkeit des Europarats im Monat Juli 1953

Tod von Jacques-Camille Paris

Der Europarat hat durch einen Unfall am 17. Juli 1953 in Arbanats (Gironde) seinen Generalsekretär, Jacques-Camille Paris, verloren.

Die Beisetzung fand am 20. Juli in Martillac (Gironde) statt. Die Beratende Versammlung war durch ihren Präsidenten, Herrn François de Menthon, vertreten; das Ministerkomitee durch den belgischen Konsul in Bordeaux, Herrn Grange, als Vertreter des Präsidenten des Ministerkomitees, Herrn Paul van Zeeland; durch Herrn François Seydoux, der den französischen Außenminister vertrat, durch Botschaftsrat Herrn von Walter als Vertreter des Kanzlers und Außenministers der Deutschen Bundesrepublik, Baron S. G. M. van Voorst tot Voorst, Vertreter des holländischen Außenministers, Herrn Audland, für den Ständigen Vertreter Großbritanniens beim Europarat; das Generalsekretariat durch die Direktoren und Abteilungsleiter, an der Spitze Herr Anthony Lincoln, stellvertretender Generalsekretär, und Fürst Caracciolo, Leiter des Parlamentsdienstes.

Die französische Regierung wurde durch den Staatsminister für Fragen des Europarats, Herrn François Mitterand, vertreten.

Die Hohe Behörde für Kohle und Stahl wurde durch eine Delegation unter Führung von Herrn Paul Finet vertreten.

Die Versammlung der Union Française durch ihren Sekretär Herrn Mercier.

Der Präfekt des französischen Departements Niederrhein (Elsaß), Herr Paul Demange, der Präfekt der Gironde, Herr Lahibonne, und der Erste Beigeordnete von Bordeaux, Herr Touton, vertraten die Orts- und Bezirksbehörden.

Nach einer Seelenmesse in der Pfarrkirche von Martillac fand die Beisetzung auf dem Friedhof des Ortes statt. Es wurden zahlreiche Kränze niedergelegt, besonders im Namen des Ministerkomitees, der Beratenden Versammlung, des Generalsekretariats, des griechischen Außenministers.

Die Familie des Verstorbenen und das Generalsekretariat des Europarats, die zahlreiche Beileidsbezeugungen

erhalten haben, möchten hier ihren Dank aussprechen und betonen, wie sehr sie von diesen Zeichen der Bewunderung und der Freundschaft für den Verstorbenen berührt waren*.

I. Politische Fragen

BERATENDE VERSAMMLUNG

Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten

Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten hat am 21. und 22. Juli unter Vorsitz von Herrn Guy Mollet in Paris getagt. Auf seiner Tagesordnung stand der Bericht über die Politik des Europarats im Hinblick auf die letzte Entwicklung der Weltsituation.

Der Berichterstatter, Herr Paul-Henri Spaak, kennzeichnete in großen Linien vor dem Ausschuß die Form, die er seinem Bericht zu geben beabsichtigt.

Die Mitglieder des Ausschusses äußerten danach ihre Ansichten zu den Darlegungen des Berichterstatters.

II. Juristische Fragen

MINISTERKOMITEE

Gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen

Der Sachverständigen-Ausschuß für die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen hat am 6. Juli in Straßburg getagt. Der Ausschuß setzte seine Aussprache fort im Hinblick darauf, möglicherweise zum Abschluß einer Konvention zu gelangen. Er wird im Oktober wieder zusammentreten.

III. Kulturelle Fragen

BERATENDE VERSAMMLUNG

Arbeitsgruppe der Sachverständigen für Fernsehen

Die Arbeitsgruppe der Sachverständigen für das Fernsehen hat am 6. Juli im Unterhaus in London getagt. Diese Gruppe war auf Wunsch des Ausschusses für Kulturelle Fragen der Beratenden Versammlung von dem Generalsekretär gebeten worden, die Möglichkeiten für den Gebrauch des Fernsehens als Mittel zur Propagierung der europäischen Idee in der großen Öffentlichkeit zu untersuchen. Bei dieser Sitzung waren folgende Mit-

tragung wurde am 21. und 22. Juli von dem französischen Rundfunk- und Fernsehsystem und am 22. Juli von Radio Luxemburg gesendet. Eine Wiedergabe dieses Textes kann hier aus Raumgründen leider nicht erfolgen.

*) Hieran anschließend veröffentlicht die Presse- und Informationsabteilung des Europarats den Text einer Rundfunkübertragung des Europarats, die dem Leben und Wirken des verstorbenen Generalsekretärs gewidmet war. Diese Ueber-

glieder der Arbeitsgruppe anwesend: Herr Christopher *Hollis*, M. P. (Engländer), Berichterstatter des Ausschusses für Kulturelle Fragen, Herr *Neuville* (Belgischer Rundfunk); Herr Jacques *Sallebert* (französisches Rundfunk- und Fernsehsystem), Dr. *Rindfleisch* (Nordwestdeutscher Rundfunk) und Herr R. *McCall* (BBC-Fernsehen).

Am Schluß der Aussprache der Arbeitsgruppe wurde beschlossen, daß die Vertreter des Rundfunks einen genauen Bericht über die verschiedenen Seiten des Problems abfassen sollten und daß am 2. September in Straßburg eine zusätzliche Tagung stattfinden sollte, um diese Berichte zu prüfen und einen vollständigen Bericht für den Ausschuß für Kulturelle Fragen auszuarbeiten.

IV. Kommunale und regionale Angelegenheiten

BERATENDE VERSAMMLUNG

Ausschuß für Kommunale und Regionale Angelegenheiten

Der Ausschuß für Kommunale und Regionale Angelegenheiten der Beratenden Versammlung hat am 10. und 11. Juli unter Vorsitz von Herrn *Chaban-Delmas* (Franzose), dem stellvertretenden Bürgermeister von Bordeaux, in Bordeaux getagt.

Der Ausschuß prüfte einen von Herrn *Altmaier* (Deutscher) vorgelegten Bericht über die durch den Präsidenten im Namen des Ausschusses unternommene Aktion, deren Zweck gemeinsame Hilfsmaßnahmen der europäischen Gemeindeverwaltungen für die durch die Ueberschwemmungen an der Nordsee besonders betroffenen Gebiete sind. Der Ausschuß hat von dem Bericht Kenntnis genommen und beschlossen, ihn der Beratenden Versammlung zu übermitteln.

Der Ausschuß hat ebenfalls von den Erwiderungen seiner Mitglieder zu Fragen des Rechts und der Vorrechte der Gemeinden in den Mitgliedstaaten Kenntnis genommen. Diese Informationen sollen als Grundlage für zwei Untersuchungen dienen, die der Ausschuß vorgenommen hat, um näher festzulegen:

1. die Mittel für die Propagierung der europäischen Idee mit Hilfe der lokalen Behörden;
2. die neuen Verantwortlichkeiten, die sich wahrscheinlich für die lokalen Behörden der Staaten ergeben werden, die an den Auswirkungen des Inkrafttretens der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl interessiert sind, zum Beispiel in bezug auf Wohnungsfragen und auf dem Gebiet der Umstellung von Arbeitern nach Schließung von nicht lohnenden Kohle- und Erzgruben.

Ferner hat der Ausschuß einen Bericht über den gegenwärtigen Stand des Zusammenschlusses von europäischen Städten geprüft und Maßnahmen in Aussicht genommen, die von dem Europarat zur Förderung dieser Frage durchgeführt werden könnten.

V. Nicht vertretene Nationen

BERATENDE VERSAMMLUNG

Der Sonderausschuß der Beratenden Versammlung zur Wahrung der Interessen der nicht vertretenen Nationen hat am 20. und 21. Juli unter Vorsitz von Major *Tufton Beamish* (Engländer) in Paris getagt.

Der Ausschuß drückte seine tiefe Trauer über den tragischen Tod von Herrn Jacques-Camille *Paris* aus und sandte ein Beileidsschreiben an Frau *Paris*.

Der Ausschuß billigte einen von Herrn *Pfleiderer* (Deutscher) vorgelegten Bericht über die Möglichkeit, den Angehörigen der europäischen Nichtmitgliedstaaten, einschließlich der Exilierten dieser Länder, zu genehmigen, sich um Studien- und Forschungsstipendien des Europarats zu bewerben.

Der Ausschuß billigte einen Tätigkeitsbericht, der im September der Versammlung vorgelegt werden soll, und in dem er noch einmal seinen schon oft ausgedrückten Standpunkt bekräftigt, nämlich daß die Unabhängigkeit der osteuropäischen Nationen ein Ziel ist, das niemals aus den Augen verloren werden darf; er gibt von neuem seiner Feindschaft gegen jede Tyrannei oder Aggression Ausdruck, wo immer sie auch auftritt.

VI. Verschiedenes

Behandlung der europäischen Idee im Unterricht

Vom 1. bis 10. Juli fand in Nancy ein Kursus über die Behandlung der europäischen Idee in den Volksschulen und in den Höheren Schulen statt. Der Kursus war unter der Schirmherrschaft der Europaabteilung der Universität Nancy organisiert worden. Herr *Pfefferman* vertrat dabei den Generalsekretär.

Hauptversammlung der Internationalen Vereinigung der landwirtschaftlichen Erzeuger

Die sechste Hauptversammlung der Internationalen Vereinigung der landwirtschaftlichen Erzeuger fand vom 4. bis 14. Juni in Rom, dem Sitz der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, statt. Herr *Brault* vertrat dabei den Generalsekretär.

Rat des Vereinigten Königreichs der Gesellschaft der Vereinten Nationen

Der Rat des Vereinigten Königreichs der Gesellschaft der Vereinten Nationen hielt vom 10. bis 12. Juli in London seinen jährlichen Kongreß ab. Herr *Russell* vertrat dabei den Generalsekretär.

Tod von General Plastiras

General *Nicolas Plastiras*, früherer griechischer Ministerpräsident und Außenminister, der im Juni 1950 Präsident des Ministerkomitees war, ist am 26. Juli im Alter von 70 Jahren in Athen verstorben.

Probleme der Französischen Union

Siebenter Teil

Von Professor Raymond-Jean Guiton, Paris

Der nordafrikanische Raum: III. Marokko

Allgemeine wirtschaftspolitische Uebersicht

Marokkos Nachkriegsentwicklung stellt ebenso schwierige Probleme wie diejenige Tunesiens, sie vollzieht sich unter dem Druck gleicher extremistischer Gewalttätigkeit, sie setzt Frankreich, Europa, die Nordatlantikpaktmächte und das eigene Land selbst keinen geringeren Gefahren aus. Schon wegen der Zugehörigkeit beider Protektorate zum nordafrikanischen Raum¹ muß ihre Lage verwandte Züge aufweisen. Trotzdem sind sehr bedeutsame Unterschiede vorhanden.

Marokko hat im Gegensatz zu Tunesien seine feudal-patriarchalische Struktur aus der Zeit vor der Errichtung des Protektorats beibehalten. Da die Kolonisation die Landbevölkerung nicht proletarisiert hat, sind die sozialen Krisen überwiegend Erscheinungen am Rande des spezifisch politischen Problems: Träger der Unabhängigkeitsbestrebungen sind die Vertreter der früher uneingeschränkt herrschenden (wenn auch unter sich keineswegs einigen) Kaste. Gerade wegen der relativ geringen Bedeutung der sozialen Frage meinen sie, enge Beziehungen mit den Kommunisten unterhalten zu können. Ihnen kommt dabei in doppelter Hinsicht die Industrialisierung zugute, die Marokko den seit dem Kriege in der Weltsituation eingetretenen Veränderungen verdankt. Denn diese Industrialisierung, die die früheren Verhältnisse nur überlagert hat, sichert ihnen die Unterstützung europäischer und amerikanischer Wirtschaftskreise, die sich von der französischen Bevormundung freizumachen wünschen², und verschafft ihnen zugleich aus den Reihen des in den Städten angesammelten Proletariats die Stoßtrupps, die sie zu politischen Gewaltaktionen benötigen.

Bevölkerung

Auf einer Gesamtfläche von 400 000 Quadratkilometer leben heute im französischen Protektorat³ rund 9 Millionen Menschen (8,5 Millionen bei der Volkszählung von 1947 gegen 3,5 Millionen im Jahre 1915). Darunter befinden sich 400 000 Europäer (250 000 Franzosen) und Amerikaner (20 000, wenn man von den Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte absieht) sowie 234 000 Juden⁴. Die Franzosen zerfallen in einen zwischen 1915 und 1939 bereits ansässig gewordenen Teil und einen rasch zuneh-

menden Teil Zugewanderter, die erst seit dem Kriege Frankreich (und Algerien) verlassen haben. Die einheimische Bevölkerung ist berberischen Ursprungs⁵. Sechs Millionen haben die tribale Lebensform beibehalten. Das marokkanische Bürgertum hat etwa 600 000 Stadtbewohner aufzuweisen, die in Zentren wie Rabat, Fès, Salé und Safi an den überlieferten Verhältnissen festhalten und sich nur langsam der durch die Industrialisierung herbeigeführten Erneuerung anpassen. Im Verlauf der letzten 15 Jahre sind aus der Landbevölkerung annähernd 800 000 Menschen vor allem als Arbeitskräfte für die Industrie in die Städte gezogen. Allein in Casablanca befinden sich 400 000, wovon nur 4 bis 5 vH als untere Beamte und Facharbeiter eine relativ wohlhabende Schicht bilden⁶.

Landwirtschaft

Bei der Errichtung des Protektorates wurden Maßnahmen zur Verhinderung der Bodenspekulation getroffen. Die einheimische Bevölkerung wurde nicht verdrängt. Die europäischen Kolonisten besitzen heute 4300 landwirtschaftliche Betriebe mit 710 000 ha, die von marokkanischen Eigentümern direkt erworben, sowie 1650 Betriebe mit 200 000 ha, die durch die Protektoratsbehörden vermittelt wurden. Insgesamt verfügt die europäische Kolonisation über 5 vH des in Marokko vorhandenen Ackerbodens. Die Protektoratsbehörden vermitteln seit 1931 keinen Landbesitz mehr; ein Erlaß von 1938 hat den direkten Erwerb marokkanischen Landbesitzes durch Europäer praktisch unterbunden. Diese Maßnahmen sind es im wesentlichen, die — im Unterschied zu Tunesien — die soziale Stabilität Marokkos sichergestellt haben.

Die von der einheimischen Bevölkerung erzielten Erträge übersteigen heute noch nicht 5 Doppelzentner Getreide je ha. Auch in der Viehzucht — vom Viehbestand befinden sich 96 vH bei den Einheimischen — sind die Methoden noch rückständig. Zur technischen Ausbildung und materiellen Unterstützung marokkanischer Landwirte wurden mehrere Organisationen ins Leben gerufen: die schon älteren „Sociétés indigènes de Prévoyance“ (die als Sparkassen mit zusätzlichen Mitteln aus der öffentlichen Hand aufgezogen wurden, dabei aber auch Saatgut und moderne Ackerbaugeräte liefern und die Einheimischen kostenlos beraten), die „Coopératives indigènes“ (Ein- und Verkaufsgenossenschaften), deren erste Gründung 1934 erfolgte, das „Office des Béni-Amir“, das seit 1941 eine technische und finanzielle Hilfe für marokkanische Neusiedler bereitstellt, die 60 000 ha Neuland erschließen, und die „Secteurs de modernisation du paysannat“, die in

der Modernisierung der einheimischen Landwirtschaft spezialisiert sind.

Die Kolonisten haben erwirkt, daß die Monokultur (Getreide) von 98 vH auf 92 vH der Anbaufläche herabgesetzt wurde. Die Entwicklung der marokkanischen Landwirtschaft wird durch nachstehende Tabelle veranschaulicht:

	1919	heute
Getreide	13 Mill. dz	38 Mill. dz
Reben	600 ha	53 000 ha
Zitrusfrüchte	125 000 Bäume	5,5 Mill. Bäume
Olivendäume	6 Mill.	11 Mill.
Schafe u. Ziegen	6,7 Mill.	13 Mill.

An diesem Aufstieg sind zugleich die Kolonisten, die 1915 noch nicht 100 landwirtschaftliche Betriebe besaßen, und die Protektoratsverwaltung durch ihre Bemühungen um die Steigerung der Leistungsfähigkeit der marokkanischen Landbevölkerung beteiligt. Trotzdem ist Marokko infolge seines raschen Bevölkerungszuwachses noch nicht in der Lage, seinen Lebensmittelbedarf selbst zu decken. Hinzu kommt noch, daß es zwar frisches Gemüse, Zitrusfrüchte, Gerste und Mais ausführen kann, aber wegen der klimatischen Verhältnisse auf die massive Einfuhr von einer Reihe lebenswichtiger Produkte, wie Milch, Butter, Oelsaat, Kartoffeln, Zucker und Tee, angewiesen ist⁷. Bei Mißernten sind noch in den Nachkriegsjahren furchtbare Hungersnöte ausgebrochen.

Industrie und Handel

Nach Errichtung des Protektorates wurde das für die wirtschaftliche Erschließung des Landes unerläßliche Verkehrsnetz mit einer erstaunlichen Schnelligkeit geschaffen, für die einige Zahlen als Beispiel dienen mögen. Das Straßennetz wurde von 400 km (1915) auf 42 000 km erweitert, davon 10 000 km als Hauptstraßen, und das Eisenbahnnetz von 119 km (1920) auf 1770 km. Der Eisenbahnfrachtverkehr beträgt heute gewichtsmäßig das Hundertfache und der Umschlag der marokkanischen Häfen das Zehnfache von 1920. Die Stromerzeugung (11 Millionen Kilowattstunden 1923) erreichte 1951 602 Millionen kWh; sie soll Ende 1953 auf eine Milliarde gesteigert werden.

Wenn man von den bereits eingeleiteten Arbeiten zur Nutzbarmachung der an der Saharagrenze gelegenen Gebiete absieht⁸, ist vor allem der Ausbeutung der marokkanischen Bodenschätze besondere Bedeutung beizumessen. Die Kohlenförderung hat 400 000 t schon erreicht; für die nächsten Jahre ist ihre Verdoppelung in Aussicht genommen. Die nachstehenden Zahlen illustrieren darüber hinaus die Entwicklung des marokkanischen Bergbaus:

	1938	1951
	(in 1000 Tonnen)	
Phosphat	1700	4600
Bleierze	26	93
Zinkerze	5,3	37
Manganerze	71,6	334
Kobalt	5,2	6,2
Erdöl	3,5	75

Diese Entwicklung findet in den Einfuhrzahlen der Produktionsgüterbranche und der Baustoffindustrie ihre Entsprechung. Seit dem Kriege baut Marokko eine eigene Veredelungsindustrie auf.

Die marokkanische Außenhandelsbilanz ist — wie unter diesen Umständen nicht anders zu erwarten — defizitär. Im Jahre 1953 betrug der marokkanische Export nach Frankreich (landwirtschaftliche Produkte, handwerkliche Erzeugnisse, Erze, die für die französische Wirtschaft um so wichtiger sind, als Frankreich innerhalb der Franc-Zone keine anderen Mangan- und Kobaltvorkommen besitzt) 48 531 Millionen ffrs, während der marokkanische Import aus Frankreich sich auf 92 936 Millionen ffrs belief. Die Vereinbarungen von Algeciras (7. April 1906) sichern den anderen am marokkanischen Geschäft interessierten Mächten die gleichen Rechte wie Frankreich und bilden die Grundlage zum internationalen Statut der Marokkanischen Staatsbank. Die Parität des marokkanischen mit dem französischen Franc und die devisarechtlichen Bestimmungen, die sich aus dieser Bindung sowie aus der Abhängigkeit des marokkanischen Staatshaushaltes von französischen Krediten ergeben, bieten Frankreich jedoch eine Handhabe zu einem gewissen Präferenzsystem.

Unter Bezugnahme auf die Vereinbarungen von Bretton Woods hatte Frankreich durch einen „Dahir“ (vom Sultan unterzeichneten Erlaß) vom 30. Dezember 1948 die Einfuhren beschränkt, für die keine Devisenkontingente erforderlich sein sollten. Diese Beschränkung traf vor allem die marokkanischen Einfuhren aus den Vereinigten Staaten: gegen 116,3 Millionen ffrs im Jahre 1938 haben sie sich bis 1950 auf 9448,2 Millionen erhöht, während die marokkanischen Ausfuhren nach den Vereinigten Staaten von 28 auf 1082,9 Millionen ffrs angestiegen sind. Amerikanische Wirtschaftskreise, die in Marokko durch die „American Trade Association of Morocco“ vertreten sind, veranlaßten daraufhin das State Department, bei Frankreich Einspruch zu erheben, und, da sie mit dem daraufhin erzielten Abkommen vom 31. Dezember 1949 nicht zufrieden waren, gegen Frankreich einen Prozeß vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzustrengen. Während dieses Prozesses wurde die rechtliche Grundlage des französischen Protektorates dadurch in Frage gestellt, daß die Vereinigten Staaten sich auf den zwischen ihnen und Marokko geschlossenen Vertrag von 1836 beriefen. Für die in Marokko ansässigen amerikanischen Wirtschaftskreise wollten sie dadurch das Recht in Anspruch nehmen, den französischen Devisenbestimmungen nicht zu unterliegen⁹.

Finanzierung

Bis zum Zweiten Weltkrieg haben die Investitionen aus öffentlichen Mitteln 30 bis 35 vH vom marokkanischen Staatshaushalt betragen. Die Mittel wurden zum größten Teil durch langfristige Anleihen aufgebracht, die vom französischen Privatkapital gezeichnet wurden, bis 1920 zu 75 vH, von 1920 bis 1928 zu 61 vH und von 1928 bis 1938 zu 81 vH. Von 1948 bis 1952 stellte dann Frankreich im Rahmen des Modernisierungsplans 250 Milliarden ffrs aus öffentlichen und einen doppelt so hohen Betrag aus privaten Mitteln zur Verfügung. Marokko erhielt auf diesem Wege seinen Anteil an der Marshall-Hilfe. Gesondert bekam es außerdem amerikanische Offshore-Aufträge und Kredite zum Ausbau militärischer Flugplätze. Aus Frankreich und dem Ausland strömte seit dem Kriege Privatkapital ins Land. Seine Höhe ist schon deshalb schwer zu beziffern, weil zahlreiche Transaktionen über Tanger erfolgten.

Das Protektorat

Beziehungen zwischen Frankreich und Marokko hatten seit 1533 bestanden¹⁰. Nachdem Frankreich seine Herrschaft über Algerien und Tunesien errichtet hatte, versuchte es, nun auch das Einverständnis der Mächte zur Besetzung Marokkos zu erlangen. Italien erteilte seine Zustimmung durch die Vereinbarungen vom 16. Dezember 1900. Mit Großbritannien, das selbst einen Vertreter beim Sultan unterhielt, wurde ein Uebereinkommen erst am 8. April 1904 erzielt: Großbritannien forderte dabei die Neutralisierung von Tanger und Zollfreiheit für seine Warenausfuhr nach Marokko für die Dauer von dreißig Jahren. In einem geheimen Teil des Abkommens wurden außerdem Spaniens Ansprüche auf Melilla und Ceuta anerkannt. Die spanische Regierung billigte am 3. Oktober 1904 das britisch-französische Uebereinkommen einschließlich des geheimen Teils und grenzte im Einvernehmen mit Frankreich ihre Einflußsphäre in Marokko ab. Deutschland — in dessen Namen sich schon *Bismarck* anläßlich der Madrider Konferenz (1880) geäußert hatte — erhob zunächst keinen Einspruch gegen Frankreichs Absichten. Noch 1904 unterstrich Fürst *von Bülow* dessen politisches Desinteressement, wobei er allerdings den Wunsch zum Ausdruck brachte, deutsche Wirtschaftsbelange möchten dafür bei der Regelung der marokkanischen Frage Berücksichtigung finden. Wenn trotzdem eine deutsch-französische Spannung eintrat, so trug an ihr neben der Empfindlichkeit des deutschen Kaisers das Ungeschick des französischen Außenministers *Delcassé* die Schuld. Unter Vorwänden, die Deutschlands weltpolitische Bedeutung verkannten, weigerte sich *Delcassé*¹¹, wegen Marokko mit Berlin zu verhandeln und sich um eine ausdrückliche Einigung mit Deutschland zu bemühen. Durch die Vermittlung des amerikanischen Präsidenten *Theodore Roosevelt* kam die Konferenz von Algéciras (1906) zur Beseitigung der deutsch-französischen Differenzen zustande. Da die Konferenz im Prinzip an der Unabhängigkeit des marokkanischen Reichs festgehalten hatte, erstrebte Frankreich eine — am 9. Februar 1909 erzielte — deutsch-französische Einigung, durch die seine politischen Pläne gebilligt, Deutschland aber bei der wirtschaftlichen Erschließung Marokkos Vorrechte eingeräumt wurden. Die Verhandlungen, die zwischen Deutschland und Frankreich auf der Basis dieser Vereinbarungen über den Bau von Eisenbahnen eingeleitet wurden, führten jedoch zu keinem Ergebnis. Auf ein militärisches Unternehmen Frankreichs gegen Fès reagierte Deutschland mit der Entsendung des Kanonenbootes Panther. Die Situation, die durch den Zwischenfall von Agadir geschaffen worden war, wurde durch den Vertrag überwunden, den *Jules Cambon* und *Kiderlen-Wächter* am 4. November 1911 in

Berlin unterzeichneten. Danach verzichtete Deutschland vollends auf Marokko; es sollte dafür einen Teil vom Kongogebiet erhalten. Frankreich stand dann nichts mehr im Wege, um den Vertrag von Fès (30. März 1912) mit dem Sultan von Marokko und den Vertrag vom 27. November 1912 mit Spanien zu schließen. Durch Artikel 142 des Versailler Vertrages erkannten nicht nur Deutschland, sondern implizite auch alle anderen Signatarmächte das inzwischen gegründete Protektorat an.

Die Errichtung des Protektorats

In Marokko ist der Sultan von jeher — im Einklang mit dem mohammedanischen Glauben — zugleich geistliches Oberhaupt und weltlicher Herrscher gewesen. Ende des 17. Jahrhunderts hatte Sultan *Moulay Ismail* es noch vermocht, das schon gesplattene marokkanische Reich wieder unter seine Herrschaft zu bringen. Nach ihm hatte jedoch die Dynastie der Alauten die Einheit Marokkos nicht mehr aufrechterhalten können. Das marokkanische Reich hatte sich erneut in einen „bled el-Makhzen“ und einen „bled es-siba“ geteilt. Der Makhzen, der die Oberherrschaft des Sultans anerkannte, umfaßte die Ebenen und das leicht zugängliche Mittelgebirge. Die Bevölkerung des Makhzens setzte sich aus eingewanderten Arabern und arabisierten Berbern zusammen. Der „bled es-siba“ hingegen, der sich auf das Hochgebirge und die südlich davon gelegene Steppe erstreckte, befand sich in dauerndem Aufstand gegen den Sultan. Er war von nicht arabisierten Berbern bewohnt, die von ihren eigenen Stammesfürsten angeführt wurden und zusammen eine Art Republik bildeten.

Am 27. April 1911 rief der Sultan *Moulay Hafid*, der in Fès von berberischen Stämmen belagert war, Frankreich zu Hilfe¹². Die Umstände, unter denen der Sultan sich an Frankreich wandte, sind aus zwei Gründen wichtig: a) sie widerlegen die Behauptung der modernen Nationalisten und des gegenwärtigen Sultans selbst, wonach Frankreich die Schuld an der Trübung des angeblich ehemals harmonischen Verhältnisses zwischen den Berbern und der Dynastie trüge; b) sie verleihen dem Protektoratsvertrag, durch den der Sultan seinen Thron, seine Besitztümer und vielleicht sogar sein Leben rettete, einen weit höheren Wert als z. B. den Vereinbarungen, die Frankreich dem Bey von Tunis aufzwang¹³.

Durch den Protektoratsvertrag hatte Frankreich dem Sultan persönliche Sicherheit verbürgt und sich verpflichtet, dessen Reich wieder zu einigen. Der Widerstand der Berber wurde nach Beeendigung des sogenannten Rifkrieges und dem Sieg über den Berber *Abd El-Krim* erst 1934 endgültig überwunden. Schon 1914 war der berberischen Bevölkerung, die sich nicht arabisieren lassen wollte, die Beibehaltung ihrer Sprache, ihrer Sitte, ihrer Verwaltung und

ihrer Rechtspflege zugesichert worden. Dafür hatte Frankreich gefordert, daß sie sich nicht ihm, sondern dem Sultan als dem legitimen Herrscher unterwarf. Zur Befriedung und Einigung des marokkanischen Reichs konnte sich Frankreich auf einige namhafte Berberfürsten stützen. Als Gegenleistung räumte es ihnen Vorrechte ein, die zur Beibehaltung der Feudalstruktur Marokkos beigetragen haben. Der bekannteste und mächtigste unter diesen Berberfürsten ist der heute achtzigjährige Pascha von Marrakesch *El-Gloui*, der Nachkomme einer Dynastie, die Marokko bedeutende Staatsmänner gegeben hat.

Das Wirken Liauteys

Von Beginn des französischen Protektorats bis 1925 hat Marschall Hubert *Liautey* den Grund zum späteren Aufstieg Marokkos gelegt. Sein Wirken findet heute noch bei den Marokkanern einschließlich der Nationalisten vorbehaltlose Anerkennung. Obgleich *Liautey* keineswegs in Systemen befangen war, ist es möglich, seine Politik mit nachstehenden Gesichtspunkten zu umreißen, wobei nicht übersehen werden darf, daß außergewöhnliche persönliche Eigenschaften die Voraussetzung zu dieser Politik bildeten. *Liautey* — Monarchist und Aristokrat — war von dem Führungsrecht, aber auch von der sozialen Verpflichtung der obersten Schicht zutiefst überzeugt. Deshalb versuchte er, die Eigenart des in Marokko Bestehenden zu wahren, indem er dessen Anpassung an die Erfordernisse der Gegenwart erstrebte. Ihm lag sowohl der Assimilationsdünkel fern, der den Marokkanern die Ideologie der Französischen Republik¹⁴ aufzwingen will, als auch eine Demagogie, die zur Preisgabe der Autorität führen muß. Er verstand es, marokkanische Mitarbeiter zu gewinnen und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Sultan *Moulay Youssef* die Erneuerung Marokkos zu bewerkstelligen. Ohne die Sympathie, die er in marokkanischen Kreisen genoß, hätte er dieses Werk nicht durchführen können. Die Achtung, die der Katholik *Liautey* — im Unterschied zu jakobinischen Aufklärern — dem Islam immer erwies, ist zur Erklärung seines Erfolges nicht weniger wichtig als seine Aufgeschlossenheit und die Sicherheit seines ästhetischen Empfindens, denen Marokko auf den Gebieten der Architektur, des Kunsthandwerks und in seinem allgemeinen Lebensstil die Wahrung seiner Persönlichkeit zu verdanken hat¹⁵.

Marschall *Liautey* hatte sehr viel Mühe aufgewendet, um aus den Reihen der jüngeren marokkanischen Generation eine zur Führung fähige Auslese heranzubilden. Es spricht nicht gegen seine Weitsicht, daß heute unter den leitenden Männern der Unabhängigkeitsbewegung Persönlichkeiten (sogar der Generalsekretär der nationalistischen Partei *Istiqlal* selbst) sich befinden, die von *Liautey* ausgewählt wurden und von ihm die Möglichkeit zu

ihrer Ausbildung erhielten. Diese Entwicklung ist eher deshalb eingetreten, weil Frankreich auch in Marokko einen gewissen Mangel an schöpferischer Phantasie an den Tag gelegt und dadurch eine Elite enttäuscht hat, die für eine echte Partnerschaft hätte gewonnen werden können — oder schon gewonnen worden war.

Erste panarabische Agitation

Liauteys Politik wurde nach 1925 zwar fortgesetzt, gleichzeitig jedoch bürokratisiert und mit einem unverkennbaren Zug ins Epigonenhafte versehen. Zwischen der französischen Verwaltung und der marokkanischen Führungsschicht ging dabei der persönliche Kontakt verloren, der *Liauteys* Erfolge ermöglicht hatte. Als 1927 der achtzehnjährige Sultan *Sidi Mohammed* den Thron bestieg, erbte er eine gefestigte Herrschaft. Als geistliches Oberhaupt begegnete er keinem nennenswerten Widerstand mehr. Als regierender Monarch hatte er aber nur noch Unterschriften zu leisten.

Die ersten Unruhen wurden 1930 durch einen „Dahir“ ausgelöst, der in sehr ungeschickter Form (er wurde später zurückgezogen) eine Modernisierung der berberischen Justiz zum Gegenstand hatte. Dieser Dahir gab Anlaß zu der Befürchtung, daß Frankreich den Berbern Zugeständnisse machen könnte, die Marokkos Einheit gefährden und die Rechte des Sultans schmälern würden. Die Agitation zeichnete sich dadurch aus, daß sie a) national-marokkanischen sowie arabisch-islamischen Motiven entsprang und somit ein Ergebnis der unter dem Einfluß des Protektorats angebahnten Umwandlung Marokkos in einen modernen Staat darstellte und mit der islamischen Erneuerungsbewegung zusammenhing; die Herstellung einer Aktionsgemeinschaft mit der panarabischen Bewegung war nur eine Konsequenz der Entwicklung, die sich in Marokko ebenso wie in den anderen mohammedanischen Staaten vollzog¹⁶; b) den Anspruch der jüngeren Generation zum Ausdruck brachte, die von ihr an der Schule der Europäer erworbenen Kenntnisse anzuwenden und sich an der Führung ihres Landes zu beteiligen. Im Vordergrund der Agitation standen die späteren Führer der nationalistischen Bewegung *Allal El-Fassi*, *Hadj Balafredj*, *Abd El-Djellil*, *Mohammed El-Yazidi*.

Die Agitatoren präzisierten und modernisierten ihr Programm, als sie 1934 mit der Hilfe linksstehender französischer Publizisten einen „Reformplan“ ausarbeiteten. Sie forderten im wesentlichen eine Abänderung des Protektorats, die ihnen im Rahmen einer vom Sultan zu gewährenden Verfassung eine Mitbestimmung sichern sollte. Wie in allen anderen überseeischen Besitzungen Frankreichs hatte das Zustandekommen der Volksfront eine gewisse Beunruhigung der einheimischen Bevölkerung zur Folge.

Die Volksfrontregierung ernannte General *Noguès*

zum Generalresidenten in Marokko. Sie gewährte im Dezember 1936 den in Marokko beschäftigten Arbeitskräften Koalitionsfreiheit, verbot jedoch den Einheimischen unter Strafe, den europäischen Gewerkschaften beizutreten. Im November 1936 und Oktober 1937 fanden Kongresse der nationalen Opposition in Casablanca und Rabat statt; sie führten zur Bildung eines nationalen Unabhängigkeitsblocks „Istiqlal“. Schon am 18. März 1937 hatte sich General *Noguès* jedoch veranlaßt gesehen, Führer der Opposition, u. a. *Allal El-Fassi* und *El-Yazidi* zu verbannen. Der Unabhängigkeitsblock spaltete sich 1938 in einen gemäßigten und einen extremistischen Flügel. Zwischenfälle zwangen *Balafredj* und *Abd El-Djellil* zur Flucht nach Spanisch-Marokko. Nach Kriegsausbruch waren die nach Spanisch-Marokko geflüchteten Führer des Istiqlal der Propaganda, die von den Achsenmächten in der islamischen Welt gemacht wurde, nicht unzugänglich.

Es ist bemerkenswert, daß der Sultan sich vor dem Kriege weder direkt noch indirekt an der Agitation beteiligte. Zwischen ihm und General *Noguès* bestand ein ähnliches Vertrauensverhältnis wie früher zwischen Sultan *Moulay Youssef* und Marshall *Liautey*. Als im Juni 1940 Frankreich zusammenzubrechen schien, bekundete der Sultan feierlich seine Loyalität. Marokkanische Truppen nahmen auf angelsächsischer Seite am Zweiten Weltkrieg teil. Den Ratschlägen von General *Noguès* hatte der Sultan es zu verdanken, daß er sich nicht wie Tunesiens Bey durch die Diplomatie der Achse kompromittieren ließ. Am 18. Juni 1945 nahm er in Paris an der Seite von General *de Gaulle* an der Siegesfeier teil.

Die Krise

Die Gegensätze, die der Krieg zwischen den Franzosen auslöste, trugen in Marokko nicht weniger als in den anderen überseeischen Besitzungen Frankreichs dazu bei, Frankreichs Ansehen zu verringern. Darüber hinaus wurde Frankreichs Position in Marokko durch zwei Faktoren geschwächt: Zwischen dem raschen wirtschaftlichen Aufstieg Marokkos und den immerwährenden krisenhaften Zuständen des Mutterlandes trat eine um so stärkere Diskrepanz ein, als die politischen Ursachen der französischen Krise klar erkenntlich waren¹⁷; weder die einheimische Bevölkerung noch die französischen Kolonisten und noch weniger die ausländischen (insbesondere amerikanischen) Wirtschaftskreise Marokkos waren gewillt, ohne Widerspruch die Auswirkungen einer dirigistischen Politik, deren Versagen in Frankreich selbst nicht bestritten werden konnte, auf ihren Außenhandel und ihre Währung hinzunehmen. Das amerikanische Interesse an Marokko bot der Opposition gegen Frankreich einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt; es führte zu einer Lockerung der wirtschaftlichen und politischen Bindungen Marokkos an Frankreich.

Die Beziehungen zwischen Marokko und den USA

Die Vereinigten Staaten sind aus drei Gründen an Marokko interessiert: 1. wirtschaftlich erwarten sie von dem Aufstieg Marokkos die Möglichkeit eines umfangreichen Warenaustausches und einträglicher Investitionen; 2. strategisch stellt Marokko einen äußerst wichtigen Stützpunkt für die atlantische Verteidigung dar; 3. politisch beeinflußt die amerikanische Haltung in der Marokko-Frage die Beziehungen der USA zum gesamten arabischen Block, der sich noch nicht zu einem vorbehaltlosen Bekenntnis zum Westen durchgerungen hat.

Während des Krieges hatten marokkanische Persönlichkeiten gute Beziehungen zum amerikanischen Konsul *Murphy* unterhalten, der an der Vorbereitung der Landung der angelsächsischen Streitkräfte in Algerien beteiligt war. Diese Persönlichkeiten, die sich von einer Distanzierung Marokkos von Frankreich größere Entfaltungsmöglichkeiten versprachen, fanden eine Aufmunterung in der Verkündung der Atlantikcharta und in der Tatsache, daß Präsident *Roosevelt* anläßlich der Konferenz von Casablanca den Sultan demonstrativ wie einen souveränen Herrscher empfing. Diese Haltung Roosevelts spiegelte seine Einstellung zum französischen Kolonialproblem wider, die auch in der Behandlung der Indochina-Frage zutage trat¹⁸. Eine derartige Betonung amerikanischen Entgegenkommens mußte dem Sultan die Frage nahelegen, ob es für ihn nicht an der Zeit wäre, seine bisherige Frankreichpolitik zu überprüfen. Er bejahte diese Frage und unterstützte fortan die Bestrebungen der Nationalisten, die am 11. Januar 1944 in einem Manifest die Einheit und Unabhängigkeit Marokkos forderten sowie dessen Teilnahme an der Friedenskonferenz und die Gewährung einer Verfassung.

Die französischen Reformpläne

Das von London nach Algier übergesiedelte Komitee „Freies Frankreich“ ersetzte 1943 General *Noguès* auf dem Posten des Generalresidenten durch Botschafter Gabriel *Puau*. Schon im September 1943 wurde die 1938 innerhalb des Istiqlal eingetretene Spaltung überwunden. Dann übernahm *Balafredj* von Spanisch-Marokko aus die Führung. Die Unruhen, die auf die Verkündung des Manifestes und auf die gegen Persönlichkeiten des Istiqlal erhobene Beschuldigung der Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich folgten, nahmen Ende Januar in Rabat, Salé und Fès eine bedrohliche Wendung. Vom 30. Januar bis zum 10. Februar 1944 mußten französische Truppen die Stadt Fès belagern, bevor der Aufstand niedergekämpft wurde.

Puau schuf vier gemischte Ausschüsse, in denen Franzosen und Marokkaner gleichmäßig vertreten waren, zur Vorbereitung von Reformen. Die Mohammedaner sollten gleichberechtigten Zugang zu den öffentlichen Ämtern erhalten. Die Ausarbeitung

eines modernen marokkanischen Gesetzbuches wurde in Aussicht genommen. Marokkanische Kinder sollten die höheren französischen Schulen besuchen, in den Volksschulen wurde zwar der französische Unterricht beibehalten, der arabische Unterricht jedoch erweitert. Die Berufsschule sollte eingeführt werden. Zu den sozialen Maßnahmen, die angeregt wurden, gehörten die Errichtung eines unveräußerlichen Familienbesitzes und die „Secteurs de modernisation“ zur Modernisierung der einheimischen Landwirtschaft.

Die Reformpläne wurden bereits im Oktober 1944 dem Sultan vorgelegt. Der Sultan bekundete zum ersten Male in der Öffentlichkeit seine Sympathie zu den Nationalisten, als er sich im Frühjahr 1945 in Marrakesch aufhielt. Die Spannung wurde im Jahre 1945 durch die Hungersnot erhöht, die den ganzen nordafrikanischen Raum erfaßte. Seit den Aufständen vom Januar 1944 hatte sich die Kommunistische Partei zu einer Aktionsgemeinschaft mit dem Istiqlal bereit gezeigt. Die Kommunistische Partei, die schon wegen der patriarchalischen Struktur des Landes über keine bedeutende Anhängerschaft außer dem städtischen Industrieproletariat verfügt, bediente sich von jener Zeit an des kommunistischen Gewerkschaftsbundes CGT (Conseil Général du Travail). Erst von 1946 an wurde übrigens den Einheimischen der Beitritt zu den Gewerkschaften stillschweigend und 1950 offiziell erlaubt. Die CGT zählt zur Zeit 70 000 Mitglieder¹⁹.

Puau wurde im Februar 1946 von Erik *Labonne* abgelöst, der schon 1932 innerhalb der Protektoratsverwaltung den Posten eines Generalsekretärs bekleidet hatte²⁰. In der Haltung des Istiqlal trat zunächst eine gewisse Mäßigung ein. Unter dem Einfluß der Nationalisten lehnte zwar der Sultan eine Beteiligung Marokkos an Labonnes Plänen zur wirtschaftlichen Erschließung der südmarokkanischen Gebiete mit der Begründung ab, daß die marokkanischen Bodenschätze Marokko allein gehörten und er nicht durch eine derartige Beteiligung ihrer Ausbeutung durch Frankreich einen rechtmäßigen Charakter geben wollte; aber zwischen Führern des Istiqlal (insbesondere *Abd El-Djellil*) und französischen Parteien (insbesondere der MRP) fanden Kontakte statt.

Labonne wollte zur Durchführung der von *Puau* vorbereiteten Reformen übergehen und sie durch nachstehende Vorschläge ergänzen: a) stufenweise Dezentralisation der Verwaltung; b) Ausbildung eines marokkanischen Beamtentums; c) Einführung der Selbstverwaltung für Gemeinden und Städte. Seine Vorschläge wurden jedoch vom Sultan nicht gebilligt, der im Einvernehmen mit den Nationalisten die Durchführung von Reformen für eine mögliche Schwächung der Bestrebungen nach uneingeschränkter Unabhängigkeit ansah. Ihrerseits zeigten sich die Kolonisten ebensowenig kompromißbereit wie die Nationalisten. Sie brachen im Juli 1946 die Beratun-

gen ab, weil sie den Grundsatz der von *Labonne* vorgeschlagenen Strukturreformen nicht anerkannten. Damit war für Marokko auf die gleiche Art wie für Tunesien das Problem des staatlichen Zusammenlebens der französischen Minderheit mit den Einheimischen gestellt²¹.

Die Politik der starken Hand

Der Sultan hielt am 10. April 1947 in Tanger eine Rede, in der er für die Wiedervereinigung Marokkos und für die Anpassung der marokkanischen Politik an die Zielsetzungen der Arabischen Liga eintrat. Die Ablösung Labonnes durch Marschall Alphonse *Juin*, die im Mai 1947 stattfand, war auf die Versteifung zurückzuführen, die sowohl in der Haltung der Nationalisten als auch der Kolonisten erfolgt war.

Juins Marokkopolitik hat auf die französische Politik im gesamten nordafrikanischen Raum einen Einfluß gehabt. Sie ist häufig und von den verschiedensten Seiten — von den französischen Linksparteien nicht weniger als von den marokkanischen Nationalisten — kritisiert worden, anscheinend, weil sie autoritäre Mittel ins Werk setzte, die in unserer Zeit mancherorts anachronistisch anmuten. Indessen liegen nach Wissen des Verfassers keine Beweise dafür vor, daß *Juin* sich einseitig — wie etwa *d'Argenlieu* in Indochina — auf den Standpunkt der Kolonisten gestellt hätte. Es darf mit größerer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß Juins „Politik der starken Hand“ sowie die nicht weniger heftige Reaktion der marokkanischen Nationalisten und der Arabischen Liga zuletzt auf einen außenpolitischen Gegensatz zurückzuführen sind.

Juins Ernennung fiel zeitlich mit dem Beginn der Bemühungen um den Aufbau der atlantischen Verteidigung zusammen. Für die NATO ist Marokko von ausschlaggebender Wichtigkeit. Deshalb müssen die Forderungen der Nationalisten nach Unabhängigkeit der Gegnerschaft Frankreichs und der atlantischen Welt in dem Maße begegnen, in dem die Arabische Liga die Möglichkeit ihrer Annäherung an die Sowjetunion offenläßt²². Die zwischen den Kommunisten und dem Istiqlal seit 1944 bestehende und eindeutig nachgewiesene Aktionsgemeinschaft verbietet es jedem verantwortlichen französischen Staatsmann, sich der Gewaltmittel zu begeben, auf die er in der Hypothese einer Umwandlung des Protektorates in eine freie Partnerschaft praktisch verzichten müßte. Die marokkanischen Nationalisten scheinen diesen Fehler bisher nicht eingesehen und auch nicht begriffen zu haben, daß sie erst dann auf Selbstbestimmung Anspruch erheben dürfen, wenn sie ihrerseits Garantien dafür geben, daß sie die Verpflichtungen erfüllen würden, die ihnen aus der Freiheit erwüchsen. Auch die Vereinigten Staaten müssen sich diesem Standpunkt anschließen, solange die Arabische Liga ihrem Staatssekretär die Mitarbeit versagt, die für die freie Welt unerlässlich ist²³.

Mit den weltpolitischen und strategischen Erwägungen, die ihn veranlaßten, vom Sultan unbedingte Loyalität zu fordern, verband Marschall *Juin* die Berücksichtigung der Interessen der französischen Minderheit. Nicht anders als in Tunesien gründete sich der Widerstand des Sultans gegen seine Reformvorschläge auf die Ablehnung eines französischen Mitbestimmungsrechts, das der Stimmen- und Bevölkerungszahl der französischen Minderheit nicht entsprochen hätte²⁴.

Die Reformen, die durch die Dahirs vom 21. Juni und 13. Oktober 1947 eingeleitet wurden, führten über die Anwendung der Pläne von *Puau* und *Labonne* hinaus zur Errichtung einer marokkanischen Hochschule für Verwaltung und einer Beratenden Körperschaft, in der die gewählten Vertreter der französischen und der marokkanischen Bevölkerung getrennt tagen. Die Handels- und Landwirtschaftskammern wurden nach dem gleichen Schema reorganisiert. Von den marokkanischen Mitgliedern wurden fünf Sechstel gewählt.

Die berberische Alternative

Die persönlichen Freundschaftsbeziehungen, die zwischen Marschall *Juin* und dem Pascha von Marrakesch *El-Glaui* bestehen, gaben *Juin* die Möglichkeit, durch den Pascha einen Druck auf den Sultan ausüben zu lassen. Dadurch sollte dem Sultan die Gefahr in Erinnerung gebracht werden, vor der seine Dynastie durch Frankreich gerettet wurde.

In diesem Zusammenhang ist von einer „berberischen Alternativlösung“ gesprochen worden, und zwar hauptsächlich von den marokkanischen Nationalisten. Eine derartige Möglichkeit wird in französischen Kreisen aus sachlichen Gründen zurückgewiesen. Es bestehen berechnete Gründe zu der Annahme, daß weder Marschall *Juin* noch sein Nachfolger General *Guillaume*, der in Marokko den größten

Teil seiner Karriere gemacht hat, eine derartige Umkehrung der vorhandenen Verhältnisse jemals in Aussicht genommen hätten. Sie haben lediglich die Unterstützung des Paschas gesucht und auch erhalten, der ein absolut loyaler Freund Frankreichs ist und die weltpolitische Gefahr des Bolschewismus ermißt, um den Sultan, dessen Thron durch den Protektoratsvertrag garantiert wurde, im Zuge der Gegenseitigkeit zur Einhaltung der Vertragsbestimmungen zu veranlassen.

Schlußbetrachtung

Die Aktionsgemeinschaft, die innerhalb des nordafrikanischen Raumes zwischen den Unabhängigkeitsparteien besteht, wurde dadurch illustriert, daß die Ermordung des tunesischen Gewerkschaftsführers *Ferhat Hached* den größten Widerhall in Marokko fand, wo sie in Casablanca die Unruhen vom 7. und 8. Dezember 1952 auslöste²⁵.

Für Marokko soll ebenso wenig wie für die anderen überseeischen Besitzungen Frankreichs einseitige Gewaltanwendung empfohlen werden. Eine befriedigende Lösung kann aber nur dann erzielt werden, wenn beide Partner sachlich und unter Verzicht auf Gewalt miteinander verhandeln. Es hat den Anschein, als ob derartige Verhandlungen von den marokkanischen Nationalisten in weit geringerem Maße gewünscht würden als von den tunesischen Destourianern. Die Vermutung liegt nahe, daß die Kompromißfeindlichkeit des Istiqlal in dessen zweideutiger Position zu suchen ist: innenpolitisch, weil er das Werkzeug einer Kaste ist, die institutionell und sozial keineswegs fortschrittlich ist; außenpolitisch, weil er sich seiner Abhängigkeit von Moskau bewußt ist²⁶. Es ist ein Verhängnis, daß die Voraussetzungen zu einer echten Partnerschaft am wenigsten in dem Lande gegeben sind, das für Frankreich, für Europa und für die freie Welt die größte Bedeutung besitzt.

Äquatorial- und Westafrika

Im nordafrikanischen Raum haben politische Probleme den Vorrang; für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes steht die Basis fest. Im schwarzen Erdteil hingegen sind die wirtschaftlichen Probleme von den sozialen und zivilisatorischen nicht zu trennen. Dafür treten die politischen Probleme, die zweifellos bestehen, vorläufig noch in den Hintergrund. Vor der französischen Kolonisation hatten die Einheimischen nur einen äußerst primitiven Lebensstandard erreicht. Da weder West- noch Äquatorialafrika sich für eine systematische Ansiedlung breiter Schichten der weißen Bevölkerung eignen, hängt die Zukunft dieser Gebiete nicht allein von der Richtigkeit der technischen Planungen ab, sondern auch von der Bereitschaft — und genauer noch: von der Fähig-

keit der Eingeborenen, mit den Weißen zusammenzuarbeiten, sich von ihnen anleiten zu lassen und das durch sie begonnene Werk fortzusetzen. Daß diese Erwartungen erfüllt werden könnten, hat die bisherige Entwicklung nicht einwandfrei nachgewiesen.

Aequatorialafrika

Französisch-Aequatorialafrika (Tschad, Oubangui-Chari, mittleres Kongogebiet, Gabun) stellt weder ethnisch noch wirtschaftlich eine Einheit dar. Die einzelnen Kolonien wurden in den letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts besetzt, und zwar im Rahmen des Wettbewerbs um die koloniale Expansion, an dem neben Frankreich Großbritannien, Belgien und das deutsche Reich beteiligt waren. Sie wurden 1910 zu einer Föderation zusammengefaßt, der ein Generalgouverneur oder (seit 1947, weil er den

Oberbefehl über die innerhalb der Föderation stationierten Streitkräfte erhalten hat) ein Hoher Kommissar vorsteht. Der Hohe Kommissar ist „dépotaire des pouvoirs de la République“. Die Gesetze und Verordnungen, die in Paris zustande kommen, werden in der Föderation erst dann rechtskräftig, wenn er sie verkündet hat. Für eine Ablehnung der Verkündung fehlt es nicht an Beispielen²⁷.

Die Möglichkeiten Äquatorialafrikas sind bald zu hoch, bald zu niedrig eingeschätzt worden, je nach den Zwecken, die durch diese Einschätzung erreicht werden sollten. Die Vorgeschichte des Landes ist kaum bekannt. Die Zählungen sind unzuverlässig, weil sie, gleichgültig, ob sie Menschen oder Vieh zum Gegenstand haben, für die Steuerveranlagung durchgeführt werden. Ein Prozeß, der zwei Kolonialbeamten gemacht wurde, weil sie 1903 Eingeborene mißhandelt hatten, enthüllte, daß während der ersten 15 Jahre der französischen Kolonisation die amtlichen Berichte auf mündliche Anweisung des Ministeriums systematisch gefälscht wurden.

Zwischen 1895 und 1908 wurden in Äquatorialafrika beträchtliche Mittel investiert. Der Umfang der Investitionen war geringer als in Indochina, aber höher als in Westafrika. Der erwartete Erfolg blieb jedoch aus, weil kein langfristiger Plan aufgestellt worden war²⁸.

Der spekulative Charakter der Investitionen kam besonders deutlich in den Erlassen von 1898 und 1899 zum Ausdruck. Durch diese Erlasse wurde nahezu der gesamte Grundbesitz der Föderation vom französischen Staate unter dem Vorwand beschlagnahmt, daß nach den Bestimmungen des französischen Rechtes kein ordnungsmäßiger Eigentümer vorhanden gewesen wäre. Er wurde dann privaten Gesellschaften in der Form von Konzessionen zur Verfügung gestellt. So erhielt z. B. die „Société des Sultanats du Haut-Oubangui“ 14 Millionen Hektar. Es liegt auf der Hand, daß derartige Unternehmungen nur dann einen Gewinn abwerfen konnten, wenn an den natürlichen Reichtümern der Kolonie Raubbau getrieben und die Einheimischen zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden.

Die Ansiedlung einzelner Kolonisten erlangte nur in der Nähe der Städte einige Bedeutung sowie im Kaffeeanbaugebiet Oubangui-Chari. Sie wurde nach 1944 besonders gefördert, ohne jedoch zu einem befriedigenden Erfolg zu führen.

Die Entwicklung der Föderation wurde dadurch gehemmt, daß die erzielten Gewinne nicht wieder investiert, sondern ausgeführt wurden. In den besten Verkaufsjahren brachte z. B. der Export von Okume (einer Holzart) 175 Millionen francs-CFA ein: davon verblieben in der Kolonie nicht mehr als 10 Millionen, die als Löhne ausgezahlt wurden. Es wurde nicht versucht, eine Verarbeitungsindustrie zu errichten. Die großen Gesellschaften, die sich auf den Handel mit den Kolonien spezialisiert hatten, waren bis vor kurzem bestrebt, bei den Eingeborenen Bedürfnisse zu wecken, die sie dann mit Waren minderwertigster Qualität zu überhöhten Preisen unter Ausnutzung von Ausschließlichkeitsrechten, Lizenzen und dergleichen befriedigten²⁹.

Äquatorialafrika ist durch verschiedene Nachteile in seiner Entwicklung gehemmt. Die Bevölkerung ist sehr dünn verteilt und vermehrt sich nicht. Es hat den An-

schein, als ob sie schon lange eine rückläufige Tendenz aufwies. Arbeitskräfte sind nicht ausreichend vorhanden; sie sind nicht ausgebildet; sie sind teuer und unzuverlässig, da es kaum möglich ist, sie innerhalb eines Berufes und noch viel weniger bei einer Firma festzuhalten. Die Föderation selbst ist von den Weltverbrauchszentren zu weit entfernt. Die Frachtkosten innerhalb der Föderation belasten die einheimischen Erzeugnisse übermäßig³⁰.

Die Anleihen, die vor und nach dem Ersten Weltkriege bewilligt wurden, enthielten so drastische Rückzahlungsbedingungen, daß diese zuletzt das Wirtschaftsleben der Föderation lahmzulegen drohten. Die Kriegskonjunktur und die ersten Nachkriegsjahre bis 1946/47 schufen eine Grundlage für den wirtschaftlichen Fortschritt: besonders wichtig waren in dieser Hinsicht die Konjunkturpreise, die mit dem Verkauf von Rohgummi und von Baumwolle erzielt wurden, sowie die Aufwendungen der Alliierten für die Instandsetzung des Verkehrsnetzes, das zur weiteren Beförderung amerikanischen Kriegsmaterials nach dem Nahen Osten benötigt wurde. Auf dieser Grundlage konnte dann der Ausrüstungsplan im Rahmen des Gesetzes von 1946 in Angriff genommen werden³¹.

In Äquatorialafrika wird die Lösung der wirtschaftlichen Probleme durch politische Konflikte nicht erschwert. Die nationalistische Balali-Bewegung beschränkt sich auf ein zahlenmäßig wenig bedeutungsvolles Volk. Die Fortschrittlichen (besonders im mittleren Kongogebiet) und die Sozialisten (im nördlichen Teil der Föderation) haben mit den europäischen Schwesterparteien kaum mehr als die Bezeichnung gemeinsam. Frankreich steht in Äquatorialafrika nicht vor der Aufgabe, die Einheimischen zu Kompromissen zu bewegen, um seine eigenen Interessen zu wahren, sondern vor der gebieterischen Notwendigkeit, sie zur Mitarbeit am Werk der Kolonisation zu schulen. Das Wort Kolonisation mag dabei sehr viel von seinem üblen Klang verloren haben, seitdem die Zwangsarbeit — 1946 — verboten worden ist. Der Schulunterricht, der etwa 7 vH vom Haushalt der Föderation in Anspruch nimmt, hat von 1946 bis 1950 4 bis 9 vH der schulpflichtigen Kinder erfaßt. Die erste Realschule wurde 1935 in Brazzaville eröffnet. Praktisch setzt sich der Unterricht als Ziel, die Einheimischen der bindingslosen Primitivität ihres früheren Daseins zu entreißen und sie dem Arbeitsprozeß einzugliedern. Diesem Ziel dienen auch die Bemühungen, die auf die Initiative von Generalgouverneur Eboué hin unternommen wurden, um durch die Gründung genossenschaftlicher Landwirtschaftskassen und Versicherungsgesellschaften das Zustandekommen eines einheimischen Bauernstandes zu fördern.

Westafrika

In Westafrika (Elfenbeinküste, Dahomey, Guinea, Obere Volta, Mauretanien, Niger, Senegal, Sudan)³² begegnet die französische Kolonisation den gleichen Problemen wie in Äquatorialafrika, mit dem Unterschied allerdings, daß diese Probleme in einem größeren Rahmen zu lösen sind und daß deren Lösung durch die günstigere Lage der westafrikanischen Küste innerhalb des Weltverkehrsnetzes erleichtert wird. Die Bevölkerung beträgt 17 Millionen Einwohner (gegen 5 Millionen in Äquatorialafrika). Die einzelnen Kolonien wurden durch die Erlasse vom 1. Oktober 1902 und 18. Oktober 1904 zur Föderation zusammen-

gefaßt. Der Generalgouverneur bzw. Hohe Kommissar hat ähnliche Befugnisse wie in Aequatorialafrika inne.

Wenn man von den Bodenschätzen absieht, ist Westafrika reicher als Aequatorialafrika. Die Elfenbeinküste rangiert an vierter Stelle unter den Kakaoproduzenten der Welt, obgleich der Kakao erst seit 1908 in dieser Kolonie angebaut wird.

Die wirtschaftlichen Probleme sind mit den zivilisatorischen eng verbunden, die allerdings gewisse spezifische Charakterzüge aufweisen. In den Großstädten der Atlantikküste hat sich eine Auslese gebildet, die einen unmittelbaren Kontakt mit der westlichen Zivilisation erhalten hat. Obgleich die weiße Rasse in der einheimischen Bevölkerung nur mit 3 Millionen vertreten ist, erzielt die mohamedanische Religion beträchtliche Fortschritte: die Zahl der Mohammedaner wird heute auf 7 Millionen geschätzt.

Das politische Leben ist in Westafrika verhältnismäßig reger. Die Sozialistische Partei ist in Senegal, Sudan und Guinea bei den Einheimischen führend. Ihr Leiter ist ein Rechtsanwalt namens *Lamine-Gueye*, Oberbürgermeister und Abgeordneter von Dakar. Sie strebt die innere Autonomie an. Die RAD (demokratische afrikanische Sammlungsbewegung) wurde durch einen Arzt, Dr. *Houphouet*, und einen Kolonialbeamten, Administrator *d'Arboussier*, gegründet. Sie verursachte einige Unruhen, solange sie mit der kommunistischen Partei liiert war. Sie hat sich aber heute von ihr getrennt und sich den Gemäßigten ange-

schlossen. Die Unabhängigen sind insbesondere durch die hervorragende Persönlichkeit von Professor *Sedar Senghor* vertreten, einem Altphilologen, der sich als Dichter einen Namen gemacht hat, aber auch als Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung und im Europarat Ansehen genießt.

Zum Verständnis der politischen Lage Westafrikas ist es nicht uninteressant zu wissen, daß in der ganzen Föderation nur 300 000 Arbeitnehmer im arbeitsrechtlichen Sinne des Wortes vorhanden sind. Davon befinden sich 21 vH in den öffentlichen Diensten, 20 vH in der Landwirtschaft, 17 vH in der Industrie, 16 vH im Handel, 11 vH in Unternehmen der öffentlichen Hand, 8 vH im Verkehrswesen, 4 vH in der Forstwirtschaft und 2 vH im Bergbau³³. Am nächsten wird man vielleicht der Wahrheit kommen, wenn man feststellt, daß, abgesehen von einer numerisch unbedeutenden Minderheit, die westafrikanische Bevölkerung in den allerersten Anfängen der Zivilisation steckt, dabei aber fortschrittlichen Gedankengängen zugänglich ist, die unter Umständen die Grundlage zu einem gewissen Fanatismus abgeben könnten. Auch hier erhebt sich die Frage, wie diese Völker, die aus ihrer eigenen Kultur heraus keinen Uebergang zur modernen Situation finden können, sich bei der Aufnahme europäischer Wertmaßstäbe verhalten werden. Das Verbot der Zwangsarbeit ist von ihnen als eine Aufforderung zum Müßiggang aufgefaßt worden...

Madagaskar

Die Geschichte Madagaskars³⁴ vor dem 19. Jahrhundert ist nur wenig bekannt. Von 1820 bis 1895 war die Insel der Herrschaft eines Volksstammes (Merina) unterworfen worden, der sich europäischer Berater bedient hatte. Im Rahmen seiner systematischen Expansionspolitik richtete *Jules Ferry* 1883 ein Ultimatum an die Königin, das angenommen wurde. Der darauffolgende Feldzug, der einige Unruhen beseitigen und die Landnahme effektiv machen sollte, kostete Frankreich nur 20 Tote. Seine schlechte sanitäre Vorbereitung hatte aber den Verlust von 6000 Soldaten zur Folge, die an verschiedenen Seuchen starben. Durch den Vertrag vom 1. Oktober 1895 wurde ein französisches Protektorat über Madagaskar errichtet, das Protektorat wurde jedoch durch das Gesetz vom 6. August 1896 wieder aufgehoben und durch das übliche Kolonialstatut ersetzt. Die Königin wurde in die Verbannung geschickt. Eine Revolte, die aus religiösen Motiven entsprang, sehr bald jedoch von einem glühenden Fremdenhaß getragen wurde, konnte erst langsam durch General *Galliéni* niederschlagen werden.

Selten hat das Kolonialsystem so viel Brutalität aufgewendet und so magere Ergebnisse erzielt. Man hat von Madagaskar gesagt, es hätte das Aussehen und die Fruchtbarkeit des Backsteins. In seiner wirtschaftlichen Entwicklung ist es durch die große Entfernung von den Verbrauchszentren gehemmt. Bis 1940 waren etwa 15 Milliarden frs investiert worden, davon 4 Milliarden aus Mitteln der öffentlichen Hand. Nur ein Bruchteil war für gemeinnützige Dienste und für die wirtschaftliche Erschließung der Insel verwendet worden. Alle bedeutenden Unternehmen werden durch französisches Kapital kontrolliert und sind angehalten, Gewinne abzuwerfen;

das Sozialprodukt kommt der Insel nicht zugute. Die moderne Technik und die traditionellen Methoden der Einheimischen laufen parallel, sie berühren sich nicht.

Aus einer Bevölkerung von 4 Millionen Einwohnern werden 200 000 Kinder unterrichtet. Es ist nicht gelungen, Handwerker oder Techniker auszubilden, weil die Einheimischen es vorziehen, in der Verwaltung beschäftigt zu werden. Eine Eingeborenenauslese ist nicht angestrebt worden.

Die Beziehungen zwischen Franzosen und Einheimischen beruhen keineswegs auf Vertrauen und Verständigungsbereitschaft, sondern auf einem eindeutigen Machtverhältnis. Im Jahre 1915 hatte eine kleine Intellektuellengruppe, die VVS, einen Aufstand vorbereitet: die Repression war blutig und hinterließ eine Erinnerung, die seitdem auf dem Verhältnis der Bevölkerung zu Frankreich gelastet hat. Während des Zweiten Weltkrieges trug eine Reihe von Vorgängen dazu bei, eine neue Zuspitzung der Lage herbeizuführen. Französische Offiziere wurden bei der Besetzung der Insel durch die Briten von schwarzen Afrikanern verhaftet und abgeführt. Die Rohgummigewinnung und die zu leistenden Arbeiten in der Forstwirtschaft wurden ohne Rücksichtnahme auf die einheimische Bevölkerung erzwungen. Die Rückkehr der in Frankreich stationierten einheimischen Soldaten und die Wahlen zur ersten und zweiten Verfassungsgebenden Versammlung sowie die allgemeine antikolonialistische Entwicklung (Indien, Indochina, Indonesien) begünstigten den Aufstand vom 29. März 1947. Die Ruhe wurde durch den Einsatz nordafrikanischer und Senegaleser Truppen und der Fremdenlegion wiederhergestellt.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

¹⁾ S. „Probleme der Französischen Union, Vierter Teil: Der nordafrikanische Raum“ in Europa-Archiv 12/1953, S. 5768 ff.

²⁾ Immer wieder wird die Behauptung aufgestellt, daß französische Kreise an der Finanzierung der nationalistischen Bewegung Istiqlal beteiligt wären — ohne daß, aus begreiflichen Gründen, der Nachweis erbracht werden könnte.

³⁾ S. u. a. „France and Morocco“ in *The World Today* 3/1948, S. 125 ff. — „The French Accomplishment in Morocco“, in *Foreign Affairs*, Juli 1952. — „L'évolution des relations franco-marocaines“ in *Information et Documentation* vom 14., 21. und 28. Januar 1950. — J. L. Miège: „Le Maroc“, Paris 1950. — Jacques Caillé: „La représentation diplomatique de la France au Maroc“, Paris 1951. — General Guillaume: „Les berbères marocains et la pacification de l'Atlas Central“, Paris 1946. — Alain Plantey: „La réforme de la justice marocaine“, Paris 1952. — „Documents diplomatiques et accords internationaux relatifs à l'établissement du protectorat français au Maroc“, Ed. de la F. O. M., Rabat 1951. — „Rapport sur l'activité administrative“, Ed. de la F. O. M., Rabat 1952. — F. Taillard: „Le nationalisme marocain“, Paris 1947. — Commissariat Général au Plan: „Etat des opérations à la fin de 1950“, Paris 1951. — Gouvernement Chérifien: „Programme d'équipement à long terme“, 1949—1952. — id. „Lexique de l'économie marocaine“, 1951. — „Statistiques du mouvement commercial“, Casablanca 1949—1951. — Berichte der Banque Commerciale du Maroc.

⁴⁾ Vgl. „Probleme der Französischen Union, Vierter Teil“ in Europa-Archiv 12/1953, S. 5772.

⁵⁾ S. Robert Montagne: „Les Berbères et le Makhzen dans le Sud du Maroc“, Paris 1930. — André Adam: „Les Berbères“ in *Ecrits de Paris*, April 1953.

⁶⁾ S. „Naissance du prolétariat marocain“ in *L'Afrique et l'Asie*, 1951, 1. Vierteljahr.

⁷⁾ S. *Bulletin mensuel de statistique d'Outre-mer*.

⁸⁾ S. „Probleme der Französischen Union, Vierter Teil“ in Europa-Archiv 12/1953, S. 5776, Anm. 19.

⁹⁾ Zum Prozeß s. *Le Monde* vom 22. 2. 1952, 7. 5. 1952 ff. Das Abkommen vom 31. Dezember 1949 gestand den USA eine Erweiterung der Warenliste zu, die ohne Devisenkontingente nach Marokko eingeführt werden durfte. Dafür erkannten die USA Frankreichs Recht an, den marokkanischen Außenhandel zu reglementieren. Die Warenliste konnte allerdings mit einer Frist von 2 Monaten abgeändert bzw. gekündigt werden.

¹⁰⁾ Siehe Charles Penz: „Les pierres d'attente de l'amitié franco-marocaine“ in *Ecrits de Paris*, April 1953.

¹¹⁾ Paul Cambon erklärte in diesem Zusammenhang: „Ich weiß nicht warum, aber Delcassé hat sich zu einer Aussprache mit den Deutschen geweigert. Er hat den Gedanken sich allzusehr verankern lassen, daß Deutschland fortan isoliert wäre...“, zitiert von Michel Dacier in „Le Maroc et l'ordre occidental“ in *Ecrits de Paris*, April 1953.

¹²⁾ S. in *Ecrits de Paris*, April 1953, S. 71, einen diesbezüglichen Brief von Sultan Moulay Hafid an den Pascha von Tanger. In einem undatierten Memorandum „On the Moroccan Question and Its Recents Developments“, das das Generalsekretariat der Arabischen Liga der Redaktion des Europa-Archivs zur Unterrichtung einsandte, wird die berberische Komponente der marokkanischen Geschichte und Politik nicht berücksichtigt.

¹³⁾ S. „Probleme der Französischen Union, VI. Teil: Tunesien“ in Europa-Archiv 14—15/1953, S. 5856.

¹⁴⁾ Ueber die ideologischen Grundlagen der Französischen Republik s. Raymond-Jean Guiton: „Französische Zustände“, Wilhelm-Heyne Verlag, München 1953, I. Teil.

¹⁵⁾ Siehe Robert Montagne: „Les plans de Liautey ont-ils fait

faillite?“ in *Etudes*, Juni 1951. François Piétri: „Le Maréchal Liautey“ in *Ecrits de Paris*, April 1953, S. 50. — Ueber Liautey ist eine zahlreiche Literatur vorhanden, u. a. die Bücher von André Maurois, Jérôme et Jean Tharaud.

¹⁶⁾ S. „Der nordafrikanische Raum“ in Europa-Archiv 12/1953, S. 5772 ff.

¹⁷⁾ Siehe Raymond-Jean Guiton: „Französische Zustände, II. Teil“ (Dreißig Jahre Inflation).

¹⁸⁾ S. „Probleme der Französischen Union“ in Europa-Archiv 2/1953, S. 5433 ff.

¹⁹⁾ S. „Nationalism and Trade Unions in French North Africa“ in *The World Today*, 6/1952.

²⁰⁾ S. Europa-Archiv 14—15/1953, S. 5862, Anm. 16.

²¹⁾ S. „Der nordafrikanische Raum“ in Europa-Archiv 12/1953, S. 5770.

²²⁾ id. S. 5769.

²³⁾ Die Reise, die Staatssekretär John Foster Dulles vor kurzem nach Asien unternahm, konnte die arabischen Staaten (wenn auch mit Ausnahmen, die wie im Falle Pakistans auf eine nuancierte Haltung schließen lassen) zu einem engeren Zusammengehen mit den USA nicht bewegen.

²⁴⁾ S. „Probleme der Französischen Union, Tunesien“, in Europa-Archiv 14—15/1953, S. 5861.

²⁵⁾ Siehe *Ecrits de Paris*, April 1953, S. 75 ff.

²⁶⁾ In einem Interview an die belgische Zeitung *Le Peuple* erklärte Allal El-Fassi, daß die Aktionsgemeinschaft zwischen dem Istiqlal und der KP von einem Ausschuß geleitet wird, der sich aus 24 Vertretern des Istiqlal, 19 französischen (!) Kommunisten und 5 „den Sozialisten nahestehenden“ französischen (!) Persönlichkeiten zusammensetzt. Zitiert in *Ecrits de Paris*, April 1953, S. 84.

²⁷⁾ Siehe Henri Ziegler, a. a. O. S. 174 ff.

²⁸⁾ Siehe H. Ziegler, a. a. O. S. 93 ff.

²⁹⁾ Siehe H. Ziegler, a. a. O. S. 162 ff.

³⁰⁾ S. „Rapport de M. Dulin aux Nations Unies sur la structure agraire de l'Union Française“ in *La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires* No. 1686. „Travail et main d'œuvre: Situation et politique“ in *Cahiers d'Information* No. 217. „Sélection des mineurs de culture en Afrique Noire“ in *Cahiers d'Information* No. 205. „Problèmes sociaux en Afrique“ in *Notes et Etudes Documentaires* No. 1578. Félix Eboué: „Nouvelle politique indigène pour l'AEF“, herausg. vom Office française d'éducation (ohne Datum).

³¹⁾ S. „Développement de l'AEF“ in *Cahiers d'Information* No. 198; Commissariat Général au plan, a. a. O.; Annuaire statistique de l'AEF 1936—1950; vgl. die schon angeführten Werke über die Investitionen im Rahmen des Plans und deren Finanzierung.

³²⁾ S. Gouvernement Général de l'AOF: „Etudes agronomiques sur le riz au Soudan français“, Paris 1950; Roland Pré: „La Guinée française“, Veröffentl. der France d'outre-mer; „L'équipement de l'AOF“, Documentation française, 1950; Annuaire statistique AOF; P. H. Sirieux: „Rapport annexe sur la situation du territoire et l'activité des services“, Konakry 1952; Pierre Ch. A. Legoux: „La réglementation minière des territoires d'Afrique Noire et de Madagascar“, Paris 1950; F. J. Amon d'Alby: „La Côte d'Ivoire dans la Cité africaine“, Paris 1951.

³³⁾ Siehe H. Deschamps, a. a. O. S. 184.

³⁴⁾ Olivier Hatzfeld: „Madagascar“, Paris 1952 (enthält ausführliche Angaben über die vorhandene Literatur). Zu den schon angeführten Werken, die sich mit den allgemeinen Problemen befassen, darf hinzugefügt werden: Veröffentlichung der France d'outre-mer: „Madagascar 1950“.

Entwicklung und Lage der Wohnungswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone 1945-1953*

Von Dr. Dorothea Faber

Die Lage nach Kriegsende

Im Mai 1939 wohnten innerhalb der deutschen Grenzen von 1937 rund 69 Millionen Menschen in etwa 18 Millionen Wohnungen; im Oktober 1946 gab es in den vier Besatzungszonen und Großberlin nur noch 12 bis 13 Millionen Wohnungen für rund 64 Millionen Einwohner.

Die Wohnraumverluste infolge des Krieges — nach der Zahl der benutzbaren Wohnungen gerechnet — waren in der sowjetischen Zone mit 11,5 vH beträchtlich geringer als in Westdeutschland mit 25,7 vH. Unter den Ländern der Sowjetzone wurde Mecklenburg mit einem Ausfall von 24,4 vH am stärksten betroffen; es folgen Brandenburg (15,3 vH), Sachsen-Anhalt (12,3 vH) und Sachsen (10,7 vH); Thüringen blieb mit einer Einbuße von nur 1,5 vH relativ verschont.

In der Sowjetzone steht dem Rückgang des Bestandes an Wohnungen von 4,6 auf 4,1 Millionen eine Zunahme der Einwohnerzahl von 15,2 auf 17,3 Millionen gegenüber. Die durchschnittliche Belegung der Wohnungen (Wohnungsdichte) war damit von 3,3 Personen im Jahre 1939 auf 4,3 Personen 1946 gestiegen. Im Bundesgebiet hatte sich die Lage, rein zahlenmäßig betrachtet, zwar ungünstiger entwickelt — hier kamen 1946 5,5 Personen auf eine Wohnung gegenüber 3,7 im Jahre 1939 —, dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die einzelne Wohnung im Westen durchschnittlich mehr Wohnraum hat als in der Sowjetzone. Es steht jedoch fest, daß die Bevölkerung des Bundesgebietes stärker zusammenrücken mußte als die der sowjetischen Zone. Die durchschnittliche Belegung der Wohnungen stieg im Westen um 48,6 vH gegen 30,3 vH in der Sowjetzone. Diese Veränderung im verfügbaren Wohnraum hat im Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung vielfach ein höheres Gewicht als der absolute Stand.

Mecklenburg hat bei größtem Ausfall an Wohnungen die höchste Zahl von Flüchtlingen aufgenommen; bei einer um 52,3 vH vermehrten Bevölkerung hat sich hier die Wohnungsdichte gegenüber 1939 nahezu verdoppelt und ist damit stärker als in jedem

anderen Land der sowjetischen Zone. Die in Sachsen-Anhalt schon 1939 relativ dicht wohnende Bevölkerung steht hinsichtlich des Bevölkerungszuwachses an zweiter Stelle (+ 20,9 vH). In Thüringen liegen die Verhältnisse etwas günstiger (+ 20,4 vH). Brandenburg zeigt zwar mit + 4,7 vH eine recht geringe Vermehrung seiner Bevölkerung, die Belegung je Wohnung stieg jedoch um 20 vH. Den kleinsten Bevölkerungszuwachs hat Sachsen zu verzeichnen (+ 1,7 vH); bei relativ geringem Ausfall an Wohnungen erhöhte sich die Wohnungsdichte um nur 12,9 vH.

Mehr noch als die Zahl der Wohnungseinheiten wurde die Zahl der verfügbaren Wohnräume durch Kriegszerstörungen verringert und damit innerhalb der Wohnungen ein stärkeres Zusammenrücken erzwungen. 1946 gab es in der Sowjetzone rund 7 Millionen weniger Wohnräume als 1939 — 41,3 vH). Durchschnittlich war jeder Wohnraum 1946 mit einer gegenüber 1939 fast verdoppelten Anzahl von Personen belegt. Etwas günstiger ist die Relation bei einem Vergleich der in beiden Jahren je Kopf vorhandenen Wohnfläche: 1939 15,6 qm, 1946 9,1 qm. Diese Durchschnittswerte dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß insbesondere in den Gebieten, die verhältnismäßig viele Flüchtlinge aufzunehmen hatten, die Wohnverhältnisse beträchtlich schlechter sind.

Zur Kennzeichnung der Ausgangslage nach Kriegsende in der Wohnraumversorgung der sowjetischen Zone ist schließlich auch die Feststellung wesentlich, daß die Zahl der Haushaltungen 1946 weit über der Zahl der Wohnungen lag. Abgesehen von dem Ausfall an Wohnungen war die Zahl der Haushaltungen mit + 23 vH gegenüber 1939 mehr gestiegen als die Einwohnerzahl mit + 14,4 vH in dem gleichen

*) Dieser Beitrag beruht auf einer Mitte 1953 abgeschlossenen Untersuchung der Verfasserin, die demnächst unter dem Titel „Die Wohnungswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone“ in der Reihe *Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland* vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegeben wird.

Zeitraum. 30,3 vH aller Haushaltungen waren in der sowjetischen Zone 1946 ohne selbständige Wohnung; 1939 waren es nur 3 vH. Bei vorsichtiger Schätzung

kann angenommen werden, daß 1946 in der sowjetischen Zone etwa 1,2 bis 1,4 Millionen Wohnungen fehlten.

Die Entwicklung seit 1946

Die Gesamtentwicklung

Durch den anhaltenden Zustrom an Flüchtlingen und die Heimkehr von Kriegsgefangenen wuchs die Bevölkerung der sowjetischen Zone — trotz gleichzeitiger Abwanderung nach dem Westen — zunächst, wenn auch geringfügig, weiter an; zwischen 1946 und 1950 vermehrte sie sich um 1,8 vH. Die damit verbundene Tendenz zur weiteren Verschlechterung der Versorgung mit Wohnraum wurde durch das fast völlige Fehlen jeglicher Bautätigkeit verstärkt.

Von 1946 bis 1948 ging sogar die zur Verfügung stehende Wohnfläche von 143 Millionen qm auf 136 Millionen qm zurück. Hierzu mögen der Abbruch und die polizeiliche Sperrung baufälliger Häuser beigetragen haben sowie Ausfälle durch Brand oder Schäden, die wegen Materialmangels nicht behoben werden konnten. Die Minderung der verfügbaren Wohnfläche war aber auch darauf zurückzuführen, daß Wohnraum zugunsten von Verwaltungs- oder gewerblichen Zwecken entzogen wurde. Eine gewisse Rolle dürfte schließlich auch die Schaffung von Küchen und anderem Nebengelaß bei Wohnungsteilungen gespielt haben.

Im Laufe des Jahres 1948 konnten, vor allem durch Wiederinstandsetzungen, 32 000 Wohnungen neu beziehbar gemacht werden. Dieser Zugang an Wohnungen fiel wenig ins Gewicht, da er nur 0,8 vH des Wohnungsbestandes von 1946 ausmachte. Bei Annahme einer durchschnittlichen Lebensdauer von 100 Jahren war damit nicht einmal der laufende Ersatz des durch Kriegsereignisse geminderten Wohnungsbestandes gesichert. Andererseits werden Wohnungen wegen Verfalls nur bei äußerster Gefahr geschlossen, so daß die 32 000 Wohnungen fast vollständig als Zugang zu rechnen sind.

Der Zweijahrplan 1949/50 umfaßte zwar auch den Wohnungsbau, ohne ihn aber wesentlich voranzutreiben. Für 1949 waren 20 350 Wohnungszugänge geplant. 5000 Neubauten (Kleinwohnungen mit rund 52 qm) waren in den Industrieschwerpunkten vorgesehen, 15 350 Wohnungen sollten instand gesetzt werden und sich auf die Länder nach einem Schlüssel verteilen, der sich nicht aus dem Bedarf an Wohnraum ergab, sondern aus der Baustofflage in den einzelnen Gebieten.

Die Planzahlen für 1949 lagen um etwa ein Drittel unter dem entsprechenden Bauvolumen des Vorjahres. Damit ist nicht gesagt, daß 1949 weniger finanzielle Mittel eingesetzt wurden als 1948; vielmehr war der Nutzeffekt gesunken, da sowohl die Baukosten gestiegen waren als auch die nunmehr noch instand zu

setzenden, vornehmlich mittel- und schwerbeschädigten Wohnungen mehr Mittel je Einheit benötigten als in den Vorjahren die leicht beschädigten Wohnungen. Da die für 1949 eingeplanten Neubauten nur 0,5 vH des Wohnungsbestandes gleichkamen, war es unverkennbar, daß man seine weitere Ueberalterung unter dem Zwang der Verhältnisse in Kauf zu nehmen gewillt war. Daran ändert es auch nichts, daß gleichzeitig an 35 000 Wohnungen Erhaltungsarbeiten vorgesehen waren. Aber der Plan wurde nicht erfüllt. Nur etwa 17 500 Wohnungen sind im Jahre 1949 fertiggestellt worden.

Obwohl dann im Jahre 1950 von vornherein noch weniger Vorhaben geplant wurden — man rechnete mit einem Zugang von 21 000 Wohnungen durch Neubau und Instandsetzungen —, blieb die Realisierung mit wiederum 17 500 fertigen Wohnungen selbst hinter diesem Voranschlag zurück.

Trotzdem hat sich die Lebenshaltung in der sowjetischen Zone bezüglich der Wohnverhältnisse insgesamt verbessert. Von 1946 bis 1950 wuchs die Bevölkerungszahl nur um 1,8 vH, der Wohnungsbestand aber um etwa 2,2 vH. Wenn gleichzeitig die Zahl der Haushaltungen um 3,7 vH abnahm, so ist dies zum Teil wohl darauf zurückzuführen, daß 1950 nur noch die tatsächlich selbständigen Haushaltungen statistisch erfaßt wurden. Durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen und Evakuierten hatte zwar die Bevölkerung insgesamt zugenommen, jedoch wurde dadurch die Zahl der Haushaltungen nicht entsprechend erhöht.

Seit 1950 hat sich das Verhältnis Wohnungsbestand zu Bevölkerungszahl in der sowjetischen Zone keinesfalls verschlechtert, eher weiterhin gebessert. Allerdings blieb es dabei, daß dafür mehr die etwa unveränderte Bevölkerungszahl die Ursache war als die Vermehrung des Wohnungsbestandes. Bis Juni 1953 wanderten rund zwei Millionen Menschen aus der sowjetischen Zone nach dem Westen; infolgedessen konnte sich das wiedereinsetzende natürliche Bevölkerungswachstum nicht in einer Zunahme der Gesamtbevölkerung auswirken.

Im Fünfjahrplan 1951/55 ist der Bau von 240 000 Wohnungen mit 10,1 Millionen qm Wohnfläche vorgesehen. Obwohl 1951 und 1952 die Planwerte mit rund 20 000 Wohnungen relativ niedrig angesetzt waren, da die Industrie den unumstrittenen Vorrang hatte, wurden sie tatsächlich nicht erreicht. Bis Ende 1953 sollen 54 000 Wohnungen mit zirka 4,5 Millionen qm Wohnfläche fertiggestellt sein. Da der Bau von Kleinstwohnungen in den Hintergrund getreten ist,

können die insgesamt vorgesehenen 10,1 Millionen qm nicht mehr als Plangröße aufrechterhalten werden, sofern 1954/55 weitere 186 000 Wohnungen in die Volkswirtschaftspläne aufgenommen werden sollten. Allerdings sind inzwischen bereits die Kontrollziffern für den Wohnungsbau im Jahre 1953, d. h. die Bereitstellung von Arbeitskräften, Baustoffen und

Finanzierungsmitteln, auf die Hälfte herabgesetzt worden. So ist, nach der Anzahl der Wohnungen gerechnet, keine fühlbare Verbesserung der Wohnungsverorgung in der Sowjetzone zu erwarten, zumal auf lange Sicht die Zugänge der letzten Jahre durch vermehrte Ausfälle überalterter Gebäude sicherlich ausgeglichen werden.

Die Wohnverhältnisse in der sowjetischen Zone 1939, 1946, 1950

	1939	1946	Veränderung gegen 1939 in vH		1950	Veränderung gegen 1939 1946 in vH	
1. Einwohnerzahl in 1000 . . .	15 157	17 313	+	14,4	17 616	+ 16,2	+ 1,8
2. Zahl d. Haushaltungen in 1000	4 735	5 824	+	23,0	5 606	+ 18,4	— 3,7
3. Zahl der Wohnungen in 1000 .	4 591	4 061	—	11,5	4 150 ¹⁾	— 9,6	+ 2,2
4. Zahl der Wohnräume in 1000 .	17 843	10 500	—	41,3	—	—	—
5. Personen je Wohnung . . .	3,3	4,3	+	30,3	4,2	+ 27,3	— 2,3
6. Personen je Wohnraum . . .	0,85	1,65	+	94,1	—	—	—
7. Haushaltungen je Wohnung .	1,03	1,4	+	35,9	1,35	+ 31,1	— 3,6
8. Haushaltungen ohne selbstän- dige Wohnung							
a) Zahl in 1000	144	1 763	+	1 124,3	1 456	+ 911,1	— 17,4
b) in vH der Zahl der Haus- haltungen	3,04	30,3	+	896,7	26,0	+ 755,3	— 14,2

¹⁾ Geschätzt aus Angaben über den Zugang an Wohnungen (Wiederaufbau und Neubau).

Das Bodenreform-Bauprogramm

Das erste große Wohnungsbauprogramm in der Sowjetzone hatte seinen Ausgangspunkt in der Bodenreform. Auf dem Lande galt es nicht, Kriegszerstörungen zu beseitigen, sondern für die Unterbringung der sogenannten Neubauern zu sorgen.

Im Zuge der Bodenreform erhielten 119 500 ehemals landlose Bauern und Landarbeiter sowie 89 529 Flüchtlinge aus dem Gebiet jenseits der Oder und Neiße (Umsiedler) bis 1. Januar 1949 Grund und Boden¹. Von diesen rund 209 000 Menschen hatten nur etwa 16 000 bereits eigene Wohnhäuser. Aus dem Bodenfonds standen nur 58 000 Wohngebäude zur Verfügung, von denen 48 000 an die Neubauern verteilt wurden; die restlichen 10 000 wurden, sofern man sie nicht den volkseigenen Gütern zuschlug, in der Hauptsache „gesellschaftlichen“ Zwecken zugeführt. 145 000 Neubauern (das sind 69,4 vH aller Neubauern) hatten also durch die Bodenreform wohl eine Arbeitsstätte mit Land, Viehbestand und — wenn auch ungenügenden — Ställen und Scheunen erhalten, nicht aber eine der Lage der Äcker entsprechende und mit Wirtschaftsgebäuden verbundene Wohnung.

Zunächst wurde versucht, im wesentlichen durch Umbauten Abhilfe zu schaffen. Bis 1947 waren auf diese Weise 8000 Gehöfte fertiggestellt worden, ohne daß man systematisch an die Aufgabe herangegangen war. Erst der Befehl 209 der SMA vom 9. September

1947 leitete das eigentliche Neubauern-Bauprogramm ein. Es wartet aber heute noch auf seine Erfüllung, obwohl bereits 1950 alle Neubauern mit Wohnraum versorgt sein sollten. 1948 konnte die mangelnde Planerfüllung noch auf Anlaufschwierigkeiten zurückgeführt werden. Daß im folgenden Jahr mit knapp 20 000 Wohnhäusern nur 57 vH des Solls erreicht wurden, lag an dem Uebermaß an angefangenen Wirtschaftsgebäuden im Rahmen des Gesamtprogramms. Die bereitgestellten Finanzmittel in Höhe von 300 Millionen DM waren bereits im Spätsommer durch Kreditverträge zwischen Genossenschaftskassen und bauwilligen Neubauern weit überschritten. Nach diesem Mißerfolg wurde Ende 1949 die Verantwortung für die Durchführung des Programms vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft auf das Ministerium für Aufbau übertragen. Aber dieser Ressortwechsel bewirkte keine entscheidende Verbesserung in der Wohnraumversorgung der Neubauern. 1950 wurden einschließlich der Ueberhänge aus 1949 nur 30 400 Wohnungen geplant. Zur Fertigstellung der Ueberhangbauten stellte man Anfang 1950 45 Millionen DM und im August weitere 45 Millionen DM bereit. Auch dies verkleinerte Programm konnte nicht eingehalten werden; Ende 1950 waren lediglich 10 000 Wohnbauten errichtet und damit nicht einmal die Ueberhänge aus dem Vorjahr realisiert.

Infolgedessen mußten 80 400 Wohngebäude, das

war weit über die Hälfte des Neubauern-Bauprogramms von 1947, in den Fünfjahrplan 1951/55 übernommen werden; allein 17 000 Ueberhangbauten aus 1949 und 1950 waren zu beenden. Aber auch im Jahr 1951 konnte nicht einmal die Beseitigung des alten Ueberhangs erreicht werden. 2150 geplante Neubauten wurden überhaupt nicht begonnen. Infolgedessen stand nach dem ersten Jahr des Fünfjahrplans noch fast das halbe Programm (67 400 Wohnbauten) offen.

1952 sollten dann mit Hilfe von 200 Millionen DM Krediten, von denen mehr als 80 Millionen DM zinslos gegeben wurden, 12 000 Wohngebäude beendet und 17 000 neu gebaut werden. Es blieb aber bei dem langsamen Tempo der Vorjahre. Bis zum Juli 1952 war erst ein Viertel des Jahresplanes erfüllt. Hauptmängel blieben die Beschaffung des Baumaterials, der Transport zur Baustelle und die Tendenz zur Ueberschreitung der Baukosten, die für den sogenannten Eindachtyp (Wohnhaus und Stall) mit 11 000 DM geplant sind. Durch die sich seit Sommer 1952 ausbreitende allgemeine Wirtschaftskrise dürfte das Ist dieses Jahres wieder erheblich hinter dem Soll zurückgeblieben sein. Nicht einmal nach der Zahl der Einheiten wird daher das Neubauern-Bauprogramm von 1947 bis Ende 1953 abgeschlossen sein.

Entsprechend der Lage der im Zuge der Bodenreform aufgeteilten Güter hat Mecklenburg den absolut höchsten Bedarf an Neubauernhäusern, Thüringen den geringsten. Als einziges Land der sowjetischen Zone hat daher Thüringen bis zum Frühjahr 1953 seinen Bedarf annähernd gedeckt, alle anderen Länder haben noch relativ hohe Rückstände. Wohl vornehmlich im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der Baustoffbeschaffung im Verwendungsgebiet wurden 1948 die Plananteile relativ um so höher festgelegt, je geringer der Bedarf des einzelnen Landes im Rahmen des Gesamtprogramms war. Mecklenburg wurde dadurch stark benachteiligt. Erst 1951/52 änderte sich diese Methode.

Das Bodenreform-Bauprogramm in den Ländern der sowjetischen Zone in vH des Gesamtprogramms

	Bedarf	Plan 1948	Plan 1952 (ohne Ueberhang)
Mecklenburg . . .	41,2	32,5	47,1
Brandenburg . . .	26,2	27,0	23,5
Sachsen-Anhalt . . .	17,6	18,9	17,6
Sachsen	11,1	13,5	11,2
Thüringen	3,9	8,1	0,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Nach der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurden die Projekte der landwirtschaftlichen Produk-

tionsgenossenschaften gemäß einer Direktive der Regierung vorrangig sowohl geprüft als auch mit den notwendigen Baustoffkontingenten beliefert. Zunächst wurde mehr oder weniger planlos verfahren, in der Regel entstanden Bauten zwar im Anschluß an vorhandene Siedlungen, mitunter wurden aber auch ganz neue Siedlungen geschaffen. Durch Ausbau der Maschinen-Traktoren-Stationen als Kulturzentren und später verstärkt durch die Aufblähung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften selbst zu Mittelpunkten des gesamten ländlichen Lebens drohte die Gefahr der Zersplitterung. Daher wurde — freilich erst relativ spät — der Versuch gemacht, die einzelnen Dörfer in ihrer regionalen Bedeutung zu klassifizieren in Zentraldörfer und Nebendörfer. Diese Maßnahmen berühren zwar unmittelbar die Wohnbauten weniger als die Verwaltungs- und Kulturbauten, die zum Teil den Zentraldörfern vorbehalten bleiben sollen, sie beeinflussen aber wesentlich den Wohnwert der Wohnungen. Im Zuge dieser Siedlungsplanung wird für alle Projekte die Einordnung in die Gesamtplanung gefordert, d. h. eine vorherige Abstimmung jedes Bauplanes mit der Dorf- und Stadtplanung. Auf dem Lande sollen sogenannte „soziale Dörfer“ entstehen. Anfang 1953 befanden sich diese Dinge noch im Stadium der Ausarbeitung von Plänen für Musterdörfer des „neuen Typs“.

Der Aufbau der Städte

Für die städtische Siedlung sind bereits 1950 sechzehn Grundsätze des Städtebaus aufgestellt worden². Dem industriellen Aufbau wurde mehr Beachtung geschenkt als dem landwirtschaftlichen. Städte werden, wie es im 3. Grundsatz heißt, „in wesentlichem Umfange von der Industrie für die Industrie gebaut“. Nur in der Hauptstadt tritt die Industrie hinter den Verwaltungsorganen und den Kulturstätten zurück. Sofern überhaupt an Wohnungsbau gedacht wurde, galt daher dem Aufbau der Städte die erste Sorge. Hier waren die Verluste an Wohnraum besonders hoch³, der für die Arbeitskräfte der wieder anlaufenden und zu erweiternden Industrie dringend erforderlich wurde. Gemäß dem Aufbaugesetz⁴ sollten außer Berlin 53 Städte in das Sonderprogramm einbezogen werden, an der Spitze Dresden, Leipzig, Magdeburg, Chemnitz, Dessau, Rostock, Wismar und Nordhausen. Die Auswahl ließ erkennen, daß neben propagandistischen Zwecken (Berlin als Hauptstadt und Dresden als „von der amerikanischen Luftwaffe unmenschlich heimgesucht“) vor allem der Wiederaufbau von Schwerpunkten der Industrie vorgesehen war. Diese anspruchsvollen Pläne wurden jedoch nicht verwirklicht. Schon im Fünfjahrplan wurde Nordhausen nicht mehr genannt, und am 28. August 1952 bestätigte dann der Ministerrat den Vorrang im Wirtschaftsplan des laufenden Jahres lediglich für Leipzig, Dresden, Magdeburg und Rostock, abge-

sehen von dem seit Anfang 1952 laufenden „Nationalen Aufbauprogramm“ für Ostberlin.

Im Rahmen des „Nationalen Aufbauprogramms“ wurde 1952 und 1953 die ganze sowjetische Zone zur „freiwilligen“ Mitarbeit an dem Ostberliner Baukomplex von 5000 Wohnungen in der Frankfurter Allee, jetzt Stalinallee, herangezogen; unbezahlte Halbschichten sind in der Hauptsache durch die Ostberliner zu leisten — 1952 über 1,3 Millionen, das waren 4 Millionen Arbeitsstunden —; durch ein 1952 mit einer Lotterie verbundenes „Aufbauparen“ sollen finanzielle Mittel beschafft werden.

Darüber hinaus wurden aber zugunsten dieses Programms Arbeitskräfte und Material vordringlich bereitgestellt; infolgedessen mußte die sowjetische Zone zugunsten der Repräsentation in Ostberlin auf die Erfüllung eigener Aufgaben verzichten. Rein quantitativ gesehen, bedeuten die Bauten in der Stalinallee nicht etwa ein dem großen Bedarf in Ostberlin endlich entsprechendes Projekt — 1952 wurden 2137 Wohnungen fertiggestellt⁵ —, vielmehr stehen propagandistische Zwecke im Vordergrund. Man schreckte trotz der Wohnungsnot nicht davor zurück, im Wege stehende Häuser, obwohl sie noch benutzbar waren, abzubringen, um tatsächlich den geschlossenen Eindruck der „ersten sozialistischen Straße“ zu erreichen. Baufortgang und Bauausführung ließen trotz der vielen erzwungenen Verpflichtungen zu besonderen Leistungen und trotz der befohlenen Hilfen aus allen Gebieten der Sowjetzone bisher sehr zu wünschen übrig. Der Bericht über die Planerfüllung im volkseigenen Wohnungsbau spricht von nur 590 fertiggestellten Wohnungen, das waren 28 vH des Plans. Ob sich diese Zahl noch erhöht, z. B. durch die Vollendung von bereits 1951 begonnenen Bauten, ist nicht genau feststellbar. Jedenfalls wurden am 21. Dezember 1952 zu Stalins 73. Geburtstag bereits 1148 Wohnungen vergeben, über deren Stadium der Bezugsreife allerdings nichts verlautete. Für 1953 sind rund 1000 Wohnungsneubauten geplant.

Während der Wohnbaukomplex in der Stalinallee ein Teilprojekt darstellt, ist die Wohnstadt für das Eisenhüttenkombinat Ost (jetzt Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“) bei Fürstenberg/Oder das Ziel eines umfassenden Planes zum Aufbau der „ersten sozialistischen Stadt“. 1951 wurden die ersten Häuser gebaut, Ende 1954 soll die Wohnstadt fertig sein (seit 7. Mai 1953 Stalinstadt). Die Verwirklichung des Programms hinkt aber ständig hinter dem Plan her. Bei Weiterarbeit gemäß der bisherigen Praxis kann die Wohnstadt 1954 keinesfalls vollendet sein.

Die Eigentumsverhältnisse

Die volkseigenen Betriebe hatten bereits im Zuge der Enteignungsmaßnahmen 2 vH des Wohnraumbestandes, das waren 3 vH der Wohnfläche, als Werkwohnungen übernommen. Zu den Werkswoh-

nungen gehörten 1949 neben normalen Wohnungen auch Behelfsheime. Die normale Wohnung war durchschnittlich mit 3,17 Personen belegt, bei den Länderbetrieben sogar nur mit 2,64 Personen. Im Durchschnitt hatten die Wohnungen 48 qm Wohnfläche, wobei die Zonenbetriebe über größere Wohnungen im Vergleich zu den Länderbetrieben verfügten. Auf jede Person entfielen durchschnittlich 16,5 qm Wohnraum. Diese Werte sind sehr hoch gegenüber denen, die sich für Zone, Länder und Städte zu dem entsprechenden Zeitpunkt ergeben.

Der Bestand an Werkwohnungen ist seit 1949 gewachsen, Wohnungsbauten, wie sie in „Stalinstadt“ entstehen, wurden auch im Mansfelder Bergbauggebiet durchgeführt, ferner in Lauchhammer für die Werk tätigen der Großkokerei, in Rostock, Wismar und Stralsund für die Werftarbeiter, im Erzgebirge für die Arbeiter der Wismut AG⁶. Diese Bauvorhaben finden ihre allgemeine Basis im Gesetz der Arbeit (§ 56), in dem die Betriebsleitungen verpflichtet werden, Maßnahmen für den Bau von Wohnungen und für die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Arbeiter und Angestellten des betreffenden Betriebes zu ergreifen; vielfach kehrt diese Verpflichtung im Betriebskollektivvertrag wieder. Die Zahl der Werkwohnungen nahm ferner dadurch zu, daß im Zuge der Durchführung der Verordnung vom 6. November 1952 über Wohnungen für Werktätige der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe⁷ diesen Betrieben die Rechtsträgerschaft an bereits volkseigenen Wohngrundstücken übertragen wurde, sofern die Betriebe die Wohnungen wesentlich zur Unterbringung von Werktätigen benötigen.

Bezüglich des Eigentums an Wohngrundstücken ist noch keine grundsätzliche Reform, ähnlich etwa der Boden- oder Industriereform, durchgeführt worden. Wohl sind im Rahmen der beiden genannten Reformen auch Wohngrundstücke an den Staat gefallen, ebenso wie im Zusammenhang mit Strafverfahren aus verschiedensten Anlässen; darüber hinaus aber wurde bisher nur der Weg der Enteignung für Zwecke der Allgemeinheit beschritten, der in einer Durchführungsverordnung zum Aufbaugesetz⁸ für die Aufbaustädte speziell geregelt worden ist; für diese Enteignungen sind Entschädigungen vorgesehen.

In größerem Umfang befinden sich Grundstücke privater Eigentümer in Treuhandverwaltung bei der öffentlichen Hand, z. B. Grundstücke Westberliner und westdeutscher Eigentümer.

Ferner hat die Steuerpolitik zu Verkäufen vornehmlich von Trümmergrundstücken an die öffentliche Hand geführt. Schließlich bahnt sich eine Umschichtung noch dadurch an, daß praktisch nur die öffentliche Hand zu bauen imstande ist, da für andere Projekte — mit Ausnahme von Reparaturen — keine Baustoffe freigegeben werden.

Für 1952 hatte der volkseigene Wohnungsbau 19 679 Wohnungen geplant. Wenn auch von diesem Planvorhaben nur 46 vH realisiert werden konnten, so ist das Ergebnis im Vergleich zu dem gleichzeitigen Mißerfolg privater Bauvorhaben und genossenschaftlicher Projekte doch beachtlich; diese waren z. B. in Magdeburg noch 1951 mit 500 Wohnungen an insgesamt 1000 Wohnungen beteiligt gewesen.

Mit der Bevorzugung des Geschoßbaues — jeden-

falls für die Stadt — steht eindeutig die Mietwohnung im Vordergrund, für die keinesfalls an eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, z. B. Stockwerkeigentum u. ä., gedacht wird. In geringem Umfang sind zwar Eigenheime, z. B. für die Intelligenz, gebaut worden, und für diesen Eigenbedarf wird das Einzeleigentum auch nicht abgelehnt, für den Wohnungsneubau in seiner Gesamtheit spielt dies jedoch nur eine ganz geringe Rolle.

Die Wohnraumverteilung

Die Wohnraumlenkung

Da der Wohnungsbau in der Sowjetzone den regional stark differenzierten Wohnungsbedarf nicht decken kann, der im Frühjahr 1953 schätzungsweise noch etwa eine Million Wohnungen betrug, wird weiterhin dem Mangel im wesentlichen durch Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraums „abgeholfen“. Grundlage der Verteilung ist das Kontrollratsgesetz Nr. 18 (Wohnungsgesetz) vom 8. März 1946, erweitert durch großzügige Auslegung und neue Verordnungen im Hinblick auf die speziellen Ziele der Volkswirtschaftspläne.

Bei der Wohnraumlenkung spielt die Dringlichkeit des angemeldeten Bedarfs, aber auch die Herkunft des zu verteilenden Wohnraums eine Rolle. Dringlichkeitsstufen werden sowohl in der „Verfassung“ des Sowjetzonenstaates, Art. 26, 2, als auch im Kontrollratsgesetz Nr. 18 aufgezählt. Schon das Kontrollratsgesetz sah eine Begünstigung bei der Wohnraumzuteilung für Facharbeiter vor, die dringend benötigt werden (Mangelberufe); für das Gebiet der sowjetischen Zone forderten darüber hinaus die Befehle der SMA Nr. 323 und 234 vom 20. November 1946 und 9. Oktober 1947 eine Verbesserung der Wohnverhältnisse für Bergarbeiter und Arbeitskräfte der Schlüsselindustrien.

Am 10. November 1952 wurde im Rahmen der Neuregelung der Versorgung der Werktätigen der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe mit werkseigenen Wohnungen eine Zusammenstellung von Zuteilungsgraden veröffentlicht⁹, die zeigt, daß soziale Gesichtspunkte nur mehr am Rande für die Wohnungsvergabe eine Rolle spielen. Demgemäß wurden auch die ersten Wohnungen der „ersten sozialistischen Straße Berlins“ in der Stalinallee fast ausschließlich an ausgezeichnete Werktätige vergeben.

Die tatsächliche Entscheidung über die Wohnungszuteilung liegt beim Referat Wohnungswesen innerhalb der Abteilungen für Arbeit und Berufsausbildung der Räte der Bezirke. Sofern es sich aber um Wohnungsvergaben an „Werktätige“ handelt — und der größte Teil der verfügbaren Wohnungen wird für diese Gruppe reserviert —, werden die Betriebswohnungskommissionen hinzugezogen, deren Urteil

über die Dringlichkeit der Nachfrage sogar maßgeblich sein soll für die Verwaltung. Damit wird die Lebenshaltung der Bevölkerung der sowjetischen Zone auf einem weiteren Gebiet unmittelbar durch die Betriebe beeinflusst¹⁰. Da nach der Verordnung vom 10. November 1952 der Bestand an Werkwohnungen durch die Uebernahme volkseigener Wohngrundstücke in die Rechtsträgerschaft volkseigener Betriebe vergrößert worden ist¹¹, sind die Rechte der übrigen Bevölkerung weiter eingeengt worden.

Bei dem geringen Ausmaß an Neubauten kann sich die Wohnraumlenkung nicht darauf beschränken, lediglich neuen Wohnraum „gerecht“ zu verteilen. Andererseits steht einer systematischen Neuverteilung des Gesamtbestandes nach einheitlichen Gesichtspunkten grundsätzlich der Mieterschutz entgegen. Das gilt wesentlich für das Hauptmietverhältnis. Dagegen machen es die Erfassung unterbelegten Wohnraums und die Einweisung von Untermietern möglich, Wohnraum für die zusätzliche Nachfrage freizumachen. Dieser Weg ist regional je nach dem Bevölkerungsdruck mehr oder weniger rigoros beschritten worden.

Ganz rigoros ist man seit 1951 im Zuge der sogenannten „operativen Wohnraumlenkung“ vorgegangen. Ziel ist die Beschaffung von Wohnungen in den Schwerpunkten der industriellen Entwicklung der sowjetischen Zone, wobei nach Möglichkeit längere Anmarschwege für die Beschäftigten vermieden werden sollen, damit die Arbeitskraft des einzelnen ungeschmälert allein der Betriebsleitung zugute kommen kann. Denjenigen, die in diesen Gebieten nicht im Arbeitsprozeß stehen, wird die „Möglichkeit gegeben“, in einen anderen Ort umzuziehen, der kein solcher Brennpunkt des Wohnungsbedarfes ist. Praktisch ist diese „Möglichkeit“ vielerorts zum Zwang geworden, zur Umsetzung der nicht arbeitenden Bevölkerung, z. B. aus den industriellen Zentren Sachsens nach Thüringen und Mecklenburg oder von den Schwerpunkten der Produktion in Sachsen-Anhalt in ländliche Gemeinden des Landes. Daß damit besonders auch alte Leute aus der gewohnten Umgebung gerissen werden mit all den so schwerwiegenden Folgen für den Alltag dieser Menschen, ist den sowjetzonalen Machthabern gleichgültig. Entschei-

dend sind die wirtschaftlichen Vorteile für den Ausbau der Industrie.

Die „operative Wohnraumlenkung“ behandelt das Problem der Wohnraumversorgung auch von seiten der regionalen Bevölkerungsverteilung, und zwar in der stärksten Form der Umsiedlung. Sie weicht damit dem vorhandenen Bevölkerungsdruck aus. Die Umsiedlung wurde von einem Zeitpunkt an betrieben, in dem im übrigen die Wirtschaft sich allmählich zu erholen schien. Bis dahin hatte sich die Wohnraumlenkung des Mittels der Bevölkerungsverteilung lediglich in passiver Weise bedient, d. h. man drosselte den Zustrom in die Städte oder andere industriell wichtige Siedlungseinheiten durch die Vorschrift der Zuzugsgenehmigung. Zunächst war allerdings dabei die Sicherung der Lebensmittelversorgung Hauptziel der Zuzugsbeschränkungen gewesen. Später spielten aber die Wohnraumversorgung und andere Faktoren eine größere Rolle.

Die Miete

Im Rahmen des allgemeinen Preisstops ist auch die Miete auf dem Stand von 1944 bzw. 1936 festgehalten worden. Das Mietniveau ist im allgemeinen gegenüber den Preisen von Konsumgütern relativ niedrig. Jedoch sind die Mieten, selbst für gleichwertige Wohnungen, mitunter sehr unterschiedlich,

je nach Baujahr und Art der Finanzierung im Zusammenhang mit der seit dem Ersten Weltkrieg nie ganz aufgehobenen Zwangswirtschaft im Wohnungswesen. An eine grundsätzliche Bereinigung dieses entarteten Mietgefüges hat man sich in der sowjetischen Zone — wie auch in der Bundesrepublik — noch nicht gewagt.

In der sowjetischen Zone ist die Mietpreispolitik für Neubauten die gleiche wie für den Wohnungsbestand. Nur so lassen sich Neubaumieten, z. B. in Magdeburg, mit 24 bis 26 DM für Zweizimmerwohnungen und 32 bis 36 DM für Dreizimmerwohnungen verstehen. Diese Mieten werden heute aber aus einem nominell gegenüber dem Basisjahr des Preisstops erhöhten Einkommen bestritten. In 1949/50 wurden so in der sowjetischen Zone von Arbeitern und Angestellten der unteren bzw. mittleren Einkommenschichten nur 7,2 bis 6,4 vH des Einkommens für Miete ausgegeben¹². Der Aufwand für Heizung und Beleuchtung dagegen ist infolge von Preissteigerungen gestiegen; die Bewirtschaftung zwingt zur teilweisen Deckung des Bedarfs über die HO zu Ueberpreisen. Infolgedessen sind die Ausgaben für das Wohnen im weiteren Sinne, prozentual vom gesamten Ausgabenetat, nicht ganz so rückläufig, wie es bei der reinen Miete der Fall ist.

Der Wohnungsbau im Rahmen der sowjetzonalen Volkswirtschaft

Es ist mehrfach hervorgehoben worden, daß der Wohnungsbau in der sowjetischen Zone sich in sehr kleinem Rahmen hält. Das ist jedoch keineswegs nur auf den allgemein niedrigen Stand des Sozialprodukts zurückzuführen, vielmehr ist tatsächlich der Wohnungsbau bisher vernachlässigt worden, schon in den Plänen und viel stärker noch in der Planerfüllung.

Die sowjetzonale Bauwirtschaft (Baustoff- und Bauindustrie) hat durch Krieg und Kriegsfolgen große Kapazitätsverluste erlitten. So war anfangs die Bauleistung insgesamt nur sehr gering. Von ihr entfiel 1946 bis 1949 der Hauptteil, wie es beispielsweise die Bautätigkeit in Leipzig, Magdeburg und Halle zeigt, auf Bauten für gewerbliche, landwirtschaftliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke, während die Wohnungsbauten und noch mehr (jedenfalls in diesem Zeitraum) die Bauten für öffentliche Zwecke in den Hintergrund traten¹³. Von der knappen Rohstoffdecke blieb kaum mehr etwas für den Wohnungsbau übrig, hinter dem — trotz vorhandener Nachfrage — infolge Zwangswirtschaft, Unsicherheit der Eigentumsverhältnisse und fehlender wirtschaftspolitischer Initiative keine ausreichende Wirtschaftskraft stand.

Diese Benachteiligung des Wohnungsbaus gegenüber den Produktionsstätten blieb auch in den folgenden Wirtschaftsplänen grundsätzlich bestehen¹⁴. Einschließlich der kommunalen Bauten lag 1949 mit

20 vH der Investitionen der Anteil des Wohnungsbaus noch am höchsten; dieser Satz ist jedoch wegen Untererfüllung des Plans tatsächlich nicht erreicht worden. 1950 waren nur 11,4 vH und unter Einschluß des Neubauern-Bauprogramms (ohne Eigenleistungen) 15,7 vH für den Wohnungsbau vorgesehen; von dem geplanten Bauvolumen von 2,1 Millionen DM entfielen auf den Wohnungsbau einschließlich Kommunalbauten nur 13 vH, unter Einrechnung der Neubauernkredite knapp 18 vH. Im ersten Voranschlag des Fünfjahrplans 1951/55 waren für Wohnungsbau, Kommunalbauten und Neubauern-Bauprogramm 5,15 Milliarden DM, das waren 19,2 vH des gesamten Investitionsvolumens, vorgesehen; nach dem endgültigen Fünfjahrplan beläuft sich der gleiche Posten nur auf ca. 4,35 Milliarden DM, das sind etwa 15,2 vH, wovon 3,456 Milliarden DM (= 12,1 vH) auf Wohnungsbauten und Abschluß des Neubauern-Bauprogramms entfallen. Bei 15 Milliarden Bauleistungen im Rahmen der Investitionen soll zwar der Wohnungsbau innerhalb des Bauvolumens auf etwa 23 vH aufrücken, doch gilt es noch abzuwarten, welche Relationen in der Erfüllung sich ergeben werden. Aus den Planungen ist jedenfalls ersichtlich, daß nicht der Mangel an Kapazität entscheidend ist für den geringen Umfang des Wohnungsbaus, sondern die bewußte Bevorzugung der Industrie. 1953 wurde wieder als erstes der Etat für Wohnungsbau

halbiert (von 1 Milliarde DM auf 0,5 Milliarden DM). Darüber können auch die von Jahr zu Jahr steigenden Sätze für den Wohnungsbau nicht hinwegtäuschen:

1950	196 vH von 1949
1951	178 vH von 1950
1952	203 vH von 1951
1953	140 vH von 1952.

Diese Sätze schließen nämlich jeweils an niedrige Ist-Werte an und dürfen daher keinesfalls als kontinuierliche Kette aufgefaßt werden.

Wie kommt es aber nun zu dem Versagen des Wohnungsbaus, bei dem nicht einmal die niedrigen Planzahlen realisiert werden? Hauptgrund ist die mangelnde Ordnung in der Projektierung. Die Vorprojektierung¹⁵ setzt zu spät ein, die endgültige läßt entsprechend auf sich warten, und erst dann kann mit Bauausführung begonnen werden.

Gewichtige Ursache ist ferner der Mangel an Baustoffen¹⁶. In der Baustoffindustrie ist nur wenig investiert worden; dies macht sich besonders in der Versorgung mit Mauersteinen, Zement, Holz und Baustahl störend bemerkbar. Es fehlt auch an einer Ordnung der Anlieferung; immer wieder werden Wartezeiten erzwungen, und Arbeitskräfte können leistungsmäßig nicht ausgelastet werden. Infolgedessen steigen die Baukosten insgesamt.

Der Plan für den Wohnungsbau 1951 sah für die normale Wohnung Baukosten von 10 800 DM vor. In Rostock kostete aber eine solche Wohnung

18 000 DM, in Saßnitz 14 000 DM, in Fürstenberg 11 330 DM, und diese Ergebnisse wurden bereits als gut bezeichnet. Eine Baukostensenkung will man über Normenerhöhungen¹⁷ und Verringerung der Lohnnebenkosten erreichen. Entscheidend wäre jedoch, wie betont, eine vernünftige Planabstimmung, eine rechtzeitige Planung und eine Verbesserung der Materialversorgung.

Die Wohnraumversorgung in der sowjetischen Zone stützt sich im wesentlichen auf den vorhandenen Wohnungsbestand, da der Ausbau der Industrie dem Wohnungsbau vorgezogen wird. Die gegenüber dem Gebiet der Bundesrepublik relativ niedrigen Kriegsverluste am Wohnungsbestand (11,5 vH) und die Stagnation der Bevölkerung lassen trotz der Passivität im Durchschnitt die Versorgungslage nicht schlechter werden. Jedoch führt die Zusammenziehung von Arbeitskräften an den neuen Industrieschwerpunkten zu scharfer regionaler Differenzierung in der Wohnraumversorgung, da das Gut „Wohnung“ eben nicht transportabel ist und auch dem täglichen Pendelverkehr von Arbeitskräften Grenzen gezogen sind. Der geringfügige Wohnungsbau konzentriert sich jetzt an diesen Punkten, bleibt aber ungenügend. So wird durch Umsetzung der nicht in den Arbeitsprozeß eingegliederten Bevölkerung im Zuge der „operativen Wohnraumlenkung“ Wohnraum freigemacht, ohne dabei irgendwelche sozialen Rücksichten zu nehmen. Es gilt allein, die Volkswirtschaftspläne bezüglich der Entwicklung der Schwerpunkte zu erfüllen.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. allgemein zur Bodenreform Dr. Matthias Kramer: „Die Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone“, *Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland*, 2. Auflage, Bonn 1953; H. W. Dölling: „Wende der deutschen Agrarpolitik“, Berlin (Ost) 1950.

²⁾ Am 27. 7. 1950 vom Ministerrat bestätigt.

³⁾ Dresden erlitt bei einem Zerstörungsgrad von 49 vH einen Verlust von 39,2 vH des Wohnungsbestandes, Magdeburg einen Verlust von 38,1 vH. Der allgemeine Zerstörungsgrad betrug in Chemnitz 47 vH, in Dessau 46,5 vH, um nur die außer Berlin am stärksten zerstörten Städte zu nennen.

⁴⁾ Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands Berlin (Aufbaugesetz) vom 6. 9. 1950 (*Gesetzblatt der DDR*, S. 965).

⁵⁾ Außerhalb des Aufbauprogramms wurden 1952 noch fast 3000 Wohnungen (2875) fertiggestellt, insgesamt seit November 1948 10 500; und doch lagen noch Ende 1952 40 000 unerledigte Anträge auf Zuweisung einer Wohnung vor.

⁶⁾ 1952 Plan 4600 Wohnungen, Ist 2200 Wohnungen.

⁷⁾ *Gesetzblatt der DDR*, 1952, S. 1187.

⁸⁾ Vom 7. 6. 1951, *Gesetzblatt der DDR*, S. 552.

⁹⁾ 1. Durchführungbestimmung zur Verordnung über Wohnungen für Werktätige der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe vom 10. 11. 1952 (*Gesetzblatt der DDR*, S. 1191).

¹⁰⁾ Ebenso wie bei der Sozialversicherung, der Belieferung mit Mangelwaren u. a.

¹¹⁾ Vgl. dazu für die Reichsbahn die 2. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Wohnungen für Werktätige der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe — Deutsche Reichsbahn — vom 18. 5. 1953 (*Gesetzblatt der DDR*, S. 770). Die erste Uebergabe von Wohngrundstücken sollte am Tag des Eisenbahners 1953 (14. 6.) erfolgen.

¹²⁾ Für das Gebiet der Bundesrepublik haben offizielle Wirtschaftsrechnungen von Arbeitnehmerhaushaltungen ergeben, daß die Miete in den nominell etwa entsprechenden Einkommensschichten 1949 9,1 bis 8,6 vH der Verbraucherausgaben ausmacht.

¹³⁾ Zwischen den beiden Weltkriegen waren die drei Gruppen im Durchschnitt etwa zu gleichen Teilen an der Bauleistung insgesamt beteiligt gewesen.

¹⁴⁾ Dies wird formal bestätigt durch die Neuordnung der Reihenfolge der Investitionsbereiche: 1949 steht der Wohnungsbau am Anfang, 1951 bis 1955 am Schluß.

¹⁵⁾ Der Vorprojektierung sind noch die Vorplanung und die Perspektivplanung vorgeschaltet; vgl. Bekanntmachung von Instruktionen zur Vorbereitung und Durchführung von Investitionen und Generalreparaturen vom 30. 12. 1952 (*Gesetzblatt der DDR*, 1953, S. 25).

¹⁶⁾ Im 1. Halbjahr 1952 konnte höchstens die Hälfte des benötigten Materials bereitgestellt werden.

¹⁷⁾ Auf die Geschehnisse des 16. und 17. 6. 1953 kann hier nur kurz hingewiesen werden. Außerer Anlaß war die Normenerhöhung. Vgl. *Europa-Archiv* 14—15/1953, S. 5829 ff.

Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über die Einberufung einer Viererkonferenz

Deutschland-Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 15. August 1953

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, das Augenmerk der Regierung Frankreichs wie auch der Regierungen Großbritanniens und der USA abermals auf die anormale Lage zu lenken, daß Deutschland nach Ablauf von acht Jahren seit der Beendigung des Krieges in Europa keinen Friedensvertrag hat, in einen westlichen und einen östlichen Teil gespalten ist und gegenüber den anderen Staaten eine nicht gleichberechtigte Stellung einnimmt.

Diese Lage steht im Widerspruch zu den Bestrebungen der friedliebenden Völker zur Festigung des Friedens in Europa und stellt zugleich eine Verletzung der rechtmäßigen nationalen Interessen des deutschen Volkes dar.

Schon am 10. März 1952 hatte die Sowjetregierung den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA einen Entwurf der Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland zur Prüfung unterbreitet, zu dem die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA bisher noch nicht Stellung genommen haben. (Der Entwurf der Grundlagen für den Friedensvertrag mit Deutschland ist beigelegt).^{*} Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA haben auch noch keinen eigenen Entwurf für einen Friedensvertrag vorgelegt. Daraus ergibt sich, daß die Regierungen der drei genannten Mächte die Wichtigkeit der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland unterschätzen. Die Behandlung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland wird immer weiter hinausgezögert, wofür in erster Linie die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA verantwortlich sind.

Indem die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA es ablehnten, die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern, schlugen sie einen anderen Weg ein.

Am 26. Mai 1952 haben die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA mit der Bonner Adenauer-Regierung den „Vertrag über die Beziehungen zwischen den drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland“ abgeschlossen, der unter der Bezeichnung „Bonner Abkommen“ bekannt ist, und am 27. Mai 1952 ist von den Regierungen Frankreichs, Italiens, Belgiens, Hollands und Luxemburgs mit der Bonner Regierung der Vertrag über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ abgeschlossen worden, der unter der Bezeichnung „Pariser Abkommen“ bekannt ist. Dabei ist sowohl das „Bonner Abkommen“ wie auch das „Pariser Abkommen“ für die nächsten fünfzig Jahre unlösbar mit dem aggressiven Nordatlantikaatenblock verbunden worden.

Der Sinn des „Pariser Abkommens“ besteht bekanntlich

darin, daß in Westdeutschland unter Führung von Hitlergeneralen und anderen Revanchepolitikern Streitkräfte aufgestellt werden als ein Bestandteil der sogenannten „Europa-Armee“, die für die aggressiven Ziele des Nordatlantikkblocks bestimmt ist. Auf Grund des „Bonner Abkommens“ bleibt Westdeutschland in der Lage eines abhängigen Staates, der den drei Mächten untergeordnet ist, die trotz einer formellen Aufhebung des Besatzungsstatus ihre Truppen mit uneingeschränkten Rechten zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Westdeutschlands auf seinem Territorium belassen, wodurch die Knebelung der westdeutschen Bevölkerung unter den Bedingungen eines modifizierten Besatzungsregimes für lange Zeit weiterbestehen bleibt.

Das bedeutet, daß die Abkommen von Bonn und Paris zur Wiedererstehung des deutschen Militarismus, zur Verwandlung Westdeutschlands in ein Werkzeug der aggressiven Pläne anderer Mächte führen, die Anspruch auf die Weltherrschaft erheben.

Wie aus dem Kommuniqué der Beratung der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA, die im Juli 1953 in Washington stattfand, hervorgeht, haben die Regierungen der drei Mächte beschlossen, auch fernerhin eine Politik zu betreiben, die die Verwirklichung des Plans zur Aufstellung der „Europa-Armee“ und die Einbeziehung westdeutscher Streitkräfte mit Hitlergeneralen an der Spitze in diese Armee vorsieht. In dem Kommuniqué wird direkt darauf hingewiesen, daß „die drei Außenminister ihren Willen bestätigt haben, kräftig ihre Politik fortzusetzen, auf die sich ihre Regierungen im Rahmen des Nordatlantikkpakes geeinigt haben. Diese Politik umfaßt das auf dem Wege zur europäischen Einigung von den sechs europäischen Ländern, die bereits Mitglieder der Kohlen- und Stahlgemeinschaft sind, geleistete Werk, deren Regierungen auch den Vertrag über die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unterzeichnet haben.“

Der Weg, den die Regierungen Frankreichs, der USA und Großbritanniens in der Deutschlandfrage eingeschlagen haben, führt zur Wiedererstehung des deutschen Militarismus, zur Schaffung eines gefährlichen Herdes neuer Aggressionen, zu einer immer weiteren Verschärfung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa. Diesen Weg gehen bedeutet die Abkehr von allen feierlichen internationalen Verpflichtungen, die das Ziel hatten, die Wiederherstellung Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates zu fördern, und die die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien auf der Potsdamer Konferenz im Jahre 1945 eingegangen sind und denen sich später auch Frankreich angeschlossen hat.

^{*} Vgl. den Wortlaut der sowjetischen Note vom 10. März 1952 mit den „Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland“ in Europa-Archiv 7/1952, S. 4833.

Der andere Weg ist der Weg, der mit den von Friedensliebe diktierten Zielen und Verpflichtungen, die die vier Mächte in bezug auf Deutschland sofort nach Beendigung des Krieges übernommen haben, in Einklang steht und der den Interessen der Festigung des Friedens in Europa entspricht. Hierbei darf man natürlich nicht außer acht lassen, daß seit der Potsdamer Konferenz acht Jahre vergangen sind und daß seitdem nicht geringe Veränderungen eingetreten sind, die bei der endgültigen Regelung der Deutschlandfrage berücksichtigt werden müssen. Die grundlegenden Ziele des Potsdamer Abkommens — die Schaffung eines friedliebenden und demokratischen Deutschland zu fördern — sind jedoch nach wie vor Ausdruck der Interessen aller europäischen Völker, darunter auch des deutschen Volkes, und müssen durch Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gewährleistet werden. Die Lösung dieser Aufgabe wird die Bedingungen für einen noch nie dagewesenen Aufschwung Deutschlands mit seinen großen Möglichkeiten für die Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur schaffen. Niemand kann leugnen, daß die Wiedergeburt Deutschlands als Großmacht, die würdig ist, den gebührenden Platz unter den anderen Mächten einzunehmen, nur auf dem Wege einer friedlichen und demokratischen Entwicklung des deutschen Staates, auf dem Wege der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Staaten, die nach Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit streben, möglich ist.

Die Erfahrungen der Geschichte zeigen, daß der Weg des Krieges Deutschland schon öfter in eine nationale Katastrophe geführt hat und daß die Folgen dem deutschen Volk teuer zu stehen gekommen sind.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland für die Regelung des Deutschlandproblems von erstrangiger Bedeutung ist. Er wird in entscheidender Weise zur Festigung des Friedens in Europa beitragen und die Möglichkeit bieten, die entsprechenden, infolge des zweiten Weltkrieges aufgetretenen Fragen endgültig zu lösen, woran die Staaten Europas, die unter der Hitleraggression zu leiden hatten, vor allem die Nachbarstaaten Deutschlands, stärkstens interessiert sind. Der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland ist auch aus dem Grunde notwendig, weil die Gefahr der Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der zweimal einen Weltkrieg entfesselte, nicht beseitigt ist, da die entsprechenden Bestimmungen der Potsdamer Konferenz immer noch unerfüllt geblieben sind. Der Friedensvertrag mit Deutschland wird für das deutsche Volk stabile Friedensverhältnisse schaffen, wird die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staates fördern und dem deutschen Volk die Möglichkeit der friedlichen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern auf der Grundlage der Gleichberechtigung sichern.

Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA begründen ihre Ablehnung einer Erörterung des Friedensvertrages mit Deutschland damit, daß noch keine Gesamtdeutsche Regierung bestehe, die an der Vorbereitung des Vertrages teilnehmen könnte. Diese Art der Begründung für die Ablehnung einer Erörterung des Friedensvertrages entspricht jedoch nicht der tatsächlichen Lage der Dinge. In Wirklichkeit führt die Politik Frankreichs, der USA und Großbritanniens dazu, daß nicht nur die Er-

örterung der Frage des Friedensvertrages immer wieder vertagt wird, sondern daß gleichzeitig auch die Lösung der Frage der Bildung einer Gesamtdeutschen Regierung vertagt wird, weil diese Politik darauf gerichtet ist, die Spaltung Deutschlands zu verankern und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht zuzulassen.

Gegenwärtig wird durch immer neue Maßnahmen ein Druck ausgeübt, damit die Abkommen von Bonn und Paris trotz des ernsthaften Widerstandes der Parlamente einiger Länder von den entsprechenden Staaten ratifiziert werden. Dieser in erster Linie von der Regierung der USA ausgeübte Druck hat den Zweck, die Aufstellung von Streitkräften in Westdeutschland und ihre Einbeziehung in die im Pariser Abkommen vorgesehene „Europaarmee“ zu beschleunigen, um das von den Mächten des Nordatlantikblocks abhängige Westdeutschland zu einem Werkzeug der Verwirklichung der Pläne dieses Blocks zu machen. Aber die Einbeziehung Westdeutschlands in die „Europaarmee“ und zugleich in den Nordatlantikblock würde bedeuten, daß Westdeutschland schon nicht mehr als ein friedliebender Staat betrachtet werden könnte. Die Einbeziehung Westdeutschlands in die „Europa-Armee“ und in den Nordatlantikblock würde den Zusammenschluß West- und Ostdeutschlands zu einem einheitlichen Staat unmöglich machen. Die friedliebenden Völker ganz Europas sind an der Schaffung eines einheitlichen und friedliebenden Deutschland interessiert, wie auch das deutsche Volk selbst daran interessiert ist. Aber von dem Zeitpunkt an, da die Bonner Regierung Westdeutschland in den aggressiven Nordatlantikblock einbezieht, wird eine Vereinigung West- und Ostdeutschlands unmöglich. Aus eben diesem Grunde ist die überwältigende Mehrheit der Deutschen nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in Westdeutschland — und dabei stehen die friedliebenden Völker ganz Europas auf ihrer Seite — gegen die Pläne der Adenauer-Regierung, Westdeutschland in die „Europa-Armee“ und den Nordatlantikblock einzubeziehen.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß die Politik der Regierungen Frankreichs, der USA und Großbritanniens wie auch der Adenauer-Regierung nicht auf die Vereinigung Deutschlands und nicht auf die Bildung einer Gesamtdeutschen Regierung gerichtet ist, sondern darauf, daß Deutschland für lange Zeit in Teile gespalten bleibt. Diese Politik ist direkt darauf gerichtet, der Bildung einer Gesamtdeutschen Demokratischen Regierung entgegenzuwirken. Die unter dem Vorwand, daß keine Gesamtdeutsche Regierung bestehe, erfolgte Ablehnung der Erörterung des Friedensvertrages mit Deutschland spiegelt demzufolge nicht die tatsächlichen Beweggründe dieser Ablehnung wider.

Aus dem Gesagten ist ferner ersichtlich, daß die gegenwärtige Politik der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA sowohl gegen die Lösung der Frage des Friedensvertrages wie auch gegen die Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage, gegen die Bildung einer Gesamtdeutschen Demokratischen Regierung gerichtet ist.

Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA machen an Stelle der Lösung der Frage der Bildung einer Gesamtdeutschen Demokratischen Regierung einen anderen Vorschlag. Sie schlagen vor, die Frage gesamtdeutscher Wahlen zu erörtern, beschränken aber diese An-

Gelegenheit darauf, daß ihr Vorschlag — Einsetzung einer sogenannten neutralen Kommission aus Vertretern ausländischer Staaten „für eine Untersuchung zwecks Schaffung von Voraussetzungen“ für die Durchführung dieser Wahlen — von den vier Mächten behandelt werden soll. Das kann nur als ein Versuch gewertet werden, die Durchführung von Wahlen in Deutschland in die Hände ausländischer Mächte zu legen und zu diesem Zweck dem deutschen Volk alle möglichen „Kontrollen“ aus anderen Ländern aufzuzwingen, als handle es sich nicht um Deutschland, das langjährige demokratische Traditionen besitzt, sondern um irgendeine rechtlose Kolonie. Dieser Vorschlag führt zur Ausschaltung des deutschen Volkes bei der Lösung seiner inneren Fragen, er ist Ausdruck eines groben Mangels an Vertrauen zum deutschen Volk und stößt natürlicherweise bei breiten Kreisen der Bevölkerung Deutschlands auf eine Zurückweisung.

Der erwähnte Vorschlag der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA ist in seinem Wesen den Prinzipien des Demokratismus entgegengesetzt, die ihren Ausdruck in den Potsdamer Beschlüssen gefunden haben. Dieser Vorschlag ist laut Erklärung der drei Großmächte mit der Adenauer-Regierung abgesprochen, die den Interessen der großen kapitalistischen Monopole in Westdeutschland dient, die den gestrigen Hitlerfaschisten und den offenen Faschisten bei der Unterdrückung der deutschen demokratischen Kräfte immer mehr freie Hand läßt, die das Sprachrohr der extremen deutschen Nationalisten und Revanchepolitiker ist, welche ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus und neue Eroberungskriege anstreben. Hierbei darf nicht vergessen werden, daß die Adenauer-Regierung sich stets gegen die bloße Möglichkeit einer Übereinstimmung der Politik der vier Großmächte in der Deutschlandfrage wandte, da sie ihr Schicksal voll und ganz mit den Plänen der Wiederherstellung des deutschen Militarismus, mit den Plänen der Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa verknüpft hat. Um eben dieser volksfeindlichen Ziele willen drängt sie auf die Ratifizierung der Abkommen von Paris und Bonn, obwohl diese Abkommen den nationalen Interessen des deutschen Volkes widersprechen, die Umwandlung Westdeutschlands in einen abhängigen Staat bedeuten und die westdeutsche Bevölkerung für lange Jahre der Knebelung preisgeben.

Somit ergibt sich, daß weder das Pariser noch das Bonner Abkommen irgend etwas mit den Interessen der Wiederherstellung der Einheit eines demokratischen Deutschland gemein haben und daß die wahren Ziele dieser Abkommen gegen das Grundprinzip der Potsdamer Konferenz gerichtet sind, auf der die USA, Großbritannien und die UdSSR sowie Frankreich, das sich ihnen anschloß, die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschland als eines friedliebenden und demokratischen Staates zu gewährleisten beschlossen haben.

Aus all dem ist ersichtlich, daß die Frage der Wiederherstellung der nationalen Einheit eines demokratischen Deutschland für das deutsche Volk die Hauptfrage war und bleibt, an deren Lösung die friedliebenden Völker ganz Europas interessiert sind. Keinerlei Ausreden können eine weitere Verzögerung dieser Angelegenheit rechtfertigen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR für diese Lösung die Hauptverantwortung tragen.

Auf keinen Fall dürfen solche Maßnahmen aufgeschoben werden, die, sei es auch nur einer allmählichen Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, der Bildung einer Gesamtdeutschen Demokratischen Regierung dienen können.

Die Regierung der UdSSR wendet sich an die Regierung Frankreichs sowie an die Regierungen Großbritanniens und der USA mit dem Vorschlag, sofort praktische Maßnahmen zu ergreifen, die auf die Regelung des deutschen Problems gerichtet sind.

In Übereinstimmung mit dem Dargelegten hält die Sowjetregierung die Lösung folgender Hauptfragen in bezug auf Deutschland für unaufschiebbar:

1. Die Einberufung einer Friedenskonferenz zur Behandlung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland.

Die Sowjetregierung nimmt an, daß eine solche Konferenz unter Beteiligung aller interessierter Staaten innerhalb der nächsten sechs Monate einberufen werden kann, und sieht keinen Grund für weitere Verzögerungen der Einberufung einer Friedenskonferenz. Die gesamte Vorarbeit zur Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland könnte innerhalb der genannten Frist abgeschlossen sein. Dabei ist es wichtig, eine entsprechende Beteiligung von Vertretern Deutschlands in allen Stadien der Vorbereitung des Friedensvertrages sowie auf der Friedenskonferenz zu gewährleisten. Bis zur Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung könnten an der Vorbereitung des Friedensvertrages Vertreter der bestehenden Regierungen Ost- und Westdeutschlands teilnehmen.

2. Die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung und die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen.

Mit dem Ziele der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage schlägt die Sowjetregierung vor, daß die Parlamente der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik unter breiter Beteiligung der demokratischen Organisationen eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung bilden sollen. Eine solche Regierung kann auf dem Wege der unmittelbaren Vereinbarung zwischen Ost- und Westdeutschland als Ablösung der gegenwärtig bestehenden Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik geschaffen werden. Sollte sich dies zur Zeit als schwierig erweisen, so kann eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung auch bei zeitweiligem Weiterbestehen der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik geschaffen werden. In diesem Fall wird die Provisorische Gesamtdeutsche Regierung verständlicherweise im ersten Stadium nur begrenzte Funktionen ausüben. Die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung wird jedoch auch unter diesen Umständen einen realen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands darstellen, die ihre endgültige Vollendung in der Schaffung einer Gesamtdeutschen Regierung auf der Grundlage wirklich freier gesamtdeutscher Wahlen finden muß.

Die Aufgaben der Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung;

- a) Die Provisorische Gesamtdeutsche Regierung könnte solche dringenden Fragen von gesamtdeutscher Bedeutung lösen, wie: die Vertretung Deutschlands bei der Vor-

bereitung des Friedensvertrages sowie die Vertretung in internationalen Organisationen; Nichtzulassung der Einbeziehung Deutschlands in Koalitionen oder Militärbündnisse, die gegen irgendeinen Staat gerichtet sind, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Hitlerdeutschland teilgenommen hat; Fragen der deutschen Staatsbürgerschaft; die Sicherung der freien Betätigung demokratischer Parteien und Organisationen und die Nichtzulassung des Bestehens faschistischer, militaristischer und anderer Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind; die Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland; Fragen des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens; Fragen des freien Reise- und Warenverkehrs, unabhängig von den festgelegten Zonengrenzen; die Entwicklung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie andere Fragen, die die Interessen des gesamten deutschen Volkes berühren.

b) Die Hauptaufgabe der Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung muß dabei die Vorbereitung und die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen sein, in deren Ergebnis das deutsche Volk selbst ohne Einmischung ausländischer Staaten die Frage des Gesellschafts- und Staatsaufbaus des demokratischen Deutschland lösen wird.

Die Provisorische Gesamtdeutsche Regierung muß den Entwurf für ein gesamtdeutsches Wahlgesetz ausarbeiten, das einen wirklich demokratischen Charakter der gesamtdeutschen Wahlen sowie die Teilnahme aller demokratischen Organisationen an den Wahlen und die Nichtzulassung eines Druckes der großen Monopole auf die Wähler gewährleistet. Es muß in ihrem freien Ermessen liegen, darüber zu entscheiden, ob es zweckmäßig ist, zu überprüfen, inwieweit in ganz Deutschland die für die Durchführung demokratischer Wahlen notwendigen Voraussetzungen bestehen, wie auch die Maßnahmen zur Sicherung solcher Voraussetzungen zu treffen.

Die Sowjetregierung hält es gleichzeitig für erforderlich, daß die Regierungen Frankreichs, der USA, Großbritanniens und der UdSSR Maßnahmen ergreifen, um gesamtdeutsche Wahlen in wirklicher Freiheit durchzuführen, die auch den geringsten Druck ausländischer Staaten bei der Durchführung dieser Wahlen ausschließt.

3. Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen

Verpflichtungen Deutschlands, die mit den Kriegsfolgen zusammenhängen.

Mit Rücksicht darauf, daß Deutschland bereits einen bedeutenden Teil seiner mit den Kriegsfolgen zusammenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber der UdSSR, Frankreich, Großbritannien und den USA erfüllt hat, und im Hinblick auf die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu erleichtern, erachtet es die Regierung der UdSSR für dringend erforderlich, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

a) Die Sowjetregierung hält es für notwendig, daß Deutschland mit Wirkung vom 1. Januar 1954 von der Zahlung von Reparationen ebenso wie von der Bezahlung der Nachkriegsstaatsschulden an die vier Großmächte, mit Ausnahme der aus Handelsverpflichtungen erwachsenen Verbindlichkeiten, gänzlich befreit wird.

b) Die Sowjetregierung hält es ferner für notwendig, die Höhe der Ausgaben zu beschränken, die mit dem Aufenthalt von Truppen der vier Großmächte auf dem Territorium Deutschlands zusammenhängen. Zu diesem Zweck wird vorgeschlagen, daß die Gesamtsumme der Ausgaben zum Unterhalt dieser Truppen jährlich fünf Prozent der Einnahmen des Staatshaushalts der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik nicht übersteigen darf und daß sie auf keinen Fall die Gesamtsumme der Besatzungskosten des Jahres 1949 übersteigen darf, als die Bildung des Nordatlantikblocks sich noch nicht auf die Höhe der Besatzungskosten ausgewirkt hatte.

Die Sowjetregierung schlägt gleichzeitig vor, Deutschland gänzlich von der Zahlung jener Schulden zu befreien, die nach dem Jahre 1945 außerhalb Deutschlands aus Besatzungsausgaben der vier Großmächte entstanden sind.

Die Sowjetregierung gibt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß eine Verständigung zwischen der UdSSR, Frankreich, den USA und Großbritannien in der Deutschlandfrage und die baldige Beschlußfassung zu den obendargelegten Vorschlägen der Verminderung der Spannung in den internationalen Beziehungen dienen und somit zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit beitragen werden.

Gleichlautende Noten richtete die Sowjetregierung an die Regierungen Großbritanniens und der USA.

15. August 1953

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 17. August 1953.

Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über den Abschluß eines Staatsvertrages mit Österreich

Antwortnote der Westmächte an die Sowjetunion vom 17. August 1953

Die britische Regierung hat die Note vom 30. Juli, in welcher die Sowjetregierung ihre Bereitschaft durchblicken ließ, die Staatsvertragsverhandlungen wieder aufzunehmen, falls der Kurzvertrag aus der Erörterung zurückgezogen werde, sorgfältig geprüft.

In ihren Noten vom 11. Juni haben die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten und Frankreichs klar festgestellt, wie sie dies bereits bei einer Anzahl früherer Gelegenheiten getan hatten, daß sie bereit seien, jedem Vertrag zuzustimmen, der die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs

sichern würde, und die Sowjetregierung ersucht, ihnen von dem genauen Wortlaut des Vertrages Kenntnis zu geben, welchen die Sowjetregierung abzuschließen bereit sei. Die Sowjetregierung hat diesem Ersuchen nicht entsprochen. Die Sowjetregierung hat darüber hinaus es abgelehnt, der für den 27. Mai in London einberufenen Sitzung der Sonderbeauftragten für den Staatsvertrag bei-zuwohnen.

Die britische Regierung hat in ihrer Note vom 15. Juli vorgeschlagen, daß der Oesterreich-Vertrag bei einer Begegnung der vier Außenminister erörtert werden solle.

Aber in Anbetracht der Note der Sowjetregierung vom 30. Juli und um einen Vertrag für Oesterreich so bald als möglich abzuschließen, schlägt die britische Regierung vor, daß die Sonderbeauftragten für den 31. August 1953 nach London einberufen werden, damit sie ihre Verpflichtungen, über diese Angelegenheit den Außenministern Bericht zu erstatten, erfüllen.

Unter der Voraussetzung, daß dabei keine nicht zur Sache gehörenden Fragen aufgeworfen werden und daß die Sowjetregierung bereit ist, einen Vertrag für Oesterreich abzuschließen, welcher die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs sicherstellt, verpflichtet

Antwortnote der österreichischen Regierung an die Sowjetunion vom 19. August 1953*

Die Bundesregierung hat inzwischen von den Noten der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs an die Sowjetregierung vom 17. August 1953 Kenntnis genommen. Aus diesen Noten hat die österreichische Regierung den Schluß gezogen, daß die Anfrage der Sowjetregierung an die drei anderen vertragschließenden Mächte, betreffend den sogenannten „Kurzvertrag“, bereits eine befriedigende Antwort gefunden hat und dieser somit nicht länger ein Hindernis für die Fortsetzung der Verhandlungen darstellt.

Das österreichische Memorandum vom 31. Juli 1952, auf das die oben zitierte sowjetische Note Bezug nimmt, ging von der Befürchtung aus, daß die bis dahin zwischen den vier Mächten geführten Verhandlungen über einen österreichischen Staatsvertrag nicht mehr in Fluß gebracht werden können und daß die damit verbundene Fortdauer der Besetzung und die Akkumulierung der daraus für Oesterreich sich ergebenden Lasten es außerstande setzen müßten, die in den bisherigen Verhandlungen zwischen den vier Mächten stipulierten Verpflichtungen und Leistungen zu erfüllen.

Die Entspannung der internationalen Lage, wie sie im Abschluß des Waffenstillstandes in Korea und auch sonst zum Ausdruck zu kommen scheint, ermutigen die Bundes-

sich die britische Regierung, den „Kurzvertrag“ nicht zur Erörterung zu bringen. Indem die britische Regierung diesen Vorschlag macht, nimmt sie an, daß die Sowjetregierung tatsächlich bereit sein wird, einen Oesterreich-Vertrag raschest abzuschließen, und daß entsprechend die Bezugnahme auf einen Zusammenhang zwischen einer Friedensregelung für Deutschland und einem Vertrag für Oesterreich im Schlußabsatz der Note der Sowjetregierung vom 4. August nicht so gedeutet werden soll, daß jede Hoffnung auf einen Oesterreich-Vertrag so lange aufzuschieben sei, bis andere nicht dazugehörige Bedingungen eingetroffen seien.

Quelle: Wiener Zeitung vom 18. August 1953.

regierung zu einer neuen Einschätzung der Chancen ihres auf endgültige Befreiung und Wiederherstellung der uneingeschränkten Souveränität Oesterreichs gerichteten Strebens. Die Bundesregierung versichert daher, daß sie ihren Beitrag zur Beschleunigung des Abschlusses des österreichischen Staatsvertrages und damit zur Sicherung des Weltfriedens zu leisten bereit ist.

Sie ist auch überzeugt, daß das österreichische Parlament einem Viermächteabkommen über Oesterreich in dem Vertrauen und unter der Voraussetzung beitreten wird, daß dieses Abkommen sowohl die Freiheit und Unabhängigkeit wie auch die Lebensfähigkeit Oesterreichs gewährleistet.

Die letzten Schritte der Sowjetunion gegenüber Oesterreich haben die Hoffnung der Bundesregierung und des österreichischen Volkes auf eine friedliche Entwicklung im allgemeinen wie auf die Sicherung einer unabhängigen, dem Frieden dienenden Existenz ihres Staates in besonderem Maße gestärkt.

Die Bundesregierung hofft, durch ihre vorstehenden Erklärungen die sowjetischen Bedenken hinsichtlich der österreichischen Einstellung zum Staatsvertrag endgültig beseitigt zu haben.

Quelle: Wiener Zeitung vom 20. August 1953.

*) Dieser Note ging ein Memorandum vom 30. Juni 1953 voraus:

1. Die österreichische Regierung und das österreichische Volk haben die Maßnahmen, die in den letzten Wochen von der Sowjetregierung in Beziehung auf Oesterreich getroffen wurden, mit größter Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie haben hierfür bereits auf anderem Wege der Sowjetregierung ihren Dank zum Ausdruck gebracht. Doch bin ich speziell vom Bundeskanzler, dem Vizekanzler und dem Bundesminister des Äußeren persönlich beauftragt, diesen Dank zu wiederholen und gleichzeitig zu erklären, daß diese Maßnahmen in Oesterreich als der Ausdruck einer allgemeinen, auf Entspannung, Frieden und internationale Zusammenarbeit in der ganzen Welt gerichteten Politik der Sowjetregierung verstanden werden.

2. Die Bundesregierung und wieder in erster Linie die Herren Raab, Schärf und Gruber sind über diese Aktionen der Sowjetunion um so glücklicher, als die Bundesregierung dem einmütigen Wunsch des österreichischen Volkes zufolge an der Entwicklung guter Beziehungen zur Sowjetunion auf das ernste interessiert ist und ihrerseits alles in ihrer Macht Stehende zu tun bereit ist, um eine solide Basis zur Entwicklung vertrauensvoller und fruchtbarer Beziehungen zur Sowjetunion zu schaffen.

3. Die Bundesregierung hält den von der Sowjetregierung gewünschten Weg diplomatischer Verhandlungen über den Staatsvertrag für gangbar, und sie hofft, daß ein allfälliger Gedankenaustausch auf diesem vorgeschlagenen Weg zum raschen Abschluß des Staatsvertrages führt.

4. Sehr große Bedeutung im österreichisch-sowjetischen Verhältnis und darüber hinaus als Beitrag zur Wiederherstellung des so wichtigen Ost-West-Handels würde die Bundesregierung einer vertragsmäßigen Regelung der österreichisch-sowjetischen Handelsbeziehungen beimessen, weshalb sie schon vor einiger Zeit dahinzielende Vorschläge erstattet hat.

5. Es scheint, daß sich in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten aus der Frage der Einbeziehung der Exporte der Usia-Betriebe ergeben haben. Deshalb hat die Bundesregierung diese Tage nach vorheriger Fühlungnahme mit den sowjetischen Stellen in Wien gewisse ergänzende Vorschläge gemacht, die nach unserer Meinung nicht nur geeignet wären, jene Schwierigkeiten zu überwinden und damit den Abschluß eines Handelsvertrages zu erleichtern, sondern die auch eine Situation vorbereiten würden, von der aus künftighin, nach Inkrafttreten des Staatsvertrages, die Abgeltung des deutschen Eigentums in Oesterreich an die Sowjetunion der österreichischen Regierung weitgehend aus eigener Kraft möglich würde; ein Umstand, dessen allgemeine politische Bedeutung auf der Hand liegt. Die Bundesregierung bittet daher, diesen ihren neuen Vorschlag einer eingehenden und verständnisvollen Prüfung unterziehen zu wollen.

6. Schließlich gibt die Bundesregierung ihrer Hoffnung Ausdruck, daß bei der Prüfung der Amnestiewürdigkeit der in der Sowjetunion befindlichen österreichischen Kriegs- und Zivilstrafgefangenen jenes Wohlwollen angewendet werden möge, das eine baldige Rückkehr einer möglichst großen Zahl dieser Oesterreicher ermöglicht.

Quelle: Wiener Zeitung vom 5. August 1953.

Kurzberichte und Zeittafel

Die europäische Außenministerkonferenz von Baden-Baden

Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der am 7. und 8. August in Baden-Baden zusammentrat, hat seine Ergebnisse in nachfolgendem Communiqué bekanntgegeben:

„I. Die Minister der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die am 7. und 8. August unter dem Vorsitz von Herrn Minister Taviani in Baden-Baden zusammengetreten sind, bekräftigen aufs neue einstimmig die Notwendigkeit, eine Europäische Politische Gemeinschaft zu schaffen. Sie erklären, daß die Gründung einer festen europäischen Gemeinschaft einen wesentlichen Beitrag zum Weltfrieden darstellt. Sie bekunden daher ihre Entschlossenheit, unbeirrt und ohne Zögern¹ die Arbeiten zur Errichtung einer politischen Gemeinschaft fortzusetzen.

II. Ausgehend von Artikel 38 des Vertrages über die Gründung der EVG und der Luxemburger Entschließung und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der früheren Konferenzen haben die sechs Minister ihre übereinstimmende Auffassung in folgenden Punkten festgestellt:

1. Eine Gemeinschaft souveräner Staaten soll geschaffen werden, die im Interesse aller die überstaatlichen Befugnisse² ausüben soll, die in den bereits geltenden Verträgen begründet sind oder sich aus weiteren Verträgen ergeben.

2. Diese Gemeinschaft soll allen europäischen Staaten offenstehen, die sich zur Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten verpflichten. Diejenigen unter ihnen, die nicht Mitglied der Gemeinschaft werden, können sich ihr im Wege der Assoziation anschließen. Die Gemeinschaft soll mit dem Europarat möglichst enge Verbindungen unterhalten.

3. Die Gemeinschaft wird in einer noch näher zu bestimmenden Weise die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in sich aufnehmen. Der Fortschritt der Gemeinschaft hängt davon ab, daß gemeinsame Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen werden. Die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes bleibt ein Hauptziel der Gemeinschaft. Dieser Markt soll schrittweise verwirklicht werden, damit durch Schutzvorschriften und Ausgleichsmaßnahmen, die vorgesehen werden können, Beeinträchtigungen des Gleichgewichts und schwere Störungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verhütet werden.

4. Die Organe der Gemeinschaft sollen nach Grundsätzen gestaltet werden, die eine wirksame politische

und demokratische Kontrolle der Exekutivorgane sicherstellen, die nach den geltenden Verträgen bereits bestehen oder auf Grund künftiger Verträge geschaffen werden. Das Zweikammerparlament wird eine Völkerkammer umfassen, die grundsätzlich aus unmittelbaren europäischen Wahlen hervorgehen soll. Der Rat der Nationalen Minister wird einen wesentlichen Bestandteil der neuen Gemeinschaft bilden.

III. Um einen raschen Fortschritt der Verhandlungen sicherzustellen, haben die Minister beschlossen, daß ihre Vertreter am 22. September 1953 in Rom zusammenzutreten werden, um Vorschläge auszuarbeiten, die einer neuen Außenministerkonferenz unterbreitet werden sollen. Diese wird am 20. Oktober 1953 im Haag stattfinden.“

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 150 vom 11. August 1953.

Die 5. Tagung des Obersten Sowjets

Vom 5. bis 8. August 1953 fand in Moskau die 5. Tagung des Obersten Sowjets statt, wobei der Unions- und der Nationalitätensowjet teils getrennte, teils gemeinsame Sitzungen abhielten (vgl. hierzu den Verlauf und die Ergebnisse der 4. Tagung in EA 10—11/53, S. 5693—5714).

Der Oberste Sowjet billigte das Gesetz über den Staatshaushalt für 1953, der Einnahmen in Höhe von 543,3 Milliarden Rubel (1952 = 497,7) und Ausgaben in Höhe von 530,5 Milliarden Rubel (1952 = 460,2) vorsieht. Von den Einnahmen 1953 werden aus der Umsatzsteuer der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe 240,4 Milliarden und aus den Gewinnabzügen dieser Betriebe (die nur einen Teil des Gewinns selbst behalten dürfen) 80,6 Milliarden Rubel veranschlagt. Aus staatlichen Bevölkerungssteuern werden hingegen nur 46,1 Milliarden Rubel erwartet. Von den Ausgaben sind 192,5 (+ 13,7 gegenüber 1952) Milliarden Rubel für die Volkswirtschaft, 129,8 (+ 7) für soziale und kulturelle Zwecke, 14,3 Milliarden für Verwaltungszwecke und 110,2 für Verteidigung (20,8 vH statt 23,6 vH der Gesamtausgaben). Gegenüber dieser Verringerung der Verteidigungsausgaben erscheint jedoch die Erhöhung der „anderen Ausgaben“ von 43,5 Milliarden im Jahre 1952 auf 83,7 Milliarden Rubel für 1953 von besonderer Bedeutung.

Ein vom Obersten Sowjet angenommenes Landwirtschaftssteuergesetz sieht für das Jahr 1953 eine Senkung der von den Kolchosbauern und der übrigen in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung erhobenen Gesamtsteuerumme um 43 vH und für 1954 eine weitere Herabsetzung um 60 vH gegenüber 1952 vor. Die rückständigen Steuern aus vorhergehenden Jahren werden völlig erlassen.

Der Oberste Sowjet bestätigte die Erlasse über die Amtsenthebung Lawrentij P. Berijas, den Entzug seines Mandats als Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR

¹ Im französischen Text steht „sans délai“, „unverzüglich“.

² Im französischen Text „les fonctions supranationales“, „die übernationalen Funktionen“.

und die Uebergabe des Verfahrens gegen Berija an das Oberste Gericht der UdSSR.

Der Oberste Sowjet bestätigte ferner folgende Erlasse: *Bildung eines Ministeriums für den Mittleren Maschinenbau* und Berufung von W. A. Malyschew an die Spitze dieses Ministeriums. Der Vorsitzende der staatlichen Plankommission des Ministerrats, G. P. Kossjatschenko, wird durch M. S. Saburow, der Generalstaatsanwalt G. N. Sazonow durch R. P. Rudenko, den ehemaligen Hauptankläger der Sowjetunion beim Nürnberger Militärtribunal, ersetzt. Zum Minister für Transport und Schwermaschinenbau wird I. I. Nossenko, zum Minister für Maschinenbau S. A. Akopow ernannt. Zu Mitgliedern des Obersten Gerichts werden N. S. Danilow, P. I. Bardin und F. A. Beljajew gewählt.

Auf der Schlußsitzung der 5. Tagung des Obersten Sowjets hielt der Vorsitzende des Ministerrats, G. M. Malenkow, eine Rede, in der er sich zunächst mit dem Staatshaushaltsplan und anschließend mit den dringenden Problemen in Industrie und Landwirtschaft befaßte. Als *Produktionsziele für die Schwerindustrie* nannte Malenkow 38 Millionen Tonnen Stahl, über 320 Millionen Tonnen Kohle, über 52 Millionen Tonnen Erdöl, über 16 Millionen Tonnen Zement und 133 Milliarden Kilowattstunden Strom. Hiermit wurden seit 1940 erstmals wieder absolute Zahlen genannt. Auch für den Sektor der *Verbrauchtüterindustrie* gab Malenkow neue gesteigerte Produktionsziele bekannt. Es sei eine vordringliche Aufgabe, die bisher nicht ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Industriewaren zu verbessern, und zwar quantitativ und qualitativ.

Den zweiten Teil seiner Rede widmete Malenkow der internationalen Lage und der Außenpolitik der Sowjetunion. Er befaßte sich zunächst mit dem Abschluß des *Waffenstillstandes in Korea* und gab den Beschluß der sowjetischen Regierung bekannt, für den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft Koreas den Betrag von einer Milliarde Rubel bereitzustellen.

In einem Ueberblick über die *Beziehungen zu den Nachbarstaaten* der Sowjetunion betonte Malenkow, daß die Sowjetunion keinerlei territoriale Ansprüche an irgendwelche Staaten habe. Die Sowjetregierung habe Schritte unternommen, um die gutnachbarlichen Beziehungen zu festigen, jetzt komme es auf die Bereitschaft der Regierungen dieser Staaten an, das Zustandekommen der Freundschaft zu fördern.

Zur Frage des *Ost-West-Handels* erklärte er, die Sowjetregierung erstrebe konsequent die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern. Malenkow sprach sodann von einem gewissen *Umschwung in der internationalen Lage* und erklärte, daß zum ersten Male in der Nachkriegszeit eine gewisse Entspannung der internationalen Atmosphäre zu spüren sei. Man dürfe jedoch nicht übersehen, daß es Kräfte gäbe, die ihr entgegenzuwirken versuchten. Diese Kreise würden das Bestreben der Sowjetunion nach Entspannung der internationalen Lage als Schwäche auslegen. Kein vernünftiger Mensch könne jedoch leugnen, daß heute die internationale Lage der Sowjetunion gefestigter sei als je zuvor. Um seine These von der Stärke der Sowjetunion zu unterstreichen, gab Malenkow bekannt, daß auch die Sowjetunion über die *Wasserstoffbombe* verfüge.

Zu der Frage von *Verhandlungen zwischen den Groß-*

mächten erklärte Malenkow, daß hierfür die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden müßten. Präsident Eisenhower habe am 16. April erklärt, daß keine der strittigen Fragen unlösbar sei. Die tatsächliche Politik der Vereinigten Staaten stehe aber in unüberbrückbarem Widerspruch zu dieser Äußerung. Es sei unmöglich, die chinesische Volksrepublik einfach zu ignorieren und ihr den gebührenden Platz in der Organisation der Vereinten Nationen zu verwehren.

Zur *deutschen Frage* übergehend, sagte Malenkow: „Die deutsche Frage muß und kann geregelt werden. Dazu ist es notwendig, von den Interessen der Festigung der Sicherheit aller europäischen Staaten, vor allem der Sicherheit der westlichen und der östlichen Nachbarn Deutschlands und zugleich von den nationalen Interessen des deutschen Volkes auszugehen. Dazu muß man auf die Politik der Einbeziehung Deutschlands in einen aggressiven Militärblock, auf die Politik der Wiederaufrichtung eines aggressiven militaristischen Deutschland verzichten. Man mutet uns zu, der Wiedererstehung eines aggressiven militaristischen Deutschland zuzustimmen, und erlaubt sich dabei, von einer Sicherung des Friedens in Europa zu reden... Die Großmächte haben die Verpflichtung übernommen, die nationale Einheit Deutschlands zu erhalten, nicht aber zu zerstören, die Umgestaltung Deutschlands in einen friedliebenden demokratischen Staat zu gewährleisten, nicht aber zur Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus beizutragen... Ein militaristisches Deutschland wird, ganz gleich, ob es in seinem alten Gewand oder unter dem Deckmantel der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auftreten wird, der Todfeind Frankreichs und anderer Nachbarstaaten sein. Daher würde jeder Versuch, Frankreich an die EVG zu ketten, die Auslieferung Frankreichs an die deutschen Revanchisten bedeuten...“

An *Frankreich* gewandt, sagte Malenkow, der Ausweg dieses Landes aus der gegenwärtigen Sackgasse könne nur in der Rückkehr zu einer selbständigen, unabhängigen Außenpolitik liegen.

Der 5. Deutsche Evangelische Kirchentag

Kirchentage dienen der religiösen Besinnung, der inneren Stärkung der konfessionellen Gemeinschaft und der missionarischen Wirkung. Wenn an dieser Stelle über den 5. Evangelischen Kirchentag berichtet wird, der vom 12. bis 16. August in Hamburg stattfand, so geschieht es, weil die Evangelische Kirche Deutschlands durch die politischen Tatsachen und Probleme der Gegenwart stark berührt wird, insbesondere durch die Tatsache der Spaltung und das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es bedeutsam, daß von rund 50 000 ständigen Teilnehmern am Kirchentag 15 000 aus der sowjetischen Besatzungszone gekommen waren. Allein diese Tatsache gab dem Kirchentag über seine unmittelbare Bestimmung hinaus eine politische Note. Sie wurde von der SED-Presse im Sinne des Pankower Programms interpretiert. Hier sei die von der Deutschen Demokratischen Republik seit langem erhobene Forderung „*Deutsche an einen Tisch!*“ unbestreitbare gesamtdeutsche Realität geworden. Zweifelloso handle es sich nicht allein um ein kirchliches Ereignis, sondern um eines von gesamtdeutsch-politischer Bedeutung ersten Ranges. (Es versteht sich, daß wenige Wochen vor der Bundestagswahl der

Kirchentag auch von anderer Seite für die Zwecke sehr weltlicher Politik ausgebeutet wurde.)

Der Kirchentag stand unter dem Motto „Werfet Euer Vertrauen nicht weg“. Die Beratungen fanden in sieben Arbeitsgruppen statt, von denen die Arbeitsgruppe Politik die meisten Teilnehmer aufwies. In dieser Gruppe sprach Kirchenpräsident Niemöller über das Thema „Unser Volk unter Völkern“. Er setzte sich mit den Fragen „Deutschland zwischen Ost und West“ und „Wiedervereinigung Deutschlands“ auseinander und erklärte, das Angebot des Westens, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen, wenn wir uns auf seine Seite stellen, helfe uns ebenso wenig aus unserer Not, wie wenn wir uns dem Osten anschließen. Es sei ein fragwürdiges Unterfangen, die Verständigung mit dem einen Nachbarn auf Kosten des Verhältnisses zu dem anderen voranzutreiben. Zweifellos gehöre Deutschland zum Westen und habe auch mehr Neigungen dorthin, dennoch aber sei der Osten für uns eine andere Realität als für die westlichen Länder, da er für uns Nachbarschaft bedeute. Wenn wir Frieden wollen, müssen wir die Verständigung mit unserem Gegner wollen, auch wenn er uns, wie der Osten, unheimlich sei. Dazu sei es notwendig, ins Gespräch zu kommen. So bleibe für Deutschland nichts anderes übrig, als Brücke zu werden zwischen dem Osten und dem Westen. Deutschland müsse als erstes den Versuch machen, ob friedliche Nachbarschaft möglich sei. Allein unter diesem Gesichtspunkt sei auch das brennende Problem der Wiedervereinigung zu betrachten.

In der Diskussion wurde das Referat teilweise recht scharfer Kritik unterzogen, besonders von den Teilnehmern aus der sowjetischen Besatzungszone, die Niemöller vorwarfen, er sei allen aktuellen Fragen ausgewichen, wie etwa denen: „Wie soll sich der Christ gegenüber seinen Unterdrückern verhalten?“ oder „Wo hört der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit auf?“.

Bei der Schlußkundgebung legten die Arbeitsgruppen ihre Berichte vor. Dr. von Thadden-Trieglaff, der Präsident des Kirchentages, Bischof Smemo, Oslo, als Vertreter der Oekumene und Bischof Dibelius sprachen das Schlußwort und verabschiedeten die Teilnehmer aus der sowjetischen Besatzungszone mit der Zusicherung: „Ihr seid nicht mehr allein.“

Der 23. Jahresbericht der BIZ

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), veröffentlichte am 8. Juni 1953 ihren Bericht für das 23. Geschäftsjahr, das die Zeit vom 1. April 1952 bis zum 31. März 1953 umfaßt.

Von allgemeinem Interesse in dem Jahresbericht sind die Ausführungen im ersten Kapitel über die allgemeine Wirtschaftslage. In dem Bericht der BIZ wird darauf hingewiesen, daß während des Krieges von den maßgeblichen Finanz- und Wirtschaftspolitikern die Schwierigkeiten, denen sich die Weltwirtschaft nach Beendigung des Krieges gegenübersehen würde, teilweise zu pessimistisch und teilweise zu optimistisch beurteilt worden seien. Während einerseits keine akuten Krisen mangels kaufkräftiger Nachfrage auftraten, ergaben sich größere Schwierigkeiten, als man ursprünglich erwartet hatte, vor allem bei den Bemühungen, ein gut funktionierendes System des internationalen Waren- und Zahlungsverkehrs wieder aufzubauen. Die BIZ glaubt, daß diese Schwierigkeiten zu einem großen Teil auf die während des

Zweiten Weltkrieges stark beeinträchtigte Kapazität der rohstoff erzeugenden Länder sowie auf die Anlageverluste der westeuropäischen Volkswirtschaften zurückzuführen seien.

Die BIZ erklärt, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1952, d. h. in den sechs Monaten vor dem Ausbruch des Korea-Konfliktes, erstmalig nach Kriegsende eine wirkliche Annäherung an eine ausgeglichene Wirtschafts- und Finanzlage stattfand. Dies zeige sich vor allem aus einer Stärkung der Währungsreserven in vielen Ländern, dem Beginn eines neuen Konjunkturanstiegs in den Vereinigten Staaten und dem Eintreten ziemlich stabiler Preisverhältnisse an den Weltmärkten. Da die westeuropäischen Staaten seinerzeit jedoch noch Marshallplanhilfe erhielten, lasse sich rückblickend nicht sagen, ob zum damaligen Zeitpunkt wirklich eine feste Grundlage für weitere Fortschritte bereits geschaffen war. Außerdem habe der Ausbruch des Korea-Konfliktes den normalen Verlauf der Entwicklung plötzlich unterbrochen und eine Reihe neuer Probleme und Schwierigkeiten mit sich gebracht:

1. Die unmittelbare Folge des Ausbruches des Korea-Konfliktes war ein heftiger Preisanstieg, der von einer starken Kreditnachfrage begleitet wurde.
2. Eine spätere Wirkung stellt die Wiederaufrüstung dar, die den einzelnen Volkswirtschaften eine schwere und dauernde Belastung auferlegt hat.
3. Zugleich hatte die Verschärfung des Kalten Krieges, von der die Aufrüstung nur ein äußeres Zeichen ist, wirtschaftliche Rückwirkungen, namentlich durch ihren Einfluß auf die Außenhandelsströme.

Trotz der durch die erhöhten Staatsausgaben verursachten Schwierigkeiten und trotz anderer Spannungen seien in den letzten zwei Jahren einige bedeutsame Erfolge erzielt worden. Die BIZ weist insbesondere auf folgende Tatsachen hin:

1. Die steigende Tendenz der Weltmarktpreise hat sich umgekehrt, und es ist in fast allen Ländern gelungen, den vorangegangenen inflatorischen Anstieg der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten zum Stillstand zu bringen.
2. Die Zahlungsbilanzposition der Länder außerhalb des Dollargebietes hat sich im Laufe des Jahres 1952 und noch mehr in den ersten Monaten des Jahres 1953 gebessert.
3. In einer Anzahl von Ländern haben sich die Währungsreserven verstärkt. Im Jahre 1952 betrug die Zunahme der Gold- und Dollarbestände der Länder außerhalb des Dollarraumes mehr als 1,2 Milliarden Dollar. Die bedeutendsten Zunahmen waren in den OEEC-Ländern und in Kanada zu verzeichnen.
4. Der Gesamtbetrag der Netto-Defizite und der Netto-Überschüsse bei den monatlichen Abrechnungen der Europäischen Zahlungsunion, der 1951 im Durchschnitt einen Gegenwert von 207 Millionen Dollar erreicht hatte, belief sich im letzten Quartal 1952 und im ersten Quartal 1953 durchschnittlich nur auf 102 Millionen Dollar. Nach Ansicht der BIZ dürfte dieser Rückgang ein weiterer Hinweis darauf sein, daß die Beziehungen zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften dem Gleichgewicht näher gekommen sind.
5. Es bestehen viele Anzeichen dafür, daß die Währungen erhöhtes Vertrauen genießen, wie z. B. der geringe Abstand der Notizen für Banknoten an den meisten freien Märkten von den amtlichen Kursen zeigt.

Trotz dieser unverkennbaren Anzeichen einer wesentlichen Besserung weist die BIZ darauf hin, daß die Hindernisse, die einer Erweiterung des Außenhandels entgegenstehen, noch immer überaus groß sind. Das gelte

nicht nur für den Verkehr mit dem Dollargebiet, sondern auch für die innereuropäischen Verhältnisse und einen großen Teil des Handels mit Mitgliedern von Währungsgebieten, die europäischen Ländern angeschlossen sind, und den Handel mit den südamerikanischen Staaten. Ferner wird von der BIZ auf die Haushaltsprobleme in zahlreichen Ländern hingewiesen, die fast immer, ob sie in Gestalt eines Defizits erscheinen oder nicht, darauf zurückzuführen sind, daß beide Seiten des Haushalts zu umfangreich sind. Die erforderliche Steuerbelastung in diesen Ländern sei dann so hoch, daß die verbleibenden Mittel nicht ausreichen, um ein befriedigendes Tempo des wirtschaftlichen Fortschritts zu sichern. Auch die auf der Knappheit an freien Mitteln für private und andere Investitionen beruhenden Probleme traten dem Bericht zufolge im Jahre 1952 stärker in den Vordergrund. Im gleichen Jahr habe das Tempo der Industriesausweitung in verschiedenen Ländern nachgelassen. Verschiedentlich werde sogar von einem „Stillstand“ gesprochen, was jedoch nach Ansicht der BIZ übertrieben sei.

Die BIZ verweist in ihrem Jahresbericht weiterhin auf die Vorteile einer freien Konvertibilität und der teilweise durchgeführten Liberalisierung des westeuropäischen Außenhandels. Nach Ansicht der BIZ muß im Mittelpunkt aller Bemühungen die Wiederherstellung der inneren finanziellen Stabilität in den verschiedenen Ländern stehen. „Vom politischen Gesichtspunkt aus mag es für eine Regierung nicht leicht sein, die Maßnahmen durchzusetzen, deren es bedarf, damit eine Nation in den Grenzen ihrer eigenen Mittel lebt, aber in den Ländern, in denen die nötigen Anstrengungen unternommen worden sind, waren bald Anzeichen einer erhöhten Stabilität erkennbar, und das Vertrauen ist schnell wiedergekehrt. Glücklicherweise ist die Lage der meisten Länder nicht mehr sehr weit von einem Gleichgewicht entfernt. Die Aufgabe der Wiederherstellung des Gleichgewichtes ist nicht von übergroßer Schwierigkeit, aber sie muß vorrangig in Angriff genommen werden, denn erst wenn die Bevölkerung wieder Vertrauen in die Stabilität der nationalen Wirtschaft gefaßt hat, wird sie genügend freie Mittel zur Verfügung stellen, daß die Investitionen auf einer ausreichenden Höhe gehalten werden können.“

Europäische Studientagung in der Akademie Calw

Die Bundesregierung veranstaltete im Auftrag des Europarats vom 4. bis 12. August 1953 in der Akademie Calw/Schwarzwald eine europäische Studientagung über Probleme des Geschichtsunterrichts. Die Vorbereitung der Tagung lag in den Händen eines deutschen Komitees, dem Professor Dr. Eckert, Kanthochschule Braunschweig, Professor Dr. Erdmann, Universität Köln, und Akademiedirektor Dr. Messerschmid, Calw, als federführendes Mitglied angehörten. Sämtliche Mitgliedsstaaten des Europarats außer Island hatten ein- bis dreiköpfige Delegationen entsandt, zusammengesetzt aus Geschichtspädagogen, Universitätshistorikern und einigen Ministerialbeamten aus den Schulverwaltungen.

Das Ziel der ersten beiden Tage war, einen Ueberblick zu gewinnen über alles, was in den verschiedenen Ländern bisher auf dem Gebiet der Verbesserung der Geschichtsbücher und der Klärung strittiger Ereignisse und Gestalten der Geschichte in zweiseitigen Gesprächen und Vereinbarungen geleistet worden ist. Das geschah durch Berichte sämtlicher Delegationen. Die aus ihnen

sich ergebenden Erfahrungen für die Fortführung dieser Arbeit im größeren europäischen Rahmen wurden formuliert und in einem Antrag an den Europarat niedergelegt. Unter dem Eindruck der Ueberlegungen dieser ersten Tage erklärten sich die griechischen und türkischen Delegierten spontan bereit, auch ihrerseits zweiseitige Gespräche und Abkommen einzuleiten — angesichts der Last der historischen Erinnerungen, die zwischen beiden Ländern stehen, ein schönes Zeichen für den Geist der Calwer Tagung.

Die Arbeiten des zweiten Teils der Konferenz gingen von drei Referaten über „Elemente eines europäischen Geschichtsbildes“: Professor Dr. Hübinger, Münster (Mittelalter), Professor Bonnet, Paris (Neuere Geschichte), Dr. Thompson, Edinburgh (Zeitgeschichte, ab 1917), aus. Nach einer Diskussion dieser Referate im Plenum trennte sich die Konferenz in drei Arbeitsgruppen. Diese arbeiteten für die drei Epochen Listen der dringlichsten historischen Kernprobleme aus, an denen die zukünftigen Bemühungen um ein gemeineuropäisches Geschichtsbild ansetzen sollen. Die Methode dieser Bemühungen soll zunächst in Analysen der Geschichtsbücher der Schulen der verschiedenen Länder auf diese Themen bestehen, ein Verfahren, das sich auf der Basis der zweiseitigen Ländergespräche ausgezeichnet bewährt hat. Wieweit als Ergebnis solcher Untersuchungen in Thesen formulierte Empfehlungen für einen europäischen Geschichtsunterricht gewonnen werden können, wird erst später zu klären sein. In Calw waren Historiker zusammen, nicht Politiker, und es war ihre einmütige Ueberzeugung, daß es sich hier um eine Arbeit auf weite Sicht handelt; deren Ergebnisse werden um so tragfähiger, um so zukunfts-trächtiger sein, je klarer sie als Resultate wissenschaftlicher Gründlichkeit, Sauberkeit und Freiheit angesprochen werden müssen. Der Europarat ist gebeten worden, die Bearbeitung dieser Themen in Auftrag zu geben und überhaupt sich als Zentrum dieser Bemühungen zu engagieren.

F. Messerschmid

Vorschläge für eine engere Bindung Großbritanniens an den Kontinent

Am 6. August wurde in Großbritannien und den sechs Ländern des Schumanplans ein Aufruf veröffentlicht, in dem dringend ein engerer Anschluß Großbritanniens an den Kontinent gefordert wird. Als Verfasser zeichnen zahlreiche führende britische Persönlichkeiten aus dem politischen, kulturellen und geistlichen Leben des Landes, wie Lord Beveridge, der Präsident der Föderalistischen Union; Lady Violet Bonham Carter, Vizepräsidentin der Europäischen Bewegung in Großbritannien; Clement Davies, Führer der Liberalen Partei, oder Lord Layton, britischer Abgeordneter im Europarat; desgleichen auch der Philosoph Bertrand Russell, der Bischof von London, Dr. J. W. C. Wand, und der Historiker G. M. Young.

Die Verfasser legen ihrem Aufruf die Ueberzeugung zugrunde, die Montanunion könne, eben weil sie allen europäischen Staaten zum Beitritt offenstehe, der Kern für eine größere Gemeinschaft sein und darüber hinaus unendlich viel zur Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft beitragen, der sie als ein wesentlicher Bestandteil angehöre. Schon jetzt sei der Hohen Behörde von den Regierungen mehr Macht übertragen worden, als sie das „British Iron and Steel Board“ jemals besessen habe.

Der Plan für eine gemeinsame europäische Verteidigung harre nur noch der Ratifizierung, während die Außenminister der Schumanplanländer schon jetzt dabei seien, den Vertrag für eine Europäische Politische Gemeinschaft zu prüfen. So sei nunmehr von seiten Großbritanniens eine Geste erforderlich geworden, die dem Unternehmungsgeist und der Erfindungskraft der Schöpfer aller dieser Projekte angemessen sei.

Das Dokument schließt mit der Feststellung:

„Wir halten es sowohl dem Interesse Großbritanniens und des britischen Commonwealth als auch demjenigen Europas für dienlich, wenn die Einzelheiten unserer Mitarbeit mit größerer Genauigkeit festgelegt werden, als es bisher der Fall war. Diese sollte sowohl die Teilnahme Großbritanniens am Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl wie auch den uneingeschränkten Austausch technischer Informationen, die Koordinierung der Kapitalinvestitionen, die größtmögliche Standardisierung der britischen und europäischen Streitkräfte und die Aushebung eines britischen Kontingentes für den gemeinsamen Dienst mit der Europäischen Armee umfassen.“

Das Auslandshilfe-Programm der Vereinigten Staaten 1953/54

Am 4. August 1953 bewilligte der amerikanische Kongreß die Mittel für das Auslandshilfeprogramm für das Finanzjahr 1953/54 in der Gesamthöhe von 6 652 422 390 Dollar. In diesem Betrag sind neue Mittel in Höhe von 4531 Millionen Dollar und schon früher bewilligte, aber nicht ausgegebene Mittel von 2121 Millionen Dollar enthalten.

Präsident Eisenhower hatte am 5. Mai 1953 im Rahmen des Gesamtbudgets neue Mittel für die Auslandshilfe in Höhe von 5 828,7 Millionen Dollar beantragt. Das waren bereits 1 771,3 Millionen Dollar weniger als sein Vorgänger Truman empfohlen hatte. Eisenhower begründete die Kürzung damit, daß er zu der Ueberzeugung gekommen sei, die Vereinigten Staaten und ihre Partner müßten notfalls auf Jahre hinaus bereit sein, angemessene Verteidigungskräfte aufzubauen und zu unterhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die Vereinigten Staaten vermeiden, daß ein zu schneller militärischer Aufbau die Volkswirtschaft ernstlich in Mitleidenschaft ziehe. Im Verlauf der Beratungen beider Häuser des Kongresses wurden weitere Kürzungen des Auslandshilfeprogramms empfohlen. Nachdem ein Bereinigungskomitee beider Häuser einen Kompromiß bezüglich der zunächst differierenden Beschlüsse zustande gebracht hatte, billigte der Kongreß am 13. Juli 1953 das Autorisierungsgesetz für das Auslandshilfeprogramm. In diesem Gesetz wurden Mittel in Höhe von 5157 Millionen Dollar vorgesehen. Der Präsident wurde durch das Gesetz ermächtigt, von den für die einzelnen Gebiete oder Aufgaben bestimmten Summen (mit Ausnahme der Beträge für Indochina) bis zu 10 vH für andere Vorhaben abzuzweigen. Das Gesetz sieht ferner vor, daß die Hälfte der militärischen Hilfe für Europa (1115 Millionen Dollar) der EVG selbst oder den Mitgliedern der EVG erst nach Ratifizierung des EVG-Vertrages zur Verfügung zu stellen ist. Schließlich sieht das Gesetz vor, daß die MSA ihre Tätigkeit am 30. Juni 1954 einstellen soll, wobei jedoch die Abwicklung der Wirtschaftshilfe bis 30. Juni 1956 und die der militärischen Hilfe bis 30. Juni 1957 währen kann. Am 1. August wurde die

MSA durch das Amt für Auslandsvorhaben (Foreign Operations Administration — FOA) abgelöst.

Da in den Vereinigten Staaten alle Gesetze, welche die Bewilligung von Ausgaben zur Folge haben, einer doppelten gesetzlichen Festlegung bedürfen, war nach der erfolgten Ermächtigung (authorization) nun noch die gesetzliche Bewilligung (appropriation) der Ausgaben erforderlich. Bei den entsprechenden Beratungen in beiden Häusern des Kongresses wurden erneut erhebliche Kürzungsvorschläge unterbreitet. Obwohl Präsident Eisenhower sich mit allem Nachdruck gegen diese Abstriche wandte, setzte das Repräsentantenhaus die zu bewilligende Summe am 22. Juli auf 4438,6 Millionen Dollar fest. Der Senat hingegen machte eine Reihe der vom Repräsentantenhaus vorgenommenen Kürzungen rückgängig. Schließlich einigten sich Senat und Repräsentantenhaus auf die Bewilligung neuer Mittel in Höhe von 4531 Millionen Dollar. Der Kongreß hat darüber hinaus in einem Zusatzgesetz die von Präsident Eisenhower am 27. Juli angeforderten 200 Millionen Dollar für den Wiederaufbau Koreas bewilligt.

Im einzelnen sieht das Auslandshilfeprogramm für das Finanzjahr 1953/54 folgende Ausgaben vor:

	In Mill. Dollar		
	neubewilligt	Rückstände aus Vorjahren	insgesamt
1. Direkte Militärhilfe			
Europa	1860	1312	3172
Ferner Osten	1035	257	1292
Naher Osten	270	313	583
Latein-Amerika	15	51	66
2. Finanzierung gegenseitiger Verteidigung			
Indochina	400	—	400
Fabrikation von Rüstungsmaterial in Frankreich	85	—	85
Fabrikation von Rüstungsmaterial in Großbritannien	85	—	85
Europa (indirekte Wirtschaftshilfe)	220	116	336
Asien (Formosa-Indochina)	84	18	102
3. Technische und wirtschaftliche Hilfe			
Naher Osten	169	—	169
Indien und Pakistan	75	—	75
Asien	51	11	62
Latein-Amerika	22	—	22
Uebersee	12	—	12
Palästina-Flüchtlinge	44	—	44
4. Verschiedene Organisationen			
Flüchtlinge-Umsiedlung	7	—	7
Wiederaufbau Koreas	51	—	51
Entwicklung unterentwickelter Gebiete	10	—	10
Kinderhilfe	10	—	10
5. Sonderwaffen (Rüstungsmodernisierung)	50	—	50
6. Steigerung der Produktion knapper Rohstoffe	19	—	19
			6652

Zeittafel vom 1. bis 15. August 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

- 2.—6. Internationaler Kongreß der Pax-Christi-Bewegung in Altenberg bei Köln. Neben anderen Problemen steht besonders die Mitarbeit der Pax-Christi-Bewegung an der Einigung Europas und der Welt im Vordergrund der Erörterungen.
3. Abschluß des Zweiten Oekumenischen Jugendkongresses des Youth Department of the World Council of Churches in Oud Poelgeest bei Leyden, Holland (24. 7.—3. 8.). Thema: „Struggle for Europe“.
- 4.—12. Konferenz über Fragen des europäischen Geschichtsunterrichts in Calw (vgl. Kurzbericht auf Seite 5959).
6. Der Präsident der Internationalen Union Europäischer Föderalisten und der Deutschen Europa-Union, Professor Eugen Kogon, schickt im Auftrage beider Organisationen an die Konferenz der Außenminister der Schumanplanländer in Baden-Baden ein Telegramm, in dem er den dringenden Wunsch beider Organisationen zum Ausdruck bringt, die Annahme des Europäischen Verfassungsentwurfs im Interesse der Völker und der internationalen Partnerschaft Europas möglichst zu beschleunigen.
Aufruf von britischen Persönlichkeiten über einen engeren Zusammenschluß zwischen Großbritannien und dem Kontinent (vgl. Kurzbericht auf Seite 5959).
7. 2000 Vertreter des Bundes Europäischer Jugend und anderer europäischer Jugendverbände demonstrieren in Baden-Baden vor den versammelten Außenministern der Schumanplanländer für eine möglichst schnelle politische Vereinigung Europas.
- 7.—9. Konferenz der Außenminister der Montanunion in Baden-Baden (vgl. den Wortlaut des Communiqués auf Seite 5956).
9. In einem Bericht des Europäischen Wirtschaftsrates über die Koordinierung der Oelraffinerungs-Expansion in den OEEC-Ländern heißt es, die Expansion der Oelraffinerung in Europa sei hauptsächlich durch die Ersparnis von Devisen, insbesondere von Dollars, ermöglicht worden. Der Ausfall der persischen Raffinerien in Abadan und die Förderung durch die amerikanische Wirtschaftshilfe habe ebenfalls zu dieser Steigerung beigetragen. Die Gesamtkosten des Programms werden für die Periode von 1948 bis 1954 mit 1,391 Milliarden Dollar angegeben, wovon für den restlichen Zeitraum noch 411 Millionen zur Verfügung stehen.
10. Klage der belgischen Regierung beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegen die Hohe Behörde wegen ihrer Untätigkeit in bezug auf das französische Ausgleichskassensystem für die Einfuhr ausländischer Hausbrandkohle, durch das die eingeführte Kohle verteuert wird.
11. Die Hohe Behörde der Montanunion und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) treffen ein Uebereinkommen, wonach beide Organisationen Vertreter

und Informationen austauschen und in Fragen von gemeinsamem Interesse zusammenarbeiten wollen.

14. Laut Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat die Hohe Behörde die italienische Regierung ermächtigt, an Stelle der im Abkommen von Annecy festgelegten Zölle bis zum 1. Mai 1955 auf Stahl aus anderen Mitgliedstaaten für Roheisen höchstens einen Satz von 9 vH, für Halbzeug 13 vH, für Schienen 18 vH, für Walzwerkerzeugnisse, Walzdraht und Bandisen 19 vH und für Bleche höchstens einen Satz von 20 vH anzuwenden. Die Zölle auf Stahl aus dritten Ländern sollen dagegen beibehalten werden. — Auf eine Anfrage des Abgeordneten Helmut Bertram (Bundesrepublik) stellt die Hohe Behörde der Montanunion fest, die nicht verbrauchten Mittel aus der Umlage der Montanunion (Montansteuer) würden nicht an die Unternehmen der Kohle- und Stahlindustrie zurückgezahlt, sondern dem Garantiefonds für die Finanzoperationen der Hohen Behörde zugeführt.

Nordatlantikpakt-Organisation

3. Ernennung des amerikanischen Beraters, Tracy C. Voorhees (vgl. USA).
5. Die französische Regierung schlägt General Marcel Maurice Carpentier für den Posten des Oberbefehlshabers der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa vor.

Bulgarien

3. Der Ministerrat und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens beschließen eine Senkung der Einzelhandelspreise für verschiedene Lebensmittel und Massenartikel.

Deutschland

1. Als Maßnahme gegen die Lebensmittelaktion in Berlin verbietet die Regierung der DDR den Verkauf von Eisenbahnfahrkarten nach Berlin. In vielen Orten der SBZ kommt es daraufhin zu Protestdemonstrationen und Streiks und auf zahlreichen Bahnhöfen zu Zwischenfällen. Am 4. wird die Sperre zum Teil wieder aufgehoben. Den Spendenempfängern werden jedoch auch an den folgenden Tagen von sowjetzoner Seite Schwierigkeiten bereitet. Bis zum 14. August werden in Berlin über 2,5 Millionen Spendeneinheiten verteilt. Am 15. August wird die erste Lebensmittelaktion beendet.
Amtsantritt des neuen stellvertretenden amerikanischen Hohen Kommissars, Walter C. Dowling. Dowling war bisher stellvertretender Hoher Kommissar in Oesterreich.
Der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, kehrt von einem längeren Kuraufenthalt in der Sowjetunion nach Berlin zurück.
2. Der am 30. Juli aus der Untersuchungshaft entlassene ehemalige Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Werner Naumann, wird von der Deutschen

Reichspartei als Spitzenkandidat für die kommende Bundestagswahl nominiert.

8. In einer Antwort auf das Protestschreiben Bundeskanzler *Adenauers* vom 31. Juli gegen den DGB-Wahlauf Ruf erklärt der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Aufruf sollte die Gewerkschaftsmitglieder darauf hinweisen, einen Bundestag zu wählen, der sich den Forderungen der Gewerkschaften in den sie betreffenden Fragen aufgeschlossener zeige. Unter den „Feinden der Demokratie“ aber verstehe der DGB jene Kreise, die in den Bundestag zu gelangen suchten, um ihn letztlich auszuschalten. In einem weiteren Schreiben vom 5. August wirft Bundeskanzler *Adenauer* dem DGB erneut vor, er habe durch den Wahlauf Ruf die parteipolitische Neutralität verletzt und die Opposition unterstützt. Der DGB antwortet am 7. August, er sei nicht für eine Partei, sondern für einen besseren Bundestag eingetreten, da die Gewerkschaften von der Gesetzgebungsarbeit des alten Bundestages in der Frage einer neuen Sozialordnung nicht befriedigt seien. Die parteipolitische Neutralität habe jedoch da ihre Grenzen, wo die Existenz der Demokratie und das Schicksal der demokratischen Ordnung gefährdet seien.

4. Die zwölf Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes Hannover und des Bezirksverbandes Groß-Hannover der FDP erklären ihren Austritt aus dem Landesverband, weil der Landesverband durch antiliberalen Elemente unterwandert sei, und gründen einen liberalen Bund, in dem sich alle Liberalen Niedersachsens zusammenfinden sollen.

Der amerikanische Hohe Kommissar *Conant* teilt in einem Schreiben an den sowjetischen Hohen Kommissar *Semjonow* mit, die Vereinigten Staaten seien bereit, die in ihrem Lande gesperrten Dollarkonten der sowjetzonalen Notenbank in Höhe von rund 1,4 Millionen Dollar für den Einkauf von Lebensmitteln für die Bevölkerung der Sowjetzone freizugeben. Der Ministerpräsident der DDR, *Grotewohl*, hatte Ende Juli vor der Volkskammer die Freigabe der Dollarkonten gefordert. Die Bundesregierung erklärt sich ebenfalls am 4. August bereit, im Rahmen des Interzonenhandels Lebensmittel im Werte von 25 Millionen DM an die Sowjetzone zu liefern. Am 6. August fordert jedoch die Regierung der DDR die bedingungslose Freigabe der Dollarkonten und lehnt das Angebot der Bundesregierung am 7. August mit der Begründung ab, die DDR sei nur bereit, die Lebensmittel im Austausch zu beziehen, nicht gegen Bezahlung.

7. Das Amt des amerikanischen Hohen Kommissars gibt bekannt, daß auf Grund der Budgetkürzungen durch den amerikanischen Kongreß ab sofort die Zahl des amerikanischen Personals von 950 auf 775 und des deutschen Personals von 5400 auf 4700 Angestellte bei der HICOG reduziert wird.

Gemäß der Durchführungsverordnung Nr. 23 der Alliierten Hohen Kommission zum Gesetz Nr. 27 tritt die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung in Liquidation.

- 7.—8. Achte Tagung der Bezirksleitung Großberlin der SED: In einer Entschließung stimmt die Bezirksleitung den Beschlüssen der 15. Tagung des Zentralkomitees der SED zu. Der 1. Sekretär der Bezirks-

leitung, *Hans Jendretzky*, wird „wegen seiner schwankenden Haltung gegenüber der parteifeindlichen Fraktion Zaisser-Herrnstadt“ von seinem Amt entbunden. Zu seinem Nachfolger wird *Alfred Neumann* gewählt. 2. Sekretär wird *Hermann Axen*.

9. Der Leiter des Nauheimer Kreises, Professor *Ulrich Noack*, zieht seine Kandidatur für die Gesamtdeutsche Volkspartei bei der kommenden Bundestagswahl aus Protest gegen das Wahlbündnis der GVP mit dem Bund der Deutschen (Wirth) zurück.
10. Der französische Außenminister *Georges Bidault* trifft in Bonn zu Gesprächen mit Bundeskanzler *Adenauer* zusammen.
- 12.—16. Evangelischer Kirchentag in Hamburg (vgl. Kurzbericht auf Seite 5957).

Frankreich

4. Antwortnote der sowjetischen Regierung auf die Note der Westmächte vom 15. Juli über die Einberufung einer Viererkonferenz (vgl. den Wortlaut der Note in EA 16/1953, S. 5913).

Auf Grund eines Aufrufs der französischen Gewerkschaftsorganisation „Force Ouvrière“ treten die Beamten des Post-, Telefon- und Telegrafendienstes aus Protest gegen die von der Regierung vorbereiteten Reformen und Sparmaßnahmen, insbesondere wegen des Plans über die Heraufsetzung des Pensionsalters und die Neuordnung der Stellung der Hilfsbeamten, in den Streik. Die Christliche Gewerkschaftsorganisation und der Kommunistische Gewerkschaftsbund schließen sich später dem Streik an. Ungeachtet des Streiks billigt die Regierung am 10. August eine Reihe von Verordnungen zur Sanierung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft. Durch eine dieser Verordnungen wird es den Staatsbeamten und dem Personal der öffentlichen Betriebe ermöglicht, ihre Dienstzeit nach Erreichung des Pensionsalters um zwei Jahre zu verlängern. Die Anstellung von Hilfspersonal soll beschränkt werden. Andere Verordnungen betreffen Sparmaßnahmen der Finanzverwaltung, Förderung des Wohnungsbaus und Herstellung des freien Wettbewerbs in der Wirtschaft. Daraufhin kommt es am 11. August und den darauffolgenden Tagen zu einer neuen Streikwelle. Ministerpräsident *Laniel* droht am gleichen Tag mit seinem Rücktritt, falls sein Programm nicht angenommen wird. Die Zahl der Streikenden wird am 13. August mit 4 Millionen angegeben. Am 14. und 15. August flaut der Streik wieder etwas ab.

5. General *Paul Ely* wird als Nachfolger von Marschall *Juin* zum Generalinspekteur der Streitkräfte und Vorsitzenden des Rates der Stabschefs ernannt. Vorschlag über die Ernennung von General *Marcel Maurice Carpentier* (vgl. NATO).
15. Zweite sowjetische Note über die Einberufung einer Viererkonferenz (vgl. den Wortlaut auf Seite 5951).

Großbritannien

4. Antwortnote der sowjetischen Regierung auf die Note der Westmächte vom 15. Juli über die Einberufung einer Viererkonferenz (vgl. den Wortlaut der Note in EA 16/1953, S. 5913).
6. Aufruf von britischen Persönlichkeiten über einen

engeren Zusammenschluß zwischen Großbritannien und dem Kontinent (vgl. Kurzbericht auf Seite 5959).

15. Zweite sowjetische Note über die Einberufung einer Viererkonferenz (vgl. den Wortlaut auf Seite 5951).

Italien

11. Der am 2. August mit der Regierungsbildung beauftragte stellvertretende Ministerpräsident im bisherigen Kabinett de Gasperi, *Attilio Piccioni*, gibt seinen Auftrag zurück, nachdem es ihm nicht gelungen ist, eine Kabinettsliste zusammenzustellen. Daraufhin wird am 13. August der bisherige Finanzminister, *Giuseppe Pella*, mit der Neubildung einer Regierung beauftragt. Am 15. August teilt Pella Staatspräsident *Einaudi* mit, daß ihm die Zusammenstellung eines Kabinetts gelungen sei.

Oesterreich

4. Veröffentlichung des österreichischen Memorandums an die Sowjetunion vom 30. Juni 1953 (vgl. den Wortlaut auf Seite 5955).
9. An der sowjetisch-britischen Demarkationslinie in Oesterreich werden durch die Zurückziehung von sowjetischen Kontrollposten und die Beseitigung von Straßensperren weitere Grenzerleichterungen geschaffen.
11. Die sowjetischen Besatzungsbehörden beschließen die Aufhebung der Postzensur zwischen der sowjetisch besetzten Zone Oesterreichs und dem Ausland mit Wirkung vom 12. August. Daraufhin wird am 14. August die gesamte alliierte Brief-, Telefon- und Telegrammzensur in Oesterreich aufgehoben.

Rumänien

- 2.—9. Weltfestspiele der Jugend und der Studenten in Bukarest.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Marokko

11. Auf Grund einer Note des Sultans Sidi Mohammed *Ben Jussuf* über Putschabsichten des Paschas von Marrakesch, *El-Glaui*, begibt sich der in Frankreich weilende Generalresident von Marokko, General Augustin *Guillaume*, nach Rabat. Am 13. August unterzeichnet der Sultan sämtliche von der französischen Regierung seit längerer Zeit vorgelegte Reformvorschläge. Pascha El-Glaui und verschiedene Ständesoberhäupter beschließen am 14. August die Absetzung des Sultans als geistliches Oberhaupt von Marokko und rufen *Mulay Mohammed Ben Arafa* zum neuen Imam aus.

AMERIKA

Kanada

10. Die Parlamentswahlen haben folgendes Ergebnis (in Klammern die Zahl der Sitze im bisherigen Parlament):

Parteien:	Sitze:
Liberales	171 (184)
Konservative	50 (48)
Labour Party	23 (13)
Sozialkreditpartei	15 (10)
Unabhängige	6 (5)

Schweiz

- 5.—11. Dritte Plenarversammlung des jüdischen Weltkongresses in Genf: Zum neuen Präsidenten wird *Nahum Goldmann* als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten *Stephen S. Wise* gewählt. In einer Deutschland betreffenden Resolution wird der Abschluß des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens begrüßt, jedoch festgestellt, die moralische Wiedergutmachung (Bekämpfung des Antisemitismus und Neonazismus) sei bisher unerfüllt geblieben. Die französische Delegation bedauert dabei, daß die von der Exekutive des Weltkongresses 1951 gefaßte Resolution gegen die deutsche Wiederaufrüstung nicht erneuert wird. In einer anderen Resolution werden Wiedergutmachungsansprüche auch gegenüber Ostdeutschland, Rumänien und Ungarn erhoben.

Sowjetunion

4. Antwortnote der sowjetischen Regierung auf die Note der Westmächte vom 15. Juli über die Einberufung einer Viererkonferenz (vgl. den Wortlaut der Note in EA 16/1953, S. 5913).
- 5.—8. Fünfte Tagung des Obersten Sowjets (vgl. Kurzbericht auf S. 5956).
15. Zweite sowjetische Note über die Einberufung einer Viererkonferenz (vgl. den Wortlaut auf Seite 5951).

Tschechoslowakei

1. Staatspräsident *Zapotocky* kritisiert in einer Rundfunkrede die Lebensmittelversorgung in der CSR und erklärt, beim Aufbau des Sozialismus seien schwere Fehler gemacht worden.

Vereinigte Staaten

1. Das Amt für Auslandsvorhaben (FAO) tritt an die Stelle des Amtes für gemeinsame Sicherheit (MSA). Zum Direktor des neuen Amtes wird der bisherige Direktor der MSA, *Harold E. Stassen*, ernannt. In einem Schreiben teilt Präsident *Eisenhower* dem Kongreß mit, die finanzielle Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und Norwegens werde nicht eingestellt, obwohl diese Länder kriegswichtige Güter an osteuropäische Länder geliefert hätten.
3. Verabschiedung des Bewilligungsgesetzes zum Auslandhilfegesetz durch den Senat (vgl. Kurzbericht auf Seite 5960).
- Der 83. Kongreß vertagt sich auf den 6. Januar 1954. Auf der Schlußsitzung wird Senator *William F. Knowland* als Nachfolger des verstorbenen Senators *Robert A. Taft* zum Führer der republikanischen Fraktion im Senat gewählt. Außerdem billigt der Senat eine Resolution, in der die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert wird.
- Der ehemalige stellvertretende Staatssekretär für die Armee, *Tracy S. Voorhees*, wird zum Sonderbeauftragten des Verteidigungsministeriums für Fragen des off-shore-Programms in Europa und zum Berater für

Verteidigungsfragen des amerikanischen Vertreters im Ständigen Rat der NATO, John C. Hughes, ernannt.

4. Antwortnote der sowjetischen Regierung auf die Note der Westmächte vom 15. Juli über die Einberufung einer Viererkonferenz (vgl. den Wortlaut der Note in EA 16/1953, S. 5913).
6. Präsident *Eisenhower* bezeichnet in einer Rundfunk- und Fernsehansprache den amerikanischen Beitrag zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens in Korea und die Auslandshilfe einschließlich der Lebensmittelhilfe für Berlin als bedeutendste außenpolitische Erfolge seiner Regierung während der ersten sechs Monate seiner Amtszeit. Innenpolitisch seien die wichtigsten Aufgaben die Reorganisation der Exekutive, die Zusammenarbeit mit dem Kongreß und die Sparmaßnahmen hinsichtlich des Budgets gewesen.
15. Zweite sowjetische Note über die Einberufung einer Viererkonferenz (vgl. den Wortlaut der Note auf Seite 5951).

ASIEN

Japan

9. Nach Abschluß der Besprechungen zwischen dem amerikanischen Außenminister *Dulles* und dem japanischen Ministerpräsident *Yoshida* erklärt der amerikanische Außenminister, die Vereinigten Staaten würden die seit 1946 unter amerikanischer Verwaltung stehende japanische Inselgruppe Amamioshima an Japan zurückgeben.

Kaschmir

9. Der Premierminister von Kaschmir, Scheik *Abdullah*, wird gestürzt und verhaftet. Sein Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Premierminister, *Bakschi Ghulam Mohammed*.

Korea

2. Der Leiter der nordkoreanischen Waffenstillstandsdelegation, General *Nam Il*, wird als Nachfolger von *Pak Hen Yen* zum Außenminister Nordkoreas ernannt.
4. Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, trifft zu Besprechungen mit Staatspräsident *Syngman Rhee* in Seoul ein. Am 8. August unterzeichnen die beiden Staatsmänner ein gegenseitiges Sicherheitsabkommen, in dem sich Korea und die Vereinigten

Staaten bei einem bewaffneten Angriff im pazifischen Raum zu gegenseitiger Unterstützung bereit erklären. Den Vereinigten Staaten wird innerhalb und in der Nähe des koreanischen Hoheitsgebietes die Errichtung von militärischen Stützpunkten gestattet. In einer gemeinsamen Erklärung wird weiter festgestellt, die Vereinigten Staaten und Korea würden alles für die Wiedervereinigung Koreas tun. Sie stimmen ferner darin überein, die politische Konferenz zu verlassen, wenn nach neunzig Tagen keine Aussicht auf eine Wiedervereinigung bestehe.

5. Beginn des Austausches der Kriegsgefangenen in Panmunjon.
7. Die Vereinigten Staaten übermitteln den Vereinten Nationen eine von den sechzehn aktiv am Koreakrieg beteiligten Staaten am 27. Juli in Washington unterzeichnete Erklärung, in der sie sich verpflichten, im Falle eines neuen kommunistischen Angriffs in Korea sich erneut zusammenzuschließen und entschlossen Widerstand zu leisten. Weiter heißt es in der Erklärung wörtlich: „Die Folgen eines solchen Bruchs des Waffenstillstands würden so ernst sein, daß aller Wahrscheinlichkeit nach eine Beschränkung der Feindseligkeiten innerhalb der Grenzen Koreas unmöglich wäre.“

Persien

10. Bildung einer persisch-sowjetischen Kommission, die sich mit der Klärung der zwischen Persien und der Sowjetunion bestehenden Streitfragen befassen soll. In einer von Ministerpräsident *Mossadegh* veranstalteten Volksabstimmung sprechen sich 2 043 389 Wähler für und 1207 Wähler gegen die Auflösung des Abgeordnetenhauses aus. Die Mehrzahl der Wähler enthält sich jedoch ihrer Stimme. Am 15. August gibt Außenminister *Fatemi* die Auflösung des Abgeordnetenhauses bekannt. In einem Schreiben an den Schah fordert *Mossadegh* die Ausschreibung von Neuwahlen. Ein Versuch der kaiserlichen Garde, am gleichen Abend Ministerpräsident *Mossadegh* zu verhaften, schlägt fehl. Der Schah flieht daraufhin über Bagdad nach Rom.

Organisation der Vereinten Nationen

Wirtschafts- und Sozialrat

5. Beendigung der am 30. Juni begonnenen 16. Sitzungsperiode des Wirtschafts- und Sozialrats.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Melssner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App. 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.

Der Aufbau der Verwaltung in der Tschechoslowakei*

Das System der Nationalausschüsse

Von Dr. iur. Dipl. sc. pol. Helmut Slapnicka, Linz

Die Verfassung der Tschechoslowakei vom 9. Mai 1948 bezeichnet die Nationalausschüsse als die „Träger und Vollstrecker der Staatsgewalt“ (Art. X), Innenminister *Nosek* nennt sie die „eigentliche Staatsgewalt“, und der stellvertretende Innenminister *Spurný* hat die heutige Staatsform der Tschechoslowakei als „Republik der Nationalausschüsse“ charakterisiert. Damit ist die Bedeutung, die den Nationalausschüssen heute in der Tschechoslowakei beigemessen wird, deutlich zum Ausdruck gebracht.

Es gibt in der Tschechoslowakei als unterste Instanzen der Verwaltung rund 15 000 Ortsnationalausschüsse mit ca. 250 000 Funktionären, ihnen übergeordnet die Bezirksnationalausschüsse und die Einheitsnationalausschüsse (die die Funktionen eines Orts- und Bezirksnationalausschusses in sich vereinigen) sowie die den Ministerien unmittelbar unterstellten neunzehn Kreisnationalausschüsse und den Zentralnationalausschuß der Hauptstadt Prag — die Nationalausschüsse sind also „das Produkt der Umgestaltung des bourgeoisen Staatsapparates zum Apparat des sozialistischen Staates“ (*Nosek*).

Ihr Wesen wird dahingehend erläutert¹, daß der ganze staatliche Verwaltungsapparat von Vertretungsorganen des Volkes abhängig gemacht und das Prinzip der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive beseitigt wird. Nach dem Grundsatz, daß das Volk nicht nur selbst die Gesetze gibt, sondern sie auch selbst durchführt, soll das Berufsbeamtentum zurückgedrängt und ihm jede Entscheidungsbefugnis entzogen werden².

Die Nationalausschüsse sind in allen ihren Instanzen Organe der einheitlichen Staatsgewalt. Die bisherige Form der Selbstverwaltung in Gemeinde, Bezirk und Land ist beseitigt und durch das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ ersetzt. Auch die Ortsnationalausschüsse sind Träger und Vollstrecker der Staatsgewalt in ihrem Gebiet, der Gemeinde. Darüber hinaus bedeutet das Prinzip der einheitlichen Staatsgewalt, daß die Nationalausschüsse auch für die meisten bisher von Sonderverwaltungsbehörden wahrgenommenen Aufgaben, also auch für die Finanz- und Arbeitsverwaltung, zuständig sind.

Geschichtliche Entwicklung

Die Bezeichnung „Nationalausschuß“ (národní výbor) ist in der Geschichte der böhmischen Länder nicht

neu. Nationalausschüsse bestanden bereits in den Revolutionsjahren 1848 und 1918. Das mag für die Wahl der heutigen Bezeichnung maßgebend gewesen sein, durch die sich die Tschechoslowakei von den übrigen Volksdemokratien unterscheidet, in denen in der Regel die Bezeichnung „Volksräte“ üblich ist (so in Polen, Rumänien, Bulgarien und Albanien)³. Hingegen wird in der Tschechoslowakei für die Gesamtheit der Nationalausschüsse aller Stufen die Bezeichnung „Volksverwaltung“ gebraucht — eines der vielen Beispiele dafür, wie man mit lediglich terminologischen Kniffen tatsächliche Mängel nicht nur verdecken zu können glaubt, sondern geradezu das Gegenteil behauptet — *lucus a non lucendo*!

1918 hatte die neu errichtete Tschechoslowakei im wesentlichen Behördenaufbau und Verwaltungsorganisation des alten Oesterreich übernommen, die durch die sogenannte „Doppelgleisigkeit der Verwaltung“, das Nebeneinanderbestehen von staatlichen Behörden und Selbstverwaltungskörperschaften, charakterisiert waren. Selbstverwaltungskörper waren die Gemeinden mit ihren gewählten, durchweg ehrenamtlich tätigen Funktionären, ferner in Böhmen die autonomen Bezirksverwaltungen und schließlich die autonomen Landesverwaltungen (Landtag, Landesausschuß, seit 1918 Landesverwaltungsaußschuß bzw. Landesverwaltungskommission), staatliche Behörden, die Bezirkshauptmannschaften und die Landesbehörden (in Böhmen und Mähren Statthaltereien, in Schlesien Landesregierung, seit 1918 politische Landesverwaltungen).

1928 brachte die Verwaltungsreform eine engere Verknüpfung zwischen staatlicher und autonomer Bezirksverwaltung sowie eine Rechtsangleichung zwischen der westlichen Staatshälfte (den Ländern Böhmen und Mähren-Schlesien) einerseits und der Slowakei und der Karpatenukraine andererseits, wo früher die ungarische Rechtsordnung gegolten hatte. Die stufenweise in Ortsgemeinde, Bezirk und Land verwirklichte Selbstverwaltung war nur in der untersten Stufe voll entwickelt und bis 1938 in der Hand gewählter Vertreter (die Institution beamteter hauptberuflicher Bürgermeister kannte man nicht); bei den Bezirks- und Landesvertretungen war die Selbstver-

* Ueber die „Justizreform“ in der Tschechoslowakei hat das Europa-Archiv in Folge 7—8/1950, S. 2943 ff. ausführlich berichtet.

waltung dadurch beschränkt, daß in diesen Kollegialorganen nur zwei Drittel der Mitglieder gewählt wurden, während das restliche Drittel vom Staat ernannt wurde und der Vorsitz von einem vom Staat ernannten Berufsbeamten, dem Landespräsidenten oder Bezirkshauptmann, geführt wurde⁴.

Es ist festzuhalten, daß der Ausdruck „Bezirk“ in der Tschechoslowakei (ebenso wie in Oesterreich) vor wie nach 1945 für den kleineren (etwa 300–500 qkm großen) Verwaltungssprengel verwendet wird, während als „Kreise“ die größeren (durchschnittlich 4000 bis 9500 qkm umfassenden) Gebiete bezeichnet werden. Die Stufen der Verwaltung sind somit im Gegensatz zu der seit 1938 in Deutschland einheitlich eingeführten Reihenfolge: Gemeinde — Bezirk — Kreis.

Die Errichtung von Nationalausschüssen im Jahre 1945 wird heute von der Kommunistischen Partei als ihr ausschließliches Verdienst in Anspruch genommen⁵. Zunächst waren sie als illegale Organe des Abwehrkampfes während des Zweiten Weltkrieges gedacht, 1943 regte Universitätsprofessor *Nejedlý*, der heutige stellvertretende Ministerpräsident der Tschechoslowakei, in den in Moskau erscheinenden „Československé listy“⁶ ihre Beibehaltung auch nach der Befreiung als Träger der gesamten Verwaltung an.

In seiner Rundfunkbotschaft vom 3. Februar 1944 forderte Präsident *Beneš* von London aus die Bevölkerung in der Heimat auf, in allen Gemeinden, Bezirken und Ländern Nationalausschüsse als Organe des einheitlichen nationalen Kampfes gegen die Okkupanten und nach der Befreiung als demokratische Organe der öffentlichen Verwaltung zu errichten. Ähnlich war der Inhalt einer Erklärung der tschechoslowakischen Exilregierung vom 16. April 1944, in der die Erlassung eines eigenen Dekretes⁷ angekündigt wurde. Dieses Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik über die Nationalausschüsse und die vorläufige Nationalversammlung erging am 4. Dezember 1944 (Amtliches Weisungsblatt, London, Nr. 18) und blieb, nachdem es in der Sammlung der Gesetze (Kundmachung vom 3. August 1945, Nr. 43) neuerlich kundgemacht worden war, bis zum Inkrafttreten der Verfassung vom 9. Mai 1948 geltendes Recht.

Zur Ausführung dieses Verfassungsdekrets erging nach der Wiedererrichtung der Tschechoslowakischen Republik die Regierungsverordnung über die Wahl und die Zuständigkeit der Nationalausschüsse vom 5. Mai 1945 (Slg. d. Ges. Nr. 4), die mit Verordnung vom 7. August 1945 (Slg. Nr. 44) rückwirkend geändert und in der Sammlung der Gesetze unter Nr. 45 in der neuen Fassung kundgemacht wurde. Die vorläufige Organisation der Hauptstadt Prag regelte die Regierungsverordnung vom 7. August 1945 (Slg. Nr. 46)⁸.

Ihre heutige Rechtsform erhielten die Nationalausschüsse in den Jahren 1948–1950. Rahmenbestim-

mungen enthält die Verfassung vom 9. Mai 1948 in den Grundartikeln IV und X sowie in ihrem 6. Kapitel (§§ 123 bis 133)⁹. Die Reform wurde durch das Gesetz über die Kreisordnung vom 21. Dezember 1948 (Slg. Nr. 280) eingeleitet, das die historische Ländereinteilung durch eine Einteilung des Staatsgebietes in neunzehn Kreise¹⁰ ersetzt, die Landesnationalausschüsse von Böhmen, Mähren-Schlesien und der Slowakei mit dem 31. Dezember 1948 beseitigt und die Organisation der neu geschaffenen Kreisnationalausschüsse regelt¹¹.

Die Organisation der „Volksverwaltung“ in den Bezirken wurde sodann auf Grund der in § 43 Abs. 1 der Kreisordnung ausgesprochenen Ermächtigung durch Regierungsverordnung vom 7. Juni 1949 (Slg. Nr. 139) geregelt, nachdem die Gebietsgliederung der Bezirke in den böhmischen Ländern bereits durch Regierungsverordnung vom 18. Januar 1949 (Slg. Nr. 3) eine Neuregelung erfahren hatte.

Die Ortsnationalausschüsse erhielten schließlich durch Regierungsverordnung vom 28. Februar 1950 (Slg. Nr. 14) ihre heutige Rechtsform¹².

Damit ist die Entwicklung freilich nicht abgeschlossen. Neuregelungen auf dem Gebiet des Haushaltsrechts, der Kommunalbetriebe, Aenderungen in der Kompetenzabgrenzung der Zentralbehörden u. dgl. bringen laufend Aenderungen auch für die Nationalausschüsse mit sich, auf die hier im einzelnen nicht näher eingegangen werden kann.

Der vom damaligen Präsidenten der Republik, *Gottwald*, in seiner Rede vom 24. Februar 1950¹³ angekündigte Kodex über die Nationalausschüsse aller Kategorien ist allerdings bisher nicht erlassen worden, und da die Kodifikationsarbeiten¹⁴ inzwischen abgeschlossen wurden, ist mit seinem Erscheinen wohl auch kaum mehr zu rechnen.

Beseitigung der Selbstverwaltung

Schon im Moskauer Exil hatte der spätere Staatspräsident *Gottwald* vorgeschlagen, die Kompetenz der künftigen Nationalausschüsse so festzulegen, daß sie „ungefähr den Befugnissen der früheren Selbstverwaltung plus öffentliche politische Verwaltung“ entspräche¹⁵. Demgegenüber sahen die Gesetzentwürfe der Londoner Exilregierung ursprünglich die Beibehaltung der staatlichen Verwaltungsorganisation vor, wie sie 1938 bestanden hatte, also der Bezirks- und Landesbehörden unter Leitung vom Staat ernannter Bezirkshauptmänner und Landespräsidenten; die Bezeichnung „Nationalausschüsse“ sollte nach diesen Plänen lediglich auf die Selbstverwaltungskörperschaften beschränkt bleiben, also die Gemeinde-, Bezirks- und Landesvertretungen. Dieser Standpunkt wurde jedoch verlassen, und das Verfassungsdekret vom 4. Dezember 1944 stellt bereits eine Konzession der Londoner Exilregierung gegenüber den Forderungen der Moskauer Exilgruppe dar. Die Regierungs-

verordnung vom 5. Mai 1945 (Slg. Nr. 4) bezeichnet die Nationalausschüsse als „Vertretungskörper und Organe der staatlichen Verwaltung“ und legt fest, daß die Ortsnationalausschüsse den Zuständigkeitsbereich der Gemeindevertretungen und der Bürgermeister, die Bezirksnationalausschüsse den Bereich der Bezirksvertretungen, der Bezirksbehörden und des Bezirkshauptmannes übernehmen. Intern blieb aber die Trennung in Selbstverwaltungsangelegenheiten und staatliche Verwaltung bestehen, und sowohl Art. 1 des Verfassungsdekretes vom 20. Dezember 1944 als auch § 1 der Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945 bestimmen ausdrücklich, daß die Nationalausschüsse als Organe der staatlichen Verwaltung der Regierung unterstellt sind.

Die neue Verfassung kennt diesen Unterschied nicht mehr, ihr § 124 sagt einfach, daß die Nationalausschüsse die „öffentliche Verwaltung in allen ihren Bereichen“ ausüben, mit Ausnahme jener Verwaltungszweige, deren Ausübung anderen Organen (Post, Bahn u. dgl.) zukommt. Die gleiche Formulierung kehrt auch in § 8, Abs. 1 der Kreisordnung wieder. „Die Ausdrücke ‚Selbstverwaltung‘, ‚politische Verwaltung‘, ‚wirtschaftliche Selbstverwaltung‘ und andere Ausdrücke aus der bourgeoisen Ära unserer Administration haben wir aus dem Wörterbuch gestrichen“, schrieb dazu die „*Rudé právo*“ am 2. Dezember 1948. In seiner Ansprache zum „Tag der Nationalausschüsse“ am 23. Juli 1951 hat Präsident *Gottwald* diesen Standpunkt folgendermaßen begründet:

„Es gibt keinen Gegensatz zwischen Staat und Volk, daher kann es auch keinen Gegensatz zwischen Staat und Gemeinde geben. Wenn wir die Interessen des Staates verteidigen, verteidigen wir auch die unserer Gemeinde. Daher treten wir nie nur als Sprecher unserer Gemeinde auf, sondern immer gleichzeitig als Mitglieder eines Organs, das Träger und Vollstrecker der Staatsgewalt ist.“

Und in einem Artikel der „*Rudé právo*“ (vom 29. Mai 1952) wurde erklärt:

„Die ehemalige Selbstverwaltung kann mit den Nationalausschüssen überhaupt nicht verglichen werden. Heute gibt es keinerlei Gegensätze zwischen den Interessen der Gemeinde und des Staates, sondern es besteht eine absolute Einheit.“

Die Regierungsverordnung über die Sekretäre der Ortsnationalausschüsse vom 11. Dezember 1951 (Slg. Nr. 119) hat den gleichen Gedanken in folgende Worte gekleidet:

„Die Ortsnationalausschüsse sind in ihrem Gebiet verantwortlich für die Erfüllung der gesamten staatlichen und örtlichen Aufgaben“ (§ 1, Abs. 1).

Dementsprechend ist auch die Unterstellung der Nationalausschüsse verschiedener Stufen genau geregelt: die Ortsnationalausschüsse den Bezirksnationalausschüssen bzw. ihren einzelnen Referenten, die Bezirksnationalausschüsse den Kreisnationalausschüs-

sen bzw. ihren einzelnen Referenten, die Kreisnationalausschüsse der Regierung und in ihren einzelnen Tätigkeitsgebieten den sachlich zuständigen Ministerien und Zentralbehörden (RegVO 139/1949, § 8; Ges. 280/1948, § 10).

Diese Koordinierung der Tätigkeit der örtlichen und der höchsten Verwaltungsorgane wird als „demokratischer Zentralismus“ bezeichnet: „Der Vollzug jeglicher öffentlicher Verwaltung ist grundsätzlich vereinheitlicht, aber auch zweckmäßig dezentralisiert. Die Nationalausschüsse sind keineswegs Gegengewicht gegen die Staatsgewalt, sondern ihre Träger und Organe der einheitlichen öffentlichen Verwaltung¹⁶.“ Praktisch bedeutet diese Forderung ein völliges Zurückdrängen aller Aufgabenbereiche von rein örtlicher Bedeutung und die fast ausschließliche Heranziehung der Nationalausschüsse — auch der Ortsnationalausschüsse — zu Aufgaben von „gesamtsstaatlicher“ Bedeutung, vor allem also zur Durchführung des Fünf-Jahres-Planes.

Die Beseitigung der Selbstverwaltung und die Umbildung der Lokalbehörden in unterste Instanzen einer straff zentralisierten Staatsverwaltung spiegelt sich besonders deutlich in den Finanz- und Haushaltsbestimmungen der Nationalausschüsse. Das Gesetz (Nr. 279/1949 Slg.) stellte den Nationalausschüssen zur Deckung ihrer Ausgaben unbeschränkt staatliche Kassenmittel zur Verfügung; sie waren also an der Ausschöpfung des Steueraufkommens in ihrem eigenen Bereich nicht interessiert. Die Finanzpläne der Kommunalbetriebe waren im Budget des Finanzministeriums zusammengefaßt. Daß diese Regelung zu höchst unbefriedigenden Ergebnissen geführt hat, wurde auch in Prag bald offen zugegeben.

Einschneidende Änderungen brachte das Gesetz vom 11. Dezember 1952 (Slg. Nr. 83) über die Haushaltspläne der Nationalausschüsse, auf Grund dessen bereits das Budget für das Haushaltsjahr 1953 erstellt wurde. Die einzelnen Nationalausschüsse haben wieder selbständige Voranschläge, die Bestandteile des einheitlichen Staatsbudgets sind. Neben dem Anteil an den staatlichen Steuern bestehen die Einnahmen der Nationalausschüsse aus lokalen Steuern, dem Ertrag des von dem betreffenden Nationalausschuß verwalteten Nationalvermögens und den Ueberschüssen der Kommunalbetriebe; der Anteil an den Staatssteuern wird den Nationalausschüssen nur in einem bestimmten Hundertsatz des von ihnen einkassierten Steuerertrages zugewiesen¹⁷.

Die Stellung des Berufsbeamtentums

Die grundlegenden Ausführungen *Gottwalds* über die Nationalausschüsse, die am 15. Mai 1944 in den Moskauer „*Československé listy*“ erschienen sind¹⁸, skizzieren bereits in allen wesentlichen Punkten die

heutige Form der Nationalausschüsse und wurden später zum Teil wörtlich in die einschlägigen Gesetze und Verordnungen übernommen. *Gottwald* wendet sich hier, abgesehen von der Frage der Selbstverwaltung, auch noch in einem anderen Punkt scharf gegen die in den Kreisen der Londoner Exilregierung vertretene Ansicht, nämlich in der Frage des Berufsbeamtentums:

„Die Ansicht, daß die Nationalausschüsse etwa bloß Beratungskörperschaften der Bezirkshauptleute, Landespräsidenten usw. sein sollten, widerspricht der Idee der Nationalausschüsse und kann nicht akzeptiert werden. Die einzige mögliche Regelung ist die, daß die Nationalausschüsse im Rahmen ihrer Kompetenz entscheidende Organe sind, wobei dem Amt bzw. den Beamten die Funktion der Durchführung und Vollstreckung zufällt.“

Das in der ersten Sitzung der neuen „Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken“ am 5. April 1945 angenommene Programm (sog. „Kaschauer Programm“) spricht in dem der Organisation der inneren Verwaltung gewidmeten V. Kapitel ausdrücklich von dem den Nationalausschüssen „unterstellten Verwaltungsapparat“.

Die Kreisordnung sieht als leitenden Berufsbeamten in jedem Kreis einen Kreissekretär, in jedem Referat einen Referats-Vorstand vor, deren Ernennung durch den Kreisnationalausschuß erfolgt, aber der Bestätigung durch den Innenminister bedarf.

Eine rückläufige Bewegung setzte ein, nachdem es gelungen war, durch einige politische Säuberungswellen sowie die Ueberstellung von 77 500 Beamten in Bergbau und Industrie einerseits, durch die Regelung der Zulassung zum Hochschulstudium und die Errichtung einer „Arbeiterverwaltungsschule“ andererseits das alte Beamtentum zurückzudrängen und durch neue, aus bewährten Parteianhängern zusammengesetzte „Kader“ zu ersetzen. Wohl bleibt formell die Entscheidungsbefugnis den Organen (Rat bzw. Referenten) der Nationalausschüsse vorbehalten, und den Beamten obliegt ausschließlich die Durchführung ihrer Entscheidungen, aber vor allem in der untersten Instanz, deren Funktionäre nur ehrenamtlich tätig sind, liegt praktisch alle Macht in den Händen der Sekretäre. Ursprünglich waren Sprengelsekretäre für jeweils drei bis sechs kleinere Gemeinden bestellt; als sich dies jedoch als nicht ausreichend erwies, wurden durch die Regierungsverordnung vom 11. Dezember 1951 (Slg. Nr. 119) hauptberufliche Gemeindesekretäre für alle Gemeinden des Staatsgebietes vorgesehen, so daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1952 rund 10 000 neue hauptberufliche Gemeindesekretäre bestellt werden mußten, die in dreiwöchigen Kurzlehrgängen herangebildet wurden.

Die Organisation der Nationalausschüsse

Bis 1948 war die Regelung der inneren Organisation der Nationalausschüsse und der Art, wie sie

ihre Kompetenz ausüben, dem Innenminister überlassen (RegVO Nr. 45, § 1, Abs. 2, dazu Erl. Amtsbl. 1946, Nr. 1511, und 1947, Nr. 966 und 975). Die Mitgliederzahl entsprach zunächst der der bisherigen Verwaltungskörperschaften.

Gegenwärtig bestehen die *Kreisnationalausschüsse* außer dem Vorsitzenden je nach der Einwohnerzahl der Kreise aus 36 bis 72 Mitgliedern und einem bis drei stellvertretenden Vorsitzenden, die *Bezirksnationalausschüsse* aus dreißig bis vierzig Mitgliedern (Ges. 280/1948, § 11; VO 120/1951, Art. I).

Die *Ortsnationalausschüsse* sind nach der Einwohnerzahl in vier Gruppen geteilt, nämlich gestaffelt bis 600, von 600 bis 2000, von 2000 bis 6000 und über 6000 Einwohner. Die Ortsnationalausschüsse zählen im ersten Falle 15 Mitglieder, in der zweiten Gruppe 24, in der dritten 30 und in der vierten 36 Mitglieder.

Während das *Plenum* der Nationalausschüsse nach den ursprünglichen Absichten nur einige Male im Jahr zur Festlegung der allgemeinen Richtlinien der Verwaltungsarbeit einzuberufen ist, wird die laufende Verwaltungsarbeit von Vollzugsorganen besorgt, nämlich

- dem Rat,
- dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern,
- den Referenten und
- den Kommissionen.

Der *Rat* der Nationalausschüsse besteht grundsätzlich in allen Stufen der Verwaltung, also gleichermaßen bei den Kreis- und Bezirksnationalausschüssen aus elf Mitgliedern, den Fachreferenten für die elf Aufgabenbereiche, in die das Gebiet der gesamten Verwaltung eingeteilt ist. (Die ursprüngliche Einschränkung, wonach in Bezirken mit weniger als 35 000 Einwohnern der Rat nur acht Mitglieder zählt, ist durch die VO vom 11. Dezember 1951, Slg. Nr. 120, beseitigt worden.) Nur in den Ortsnationalausschüssen der Gruppe 3 sind lediglich neun, in der Gruppe 2 sieben und in der Gruppe 1 fünf Mitglieder vorgesehen, doch ist auch hier die Einteilung in elf Referate beibehalten, wobei allerdings ein Referent mehrere Referate leitet. (Die genaue Verteilung regelt § 22 der RegVO 14/1950.)

Die *Referenten*, die in ihrer Gesamtheit mit dem Vorsitzenden und den Stellvertretern den Rat bilden, sind berechtigt und verpflichtet, im Rahmen ihres sachlichen und räumlichen Wirkungskreises im Namen des Rates Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu ergreifen, soweit der Rat nicht anders bestimmt; sie sind in ihrer Amtsführung dem Rat und dem Plenum verantwortlich (§ 19 Kreisordnung). In den Ortsnationalausschüssen jedoch wird die Entscheidung grundsätzlich kollegial vom Rat getroffen, nur ausnahmsweise steht dem Referenten ein Entscheidungsrecht zu (RegVO 14/1950, §§ 13 und 23).

Die *Kommissionen* haben in der Regel nur beratende Funktion, der Rat des Nationalausschusses kann sie aber beauftragen, in seinem Namen Entscheidungen zu treffen (§ 24 Kreisordnung).

Neuestens wird versucht, das Schwergewicht der Tätigkeit der Nationalausschüsse, vor allem der Ortsnationalausschüsse, in ihr Plenum zu verlegen und alle Mitglieder, also nicht nur die Referenten, zu einer intensiven Mitarbeit heranzuziehen. Dies wird vor allem durch Verwendung der einzelnen Mitglieder des Plenums als Verbindungsleute zu den „Massenorganisationen“ (Gewerkschaft, Jugendverband, Landwirteverband, Sokol usw.) angestrebt, wodurch der Kontakt zwischen Nationalausschuß und Bevölkerung enger gestaltet werden soll. Diesem Zweck dienen auch die „öffentlichen Gespräche“ und die Bestellung von „Vertrauensleuten der Volksverwaltung“ (RegVO 14/1950, § 5)¹⁹.

Eine *Sonderregelung für die Hauptstadt Prag* erging mit Gesetz vom 24. März 1949 (Slg. Nr. 76, Durchführungsverordnungen Nr. 79, 80 und 81); Prag ist in die Kreiseinteilung des Staatsgebietes nicht einbezogen, seine Organe unterstehen unmittelbar den Zentralbehörden. In die im übrigen Staatsgebiet von den Kreis-, Bezirks- und Organisationsausschüssen wahrgenommenen Aufgaben teilen sich in Prag der Zentralnationalausschuß und sechzehn Sprengelnationalausschüsse.

Eine ähnliche *Sonderregelung* wurde für die 19 Städte getroffen, die Sitz eines Kreisnationalausschusses sind (Gesetz vom 11. Mai 1949, Slg. Nr. 142). Um zu vermeiden, daß in der gleichen Stadt drei Verwaltungsbehörden (Orts-, Bezirks- und Kreisnationalausschuß) errichtet werden müssen, hat man hier Orts- und Bezirksnationalausschuß zu Einheitsnationalausschüssen (mit 48 Mitgliedern) zusammengelegt. Die bisherige Einrichtung der Städte mit eigenem Statut bzw. mit geordnetem Magistrat wurde durch diese Regelung ersetzt. Dieses Gesetz gilt auch für die frühere schlesische Landeshauptstadt Troppau, obwohl sie nicht Sitz eines Kreisnationalausschusses ist, und mit einer geringfügigen Aenderung für die Großgemeinde „Hohe Tatra“ (Einheitsnationalausschuß mit 24 Mitgliedern).

Schließlich bedarf noch der Erwähnung, daß die Kreisnationalausschüsse in den einstigen Landeshauptstädten Mähren-Schlesiens und der Slowakei die gleiche Bezeichnung führen wie der Nationalausschuß von Prag, nämlich Zentralnationalausschuß. Diese Bezeichnung ändert jedoch nichts an ihrer Organisation, die, abgesehen von der höheren Mitgliederzahl, nämlich 60, vollkommen der aller übrigen Einheitsnationalausschüsse entspricht.

Das über Rat, Plenum, Referenten usw. der Kreis-, Bezirks- und Ortsnationalausschüsse Gesagte gilt sinngemäß auch für die Zentral-, Einheits- und Sprengelnationalausschüsse.

Kompetenzbereich der Nationalausschüsse

Schon das Verfassungsdekret vom 4. Dezember 1944 bezeichnet die Nationalausschüsse als „Organe der öffentlichen Verwaltung in allen ihren Zweigen“, und das Kaschauer Regierungsprogramm sieht vor, daß die Nationalausschüsse alle öffentlichen Angelegenheiten in ihrem räumlichen Wirkungskreis besorgen sollen. Man war sich aber von Anfang an der sich daraus ergebenden Schwierigkeit bewußt, weshalb im amtlichen Weisungsblatt der Londoner Exilregierung gleichzeitig mit dem Verfassungsdekret ein an den Ministerpräsidenten gerichteter Brief des Staatspräsidenten veröffentlicht wurde, in dem unter Hinweis auf die abweichende Ansicht einiger Regierungsmitglieder sowie des Staatsrates²⁰ die Meinung vertreten wird, daß den Nationalausschüssen keine über das Ausmaß der allgemeinen inneren Verwaltung hinausgehende Vollmachten zugesprochen seien und daß die Behörden der Sonderverwaltungen weiterhin bestehen bleiben²¹. Daher hat die vom Staatspräsidenten gezeichnete und mit Gesetzeskraft ausgestattete Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945, die zur Durchführung dieses Dekrets erging, ausdrücklich bestimmt:

„Die Nationalausschüsse besorgen in ihrem Wirkungskreis alle öffentlichen Angelegenheiten, soweit sie nicht durch ein anderes öffentliches Organ wahrgenommen werden.“

Erst die neue Verfassung griff wieder auf den Grundsatz der Einheit der Verwaltung zurück und bestimmt in § 124: „Die Nationalausschüsse üben... die öffentliche Verwaltung in allen ihren Bereichen aus.“ Die wichtigste Folgerung aus dieser Verfassungsbestimmung war die Liquidierung der Finanz- und der Arbeitsverwaltung und ihre Eingliederung in die Bezirks- und Kreisnationalausschüsse.

Die gleichzeitig mit der Beseitigung der Sonderverwaltungsbehörden sowie der Interessenselbstverwaltungskörperschaften (Handels- und Gewerbekammern) ins Leben gerufenen Kreisnationalausschüsse wurden entsprechend ihrem weitgezogenen Aufgabenkreis in elf Referate gegliedert und die gleiche Gliederung auch für die Bezirksnationalausschüsse (RegVO 139/1949, § 10) und grundsätzlich auch für die Ortsnationalausschüsse (RegVO 14/1950, § 14) zugrunde gelegt. Die einzelnen Referate der Kreisnationalausschüsse wurden in kurzen Abständen jeweils durch eigene Regierungsverordnungen ins Leben gerufen, deren Kompetenzregelungen entsprechend der wiederholten Umgestaltung der Ministerien inzwischen des öfteren Aenderungen erfuhren.

Das vom Vorsitzenden des Kreis- bzw. Bezirks- oder Ortsnationalausschusses geleitete Referat I für allgemeine und innere Angelegenheiten, errichtet mit Regierungsverordnung (Slg. Nr. 35/1949, Neufassung Nr. 233/1949), wurde durch Regierungsverordnung vom 11. Dezember 1951 (Slg. Nr. 121) zum Vollzugs-

apparat des Vorsitzenden umgestaltet und in „Referat für Organisationstätigkeit der Volksverwaltung“ umbenannt; es hat vor allem die Verbindung zur Partei und zu den Massenorganisationen herzustellen, die Personal-, Presse-, Sicherheits- und Kirchenangelegenheiten zu bearbeiten und die Tätigkeit der übrigen zehn Referate zu koordinieren. Diese sind:

- II. Planungsreferat
- III. Referat für innere Angelegenheiten (früher Sicherheitsreferat)
- IV. Referat für Schulwesen, Volksbildung und körperliche Erziehung
- V. Referat für Arbeitskräfte (ursprünglich für Arbeit und soziale Fragen)
- VI. Gesundheitsreferat
- VII. Finanzreferat
- VIII. Wirtschaftsreferat
- IX. Landwirtschaftsreferat
- X. Referat für Innenhandel (früher für Innenhandel und Ernährung)
- XI. Referat für Technik.

Die Bedeutung des Planungsreferats wird dadurch unterstrichen, daß sein Leiter jeweils der stellvertretende Vorsitzende des Kreisnationalausschusses ist.

Die Gliederung der Referate in Abteilungen ist naturgemäß in der Kreisebene stärker spezialisiert als in der Bezirksebene, wie das Beispiel des Landwirtschaftsreferats zeigt (Kundmachung des Landwirtschafts- und des Forstministeriums Nr. 353, Amtsbl. Teil I, Dezember 1951). Bei den Kreisnationalausschüssen erfolgt die Unterteilung in neun Abteilungen, und zwar für Mechanisierung der Landwirtschaft, für die Einheitsgenossenschaften, für Pflanzenproduktion, für tierische Produktion (Viehzucht), für Planung, für die Heranbildung landwirtschaftlicher Kader, für Forstwesen, für landwirtschaftliche Forschung und schließlich für die Staatsgüter. In den Bezirken bestehen lediglich vier Arbeitsgruppen, nämlich für Genossenschaftswesen, Ackerbau, Viehzucht und Planung, wozu noch in einigen Bezirken eine Arbeitsgruppe für Forste hinzukommt.

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder

Nach Grundartikel IV der neuen Verfassung wird die Staatsgewalt durch Vertretungskörperschaften ausgeübt, die vom Volk gewählt werden, und zwar auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes. Das Londoner Verfassungsdekret, das bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung die rechtliche Grundlage der Nationalausschüsse gebildet hatte, bestimmt in Artikel 1, daß die Nationalausschüsse auf Grund von Wahlen einzurichten sind. Trotzdem haben bisher Wahlen im Sinne der verfassungsrechtlichen Bestimmungen nie stattgefunden. In der sogenannten „demokratischen“ Ära, also in der Zeit zwischen 1945 und 1948, hatten bis zur Erlassung einer Wahlordnung laut Regierungsverordnung vom 7. August 1945 (Slg. Nr. 44)

die vorgesetzten Organe für Bestellung, Abberufung und Ergänzung der Nationalausschüsse zu sorgen, also die Bezirksnationalausschüsse für die Erneuerung der Ortsnationalausschüsse, die Landesnationalausschüsse für die Erneuerung der Bezirksnationalausschüsse und die Regierung für die Erneuerung der Landesnationalausschüsse. Wahlen erfolgten in dieser Periode zwar in die Bezirks- und Landesnationalausschüsse, aber weder direkt noch geheim noch allgemein oder gleich, sondern durch Wahlmänner. Die Wahlmänner wurden aber durch die Ortsnationalausschüsse gewählt, die ja selbst nicht aus Wahlen hervorgegangen waren, sondern von ihren vorgesetzten Organen, den Bezirksnationalausschüssen, ernannt worden waren, soweit sie nicht revolutionären Ursprungs waren, d. h. auf Selbsteinsetzung beruhten.

Auch nach dem Umsturz im Februar 1948 und der hierauf erfolgten „Säuberung“ der Orts-, Bezirks- und Landesnationalausschüsse und der Neuerrichtung der Kreisnationalausschüsse ist keine Wahlordnung erlassen worden. § 12 der Kreisordnung bestimmt, daß die Mitglieder des Nationalausschusses gewählt werden; Einzelheiten über die Ausübung des Wahlrechtes und über die Durchführung der Wahlen wurden einem eigenen Gesetz vorbehalten. Gleichzeitig wurde jedoch bestimmt, daß der Innenminister „für die Zeit, als keine Bestimmungen über die Wahlen“ erlassen werden, die Art festlegen kann, wie die Kollegialorgane der Nationalausschüsse konstituiert werden. Die Regierungsverordnung über die Bezirksnationalausschüsse bestimmt, daß in dieser Uebergangszeit, solange kein aus Wahlen hervorgegangener Nationalausschuß seine Tätigkeit aufnimmt, der Innenminister oder der von ihm ermächtigte Kreisnationalausschuß auf Vorschlag des Bezirksaktionsausschusses der Nationalen Front²² die Mitglieder und Ersatzleute der Bezirksnationalausschüsse ernennt (Slg. Nr. 239, § 15). Analog bestimmt § 27 der Regierungsverordnung über die Ortsnationalausschüsse, daß dessen Mitglieder auf Vorschlag des Orts- oder Bezirksaktionsausschusses der Nationalen Front vom Bezirksnationalausschuß ernannt werden. Neu ist hier der Zusatz: „Eine Aenderung der Zusammensetzung soll in der Regel mit der Bevölkerung in öffentlicher Sitzung besprochen werden.“

Staatspräsident *Gottwald* hat in einer Rede vor dem Zentralaktionsausschuß der KPČ ausdrücklich Wahlen in die Nationalausschüsse in Aussicht gestellt und von einer neuen Wahlordnung gesprochen. Inzwischen ist man allerdings dazu übergegangen, die Abberufung und Neubestellung von Mitgliedern der Nationalausschüsse durch die „Nationale Front“ nicht mehr mit der noch immer fehlenden Wahlordnung zu begründen, sondern versucht, das Unterbleiben von Wahlen mit grundsätzlichen Motiven zu rechtfertigen. In seiner Rede am Tage der Nationalausschüsse erklärte Innenminister *Nosek*:

„Unsere Reorganisation der Nationalausschüsse brachte — verglichen mit den bürgerlichen Wahlen — etwas ganz Neues. Es handelt sich dabei nicht um die bloße Formalität der Abgabe des Stimmzettels, vielmehr wurden alle Schichten der Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit an der Auswahl der besten Bürger für die Ortsnationalausschüsse interessiert. Die Kandidaten mußten durch das Feuer der Kritik und der Selbstkritik schreiten. Erstmals mußten die Kandidaten, die bereits Mitglieder der Ortsnationalausschüsse waren, öffentlich über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen. Die Kandidaten mußten ihr Programm vortragen und es in öffentlicher Versammlung begutachten lassen. Das ist geradezu das Neue, das unsere Reorganisationskampagne zu einem historischen Fortschritt gegenüber den bürgerlichen Wahlen werden ließ.“

Ebenso ungelöst wie die Frage der Wahlen blieb die Frage der Abberufung der Mitglieder der Nationalausschüsse. Daß die Mitglieder ihr Mandat keineswegs frei ausüben sollten, war schon in § 1 der Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945 (Slg. Nr. 4) festgelegt, der ausdrücklich bestimmt, daß die Mitglieder der Nationalausschüsse vom Volk abberufen und durch andere ersetzt werden können. Rückwirkend bestimmte dann die Regierungsverordnung vom 7. August 1945 (Slg. Nr. 44), daß diese Abberufung und Ergänzung bis zur Erlassung einer Wahlordnung von den vorgesetzten Organen vorgenommen wird. (Vgl. die Richtlinien des Innenministers über das Erlöschen der Mitgliedschaft im Nationalausschuß und die Abberufung der Mitglieder der Nationalausschüsse vom 24. September 1947, Amtsblatt Nr. 989.)

Die neue Verfassung hält an dem System des imperativen Mandats fest und bestimmt in Grundartikel IV, daß die Vertretungskörperschaften vom Volk kontrolliert werden und dem Volk verantwortlich sind. „Wer nicht mehr mittun kann oder will, scheidet aus, und es kommen diejenigen, die weiter können und wollen“, führte Präsident Gottwald dazu aus. § 12 der Kreisordnung erklärt ausdrücklich, daß die Mitglieder der Nationalausschüsse von ihrer Funktion abberufen werden können. Hinsichtlich der Einzelheiten über die Art der Abberufung wird auf ein eigenes Gesetz verwiesen. Ebenso verweist § 13 auf ein eigenes Gesetz, das die Art regeln soll, wie das Volk die Kontrolle über die Tätigkeit der kollegialen Vollzugsorgane in Gemeinde, Bezirk und Kreis ausübt und die Verantwortung geltend macht. § 27 der Regierungsverordnung über die Ortsnationalausschüsse bestimmt für die Zeit bis zur Erlassung einer solchen Regelung, daß die Mitglieder der Ortsnationalausschüsse auf Vorschlag des Orts- oder Bezirksaktionsausschusses der Nationalen Front vom Bezirksnationalausschuß abberufen werden.

Damit ist praktisch erreicht, daß jedes Mitglied einer Vertretungskörperschaft von der Kommunistischen Partei — denn ihr Einfluß in der „Nationalen Front“ ist so ausschlaggebend, daß diese beiden Begriffe praktisch gleichgesetzt werden können —

jederzeit abberufen und durch geeigneter oder willfähriger erscheinende Personen ersetzt werden kann.

Partei und Verwaltung

Der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die Nationalausschüsse erschöpft sich nicht in der Bestellung und Abberufung von Funktionären. Ihre führende Rolle besteht — wie die „*Rudé právo*“ vom 22. Juli 1953 ausführt — vor allem darin, daß sie die Generallinie für die Tätigkeit der „Volksverwaltung“ festlegt, deren Durchführung sodann Aufgabe der kommunistischen Funktionäre der Nationalausschüsse aller Stufen ist: „Die Partei leitet die Verwaltung, aber sie leitet sie nicht allein, unmittelbar, sondern auf dem Wege über die Kommunisten in diesen Organen. Ihnen stellt sie Aufgaben, sie verfolgt ihre Arbeitsmethode, kritisiert sie, wenn nötig, hilft ihnen, vor allem aber kontrolliert sie ihre Arbeit.“

In der „*Rudé právo*“ vom 5. Juli 1952 hat die Abgeordnete Zimáková sich eingehend mit der Rolle der Partei in der Verwaltung befaßt und die Forderung erhoben, daß in die Nationalausschüsse nur solche Parteimitglieder zu entsenden seien, die die Gewähr bieten, daß sie die Weisungen der Partei genau erfüllen werden; keineswegs dürfen sie ihre Funktion so auffassen, daß sie mit der Partei lediglich „zusammenarbeiten“. Jede „selbständige Linie“ in wichtigen Fragen müsse schärfstens bekämpft werden.

Da aber vor allem in zahlreichen Ortsnationalausschüssen fachlich geeignete Kommunisten fehlen, andererseits es für die Durchführung der vielfach unpopulären Maßnahmen der Nationalausschüsse gar nicht erwünscht ist, wenn immer nur Mitglieder der KPČ als die vollstreckenden Organe der Staatsgewalt in Erscheinung treten, hat man bei der letzten „Kader-Erneuerung“ auch weitgehend parteilose herangezogen und zu Mitgliedern der Nationalausschüsse berufen. Nur 60 vH der rund 300 000 Funktionäre der „Volksverwaltung“ sind Mitglieder der KPČ, während die übrigen den anderen Parteien oder den „Massenorganisationen“ angehören oder parteilos sind.

Das sowjetische Vorbild

Das „Kaschauer Programm“ vom 5. April 1945 spricht von den Nationalausschüssen „zum Unterschied vom früheren bürokratischen, volksfremden Verwaltungsapparat“. Inzwischen hat man bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die früheren Verwaltungsbehörden, vor allem gegen die Bezirkshauptmänner, heftige Angriffe gerichtet und u. a. damit begründet, daß sie aus dem alten Oesterreich übernommen wurden.

Nicht minder häufig sind die Hinweise auf das erstrebenswerte russische Vorbild. Und in der Tat sind die Parallelen überraschend²³: Der Beseitigung

der alten russischen Gebietsgliederung in Gouvernements, Kreise und Landbezirke entspricht die Beseitigung der historischen Länder, der Neueinteilung Rußlands in Gaue, Gebiete, Kreise und Sprengel (kraj, ohlastj, okrug, rajon) die heutige Einteilung der Tschechoslowakei in Bezirke und Kreise. Der Grundsatz der Gewaltentrennung wird hier wie dort verworfen²⁴, wie die tschechoslowakischen Nationalausschüsse sind die „Sowjets der Deputierten der Werktätigen“ (Verfassung der UdSSR, Art. 94—98) Organe der Staatsgewalt, der Unterschied zwischen Staats- und Selbstverwaltung ist weggefallen. Und ebensowenig wie die Sowjets sind die Nationalausschüsse ständige Organe, sondern beschränken sich auf die Festlegung der allgemeinen Richtlinien, während die laufenden Verwaltungsgeschäfte in Rußland von den Exekutivkomitees, in der Tschechoslowakei von den Räten der Nationalausschüsse besorgt

werden. Sowjets wie Nationalausschüsse werden als „Instrumente der Diktatur des Proletariats“ bezeichnet.

Sowjetstaat und volksdemokratische Republiken sind nach offizieller kommunistischer Auffassung²⁵ zwei Formen der Diktatur des Proletariats, und zwar ist der Sowjetstaat die höhere, klassische Form; die Volksdemokratien sind „Staaten im Uebergangsstadium, die in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aufgebaut werden“.²⁶

Kurz vor seinem Tod hat Gottwald²⁷ das „Gesetz der ständigen Annäherung an das Vorbild der Sowjetunion“ als eines der wichtigsten Gesetze für die Entwicklung der Volksdemokratien formuliert; im Sinn dieses Gesetzes wird man die Nationalausschüsse (und ähnlich die Volksräte in den übrigen Volksdemokratien) als Vollzugsorgane im Uebergangsstadium aufzufassen haben, deren — zunächst noch unerreichtes — Vorbild die Sowjets sind.

Anmerkungen

¹) Vgl. Farber: Referat über die Erörterung des Lehrbuches „Historischer Materialismus“ in *Sowjetskoje gosudarstwo i pravo*; deutsche Übersetzung in *Ost-Probleme*, Bad Nauheim, 1951, S. 1419 f.

²) Im einzelnen siehe dazu S. 5967 unten.

³) Vgl. Jones: „Polish Local Government Reorganized on Soviet Model“ in *The American Slavic and East European Review*, Philadelphia, Februar 1951; Ferberow: „Die Volksräte“ in *Neue Zeit*, Moskau, 1951, Nr. 4.

⁴) Ueber die Verwaltungsorganisation während der „ersten Republik“ vgl. Adamovich: „Grundriß des tschechoslowakischen Staatsrechts“, Wien, 1929, S. 158—175; Schranil, Janka: „Das öffentliche Recht der Tschechoslowakei“, 3. Teil, Allgemeines Verwaltungsrecht, Prag, 1938; Schranil: „Die Neuorganisation der politischen Verwaltung in der Tschechoslowakei“ in *Zeitschrift für Ostrecht*, 1928, S. 1289 ff.

⁵) Vgl. Spurny: „Nationalausschüsse — Organe der Staatsgewalt in der Volksdemokratie“ in *Tvorba*, Prag, 7. Juni 1951; Poldák: „Der Kampf um die Nationalausschüsse“ in *Tvorba*, Prag, 3. Mai 1950.

⁶) Neudruck in *Nejedlý*: „Moskevské stati“ (Moskauer Aufsätze), Prag, 1946, S. 13 ff.

⁷) „Dekrete des Präsidenten der Republik“ waren provisorische Gesetze, die von der tschechoslowakischen Exilregierung erlassen wurden und der nachträglichen Genehmigung durch das Parlament bedurften. Soweit sie Verfassungsfragen, also vom Parlament mit qualifizierter Mehrheit zu genehmigende Fragen betrafen, wurden sie als „Verfassungsdekrete“ bezeichnet.

⁸) Vgl. Korkisch: „Die verfassungsrechtliche Entwicklung in der Tschechoslowakei bis zur Verfassung vom 9. Mai 1948“, Kapitel 3: „Die Nationalausschüsse“ in *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 1951, Nr. 3.

⁹) Deutscher Text in „Die Verfassungen der Erde“, Tübingen, 1950.

¹⁰) Einen geschichtlichen Ueberblick über die Kreisorganisation Böhmens bis zurück in die Hussitenzeit enthält das Referat des Berichterstatters des Verfassungsrechtlichen Ausschusses des Prager Parlaments, Dr. Bartuska; vgl. „Stenografischer Bericht über die Sitzungen der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik“, I. Wahlperiode, 20. Sitzung, Dienstag, den 21. Dezember 1948, S. 10 ff.

¹¹) Vgl. Slapnicka: „Die Verwaltungsreform in der Tschechoslowakei“ in *Juristische Blätter*, Wien, 1949, S. 352 ff.; Slapnicka: „Finis Bohemiae. Ein Abschnitt böhmischer Verwaltungsgeschichte“ in *Blick nach Osten*, Wien, 1949, S. 95 ff.

¹²) Vgl. Slapnicka: „Die Neuordnung der Gemeindeverwaltung in der Tschechoslowakei“ in *Die Selbstverwaltung*, Heidelberg, 1950, S. 259 ff.

¹³) Abgedruckt in der vom Informationsministerium gemeinsam mit dem tschechoslowakischen Juristenverband herausgegebenen und von Justizminister Rais eingeleiteten Sammlung von Reden und Aufsätzen; Gottwald: *Za socialistický stát*,

za socialistické právo (Für einen sozialistischen Staat, für ein sozialistisches Recht), Prag, 1950, S. 167.

¹⁴) Vgl. Slapnicka: „Die Erneuerung der Rechtsordnung in der Tschechoslowakei“ in *Juristische Blätter*, Wien, 1951, S. 435 ff.

¹⁵) *Ceskoslovenské listy* (Tschechoslowakische Blätter), Moskau, 15. Mai 1944, abgedruckt in dem unter ¹⁸) angeführten Werk, S. 27.

¹⁶) Vgl. Pojer: „Die Planung der Nationalausschüsse“ in *Hospodár*, Prag, 9. Februar 1950.

¹⁷) Vgl. Koudelka: „Tschechoslowakisches Haushaltsrecht“ in *Pravnik*, Prag, Juni 1953, S. 381 ff.

¹⁸) Abgedruckt in dem unter ¹³) angeführten Werk S. 22—34.

¹⁹) Vgl. Slapnicka: „Bemühungen um eine volksnahe Verwaltung in der Tschechoslowakei“ in *Juristische Blätter*, Wien, 1950, S. 373 ff.

²⁰) Der „Tschechoslowakische Staatsrat“ wurde durch Dekret des Präsidenten der Republik vom 12. Oktober 1943 ernannt und stellte eine Art Ersatzparlament im Exil dar.

²¹) Vgl. Peska: „Was soll mit den Nationalausschüssen geschehen?“ in *Svet práce*, Prag, 31. Dezember 1947.

²²) Die „Nationale Front“ (Volksfront), die das für die Volksdemokratien charakteristische gleichberechtigte Nebeneinanderbestehen der kommunistischen Partei mit den weiterbestehenden bürgerlichen Parteien beweisen soll, besteht seit der Verschmelzung der Sozialdemokratischen mit der kommunistischen Partei außer dieser aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei (Vors. Minister *Slechta*), der Tschechoslowakischen Volkspartei (Vors. Minister *Petr*, nach seinem Tod seit Dezember 1951 Minister *Plojhar*), der Slowakischen Freiheitspartei (Vors. Abg. *Pokojny*) und der Partei der Slowakischen Erneuerung (Vors. Stellv. Ministerpräsident *Sefcák*, seit Mai 1952 der stellv. Ministerpräsident und jetzige Minister *Kysely*). Ferner gehören der Nationalen Front die „Gesamtstaatlichen Massenorganisationen“ an, u. a. der Tschechoslowakische Ausschuß der Friedenskämpfer, der Verband für Zusammenarbeit mit der Armee, der Tschechoslowakische Frauenbund, der Zentralrat der Gewerkschaften, der Verband für tschechoslowakisch-sowjetische Freundschaft, der tschechoslowakische Jugendverband u. a.

²³) Vgl. Karpinski: „Wie das Land der Sowjets regiert wird“, Wien, 1945, S. 37; Schulz: „Russische Rechtsgeschichte“, Lehr, 1951, S. 287 ff.

²⁴) Vgl. Wyshinskij: „The Law of the Soviet State“, New York, 1948, S. 318.

²⁵) Vgl. Spurny a. a. O.; Farber a. a. O.

²⁶) Dimitroff am 19. Dezember 1948 auf dem 5. Parteitag der bulgarischen KP, zitiert nach Neumann: „Constitutional Documents of East-Central Europe“ in *The Journal of Politics*, Gainesville, Florida, November 1950.

²⁷) In seiner Rede vom 21. Januar 1953 anlässlich der Eröffnung des Leninmuseums in Prag. Vgl. Knapp: „Das Gesetz der ständigen Annäherung an das sowjetische Vorbild — Ein Wegweiser für die tschechoslowakischen Juristen“ in *Právník*, Prag, März/April 1953, S. 220 ff.

Besuch einer Regierungsdelegation der DDR in Moskau vom 20. bis 22. August 1953

Sowjetisch-deutsches Kommuniqué über die Moskauer Verhandlungen

Vom 20. bis 22. August fanden in Moskau Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik statt.

Sowjetischerseits haben an den Verhandlungen teilgenommen: der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, G. M. Malenkow, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chruschtschow, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Verteidigungsminister der UdSSR, N. A. Bulganin, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, L. M. Kaganowitsch, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Innen- und Außenhandel der UdSSR, A. I. Mikojan, der Vorsitzende des Staatlichen Planungskomitees der UdSSR, M. S. Saburow, der Minister der Finanzen der UdSSR, A. G. Swerew, der Hohe Kommissar der UdSSR in Deutschland, Botschafter W. S. Semjonow.

Seitens der Deutschen Demokratischen Republik haben an den Verhandlungen teilgenommen: der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Otto Nuschke, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Aufbau, Dr. Lothar Bolz, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister der Finanzen, Dr. Hans Loch, der Minister für Land- und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Kurt Gregor, der Minister für Hüttenwesen und Erzbau, Fritz Selbmann, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, der Chef der Diplomatischen Mission der DDR in Moskau, Botschafter Rudolf Appelt, der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herbert Warnke, der Präsident des Nationalrats der Nationalen Front des Demokratischen Plankommission, Professor Dr. Correns, der Vorsitzende des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, Erich Honecker, die Vertreterin des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Ilse Thiele, der Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Peter Florin.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurden wichtige Fragen, welche die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik betreffen, sowie aktuelle Fragen, die sich auf das deutsche Problem als Ganzes beziehen, besprochen.

Die Verhandlungen verliefen in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre des gegenseitigen Einvernehmens.

Es wurde volle Uebereinstimmung darüber erzielt, daß die anomale Lage, daß Deutschland nach Ablauf von acht Jahren seit Beendigung des Krieges in Europa keinen Friedensvertrag hat, in einen westlichen und einen östlichen Teil gespalten ist und gegenüber den anderen Staaten eine nicht gleichberechtigte Stellung einnimmt, beseitigt werden muß. Zur Erreichung dieses Zieles soll in naher Zukunft eine Friedenskonferenz einberufen werden, wobei die Beteiligung der Vertreter Deutschlands in allen Stadien der Vorbereitung des Friedensvertrages sowie auf der Friedenskonferenz gewährleistet werden muß. Für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage soll durch unmittelbare Vereinbarung zwischen Ost- und Westdeutschland eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung gebildet werden, deren Hauptaufgabe darin bestehen wird, freie gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten und durchzuführen, in deren Ergebnis das deutsche Volk selbst, ohne Einmischung ausländischer Staaten, die Frage des Gesellschafts- und Staatsaufbaues des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands lösen wird.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hat mit Genugtuung und Dankbarkeit die Erklärung der Sowjetregierung über die Erleichterung der mit den Folgen des Krieges zusammenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands entgegengenommen.

Im Verlaufe der Verhandlungen erzielten die Seiten Uebereinstimmung bezüglich der Durchführung einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik wie auch bei der Hebung des materiellen Wohlstandes ihrer Bevölkerung Hilfe zu leisten. Hierbei wurde berücksichtigt, daß die Deutsche Demokratische Republik in den vergangenen Jahren ihre Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion gewissenhaft erfüllte und daß dank der Bemühungen der deutschen demokratischen Kräfte die Deutsche Demokratische Republik einen wichtigen Faktor des Kampfes für den Frieden in Europa darstellt.

Der Beschluß der Sowjetregierung sieht vor: Die Beendigung der Entnahme von Reparationen aus der Deutschen Demokratischen Republik ab 1. Januar 1954; die unentgeltliche Ueberführung der in Deutschland befindlichen SAG-Betriebe in das Eigentum der DDR; die Senkung der Zahlungsverpflichtungen der DDR, die mit

dem Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verbunden sind, so daß die Summe jährlich fünf Prozent der Einnahmen des Staatshaushaltes der DDR nicht überschreitet; die Befreiung der DDR von der Zahlung der Schulden, die als Besatzungskosten in ausländischer Währung nach 1945 entstanden sind; die Befreiung Deutschlands von der Zahlung der Nachkriegsstaatsschulden an die Sowjetunion.

Ueber das in diesem Zusammenhang erzielte Uebereinkommen wurde von den Seiten ein Protokoll unterzeichnet, dessen Wortlaut nachstehend veröffentlicht wird.

Im Verlauf der Verhandlungen wurde ferner über einige andere Fragen Uebereinstimmung erzielt, die die Festigung und Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik betreffen.

Unter anderem wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, im Jahre 1953 zusätzlich zu dem geltenden Handelsabkommen aus der Sowjetunion Waren im Werte von etwa 590 Millionen Rubel nach der DDR zu liefern, darunter Lebensmittel, Steinkohle, Walzerzeugnisse, Kupfer, Blei, Aluminium, Baumwolle und andere Waren.

Die Sowjetunion gewährt der Deutschen Demokratischen Republik einen Kredit in Höhe von 485 Millionen Rubel einschließlich 135 Millionen Rubel in freier Währung. Der Kredit wird gewährt zum Jahreszinsfuß von 2 Prozent und ist im Laufe von zwei Jahren ab 1955 zu tilgen.

Auf Grund eines Ersuchens der Regierungsdelegation der DDR wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Es werden nach einem festgelegten Modus Maßnahmen getroffen, um die deutschen Kriegsgefangenen von der weiteren Abbüßung der Strafen zu befreien, zu denen sie für während des Krieges begangene Verbrechen verurteilt wurden. Hiervon ausgenommen sind Personen, die besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit begangen haben.

In dem Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, dem Bollwerk des Kampfes des deutschen Volkes für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland, zu festigen und weiterzuentwickeln, haben die Seiten eine Vereinbarung getroffen, die Diplomatische Mission der UdSSR in Berlin und die Diplomatische Mission der DDR in Moskau in Botschaften umzuwandeln und Botschafter auszutauschen.

Protokoll

über den Erlaß der deutschen Reparationszahlungen und über andere Maßnahmen zur Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR, die mit den Folgen des Krieges verbunden sind

Ausgehend davon, daß Deutschland schon einen bedeutenden Teil seiner finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen, die mit den Folgen des Krieges verbunden sind, gegenüber der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich erfüllt hat, und der Notwendigkeit Rechnung tragend, die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu erleichtern, sowie berücksichtigend, daß die Sowjetregierung in ihrer Note vom 15. August den Regierungen der USA, Großbritannien und Frankreichs den Vorschlag unterbreitete, die mit den Folgen des Krieges verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den vier Mächten bedeutend zu ermäßigen, und daß die Annahme dieser Vorschläge durch die Regierungen der genannten Westmächte die Verwirklichung dieser Maßnahmen in bezug auf ganz Deutschland gewährleisten würde, in gleicher Weise anerkennend, daß, unabhängig von dem Beschluß, den die Regierungen der USA, Großbritannien und Frankreichs in dieser Frage treffen werden, die Verwirklichung dieser Vorschläge in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik dem deutschen Volk eine wirkungsvolle Hilfe sein wird, nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung, sondern auch bei der Schaffung der Bedingungen, die zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat und zur Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland erforderlich sind, haben die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion Verhandlungen geführt und sind übereingekommen, folgende Maßnahmen durchzuführen:

I.

Die Sowjetregierung wird im Einverständnis mit der Regierung der Volksrepublik Polen (in bezug auf den sie betreffenden Anteil an den Reparationen) ab 1. Januar

1954 die Entnahme von Reparationen aus der Deutschen Demokratischen Republik sowohl in Form von Warenlieferungen als auch in jeder anderen Form vollständig beenden.

Somit wird die Deutsche Demokratische Republik von der Zahlung der nach dem 1. Januar 1954 noch verbleibenden Reparationsverpflichtungen befreit, die in Uebereinstimmung mit der Erklärung der Sowjetregierung vom 15. Mai 1950 über die Senkung der Reparationsleistungen Deutschlands an die Sowjetunion 2537 Millionen Dollar, entsprechend den Weltpreisen von 1938, betragen.

II.

Die Sowjetregierung überführt ab 1. Januar 1954 unentgeltlich in das Eigentum der Deutschen Demokratischen Republik die in Deutschland befindlichen 33 Maschinenbaubetriebe, chemische, metallurgische und andere Betriebe, die als Reparationsleistungen in das Eigentum der UdSSR übergegangen waren und einen Gesamtwert von 2700 Millionen DM besitzen.

Zur Durchführung dieser Uebergabe wird eine gemischte deutsch-sowjetische Kommission gebildet.

Zugleich befreit die Sowjetregierung die Deutsche Demokratische Republik von den Schulden in Höhe von 430 Millionen DM, die im Zusammenhang mit der 1952 seitens der Sowjetregierung erfolgten Uebergabe von 66 sowjetischen Industriebetrieben in Deutschland an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entstanden waren.

III.

Die Sowjetregierung senkt die Zahlungsverpflichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, die mit dem Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verbunden sind,

so daß die Summe dieser Ausgaben jährlich nicht 5 Prozent der Einnahmen des Staatshaushaltes der Deutschen Demokratischen Republik überschreitet und auf jeden Fall die Höhe der Besatzungskosten von 1949 nicht übersteigt.

In Uebereinstimmung hiermit werden im Jahre 1954 die Ausgaben der Deutschen Demokratischen Republik für den Unterhalt der sowjetischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, 1600 Millionen DM betragen, an Stelle von 1950 Millionen DM im Jahre 1953 und an Stelle von 2182 Millionen DM im Jahre 1949.

IV.

Die Sowjetregierung erklärt, daß sie die Deutsche

Demokratische Republik von der Zahlung der Schulden vollständig befreit, die als Besatzungskosten in ausländischer Währung nach 1945 entstanden sind.

Im Zusammenhang hiermit erklärt die Sowjetregierung ferner, daß Deutschland von der Zahlung staatlicher Nachkriegsschulden an die Sowjetunion frei ist.

Ausgefertigt in Moskau am 22. August 1953 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in russischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise rechtskräftig sind.

Otto Grotewohl

W. M. Molotow

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 25. August 1953.

Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über Deutschland und Österreich

Einladung der Westmächte vom 2. 9. 1953 an die Sowjetunion zur Abhaltung einer Viererkonferenz

Die französische Regierung hat in gewohnter enger Konsultation mit der amerikanischen und britischen Regierung die Noten der Sowjetregierung vom 4. und 15. August 1953, die eine Antwort auf die am 15. Juli von den drei Westmächten überreichten Vorschläge darstellten, sorgfältig geprüft. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die deutschen Behörden in Berlin wurden ebenfalls konsultiert.

Die französische Regierung hat nicht die Absicht, erneut die Kritiken der Sowjetregierung an der von den drei Mächten verfolgten Politik zu widerlegen und dadurch eine fruchtlose Erörterung, die der Sache des Friedens nur schaden kann, zu verlängern.

Die französische Regierung behält sich daher ihre Stellungnahme zu den verschiedenen Behauptungen in den sowjetischen Noten vom 4. und 15. August in vollem Umfang vor und wird ihre Bemerkungen auf diejenigen dringlichen Fragen beschränken, die sich im Zusammenhang mit der in ihrer Note vom 15. Juli vorgeschlagenen Außenminister-Konferenz ergeben.

Ein wirklicher Fortschritt auf dem Wege zum Frieden und zu einer Verminderung der internationalen Spannung würde erzielt werden, wenn es möglich wäre, eine baldige Lösung für einige der bestehenden, Deutschland betreffenden Fragen zu finden und den österreichischen Staatsvertrag abzuschließen. Es erscheint daher wünschenswert, daß die Außenministerkonferenz sich mit diesen Fragen befaßt. Hingegen würde es die Besprechungen nur verzögern und ihren Erfolg gefährden, wenn, wie von der Sowjetregierung vorgeschlagen, eine Reihe anderer komplizierter Fragen in die Debatte geworfen wird.

Eine Lösung der deutschen und österreichischen Fragen könnte eine fruchtbare Erörterung anderer wichtiger Fragen erleichtern. Die französische Regierung darf ferner darauf hinweisen, daß die Prüfung einiger dieser anderen Fragen bereits internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, übertragen wurde oder internationalen Gremien, wie der politischen Konferenz über Korea, auf der die Volksrepublik China vertreten sein wird; die Beteiligung der Volksrepublik China an der vorgeschlagenen Konferenz der Außenminister der vier Mächte wäre daher nicht gerechtfertigt.

Die Sowjetregierung hat für die Behandlung der deutschen Frage ein Verfahren vorgeschlagen, das kompliziert erscheint; ein Arbeiten auf dieser Grundlage würde sich bestenfalls lange hinausziehen. Die Note der Sowjetregierung vom 15. August sieht praktisch eine Reihe von Mitteln vor, die im Endeffekt die Abhaltung freier Wahlen in der Bundesrepublik, in der Ostzone Deutschlands und in Berlin auf unbestimmte Zeit hinausschieben würde. Eine gesamtdeutsche Regierung, die nicht auf dem in freien Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes beruht, wäre nicht qualifiziert, lebenswichtige Entscheidungen über die Zukunft eines vereinten Deutschland zu treffen. Die Frage freier Wahlen ist daher der Schlüssel zu jeder gesamtdeutschen Regelung. Die französische Regierung ist daher der Auffassung, daß sich die Außenminister-Konferenz mit dem deutschen Problem befassen sollte, dessen Lösung einen wesentlichen Beitrag zu einer Lösung der Weltprobleme darstellt, und sich vor allem auf die Frage freier Wahlen und den Status der künftigen deutschen Regierung konzentrieren müßte.

Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß die französische Regierung, als sie in ihrer Note vom 15. Juli vorschlug, die Frage freier Wahlen zuerst zu behandeln, die Errichtung einer Untersuchungskommission nicht zur Vorbedingung machte. Es scheint daher, daß die Sowjetregierung in diesem Punkt den Inhalt der Note mißverstanden hat.

Die französische Regierung ist nie der Auffassung gewesen, daß die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Oesterreichs, das nach dem Wortlaut der Moskauer Erklärung vom November 1943 als befreites Land anzusehen ist, von einem Fortschritt in der Lösung des deutschen Problems abhängig gemacht werden sollte. Sie ist der Auffassung, daß es sich hier um zwei völlig verschiedene Probleme handelt. Ihrer Auffassung nach dürfte nunmehr dem Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages nichts mehr im Wege stehen. Sie bedauert daher, daß die Sowjetregierung ihren Vorschlag nicht angenommen hat, wonach am 31. August eine Konferenz der Minister-Stellvertreter für Oesterreich stattfinden sollte; die französische Regierung hofft jedoch nach wie vor, daß

sich die Außenminister über den österreichischen Staatsvertrag einigen können, wenn sie selbst zusammentreten.

Die französische Regierung ist überzeugt, daß ein Fortschritt eher durch eine Erörterung dieser Fragen als durch einen weiteren Notenwechsel erzielt werden kann. Sie erneuert daher ihre Einladung an die Sowjetregierung zur

Teilnahme an einer Konferenz der vier Außenminister, die am 15. Oktober in Lugano stattfinden könnte. Soweit ihr bekannt ist, wäre die schweizerische Regierung damit einverstanden.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 168 vom 4. September 1953.

Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 29. 8. 1953 über den österreichischen Staatsvertrag

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR bestätigt den Empfang der Antwortnote der französischen Botschaft vom 17. August 1953 und hält es für notwendig zu erklären, daß in dieser Note keine befriedigende Antwort zur Frage des österreichischen Vertrages gegeben wird.

Aus der Note vom 17. August ergibt sich, daß die Regierung Frankreichs auch dieses Mal nicht erklärt hat, daß sie einverstanden ist, sich der Behandlung des österreichischen Staatsvertragsentwurfes wieder zuzuwenden, der bereits im Jahre 1949 zwischen Frankreich, der UdSSR, England und den USA in den meisten Artikeln vereinbart worden war — ein Umstand, der die Möglichkeit bot, auch in den anderen in diesem Entwurf noch unregelmäßigten Fragen zu einer Vereinbarung zu gelangen. Andererseits hat die Regierung Frankreichs auch nicht die Frage beantwortet, ob sie von ihrem Vorschlag, betreffend den sogenannten „Kurzvertrag“, Abstand nimmt, der die Frage der demokratischen Rechte des österreichischen Volkes ignoriert und die durch das Potsdamer Abkommen von 1945 festgelegten Rechte der UdSSR hinsichtlich der ehemaligen deutschen Vermögenswerte in Oesterreich eklatant verletzt.

Die Weigerung der französischen Regierung, auf eine Behandlung des „Kurzvertrages“ zu verzichten, der im Jahre 1952 von den Regierungen Frankreichs, Englands und der USA ohne Beteiligung der Sowjetunion und unter krasser Verletzung der Interessen der UdSSR abgefaßt wurde, macht indessen die Fortsetzung der Besprechung des österreichischen Vertragsentwurfes unmöglich. Dabei muß die Sowjetregierung in Betracht ziehen, daß die österreichische Regierung bereits am 31. Juli 1952 erklärt hat, es seien „weitere Verhandlungen auf der Grundlage des alten Staatsvertragsentwurfes unmöglich“, und daß der österreichische Außenminister, Herr Gruber, am 24. Mai 1952 die Erklärung abgab, Oesterreich sei bereit, Verhandlungen auf der Basis des Jahres 1952, keineswegs jedoch auf der Basis des Jahres 1949 zu führen. Die der Sowjetregierung übersandte Note der österreichischen Regierung vom 19. August 1953 zeugt gleichfalls davon, daß die

österreichische Regierung von ihren im vorigen Jahr abgegebenen offiziellen Erklärungen gegen den in den meisten Artikeln vereinbarten Entwurf des Staatsvertrages mit Oesterreich nicht abgegangen ist.

Die Regierung Frankreichs macht in ihrer Note vom 17. August ihr Einverständnis, den Entwurf des „Kurzvertrages“ fallen zu lassen, von mehreren Vorbedingungen abhängig; das kann jedoch nur zu neuen Komplikationen und Verzögerungen in der Besprechung des österreichischen Vertrages führen, womit sich die Sowjetregierung nicht einverstanden erklären kann.

Im Hinblick auf die in der Note der französischen Regierung vorgeschlagenen Einberufung einer Sitzung der Außenministerstellvertreter der vier Mächte für den 31. August hält es die Sowjetregierung für notwendig, auf ihre in der Note vom 25. Mai 1953 dargelegte Stellungnahme zu dieser Frage hinzuweisen.

Die Stellvertreterberatung ist bekanntlich in keiner Weise ein ständiges vierseitiges Organ, und schon die Einberufung einer solchen Beratung gehört zur Kompetenz des Außenministerrates, der im vorliegenden Falle diese Frage nicht erörtert hat.

Was den Zusammenhang der österreichischen Frage mit dem Deutschlandproblem betrifft, so hält es die Sowjetregierung für notwendig, ihre in der Note vom 4. August abgegebene Erklärung zu bekräftigen, daß „eventuelle Erfolge in der Lösung des Deutschlandproblems auch der Lösung der österreichischen Frage förderlich sein könnten“.

Zugleich ist bekannt, daß die Regierung Frankreichs in der Note vom 15. Juli 1953 ebenfalls davon ausging, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Deutschlandproblem und dem österreichischen Vertrag besteht, da ja in dieser Note der Vorschlag gemacht wurde, eine Konferenz der Außenminister der vier Mächte zur Erörterung zweier Fragen einzuberufen: des deutschen Problems und des österreichischen Vertrages.

Gleichartige Noten der Sowjetregierung wurden auch den Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika übersandt.

Note der Sowjetunion an die österreichische Regierung vom 29. 8. 1953

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hält es für notwendig, zur Antwortnote der österreichischen Bundesregierung vom 19. August zu erklären, daß die Sowjetregierung in der genannten Note keine befriedigende Antwort auf die Frage gefunden hat, die in der Note der Regierung der UdSSR vom 29. Juli gestellt wurde.

In Anbetracht dessen bekräftigt die Sowjetregierung aufs neue ihr Ersuchen, daß die österreichische Regierung eine klare Antwort gibt auf die Frage, „ob sie weiterhin den Entwurf des ‚Kurzvertrages‘ und ihre im Memorandum vom 31. Juli 1952 enthaltene Erklärung aufrecht-

erhält, wonach weitere Verhandlungen (über den österreichischen Vertrag) auf der Basis des früher im wesentlichen vereinbarten Staatsvertragsentwurfes unmöglich sind“.

Das Ministerium übersendet beiliegend zur Kenntnisnahme der österreichischen Regierung die Note der Sowjetregierung an die Regierungen Frankreichs, Englands und der USA zur Frage des Entwurfs des österreichischen Vertrages.

Quelle: *Oesterreichische Zeitung* (Sowjetischer Informationsdienst in Oesterreich) vom 1. September 1953.

Kurzberichte und Zeittafel

Die Wahlen zum Zweiten Deutschen Bundestag

Um die Mandate im Zweiten Deutschen Bundestag, von denen nach dem Wahlgesetz vom 8. Juli 1953 die Hälfte in direkter Wahl und der Rest über Landeslisten bestimmt wurden, bewarben sich am 6. September 1953 zwölf Parteien. Davon waren sieben in allen Ländern der Bundesrepublik zugelassen: die Christlich-Demokratische Union/Christlich-Soziale Union (CDU/CSU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Freie Demokratische Partei (FDP), die Deutsche Partei (DP), die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), der Gesamtdeutsche Block, Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). In einzelnen Bundesländern nahmen außerdem an der Wahl teil: die Deutsche Reichspartei (DRP), die Nationale Sammlung (DNS), die Bayernpartei (BP), das Zentrum und der Südschleswigsche Wählerverband (SSW). Von diesen Parteien bewarben sich erstmalig um Bundestagssitze der als Interessenvertretung der Heimatvertriebenen und Geschädigten des Krieges auftretende BHE, die neutralistische GVP (in gemeinsamer Liste mit dem „Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit“) sowie die rechtsradikalen Gruppen DRP und Nationale Sammlung. Abgesehen von örtlichen Wahlabsprachen in einzelnen Wahlkreisen, vornehmlich in Niedersachsen, wurde nur ein offizielles Wahlabkommen zwischen der CDU und dem Zentrum geschlossen.

Die großen Parteien hatten ihre Wahlprogramme in großen Zügen schon auf ihren letzten Parteitag festgelegt: die SPD vom 24. bis 28. September 1952 in Dortmund (Kurzbericht in EA 20/1952, S. 5227), die DP am 18. und 19. Oktober 1952 in Goslar (Kurzbericht in EA 22—23/1952, S. 5292), die CDU vom 19. bis 22. April 1953 in Hamburg (Kurzbericht in EA 10—11/1953, S. 5750), und die FDP am 27. und 28. Juni 1953 in Lübeck (Kurzbericht in EA 14—15/1953, S. 5882). Der Wahlkampf wurde von den Parteien sehr intensiv geführt und rief einige scharfe Kontroversen hervor, darunter die Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und dem Deutschen Gewerkschaftsbund über den Wahlauftrag des DGB vom 30. Juli (vgl. Zeittafeln in EA 16 und 17/1953). Gegenüber den vorher festgelegten Programmen der Parteien traten im Wahlkampf jedoch keine wesentlich neuen Gesichtspunkte auf.

Das Hauptgewicht des Wahlkampfes lag auf dem Gebiet der Außenpolitik, wobei die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Integrationspolitik der Bundesregierung im Vordergrund standen. Gegenüber den Koalitionsparteien, die für die unveränderte Fortsetzung der bisherigen Politik der Bundesregierung eintraten, argumentierte die SPD, daß der Anschluß an die Westmächte und die EVG die Wiedervereinigung unmöglich machen würde. Sie trat für verstärkte Bemühungen um eine Verständigung mit der Sowjetunion ein.

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahlen wurde am 7. September folgendermaßen bekanntgegeben:

Parteien	1953			1949		
	Stimmen ¹	vH	Sitze ²	Stimmen	vH	Sitze
CDU/CSU	12 440 799	45,2	244 (172)	7 359 084	31,0	139
SPD	7 939 774	28,8	150 (45)	6 934 975	29,2	131
FDP	2 628 146	9,5	48 (14)	2 829 920	11,9	52
BHE	1 614 474	5,9	27 (—)	—	—	—
DP	897 952	3,3	15 (10)	939 934	4,0	17
KPD	607 413	2,2	—	1 361 706	5,7	15
BP	465 552	1,7	—	986 478	4,2	17
GVP	318 323	1,2	—	—	—	—
DRP	295 615	1,1	—	—	—	—
Zentrum	217 342	0,8	3 (1)	727 505	3,1	10
DNS	71 032	0,3	—	—	—	—
SSW	44 633	0,2	—	75 388	0,3	1

¹) Angegeben ist die Zahl der „Zweitstimmen“, die für die Landeslisten abgegeben wurden.

²) Durch das Wahlgesetz vom 8. Juli wurde die Zahl der Sitze von 402 auf 484 erhöht; dazu kommen noch 3 „Ueberhangmandate“, die sich aus der getrennten Auswertung der Erst- und Zweitstimmen ergeben. In Klammern ist die Zahl der in direkter Wahl erzielten Sitze angegeben.

Damit werden auf Grund der im Wahlgesetz vorgesehenen Sperrklausel (5 vH der Stimmen) im Zweiten Deutschen Bundestag nur noch sechs Parteien vertreten sein. Von ihnen konnten nur vier Parteien mehr als 5 vH der Stimmen erreichen, während die beiden anderen (DP und Zentrum) nur auf dem Wege über Direktmandate, zu denen ihnen Wahlabsprachen mit der CDU verhalfen, in den Bundestag einziehen. Alle übrigen Parteien erreichten weder 5 vH der Stimmen noch Direktmandate und sind daher aus dem künftigen Bundestag ausgeschlossen. Hierunter fallen sämtliche links- und rechtsradikalen Parteien (KPD, DRP und Nationale Sammlung). Die CDU/CSU, die gegenüber den Wahlen des Jahres 1949 einen Stimmenzuwachs von über 5 Millionen zu verzeichnen hat, verfügt über die absolute Mehrheit. Die SPD konnte ihren prozentualen Stimmenanteil gegenüber 1949 annähernd halten; ihr Ziel, einen größeren Einfluß im neuen Bundestag zu gewinnen, hat sie nicht erreicht.

Der überraschend klare Wahlsieg der CDU/CSU wurde im In- und Ausland als persönlicher Erfolg Bundeskanzler Konrad Adenauers gewertet. Die hohe Wahlbeteiligung (86,2 vH gegenüber 78,5 vH 1949) und die deutliche Niederlage der extremen Parteien werden als Beweis der Stärke und Lebensfähigkeit der Demokratie in Deutschland angesehen. Dr. Adenauer erklärte am 7. September, er sehe im Wahlergebnis ein klares Vertrauensvotum für die von der bisherigen Regierungskoalition geführte Politik, das in der Zusammensetzung und Haltung der künftigen Bundesregierung seinen Ausdruck finden werde.

Sechster Kongreß der Liberalen Weltunion

In Mondorf-les-Bains (Luxemburg) fand vom 19. bis 22. August 1953 der 6. Jahreskongreß der Liberalen Weltunion unter dem Vorsitz des belgischen Senators Roger Motz und dem stellvertretenden Vorsitz des Chefredakteurs der Neuen Zürcher Zeitung, Willi Bretscher, statt. Fünfzehn verschiedene Länder waren mit 125 Delegierten vertreten.

„Die Einigung Europas“ und „Die Zukunft Afrikas“ standen als Themen im Vordergrund der Arbeit in den Ausschüssen und den Debatten in den Plenarsitzungen, wobei als Leitfaden die Ueberzeugung diente, daß die Einigung Europas und die konsequente industrielle und politische Entwicklung des afrikanischen Kontinents aus wirtschaftlichen Gründen und um der Erhaltung des Weltfriedens willen unerläßlich sei. Besondere Aufmerksamkeit schenkte der Kongreß der deutschen Frage und der sowjetischen Deutschlandnote vom 17. August.

In seiner Schlußsitzung am 22. August 1953 nahm der Kongreß die Tätigkeitsberichte der ständigen Kommissionen entgegen und verabschiedete unter anderen folgende Entschlüsse:

Europäische Einigung

„Der 6. Kongreß der Liberalen Weltunion begrüßt die von der Kohlen- und Stahlgemeinschaft unternommenen Schritte zugunsten der Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Westeuropa und betont die Notwendigkeit, in der Verfolgung dieses Zieles alles vorzukehren, um den freien Austausch von Waren, Kapitalen und Menschen zwischen den Nationen der freien Welt sicherzustellen.

Da die wirtschaftliche Einheit nicht durch politischen und wirtschaftlichen Nationalismus beeinträchtigt werden darf, der auf einer übersteigerten Auslegung der nationalen Souveränität beruht, verdienen die Maßnahmen der Integration, wie sie für die europäische politische Gemeinschaft vorgeschlagen werden, die volle Unterstützung, vorausgesetzt, daß sie auf die politischen und kulturellen Verschiedenheiten innerhalb Europas gebührend Rücksicht nehmen.

Der Kongreß glaubt, daß die politische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit von Westeuropa ohne ein wirksames System der gemeinsamen Verteidigung, das notwendigerweise die deutsche Beteiligung in sich schließt, nicht aufrechterhalten werden kann. Er bedauert deshalb die gegenwärtige Verzögerung in der Ratifikation des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.“

West-Ost-Konflikt

„Der 6. Kongreß der Liberalen Weltunion ist überzeugt, daß es keinen Frieden ohne Freiheit gibt, und betrachtet das freie Europa als das oberste Ziel der Liberalen.

Er begrüßt jede konstruktive Initiative zugunsten der Verbesserung der Beziehungen zwischen den westlichen Demokratien und der Sowjetunion, betont aber die dringende Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns der westlichen Demokratien.

Er empfiehlt im Lichte des letzten Notenwechsels zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, die Gelegenheit zur Eröffnung politischer Diskussionen mit der UdSSR nicht zu versäumen, ruft aber in Erinnerung, daß keine Regelung befriedigend sein kann, die nicht die Freiheit und Unabhängigkeit der gegenwärtig unter Sowjetherrschaft stehenden europäischen Nationen gewährleistet.“

Problem Afrika

„Der 6. Kongreß der Liberalen Weltunion betrachtet das afrikanische Problem in erster Linie als ein mensch-

liches Problem. Er stellt einen wachsenden Antagonismus zwischen Afrikanern und Europäern in bestimmten Teilen des afrikanischen Kontinents fest, der zum Ruin des Kontinents und zur dauernden Entfremdung zwischen weißen und farbigen Völkern führen kann. Dieser Antagonismus und seine politischen Folgen wurzeln im Zusammenstoß der westlichen Zivilisation mit primitiven Gesellschaftsformen und im sozialen und ökonomischen Konflikt zwischen den technisch ausgebildeten Europäern und den un- ausgebildeten Afrikanern. Der Kongreß anerkennt, daß die Hebung des allgemeinen Lebensstandards und die Förderung der Erziehung des afrikanischen Volkes von der Verbesserung der technischen Ausbildung und einer besseren Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Hilfsquellen von Afrika abhängt. Die Lösung dieses für die ganze Welt lebenswichtigen Problems liegt in den Händen der unmittelbar betroffenen Regierungen. Der Kongreß empfiehlt deshalb, daß sobald wie möglich eine Konferenz der Regierungen der unselbstständigen und der selbständigen Territorien südlich der Sahara das Problem in allen seinen Aspekten diskutiert und allgemeine Richtlinien ausarbeitet, auf denen die zukünftige Entwicklung des Kontinents beruhen soll. Der Kongreß ist überzeugt, daß das afrikanische Problem im tiefsten Grunde ein menschliches Problem ist und daß die Entwicklung des Kontinents davon abhängt, ob und wie weit die Afrikaner in eine mit den Mitteln der modernen Technik ausgestattete Gesellschaft mit den gleichen Rechten und Pflichten hineinwachsen können, die den Bürgern europäischer Herkunft zustehen. Er ersucht alle betroffenen Regierungen, dieses Ziel zu proklamieren und für dessen Erfüllung zu wirken.“

Die künftige Bevölkerungsentwicklung in Europa

Das Pariser „Institut National d'Etudes Démographiques“ hat die Aussichten für die Bevölkerungsentwicklung in Westeuropa von 1950 bis 1980 untersucht. Nach seiner Untersuchung wird die Bevölkerungszahl in den nachstehenden Ländern bis 1980 wahrscheinlich wie folgt zunehmen: Belgien 4 vH, Westdeutschland 6,8 vH, Frankreich 8,1 vH, Spanien 11,1 vH, Italien 12,9 vH, Holland 40,5 vH. Für England wird eine leichte Verringerung von 0,1 vH erwartet. Die Entwicklungskurven sind in den einzelnen Ländern verschieden. Westdeutschland soll 1975 einen Höhepunkt mit anschließendem Abstieg erreichen, während Belgien, Frankreich, Holland und Italien ihre Aufwärtsentwicklung ununterbrochen fortsetzen.

Der Untersuchung zufolge nehmen die Altersklassen von über 60 Jahren in allen Ländern zu:

		Personen über 60 Jahre	
		1950	1980
Deutschland	Frauen	3 642 000	5 673 000
	Männer	2 934 000	3 964 000
Belgien	Frauen	755 000	936 000
	Männer	625 000	720 000
Frankreich	Frauen	4 031 000	4 397 000
	Männer	2 736 000	3 316 000
Italien	Frauen	3 062 000	4 897 000
	Männer	2 520 000	3 843 000
Niederlande	Frauen	601 000	1 056 000
	Männer	558 000	994 000
Großbritannien	Frauen	3 971 000	5 316 000
	Männer	2 940 000	3 329 000
Spanien	Frauen	1 554 000	2 544 000
	Männer	1 346 000	1 863 000

Zeittafel vom 16. bis 31. August 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

- 14.—30. Europäische Wochen in Passau. Der amerikanische Hohe Kommissar in Deutschland, *Conant*, nimmt in seiner Eröffnungsansprache Stellung zum Problem der europäischen Einigung. Er betont besonders die seit Jahrhunderten bestehende kulturelle Einheit Europas und bezeichnet Amerika als ein Glied dieser Kulturgemeinschaft. In der Vereinigung der sechs Schumanplan-Länder sehe er die Keimzelle eines größeren Europa.
16. Die Hohe Behörde der Montanunion empfiehlt der italienischen Regierung, mit der in Artikel 30 des Uebergangsabkommens vorgesehenen schrittweisen Herabsetzung der italienischen Stahlzölle gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten jetzt zu beginnen.
- 18.—22. Kongreß der Liberalen Weltunion in Mondorf-les-Bains (Luxemburg) (vgl. Kurzbericht auf S. 5978).
- 23.—30. Fünfter Weltkongreß des „World Movement for World Federal Government“ in Kopenhagen unter Teilnahme von rund 400 Delegierten aus über 30 Ländern. Annahme von drei Resolutionen, in denen 1. eine Aenderung der Satzung der Vereinten Nationen zum Zwecke der Errichtung einer funktionsfähigen Weltregierung mit einem Weltparlament gefordert wird, 2. Schritte für die schrittweise Durchführung einer solchen Satzungsänderung vorgeschlagen und 3. ein Arbeitsprogramm für die Einsetzung einer Weltregierung vorgelegt werden.
- 23.—31. Haupttagung der Zweiten Europakonferenz der YMCA/CVJM in Kassel unter Teilnahme mehrerer tausend junger Mitglieder und Jugendführer aus 15 europäischen Ländern sowie zahlreicher Gäste aus Amerika, Australien, Afrika und dem Fernen Osten. Das Motto der Tagung ist „Europa — quo vadis?“. Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, *Theodor Heuss*, spricht in einem Begrüßungsschreiben seinen Dank für die den deutschen Kriegsgefangenen durch die YMCA erwiesene Hilfe aus.
28. Das „Komitee für die Verteidigung Frankreichs und der Einheit der französischen Union“, dem 200 französische Parlamentarier angehören, versendet eine Broschüre an die amerikanischen Kongreßabgeordneten, in der unter Hinweis auf die mehrfachen deutsch-sowjetischen Annäherungen der Vergangenheit die EVG abgelehnt wird. Es sei nicht klug, die Verteidigung Europas auf einen Vertrag aufzubauen, der Deutschland die militärische Vorrangstellung in Europa einräume.

Deutschland

17. Der Staatspräsident der DDR, *Wilhelm Pieck*, erklärt in einer Rundfunkansprache zu der sowjetischen Deutschlandnote vom 15. August, die Parlamente beider Teile Deutschlands müßten jetzt ihre nationale Verpflichtung erfüllen, alle weltanschaulichen Unterschiede hinter die Gesamtinteressen des deutschen Volkes zurücktreten zu lassen.

- Bundeskanzler *Adenauer* lehnt in einer Pressekonferenz die sowjetischen Vorschläge vom 15. August ab und erklärt, die Note zielt auf die Neutralisierung Deutschlands, das Ende der europäischen Integration und die Zerstörung der Grundlagen der amerikanischen Europapolitik hin. Eine Zustimmung zu den Vorschlägen komme dem nationalen Selbstmord gleich. Insbesondere erklärt er, die Regierung der DDR sei zur Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung nicht legitimiert. Auf den gleichen Standpunkt stellt sich am 18. August der SPD-Vorsitzende, *Ollenhauer*, in einer Wahlrede in Stuttgart. Wie der Bundeskanzler schlägt auch *Ollenhauer* die Beendigung des fruchtlosen Notenwechsels und die Einberufung einer Viermächtekonferenz vor.
20. In Bonn wird ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten unterzeichnet, durch welches der Bundesrepublik 382 deutsche Schiffe zurückgegeben werden, die von den Vereinigten Staaten 1945 als Kriegsbeute beschlagnahmt worden waren.
Eine Funktionärskonferenz des DGB in Essen stellt sich hinter den Wahlauf Ruf des DGB und erklärt in einer Resolution, daß sie darin keine Verletzung der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften erblicken könne. Der DGB-Vorsitzende, *Walter Freitag*, erklärt auf einer Kundgebung, die Verpflichtung zu parteipolitischer Neutralität habe da ihre Grenze, wo die Interessen der Mitglieder auf dem Spiele stünden. In einer Pressekonferenz am gleichen Tage setzt sich *Freitag* für eine Koalition CDU/SPD im neuen Bundestag ein.
- 20.—22. Verhandlungen einer Regierungsdelegation der DDR in Moskau (vgl. den Wortlaut des Communiqués und eines Protokolls über den Erlaß der deutschen Reparationszahlungen auf S. 5973 dieser Folge).
24. Das Innenministerium von Nordrhein/Westfalen stuft den ehemaligen Staatssekretär im Reichspropagandaministerium und jetzigen Bundestagskandidaten der DRP, *Werner Naumann*, in einem Entnazifizierungsverfahren in die Gruppe der Belasteten ein, wodurch ihm u. a. das aktive und passive Wahlrecht entzogen wird.
25. Die niedersächsische Landesregierung beantragt bei der Bundesregierung, einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der DRP beim Bundesverfassungsgericht zu stellen.
Die Bundesregierung ersucht die Alliierte Hohe Kommission, bei der Sowjetischen Hohen Kommission wegen der Aufhebung des Paßzwanges für Interzonenreisende vorstellig zu werden. Diesem Wunsche entspricht die Hohe Kommission am 27. August durch getrennte Schreiben der Hohen Kommissare an den sowjetischen Hohen Kommissar.
In einer Sondersitzung der Volkskammer der DDR berichtet Ministerpräsident *Grotewohl* über die Verhandlungen mit der Sowjetregierung in Moskau. Er erklärt, auch die Bundesrepublik werde in den Genuß

der großen Zugeständnisse der Sowjetunion kommen, wenn die westdeutsche Bevölkerung am 6. September gegen *Adenauer* stimme. Am 26. August fordert die Volkskammer in einer Erklärung den Bundestag auf, gemeinsam mit ihr eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden. Sie wiederholt die Aufforderung an die westdeutsche Bevölkerung, die Regierung *Adenauer* zu stürzen, und spricht der Sowjetunion ihren Dank für ihr „großmütiges Entgegenkommen“ aus.

27. In einem von 500 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichneten und von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947, *Otto Klepper*, in Bonn der Presse übergebenen „Aufruf zu einheitlicher deutscher Außenpolitik“ heißt es, der 17. Juni habe bewiesen, daß die Befreiung der sowjetischen Besatzungszone und die Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker in einem Zuge möglich und unbedingt notwendig seien. Keine deutsche Politik dürfe die Bevölkerung der Sowjetzone ihrem Schicksal überlassen; andererseits seien aber die Voraussetzungen für ein lebenswertes Dasein in Freiheit und den Aufstieg der besitzlosen Schichten nur durch die Beseitigung der nationalwirtschaftlichen Schranken zu schaffen. Auf dieser Linie müsse zwischen Regierung und Opposition eine Plattform für eine in sich geschlossene deutsche Außenpolitik gefunden werden.

In Westberlin beginnt die zweite Paket-Spendenaktion für die Bevölkerung der Sowjetzone. In den folgenden Tagen werden die Maßnahmen der Behörden der DDR gegen die Empfänger von Spendenpaketen weiter verschärft.

28. Die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten schließen ein Abkommen, wonach im Rahmen der MSA-Hilfe der Bundesregierung 15 Millionen Dollar für den Bau von Wohnungen für Sowjetzonenflüchtlinge zur Verfügung gestellt werden.
29. Auf einer Massenkundgebung in Halle fordert der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, *Ulbricht*, die Westmächte auf, auf folgende Forderungen zu antworten: Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages innerhalb von sechs Monaten, unverzügliche Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung, Streichung der deutschen Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden in Höhe von 34,5 Milliarden Mark, Streichung der Reparationsverpflichtungen Westdeutschlands an Israel, Reduzierung der Besatzungskosten Westdeutschlands auf 5 vH des Haushalts und Erhöhung des Interzonenhandels auf einen Wert von einer Milliarde Mark.
30. An der Grenze zur sowjetischen Besatzungszone werden in großer Zahl Funktionäre der SED und FDJ festgenommen, die zur Störung der Bundestagswahlen in die Bundesrepublik eingeschleust werden sollten. Bis zum 31. August werden über 3000 Personen gefaßt und größtenteils wieder in die Sowjetzone abgeschoben.

Frankreich

17. Note an die Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut in EA 17/1953, S. 5954).

Ministerpräsident *Joseph Laniel* bricht die Verhandlungen mit den Gewerkschaften zur Beilegung des Streiks der öffentlichen Dienste ab und fordert in einer Rundfunkansprache die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Die drei Gewerkschaftsverbände erlassen daraufhin neue Streikaufrufe. Nachdem in den folgenden Tagen erneut Verhandlungen geführt wurden und die Regierung den Streikenden Straffreiheit zugesichert hatte, nimmt am 21. August ein Teil der Streikenden die Arbeit wieder auf. Am 26. August arbeiten die öffentlichen Dienste wieder normal.

20. Absetzung des Sultans von Marokko (vgl. Marokko).
29. Note der Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5976 dieser Folge).

Großbritannien

17. Note an die Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut in EA 17/1953, S. 5954), Antwortnote der Sowjetunion am 29. August (vgl. den Wortlaut auf S. 5976 dieser Folge).
31. In London treten die Außenministerstellvertreter der drei Westmächte zusammen, um über die Lage zu beraten, die durch die Weigerung der Sowjetunion, an einer Konferenz der vier Außenministerstellvertreter über die Fertigstellung des österreichischen Staatsvertrages teilzunehmen, entstanden ist.

Italien

19. Die am 15. August gebildete Regierung von Ministerpräsident *Giuseppe Pella*, in der er selbst das Außen- und das Budgetministerium mit übernommen hat, während das Verteidigungsministerium von *Paolo Taviani* geleitet wird, legt dem Parlament ihr Programm vor: Festhalten am Atlantikpakt und der Europäischen Gemeinschaft, nachdrückliche Verfolgung der nationalen Interessen Italiens, gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens und Reform des Senats. Am 22. August spricht der Senat mit 140 gegen 86, am 24. August die Kammer mit 315 gegen 215 Stimmen der Regierung das Vertrauen aus.
28. Zu einem Bericht der jugoslawischen Nachrichtenagentur *Jugopress* über einen angeblich bevorstehenden härteren Kurs in Triest stellt das Außenministerium in einem Kommuniqué fest, daß Italien im Falle einer Annexion der Zone B von Triest durch Jugoslawien so reagieren werde, wie es seinen moralischen Verpflichtungen entspreche. Die italienischen Truppen an der jugoslawischen Grenze werden in Alarmzustand versetzt. Nach Verhandlungen der Regierung mit den Botschaftern der drei Westmächte überreichen diese am 31. August Mitteilungen ihrer Regierungen, daß sie jeden Versuch, einen Teil Triests abzutrennen, als Verletzung des Friedensvertrages ansehen werden.

Jugoslawien

28. Die halbamtliche Nachrichtenagentur *Jugopress* veröffentlicht einen Bericht, in dem es heißt, die letzten Reden des italienischen Ministerpräsidenten, *Giuseppe Pella*, hätten den Beweis erbracht, daß Italien in der Triester Frage an seiner unnachgiebigen Haltung festhalten wolle. Deshalb werde Jugoslawien

seine Triest-Politik grundsätzlich überprüfen müssen. Nach vermittelnden Verhandlungen der diplomatischen Vertreter der Westmächte in Rom und Belgrad veröffentlicht die jugoslawische Regierung am 31. August eine Erklärung, daß sie nicht beabsichtige, die Zone B von Triest zu annektieren.

Oesterreich

17. Note der Westmächte an die Sowjetunion über den Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut in EA 17/1953, S. 5954).
18. Die britische Hohe Kommission teilt der Regierung mit, daß Großbritannien künftig auf die Entrichtung von Besatzungskosten durch Oesterreich verzichten werde.
19. Note der österreichischen Regierung an die Sowjetunion über den Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut in EA 17/1953, S. 5955).
29. Noten der Sowjetunion an die Westmächte und an die österreichische Regierung über den Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5976 dieser Folge).

Polen

24. In einer Erklärung zur deutschen Frage begrüßt die Regierung die Moskauer Vereinbarungen vom 22. August zwischen der Sowjetunion und der DDR (vgl. Sowjetunion). Sie gibt bekannt, daß auch Polen mit Wirkung vom 1. Januar 1954 auf die Zahlung von Reparationen aus Deutschland verzichten werde.

Sowjetunion

17. Note der Westmächte über den österreichischen Staatsvertrag, am 19. August Note Oesterreichs über den Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut beider Noten in EA 17/1953, S. 5954, 55).

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Marokko

16. Sultan Sidi Mohammed *ben Jussuf* weigert sich in einer Erklärung, seine am 14. August beschlossene Absetzung als geistliches Oberhaupt (vgl. Zeittafel in EA 17/1953) anzuerkennen. Es kommt zu schweren Unruhen, bei denen auch eine größere Anzahl von Europäern getötet wird. Der Pascha von Marrakesch, *El Glaui*, fordert in einer Botschaft die französische Regierung auf, den Sultan auch als weltlichen Herrscher abzusetzen, da sonst weiteres Blutvergießen unvermeidlich würde; er droht damit, daß seine Anhänger sich gegen Frankreich wenden würden. Am 20. August wird der Sultan durch die französische Regierung abgesetzt und nach Korsika verbannt, am gleichen Tage erheben die marokkanischen Notabeln Sidi Mohammed *ben Moulay Arafa* zum neuen Sultan. Der neue Sultan verspricht am 22. August in einer Proklamation, daß er Marokko zu einem modernen demokratischen Staat auf den Grundlagen des Islams und der Freundschaft mit Frankreich machen werde.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

17. Note an die Sowjetunion über den österreichischen

20. Mitteilung der Regierung über die erste Explosion einer Wasserstoffbombe in der Sowjetunion.
- 20.—22. Verhandlungen einer Regierungsdelegation der DDR in Moskau (vgl. den Wortlaut des Kommunikés und eines Protokolls über den Erlaß der deutschen Reparationszahlungen auf S. 5973 dieser Folge). Auf einem Bankett zu Ehren der Delegation der DDR richtet der Vorsitzende des Ministerrats, Georgi M. *Malenkow*, scharfe Angriffe gegen Bundeskanzler *Adenauer*, dessen Regierung die Verantwortung dafür trage, daß Deutschland noch keinen Friedensvertrag hat. Das deutsche Volk habe jetzt zu wählen, ob es einer der wichtigsten Faktoren zur Festigung des Friedens oder der Hauptherd einer neuen Aggression werden wolle.
29. Noten an die Westmächte und an Oesterreich über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 5976 dieser Folge).

Spanien

27. Unterzeichnung eines neuen Konkordats zwischen Spanien und dem Heiligen Stuhl. Es tritt an die Stelle des Konkordats von 1851, das nach dem Sturz der Monarchie in Spanien außer Kraft getreten war. Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Konkordats sind: Anerkennung der in der spanischen Verfassung garantierten Glaubensfreiheit durch den Heiligen Stuhl, Errichtung eines geistlichen Gerichts (Rota) in Madrid, Mitspracherecht des spanischen Staatsoberhauptes bei der Ernennung von Bischöfen, Wiederherstellung des katholischen Religionsunterrichts als Pflicht- und Prüfungsfach an spanischen Schulen und Hochschulen, volle Anerkennung der von der Katholischen Kirche unterhaltenen Schulen durch den Staat.

Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut in EA 17/1953, S. 5954).

24. Präsident *Eisenhower* übermittelt der Kommission zur Überprüfung der amerikanischen Außenhandelspolitik einen von dem ehemaligen amerikanischen Botschafter in London, Lewis *Douglas*, abgefaßten Bericht, in dem eine Abkehr der amerikanischen Handelspolitik vom Protektionismus vorgeschlagen wird. Als zentrales Problem, das sowohl im Interesse Großbritanniens als auch der USA liege, bezeichnet der Bericht die Wiederherstellung der Konvertibilität des Pfundes Sterling. Dazu könnten die Vereinigten Staaten durch eine Liberalisierung ihrer Importe und durch die Verstärkung ihrer Investitionen im Sterlinggebiet einen wesentlichen Beitrag leisten.
26. Außenminister *Dulles* schlägt in einer Rede in Boston vor, die Charta der Vereinten Nationen zum frühestmöglichen Zeitpunkt (d. h. im Jahre 1955) einer Revision zu unterziehen. Er sagt, die Vereinten Nationen hätten ihr Ziel der Sicherung des Weltfriedens bisher nicht erreichen können, weil die Charta Mängel aufweise, die sich 1945 vor Beginn des Atomzeitalters nicht hätten absehen lassen.
29. Note der Sowjetunion über den österreichischen

Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf Seite 5976 dieser Folge).

ASIEN

Chinesische Volksrepublik

24. Erklärung des Ministerpräsidenten *Tschu En-lai* über die Koreakonferenz: Nach Ansicht der Chinesischen Volksrepublik solle diese Konferenz die Form einer Round-Table-Konferenz unter Hinzuziehung anderer interessierter Nationen haben, jedoch nicht die Form von zweiseitigen Verhandlungen zwischen den kriegführenden Parteien. Die Volksregierung unterstütze daher die Vorschläge des sowjetischen Delegierten bei den Vereinten Nationen, *Wyschinski*. Außerdem wird in der Erklärung gegen den Ausschluß der Chinesischen Volksrepublik und Nordkoreas von den Korea-Debatten der Vollversammlung der Vereinten Nationen protestiert.

Indien

- 16.—20. Besprechungen des pakistanischen Premierministers, Mohammed *Ali*, in Neu-Delhi mit Premierminister Jawaharlal *Nehru*. In der Kaschmirfrage wird beschlossen, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten, die bisher der Abhaltung einer Volksabstimmung im Wege standen, in direkten Verhandlungen zu beseitigen und die Volksabstimmung von einer gemeinsamen Kommission vorbereiten zu lassen.

Persien

17. Nach dem Mißlingen des Staatsstreichs (vgl. Zeittafel in EA 17/1953) gibt Schah Mohammed *Reza Pahlavi* in einer in Bagdad abgegebenen Erklärung bekannt, daß er Ministerpräsident Mohammed *Mossadegh* abgesetzt und General *Fazollah Zahedi* zum neuen Ministerpräsidenten ernannt habe. Mossadegh behält jedoch die Regierungsgewalt in den Händen, bis General *Zahedi* am 19. August mit Hilfe kaisertreuer Truppen gewaltsam die Macht in Teheran ergreift. Mossadegh und Mitglieder seines Kabinetts werden verhaftet, der Schah zur Rückkehr eingeladen. Am 21. August erklärt der neue Ministerpräsident, seine Regierung werde die Bedingungen beseitigen, die zu Konflikten mit fremden Mächten geführt hätten. In einer Pressekonferenz am 25. August betont er, daß die Verstaatlichung der Erdölindustrie unab-

änderlich sei, daß Persien sich aber um die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Großbritannien bemühen wolle. Der Schah kehrt am 23. August nach Persien zurück. In der neuen Regierung übernimmt General *Zahedi* neben dem Amt des Ministerpräsidenten auch das des Außen- und Innenministers.

Organisation der Vereinten Nationen

Vollversammlung

Plenum

- 17.—28. Sondersitzung über Korea. Mit 53 gegen 5 Stimmen (Ostblock) wird eine Resolution gefaßt, die bestimmt, daß die Teilnehmer der Politischen Konferenz über Korea auf die Nationen beschränkt bleiben, die aktiv am Kriege teilgenommen haben. Die Vereinigten Staaten werden beauftragt, mit der Chinesischen Volksrepublik Vereinbarungen über den Zeitpunkt und Ort des Zusammentritts der Konferenz zu treffen. In einer weiteren, mit 55 gegen 1 Stimme (Nationalchina) angenommenen Resolution wird bestimmt, daß die Sowjetunion zur Konferenz eingeladen werden soll, falls die Chinesische Volksrepublik und Nordkorea dies wünschen.

Politischer Ausschuß

17. Beginn der Debatte über Korea. Der sowjetische Vorschlag, die Chinesische Volksrepublik und Nordkorea hinzuzuziehen, wird abgelehnt. Am 18. August schlägt der sowjetische Vertreter eine Round-Table-Konferenz über Korea vor, zu der außer der Sowjetunion noch eine Reihe neutraler Staaten hinzugezogen werden soll. Eine längere Debatte entsteht um die Beteiligung Indiens, die von Großbritannien, Kanada und Australien vorgeschlagen und auch von der Sowjetunion befürwortet, von den Vereinigten Staaten jedoch abgelehnt wird. Am 27. August erhält der Resolutionsantrag für die Teilnahme Indiens mit 27 gegen 21 Stimmen nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Indien zieht daraufhin seine Anwartschaft auf Teilnahme an der Konferenz zurück. Der Vorschlag der Sowjetunion verfällt mit 41 gegen 5 Stimmen der Ablehnung, während der Vorschlag der am Korea-Krieg beteiligten Nationen (Inhalt vgl. Plenum) mit 42 gegen 7 Stimmen angenommen wird.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App. 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Die Tätigkeit des Europarats im August 1953

I. Organe des Rates

BERATENDE VERSAMMLUNG

Vorläufige Tagesordnung

Die jetzige vorläufige Tagesordnung für die kommende Tagung der Versammlung (Beginn 15. September 1953) enthält eine große Zahl von Punkten, die sich auf fast alle Tätigkeitsgebiete des Rates erstrecken.

Es ist vorgesehen, daß die ersten Tage für die Vorlage von Berichten durch andere Organisationen, besonders die OEEC und die Organisation des Brüsseler Abkommens, und für Sitzungen der Ausschüsse der Versammlung zur Verfügung stehen sollen. Am Freitag, dem 18. September, soll die allgemeine politische Debatte über die „Politik des Europarats im Licht der kürzlichen Entwicklung der internationalen Lage“ durch Herrn Paul-Henri Spaak (Belgier), den Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten über dieses Thema, eröffnet werden. Die politische Debatte wird etwa drei bis vier Tage dauern und dann vertagt werden, um die Beratung verschiedener Wirtschaftsfragen zu gestatten, auf die Debatten über die zukünftige Stellung des Saargebiets (Berichterstatter Herr von der Goes van Naters, Holländer), über den auf dem Gebiet der europäischen Verteidigung erzielten Fortschritt (Berichterstatter Herr Fens, Holländer) und über juristische Fragen folgen sollen. Außerdem wird der Beratung über verschiedene von den anderen Ausschüssen der Versammlung vorgelegte Berichte eine entsprechende Zeit eingeräumt werden.

Dieser Teil der Tagung der Beratenden Versammlung wird zu Ende geführt werden, nachdem die politische Debatte inzwischen wieder aufgenommen und abgeschlossen worden ist.

II. Politische Fragen

Konferenz der „Sechs“

Am Schluß der von den Außenministern der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Baden-Baden abgehaltenen Tagung wurde ein offizielles Communiqué herausgegeben (vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 17/1953, S. 5956).

III. Juristische Fragen

Vereinfachung der Grenzformalitäten

Der Unterausschuß für die Vereinfachung der Grenzformalitäten des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen der Beratenden Versammlung tagte vom 13. bis 15. August unter dem Vorsitz von Herrn Montgomery Hyde (Engländer) in Büyükdada in der Türkei. Dies war die erste Tagung eines Organs des Europarats, die in der Türkei abgehalten wurde.

Der Unterausschuß billigte eine Anzahl von Entwürfen für Empfehlungen, die der Versammlung auf ihren bevorstehenden Sitzungen unterbreitet werden sollen. In der

Angelegenheit der Grenzformalitäten für Kraftwagen empfiehlt der Ausschuß die Ratifikation der beiden Konventionen der Vereinten Nationen (Juni und September 1949), die sich auf Fragen wie die Vereinheitlichung des Zollpassierscheinheftes und die Abschaffung der internationalen Bescheinigung beziehen; er empfiehlt außerdem dringend die Erweiterung des „Dyptique“-Systems, das zur Zeit beim Grenzverkehr zwischen Frankreich und Italien angewandt wird, und die Annahme eines einheitlichen mehrsprachigen laissez-passer-Formulars nach dem Muster desjenigen, das in Frankreich und der Deutschen Bundesrepublik ausgegeben wird. In der Frage besonderer Erleichterungen für junge Leute, die von einem zum anderen Mitgliedstaat des Rates reisen, empfiehlt der Ausschuß, daß die Einrichtung von Sammelpässen, die zwischen den Staaten des Brüsseler Abkommens gültig ist, auch auf andere Staaten erstreckt wird. Nach weiterer Prüfung des allgemeinen Berichts über die Vereinfachung von Paß-, Zoll- und Währungsformalitäten, der der Versammlung im September vorgelegt werden soll, erörterte der Unterausschuß die Frage des immer noch bestehenden Visumzwangs für türkische Staatsangehörige beim Besuch gewisser Mitgliedstaaten des Rates.

IV. Kulturelle Fragen

Symposium über historische Lehrbücher.

Am 4. August begrüßte der Gesandte im Auswärtigen Amt, Professor Ophüls, im Namen der Regierung der Deutschen Bundesrepublik Vertreter aller Mitgliedstaaten des Europarats, die an einem Symposium über die Darstellung der europäischen Idee in historischen Lehrbüchern teilnahmen. Das Symposium, das mit finanzieller Unterstützung durch den Europarat von der Regierung der Bundesrepublik veranstaltet wurde, fand in Calw im Schwarzwald statt und dauerte bis zum 12. August. Herr Haakon Vigander (Norweger) führte den Vorsitz.

Die Ergebnisse, zu denen die Teilnehmer gelangten, werden in einem Bericht an den Ausschuß der Kultursachverständigen des Europarats zusammengefaßt und später veröffentlicht werden.

V. Bevölkerung und Flüchtlinge

Häuser für Flüchtlinge

Am 5. und 6. August trat in Straßburg eine Gruppe von Sachverständigen für Wohnungsbau unter Vorsitz von Herrn Jean Clément (Franzose) zusammen, um für den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge aus der Ostzone in der Deutschen Bundesrepublik Vorschläge zu machen. Am vorhergehenden Tag hatte die Gruppe mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik, Dr. Hallstein, eine Flüchtlingssiedlung in Wolfach besichtigt; unter den Besuchern waren ebenfalls: der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen, ferner Dr. Gerstenmaier, Mitglied des Bundestages, Abge-

ordneter bei der Beratenden Versammlung und Urheber des Plans, der in der Wolfacher Siedlung zum erstenmal verwirklicht worden ist, und Dr. Werner von Schmieden, der Direktor der Studienabteilung des Europarats.

Die Sachverständigengruppe prüfte gemäß den Anweisungen, die sie von dem Besonderen Verbindungsausschuß für Fragen der Flüchtlinge und der Bevölkerungsüberschüsse erhalten hatte, die Lage des Wohnungsbaus in Westdeutschland; ausgehend von Dr. Gerstenmaiers Plan und auf Grund der in Wolfach gesammelten Erfahrungen empfahl sie den Bau von einstöckigen Häusern, die in Form von Siedlungen mit gewissen kommunalen Einrichtungen zusammengefaßt werden sollten. Man hält es für möglich, daß diese Häuser mit einem Kostenaufwand von je 5000 DM gebaut werden können.

VI. Verschiedenes

Ständiger türkischer Vertreter

Gemäß der von dem Ministerkomitee im Mai 1951 angenommenen Entschliebung hat der türkische Außenminister den Botschaftsrat Herrn Affan Akça zum Ständigen Vertreter der türkischen Regierung beim Europarat ernannt. Die Türkei ist das zehnte Land, das einen Ständigen Vertreter beim Europarat ernannt.

Ratifikation des EVG-Vertrags

Ende Juli billigte die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments mit 75 gegen 11 Stimmen den Vertrag zur Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Die Erste Kammer der Niederlande hat den Vertrag noch nicht geprüft.

Dreiseitige Konvention über soziale Sicherheit

Die belgische Regierung hat bei dem amtierenden Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde ihres Landes zu der am 19. Januar 1951 in Paris unterzeichneten Konvention zwischen Belgien, Frankreich und Italien hinterlegt. Belgien ratifiziert als letztes Land diese Konvention (die jedoch schon 1951 in Kraft trat), nach der die belgischen und französischen Gesetzesbestimmungen hinsichtlich sozialer Sicherheit und die italienischen Gesetzesbestimmungen über Sozialversicherung und Familienunterstützung auf die Staatsangehörigen aller vertragsschließenden Parteien ausgedehnt werden.

Tod von Herrn Nölting

Der Europarat erhielt die Nachricht vom Tod von Herrn Nölting, Mitglied der deutschen Delegation bei der Beratenden Versammlung.

Dr. Nölting, der 1892 geboren war, wurde 1923 Professor der Rechte an der Universität Frankfurt und blieb in dieser Stellung, bis er 1933 durch die nationalsozialistische Regierung entlassen wurde. Nach dem Krieg wurde er als Sozialdemokrat in den Bundestag und in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt und zum Wirtschaftsminister dieses Landes ernannt. Er war von dem Beitritt der Deutschen Bundesrepublik zum Europarat an Mitglied der Beratenden Versammlung und ihres Ausschusses für Wirtschaftsfragen.

Tod von Herrn Singer

Der Europarat erhielt die Nachricht vom Tod von Herrn Singer, Abgeordnetem des Saargebietes bei der Beratenden Versammlung.

Dr. Singer wurde 1898 geboren. Bis zum Beginn des nationalsozialistischen Regimes arbeitete er als Journalist und vertrat das Zentrum im Stadtrat von Saarbrücken. Darauf zog er sich vom politischen Leben zurück, bis er 1945 Verwaltungsdirektor von Saarbrücken wurde und in dem folgenden Jahr zum Stadtrat und Bürgermeister gewählt wurde. Als Mitbegründer und Vizepräsident der Christlichen Volkspartei wurde er 1947 in den Saar-Landtag gewählt; bald darauf wurde er Minister für Wirtschaft und Transportwesen, um später zum Erziehungsminister ernannt zu werden.

Dr. Singer war seit 1950 Mitglied der Beratenden Versammlung und ebenfalls Abgeordneter der Gemeinsamen Versammlung für Kohle und Stahl.

Ukrainischer Kursus

Am 19. und 20. August fand in Straßburg ein von der Freien Ukrainischen Universität veranstalteter Kursus für ukrainische Studenten mit dem Thema „Die Ukraine zwischen West und Ost“ statt. Während des Kurses wurde dem Europahaus ein Besuch abgestattet.

Besucher im Europahaus

Im August erreichte die Zahl der Besucher des Europahauses, die sich im Juli auf 1500 belief, die Rekordhöhe von 2500. Die jährliche Gesamtzahl von Besuchern aus allen Ländern, die durch die Zentrale des Europarats geführt werden, wird auf annähernd 15 000 geschätzt.

Die Katastrophe in Griechenland

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Nachricht von den Erdbeben, die drei Inseln in der Nähe des griechischen Festlandes verwüstet haben, richtete S. E. Herr van Zeeland, der belgische Außenminister und gegenwärtige Präsident des Ministerkomitees des Europarats, ein Telegramm an den griechischen Außenminister, S. E. Herrn Stephanopoulos, in dem er für seine eigene Person und im Namen des Ministerkomitees die tiefe Anteilnahme der Europäer an der Tragödie, die Griechenland betroffen hat, ausdrückte. Gleichzeitig übermittelte Herr van Zeeland dem amtierenden Generalsekretär, Herrn Anthony Lincoln, einen Vorschlag, nach dem bei der nächsten Sitzung des Ministerkomitees über die Organisation einer europäischen Hilfsaktion für Griechenland beraten werden soll; dieser Vorschlag wurde von Herrn Lincoln sofort den Mitgliedern des Komitees unterbreitet. Die Außenminister haben dem Vorschlag zugestimmt.

Am 14. August sandte der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr de Menthon, folgendes Telegramm an die griechische Delegation bei der Versammlung:

„Erschüttert durch die Nachricht von der Katastrophe, die Ihr Land betroffen hat, spreche ich Ihnen in meinem eigenen Namen und in dem der Versammlung des Europarats unsere tiefste Anteilnahme aus. Ich bitte Sie, diese Nachricht an Ihre Nationalversammlung und das griechische Volk weiterzugeben. Alle echten Europäer fühlen mit Ihnen in dieser schweren Zeit; denn was ein Unglück für Griechenland ist, ist ein Unglück für ganz Europa.“

Herr Stephanopoulos, Herr Macropoulos (Präsident der griechischen Abgeordnetenversammlung) und Herr Léon Macas, Mitglied der griechischen Delegation bei der Beratenden Versammlung, haben auf diese Botschaften des Mitgefühls erwidert.

Die Notwendigkeit eines europäischen Kartenwerks

Probleme einer europäischen Kartographie

Von Dr. Wilfried Krallert, Salzburg

Der Bedarf an guten Karten hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte angesichts der wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber der Vergangenheit vervielfacht und ist in dauerndem Wachsen begriffen. Ueber die ursprünglichen Hauptverwendungsgebiete, militärische Bedürfnisse und Grundbesteuerung (Katasterkarten) sowie wissenschaftliches Darstellungsmittel der Geographen, hinaus wurde die Karte Schritt für Schritt ein notwendiges Hilfsmittel einer Anzahl weiterer praktischer Wissenschaften und Tätigkeitsbereiche: der Geologie, Bodenkunde, des Wetterdienstes, der Landesplanung und selbstverständlich des Verkehrs in allen seinen Zweigen. Diese Beispiele umfassen nur die allerwichtigsten Interessenbereiche, für die dauernd Kartenmaterial benötigt wird. Ein wirklich vollständiges Verzeichnis aller wissenschaftlichen und praktischen Disziplinen, die Karten benötigen, ist bis jetzt noch nicht ausgearbeitet worden, aber die aus der Praxis großer Kartensammlungen und Institute erwachsenen diesbezüglichen Zusammenstellungen umfassen heute schon viele Hunderte Anwendungsgebiete der modernen Kartographie.

Europa ist nun seit jeher das kartographisch besterschlossene Gebiet der Erde gewesen. Während nach den letzten die ganze Welt berücksichtigenden Zusammenstellungen nur für 2 vH der ganzen Erdoberfläche Karten im Maßstab 1:25 000 und größer vorliegen, sind solche für fast ganz Europa vorhanden, und nur in wenigen Gebieten, im nördlichen Skandinavien, in der Nordwestecke Spaniens und in einigen Gebieten Osteuropas, insbesondere der östlichen und nördlichen Sowjetunion, gibt es noch keine Karten in diesen Maßstäben. Dieser sehr weit gehenden kartographischen Erschließung Europas gegenüber befinden sich alle übrigen Kontinente in großem Rückstand, nur die Osthälfte der Vereinigten Staaten, ganz kleine Gebiete Südamerikas, die Mittelmeerküste Afrikas und Asiens sowie Teile Südasiens und Japan sind ähnlich gut kartographisch erschlossen. Trotzdem ist der Vorsprung Europas in der Dichte und Güte seiner kartographischen Erschließung bisher unerreicht und wird es voraussichtlich auch in den nächsten Jahrzehnten bleiben, obwohl die anderen Kontinente, vor

allem Amerika, gewaltige Anstrengungen machen, aufzuholen.

Der Vorsprung Europas verliert aber sehr an Wert angesichts der unerhörten kleinräumigen Zersplitterung, Verschiedenartigkeit und zum Teil Überalterung seiner Kartenwerke. Je mehr sich die wirtschaftlichen, verkehrsmäßigen und technischen Interessen der einzelnen Staaten verflechten, und je mehr sich Europa einem föderativen Zusammenschluß nähert, um so fühlbarer wird der Mangel einheitlicher Kartenunterlagen. In der Frage, wie die Vielgestaltigkeit der Kartographie der einzelnen europäischen Länder zu einer einheitlichen europäischen Kartographie entwickelt werden kann, liegt deren Problematik beschlossen.

Um die ganze Schwere der Lösung dieses Problems sichtbar zu machen, sollen kurz die einzelnen Gebiete, um die es sich handelt, skizziert werden. Die Ursache der Vielgestaltigkeit ergab sich daraus, daß die eingehende kartographische Erschließung der Länder West- und Mitteleuropas von jedem Staat individuell, zum Teil schon im 18., spätestens im 19. Jahrhundert begonnen und zunächst ausschließlich von den Bedürfnissen des einzelnen Landes bestimmt wurde. So stießen schließlich an der Grenze der einzelnen europäischen Staaten Kartenwerke aneinander, die nach ganz verschiedenen Gesichtspunkten entworfen und ausgeführt worden waren. Verschieden waren schon die mathematischen Grundlagen. Sie beruhten zunächst auf einer Mehrzahl unterschiedlicher Berechnungen der Ausmaße unseres Planeten. Daß sich die Internationale Geodätische Gesellschaft 1924 auf eine dieser Berechnungen, jene von Hayford aus dem Jahre 1910, als die beste einigte, blieb für die europäische Kartographie zunächst ohne praktische Auswirkung. Die zweite mathematische Verschiedenheit betraf die Methode der Abbildung der an sich gekrümmten Erdoberfläche auf die Ebene des Kartenblattes (Problem der sogenannten Projektion). Die meisten Länder wählten eine Methode, die ihrer geographischen Lage, beziehungsweise Form entsprach. Die älteren Kartenwerke waren meist mit einem Mittelpunkt, oft die Landeshauptstadt oder die Hauptsternwarte des Landes, als Berührungspunkt

der Projektionsebene mit dem Globus entworfen. Später fand man bessere Methoden. Aber nach den Rändern dieser älteren Kartenwerke hin ergaben sich zunehmend Ungenauigkeiten, die ein Uebereinstimmen mit den Kartenwerken des Nachbarlandes erschwerten, wenn nicht unmöglich machten. Einen entscheidenden Fortschritt brachte die von deutschen Kartographen erstmals angewandte sogenannte „Polyeder-Projektion“, die sich die Erde von einem vielflächigen Körper umschrieben denkt, wobei jedes Kartenblatt einer solchen Fläche entspricht. Der Vorteil ist größere Genauigkeit bzw. Verteilung der Fehler auf die einzelnen Blätter, so daß diese in geringeren Grenzen bleiben. Bis heute ist aber nur ein Teil der europäischen Kartographie auf diese Projektion umgearbeitet und auch hier nicht auf eine einheitliche, sondern verschiedenartige Grundlagen bezogen. Unterschiedlich ist weiter die Wahl des Nullmeridians. Während eine Anzahl europäischer Staaten ihre Karten noch nach dem Meridian von Ferro, der westlichsten der Kanarischen Inseln, orientieren, einem Meridian, der in der Zeit der Entdeckungen im 15. Jahrhundert als vermeintlich westlichster Punkt der Alten Welt in Uebung gekommen war, rechnen andere Staaten nach dem Nullmeridian ihrer Hauptsternwarte; die Franzosen nach Paris, die Italiener nach Rom, die Engländer nach Greenwich. Langsam begann sich der Meridian von Greenwich international durchzusetzen, aber restlos ist dies noch keineswegs erreicht. Eine weitere Klippe, die sich einer einheitlichen Kartenplanung entgegenstellt, ist die Ermittlung der Höhen über dem Meeresspiegel und der damit zusammenhängenden Messungen (Nivellements). Die Kartenwerke der einzelnen europäischen Staaten beruhen auf den mittleren Meeresspiegelhöhen, die an verschiedenen Küstenstellen beobachtet wurden. Es ergab sich, daß zwischen der Spiegelhöhe der einzelnen europäischen Meere beträchtliche Unterschiede bestehen, die schließlich beim Zusammentreffen der Nivellementsnetze innerhalb des Kontinents zu Unterschieden in der Höhenberechnung von oft vielen Metern führten.

Entsprechend dem Alter vieler europäischer Kartenwerke sind sie auch noch von alten Maßen beeinflusst, die bis heute nicht voll ausgeschaltet werden konnten und sich in den Maßstäben sowie in den Höhenangaben äußern. Insbesondere die englische Kartographie leidet unter diesem Umstand. Die Maßstabreihe ihrer großen Kartenwerke lautet: 1:63 360, 1:126 720, 1:253 440 usw. Das übte Erbstück dieser für alle technischen Berechnungen äußerst unpraktischen Maßstäbe hat sich im übrigen teilweise auch auf die amerikanische Kartographie übertragen, die sich noch nicht ganz davon befreien konnte. Dieser englischen Maßstabreihe steht in anderen Ländern mit metrischem System im allgemeinen eine Skala: 25 000, 50 000, 100 000, 200 000 gegenüber, aber es

gibt auch andere Unterteilungen. So haben die Franzosen, von ihrer Uebersichtskarte 320 000 ausgehend, durch immer fortgesetzte Halbierung eine Maßstabfolge von 160 000, 80 000, 40 000, 20 000 entwickelt. Diese war wieder, von unten her beginnend, beispielhaft für andere Länder, die sich an die französische Kartographie anschlossen, z. B. Rumänien, Belgien, Griechenland, wogegen die alte österreichische Kartographie, auf den Schrittmaßstab zurückgreifend (1000 Schritte gleich 750 Meter), zum Maßstab 1:75 000 als Standardmaßstab gelangte.

Daß die großen Verschiedenheiten der europäischen Kartenwerke aber nicht nur auf von alters her ererbte Ursachen zurückgehen, sondern auch in jüngster Zeit die individualistische Zersplitterung erhalten blieb, beweisen die verschiedenen Kartengitter. Diese Gitter sind ein neuer mathematischer Faktor des Karteninhalts und im Laufe des Ersten Weltkrieges aufgekomen, heute in allen großmaßstabigen Karten unentbehrlich. Nun haben alle Staaten Europas diese neuen Meldegitter nach rein individuellen Prinzipien entworfen. England in Form mehrerer voneinander getrennter und jeweils auf einen örtlichen Mittelpunkt bezogener Gitterflächen, Frankreich in Form ost-westlicher Zonen, Deutschland in Form nord-südlicher Streifen. Das deutsche System hat sich als das beste erwiesen und wurde sowohl von den USA wie von der Sowjetunion und vielen anderen Staaten, jedoch teilweise mit anderen Ausgangspunkten und Vermessungsgrundlagen, übernommen.

Der letzte Faktor mathematisch-technischer Verschiedenheit betrifft Blattschnitt und Blattbezeichnung, die praktisch in jedem Lande Europas verschieden sind.

Bietet eine Vereinheitlichung dieser mathematischen Unterschiede schon eine fast unlösbare Aufgabe, so gilt das gleiche von der Vereinheitlichung des Karteninhaltes. Da ist zunächst die verschiedenartige Methode der Geländedarstellung, bei der bei den großmaßstabigen Karten sich zwar allgemein die Höhenschichtenlinie durchgesetzt hat, jedoch noch keineswegs in allen Staaten durchgehend nach modernen Gesichtspunkten ausgemessen und eingeführt ist. Die Plastik der Erdoberfläche und insbesondere ihre Kleinformen anschaulich darzustellen, ist bis heute nicht restlos gelungen, und alle Staaten versuchen, eine Lösung dieses Problems auf verschiedenen Wegen durch Schraffen, Schummerung, Schatten- oder Farbenplastik und andere Methoden zu erreichen. Besonders erfolgreich waren auf diesem Gebiet die Kartographen der Gebirgsländer Schweiz und Oesterreich.

Dieselbe Mannigfaltigkeit finden wir auf dem Gebiet der Auswahl von Symbolen für die in die Karten eingezeichneten geographischen Objekte: Siedlungen, Straßen, Bahnen, Einzelobjekte verschiedener Art,

Bodenbedeckung (Wald, Wiesen usw.), schließlich Grenzen u. ä. Dabei ergibt sich nicht allein eine außerordentliche Vielgestaltigkeit der angewandten Symbole, sondern unglücklicherweise in vielen Fällen die Tatsache, daß das gleiche Symbol in den Karten verschiedener Länder für ganz verschiedene Objekte Verwendung findet, so daß man zum Beispiel auf Karten Spaniens eine Straße mit derselben Signatur bezeichnet finden kann, die auf österreichischen Karten eine Eisenbahnlinie veranschaulicht.

Die letzte und nicht geringste Schwierigkeit für jede Vereinheitlichung ist das Problem der Wiedergabe geographischer Namen, sofern sie nicht jeweils das eigene Land betreffen. Hier bedienen sich alle europäischen kartographischen Institutionen verschiedenartiger Methoden, um fremde Namen in ihre Sprache zu transkribieren. Wenn auch die Uebung, fremde Namen in der Form ihrer Landessprache wiederzugeben, sofern sich diese des lateinischen Alphabets bedient, sich langsam durchgesetzt hat, so bleibt die Schwierigkeit in vollem Umfange bei der Transkription aus nichtlateinischen Alphabeten, also vor allem russischer, bulgarischer, serbischer und griechischer Namen, bestehen.

All die aufgezeigten Verschiedenartigkeiten betreffen zunächst nur die meist von staatlichen Stellen herausgegebenen topographischen Kartenwerke der einzelnen Länder, die ja nun allerdings das Grundgerüst der Kartographie überhaupt bilden. Die große Masse der von der privaten kommerziellen Kartographie hervorgebrachten Erzeugnisse, die nur zu geringem Teil topographische Karten, zu weit größerem Teil jedoch Karten mit besonders spezialisiertem Inhalt oder besonderem Verwendungszweck umfaßt, zeigt ein noch viel bunteres Bild methodischer und inhaltlicher Verschiedenheit. Dies um so mehr, als für diese große Gruppe von Karten überhaupt noch keine wissenschaftliche Methodik bis in die letzten Einzelheiten entwickelt wurde, sondern eine solche erst im Entstehen begriffen ist. Nicht einmal die Bezeichnung dieser Karten mit einem Sammelnamen ist einheitlich; während man im deutschen Sprachgebiet vorzugsweise den Ausdruck „angewandte Karten“ verwendet, ziehen die Franzosen die Bezeichnung „cartes spéciales“ und die Engländer den Ausdruck „topical maps“, also etwa „thematische Karten“, vor.

Es hätte gar keinen Zweck, vor der aus allen diesen Darlegungen hervorgehenden Tatsache die Augen zu verschließen, daß es so etwas wie eine „europäische Kartographie“ im Sinne einheitlicher Planung, Methode und Zielsetzung nicht gibt.

Um die Notwendigkeit, diese Aufgabe ernsthaft anzugehen, noch besonders zu unterstreichen, lohnt es sich, einen kurzen Blick auf die Situation außerhalb Europas, auf die beiden großen Weltmächte im

Osten und Westen, zu werfen und deren kartographische Situation zu umreißen.

Die Sowjetunion hat schon in den ersten Jahren ihres Bestandes den Entschluß gefaßt, das gesamte alte russische Kartenwesen, das außer an der Schwäche einer vollkommen veralteten Projektion ähnlich der englischen Kartographie an alten Maßstäben litt (Maßstabreihe: 42 000, 84 000, 126 000 usw.), über Bord zu werfen, völlig von neuem zu beginnen und sich dabei die allseits entwickelten modernsten Errungenschaften zunutze zu machen. Trotz anfänglich großer Schwierigkeiten und teilweise chaotischer Zustände in der Uebergangsperiode gelang es doch, gegen Ende der dreißiger Jahre der gestellten Aufgabe Schritt für Schritt Herr zu werden. Die Folge war, daß die Sowjetunion heute hinsichtlich der Einheitlichkeit in der Planung und des inneren und äußeren Zusammenhanges aller ihrer Kartenwerke das am besten durchdachte und großzügigst geplante Kartenwesen auf der ganzen Welt besitzt. Ihre Uebersichtskartenwerke in den Maßstäben 1:1 000 000 und 1:500 000 überdeckten bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges über das Gebiet der Sowjetunion hinaus ganz Europa sowie weite Teile Vorder-, Inner- und Ostasiens. Ja, es gelang den Sowjets sogar, auch die „angewandte Kartographie“ weitgehend zu standardisieren und damit für alle Planungszwecke verwendbarer zu machen. Inzwischen sind schon Schritte unternommen worden, um das Kartenwesen der Ostblockstaaten jenem der Sowjetunion anzugleichen, und für die Kartographie Chinas läßt sich das gleiche vermuten. Der einheitlich überdeckte Raum wird so noch umfangreicher.

Auf der anderen Seite des Atlantiks entwickelten die USA durch ein einheitliches Kartenwesen ihres großen geschlossenen Territoriums auch eine sehr ansehnliche kartographische Leistung. Ihr Vorsprung gegenüber den anderen amerikanischen Staaten sicherte ihnen auch auf deren Kartenwesen einen gewissen Einfluß. Es war die American Geographical Society in New York, die mit einer Kartenserie von 107 Blättern 1:1 000 000 eine einheitliche Uebersichtskarte über ganz Lateinamerika herstellte. Wie weit Amerika als Kontinent Europa in dieser Richtung voraus ist, beweist der Umstand, daß schon seit 1941 eine besondere Kartographische Kommission im Rahmen des Panamerikanischen Instituts für Geographie und Geschichte besteht, die sich mit der Vereinheitlichung des Kartenwesens aller amerikanischen Staaten beschäftigt. Einen besonderen Aufschwung erfuhr die Kartographie der USA durch den Zweiten Weltkrieg und die Zeit nachher. Insbesondere ihre militärischen und Luftfahrtkartenwerke überdecken heute nicht allein Amerika, sondern den größten Teil der übrigen Welt, meist jedoch nur in Form unveränderter Nachdrucke der einzelnen nationalen Kartenwerke. Die amerikanische Kartographie leidet im Ver-

gleich zur russischen an dem Mangel einer strengen zentralistischen Einheitlichkeit — sind doch in Amerika nahezu zwanzig verschiedene staatliche Dienststellen mit der Herausgabe von Karten beschäftigt gegenüber einer zentralen Behörde in der Sowjetunion. Diesem Nachteil steht die zweifellos bessere technische Ausstattung sowohl hinsichtlich der Landesvermessung wie in den Betrieben der graphischen Industrie gegenüber.

Angesichts dieser Umlammerung durch zwei kartographische Großmächte und in engstem Zusammenhang mit allen ernsthaften Versuchen, zu einer europäischen Föderation zu gelangen, wäre es dringend notwendig, an den Gedanken einer gesamteuropäischen Kartenplanung heranzugehen. Einem solchen Plane steht zweierlei entgegen: die Armut unseres Kontinents und zweitens die starken nationalistischen Ressentiments, die auch auf diesem Gebiet ein Abgehen von alter Landestradiation erschweren werden. Es besteht nach den vorgesagten Ausführungen über die Differenziertheit des europäischen Kartenwesens kein Zweifel darüber, daß eine Angleichung der nationalen Kartenwerke unmöglich und der einzig beschreibbare Weg der einer völligen Neuplanung ist. Die außerordentliche Summe an Erfahrung, Ideenreichtum, Präzision der graphischen Industrie sowie das reiche Quellenmaterial des bisherigen europäischen Kartenwesens würden bei Überwindung der beiden vorerwähnten Schwierigkeiten die Lösung der gestellten Aufgabe in einer Form sichern, die Europa unbedingt wieder an die Spitze innerhalb der Kartographie der ganzen Welt bringen würde.

Für eine gesamteuropäische Kartenplanung liegen eine ganze Anzahl praktischer Erfahrungen internationaler Kartenarbeit sowie viele theoretische Vorarbeiten vor. Der erste Schritt zu einer internationalen Kartographie war der Vorschlag des deutschen Geographen A. Penck auf dem Internationalen Geographenkongreß in Bern 1891 zur Schaffung einer internationalen Weltkarte 1:1 000 000. Er beschränkte sich nicht auf Europa, sondern setzte sich ein Kartenwerk zum Ziel, das die ganze Welt überdecken sollte. Es war schon zur Zeit dieses Vorschlages klar, daß eine Karte 1:1 000 000 gerade für die Bedürfnisse Europas zu klein sei. Obgleich der Vorschlag allgemeine Zustimmung fand, zogen sich Verhandlungen und Planungen bis 1909 hin, weil viele Fragen des nationalen Prestiges die Festlegung der Richtlinien für die Ausarbeitung dieser Karte erschwerten. Als man sich endlich 1909 und 1913 auf solche geeinigt hatte, unterbrach der Erste Weltkrieg die Fortsetzung des Werkes. Dagegen bemächtigten sich damals schon militärische Stellen dieses Gedankens und entwickelten die Karte zur militärischen Uebersichtskarte, die sie auch im Zweiten Weltkrieg gewesen ist. Trotz aller Mängel sowie der immerhin noch beträchtlichen Lücken, die sie insbesondere in Nordamerika, Inner-

und Nordasien aufweist, ist die Internationale Weltkarte 1:1 000 000 doch heute das einzige wirklich ansehnliche Produkt einer internationalen Kartographie. Diese Karte hat im übrigen Anstoß zu verschiedenen anderen Kartenwerken speziellerer Zweckbestimmung gegeben, darunter einigen, die auch spezifisch europäischen Fragen gewidmet sind. Das erste derartige Werk war die auf der Internationalen Weltkarte beruhende „*Tabula Imperii Romani*“, welche die archäologischen Forschungsergebnisse auf dem gesamten Territorium des Römischen Reiches festhalten sollte. Von dieser Karte sind bis jetzt vier italienische, zwei englische, ein französisches und ein deutsches Blatt erschienen. Vom Verfasser dieses Berichtes wurde 1941 mit der Herausgabe einer Volkstums- und Sprachenkarte Europas, ebenfalls auf der Grundlage der Internationalen Weltkarte, begonnen, doch unterbrach das Kriegsende diese Arbeit nach dem Erscheinen von 13 Blättern. Es bestand damals die Absicht, dieser ethnographischen Karte eine Anzahl weiterer Kartenserien spezialisierten thematischen Inhaltes, vor allem Verwaltungs-, Verkehrs- und Wirtschaftskarten, folgen zu lassen, doch kamen auch diese Projekte durch das Kriegsende über das Entwurfsstadium nicht hinaus.

Diese vorstehend genannten Beispiele angewandter Karten, die sich auf die Internationale Weltkarte 1:1 000 000 stützen, waren die einzigen, die sich speziell auf Europa beschränkten. Andere griffen über Europa hinaus, so die Internationale Luftfahrtkarte 1:1 000 000, von der schon vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine große Zahl von Blättern vorlag. Weitere internationale Kartenprojekte lagen den letzten internationalen Geographenkongressen in Lissabon 1949 und in Washington 1952 vor. Der französische Geograph Henri Gaussen schlug die Herausgabe von fünf zusammenhängenden Serien betreffend Geologie, Klima, natürliche Pflanzendecke, Böden und Ackerbau vor. Auf Initiative des amerikanischen Professors *van Valkenburg* wurde eine Kommission zur Durchführung einer Welt-Landnutzungsaufnahme und Herstellung entsprechender Karten gebildet. So sehr diese Projekte auch für Europa von Interesse sind, so wenig können sie als spezielle Planungen einer „europäischen Kartographie“ angesehen werden.

Die Internationale Weltkarte 1:1 000 000 hat sich auch in anderer Richtung auf das Kartenwesen vieler Staaten ausgewirkt, weil sie die Anpassung von Karten in größeren Maßstäben an den Blattschnitt der IWK vornahmen; so Frankreich, Deutschland, Italien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland mit Karten 1:500 000, England mit Karten 1:250 000, 1:200 000 und 1:400 000. Die Sowjetunion hat ihr gesamtes Kartenwesen auf den Blattschnitt der Internationalen Weltkarte 1:1 000 000 abgestellt. Diesen Ansatzpunkten der Zusammenarbeit bei der Planung und Herstellung internationaler Kartenwerke stehen

zahlreichere Uebereinkommen hinsichtlich der Standardisierung bestimmter Vermessungsgrundlagen und Kartenzeichen zur Seite. Die Geodäten einigten sich 1924 über die Bevorzugung einer bestimmten Erdmessung. Periodische Kongresse der Internationalen Gesellschaft für Geodäsie sorgen für den Erfahrungsaustausch und die Angleichung der Forschungsergebnisse auf allen einschlägigen Gebieten. Die Geologen haben sich seit Jahrzehnten nicht nur bezüglich der Terminologie, sondern auch über die Farbgebung der einzelnen Perioden, bzw. Formationen geeinigt. Die ICAO (International Civil Aviation Organization) gelangte zu einer Vereinheitlichung der Zeichen auf Luftfahrtkarten. Die Zeichen auf Karten des Wetterdienstes sind ebenfalls international normiert, desgleichen die Seekarten, obgleich diese nicht von internationalen Stellen, sondern von nationalen Körperschaften herausgegeben werden. Auf vielen anderen Gebieten liegen Vorschläge zur Normierung vor, vor allem auf dem Gebiet der Morphologie, Bodenforschung und Agronomie.

Diese Beispiele zeigen, daß eine internationale Verständigung am besten und leichtesten auf der Ebene spezieller Fachwissenschaften zu erzielen ist.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen einer einheitlichen europäischen Kartenplanung ist eine umfassende bibliographische Uebersicht über das allseits vorhandene Kartenmaterial. In dieser Hinsicht waren die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Europa voraus, die Russen, die seit mehr als 15 Jahren eine periodische kartographische Bibliographie besitzen, und die Amerikaner mit der Evidenzkartei ihrer großen Kartensammlungen bei der Library of Congress, Department of State und American Geographical Society. In Europa fehlten solche Hilfsmittel selbst im nationalen Bereich. Den ersten Versuch machten die Franzosen ab 1936 mit einer „Bibliographie Cartographique de la France“; ein deutscher Plan einer periodischen Kartenberichterstattung, den die Abteilung für Landeskunde des damaligen Reichsamtes für Landesaufnahme in Zusammenarbeit mit der damaligen Reichsstiftung für Länderkunde zu Kriegsende vorbereitete und der sich auf ganz Europa erstrecken sollte, kam durch den Kriegsausgang nicht mehr zur Verwirklichung. Eine zunächst auf Deutschland beschränkte, inzwischen aber auf die Schweiz und Österreich ausgedehnte, inhaltlich und methodisch hervorragend bearbeitete Kartenberichterstattung erscheint seit 1949 in den „Berichten zur Landeskunde“, die von der „Bundesanstalt für Landeskunde“ herausgegeben werden. Die Initiative zu einer internationalen Kartenbibliographie wurde erstmals 1938 von M. Foncin von der Bibliothèque Nationale in Paris dem Internationalen Geographenkongreß in Amsterdam vorgeschlagen. Wieder griff der Plan über Europa hinaus. Seine Verwirklichung wurde durch den Zwei-

ten Weltkrieg aufgehalten, aber 1946 mit Unterstützung der UNESCO durchgeführt. Diese „Bibliographie Cartographique Internationale“ begann ihr Erscheinen zunächst gestützt auf die Mitarbeit Frankreichs und einiger kleinerer europäischer Staaten, doch haben sich inzwischen Deutschland, Großbritannien, Italien, die USA, Kanada und Argentinien angeschlossen, so daß die Publikation ein umfassendes internationales Organ geworden ist. Der Doppelband 1951/52 steht vor der Fertigstellung, und von 1953 an wird die Bibliographie zeitlich auf dem laufenden bleiben. Leider sind zusammenfassende Uebersichten über den derzeitigen Bestand an topographischem Kartenmaterial Europas für die letzte Zeit in veröffentlichter Form nicht greifbar. Die letzte und wohl umfassendste Uebersicht bilden die sogenannten „Planhefte“ des ehemaligen deutschen Generalstabes, die ganz Europa überdecken, aber nicht im öffentlichen Buchhandel erschienen sind. Diese Planhefte beschreiben nicht nur die militärischen Kartenausgaben, sondern auch sehr genau die Originalkarten und Vermessungsgrundlagen der einzelnen Länder.

Wie nicht anders zu erwarten, haben sich auch die UN mit der Frage einer Vereinheitlichung des Kartenwesens und der Entwicklung einer internationalen Kartographie befaßt. Ein besonderer Sachverständigenausschuß, dem Vertreter vieler Staaten angehörten, befaßte sich 1948 mit den Koordinationsproblemen der Kartographie. Es ist bezeichnend, daß die in dieser Kommission vertretenen Fachorganisationen durchwegs amerikanische waren und auch diese allein Vorschläge und Berichte vorlegten. Der Plan eines UN-Kartenamtes und die Herausgabe eines periodischen kartographischen Jahrbuchs, die beide von der Kommission vorgeschlagen wurden, ließen lange auf ihre Verwirklichung warten. Schließlich erschien Anfang 1952 das erste Heft dieser Publikation, „World Cartography“, Volume I, 1951. Abgesehen von einigen Artikeln, vornehmlich vermessungstechnischer Erfahrungsberichte, enthält es Beiträge über die Kartographie beider Amerika, Brasiliens, Kanadas und der USA, ein deutlicher Beweis, wie sehr Europa mit seiner viel entwickelteren kartographischen Theorie und Praxis gegenüber Amerika in die Hinterhand geraten ist. Die anfangs entwickelte Initiative der UN auf diesem Gebiet ließ jedoch bald nach, nicht zuletzt angesichts der Opposition der Ostblockstaaten, die ihre Mitarbeit versagten und so eine wirklich internationale Zusammenarbeit verhinderten. Dem ersten Band der „World Cartography“ ist bis jetzt kein weiterer gefolgt.

Es bleibt als letztes, auf jene Planungen und Vorschläge hinzuweisen, die für den Entwurf und Aufbau einheitlicher Kartenwerke nach modernsten Gesichtspunkten in verschiedenen wissenschaftlichen Publikationen gemacht worden sind und die einer gesamt-europäischen Kartenplanung auch dann von großem

Nutzen sein würden, wenn sie zunächst mit nationaler Zielsetzung abgefaßt wurden. Naturgemäß stehen hier deutsche Veröffentlichungen im Vordergrund, einmal, weil Deutschland selbst an der Vereinheitlichung seines auf verschiedene (preußische, bayrische, sächsische usw.) Wurzeln zurückgehenden Kartenwesens laboriert, zum anderen, weil Deutschland angesichts seiner Lage im Zentrum des europäischen Kontinents stärker als die peripheren Großstaaten Frankreich, Italien, Spanien an einem zusammenhängenden Kartenwesen, das auch die benachbarten Gebiete in Ost und West umfaßt, interessiert ist. Es ist danach nicht zu verwundern, daß es vor allem deutsche Kartenwerke sind, die größere Teile des zentralen Kontinents überdecken, beginnend mit der alten Reymannschen Uebersichtskarte von Mitteleuropa, fortgesetzt mit der österreichischen Generalkarte von Mitteleuropa 1 : 200 000, die von Berlin bis Rom und von Lothringen bis Odessa reicht, oder der Uebersichtskarte von Mitteleuropa 1:300 000,

die in Berlin erschien und schließlich von Südkandinavien bis Triest und von Paris bis Ostpolen reichte und im Kriege bis über den Ural und ins nördliche Kleinasien ausgedehnt wurde. Solche kartographischen Vorarbeiten würden einer gesamteuropäischen Kartographie ebenso als Vorbild dienen können wie die zahlreichen Anregungen theoretischer Art, wie sie etwa W. Strzygowski 1942 für den Neuaufbau einheitlicher Kartenwerke gemacht hat.

Es bleibt zu hoffen, daß jene politischen Stellen, die sich mit den Fragen einer europäischen Föderation sowie den Plänen wirtschaftlicher Koordination befassen, die Wichtigkeit und Dringlichkeit einer europäischen Kartographie rechtzeitig erkennen und damit helfen, eine der wichtigsten Grundlagen für den Erfolg ihrer eigenen Bemühungen zu schaffen. Es wird aber nicht genügen, mit Angleichungsversuchen der nationalen Kartenwerke einen Notbehelf zu schaffen, sondern es muß die völlige Neuplanung gesamteuropäischer Kartenwerke ins Auge gefaßt werden.

Literaturverzeichnis (Auswahl)

Zum Stand der kartographischen Erschließung der Erde

- Platt, Raye R.: Official topographic maps. A world index. In: *Geographical Review*. 35/1945, S. 175 ff. New York 1945.
Modern Cartography, Base maps for world needs. Herausg. United Nations, Department of Social affairs. Lake Success, New York 1949, S. 18.
World Cartography, Volume I, 1951. United Nations, New York 1951, 107 S.

Zur Differenziertheit des europäischen Kartenwesens

- Eckert, Max: Die Kartenwissenschaft, 2 Bde., Berlin 1921—25.
Eckert, Max: Kartenkunde. Berlin 1936.
Kartenkataloge der staatlichen Karteninstitute der einzelnen europäischen Länder, 1935—1952.
Amtliche topographische Kartenwerke der Staaten Europas. Regionalübersicht. In *Geographisches Taschenbuch* 1953. Stuttgart 1953, S. 233 ff.

Zum Kartenwesen der Sowjetunion

- Bendovskij, M. K.: Sowjetskaja geodesija i kartografija v tret'em pjatilet'ij. Moskau 1939. (Sowjetgeodäsie und Kartographie im dritten Fünfjahresplan.)
XX let sowjetskoj geodesij i kartografij, 1919—1939, 2 Bde. Moskau 1939. (20 Jahre Sowjetgeodäsie und Kartographie.)
Krallert, Wilfried: Die Planmäßigkeit auf dem Gebiet sowjet-russischer kartographischer Arbeiten. In *Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung*, 7. Band 1943, S. 12 ff. Leipzig 1943.

Zum Kartenwesen der USA

- Catalogue of maps, Herausg. Army map service. Washington o. J.
Raisz, Erwin: General Cartography. New York—London 1948. S. 43—53.
Publications of the American Geographical Society. New York 1951.

Zur Internationalen Weltkarte 1 : 1 000 000

- Meyer, H.: Die Internationale Weltkarte 1 : 1 000 000 und ihr heutiger Stand. In *Mitteilungen des Reichsamtes für Landesaufnahme*. Berlin 1931—32.

The international 1 : 1 000 000 map, Report for 1938. Southampton 1938.

Grenacher, Franz: Die internationale Weltkarte 1 : 1 000 000 im Zeitgeschehen. In *Geographica Helvetica* II/1947, S. 112 ff. Bern 1947.

Zu angewandten Kartenwerken auf Grundlage der Internationalen Weltkarte 1 : 1 000 000

- Krallert, W.: Weltkarte 1 : 1 000 000, Sonderausgabe Volkstum, 13 Blätter Süd- und Südosteuropas. Wien 1943—1945.
Die Welt-Landnutzungsaufnahme (Kommissionsbericht von 1949). In *Geographica Helvetica* V/1950, S. 183 ff. Bern 1950.
Map Projects on the scale of 1 : 1 000 000. In *Geographical Review*, Bd. 40/1950, S. 331. New York 1950.

Zur Bibliographie von Karten

- Kartografitscheskaja letopis, Moskau 1930—1938. (Kartenverzeichnis).
Bibliografija kartografitscheskoj literatury i kart, Moskau 1939 ff. (Bibliographie kartographischer Literatur und Karten.)
Bibliographie Cartographique de la France. Paris 1936, 1937 und 1938—1945.
Kartenberichterstattung. In *Berichte zur Landeskunde*. Herausg. von E. Meynen, Stuttgart 1947 ff.
Bibliographie Cartographique Internationale. Paris 1946 ff.
Amtliche topographische Kartenwerke der Staaten Europas. Regionalübersicht. In *Geographisches Taschenbuch* 1953. Stuttgart 1953. S. 233 ff.

Zu Koordinationsbemühungen internationaler Kartographie und Vorschlägen zur Neuplanung von Kartenwerken

- Strzygowski, Walter: Vorschläge für den Neuaufbau einheitlicher Kartenwerke. In *Jahrbuch der Kartographie*, 1942. Leipzig 1942.
Le monde a besoin de meilleures cartes. In *Bulletin des Nations Unies*, Bd. VII/1949, S. 1 ff. New York 1949.
Modern Cartography, Base maps for world needs. Herausg. United Nations, Department of Social affairs. Lake Success, New York 1949. (Auch in Französisch.)
Report of the Secretary General on Co-ordination of Cartographic Services of Specialized Agencies and International Organizations. United Nations, New York 1949, 341 S.

Der zivile Bevölkerungsschutz im Ausland

*Von Wolf von Dreising, Regierungsdirektor im Bundesministerium des Innern, Bonn**

Begriffe, Ursachen und Organisationsformen

Unter zivilem Bevölkerungsschutz werden im Ausland ebenso wie in Deutschland die nichtmilitärischen Maßnahmen verstanden, die bei großen, über den örtlichen Bereich hinausgreifenden Katastrophen einen unmittelbaren Schutz von Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung gewährleisten, ihre Wohnungen und Betriebsstätten schützen und ihre lebensnotwendige Versorgung sichern sollen. Der Zivile Bevölkerungsschutz hat somit keinen militärischen Charakter und gehört nicht zur militärischen Landesverteidigung, auch wenn er im Ausland meist „Zivile Verteidigung“ genannt wird. Der Kern aller Schutzmaßnahmen liegt beim Luftschutz.

Wenn auch die Organisationen des zivilen Bevölkerungsschutzes überall in erster Linie aufgebaut worden sind, um der am Kampf unbeteiligten Bevölkerung in den Schrecken eines Krieges zu helfen, stehen sie doch auch für einen Einsatz bei schweren überörtlichen Katastrophen im Frieden zur Verfügung. So gab die große Ueberschwemmungskatastrophe in den Niederlanden und in England zu Beginn dieses Jahres neben den damals eingesetzten Truppen auch den Organen der zivilen Verteidigung Gelegenheit zur erfolgreichen Bewährung. In den Vereinigten Staaten werden die Freiwilligen der Zivilverteidigungsorganisationen regelmäßig bei den dort häufigeren, große Gebiete in Mitleidenschaft ziehenden Naturkatastrophen zum Hilfsdienst herangezogen; der Einsatz hat sich so bewährt, daß er in 38 Staaten für solche Fälle bereits gesetzlich vorgeschrieben ist.

Diese Schutzmaßnahmen gehen von der durch zwei Weltkriege erhärteten Tatsache aus, daß infolge der Entwicklung der Kriegstechnik die Bevölkerung eines Landes nicht mehr von seinen kämpfenden Streitkräften allein geschützt werden kann, sondern eines weiteren Schutzes bedarf. Neben die militärische Verteidigung ist die zivile Verteidigung getreten.

Während die Bundesrepublik Deutschland auch auf diesem Gebiet vor der Notwendigkeit eines völligen Neuaufbaues steht, haben alle anderen Länder, und zwar die Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes nicht weniger als neutrale Staaten, wie zum Beispiel die Schweiz und Schweden, nicht nur meist ihre Einrich-

tungen aus dem Zweiten Weltkrieg beibehalten, sondern haben sie unter Berücksichtigung der Kriegserfahrungen und der inzwischen durch Atomwaffen gesteigerten Kriegstechnik wesentlich ausgebaut. Sogar das ferne Pakistan erklärt im Juni 1950 in einer Dienst-anweisung über zivile Verteidigung: „Gleichgültig, ob Anzeichen einer unmittelbaren Gefahr aus irgendeiner Ursache bestehen oder nicht, ist es für jedes Land erforderlich geworden, sich auf alle Möglichkeiten vorzubereiten, wenn es in einem Konfliktfall überleben will.“

In fast allen Staaten liegt die Leitung des zivilen Bevölkerungsschutzes in der Hand eines zivilen Ressorts, und zwar zumeist in der des Innenministers. Für die Vorbereitung aller Aufgaben und Maßnahmen ist häufig unter ihm eine oberste Zentralbehörde oder Abteilung geschaffen, wie zum Beispiel in Schweden das „Zivilverteidigungsamt“, in Dänemark die „Zivilverteidigungsdirektion“, in Frankreich die „Generalinspektion für den Zivilschutz“, in Großbritannien die „Abteilung für zivile Verteidigung“. In den Vereinigten Staaten untersteht die „Bundesbehörde für die zivile Verteidigung“ keinem Ressort, sondern unmittelbar dem Präsidenten. Die Anweisungen dieser Zentralstellen gehen regelmäßig über die Behörden der zivilen (inneren) Verwaltung bis zu den Gemeinden, deren Leiter in den meisten Fällen für die Durchführung aller Maßnahmen verantwortlich und dafür mit besonderen Vollmachten ausgestattet sind. In der Schweiz allein ist gegenwärtig die zivile Verteidigung ein Teil der militärischen Gesamtverteidigung und liegt bei dem „Eidgenössischen Militärdepartement“.

Zur Durchführung aller Maßnahmen in einem Katastrophenfall steht der staatlichen Führung in einer Reihe von Ländern ein straff organisiertes, aber ziviles staatliches Hilfskorps zur Verfügung, dessen vorbereitete oder bestehende Kader durch ausgebildete Ergänzungskräfte schnell auf den erforderlichen Bedarf gebracht werden können. Die Angehörigen dieser Organisationen sind regelmäßig registriert und vom Wehrdienst befreit. So hat zum Beispiel Schweden eine Hilfsorganisation von 900 000 Personen, Dänemark ein „Zivilschutzkorps“, Belgien ein „Nationalkorps der zivilen Sicherheit“, Großbritannien ein „Zivilverteidigungskorps“ mit bisher 200 000 Ange-

*) Abgeschlossen am 7. September 1953.

hören; in Italien ist Rückgrat der Hilfsorganisation die staatliche Feuerwehr, die auch in Frankreich im Katastrophenfall staatlicher Führung untersteht.

Mit einzelnen Unterschieden kommt in allen Staaten den nationalen Gesellschaften vom Roten Kreuz eine bedeutende Rolle bei der Hilfeleistung in Katastrophenfällen jeder Art und besonders bei den Aufgaben zu, die sich für Unterzeichnerstaaten aus dem vierten Genfer Abkommen über den Schutz der Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 ergeben.

Neben den neutralen und den nordischen Ländern haben die zum Atlantikpakt-Verteidigungssystem gehörenden westlichen Länder Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande entsprechende Maßnahmen getroffen, die im einzelnen unterschiedliches Ausmaß zeigen. Diese Länder haben sich, ausschließlich Italiens aber einschließlich Luxemburgs, bereits durch den Vertrag von Brüssel vom 17. März 1948 nicht nur zu gegenseitiger militärischer Hilfeleistung im Falle eines Angriffs, sondern auch zu Schutzmaßnahmen auf dem Gebiet der zivilen Ver-

teidigung, jedes Land für sich, verpflichtet. Die genannten Länder haben zur Durchführung dieser Arbeiten eine Ständige Kommission gebildet, die im Januar 1952 in London erstmalig zusammentraf und im Mai/Juni 1952 in Brüssel weitere Sitzungen abhielt. Außerdem ist inzwischen bei der NATO ein Comité international pour la défense civile gebildet, das sich zu periodischen Arbeitstagen zusammenfindet, um die auch auf diesem Gebiete erforderliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, zu denen die Bundesrepublik bekanntlich noch nicht gehört, zu gewährleisten.

Ueber die vorsorglichen Maßnahmen hinter dem Eisernen Vorhang ist nur wenig bekannt; jedoch liegen Unterlagen dafür vor, daß man auch dort nicht untätig geblieben ist. In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist jedenfalls Ende Oktober 1952 mit dem Aufbau einer Luftschutzorganisation begonnen worden. Die „Volksarmee“ soll den Luftwarndienst übernehmen; FDJ-Mitglieder werden als Luftschutzhelfer ausgebildet; für Ausbildung und Betreuung der betrieblichen Luftschutzgemeinschaften wird der FDGB zuständig.

Die Schutzmaßnahmen in den einzelnen Ländern

Schweiz

Die Schweiz, deren Politik seit jeher auf unbedingte Wahrung ihrer Neutralität gerichtet ist, hat allen Maßnahmen für den Schutz seiner Zivilbevölkerung, insbesondere vor Kriegsgefahren, größte Bedeutung beigemessen. Obwohl auch die Erd- und Luftgefährdung der Schweiz im Vergleich zu der anderer Staaten, insbesondere aber zu der der Bundesrepublik, selbst unter der gegenwärtigen weltpolitischen Lage als durchaus geringer zu beurteilen sein dürfte, hat die Schweiz ihre im letzten Weltkrieg begonnenen bautechnischen Maßnahmen nach dem Kriege fortgesetzt. Sie verfügt heute über unterirdisch verlagerte lebenswichtige Zentralen und Anlagen.

Bereits nach einem Gesetz vom 21. Dezember 1950 ist für Ortschaften von 1000 und mehr Einwohnern in Neubauten die Erstellung von Schutzräumen und Notausstiegen, in Reihenhäusern auch von Mauerdurchbrüchen obligatorisch. In dem Gesamtplan der Neubauten, bei dem man mit der Erstellung von etwa 10 000 Wohnungen pro Jahr rechnet, ist ein Betrag von ca. 10 Millionen sfrs. pro Jahr vorgesehen. Dieser Betrag verteilt sich wie folgt: Für jede Person werden 200 sfrs. angerechnet, so daß man, wenn man pro Wohnung eine vierköpfige Familie annimmt, mit einem Gesamtbetrag von 8 Millionen sfrs. pro Jahr rechnet. Die restlichen zwei Millionen sfrs. sollen für Luftschutzräume in Schulgebäuden, Krankenhäusern und Industrieanlagen verwendet werden. Von den genannten 10 Millionen sfrs. werden 70 vH der Bevölkerung direkt auferlegt, 10 vH werden vom Bund

und 20 vH von den Kantonen und Gemeinden getragen.

Ein weitergehendes Luftschutzgesetz vom 28. März 1952 sah außerdem in allen Ortschaften mit über 20 000 Einwohnern für sämtliche bereits bestehende Häuser Schutzräume und Notausstiege, in Reihenhäusern Mauerdurchbrüche vor. Die Bauarbeiten sollten auf einen Zeitraum von sechs Jahren verteilt werden, wofür ein Gesamtbetrag von 500 Millionen sfrs. vorgesehen war. Der Bund sollte einen Beitrag von 20 bis 25 vH leisten, Kantone und Gemeinden zusammen mindestens 20 vH. Für die Finanzierung der restlichen 60 vH war an eine Heranziehung der Hauseigentümer mit dem Recht auf Abwälzung von 4,5 vH für Zinsen und Amortisation auf die Mieter gedacht, wobei die laufende Unterhaltung zu Lasten der Hauseigentümer gehen sollte. Nur wegen der Einwände gegen die Beteiligung von Hauseigentümern und Mietern an der Finanzierung ist in einer anschließenden Volksabstimmung am 5. Oktober 1952 dieses Gesetz vom 28. März 1952, dessen Notwendigkeit und Dringlichkeit im übrigen aber von keiner Seite in Zweifel gezogen war, abgelehnt worden. Verhandlungen über die Neuregelung der Finanzierung sind noch im Gange.

Ein das ganze Land umfassender Warndienst für Fliegeralarm, Wasseralarm und „ABC“-Alarm (Warnung vor radioaktiv, biologisch oder chemisch verseuchtem Gelände) ist vorbereitet. Dabei wurde den besonderen Gefahren Rechnung getragen, die der Schweiz durch Hochwasserkatastrophen aus Stauseen

erwachsen können, von denen 45 über das Land verteilt sind.

Für die Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz sind in der Schweiz staatliche Instruktoressen eingesetzt, die auch das Personal der Hauswehren, Anstaltswehren und der Betriebswehren in industriellen Betrieben unterweisen. Kriegsfeuerwehren sind in Aufstellung begriffen, um die Einziehung von Angehörigen der Friedensfeuerwehren im Mobilmachungsfall auszugleichen. Eine besondere Luftschutztruppe mit 28 Bataillonen und 13 selbständigen Kompanien hat in Ergänzung der Feuerwehr für besonders schwere Fälle u. a. Lösch- und Bergungsaufgaben. Die Luftschutztruppen der Armee stellen aber keinen Ersatz der zivilen Luftschutzorganisation dar, vielmehr liegt auch nach Schweizer Auffassung das Schwergewicht des Luftschutzes auf dem zivilen Sektor, also bei der Selbsthilfe und ihrer Organisation. Die als Teil der Armee für den lediglich passiven Luftschutz mit der Hauptaufgabe „Rettung von Menschen“ aufgestellte Luftschutztruppe ist nicht mit Aufgaben der aktiven Luftabwehr befaßt. Während aber in allen anderen Ländern der passive Luftschutz einer zivilen Instanz untersteht, ist diese Schweizer Luftschutztruppe der „Abteilung Luftschutz“ der Eidgenössischen Militärdepartements unterstellt. Von dieser Abteilung ergehen auch die Anweisungen an die zivilen Verwaltungsstellen über die vorzubereitenden Luftschutzmaßnahmen. In jüngster Zeit ist jedoch in der Schweizer Öffentlichkeit die Überzeugung gewachsen, daß durch ein neues Bundesgesetz über den Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall eine zentrale zivile Stelle geschaffen werden müsse, die für alle entsprechenden Maßnahmen zuständig sein soll.

Wegen der Abhängigkeit der Schweiz von fremden Zufahrtslinien ist auch der wirtschaftlichen Vorsorge in organisatorischer und materieller Hinsicht in den letzten Jahren stärkste Aufmerksamkeit gewidmet worden. Der Schweizer Bundesrat ist u. a. gesetzlich ermächtigt, von Fall zu Fall die Genehmigung der Einfuhr bestimmter lebenswichtiger Waren von dem Abschluß eines „Pflichtlagervertrages“ zwischen Importeur und Staat abhängig zu machen. In diesen Verträgen verpflichtet sich der Importeur, ein über seinen Normalbedarf hinausgehendes Lager zu unterhalten. Von dieser Ermächtigung ist besonders für Waren des Massenverbrauchs, wie z. B. Nahrungsmittel und gewisse Pharmazeutika, Gebrauch gemacht worden. Die tatsächlich z. Z. beim Handel lagernden Vorräte an Nahrungsmitteln sollen einschließlich der Bundesvorräte einen Normalbedarf von elf Monaten decken.

Außerdem wird allen Betrieben und Haushaltungen von Zeit zu Zeit empfohlen, freiwillig angemessene Lebensmittelvorräte anzulegen und zu erhalten, weil in Notzeiten der Verkauf aller wesentlichen Grundnahrungsmittel zur Vorbereitung einer Rationierung

voraussichtlich für zwei Monate gesperrt werden müßte. Der Lebensmittelhandel bringt ein „Notvorratspaket“ als eiserne Ration für eine Person auf zwei Monate mit 2 kg Zucker, 2 kg Reis und 1 Liter Speiseöl oder 1 kg Speisefett für 8 bis 9 sfrs. (7,65 bis 8,65 DM) zum Verkauf, dessen weitere Ergänzung empfohlen wurde.

Die Kosten von Ausbildungskursen, die vom Bund durchgeführt werden, fallen diesem zur Last. Zu den Kosten kantonaler Kurse leistet der Bund ebenso wie bei den Hausfeuerwehren einen Beitrag von 50 vH. Weiter übernimmt der Bund von den Aufwendungen für kommunale Kurse und den Ausbau von Alarmanlagen 50 vH. Der Schweizer Bundesrat — d. h. die Regierung — hat im Voranschlag 1953 für den Luftschutz 4 875 050,— sfrs. angefordert; daneben fallen für diese Zwecke aber noch Mittel aus dem außerordentlichen Rüstungsprogramm an.

Irland

Wie aus einer Erklärung des Verteidigungsministers von Irland vom 10. Juni 1952 hervorgeht, wird dort das Personal der Zivilverteidigung, mit dessen Ausbildung bereits begonnen worden ist, für umfassende Aufgaben geschult. Das Programm enthält neben den verschiedensten Sparten des Luftschutzes alle in Frage kommenden Aufgaben, wie z. B. Evakuierung bzw. Umquartierung der bedrohten bzw. obdachlosen Bevölkerung und Einrichtung von Notdiensten für lebenswichtige Betriebe. Mit der Beschaffung der notwendigen Ausrüstung ist angefangen worden.

Schweden

Besondere Anstrengungen zur systematischen und folgerichtigen Vorbereitung eines zivilen Bevölkerungsschutzes für seine sieben Millionen Einwohner hat Schweden bereits auf sich genommen.

Ueber die erheblichen finanziellen Aufwendungen, die Schweden für seine zivile Verteidigung gemacht hat, unterrichtet nachfolgende Zusammenstellung:

Haushalts-jahr	Nettoausgaben ordentlicher Haushalt	Nettoausgaben außerordentlicher Haushalt
	skr. (1 skr. = 0,81 DM)	skr.
1949/50	rd. 12 585 000	./.
1950/51	rd. 22 450 000	— 10 584
1951/52	rd. 36 015 000	1 167 000
bewilligt im Haushaltsj.		
1952/53	rd. 48 095 000*	11 000 000

*) Davon entfallen auf den Bau von Schutzräumen, die gegen Vortreffer sichern, 21 Millionen skr. und auf den Bau von normalen Schutzräumen 0,3 Millionen skr.

Damit standen in diesem Lande von nur sieben Millionen Einwohnern in den letzten vier Haushaltsjahren Mittel von insgesamt 131 Mill. skr. = rund

106 Mill. DM für die zivile Verteidigung zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 1953/54 sind insgesamt 42 Millionen skr. neu angefordert; zu diesen treten noch rund 24 Millionen skr. Ueberhang aus Vorjahrsmitteln.

Ein dem schwedischen Innenminister unmittelbar unterstelltes „Zivilverteidigungsamt“ richtet seine Weisungen an 25 staatliche Mittelbehörden, bei denen entsprechende Fachabteilungen eingerichtet sind; diesen sind Kreisbehörden mit Einsatzleitern und Hilfskräften sowie örtliche Luftschutzleiter unterstellt. In einzelnen Gemeinden bestehen staatliche Ämter für Zivilverteidigung; dem Stockholmer Amt — 800 000 Einwohner — gehören z. Z. 60 Kräfte an.

Für den Dienst in den staatlichen Hilfsorganisationen und als Luftschutzwart in den Häusern sind bereits 900 000 Personen im Alter von 16 bis 65 Jahren registriert, die für den Wehrdienst ausscheiden. Die Hilfsdienste setzen sich aus dem Personal der staatlichen und kommunalen Sicherheitseinrichtungen, aus Ergänzungskräften und aus besonders verpflichteten Selbstschutzkräften zusammen. Sie sind gegliedert für den Ordnungsdienst, Melde- und Nachrichtendienst, Technischen, Gasabwehr-, Feuerschutzdienst, den sozialen Betreuungs- und Evakuierungsdienst und andere Dienste in Stärke von zusammen über 350 000 Personen; dazu kommen 200 000 Kräfte für den Industrieluftschutz, z. Z. etwa 205 000 Block- und Luftschutzwarte und 550 000 in Erster Hilfe und im Brandschutz ausgebildete Selbstschutzkräfte.

Der Vorbereitung des Selbstschutzes widmet sich in Schweden ein Reichsluftschutzverband mit den Aufgaben:

1. Aufklärung der Bevölkerung durch Presse, Zeitschriften und Film (so wurde an alle Haushaltungen kostenlos eine Broschüre „Wenn der Krieg kommt“ verteilt, die die Bevölkerung über alle beabsichtigten Maßnahmen aufklärt);
2. Ausbildung der nicht registrierten Bevölkerung auf freiwilliger Grundlage, während die registrierte zwangsweise ausgebildet wird;
3. Hilfe bei Planung und Ausbildung des Industrieluftschutzes.

Im April 1952 wurde eine Zivilverteidigungshochschule eingerichtet, die sich u. a. mit grundlegenden Fragen des Transportwesens, der Gesundheits- und Krankenpflege, der Sozialarbeit und der Volksvorsorgung befaßt.

Für 50 vH der Bevölkerung wurden bisher 3,5 Millionen modernisierte Gasmasken zu je 10 skr. = 8 DM und für die Hilfsdienste leistungsfähigere Masken mit Ausatemventilen zu je 60 skr. = 48 DM unentgeltlich abgegeben.

Für die gesamte Bevölkerung ist die Einrichtung eines Erkennungsdienstes in Vorbereitung; geplant sind Erkennungsmarken mit einer Bevölkerungsnummer und Fingerabdrücken.

Ein Evakuierungsplan für 3 Millionen Menschen

wurde Anfang 1953 fertiggestellt. Aus 100 Städten sollen in erster Linie Kinder bis zu 14 Jahren mit ihren Müttern, alte Personen, Invaliden und Pflegepersonal in einem Kriegsfall evakuiert werden. Es ist beabsichtigt, in einem solchen Falle grundsätzlich 30 vH der Bevölkerung zu evakuieren; für eine Reihe von Orten in Grenznähe oder mit kriegswichtiger Industrie ist jedoch Total-evakuierung vorbereitet.

Schweden besaß nach dem letzten Kriege Schutzräume für insgesamt 1,8 Millionen Personen, die aber jetzt zum größten Teil als veraltet anzusehen sind. Von der Absicht ausgehend, der verbleibenden Zivilbevölkerung den denkbar besten Schutz zu bieten, sind in Schweden seit 1945 inzwischen für eine Million Personen sogenannte Standardschutzräume in Neubauten und ferner öffentliche Schutzräume für 200 000 Personen erstellt worden. Es ist vorgesehen, weitere Schutzräume (Bunker) für eine Million Menschen zu bauen. Für bauliche Maßnahmen sind die geographischen und geologischen Verhältnisse in Schweden besonders günstig; sie erlauben den Bau volltreffersicherer Stollen in Felsen und Berge hinein. Altstadtkerne, in denen die Gefahr von Feuerstürmen besteht, sollen aber geräumt, Schutzräume dort nicht errichtet werden. Im übrigen müssen laut gesetzlicher Verpflichtung bei Neubauten oder Umbauten in Häusern, Schulen, Krankenhäusern und Industriebetrieben nahtreffersichere Luftschutzräume gebaut werden; Hauseigentümer können die Kosten auf die Mieter abwälzen. Der Umfang des privaten Schutzraumbaus dürfte seit 1945 nach amtlicher schwedischer Schätzung durchschnittlich jährlichen Kosten von etwa 14 Millionen skr. entsprochen haben.

Mit der Errichtung von Atombombenschutzräumen ist begonnen worden. Die vor kurzer Zeit eröffnete Stockholmer Untergrundbahn bietet eine ganze Reihe atombombensicherer Bunker. In Stockholm sind außerdem Bauarbeiten für einen atombombensicheren Großbunker für über 20 000 Personen im Gange, der dreistöckig unter einer 50 Meter dicken Granitschicht liegt. Neun Eingänge in den verschiedenen Stadtteilen führen in das Innere des Bunkers. Die Kosten sind auf 13 Millionen skr., d. h. rund 10 Millionen DM, veranschlagt. Drei weitere atombombensichere Schutzräume für 40 000 Personen sind in Stockholm in Aussicht genommen: Insgesamt sind in den großen Städten des Landes 150 Felsenschutzräume für 800 000 Menschen geplant. In Stockholm ist u. a. ein Hospital unter der Erde mit 200 Betten im Bau. Schutzräume für die Zentrale der Zivilverteidigung und für die Provinzregierungen sind teils bereits fertig, teils noch im Bau. Sogar mehrere Privatunternehmer bauen — völlig auf eigene Kosten — Atomschutzräume oder Atombunker für ihr Personal. Die Schutzräume für das Personal und die Einheiten der allgemeinen Zivilverteidigung werden von den Gemeinden erstellt. Sie haben dabei An-

spruch auf staatliche Unterstützung, die in der Regel zwei Drittel der Kosten beträgt. Die Befehlsstellen werden im Stadtgebiet volltreffersicher oder am Stadtrand nahtreffersicher ausgebaut. Die Luftschutzanlagen werden in Friedenszeiten, soweit sie nicht industriell ausgenutzt sind, als Garagen, Hotels, Kinos, Sporthallen usw. benutzt.

Der gesamte öffentliche Schutzraumbau wird nach einem festen Plan nach jährlichen Programmmzahlen durchgeführt. Die in dem Luftschutzsystem des Landes noch bestehenden Lücken werden nach einer Erklärung der schwedischen Regierung vom Mai 1952 in den nächsten zwei Jahren geschlossen sein.

Die Anteilnahme des schwedischen Volkes an Aufgaben der zivilen Verteidigung beweist ihr Andrang zur Ausbildung. Schon im September 1951 konnte ein „Tag der Zivilverteidigung Schwedens“ abgehalten werden; auch auf dem „Tag der freiwilligen Verteidigung“ in Stockholm im Mai 1952 wurden zum Teil Aufgaben des echten zivilen Bevölkerungsschutzes vorgeführt.

Dänemark

In Dänemark — 4,1 Millionen Einwohner — obliegt es einer besonderen staatlichen Zivilverteidigungsdirektion, alle nichtmilitärischen Maßnahmen zu treffen, um Folgen von Kriegsmaßnahmen vorzubeugen bzw. sie zu mildern, soweit diese Aufgaben nicht militärischen Formationen unterstehen. Die Hauptkraft des Zivilschutzes in Dänemark ist ein staatliches permanentes Zivilschutzkorps. Junge Männer, die für den Wehrdienst ungeeignet erscheinen, werden laufend für die Dauer von zwölf Monaten zum Zivilschutz einberufen und hier in Feuerlösch-, Rettungs- und Aufräumungs-, Sanitäts- und Nachrichtendienst ausgebildet. In Friedenszeiten besteht diese weitgehend mobile Truppe aus ständig etwa 1000 Mann, die in eigenen Kasernen untergebracht sind. Man verfügt zur Zeit über Material für 9000 Mann, die im Ernstfall sofort einberufen werden können. Auch im Frieden wird das Korps bei Großbränden und anderen Katastrophen eingesetzt.

Unabhängig von dieser stehenden Truppe ist der örtliche Zivilschutz. Er setzt sich aus Männern und Frauen zusammen, die in ihrer Freizeit auf den verschiedensten Gebieten des Zivilschutzes, meist von Angehörigen des Zivilschutzkorps, ausgebildet werden. Zur Zeit können bereits 30 000 Personen voll ausgerüstet werden.

Neben diese beiden Organisationen tritt als dritte der Selbstschutz, d. h. der eigene Einsatz der Bevölkerung. Der Staat will den einzelnen Betrieben, Villen, Häuserblöcken und abgelegenen kleinen Dörfern Ausrüstungsgegenstände, Sanitäts- und Löschmaterial zu einem Teil zur Verfügung stellen; der größte Teil muß jedoch von den Hauseigentümern und Mietern selbst angeschafft werden.

Während das staatliche Zivilschutzkorps bereits eine festgefügte Organisation ist, befinden sich der Selbstschutz und zu einem Teil auch der örtliche Zivilschutz noch im Aufbau.

Da auch Dänemark einen gut ausgebauten Nachrichtendienst als unabdingbare Voraussetzung für einen schnellen Einsatz der Zivilschutzkräfte betrachtet, hat es drei unterirdische Meldezentralen eingerichtet, die kurz vor der Fertigstellung stehen. Außerdem wird Ende 1953 ein das ganze Land verbindendes Radionetz in Betrieb genommen. In allen Städten und Dörfern sind bereits elektrische Warningsirenen aufgestellt, bei Stromausfall stehen rund 300 Kraftwagen mit motorgetriebenen Sirenen zur Verfügung.

Man ist dabei, die Leistungsfähigkeit der Gemeindefeuerwehren zu verdoppeln. Für die Anlegung von Löschwasserreserven wurden Maßnahmen bereits vorbereitet. 150 zusätzliche Löschzüge wurden angekauft und auf die größeren Städte des Landes verteilt.

Die Pläne zur Evakuierung der Zivilbevölkerung aus bedrohten oder verwüsteten Bezirken sind bereits aufgestellt oder sind in weit fortgeschrittener Bearbeitung.

Für die Herstellung und Einrichtung von öffentlichen Luftschutzräumen wurden bisher vom Staat 12 Millionen dkr. zur Verfügung gestellt (rund 7,4 Millionen DM). Dem Grundplan zufolge müssen öffentliche Schutzräume für 25 vH der Stadtbevölkerung errichtet werden. 4500 Bunker wurden bereits wieder instand gesetzt. Der Bau von weiteren 4500 Bunkern ist beabsichtigt. Größere Anlagen in Städten wurden so eingerichtet, daß sie in Friedenszeiten als Lagerräume oder unterirdische Parkplätze verwendet werden können.

Die Kosten für den zivilen Bevölkerungsschutz wurden 1952 auf rund 122 Millionen dkr. (rund 74 Millionen DM) veranschlagt; davon entfallen 50,6 Millionen dkr. auf Schutzräume, 21,6 Millionen dkr. auf Krankenhausbevorratung und Material für Sanitätskolonnen, der Rest von rund 10 Millionen dkr. auf Betriebskosten für die Zentrallleitung der Organisation in Groß-Kopenhagen, Zivilverteidigungskolonnen usw. Die dänische Zivilverteidigungsdirektion hat neuerdings Entwürfe für den Bau von Schutzräumen mit einem Kostenaufwand von 100 Millionen dkr. eingereicht, die auf fünf Jahre zu verteilen sind. Der dänische Reichstag hat einer Vorauszahlung von 20 Millionen dkr. bereits zugestimmt.

Norwegen

Auf Grund der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges hat Norwegen bereits im Herbst 1945 einen Sachverständigenausschuß gebildet und im Jahre 1946 folgende Vorschläge über die Organisation eines zivilen Bevölkerungsschutzes und der anzuwendenden Methoden unterbreitet: Vorbereitung zur Evakuierung von rund 40 vH der Bevölkerung der großen

Städte, d. h. von insgesamt 420 000 Personen bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 3,1 Millionen, Bau von Zufluchtsräumen für die in den Städten verbleibende Bevölkerung, Schaffung eines Warndienstes, Vorbereitung eines Hilfsdienstes im Falle von Angriffen auf Nachbarstädte, Schaffung von zivilen Luftschutzeinheiten für Katastrophenfälle, Gasschutzdienst, Abwehr biologischer Waffen, Überwachung des Trinkwassersystems und Warndienst gegen radioaktiven Staub.

Der mit dem Budgetvorschlag für 1947/48 vorgelegte Plan über den Aufbau des Zivilschutzes, der sich auf obige Vorschläge stützte, wurde vom Storting bereits im Juli 1947 gebilligt. Der Chef des norwegischen Zivilverteidigungskorps untersteht danach dem Innenministerium und damit der höchsten Polizeigewalt. Auf diese Verbindung wurde wegen der damit eröffneten Möglichkeit, die gesamte Polizei zu Zivilverteidigungszwecken heranzuziehen, Wert gelegt. Das Land ist in vier Zivilverteidigungsbereiche eingeteilt, jeder unter der Leitung eines Distriktschefs, dem wieder die einzelnen Polizeikreise unterstellt sind, in denen die Polizeimeister mit der Führung der Zivilverteidigung beauftragt sind. Ihnen unterstehen die den eigentlichen Kern bildenden, in Kursen ausgebildeten örtlichen Zivilverteidigungskommandos, die in allen Orten mit über 1000 Einwohnern eingerichtet sind. 60 000 Mann sind bereits jederzeit einsatzbereit.

Unabhängig von dieser Organisation arbeiten die Bereitschaftskommandos, von denen es 14 in Norwegen gibt. Jedes dieser aus 600 Mann bestehenden Kommandos hat oder wird eine eigene Kaserne erhalten, in der der Wagenpark, Löschgeräte, Sanitätsmaterial und Lebensmittelvorräte untergebracht sind. Allerdings setzt sich das Kommando nur aus Personal zusammen, das das wehrdienstpflichtige Alter überschritten hat und deshalb nur noch zu Zivilverteidigungszwecken mit rund zehntägiger Ausbildungszeit einberufen werden kann. Die Kommandos werden erst im Kriegsfall zu voller Einsatzbereitschaft einberufen.

Außer den genannten Organisationen wurde eine besondere Industriewehr ins Leben gerufen.

Dem gesamten Zivilverteidigungspersonal werden bereits nach der ersten Grundausbildung Uniformen mit sämtlichem Zubehör (Gasmasken, Gummistiefel usw.) ausgehändigt.

Der Bau von Luftschutzräumen konnte in vielen Fällen dank der auch hier besonders günstigen geologischen Verhältnisse in idealer Weise gelöst werden, da nur Tunnel in die massiven Gebirgsmassen gesprengt werden brauchten. In größeren Städten fehlt es allerdings noch an geeigneten öffentlichen Luftschutzräumen. Immerhin ist in Oslo mit dem Bau von vier Luftschutzräumen für 10 000 Personen begonnen worden, für die von Stadt und Staat Mittel

bereitgestellt sind. Die in massive Felsen atombombensicher eingesprengten Bauten sollen nach ihrer Fertigstellung in zwei Jahren als Garagen verwendet werden.

Niederlande

Die Niederlande haben sich mit allen für einen zivilen Bevölkerungsschutz für ihre 9,7 Millionen Einwohner notwendigen Maßnahmen besonders eingehend befaßt. Folgende Gesetze sind nach Zustimmung der Generalstaaten — der beiden niederländischen Kammern — im Sommer 1952 verkündet worden und in Kraft getreten:

a) Das „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung“ zeichnet alle nichtmilitärischen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und ihres Besitzes sowie des Besitzes öffentlicher Körperschaften vor den unmittelbaren Folgen von Kriegseinwirkungen vor. Alle Gemeinden sind je nach ihrer Gefährdung in zwei Gruppen aufgeteilt. In jeder Gemeinde ist der Bürgermeister für den Schutz der Bevölkerung verantwortlich. Er ist von den Anweisungen des Innenministers und seiner Organe abhängig. Der Schutz soll derart organisiert werden, daß die gemeinsame Hilfeleistung einer Panik in solchen Fällen vorbeugen soll, in denen sich lokale Organisationen als unzulänglich erweisen. Die Unkosten der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gehen zu Lasten des Staates.

b) Das „Gesetz über Notdienste“ soll die Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung im Sinne des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz ermöglichen. Es werden organisatorisch erfaßt der Bürgermeister, die städtische Erste Hilfe, die Feuerwehr, die Reinigungs- und Rettungsmannschaften, das Personal der Provinz- und Kreisverwaltungen sowie der staatliche Hilfsdienst, dem bewegliche Gruppen für Brandbekämpfung und ärztliche Hilfsdienste beigegeben sind. In den Gemeinden besteht unter Aufsicht des Bürgermeisters, in Kreisen unter Aufsicht des Kreisrates ein Notdienst; ähnliche Regelungen sind für jeden Bezirk, jede Provinz und das gesamte Land vorgesehen. Notdienstpflicht besteht für alle niederländischen Staatsangehörigen vom 16. bis 65. Lebensjahr.

c) Das „Gesetz zur Bevölkerungsverlegung“ enthält eingehende Bestimmungen über die gänzliche oder teilweise Räumung eines Gebietes und die sich daraus ergebenden Maßnahmen wie Abtransport, Unterbringung und Versorgung der Bevölkerung sowie über die entstehenden Kosten.

Außer diesen Gesetzgebungsvorarbeiten sind noch folgende praktische Maßnahmen erwähnenswert: Ein zukünftiger Angreifer wird in niederländischen Gemeinden keine Einwohnerregister mehr vorfinden, da diese unmittelbar nach Ausbruch eines Krieges vernichtet werden. Auf Mikrofilmen werden sogenannte Schattenregister, die ohne Schwierigkeiten außer Landes gebracht werden können, angelegt als Unterlage für spätere neue Bevölkerungsregister. Für den Luftschutzdienst wird in den Niederlanden weiter ein besonderes Telefon- und Radionetz eingerichtet, wofür 11,2 Millionen Gulden (rd. 12,4 Millionen DM) veranschlagt sind. Für die Alarmierung sind 1000 Sirenen vorgesehen, deren Kosten einschließlich der

sonstigen Einrichtungen zwei Millionen Gulden betragen werden. Die Feuerwehr soll durch Autospritzen, Motorspritzen, Zugmaschinen, Gerätewagen, Pumpaggregate und Feuerwehrschräuche für fahrbare Kolonnen im Wert von 25,5 Millionen Gulden (rd. 28,18 Millionen DM) verstärkt werden. Für den Ausbau des Sanitätsdienstes werden 3,6 Millionen Gulden verausgabt. Beabsichtigt ist die Anschaffung von Erste-Hilfe-Taschen, Verband- und Heilmitteln, Tragbahnen und Hospitalbetten.

Für den freiwilligen Hilfsdienst wurden in den Niederlanden 200 000 Hilfskräfte für notwendig erachtet, von denen 37 000 hauptamtlich in den beweglichen Gruppen des staatlichen Hilfsdienstes und in gewissen Stellungen der besonders gefährdeten Zonen tätig sein werden. 86 400 Personen werden alle zwölf Tage zu Arbeitsleistungen herangezogen werden müssen, und schließlich werden 66 400 Personen eine Bereitschaftsgruppe bilden, die im Falle höchster Not einberufen wird. Falls sich nicht genügend Hilfskräfte freiwillig melden, ist Einberufung möglich.

Im Schutzraumbau bevorzugen die Niederlande wegen der kurzen Warnfristen Schutzräume in den Häusern und Arbeitsstätten gegenüber größeren Luftschutzbunkern. Nur für besonders verkehrsreiche Gegenden sind Sammelschutzräume vorgesehen.

Erwähnung verdient die Tatsache, daß sich bei der jüngsten Ueberschwemmungskatastrophe in Holland Hubschrauber als das wichtigste Einsatzmittel bewährt haben. Es stand allerdings in Holland bei Einbruch der Flut zunächst nur ein Hubschrauber zur Verfügung; im Verlauf der Rettungsarbeiten wurden jedoch mehr als dreißig Hubschrauber eingesetzt, denen Hunderte von Menschen ihr Leben verdanken. Da Flutkatastrophen Holland nicht nur im Frieden, sondern auch in einem Kriegsfall bedrohen, wird nach den jüngsten Erfahrungen die Bereitstellung von Hubschraubern des Roten Kreuzes in Erwägung gezogen.

Belgien

Auch Belgien hat die ersten praktischen Maßnahmen auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes eingeleitet und beabsichtigt, diese beschleunigt fortzusetzen. Dem Innenminister ist als beratendes Organ ein Oberster Rat mit sieben Unterkommissionen unterstellt (Feuerschutz, passiver Luftschutz, Hospitalisierung, Schutz von Kunstwerken, Bekämpfung von Brandverletzungen, wissenschaftliche Forschungsarbeiten, Evakuierung und Errichtung von Luftschutzbunkern). Jede der belgischen Universitäten hat den Auftrag eines außergewöhnlichen Studiums von Fragen des zivilen Luftschutzes übernommen. Auf Grund eines Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung in Kriegsfällen von 1937 ist am 18. Juni 1951 ein ziviles, dem Innenminister unterstehendes „Nationalkorps der zivilen Sicherheit“ gebildet worden, das sich vorläufig aus Freiwilligen

rekrutiert. Es hat die Aufgabe, die Bevölkerung — insgesamt 8,5 Millionen Einwohner — und das Volksgut gegen Luftangriffe und Kriegsschäden zu schützen. Vierzehn bewegliche Kolonnen dieses Hilfs- und Rettungskorps lehnen sich an die sonstigen staatlichen und städtischen Organisationen des Landes an. Die Kolonnen setzen sich zusammen aus je einer Rettungsabteilung, Aufräumungsabteilung, Feuerlöschabteilung und einer Abteilung Hilfspolizei. Die Gesamtzahl der örtlich benötigten Kräfte wird im Falle eines Krieges rund 80 000 Mann, die der fliegenden Kolonnen rund 20 000 Mann umfassen.

Das ganze Land ist in zwölf Sicherheitszonen eingeteilt worden, in denen die staatlichen Behörden auf Weisung der Regierung die Instandsetzung des Alarm- und Warndienstes in die Hand genommen haben; sie haben ferner Luftschutzbunker neu gebaut oder wiederhergestellt, die luftgefährdeten Objekte festgestellt und Löschwasservorräte angelegt. In den großen Städten sind Unterkünfte für die Bevölkerung zum Gebrauch bei Luftangriffen bereitgestellt. Auch ein Bunker für Kunstgegenstände ist im Bau. In den Haushaltsplan für 1952 sind für Luftschutzbauten 117,6 Millionen bfrs. (9,9 Millionen DM) eingestellt worden. Die Kosten für die Ausrüstung der vierzehn beweglichen Kolonnen des Zivilschutzkorps, für die Großaufträge in Feuerlöschgeräten abgeschlossen wurden, die Kosten für die Erweiterung des Alarmsirennetzes und den Ausbau der Alarmzentren sowie die hierfür erforderlichen Personalkosten sind im Budget des Rechnungsjahres 1952 veranschlagt. Der Gesamtluftschutzzetat des Innenministeriums beläuft sich für 1952 auf 500 Millionen bfrs. (42 Millionen DM); er betrug bereits im Jahre 1951 die Summe von 324 Millionen bfrs. (27,2 Millionen DM). 135 Millionen bfrs. wurden davon für den Bau von Luftschutzbunkern verwendet, 32 Millionen bfrs. für die Wiederherstellung bzw. Neueinrichtung des Alarmsystems und rund 260 Millionen bfrs. für die Neuanschaffung von Material.

Besondere Beachtung unter den Vorbereitungsmaßnahmen verdient auch die geplante Ausgabe von Erkennungsmarken an Kinder unter zehn bis zwölf Jahren.

Italien

Die italienische Kammer der Abgeordneten hat am 11. Juli 1951 ein „Gesetz über die Zivilverteidigung (Bestimmungen über den Schutz der Zivilbevölkerung bei Krieg und Katastrophen)“ angenommen, das aber im italienischen Senat der letzten Wahlperiode wegen der Obstruktion der Kommunisten und Linksozialisten nicht verabschiedet werden konnte. Das Gesetz sieht die Errichtung einer dem Innenminister unterstellten Generaldirektion für die Hilfsdienste der zivilen Verteidigung vor, mit der Aufgabe, „durch Organisation und Einsatz der erforderlichen Hilfsdienste für den Schutz der Bevölkerung in Fällen

Sorge zu tragen, die eine Gefahr für das Wohl der Menschen und die Unversehrtheit der Sachwerte mit sich bringen oder das Funktionieren der lebenswichtigen Betriebe und Dienste beeinträchtigen können“. Dabei ist im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse Italiens jedoch nicht allein an Kriegseinwirkungen, sondern auch an Erdbeben, Ueberschwemmungen, Vulkanausbrüche usw. gedacht. Vorbereitungen für die Evakuierung und Ernährung von Bevölkerungsmassen sind vorgesehen. In dringenden Fällen soll Beschlagnahme von Eigentum und Heranziehung zu Dienstleistungen möglich sein. Die Ausgaben für Organisation und Tätigkeit der neuen Dienste für die Zivilverteidigung werden mit jährlich 2,5 Milliarden Lire (rd. 16,8 Millionen DM) veranschlagt. Eine Erhöhung beim außergewöhnlichen Einsatz in Katastrophenfällen um 500 Millionen Lire (rd. 3,4 Millionen DM) ist vorgesehen. Dazu sollen für die nächsten drei Haushaltsjahre nach Verabschiedung des Gesetzes weitere 1,5 Milliarden Lire (rd. 10 Millionen DM) an die Kasse für Brandschadenunterstützung zur Erneuerung von Material und sonstiger Ausrüstung der Feuerwehr und eine weitere Milliarde Lire (6,72 Millionen DM) für die Bereitstellung von Luftschutzmateriale kommen. Dies soll die Bereitstellung des erforderlichen Materials für die Hilfeleistung von 30 000 Einheiten sichern.

Die innerpolitischen Verhältnisse in Italien mit ihrer starken Durchsetzung der Selbstverwaltung durch kommunistische Elemente haben dort einen stärkeren Einfluß des Staates auf Organisation und Durchführung der gesamten Zivilverteidigung geboten erscheinen lassen. Für Luftschutzvorbereitungen steht in der staatlich organisierten, vorzüglich ausgebildeten und einheitlich geleiteten, motorisierten Feuerwehr schon jetzt ein schlagkräftiges Organ zur Verfügung, das auch bei Katastrophen im Frieden, wie z. B. bei Vulkanausbrüchen und Ueberschwemmungen, in größeren geschlossenen Verbänden eingesetzt wird. Reservemannschaften werden in Feuerweherschulen laufend ausgebildet; dadurch wird im Gefahrenfalle die sofortige Verstärkung des Feuerwehrkorps ermöglicht, das dann einen wesentlichen Teil der in anderen Staaten für Zivilschutzkorps vorgesehenen Aufgaben übernimmt.

Frankreich

Nachdem in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich wegen der allgemeinen Ueberzeugung, daß Kriegsgefahren für alle Zeiten vorüber seien, niemand mehr an die Notwendigkeit eines zivilen Bevölkerungsschutzes dachte, begann man sich etwa 1949 auch dort wegen der inzwischen eingetretenen Entwicklung der weltpolitischen Lage wieder mit den gestellten Problemen zu beschäftigen. Bei der Erörterung der „Défense en surface“ im Jahre 1949 wurde die Wichtigkeit der Frage erkannt; für das Jahr 1950/51 wurden 5 Milliarden frs. (= 60 Mil-

lionen DM) für Zwecke des zivilen Bevölkerungsschutzes im Haushalt ausgewiesen, von denen aber nur 3 Milliarden frs. ausgegeben und 2 Milliarden frs. auf das Haushaltsjahr 1951/52 übertragen wurden. Auf der Grundlage eines für die zivile Landesverteidigung ausgearbeiteten Planes, dessen Durchführung an den auf 700 Milliarden frs. (= 8,4 Milliarden DM) geschätzten Kosten scheiterte, ist inzwischen von einem interministeriellen Komitee ein neuer, noch unveröffentlichter Plan ausgearbeitet worden, der bereits zu Besprechungen zwischen Präfekturen und Vertretern der Bürgerschaft über die Wiedererrichtung einer zivilen Luftschutzorganisation geführt hat.

Der französischen Nationalversammlung liegt ein Gesetzentwurf zur Bildung eines „Generalkommisariats für den Schutz der zivilen Bevölkerung“ vor, zu dem die Ratifizierung der Genfer Konvention vom August 1949 durch Frankreich am 12. März 1951 Anlaß gab.

Als Aufgaben sind vorgesehen:

1. Nothilfe bei schweren Unglücksfällen und Naturkatastrophen,
2. Verwaltung eines Solidaritätsfonds, der Mittel für außergewöhnliche Unglücksfälle an soziale Körperschaften und Wohlfahrtsbehörden verteilen soll,
3. Evakuierungsvorbereitung,
4. Kontrolle der Einreise, Ausreise und Niederlassung von Flüchtlingen sowie Fürsorge für diese.

Diese Aufgaben würden den „Orsec-Plan“ wesentlich ergänzen, nach dem bereits bisher in Frankreich die Hilfskräfte für die Bekämpfung von Notständen wie Bränden, Ueberschwemmungen, Eisenbahnunglücken oder anderen Katastrophen organisiert sind. Kern dieser Organisation sind seit dem Jahre 1938 die Kreisfeuerwehren, die unter straffer staatlicher Führung zu überörtlichem Einsatz zusammengefaßt werden können; jede Gemeinde behält in diesem Rahmen ihre Selbständigkeit. Nach den Richtlinien, die eine „Generalinspektion des Zivilschutzes“ im Innenministerium aufstellt, haben die staatlichen Landräte das erforderliche Personal und Löschgerät bereitzustellen, die Abschnittskommandanten zu ernennen und für ihren Landkreis einen allgemeinen Einsatzplan aufzustellen. Der vom Landrat eingesetzte „Kreiskommandant der Hilfseinheiten“ übt in seinem Namen Befehlsgewalt über die Feuerwehr-Abschnittseinheiten des Kreises sowie über die Polizei- und Nachrichteneinheiten, die Hilfs- und Rettungseinheiten der Feuerwehr, die Sanitätsabteilungen, Transport- und Evakuierungseinheiten aus. Die Maßnahmen des Orsec-Planes haben sich nach französischer Auffassung sowohl bei Großeinsatzübungen wie auch bei Naturkatastrophen gut bewährt.

Die zeitweise schwierigen innerpolitischen und finanziellen Verhältnisse in Frankreich mögen es mitverursacht haben, daß die weiter reichenden planenden Vorarbeiten auf dem Gebiet des zivilen Bevölke-

ungsschutzes bisher noch keine völlig befriedigende abschließende gesetzliche Regelung gefunden haben. Immerhin sind nach französischer Pressemitteilung im Staatshaushalt 1952 für Luftschutzzwecke bereits 5 Milliarden frs. (60 Millionen DM) bewilligt worden.

Großbritannien

In Großbritannien ist auf der Grundlage eines Zivilverteidigungsgesetzes vom 23. November 1948 im Laufe der letzten drei Jahre eine nichtmilitärische Organisation mit allen für einen wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung erforderlichen Zweigen aufgebaut worden, die im Fall der Not schnell auf das dann vorgesehene Ausmaß verstärkt werden kann. Das Zivilverteidigungsgesetz gibt der Regierung Vollmachten zum Erlaß ergänzender Verordnungen. Pläne und bereits durchgeführte Maßnahmen stützen sich auf die im Zweiten Weltkrieg gemachten Erfahrungen. Sie umfassen den Luftschutz einschließlich Schutzraumbau, Ansammlung von Vorräten, Evakuierung, Unterbringung Ausgebombter, Bergung, Hilfeleistung, Wohlfahrtseinrichtungen und Ausbildung aller Hilfsdienste hierfür. Eine zentrale „Zivilverteidigungsakademie“ und drei technische Schulen dienen der Ausbildung aller leitenden Personen. Die Durchführung aller Aufgaben ist einem 1949 auf der Grundlage der Freiwilligkeit errichteten Zivilverteidigungskorps übertragen, für das von jeder örtlichen Behörde eine Abteilung aufgestellt werden muß; dazu kommen bewegliche Reserven in der Hand der Regierung. Das Zivilverteidigungskorps hatte Ende 1952 eine Stärke von rund 250 000 Angehörigen erreicht, die noch verdoppelt werden soll; im Ernstfall wird eine Personalstärke von einer Million als notwendig erachtet. Des weiteren wurde mit der Aufstellung einer nationalen Krankenhausdienst-Reserve, eines Feuerwehr-Hilfsdienstes und einer Hilfspolizei begonnen. Bemerkenswert ist, daß die örtliche Durchführung aller Luftschutzmaßnahmen in die Hand der Gemeindeleiter gelegt worden ist. Die Gesamtkosten für Großbauten, große Einrichtungen und Ausrüstungsgegenstände gehen zu Lasten des Staates, der im übrigen 75 vH der Kosten für andere Arbeiten und Dienstleistungen übernimmt; die restlichen 25 vH hierfür sind von den Gemeinden zu tragen. Für Zwecke der Zivilverteidigung stehen im Haushaltsjahr 1952/53 insgesamt 190 Millionen DM zur Verfügung.

Der bautechnische Schutz ist hinter der organisatorischen Vorbereitung bisher zurückgeblieben, weil Geld und Stahl hierfür nicht im erforderlichen Ausmaß zur Verfügung standen. Vorbereitungen zur Planung von Luftschutzräumen sind im Gange; kleine Luftschutzräume werden bevorzugt. Zur wirksamen Bekämpfung etwaiger Großbrände ist im Ernstfall eine staatliche Lenkung der Feuerwehren vorgesehen. Zur Abschwächung der Folgen von etwa-

igen Großangriffen ist eine Evakuierung von zirka 30 vH der Bevölkerung (werdende Mütter, Kleinkinder, Schulkinder usw.) aus besonders luftgefährdeten Orten geplant.

Die Ausbildung in allen Organisationen ist inzwischen so vorangetrieben worden, daß Großbritannien auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes bereits einen beachtlichen Vorbereitungsstand erreicht hat. Nach einer kürzlichen Mitteilung des Staatssekretärs im „Home Office“, Sir David Maxwell Fyfe, haben die Atombombenversuche auf Montebello/Australien gelehrt, daß keinerlei Notwendigkeit für eine drastische Aenderung der bereits getätigten Luftschutzmaßnahmen bzw. der Aufgaben vorliegt.

Neuerdings haben die größeren Industrie- und Handelsunternehmungen Englands ein eigenes „Industrial Civil Defence Corps“ gebildet, das, unabhängig vom Civil Defence Corps, mit diesem jedoch in enger Gemeinschaft arbeiten wird. Gleichzeitig bildete sich eine „Society of Industrial Civil Defence Officers“, die bereits 65 000 eingetragene Civil Defence-Arbeiter vertritt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Nachdem sich in den Vereinigten Staaten die Erkenntnis durchgesetzt hatte, daß infolge der technischen Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg in einem etwaigen künftigen Kriegsfall auch der nordamerikanische Kontinent unmittelbar luftgefährdet sei, ist 1950 durch Bundesgesetz eine „Bundesbehörde für zivile Verteidigung“ (Federal Civil Defence Administration) errichtet worden. Sie hat die Aufgabe, die Maßnahmen für den zivilen Luftschutz durch Richtlinien an die einzelnen Staaten einheitlich zu regeln, denen die Finanzierung in erster Linie selbst überlassen bleibt. Die Staaten erlassen daher die zur Durchführung notwendigen Vorschriften. Da es aber auch Aufgabe der Bundesbehörde ist, „nationale Pläne und Programme“ für die zivile Verteidigung zu entwickeln, für die „nötige Koordination und Führung“ zu sorgen und den Staaten die „nötige Unterstützung“ zu geben, gibt die Bundesbehörde außerdem vom Kongreß bewilligte Zuschüsse an Staaten und Gemeinden. Die Regierung der USA übernimmt die Hälfte der Kosten für bestimmte Bevorratungen und Ausrüstungen. Für das Haushaltsjahr 1. Juli 1951 bis 30. Juni 1952 hat der Bund Zuschüsse in Höhe von 22,3 Millionen \$ gegeben, was einer Gesamtausgabe der Staaten und Gemeinden von 44,6 Millionen \$ entspricht. Für das Haushaltsjahr 1. Juli 1952 bis 30. Juni 1953 sind Zuschüsse von 15 Millionen \$ gegeben worden, was einer Gesamtausgabe von 30 Millionen \$ entspricht. Alle diese Beträge wurden verwendet für Luftwarnungs-, Nachrichten-, Feuerlösch- und Rettungseinrichtungen sowie für Ausbildungs- und Unterrichtsmaterial, ferner für Sanitätseinrichtungen und -vorräte. Letztere reichen,

soweit sie schon vorhanden oder bestellt sind, für rund zwei Millionen Unglücksfälle für die erste Woche. Auf Grund des Bundesvorratsprogramms sind für rund 67 Millionen \$ Zivilverteidigungsvorräte, in erster Linie Sanitätsmaterial, in der Herstellung oder in Lagerhäusern des Bundes.

Wie aus dieser Uebersicht bereits hervorgeht, liegt das Schwergewicht der Arbeit der Bundesbehörde für zivile Verteidigung bei der Organisation umfassender Hilfsdienste für den zivilen Bevölkerungsschutz und bei der Ausbildung von freiwilligen Helfern im „Civil Defence Corps“. Beides ist in allen Teilen weit vorgeschritten; bisher sind bereits etwa vier Millionen Freiwillige vorhanden, jedoch werden weitere zwei Millionen jetzt und im Ernstfall 20 Millionen Helfer als erforderlich erachtet. Bisher sind auch schon 200 000 Spezialisten und Lehrer aus 650 lokalen Schulen der Staaten und Städte herangebildet worden. Der allgemeine Ausbau von Schutzräumen hat mit dieser Entwicklung jedoch keineswegs Schritt gehalten. Senat und Repräsentantenhaus haben aber bereits 1950 Mittel zum Ausbau von Untergrundbahnen und unterirdischen Großgaragen als Massenschutzräume bereitgestellt. Bau- und Unterhaltungskosten sollen durch Verwertung für andere Zwecke in normalen Zeiten amortisiert werden. Es ist auch ein unterirdischer und atombombensicherer Ausweich-Regierungssitz außerhalb von Washington mit einem Kostenaufwand von 35 Millionen Dollar (137 Millionen DM) im Ausbau begriffen.

Für den zivilen Bevölkerungsschutz standen im Haushaltsjahr 1951 rund 109 Millionen Dollar (rund 457 Millionen DM) und 1952 rund 100 Millionen Dollar (rund 420 Millionen DM) zur Verfügung. Der durch Präsident *Eisenhower* neuernannte Leiter der Civil Defence Administration plante, für das am 1. Juli beginnende Haushaltsjahr 1953/54 die Summe von 133 Millionen Dollar zu beantragen, wogegen das noch von Präsident Truman dem Kongreß vorgelegte Budget nur 74 Millionen Dollar vorsah.

Das Interesse der Oeffentlichkeit wird durch laufende eingehende Presse- und Rundfunkberichte sowie durch große Luftschutzübungen, die z. B. auch von der Annahme eines Atombombenabwurfs ausgehen, planmäßig geweckt. Die Aufklärung der Bevölkerung wird mit allen modernen Mitteln betrieben. Im Jahre 1952 wurden beispielsweise 2000 Uebungen von Städten und ganzen Staaten durchgeführt.

Die Zivilverteidigungsorganisation ist in den USA auch mehrfach erfolgreich bei großen Naturkatastrophen eingesetzt worden.

Tschechoslowakei

Nach einer im März 1953 bekanntgewordenen

Meldung vollzieht sich die Ausbildung der tschechischen Bevölkerung im Luftschutz teilweise innerhalb der Feuerwehren, die in einem besonderen Verband zusammengeschlossen sind. Ende 1952 umfaßte dieser 35 000 örtliche Einheiten mit ca. 130 000 Mitgliedern, von denen rund 25 000 bereits eine abgeschlossene Ausbildung besitzen.

Nach neueren Pressemeldungen wurde seit Anfang Januar 1953 der Luftschutz in der Tschechoslowakei verstärkt. Danach werden die Hausvertrauensmänner in Sonderkursen mit neuen Methoden und Erfahrungen im Luftschutz, in der Lokalisierung von Bränden, Unschädlichmachung von Blindgängern usw. vertraut gemacht. Sie haben ihrerseits das Gelernte an die Hausbewohner weiterzugeben. Für jedes Haus werden besondere Brandwachen aufgestellt, die im Verhalten bei Fliegerangriffen und in der Handhabung von Löschgeräten unterrichtet sind. Alle Vorbereitungen werden von besonderen fliegenden Kommissionen kontrolliert.

Sowjetunion

Aus einer 1952 in Moskau erschienenen Broschüre, welche für die Mitglieder russischer Luftschutzverbände zwecks Aneignung von Kenntnissen und Erfahrungen bestimmt ist, geht hervor, daß auf die Organisation des lokalen Luftschutzes größter Wert gelegt wird. Der Direktor einer Fabrik, der Vorsteher einer Werkstatt oder Lehranstalt ist zugleich auch Luftschutzleiter seines Betriebes. Der Gebäudewart ist Luftschutzleiter des Hauses. Unter den Hausbewohnern wird eine Selbstschutzorganisation geschaffen. Die Vorbereitung der Bevölkerung erfolgt durch die Organisation der „Freiwilligen Gesellschaft für den Hilfsdienst in Armee, Luftwaffe und Flotte“. Die Gebäudewarte und andere Beauftragte, die Luftschutzschulen besucht haben, erteilen den Angehörigen der Selbstschutzorganisation in den Wohnhäusern Unterricht. Solche Selbstschutzorganisationen, die von den staatlichen und städtischen Behörden das nötige Luftschutzmaterial erhalten, werden in jedem größeren Wohnhaus geschaffen. Sie bestehen aus jeweils 51 Mann, die in sechs Gruppen unter je einem Gruppenleiter für Ordnung und Beobachtung, Brandschutz, Gasschutz, Instandsetzung, Sanitätshilfe, Schutzräume eingeteilt sind. Sie unterstehen dem Gebäudewart, der von seinem Gehilfen für politische Arbeit und dem Materialverwalter unterstützt wird.

Die genannte Broschüre bringt weiter Einzelheiten über die Verdunkelungspflichten, über besondere Verhaltensvorschriften nach Erklärung des Gefahrenzustandes, über den Luftalarm, Chemischen Alarm und Endalarm.

Großbritannien und die Europäische Zahlungsunion

Von Dr. Helmuth Cammann, Düsseldorf

*Großbritannien — Brücke zwischen EZU
und Sterlinggebiet*

Wenn auch das „Vereinigte Königreich Großbritannien“ gegenüber der Vorkriegszeit zweifellos an wirtschaftlichem Gewicht ebenso eingebüßt hat wie an politischem, so ist es doch nach wie vor eines der wirtschaftlich bedeutendsten Länder Europas. Erst recht gilt dies im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion (EZU), innerhalb dessen dem Partner „Großbritannien“ die wohl größte Bedeutung zukommt, weil er als Mutterland und Haupt aller im britischen Commonwealth vereinigten Länder den gesamten Währungsbereich des Sterlingblocks¹ mit der EZU verbindet. So vertritt Großbritannien alle seine überseeischen Besitzungen sowie die ihm angeschlossenen Commonwealth-Gebiete gegenüber der Europäischen Zahlungsunion, und über das EZU-Konto „Großbritannien“ werden sämtliche Außenhandelsgeschäfte dieser überseeischen Sterlinggebiete mit den übrigen EZU-Ländern abgerechnet. Über die Zahlungsunion, die sich als Tochterinstitution der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) in Paris etwas bescheiden „Europäische“ Zahlungsunion nennt, vollzieht sich also auch der Zahlungsverkehr mit so entfernten überseeischen Gebieten, wie z. B. Australien, Neuseeland und Indien.

Die besondere Bedeutung, die dieser erweiterte Rahmen für den gesamten Handels- und Zahlungsverkehr der europäischen Länder hat, läßt sich schon daran ermessen, daß auf den Austausch mit dem Sterlinggebiet etwa ein Viertel des gesamten EZU-Handels entfällt (siehe nachfolgende Tabelle).

Im Jahre 1951² tauschten die EZU-Länder z. B. bei einem Gesamt-EZU-Handel von rund 37 Mrd. Dollar (ohne Handel innerhalb der Währungsgebiete) für 9,4 Mrd. Dollar Güter mit Großbritannien und den sonstigen Sterlinggebieten aus — ein Anteil, der sich seitdem kaum wesentlich geändert haben dürfte und den kein anderes Mitgliedsland der EZU erreicht. Der

Partner Großbritannien eröffnet den übrigen EZU-Ländern durch seine Zugehörigkeit zur EZU also laufend größere Absatz- und Bezugsmöglichkeiten als irgendein anderes Mitgliedsland es vermag.

*Austausch der EZU-Länder untereinander und des
Sterlingraums mit dem EZU-Gebiet (in Millionen Dollar)*

	Austausch des Sterlingraums mit dem EZU-Gebiet (Ein- und Ausfuhr zus.)	Gesamtaustausch d. EZU-Länder untereinander (ohne Handel innerh. d. Währungsgebiete)
1950	7 135	26 192
1951	9 437	37 143
1952 ^a	8 180	·
1953 I. Quartal ^a	1 986	·

Quelle: *Foreign Trade* — Statistik der OEEC.

a) Zum Teil geschätzt.

Umstrittene Konvertibilitätspläne

Wenn daher gegenwärtig die Pläne um die Wiederherstellung der Konvertierbarkeit des Sterling so heftig diskutiert werden, so vor allem deswegen, weil damit unter Umständen ein Ausscheiden des so wichtigen Sterlingblocks aus der EZU verbunden wäre und dadurch das gesamte EZU-System in seinem Bestand gefährdet würde.

Die Pläne und Diskussionen um die mögliche Rückkehr zur Pfund-Konvertierbarkeit werden jedoch von teils so widerstrebenden Interessen der einzelnen Sterlingländer sowie der Handelspartner getragen, daß es notwendig erscheint, diese Interessen zunächst kurz zu umreißen:

Großbritannien fühlt sich bei seiner gegenwärtigen Außenhandels- und Zahlungsbilanzlage wirtschaftlich noch zu schwach, um eine völlig freie Konvertierbarkeit des Pfundes für alle Pfundbesitzer im In- und Ausland zuzulassen, möchte aber eine Pfund-Konvertierbarkeit nur für ausländische Pfundbesitzer einführen, die es diesen sogenannten „Devisenausländern“ erlauben soll, ihre Pfund-Sterling-Guthaben untereinander und gegen Dollars bzw. andere Währungen umzutauschen. An der Pfund-Konvertierbarkeit für Devisenausländer ist Großbritannien gelegen, weil es dem Pfund Weltgeltung verschaffen und die Ausfuhr des Sterlingraums fördern möchte. Daneben soll London wieder seine

¹) Das Sterlinggebiet umfaßt außer dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland mit seinen abhängigen überseeischen Besitzungen folgende Länder: Australien und abhängige Gebiete, Burma, Ceylon, Indien, Irak, Irland, Island, Jordanien, Libyen (Cyrenaica, Tripolitanien), Neuseeland und abhängige Gebiete, Pakistan, Südafrikanische Union und Mandatsgebiete von Südwestafrika, Süd-Rhodesien.

²) Neuere Zahlen für den EZU-Handel liegen noch nicht vor.

frühere Stellung als Welthandelsplatz für Dollarwaren erhalten.

Die überseeischen Sterlinggebiete ihrerseits fordern eine unbeschränkte Konvertierbarkeit des Pfundes, um einmal ihre eigenen Exporterlöse und zum anderen die hohen Sterlingguthaben, die sie in Großbritannien unterhalten, zu Einführen aus dem Dollarraum verwerten zu können.

Die EZU-Länder schließlich möchten ein Ausscheiden des Sterlingblocks aus dem EZU-System, das mit der Rückkehr zum konvertiblen Pfund verbunden sein könnte, verhindern und fordern Großbritannien auf, seine Pläne noch einige Zeit zurückzustellen, um mit ihnen gemeinsam den Weg zur Konvertierbarkeit zu beschreiten.

Bei einem solchen Widerstreit der Interessen ist die Entscheidung in der Frage der Pfund-Konvertierbarkeit in der Tat besonders schwierig. Jedenfalls wird eine Beurteilung der britischen Handels- und Zahlungssituation gegenüber der EZU sowie der übrigen währungspolitischen Probleme Großbritanniens die Tatsache zu berücksichtigen haben, daß der gesamte Sterlingraum über Großbritannien der EZU angeschlossen ist. Als einziges Land der EZU ist Großbritannien nämlich mit einem eigenen Währungsgebiet, eben dem Sterlingraum, handelsmäßig noch stärker verflochten als mit dem EZU-Raum. Es befindet sich daher währungspolitisch grundsätzlich in einer besonders schwierigen Lage, weil es bei allen Entscheidungen gleichzeitig auf die gemeinsamen Belange der EZU-Länder wie auf die Wünsche der ihm angeschlossenen Sterlingländer Rücksicht nehmen muß. Für die britische Währungspolitik kann es wegen der handelsmäßigen Bindung zu beiden Gebieten aber kaum die Alternative entweder Sterlingraum oder EZU-System geben, sondern es wird vielmehr darum gehen, die berechtigten Interessen der beiden Währungssysteme möglichst zu koordinieren.

Pfundgeltung oder EZU-Mitgliedschaft?

Für eine währungspolitische Entscheidung Großbritanniens zugunsten des Sterling spricht — und das sollten die übrigen EZU-Länder bedenken — nicht nur der Gesichtspunkt, daß es mit dem Sterlingraum und dem Commonwealth politisch wie wirtschaftlich sehr eng verbunden ist, sondern vor allem auch, daß es als Mutterland darauf bedacht sein muß, dem Pfund Sterling möglichst bald wieder zu der ehemaligen Weltgeltung als Zahlungsmittel zu verhelfen. Jedenfalls muß es versuchen, den umfangreichen Handelsverkehr des Sterlingraums, auf den rund ein Viertel des gesamten Welthandels entfällt, auf diesem Wege zu fördern. Ist doch der Anteil der Sterlingländer am Welthandel damit noch größer als derjenige der Dollarländer (USA und Kanada) und nur etwas geringer als der der europäischen Länder.

Der Umsatzwert des Welthandels
(Einfuhr und Ausfuhr zusammen, in Mrd. Dollar)

	1950	1951	1952
Großbritannien	13,7	18,5	17,3
Uebrigtes Sterlinggebiet	16,6	23,2	20,7
Gesamtes Sterlinggebiet	30,3	41,7	38,0
Vereinigte Staaten und Kanada	26,2	35,2	36,0
OEEC-Länder außerhalb des Sterlinggebietes	29,8	41,5	41,0
Iberoamerikanische Staaten	11,8	15,4	14,2
Sonstige Länder	17,5	24,1	23,8
Zusammen ^a	115,6	157,9	153,0

Quelle: *International Financial Statistics*.

a) Ohne die Sowjetunion, China, Ostdeutschland und osteuropäische Länder.

Folglich kommt auch das britische Pfund in seiner Bedeutung für den Welthandel dem amerikanischen Dollar nahe. Jedoch ist das Pfund bisher noch erheblich „weicher“ als dieser, das heißt es muß in seiner Geltung als Zahlungsmittel bisher immer noch durch Zahlungs- und Devisenbeschränkungen, also durch Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen, gestützt werden und ist daher weniger verwendungsfähig als der Dollar, der als „härteste“ Währung der Welt bekanntlich überall frei konvertierbar ist und in der ganzen Welt ohne Einschränkung allgemeine Anerkennung als Zahlungsmittel findet.

So verständlich die britischen Bemühungen um die Pfundgeltung daher auch sind, für die Pflege des EZU-Handels sprechen gleichfalls zahlreiche Argumente. Bei allen Ueberlegungen zugunsten der Konvertierbarkeit des Pfundes müßten nämlich nicht nur Großbritannien selbst, sondern vor allem die überseeischen Rohstoffgebiete des Sterlingraums ein Ausscheiden aus der EZU zu verhindern suchen. Ja, die letzteren müßten an dem Handel mit den europäischen EZU-Ländern wegen der bedeutenden Absatzmöglichkeiten besonders interessiert sein.

Außenhandel des Sterlingraums mit den übrigen EZU-Ländern
(in Millionen Dollar)

		davon:	
	Gesamtes Sterling- gebiet	Großbri- tannien	übrige Sterling- gebiete
	Einfuhr aus dem EZU-Raum		
1951	5 223	2 926	2 297
1952a	3 900	2 437	1 463
1953 1. Quartal ^a	849	545	304
	Ausfuhr in den EZU-Raum		
1951	4 214	1 934	2 280
1952a	4 280	2 001	2 279
1953 1. Quartal ^a	1 137	540	597

Quelle: *Foreign Trade*. — a) Zum Teil geschätzt.

Der Handelsverkehr der überseeischen Gebiete entspricht nämlich etwa dem Umfang des britischen Außenhandels mit dem EZU-Raum. Außerdem nimmt der Handel mit dem EZU-Gebiet einen erheblichen Teil (etwa ein Viertel) des gesamten Außenhandels der Sterlingländer ein.

Folglich können die überseeischen Sterlinggebiete ebenso wie Großbritannien das multilaterale Verrechnungssystem der EZU nur begrüßen und sollten auf ihre weitere Mitgliedschaft bedacht sein. Erweitert die EZU doch durch ihre Kreditquoten die Zahlungsmöglichkeiten der Mitgliedsländer und begünstigt so die Absatzmöglichkeiten des Sterlingblocks im EZU-Gebiet erheblich. Bezüglich des Handelsverkehrs mit den EZU-Ländern könnten die Interessen von Ueberseeländern und Mutterland also leicht koordiniert werden.

Das Problem der Dollarlücke

Das eigentliche Problem der britischen Währungspolitik, das hinter all diesen Fragen steht, bleibt jedoch die Konvertierbarkeit des Pfundes gegenüber dem Dollar: Gerade hier, im Zahlungsverkehr mit dem Dollarraum, der — da Zahlungsbilanzprobleme immer nur bei Berücksichtigung der Gesamtbilanz beurteilt werden können — in diesem Zusammenhang mit erörtert werden muß, tritt der Widerstreit der Interessen aber verschärft zutage. Die Methode des Zahlungsverkehrs mit dem Dollarraum wird nämlich im gesamten Sterlinggebiet keineswegs einmütig begrüßt, ja, es treten darüber zuweilen erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Staaten des Sterlingblocks auf. Alle Sterlingländer haben bekanntlich einen gemeinsamen Gold- und Dollarpool gebildet, in den sämtliche Dollarerlöse des Sterlinggebietes einfließen. Nun tragen die überseeischen Sterlinggebiete durch eigene Rohstoffexporte in den Dollarraum vorwiegend zu den Dollarerlösen bei und helfen damit das Dollardefizit des gesamten Sterlingblocks immer wieder auszugleichen, ohne selbst über ausreichende Dollarbeträge zur Bezahlung eigener Importe aus dem Dollarraum zu verfügen (siehe nachfolgende Tabelle). Deshalb werden in einzelnen Sterlingländern immer wieder Bestrebungen wach, den Dollarpool aufzulösen und sich von den strengen Bindungen des Sterlingblocks zu lösen.

Nun würde jedoch der Versuch Großbritanniens, lediglich eine Konvertierbarkeit des Pfundes für die Pfundbesitzer außerhalb des Sterlinggebietes zuzulassen, den Wünschen der Ueberseeländer des Sterlingblocks in keiner Weise entgegenkommen. Sie wären auch dann noch auf Dollarzuteilungen angewiesen, ohne ihre eigenen Dollarerlöse verwerten zu können. Zum anderen könnten sie auch ihre Pfundforderungen gegenüber dem Mutterland nicht ver-

werten, die Ende 1952 auf immerhin 2,7 Mrd. Pfund Sterling (rund 7,6 Mrd. Dollar) angewachsen waren. Die Sterlingländer drängen folglich auf eine volle Konvertierbarkeit des Pfundes gegenüber dem Dollar.

*Außenhandel des Sterlingraums
mit den Dollarländern (USA und Kanada)*
(in Millionen Dollar)

		davon:	
	Gesamtes Sterling- gebiet	Großbri- tannien	übrige Sterling- gebiete
Ausfuhr			
1951	2 816	822	1 994
1952	2 470	865	1 405
1953 1. Quartal . .	567	216	351
Einfuhr			
1951	3 054	1 797	1 257
1952	2 951	1 788	1 663
1953 1. Quartal . .	589	344	245

Quelle: *Foreign Trade* — Statistik der OEEC.

Für Großbritannien wäre aber damit ad hoc ein Aufwand an Gold- und Dollardevisen verbunden, zu dem weder die Gold- und Dollarreserven ausreichen noch die eigene Wirtschaftskraft ein genügendes Fundament bieten würde. Denn selbst wenn etwa 1 Mrd. Pfund dieser gesamten Sterlingverbindlichkeiten Großbritanniens gegenüber seinen Ueberseeländern durch Abmachungen gebunden sind, so würde doch der mögliche Umtausch der restlichen 1,7 Mrd. Pfund (rund 4,8 Mill. Dollar) eine Belastung bedeuten, die auch die gegenwärtigen Dollarreserven von rd. 2,5 Mrd. Dollar kaum auffangen könnten, ganz abgesehen davon, daß in einem solchen Falle noch andere Belastungen hinzukämen.

Großbritanniens Verschuldung bei der EZU

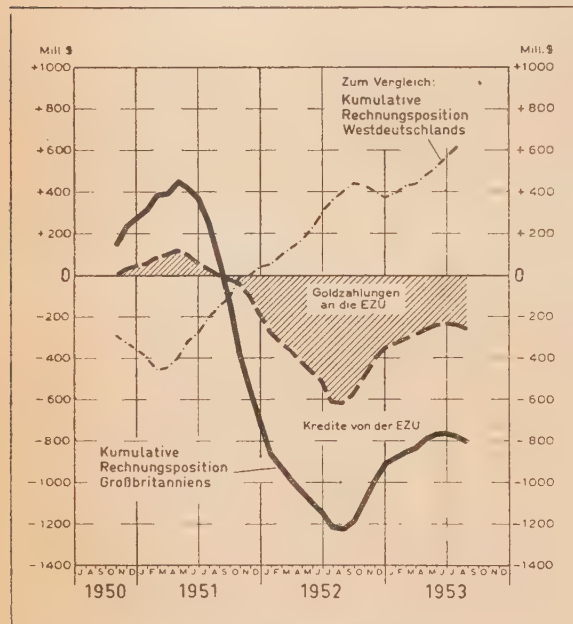
Aber unabhängig davon ist es auch fraglich, ob Großbritannien gegenwärtig wirtschaftlich überhaupt schon in der Lage wäre, bei den derzeitigen Wechselkursen eine Konvertierbarkeit des Pfundes zu ermöglichen.

So war Großbritannien Ende August 1953 mit 804 Mill. Dollar der größte Schuldner der Europäischen Zahlungs-Union und hatte allein rund 550 Mill. Dollar dieses Betrages als Kredit in Anspruch genommen. Die Entwicklung ist zwar seit etwa einem Jahr nicht ungünstig verlaufen, denn das Defizit, das Mitte vorigen Jahres auf 1200 Mill. Dollar angewachsen war, ist, z. T. bedingt durch einen Transithandel mit Dollarwaren, seitdem erheblich zurückgegangen. In den letzten Monaten sind aber wiederum Defizite auf dem britischen Konto entstanden (siehe das Schaubild auf Seite 6004).

**Die kumulative EZU-Verrechnungsposition
Großbritanniens**
(in Millionen Dollar)

Stand am Monatsende	Kumulative Position + = Ueberschuß - = Defizit
1950 Dezember	+ 283
1951 Juni	+ 372
Dezember	- 712
1952 Juni	- 1144
Dezember	- 905
1953 März	- 831
Juni	- 764
Juli	- 775
August	- 804a)

Quelle: Monatsbericht der Bank deutscher Länder.
a) vorläufig.



Gemessen an der hohen Verschuldungsquote von 1060 Mill. Dollar, die dem Sterlingraum auf Grund seines hohen Außenhandelsvolumens von der EZU zuerkannt worden ist, bleibt die gegenwärtige Verschuldung damit aber immerhin noch innerhalb der vierten Tranche³ und nimmt erst rd. 77 vH der Kreditquote in Anspruch. Wenn man den Umfang des gesamten Handels- und Zahlungsverkehrs der EZU-Länder mit dem Sterlingraum berücksichtigt, erscheint die Verschuldung Großbritanniens also durchaus tragbar.

³) Die Kredit- und Guthabenposten, die die EZU den einzelnen Ländern eingeräumt hat, sind jeweils in fünf gleiche Tranchen eingeteilt.

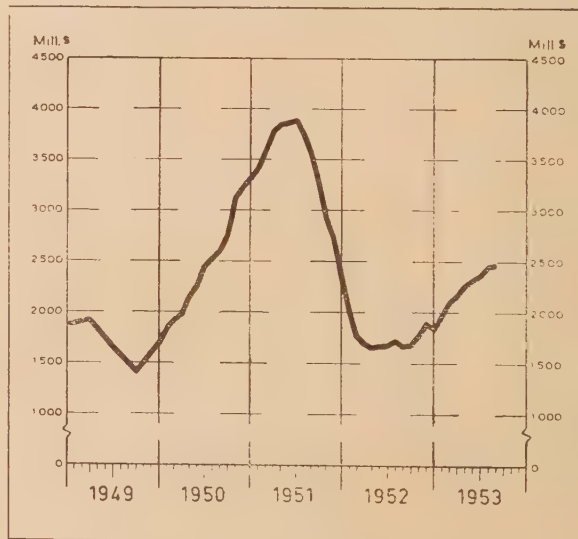
Gold- und Dollarreserven wachsen

Ueberhaupt ist die gegenwärtige Devisenlage Großbritanniens keineswegs so ungünstig. Die von jeher für die Beurteilung der Wirtschaftssituation Großbritanniens ausschlaggebende Entwicklung der Gold- und Dollarreserven zeigt seit Jahresfrist einen bemerkenswert günstigen Verlauf. Ende Juli lagen diese Reserven mit rd. 2,5 Mrd. Dollar beträchtlich über dem Tiefstand vom April 1952, wenngleich sie immerhin noch um 1,4 Mrd. Dollar hinter dem höchsten Stand der Nachkriegszeit von Mitte 1951 zurückbleiben.

Die Gold- und Dollarreserven Großbritanniens
(in Millionen Dollar)

Ende	
1937	4 085
1949	1 689
1950	3 301
1951 Juni	3 868
Dezember	2 336
1952 Juni	1 686
Dezember	1 847
1953 Juni	2 367
Juli	2 456
August	2 470a)

Quelle: General-Statistics der OEEC. — a) Vorläufig.



Allerdings war die damalige hohe Reservebildung an Gold und Dollar hauptsächlich eine Folge der durch die Korea-Hausse ausgelösten Preissteigerung für die Rohstoffe des Sterlinggebietes, wie überhaupt eine gewisse Parallelität der Entwicklung der Währungsreserven des Sterlingblocks und der Preisentwicklung

für Sterlingrohstoffe, wie sie sich im Preisindex von Reuter ausdrückt, festzustellen ist.

Infolge der Besserung der britischen Gesamtzahlungsbilanz im 1. Halbjahr 1953 haben sich auch die Devisenkurse für das Pfund an den freien Devisenmärkten der Welt deutlich gefestigt. Alles in allem erscheint die zahlungspolitische Situation Großbritanniens in letzter Zeit also zufriedenstellend.

Dennoch — fehlendes Gleichgewicht!

Aber dennoch sind damit nicht unbedingt schon die Voraussetzungen für eine Rückkehr zur freien Konvertibilität des Pfundes gegeben. Ohne Zweifel geht die Ansammlung der Devisenreserven und der Abbau der EZU-Verschuldung zum großen Teil immer noch auf die Importbeschränkungen zurück, die sowohl Großbritannien als auch die überseeischen Sterlinggebiete seit geraumer Zeit verfügt haben. Die Entwicklung des britischen Exports ist nämlich durchaus nicht so befriedigend. So lag die Ausfuhr Großbritanniens in diesem Jahr erheblich unter den Ausfuhrergebnissen der entsprechenden Vorjahrsmonate. Auch die Exporte der überseeischen Rohstoffgebiete des Sterlingraums haben mit dem Rückgang der Rohstoffpreise naturgemäß eine Schmälerung erfahren müssen; wengleich der rege Mengenumsatz an Rohstoffen nach wie vor hauptsächlich zur Deckung des Dollardefizits und der EZU-Verschuldung des Sterlingblocks beiträgt.

Der Gesamtexport des Sterlingraums dürfte aber dennoch kaum ausreichen, um ein Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr und damit die Bedingungen für eine Rückkehr zur Konvertierbarkeit bei den gegenwärtigen Wechselkursen sicherzustellen.

Offensichtlich scheint man sich auch in London darüber klar zu sein, daß die Wirtschaftskraft des gesamten Sterlingraums gegenwärtig noch kaum ausreichen dürfte, um zur völlig freien Konvertierbarkeit des Pfundes gegenüber dem Dollar zurückzukehren. Jedenfalls hat man vorerst vorgeschlagen, die Umtauschbarkeit des Pfundes nur für „Devisenausländer“, d. h. für ausländische Pfundbesitzer, zuzulassen und den „Deviseninländern“ einen freien An- und Verkauf von Devisen gegen Pfund Sterling noch zu verwehren. Würde doch das letztere eine hundertprozentige Liberalisierung des Güter- und Leistungsaustausches bedeuten, für die man offensichtlich den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hält, zumal die Ansammlung der Gold- und Dollarreserven in den letzten Monaten — wie erwähnt — nur mit Hilfe der Einfuhrbeschränkungen möglich war.

Wenn Großbritannien somit nur die Konvertierbarkeit für „Devisenausländer“ im Auge hat, so hofft es, durch die größere Verwendbarkeit des Pfund Sterling für die ausländischen Lieferanten im Dollarraum attraktiver zu machen, und möchte sie ver-

anlassen, von einem Umtausch der Pfunderlöse, der ihnen auch gegenwärtig bereits über die sogenannten „american accounts“⁴ ohne weiteres möglich ist, abzusehen. Außerdem soll London — wie erwähnt — seine Stellung als Welthandelsplatz auch für Dollarwaren zurückgewinnen, wodurch Großbritannien zusätzliche Dollargewinne möglich wären.

Die Frage der Durchführung

Nun ließe sich eine Konvertibilität des Pfundes ohnehin nur verwirklichen, wenn einmal der Weltwährungsfonds und zum anderen die Europäische Zahlungsunion einen Modus finden würden, um den britischen Plänen zur Durchführung zu verhelfen.

Der Standpunkt der EZU-Länder in der Frage der Konvertibilität ist nun grundsätzlich ein anderer als der Großbritanniens. Sie sehen die mühsam erkämpfte Liberalisierung gefährdet und glauben, daß Großbritannien nur auf Kosten einer weiteren Einschränkung der Einfuhr eine Konvertibilität sichern könne. Deshalb betonen die OEEC-Länder gegenüber den britischen Plänen immer wieder, daß eine Konvertierbarkeit nur sinnvoll sei, wenn sie der Ausweitung des Handels diene und nicht mit Hilfe einer Einschränkung der Liberalisierung und einer Verschärfung der Kontingentierung angestrebt werde. Die OEEC will die Konvertibilität nur im Rahmen der EZU und durch ein gemeinsames Vorgehen aller beteiligten Länder verwirklicht sehen.

Für die Länder der EZU wird Großbritannien aber wegen seiner gleichzeitigen Bindungen zum Commonwealth immer ein schwieriger Verhandlungspartner sein. Das kam vor allem auf der Tagung des OEEC-Rats im Frühjahr 1953 zum Ausdruck, als Großbritannien dem Vertrag um ein weiteres Jahr nur zustimmen wollte bei Einbau einer Rücktrittsklausel, die jedem Mitgliedsland, das während dieses Jahres zur Konvertibilität seiner Währung übergehen wolle, gestatte, aus dem EZU-Vertrag auszutreten. Einer solchen Lösung konnten aber die Mitgliedsländer der Zahlungsunion kaum zustimmen, da ein plötzliches Ausscheiden des Sterlingblocks wegen dessen hohen Anteils am EZU-Handel (etwa ein Viertel) das gesamte EZU-System in Gefahr gebracht hätte. Schließlich fanden sich dann aber Großbritannien und der Sterlingblock — nicht zuletzt auf Drängen der Vereinigten Staaten — bereit, auch ohne Rücktrittsrecht für ein weiteres Jahr der Europäischen Zahlungsunion treu zu bleiben.

Eine volle Konvertierbarkeit des Pfundes bei gleichzeitiger Mitgliedschaft in der EZU wäre für Großbritannien aber kaum tragbar, weil eine Umtauschbarkeit des Pfundes über die EZU allen europäischen Ländern die Möglichkeit eröffnen würde, nicht nur ihre EZU-Guthaben über das Pfund in Dollar ein-

⁴) Siehe dazu weiter auf Seite 6006.

zutauschen, sondern sich darüber hinaus bei der EZU zu verschulden, um diese Mittel dann ebenfalls in Dollar umzuwechseln. Großbritannien müßte auf diesem Wege praktisch das gesamte Dollardefizit Europas ausgleichen. Wenn auch das Dollardefizit Europas im vergangenen Jahr erheblich gesunken ist, so dürften dennoch die Gold- und Dollarreserven Großbritanniens kaum ausreichen, um das verbliebene — und noch latent vorhandene — Dollardefizit der europäischen Länder abzudecken.

Großbritannien könnte nun unter Umständen den anderen Weg wagen, d. h. den Austritt aus der EZU und den Versuch, unabhängig von dem multilateralen EZU-Zahlungssystem die Konvertierbarkeit für den Sterling einzuführen. Dem steht jedoch entgegen, daß Großbritannien auf die Pflege seines EZU-Handels auf jeden Fall bedacht sein muß. Denn selbst wenn es mit dem Sterlingraum handelsmäßig noch enger verflochten ist als mit dem EZU-Gebiet, so ist doch der EZU-Raum mit mehr als einem Viertel an dem gesamten Außenhandel Großbritanniens beteiligt.

*Großbritanniens Außenhandel mit den EZU-Ländern
außerhalb des Sterlingraums sowie mit den
übrigen Sterlingländern*
(in Millionen Dollar)

	Gesamter Außenhandel Großbritanniens	mit den Nicht- Sterlingländern der EZU	mit den übrigen Sterlingländern
Einfuhr			
1951	10 960	2 926	3 890
1952	9 748	2 437	3 996
1953			
1. Halbj. ^a	4 761	1 090	2 245
Ausfuhr			
1951	7 578	1 934	3 712
1952	7 542	2 001	3 545
1953			
1. Halbj. ^a	3 695	1 080	1 716

Quelle: *Foreign Trade* — Statistik der OEEC. — a) vorläufig.

Um auf die Pflege des EZU-Handels auch bei Konvertierbarkeit des Pfundes nicht verzichten zu müssen, wurde Großbritannien vielfach vorgeschlagen, dem Beispiel der Schweiz zu folgen und bei im übrigen konvertibler Währung den Zahlungsverkehr mit der EZU weiterhin zu binden. Aber auch dieser

naheliegende Vorschlag wurde von britischen Stellen bisher nicht akzeptiert, da für die Sterlingarea der Gedanke der Konvertibilität mit der Schaffung eines universell-konvertiblen Pfundes als Weltwährung aufs engste verbunden ist. Großbritannien möchte vielmehr seinerseits eine möglichst große Anzahl von EZU-Ländern bewegen, aus der EZU auszutreten und ebenfalls zur Konvertibilität ihrer Währungen überzugehen. Andernfalls befürchtet Großbritannien eine Diskriminierung seines Exports durch dritte Länder, die dann wegen der Zahlungsmöglichkeit in „weichen“ Währungen ihren Einfuhrbedarf eher in den übrigen EZU-Ländern decken könnten. Falls die anderen Länder gleichzeitig den Schritt zur Konvertierbarkeit wagen, hofft Großbritannien auf größere Exportchancen und glaubt, die eigene wirtschaftliche Schwäche dann eher überwinden zu können, zumal es selbst die Pfund-Konvertibilität auch weiterhin durch Importbeschränkungen stützen möchte.

Die übrigen EZU-Länder haben die britischen Vorschläge aber bisher mit Recht abgelehnt, zumal die britischen Absichten darauf abzielen, die Konvertibilität des Pfundes lediglich auf die verschiedenen Bereiche des jetzigen Pfundverrechnungssystems⁵ zu beschränken. Würde für alle diese Gruppen, die american accounts, die bilateral accounts, die transferable accounts und die unclassified accounts, die freie Umtauschbarkeit der erzielten Pfunderlöse gewährleistet, so wäre damit zwar eine gewisse Konvertibilität des Pfundes zugesichert, jedoch eine Konvertibilität, die lediglich für den begrenzten Kreis ausländischer Pfundgläubiger gelten würde. Der großen Zahl der Importeure im Sterlinggebiet wäre aber nach wie vor die Möglichkeit zu freien Importentscheidungen vorenthalten. Eine solche nur mit Hilfe von Einfuhrbeschränkungen zu sichernde Konvertibilität wird aber immer nur Bruchstück sein können und muß im Grunde unecht bleiben. Deshalb fordern die übrigen EZU-Länder — wie erwähnt — eine völlig freie Konvertierbarkeit und raten Großbritannien zu einer noch strafferen Politik der finanziellen Stabilität im Inneren, verbunden mit einer Freigabe des Pfundkurses, um mit Hilfe von Wechselkursänderungen und einer maßvollen Geldpolitik den Ausgleich der Zahlungsbilanz auch bei freier Konvertierbarkeit erreichen zu können.

⁵ Innerhalb der Pfundarea bestehen gegenwärtig vier verschiedene Kontensysteme:

1. Die Gruppe der sogenannten Amerika-Konten (american accounts), auf denen die Pfundguthaben der Gläubiger in den Dollarländern gutgeschrieben werden und die nicht nur im gesamten Gebiet dieser Länder transferierbar sind, sondern auch jederzeit zum offiziellen Kurs in Dollar umgetauscht werden können. Darüber hinaus sind diese Beträge transferierbar in die anderen drei Kontensysteme des Sterlingblocks.

2. Die Gruppe der sogenannten „transferfähigen Konten“ (transferable accounts), wozu die Pfundguthaben fast sämtlicher europäischer Länder einschließlich des Ostblocks sowie einiger afrikanischer und asiatischer Staaten zählen. Für diese Sterling-

beträge gilt wohl noch die freie Uebertragbarkeit in den einzelnen Ländern und von einem Land in das andere. Auf die übrigen beiden Kontensysteme, die „bilateral accounts“ und die restlichen (unclassified) ist die Uebertragbarkeit dagegen möglich. Die Konvertibilität in Dollars ist jedoch nicht mehr zugesichert.

3. Die dritte Gruppe der sogenannten „bilateral accounts“, zu der Belgien, Frankreich, Portugal und die Schweiz, die meisten südamerikanischen Staaten und die Satellitenstaaten zählen, gestattet die Uebertragbarkeit nur, wenn die Bank von England ihre Einwilligung erteilt.

4. In der vierten Gruppe der „restlichen Länder“ besteht kein Konvertibilitäts-, sondern nur ein Uebertragungsrecht untereinander sowie in die Länder der Sterlingarea.

Ebenso wie die EZU-Länder war auch der Weltwährungsfonds bisher nicht zu bewegen, die britischen Pläne zu unterstützen. Der Weltwährungsfonds sollte zusammen mit den USA einen Stabilisierungsfonds von 4 bis 5 Mrd. Dollar aufbringen, mit dessen Hilfe die Lücke der britischen Zahlungsbilanz, die sich bei einer Konvertierbarkeit ergeben würde (Pfundguthaben der überseeischen Sterlinggebiete usw.), geschlossen und dem britischen Vorgehen jegliches Risiko genommen werden sollte. Aber auch der Währungsfonds und die USA sind offenbar der Ansicht, daß Großbritannien seinerseits zunächst das innere Gleichgewicht sichern müßte und daß dem Sterlingblock bei dem gegenwärtigen Wechselkurs des Pfundes ein Ausgleich der Zahlungsbilanz kaum gelingen dürfte.

Konsequenz: Freigabe des Pfundkurses

Welche Ueberlegungen auch immer man anstellt, ob Großbritannien als Mitglied oder außerhalb der EZU die Umtauschbarkeit seiner Währungen anstrebt, ob es zu einer völlig freien oder zu einer durch Importbeschränkung gestützten Konvertibilität übergehen soll, ob es die Konvertibilität nur für „Devisen- ausländer“ gewähren will oder ob man schließlich mit Hilfe eines Stabilisierungsfonds von 4 bis 5 Mrd. Dollar, die die USA zusammen mit dem Weltwährungsfonds aufzubringen hätten, die völlig freie Konvertierbarkeit zu sichern versucht, immer wird die Rückkehr zu einem konvertiblen Pfund bei dem gegenwärtigen Wechselkurs ein Experiment bleiben, das so lange mißlingen muß, solange der Sterlingblock das Gleichgewicht im Außenhandel nicht erreicht hat. Ob er es bei dem gegenwärtigen Kursniveau und dem noch kaum gesicherten internen Gleichgewicht überhaupt erreichen kann, muß zumindest fraglich bleiben.

Alle britischen Pläne um eine Konvertibilität des Pfundes werden daher kaum verwirklicht werden können, wenn man sich nicht entschließt, das interne Gleichgewicht durch eine straffere Geldpolitik noch besser zu sichern und zu freien Wechselkursen für das Pfund zurückzukehren. Erste Voraussetzung für einen Zahlungsbilanzausgleich bei konvertibler Währung ist jedenfalls ein internes Gleichgewicht und ein Wechselkurs, der es erlaubt, ein Gleichgewicht auch im Außenhandel aufrechtzuerhalten. Sollte dies Großbritannien trotz einer maßvollen Geldpolitik bei dem gegenwärtigen Kursniveau nicht gelingen, so werden Aenderungen des Pfundkurses den Ausgleich der Zahlungsbilanz bewirken müssen. Im Grunde ist nämlich auch die gegenwärtige Verschuldung Großbritanniens bei der EZU in gewisser Weise Ausdruck eines Pfundkurses, der den tatsächlichen Preis- und Kostenbedingungen innerhalb des Pfundwährungsgebietes nicht mehr entspricht. Eine Freigabe und Anpassung des Pfundkurses, die eine Sicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts erlaubt, dürften daher zusammen mit einer Politik der finanziellen Stabilität

auch der beste Weg sein, um einen Ausgleich der britischen EZU-Verschuldung sowie des Dollardefizits zu erreichen.

Freilich ist eine solche Kursfreigabe an Bedingungen geknüpft, die gegenwärtig noch nicht gegeben sind. Insbesondere gilt es, eine internationale Ueber-einkunft zu erreichen, die eine Koordination der Geld-, Handels- und Währungspolitik ermöglicht. Solange sie fehlt, bleibt jeder Uebergang zur Konvertibilität ein Wagnis. Um so mehr sollten alle Staaten darauf bedacht sein, von sich aus eine solche Uebereinkunft anzustreben.

* * *

Erfreulicherweise zeigen nun in jüngster Zeit einige währungspolitisch bedeutende Länder bemerkenswerte Bestrebungen, wenigstens ihre währungs- und handelspolitischen Zielsetzungen miteinander zu beraten. So kommt vor allem Großbritannien das Verdienst zu, Gespräche sowohl mit wichtigen europäischen Handelspartnern als auch mit den Vereinigten Staaten angeregt zu haben.

Die größte Bedeutung war dabei naturgemäß den eingehenden Beratungen beizumessen, die von den englischen Ministern *Eden* und *Butler* Ende März 1953 mit der amerikanischen Regierung in Washington geführt wurden. Wird doch das Gelingen aller Pläne um die Konvertierbarkeit in erheblichem Umfange davon abhängen, inwieweit die Vereinigten Staaten ihr protektionistisches Zollniveau abzubauen gewillt sind. Denn nur wenn den europäischen Ländern sowie den Sterlingländern der Absatz auf dem amerikanischen Markt erleichtert und damit die Möglichkeit zu erhöhten Dollarerlösen geboten wird, kann es gelingen, die „Dollarlücke“ auf die Dauer zu schließen. Auch der im Anschluß an die britisch-amerikanischen Beratungen eigens zur Untersuchung der mit der Rückkehr zum konvertiblen Pfund verbundenen Probleme eingesetzte „Douglas“-Ausschuß stellt in seinem vor kurzem veröffentlichten Bericht⁶ fest, daß eine Liberalisierung der amerikanischen Importpolitik durch den Abbau der Zölle eine wesentliche Vorbedingung für den Uebergang zur Konvertibilität des Pfundes sowie der europäischen Währungen darstelle.

Offensichtlich haben auch die maßgeblichen Stellen in Amerika sich den britischen Argumenten nicht verschließen können. Sie sehen in jüngster Zeit immer mehr ein, daß die Schutzzollpolitik für ein Gläubigerland wie die Vereinigten Staaten im Grunde überholt ist und daher einer Reform bedarf. Nun setzt eine solche Reform jedoch eine Zustimmung des amerikanischen Kongresses voraus, mit der aber vermutlich nicht vor dem Herbst 1954 gerechnet werden kann. Zu diesem Zeitpunkt wird ein Teil der Kongreßmit-

⁶) Vgl. den Wortlaut in *The Department of State Bulletin* Vol. XXIX, Nr. 740, vom 31. 8. 1953, S. 275—279.

glieder neu gewählt, und die Zustimmung zu einer solchen in der Öffentlichkeit sehr umstrittenen Frage dürfte kaum vorher durchzusetzen sein. Folglich werden weder die handelspolitischen Voraussetzungen in den USA noch die von Großbritannien zu sichernden internen Voraussetzungen für ein Zahlungsbilanzgleichgewicht vor Ende 1954 gegeben sein. Aber dennoch sind durch die englisch-amerikanischen Beratungen und die sorgfältigen Studien des Douglas-Komitees die gegenseitigen Standpunkte in der Frage der Konvertierbarkeit der europäischen Währungen und insbesondere des Sterling abgeklärt worden, wodurch man dem Ziel ohne Zweifel erheblich nähergekommen ist.

Der Douglas-Bericht bestätigte außerdem die vielfach vertretene Ansicht, daß das britische Pfund nur gleichzeitig mit einigen anderen europäischen Währungen zur Konvertibilität übergehen solle. Für das britische Pfund wird die Sicherung der Konvertierbarkeit nämlich in hohem Maße davon abhängen, inwieweit die Handelspartner die britischen Bestrebungen unterstützen. Sie würde zweifellos am ehesten gelingen, wenn für möglichst viele europäische Währungen gleichzeitig die Konvertibilität zugelassen würde. Vor allem wird dabei an die Rückkehr zur Konvertibilität der D-Mark gedacht.

Insofern kommt im Rahmen der jüngsten britischen Beratungen mit den europäischen Handelspartnern den Gesprächen *Butlers* mit Bundeswirtschaftsminister Professor *Erhard* besondere Bedeutung zu, wenngleich es auch hierbei zunächst nur die gegenseitigen Standpunkte abzuklären galt. Im Gegensatz zu Butler ist Professor Erhard der Auffassung, daß nur eine uneingeschränkte Konvertibilität, die für „Deviseninländer“ wie für „Devisenausländer“ gelte, der Ausweitung des Handelsverkehrs und damit dem Endziel dienlich sei. Butler macht offenbar die Dollarlücke Großbritanniens, die sich bei einer freien Konvertierbarkeit auch für „Deviseninländer“ ergeben würde,

nöch zu große Sorgen, weshalb er auf keinen Fall sofort auf die Importbeschränkungen verzichten möchte. Erhard dagegen glaubt, daß die Dollarlücke in ihrem Ausmaß überschätzt werde und drängt auf eine Beseitigung der Handelsbeschränkungen auch gegenüber dem Dollarraum.

Der Erhardsche Vorschlag ist ohne Zweifel mutiger als der britische und folgt der von Erhard vertretenen marktwirtschaftlichen Konzeption. Er kann mutiger sein, weil Westdeutschland sich gegenwärtig währungspolitisch in einer günstigeren Position als Großbritannien befindet und nicht nur gegenüber dem EZU-Raum zum größten Gläubiger geworden ist (s. Schaubild S. 6004), sondern auch seine Zahlungsbilanz mit dem Dollarraum im letzten Halbjahr immer mehr ausgleichen konnte. Für Westdeutschland würde folglich — alles in allem gesehen — eine Freigabe des D-Mark-Kurses voraussichtlich kaum eine wesentliche Aenderung der Kursrelation nach sich ziehen. Der Sprung in das sogenannte „kalte Wasser der Konvertibilität“ wäre deshalb für Erhard zweifellos weniger risikoreich als für den britischen Schatzkanzler Butler.

Wenn dessen vorsichtige Haltung somit auch verständlich erscheint, so sollte Großbritannien dennoch aus grundsätzlichen Erwägungen den marktwirtschaftlich konsequenten Weg vorziehen, d. h. die Importbeschränkungen abbauen und den Pfundkurs freigeben, selbst wenn damit — was jedoch im voraus nicht abzusehen ist — eine gewisse Abschwächung des Kurses einhergehen sollte. Schließlich sprechen immer mehr Beispiele dafür, daß die marktwirtschaftlichen Kräfte überall dort, wo ihnen freie Entfaltungsmöglichkeit gewährt wird, auf die Dauer die Rückgewinnung und Sicherung des Gleichgewichts nur erleichtern. So dürften denn auch freie und realistische Wechselkurse für das Pfund entscheidend dazu beitragen, die britische Schuldnerposition gegenüber dem EZU-Bereich abzubauen und die Dollarlücke des Sterlingbereichs zu schließen.

Um die „Befreiung“ Osteuropas

Seit im Wahlkampf für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten der Ruf „Liberation versus Containment“ erscholl, ist die Befreiung der von der Sowjetunion faktisch beherrschten Länder ein in der populären Publizistik häufig auftauchendes Thema.

Vor der Gefahr einer Konzeption zu warnen, die dem Kreuzzug die Zwangskonversion folgen lassen möchte — das ist der Sinn eines in der „Borba“ (Belgrad) erschienenen Artikels von Vladimir Dedijer. Er muß nicht zuletzt als wichtiges Dokument gewürdigt werden, weil er aus dem Lande kommt, das „zwischen den Lagern“ steht.

Aufsatz von Vladimir Dedijer* in der „Borba“ vom 26. Juli 1953

„Die letzten Ereignisse in der Sowjetunion, in Ostdeutschland, der Tschechoslowakei, Ungarn und in anderen Ostländern bestätigen zweifellos die jugoslawische These, daß das Gesellschaftssystem in diesen Ländern in eine tiefe Krise geraten ist.

Ich will in diesem Artikel nicht auf das Problem der Ursachen für diese Krise eingehen, sondern mich nur mit der Frage befassen, wie man in der Welt auf diese Krise reagiert und welche Mittel man empfiehlt, um einen Ausweg aus ihr zu finden.

Die Meinungen sind geteilt. Ungewöhnlich zahlreich werden Rezepte zur „Befreiung“ Osteuropas gebracht, die größtenteils aus den Vereinigten Staaten kommen, und zwar von Gruppen und Organisationen unter dem Einfluß der McCarthy-Richtung. Kürzlich erschien in New York das Buch eines gewissen Oleg Anissimow unter dem Titel „Letzte Waffe“. Darin wird offen vorgeschlagen, die USA sollten einen großen Feldzug zur „Befreiung“ der osteuropäischen Länder durchführen, denn die Geschichte habe Amerika den großen Auftrag erteilt, die Befreiung der osteuropäischen Völker zu vollziehen. Es ist kein Zufall, daß in den letzten Wochen auch das Buch des ungarischen Admirals Horthy erschien, der sein Leben beschreibt und dabei die Politik des ungarischen Adels und dessen Eroberungen in diesem Teil Europas verteidigt.

Unter den übrigen Rezepten zur „Befreiung“ Osteuropas ist schließlich auch eines, das von der amerikanischen Wochenschrift „News Week“ direkt an Jugoslawien gerichtet ist. Das Blatt bringt in seiner letzten Nummer vom 20. Juli auf der Titelseite das Bild eines jugoslawischen Soldaten mit einer Maschinenpistole über der Brust. Unter dem Bild steht: „Die jugoslawische Armee: Kann sie den Balkan befreien?“

Auch in Europa zeigen sich einzelne Varianten dieser Auffassungen. Besonders kennzeichnend sind hierbei die Beschlüsse, die auf der letzten Sitzung der Emigranten-Gruppe in der Sozialistischen Internationale am 12. und 13. Juli in Stockholm unmittelbar vor dem Kongreß der eigentlichen Sozialistischen Internationale gefaßt wurden. Dieser Gruppe, oder wie sie amtlich heißt, Bund der Sozialistischen Parteien Mittel- und Osteuropas, gehören

die früheren Führer der sozialdemokratischen Parteien aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und der Ukraine (!) und — Zivko Topalovic an!

Dieser Kongreß diskutierte in der Hauptsache über die internationale Lage und die Möglichkeiten einer „Befreiung“ der osteuropäischen Länder. Diese Emigranten forderten die Westmächte offen zu einer Intervention in Osteuropa auf, wobei sie, wie die Pressebüros melden, in ihrer Resolution forderten, nur mit gemeinsamen Anstrengungen der westlichen demokratischen Mächte könne die Freiheit der Länder in Mittel- und Osteuropa hergestellt werden. Zivko Topalovic, der auf diesem Kongreß sogar zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, gab nach dem Kongreß in der schwedischen Presse eine Erklärung ab, in der er im Geiste dieser Resolution behauptete, das Tito-Regime habe in der Bevölkerung keine Anhänger.

I

Im wesentlichen zeigen alle diese Erklärungen ziemlich deutlich eines: Osteuropa muß wieder „befreit“ werden, aber es muß so „befreit“ werden, daß man den Völkern Regime aufzwingt, die sie nicht wünschen, daß man jene alte Ordnung wieder einführt, wie sie in diesen Ländern bis 1945 herrschte, daß man die europäischen Tschiang-kai-Scheks und die Bao-Dais wieder einsetze. Sind nicht diese Auffassungen nur ein Bestandteil jener Bestrebungen, die auf Weltebene, angeblich unter der Losung „Kampf gegen den Kommunismus“, eine Beruhigung der Weltlage erschweren und ihre eigene Hegemonie aufzwingen wollen?

Wieviel Kurzsichtigkeit und Abenteuerertum liegen doch in dieser Politik! Und zwar aus folgenden Gründen:

1. In keiner Weise berücksichtigt man die tatsächlichen Verhältnisse, berücksichtigt man, wie sehr das Bewußtsein der Bevölkerung für Gleichberechtigung, für den Anspruch auf eine eigene Entwicklung nicht nur in Europa gewachsen ist. Haben sich nicht schon viele Völker in den so offenkundig unentwickelten Gebieten wie Asien und Afrika in großem Maße bereits dieses Recht erworben? Heute aber verweigert man dieses gleiche Recht den entwickelteren europäischen Ländern und wünscht, die bisherigen russischen Gouvernements im Herzen Europas zu Vasallenstaaten und Anhängseln der einen

* Dedijer ist früherer Herausgeber der *Borba*, Autor der Tito-Biographie und Leiter der außenpolitischen Abteilung im Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.

oder anderen Großmacht oder Mächtegruppe zu machen, wie sie es vor dem Zweiten Weltkrieg waren.

2. Man berücksichtigt auch nicht die Eigenentwicklung in diesen Ländern, man berücksichtigt nicht, daß die Völker dieser Länder 1945 mit dem Zusammenbruch des Faschismus und der Regime, die in diesen Ländern mit dem faschistischen Deutschland verbunden waren, eine Reihe fortschrittlicher Dinge eroberten: Die Industrie wurde verstaatlicht, in einigen Ländern wurden die Ueberreste des Feudalismus beseitigt, vor allem die Monarchie; ferner wurde eine Agrarreform durchgeführt, liquidiert wurden die Positionen des Auslandskapitals, in der Volksbildung und im Sozialschutz wurden große Fortschritte erzielt und noch vieles andere mehr. Das ist ein Teil der allgemeinen Errungenschaften aus dem großen antifaschistischen Kampf. Das ist der Beweis für den ständigen Fortschritt der Menschheit. Ist es nicht auch in anderen Teilen der Welt zu großen Aenderungen gekommen? Hat sich nicht auch in den USA selbst die Lage wesentlich geändert? Welche Macht könnte zum Beispiel heute in den USA den Werktätigen jene Errungenschaften nehmen, die sie unter dem New Deal erwarben, wie zum Beispiel das Recht der Arbeiter auf Organisation, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialfürsorge, oder etwa das, was in England und anderen westlichen Ländern erreicht wurde.

3. Die letzten Ereignisse in den Ostländern haben deutlich gezeigt, daß vor allem die Werktätigen dieser Länder der „Befreiung“ überdrüssig sind, die ihnen die Sowjetarmee gebracht hat, daß nicht nur die verschiedenen Stalinschen Theorien über die befreierische Rolle der sowjetischen Bajonette, sondern auch, was wichtig ist, die Praxis dieser „Befreiung“ jetzt ihren völligen Schiffbruch erlitten haben. Andererseits will die überwältigende Mehrheit dieser Länder um keinen Preis, daß die alten Herren, die in- und ausländischen Kapitalisten, und alles übrige Schlechte, was sie bis 1945 bedrückt hat, zurückkehren. Man darf nicht aus den Augen verlieren, daß die Völker in den östlichen Ländern 1945 in der Sowjetarmee das Symbol für etwas Neues sahen, denn sie glaubten, es gebe keinen Unterschied zwischen Stalins Worten und Stalins Taten, denn sie glaubten, die Sowjetarmee bringe ihnen wirklich Sozialismus und demokratische Verhältnisse.

Diese ganze Kampagne, die jetzt im Westen um die „Befreiung Osteuropas“ auf den Grundsätzen einer Rückkehr zum Alten entfesselt wurde, kann nur den Kampfprozeß dieser Völker um die Befreiung von der Sowjetherrschaft hemmen, sie kann die Völker dieser Länder wieder vor das Dilemma der Theorie vom kleineren Uebel, ob Kapitalismus oder Sowjetherrschaft, vor das Dilemma einer Verteidigung noch irgendwie sozialistischer Errungenschaften gegen mögliche Angriffe von außen stellen.

4. Besonders müßte man sich mit der Resolution der Emigrantengruppe in Stockholm befassen. Diese Gruppe ist nach ihrem organisatorischen Aufbau mit der Sozialistischen Internationale verbunden. Bedeutet dies, daß die Sozialistische Internationale, daß ihre einzelnen Mit-

glieder, wie zum Beispiel die britische Labour Party, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands oder die Sozialistische Partei Belgiens, mit einer solchen Politik einverstanden sind, die so stark nach der McCarthy-Richtung riecht? Eine ähnliche Frage könnte man auch an einige der Teilnehmer dieser bunten Emigrantenversammlung richten. Denn neben den verschiedenen Zivko Topalovics, die Jugoslawien „befreien“ wollen, gibt es dort auch Vertreter solcher sozialistischer Parteien, wie zum Beispiel der Sozialistischen Partei Ungarns oder der Tschechoslowakei, die im Leben der Arbeiterbewegung ihrer Länder eine große Rolle spielten und zweifellos auch heute einen wesentlichen Einfluß in diesen Ländern haben. Schwächen diese nicht ihre eigenen Positionen in ihren Ländern, wenn sie einen so verdächtigen Tanz mitmachen?

II

Was die Empfehlung der „News Week“ an unsere Armee angeht, den Balkan zu befreien, so können wir sagen, daß wir keinen Augenblick die Kraft unserer Armee unterschätzen. Tatsache ist, daß schon das Bestehen einer so starken Verteidigungsarmee vernichtend und zerstörend auf alle möglichen Aggressionspläne aus dem Osten wirkt. Tatsache ist aber auch, daß Jugoslawien über eine weit stärkere Waffe verfügt, die zweifellos unserem Lande viel Prestige und Einfluß in der Welt gebracht hat, am meisten gerade in allen östlichen Ländern. Diese unsere Waffe hat ihre Probe in den schweren Tagen der vergangenen fünf Jahre bestanden, als wir gegen Stalins überwältigende Macht unsere Grundkraft einsetzten, das Recht eines jeden Staates auf Gleichberechtigung, mag er klein oder groß sein, das Recht eines jeden Landes, sich auf dem Wege zu entwickeln, der seinen historischen Verhältnissen am besten entspricht. Diese Ideen, die ein kleines Land im Konflikt mit einem bei weitem überlegenen Gegner vertrat, haben gesiegt, denn sie sind in das Bewußtsein der Völker eingedrungen und damit zu einer gewaltigen materiellen Kraft geworden.

Osteuropa muß daher nicht mit irgendeiner Waffe „befreit“ werden, auch nicht mit der jugoslawischen Waffe. Die Völker dieses Teiles von Europa fordern, ihren eigenen Weg zu gehen, sich von der Sowjetherrschaft freizumachen, ihre Errungenschaften zu wahren, die sie bereits erworben haben, nicht zum Alten zurückzukehren, den Ausweg aus der Krise, in der sie sich jetzt befinden, nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung unter den Staaten zu suchen, nach den Grundsätzen eines demokratischen Lebens und demokratischer Verhältnisse unter den Staaten, auf dem Grundsatz der Achtung des freien Willens der Bevölkerung in diesen Ländern, also auf sozialistischen und demokratischen Grundlagen, die für diese Länder zusammenfallen mit Unabhängigkeit und Gleichberechtigung. Keinesfalls aber wollen sie, daß man ihnen die verschiedenen alten Formen aufzwingt, mögen es nun Stalinsche Ikone, The American Way of Life oder irgendwelche anderen Rezepte sein.“

Übersetzung der Presse- und Informationsabteilung der Jugoslawischen Botschaft, Mehlem.

Kurzberichte und Zeittafel

Die 16. Tagung des ECOSOC in Genf

Vom 30. Juni bis 5. August 1953 hielt der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC)* seine 16. Sitzungsperiode in Genf ab. Von den auf der Tagesordnung stehenden Punkten wurden einige abgesetzt und auf die Sitzung des Jahres 1954 verschoben, da die zu diesen Punkten erforderlichen Unterlagen nicht rechtzeitig zur Verfügung standen. Es handelte sich hierbei besonders um die Frage der Freiheit der Presse und der Information und um das Problem der Zwangsarbeit. Die wichtigsten Themen, mit denen sich der ECOSOC während seiner Tagung in Genf befaßte, betrafen die Finanzierung der Entwicklung wirtschaftlich zurückgebliebener Länder, das Erweiterte Entwicklungsprogramm für technische Hilfe (Expanded Technical Assistance Program), die Sicherung der Vollbeschäftigung und das Problem der restriktiven Handelspraktiken.

Finanzielle Hilfe für wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete

Zur Erörterung standen zwei Projekte, die der Erschließung internationaler Finanzquellen dienen sollen: Erstens die Schaffung einer internationalen Finanzierungsgesellschaft (International Finance Corporation) und zweitens die Schaffung eines Spezialfonds der Vereinten Nationen für wirtschaftliche Entwicklung. Mit der Prüfung des ersten Projektes war die Weltbank (IBRD) beauftragt worden, die in ihrem Bericht an den ECOSOC darlegte, daß die Zeit für die Schaffung einer internationalen Finanzierungsgesellschaft noch nicht reif sei, da die Länder, von denen die Gesellschaft den größeren Teil ihrer Mittel bekommen müßte, sich bisher nicht bereit erklärt hätten, entsprechendes Kapital zur Verfügung zu stellen. In einer Entschlußung wurde die Weltbank gebeten, das Projekt weiter zu studieren und der 17. Sitzungsperiode einen erneuten Bericht vorzulegen.

Zu dem zweiten Projekt, das auf Antrag der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Januar 1952 dem ECOSOC zur Ausarbeitung detaillierter Vorschläge zugeleitet wurde, lag der Bericht eines Sachverständigenausschusses vor. Dieser Bericht war rein technischer Natur und befaßte sich nicht mit der Frage, ob die Schaffung eines Fonds ratsam sei oder nicht. Im Verlaufe der Erörterungen des ECOSOC setzten sich insbesondere die Delegierten solcher Länder, die sich im Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung befinden, für die Schaffung eines Spezial-

fonds ein. Dagegen sahen sich die Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs unter den gegenwärtigen Umständen und in Anbetracht ihrer angespannten Budgetverhältnisse nicht in der Lage, eine Zusage zur finanziellen Beteiligung zu geben.

Der Rat nahm als Abschluß seiner Erörterungen am 4. August eine Entschlußung an, in der es heißt: „Wir, die Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen, erklären uns bereit, wenn ein genügender Fortschritt auf dem Gebiet einer international kontrollierten Weltabrüstung gemacht worden ist, von unseren Völkern zu verlangen, einem im Rahmen der Vereinten Nationen geschaffenen Fonds einen Teil der Ersparungen zu überweisen, um die Entwicklung und den Aufbau der unterentwickelten Länder zu fördern.“ Diese sicherlich bedeutungsvolle Erklärung gibt jedoch keine Antwort auf die gegenwärtigen Bedürfnisse, und die Enttäuschung der unterentwickelten Länder war ob dieses Ergebnisses sehr groß. Der Vorschlag für einen Spezialfonds war als eine Maßnahme für die Gegenwart und nicht für eine unbestimmte Zukunft gedacht gewesen.

Technische Hilfe

Ausgangspunkt für die Diskussion des „Erweiterten Programms für technische Hilfe“ (Expanded Technical Aid Program) war die gegenwärtige Finanzkrise. Sie ist entstanden, weil eine Reihe von Staaten ihre Versprechungen nicht zeitig genug eingelöst hat und weil die finanzielle Unterstützung für die Zukunft ungesichert ist. Aus der Erkenntnis, daß die Unterstützung der wirtschaftlich zurückgebliebenen durch die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder eine moralische Pflicht und eine weltpolitische Notwendigkeit darstellt, forderte der Rat in einer einstimmig angenommenen Entschlußung die Regierungen auf, einen finanziellen Beitrag für 1954 zu leisten, der die höchstmögliche Ausweitung des Programms ermöglicht, der aber nicht niedriger sein soll als für 1953. Die Entschlußung bringt zum Ausdruck, daß die Beitragsleistungen für einen längeren Zeitraum als ein Jahr sichergestellt werden sollten, um eine langfristige Planung zu ermöglichen. Anlässlich der Erörterung dieser Entschlußung gab der Delegierte der Sowjetunion bekannt, daß sich sein Land entschlossen habe, mit einem Beitrag von vier Millionen Rubel am technischen Hilfswerk der Vereinten Nationen teilzunehmen und Sachverständige zur Verfügung zu stellen. Der polnische Delegierte gab bekannt, daß sein Land ebenfalls 300 000 Zloty zur Verfügung stellen werde. Die Vertreter der Sowjetunion und Polens befürworteten den freien Güteraustausch mit den unterentwickelten Ländern, der vielleicht die wirksamste Methode sei, um diesen Ländern zu helfen.

Das gesteckte Ziel von 25 Millionen Dollar für das Jahr 1954 konnte bis Ende der Sitzungsperiode nicht erreicht werden, da alle gemachten Zusagen nur den Betrag von 23 Millionen Dollar ergaben.

* Der ECOSOC besteht aus achtzehn Mitgliedern, von denen jährlich sechs auf die Dauer von drei Jahren durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen neu gewählt werden. An der Genfer Tagung, die unter dem Vorsitz des Belgiers Raymond Scheyven stand, nahmen folgende Länder teil: Ägypten, Argentinien, Australien, Belgien, China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Jugoslawien, Kuba, die Philippinen, Polen, Schweden, die Sowjetunion, die Türkei, Uruguay, Venezuela und die Vereinigten Staaten.

Vollbeschäftigung

Von vielen Delegierten wurde die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß ein wirtschaftlicher Rückgang in den Vereinigten Staaten ernste Auswirkungen in anderen Ländern zur Folge haben werde. Der Vertreter der Vereinigten Staaten erwiderte hierauf, daß sich sein Land verpflichte, alles Notwendige zu tun, um kurz- als auch langfristig einen hohen Stand der Nachfrage und der Beschäftigung in den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Er versicherte dem Rat, daß die Vereinigten Staaten einen ständig wachsenden Bedarf an Einfuhrgütern und Dienstleistungen haben werden, um die Nachfrage einer wachsenden Bevölkerung decken zu können.

In einer in diesem Zusammenhang angenommenen Entschliebung wird darauf verwiesen, daß jede Verminderung der Verteidigungsausgaben ein Nachlassen der Nachfrage zur Folge haben könnte und daß daher der Generalsekretär der Vereinten Nationen jeden Mitgliedstaat auffordern soll, noch vor dem 1. Dezember 1953 seine Ansichten über Maßnahmen bekanntzugeben, die er als notwendig erachtet, um voraussehbare, nachteilige Auswirkungen auf die Wirtschaft durch eine Verminderung der Rüstungsausgaben zu verhindern. Der Internationale Währungsfonds wird aufgefordert, den Mitgliedstaaten bei zeitweiligen Gleichgewichtsstörungen in ihren Zahlungsbilanzen behilflich zu sein.

In der Entschliebung werden weiter alle Regierungen eingeladen, „alle praktischen Maßnahmen zwecks Vermehrung des Handels, der Beschäftigung und des Lebensstandards zu ergreifen, um die Hindernisse für die Entwicklung eines normalen und gegenseitig nützlichen Handels zwischen den Ländern zu beseitigen, indem sie sich unter anderem jede Gelegenheit zunutze machen, die sich als Folge einer verbesserten Zahlungsbilanz oder eines verbesserten Standes der Währungsreserven oder des Reifwerdens neu entwickelter Industrien oder einer Verminderung der internationalen Spannungen ergeben möge.“

Restriktive Handelspraktiken

In einer weiteren Entschliebung bringt der ECOSOC zum Ausdruck, daß restriktive Handelspraktiken, die den internationalen Handel beeinträchtigen, nachteilige Folgen für eine Hebung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben könnten. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde aufgefordert, den Mitgliedsregierungen den Bericht eines Sonderausschusses zur Stellungnahme zu übermitteln. Die Stellungnahmen der Regierungen sollen dann von dem Sonderausschuß bearbeitet werden und dem Rat bei seiner nächsten Session ein entsprechender Bericht unterbreitet werden.

Berichte der Sonderorganisationen und Kommissionen der Vereinten Nationen

Der ECOSOC erörterte im Verlauf seiner Tagung die Berichte der Sonderorganisationen und der regionalen und funktionalen Kommissionen der Vereinten Nationen und nahm mit verschiedenen Graden der Anerkennung von der geleisteten Arbeit Kenntnis. Verschiedene Berichte, vor allem die der ILO und der FAO, betonten mit besonderem Nachdruck die Steigerung der Produktivität als ein Ziel des technischen Hilfsprogramms der Vereinten Nationen. In dem 7. Bericht der ILO an den ECOSOC wird auf das Problem der drohenden Arbeitslosigkeit, die Notwendig-

keit der Ausdehnung der Weltproduktion, besonders in den unterentwickelten Ländern, und die Notwendigkeit, wirtschaftliche und soziale Bedingungen unter voller Berücksichtigung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu schaffen, hingewiesen.

Der Bericht der FAO stellt fest, daß die Bevölkerung der Welt jährlich um 30 Millionen Menschen zunimmt. Schätzungsweise seien heute 59,5 vH der menschlichen Bevölkerung unterernährt gegenüber 38,6 vH vor dem Kriege. Um hier Abhilfe zu schaffen, fordert die FAO eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und eine Verstärkung des internationalen Handels.

Aus dem Bericht der WHO geht hervor, daß die Organisation im Jahre 1952 in 115 Ländern Hilfe geleistet und zur Entwicklung der Gesundheitsdienste, der Ausbildung von Ärzten und Hilfspersonal und zur Seuchenbekämpfung beigetragen hat. Hierfür wurden 7,7 Millionen Dollar sowie weitere 5,7 Millionen Dollar aus dem Spezialfonds des technischen Hilfeleistungsprogramms aufgewendet.

Bei der Erörterung des Jahresberichtes der ECE wies der Exekutivsekretär dieser Organisation darauf hin, daß die Beratungen im Frühjahr 1953 (vgl. den Bericht über die 8. Jahreskonferenz der ECE in Genf in Europa-Archiv 10—11/1953, S. 5747—49) den Weg zu Verhandlungen über den europäischen Ost-West-Handel geebnet hätten. Der sowjetische Delegierte erklärte, daß sein Land diese Bemühungen um die Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit immer unterstütze. Die Sowjetunion befürwortete engere Handelsbeziehungen zwischen Ost und West, für welche die günstigsten Bedingungen vorhanden seien. Der Handel könne zudem zur Beseitigung des politischen Mißtrauens und zur Schaffung einer Friedensatmosphäre beitragen.

Im Anschluß an die Aussprache über den Bericht des Hohen Kommissars für das Flüchtlingswesen wurde eine Entschliebung angenommen, in der ausgeführt wird, daß eine internationale Aktion zugunsten der Flüchtlinge nach wie vor notwendig ist. Der Vollversammlung der Vereinten Nationen wurde empfohlen, die Tätigkeitsdauer dieses Amtes, die Ende 1953 ablaufen würde, um weitere fünf Jahre zu verlängern. Der Hohe Kommissar van Heuven Goedhart gab bekannt, daß für die freiwillige Beitragsleistung an den Notstandsfonds seines Amtes ein Betrag von drei Millionen Dollar in Aussicht genommen war, daß aber bisher erst eine Million Dollar eingegangen sei.

Der Rat empfahl einstimmig, die Tätigkeit des Internationalen Kindernotstandsfonds (UNCEF), dessen Mandat Ende 1953 ablaufen würde, auf unbestimmte Zeit zu verlängern.

Der Bericht der Kommission für Menschenrechte fand die Billigung des ECOSOC. Die Kommission wurde ersucht, den Entwurf einer Konvention über die Menschenrechte in ihrer nächsten Session zu vollenden und einen Bericht über ihre abgeschlossene Session der Vollversammlung zu übermitteln.

Die Liberalisierung des europäischen Handels

Das Handelsdirektorium der OEEC berichtet im Anhang zu dem diesjährigen Bericht der OEEC an den Europarat über den derzeitigen Stand der Bemühungen zur Befreiung des innereuropäischen Austausches von Gütern und Dienstleistungen von seinen

administrativen Restriktionen. Aus dem Bericht geht hervor, daß am 1. Juli 1953 der private Handel zwischen den OEEC-Staaten zu 70,3 vH von der Einfuhrkontingentierung befreit war. Dieser Prozentsatz ist darauf zurückzuführen, daß einige Länder über die vorgeschriebenen 75 vH hinaus ihre Einfuhren liberalisiert haben, während andere Länder weit unter diesem Richtsatz geblieben sind. Der Fortbestand der britischen und französischen Einfuhrbeschränkungen stellt gegenüber denjenigen Ländern, die ihre Einfuhrkontingente mehr oder minder weitgehend beseitigt haben, eine nicht unerhebliche Belastung dar. Das Handelsdirektorium vertritt daher die Ansicht, daß neue Fortschritte auf dem Gebiete der Liberalisierung erst dann wieder möglich sein werden, wenn Großbritannien und Frankreich zu einer Regelung des Einfuhrsystems zurückkehren, die dem Stand der Liberalisierung in den übrigen Mitgliedstaaten der OEEC entspricht.

Die vom Handelsdirektorium errechneten Liberalisierungssätze beziehen sich mit Ausnahme von der Bundesrepublik Deutschland und Oesterreich auf das Basisjahr 1948. Für die Bundesrepublik wird das Jahr 1949 und für Oesterreich das Jahr 1952 bei den Berechnungen zugrunde gelegt. Aus diesen Vergleichszahlen ergibt sich daher nur ein ungefähres Bild der tatsächlichen Verhältnisse, denn die Zahlen tragen den inzwischen eingetretenen Strukturveränderungen sowie der Belegung des europäischen Handels nicht Rechnung. In der Zeit von 1948 bis 1952 erfuhr nämlich der innereuropäische Handel eine Steigerung um zwei Drittel seines wertmäßigen Volumens.

Nach dem Bericht lassen sich in bezug auf die Liberalisierung drei Gruppen von Ländern unterscheiden: Zur ersten Gruppe gehören Italien, Portugal, die Niederlande, Schweden, die Schweiz, die Bundesrepublik Deutschland und Belgien-Luxemburg. Diese Länder, die 100 bis 87 vH ihres Handels liberalisiert haben, umfaßten 1948 50 vH und 1952 52 vH des innereuropäischen Handels. Die zweite Gruppe wird durch Dänemark, Irland und Norwegen bildet. Diese Länder bringen den obligaten Liberalisierungssatz von 75 vH zur Anwendung und waren 1948 zu 13 vH und 1952 zu 11 vH am Gesamtvolumen des innereuropäischen Handels beteiligt. Die dritte Gruppe umfaßt diejenigen Länder, deren Liberalisierungsmaßnahmen bisher unter dem von der OEEC festgelegten Richtsatz von 75 vH geblieben sind. Zu dieser Gruppe gehört Großbritannien, das seinen Liberalisierungssatz vor einigen Monaten von 45 vH auf 58,5 vH verbesserte und auf das sowohl 1948 wie auch 1952 20 vH des innereuropäischen Handels entfielen. Oesterreich hat 36 vH seiner Einfuhr von der Kontingentierung befreit. Frankreich, die Türkei, Island und Griechenland, auf die zusammen 1948 15 vH und 1952 17 vH des innereuropäischen Handels entfielen, bringen die Liberalisierungsvorschriften der OEEC zur Zeit überhaupt nicht zur Anwendung.*

Der Staatshandel, der von der Liberalisierung nicht erfaßt wird, betrug 1948 9 vH der Gesamteinfuhr der Mitgliederstaaten. Sein Anteil am Gesamthandel weist in den einzelnen Ländern große Unterschiede auf und schwankt zwischen 0 und 20 vH. In letzter Zeit konnte von der OEEC die Tendenz zur Einschränkung des Staatshandels und zur Ueberleitung des entsprechenden Warenverkehrs in privatwirtschaftliche Bahnen beobachtet werden.

* Neuesten Meldungen zufolge wird Frankreich ab 1. Oktober 1953 8 vH seiner Einfuhren liberalisieren.

In gleichem Umfange, wie im innereuropäischen Handel die administrativen Restriktionen beseitigt werden, gewinnen die Zollsätze wieder an Bedeutung. Die in verschiedenen europäischen Ländern bestehenden hohen Zolltarife erweisen sich in zunehmendem Maße als ernstes Hindernis für die weitere Belegung des innereuropäischen Warenaustausches. Die Bedeutung dieses Problems ist, wie aus dem Bericht hervorgeht, seitens der OEEC erkannt worden und bildet zur Zeit den Gegenstand einer eingehenden Prüfung.

Studienkonferenz über die Atlantische Gemeinschaft

Vom 30. August bis 5. September 1953 fand im dänischen Parlament in Kopenhagen unter dem Vorsitz des ehemaligen britischen Botschafters in Moskau, Sir David Kelly, die zweite internationale Studienkonferenz über die Atlantische Gemeinschaft* statt. An der Konferenz nahmen inoffizielle Delegationen aus den vierzehn Mitgliedstaaten der NATO teil. In seiner Eröffnungsrede betonte der dänische Außenminister und Vorsitzende des Atlantikrates, Ole Björn Kraft, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten der NATO dafür sorgen müßten, daß die Bevölkerung über die Atlantische Gemeinschaft aufgeklärt werde, daß diese Aufgabe jedoch privater Initiative überlassen werden müßte. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Alfred M. Gruenther, der über die Fortschritte im Ausbau der Verteidigung der NATO-Länder berichtete.

In einer Entschließung empfahl die Konferenz die Bildung einer aus vierzehn nationalen Gruppen bestehenden Internationalen Union von Parlamentariern, Gewerkschaftlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich besonders für eine engere wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit der NATO-Länder einsetzen soll. Auch ein britisch-skandinavischer Vorschlag, die Verbindung zwischen den Parlamenten der NATO-Mitgliedstaaten und der NATO selbst zu stärken, und eine holländische Forderung nach einem engeren europäischen Zusammenschluß, der Hand in Hand mit der atlantischen Zusammenarbeit erfolgen müsse, wurden gebilligt. Die Konferenz empfahl ferner die Bildung eines Verbindungsausschusses der Gewerkschaften zur NATO, dessen Aufgabe es sein soll, die gewerkschaftlichen Auffassungen den leitenden Persönlichkeiten der NATO gegenüber zum Ausdruck zu bringen und innerhalb der organi-

*) Die erste internationale Studienkonferenz über die Atlantische Gemeinschaft war vom 7. bis 13. September 1952 auf Initiative der British Society for International Understanding in Oxford veranstaltet worden. Um die von dieser Konferenz gesteckten Ziele zu propagieren, wurde am 25. September 1952 ein Ständiger Ausschuß (International Atlantic Committee), in dem alle vierzehn NATO-Länder vertreten sind, gebildet. Zum Präsidenten wurde Ole Björn Kraft gewählt. Ein Interimssekretariat dieses Ausschusses wurde unter der Leitung von Lord Duncannon, dem Direktor der British Society for International Understanding, in London eingerichtet. Auf Grund der auf der Oxford Konferenz gemachten Vorschläge wurden im Laufe der weiteren Monate in verschiedenen NATO-Ländern nationale Gruppen zur Unterstützung der Ziele und zur Verbreitung des Wissens über die NATO gegründet, so unter anderem in Großbritannien, Norwegen, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Frankreich. Das am 28. April 1953 gebildete British Atlantic Committee bedient sich bei seiner Arbeit bereits bestehender Organisationen, darunter der britischen Sektion der Europäischen Jugendkampagne und des United Europe Movement.

sierten Arbeiterschaft das Verständnis für die Arbeit der Atlantikpaktorganisation zu fördern. Ein holländischer Vorschlag zur Schaffung eines parlamentarischen Konsultativorgans für die NATO, nach dem Vorbild des Nordischen Rates, wurde von der Vollversammlung lediglich zur Kenntnis genommen, aber nicht empfohlen.

Ein amerikanischer Vorschlag, der die Verbesserung der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Vorhaben der NATO vorsieht, empfiehlt die Beseitigung aller nicht unbedingt erforderlichen Sicherheitsbestimmungen. Schulen und Jugendverbände sollen mit Lehrmaterial über die NATO versorgt und Schüler und Lehrkräfte durch Austauschprogramme und Konferenzen für die Probleme der Atlantikpaktorganisation interessiert werden. Eine der vier Arbeitskommissionen der Konferenz befaßte sich auch mit der Frage der Schaffung eines atlantischen Forschungsinstitutes zur Untersuchung der mit der Entwicklung der NATO verbundenen Probleme.

Der 7. Jahreskongreß der NEI in Tours

Die Internationale Union der Christlichen Demokraten (*Nouvelles Equipes Internationales* = NEI) hielt vom 3. bis 6. September 1953 in Tours (Frankreich) unter dem Vorsitz des belgischen Ministers A. E. *de Schryver* ihre 7. Jahrestagung ab. 200 Delegierte der christlich-demokratischen Parteien von 18 europäischen Staaten nahmen teil. Die deutsche CDU war durch Minister a. D. Dr. Georg *Strickrodt* und Professor Freiherr *von der Heydt* vertreten. In seiner Begrüßungsansprache bekannte sich der derzeitige französische stellvertretende Ministerpräsident und Präsident des MRP, Pierre Henri *Teitgen*, unter starkem Beifall der Teilnehmer klar und ohne Vorbehalt zu einer aktiven Fortführung der bisherigen französischen Europapolitik, zu einer Verwirklichung des Gedankens des EVG-Vertrags und zu einer engen und herzlichen Freundschaft mit Deutschland. Im gleichen Sinne äußerte sich auch Maurice *Schumann*, Staatssekretär im französischen Außenministerium, der die europäische Einigung im Interesse der wirtschaftlichen Behauptung und des sozialen Fortschritts als Notwendigkeit bezeichnete. Neben einer Aussprache über die allgemeine politische Lage und die besondere Stellung der christlich-demokratischen Parteien bildete das Problem „Staatliche Souveränität und supranationale Autorität“ das Hauptthema des Kongresses.

Nach Beendigung der Aussprache wurde folgende in Deutsch und Französisch verfaßte Resolution einstimmig angenommen:

„Auf dem Boden der stets verfochtenen Grundsätze der christlich-demokratischen Parteien hat der siebente Kongreß der Internationalen Union der Christlichen Demokraten, in der sich Parteien aus 18 Ländern zusammengeschlossen haben, die folgende Entschließung gefaßt:

Fest steht, daß Europa ein gemeinsames geistiges und kulturelles Erbe zu wahren hat: Dieses Erbe ist ernstlich bedroht und kann nur noch in der europäischen Einheit gesichert werden;

fest steht ebenso offensichtlich, daß die Staaten Europas wirtschaftlich so sehr voneinander abhängen, daß ihr Wohlstand und ihr sozialer Fortschritt nur dadurch noch verwirklicht werden können, daß diese faktische Verbundenheit eine konstruktive Lösung innerhalb einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft findet;

fest steht endlich unbestreitbar, daß die Sicherheit der

freien Länder die Gründung einer Verteidigungsgemeinschaft und einer politischen Gemeinschaft erheischt.

Daraus folgt: Mögen auch die europäischen Staaten als die einzig berufenen Vertreter unbestrittener nationaler, internationaler, sittlicher, kultureller, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Belange weiterhin gelten, so besteht darüber hinaus doch jedenfalls ein europäisches Gemeinwohl, das nur durch eine supranationale Autorität wahrgenommen und verwirklicht werden kann.

Eine solche echte supranationale Autorität kann nur zustande kommen, wenn eine Anzahl europäischer Staaten sich sofort zum Zusammenschluß in einer Gemeinschaft bereit findet, die allen zum Beitritt oder zu enger Zusammenarbeit offen steht.

Darüber hinaus fordert die Befriedung und Verständigung zwischen den Völkern des Abendlandes und vor allem zwischen Frankreich und Deutschland einen solchen Zusammenschluß: Befriedung, Verständigung und Zusammenschluß bedingen sich wechselseitig — eines ist ohne das andere nicht möglich.

In der Erkenntnis, daß der Begriff der Souveränität in den verschiedenen Ländern in Lehre und juristischer Praxis eine ganz verschiedene Auslegung erfahren hat, beglückwünscht der Kongreß den Verfassungsausschuß der ad hoc-Versammlung dazu, daß er sich nicht in einem Streit um Worte festgefahren, sondern Willen und Wirkung in den Vordergrund gestellt hat;

er erwartet, daß die Regierungen ohne Verzögerung mit der Prüfung des ausgearbeiteten Entwurfes beginnen;

er hofft, daß die erheblichen Schwierigkeiten, die es noch zu lösen gibt, in dem gleichen Wirklichkeitssinn mit dem Ziel behandelt werden, die jeweilige Zuständigkeit eines jeden Einzelstaats und der supranationalen Autorität so bald und so klar wie möglich zu umschreiben.

Die Internationale Union der Christlichen Demokraten sieht es als ihre Pflicht an, darüber zu wachen, daß einerseits die gesamteuropäischen Aufgaben klar herausgearbeitet und die Organe der zu gründenden Gemeinschaft in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben zufriedenstellend zu erfüllen, daß aber andererseits auch die Einzelstaaten ihren selbständigen Wirkungskreis behalten, dessen sie notwendig bedürfen, um jene Interessen wahrzunehmen, die in ihrer eigenen Zuständigkeit verbleiben müssen; denn eine europäische Organisation darf in selbstverständlicher Selbstbeschränkung keine Aufgaben übernehmen, die zu lösen die Einzelstaaten eher berufen und in der Lage sind.“

Britisch-europäische Fernsehkonferenz

Die technischen Vertreter der Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, der Niederlande und Großbritanniens sowie der Europäischen Rundfunkvereinigung hielten vom 28. bis 30. Juli 1953 in London eine Konferenz ab mit dem Ziel, die zukünftige Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fernsehens zu besprechen. Als Ausgangspunkt diente den Beratungen das gelungene Zusammenspiel der britischen und europäischen Fernsehstationen anlässlich der englischen Krönungsfeierlichkeiten im Juni dieses Jahres. Die Konferenz gelangte zu der Erkenntnis, daß es wünschenswert sei, die Zeitspanne der Versuche und Erprobungen noch über das Jahr 1954 auszudehnen. Während dieser Periode sollen vorläufige Bindeglieder zwischen den einzelnen Stationen geschaffen werden, aus denen sich später ein Sendernetz über ganz Europa entwickeln soll. Eine ständige Verbindung zwischen Großbritannien und dem kontinentalen Netz wurde als sehr wünschenswert angesehen, wegen der außerordentlichen Kosten jedoch als sehr schwierig zu verwirklichen erkannt.

Zeittafel vom 1. bis 15. September 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

3. Die Europäische Konvention der Menschenrechte tritt mit der Hinterlegung der zehnten Ratifizierungsurkunde in Kraft.
4. In einem Vortrag in Basel erklärt der niederländische Außenminister, Johan W. Beyen, die Völker des Westens müßten in den nächsten Monaten die Wahl treffen über die Richtung, in der sich ihr gemeinsames Streben zur Erhaltung ihrer Lebensart bewegen soll. Ausgehend von der Feststellung, daß die moderne Entwicklung die Regierungen vor Aufgaben stelle, die sie im Rahmen der nationalen Souveränität nicht mehr erfüllen können, tritt er für die Stärkung des Bewußtseins der gemeinsamen Verantwortung ein. Um dieses Bewußtsein zu wecken, bestehe aber die Notwendigkeit einer stärkeren formellen Bindung.
- 4.—7. Jahrestagung der Internationalen Union der Christlichen Demokraten (NEI) in Tours (vgl. Kurzbericht auf S. 6014).
- 7.—12. Vom Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) wird ein Produktivitätskongreß der europäischen forst- und holzwirtschaftlichen Industrie in Stuttgart abgehalten. Zur Debatte stehen die Lage der Holzwirtschaft in Europa und die nationalen und zwischenstaatlichen Verbindungen hinsichtlich des Materialaustausches.
8. Die Hohe Behörde der Montanunion gibt bekannt, daß sie die Beschäftigungskrise in der italienischen Stahlindustrie als einen Notstand ansieht, der gemäß Artikel 46 des Vertrages ein Eingreifen der Hohen Behörde erfordert; sie werde deshalb wegen der Einleitung von Hilfsmaßnahmen mit der italienischen Regierung in Verbindung treten.
In ihrem Bericht an die Beratende Versammlung des Europarates stellt die OEEC fest, daß das Dollardefizit der europäischen Länder sich von Januar bis Mai 1952 von 1713 Millionen auf 597 Millionen verringert hat. Dagegen sei jedoch der Anstieg der industriellen Produktion weit hinter dem der Vereinigten Staaten zurückgeblieben.
- 9.—13. Die Europa-Union Deutschland veranstaltet in Speyer im Zusammenwirken mit dem Collège d'Europe in Brügge eine Tagung unter dem Thema „Theorie und Praxis der europäischen Einigung“. Pater Verleye, der als Vertreter des Rektors des Collège, Prof. Henri Brugmans, über die Arbeit des Collège referiert, bezeichnet es als dessen Aufgabe, politische Wissenschaft in europäischer Sicht zu lehren, wobei eine neue Form interdisziplinärer Zusammenarbeit notwendig sei. In den Diskussionen wird die Forderung erhoben, daß das Collège durch die schon bestehenden europäischen Behörden offiziell als europäische Ausbildungsstätte anerkannt werden sollte.
15. Beginn des dritten Teils der 5. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats.

Nordatlantikpaktorganisation

3. Der Nordatlantikrat beschließt ein weiteres langfristiges gemeinsames Produktionsprogramm, das die Herstellung von Kriegsschiffen, Artilleriegerät, Fahrzeugen und elektrischen Ausrüstungen im Werte von 620 Millionen Dollar vorsieht.
5. Beendigung der am 31. August in Kopenhagen begonnenen 2. Studienkonferenz der Atlantischen Gemeinschaft (vgl. Kurzbericht auf S. 6013).

Belgien

13. Der mit der Beratung des EVG-Vertrages beauftragte Sonderausschuß der Kammer tritt in seinem Bericht für die baldige Ratifizierung des Vertrages ein. Er bezeichnet die EVG als die beste Lösung der Verteidigungsprobleme Europas.

Deutschland

1. Der sowjetische Hohe Kommissar, Semjonow, schlägt in seiner Antwort auf das Schreiben der westlichen Hohen Kommissare vom 26. August vor, die Entscheidung über die Aufhebung des Interzonenpaßzwanges den beiden deutschen Regierungen zu übertragen; dieser Schritt könne der Herstellung eines Kontaktes zwischen den beiden Regierungen dienlich sein.
Die Alliierte Hohe Kommission erläßt eine Verordnung über die Errichtung von gemischten deutsch-alliierten Begnadigungsausschüssen für Kriegsverurteilte.
2. Note der Westmächte an die Sowjetunion mit der Einladung zu einer Viermächtekonferenz über Deutschland (vgl. den Wortlaut in EA 18/1953, S. 5975).
Bundeskanzler Adenauer gibt zu der Note der Westmächte eine Erklärung ab, in der er an den Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetunion, Georgi M. Malenkow, den Appell richtet, die Einladung zur Viermächtekonferenz anzunehmen und damit den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands freizumachen. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS bezeichnet am 3. September diese Erklärung des Bundeskanzlers als ein Wahlmanöver. Am 4. September erläutert der Bundeskanzler in einer weiteren Erklärung seinen in dem Schreiben vom 8. Juli an den amerikanischen Außenminister gemachten Vorschlag eines internationalen Sicherheitssystems. Er schlägt vor, die Europäische Gemeinschaft in ein vertragliches Verhältnis zu den regionalen Bündnissen des Ostblocks zu bringen, das eine allgemeine Rüstungskontrolle einschließen soll. Die dadurch frei werdenden Mittel sollten zur Hebung des internationalen Güteraustausches und des Lebensstandards aller Völker benutzt werden. In einer solchen Lösung liege auch der Schlüssel für die Wiedervereinigung Deutschlands.
3. Der Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, protestiert in einer Wahlrede in Eschwege gegen die Erklärung des

amerikanischen Außenministers, *Dulles*, daß eine Wahlniederlage der Regierungskoalition die Aussichten auf die Wiedervereinigung beeinträchtige. Er bezeichnet diese Erklärung als eine der ungehörigsten Interventionen in den Wahlkampf, die sich nur gegen die Demokratie auswirken könne.

In einer Sitzung des Ministerrates der DDR werden die Direktiven für die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplans 1954 verabschiedet. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno *Leuschner*, gibt bekannt, daß besondere Aufmerksamkeit der Erhöhung der Produktion von Bedarfsgütern und landwirtschaftlichen Maschinen gewidmet werden müsse. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und ein strenges Sparsamkeitsregime seien die Voraussetzungen für den Erfolg des „neuen Kurses“.

4. Der Präsident der DDR, Wilhelm *Pieck*, fordert in einer Rundfunksprache die Bevölkerung Westdeutschlands auf, bei der Bundestagswahl für die Gegner Bundeskanzler Adenauers zu stimmen. Am 5. September veröffentlicht das Organ der Sowjetischen Hohen Kommission, die *Tägliche Rundschau*, einen Wahlauf Ruf unter der Parole „Adenauer stürzen, heißt den Frieden erhalten“, in dem sie erklärt, ein dritter Weltkrieg würde sich vom ersten Tage an auf westdeutschem Boden abspielen.

Der am 5. Februar von der saarländischen Regierung wegen angeblicher verfassungsfeindlicher Tätigkeit aufgelöste Industrieverband Bergbau der saarländischen Gewerkschaften wird nach seiner Neugründung wieder zugelassen.

- 4.—6. Parteitag des Demokratischen Bauernbundes (DBD) in Güstrow (Mecklenburg). In einer Entschliessung heißt es, der DBD müsse seine Unterstützung gleichermaßen den werktätigen Einzelbauern wie den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften leihen. Die Ortsgruppen des DBD müßten als treibende Kraft im Dorf dafür sorgen, daß die ganze Gemeinde ihr Plansoll erfüllt.
6. Wahlen zum Zweiten Deutschen Bundestag (vgl. Kurzbericht und Wahlergebnis in EA 18/1953, S. 5977).
7. Bundeskanzler *Adenauer* sagt anlässlich einer Wahlfeier in Bonn, das Ziel der deutschen Politik sei die Befreiung des deutschen Ostens. Dazu erklärt er am 8. September in einem Interview mit einem Korrespondenten der *Associated Press*, diese Äußerung bedeute nicht, daß das Problem der deutschen Ostgebiete Anlaß zu einem Kriege mit Polen werden dürfe. Wenn Polen wieder frei würde, dann könnten möglicherweise die deutschen Ostgebiete als deutsch-polnisches Kondominium verwaltet werden.
9. Der Parteivorstand der SPD stellt in einer Erklärung zum Wahlergebnis fest, daß die SPD ihr politisches Ziel, die stärkste Fraktion im Bundestag zu werden, nicht erreicht habe. Sie habe sich im Wahlkampf gegen eine Flut von Verleumdungen wehren müssen, die sie als national unzuverlässig hingestellt hätten. In der Erklärung heißt es weiter, der Zweite Bundestag werde kein besserer Bundestag im Sinne eines sozialen Ausgleichs und der Wiedervereinigung Deutschlands werden; man müsse darauf gefaßt sein, „daß die demokratische Grundordnung durch die in der Partei

Dr. Adenauers wirkenden autoritären Kräfte gefährdet wird“.

9. Der amerikanische Hohe Kommissar, *Conant*, teilt der Bundesregierung in einem Schreiben mit, daß die Direktiven der amerikanischen Militärregierung über die Gewerbefreiheit insoweit abgeändert wurden, als es zur Einführung der Bundeshandwerksordnung in der amerikanischen Besatzungszone notwendig ist.
- 10.—12. Kongreß des Internationalen Instituts für Finanzwissenschaft in Frankfurt über Fragen der internationalen Wirtschaftsintegration.

Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* bezeichnet in einem Interview mit dem *Industrie-Kurier* die geplante Große Steuerreform als die Hauptbedingung weiterer wirtschaftlicher Expansion. Grundlegende Voraussetzung für das Erreichen der wirtschaftlichen Ziele sei aber eine entschiedene Integrationspolitik und die Ueberwindung des staatlichen Interventionismus im Außenhandel. Die Bundesregierung werde in enger Fühlung mit der britischen Regierung alles tun, um die Konvertibilität der europäischen Währungen herbeizuführen.

Die amerikanische *Neue Zeitung* stellt ihr Erscheinen in der Bundesrepublik ein; ihre Berliner Ausgabe erscheint weiter.

14. Im Zuge der Durchführung des „neuen Kurses“ beschließt der Ministerrat der DDR Änderungen des Volkswirtschaftsplanes, die die verstärkte Produktion von Konsumgütern zum Ziele haben. Dafür soll das Entwicklungstempo der Schwerindustrie eingeschränkt werden. Die freiwerdenden Produktionskapazitäten sollen weitgehend zur Steigerung des Exports ausgenutzt werden.

Frankreich

2. Note an die Sowjetunion mit der Einladung zu einer Viermächtekonferenz über Deutschland (vgl. den Wortlaut in EA 18/1953, S. 5975). Der Ministerrat enthebt den Generalresidenten in Tunesien, *Jean de Hauteclocque*, seines Postens und ernennt *Pierre Voizard* zu seinem Nachfolger.
3. Staatsminister *François Mitterand* erklärt aus Protest über die Politik der Regierung in Nordafrika seinen Rücktritt.

Großbritannien

2. Note an die Sowjetunion mit der Einladung zu einer Viermächtekonferenz über Deutschland (vgl. den Wortlaut in EA 18/1953, S. 5975).
3. Im Zuge einer Regierungsumbildung wird das Koordinationsministerium für Transport, Brennstoff und Energie, das bisher von Lord *Leathers* verwaltet wurde, aufgelöst. Der bisherige Pensionsminister, *Derick Heathcoat Amory*, wird als Staatsminister im Handelsministerium mit den Angelegenheiten des Exports und Ueberseehandels beauftragt.
- 7.—11. Jahreskongreß der Gewerkschaften in Douglas (Isle of Man). Unter anderem werden Anträge angenommen, in denen die Mitarbeit von Gewerkschaftlern im Iron and Steel Board (Organ für die Entstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie) gebilligt, eine zurückhaltende Politik der Gewerkschaften hinsichtlich der Verstaatlichung weiterer Industrien empfohlen und eine baldige Konferenz der Regierungschefs der

vier Großmächte gefordert werden. Abgelehnt werden Anträge auf Einführung des Mitbestimmungsrechts in den staatlichen Betrieben, auf Reduzierung der Rüstungsausgaben und auf uneingeschränkten Handel mit den kommunistischen Ländern.

Italien

- 1.—5. In einem mehrfachen Notenwechsel weist die Regierung Proteste der jugoslawischen Regierung gegen militärische Maßnahmen Italiens an der italienisch-jugoslawischen Grenze und gegen angebliche Grenzverletzungen zurück.
13. Ministerpräsident Giuseppe *Pella* schlägt in einer Gedenkrede in Rom die Abhaltung einer Volksabstimmung in beiden Zonen des Freistaates Triest vor. Zur Vorbereitung der Abstimmung empfiehlt er eine Konferenz der Westmächte, Italiens und Jugoslawiens.

Jugoslawien

- 1.—5. Notenwechsel mit Italien (vgl. Italien).
6. Staatspräsident Marschall *Tito* schlägt auf einer Kundgebung in Okroglica an der Grenze zu Italien die Internationalisierung des Stadtgebiets von Triest und die Angliederung des Hinterlandes an Jugoslawien vor. Er fordert die italienische Regierung auf, militärische Demonstrationen an der Grenze zu unterlassen.
10. Die Nationalversammlung verabschiedet das Wahlgesetz für die auf den 22. November festgesetzte Wahl des in der neuen Verfassung vorgesehenen Parlaments. Nach dem Wahlgesetz ist die Bildung von Parteien außer dem Bund der Kommunisten verboten.

Luxemburg

10. Der Staatsrat erklärt in einem Gutachten den EVG-Vertrag für verfassungswidrig. Er empfiehlt jedoch gleichzeitig eine Abänderung der Verfassung, die die Ratifizierung des Vertrages ermöglichen würde, da unter den gegebenen Umständen keine andere Wahl bleibe.

Niederlande

15. In ihrer Thronrede zur Eröffnung der neuen Parlamentssession kündigt Königin *Juliana* an, daß die niederländische Außenpolitik auch in Zukunft die Bemühungen um eine wirtschaftliche Integration Europas in den Mittelpunkt stellen werde; auch mit den nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden westeuropäischen Ländern müsse die Zusammenarbeit vertieft werden.

Oesterreich

4. Der britische Botschafter teilt der Regierung mit, daß die britischen Besatzungstruppen in Oesterreich ab 1. Januar 1954 auf ein Bataillon reduziert werden.
9. Der Staatssekretär im Außenministerium, Bruno *Kreisky*, erklärt vor der Wiener Parteikonferenz der SPÖ in einem Referat zur Frage des Staatsvertrags, bei der Berechnung der von Oesterreich noch zu erbringenden Leistungen müßten die Besatzungskosten in Höhe von 25 Milliarden Schilling in Anrechnung gebracht werden. Er wendet sich ferner gegen die Bestimmungen des Staatsvertragsentwurfs, die Oesterreich das Eigentum an dem größten Teil seiner Oelvorkommen vorenthalten und es zur Zah-

lung einer hohen Abgeltungssumme für das ehemals deutsche Eigentum verpflichten.

10. In einer Note an die vier Großmächte ersucht die Regierung darum, an künftigen Verhandlungen über den Staatsvertrag beteiligt zu werden.
11. Das Büro des kommunistischen Weltfriedensrates faßt auf einer dreitägigen Tagung in Wien eine Resolution, in der es die Völker auffordert, eine Wiederaufnahme der Kriegshandlungen in Korea zu verhindern. Die Völker würden sich nicht damit einverstanden erklären, daß in Deutschland ein neuer Kriegsherd wiedererstehe.

Schweden

1. Beendigung einer zweitägigen Konferenz der Außenminister der skandinavischen Staaten in Stockholm. In einem Kommuniqué treten die Außenminister dafür ein, nach einem Friedensschluß in Korea die Chinesische Volksrepublik in die Vereinten Nationen aufzunehmen.

Sowjetunion

2. Note der Westmächte mit der Einladung zu einer Viermächtekonferenz über Deutschland (vgl. den Wortlaut in EA 18/1953, S. 5975).
4. Erklärung der TASS zur Deutschlandfrage (vgl. Deutschland).
7. In einer Sitzung des ZK der KPdSU wird Nikita S. *Chruschtschow* zum ersten Sekretär des ZK gewählt. Auf Grund eines von Chruschtschow vorgelegten umfangreichen Berichtes faßt das ZK einen Beschluß über die weitere Entwicklung der Landwirtschaft, der unter anderem eine Senkung der Ablieferungsnormen und die Steigerung der Produktion von Traktoren vorsieht. In dem Beschluß heißt es, daß der Entwicklung der Landwirtschaft bisher nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde; so sei das Prinzip verletzt worden, daß die Werktätigen an der Entwicklung der Erzeugung materiell interessiert sein müssen.

Tschechoslowakei

15. Bekanntgabe einer umfassenden Regierungsumbildung, durch die die Zahl der Ministerien durch Zusammenlegung erheblich verringert wird. An die Stelle der bisherigen zehn stellvertretenden Ministerpräsidenten treten vier: Jaromir *Dolansky* (ohne Portefeuille), Alexej *Cepicka* (Verteidigungsminister), Vaclav *Kopecky* (Kultusminister) und Jindrich *Uher* (Landwirtschaftsminister). Die neuen Minister in anderen wichtigen Ministerien sind: Finanzminister Julius *Duris*, Minister für Staatskontrolle Oldrich *Beran*, Justizminister Vaclav *Skoda*, Innenminister Josef *Barak* und Arbeitsminister Vaclav *Nosek*. Der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Antonin *Novotny* wird zum ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei ernannt. Beschluß der Regierung über Maßnahmen zur Steigerung der Produktion der Leichtindustrie und der Landwirtschaft. Es sind vorgesehen: Erhöhung der Investitionen und Staatskredite in der Landwirtschaft und im Binnenhandel, Hilfsmaßnahmen für die Einzelbauern, Förderung des Wohnungsbaus. Die erforderlichen Mittel sollen bei der Schwerindustrie eingespart werden.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

- 3.—7. Tagung des Rates der Arabischen Liga. In einem Kommuniqué wird erklärt, die arabischen Staaten würden die von den französischen Behörden in Marokko geschaffene illegale Lage nicht anerkennen. Sie würden gewisse, von der öffentlichen Meinung geforderte Maßnahmen ergreifen, falls die Vereinten Nationen Frankreich nicht veranlassen, die nationalen Wünsche Marokkos und Tunesiens zu erfüllen.

Marokko

4. Sultan Sidi Mohammed *ben Moulay Arafa* siegelt die Reformdekrete, die zu siegeln sein Vorgänger, Sidi Mohammed *ben Jussef*, sich geweigert hatte.
11. Durch einen Erlaß des Sultans wird ein Rat der Wesire und Direktoren gebildet, dem legislative Befugnisse mit Ausnahme von religiösen und Verfassungsangelegenheiten übertragen werden.

Tunesien

2. Ablösung des Generalresidenten (vgl. Frankreich).

Zentralafrikanische Föderation

4. Lord *Llewellyn* wird als erster Generalgouverneur der Zentralafrikanischen Föderation vereidigt. Am 7. September ernennt der Generalgouverneur eine Provisorische Regierung, die bis zur Wahl des ersten Bundesparlaments amtiert wird. Premierminister wird der bisherige Premierminister von Südrhodesien, Sir Godfrey *Huggins*.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

2. Außenminister *Dulles* warnt in einer Rede vor dem amerikanischen Frontkämpferverband in St. Louis die Chinesische Volksrepublik vor einer Erneuerung der Aggression in Korea und kündigt an, daß in diesem Falle die Stützpunkte in der Mandschurei nicht mehr verschont würden. Auch ein Eingreifen Chinas in Indochina würde Folgen haben, die nicht auf Indochina begrenzt bleiben. Note an die Sowjetunion mit der Einladung zu einer Viermächtekonferenz über Deutschland (vgl. den Wortlaut in EA 18/1953, S. 5975).
3. Außenminister *Dulles* bezeichnet in einer Pressekonferenz die anhaltende Teilung Deutschlands als einen Skandal und ein Verbrechen; niemals sei beabsichtigt gewesen, Deutschland für immer gespalten zu lassen. Auf eine Frage nach seiner Meinung zu den deutschen Bundestagswahlen antwortet *Dulles*, eine Niederlage der Koalition Bundeskanzler *Adenauers* würde katastrophale Folgen für die Aussichten Deutschlands auf Wiedervereinigung und Wiedererlangung der Souveränität haben.
9. Rücktritt von Arbeitsminister Martin P. *Durkin*. In einer Pressekonferenz erklärt er, sein Rücktritt erfolge aus Protest gegen die Ablehnung einer Revision des Taft-Hartley-Gesetzes durch Präsident Eisenhower.
- 9.—11. Tagung des ANZUS-Rates in Washington. In einem Kommuniqué wird erklärt, daß der Rat die

Lage in den von der kommunistischen Aggression betroffenen Gebieten im Pazifikraum geprüft hat und einstimmig zu dem Schluß gekommen ist, daß eine Anerkennung der Chinesischen Volksrepublik und ihre Zulassung zu den Vereinten Nationen vorläufig nicht in Erwägung gezogen werden sollte. Der Rat sprach sich ebenfalls einstimmig gegen die Aufnahme weiterer Staaten in den ANZUS-Pakt aus.

11. Präsident *Eisenhower* ernennt General John E. *Hull* als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Generals Mark *Clark* zum Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen im Fernen Osten und Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen in Korea.

ASIEN

Chinesische Volksrepublik

13. Ministerpräsident *Tschu En-lai* fordert in einem Telegramm an den Generalsekretär der Vereinten Nationen die Erweiterung des Teilnehmerkreises an der politischen Korea-Konferenz durch die Teilnahme Indiens, Indonesiens, Pakistans und Burmas sowie die Hinzuziehung der Chinesischen Volksrepublik und Nordkoreas zu den Beratungen der Vollversammlung der UN über Korea.

Organisation der Vereinten Nationen

Vollversammlung

15. Zusammentritt des Plenums zur 8. Sitzungsperiode.

Kriegsgefangenenkommission

11. Die Kommission beendet in Genf ihre vierte Tagung mit der Abfassung eines Zwischenberichtes, der als Diskussionsgrundlage für die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage durch die 8. Vollversammlung dienen soll. Im Verlauf der Tagung legte die deutsche Delegation Unterlagen über 1 273 000 vermißte Soldaten, von denen sich nachweislich noch 103 000 in der Sowjetunion befinden, und über 750 000 Zivilversleppte vor, die italienische Regierung gab die Zahl ihrer Vermissten mit 65 000 an, und die japanische Regierung unterbreitete Material über 85 000 ihrer Staatsangehörigen, die sich noch in sowjetischem oder chinesischem Gewahrsam befinden.

Sicherheitsrat

3. Der Rat lehnt mit fünf gegen fünf Stimmen bei einer Enthaltung den Antrag der arabisch-asiatischen Staatengruppe ab, die Erörterung der Lage in Marokko auf seine Tagesordnung zu setzen.

Sonderorganisationen

Weltbank und Internationaler Währungsfonds

- 9.—12. Achte Jahresversammlung der beiden Institute in Washington. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen Fragen der Konvertibilität der Währungen, der Ausweitung des internationalen Handels, der Entwicklung wirtschaftlich rückständiger Gebiete und der Ausdehnung der internationalen Investitionstätigkeit. Der Präsident der Weltbank, Eugene R. *Black*, wird für weitere fünf Jahre wiedergewählt.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

8. JAHR

5. OKTOBER 1953

19. FOLGE

Bücher und Broschüren

Baade, Fritz: Brot für ganz Europa. Grundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Landwirtschaft. Hamburg und Berlin: Verlag Paul Parey 1952. 230 S. mit 50 Schaubildern und 21 Tab. DM 24,—.

In diesem Buch legt der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität in Kiel die Entwicklungsgeschichte und heutige Situation der europäischen Landwirtschaft dar. Im Gegensatz zu überseeischen Ländern ist die europäische Landwirtschaft schon seit etwa hundert Jahren an der Grenze ihrer räumlichen Ausdehnung angelangt und auf Intensivierung angewiesen. Die sich hier bietenden Möglichkeiten, wie Mineraldüngerverwendung, Fruchtwechselwirtschaft, der wendende Pflug und eine bessere Schulung der Landwirte, werden erst zur Hälfte ausgenutzt. Diese alten Erfindungen, heute richtig angewandt, bewirken das „ökonomische Gesetz der Produktionssteigerung“ in der europäischen Landwirtschaft und ermöglichen im Verein mit dem technischen Fortschritt steigende Hektarerträge.

An Hand von Beispielen schildert der Verfasser die landwirtschaftlichen Entwicklungsstufen und kommt u. a. zu den Ergebnissen, daß der Boden Europas zur Schaffung eines breiten und tragfähigen Fundaments der europäischen Wirtschaft ausreiche, die These des „Volk ohne Raum“ also ein großer Irrtum sei, und ferner, daß sich Vollernährung und Vollbeschäftigung gegenseitig bedingen. Baade behandelt die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges, um zu zeigen, wie segensreich ein gemeinsames Handeln der westlichen Staaten oder eines Gesamteuropas sich für seine Bevölkerung und damit auch für die anderen Teilnehmer der Welt auswirken könnte.

Bonner Vertrag. Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten nebst Zusatzvereinbarungen und Briefwechsel. Erläutert von Ministerialrat Dr. Hans Kutscher mit einer Einführung von Dr. Wilhelm Grewe, o. Professor an der Universität Freiburg i. Br. München und Berlin: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1952. XII, 308 S.

Obwohl das sogenannte Bonner Vertragswerk noch nicht in Kraft ist, verdient diese von zwei namhaften Sachkennern bereits kurz erläuterte Sammlung sämtlicher Materialien des umfangreichen und komplizierten Vertragswerkes besondere Beachtung. In einer klar gegliederten Einführung legt Professor Dr. Grewe nach Darstellung der Ausgangssituation bis zum Abschluß des Vertragswerkes dessen Inhalt, Absicht und System in kurzen, aber prägnanten Zügen dar. Dabei geht der bei der Vorbereitung des Vertrages beteiligte Verfasser insbesondere auch auf Inhalt und Umfang der politisch besonders umstrittenen „vorbehaltenen Rechte“ ein.

Der Text der einzelnen Verträge (Bonner Vertrag, Truppenvertrag, Finanzvertrag, Ueberleitungsvertrag), ihre Anhänge und Anlagen sowie die dazugehörigen Briefwechsel sind übersichtlich zusammengestellt und die Vertragsbestimmungen mit erläuternden Vorbemerkungen und Anmerkungen versehen. Ein sorgfältiges Sachverzeichnis erleichtert die praktische Benutzung des Buches.

Catalogue of Economic and Social Projects of the United Nations and the Specialized Agencies 1953. New York: United Nations 1953. No. 4. VIII, 138 S. \$ 1,50.

Der jetzt vorliegende vierte Band der wirtschaftlichen und sozialen Projekte der UN gibt in 434 Nummern Auskunft über die Fortschritte der Arbeiten der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Jahre 1952. Der übersichtlich gegliederte, durch einen guten Index erschlossene Katalog gibt knappe, sachliche Hinweise über Art und Inhalt der verschiedenen Projekte. Soweit das Ergebnis in Studien und Berichten besteht, wird auf ihre Veröffentlichung hingewiesen; bei anderen Projekten wird über den Stand der praktischen Arbeiten, bei einer dritten Gruppe von Projekten sowohl über den Stand der Untersuchungen als auch der praktischen Arbeiten berichtet.

Coal Consumption Trends in the Western Zones of Germany. Genf: United Nations Economic Commission

for Europe, Industry Division 1953. XXXII, 138 S. mit Tabellenanhang.

Demographic Yearbook 1952. Fourth Issue. New York: United Nations, Statistical Office, Department of Economic Affairs 1952. 518 S. \$ 6,—.

Das neue Demographische Jahrbuch enthält nach zwei einleitenden Kapiteln statistische Materialien in Tabellenform, geographische Karten und eine Bibliographie. Es unterrichtet über vergangene und gegenwärtige Bevölkerung und Bevölkerungsbewegung der einzelnen Länder der Erde. Die Zahl der erfaßten Länder ist vermehrt und die Qualität der Statistiken verbessert. Neu sind in diesem Jahr besondere Unterlagen über die Probleme der Bevölkerung in Stadt und Land, die als Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere auch der sogenannten unterentwickelten Länder, Bedeutung haben.

Die Europapolitik der Sozialdemokratie. Herausgegeben vom Vorstand der SPD. Bonn: Neuer Vorwärtsverlag 1953. 51 S. DM 0,70.

Frumkin, Gregory (Grzegorz): Population Changes in Europe Since 1939. A Study of Population Changes in Europe during and since World War II as shown by the Balance Sheets of Twenty-four European Countries. New York: Augustus M. Kelley, Inc. 1951. 191 S.

Der Verfasser, anerkannter Fachmann auf dem Gebiet internationaler Statistik (seinerzeit Herausgeber des Statistischen Jahrbuches des Völkerbundes), läßt in dieser Studie den Leser an der Werkstattarbeit des internationalen Statistikers teilhaben, wenn er nationale statistische Unterlagen zu einer europäischen Bevölkerungsbilanz zusammenfaßt.

International Trade 1952. Genf: General Agreement on Tariffs and Trade 1953. 124 S. \$ 1,50.

Kraus, Herbert: Die im Braunschweiger Remer-Prozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil. (Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen.) Hamburg: Girardet & Co. 1953. 150 S.

Lannes, Xavier: L'immigration en France depuis 1945. (Publications of the Research Group for European Migration Problems VIII. La Haye: Martinus Nijhoff 1953. XVIII, 111 S. mit 10 Karten und vier Tafeln.

Lockhart, Robert Bruce: My Europe. London: Putnam 1952. VII, 273 S. 16 s.

Der Verfasser, als Diplomat und Schriftsteller gleichermaßen gut bekannt, berichtet in diesem Buch von Eindrücken, die er in jüngster Zeit auf seinen Reisen durch Europa empfing. Erklärungen und Betrachtungen zur sowjetischen Politik und die Darstellung der Entwicklung der letzten Jahrhunderte nehmen dabei einen besonders breiten Raum ein. Das Buch vermittelt eine sehr eindringliche Darstellung der Situation Europas in der Nachkriegszeit.

The Private Papers of Senator Vandenberg. Edited by Arthur H. Vandenberg jr. with the collaboration of Joe Alex Morris. London: Victor Gollancz Ltd. 1953. XXII, 599 S. 25 s.

Aus der Memoirenliteratur der Nachkriegszeit ragt das durch Reden, Briefe und Memoranden ergänzte Tagebuch des 1951 verstorbenen republikanischen Senators Vandenberg durch die Fülle aufschlußreicher Materialien hervor.

Das Buch, das mit dem für die Vereinigten Staaten bedeutsamen Ereignis der Billigung des Leih- und Pachtgesetzes durch den Kongreß beginnt und mit dem Tode Vandenberg's endet, zeigt den Wandel Vandenberg's von einem der führenden amerikanischen Isolationisten zu einem der führenden Internationalisten, der sein Land im Jahre 1945 auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco vertrat, an den verschiedenen Konferenzen über eine europäische Friedensordnung teilnahm und als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats zu einer der stärksten Stützen der überparteilichen Außenpoli-

tik wurde. Mit seiner Hilfe gelang es, die Opposition gegen den Marshallplan zu überwinden, und im Jahre 1948 ebnete er durch die nach ihm benannte Senatsresolution den Weg zum Abschluß des Atlantikpaktes. Die Geschichte der Kriegs- und Nachkriegszeit erfährt mit der Veröffentlichung dieses Werkes eine wertvolle Bereicherung, Ergänzung und Korrektur.

Report and Proceedings of the United Nations International Seminar on Statistical Organization. (Statistical Papers Series M No. 16.) New York: United Nations 1953. 137 S. \$ 1,50.

Revenue Administration and Policy in Israel. Prepared for the Government of Israel by an Expert Appointed by the Technical Assistance Administration of the United Nations. New York: United Nations 1953. 107 S. \$ 1,—.

Sager, Peter: Die theoretischen Grundlagen des Stalinismus und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion. Bern: Verlag Paul Haupt 1953. 99 S. DM 10,40.

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, die theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik im Stalinismus zu untersuchen. Es werden deshalb nicht die politischen Eingriffe in das Wirtschaftssystem der Sowjetunion beschrieben, sondern die ihnen letztlich zugrunde liegenden weltanschaulichen Voraussetzungen. Die Schrift kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Grundprobleme der sowjetischen Oekonomie und das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik aus dem dialektischen Materialismus ergeben.

Das Verständnis für die Spezialprobleme der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik setzt daher unbedingt die Kenntnis des dialektischen Materialismus voraus. Der dialektische Materialismus seinerseits könne jedoch nur in seiner Entwicklung von Marx über Lenin zu Stalin begriffen werden. Der Verfasser geht in seiner Arbeit von den theoretischen Grundlagen und ihrer Entwicklung bei Marx, Lenin und Stalin aus, um dann schließlich deren Zielsetzung und deren Auswirkungen auf die sowjetische Wirtschaftspolitik zu untersuchen.

Schultz, Lothar: Die Rußlandforschung in den Vereinigten Staaten. Göttingen: „Musterschmidt“ Wissenschaftlicher Verlag 1953. 15 S. DM 1,50.

Statistical Yearbook 1952. Fourth Issue. Prepared by the Statistical Office of the United Nations, Department of Economic Affairs. New York: United Nations 1952. 554 S. \$ 6,—.

Das Statistische Jahrbuch, das, auf der Zusammenarbeit mit mehr als hundert nationalen Statistischen Aemtern sowie zahlreichen zwischenstaatlichen Organisationen aufgebaut, vom Statistischen Amt der UN herausgegeben wird, vermittelt auch in seiner vierten Ausgabe einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Den größten Raum nimmt die Wirtschaft mit ihren Untergliederungen ein, und schließlich folgen einige Unterlagen über Schule und Kultur. Beson-

derer Wert ist auf die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen nationalen statistischen Materialien gelegt.

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin. Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt. Wiesbaden 1953. XII, 163 S. DM 3,50.

Das Statistische Bundesamt hat in dem vorliegenden Taschenbuch die wichtigsten Statistiken über die Heimatvertriebenen veröffentlicht. Damit werden erstmalig die umfangreichen Arbeiten des Statistischen Bundesamtes auf diesem Gebiet in zusammengefaßter Darstellung einem größeren Benutzerkreis zugänglich gemacht. Ein alphabetisches Sachregister erleichtert die Benutzung des Taschenbuches, und kurze methodische Hinweise vor jedem Abschnitt sollen davor schützen, die Zahlen falsch auszulegen. Eine Zeittafel hält die wichtigsten Daten zur Vertreibung und Eingliederung der Heimatvertriebenen fest.

The Trust Territory of Somaliland Under Italian Administration. Report prepared jointly for the Government of Italy by an expert appointed by the United Nations Technical Assistance Administration and by experts appointed respectively by the Food and Agriculture Organization of the United Nations, the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, and the World Health Organization. New York: United Nations 1952. IX, 343 S. \$ 3,50.

Waite, Robert G. L.: Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918—1923. Cambridge: Harvard University Press 1952. XII, 344 S. \$ 6,—.

Der Autor, Assistent Professor für moderne europäische Geschichte am Williams College, nimmt Distanz und erklärt sich selbst als befangen (biased) gegenüber dem Phänomen, das zu beschreiben und zu deuten er unternimmt. Unter Verzicht auf psychoanalytische und andere Ein- und Abseitigkeiten läßt er, während er eine Linie von der Jugendbewegung über die Stoßtrupps des Ersten Weltkrieges zu den Freikorps und weiter zum Dritten Reich zu ziehen versucht, aus einer Fülle von Belegstellen in starkem Maße die Beteiligten zu Worte kommen. Das auf der Doktorarbeit des Verfassers aufgebaute Buch stellt einen wertvollen Beitrag zu selbständiger Urteilsbildung dar. Der Klappentext „This dramatic and horrifying story... has an unhappy relevance to neo-Nazi tendencies in Germany today“ wird dem um Sachlichkeit und Fairness bemühten Autor wohl ebensowenig gerecht wie den Tatsachen.

Weldon, T. D.: The Vocabulary of Politics. (Penguin Books A 278.) London: C. Nicholls & Company Ltd. 1953. 199 S.

Yearbook of International Trade Statistics 1951. Prepared by the Statistical Office of the United Nations, Department of Economic Affairs. New York: United Nations 1952. 272 S. \$ 2,50.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschrittleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London. Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App. 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.

Der Fall Karpathorußland

Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Kalten Krieges

Von Dr. J. W. Brügel, London

Durch den in St. Germain zwischen den Westmächten und der Tschechoslowakei am 10. September 1919 abgeschlossenen Minderheitenschutzvertrag sowie durch den Friedensvertrag von Trianon (4. Juni 1920) war ein Stück bis dahin namenlosen ungarischen Territoriums am Südhang der Karpathen zwischen der Slowakei und der neuen Grenze Rumäniens zur Tschechoslowakei geschlagen worden. Dieses 12 600 qkm umfassende und 1921 von 600 000 Menschen bewohnte Gebiet erhielt in der tschechoslowakischen Rechtsordnung den Namen Karpathorußland (Podkarpatská Rus). Obwohl der Anstoß hierzu von in Amerika lebenden Ruthenen ausgegangen war, bildete den Hauptgrund für die Entscheidung der Friedenskonferenz in dieser Sache nicht so sehr die Befürchtung, daß Nachkriegsungarn die Politik der Magyarisierung der slawischen Bevölkerung dieses Gebietes fortsetzen werde, als Erwägungen rein strategischer Natur: der Wunsch nach Schaffung einer territorialen Verbindung zwischen den einzelnen Mitgliedern der „Kleinen Entente“ (Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien), die dadurch ihrem Kampf gegen den ungarischen Revisionismus Nachdruck verleihen wollte. Ungeachtet des Umstandes, daß die Mehrheit der Bevölkerung slawisch war¹, konnte die Eingliederung Karpathorußlands in das tschechoslowakische Staatsgefüge nur unter großen Schwierigkeiten vor sich gehen, zu denen die Tatsache wesentlich beitrug, daß das fast industrieloze Land, das durch Jahrhunderte vernachlässigt worden war, trotz seiner reichen Naturschätze ein dauerndes Zuschußgebiet darstellte. Trotzdem betrachtete man in Prag diesen nicht erwarteten Gebietszuwachs keineswegs als einen Uebergangszustand, was der damalige Außenminister, Dr. Benesch, in einem Vortrag in der Landeshauptstadt Ungvar (Užhorod) 1934 besonders betont hatte²:

„Ueber das Schicksal der Podkarpatská Rus ist für ganze Jahrhunderte entschieden, und zwar definitiv entschieden. Die Podkarpatská Rus gehört dem karpatorussischen Volk und der Tschechoslowakischen Republik.“

Russisch oder ukrainisch?

In den Jahren von 1919 bis 1938 hat das Land zweifellos einen großen Aufschwung genommen, auch wenn das soziale und wirtschaftliche Niveau der Bevölkerung noch 1938 unter dem nicht allzu hohen der Slowakei war. Die Autonomie, die die Tschecho-

slowakei Karpathorußland im Minderheitenschutzvertrag und in der Verfassung des Jahres 1920 versprochen hatte, blieb allerdings größtenteils auf dem Papier, was hauptsächlich auf den Mangel einer einheimischen Intelligenz zurückzuführen war, die in der Lage gewesen wäre, die Verwaltung zu übernehmen. (1921 war die Hälfte der Bevölkerung des Lesens und Schreibens unkundig, 1930 immer noch 30 vH.) Der Streit darum, ob die Bewohner der russischen oder ukrainischen Nationalität zuzurechnen sind, wollte die ganze Zeit über, da das Land zur Tschechoslowakei gehörte, nicht verstummen — eine gemeinsame Schriftsprache hatten die slawischen Bewohner des Landes vor 1919 nicht besessen. Sie sprachen die verschiedensten Dialekte, von denen einige mehr Elemente der russischen, andere mehr Elemente der ukrainischen Sprache enthielten. Die Prager Regierung förderte eine „großrussische“ Orientierung der Bevölkerung, wohl aus der Erwartung heraus, daß diese mangels einer gemeinsamen Grenze mit dem russischen Sprachbereich irredentistischen Strömungen vorbeugen könnte. Eine Orientierung auf das Ukrainische hin hätte die Affinität zu den jenseits der Karpathen im damaligen polnischen Ostgalizien lebenden Ukrainern unterstrichen, was man vermeiden wollte. (Vorkriegspolen, das seine ukrainische Minderheit nicht noch zu verstärken wünschte, war an dem Erwerb dieses Gebietes nicht interessiert, sondern wollte es wieder in ungarischen Händen sehen, um eine gemeinsame Grenze mit Ungarn zu haben.) Die Kommunisten, die unter der bitterarmen Bevölkerung des Landes immer eine ziemliche Gefolgschaft hatten, kämpften, ihrem damaligen Grundsatz treu, alles zu unterstützen, was das Gefüge des Staates zu schwächen geeignet war, gegen die „großrussische“ Einstellung und lehnten den Namen „Karpathorußland“ ab. Für sie war das die „Karpathen-Ukraine“ oder die „Zakarpatská Ukraina“ („Ukraine jenseits der Karpathen“), ein Ausdruck, der regelmäßig in den kommunistischen Blättern konfisziert wurde. Auch wenn das für die Kommunisten, die im Lande selbst im Konkurrenzkampf mit ukrainischen Nationalisten lagen und diese übertrumpfen wollten, nur eine Frage der Taktik war, muß doch gesagt werden, daß ihre Auffassung mehr Realismus verriet³. Zu dem Streit um die Schriftsprache kamen

auch komplizierte religiöse Gegensätze, deren Frontlinien sich mit denen der nationalen keineswegs deckten. Die Hälfte der Bevölkerung war griechisch-katholisch, 15 vH orthodox, 10 vH evangelisch und nicht ganz 10 vH römisch-katholisch; der Hauptgegensatz bestand hier zwischen Griechisch-Katholischen und Orthodoxen.

Prag hielt an der Förderung des großrussischen Gedankens sogar noch nach der Münchener Konferenz (September 1938) fest, als gleichzeitig mit der Slowakei auch Karpathorußland eine eigene Landesregierung bekam. Erst Ende Oktober 1938 wurde eine Landesregierung gebildet, die die ukrainische Orientierung verwirklichte, aber unter der Voraussetzung, daß man sie im Lande schalten ließ, an dem Verbleiben des durch den ersten Wiener Schiedsspruch (2. November 1938) um die fruchtbaren südlichen Ebenen mit der Hauptstadt Ungvar und der zweitgrößten Stadt Munkacz (Mukatschevo) verkürzten Gebietes im Staatsverband festhielt. Durch den Abfall der Slowakei von Prag (14. März 1939) war diesen Absichten der Boden entzogen worden. Der Ministerpräsident der damaligen Karpathen-Ukraine, Mgr. *Voloschin*, bot das Land zunächst Rumänien an, das ablehnte, und rief dann eine selbständige Republik aus, die nur einen Tag bestand⁴. Mit Hitlers Zustimmung wurde das Gebiet am nächsten Tag von ungarischen Truppen besetzt und bis 1944 wieder als Teil Ungarns verwaltet.

Die Sowjetunion für die tschechoslowakischen Vorkriegsgrenzen

Nach dem 15. März 1939 trat Dr. *Benesch*, damals Professor in Chicago, mit der Erklärung an die Öffentlichkeit, daß das Ziel seiner Bestrebungen die Befreiung der ganzen Tschechoslowakei in ihren „vormündner“ Grenzen sei, die rechtlich nie zu bestehen aufgehört habe. In diesem Zusammenhang erwähnte er ausdrücklich, daß sich das auch auf Karpathorußland beziehe⁵:

„Wir erkennen weder juristisch noch politisch irgendein fait accompli an. Wir anerkennen keine Besetzung, und darum besteht unser Staat für uns rechtlich weiter. Wir nehmen auch den Wiener Schiedsspruch über die Slowakei und Karpathorußland nicht an, den Ungarn willkürlich und gewaltsam verletzt hat.“

1940 erkannte Großbritannien Dr. *Benesch* als Präsidenten der vormündner Tschechoslowakei an, fügte aber dieser Anerkennung die Einschränkung bei, daß sich Großbritannien auf keine bestimmte Grenzziehung festlegen könne⁶. Obwohl damals zwischen England und Ungarn noch kein Kriegszustand bestand, erhob die britische Regierung jedoch keine Einwendung dagegen, daß ein (bürgerlicher) Karpathorusse in den von Dr. *Benesch* 1940 in London errichteten und als Parlamentsersatz gedachten Staatsrat berufen wurde (zwei Jahre darauf wurde daneben noch ein Kommunist aus Karpathorußland zum Mit-

glied des Staatsrats ernannt). Ein Jahr später schlossen sich die Vereinigten Staaten der britischen Anerkennung an, ohne einen territorialen Vorbehalt auszusprechen. (Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion erkannten die auf ihrem Gebiet bestehenden tschechoslowakischen diplomatischen und konsularischen Stellen auch nach dem März 1939 an, Frankreich bis Juli 1940. Die Sowjetunion entzog dem tschechoslowakischen Gesandten in Moskau, Zdeněk *Fierlinger*, die Anerkennung des diplomatischen Status im Dezember 1939, einige Monate nach Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland. Nach dem 22. Juni 1941 wurde der alte Zustand wiederhergestellt.) Die Sowjetunion ging damals einen Schritt weiter, um als der einzige kompromißlose Anwalt slawischer nationaler Aspirationen zu erscheinen: sie unterstrich nach dem Juni 1941 mehrmals, daß sie die Tschechoslowakei in ihren vormündner Grenzen, also einschließlich Karpathorußlands, anerkenne. Dr. *Benesch* sagte darüber am 8. August 1942 im Londoner Rundfunk⁷:

„Die Sowjetregierung hat mich ermächtigt, Euch mitzuteilen und zu erklären, was mir Herr *Molotow* bestätigt hat: die Sowjetregierung hatte nichts mit München zu tun, ... sie erkennt daher nicht an, was dort in bezug auf die Tschechoslowakei geschehen ist, ebensowenig, was die Auswirkung dieser Politik in den Jahren 1938 und 1939 war ... Sie steht hinter den vormündner Grenzen der Tschechoslowakei.“

Diese Erklärung hat Dr. *Benesch* einige Male wiederholt, insbesondere, als gelegentlich seines Besuches in Amerika (1943) unter den Amerikanern karpathorussischer Abstammung Besorgnisse laut wurden, daß die Sowjetunion Ansprüche auf Karpathorußland erheben könnte. In einer Rede in Chicago (22. Mai 1943) sagte er wörtlich⁸:

„Ich unterstreiche, daß für den Verbündeten, der, wie wir annehmen, an Karpathorußland am stärksten interessiert sein könnte, nämlich die Sowjetunion, die Sache definitiv erledigt ist. Wir haben mit der Sowjetunion ein Uebereinkommen, demzufolge die karpathorussische Frage nur im Rahmen der vormündner Grenzen der Tschechoslowakei gelöst werden kann, daß also Karpathorußland wieder zur Tschechoslowakei gehören wird.“

Der am 12. Dezember 1943 in Moskau in Beisein Dr. *Beneschs* unterfertigte „Freundschaftsvertrag“⁹ zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei sagt in Artikel 4:

„Die Hohen Vertragschließenden Parteien ... sind übereingekommen ... im Einklang mit folgenden Grundsätzen zu handeln: gegenseitige Respektierung der Unabhängigkeit und Staatshoheit, sowie *Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates*.“

Im Anschluß an die Unterzeichnung dieses Vertrages gebrauchte Dr. *Benesch* im Moskauer Rundfunk zum erstenmal die Wendung, die neue Tschechoslowakei werde ein „Nationalstaat der Tschechen, Slowaken und des karpathorussischen Volkes“ sein¹⁰. In seinem Bericht an den in London tagenden Staatsrat (3. Februar 1944) bemerkte er zu dieser Frage¹¹:

„Als wir über die Slowakei und Karpathorußland (in Moskau) sprachen, behandelten wir das . . . nur als Fragen unserer Innenpolitik.“

Auch die in Moskau in Emigration lebenden tschechoslowakischen Kommunisten scheinen damals nicht darüber im Bilde gewesen zu sein, daß der Kreml nicht gesonnen ist, dieses Versprechen in bezug auf Karpathorußland einzuhalten; in einem vertraulichen Bericht, den *Gottwald* über seine Verhandlungen mit Benesch in Moskau am 21. Dezember 1943 an den „Londoner“ Zweig der kommunistischen Emigration (den gegenwärtigen Arbeitsminister *Nosek*) schickte, heißt es ganz eindeutig und ohne jede Einschränkung¹²:

„Wir beantragen für die Uebergangszeit, . . . daß durch Dekret des Präsidenten oder auf andere Weise die tschechoslowakische Souveränität auf dem ganzen vormündner Gebiet verkündet wird.“

Als die Rote Armee an der alten polnisch-tschechoslowakischen Grenze an den Karpathen stand, wurde am 8. Mai 1944 eine Abmachung zwischen der Sowjetregierung und der tschechoslowakischen Auslandsregierung abgeschlossen¹³, in der davon die Rede war, daß für die von der Roten Armee befreiten tschechoslowakischen Gebiete ein Regierungsdelegierter ernannt werden wird, der die Londoner Auslandsregierung vertreten, die tschechoslowakische Verwaltung wiederherstellen und aus der Mitte der Bevölkerung tschechoslowakische bewaffnete Streitkräfte bilden sollte. Der Artikel 6 dieser Abmachung lautete:

„Sobald irgendein Teil des befreiten Gebietes aufhört, Schauplatz von kriegerischen Operationen zu sein, übernimmt die tschechoslowakische Regierung dort den Vollzug der öffentlichen Gewalt im vollen Umfang und wird dem sowjetischen (verbündeten) Oberbefehlshaber durch ihre zivilen und militärischen Organe allseitige Unterstützung und Hilfe leisten.“

Als Minister *Ripka* dem Staatsrat am 9. Mai 1944 über diese Abmachung berichtete¹⁴, unterließ er nicht den Hinweis darauf, daß *Wyschinski* auf einer Pressekonferenz in Moskau unterstrichen hatte, daß sich das Uebereinkommen streng im Rahmen des oben zitierten Artikels 4 des Bündnisvertrags bewege. Hier war also der Sowjetregierung Gelegenheit gegeben, zu zeigen, wie sie den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, auf den sie sich verpflichtet hatte, in die Praxis umsetzt.

Das erste russische Veto

Zum Delegierten der Londoner tschechoslowakischen Regierung für die befreiten Gebiete war der tschechisch-sozialdemokratische Minister *František Němec* ernannt worden, der im Juli 1944 mit einem kleinen Beamtenstab nach Ostgalizien abflog, um dort auf die Stunde des Einsatzes zu warten. Nach Ausbruch des slowakischen Aufstandes erschien er in Banská Bystrica (Altsohl), wo der revolutionäre Slowakische Nationalrat seinen Sitz hatte; dieser übte in

dem von ihm beherrschten Gebiet bis in die zweite Hälfte Oktober die volle Regierungsgewalt aus, so daß der Anwesenheit *Němec* nicht einmal dekorative Bedeutung zukam. Er kehrte nach Lemberg zurück. Am 27. Oktober traf er in der Stadt Chust ein, die zu dem damals von der Roten Armee besetzten Teil Karpathorußlands gehörte. Irgendwelche Regierungsfunktionen auszuüben, wurde ihm zunächst durch den Hinweis verwehrt, daß Chust noch in der Kampfzone liege. Die Londoner Regierung bemühte sich darum, *Němec* die Funkverbindung mit ihr zu ermöglichen; ein amerikanisches Flugzeug sollte einen Sender und eine neunköpfige Bedienungsmannschaft an Ort und Stelle schaffen. Sie suchte um die russische Zustimmung dazu sowie zu einer Reise des Oberbefehlshabers der tschechoslowakischen Auslandsarmee, General *Ingr*, nach Karpathorußland an. Hier stieß sie auf das erste russische Veto. Gesandter *Fierlinger* telegraphierte darüber am 3. November 1944 nach London¹⁵:

„*Zorin* (damals Beamter des sowjetischen Außenministeriums) bemerkte gleich, daß die Führung der Roten Armee der Landung eines fremden Flugzeugs in der Operationszone nicht zustimmt. Darum rät er, den Sender über Teheran zu schicken, von wo er von Sowjetflugzeugen auf unser Gebiet gebracht werden würde. Ich fragte ihn bei dieser Gelegenheit, wie es mit der von uns verlangten übertragbaren Radiostation steht . . . *Zorin* erwiderte, es handle sich hier um Material, das immer sofort der Armee zur Verfügung gestellt werde, so daß es im Augenblick nicht auf Lager sei. Darum sei auch nichts vorgekehrt worden . . . Zu *Ingr*s beabsichtigter Reise stellte *Zorin* fest, daß *Ingr* aus den erwähnten Gründen über Teheran fahren und von dort Sowjetflugzeuge benutzen müßte.“

Was sich inzwischen im Lande selbst begab, hat *Němec* einem tschechischen Journalisten erzählt¹⁶:

„Zunächst gab es keine Andeutung, daß das Land nicht ein untrennbarer Bestandteil der tschechoslowakischen Republik bleiben sollte. Bald nach seiner Ankunft sprach ich gemeinsam mit *Turjanica*, dem kommunistischen Vorsitzenden des karpathorussischen Nationalrats, in einer großen Versammlung in Chust, der provisorischen Hauptstadt. *Turjanica* sprach herzlich und entschieden über die Einheit der tschechoslowakischen Republik. Das stand in Einklang mit seinen Artikeln, die im kommunistischen Wochenblatt *Pravda* während des Aufstandes in Banská Bystrica erschienen waren. Binnen einigen Tagen nahmen die Kommunisten aber eine ganz andere Haltung an, wobei sie einer plötzlich begonnenen systematischen Kampagne des sowjetischen Senders Kiew folgten, der die Tschechoslowakei angriff und die Abtrennung Karpathorußlands verlangte, das in die Lage versetzt werden sollte, sich den Sowjetrepubliken anzuschließen.“

Die Sowjetstellen begannen daraufhin sofort mit der Aushebung von karpathorussischen „Freiwilligen“ für die Rote Armee — auf dem Boden eines fremden Staates. Dem tschechoslowakischen Militärbevollmächtigten in Moskau, General *Pika* (der 1949 in Prag zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde) war es gelungen, darüber nach London zu berichten. *Benesch* drahtete deswegen an *Fierlinger*:

„Am 13. November machte ich *Lebedew* (den Sowjetgesandten bei der tschechoslowakischen Regierung)...

auf die unmögliche Vorgangsweise der sowjetischen Militärbehörden bei der Rekrutierung von Freiwilligen auf unserem Gebiet aufmerksam. Ich erinnerte ihn daran, daß uns die Sowjetregierung 1942 alle unsere Staatsangehörigen auf Sowjetgebiet in unsere Verwaltung und zum Militärdienst in unserer Armee gegeben hat, ja sogar die wohynischen Tschechen, die Sowjetbürger sind. Wir verstehen daher den jetzigen Vorgang nicht; das macht uns große Schwierigkeiten und ruft für uns politische Komplikationen hervor. Lebedew wußte davon nichts... Aber schon am 14. meldete er sich bei mir mit einer Botschaft von Molotow... Dieser verlangte, daß wir nicht auf der Entlassung der schon aufgenommenen Freiwilligen bestehen und uns nicht gegen die Aufnahme von Freiwilligen in die Rote Armee stellen sollen. Ich habe ihm wiederholt, was uns das für Schwierigkeiten bereitet und noch bereiten kann und wie das in London hier mißbraucht würde, wenn es an die Öffentlichkeit käme. Ich verlangte daher eine Erledigung der ganzen Sache ohne Streit und Lärm. Auf der Sache müssen wir aber beharren, da sie bei uns durch Gesetz geregelt ist."

Das war eine Anspielung auf das tschechoslowakische Wehrgesetz, das Militärdienst eines Staatsbürgers in einer ausländischen Armee an eine Bewilligung des Staatsoberhauptes bindet. Fierlinger wurde von Benesch beauftragt, neuerlich im Außenministerium zu intervenieren, wobei er andeutete, daß man sich wegen der schon vollzogenen Rekrutierungen irgendwie einigen könnte. Fierlinger, der in Wirklichkeit mit dem Kreml im Bunde war, sandte eine hinhaltende Antwort, derzufolge sich „alles einrenken“ würde — er vergaß nur hinzuzufügen, in welchem Sinne. Wie man sich das „Einrenken“ offenbar vorstellte, geht aus dem folgenden in der Wiedergabe undatierten Bericht *Němec* hervor:

„Wegen der Rekrutierungen in die Rote Armee habe ich schriftlich und mündlich beim Abschnittskommandanten mit dem Hinweis darauf interveniert, daß ein Eintritt in eine fremde Armee nach unseren Gesetzen nur mit Zustimmung des Präsidenten erfolgen kann. Kommandant Petrow erwiderte, daß er mir den Befehl über die Rekrutierung nur zur Kenntnis gegeben habe und daß er im Einklang mit den Sowjetgesetzen vorgehe.“

Am 18. November sandte Benesch wieder eine telegraphische Beschwerde an Fierlinger wegen der Rekrutierungen für die Rote Armee und der offenen Agitation für den Anschluß an die Sowjetunion, die der Kommunist *Turjanica* leite. Fierlinger sabotierte die ihm erteilten Aufträge weiter und machte sich in seiner Antwort vom 19. November wieder zum Sprachrohr der Moskauer Ausflüchte:

„Bitte mir alle Umstände mitzuteilen, die auf einen gewaltsamen Charakter der Rekrutierungen für die Rote Armee hindeuten. Die Nachricht über *Turjanica* hat hier allgemein überrascht. Ich kenne ihn als ruhigen Menschen. Man nimmt an, daß er vielleicht in eine Lage geraten ist, in der er sich nicht zu helfen wußte. Eine starke Bewegung zum Anschluß an die Sowjetunion war zu erwarten. Die Sowjetöffentlichkeit ist selbst über den herzlichen Empfang der Roten Armee überrascht... Ich zweifle aber, daß die Sowjetbehörden die Anschlußbewegung irgendwie unterstützen, wenn sie ihr auch nichts in den Weg legen... *Gottwald* ist der Meinung, daß die Sowjetbehörden spontane Kundgebungen für den Anschluß an die Sowjetunion nicht gut unterbinden können. Moskau

werde uns in dieser Beziehung nicht die Polizei abgeben... *Vrbensky* (ein anderer tschechischer Kommunist) empfiehlt Entgegenkommen unsererseits, etwa in der Form pauschaler Genehmigung des Eintritts in die Rote Armee..."

Das war eine deutliche Sprache, die dem Adressaten dieser Botschaft hätte jede Hoffnung nehmen müssen, daß eine Berufung auf ein von der Sowjetunion gegebenes Wort irgendeinen Erfolg haben könnte. Nichtsdestoweniger war Fierlinger am gleichen Tag aus London aufgetragen worden, neuerdings wegen einer Funkverbindung für *Němec* vorstellig zu werden. Das Telegramm schloß mit einem Protest gegen die Truppenaushebungen und einem Beharren auf den Vertragsbestimmungen, „die gerade in diesen Dingen ganz eindeutig sind“. Nun zögerte der Kreml nicht länger, zum Gegenangriff überzugehen und, wie so oft vorher und nachher, den Spieß umzukehren, um Benesch unmißverständlich vor Augen zu führen, daß die sowjetfreundliche Politik in Moskau als sowjetfeindlich betrachtet wird, solange sie nicht bereit ist, die jeweiligen Wünsche Moskaus bedingungslos auszuführen. Am 22. November berichtete Fierlinger nach London über eine Unterredung mit dem Beamten des Außenministeriums *Valerian Zorin*, dem heutigen Vertreter der Sowjetunion im Sicherheitsrat. An dem Bericht ist bezeichnend, daß Fierlinger, der schließlich zu *Zorin* geschickt worden war, um zu protestieren, nicht einmal vortäuscht, etwas derartiges getan zu haben, und daß er sich seiner, beziehungsweise des Kremls Sache schon so sicher fühlte, daß er weiter keine Skrupel hatte, in einer amtlichen Korrespondenz den bis dahin verpönten Ausdruck „Karthago-Ukraine“ zu gebrauchen. Seinem Bericht zufolge behauptete *Zorin*, die Rote Armee habe

„unter dem Druck der allgemeinen Begeisterung der Bevölkerung und der dringlichen Ansuchen von Freiwilligen um Aufnahme in die Rote Armee gehandelt... Er empfiehlt, die Sache mit Ruhe zu betrachten und keine überflüssige Nervosität zu äußern, die nur von Schaden sein könne. Nur so lasse sich die Sache befriedigend regeln. Ich füge hinzu, daß hier ein sehr scharfer Wind gegen unsere Delegation weht... Streng vertraulich kann ich mitteilen, daß im Kommissariat für Inneres behauptet wird, innerhalb der Delegation mache sich eine antisowjetische Einstellung geltend und die Bevölkerung der Karthago-Ukraine verhalte sich zu ihr ablehnend.“

Auch bezüglich der Funkverbindung waren die Sowjetstellen unzugänglich. *Zorin* schützte „Einwendungen rein militärischer Natur“ vor!

Beneschs Angst um die Slowakei

Daß Benesch unter einer „befriedigenden Regelung“ gerade das Gegenteil dessen verstehen mußte wie *Zorin*, hat Fierlinger offenbar weiter nicht angefochten. Im nächsten Telegramm sprach Benesch zum ersten Male die Befürchtung aus, daß die Rote Armee einen ähnlichen unwiderstehlichen Drang zum Anschluß an die Sowjetunion auch bei der Bevölkerung der Slowakei feststellen könnte — mit ebensoviel und

mit ebensowenig Recht wie in Karpathorußland hätte sie das ohne weiteres auch in der Slowakei behaupten können. Beneschs Weisungen vom 27. November klingen sehr energisch, enthalten aber zwischen den Zeilen schon die Andeutung einer Rückzugslinie: man könnte sich vielleicht im Falle Karpathorußland ins unvermeidlich Scheinende fügen und für das Versprechen, den westlichen Verbündeten die praktischen Erfahrungen mit der bisherigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu verschweigen, eine Zusicherung von Moskau einhandeln, die karpathorussische Vorstellung nicht in der Slowakei zu wiederholen. *Benesch* drahtete:

„Die Tschechoslowakei beharrt und wird auf ihrem gesetzlichen Standpunkt und dem Vertrag beharren. Das gilt für diesen Fall und für alle folgenden während der Besetzung durch die Sowjettruppen, eventuell auch in der Slowakei. Sobald wir die Grundlage des Gesetzes und des Vertrages in irgendeiner Frage verlassen, begeben wir uns in allen Fragen auf die schiefe Ebene... Glaubt jemand in der Roten Armee oder in den politischen Kreisen, daß man ähnlich auch in der Slowakei vorgehen wird? Bitte um diskrete Erhebung dieser Sache. Heute habe ich von zwei karpathorussischen Gemeinden Ansuchen erhalten, dem Anschluß an die Ukraine zuzustimmen. Darauf gebe ich keine Antwort... Das alles wird zwischen uns auf der Friedenskonferenz besprochen werden. Vorderhand bestehen Verpflichtungen bezüglich der vormüdncher Grenzen.“

Fierlinger antwortete wieder mit Gegenargumenten: „Je mehr wir auf irgendeinem streng formalen Standpunkt bestehen werden, desto ärger wird die Lage für uns werden.“ *Zorin* habe ihm ausdrücklich erklärt, daß sich ähnliches in der Slowakei nicht wiederholen werde — wieso konnte er im voraus wissen, daß sich die Slowaken nicht in die Rote Armee drängen würden? (Später hat *Molotow* zu *Němec* gesagt, die gleiche Frage stelle sich für die Slowakei nicht.) Die Truppenaushebungen seien, soll *Zorin* gesagt haben, nur ein „notwendiges Entgegenkommen an die spontane Begeisterung der Bevölkerung. Es sei nicht möglich gewesen, die Freiwilligen abzuwehren, und wir müßten das verstehen.“ Nicht die unverbindlichste Zusage eines Wandels war von *Zorin* zu hören. Am 6. Dezember drahtete *Ripka* aus London an *Fierlinger*, man könnte sich vielleicht auf der Grundlage einigen, daß die Assentierungen für die Rote Armee eingestellt werden und Moskau der Aufstellung tschechoslowakischer Streitkräfte zustimmt, wofür *Benesch* jenen Karpathorussen, die in die Rote Armee eingetreten waren, nachträglich die Absolution geben würde. In diesem Telegramm tauchte zum erstenmal der Vorschlag auf, das karpathorussische Problem nach dem Krieg durch eine „Einigung“ zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion zu lösen. Die Londoner tschechoslowakische Regierung hatte offenbar eingesehen, daß die Partie verloren war, und sie begann ein Rückzugsgefecht, durch das die definitive Entscheidung, die nur eine Abtretung sein konnte, aufgeschoben würde. *Benesch* und seine

Regierung wollten Zeit gewinnen — *Stalin* wußte, daß er *faits accomplis* setzen mußte. Sein vorläufiges Ziel hatte er erreicht: der Gegenspieler beharrte nicht mehr auf der bedingungslosen Einhaltung papierener Zusagen, war aber bereit, neue entgegenzunehmen. Außerdem versprach er, über die ganze Angelegenheit zu schweigen.

Inzwischen war sowohl die Kampagne des Kiewer Senders als auch die Agitation für den sofortigen Anschluß an die Sowjetunion im Lande selbst weitergegangen. Am 1. Dezember erhielt *Němec* eine schriftliche Aufforderung eines „Nationalrates der Sowjetukraine“, in der ihm mitgeteilt wurde, daß diese Korporation den Austritt aus dem tschechoslowakischen Staatsverband beschlossen habe. Sie breche alle Beziehungen zu *Němec* und dessen Stab ab und fordere ihn auf, das Land binnen drei Tagen zu verlassen. Unterschrieben war dieser Brief von *Turjanica*, der als Berater *Němec* nach Karpathorußland gekommen war! *Turjanica* hat es sich nicht nehmen lassen, dieses Ultimatum *Němec* persönlich zu überreichen¹⁷. *Němec* flog am 11. Dezember nach Moskau, wurde aber von *Ripka* am 15. Dezember telegraphisch aufgefordert, nach Karpathorußland zurückzukehren und mit der Delegation auf seinem Posten auszuharren. Eine an ihn am 19. Dezember nach Moskau gerichtete Weisung *Beneschs* mußte ihm nach all dem, was er wußte, als schlechter Scherz vorkommen. *Benesch* faßte nämlich seine Ansicht, von der er behauptete, sie werde vom Ministerpräsidenten *Schrámek* und der Regierung geteilt, folgendermaßen zusammen¹⁸:

„Ich schätze, daß diese Dinge Moskau gar nicht passen, daß es sie ungern sieht, ebenso wie unsere Regierung, und daß es sie irgendwie auf friedlichem Weg zusammen mit unserer Regierung liquidieren möchte... Es scheint mir aber, daß die ukrainische Regierung, die ukrainischen Soldaten und besonders die Ukrainische Kommunistische Partei die Dinge anders sehen. Sie will Moskau und uns vor vollendete Tatsachen setzen... Ich glaube nicht, daß Moskau ein Doppelspiel treibt, und habe den Eindruck, daß das auch über den Kopf der Zentralregierung geht.“

Die Richtlinien, die *Benesch* an *Němec* ergingen ließ, bestätigen nur die Wahrheit des Schiller-Wortes, daß sich's „vom sichern Port gemächlich raten läßt“:

„Was immer geschieht, wir werden uns an den Vertrag halten und von Moskau dessen Einhaltung verlangen. Wir verzichten auf nichts und geben unsere Rechte nicht auf. Wo man uns, wie in Ihrem Fall, daran hindert, unsere Rechte geltend zu machen, stellen wir es fest, werden Beobachter und warten passiv auf die weitere Entwicklung. Es wäre ein Fehler, wenn wir Gewalt anwenden wollten. Einerseits haben wir dazu zu wenig Leute, andererseits nehmen sie jede solche Sache zum Vorwand gegen uns und mißbrauchen sie. Unseren Platz werden wir nicht verlassen und korrekt bis zum Ausharren.“

Wieder ging der Kreml zum Gegenangriff über und ließ *Benesch* durch *Fierlinger* am 21. Dezember wissen — *Benesch* hatte sich inzwischen wieder

wegen der Sabotage der Funkverbindung beschwert —, daß er, wenn er von Moskau „Entgegenkommen“ erwarte, zunächst einmal die Militärpolitik und die Außenpolitik grundlegend ändern müsse. Das hieß mit anderen Worten die Ausschaltung aller nichtkommunistischen Offiziere (also aller Berufs-offiziere) und die beschleunigte Anerkennung des Lubliner Komitees als polnische Regierung. (Diese Anerkennung erfolgte am 30. Januar 1945.) Die alte Sowjettaktik, die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen davon abhängig zu machen, daß die Gegenseite unbesehen Sowjetforderungen erfülle, die auf einer ganz anderen Ebene liegen, sollte also auch hier Triumphe feiern. Inzwischen hielt man *Němec*, dessen Anwesenheit in Karpatorußland Moskau unerwünscht war, durch die Ankündigung zurück, er werde mit *Wyschinski* sprechen können. Diese Unterredung fand erst am 26. Dezember statt; am Tage darauf sprach *Němec* bei *Molotow* vor. Beide Interventionen führten natürlich zu gar keinem Resultat, gaben aber *Fierlinger* Gelegenheit, ohne durch irgendeinen Auftrag Benesch's gedeckt zu sein, *Molotow* gegenüber die Erklärung abzugeben, daß „Präsident und Regierung eine radikale Lösung jetzt nicht für angezeigt halten, aber im gegebenen Augenblick bereit sind, in diesem Sinne im Geiste absoluter Freundschaft zur Sowjetunion und den Bewohnern der Karpatho-Ukraine zu handeln.“ Von nun an konzentrierte sich Moskau darauf, Benesch zu überzeugen, er müsse sofort praktische Beweise einer Bereitschaft geben, die man ihm einfach unterschoben hatte. Am 24. Dezember hatte *Benesch* klar und deutlich an *Němec* und *Fierlinger* gedrahtet:

„Wir beharren auf dem Vertrag und auf den öffentlichen Erklärungen von sowjetischer und unserer Seite über die vormündner Grenzen. Sonst würde sich bei den Waffenstillstandsverhandlungen und bei der Friedenskonferenz jedermann auf Kosten unseres Gebietes bedienen.“

Darum setzte jetzt der Druck russischer und tschechischer Kommunisten auf *Němec* ein, um Benesch von seinem intransigent scheinenden Standpunkt abzubringen. Am 29. Dezember war *Němec* so weit, daß er bereit war, Benesch zu erklären, eine Aufrichtung der tschechoslowakischen Souveränität in Karpatorußland „gegen den Willen der Bevölkerung“ sei eine Unmöglichkeit. Er halte es für unerläßlich, drahtete er nach London,

„daß mit Rücksicht auf das Prestige des Staates (!) und auf die weitere außenpolitische und innere Entwicklung der Republik die Regierung beschließt, der Sowjetunion in aller Form mitzuteilen, daß sie bereit ist, der Forderung der Konferenz der karpatho-ukrainischen Nationalausschüsse sofort zu entsprechen... Ein Aufschub der Verhandlungen bis zur Friedenskonferenz oder noch länger ist meiner Meinung nach völlig ausgeschlossen. Der Sowjetunion muß selbst die Entscheidung überlassen bleiben, ob ihr eine sofortige Lösung internationale Schwierigkeiten bereitet oder nicht.“

Turjanica hatte inzwischen übrigens am 24. De-

zember ein „Dekret über den Austritt der Karpatho-Ukraine aus der Tschechoslowakischen Republik“ herausgegeben. In seinem Antworttelegramm vermied es Benesch, *Fierlinger* wegen dessen Eigenmächtigkeit zu desavouieren, sondern sprach sich nun selbst für einen „Aufschub“ der Lösung der staatsrechtlichen Frage aus. Man könne sie in Moskau gelegentlich seiner bevorstehenden Reise in die Slowakei besprechen, die über Moskau führen sollte. Den Vorschlag *Němec*, den er als groben diplomatischen und psychologischen Fehler betrachte, lehnte er jedoch rundweg ab. Zu einem solchen Schritt hätten Regierung und Präsident kein Recht. „Wir können feststellen, daß wir die Staatshoheit dort nicht ausüben vermögen, aber wir können nicht einfach auf sie verzichten.“

Stalin greift ein

Moskau hatte die erste Runde schon gewonnen, denn Benesch war nur mehr darauf bedacht, an Stelle eines einseitigen Gewaltaktes eine Scheinvereinbarung zweier Partner zu setzen. Aber er hatte unge säumt und sofort zu kapitulieren! Darum wurde jetzt die größte Kanone aufgeföhren: Benesch erhielt eine Botschaft (poslanie) von *Stalin*. Sie lautete:

„Sehr geehrter Herr Präsident Benesch!

Heute habe ich vom Genossen (sic!) Gottwald erfahren, daß die tschechoslowakische Regierung im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Karpatho-Ukraine eine Verlegenheit empfindet, da sie glaubt, daß die Sowjetregierung die Frage der Ukraine jenseits der Karpathen im Widerspruch zu dem zwischen unseren Ländern bestehenden Vertrag einseitig regeln will.

Ich muß Ihnen sagen, daß eine solche Annahme, falls sie bei Ihnen entstanden sein sollte, auf einem Mißverständnis beruht.

Die Sowjetregierung hat der Bevölkerung des Landes nicht verboten, ihren nationalen Willen zu äußern, und konnte das auch nicht verbieten. Das ist um so verständlicher, als Sie selbst mir in Moskau Ihre Bereitschaft bekanntgaben, die Ukraine jenseits der Karpathen der Sowjetunion zu übergeben, wobei ich, wie Sie sich sicher erinnern werden, meine Zustimmung dazu nicht erteilt habe. Aber daraus, daß die Sowjetregierung der Bevölkerung des Landes nicht verboten hat, ihren Willen zu äußern, geht auf keinen Fall hervor, daß die Sowjetregierung den Vertrag zwischen unseren Staaten zu brechen und die Frage der Ukraine jenseits der Karpathen einseitig zu lösen beabsichtigt. Eine solche Annahme wäre für die Sowjetregierung beleidigend.

Soweit die Bevölkerung selbst die Frage aufgeworfen hat, wird man sie natürlich lösen müssen. Aber diese Frage kann nur durch ein Uebereinkommen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion noch vor der Beendigung des Krieges gegen Deutschland oder nach Abschluß des Krieges geregelt werden, sobald das beide Regierungen für nützlich halten.

Glauben Sie bitte, daß die Sowjetregierung nicht die Absicht hat, den Interessen der Tschechoslowakischen Republik und ihrem Prestige irgendwie Eintrag zu tun. Die Sowjetregierung ist im Gegenteil voll entschlossen, der Tschechoslowakischen Republik jede mögliche Hilfe für ihre Befreiung und Wiederaufrehtung zu leisten.

Hochachtungsvoll
J. Stalin“

23. Januar 1945

Daß Benesch 1943 von sich aus eine Bereitschaft erklärt haben sollte, das Land der Sowjetunion zu „übergeben“, ist ziemlich unwahrscheinlich. Stalin vertraute offenkundig darauf, daß niemand es wagen würde, ihn als Lügner zu brandmarken, und er hatte sich da nicht getäuscht, denn Benesch glitt in seiner Antwort darüber hinweg. Noch merkwürdiger ist Stalins Behauptung, er hätte ein solches Angebot zurückgewiesen; das würde doch bedeuten, daß er sich über den Volkswillen hinwegzusetzen bereit war, ehe dieser sich überhaupt äußern konnte! Benesch versuchte in seiner Antwort vom 1. Februar, durch verbindlichen und fast unterwürfigen Ton zu verdecken, daß er noch immer für einen Aufschub plädierte. Immerhin fand er den Mut, die Kampagne des Kiewer Senders aufs Tapet zu bringen und so wenigstens indirekt dem Märchen vom „Volkswillen“ entgegenzutreten:

... Ich bestätige Ihnen, daß in *einigen* unserer Kreise tatsächlich im Zusammenhang mit den Ereignissen Unruhe entstanden war; es war dies durch Ereignisse *rein lokalen* Charakters und der Mitwirkung *rein lokaler Funktionäre* geschehen. Dazu kamen einige Kundgebungen des Kiewer Senders, die in der internationalen Presse von den Feinden der Sowjetunion und der Tschechoslowakei mißbraucht wurden.“

Benesch bestätigte Stalin, daß weder er noch die Regierung an die angeblichen Absichten Moskaus, die Stalin in Abrede gestellt hatte, geglaubt hätten. Er griff Stalins Bemerkung vom „geeigneten Augenblick“ auf und meinte:

„Wir würden uns wünschen, daß das *nach Abschluß des Krieges mit Deutschland* geschieht, d. h. sobald die Erneuerung unserer vormündner Grenzen mit Deutschland und Polen voll gesichert ist und sobald ich Gelegenheit hatte, die Sache mit unseren entscheidenden Leuten in Prag zu besprechen.“

Dann kam ein Versprechen, das sich verhängnisvoll auswirken sollte:

„Diese Frage wird von unserer Seite nicht zum Gegenstand irgendwelcher Diskussionen oder Interventionen bei anderen Mächten gemacht werden, und wenn wir auf eine allfällige Friedenskonferenz gehen, wollen wir sie in voller Freundschaft mit Ihnen geregelt haben... Diese Frage wird zwischen uns nie Streitgegenstand sein.“

Theoretisch wurde Benesch ein Aufschub gewährt, der aber praktisch nicht die geringste Rolle spielte, da Karpathorußland von allem Anfang an als Bestandteil der Sowjetunion behandelt wurde und irgendeine noch so symbolische Anerkennung der tschechoslowakischen Souveränität nie erfolgte. Němec, den man bis Mitte Januar in Moskau zurückgehalten hatte, reiste im Februar in die Slowakei ab, nicht ohne vorher den Bock zum Gärtner bestellt zu haben: er übergab sein Amt als Delegierter der tschechoslowakischen Regierung (!) dem Kommunisten *Petruschtschak*, früherem Mitglied des Staatesrates in London, einem der Hauptagitatoren für den Anschluß an die Sowjetunion. Als *Benesch* im März

1945 nach Moskau kam, versuchte er nochmals, einen Aufschub bis zu dem Zeitpunkt zu erreichen, da in Prag wieder ein Parlament zusammentreten konnte. Wie wir noch sehen werden, hat ihm der Kreml nicht einmal dieses formale Zugeständnis gemacht. An dem, was *Fierlinger* über Beneschs dieser Frage gewidmeten Verhandlungen in Moskau berichtet, ist nur *Molotows* wiederholte Zusicherung bemerkenswert, es werde „selbstverständlich“ bei der alten Grenzziehung zwischen Karpathorußland und der Slowakei bleiben. Auch das sollte sich bald als eine Lüge herausstellen.

Zum Schaden noch den Spott

Der Tragödie folgte das Satyrspiel. In dem Karschauer Programm (5. April 1945¹⁹) der neuernannten und zum erstenmal die Kommunisten einschließenden Regierung versprach diese, eine praktisch längst geregelte Frage „im Einklang mit dem demokratisch geäußerten Willen des karpatho-ukrainischen Volkes zu lösen“. Am 29. Juni 1945 wurde in Moskau im Beisein Stalins ein „Vertrag“ darüber unterzeichnet, daß die Karpatho-Ukraine „nach dem Willen ihrer Bewohner“ mit ihrer alten Heimat, der Ukraine, vereinigt und in den Verband der ukrainischen Sowjetrepublik eingegliedert wird²⁰. Die Bevölkerung hat nie jemand um ihre Meinung gefragt, und man hat es nicht einmal für nötig gehalten, eine der anderswo bewährten Schein-Volksabstimmungen zu inszenieren. Der „Vertrag“ über die „Abtretung“ eines längst sowjetisierten Gebietes wurde einerseits von dem inzwischen Ministerpräsident gewordenen früheren Gesandten *Fierlinger* sowie von Dr. Wladimir *Clementis* (hingerichtet im November 1952), andererseits von *Molotow* unterzeichnet — einen Vertreter der Sowjetukraine hatte man gar nicht erst strapaziert. *Fierlinger* bezeichnete dieses Dokument der Gewalt und Verlogenheit in einer Rede als einen Ausdruck slawischer Brüderlichkeit. Als man in Prag den „Vertrag“ und die ihm beigefügte Landkarte zur Hand bekam, sah man, daß sich die Sowjetunion ohne jede Debatte *auch noch den auf slowakischem Boden gelegenen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Čop* zugelegt hatte! Auch diesen Akt „slawischer Brüderlichkeit“ mußte man schweigend einstecken. Die (aus indirekten Wahlen hervorgegangene) Provisorische Nationalversammlung, die in Prag zum erstenmal am 28. Oktober 1945 zusammengetreten war, ratifizierte den „Vertrag“ am 22. November 1945 einstimmig und ohne Debatte²¹. Der Berichterstatter, der kommunistische Abgeordnete und gegenwärtige stellvertretende Ministerpräsident Dr. Jaromir *Dolansky*, hatte die Unverfrorenheit, davon zu reden, daß diese Sache „zu den großen fortschrittlichen Taten unserer nationalen und demokratischen Revolution gehöre, auf denen wir unser neues nationales und staatliches Leben aufbauen. Dieser Vertrag verdient, mit goldenen

Lettern in die neue Geschichte unserer Völker eingeschrieben zu werden.“ Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen!

Generalprobe für spätere Aktionen?

Die Frage liegt nahe, warum die Sowjetunion in einem Zeitpunkt, in dem sie auf westliche Hilfe angewiesen war und sich darum den Anschein diplomatischer Korrektheit und Vertragstreue zu geben versuchte, sich eines so flagranten Bruches eindeutiger vertraglicher Verpflichtungen schuldig machte. Es ist tatsächlich erstaunlich, daß die Sowjetunion hier der Welt in allen Einzelheiten und mit allem Zubehör an List, Gewalt und Heuchelei ein Musterbeispiel, ja eine Generalprobe dessen vorspielte, was sie alsbald in größerem Umfange zu tun gedachte — und daß die Welt es nicht verstanden und nicht einmal zur Kenntnis genommen hat. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Sowjetpolitik hier auf zwei Motive zurückführt. Erstens hat es sich für Moskau darum gehandelt, jenseits der Karpathen risikolos Fuß fassen und so einen wichtigen militärischen Stützpunkt gewinnen zu können, und die zweite Erwägung war wohl, auszuprobieren, wie weit man sich ungestraft vorwagen durfte und wo man auf den Widerspruch der westlichen Alliierten stoßen mußte. Daß diese vor Kriegsende ebensowenig wie Benesch die Angelegenheit an die große Glocke hängen wollten, um der gegnerischen Propaganda nicht noch mehr Munition zu liefern, mag psychologisch begreiflich sein, wiewohl solche Erwägungen ja für Moskau nicht minder hätten

gelten müssen. Die Haltung Dr. Benesch's war, zu Recht oder zu Unrecht, durch die Befürchtung bestimmt, daß ihm der Verbündete weiter westlich den gleichen Streich spielen könnte (in der Ostslowakei leben zahlreiche Ukrainer). Da das nicht geschah — und wenn es unterblieb, dann unterblieb es nicht wegen einer Zusage an einen Verbündeten —, wiegte er sich in Sicherheit — um so grausiger war später das Erwachen, als viel mehr auf dem Spiel stand als die Slowakei. Nackter Selbsterhaltungstrieb hätte Benesch veranlassen müssen, die westlichen Verbündeten wenigstens vertraulich über seine Erlebnisse zu informieren. Daß er es unterlassen hat, bleibt eine Schuld, die nicht wegzuwaschen ist.

Aber schließlich war, was sich in dem vergessenen Winkel am Fuß der Karpathen abspielte, weder der westlichen Diplomatie noch auch der westlichen Presse verborgen geblieben²². Trotzdem deutet alles darauf hin, daß niemand das Wort „Karpatorußland“ im Sinne hatte, als man sich am 3. Februar 1945 in Jalta an den Verhandlungstisch setzte. Stalin hatte keinen Grund, das Problem aufzuwerfen. Galt das aber auch für die anderen Verhandlungspartner? Es scheint, daß es ihnen gar nicht bewußt war, welch merkwürdiger Auftakt für die Verhandlungen auf der Krim da vorlag und daß der Kreml noch zur Zeit der Waffenbrüderschaft zwischen West und Ost durch die Unterjochung von 750 000 Bewohnern Karpatorußlands *die Feindseligkeiten im Kalten Krieg gegen den Westen eröffnet* hatte.

Anmerkungen

¹) Bei der Volkszählung des Jahres 1930 bekannten sich: zur „russischen und kleinrussischen“ Nationalität 62 vH, zur „tschechoslowakischen“ 4,76 vH, zur ungarischen 16 vH, zur jüdischen 13 vH der Bevölkerung. Den Rest bildeten Deutsche, Rumänen usw.

²) Eduard Benesch: „Gedanke und Tat“, Bd. II., S. 183, Prag 1937.

³) Die wenig zutreffende Bezeichnung „Karpatorußland“ wird hier nur deshalb benützt, weil sie sich verhältnismäßig am stärksten eingebürgert hat. In der deutschsprachigen Komininternliteratur wurde das Land „Transkarpathische Ukraine“ genannt.

⁴) Die näheren Umstände sind in dem Buch von Michael Windt, „Republic For a Day“, London 1939, geschildert.

⁵) Eduard Benesch: „Schest Let Exilu a Druhe Svetove Valky“, (Sechs Jahre Exil und Zweiter Weltkrieg), London 1945, S. 32.

⁶) Note von Lord Halifax vom 18. Juli 1940, abgedruckt in *Czechoslovak Yearbook of International Law*, S. 231, London 1942.

⁷) Benesch: *Schest Let* . . . , S. 107.

⁸) „President Benes on War and Peace“, New York 1943, S. 66. „War and Peace Aims of the United Nations“, herausgegeben von Louise Holborn, Bd. II, S. 1014, Boston 1948.

⁹) Deutsche Uebersetzung in: „Das Ostpakt-System“, herausgegeben von Boris Meissner, Bd. I, S. 16—19, Hamburg 1951.

¹⁰) Benesch: *Schest let* . . . , S. 144.

¹¹) Hubert Ripka: „East and West“, London 1944, S. 140. *War and Peace Aims*, . . . , Bd. II, S. 1028. Bezeichnenderweise wurde dieser Absatz in dem Sammelwerk „Schest let . . .“ ausgelassen.

¹²) Der (natürlich niemals veröffentlichte) Bericht ist in den Händen des Verfassers.

¹³) Wortlaut in: *War and Peace Aims* . . . , Bd. 2, S. 767—769. *Journal of Central European Affairs*, Juli 1944, S. 203/204.

¹⁴) Ripka: *East and West*, S. 150.

¹⁵) Dieses Dokument ist in dem zweiten Band von Fierlingers Werk: „V Sluzbach CSR“ (Im Dienste der Tschechoslowakei, Prag 1948) abgedruckt. Es wurde trotz seiner den Sachverhalt zugunsten der Sowjetversion verfälschenden Darstellungsweise fast sofort aus dem Verkehr gezogen. Wo nicht anders vermerkt, sind auch die folgenden Zitate diesem Buch entnommen, das verschollen ist, obgleich der Verfasser immer noch Parlamentspräsident ist.

¹⁶) Josef Josten: „Oh, My Country“, S. 40, London 1949.

¹⁷) Josef Josten, ebenda.

¹⁸) Dieses Telegramm ist in englischer Uebersetzung wiedergegeben bei: E. Taborsky, „Benes and the Soviets“, *Foreign Affairs*, Januar 1949.

¹⁹) *War and Peace Aims* . . . , Bd. 2, S. 1040.

²⁰) Deutsche Uebersetzung in: „Das Ostpakt-System“, Bd. I, S. 108—111.

²¹) „Verfassungsgesetz über die Ukraine jenseits der Karpathen und die Festsetzung der Staatsgrenzen mit der Sowjetunion vom 22. November 1945“, Z. 2/1946 der tschechoslowakischen Gesetzessammlung.

²²) Vgl. z. B. *The Times*, London, 16. Januar 1945, *The Economist*, 20. Januar 1945, *The New York Times*, 20. Januar 1945.

Thesen zur monetären Integration Europas

Ergebnisse einer Untersuchung der Europäischen Vereinigung für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (CEPES)

Vorbemerkung

In den letzten Jahrzehnten ist die Abhängigkeit der Wirtschaft von der Politik hinreichend bewiesen worden, gleichzeitig aber auch die Unmöglichkeit des politischen Handelns ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Tatbestände und soziale Erfordernisse. In dem Ringen um die Einigung Europas ist das Ineinandergreifen politischer und wirtschaftlicher Faktoren besonders augenfällig geworden. Merkwürdigerweise war bisher nur eine relativ geringe persönliche Beteiligung der maßgeblichen Kreise der Wirtschaft an dem Integrationsgespräch zu verzeichnen. Die entscheidenden Impulse gingen entweder von Politikern wie Konrad Adenauer, Sir Winston Churchill, Alcide de Gasperi und Robert Schuman oder von hohen Staatsbeamten wie etwa Jean Monnet aus. Wenn Churchill kürzlich auf seiner Rede in Margate von sich sagen konnte: „My prime thought is to simplify — mir geht es vor allem darum zu vereinfachen —“, dann hat er damit den politischen Beitrag der „Großen Alten“ zur europäischen Einigung auf den einfachsten Nenner gebracht. Auf der Seite der Wirtschaft hat es bisher an solchen konstruktiven Vereinfachungen gefehlt, wie sie etwa in Churchills Züricher Rede oder in Robert Schumans Erklärung über die Montanunion vom 9. Mai 1950 enthalten waren. Die verschiedenen Versuche, auf handelspolitischem Wege über Liberalisierung und Zahlungsunion oder durch Teintegrationen einen gemeinsamen europäischen Markt zu schaffen, haben sich im Gestrüpp der Einzelinteressen festgefahren. Dies mag zum Teil auch darauf zurückzuführen sein, daß die vorgeschlagenen Verfahren zu kompliziert waren, um über den engen Kreis der Fachleute hinaus Verständnis zu finden. Aus der Besorgnis über diesen Zustand ist im Sommer 1952 die Europäische Vereinigung für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (Comité Européen pour le Progrès Economique et Social), CEPES, entstanden, eine Gruppe von Unternehmern und Wissenschaftlern aus Belgien, Deutschland, Frankreich und Italien unter dem Vorsitz von Professor Vittorio Valletta, Generaldirektor der Fiat-Werke Turin*. Dieser Kreis sieht sich als eine unabhängige wirtschafts- und sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft, etwa nach Art des 1940 von Paul Hoffman in den Vereinigten Staaten gegründeten Committee for Economic Development (CED).

Die erste Studie des CEPES, die wir hier mit Ausnahme der Vorbemerkung im Wortlaut veröffentlichen, behandelt

„das zweckmäßigste Verfahren zur wirtschaftlichen Integration Europas“. Sie ist auf Grund der Vorschläge von drei führenden deutschen Wirtschaftsexperten, Dr. Karl Albrecht, Dr. Günter Keiser und Professor F. W. Meyer, erarbeitet worden. Die teilweise mühseligen Besprechungen zwischen den vier nationalen CEPES-Gruppen zogen sich fast über ein Jahr hin. Das wesentliche Merkmal dieser Teamarbeit ist der Versuch, das Integrationsproblem nicht vom Politischen her, sondern von den Grundsätzen wirtschaftlicher Logik aus anzupacken und ohne allzuviel Rücksicht auf technische Einzelfragen zu durchleuchten.

Den Ausgangspunkt bildet dabei die fast banale, aber gerade deshalb oft übersehene Wahrheit, daß ein gemeinsamer Markt nicht möglich ist, solange einzelne Länder versuchen, ihre inneren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten wenigstens zum Teil mit Hilfe von überhöhten Wechselkursen auf die anderen abzuwälzen.

Der Kern des CEPES-Vorschlages (Punkt 16 ff.) besteht nun in der Anregung, ein System zu schaffen, das die Ausrichtung der nationalen Kredit- und Wirtschaftspolitik nach den Erfordernissen des Zahlungsbilanzausgleiches erzwingt und die Konvertibilität der Währungen bei stabilen Wechselkursen sichert.

Als Ergebnis einer kritischen Wertung der bisherigen Integrationsversuche schlägt CEPES vor, das Verhältnis zwischen dem Geldvolumen und den Währungsreserven in den beteiligten europäischen Ländern gesetzlich festzulegen. Den einzelnen Ländern soll ein begrenzter kreditpolitischer Spielraum dadurch verbleiben, daß ein Zwang zur Anpassung des Geldvolumens an die Veränderung der Währungsreserven erst dann wirksam wird, wenn diese eine bestimmte Ober- bzw. Untergrenze überschreiten bzw. unterschreiten. CEPES befürwortet ein neues europäisches Vertragswerk, in dem sich die beteiligten Länder verpflichten, ihre nationale Geldpolitik auf das geschilderte Verfahren abzustellen. Als beste Lösung in diesem Sinne erscheint die gesamte oder teilweise Zentralisierung der Währungsreserven.

Die vorgeschlagenen währungspolitischen Maßnahmen sind eng mit der Budget-, Steuer-, Lohn- und Investitionspolitik sowie der Lage der Rohstoffmärkte verflochten. Unter allen diesen Fragen sind diejenigen sozialer Natur für CEPES von besonderer Bedeutung, da alle wirtschaft-

*) Dem Vorstand der deutschen CEPES-Gruppe gehören an: Dr. Walter Bauer, Fritz Berg, Dr. Paul Binder, Dr. Hans C. Boden, Professor Dr. Ludwig Erhard, Otto A. Friedrich, Dipl.-

Ing. Hermann Heller, Dr. Dr. Christian Krull, Ottmar von Loeßl, W. A. Menne, Dr. Erich Raemisch, Max H. Schmid, Dr. Otto Seeling, Theodor Steltzer.

lichen Verbesserungen auf soziale Verbesserungen, insbesondere die Erhöhung des Lebenshaltungsniveaus in den europäischen Ländern, abzielen. Deshalb will CEPES weitere Untersuchungen einleiten, welche die Folgeerscheinungen der vorgeschlagenen Maßnahmen in den verschiedenen Volkswirtschaften, insbesondere auf sozialem Gebiet, erforschen. Wir werden über den Fortgang dieser Arbeiten berichten.

Co.

Das Problem

1. Der unbefriedigende Zustand mangelnder Integrierung der europäischen Wirtschaft ist gekennzeichnet durch Einfuhrkontingente, Ausfuhrbeschränkungen, Ausfuhrsubventionen, exzessive Zölle, Verwaltungsprotektionismus, Devisenbewirtschaftung, Unterbindung des internationalen Kapitalverkehrs, Ausreiseerschwerungen, Niederlassungerschwerungen usw.

2. Um zu einer Integrierung der europäischen Wirtschaft zu gelangen, bedarf es der Freizügigkeit von Menschen, Waren, Dienstleistungen, Zahlungen und Kapitalbewegungen. Nur bei gleichzeitig fortschreitender Wiederherstellung aller dieser Freiheiten kann eine echte Arbeitsteiligkeit, welche für den Zustand einer wirklichen Integrierung charakteristisch ist, erreicht werden. Damit würde eine Orientierung der Standorte nach dem Prinzip der komparativen Kosten ermöglicht, welche zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhöhung des Lebensstandards beitragen würde.

3. Diese Integrierung, das heißt die Herstellung voller Arbeitsteiligkeit und die damit verbundene Umgestaltung der Wirtschaftsstrukturen in den beteiligten Ländern, ist ein *Prozeß*, der sich zweifellos über einen langen Zeitraum erstrecken wird. Unmittelbare Aufgabe der Integrationspolitik ist nicht die Durchführung dieses Prozesses, sondern die Schaffung der Voraussetzungen, unter denen er sich erfolgssicher durchsetzen kann. Nicht alle Einzelheiten der Strukturwandlungen, die sich als Folge dieses Integrationsprozesses ergeben werden, sind voraussehbar. Aber unbeschadet der Störungen, die die Aenderung der Wirtschaftsstruktur vorübergehend nach sich ziehen kann, stellt doch die sichere Aussicht auf größtmögliche Produktivität, das heißt auf eine Produktionsausweitung zu niedrigen Preisen, kein Opfer dar, sondern bedeutet im Gegenteil die Aussicht auf einen höheren Lebensstandard für die nationalen Volkswirtschaften.

4. Seit dem Wiederaufleben eines internationalen Wirtschaftsaustausches nach dem Zweiten Weltkrieg sind zahlreiche Versuche unternommen worden, um zu einer wirksamen wirtschaftlichen Integrierung Europas zu gelangen. Der erste Teil unserer Arbeit gibt eine Analyse und kritische Wertung der bisher angewandten Methoden. Er führt zu der Erkenntnis, daß eine echte und dauerhafte Integrierung Europas nur zu erreichen ist, wenn bestimmte Voraussetzungen auf monetärem Gebiet erfüllt sind. Der zweite Teil schildert sodann, auf welchem Wege eine solche monetäre Integrierung Europas verwirklicht und sichergestellt werden kann. Anschließend wird skizziert, welche weiteren fundamentalen Maßnahmen erforderlich sind, um eine dauerhafte wirtschaftliche Einheit Europas zu schaffen.

Die bisherigen Methoden

Die verschiedenen Möglichkeiten

5. Die unzähligen Ideen und Vorschläge, die zur Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit gemacht und zum Teil bereits realisiert worden sind, lassen sich im wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten zusammenfassen: die handelspolitische Methode und die Methode der Teilintegrierungen. Wenn in dieser Gliederung auch eine gewisse Vereinfachung liegt, so gibt sie doch die Möglichkeit, die wesentlichen Probleme herauszuarbeiten, die mit der wirtschaftlichen Integrierung Europas verbunden sind.

Die handelspolitische Methode Wesen

6. Die handelspolitische Methode zur Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß das Kernstück jeder Wirtschaftseinheit der einheitliche Markt ist. Sie sieht also in den Schranken, die dem Handels- und Zahlungsverkehr

über die Grenzen hinaus gesetzt sind, das entscheidende Hindernis für die Schaffung dieser Wirtschaftseinheit und glaubt, mit der Beseitigung dieser Schranken ihr Ziel im wesentlichen erreichen zu können. Die Aufgabe ist um so größer, als zu den Zöllen als dem traditionellen Korrektiv des zwischennationalen Wirtschaftsaustausches inzwischen die sogenannten „quantitativen Restriktionen“ hinzugekommen sind. Die Lizenzierungs- und Kontingentierungsmaßnahmen, um die es sich hierbei handelt, erstrecken sich nicht nur auf die Einfuhr, sondern nicht selten bei international begehrten Produkten auch auf die Ausfuhr. Darüber hinaus hatte der seit der Krise der dreißiger Jahre zur internationalen Norm gewordene Bilateralismus die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Nationen in das System des Verrechnungsverkehrs gepreßt. Schließlich hat die ebenso allgemein gewordene Devisenbewirtschaftung dem sogenannten unsichtbaren Zahlungsverkehr, zum Beispiel für Reisen,

Provisionen, Frachten und Zinsen, wie dem Kapitalverkehr überhaupt jede Freizügigkeit genommen. Zu dem gleichen Komplex gehört auch die Tatsache, daß es die einzelnen Nationen immer wirksamer verstanden haben, sich mit Hilfe des Niederlassungs- und Arbeitsrechts gegen den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte abzuschirmen.

Bisherige Maßnahmen und Projekte

7. Zur Auflockerung dieser Schranken hat zweifellos der *Europäische Wirtschaftsrat* (OEEC) mit amerikanischer Hilfe einen wesentlichen Beitrag geleistet. Hierzu gehört in erster Linie die *Liberalisierung*, deren Ziel es ist, die Einfuhr der europäischen Nationen von den „quantitativen Restriktionen“ schrittweise (zur Zeit 75 vH) völlig zu befreien. Das Bemühen der OEEC geht dahin, die Liberalisierung dadurch wirksamer zu machen, daß sich die beteiligten Nationen verpflichten, gewisse Warengruppen — die in einer sogenannten „common list“ aufgeführt sind — einheitlich zu liberalisieren und auch in Fällen eines Zahlungsnotstandes diesen Teil der Liberalisierung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Auch auf dem Gebiet der „invisibles“, insbesondere des Reiseverkehrs, sind gewisse, nicht unbedeutende Liberalisierungsbeschlüsse gefaßt worden. Ein besonderes „Handelspolitisches Direktorium“ ist geschaffen worden, um die Fortschritte der Liberalisierung zu überwachen und für ihre weitere Ausgestaltung Sorge zu tragen.

Die Ueberwindung des Bilateralismus innerhalb Europas ist die Aufgabe der von der OEEC geschaffenen „*Europäischen Zahlungsunion*“ (EZU), die nicht nur für die europäischen Währungen, sondern auch für einen großen Bereich währungspolitisch aufgeschlossener Gebiete (den gesamten Sterlingraum, Indonesien) eine volle Transferibilität der zwischen den einzelnen Währungen jeweils auflaufenden Zahlungssalden geschaffen hat. Damit ist für den europäischen Bereich das technische Instrument zur Ueberwindung des Bilateralismus weitgehend gegeben.

Sehr viel geringer — praktisch gleich Null — sind die Erfolge auf dem Gebiet der *Zölle*. Der Europäische Wirtschaftsrat beginnt auf diesem Gebiet praktisch erst jetzt seine Initiative zu entfalten. Mit der *GATT-Organisation* besteht ein internationales Instrument, das sich die allmähliche Verminderung der Zollschranken zum Ziel gesetzt hat, ohne jedoch bisher greifbare Erfolge erzielt zu haben. Der Plan des derzeitigen italienischen Ministerpräsidenten Pella, der ein europäisches Präferenzsystem mit einem gewissermaßen gesteuerten stufenweisen Abbau der Zölle vorsah, war lange in der Versenkung verschwunden. Neuerdings wird er vom holländischen Außenminister Beyen in abgewandelter Form erneut zur Diskussion gestellt. Die Vorschläge der Westminster-Konferenz der Europäischen Bewegung, die im End-

ergebnis auf eine volle europäische *Zollunion* mit einem europäischen Einheitstarif gegenüber der übrigen Welt hinausliefen, sind bisher ebensowenig weiterverfolgt worden wie die im Wirtschaftsausschuß des Europarates vorgetragenen Vorschläge, einen „law tariff club“ zu schaffen.

Ebensowenig befriedigend sind die bisherigen Erfolge auf dem Gebiet der *Freizügigkeit der Arbeit*. Auch hier hat die Westminster-Konferenz einen präzisen Vorschlag gemacht, der als erste Phase bilaterale Vereinbarungen über eine „minimum immigration“ in Prozentsätzen der jeweiligen Bevölkerung vorsah, wobei durch den Europarat ein Standardprozentsatz als Richtschnur festgelegt werden sollte. Neuerdings hat die OEEC im Rahmen ihres Programms zur 25prozentigen Steigerung der europäischen Produktion den Gedanken mit einigen vorsichtigen Vorschlägen ihrerseits aufgegriffen. Praktisch ist auf diesem Gebiet bisher so gut wie nichts erreicht worden.

Die Methode der Teilintegrierungen Wesen

8. Zwanzig Jahre Bilateralismus und „autonome“ Wirtschaftspolitik haben in allen europäischen Volkswirtschaften, in der Industrie wie in der Landwirtschaft, Wirtschaftszweige oder einzelne Unternehmen bestehen oder entstehen lassen, die dem bei einem „einheitlichen Markt“ sich ergebenden echten und vollständigen Wettbewerb nicht gewachsen sind. Die Schaffung eines solchen Marktes durch Oeffnung der Grenzen, wenn sie auf der ganzen Linie erfolgt, läßt also — für die einzelnen Nationen sehr unterschiedlich — möglicherweise schwere Störungen und Verwerfungen in der Wirtschaftsstruktur, Kapitalverlust und zum mindesten partielle Arbeitslosigkeit erwarten. Sie stößt daher nicht nur auf den verständlichen Widerstand der in Frage kommenden Interessentengruppen, sondern auch auf nicht immer unbedingte grundsätzliche Bedenken.

Diese Zusammenhänge gaben den Anlaß zur Entwicklung einer anderen Methode, die zumeist als die der „Teilintegration“ bezeichnet wird. Weil es so schwierig ist, den „einheitlichen Markt“ durch *generelle* Beseitigung der quantitativen Restriktionen und der Zölle zu schaffen, soll er etappenweise und getrennt nach einzelnen Sektoren verwirklicht werden. Die Widerstände, die sich auch innerhalb solcher Teilgebiete einer Marktvereinheitlichung entgegenstellen, sollen dadurch überwunden werden, daß eine autoritative, möglichst „supranationale“ Instanz die zur Ueberwindung der Anpassungsschwierigkeiten erforderlichen Maßnahmen — partieller und befristeter Gebietsschutz, Ausgleichszahlungen, Investitionslenkung, Preisbindung, Kartellkontrolle, eventuell auch Produktions- und Absatzsteuerung — zentral trifft. Die Maßnahmen aus dem handelspolitischen Arsenal — Aufhebung der Zölle und Einfuhrkontingente —

sollen also ergänzt beziehungsweise überhaupt erst ermöglicht werden durch ein umfassendes Instrumentarium allgemein wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Bisherige Maßnahmen und Projekte

9. Der Modellfall für die Methode der Teilintegrationen ist die *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl*, obwohl für ihre Entstehung weniger wirtschaftliche als politische Motive bestimmend waren. Sie enthält, entsprechend der Bedeutung und Schwierigkeit der Materie, in besonders ausgeprägter Form alle die obengenannten Elemente des Teilintegrationsverfahrens.

Der Schumanplan gab den Anstoß zu einer Reihe ähnlicher Vorschläge, die aber noch weit von einer Realisierung entfernt sind. Das gilt zum Beispiel für den *Pflimlin-Plan* zur Integration der *europäischen Landwirtschaft*, der — zunächst auf einige Produkte beschränkt, dafür aber auf ganz Westeuropa ausgedehnt — einen einheitlichen, zentral regulierten Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse schaffen will. Die umfangreichen Vorarbeiten, die hier durch eine Expertenkommission und in mehreren Tagungen geleistet worden sind, lassen noch nicht erkennen, ob das Projekt angesichts der deutlichen Zurückhaltung einer Reihe von Ländern Aussicht auf Verwirklichung hat.

Auch auf dem *Transportgebiet* liegt eine Reihe von speziellen Integrationsplänen vor (so zum Beispiel der vom Europarat gebilligte *Bonnefous-Plan*), die zu einer Fühlungnahme der Verkehrsminister der kontinentaleuropäischen Länder geführt haben. Ueber einige Ansätze (Güterwagen-Poolung, Planung durchgehender europäischer Autostraßen) sind aber auch auf diesem Gebiet die funktionalen Integrationsbestrebungen noch nicht hinausgekommen.

In abgeschwächter Form durchzieht der Gedanke der Teilintegrationen die ganze Arbeit der OEEC in Paris. Er liegt unter anderem auch der „common list“ des Liberalisierungskodex zugrunde, die bewußt für geschlossene Teilgebiete, zum Beispiel Textilprodukte aller Produktionsstadien zusammen mit Textilmaschinen, die Beseitigung wenigstens der quantitativen Restriktionen erreichen will. Daneben haben sich die fachlichen Komitees der OEEC jahrelang mit den Problemen befaßt, ob und unter welchen Bedingungen auf den einzelnen Fachgebieten eine volle Integration — im Sinne einer Beseitigung aller Im- und Exportbeschränkungen und einer Aufhebung oder doch Senkung der Zölle — möglich sei. Das Ergebnis blieb jedoch unbefriedigend, weil vor allem immer wieder die nationalen Unterschiede in der Rohstoffversorgung und Kapitalausstattung als Hinderungsgrund hervortraten. Nur auf dem Erdölgebiet hat sich unter amerikanischem Druck die Aufstellung eines europäischen Raffinerieprogramms — unter Kontrolle und Abstimmung der einzelnen na-

tionalen Bauvorhaben durch die OEEC — durchsetzen lassen.

Kritik der bisherigen Methoden und Verfahren

10. Angesichts der unbefriedigenden Ergebnisse der Teilintegrationen haben wir uns die Frage zu stellen, ob mit den geschilderten Methoden das angestrebte Ziel einer wirtschaftlichen Vereinheitlichung Europas zu erreichen ist, beziehungsweise in welcher Reihenfolge und Kombination die einzelnen Maßnahmen einzusetzen sind. Um hier zu einem richtigen Urteil zu kommen, ist es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, unter welchen Bedingungen sich der europäische Wirtschaftsaustausch heute faktisch vollzieht.

11. In den verflossenen Zeiten eines freien, höchstens durch Zölle regulierten Wirtschaftsaustausches zwischen den europäischen Nationen war in Gestalt der Goldwährung ein Mechanismus gegeben, der nicht nur automatisch den Ausgleich der Zahlungsbilanzen und die Herausbildung „echter“ Währungsparitäten begünstigte, sondern der auch einen weltweiten Gleichtakt der wirtschaftlichen Entwicklung erzwang. Mit dem Zusammenbruch der Goldwährung ist an die Stelle dieses Automatismus die staatliche Regulierung aller außenwirtschaftlichen Beziehungen mit dem Hilfsmittel der Devisenzwangswirtschaft, der Ein- und Ausfuhrkontingentierung und der Verrechnungs- und Zahlungsabkommen getreten. Hinter dem Schutzwall dieser dirigistischen Regulierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen war es den einzelnen Ländern möglich, ihre innere Wirtschafts- und Kreditpolitik mehr oder minder selbständig und unabhängig voneinander zu gestalten, mit dem zwangsläufigen Ergebnis, daß die Wechselkurse in ihrer Beziehung zueinander immer unrealistischer wurden. Diese wenig glückliche Ordnung der zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen hat sich nun in den rund zwanzig Jahren ihres Bestehens ungeheuer vertieft und verhärtet:

Hervorgerufen durch die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 und der folgenden Jahre hat sich eine Ideologie entwickelt, die — gestützt auf falsch verstandene Keynesche Theorien — in der „Vollbeschäftigung“ das vornehmste Ziel der nationalen Wirtschaftspolitik sieht. Konsequenterweise durchgeführt, bedingt diese Zielsetzung eine grundsätzlich expansive Kreditpolitik, die ihrerseits bei fehlendem Gleichtakt mit der übrigen Welt und unrealistischen Wechselkursen zu einer besonders strengen Kontrolle und Regulierung aller Außenhandelsbeziehungen zwingt, wenn die Zahlungsbilanzen wenigstens annähernd in Ordnung gehalten werden sollen.

Der in allen Ländern latent vorhandene *Protektionismus* in Landwirtschaft und Industrie hat sich vielfach des ursprünglich nur zum Zahlungsausgleich geschaffenen Instruments der Außenhandelslenkung bemächtigt — hieraus erklärt sich auch die neuerdings

häufige Ausdehnung der Kontingentierungsmaßnahmen auf die Ausfuhr von Rohstoffen und sonstigen „essentials“ —, was sowohl die Handhabung als auch den Abbau dieser Regulierungen außerordentlich erschwert.

Die Störungen und Zerstörungen des Krieges haben die innere Wirtschaftskraft der einzelnen Nationen äußerst verschieden betroffen. So sind „strukturell schwache“ neben „strukturell starken“ Ländern entstanden, wobei die ersteren glauben, ihre chronisch defizitäre Zahlungsbilanz ohne das Hilfsmittel der Devisenbewirtschaftung und Einfuhrlenkung nicht in Ordnung halten zu können.

Seit dem Wegfall der in der Goldwährung liegenden Bremse und seit der Behinderung der internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeit besteht generell die Gefahr, daß durch den Mißbrauch des Krediterschöpfungspotentials zugunsten des Staatshaushaltes, aber auch durch den organisierten Einsatz der großen gesellschaftlichen Machtgruppen, vor allem der Arbeiter und der Bauern, immer wieder *inflatrische Prozesse* ausgelöst werden, die zwangsläufig die Zahlungsbilanzen in Unordnung bringen müssen. Die Anfälligkeit der einzelnen Länder gegenüber solchen inflatorischen Gefahren ist aber je nach dem staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Gefüge verschieden, was naturgemäß den zwischenstaatlichen Ausgleich der Zahlungsbilanzen und den Gleichtakt der Weltwirtschaft erschweren beziehungsweise stören muß.

Bis vor nicht allzu langer Zeit wurden diese Störungen von Zeit zu Zeit durch *Aenderungen der Währungskurse* weitgehend korrigiert. Inzwischen ist aber dieses Instrument offensichtlich abgenutzt. Die organisierten gesellschaftlichen Machtgruppen haben allmählich gelernt, die volkswirtschaftlich notwendigen Auswirkungen einer solchen Währungskorrektur von sich abzuwälzen. Auch ist die Wachsamkeit der Bevölkerung gegenüber Geldwertänderungen so empfindlich geworden, daß Währungskorrekturen regelmäßig zu empfindlichen Störungen der Spar- und Kapitalmärkte führen. Heute läßt sich daher ganz allgemein feststellen, daß auch Länder mit eindeutig falschen Währungsrelationen schwerste Hemmungen gegen die notwendigen Kursänderungen haben und statt dessen lieber das Instrument der staatlichen Regulierung der Außenhandelsbeziehungen überbeanspruchen.

12. Das alles sind Fakten, die nüchtern in Rechnung gestellt werden müssen, wenn man die verschiedenen vorgeschlagenen und praktizierten Methoden zur Integrierung Europas auf ihre Wirksamkeit untersucht. Geschieht dies, dann kann es nicht überraschen, daß die bisherigen Versuche, mit Hilfe der *handelspolitischen Methode* zu einer besseren wirtschaftlichen Integrierung Europas zu kommen, immer wieder festgefahren sind. Die durch die unterschiedliche

Kredit- und Konjunkturpolitik immer unrealistischer werdenden, aber starren Wechselkurse führen im Endergebnis zu der bekannten „Liberalisierungsschaukel“, das heißt zu einem wechselvollen Auf und Ab des von den einzelnen Ländern angewandten Ausmaßes der Liberalisierung. Daher hatte sich die EZU auch immer wieder mit extremen Schuldner- und Gläubigerpositionen im multilateralen Abrechnungsverkehr auseinanderzusetzen, ohne zu einer befriedigenden Lösung — außer in Einzelfällen — kommen zu können. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß die volle Freizügigkeit des Handels- und Zahlungsverkehrs, wie sie die handelspolitische Methode über die Liberalisierung des Außenhandels und die Multilateralisierung des europäischen Zahlungsverkehrs anstrebt, so lange keinen vollen Erfolg haben kann, wie die geschilderten, das Gleichgewicht der Zahlungsbilanzen immer wieder störenden Kräfte am Werk sind und solange es keinen Mechanismus gibt, der dieses chronische Ungleichgewicht verhindert.

13. Es kommt hinzu, daß bei unrealistischen Wechselkursen die güterwirtschaftliche Integrierung, wie sie die handelspolitische Methode anstrebt, auch in dem beschränkten Bereich ihrer möglichen Erfolge von sehr fragwürdigem Nutzen ist. Bei unrealistischen Wechselkursen werden nämlich die komparativen Kostenunterschiede zwischen den beteiligten Volkswirtschaften nicht richtig angezeigt, woraus sich einzelwirtschaftlich zwar rentable, aber volkswirtschaftlich falsche Warenbewegungen und Verwendungen der produktiven Kräfte ergeben. Vermehrung des zwischenstaatlichen Güteraustausches bei unrealistischen Wechselkursen ist also keineswegs identisch mit einer Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung. Sie kann vielmehr sogar zu weiteren Verzerrungen der Wirtschaftsstrukturen in den beteiligten Volkswirtschaften führen.

14. Dasselbe gilt für die *Methode der Teilintegrierungen*. Wenn Partner mit falschen Kursrelationen und einer unterschiedlichen inneren Kreditpolitik sich für ein Teilgebiet ihrer Wirtschaft zur Schaffung eines einheitlichen Marktes entschließen, so schließt das zwangsläufig die Gefahr wirtschaftlicher Fehlentwicklungen ein. Denn die Preise, Löhne und Kosten, die über den Währungskurs miteinander in Beziehung stehen, sind in Wirklichkeit nicht miteinander vergleichbar, wenn sie in dem einen Lande durch großzügige Kreditpolitik aufgebläht, in dem anderen Lande durch eine restriktive Kreditpolitik knappgehalten werden. Ebenso führen auf dem Gebiet des Absatzes auf dem Gemeinsamen Markt Unterschiede in der Kreditpolitik der beteiligten Länder unter Umständen zu einer falschen und ungerechten Verteilung, weil Länder mit großzügiger Kreditpolitik den Ländern mit zurückhaltender Kreditpolitik das vorhandene Angebot wegsaugen werden. Da dadurch auch

die Zahlungsbilanzen der beteiligten Länder ungleich belastet werden, entsteht die Notwendigkeit, einen Ausgleich durch um so schärfere Reaktionen auf den noch nicht integrierten Märkten zu suchen.

15. Damit ergibt sich ein grundsätzlicher Einwand gegen die Methode der Teilintegrierungen. Jede Integrierung von Teilbereichen der Wirtschaft steht in einem inneren Widerspruch zu der Interdependenz aller wirtschaftlichen Zusammenhänge. Jeder Sektor ist Zulieferant oder Abnehmer anderer Sektoren. Er hat seine Bedeutung für die nationale Beschäftigung,

Thesen zur monetären Integration Europas

16. Aus den vorstehenden Ueberlegungen ergibt sich mit innerer Logik diejenige Rangfolge der europäischen Integrierungsmaßnahmen, die allein einen umfassenden und langfristigen Erfolg verspricht:

Im Mittelpunkt aller Bemühungen muß die Gewährleistung einer *konformen und stabilen Kredit- und Währungspolitik aller beteiligten Länder* unter den weiter unten aufgeführten Bedingungen stehen. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, zu auf die Dauer *realistischen Wechselkursen* zu kommen und einen Zahlungsbilanzausgleich innerhalb Europas sicherzustellen, ohne daß es dazu administrativer Beschränkungen der Importe und des Zahlungsverkehrs oder Wettbewerbsverfälschungen durch Subventionen und dergleichen bedarf. Nur auf dieser Grundlage können auch die Beschränkungen der *internationalen Freizügigkeit von Arbeit und Kapital* überwunden werden.

17. Es mag gefragt werden, welche Rolle die Wiedergewinnung einer allgemeinen Konvertibilität der Währungen für die wirtschaftliche Integrierung Europas spielt. Richtig verstanden ist *Konvertibilität* nichts anderes als die technische *Ausdrucksform des „Gemeinsamen Marktes“*. Eine Konvertibilität, die nur dritten Ländern gestattet, ihre Bestände in einer bestimmten Währung in jede andere Währung umzuwechseln, aber nicht gleichzeitig für die Wirtschaft des betreffenden Landes selbst die Freiheit von allen Restriktionen des Zahlungsverkehrs sowie der Arbeiter- und Kapitalbewegung bringt, ist für die europäische Integrierung wertlos. Vor allem kann man eine freie Konvertibilität der Währungen nicht verwirklichen, wenn man sie nicht dauernd und langfristig sicherstellen kann. Solange eine Rückkehr zum System der Goldwährung nicht möglich erscheint, ist aber eine Konvertibilität erst dann realisierbar, wenn ein anderes System gefunden wird, das jene Konformität und Interdependenz der Kreditpolitik und Geldversorgung sicherstellt, wie sie bei der Goldwährung automatisch gegeben war. Ist ein solches System gefunden und funktioniert es, so ist die Konvertibilität der Währungen die selbstverständliche Folge und

die Ausfuhr und die Zahlungsbilanz. Ändern sich durch die isolierte Integrierung seine Arbeitsbedingungen, so sind Rückwirkungen schwer übersehbarer Art auf die anderen Bereiche der Volkswirtschaft unvermeidlich. Jede spartenweise Integrierung wirft damit sowohl für die nationalen Volkswirtschaften wie für die europäischen Wirtschaftsbeziehungen neue Anpassungsprobleme auf. Diese Schwierigkeiten können zwar — so meinen die Optimisten — dann eben die totale Durchintegrierung der europäischen Wirtschaft erzwingen; sie können sich aber auch zu einem dauernden Störungselement entwickeln.

Begleiterscheinung, die dann auch die notwendige Freizügigkeit von Arbeit und Kapital einzuführen gestattet. Ohne ein solches System bleibt jeder Versuch, die Währungen konvertibel zu machen, ein Experiment mit nicht abzuschätzendem Risiko.

18. Auch dann, wenn die Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder voll auf den Grundsatz der Konformität und Stabilität ausgerichtet ist, kann es durch exogene, das heißt von außerhalb des eigenen Wirtschaftsbereiches einwirkende Faktoren zu Störungen des Gleichgewichts der Zahlungsbilanzen kommen. Es kann sich dabei um extreme Schwankungen der Weltkonjunktur, aber auch um Naturkatastrophen größeren Umfangs oder außenpolitische Krisen handeln. Da solche Störungen niemals ganz vermeidbar sein werden, sollten Vorkehrungen getroffen werden, um die Auswirkungen solcher konjunktureller und exogener Kräfte auf das Zahlungsbilanzgefüge der europäischen Länder soweit wie möglich auffangen zu können.

19. Für ein zweckmäßiges Verfahren zur wirtschaftlichen Integrierung Europas ergeben sich demnach folgende Forderungen:

- a) *Anwendung bestimmter Grundsätze und Verhaltensweisen zur Sicherung der inneren und äußeren finanziellen Stabilität auf der Grundlage einer konformen Wirtschafts- und Finanzpolitik, begleitet von der Wiederherstellung der Freizügigkeit von Arbeit und Kapital;*
- b) *Ausgleichsmöglichkeiten für saisonale und konjunkturelle Schwankungen sowie gegenüber unvorhersehbaren exogenen Krisenursachen;*
- c) *Ausgleichsmöglichkeiten für außergewöhnliche einmalige Störungen, die durch die Anpassung der wirtschaftlichen Struktur an die Aufhebung der Handelshemmnisse entstehen.*

20. Der Forderung zu § 19 a wurde früher, unter völlig anderen Verhältnissen, die hier nicht näher untersucht zu werden brauchen, im wesentlichen durch das sogenannte *Goldwährungssystem* genügt. Der Grundgedanke dieses Systems bestand in einer

Bindung der Geldschöpfung an einen Deckungsbestand in Gold. Der damit verbundene Verzicht auf nationale kreditpolitische Autonomie zugunsten einer Ausrichtung der nationalen Kreditpolitik an den Erfordernissen des Zahlungsbilanzausgleichs sicherte die Konvertibilität der beteiligten Währungen bei stabilen Wechselkursen. Eine Rückkehr zu diesem System hätte den bedeutenden Vorteil, daß dabei internationale oder gar supranationale Organe für die Koordination der Geld- und Kreditpolitik der beteiligten Länder jedenfalls keine zwingende Notwendigkeit darstellen. Solange die Rückkehr zum Goldwährungssystem im strengen Sinne sich nicht verwirklichen läßt, setzt eine echte Integrierung in jedem Falle die Anwendung einer Wirtschaftspolitik voraus, als ob der Goldstandard wieder gegeben wäre.

21. Das bedeutet die *Notwendigkeit der gesetzlichen Statuierung eines festen Verhältnisses zwischen dem Geldvolumen und den Währungsreserven* (unter Einrechnung von Kreditfazilitäten in fremder, konvertierbarer Währung) in den betreffenden Ländern. In Anbetracht der verschiedenartigen Struktur der einzelnen Volkswirtschaften, insbesondere der unterschiedlichen Wirksamkeit der geldpolitischen Mittel bei der Anpassung des Geldvolumens und den Schwierigkeiten einer relativ gleichmäßigen Erstaussstattung der einzelnen Länder mit Währungsreserven, erscheint es weder erforderlich noch zweckmäßig, für alle Volkswirtschaften ein gleiches Deckungsverhältnis anzustreben. Wohl aber sollte im Rahmen des gewählten Verhältnisses zwischen dem Geldvolumen und den Währungsreserven, das später erläutert wird (vgl. §§ 23 ff.), dem einzelnen Land dadurch ein begrenzter kreditpolitischer Spielraum verbleiben,

daß ein Zwang zur Anpassung des Geldvolumens an die Veränderungen der Währungsreserven erst dann wirksam wird, wenn diese eine bestimmte *Oberbeziehungsweise Untergrenze* über- beziehungsweise unterschreiten. Weil in aller Regel die Nachhaltigkeit von Störungen des Zahlungsbilanzgleichgewichts nicht von vornherein, das heißt schon bei beginnendem Zu- oder Abfluß von Währungsreserven, beurteilt werden kann, hat die Gewährung des vorgeschlagenen Spielraums den Vorzug, daß weittragende kreditpolitische Entscheidungen nur bei unverkennbarer Notwendigkeit gefällt werden müssen. Im Interesse einer zureichenden Versorgung des Gesamtsystems mit Geld sollte bei der Festlegung der verpflichtenden Spielregeln des Systems größtes Gewicht darauf gelegt werden, daß die Verpflichtung zur Kreditexpansion bei Ueberschreitung der Obergrenze der Währungsreserven nicht minder verbindlich ist wie die anpassende Kreditkontraktion bei Unterschreitung der Untergrenze.

22. Solange die dem Goldstandard entsprechende internationale Währungsordnung sich auf einen begrenzten Kreis von europäischen Ländern beschränkt, besteht die Gefahr, daß sich inflationistische oder deflationistische Tendenzen in anderen Währungsräumen, insbesondere im Dollarbereich, über Vermehrung oder Schwund der Devisenreserven des europäischen Systems hemmungslos übertragen. Gegebenenfalls ist dann eine gemeinsame Aufwertung oder Abwertung der Währungen des europäischen Systems gegenüber dem Gold oder dem Dollar angezeigt. Dadurch würden die Relationen der beteiligten europäischen Währungen untereinander unberührt bleiben.

Möglichkeiten zur Verwirklichung der Vorschläge

23. Wie läßt sich nun eine solche neue Wirtschafts- und Geldordnung ohne den zwangsläufigen Automatismus des Goldwährungssystems zunächst einmal in Europa durchsetzen? Den Rahmen hätte zweifelsohne ein Vertragswerk zu bilden, in dem sich alle Länder verpflichten, ihre nationale Geldpolitik auf das in § 21 näher geschilderte Verfahren abzustellen. Auf Grund dieses Vertrages hätten dann die Länder ihre nationalen Währungs- beziehungsweise Zentralbankgesetze neu zu fassen, insbesondere also die *vereinbarten Relationen zwischen Geldumlauf und Währungsbestand* festzulegen und ihre kreditpolitischen Instanzen auf eine Kreditpolitik zu verpflichten, die sich in erster Linie an den Veränderungen der Währungsreserven ausrichtet.

24. Solange eine einheitliche Geldverfassung für Europa noch nicht herstellbar ist und solange die güterwirtschaftliche Integrierung noch nicht befriedigend durchgeführt ist, wird es notwendig sein, *verträglich eine Instanz zu schaffen*, die die Einhaltung

des in den §§ 21 und 22 geschilderten Systems durch die angeschlossenen Länder überwacht. Diese Instanz muß im Bedarfsfall auch ausreichende Befugnisse haben, um Länder, die sich nicht systemkonform verhalten, zu den *erforderlichen Maßnahmen anhalten* zu können.

25. Dazu ist in erster Linie notwendig, daß die kontrollierende Instanz in die Verfügung gewisser Mittel eingreifen kann, die für die einzelnen Länder internationale Zahlungsmittel darstellen. Die ideale Lösung in diesem Sinne wäre eine *Zentralisierung der Währungsreserven* oder jedenfalls eines Teils davon, wobei die kontrollierende Instanz im Falle eines systemwidrigen kreditpolitischen Verhaltens eines Landes entweder die weitere Abdisposition der Währungsreserven unterbinden oder Teilbeträge auf Antrag anderen Ländern im Kreditwege zur Verfügung stellen könnte. Schließlich sollte die kontrollierende Instanz das Recht bekommen, Auszahlungen aus einem zu schaffenden gemeinsamen Ausgleichs-

fonds im Falle eines systemwidrigen kreditpolitischen Verhaltens eines Landes zu stoppen.

26. Darüber hinaus sollte die kontrollierende Instanz in einem solchen Falle berechtigt sein, das betreffende Land zu einer *Kursberichtigung* aufzufordern. Falls das Land dieser Aufforderung nicht nachkommt, müßte die kontrollierende Instanz das Recht haben, im Einvernehmen mit dem Internationalen Währungsfonds und unter Berücksichtigung der in § 2 geforderten Freiheiten für ihre Mitglieder den Devisenkurs für die Währung dieses Landes mit *verpflichtender Wirkung für sämtliche angeschlossene Notenbanken neu festzusetzen*. Allein das Bestehen einer solchen Möglichkeit dürfte voraussichtlich dazu führen, daß die beteiligten Länder in ihrer Kredit- und Wirtschaftspolitik sehr viel vorsichtiger verfahren, als das heute der Fall ist. Außerdem wäre es auf diese Weise möglich, das Verharren auf falschen Kursrelationen zu verhindern und damit die hauptsächlichste Störungsquelle der europäischen Wirtschaftsintegration auszuschalten.

27. Diese übergeordnete Instanz könnte gegebenenfalls neben ihren kontrollierenden Befugnissen auch solche übertragen erhalten, die sich auf die *Verwirklichung von Ausgleichsmöglichkeiten* entsprechend §§ 19 b und 19 c beziehen. Auf Antrag eines Landes, welches solche Ausgleichsmöglichkeiten in Anspruch nehmen will, könnte diese Instanz Ursachen und Ausmaß entstandener Schwierigkeiten feststellen und Vorschläge zu ihrer Ueberwindung machen. Diese Vorschläge könnten unter anderem die vorübergehende Abweichung oder dauerhafte Aenderung der gemäß § 21 für das betreffende Land festgesetzten Relationen zum Inhalt haben.

28. Institutionell wird es erforderlich sein, das in den §§ 23 bis 26 entwickelte System mit der vorgeschlagenen Kontrollinstanz entweder in die Form einer neuen Organisation zu bringen oder es in den Rahmen einer bereits bestehenden Institution einzugliedern unter Erweiterung ihrer bisherigen Kompetenzen. Für die erste Lösung könnte etwa das *Projekt der Europäischen Gemeinschaft* dienen, falls es Wirklichkeit werden sollte; für die zweite Alternative wäre an den *Europäischen Wirtschaftsrat* (OEEC) zu denken. Eine Lösung in seinem Rahmen, aber mit den notwendigen erweiterten Befugnissen würde die Chance bringen, durch eine geeignete Zusammenarbeit mit den assoziierten Mitgliedern, nämlich den Vereinigten Staaten und Kanada, und durch entsprechende Fühlungnahme mit den übrigen Mitgliedern des Commonwealth auf der gleichen Basis die Voraussetzungen für eine weltweite Konvertibilität zu schaffen, zumal echte Konvertibilität weltweite Zusammenarbeit und entsprechende freie Austauschmöglichkeiten erfordert.

Für das Ziel, zu einer Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaft zu kommen, sollte jedenfalls jede

geeignete rechtliche Form in Erwägung gezogen werden. Auch ein System paralleler Gesetzgebung, deren sachliche Koordinierung durch ein europäisches Gremium zu erfolgen hätte, müßte in den Kreis der Betrachtungen einbezogen werden. (Vgl. auch den Bericht des Ausschusses für Politische Angelegenheiten und Außenbeziehungen des Parlaments der Montanunion zu dem Tätigkeitsbericht der Hohen Behörde vom 11. April 1953.)

29. Die Wirksamkeit des vorgeschlagenen Organismus, wie er auch beschaffen sein möge, könnte durch die Mitwirkung einer ständigen Versammlung der *Notenbank-Gouverneure* bei der Anwendung der gemeinsamen monetären Maßnahmen in den europäischen Ländern verstärkt werden.

In jedem Falle ist eine Kooperation der Notenbanken besonders geeignet, die wirtschaftliche Integration Europas voranzutreiben. Die Unabhängigkeit der Notenbanken in den einzelnen Ländern gegenüber den politischen, parlamentarischen oder berufsständischen Einflüssen kann dabei ein wesentlicher Faktor zur Sicherung der hier als notwendig anerkannten Grundlage für eine Integrationspolitik sein.

30. Es bliebe auch zu erwägen, dem vorgesehenen Organismus ein ständiges *Gremium internationaler Experten* zur Seite zu stellen, welches im wirtschaftspolitischen Bereich Gutachterbefugnisse auszuüben hätte und erforderlichenfalls auch schiedsrichterliche Befugnisse übernehmen könnte. Im Europäischen Wirtschaftsrat hat man mit einer solchen Gruppe, die zum Studium der Voraussetzungen für die Sicherung der inneren Finanzstabilität eingesetzt worden war, gute Erfahrungen gemacht.

31. Zur Sicherstellung der einheitlichen monetären Politik, welche die Voraussetzung für das Wirksamwerden sowohl handelspolitischer wie funktionaler Methoden zur Erzielung einer echten Integration ist, bedarf es nicht nur der Schaffung entsprechender Institutionen mit ausreichenden Befugnissen, sondern auch einer politischen und psychologischen Untermauerung. Hierzu sollten die wirtschaftspolitisch verantwortlichen Organisationen etwa in folgender Weise schon jetzt beitragen:

Die großen *politischen Parteien* der europäischen Länder haben auf europäischer Ebene ihre Tätigkeit bereits weitgehend koordiniert. Innerhalb dieser Gruppierungen wäre eine gleichgerichtete, die Grenzen der einzelnen Länder überspringende wirtschaftspolitische Konzeption anzustreben.

Die großen wirtschaftspolitischen *Organisationen der Unternehmerschaft, der wirtschaftlichen Fachverbände und der Gewerkschaften* verfügen ebenfalls über europäische Zusammenschlüsse, denen gleichfalls die Aufgabe einer Koordinierung der für die Erreichung einer wirtschaftlichen Integration erforderlichen Grundsatzpolitik zufällt.

Vorschläge zur Überwindung der Anpassungsschwierigkeiten

32. Einer Beschlußfassung zwecks Durchführung der in den §§ 23 ff. vorgeschlagenen Maßnahmen durch die Regierungen stehen fraglos erhebliche Hindernisse entgegen. Sie könnten gemindert werden vor allem durch die Schaffung von *Ausgleichsmöglichkeiten* gegenüber saisonalen und konjunkturellen Schwankungen sowie gegenüber exogen bedingten Krisen (vgl. § 19 b). Für den gegenwärtigen Zeitpunkt bieten sich hierfür folgende Möglichkeiten an:

das System der sogenannten Swings im bilateralen Handelsverkehr, insbesondere zur Ueberwindung saisonaler Spannungen, die automatischen Kreditfazilitäten im Rahmen des Quotensystems der Europäischen Zahlungsunion, ebenfalls insbesondere zur Ueberwindung saisonaler Spannungen oder regional begrenzter Konjunkturschwankungen, mögliche Einzelregelungen des Weltwährungsfonds zum gleichen Zweck.

33. Für die Zukunft wäre hier als Ergänzung, insbesondere zwecks Milderung exogen bedingter Spannungen und zur Erleichterung notwendiger Umstellungen, an folgendes zu denken:

Im Rahmen des Atlantikpaktes gilt der Grundsatz des sogenannten „burdon-sharing“ für den Ausgleich der Verteidigungslasten. Es erscheint denkbar, daß die sogenannten Nato-Kriterien, die sich ausschließlich auf militärische Aufgaben beziehen, für den hier gedachten Zweck im Wege gemeinschaftlicher Vereinbarungen ergänzt werden durch Kriterien, die besondere — für den Zahlungsbilanzausgleich relevante — Umstände, wie Naturkatastrophen oder außergewöhnliche politisch bedingte Lasten, zu berücksichtigen suchen.

Der Entwurf für das Statut der Europäischen Gemeinschaft sieht die Schaffung eines *Umstellungsfonds* vor. Dieser Fonds soll nach gemeinsam zu vereinbarenden Richtlinien Verwendung finden, um schwerwiegende Wirtschaftsstörungen zu mildern, die infolge der durch Aufhebung von Handelshemmnissen verursachten plötzlichen Veränderungen der Wettbewerbslage für einzelne Wirtschaftszweige oder Unternehmungen entstehen (vgl. § 19 c).

34. Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, wie sehr gerade starke und rasche Veränderungen in den Preisen der großen Welthandels-güter durch eine hierdurch verursachte Aenderung der „terms of trade“ das Gleichgewicht der Zahlungsbilanzen gestört, Devisenreserven verzehrt und Währungskurse gefährdet haben. Stabilisierende Einflußnahme auf die Weltwarenmärkte erleichtert die Stabihaltung konvertibler Währungen.

35. Andererseits sollte die in den letzten Jahren vielfach beobachtete Inflationsgefahr nicht dazu verleiten, auf die Ermöglichung einer *aktiven Konjunkturpolitik* geringeren Nachdruck zu legen als auf die vorsorgliche Sicherung gegen inflationistische Gefahren. Regionale Depressionserscheinungen können immer wieder Anlaß zu sozialen Schwierigkeiten bei der durch die Integrierung verursachten Struktur-anpassung werden. Alle praktischen Hilfsmittel für eine koordinierte aktive Konjunkturpolitik sollten in gemeinsamer Aktion bereitgestellt werden.

36. Daher sollte nicht nur an die Schaffung eines Umstellungsfonds gedacht werden, wie er im Satzungsentwurf für die Europäische Gemeinschaft vorgesehen ist; dieser würde lediglich zum Ausgleich von Umstellungsverlusten Verwendung finden und sich darin allmählich erschöpfen. Es sollte vielmehr ein Fonds als Instrument aktiver Konjunkturpolitik einer integrierten europäischen Wirtschaft in Aussicht genommen werden.

Die Verwaltung eines solchen Fonds könnte durch ein Gremium erfolgen, dem supranationale Befugnisse übertragen werden. Eine entsprechende parlamentarische Kontrolle würde in diesem Falle erforderlich sein. Bei fortgeschrittener *politischer Integrierung* würde diese Rolle einem gemeinsamen supranationalen Budget unter Kontrolle eines europäischen Parlamentes zufallen können.

Es könnte hier aber durchaus auch das Statut der Weltbank zum Vorbild genommen werden, wodurch die Mitwirkung solcher Länder ermöglicht würde, die aus prinzipiellen Erwägungen heraus eine unmittelbare Beteiligung an supranationalen Institutionen ablehnen.

Zusammenfassung

37. Die Tatsache, daß die Bedeutung einer angemessenen Kreditpolitik für die Aufrechterhaltung der inneren Finanzstabilität und für das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz lange Zeit auf das bedenklichste vernachlässigt worden ist, rechtfertigt die starke Betonung dieser Forderung nach einer *verantwortungsbewußten Kreditpolitik*, ja, macht sie notwendig. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß sie allein

zur Sicherung der Finanzstabilität nicht ausreicht. Vielmehr bedarf es hierzu eines gleichen Verantwortungsbewußtseins in bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche die Verteilung des Sozialproduktes beeinflusst beziehungsweise bestimmt. Uebermäßige Ansprüche der öffentlichen Hand führen zu steuerlichen Belastungen, welche die Finanzstabilität ebenso sehr erschüttern können wie rücksichtslose

Ausnutzung von Monopolstellungen oder maßlose Lohnforderungen. Man wird auf diese Zusammenhänge ganz besonders achten müssen.

38. Das vorgeschlagene System kann naturgemäß nur funktionieren, wenn als erster Schritt zunächst einmal die derzeitigen falschen Kursrelationen in Ordnung gebracht werden. Versuche, die gegenwärtigen Währungskurse durch ausgleichende innerwirtschaftliche Maßnahmen zu einem echten Ausdruck der Kaufkraftrelationen zu machen, haben offensichtlich nicht bei allen Ländern ausreichende Chancen. Vielleicht könnte ein Gremium aus neutralen Fachleuten die gegenwärtig geltenden Kurse der europäischen Länder auf ihre wirtschaftliche Berechtigung prüfen und Vorschläge zu einer Abänderung machen.

Wir sind uns klar darüber, daß einem solchen Vorschlag das Bedenken entgegensteht, daß die offizielle Einsetzung eines solchen Gremiums die Spekulation in der ganzen Welt zu Operationen gegen die nach allgemeiner Ueberzeugung im besonders hohen Grade überbewerteten Währungen ermutigen könnte. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß selbst bei strenger Devisenbewirtschaftung in der Hinausziehung oder Kontraktion der Zahlungsfristen für den laufenden Verkehr ein beträchtliches Gefahrenmoment für jede Währung liegt, die in den Augen der Oeffentlichkeit nicht mehr als gesichert gilt. Man könnte diesen Bedenken vielleicht dadurch begegnen, daß man die hier vorgeschlagene Ueberprüfung der gegenwärtigen Wechselkurse nicht auf das Verhältnis der europäischen Währungen untereinander beschränkt, sondern auch auf ihr Verhältnis zum Dollar. Das Ergebnis würde dann in einer allgemeinen, aber länderweise differenzierten Korrektur gegenüber dem Dollar bestehen, die den Spekulationen sehr viel weniger Anhaltspunkte bieten dürfte und zugleich einen Schritt zur Bereinigung des Dollar-Problems darstellen würde.

39. Es ergibt sich demnach, daß, bevor der Zustand einer integrierten europäischen Wirtschaft erreicht werden kann, eine Reihe von Vorbedingungen

erfüllt sein müssen. Zusammenfassend seien die wesentlichsten, wie folgt, wiederholt:

Wiederherstellung realistischer Währungskurse, eine von inflationistischen wie deflationistischen Tendenzen gleicherweise freie Handelspolitik der öffentlichen Hand sowie eine entsprechende Kredit- und Währungspolitik und eine Politik der Verteilung des Sozialproduktes auf die Sparten Investitionen, öffentliche Ausgaben und privater Konsum, welche ein organisches und nach Ausmaß und Tempo angemessenes Wachstum des Sozialproduktes ermöglicht.

40. Die auf diese Weise erreichte *Sicherung des Zahlungsbilanzgleichgewichts* ist die entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung einer echten wirtschaftlichen Integrierung. Nunmehr könnte mit Aussicht auf durchgreifenden Erfolg daran gegangen werden, schrittweise alle jene *handelspolitischen Hemmnisse abzubauen*, die heute den europäischen Wirtschaftsaustausch erschweren. Hierzu gehören nicht nur die quantitativen Restriktionen auf der Ein- und Ausfuhrseite, sondern auch die vielfältigen künstlichen Maßnahmen zur Förderung des Exportes und zur Verfälschung der Wettbewerbsbedingungen. *Abbau der Zölle* oder Zollpräferenzsysteme sollten sich daran anschließen. Ebenso gehört in diese Phase die *Schaffung internationaler Investitionsbanken* — eventuell in der Form von Investmenttrusts —, um den europäischen Kapitalfluß zu befruchten und in gesamtwirtschaftlich zweckmäßige Bahnen zu lenken, vor allem aber die *Befreiung des internationalen Kapitalverkehrs* von administrativen Beschränkungen. Gleichzeitig müßte die *Freizügigkeit der Arbeitskräfte* wiederhergestellt werden.

41. Im Gleichschritt mit der Verwirklichung der politischen Integrierung Europas ließe sich dann auch an eine *Vereinheitlichung der einzelnen Währungssysteme* denken mit dem Fernziel einer Währungsunion und an eine vollständige Koordinierung der öffentlichen Haushalte beziehungsweise an einen einheitlichen europäischen Staatshaushalt, sobald ein *europäisches Parlament* und eine *europäische Regierung* geschaffen sein werden.

Der Douglas-Bericht über die Beziehungen zwischen Dollar und Sterling und ihre Rückwirkung auf die amerikanische Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftskonferenz der Commonwealth-Länder, die im November und Dezember 1952 in London stattfand (vgl. EA 2/1953, S. 5442—5444), hat ihre Bemühungen um die Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichtes unter das Motto „Handel und nicht Hilfe“ gestellt. Sie beauftragte die britische Regierung, als Sprecher des Commonwealth mit den maßgeblichen Kreisen der Vereinigten Staaten über die Schaffung eines echten multilateralen Handels- und Zahlungssystems zu verhandeln, das räumlich so umfassend wie nur möglich sein sollte. Dies war der Anlaß der Amerikareise von Außenminister Eden und Schatzkanzler Butler, die vom 4. bis 8. März 1953 eingehende Wirtschafts- und Finanzverhandlungen in Washington führten (vgl. EA 7/1953, S. 5597/98). Der ehemalige amerikanische Botschafter in London, Lewis W. Douglas, nahm daran als Stellvertreter von Außenminister Dulles teil. Ende März 1953 wurde er von Präsident Eisenhower beauftragt, die mit Eden und Butler besprochenen Wirtschafts- und Finanzfragen eingehend zu prüfen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in einem am 24. August 1953 veröffentlichten Brief an den Präsidenten niedergelegt, aus dem wir nachfolgend den wesentlichen Teil im Wortlaut bringen.

Die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten werden von dem Status des Sterling und der finanziellen Stärke des Sterlinggebiets stark beeinflusst. Das Sterlinggebiet umfaßt alle Mitgliedstaaten des Commonwealth (ausgenommen Kanada), das Vereinigte Königreich, die Kronkolonien, die Irische Republik und eine Anzahl anderer Länder. Es ist deshalb nicht gleichbedeutend mit dem Commonwealth und dem Empire. Es bestehen jedoch politische Zusammenhänge und gefühlsmäßige Bindungen zwischen allen Staaten des Commonwealth und Empire einerseits und dem Sterling als Währung andererseits. Innerhalb des Sterlinggebietes ist der Sterling das Zahlungsmittel für die Erledigung von allen finanziellen und kommerziellen Transaktionen und für die Abwicklung von finanziellen und Handelsgeschäften mit anderen Währungsgebieten. Die gemeinsamen Gold- und Dollarreserven für das gesamte Sterlinggebiet werden in London gehalten, das der Mittelpunkt eines enggeflochtenen Netzes von Geschäftsbeziehungen zwischen Bank- und Handelshäusern des ganzen Sterlinggebietes und des Commonwealth ist. Trotz seiner augenblicklichen Begrenzungen wird in Sterling ein größerer Teil des Welt Handels abgewickelt als in irgendeiner anderen Währung.

Da der Sterling eine Weltwährung darstellt, ist seine bessere Konvertierbarkeit absolut notwendig, um die wirtschaftliche Freiheit in großen Teilen der Welt wiederherzustellen. Andere Währungen mögen konvertierbar werden; solange aber der Sterling nicht konvertierbar ist, wird dies nur einen begrenzten Einfluß auf die internationale Wirtschaftslage ausüben. Die Konvertierbarkeit des Sterling jedoch würde die internationale Wirtschaftslage fühlbar günstig beeinflussen, auch wenn andere Währungen nicht konvertierbar werden. Daher werden, je mehr die freie Konvertierbarkeit des Sterling in andere Wäh-

rungen, und im besonderen in den Dollar, wächst, die wirtschaftlichen Auswahlmöglichkeiten des einzelnen um so vielfältiger, das Gebiet des Wettbewerbs und der Initiative des einzelnen um so größer und das Gebiet der freien Wirtschaft um so ausgedehnter sein. Es ist fraglich, ob die Welt einen hohen Grad wirtschaftlicher Freiheit wiedererlangen kann oder ob amerikanische Exporte — die für große Teile unseres Landes so wichtig sind — ausländische Märkte ohne die fortdauernden amerikanischen Subventionen und Hilfeleistungen erreichen können, wenn nicht der Sterling weitere Fortschritte in Richtung auf seine Emanzipation macht. Werden keine weiteren Fortschritte in der Abschaffung von Handelsrestriktionen und der Herbeiführung eines weniger behinderten Währungsaustausches gemacht, so ist es sehr wahrscheinlich, daß trotz aller internationalen politischen Institutionen, die errichtet wurden oder in Zukunft errichtet werden mögen, die Einheit der freien Welt gefährdet und brüchig bleiben wird. An diesen Punkten werden nationale Interessen der Vereinigten Staaten entscheidend berührt.

Um dem Hauptproblem der Konvertierbarkeit des Sterling auf den Grund zu gehen, mag es zweckmäßig sein, die historische Tatsache zu erwähnen, daß der Sterling seit dem Ende des Ersten Weltkrieges einem Druck ausgesetzt war. Hieraus geht hervor, daß die Gründe für seine Schwierigkeiten, wenn auch durch Kriege verschärft, doch alt und tief verwurzelt sind und daß Abhilfen, um erfolgreich sein zu können, so angelegt sein sollten, daß die tiefer liegenden Ursachen beseitigt werden.

Die Hauptursachen für das mangelnde Gleichgewicht zwischen Sterling und Dollar sind folgende:

1. Die Schwächung der Konkurrenzfähigkeit des Vereinigten Königreiches, hervorgerufen durch das Vorhandensein eines Verkäufermarktes und durch Möglichkeiten für einen durch Rückzahlung von Sterlingschulden finanzierten Handelsprotektionismus sowie durch die starre Kostenlage und die Festlegung auf bestimmte Rohstoffquellen;
2. der Wandel in Aufbau und Zusammensetzung des Außenhandels des Vereinigten Königreichs;
3. der Wechsel in der Position des Vereinigten Königreichs vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Welt;
4. der wesentlich höhere Bedarf an in- und ausländischen Rohstoffen für Verteidigungszwecke und überseeische Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs;
5. die Unfähigkeit des Vereinigten Königreichs, ausreichende Mittel für Investitionen in der Industrie bereitzustellen, verursacht durch die Verteidigungslasten, die Verschuldung und die verschlechterten Handelsbedingungen, in Verbindung mit hohen Staatsausgaben, einer schweren Steuerlast und einer andauernden Knappheit privater Spareinlagen;
6. die allgemeine Verschlechterung des Klimas für internationale private Investitionen;
7. die Schwankung im Volumen der Einkäufe der Geschäftswelt an den hauptsächlich Exportgütern des Sterlinggebiets und die daraus resultierenden Preisbewegungen, die sehr oft durch gleichzeitige und ähnliche Schwankungen im Volumen von Regierungseinkäufen verschärft wurden;
8. die Aufrechterhaltung einer Handelspolitik der Vereinigten Staaten, die eher einer Schuldernation als einer Gläubigernation angemessen wäre; die beharrliche und hartnäckige Aufrechterhaltung unserer Politik, den amerikanischen Markt zu schützen und amerikanischen Dienstleistungen zu subventionieren, die ausländische Unternehmen wirksamer und billiger leisten könnten.

Aus einer Betrachtung dieser Ursachen geht kristallklar hervor, daß Währungsmaßnahmen allein nicht die Lösung bringen können, die notwendig ist, um die in wachsendem Maße versteifte Tendenz der amerikanischen Zahlungsbilanz zu einem Ueberschuß gegenüber der übrigen Welt zu neutralisieren.

Diese Analyse der Ursachen des Drucks, dem der Sterling ausgesetzt ist, zeigt, daß seine Position vielleicht jetzt zu empfindlich ausbalanciert ist, um ihn den Spannungen und Schwierigkeiten freier Konvertierbarkeit aussetzen zu können, ehe nicht eine Anzahl Bedingungen erfüllt sind. Es wäre unheilvoll, eine Wiederholung des unzeitgemäßen und unglücklichen Experiments der Konvertierbarkeit zu riskieren, das auf unser Drängen im Jahre 1948 unternommen wurde. Trotz anomaler Dollarhilfe unserer Regierung zur Stützung des Handels, trotz einer neuen günstigen Wendung in den Handelsbedingungen und trotz der Beibehaltung vieler Einschränkungen bezüglich der Verwendung von Sterling für den Kauf von Waren außerhalb des Sterlinggebiets muß die Zunahme der britischen Gold- und Dollarreserven seit der Sterlingkrise von 1951, so willkommen sie auch ist, als sehr bescheiden bezeichnet werden. Wie die volle Stärke der deutschen und japanischen Konkurrenz sich auswirken wird, ist bis jetzt noch nicht abzusehen, und außerdem müssen möglicherweise

im nächsten Jahre die Gold- und Dollarreserven des Sterlinggebiets eine zusätzliche Last tragen, falls die Kosten für die in Deutschland stationierten Truppen von der britischen Regierung selbst getragen werden müssen. Außerdem ist unsere Politik in bezug auf eine Lockerung unserer eigenen Handelsrestriktionen — die so wichtig und entscheidend für den freien Verkehr von Währungen ist — noch nicht genügend klargelegt worden. Unter diesen Umständen muß eine Erweiterung der freien Konvertierbarkeit des Sterling in andere Währungen augenblicklich als zweifelhaft erscheinen.

Die britische Regierung ist klugerweise zu dem Schluß gekommen, daß bestimmte Probleme innerhalb des Commonwealth und des Vereinigten Königreichs als Vorbedingung für eine größere Bewegungsfreiheit des internationalen Handels und der Währungen gelöst werden müssen, und hat demzufolge beachtliche Schritte in dieser Richtung getan. Sie hat ein Programm eingeleitet, das die Bildung von Privatkapital und die Wiederherstellung des Unternehmertums fördern und ein Wiedererwachen der individuellen Initiative anregen soll. Sie hat eine Währungs- und Kreditpolitik betrieben, die darauf abzielt, den Inflationsdruck im Inland zu kontrollieren und zu einem freieren Geldmarkt zurückzukehren. Sie hat einen neuen Ansatz gefunden, um die Probleme ihres Budgets zu meistern. Sie hat bescheidene Steuersenkungen vorgenommen, um die Ansammlung von Investitionskapital zu fördern. Sie hat zum großen Teil die Lebensmittelsubventionen aufgehoben. Sie hat die Rationierung vieler Konsumgüter und Fertigwaren aufgehoben, die früher auf Anordnung der Regierung in beschränkten Mengen verteilt wurden. Sie hat viele Warenmärkte wiedereröffnet und die Eröffnung weiterer Märkte angekündigt. Sie hat eine Industrie, die verstaatlicht worden war, reprivatisiert und erwägt zur Zeit die Reprivatisierung einer weiteren. Sie hat einige der Einschränkungen beseitigt, die früher dem Handelsverkehr auferlegt waren. Sie hat versucht, bei der Wiederherstellung gesunder Prinzipien der Währungskontrolle für das gesamte Sterlinggebiet die Führung zu übernehmen. Alle diese Maßnahmen ermöglichen es dem britischen Volk, wieder mit den Vorteilen einer freien Wirtschaft vertraut zu werden; sie stellen eine bedeutende Erfolgsliste dar. Aber es muß noch mehr getan werden, wenn der Sterling genügend Stärke und Widerstandsfähigkeit erlangen soll, um die rigorose Prüfung der Konvertierbarkeit zu bestehen.

Es ist Sache der britischen Regierung, ihre weiteren berichtigenden Maßnahmen auszuarbeiten.

Unsere Aufgabe ist es, so schnell wie möglich anzufangen, in unserer eigenen Politik die Hemmnisse für einen freieren Handel und freiere Währungen zu beseitigen.

Dreißig Jahre lang waren die Schranken, die wir gegen Importe nach den Vereinigten Staaten errichtet haben, unvereinbar mit der Wiederherstellung internationaler wirtschaftlicher und finanzieller Gesundheit und Ausgeglichenheit und haben dieser sogar entgegengewirkt. Seit langem sind wir der größte Gläubiger der Welt. Wir können nicht länger die protektionistischen Maßnahmen einer Schuldernation beibehalten und gleichzeitig hoffen, dem Interventionismus der Regierungen, Restriktionen, staatlicher Planung und Diskriminierungen gegen amerikanische Waren auf den internationalen

Märkten zu entgehen. Es mag sein, daß eine Liberalisierung unserer restriktiven protektionistischen Politik nicht von selbst und ohne weiteres in kurzer Zeit das finanzielle Gleichgewicht zwischen Dollar und Sterling hervorzu- bringen vermag, aber sie würde wesentlich dazu beitragen, Bedingungen für den Welthandel zu schaffen, unter denen die Konvertierbarkeit zu gegebener Zeit ohne Gefahr in Erwägung gezogen werden könnte in dem Vertrauen, daß sie von Dauer sein würde.

Selbst unter den günstigsten Voraussetzungen würde es Zeit erfordern, eine auf die Einführung einer freieren amerikanischen Handelspolitik abzielende Gesetzgebung zu erlassen. Es wäre jedoch bedauerlich für unsere nationalen Interessen, wenn durch Verzögerungen auf unserer Seite der bis jetzt erzielte Fortschritt zu wirtschaftlicher Freiheit zum Stillstand käme, die Bereitwilligkeit abflauen und der Drang nach Freiheit stocken würde. Noch bedauerlicher für unsere nationalen Interessen wäre es, wenn die Regierung des Vereinigten Königreichs und Regierungen anderer Commonwealth-Staaten gezwungen würden, wieder umfassende Restriktionen und Kontrollen einzuführen. Würde man von dem Ausmaß an Freiheit, das bisher erfolgreich wiederhergestellt wurde, wieder zu diesem weitverbreiteten restriktiven System von Regierungsinterventionen zurückkehren, so müßte das als Fehlschlag, vielleicht sogar als endgültiger Zusammenbruch eines Wirtschaftssystems angesehen werden, dessen zentrales Merkmal der freie Markt ist. Um weitere Fortschritte zur wirtschaftlichen Freiheit zu unterstützen und die Bereitwilligkeit und den Antrieb für ein größeres Handelsvolumen aufrechtzuerhalten, könnte die Regierung der Vereinigten Staaten, bis die entsprechende Gesetzgebung vorliegt, nichts Nützlicheres und in der Tat dringend Notwendigeres tun, als sofort zu erklären, daß es die beschlossene Politik dieses Landes ist, auf eine Vereinfachung unserer Zollbestimmungen und auf eine fortschrittliche, nachdrückliche und dauernde Lockerung unserer restriktiven Außenhandelsgesetzgebung hinzu- arbeiten.

Ein weiterer Beitrag zu grundlegenden Lösungen wäre die Vergrößerung der privaten Dollarinvestitionen im Ausland. Das ist jedoch in ausreichendem Maße in naher Zukunft unwahrscheinlich. Abgesehen von der Entwicklung von überseeischen Erdöl- und Erzvorkommen, sind die Möglichkeiten für gewinnbringende Kapitalanlagen auf unserem Kontinent zu zahlreich und groß, um einen größeren Abfluß von privatem Kapital in überseeische Unter- nehmungen veranlassen zu können. In vielen Fällen unter- liegen die Gewinne überseeischer Unternehmungen der Doppelbesteuerung, und die amerikanischen Investitionen werden subtilen Diskriminierungen unterzogen. Außerdem sind die politischen Risiken einer Enteignung, die wirtschaftlichen Klippen der Transferierbarkeit und die Schwierigkeiten, Gewinne in Dollar zu konvertieren, wirk- liche Hindernisse für die Investierung amerikanischen Privatkapitals im Ausland. Einige dieser Hindernisse können schnell beseitigt werden; von anderen ist zu hoffen, daß sie im Laufe der Zeit nach und nach verkleinert werden, bis sie verschwinden. In der nahen Zukunft jedoch wird es vielleicht praktischer sein, unseren Erfindergeist auf brauchbare Mittel zu konzentrieren, die einen ange- messenen Uebergang schaffen von einer Periode, in der amerikanische Dollars durch die öffentliche Hand in Über-

see investiert wurden, zu der Periode, in der privates Kapital in genügender Menge ins Ausland fließt. Dazu könnte eine Zusammenfassung von Regierungsstellen in Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft und privatem Kapital einen sehr nützlichen Dienst leisten.

Die Weltbank bietet zum Beispiel eine Methode, durch die eine für private Investitionen günstige Lage geschaffen werden kann. In den Vertragsbestimmungen einer Welt- bankanleihe können, über die Festlegung des zu gewäh- renden Kredits hinaus, die Bedingungen festgelegt werden, nach denen private Investitionen unter genügendem Schutz gegen die meisten politischen Gefahren erfolgen können.

Auf britischer Seite ist die Commonwealth Development Corporation, mit Sitz in London, gegründet worden, die sehr wohl ein Instrument für die Investierung amerika- nischer Dollars zusammen mit Sterling innerhalb des Sterlinggebietes sein kann.

Eine weitere Methode, die eine Untersuchung verdient, ist die Teilnahme amerikanischer Banken an von Londoner Banken gewährte Sterling-Anleihen mit einer Art britischer Garantie eines Wechselkurses und einer Garantie der Export-Import-Bank für die Transferierbarkeit der betei- ligten Dollarbeträge. Eine Methode dieser Art — eine Kombination der Garantie von Wechselkurs und Trans- ferierbarkeit — könnte allgemein auf alle Dollarinvesti- tionen im Vereinigten Königreich oder in anderen Teilen des Sterlinggebietes angewendet werden.

Schließlich sollten wir, zusätzlich zu den schon erläu- terten Fragen des Handels und der Investitionspolitik, versuchen, Maßnahmen zu entwickeln, um die heftigen Schwankungen der Preise und des Volumens der wich- tigsten Rohstoffe, die im internationalen Handel eine Rolle spielen, zu mildern. Allein dieses Phänomen der Nachkriegszeit hat auffallend schlechte Folgen für den Handel des Vereinigten Königreichs, des Sterlinggebietes und Westeuropas nach sich gezogen. Ohne daß wir hier Warenabkommen zwischen den Regierungen empfehlen wollen, zeigt die Geschichte doch, daß dieses Problem noch gründlichere Untersuchung verdient. Ein bedeu- tender Schritt wäre es, die Zusammenarbeit der Regie- rungen so zu entwickeln, daß Einkäufe der öffentlichen Hand vermindert werden, wenn die Geschäftswelt ihre Lager vergrößert, und vergrößert werden in der Zeit, in der die Geschäftswelt Bestände liquidiert; damit könnten Regierungseinkäufe, soweit sie aus anderen Gründen notwendig sind, benutzt werden, um die Aus- wirkung der konjunkturellen Schwankung dieser kritischen Rohstoffe abzuschwächen.

Dieser Bericht hat sich mit dem Fortschritt befaßt, den die britische Regierung in Richtung auf die Auflösung der vielen Ursachen des mangelnden Gleichgewichts zwischen Sterling und Dollar erreicht hat, und er hat die Probleme aufgezeigt, denen wir unsererseits entgegen- treten müssen, wenn wir die Vorteile eines vergrößerten Handelsvolumens, stabiler Währungen und eines er- weiterten Gebiets wirtschaftlicher Freiheit genießen wollen.

Meine eigene Empfindung der Dringlichkeit und der Notwendigkeit schnellen Handelns spiegelt sich in der kurzen Zeit wider, die zwischen meinem Auftrag, diese Untersuchung durchzuführen, und der Fertigstellung meines Berichts verstrichen ist. Ich glaube, daß die Zeit drängt.

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXIX, No. 740, 31. August 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über die Einberufung einer Viererkonferenz

Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 28. September 1953

Die Sowjetregierung bestätigt den Empfang der Note der französischen Regierung vom 2. September, die die Antwort auf die Noten der Sowjetregierung vom 4. August und 15. August darstellt. Wenn man vom Inhalt der Note vom 2. September Kenntnis genommen hat, so zeigt sich, daß in der Antwort der französischen Regierung die von der Sowjetregierung aufgeworfenen Fragen umgangen sind, deren Prüfung zur Regelung der herangereiften internationalen Probleme und gleichzeitig zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit beitragen könnte. Die Sowjetregierung schlug in ihrer Note vom 4. August vor, die Frage von Maßnahmen, die zu einer allgemeinen Verminderung der Spannung in der internationalen Lage beitragen können, sowie die deutsche Frage einschließlich des Problems der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und des Abschlusses eines Friedensvertrages zu prüfen. Ergänzend hierzu legte die Sowjetregierung in der Note vom 15. August die Grundfragen dar, die mit den unaufschiebbaren Aufgaben der Lösung des deutschen Problems verbunden sind. Mit der Unterbreitung dieser Vorschläge setzte und setzt sich die Sowjetregierung das Ziel, zu Uebereinkommen zu gelangen, die den Bestrebungen der Völker nach Festigung des Friedens entsprechen und die die Lösung der Deutschlandfrage im Einklang mit den Interessen der friedliebenden Völker Europas sowie des deutschen Volkes selbst fördern würden. Die in den genannten Noten der Sowjetregierung aufgeworfenen Fragen haben zur Zeit noch größere Bedeutung gewonnen. Vor allem geht es um die Frage der Milderung der internationalen Spannung, deren Bedeutung auch in der Note der französischen Regierung vom 2. September nicht bestritten wird. Die Sowjetregierung hat auf die Tatsache hingewiesen, daß der Abschluß eines Waffenstillstands in Korea eine günstige Situation für eine Verminderung der Spannung in der internationalen Lage geschaffen hat. Doch in der letzten Zeit haben sich neue Schwierigkeiten bei der Lösung der Koreafrage ergeben. Schon die Einberufung der Politischen Konferenz zur Koreafrage stößt auf ernste Schwierigkeiten, da bei der Festlegung der Zusammensetzung der Politischen Konferenz auf der 7. Tagung der UN-Vollversammlung infolge aller möglichen Maßnahmen der Vereinigten Staaten von Amerika eine unzulässige Einseitigkeit und eine grobe Unterschätzung der Bedeutung eines koordinierten Vorgehens mit so unmittelbar interessierten Ländern wie der Volksrepublik China und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zutage traten. Dabei hängt der Erfolg der Politischen Konferenz in vielem von den gemeinsamen Bemühungen der beiden interessierten Seiten und von der Teilnahme der anderen Staaten ab, die zur Erreichung des Waffenstillstands beigetragen haben und eine endgültige Regelung der Koreafrage anstreben. Hierbei lenkt die aggressive Haltung der südkoreanischen Li Syng Man-Cligue die Aufmerksamkeit auf sich, die ständig die Dro-

hung wiederholt, sie werde den Waffenstillstand brechen. Hinsichtlich der Länder Asiens dürfen auch andere herangereifte politische Probleme nicht ignoriert werden, die von besonderer Bedeutung für die nationalen Interessen dieser Staaten und für die Festigung des Friedens sind. In diesem Zusammenhang muß vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, die Volksrepublik China in ihre legitimen Rechte wieder einzusetzen. Der Volksrepublik China muß die Wiederherstellung ihrer unabdingbaren Rechte in der Organisation der Vereinten Nationen gewährleistet werden, was heute nur durch den Widerstand einzelner Staaten hintertrieben wird. Im Interesse der Entspannung der internationalen Lage ist die unverzügliche Regelung derartiger Fragen notwendig. Hierzu gehört auch eine Reihe wichtiger Fragen, die die Lage in den Ländern Südasiens und des Pazifikraumes betreffen. Für die Regelung derartiger Fragen ist ebenso wie für die Erreichung einer allgemeinen Verminderung der Spannung in den internationalen Beziehungen die ständige Teilnahme der Volksrepublik China erforderlich. Bekanntlich wurde, schon als die Grundlagen der Organisation der Vereinten Nationen geschaffen wurden, der Platz Chinas bei der Lösung der wichtigsten Fragen des Friedens und der Sicherheit der Völker in diesem Sinne definiert. Was Europa anbelangt, so haben die letzten politischen Ereignisse in Westdeutschland die Beunruhigung in den friedliebenden Ländern verstärkt. In Westdeutschland verstärkt sich — besonders in Anbetracht des Drucks ausländischer Kreise, die sich auf die großen deutschen Monopole stützen — der Einfluß der revanchelusternen Elemente, die wieder beginnen, die Sprache der aggressiven Politik des „Drangs nach dem Osten“ zu führen, jener Politik, die nicht nur anderen Völkern, sondern auch dem deutschen Volk selbst unermessliches Leid gebracht hat. Obgleich der Bankrott dieser Politik unausbleiblich ist, können doch die friedliebenden Staaten Europas und vor allem die Nachbarn Westdeutschlands nicht an den genannten negativen Tatsachen der politischen Entwicklung in Westdeutschland vorübergehen, da im Herzen Europas die Hitlerleute von gestern ihr Haupt immer höher erheben und die Gefahr wächst, daß ein neuer gefährlicher Aggressionsherd geschaffen wird. In der Note vom 4. August hat die Sowjetregierung, unter Berücksichtigung der Gefahren der von dem Nordatlantikblock betriebenen Aggressionspolitik, die Bedeutung betont, die der Verminderung der Rüstungen und der Nichtzulassung von Militärstützpunkten auf dem Territorium fremder Staaten zukommt. Die Behandlung dieser Frage umgehen, hieße das ignorieren, was von größter Bedeutung für die Milderung der internationalen Spannung ist. Gerade die Tatsache, daß die forcierte Ausrüstung fortgesetzt wird, macht es, besonders im Zusammenhang mit der Anhäufung von Atom- und Wasserstoffwaffen und anderen Waffen zur Massenvernichtung

von Menschen, erforderlich, daß die Prüfung der Frage der Verminderung der Aufrüstung und des Verbots der Atom- und Wasserstoffwaffen und anderer Waffen zur Massenvernichtung unter Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle über die Durchführung der entsprechenden Abkommen nicht aufgeschoben wird. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die durch einige Mächte in den Ländern Europas, Afrikas und Asiens vorgenommene Errichtung von militärischen Luft- und Flottenstützpunkten, die besonders zahlreich in der Nähe der Grenzen der UdSSR und der Länder der Volksdemokratie sind, aggressive Ziele verfolgt. Die Weigerung, die Frage der Militärstützpunkte auf dem Territorium fremder Staaten zu prüfen, kann natürlich als das völlige Fehlen des Wunsches gewertet werden, zur Milderung der internationalen Spannung beizutragen, was geeignet ist, das Vertrauen zu Erklärungen über das Bestreben nach einer Regelung der herangereiften internationalen Probleme zu untergraben. Da sowohl die Sowjetregierung als auch die Regierung Frankreichs wiederholt ihren Wunsch geäußert haben, die internationale Spannung zu vermindern, darf nicht an der Tatsache vorübergegangen werden, daß die Propaganda für einen neuen Krieg und die Aufforderungen zu neuen Aggressionsakten nicht aufhören und daß die Regierungen einiger Staaten offen zu Schädlingearbeit, Terror und Sabotage in den Ländern des demokratischen Lagers übergegangen sind. Der bekannte Beschluß der UN-Vollversammlung, der Kriegspropaganda verurteilt, wird häufig nicht nur nicht durchgeführt, sondern in einigen Staaten von den verantwortlichen offiziellen Kreisen, die ein Loblied auf die „Politik der Stärke“, auf die Verschärfung des „Kalten Krieges“ usw. singen, offen mißachtet. Es ist ganz offensichtlich, daß zur Verminderung der Spannung in den internationalen Beziehungen Maßnahmen ergriffen werden müssen, die der fortgesetzten Propaganda für einen neuen Krieg und allen Versuchen der aggressiven Kreise, das Vertrauen der Völker in die Erhaltung und Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu untergraben, einen wirkungsvollen Widerstand entgegensetzen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß wichtige Probleme von internationaler Bedeutung herangereift sind, die die unverzügliche gemeinsame Prüfung unter Teilnahme Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China und der Sowjetunion erforderlich machen, da nach der UN-Charta vor allem auf diesen Ländern die Verantwortung für die Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit liegt. Dementsprechend hat die Sowjetregierung in der Note vom 4. August den Vorschlag gemacht, auf einer Konferenz der Außenminister die Frage von Maßnahmen zur Verminderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu prüfen. Die Bedeutung der Erörterung derartiger wichtiger internationaler Fragen ist ganz offenkundig. Dessenungeachtet wird in der Note der französischen Regierung vom 2. September die Notwendigkeit einer Entspannung der internationalen Lage völlig unterschätzt, da in der Antwort der französischen Regierung die obengenannten wichtigen und auch bereits herangereiften internationalen Probleme übergangen werden.

In ihren Noten vom 4. und 15. August hat die Sowjetregierung auch vorgeschlagen, auf einer Konferenz der Außenminister das deutsche Problem allseitig zu prüfen.

Dabei machte die Sowjetregierung den Vorschlag, folgende Fragen zu behandeln:

1. Die Einberufung einer Friedenskonferenz zur Behandlung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland;
2. die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung und die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen;
3. Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands, die mit den Kriegsfolgen zusammenhängen.

Von allen diesen Fragen wird in der Note der französischen Regierung vom 2. September nur die Frage gesamtdeutscher Wahlen berührt, und alle anderen Fragen, die von erstrangiger Bedeutung für die Lösung des deutschen Problems sind, werden völlig ignoriert. Eine solche Einstellung ist um so weniger berechtigt, als gesamtdeutsche Wahlen eine ausschließlich innere Angelegenheit Deutschlands sind, die von dem deutschen Volk selbst gelöst werden muß, wobei eine Einmischung ausländischer Staaten unzulässig ist. Andererseits geht die Note vom 2. September an jenen grundlegenden Fragen in bezug auf Deutschland vorbei, deren Lösung ohne die aktive Teilnahme und Mitwirkung der vier Besatzungsmächte, Frankreich, Großbritannien, USA und UdSSR, unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich ist. Die Sowjetregierung hat der Regierung Frankreichs ebenso wie den Regierungen Großbritanniens und der USA zweimal ihren Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland übermittelt und dabei vorgeschlagen, diesen Entwurf zu erörtern oder ihrerseits einen Entwurf für den Friedensvertrag zur Prüfung zu unterbreiten. Seither sind anderthalb Jahre vergangen, doch die Regierung Frankreichs hat weder ihre Meinung über den sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages geäußert noch einen eigenen Entwurf unterbreitet. In der Note vom 15. August d. J. schlug die Sowjetregierung vor, innerhalb von sechs Monaten eine Friedenskonferenz unter Teilnahme aller interessierten Staaten einzuberufen, wobei eine entsprechende Beteiligung von Vertretern Deutschlands in allen Stadien der Vorbereitung des Friedensvertrages sowie auch der Friedenskonferenz zu gewährleisten ist. In der Antwortnote der französischen Regierung wird nicht auf die Frage der Einberufung einer Friedenskonferenz eingegangen, obgleich es unmöglich ist, die Bedeutung einer solchen Konferenz zu bestreiten. Die Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage sollte nach dem Vorschlag der Sowjetregierung durch die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Demokratischen Regierung gefördert werden. Diese Regierung könnte entweder die bestehenden Regierungen in Ost- und Westdeutschland bis zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen auflösen, oder sie könnte zeitweilig einige gesamtdeutsche Funktionen, vor allem die Vorbereitung und Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen übernehmen, während die jetzigen Regierungen in Ost- und Westdeutschland weiterbestehen. Die Regierung Frankreichs hat sich auch mit diesem Vorschlag der Sowjetregierung nicht einverstanden erklärt. Bei einem solchen Verhalten gegenüber den genannten Vorschlag der Sowjetunion werden die praktisch möglichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ausgeschlossen, da kein gesamtdeutsches Organ geschaffen wird, das den Willen

des deutschen Volkes gerade bei der Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen verwirklichen könnte. Gleichzeitig folgt daraus, daß die Absicht besteht, die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen faktisch in die Hände der Besatzungsmächte zu legen; das macht es möglich, daß ausländische Mächte einen unzulässigen Druck auf den ganzen Verlauf der Vorbereitung und der Durchführung der Wahlen ausüben. In der Note vom 2. September verzichtete die Regierung Frankreichs schließlich auf die Bildung einer sogenannten „neutralen Kommission“ aus Vertretern ausländischer Staaten „für eine Untersuchung zwecks Schaffung von Voraussetzungen“ für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen, worauf sie bekanntlich in ihrer Note vom 15. Juli dieses Jahres noch nicht verzichtet hatte und worauf sie vorher viele Monate lang bestand. Doch in diesem Falle müßten die Einwände gegen den sowjetischen Vorschlag entfallen, die Durchführung der Wahlen den Deutschen aus Ost- und Westdeutschland selbst ohne irgendwelche Einmischung und ohne irgendwelchen Druck von seiten ausländischer Mächte zu überlassen. In der Note vom 15. August dieses Jahres schlug die Sowjetregierung außerdem den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vor, Maßnahmen zu ergreifen, um die finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands, die mit den Kriegsfolgen zusammenhängen, zu erleichtern, und zwar: mit Wirkung vom 1. Januar 1954 Deutschland von der Zahlung von Reparationen ebenso wie von der Bezahlung der Nachkriegsstaatsschulden an die vier Großmächte zu befreien;

die Höhe der Besatzungsausgaben auf eine Summe zu beschränken, die fünf Prozent der Einnahmen des Staatshaushalts Ost- und Westdeutschlands nicht übersteigt;

Deutschland gänzlich von der Zahlung jener Schulden zu befreien, die nach dem Jahre 1945 außerhalb Deutschlands aus Besatzungsausgaben der vier Großmächte entstanden sind.

Alle diese Fragen, die die Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands, die mit den Kriegsfolgen zusammenhängen, betreffen, werden in der Note der französischen Regierung vom 2. September umgangen. Dabei würde die Annahme der Vorschläge der Sowjetunion dem deutschen Volk sofort eine wesentliche wirtschaftliche Erleichterung bringen und zum Aufschwung der deutschen Wirtschaft beitragen. Das erwartet natürlich die Bevölkerung Deutschlands, da seit der Beendigung des Krieges bereits mehr als acht Jahre vergangen sind. Die Sowjetregierung hält es nach wie vor für notwendig, daß sowohl die Regierung Frankreichs als auch die Regierungen Großbritanniens und der USA ihre eindeutige Stellungnahme zu den genannten Vorschlägen der UdSSR darlegen. Die Notwen-

digkeit, die genannten Grundfragen, die Deutschland betreffen, unverzüglich zu lösen, wird dadurch diktiert, daß in letzter Zeit immer neue Maßnahmen mit dem Ziel einer antidemokratischen Einwirkung von außen unternommen werden, um durchzusetzen, daß die Parlamente der betreffenden Staaten die Verträge von Bonn und Paris ratifizieren, mit deren Hilfe man die Militarisierung Westdeutschlands zu verwirklichen und es zu einem fügsamen Werkzeug des aggressiven Nordatlantikblocks zu machen gedenkt. Das alles wird durchgeführt, obgleich die Ratifizierung und Verwirklichung dieser Verträge Westdeutschland in den Herd einer neuen Aggression mit allen sich daraus ergebenden gefährlichen Folgen für das deutsche Volk und für die Sache der Erhaltung des Friedens in Europa verwandeln und die Vereinigung West- und Ostdeutschlands zu einem einheitlichen Staat unmöglich machen würde. In Anbetracht dieser Lage erklärt sich die Sowjetregierung mit dem Vorschlag der Regierung Frankreichs einverstanden, die Frage gesamtdeutscher Wahlen zu prüfen, und hält es dabei gleichzeitig für notwendig, daß sich auf einer Außenministerkonferenz die Erörterung des deutschen Problems nicht nur auf diese Frage beschränkt. Es muß eine Verständigung darüber erreicht werden, daß bei einer künftigen Konferenz die Erörterung des deutschen Problems alle wichtigen Fragen umfaßt, von denen weiter oben die Rede war, wobei an diesen Erörterungen Vertreter sowohl Ost- als auch Westdeutschlands teilnehmen müssen.

Entsprechend dem Dargelegten schlägt die Sowjetregierung vor, eine Außenministerkonferenz einzuberufen, die von folgendem ausgehen soll:

1. Auf der Konferenz, an der die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China und der Sowjetunion teilnehmen, sind Maßnahmen zur Verminderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu erörtern.
2. Auf der Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion ist die deutsche Frage einschließlich aller im Verlauf der Vorbereitung der Konferenz gemachten Vorschläge zu erörtern.

Die Sowjetregierung hat von der Regierung Frankreichs noch keine Antwort auf ihre Note vom 28. August über die Frage des österreichischen Staatsvertrages erhalten und gibt ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck, die Erörterung dieser Frage auf dem üblichen diplomatischen Wege fortzusetzen.

Gleichlautende Noten übermittelt die Sowjetregierung auch den Regierungen Großbritanniens und der USA.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 30. September 1953.

Kurzberichte und Zeittafel

Die Jahresberichte des Weltwährungsfonds und der Weltbank

Die Jahresberichte des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wurden auf der 8. Tagung der Gouverneure der beiden Institute vorgelegt, die vom 9. bis 12. September 1953 in Washington stattfand. Beide Institute erwähnen in ihren Berichten den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland, Japans und Jordaniens, wodurch ihr Mitgliederstand auf 54 erhöht wurde. Die Gesamtsumme der Einlagequoten des Währungsfonds stieg damit auf 8,763 Milliarden Dollar, das Subskriptionskapital der Bank auf 9,036 Milliarden.

Neben dem üblichen Bericht über seine Transaktionen und die Entwicklung der Devisenpolitik der Mitgliedstaaten geht der Währungsfonds näher auf die internationale Zahlungssituation und das Problem der Konvertibilität ein. Er stellt fest, daß Anfang 1953 eine leichte Aufwärtsentwicklung in Richtung auf das internationale Gleichgewicht der Währungen eingetreten sei. Das sei aber hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die in vielen Ländern eingeführten Importrestriktionen sich auszuwirken begannen und daß in verstärktem Maße Währungsmaßnahmen ergriffen wurden, deren Ziel es war, Konsum und Investitionsbedarf den zur Verfügung stehenden Mitteln anzupassen. Auch in der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten gegenüber der übrigen Welt hat nach dem Bericht des Währungsfonds eine günstigere Entwicklung eingesetzt, die jedoch zum größten Teil den erhöhten Auslandsaufträgen der Vereinigten Staaten für ihre Streitkräfte, für die Anlage strategischer Rohstoffreserven und durch off shore-Aufträge zu danken sei; diese Aufträge seien im Jahre 1952 auf 2,5 Milliarden Dollar angestiegen. Man müsse aber bedenken, daß die Dollarlücke weit größer wäre, wenn die bestehenden Restriktionen für Importe aus der Dollarzone aufgehoben würden.

Für die Lösung des Problems der Dollarlücke empfiehlt der Währungsfonds „Maßnahmen sowohl seitens der Vereinigten Staaten als auch anderer Industrieländer und der Länder, die noch im frühen Stadium ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sind“. Den Vereinigten Staaten wird nahegelegt, daß eine Modifikation ihrer Handelspolitik — Herabsetzung der Zolltarife, Vereinfachung der Zollbestimmungen und Rückgängigmachung der „Buy American“-Gesetzgebung — die Zahlungssituation der Nicht-Dollar-Länder wesentlich bessern und damit die Aussichten auf eine Lockerung der Restriktionen gegenüber Dollarimporten bessern würde. Gleichzeitig sei es jedoch von größter Bedeutung, daß andere Länder ihrerseits eine Währungspolitik befolgen, die eine wirkungsvolle Kontrolle inflationistischer Tendenzen ermöglicht. Die westeuropäischen Länder sollten versuchen, ihre indirekten Dollareinkünfte dadurch zu steigern, daß sie mehr nach dritten Märkten in der westlichen Hemisphäre exportieren. Auch die unterentwickelten Länder könnten

dadurch zur Lösung des Problems beitragen, daß sie in ihren Entwicklungsprogrammen die Möglichkeit schaffen, die Abhängigkeit der übrigen Welt von lebenswichtigen Einfuhren aus der Dollarzone zu verhindern.

Der Währungsfonds begrüßt die Bestrebungen, die Konvertierbarkeit der Währungen wiederherzustellen, als eine ermutigende Entwicklung auf dem Wege zu internationaler Stabilisierung. Als Voraussetzungen für den Erfolg dieser Pläne werden in dem Bericht genannt: Aufrechterhaltung innerer finanzieller und wirtschaftlicher Stabilität, Vergrößerung der Dollareinkünfte, Einschränkung und schließlich Aufhebung von Devisenbestimmungen und diskriminatorischen Handelsrestriktionen sowie die Wiederherstellung des internationalen Kapitalmarktes.

Die Weltbank berichtet, daß sie in dem am 30. Juni 1953 abgelaufenen Geschäftsjahr zehn Anleihen in Höhe von insgesamt 178,6 Millionen Dollar an neun Länder vergeben hat. Das der Bank zur Verfügung stehende Anleihekaptal hat sich bis zum 30. Juni 1953 durch die Freigabe weiterer Subskriptionsanteile durch verschiedene Länder auf 1,584 Milliarden Dollar erhöht, von denen zu diesem Zeitpunkt 1,103 Milliarden vergeben waren.

Eingehend berichtet die Bank über ihre Bemühungen zur Förderung unterentwickelter Gebiete. Sie empfiehlt insbesondere die Errichtung von Planungsbehörden in diesen Ländern, die in Zusammenarbeit mit der Bank eine zweckmäßige Verteilung der zur Verfügung gestellten Mittel sicherstellen sollen. Die Bank erklärt, ihre Beobachtungen hätten die weitverbreitete Ansicht bestätigt, daß die Rohstoffquellen der meisten unterentwickelten Länder ausreichend sind, um bei zweckmäßiger Anwendung ein wesentlich höheres Produktions- und Einkommensniveau zu gewährleisten. Vielfach stellten gewisse Formen der sozialen und wirtschaftlichen Organisation ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung dar, vielfach schafften Klima und geographische Verhältnisse zusätzlich ungünstige Bedingungen. In vielen Ländern fehlten politische Tradition, wirtschaftliche Initiative und das Verständnis dafür, daß wirtschaftlicher Fortschritt Geduld, Anstrengungen und Selbstlosigkeit erfordere. Die Folgen davon seien Mangel an Vertrauen in die Regierung, häufige Regierungswechsel, Widerstände einflußreicher Gruppen gegen notwendige wirtschaftliche und soziale Veränderungen und die Verschwendung öffentlicher Mittel für unproduktive Programme. Unter Hinweis auf die Stadien, die die heute hochentwickelten Länder durchlaufen mußten, stellt die Bank fest, daß erst die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Ideen und neuer politischer und wirtschaftlicher Institutionen es ermögliche, die Vorteile der technischen Entwicklung einer großen Zahl von Menschen zugänglich zu machen.

Der Jahreskongreß der britischen Labour Party

Der diesjährige Kongreß der britischen Labour Party, der vom 28. September bis 2. Oktober 1953 in Margate abgehalten wurde, stand im Zeichen einer zumindest

nach außen hin dokumentierten Einigkeit zwischen der von Attlee, Morrison und den Gewerkschaftsführern vertretenen gemäßigten Mehrheit und dem linken Flügel um Aneurin Bevan. Zwar gelang es der Bevan-Gruppe, wiederum sechs der sieben Sitze in der „politischen“ Sektion der Parteiexecutive zu erringen, doch opponierte sie nicht gegen eine Statutenänderung, durch die dem stellvertretenden Parteivorsitzenden, Herbert Morrison, ein ex officio-Sitz in der Exekutive gewährt wurde, die damit nun 28 Mitglieder zählt.

Bevan griff in die Diskussion um das Parteimanifest „Challenge to Britain“, das mit großer Mehrheit angenommen wurde, nicht ein, obwohl alle Anträge auf eine Forcierung der Verstaatlichung (u. a. für den Maschinenbau, die Rüstungsindustrie und den Grundbesitz) abgelehnt wurden. Auch Anträge auf Einführung des Mitbestimmungsrechts, auf Einschränkung der Rüstung und Nichtbeachtung der Beschränkungen des Ost-West-Handels wurden abgelehnt, ohne daß der linke Flügel eine heftige Debatte darum auslöste. Das Manifest „Challenge to Britain“ empfiehlt eine weitgehende Zurückhaltung in der Verstaatlichungspolitik und legt, ebenso wie die konservative Regierungspartei, das Hauptgewicht auf die wirtschaftliche Expansion: Steigerung der Produktion und Verbesserung der Zahlungsbilanz.

Dagegen läßt die außenpolitische Resolution, die am 1. Oktober fast einstimmig angenommen wurde, eine Annäherung der Mehrheit an die seit Jahren vom linken Flügel vertretenen Forderungen erkennen. So wurde in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung eine Schwenkung vollzogen: In der Resolution heißt es, die Wiederbewaffnung solle nicht erfolgen, bevor nicht alle Möglichkeiten einer friedlichen Wiedervereinigung durch Viermächteverhandlungen erschöpft seien. Der Parteivorsitzende, Clement Attlee, warnte in seiner außenpolitischen Rede vor dem Wiedererstehen eines „aggressiven und militaristischen Deutschland“.

In der Frage der Viermächteverhandlungen, die in der Resolution mit Nachdruck gefordert werden, setzte sich Attlee für die Verwirklichung des Vorschlags Sir Winston Churchills für Verhandlungen auf höchster Ebene ein und erklärte, durch Churchills Krankheit und das Fallenlassen des Plans auf der Washingtoner Außenministerkonferenz sei eine „große Gelegenheit“ verpaßt worden. Er warf der konservativen Regierung vor, während Churchills Krankheit dessen Konzeption nicht energisch genug vertreten zu haben. Scharf wandte sich Attlee gegen Pläne einer „Befreiung“ Osteuropas, die im gegenwärtigen Zeitpunkt ohne Krieg nicht möglich sei. In diesem Zusammenhang übte er allgemeine Kritik an der Haltung der Vereinigten Staaten, warnte jedoch vor „hysterischen Angriffen“ auf den Verbündeten. Sowohl in der Resolution als auch in Attlees Rede wurde die Notwendigkeit der Bewahrung der Einigkeit der NATO-Länder und der Fortsetzung der Rüstungsanstrengungen betont.

Ein grundlegendes Referat Ulbrichts auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED

Vom 17. bis 19. September fand in Berlin die 16. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand ein Referat des Ersten Sekretärs der Partei, Walter

Ulbricht, über die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wirtschaftslage in der DDR.

In seinen Ausführungen zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands wiederholte Ulbricht die Vorschläge über die Abhaltung von gesamtdeutschen Beratungen zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands, betonte aber gleichzeitig, die Wiedervereinigung werde nur „ohne und gegen Adenauer“ stattfinden. Dabei war die Feststellung Ulbrichts bemerkenswert, daß die Wiedervereinigung nicht plötzlich erfolgen werde, sondern das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der demokratischen und friedliebenden Kräfte in Ost- und Westdeutschland sein müsse. Westdeutschland müsse vor allen Dingen von den Ketten des Schumanplans und der Bonner und Pariser Verträge befreit werden. Für den Fall der Wiedervereinigung seien in Westdeutschland u. a. folgende Maßnahmen zu treffen: Liquidierung der amerikanischen Stützpunkte, Verstaatlichung der Bergwerke, Hüttenwerke und großen Chemiebetriebe, Außerkraftsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes, Enteignung des landwirtschaftlichen Besitzes über 100 Hektar, Einführung der Planwirtschaft.

Danach befaßte sich Ulbricht im zweiten Teil seiner Rede mit der Lage der Wirtschaft in der DDR in den ersten acht Monaten des Jahres 1953. Die während dieser Zeit errungenen wirtschaftlichen Erfolge erläuterte er an Hand von Prozentzahlen. Er zählte jedoch auch eine Reihe von Mißerfolgen auf: In der Braunkohlenförderung, im Maschinenbau und in der Energiewirtschaft seien die Planziele nicht erreicht worden, was zur Wiedereinführung der Stromsperren für private Haushalte und zu Versorgungsschwierigkeiten bei Brennstoffen geführt habe. Mängel herrschten auch im Transportwesen und in der Wohnungswirtschaft. Besondere Kritik übte Ulbricht an den Industrieministerien, denen er mangelhafte Organisation hinsichtlich der Materialbeschaffung vorwarf. Ulbricht versprach sodann für Sommer 1954 die Aufhebung der Rationierung und eine Preissenkung im Umfang von 4 bis 5 Milliarden DM und rief gleichzeitig zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität auf.

In seinen Ausführungen über die technischen Arbeitsnormen erklärte Ulbricht, daß diese von verschiedenen Betriebsbelegschaften als zu niedrig bezeichnet wurden. Daher habe die Regierung angeordnet, daß die Normen von nun an von den Betrieben selbst festgesetzt werden sollen. In diesem Zusammenhang warnte er davor, den „neuen Kurs“ falsch zu verstehen. Verschiedene Gewerkschaftsleitungen hätten in letzter Zeit den Fehler begangen, sich mit der Sammlung von Forderungen zu beschäftigen, wobei sie zum Teil provokatorische Forderungen feindlicher Agenten aufgenommen hätten. Auch einige Privathändler hätten den neuen Kurs falsch verstanden, wenn sie glaubten, daß Teile des staatlichen Großhandels liquidiert werden sollten. Der private Großhandel solle vielmehr den staatlichen ergänzen.

Zur Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates forderte Ulbricht die Verstärkung der Organe des Staatssicherheitsdienstes in den Bezirken, Großbetrieben und Kreisen und rief zur strengen Wahrung der Staatsgeheimnisse auf.

Das Referat Ulbrichts wurde vom Zentralkomitee als Grundlage für die weitere Arbeit der SED bestätigt.

Zeittafel vom 16. bis 30. September 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

17. Die Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung beschließt die Bildung einer europäischen Studien- und Informationsstelle, deren Aufgabe sein soll, den Standpunkt der ad hoc-Versammlung zu den Problemen der Europäischen Gemeinschaft darzulegen und als ständiges Informationsinstrument in allen europäischen Fragen zu dienen. Neben Mitgliedern der ad hoc-Versammlung gehören ihr Sachverständige des Informationswesens aus den Ländern der Gemeinschaft an.
- 19.—20. Europäisches Jugendtreffen in Fulda, veranstaltet vom Bund Europäischer Jugend, an dem 5000 Jugendliche aus allen europäischen Ländern teilnehmen. Der Präsident der Europa-Union, Eugen Kogon, erklärt in seiner Ansprache, der Wert des Treffens liege darin, daß die europäischen Politiker in ihrer Arbeit für die Vereinigung unterstützt und ermutigt würden. Die Ungeduld, die in den von den jungen Sprechern gestellten Fragen brenne, müsse jedoch mit Geduld und Arbeit einhergehen.
21. Das Ministerkomitee des Europarats bringt in einem Schreiben an die Hohe Behörde der Montanunion die Besorgnis einiger Mitgliedstaaten des Europarats über „gewisse protektionistische Tendenzen“ in der Außenhandelspolitik der Montanunion zum Ausdruck. Diese Mitgliedstaaten hätten den Wunsch geäußert, daß die Montanunion keine diskriminierenden Maßnahmen gegenüber anderen Ländern treffe.
- 21.—22. Tagung des Beratenden Ausschusses der Hohen Behörde der Montanunion. In seinen Empfehlungen ersucht der Ausschuß die Hohe Behörde, der Anpassung der Produktion an den Konsum ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Insbesondere auf dem Kohlenmarkt müsse einer akuten Absatzkrise begegnet werden. In der Stahlindustrie müßten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung ergriffen und Investitionsmittel zur Senkung der Produktionskosten zur Verfügung gestellt werden. Ferner wird die Hohe Behörde gebeten, bei der Behandlung des Kartellproblems die Bestimmungen des Vertrages nicht zu streng und nicht übereilt anzuwenden.
22. In Rom beginnt eine Konferenz der Außenministerstellvertreter der sechs Staaten der Europäischen Gemeinschaft, die sich mit der Prüfung des von der ad hoc-Versammlung vorgelegten Satzungsentwurfs und mit der Ausarbeitung von Vorschlägen an die Regierungen befassen wird.
26. Beendigung der Fünften Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates. (Ueber den Verlauf des dritten Teils der Sitzungsperiode vom 15. bis 26. September vgl. Mitteilungen des Europarats, die in der nächsten Folge des Europa-Archivs veröffentlicht werden.)

Nordatlantikpakt-Organisation

23. Der Ständige Rat empfiehlt ein gemeinsames Programm für Munitionsproduktion in Europa im Werte

von über einer Milliarde Dollar, das teils durch die europäischen Länder und teils durch amerikanische off shore-Aufträge finanziert werden soll. Es sieht insbesondere die Steigerung der Produktion von bisher nicht in genügender Menge hergestellten Munitionsarten und in nachschubtechnisch günstigen Gebieten vor.

In einer Ansprache anläßlich seines Amtsantritts als Präsident des Atlantikrates stellt der französische Außenminister, Georges Bidault, fest, daß die NATO jetzt zwar stark genug sei, einen überraschenden Angriff zurückzuschlagen; sie sei jedoch noch nicht stark genug, um einem mit allen Reserven des Angreifers geführten Angriff auf die Dauer widerstehen zu können. Daher komme es darauf an, durch rationalen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel die größtmögliche Stärke zu erreichen. Die Methoden zur Erreichung dieses Zieles seien von finanziellen, sozialen und psychologischen Erwägungen abhängig.

24. Generalsekretär Lord Ismay veröffentlicht einen Bericht über den Fortschritt des Infrastruktur-Programms, aus dem hervorgeht, daß bis Ende 1953 in Westeuropa 120 NATO-Flugplätze, davon 30 in Westdeutschland, benutzbar sein werden.

Dänemark

22. Die Wahlen zum Folketing haben folgendes Ergebnis:

	Stimmen	Sitze ¹
Sozialdemokraten . .	895 038	74 (61)
Agrarpartei (Venstre)	499 975	42 (32)
Konservative . . .	365 270	30 (26)
Radikale (Liberalen) .	168 794	14 (13)
Kommunisten . . .	93 706	8 (7)
Rechtsstaatspartei . .	75 201	6 (9)
Deutsche Minderheit .	9 734	1 (—)
Unabhängige . . .	58 522	— (—)

¹) In Klammern die Zahl der Sitze nach der Wahl vom 21. April 1953. Die Gesamtzahl der Sitze wurde von 148 auf 175 erhöht.

29. Die bisherige Regierung Eriksen tritt zurück. Am 30. September bildet der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Hans Hedtoft, eine nur aus Sozialdemokraten bestehende Minderheitsregierung. Außenminister wird H. C. Hansen, Verteidigungsminister Rasmus Hansen.

Deutschland

16. Bundeskanzler Adenauer schlägt in einem Schreiben an den französischen Außenminister, Bidault, neue Gespräche über deutsch-französische Probleme vor. Bidault nimmt in einem Antwortschreiben am 20. September diesen Vorschlag an. Durch eine Differenz bei der Auszählung der in Nordrhein-Westfalen bei den Bundestagswahlen vom 6. September abgegebenen Stimmen ändert sich das endgültige Wahlergebnis insofern, als die SPD 151

(anstatt 150) und das Zentrum nur 2 (anstatt 3) Sitze im Bundestag erhält.

Das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 tritt mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde der amerikanischen Regierung in London in Kraft.

17. Parteivorstand, Bundestagsfraktion, Landesminister und Funktionäre der SPD konferieren in Bonn über die auf Grund der Bundestagswahl vom 6. September einzuschlagende Politik der SPD. Die Konferenzteilnehmer billigen eine EntschlieÙung, in der es heiÙt, daÙ die SPD nach wie vor an den drei Hauptpunkten ihres Wahlprogramms festhält: 1. Vorrang der Wiedervereinigung Deutschlands, 2. Eingliederung eines freien Deutschland in die Gemeinschaft der freien Völker auf der Basis der Gleichberechtigung und 3. bessere demokratische und soziale Ordnung in Deutschland. In seiner Schlußrede fordert der Parteivorsitzende, Erich *Ollenhauer*, vor allem eine Verbesserung der Propagandarbeit. Die Konferenz beschließt ferner ein Zehn-Punkte-Programm, das u. a. folgende Punkte umfaßt: Analyse und Auswertung des 6. September; bessere und engere Kooperation zwischen Partei und Fraktion, wozu Arbeitsausschüsse gebildet werden sollen; Gründung einer zentralen Parteischule; Gründung einer zentralen Diskussionszeitschrift; wesentliche Straffung der Parteiorganisation; Verbesserung der Pressearbeit; zentrale Mitgliederwerbung.

Die drei alliierten Hohen Kommissare lehnen in einer Antwortnote den Vorschlag des sowjetischen Hohen Kommissars, *Semjonow*, vom 1. September, die Regelung der Interzonenpaß-Frage der Bundesregierung und der Regierung der SBZ zu überlassen, mit der Begründung ab, die Interzonenpässe seien von den Besatzungsmächten eingeführt worden und könnten daher auch nur von ihnen abgeschafft werden. Gleichzeitig fordern die Hohen Kommissare auch den Fortfall der Aufenthaltsgenehmigungen.

Vertreter der Sozialausschüsse der CDU, der katholischen und evangelischen Arbeitervereine und anderer christlicher sozialer Vereinigungen übermitteln nach eingehenden Beratungen dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter *Freitag*, in einem Schreiben Vorschläge über eine Reform des DGB. In diesem Schreiben fordern die christlichen Arbeitnehmer, daß ihren Interessen mehr Rechnung getragen werden müsse. Der Bundesausschuß des DGB lehnt am 30. September in einer einstimmig gebilligten EntschlieÙung diese Vorschläge ab. Es wird jedoch betont, der Abhaltung weiterer Gespräche mit den Vertretern der christlichen Arbeitnehmer stünde nichts im Wege.

- 17.—19. Sechzehnte Tagung des Zentralkomitees der SED (vgl. Kurzbericht auf S. 6046).
21. Der bisherige britische Hohe Kommissar, Sir Ivone *Kirkpatrick*, verläßt die Bundesrepublik. Sein Nachfolger, Sir Frederick *Hoyer Millar*, der bisher britischer Vertreter beim Ständigen NATO-Rat in Paris war, trifft am 29. September zur Amtsübernahme in Bonn ein.
22. In Bonn konstituiert sich in Anwesenheit von Bundespräsident *Heuss* der „Deutsche Ausschuß für das

Erziehungs- und Bildungswesen“. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird Professor *Wenke*, Tübingen, gewählt.

25. Der erste Transport deutscher Kriegsgefangener, über deren Freilassung bei den im August 1953 stattgefundenen Moskauer Besprechungen zwischen den Regierungen der UdSSR und der DDR verhandelt worden war, treffen in der Sowjetzone ein. Weitere Transporte treffen an den folgenden Tagen in der Sowjetzone und in der Bundesrepublik ein. Bis zum 1. Oktober beträgt die Zahl der zurückkehrenden Kriegsgefangenen 3554.

Die in der Bundespressekonferenz e. V. zusammengeschlossenen deutschen Journalisten in Bonn wenden sich in einer EntschlieÙung gegen die geplante Bildung eines Bundesinformationsministeriums, weil sie befürchten, daß ein solches Ministerium die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse stark beeinträchtigen könnte. Sie appellieren an die Bundesregierung und an die Bundestagsabgeordneten, der Errichtung eines solchen Ministeriums nicht zuzustimmen. Auch aus Kreisen der amerikanischen, der britischen und der französischen Hohen Kommission wird die beabsichtigte Bildung eines Informationsministeriums kritisiert. Bundeskanzler *Adenauer* erklärt am gleichen Abend, er sei nicht für die Bildung eines Bundesinformationsministeriums.

28. Deutschland-Note der Sowjetunion an die Westmächte (vgl. den Wortlaut auf S. 6042).

Emennung des sowjetischen Hohen Kommissars, Wladimir S. *Semjonow*, zum Botschafter der Sowjetunion in der DDR.

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Anthony *Nutting*, erklärt bei einem Besuch in Bonn vor dem Verein der ausländischen Presse, falls die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht verwirklicht werde, sehe er keine andere Möglichkeit als den Beitritt der Bundesrepublik zur Nordatlantikpaktorganisation.

Die Landesverbände Hamburg der CDU, FDP und DP schließen sich zum „Hamburg-Block“ zusammen.

29. Tod des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Professor Ernst *Reuter*.
30. Die Regierung von Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Reinhold *Maier* tritt zurück, nachdem sich die Vertreter der CDU, SPD, DVP und des BHE über die Bildung einer neuen Regierung geeinigt haben. Die Verfassungegebende Landesversammlung wählt am gleichen Tage Dr. Gebhard *Müller* (CDU) zum neuen Ministerpräsidenten.

Frankreich

- 19.—20. Parteikongreß der Radikalsozialisten in Aix-les-Bains. In der außenpolitischen Debatte setzen sich Maurice *Faure* und René *Mayer* für die Ratifizierung des EVG-Vertrages ein, während Edouard *Daladier* und Edouard *Herriot* unter Hinweis auf das Wiedererstarken Deutschlands sich dagegen aussprechen. In der außenpolitischen Resolution des Kongresses tritt die Partei für Viermächtebesprechungen auf höchster Ebene ein und macht die Ratifizierung des EVG-Vertrages von der vorherigen Schaffung eines inter-

nationalen Statuts für das Saarland und einer gemeinsamen politischen Behörde in Europa abhängig.

- 21.—24. Die Internationale Vereinigung für Steuerrecht prüft auf einem Kongreß in Paris die Probleme einer Koordinierung der europäischen Steuersysteme. In einer Resolution fordert sie diese Koordinierung als Voraussetzung für die Wiederherstellung des freien internationalen Wettbewerbs.
22. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, erklärt vor der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg, die Sozialisten würden für die Ratifizierung des EVG-Vertrages stimmen, falls die enge Assoziierung Großbritanniens verwirklicht und die europäische politische Gemeinschaft gebildet würde.
27. Die Regierung beschließt die Wiedereinführung einer Liberalisierung von 8 vH der Einfuhren.
28. Note der Sowjetunion über die Frage von Viermächteverhandlungen (vgl. den Wortlaut auf S. 6042 dieser Folge).
- 28.—30. Besuch des österreichischen Bundeskanzlers, Julius Raab, und des Außenministers, Karl Gruber, in Paris. In einem Kommuniqué sichert die französische Regierung die Verringerung der französischen Besatzungstruppen in Oesterreich zu und erklärt, daß sie sich weiterhin um den baldigen Abschluß des Staatsvertrags bemühen wird. Ferner seien die Möglichkeiten einer Erweiterung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern geprüft worden.
30. In einem gleichzeitig in Paris und Washington veröffentlichten Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß die amerikanische Regierung Frankreich bis zum 31. Dezember 1954 zusätzlich 385 Millionen Dollar für die Kriegführung in Indochina zur Verfügung stellen wird. Dieser Betrag soll in erster Linie für den Ausbau der Streitkräfte der drei assoziierten Staaten Indochinas verwendet werden.

Griechenland

22. Die Regierung erklärt sich in einer dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelten Note bereit, einen Vorschlag Bulgariens vom 12. September zur Wiederaufnahme der seit dem Zweiten Weltkrieg unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern anzunehmen.

Großbritannien

28. Note der Sowjetunion über die Frage von Viermächteverhandlungen (vgl. den Wortlaut auf S. 6042 dieser Folge). Premierminister Sir Winston Churchill gibt in einer Erklärung bekannt, daß er seine in seinem Vorschlag vom 11. Mai für Viermächtebesprechungen auf höchster Ebene geäußerte Meinung nicht geändert habe. Die britische Regierung habe nur deshalb ihre Zustimmung zu dem Vorschlag einer Außenministerkonferenz der vier Mächte gegeben, weil die Vereinigten Staaten und Frankreich seinem Vorschlag nicht zugestimmt hätten. Beginn des Jahreskongresses der Labour Party in Margate (vgl. Kurzbericht auf S. 6045).

Italien

- 24.—26. Besuch des griechischen Ministerpräsidenten, Alexander Papagos, und des Außenministers, Stephanos Stephanopoulos, in Rom. In einem Kommuniqué wird erklärt, daß die Lage in Südosteuropa, dem östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten erörtert und völlige Uebereinstimmung festgestellt worden sei. Ministerpräsident Giuseppe Pella erklärt in einer Pressekonferenz, daß insbesondere auch über den Balkanpakt, die Triester Frage und Albanien gesprochen worden sei.
28. Note Jugoslawiens über Triest (vgl. Jugoslawien).
29. In einer Sitzung des Nationalrates der Christlich-Demokratischen Partei wird der ehemalige Ministerpräsident Alcide de Gasperi zum Parteisekretär gewählt.

Jugoslawien

28. In einer Note an die italienische Regierung weist die Regierung den italienischen Vorschlag einer Volksabstimmung in Triest mit der Begründung zurück, daß seit 1918 von Italien eine systematische Italianisierungspolitik betrieben wurde. Auch eine internationale Konferenz über Triest wird abgelehnt, solange nicht durch diplomatische Kontakte zwischen beiden Ländern eine Annäherung der Ansichten erzielt sei.

Oesterreich

19. Die französische Regierung gibt bekannt, daß Frankreich ab 1. Januar 1954 auf die Zahlung von Besatzungskosten durch Oesterreich verzichten werde. Damit tragen von diesem Zeitpunkt an alle vier Besatzungsmächte in Oesterreich die Ausgaben für ihre Besatzungstruppen selbst.
23. In einer Note an die Sowjetunion erklärt die österreichische Bundesregierung, daß sie den Vorschlag für einen Kurzvertrag nicht mehr unterstützen wird. Sie ersucht die Sowjetregierung um eine Erklärung, ob damit die Voraussetzungen für den Abschluß des Staatsvertrags geschaffen sind.

Polen

28. In einem Regierungskommuniqué wird bekanntgegeben, daß dem Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński, wegen Bruchs des Abkommens zwischen Staat und Kirche und wegen staatsfeindlicher Tätigkeit die weitere Ausübung seines Amtes verboten wurde. Dem Kardinal sei erlaubt worden, sich in ein Kloster zurückzuziehen.

Sowjetunion

20. Nach einem am 11. September begonnenen Besuch einer nordkoreanischen Regierungsdelegation unter Führung von Ministerpräsident Kim Il Sung in Moskau wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem die Bereitschaft der Sowjetunion und Nordkoreas betont wird, mit anderen Mächten für die Wiederherstellung des Friedens in Ostasien und die Wiedervereinigung Koreas zusammenzuarbeiten. Ferner wird in dem Kommuniqué eine Wiederaufbauhilfe der Sowjetunion für Nordkorea angekündigt, die in der Lieferung von Industrieausrüstungen, Betriebsmitteln für die Landwirtschaft und Massenkonsumgütern bestehen soll. In einer Rede anläßlich eines Banketts wendet sich Ministerpräsident Malenkow gegen die

„aggressiven Kreise“, die den Prozeß der Wiedergeburt der Völker Asiens zum Stehen bringen möchten und die ihre Außenpolitik in Ostasien auf die Unterstützung jener Gruppen orientierten, die die Verkörperung des Rückständigen und Korrupten seien. Man dürfe die grundlegenden Wandlungen nicht ignorieren, die sich in Asien und dem Pazifikraum vollzogen haben.

23. Note der österreichischen Regierung über den Staatsvertrag (vgl. Oesterreich).
28. Note an die Westmächte über die Frage von Vier-

mächteverhandlungen (vgl. den Wortlaut auf S. 6042 dieser Folge).

Spanien

26. Unterzeichnung eines Abkommens mit den Vereinigten Staaten, in dem diesen das Recht zur Errichtung und Benutzung von Flotten- und Luftstützpunkten in Spanien zugestanden wird. Die Stützpunkte verbleiben unter spanischer Souveränität. Als Gegenleistung verpflichten sich die Vereinigten Staaten, Spanien Rüstungs- und Wirtschaftshilfe zu leisten.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AMERIKA

Vereinigte Staaten

21. Präsident *Eisenhower* weist in einer Rede in Boston darauf hin, daß die Feinde der Freiheit jetzt mit den furchtbarsten Vernichtungswaffen ausgerüstet seien. Darauf könne es für das amerikanische Volk nur eine Antwort geben: Kein Opfer, keine Arbeit und keine Steuer sei zu hart, um die Verteidigung zu stärken.
23. In seiner Botschaft an den Kongreß des Gewerkschaftsverbandes AFL kündigt Präsident *Eisenhower* für 1954 eine Abänderung gewisser Punkte des Taft-Hartley-Gesetzes an. Er erklärt jedoch, das Gesetz habe sich im ganzen bewährt und als gesund erwiesen.
26. Stützpunkt-Abkommen mit Spanien (vgl. Spanien).
27. Der Leiter des Amtes für Auslandsaufgaben, Harold E. Stassen, stellt in einem Bericht über den Osthandel an den Kongreß fest, daß der Handel europäischer Staaten mit kommunistischen Ländern, solange er sich auf nicht kriegswichtige Güter beschränke, nicht gefährlich sei; er sei im Gegenteil bis zu einem gewissen Grade für die Wirtschaft der europäischen Staaten notwendig. Die Vereinigten

Staaten sollten deswegen gegen diesen Handel keine Einwendungen erheben.

28. Note der Sowjetunion über die Frage von Viermächteverhandlungen (vgl. den Wortlaut auf S. 6042 dieser Folge).
30. Kommuniqué über die Indochina-Hilfe (vgl. Frankreich).

ASIEN

Chinesische Volksrepublik

19. Der Zentrale Rat der Volksregierung beschließt, die für 1953 vorgesehenen Wahlen zu einer Zentralen Volksversammlung auf 1954 zu verschieben.

Korea

23. Die Uebergabe der chinesischen und nordkoreanischen Kriegsgefangenen, die ein Repatriierung ablehnen, an die in der neutralen Zone stationierten indischen Truppen wird abgeschlossen.

Persien

21. Der frühere Delegationschef Persiens bei den Vereinten Nationen und ehemalige Präsident der UN-Vollversammlung, Nasrollah *Entezam*, wird zum Außenminister ernannt.

Organisation der Vereinten Nationen

Vollversammlung

16. Die am 15. September eröffnete 8. Tagung der Vollversammlung wird mit der Wahl des Präsidenten und der Ausschußvorsitzenden fortgesetzt. Präsident der Vollversammlung wird die Leiterin der indischen Delegation, Frau *Vijaya Lakshmi Pandit*. Zu Vorsitzenden der Ausschüsse werden gewählt: Politischer und Sicherheitsausschuß: *Fernand van Langenhove* (Belgien), Politischer Sonderausschuß: *Miguel Urquila* (El Salvador), Wirtschaft- und Finanzausschuß: *Leo Mates* (Jugoslawien), Sozialausschuß: *George Davidson* (Kanada), Treuhandschaftsausschuß: *Santiago Perez* (Venezuela), Verwaltungs- und Budgetausschuß: *Awni Khalidy* (Irak), Rechtsausschuß: *Juliusz Katz-Suchy* (Polen). Am 22. September beschließt die Vollversammlung, zusätzlich zu der 74 Punkte umfassenden Tagesordnung noch den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Punkt „Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr eines neuen Weltkrieges und zur Entspannung der internationalen Lage“ aufzunehmen.
- 17.—29. Generaldebatte der Vollversammlung. Der amerikanische Außenminister, *Dulles*, erklärt, die Ver-

einigten Staaten seien bereit, Wege zur Beseitigung der internationalen Spannungen zu suchen, und nennt als wichtigste Forderungen: Vereinigung und Freiheit für Korea, Frieden und Unabhängigkeit für Indochina, Vereinigung Deutschlands, Befreiung Oesterreichs und nationale Unabhängigkeit für die Nachbarländer der Sowjetunion. Der sowjetische Delegierte, *Wyschinski*, fordert das Verbot der Atomwaffe, die Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel, das Verbot militärischer Stützpunkte in fremden Ländern und das Verbot jeder Propaganda, die Haß und Feindschaft unter den Völkern erzeugt. Der britische Staatsminister, *Selwyn Lloyd*, tritt dafür ein, die bestehenden Ost-West-Probleme eins nach dem anderen zu lösen und dazu die seit dem Tode Stalins unverkennbar verbesserte Atmosphäre auszunutzen. Das Ziel sei eine wirkliche Koexistenz mit der Sowjetunion, die mehr als nur ein bewaffneter Friede sein müsse. Der französische Staatssekretär *Maurice Schumann* bietet der Sowjetunion Garantien dafür an, daß die entstehende Europäische Gemeinschaft die Grenzen der Sowjetunion nicht antasten werde. Er erklärt außerdem die Bereitschaft Frankreichs zu Friedensverhandlungen in Indochina.

Bücher und Broschüren

Bartlett, Vernon: *Struggle for Africa*. London: Frederick Muller Ltd. 1953. 251 S. £ —/15/—.

Mit diesem Werk gibt der Verfasser, ein erfahrener britischer Publizist und ehemaliges Mitglied des Unterhauses, einen Ueberblick über die Länder und Kolonien des afrikanischen Kontinents und ihre gegenwärtigen Probleme. Das Hauptproblem in diesem Erdteil stellt nach wie vor die Frage des Verhältnisses zwischen schwarzer und weißer Rasse dar. Der Verfasser, der Afrika nach dem Zweiten Weltkrieg dreimal bereiste, sieht im Kampf der beiden Rassen, wie er zum Beispiel in Südafrika geführt wird, nur Unglück für das Land und ist bemüht, mit Vorschlägen zur Lösung dieses Problems beizutragen.

Breitner, Franz: *Der Gerichtshof der Montangemeinschaft und seine Anrufung bei fehlerhaften Organakten*. Hektographierte Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg; Reihe D: Studien; Abt. I: Völkerrecht und Internationale Beziehungen, Bd. III. Hamburg 1953. 130 S. DM 4.—.

Der Verfasser rührt eingangs skeptisch an die häufig behagte Frage, ob der Gerichtshof der Montanunion die Rolle des Gegenpols zur Exekutive an Stelle einer echten Legislative spielen kann und wird. Aus dieser Fragestellung heraus will er das Thema seiner Arbeit verstanden wissen: Was ist unter der gegenwärtig vorgesehenen Rechtsordnung überhaupt an Möglichkeiten des Schutzes insbesondere gegenüber Akten der Exekutive vorhanden? Dieser Frage geht er in eingehenden institutionellen, materiell- und verfahrensrechtlichen Untersuchungen nach, die für die Praxis wertvolle Aufschlüsse insbesondere über Zuständigkeit, Parteifähigkeit, Verfahrensmöglichkeiten, Klagetypen und -gründe sowie die Vollstreckung der gerichtlichen Entscheidungen bringen. Die endgültige Klärung verschiedener Punkte ist freilich vor allem der Verfahrensordnung vorbehalten. Die Arbeit führt zu dem Ergebnis, daß der breit ausgebaute Rechtsschutz dem Gerichtshof die Möglichkeit gibt, der Rechtsprechung die Stellung und Funktion als echte Gewalt gegenüber der Exekutive zu verschaffen.

Foreign Trade and U. S. Tariff Policy. A. Report on the Views of Leading Citizens in Twenty-Five Cities. Edited by Joseph Barber. New York: Council on Foreign Relations 1953. VII, 39 S. \$ —.50.

Der Council on Foreign Relations hat in den vergangenen Jahren wiederholt eine größere Anzahl führender Staatsbürger der Vereinigten Staaten über ihre Stellungnahme zu wichtigen politischen und wirtschaftspolitischen Problemen befragt. Von besonderem Interesse waren beispielsweise die Befragungen über die militärische Zusammenarbeit mit Westeuropa (1949) sowie die US-Auslandshilfe unter Berücksichtigung der amerikanischen nationalen Interessen. Die nunmehr vorgelegte Arbeit gibt einen Ueberblick über die Fragen, die 825 führenden amerikanischen Staatsbürgern (davon 44 vH Geschäftsleute, 16,6 vH Juristen, 16,6 vH Erzieher, 6,2 vH Journalisten, 16,6 vH andere Berufe) in bezug auf den Außenhandel und die Zollpolitik der Vereinigten Staaten vorgelegt wurden. Die Antworten vermitteln einen interessanten Ueberblick über die Einstellung der amerikanischen Bürger. Beispielsweise sprachen sich 98 vH der Befragten für eine weitere Reduzierung der Zölle aus. 85 vH vertraten die Auffassung, daß es den Vereinigten Staaten nicht möglich sein wird, ihre Exporte auf dem gegenwärtigen hohen Stand zu halten, ohne daß das Auslandshilfeprogramm fortgesetzt oder die Einfuhr erhöht wird.

Hermens, Ferdinand A.: *Europe Between Democracy and Anarchy*. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame 1951. XIX, 291 S. \$ 4.—.

Der Autor des auch in deutscher Sprache erschienenen Buches „Demokratie oder Anarchie“, Professor Dr. F. A. Her-

mens, legt hier im Rahmen einer größeren Forschungsaufgabe über „Frieden und Demokratie“ eine Studie vor, in der er sich mit den politischen Schwierigkeiten Kontinentaleuropas auseinandersetzt, als der „Gefahrenzone der Demokratie“.

Europas Energien werden entscheidend durch verfassungsmäßige Schwierigkeiten lahmgelegt. Die demokratischen Regierungen Westeuropas stehen nach Ansicht des Verfassers hilflos zwischen Demokratie und Anarchie, weil sie in ihrer Handlungsfreiheit zu gehemmt sind. Zudem habe die Bevölkerung, besonders die jüngere Generation, keine innere Bindung zum Wesen der Demokratie. Wenn ihr nicht der Weg zu etwas wesenhaft Neuem gewiesen wird, so werde sie — im besten Falle — ein lauer Verteidiger der Demokratie bleiben; es besteht die Gefahr, daß sie ihre Freiheit schon an innere Feinde verliere, bevor sie das Opfer eines äußeren Angriffs werde.

Da eine Reform aus eigener Kraft die Regierungen vor große Schwierigkeiten stellt, schlägt der Verfasser den im Atlantikpakt zusammengeschlossenen Nationen vor, in gegenseitiger Hilfeleistung einen „politischen Marshallplan“ zu entwickeln. Dieser allein sei in der Lage, das Gespenst einer neuen Welle der Tyrannei zu bannen, die aus dem Versagen der Demokratie zu entstehen droht.

Mangoldt, Hans Karl von: *Die Europäische Zahlungsunion und ihre Aufgaben bei der Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs*. (Kielier Vorträge, gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Professor Dr. Fritz Baade. Neue Folge 3.) Kiel 1953. 20 S.

Der Präsident des Direktoriums der Europäischen Zahlungsunion, Dr. Hans Karl von Mangoldt, weist in dieser Schrift darauf hin, daß die EZU in den drei Jahren ihres Bestehens bereits eine gewisse Konvertierbarkeit verwirklicht hat und darüber hinaus auch — wie aus der Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und aus der Reduzierung der Dollarlücke ersichtlich ist — die Voraussetzungen für eine größere Konvertierbarkeit der europäischen Währungen wesentlich verbessert hat. Von Mangoldt erläutert sodann, daß die EZU bei einer Verbesserung ihres derzeitigen Systems auch durchaus geeignet erscheint, den Übergang zu einer größeren Freiheit im internationalen Handels- und Zahlungsverkehr auf weltweiter Basis zu erleichtern.

Matz, Werner: *Die Bundesrepublik und Europa*. Repertorium einzelstaatlich wichtiger Bestimmungen der Verträge. Bonn: Köllen Verlag 1953. 86 S. DM 3,20.

Die kleine Schrift ist ein Wegweiser für die verschiedenartigen Seiten der verfassungsrechtlichen Situation auf Grund der bereits geltenden, aber auch der noch nicht geltenden Verträge. Sie gibt bereits einen Ueberblick über einen kommenden europäischen Oberbau supranationaler Institutionen, wie er in den einzelnen Verträgen festgelegt ist, und die Einwirkung dieser Instanzen auf den innerdeutschen Staatsorganismus und erspart es dem Leser, sich die entsprechenden Zusammenhänge erst aus den verstreuten Stellen der komplizierten Verträge herauszusuchen. Dabei geht die Schrift vom innerdeutschen Rechtskreis nach dem Grundgesetz aus und zeigt auf, wo Vorschriften der Verträge Bestimmungen des Grundgesetzes und Funktionen der Bundesorgane einschränkend oder erweiternd berühren. So werden in kurzen Zusammenstellungen, unter teilweiser Einbeziehung von Schrifttum der Europarat, die Montanunion, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der Generalvertrag und der Ueberleitungsvertrag behandelt. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis sowie ein Sachregister sind für eine schnelle Erschließung dieser kleinen, aber wertvollen Schrift nützlich.

Penrose, E. F.: *Economic Planning for the Peace*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1953. XIV, 384 S. \$ 7,50.

Der Autor, gegenwärtig Professor für Geographie und internationale Beziehungen an der John-Hopkins-Universität

und während des Krieges Wirtschaftsberater des amerikanischen Botschafters Winant in London, zeigt mit diesem Buch, wie weitgehend die seit 1941 aufgestellten Friedenspläne der Alliierten durch politische Bedingungen, die Entwicklung des Krieges und durch Persönlichkeiten, wie Roosevelt, Morgenthau, Keynes, Churchill und Winant, beeinflusst wurden. In fünf Kapiteln befaßt sich Penrose ausführlich mit den Nachkriegsplänen für Deutschland und schildert in aller Offenheit, wie unzureichende Kenntnisse, schlechte Organisation und politische Kurzsichtigkeit zu schwerwiegenden Fehlscheidungen beitragen. Die Fülle von dokumentarischen Hinweisen macht das Buch zu einem ausgezeichneten Nachschlagewerk zur Geschichte der wirtschaftlichen Nachkriegsplanung.

Pickles, Dorothy: French Politics. The First Years of the Fourth Republic. London u. New York: Royal Institute of International Affairs 1953. XII, 302 S. 25 s.

Die Verfasserin behandelt in ihrem dritten Frankreichbuch die alten und die neuen Probleme, denen sich Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg gegenübergestellt sah. Sie untersucht und erläutert den Versuch der Kommunisten, zur Macht zu gelangen, das Entstehen und die Ziele der Gaullistischen Bewegung sowie die verschiedenen oft einander widersprechenden Bemühungen der Parteien der Mitte, eine Lösung der Probleme zu erzielen. Die neue Verfassung Frankreichs wird eingehend behandelt, ebenso die Fragen der Französischen Union und das Problem der Integration Deutschlands in das europäische System. Eine kurze Bibliographie und ein Index vervollständigen diese Studie über die ersten Jahre der vierten Republik.

Scharp, Heinrich: Abschied von Europa? Frankfurt a. M.: Verlag Josef Knecht Carolusdruckerei 1953. 217 S. DM 8.80.

Stebbins, Richard P., and the Research Staff of the Council on Foreign Relations: The United States in World Affairs 1951. New York: Harper and Brothers 1952. XIV, 473 S. \$ 5.—.

In diesem Band der außenpolitischen Jahrbücher des Council on Foreign Relations wird eine umfassende Darstellung der komplexen Probleme gegeben, denen sich die amerikanische Außenpolitik im Jahre 1951 in allen Teilen der Welt gegenüber sah. Auf dem allgegenwärtigen Hintergrund des Kalten Krieges heben sich einzelne Fragenkreise besonders ab: Die Verteidigung Westeuropas mit dem Problem der Wiederbewaffnung Deutschlands, der Ausbau der NATO, der Koreakrieg und die Lage in Ostasien, die durch die Entlassung MacArthurs Gegenstand erheblicher innerer Auseinandersetzungen in den Vereinigten Staaten wurden, der Friedensvertrag mit Japan und der Aufbau eines pazifischen Sicherheitssystems, das Aufleben des Nationalismus in der arabischen Welt. Besondere Kapitel sind der Entwicklung der Weltwirtschaft und dem Anwachsen der antiwestlichen Stimmung in den unterentwickelten Ländern gewidmet.

Steindorff, Ernst: Die Nichtigkeitkeitsklage im Recht der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Schriften des Instituts für ausländisches und inter-

nationales Wirtschaftsrecht) Frankfurt a. M. 1952. 173 S. DM 14.80.

Much, Walter: Die Amtshaftung im Recht der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Schriften des Instituts für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht) Frankfurt a. M. 1952. 105 S. DM 9.—.

Mit diesen beiden Bänden setzt das Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht seine Schriftenreihe fort, die mit einer grundlegenden Arbeit von H. J. Schlochauer über den Rechtsschutz gegenüber der Tätigkeit internationaler Behörden begonnen worden ist (vgl. E. A. 24/1952, S. 5340).

Die Schrift von Steindorff geht im Wege der Rechtsvergleichung mit dem französischen *excès de pouvoir*, aber auch an Hand der amerikanischen Rechtsprechung sehr sorgfältig auf die besonderen Gegebenheiten der Montanunion ein und untersucht die Möglichkeit gerichtlicher Nachprüfung der hoheitlichen Wirtschaftsverwaltung im einzelnen. Sie bringt somit einen wertvollen Kommentar zu den weiten gerichtlichen Kontrollmöglichkeiten des Art. 33 Montanunion-Vertrag, dessen Auslegung eine weitere Bedeutung zukommen würde, falls — wie im Satzungsentwurf für die Europäische Gemeinschaft vorgesehen — eine im wesentlichen gleichlautende Bestimmung für diese übergeordnete Gemeinschaft Geltung erlangen sollte.

Auch die Schrift von Much über das Amtshaftungsrecht analysiert die einschlägigen Vertragsbestimmungen aus Rechtsnatur und Rechtsordnung der Montanunion heraus und an Hand rechtsvergleichender Betrachtung der beiden nationalen Amtshaftungssysteme, insbesondere der französischen Rechtsprechung, deren Begriffe weitgehend Vorbild gewesen sind (*faute de service* und *faute personnelle*). Der Autor widmet eine besondere Betrachtung noch dem Amtshaftungsverfahren, die deshalb besonders zu begrüßen ist, weil im Montanunion-Vertrag darüber nur recht wenig ausgesagt worden ist.

Swearingen, Rodger, und Paul Langer: Red Flag in Japan. International Communism in Action 1919—1951. Cambridge: Harvard University Press 1952. XII, 276 S. \$ 5.—.

Gestützt auf japanische, sowjetische und chinesische Quellen untersuchen die Verfasser die geschichtliche Entwicklung der Kommunistischen Partei Japans. Der verhältnismäßig kurz gefaßte erste Teil behandelt das Entstehen der KP im Jahre 1919 und ihre Aktivität bis zum Zweiten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung der Rolle, welche die Komintern dabei spielte. In dem ausführlicheren zweiten Teil sind das Wiedererstehen der KP nach 1945, ihre Organisation, ihre Führer, ihr Programm, ihre Taktik und ihre Resonanz in den verschiedenen Volksschichten beschrieben. Besondere Kapitel widmen die Verfasser den Machtkämpfen innerhalb der KP, ihren Verbindungen mit den Schwesterparteien der Sowjetunion, Chinas und Nordkoreas sowie den antikommunistischen Maßnahmen der japanischen Regierung und der amerikanischen Besatzungsbehörden. Bemerkenswert erscheint eine Reihe von „case studies“, in denen an Hand von typischen Einzelfällen die psychologischen Hintergründe der Hinwendung zum Kommunismus untersucht werden.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böttgheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Melssner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.

Zur Entwicklung der deutschen Sprache in der sowjetischen Besatzungszone

Von Walter Richter

Die politische Abtrennung hat in den wenigen Jahren nach dem Kriege in Deutschland eine tiefe sprachliche Kluft entstehen lassen. Die deutsche Sprache in der sowjetischen Besatzungszone erlitt infolge der politischen Verhältnisse starke Veränderungen.

Der sowjetische Einfluß

Auch in der russischen Sprache vollzog sich nach 1917 eine tiefe, durch das politische Geschehen bewirkte und zugleich politische Veränderungen bewirkende sprachliche Umwälzung. Diese „sprachliche Revolution“ war jedoch „organischer“ als die Sprachentwicklung in der DDR (Deutsche Demokratische Republik); sie erstreckte sich über mehrere Jahrzehnte und spiegelte nacheinander die Ereignisse des Bürgerkrieges, die NEP-Periode, die Politik der Kollektivierung und des Aufbaus der Schwerindustrie und die Zeit des Großen Vaterländischen Krieges. Auf diesem Stande der Sprachentwicklung in der Sowjetunion begann die Uebertragung des „Moskauerwelsch“, wie Karl Kraus die in der russischen Sprache nach 1917 aufgetretenen Neuerungen schon in einem früheren Stadium der Entwicklung genannt hatte, in die deutsche Sprache der sowjetischen Besatzungszone. Sie geschah und geschieht zunächst auf dem Wege der Uebersetzung. Seit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtensbüros (1945) wird die Mehrzahl der Auslandsmeldungen von TASS übernommen, d. h. aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt. Seit 1945 war die maßgebende Zeitung für die SBZ die „Tägliche Rundschau“, die zum größten Teil von Russen oder von Deutschen, die gut Russisch sprachen, redigiert wurde. Die Uebersetzungsliteratur aus dem Russischen ist äußerst umfangreich; sie erstreckt sich auf Schöne Literatur, wissenschaftliche Literatur, Lehrbücher, Fachzeitschriften und Wörterbücher einschließlich der enzyklopädischen. Von großer Bedeutung für die Sprachentwicklung in der DDR ist aber auch die Tatsache, daß ein großer Teil der Spitzenfunktionäre, darunter so maßgebende Leute wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, aus der sowjetischen Emigration nach Deutschland zurückgekehrt und daher mit dem sowjetischen Sprachdenken vertraut ist. Diese Tatsache ist um so gewichtiger, als die sprachliche Einwirkung

von oben nach unten innerhalb des sowjetischen Bereichs sehr stark ist. Die „sprachliche Revolution“ geht, ebenso wie um 1930 die Kollektivierung der Landwirtschaft, allmählich vor sich, auch sie ist eine „Revolution von oben“ (der Vergleich stammt von Stalin¹). Wendungen z. B., die Stalin gebrauchte, hatten die Tendenz, zu geflügelten Worten zu werden².

Veränderungen des Wortbestandes

Da die Veränderungen der deutschen Sprache in der DDR nicht organisch entstanden sind, betreffen sie ganz bestimmte Teile des Sprachkörpers. Die Aussprache z. B. dürfte in den beiden Teilen Deutschlands weiterhin die gleiche sein. Die Bühnensprache bildet nach wie vor in Ost und West den Maßstab für das gute Deutsch. Dagegen sind die Veränderungen des Wortbestandes und der Wortbedeutung erheblich.

Die zahlreichen Einrichtungen und Begriffe, die aus dem sowjetischen Leben in das der DDR übertragen wurden, werden mit Terminis bezeichnet, die entweder direkt übernommen wurden oder aber, im Falle der Eindeutschung, gewisse Merkmale der sowjetischen Bildung tragen. Zu den — nicht eben häufigen — Fällen direkter Uebernahme gehören die in der sowjetischen Sprache beliebten, meist aus dem Lateinischen (bzw. den romanischen Sprachen) stammenden Fremdwörter, soweit ihre Uebersetzung ins Deutsche Schwierigkeiten bereitet, so Begriffe wie „Initiator“, „Rationalisator“ („die Initiatorbewegung“, „die Rationalisatorbewegung“), „Diversant“, „Diversionsakte“, „Kapitulant“, „Brigadier“, „Junger Pionier“; sie werden zuweilen auch zur Wiedergabe russischer Ausdrücke benutzt („Stalin — der Inspirator [vdochnovitel'] unserer Siege“). Häufig und produktiv ist das Suffix „-ismus“ zur Bezeichnung von (meist feindlichen) Theorien und Tendenzen („Objektivismus“, „Banditismus“, „Inhaltismus“). Die Zahl der Übersetzungen ist größer. Neu sind in der Sprache

¹ Aufsätze zur Sprachwissenschaft, *Wissen und Tat*, Juli 1950, S. 18.

² Die von Stalin in seinem Interview vom 17. 2. 1951 gebrauchte Wendung „den Frieden bis zum Aeußersten verteidigen“ z. B. kehrte am 18. 5. 1952 im Leitartikel des *Neuen Deutschland* wieder, am 1. 6. 1952 in einem Schreiben Wilhelm Piecks an den Chef der Deutschen Volkspolizei, am 21. 6. 1952 in einer Volkskammererklärung Dieckmanns usw.

der DDR Begriffe wie „Parteilose“, „die Parteilichkeit“ (mit positivem Sinn), „das Versöhnertum“, „das Sektierertum“, „versöhnlerisch“, „innergewerkschaftlich“, „der Arbeitsenthusiasmus“, „der Kriegsbrandstifter“, „die Werktätigen“ (trudjaščiesja), ferner Ausdrücke wie „Plansoll“, „Koniplexbrigade“, „Vorschlagswesen“ und „Selbstverpflichtung“ und Wendungen wie „das klassische Erbe aneignen“, „auf Friedenswacht stehen“ usw. Vermutlich unter dem Einfluß russischer Bildungen vom Typ „Kolchoznik“ oder „Stachanovec“ werden mit dem alten (nomina agentia-) Suffix „-er“ neue Wörter gebildet. Es häufen sich Ausdrücke, wie „Stahlwerker“, „Elektrowerker“, „Hochöfner“, „Elektroöfner“, „FDJler“. Der Terminus „die Neuerer“ geht auf sowjetisches „novatory“ zurück.

Veränderungen der Wortbedeutung

Bedeutsamer als alle Neubildungen sind jedoch die Aenderungen der Wortbedeutung, ist die Wandlung der Begriffe, die sich in der Sprache der DDR wie in allen innerhalb des sowjetischen Bereichs gesprochenen Sprachen vollzogen hat. Hier können nicht die einzelnen Fälle, deren Zahl in die Hunderte geht, sondern nur die allgemeinen Tendenzen untersucht werden.

Wenn man sich im Westen über die sowjetische Bildung „Volksdemokratie“ lustig macht, so berührt das den marxistisch-leninistischen Sprecher nicht. Etymologische Bedenken können ihn nicht davon abhalten, durch die Bildung „Volksdemokratie“ zum Ausdruck zu bringen, daß für ihn die westliche, bürgerlich-parlamentarische Demokratie nur scheinbar eine „Herrschaft des Volkes“, in Wirklichkeit aber eine Herrschaft der Ausbeuterklassen ist. „Volksdemokratie“ ist ein neues Wort für eine neue Sache, ebenso wie etwa die Wendung von den „Ländern der neuen Demokratie“. Es geschieht aber auch häufig, daß man den alten Wörtern die neue Bedeutung zumutet und etwa von „unserer demokratischen (= volksdemokratischen) Ordnung“ spricht. Auf dem Wege über einen ständigen Wechsel zwischen dem Gebrauch neuer und alter Formen für die neuen Begriffe geht die kontinuierliche Füllung alter, „westlicher“ Wörter mit sowjetischem Inhalt vor sich (dabei ist es möglich, daß bei gewissen Anlässen eine plötzliche Rückkehr zu der ursprünglichen Bedeutung stattfindet und z. B. das „undemokratische“ [= diktatorische] Vorgehen einzelner Funktionäre gerügt wird). Ein Verfahren, das solcher Auswechslung sowjetischer und „westlicher“ Wortgebilde ähnelt, ist das Verfahren der „Gleichsetzungen“. Die sowjetische Auffassung z. B., daß der Marxismus-Leninismus nicht nur eine, sondern die einzige Wissenschaft ist, versucht man dadurch im allgemeinen Bewußtsein zu verankern, daß man beide Begriffe immer nebeneinander verwendet, also stets von neuem den Kampf

gegen alle „unwissenschaftlichen, antimarxistischen Anschauungen“ fordert, gegen die „reaktionären, unwissenschaftlichen Theorien“, „für die fortschrittliche Wissenschaft, den dialektischen Materialismus“. „In der DDR“, erklärt die Presse der SED, „bestimmt die Regierung der DDR, die Bevölkerung“ — und setzt damit Regierung und Bevölkerung gleich, ebenso wie sie Volk und Staat in der abwechselnden Verwendung der Begriffe „unsere Volksmacht“ und „unsere Staatsmacht“ gleichsetzt, entsprechend der sowjetischen Lehre, daß Volks- und Staatsinteressen im sowjetischen Bereich identisch seien³⁾.

Die Wandlung der Begriffe spiegelt sich in einer weiteren sprachlichen Erscheinung. Der westliche Sprachgebrauch kennt eine größere Zahl von abstrakten Allgemeinbegriffen, wie „Gerechtigkeit“, „Friedfertigkeit“, „Gesetzlichkeit“, „Humanität“. Alle diese Begriffe werden im sowjetischen Bereich (und also auch in der Sprache der DDR) ihres Allgemeincharakters, der ihre Anwendung auf jeden beliebigen einzelnen Fall gestattet, dadurch entkleidet, daß man ein „sowjetisches“ Eigenschaftswort zu ihrem ständigen Begleiter werden läßt. Wir finden deshalb Wendungen wie „unsere demokratische Gesetzlichkeit“, „unsere demokratischen Errungenschaften“, „die kommunistische Moral“, „der sozialistische Realismus“, „die bolschewistische Bescheidenheit“, „der sowjetische Humanismus“. Die Aushöhlung der allgemeinen Begriffsinhalte erlaubt schließlich die Verkehrung eines Begriffes in sein Gegenteil. Der Begriff der „Gesetzlichkeit“ von Maßnahmen z. B. könnte Raum für naturrechtliche Vorstellungen lassen, für die in der deutlich umrissenen „demokratischen (hier = volksdemokratischen) Gesetzlichkeit“ kein Platz ist. Eine ähnliche Erscheinung liegt vor, wenn das Wort „Aggressor“ in dem 1951 in Leipzig erschienenen Duden als „(widerrechtlich) Angreifender“ definiert und so die sowjetische Lehre vom gerechten und ungerechten Krieg der Definition zugrunde gelegt wird.

Sonstige Einwirkungen der Ideologie auf die Sprache

Die Ideologie hat sich gewisse sprachliche Bildungen geschaffen, die für den Westdeutschen zunächst völlig unverständlich sind. So kommt der Totalitätsanspruch der Partei, der keine beruflichen oder privaten Bereiche dulden will, die etwa jenseits der weltanschaulichen Entscheidungen liegen, in den „Nur-tum“-Bildungen zum Ausdruck, die in der Sprache der DDR produktiv geworden sind. Immer

³⁾ Das Verfahren der „Gleichsetzungen“ vom Typ „antimarxistisch, unwissenschaftlich“ ist jedem undifferenzierten Denken eigen. Der Leiter der amerikanischen Kongreßkommission zur Untersuchung „unamerikanischer Umtriebe“ z. B., Mr. McCarthy, erklärte kürzlich, daß er den Kampf gegen „Kommunismus, Hochverrat und Korruption“ unbeirrt fortsetzen werde. Die Uebersetzung solcher sprachlicher Praktiken in die politische Wirklichkeit ist die Mischung politischer und krimineller Häftlinge, wie sie in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern üblich war.

wieder werden Gewerkschaftsmitglieder des „Nur-gewerkschaftlertums“, Lehrer des „Nurlehrertums“, Künstler des „Nurkünstlertums“ bezichtigt. „Das ist die Meinung von Jugendfreunden, die ‚Nurfachleute‘ werden wollen“, schrieb eine SED-Zeitung im Juni 1952, wobei sie das Wort „Nurfachleute“ in Anführungszeichen setzte, was zeigt, daß diese Bildungen möglich, aber noch nicht ganz selbstverständlich geworden sind.

Das totalitäre Freund-Feind-Denken begünstigt die Tendenz zur Bildung neuer Negationsformen zu vorhandenen Begriffen⁴. So hat sich in der Sprache der DDR das Adjektiv „unkühn“ bereits eingebürgert, ja sogar das Substantiv „die Unkühnheit“. Nicht die Feigheit, Zaghaftheit, Aengstlichkeit, sondern die „Unkühnheit“ mancher Funktionäre wird kritisiert. An Stelle von „abstrakt“ verwendet man das Wort „unkonkret“, an Stelle von „falsch“ mit Vorliebe „unrichtig“. Zu dem Substantiv „die Planerfüllung“ wurde kürzlich das sinnlose Gegenstück „die Nichtplanerfüllung“ gebildet: „Der Klassenfeind weiß, was Nichtplanerfüllung für uns bedeutet“ (Volksstimme, Chemnitz, 4. August 1953). George Orwell hat in dem Anhang über „Neusprech“, den er seinem Roman „1984“ gegeben hat und in dem er in satirisch überhöhter Form die sprachlichen Veränderungen beschreibt, die in dem totalitären Staat der Zukunft vor sich gehen werden, u. a. auch der Vorstellung Ausdruck gegeben, daß es in der neuen Sprache möglich sein werde, grundsätzlich jedes Wort durch die Voransetzung von „un-“ zu negativieren. Solche Tendenzen der Sprachentwicklung zeigen, daß der moderne totalitäre Staat der Sprache im Grunde gar nicht bedarf. Er braucht nur zu bezeichnen, was ihm nützt — die Kühnheit der Funktionäre — und was ihm schadet — ihre Unkühnheit, er braucht nur Position und Negation, er benötigt für seine tiefsten Anliegen nur das Zeichen. Ein Vorfall, der sich in Berlin ereignete und sich nicht nur im sowjetischen Bereich, sondern bei jeder von totalitärem Denken beherrschten Menschenmasse ereignen kann, gibt für die Möglichkeit des Verzichts auf das verstandene Wort und seine Ersetzung durch die bloße Tendenz einen anschaulichen Beweis. Anlässlich der Rede eines chinesischen Professors auf einer Berliner Massenkundgebung schrieb nämlich ein Reporter des *Neuen Deutschland* in seinem Bericht begeistert, daß die Tausende von Zuhörern zwar kein Wort Chinesisch gekannt, aber doch immer von neuem stürmischen Beifall gezollt hätten, weil sie ja gewußt hätten, daß der Chinese vom Frieden und für den Frieden sprach.

Der zum Teil ebenfalls auf sowjetischen Einfluß zurückgehende gehäufte Gebrauch einer Anzahl von Wörtern, insbesondere der Adjektive „allseitig“, „aktiv“ und „konkret“, und der Verben „einplanen“,

„erstellen“, „meistern“, „entwickeln“ und „entfalten“ („wir stehen vor der Aufgabe der allseitigen Entfaltung eines frohen Jugendlebens“; „jeder Zirkelleiter entwickelt einen Zirkelassistenten“) bringt einerseits das Streben nach Totalität, andererseits die Notwendigkeit zum Ausdruck, jegliche Aktivität zu befehlen, „anzuleiten“ und nichts „dem Selbstlauf zu überlassen“.

Auch das Pathos der sowjetischen Sprache (der häufige Gebrauch der Anapher und des Superlativs) und der Rückgriff auf das religiöse Vokabular („die heilige Pflicht der Werktätigen“) sind in der deutschen Sprache der DDR zu finden.

Die Zahl all jener sprachlichen Veränderungen ist, am Gesamtbestand der Sprache gemessen, natürlich gering. Aber ihre Wirkung ist dennoch bedeutend, weil gerade diejenigen Begriffe von den Veränderungen betroffen sind, welche die „weltanschauliche“ und politische Haltung des einzelnen bestimmen. Auch hat sich „das Neue“ in der deutschen Sprache noch nicht überall durchgesetzt. Aber die neue Sprache beherrscht immerhin den gesamten Bereich des gedruckten Wortes, soweit es sich nicht um das kirchliche und rein fachliche handelt, und sie ist die Sprache des öffentlichen Lebens im weitesten Sinn.

Die tiefe Einwirkung der sowjetischen Sprache auf die deutsche und eine große Zahl der erwähnten Veränderungen wird auch durch die offiziellen Erörterungen des Sprachproblems in der DDR bestätigt.

Die Diskussion über den „Funktionärjargon“

Im Sommer 1950 überraschte Stalin die Welt mit der Veröffentlichung dreier Artikel zu Fragen der Sprachwissenschaft in der Moskauer „Prawda“. Zu diesen Artikeln nahm die SED im Juni 1951 auf einer „Theoretischen Konferenz“ in Berlin Stellung. Auf der Konferenz wurden mehrere aufschlußreiche, einander teilweise widersprechende Feststellungen gemacht. Es wurde einerseits betont, daß die Einheit der deutschen Sprache in Ost- und Westdeutschland erhalten geblieben sei. Stalin hatte nämlich gesagt, daß die Sprache gegen fremde Einflüsse sehr widerstandsfähig sei und daß auch bei Revolutionen sich nur etwa 1 vH des Wortbestandes ändere — dabei aber im übrigen nicht erwähnt, daß gerade die entscheidenden Wörter der Veränderung unterliegen!

Es wurde andererseits den „westlichen Imperialisten“ der Vorwurf gemacht, daß sie die deutsche Sprache zu spalten suchten; Beweise für solche Versuche wurden nicht vorgebracht. Dagegen wurde auf der Konferenz ein heftiger Kampf gegen das „Funktionärdeutsch“, gegen den „Funktionärjargon“, gegen „das Klüngelidiom der Funktionäre“ und, auch dieser Ausdruck wurde gebraucht, gegen die „Parteisprache“ eingeleitet. Dieser Kampf hat drei Ursachen. Erstens hatte Stalin selbst in seinen Artikeln die Bedeutung

⁴) Vgl. „undeutsch“, „unamerikanisch“.

der Sprache als eines Propagandamittels hervor-
gehoben; die Sprache ist, so hatte er erklärt, ein
„Werkzeug zur Weiterentwicklung der Gesellschaft“.
Zweitens hatte in der Sowjetunion im Anschluß an die
zur Erörterung der Stalinthesen im Herbst 1950 ein-
berufenen Konferenzen eine Auseinandersetzung mit
den „sprachlichen Schablonen“ begonnen; man hatte
einen Feldzug für die Reinheit der Sprache, insbeson-
dere der Sprache der publizistischen Organe und der
Literatur eingeleitet. Drittens aber hatte man in der
DDR selbst längst erkannt, daß eine Parteisprache
existiert, daß sie von „Schablonen“ wimmelt und daß
diese der Bevölkerung „unverständliche“ Sprache die
Ursache vieler Mißerfolge in der Agitation war und
ist. Mit der Veröffentlichung der Stalinthesen und
dem Beginn des Kampfes gegen die Schablonen in
der russischen Sprache war das Stichwort zu verhält-
nismäßig offenen Aussprachen über diese Probleme
gegeben.

Im Verlaufe dieser Aussprachen und in den Stel-
lungnahmen der Presse wurden die Funktionäre
immer wieder wegen der „Nichtachtung gegenüber
den Massen“ getadelt, die in der Tatsache zum Aus-
druck komme, daß sie unbekümmert um die Allge-
meinverständlichkeit den Parteijargon sprächen. Dier-
ser Vorwurf der Nichtachtung gegenüber den Massen
und die Diskussion über den Funktionärjargon sind
insofern interessant, als *Stalin* selbst in seinen Auf-
sätzen erklärt hatte, die Sprache werde zum Jargon,
sobald sie nicht mehr allgemeinverständlich sei, sobald
sie eine bestimmte soziale Gruppe unterstütze; als
Beispiel hatte *Stalin* die Oberschichten der früheren
besitzenden Klassen genannt, die sich vom Volke
gelöst und das Volk gehaßt hätten. Die Thesen *Stalins*
vom Jahre 1950 liefern also, auf die Sprachwirklichkeit
und die Sprachdiskussionen in der DDR projiziert,
einen „sprachlichen“ Beweis für die Bildung einer
neuen herrschenden Klasse — der Klasse der Funk-
tionäre. Der Kampf gegen den Funktionärjargon
wurde seit dem Sommer 1951 jeweils dann wieder
aufgenommen, wenn das Versagen der Parteisprache
gegenüber der Notwendigkeit, die Massen, und ins-
besondere die Arbeitermassen, von der Richtigkeit der
Parteipolitik zu überzeugen, eine politische Krise
heraufbeschwor. Das war besonders im Herbst 1951
bei den Bemühungen um die Durchsetzung der Be-
triebskollektivverträge der Fall und nach den Ereig-
nissen des 17. Juni 1953, die den Präsidialrat des
Kulturbundes zu der Forderung nach einer „tief-
gehenden Umgestaltung des Inhalts und der Sprache
unserer Tageszeitungen und unseres Rundfunks“ ver-
anlaßte, die Akademie der Künste aber zu der war-
nenden Feststellung, daß eine „bürokratische scha-

blonenhafte Sprache das Interesse der Bevölkerung
an den öffentlichen Angelegenheiten“ lähme.

Die Kritik an der Parteisprache ist aber zunächst
viel zu oberflächlich; es werden immer nur gewisse
Auswüchse angeprangert („erstellen“, „einplanen“).
Fälle von grundsätzlicher Kritik (etwa an den Ueber-
treibungen) sind selten und haben keine spürbaren
Folgen. Ein zweiter Grund für die Wirkungslosigkeit
der Kritik ist die Tatsache, daß der Parteiapparat,
selbst wenn er sich der Sprache gegenüber neutral
verhalten wollte, zu einer Neutralität, zu einer „par-
teiloson Sprache“ gar nicht fähig wäre. Denn die
Parteihierarchie münzt nolens volens jedes Wort zu
einer Formel. Das zeigt am besten gerade der Kampf
gegen die Funktionärsprache, bei dem untere Stellen
gewöhnlich nur die Ausdrücke an den Pranger zu
stellen wagen, die man „oben“ bereits angeprangert
hat. Erklärt *Stalin* warnend (und das hat er erklärt):
„Das schlimmste sind die geprägten Formeln!“, so
erklären am nächsten Tage 5000 Funktionäre war-
nend: „Das schlimmste sind die geprägten Formeln!“
— und schon ist die Wendung gegen die „geprägten
Formeln“ ihrerseits zu einer geprägten Formel ge-
worden. Solange ein System nur einen genormten
Gedanken duldet, wird es auch nur eine genormte
Sprache geben.

Eine Beobachtung der Sprachentwicklung in der
sowjetischen Besatzungszone läßt daher auch nicht
nur die sprachlichen Gefahren einer längeren poli-
tischen Trennung der beiden Teile Deutschlands
erkennen; sie macht zu einer Warnung geneigt vor
den Versuchen einer Sprachregelung — und seien sie
noch so unbewußt —, die in steigendem Maße auch
in Westdeutschland unternommen werden (und die
sich etwa in der Tatsache spiegeln, daß ein Publizist
wie *Walter Dirks* heute den Gebrauch des Wortes
„Remilitarisierung“ — an Stelle von „Verteidigungs-
beitrag“ — bereits rechtfertigen muß⁵⁾); die Kenntnis
dieser Entwicklung kann fruchtbar werden, wenn sie
das Bewußtsein möglichst vieler Einzelner für die in
der Sprache schlummernden „totalitären Potenzen“
und für jegliche Anzeichen ihrer Aktualisierung
schärft⁶⁾.

⁵⁾ *Frankfurter Hefte*, Nr. 8/1953.

⁶⁾ Einige Literaturhinweise. Zur Sprache des Nationalsozialis-
mus: V. *Klemperer*, „LTI (= lingua tertii imperii). Notizbuch
eines Philologen“, Berlin 1947, 2. Aufl. 1949. — Einiges bei
W. *Hagemann* „Die Publizistik im Dritten Reich“, Hamburg
1948. — Zur deutschen Sprache der Kriegs- und Nachkriegszeit
(Jargons): Werner *Krauß*, „Ueber den Zustand unserer
Sprache“, in *Die Gegenwart*, Nr. 28/29, Februar 1947, S. 29
bis 32. — Zur Sprache in der Sowjetunion: L. *Rzevskij*, „Jazyk i
totalitarizm“, München 1951 (russisch; deutsche Zusammen-
fassung S. 63). — Einiges zu der in der sowjetischen Besatzungs-
zone gebräuchlichen Terminologie in „SBZ von A—Z“, Bonn
1953.

Die Sozialarbeit der Brüsseler Paktmächte im Rahmen einer europäischen Sozialpolitik

Von Hermann Volle

Es ist in den letzten Jahren üblich geworden, der unbeweglichen Bürokratie der Nationalstaaten die Hauptverantwortung für das langsame Fortschreiten des europäischen Integrationsprozesses zuzuschreiben. Dabei wird meist übersehen, daß die innere Struktur der europäischen Nationalstaaten — insbesondere durch die Einbeziehung neuer Aufgaben auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet — seit Jahrzehnten einem tiefgreifenden Wandel unterworfen ist. Diese neuen Aufgaben lassen sich aber nicht mehr innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen lösen. Die wirtschaftspolitischen Organisationen der Unternehmerschaft, die wirtschaftlichen Fachverbände und die Gewerkschaften verfügen über internationale Organisationen, denen auch die Aufgabe einer Koordinierung der Grundsatzpolitik in den einzelnen Ländern zufällt (vgl. „Internationale Bestrebungen der Unternehmensverbände“ in EA 20/1952, S. 5155, „Die internationale Gewerkschaftsbewegung“ in EA 2/1952, S. 4663, „Die Internationale der Genossenschaften“ in EA 14—15/1953, S. 5871). Auch die großen politischen Parteien haben bereits Ansätze zur Koordinierung ihrer Tätigkeit auf europäischer Ebene entwickelt. Schon aus diesem Grunde, aber natürlich auch aus rein sachlichen Erwägungen, kann die Bürokratie der Nationalstaaten gar nicht umhin, sich der politischen und sozialen Wirklichkeit anzupassen und ihrerseits entsprechende Wege der überstaatlichen Zusammenarbeit zu suchen. Der nachfolgende Bericht über die Sozialarbeit der Brüsseler Paktmächte zeigt, wie viel auf diesem Gebiet in den letzten Jahren bereits geschehen ist. Er zeigt auch, wie falsch es ist, in der Bürokratie nur einen Hemmschuh für den europäischen Integrationsprozeß zu sehen. Dort, wo sie richtig angesetzt wird und nach ihren eigenen Methoden der Verwaltungsvereinfachung und Rationalisierung arbeiten kann, ist sie sehr wohl in der Lage, wesentliche Hindernisse der europäischen Einigung aus dem Weg zu räumen.

Co.

Sozialpolitische Maßnahmen internationaler und europäischer Organisationen

Unter der Vielzahl der Maßnahmen auf dem Gebiete einer europäischen Sozialpolitik stellt die Sozialarbeit der Brüsseler Paktmächte lediglich einen Ausschnitt dar. Neben den Erfolgen der auf weltweiter Basis tätigen Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hebt sich die Tätigkeit der Brüsseler Paktmächte jedoch von den anderen auf diesem Gebiet tätigen Organisationen, wie beispielsweise dem Europarat, dem Europäischen Wirtschaftsrat und der Montanunion, besonders ab. Nach Artikel 2 des Brüsseler Vertrages¹ ist die sozialpolitische Zusammenarbeit zwischen den Signatarstaaten darauf gerichtet, einerseits die sozialen Bedingungen möglichst gegenseitig anzugleichen und andererseits im Sinne der Freizügigkeit die Staatsangehörigen eines der Vertragsstaaten den eigenen Staatsangehörigen des jeweiligen Vertragsstaates gleichzustellen. Ueber die in diesem Sinne von den Brüsseler Paktmächten in den

vergangenen Jahren geleistete Arbeit ist in der Öffentlichkeit nicht viel bekannt geworden. Dies ist zwar in Anbetracht der seit dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 ständig gewachsenen Spannungen des Kalten Krieges verständlich, doch erscheint uns die in aller Stille, gewissermaßen im Schatten der großen Politik entstandene Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf dem Gebiete der Sozialpolitik besonderer Beachtung wert.

Während die Tätigkeit anderer Organisationen vor allem auf die Schaffung internationaler Mindestnormen, insbesondere in Richtung auf eine Angleichung der Sozial- und Arbeitsbedingungen, abgestellt ist, wird die Sozialpolitik des Brüsseler Paktes, wenn auch nur innerhalb eines beschränkten territorialen Bereiches, sowohl in dieser als auch in Richtung auf die Beseitigung aller Schwierigkeiten, die der innereuropäischen Freizügigkeit im Wege stehen, tätig. Durch

diese letztere Tätigkeit wird die Schaffung eines einheitlichen europäischen Arbeitsmarktes und damit ein Ausgleich zwischen Arbeitskräftemangel auf der einen und Arbeitskräfteüberschuß auf der anderen Seite angestrebt.

Die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) war seit ihrer Gründung, die gleichzeitig mit derjenigen des Völkerbundes im Jahre 1919 erfolgte, als universale Organisation gedacht. Heute gehören zu ihren 66 Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Sowjetunion, Rumäniens und Spaniens alle wichtigen Staaten der Welt. Die langjährige Erfahrung der ILO und die bisher von ihr erzielten Erfolge sprechen dafür, daß sich alle Maßnahmen einer europäischen Sozialpolitik an der Tätigkeit der ILO orientieren und auf ihren Ergebnissen aufbauen. Es sei hier nur auf die normenschaffende Tätigkeit der ILO mit 103 Uebereinkommen, 95 Empfehlungen und sehr zahlreichen Entschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz und vielen Entschlüssen der Industrie- und anderer Ausschüsse hingewiesen, die in ihrer Gesamtheit einen beinahe umfassenden internationalen Kodex des Sozial- und Arbeitsrechtes darstellen.

Die Bemühungen des *Europarates* liegen etwa auf der gleichen Ebene wie diejenigen der Brüsseler Paktmächte. Als hauptsächliches Ergebnis kann der Europarat die inzwischen in Kraft getretene Straßburger Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten aufweisen. Daneben verdient das im Mai 1953 vom Generalsekretariat des Europarates gearbeitete Memorandum zur Frage einer gemeinsamen Sozialpolitik der Mitgliedstaaten des Europarates besondere Beachtung. Ueber die Sozialarbeit des Europarates soll in einer späteren Folge des Europa-Archivs gesondert berichtet werden.

In dem Vertrag über die Schaffung der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* sind keine Bestimmungen für eine neue supranationale Sozialpolitik innerhalb der der Montanunion angehörenden Industriezweige enthalten. Die Sozialpolitik der Montanunion, soweit man heute schon von einer solchen sprechen kann, ist vor allem darauf gerichtet, den Arbeitnehmer gegen Schädigungen und Nachteile aus den zu ergreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu schützen. Die Gemeinsame Versammlung hat am 10. Januar 1953 einen besonderen Ausschuß für Fragen der Sozialpolitik berufen, über dessen Arbeit zur Zeit jedoch noch nichts ausgesagt werden kann.

Innerhalb des *Europäischen Wirtschaftsrates* (OEEC) hat sich der Ausschuß für Arbeitskräfte mit

sozialen Fragen, insbesondere dem Problem der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und dem Arbeitskräfteausgleich innerhalb der einzelnen europäischen Länder sowie mit Fragen der Arbeitsvermittlung, der Arbeitsstatistik und Berufsausbildung befaßt. Seine Arbeiten stehen in engem Zusammenhang mit denen des Internationalen Arbeitsamtes und des Europarates. Dieser Ausschuß der OEEC verfügt jedoch lediglich über ein Vorschlagsrecht, und auch die Beschlüsse des Ministerrates der OEEC werden für die einzelnen Regierungen erst nach Annahme durch die nationalen Parlamente bindend. Trotzdem müssen die von der OEEC auf dem Gebiete der Sozialpolitik bisher geleisteten Arbeiten als wichtige Ansatzpunkte für eine künftige europäische Sozialpolitik betrachtet werden.

Den Fragen der Auswanderung widmet sich seit Ende 1952 als Nachfolger des vorläufigen zwischenstaatlichen Komitees für den Transport europäischer Auswanderer (PICMME) das *Zwischenstaatliche Komitee für europäische Auswanderung* (ICEM)². Bei seiner Tätigkeit sieht sich das Komitee den Schwierigkeiten gegenüber, die das gesamte Problem des internationalen Arbeitskräfte- und Bevölkerungsausgleichs, besonders das der überseeischen Auswanderung, bestimmen.

Der nachfolgende Beitrag, der in erster Linie auf den Berichten der Brüsseler Paktmächte an den Europarat aus den Jahren 1952 und 1953 (Dokumente Nr. 39/1952 und 175/1953 sowie Dokument 140/1953) und auf den im Rahmen der Documentation Française veröffentlichten Texten der Abkommen, Konventionen und amtlichen Communiqués sowie auf einer im Auftrage des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung erfolgten Ausarbeitung von Dr. Johannes Schregle über Erfolge und Möglichkeiten einer europäischen Sozialpolitik beruht, soll zunächst die im Rahmen des Brüsseler Paktes geschaffene organisatorische Basis für die Sozialarbeit der fünf Länder schildern und dann im einzelnen eine Uebersicht der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialpolitik, der öffentlichen Gesundheit, der sozialen und medizinischen Fürsorge, der Versorgung der Kriegsoffer und der Wiedereingliederung Körperverletzter in den Arbeitsprozeß vermitteln. Die Fragen einer kulturellen Zusammenarbeit, wie sie in Artikel 3 des Brüsseler Vertrages vorgesehen ist, sind in diesem Beitrag nicht berücksichtigt worden. Sie sollen zu gegebener Zeit Gegenstand eines gesonderten Beitrages bilden.

Die Struktur der sozialen Zusammenarbeit der Brüsseler Paktmächte

Die in Artikel 2 des Brüsseler Vertrages vorgesehene Zusammenarbeit in sozialen Angelegenheiten wird zwischen den einschlägigen Ministerien der Signatarstaaten auf verschiedenen Ebenen durchgeführt:

1. auf der Ebene des *Konsultativrates*, der sich aus den Außenministern der fünf beteiligten Länder zusammensetzt;
2. auf der Ebene des *Ständigen Ausschusses*, der sich aus

den diplomatischen Missionschefs Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und der Niederlande in London sowie einem britischen Vertreter mit dem Rang eines Botschafters zusammensetzt;

3. auf der Ebene der *technischen Ausschüsse und Unterausschüsse*, die sich aus höheren Beamten der einzelnen Ministerien, die sich mit sozialen und kulturellen Fragen befassen, zusammensetzen;
4. auf der Ebene der *Verbindungsstellen*, die bei jedem in Frage kommenden nationalen Ministerium eingerichtet worden sind;
5. auf der Ebene des *Generalsekretariats*.

Der Konsultativrat tritt jährlich einmal zusammen, um die vom Generalsekretariat zu erstattenden Berichte über die Tätigkeit auf sozialem und kulturellem Gebiet zu erörtern und um neue Richtlinien herauszugeben. Der Ständige Ausschuß, der monatlich zusammentritt, nimmt die Berichte der technischen Ausschüsse entgegen, billigt im Namen der Regierungen die Arbeitsprogramme und trägt Sorge dafür, daß die vom Ausschuß unterbreiteten Empfehlungen und Entschlüssen die Beachtung der Regierungen finden und im Einklang mit den Absichten der Sachverständigen zur Anwendung gelangen. Die technischen Ausschüsse und Unterausschüsse treffen abwechselnd in jedem der Vertragsländer in Abständen von vier bis sechs Monaten oder auf Einberufung durch das Generalsekretariat zusammen. Sie stehen zur Bearbeitung jedes vom Ständigen Ausschuß gestellten Problems zur Verfügung und arbeiten mit anderen internationalen Organisationen wie beispielsweise der ILO, der NATO, dem Europarat, der Montanunion und der UNESCO eng zusammen. Für gewisse Sonderprobleme können von Fall zu Fall zusätzliche Unterausschüsse oder Arbeitsgruppen geschaffen werden.

Nach dem Stand vom Herbst 1953 bestanden auf dem Gebiet der Sozialarbeit folgende Ausschüsse:

- a) Sozialausschuß
- b) Ausschuß für öffentliches Gesundheitswesen
- c) Ausschuß für Kriegsopferversorgung

d) Ausschuß für die Wiedereingliederung von Körperversehrten in den Arbeitsprozeß

und Unterausschüsse:

- a) Arbeitskräfte
- b) Soziale Sicherheit
- c) Pharmazeutische Erzeugnisse
- d) Gewerbliche Sicherheit und Gesundheit.

Die sorgfältige Vorbereitung der Ausschußtagungen machte einen Dokumentationsaustausch von beträchtlichem Umfang erforderlich. Außerdem ist eine weitere Verfolgung der von den Sachverständigen getroffenen Beschlüsse notwendig, um zu garantieren, daß ihre Anwendung in der Praxis zufriedenstellende Ergebnisse zeitigt. Da eine Zentralisierung dieser Aufgaben einen Zeitverlust mit sich bringen würde, sind bei den einschlägigen Ministerien der fünf Regierungen Verbindungsstellen geschaffen worden, so unter anderen bei den Außenministerien, den Arbeitsministerien, den Gesundheitsministerien und den Erziehungsministerien. Zu den Aufgaben dieser Verbindungsstellen gehört neben der Uebersetzung und dem Austausch von Dokumenten die Koordinierung der aus der Anwendung des Brüsseler Vertrages resultierenden Tätigkeit innerhalb der einzelnen Ministerien auf nationaler Ebene.

Die Koordinierung der verschiedenen Organe, die sich mit sozialen und kulturellen Fragen befassen, wird durch das Generalsekretariat gewährleistet. Das Sekretariat bildet den einzigen Teil der Brüsseler Paktorganisation, der international finanziert wird. Alle aus der Tätigkeit der Organe selbst entstehenden Kosten werden von dem Land getragen, in dem die Kosten anfallen oder durch gemeinsames Uebereinkommen aufgeteilt. Allen Sitzungen der Ausschüsse und Unterausschüsse wohnt ein Vertreter des Generalsekretariats bei. Das Generalsekretariat stellt Dolmetscher und Schreibkräfte zur Verfügung und ist für die Abfassung der Protokolle verantwortlich.

Allgemeine Sozialpolitik

Internationale Arbeitskonventionen

Artikel 2 des Brüsseler Vertrages besagt, daß die fünf Mächte „miteinander beraten werden, damit die vorgeschlagenen Maßnahmen von direktem praktischem Interesse, die sich auf soziale Fragen beziehen und die mit ihrer Zustimmung von den Sonderorganisationen beschlossen wurden, so bald wie möglich in die Praxis umgesetzt werden können“. In Anbetracht dessen hat der Sozialausschuß die Anwendung der von der Internationalen Arbeitskonferenz gebilligten Konventionen einem systematischen Studium unterzogen. Hierbei ist untersucht worden, inwieweit der in diesen Konventionen festgelegte Mindeststandard von der Gesetzgebung und der Praxis der fünf Staaten ab-

weicht und welche Hindernisse der Ratifikation dieser Konventionen bisher entgegenstanden. Aus dem gemeinsamen Studium dieser Probleme hat sich in vielen Fällen ein gemeinsamer Standpunkt der fünf Paktstaaten entwickelt, der in der Folgezeit in der Annahme einer Reihe von Konventionen seinen Ausdruck gefunden hat. So wurden von den Brüsseler Paktmächten im Jahre 1950 allein vierzehn, im Jahre 1951 sogar zweiundzwanzig und im Jahre 1952 weitere dreizehn Ratifikationsurkunden bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf hinterlegt.

Empfehlungen der ILO

Der Sozialausschuß hat sich auch mit der Anwendung der zahlreichen Empfehlungen der ILO befaßt.

Hierbei handelte es sich vor allem um die Empfehlungen, die sich mit den Sicherheitsvorschriften in der Industrie, der sozialen Gesetzgebung, der allgemeinen Arbeitsbedingungen, der Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Frauen, Wanderungsproblemen und statistischen Fragen befassen. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Sozialausschuß auch der Empfehlung zur Einrichtung von Arbeitsvermittlungsdiensten für junge Menschen. In diesem Zusammenhang wurde eine besondere Studie angefertigt, die sich mit der beruflichen Unterbringung junger Arbeiter (im Alter von über 18 Jahren) befaßt. Ein weiteres Arbeitsgebiet des Sozialausschusses war die in einer Empfehlung der ILO angeregte Berufsausbildung für Erwachsene. Hierüber wurde ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den fünf Ländern beschlossen. Grundsätzliches Uebereinkommen wurde auch hinsichtlich des Austausches von Berufsausbildungspersonal zwischen den fünf Ländern getroffen.

Entschließungen der Industriausschüsse der ILO

Verschiedene Entschließungen der Industriausschüsse der ILO sind von dem Sozialausschuß ebenfalls zum Ausgangspunkt eingehender Studien gemacht worden. Im Verlauf dieser Studien konnte festgestellt werden, daß die Entschließungen hinsichtlich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den fünf Mitgliedstaaten zum überwiegenden Teil bereits Anwendung finden. Zur Frage der Beschäftigung von Kindern und jungen Menschen wurde eine vergleichende Studie angefertigt, die sich insbesondere mit der Situation im Kohlenbergbau befaßt.

Soziale Sicherheit

Artikel 2, Absatz 3 des Brüsseler Vertrages besagt, daß sich die fünf Länder bemühen werden, „so bald wie möglich auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit Abkommen miteinander zu schließen“. Der in dieser Hinsicht bisher erzielte Erfolg ist beachtlich. Als der Brüsseler Pakt am 17. März 1948 unterzeichnet wurde, war zwischen den beteiligten Ländern noch kein einziges Sozialversicherungsabkommen in Kraft. Ende September 1952 waren bereits sechs derartige Abkommen verwirklicht worden; ein weiteres Abkommen steht jetzt kurz vor dem Abschluß. Um jedoch zu einem lückenlosen *System bilateraler Abkommen* zwischen den fünf Staaten zu gelangen, sind noch drei weitere, also insgesamt zehn Abkommen erforderlich.

Am 7. November 1949 wurde von den Außenministern der Paktstaaten eine *multilaterale Konvention über die soziale Sicherheit*³ unterzeichnet, um die bilateralen Abkommen, die jeweils nur für die Staatsangehörigen der beiden Partnerstaaten Gültigkeit haben, zwischen allen fünf Staaten in ein geschlossenes System einzuordnen. Diese multilaterale Konvention, die inzwischen von allen beteiligten Staaten ratifiziert worden und in Kraft getreten ist, gewährleistet die

Leistungsansprüche von Berechtigten, die im Laufe ihres Arbeitslebens in mehr als zwei der fünf Staaten beschäftigt waren. Sie sieht ferner die Zusammenrechnung aller in den einzelnen Staaten erworbenen Beitragszeiten vor, bestimmt die Weitergewährung besonderer Sozialversicherungsleistungen, wenn jemand in ein anderes Land überwechselt, und garantiert Geld- und Sachleistungen an die Angehörigen von Arbeitnehmern, die nicht in dem Land beschäftigt sind, in dem ihre Familien wohnen.

Schwierigkeiten, die bei der Auslegung der Anwendung der multilateralen Konvention und der bilateralen Konventionen in der Folgezeit auftraten, haben zur Ausarbeitung einer *Verwaltungsvereinbarung* für die multilaterale Konvention und eines *Auslegungsprotokolls* für bestimmte Vorkehrungen der multilateralen und der bilateralen Konventionen geführt. Mit der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung durch die in den fünf Ländern für die Fragen der sozialen Sicherheit verantwortlichen Minister wird noch vor Ablauf des Jahres 1953 gerechnet.

Um den Abschluß der noch fehlenden bilateralen Konventionen zu erleichtern und zu beschleunigen, haben die fünf Mitgliedstaaten ein *Modellabkommen* ausgearbeitet, das als Grundlage für alle noch abzuschließenden bilateralen Abkommen auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit dienen soll. Durch eine klare und eindeutige Fassung sollen Auslegungsschwierigkeiten künftig vermieden werden.

Ein Unterausschuß von Sachverständigen hat sich mit den sozialen Problemen befaßt, die mit dem *Militärdienst* und der *Mobilisierung* in Verbindung stehen, insbesondere mit der Frage von Geldleistungen an die Angehörigen eines Versicherten, der seinen Militärdienst in einem anderen der Brüsseler Paktländer leistet. Die Sachverständigen sind übereingekommen, daß die Lösung dieser Probleme den Abschluß einer multilateralen Konvention erfordert, die die Ansprüche eines Versicherten und seiner Familie während der Zeit des Militärdienstes und die Aufrechterhaltung dieser Ansprüche nach Ableistung der Dienstzeit sichert.

Ein anderer Unterausschuß hat eine vorläufige Studie angefertigt, die die Fragen der steigenden *Kosten der Kranken- und Invalidenversicherung* untersucht. Gegenwärtig findet über die Ursachen der steigenden Kosten zwischen den einzelnen Ländern ein eingehender Informationsaustausch statt.

Im Verlaufe des Jahres 1953 hat sich ein Unterausschuß mit der Prüfung der *Sozialversicherungspläne für die in der Binnenschifffahrt und dem Straßenverkehr beschäftigten internationalen Transportarbeiter* befaßt. Der Ausschuß hat als Ergebnis seiner Studien die Ausarbeitung einer multilateralen Konvention beschlossen, die zwischen den vier Kontinentalstaaten abgeschlossen werden soll. Da Großbritannien keine

gemeinsame Grenze mit den Kontinentalstaaten hat, wird es an dieser Konvention nicht teilhaben.

Die vor längerer Zeit begonnenen Arbeiten über die *Sozialversicherung der Universitätsstudenten* konnte im Verlaufe des Jahres 1953 abgeschlossen werden. Noch in Vorbereitung befindet sich eine Studie zum Thema der *Sozialversicherung von Artisten*.

Arbeitskräfte

Um den Austausch von *Gastarbeitern* (d. h. von Arbeitnehmern, die die Staatsangehörigkeit eines der fünf Brüsseler Paktstaaten besitzen und in einem dieser Staaten eine Beschäftigung suchen, um sich sprachlich und beruflich weiterzubilden) zu fördern und zu erleichtern und um die Grundsätze für einen solchen Austausch festzulegen, wurde von den Außenministern der Paktstaaten am 17. April 1950 eine multilaterale Konvention unterzeichnet⁴. Die Konvention befaßt sich mit der Entlohnung von Gastarbeitern, der Dauer der Arbeitsgenehmigung (normalerweise nicht über zwölf Monate) und der Zahl der in den einzelnen Ländern zuzulassenden Gastarbeiter. Die Konvention ist inzwischen für alle Länder in Kraft getreten.

Für jugendliche Arbeitskräfte, die nicht in die Kategorie der Gastarbeiter fallen, die aber gleichfalls zur Ausbildung ins Ausland gehen, ist in Zusammenarbeit mit dem Unterausschuß für Jugendfragen 1952 erstmals ein versuchsweiser Austausch zwischen einzelnen Industriefirmen eingeleitet worden.

Eine ebenfalls am 17. April 1950 unterzeichnete multilaterale Konvention über *Grenzgänger*⁵ gestattet solchen Arbeitnehmern (d. h. Personen, die die Staatsangehörigkeit eines der fünf Vertragsstaaten besitzen, im Grenzgebiet eines der Staaten wohnen und täglich zur Arbeit über die Grenze in einen der Vertragsstaaten gehen bzw. fahren müssen) eine größere Freizügigkeit. Die Konvention regelt die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der Grundlage der gleichen Behandlung zwischen einheimischen Arbeitnehmern und Grenzgängern. Eine entsprechende Grenzkarte wird den Grenzgängern kostenlos ausgestellt. Die Konvention bestimmt, daß, obwohl die Ausgabe und Erneuerung der Grenzarbeiterkarte in erster Linie von der Lage des Arbeitsmarktes des beschäftigenden Landes abhängt, die Erneuerung nach fünf Jahren kontinuierlicher Arbeit automatisch erfolgt, vorausgesetzt, daß der Grenzarbeiter den Bedingungen des bilateralen Abkommens gerecht wird. Die Konvention regelt ebenfalls die Frage der Arbeitslosenversicherung. Abgesehen von einigen Ausnahmefällen erhalten die Grenzarbeiter die gleiche Arbeitslosenunterstützung wie die Arbeiter ihres Herkunftslandes. Die Konvention ist in der Zwischenzeit in allen fünf Paktstaaten in Kraft getreten.

Seit dem Jahre 1951 haben die fünf Paktstaaten mit einer *Zusammenarbeit der Arbeitsvermittlungsstellen*

begonnen. Für den Arbeiter bedeutet dies eine Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeit außerhalb seines Heimatstaates auch in den anderen Ländern des Brüsseler Paktes und für den Arbeitgeber eine Gelegenheit, Arbeitskräfte zu Zeiten eines Arbeitermangels auch aus anderen Quellen als denen seines eigenen Landes zu bekommen. Die Arbeitsvermittlungsstellen der fünf Länder tauschen Listen offener Arbeitsplätze, die aus dem Arbeitskräfte-reservoir des eigenen Staates nicht besetzt werden können, aus, um den Bedarf an bestimmten Arbeitskräften auch aus den Stellensuchenden der anderen Staaten decken zu können. Gegenwärtig ist der Austausch von Stellenangebotslisten nur auf diejenigen gewerblichen und kaufmännischen Berufszweige beschränkt, in denen ein ständiger Bedarf an Arbeitskräften besteht und in denen die Gefahr der Arbeitslosigkeit gering ist.

Zum näheren Studium des Arbeitsvermittlungssystems haben Sachverständige die entsprechenden Behörden der einzelnen Länder besucht. Der Sozialausschuß der Brüsseler Paktmächte hofft, daß die Organisation dieser Zusammenarbeit und die Schaffung eines direkten Kontaktes zwischen den Arbeitsvermittlungsstellen der fünf Länder zur *Lösung auch anderer Arbeitskräfteprobleme* beitragen mögen. Die Durchführung des Arbeitskräfteaustausches wird durch den Unterausschuß für Arbeitskräfte laufend überprüft. Dieser Ausschuß hat sich auch mit der Frage der Kosten der Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte befaßt. Er hat empfohlen, daß die Visagebühren künftig in Fortfall gelangen sollen. Dieser Vorschlag ist von den Paktmächten angenommen worden, und bilaterale Vereinbarungen werden getroffen, um diese Empfehlung zu verwirklichen.

Als das Ergebnis einer vorläufigen Untersuchung der Sicherheitsvorrichtungen für gefährliche Maschinen hat der Sozialausschuß im Jahre 1952 einen besonderen Unterausschuß für gewerbliche Sicherheit und Gesundheit geschaffen. Dieser Unterausschuß ist nicht nur um die Zustandebringung eines Abkommens über Schutzvorrichtungen für bestimmte Maschinenarten bemüht, sondern er ist ebenfalls bestrebt, den allgemeinen *Standard der gewerblichen Sicherheit* in den fünf Ländern zu heben. Zu diesem Zweck ist ein detaillierter Informationsaustausch in die Wege geleitet worden.

Der Unterausschuß für Arbeitskräfte hat sich in den vergangenen Jahren mit der Frage der Herausgabe von Informationen über die verschiedenen Berufslaufbahnen befaßt. Diesbezügliche Publikationen werden zwischen den einzelnen Ländern ausgetauscht. In einer besonderen Studie wird die Rolle untersucht, die die Arbeitsvermittlungsstellen bei der Berufsausbildung spielen und welchen Anteil die öffentlichen und privaten Organisationen auf diesem Gebiet leisten.

In einer vergleichenden Studie des Sozialausschusses werden die Methoden der Zusammenarbeit zwischen

den öffentlichen Behörden und den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer untersucht, und zwar sowohl auf der Ebene des einzelnen Industriebetriebes als auch auf nationaler Ebene. Auf diese Weise ist die Praxis der fünf Länder auf diesem wichtigen Gebiet der industriellen Beziehungen untersucht worden.

Eine Arbeitsgruppe statistischer Sachverständiger hat sich mit dem *Vergleich der Durchschnittslöhne* in einer begrenzten Anzahl von Industrien in den fünf Ländern befaßt. Die in den einzelnen Ländern in bezug auf Löhne, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit angewandten statistischen Methoden sind geprüft

worden; weitere Studien und Vergleiche sind in Angriff genommen worden.

Eine Reihe von Studien konnte im Verlaufe des Jahres 1953 fertiggestellt werden, so unter anderem eine Studie über die Zahlung von Zivilpensionen, die Beschäftigung älterer Arbeitskräfte, die Freizeitgestaltung für Arbeiter der Binnenschifffahrt zur Zeit ihres Aufenthaltes in Häfen sowie die Halbtagsbeschäftigung von Frauen. Themen, deren Studium noch nicht abgeschlossen werden konnte, befassen sich unter anderem mit den menschlichen Beziehungen in der Industrie sowie der Fürsorge für jugendliche Arbeiter und Kinder.

Öffentliches Gesundheitswesen

Gesundheitskontrolle des Luft- und Seeverkehrs

Auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik, die in einer sehr engen Beziehung zur Sozialpolitik steht, hat die Zusammenarbeit der Brüsseler Paktmächte durch die rege Tätigkeit des Ausschusses für öffentliches Gesundheitswesen und seiner zahlreichen Sachverständigenunterausschüsse in vielen Einzelfragen zu einem Zusammenwirken der zuständigen Stellen der einzelnen Staaten geführt.

Seit dem 1. Februar 1950 gilt für die *Luftfahrt* das Territorium der fünf Staaten in bezug auf die Gesundheitskontrollen der beteiligten Verkehrsmittel als „ein einziges Gebiet“. Die von jedem Land zu diesem Zweck getroffenen Abkommen mußten jedoch in Anbetracht der am 1. Oktober 1952 in Kraft tretenden internationalen Gesundheitsregeln der Weltgesundheitsorganisation geändert werden. In der Zwischenzeit hat der Ausschuß für öffentliches Gesundheitswesen der Brüsseler Paktmächte die französische Delegation bei der Konferenz der europäischen Staaten über die Erleichterung im Luftverkehr beauftragt, den an dieser Konferenz teilnehmenden europäischen Ländern vorzuschlagen, an dem von den Brüsseler Paktmächten getroffenen Abkommen teilzunehmen, d. h. daß auch sie ihre Territorien zusammen mit dem der fünf Staaten als ein einziges Gebiet betrachten. Am 1. März 1951 ist ein ähnliches Abkommen auch für die *Seeschifffahrt* getroffen worden. Dieses betrifft alle Schiffe, gleichgültig unter welcher Flagge sie fahren, die zwischen den Häfen der fünf Mitgliedstaaten einschließlich der Atlantik- und Mittelmeerhäfen Frankreichs verkehren, jedoch unter der Bedingung, daß diese Schiffe auf ihrem Wege nicht die Häfen anderer Länder (einschließlich Gibraltars) anlaufen.

Diese Abkommen bedeuten, daß ein Flugzeug oder ein Schiff, das von einem Ort zu einem anderen Ort innerhalb des einheitlichen Gebietes verkehrt, der üblichen Gesundheitskontrolle nicht unterworfen ist und daß die von außerhalb des Territoriums eintreffenden Verkehrsmittel innerhalb des einheitlichen

Gebietes nur einmal der Gesundheitskontrolle unterliegen.

Pharmazeutische Erzeugnisse, Gesundheitskontrolle von Lebensmitteln und Standardisierung pharmazeutischer Erzeugnisse

Ein Unterausschuß von Sachverständigen hat sich mit den Fragen der Herstellungsbedingungen, der Erprobung und dem Verkauf pharmazeutischer Erzeugnisse befaßt. Auf Grund einer Uebersicht der verschiedenen nationalen Gesetzgebungen auf diesem Gebiet hat der Unterausschuß den fünf Regierungen verschiedene Empfehlungen unterbreitet. Besondere Fortschritte hat die Zusammenarbeit der fünf Staaten bei der Standardisierung pharmazeutischer Erzeugnisse, bei ihrer Verwendung im Rahmen der Sozialversicherung, bei der Verteilung von pharmazeutischen Erzeugnissen, bei denen ein Mangel besteht, bei der Krebsbekämpfung, bei der Vereinheitlichung der Kennzeichnung pharmazeutischer Präparate und bei der internationalen Standardisierung ärztlicher Ausrüstungsgeräte und Einrichtungen gemacht. Der Versuch, auch eine gegenseitige Anerkennung von Gesundheitszeugnissen und ärztlichen Bescheinigungen zu erreichen, hat noch zu keinem Ergebnis geführt.

Hinsichtlich der Gesundheitskontrolle von Lebensmitteln und Trinkwasser hat ein Unterausschuß im Herbst 1952 mit dem Studium der einschlägigen Fragen wie beispielsweise der Verwendung von Farbstoffen und anderen chemischen Substanzen begonnen. Da die entsprechende Gesetzgebung in den einzelnen Paktstaaten gegenwärtig einer Ueberprüfung unterzogen wird, wird der Ausschuß seine Studien fortsetzen.

Schutz der Zivilbevölkerung

Auf Initiative des Ausschusses für öffentliches Gesundheitswesen sind die Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes in den Rahmen der Sozialarbeit der Brüsseler Paktmächte einbezogen worden⁶. Fragen rein medizinischen Charakters, die sich mit dem

Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten befassen, werden durch den Gesundheitsausschuß behandelt. Seine Berichte und Arbeitsergebnisse werden dem zu diesem Zweck eigens geschaffenen Organ, der „Civil Defence Conference“, zugeleitet. Dieses Organ ist für den Erlaß von Richtlinien für die zu betreibende Politik auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes verantwortlich.

Da die zu prüfenden medizinischen Fragen so

spezieller Natur waren, werden besondere Arbeitsgruppen, die sich aus Wissenschaftlern zusammensetzen, mit der Bearbeitung dieser Probleme beauftragt. In der Zwischenzeit konnte den Regierungen eine Reihe wichtiger Empfehlungen unterbreitet werden. Gegenwärtig befassen sich die Sachverständigen mit der Standardisierung von Medikamenten und Verbandmaterial, die für den Bedarf der Zivilbevölkerung im Kriegsfall benötigt werden⁷.

Soziale und ärztliche Hilfeleistung

Am 7. November 1949 haben die Außenminister der Brüsseler Paktstaaten eine Konvention über soziale und ärztliche Hilfeleistung unterzeichnet, mit der ein wichtiger neuer Grundsatz hinsichtlich der Behandlung von Personen, die in irgendeinem der fünf Länder der Fürsorge bedürfen, aufgestellt wurde⁸. Der Sinn dieser Konvention ist, daß jedes Land den Staatsangehörigen eines jeden der fünf Länder den gleichen finanziellen und medizinischen Beistand gewährt wie seinen eigenen Staatsangehörigen. Die Kosten einer solchen Beihilfe werden durch das Land, in dem der Betreffende seinen Wohnsitz hat, ohne Rückgriff auf das Heimatland, getragen. Das Recht des Landes, in dem der Betreffende sei-

sen Wohnsitz hat, diesen in Anbetracht der Fürsorgekosten zu repatriieren, ist streng begrenzt worden. Eine Repatriierung kann nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn die betreffende Person nur wenige Jahre in dem Land gelebt hat und in diesem Land keine familiären Bindungen besitzt. Ein ergänzendes Uebereinkommen über die Anwendung dieser Konvention wurde von den Außenministern am 17. April 1950 unterzeichnet⁹.

Die Konvention, die zunächst von Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien ratifiziert wurde, ist nun für alle fünf Länder in Kraft getreten.

Versorgung der Kriegsoffer

Der vom Konsultativrat der Organisation der Brüsseler Paktmächte mit der Vereinheitlichung der in den fünf Staaten eingeführten Systeme der Kriegsofferversorgung beauftragte Ausschuß für Kriegsofferversorgung ist nach zweijähriger Tätigkeit zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine völlige Angleichung der Systeme der Kriegsofferversorgung erst dann zu erreichen sein wird, wenn ein weiterer Fortschritt in Richtung auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der fünf Länder erzielt worden ist. Der Ausschuß hat sich in der Folgezeit damit begnügt, die Grundsätze für eine Vereinheitlichung der Kriegsofferversorgung in Form von Empfehlungen niederzulegen, denen die einzelnen Staaten zum Teil bereits zugestimmt haben und die in manchen Fällen auch schon zu einer Aenderung der nationalen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Kriegsofferversorgung geführt haben. Die Empfehlungen befassen sich im einzelnen mit unentgeltlicher ärztlicher Versorgung für Kriegsoffer, die die Staatsangehörigkeit eines der fünf Staaten besitzen, sich aber in einem anderen Vertragsstaat aufhalten, mit der Gewährung von Versorgungsleistung bei Wechsel von einem Land in ein anderes, mit Fahrpreisermäßigungen und sonstigen Vorrechten bei der Benutzung der Verkehrsmittel der fünf Staaten, mit der Weitergewährung der Kriegsofferrenten bei Krankenhausaufenthalt, mit Versorgungsleistungen

an Familienangehörige, mit dem Zeitpunkt, von dem ab die Renten zu gewähren sind, mit dem Ruhen der Renten, mit der Anwendung der Gesetzgebung für Kriegsofferversorgung von Ausländern, die in der eigenen Armee gedient haben, und von Inländern, die in einer alliierten Armee gedient haben, und mit der Versorgung der Kriegswaisen. Die stufenweise und allmähliche Durchführung dieser Empfehlungen in den einzelnen Staaten wird laufend vom Ausschuß für Kriegsofferversorgung verfolgt und gefördert. Die Erreichung des Endzieles einer Vereinheitlichung der Kriegsofferversorgung in den beteiligten Staaten ist durch verschiedene Studien und Sachverständigenberatungen weiter vorangetrieben worden. So ist es bereits gelungen, für alle fünf Länder eine einheitliche Aufstellung der Gesichtspunkte für die ärztliche Untersuchung sowohl des Körperschadens als auch des durch ihn bedingten Erwerbsminderungsgrades zu erzielen. Diese Empfehlung, der eine Tabelle von 600 Körperschäden und des durch sie hervorgerufenen Erwerbsminderungsgrades beigegeben ist, wurde inzwischen von den fünf Regierungen gebilligt.

Das Problem einer Versorgung ziviler Kriegsoffer konnte bisher nicht gelöst werden, da die Gesetzgebung in den einzelnen Ländern zu große Unterschiede aufweist. Der Ausschuß empfahl daher, auf diesem Gebiet durch den Abschluß bilateraler Ab-

kommen Abhilfe zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit hat der Ausschuß auch der Tätigkeit der privaten Kriegsofferversorgungsverbände in den einzelnen Ländern geschenkt.

Ende 1952 wurde die hier geschilderte erste Phase

Wiedereingliederung von Körperversehrten in den Arbeitsprozeß

Der Ausschuß für eine Wiedereingliederung der Körperversehrten in den Arbeitsprozeß hat die Signatarstaaten des Brüsseler Paktes aufgefordert, es als ihre Pflicht zu betrachten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Rehabilitation und Wiederverwendung versehrter Personen sicherzustellen, und zwar unabhängig davon, welches die Ursache der Versehrtheit gewesen ist. Um diese Empfehlung zu verwirklichen, hat der Ausschuß eine Reihe von Leitsätzen formuliert.

Der Ausschuß überprüft regelmäßig, in welchem Maße die in den Leitsätzen zum Ausdruck gebrachten allgemeinen Grundsätze zur Anwendung gelangen, insbesondere hinsichtlich der Behandlung der Versehrten in Krankenhäusern und hinsichtlich der ersten Phase ihrer Berufsausbildung.

Es hat sich gezeigt, daß einzelne Länder noch große Anstrengungen unternehmen müssen, um dem vereinbarten Standard gerecht zu werden. Obwohl die erforderlichen Maßnahmen viel Geduld und

der Arbeit des Ausschusses für Kriegsofferversorgung abgeschlossen. Seit dieser Zeit ruhen die Ausschüßarbeiten. Der entsprechende Informations- und Dokumentenaustausch wird seither von den Verbindungsstellen bei den einzelnen Ministerien wahrgenommen.

Kosten erfordern, ist der bisher erzielte Fortschritt durchaus beachtlich. Verschiedene gesetzgeberische Maßnahmen sind in der Zwischenzeit erfolgt; eine Anzahl von Rehabilitationszentren wurde in den fünf Ländern geschaffen, und die vorhandenen Möglichkeiten für eine Wiedereingliederung von Versehrten in den Arbeitsprozeß sind ausgebaut worden. Der Besuch von Sachverständigen in den einzelnen Ländern hat sich als besonders nützlich erwiesen. Zur Erleichterung der Koordinierung ist ein besonderes Lexikon für Fachausdrücke in den Vertragssprachen (englisch und französisch) angefertigt worden.

Besondere Aufmerksamkeit hat der Ausschuß der Wiedereingliederung von Blinden und Gehörlosen, Amputierten und Tbc-Kranken sowie durch Kinderlähmung behinderten Personen geschenkt. Gegenwärtig wird auch die Frage der Erziehung und Ausbildung versehrter Kinder einer besonderen Prüfung unterzogen.

Anmerkungen

¹⁾ Artikel 2 des Brüsseler Vertrages lautet: „Die Hohen vertragschließenden Parteien werden gemeinsam jede Anstrengung unternehmen — sowohl in direkter Beratung als auch durch besondere Körperschaften —, um einen höheren Lebensstandard ihrer Völker zu erreichen und durch ähnliche Maßnahmen die sozialen und andere damit verbundene Einrichtungen ihrer Länder zu entwickeln. Die Hohen vertragschließenden Parteien werden miteinander beraten, damit die vorgeschlagenen Maßnahmen von direktem, praktischem Interesse, die sich auf soziale Fragen beziehen und die mit ihrer Zustimmung von den Sonderorganisationen beschlossen wurden, so bald wie möglich in die Praxis umgesetzt werden können. Sie werden sich bemühen, so bald wie möglich auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit Abkommen miteinander zu schließen.“ Vgl. hierzu den gesamten Wortlaut des Brüsseler Fünf-Mächte-Vertrages vom 17. März 1948 in Europa-Archiv 4/1948, S. 1263/64. Der Vertrag ist am 25. August 1948 in Kraft getreten.

²⁾ Vgl. hierzu den Bericht über die Bemühungen des ICEM um die europäische Auswanderung in Europa-Archiv 10—11/1953, S. 5746/47 sowie die Berichte über die Tätigkeit der PICMME in Europa-Archiv 3/1952, S. 4682, und 6/1952, S. 4779.

³⁾ Vgl. hierzu das Kommuniqué des Ständigen Ausschusses der Brüsseler Paktmächte über die soziale Zusammenarbeit vom 4. November 1949 sowie die als Anhang I dazu ver-

öffentlichte detaillierte Inhaltsangabe der Convention multilatérale de Sécurité Sociale in *La Documentation Française, Annexes au Bulletin Quotidien de Presse Etrangère* No. 1424 vom 10. November 1949.

⁴⁾ Vgl. den Wortlaut „Convention concernant les stagiaires“ in *La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires*, Nr. 1342 vom 16. Juni 1950, S. 6.

⁵⁾ Vgl. den Wortlaut der „Convention concernant les travailleurs frontaliers“ in *La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires*, Nr. 1342 vom 16. Juni 1950, S. 8.

⁶⁾ Inzwischen ist auch bei der NATO ein internationaler Ausschuß für Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes gebildet worden.

⁷⁾ Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Wolf von Dreising über den zivilen Bevölkerungsschutz im Ausland in Europa-Archiv 19/1953, S. 5991—6000.

⁸⁾ Vgl. hierzu die Inhaltsangabe der „Convention multilatérale d'Assistance sociale et médicale“ in *La Documentation Française, Annexes au Bulletin Quotidien de Presse Etrangère* No. 1424 vom 10. November 1949.

⁹⁾ Vgl. hierzu den Wortlaut des „Accord complémentaire pour l'exécution de la Convention d'Assistance sociale et médicale“ in *La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires*, Nr. 1342 vom 16. Juni 1950, S. 10.

Dokumente zur Lösung des deutschen und österreichischen Problems

Das Schlußkommuniqué der Außenministerkonferenz der Westmächte in London
vom 16. bis 18. Oktober 1953

Die Außenminister des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und der Vereinigten Staaten haben eine weitere ihrer periodischen Zusammenkünfte beendet, auf der sie die gegenwärtige Lage und gemeinsame Probleme geprüft haben. Die gegenwärtige Beratung, die im Anschluß an Edens Rückkehr angesetzt wurde, ist am 16., 17. und 18. Oktober im britischen Außenministerium abgehalten worden.

Die drei Minister haben der Antwortnote an die Sowjetunion zugestimmt, die sich mit Beratungen über Deutschland und Oesterreich befaßt. In ihren Noten haben die drei Regierungen ihre Einladung an die Sowjetunion erneuert, an einem baldigen Treffen der Außenminister teilzunehmen. Sie hoffen, daß die Sowjetunion diese Einladung annehmen wird. Sie glauben, daß ein solches Treffen ein wertvoller Schritt zur Verringerung der internationalen Spannungen und eine Lösung der wichtigen europäischen Probleme sein würde.

Die Minister haben sich mit dem Triestproblem befaßt. Sie sind übereingekommen, an ihren gemeinsamen Bemühungen um eine dauernde Lösung in diesem Gebiet festzuhalten.

Die Außenminister haben mit tiefer Besorgnis von den kürzlichen Zwischenfällen Kenntnis genommen, die in der bewaffneten Aktion Israels vom 14. Oktober in Qibya ihren Höhepunkt erreichten und die nach ihren Informationen in Jordanien schwere Verluste an Menschenleben und Eigentum verursacht haben. Sie erinnerten an die Dreimächteerklärung vom 25. Mai 1950, in der sie die Entschlossenheit ihrer Regierungen bestätigten, sofort innerhalb oder außerhalb der Vereinten Nationen Maßnahmen einzuleiten, um jegliche Verletzung der Grenzen oder der im Waffenstillstandsabkommen festgelegten Linien zu verhindern. Sie haben aus diesem Grunde gemeinsam um eine sofortige Sitzung des Weltsicherheitsrates ersucht, auf der die Spannungen zwischen Israel und den benachbarten arabischen Staaten mit besonderer Bezugnahme auf die kürzlichen Gewaltakte sowie auf die Erfüllung und Einhaltung des Waffenstillstandsvertrages erörtert werden sollen.

Sie befaßten sich außerdem mit der Lage im Fernen Osten. In ihrer festen Entschlossenheit, den Waffenstillstand in Korea aufrechtzuerhalten und zu festigen, werden die drei Regierungen bei der Verwirklichung des Waffenstillstandsabkommens und bei den Bemühungen um eine baldige Zusammenkunft der politischen Konferenz über Korea zusammenarbeiten, wie sie in dem Abkommen vorgesehen ist, um eine friedliche Lösung der koreanischen Frage zu erreichen. Außenminister Dulles unterrichtete seine Kollegen von den Bemühungen der Vereinigten Staaten, eine Zusammenkunft der Vertreter beider Seiten zustande zu bringen.

Der französische Außenminister gab einen Bericht über die bisherigen militärischen Ergebnisse in Indochina und über die Fortschritte, die bei den Verhandlungen mit den assoziierten Staaten erzielt wurden, um die französische Erklärung vom 3. Juli zu verwirklichen. Die drei Minister sind sich darüber einig, daß ein erfolgreicher Abschluß dieses Krieges einen wesentlichen Schritt zur Wiederherstellung des Friedens in Asien bedeuten würde, der mit dem Waffenstillstand in Korea begann.

Quelle: *The Times* vom 19. Oktober 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Einladung der Westmächte an die Sowjetunion zu einer Viererkonferenz vom 18. Oktober 1953

Die Regierung Ihrer Majestät hat in der üblichen engen Konsultation mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs die Antwort der sowjetischen Regierung vom 28. September auf die Vorschläge der drei Westmächte hinsichtlich der Abhaltung einer Viermächtekonferenz am 15. Oktober in Lugano sorgfältig geprüft. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die deutschen Behörden in Berlin sind ebenfalls konsultiert worden.

Eine zufriedenstellende Lösung des deutschen und österreichischen Problems ist für eine echte und dauernde internationale Entspannung unerlässlich und für die Zukunft der Bevölkerung dieser Länder lebenswichtig. Die Regierung Ihrer Majestät erinnert an ihre Noten vom 15. Juli und 2. September und ist der festen Ueber-

zeugung, daß ein wirklicher Fortschritt zur Lösung der wichtigen internationalen Fragen, einschließlich des Problems der europäischen Sicherheit, durch freimütige Aussprachen über Deutschland und Oesterreich bei einem Treffen der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs erreicht werden kann und nicht durch eine Fortsetzung des weiteren Notenaustausches. Die Regierung Ihrer Majestät glaubt, daß die sowjetische Note die Bereitwilligkeit zur Erörterung dieser Fragen zeigt.

Ein derartiges Treffen wird es der sowjetischen Regierung ermöglichen, ihre Ansicht über jeden Gesichtspunkt der deutschen und österreichischen Frage darzulegen, den sie zur Sprache zu bringen wünscht. Die Regierung Ihrer Majestät begrüßt ihrerseits die Gelegenheit, ihre An-

sichten über die in den früheren Noten behandelten Probleme vorzubringen.

Hinsichtlich des sowjetischen Vorschlags, die österreichische Frage auf dem normalen diplomatischen Wege zu erörtern, vertritt die Regierung Ihrer Majestät die Ansicht, daß der diplomatische Weg immer offensteht und daß die Regierung weiterhin jeden sowjetischen Vorschlag in bezug auf den Friedensvertrag sehr sorgfältig erwägen wird, den man ihr auf diesem Wege übermittelt. Da jedoch auf diesem Wege während der letzten Jahre keine Fortschritte erzielt worden sind, ist die Regierung Ihrer Majestät der Ansicht, daß ein Gespräch der vier Außenminister selbst den besten Weg darstellt, den gegenwärtigen Stillstand zu beenden und ein Ueberkommen über einen Friedensvertrag zu erzielen.

Eine Lösung der deutschen und österreichischen Frage ist seit langem überfällig. Die Außenminister der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und Frankreichs möchten deshalb im Bewußtsein der besonderen Verantwortung, die ihre Regierungen zusammen mit der sowjetischen Regierung in bezug auf Deutschland und Oesterreich tragen, diese Fragen so bald wie möglich mit dem sowjetischen Außenminister erörtern. Da der ursprünglich vorgesehene Termin, der 15. Oktober, vorübergegangen ist, schlägt die Regierung Ihrer Majestät vor, daß die Außenminister am 9. November in Lugano zusammentreffen. Sie ist der festen Hoffnung, daß die sowjetische Regierung einer Teilnahme zustimmen wird.

In der sowjetischen Note wird weiterhin eine zusätzliche Fünfmächtekonferenz vorgeschlagen, auf der Maßnahmen zur Entspannung der internationalen Beziehungen erörtert werden sollen. Die Regierung Ihrer Majestät ist immer willens und bereit, die Ursachen dieser Spannungen im Hinblick auf ihre Beseitigung zu erörtern. Sie möchte dies aber unter Bedingungen vornehmen, die wirkliche Aussichten für positive Ergebnisse eröffnen und gewährleisten, daß der Standpunkt der direkt daran interessierten Regierungen angemessen vertreten wird.

Note der österreichischen Regierung an die Sowjetunion vom 23. September 1953

Die Bundesregierung der Republik Oesterreich entnimmt der Note des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 29. August d. J., daß die Note der Bundesregierung vom 19. August d. J. nicht zu der von der Bundesregierung beabsichtigten Klarstellung geführt hat.

Die Bundesregierung beehrt sich daher, folgendes festzustellen:

Der Kurzvertragsvorschlag der Westmächte hat — ohne daß damit zu den verschiedenen kritischen Bemerkungen seitens der Sowjetunion Stellung genommen werden soll — für Oesterreich den Vorteil bedeutet, daß er Oesterreich für die Zukunft keinerlei wirtschaftliche Lasten auferlegt hätte. Die Bundesregierung ist jedoch immer von der Überzeugung ausgegangen, daß der österreichische Staatsvertrag die Zustimmung aller vier Mächte finden muß. Wenn daher die Sowjetunion es ablehnt, diesen Kurzvertrag zu diskutieren, so wird die Bundesregierung diesen nicht länger unterstützen.

In der eingangs erwähnten Note der Bundesregierung vom 19. August d. J. ist bereits ausgeführt worden, aus welchen Gründen die Bundesregierung seinerzeit zu den im Memorandum vom 31. Juli 1952 genannten Schlüssen

Demgemäß hat die Regierung Ihrer Majestät bereits der politischen Konferenz über Korea in der Form zugestimmt, die von der kommunistischen Seite bei den Waffenstillstandsverhandlungen vorgeschlagen und im Waffenstillstandsvertrag sowie von der Vollversammlung der Vereinten Nationen empfohlen wurde. Es ist vorgeschlagen worden, daß in Panmunjon Gespräche über Vorbereitungen einer solchen Konferenz abgehalten werden sollen.

Die fünf in der sowjetischen Note erwähnten Regierungen können an dieser Konferenz, die hoffentlich bald zusammentreten wird, teilnehmen. Ziel dieser Konferenz ist es, eine der Hauptquellen für die Spannungen im Fernen Osten zu beseitigen und so den Weg für eine baldige friedliche Lösung der anderen in diesem Teile der Welt existierenden internationalen Probleme freizumachen.

Andere in der sowjetischen Note erwähnte Angelegenheiten, wie die Abrüstungsfrage, werden entweder von der Vollversammlung der Vereinten Nationen behandelt oder sind dafür vorgesehen. Tatsächlich sind verschiedene der in der sowjetischen Note erwähnten Punkte auf Wunsch der Sowjetunion in die Tagesordnung der gegenwärtig tagenden Vollversammlung aufgenommen worden. Außerdem ist die Regierung Ihrer Majestät weiterhin bereit, auf dem ordentlichen diplomatischen Wege mit jeder Regierung jedes gewünschte Thema zu erörtern.

Damit steht auch bei diesen verschiedenen Problemen der Weg für Fortschritte offen. Wenn außerdem in Lugano eine fruchtbringende Diskussion geführt werden kann, würde der Weg für die Erörterung anderer bedeutender Probleme und zur Herstellung der für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern erforderlichen Bedingungen bereitet sein.

Quelle: *The Times* vom 19. Oktober 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

gekommen ist. Die Bundesregierung stellt hiermit fest, daß sie die in diesem Memorandum enthaltene Erklärung, wonach weitere Verhandlungen auf der Basis des früher im wesentlichen vereinbarten Staatsvertragsentwurfes unmöglich wären, nicht aufrechterhält.

Unbeschadet dieser Feststellungen appelliert die Bundesregierung an die Regierung der Sowjetunion, den erhöhten Lasten und Schwierigkeiten, wie sie aus der Verzögerung der Unterzeichnung des Staatsvertrages und der mit demselben verbundenen Räumung von den Besatzungstruppen entstanden sind, Rechnung zu tragen und Oesterreich durch ein großzügiges Entgegenkommen die Erfüllung der durch den Staatsvertrag zu übernehmenden Verpflichtungen aus eigener Kraft möglich zu machen.

Die Bundesregierung ist überzeugt, durch die in dieser Note erfolgte wunschgemäße Beantwortung der in der sowjetischen Note vom 29. August d. J. gestellten Fragen die Voraussetzung für den Abschluß des Staatsvertrages geschaffen zu haben, und wäre ihrerseits für eine Mitteilung dankbar, daß auch die Regierung der UdSSR nunmehr diese Meinung teilt.

Quelle: *Wiener Zeitung* vom 24. September 1953

Aufruf und Entschließung des zweiten Europäischen Kongresses in Den Haag vom 8. bis 10. Oktober 1953

Aufruf an die Männer und Frauen Europas

„Für die Nationen Europas ist die Stunde gekommen, gewisse Hoheitsrechte zu übertragen, um sie fortan gemeinsam auszuüben, damit sie ihre Hilfsquellen koordinieren und entwickeln können.“

So lautete die Botschaft, die der Europa-Kongreß am 10. Mai 1948 an die Länder des alten Kontinents richtete.

Heute, am 10. Oktober 1953, bekunden wir, Vorkämpfer Europas, die wir an der gleichen Stätte versammelt sind, von der aus dieser erste Aufruf ergangen ist, daß wir unserem Vorhaben treu geblieben sind. Die Stetigkeit unseres Handelns legt davon Zeugnis ab. Unseren Völkern Freiheit, Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu sichern, bleibt unser höchstes Ziel.

Fünf Jahre sind vergangen. Auf dem Wege, der Europa zu seiner Einheit führt, sind beachtliche Fortschritte erzielt worden. Die Europäische Bewegung rechnet es sich zur Ehre an, dazu beigetragen zu haben.

Die sechs Länder, die auf unsere erste Botschaft mit Taten geantwortet haben, müssen, wenn die Früchte ihrer Anstrengungen nicht sehr bald verlorengehen sollen, jetzt zur Krönung ihres Werkes schreiten. Es ist nunmehr an der Zeit, daß die beteiligten Staaten den im Auftrag der

Regierungen ausgearbeiteten Entwurf der politischen Satzung bestätigen. Die sechs Länder müssen die über-nationale Europäische Gemeinschaft ins Leben rufen, eine Gemeinschaft, die zur Verschmelzung ihrer wesentlichen Interessen führt.

Wenn die Gemeinschaft den Aufgaben gerecht werden soll, die man ihr übertragen wird, muß sie auf jeden Fall auf einer aus allgemeinen und unmittelbaren Wahlen hervorgegangenen parlamentarischen Versammlung und auf einer übernationalen Exekutivgewalt beruhen, die ausschließlich dem Europäischen Parlament verantwortlich ist.

Die Stunde großer Entscheidungen ist nahe.

Herkommen, Unwissenheit, Eigensucht, überlebter Nationalismus, von außerhalb kommende Anweisungen, sie haben sich zu einem ungeheuerlichen Bündnis gegen Europa zusammengefunden. Die Gegner Europas rüsten sich zum Kampf. Es gilt, die einen zu überzeugen und die anderen zu schlagen. Dazu rufen wir die Männer und Frauen unserer Länder auf.

Wenn wir alle zusammenstehen, dann wird der Sieg unser sein.

Politische Entschließung *

I

Auf die fünf Jahre, die seit dem Kongreß von 1948 vergangen sind, zurückschauend, darf sich der gegenwärtige Kongreß der inzwischen erzielten tatsächlichen Fortschritte erfreuen. Noch aber steht Europa vor der entscheidenden Wahl. Denn nur in der Einheit kann Europa Sicherheit, wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Fortschritt erreichen. Wird diese Einheit nicht verwirklicht, bleibt es bei der nationalistischen Aufspaltung, dann wird Europa sich mit einem Zustand abfinden müssen, in dem Unsicherheit und Rückgang unabwendbar werden. Diese bleibenden Gründe für die Einigung Europas bestehen auch unabhängig vom Kalten Krieg.

II

Der Kongreß stellt fest, daß der Kreml trotz gewissen Zeichen einer Entspannung noch keinerlei Vorschlag gemacht hat, der an einen wirklichen Wechsel in der sowjetischen Politik in Europa glauben ließe.

Aus dieser Lage ergibt sich also, daß das gemeinsame Bemühen um Sicherheit nach wie vor notwendig ist.

III

Ein isoliertes Deutschland könnte auf Grund eben seiner geographischen Lage Anlaß zu neuen Gefahren werden.

*) Wo in den Texten von „politischer Satzung“, „Satzungs-entwurf“, „Vertrag“, „Vertragsentwurf“ oder einfach „Entwurf“ die Rede ist, ist stets der von der Europäischen Verfassungs-versammlung (ad hoc-Versammlung) vorgelegte „Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft“ (europäischer Verfassungsentwurf) gemeint.

Ein in ein geeintes und demokratisches Europa eingegliedertes Deutschland vermag hingegen dazu beizutragen, daß der Friede besser gesichert wird.

Ohne den Status quo der Teilung Deutschlands und Europas hinzunehmen und entschlossen, den unter sowjetischem Joch stehenden Völkern mit allen friedlichen Mitteln zu helfen, daß sie ihre Unabhängigkeit und ihre Freiheit wiedergewinnen, bekräftigt der Kongreß, daß allein die Europäische Gemeinschaft die friedliche Lösung aller ungelösten europäischen Probleme zu gewährleisten und Rußland wirkliche Nichtangriffsgarantien zu bieten vermag.

IV

Daraus ergibt sich:

1. Der Kongreß ist überzeugt, daß es mehr denn je erforderlich ist, die öffentliche Meinung zu unterrichten und ihr zu zeigen:

daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht die Wiederherstellung einer deutschen Armee bedeutet, sondern die Eingliederung deutscher, für die gemeinsame Verteidigung unentbehrlicher Kontingente in eine dem Frieden dienende europäische Armee;

daß die Politische Gemeinschaft nicht Verzicht auf bleibende nationale Traditionen und Interessen bedeutet, sondern das einzige Mittel, diese Traditionen und Interessen zu retten;

2. Der Kongreß bedauert den Verzug, der in der Ratifizierung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu verzeichnen ist, er erinnert die Parlamente nachdrücklich an die dringende Notwendigkeit, den Vertrag zu billigen,

und empfiehlt eine möglichst enge Assoziierung mit Großbritannien.

3. Der Kongreß bedauert, daß die Minister in ihren jüngsten Beschlüssen hinter der Luxemburger Entschliebung zurückgeblieben sind, und stellt fest, daß das gegenwärtig angewandte Verfahren weder mit dem Geist des Auftrages, den die ad hoc-Versammlung erhalten hat, noch mit den Erfordernissen einer technisch guten Weise der Ausarbeitung des Entwurfes zu vereinbaren ist.

4. Der Kongreß ist der Ansicht, daß es sowohl folgerichtig wie angebracht ist, die endgültige Fertigstellung des Vertragstextes den zu diesem Zweck geschaffenen europäischen Organen zu überlassen, das heißt, dem Rat der nationalen Minister und der ad hoc-Versammlung.

5. In der Ueberzeugung, dem Willen aller Europäer Ausdruck zu geben, beantragt der Kongreß mit altem Nachdruck, daß die demnächst in Den Haag zusammen tretenden Minister beschließen, ihre Bemerkungen zu dem vorliegenden Entwurf der Verfassungsversammlung zu

unterbreiten und mit ihr an der Abfassung eines Textes zu arbeiten, der demnächst von den Regierungen unterzeichnet und von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden kann.

6. Wenn die Minister auf diesen Appell nicht eingehen sollten, fordert der Kongreß die ad hoc-Versammlung feierlich auf, erneut zusammenzutreten und jene Entscheidungen zu treffen, die sie für notwendig halten wird, um der Lage gerecht zu werden.

V

Der Kongreß richtet einen dringenden Appell an Frankreich, das so viele Initiativen zugunsten der europäischen Einigung ergriffen hat, sein Werk entschlossen fortzusetzen.

VI

Der Kongreß beauftragt das Aktionskomitee der Europäischen Bewegung, alles aufzubieten, um die öffentliche Meinung zu unterrichten und sie für diese Ziele in Bewegung zu setzen.

Entschliebung über die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft

Der Kongreß

1. stellt fest, daß die ad hoc-Versammlung den Auftrag, der ihr von den Außenministern der Sechs erteilt worden war, voll und ganz erfüllt hat.

2. Er erklärt, sich dem Entwurf der ad hoc-Versammlung anzuschließen. Er hält den Entwurf für ein realistisches Dokument, das dem gegenwärtigen Stand der politischen Voraussetzungen entspricht. Dieses Dokument entspricht der Notwendigkeit, so bald als möglich eine übernationale Autorität mit den realen Machtbeugnissen zu schaffen, wie sie die Interessen Europas erfordern.

Der Kongreß

3. hebt die Notwendigkeit hervor, die folgenden Grundsätze aufrechtzuerhalten:

a) Das Europäische Parlament muß aus einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Völkerrammer und aus einem Senat bestehen, der das Volk eines jeden Staates vertritt, wobei jedoch eine Lösung ausgeschlos-

sen bleiben muß, durch die der Rat der nationalen Minister Eingang in die europäische Legislative fände.

b) Der Europäische Exekutivrat muß nach einem Ernennungsmodus gebildet werden, der Gewähr dafür bietet, daß er unabhängig, stabil und fähig ist, die ihm übertragenen Funktionen zu erfüllen. Er muß ausschließlich dem Parlament der Gemeinschaft verantwortlich sein.

Der Kongreß

4. hält es für unerlässlich, daß diese Institutionen durch Verfahren revidiert werden können, die elastisch genug sind, um ihre Anpassung und Vervollkommenung zu ermöglichen.

Der Kongreß

5. besteht auf jeden Fall energisch auf der unbedingten Notwendigkeit, der Gemeinschaft sowohl die Handlungsfähigkeit wie ihren übernationalen Charakter zu erhalten. In diesem Sinne wendet sich der Kongreß unter allen Umständen gegen jeden Versuch, den Regierungen der Mitgliedstaaten innerhalb der europäischen Exekutiv- und Legislativorgane eine erhöhte Bedeutung zu geben.

Entschliebung zur Frage des gemeinsamen Marktes

Der zweite Haager Kongreß macht sich die Entschliebungen des ersten Haager Kongresses und der Konferenzen von Westminster und von Rom zu eigen.

Er bekräftigt erneut, daß, soll die Produktivität gesteigert und die Lebenshaltung der Völker — insbesondere der ärmsten Schichten — gehoben werden, ein gemeinsamer Markt gebildet werden muß, innerhalb dessen Freiheit des Waren-, Personen- und Kapitalverkehrs herrscht.

Ferner bekräftigt er erneut, daß die Verwirklichung dieses Marktes die Schaffung einer übernationalen politischen Autorität einschließt, da politische Einheit und gemeinsamer Markt unlösbar zusammenhängen.

Aus diesen Gründen ist der Kongreß der Ansicht, daß ein Vertrag, der der übernationalen Autorität keine Zuständigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht gäbe und sie auf die in den Verträgen über Montanunion und Verteidigungsgemeinschaft vorgesehenen Befugnisse beschränkte oder der sie in der Ausübung dieser Zuständigkeit von der ein-

stimmigen Billigung der Regierungen abhängig machte, dem, was heute erforderlich ist, nicht gerecht würde.

Mit Bedauern stellt er fest, daß bei der gegenwärtigen Lage die übernationale politische Autorität sich nur auf die Länder der Montanunion erstrecken kann, er ist jedoch der Ansicht, daß es für diese Länder unerlässlich und dringlich ist, den gemeinsamen Markt zu errichten.

Der Kongreß hebt hervor, daß diese erste Verwirklichung europäischer Wirtschaftseinheit, weit entfernt, Autarkie zu erstreben, von einer engen Verbindung sowohl mit den überseeischen Gebieten der Länder der Gemeinschaft wie mit den anderen Mitgliedern des Europarates begleitet sein muß. Ferner, daß die auf diese Weise erreichte Verbesserung der Produktion eine engere Verbindung mit dem Commonwealth und mit den Vereinigten Staaten sowie eine Einschränkung der protektionistischen Maßnahmen der übrigen Welt gegenüber ermöglichen wird.

Dem Kongreß liegt daran, näherhin festzustellen, daß der freie Waren-, Personen- und Kapitalverkehr, so notwendig er ist, für sich allein nicht genügt, um einen gemeinsamen Markt zu errichten, da dieser außerdem erfordert,

- a) daß gewisse für ein gutes Funktionieren des Marktes notwendige Rechtsnormen vorhanden sind;
- b) daß eine einheitliche Wirtschaftspolitik betrieben wird;
- c) daß übernationale Institutionen geschaffen werden.

Der Kongreß schließt sich den wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertragsentwurfes im ganzen an.

Er hält es aber für notwendig, diese Bestimmungen in der Weise zu ergänzen, daß sie dem Parlament der Gemeinschaft, was die Verwirklichung des gemeinsamen Marktes angeht, gestatten, Initiativen zu ergreifen und Entwürfe vorzulegen.

Andererseits ist er der Ansicht, daß die in dem Vertragsentwurf vorgesehenen Bestimmungen zwar gestatten, den gemeinsamen Markt zu verwirklichen, daß sie aber keineswegs die Gewähr dafür bieten, daß er auch tatsächlich verwirklicht wird.

Der Kongreß hält es für notwendig, daß schon jetzt einige Grundsätze aufgestellt und schon jetzt jene ersten Maßnahmen vorgesehen werden, welche die Politische Gemeinschaft vom Augenblick ihrer Errichtung an ergreifen muß, Maßnahmen, die vorbereitet werden müssen, ohne abzuwarten, bis die Institutionen dieser Gemeinschaft ins Leben gerufen sind.

1. Der Kongreß hält es für notwendig, daß die Mitgliedstaaten binnen einer Frist von zehn Jahren ein einziges Zollgebiet bilden, und zwar durch Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen, durch automatische Senkung der Zolltarife und durch Ausarbeitung einer gemeinsamen Außenhandelspolitik.

Die zur Vermeidung tiefgreifender Störungen in den Mitgliedstaaten nötigen Schutzmaßnahmen dürfen nur unter Kontrolle und Leitung der Gemeinschaft ergriffen werden.

Entschließung über den Europäischen Wirtschafts- und Sozialrat

Der Kongreß nimmt Kenntnis von den Artikeln 50 und 51 des Vertragentwurfes, die sich auf den Wirtschafts- und Sozialrat beziehen.

Er erinnert an die Schlußfolgerungen der Sozialkonferenz in Rom und an die Notwendigkeit einer ausgeglichenen Vertretung der beruflichen und sozialen Interessen sowohl der Erzeuger wie der Endverbraucher.

Er ist der Ansicht, daß der Wirtschafts- und Sozialrat der Gemeinschaft in allen Fällen obligatorisch zu konsultieren ist, in denen Entwürfe diskutiert werden, bei denen es sich um Fragen des Fortschritts und der Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, namentlich um Erhöhung der Lebenshaltung, um Vollbeschäftigung und um Arbeiterwanderung, handelt.

2. Der Kongreß ist der Ansicht, daß eine solche Vereinheitlichung zweierlei voraussetzt: Einerseits muß jeder Staat sich verpflichten, nach innen und nach außen für ein Gleichgewicht der Währung zu sorgen und es zu bewahren. Andererseits muß auf Initiative und unter Kontrolle der übernationalen politischen Autorität eine wirksame Koordination der Währungs-, Haushalts-, Finanz- und Kreditpolitik der Mitgliedstaaten erfolgen.

3. Der Kongreß hält es für erforderlich, daß an einer allgemeinen Harmonisierung der Sozialpolitik gearbeitet wird, unbeschadet der der Lage eines jeden Landes angepaßten Anwendungsweise, daß, in Ergänzung dessen, was in Artikel 83 des Vertragsentwurfes vorgesehen ist, die fortschreitende Verwirklichung einer Politik der Freizügigkeit der Arbeitskräfte in den Mitgliedstaaten gefördert wird, daß die Berufsausbildung sowie eine aktive Wohnungsbaupolitik vorangetrieben werden.

4. Der Kongreß hält es im Hinblick auf die notwendige Wirtschaftsexpansion für unerlässlich, sehr bald eine gemeinsame Investitionspolitik festzulegen mit dem Ziel, die produktive Vollbeschäftigung zu gewährleisten und zu verstärken, den finanziellen Erfordernissen europäischer öffentlicher Arbeiten zu entsprechen, die rasche Entwicklung der gegenwärtig unterentwickelten Gebiete Europas sicherzustellen.

Hierzu ist es dringend erforderlich, daß die Regierungen, ohne die Bildung einer über die nötigen Vollmachten verfügenden Politischen Gemeinschaft abzuwarten, Vorschläge darüber machen, wie dem derzeitigen Kapitalmangel in den Mitgliedstaaten abzuhelpen ist, wie die Spartätigkeit gefördert werden kann, wie die Investitionen so angeregt werden können, daß sie in der angemessensten Weise erfolgen, und schließlich, wie untersucht werden kann, ob und in welcher Weise eine europäische Investitionspolitik zur Lösung dieser Frage beitragen könnte.

Der Kongreß ist andererseits der Ansicht, daß der Wirtschafts- und Sozialrat die Möglichkeit haben muß, aus eigener Initiative Studien, Erhebungen und Berichte über alle zu seinem Bereich gehörenden und die Europäische Gemeinschaft angehenden Fragen zu machen oder zu veranlassen.

Der Kongreß besteht darauf, daß alles geschieht, daß die Arbeiter in der Organisation Europas die Hoffnung auf einen wirklichen Aufstieg des Proletariats finden und daß es in einem Europa, das seinen gemeinsamen Markt gebildet hat, nicht mehr länger soziale Schichten gibt, die als wirtschaftlich schwach bezeichnet werden können.

Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 180 vom 17. Oktober 1953.

5. Kongreß der Weltbewegung für eine Weltbundesregierung in Kopenhagen vom 23. bis 25. August 1953

Bericht des Ausschusses für regionale Föderationen

Regionale Föderationen. Allgemein

Föderationen von Regionen wie Westeuropa, Südamerika, Mittlerer Osten, Südostasien usw. können zusammen mit reinen Nationalstaaten Bestandteile einer Weltföderation sein. Das vorherige Bestehen von regionalen Regierungen ist keine notwendige Bedingung für eine Weltföderation, obwohl sie dazu nützlich sein mögen. Andererseits kann die Errichtung einer Weltregierung bei der Entwicklung regionaler Föderationen helfen.

Regionale Föderationen sind wahrscheinlich nicht in der Lage, sich zu einer Weltföderation zu erweitern, da sie bestehen, um regionale Probleme zu lösen, die Staaten außerhalb der Region nicht unmittelbar betreffen.

Jede regionale Föderation würde große kulturelle, soziale und ökonomische Vorteile mit sich bringen wegen des größeren Friedens und des größeren Maßes an örtlicher Harmonie. Regionale Föderationen können wegen der größeren Gleichheit zwischen Gruppen von Staaten auch für andere Länder Anlaß geben, in einen Weltbundesstaat einzutreten.

Wenn erst einmal eine Weltbundesregierung gebildet ist, würden regionale Föderationen nicht nur wertvolle Beispiele für die Technik der Behandlung von Regierungsschwierigkeiten im großen Maßstabe geben, sondern auch in sich selbst viele der notwendigen Mechanismen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus können regionale Föderationen, die erfolgreich an rein regionalen Fragen arbeiten, den Gedanken der Weltbundesregierung als das einzige wirksame Mittel leichter verständlich machen, Angelegenheiten auf Weltebene zu behandeln, und können so für das Volk innerhalb und außerhalb der regionalen Föderationen annehmbarer werden.

Jede Erziehung zu dem grundlegenden Prinzip des Föderalismus — ohne Rücksicht auf die Ebene, auf der man diesen Föderalismus anzuwenden gedenkt — ist von Wert für unsere Arbeit für Weltregierung. Die Weltbewegung stellt die Tatsache fest, daß Föderation in einer Region große Befürchtungen in anderen Regionen entstehen lassen kann. Insbesondere lenken wir die Aufmerksamkeit auf das Gefühl in bestehenden oder früheren Kolonien, daß neue Föderationen zwischen weißen Nationen benutzt werden könnten, um den Kolonialismus zu verewigen. Wir glauben, daß neue Föderationen so entworfen werden sollten, daß solche Befürchtungen von Anfang an beruhigt werden, und glauben, daß jede Föderation eines größeren Gebietes als Europa auf das Prinzip rassistischer Vielseitigkeit gegründet und frei von der Beherrschung durch irgendeine Rasse sein muß. Jede regionale Föderation sollte in ihrer Verfassung eine Bestimmung haben, die es ihr erlaubt, an einer Weltföderation teilzunehmen, wenn diese gebildet wird.

Es sollte als allgemeine Regel anerkannt werden, daß keine Föderation einer Bevölkerung gegen den Willen ihrer Mehrheit auferlegt werden soll. Die Weltbewegung kann keine Föderation billigen, die einer Bevölkerungsmehrheit gegen ihren Willen auferlegt wird, die keine verfassungsmäßigen Mittel hat, ihre Haltung auszudrücken. Infolgedessen heißt sie die Vorschläge für eine Karibische Föderation willkommen, muß aber die Umstände bedauern, unter denen die Zentralafrikanische Föderation geschaffen worden ist.

Weiter muß betont werden, besonders im Hinblick

auf militärische Zusammenarbeit zwischen Nationen, zum Beispiel wie die in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beabsichtigte, daß einer solchen Zusammenarbeit die Schaffung einer demokratischen politischen Autorität vorhergehen muß.

Im Hinblick auf dieses Problem stellt die Weltbewegung fest, daß regionale Föderationen die Zahl der Staaten vermindern, zwischen denen Kriegsfurcht schwelen oder der Krieg selbst ausbrechen kann, aber sie betont weiter, daß regionale Föderationen wohl auf diesem Wege die Spannungen in der Welt vermindern mögen und die Wohlfahrt ihrer Mitgliedstaaten verbessern, daß aber der Friede eines einzelnen Gebietes und der Friede der Welt unteilbar sind.

Nur eine Weltregierung kann wirksam die Kriegsfurcht beseitigen, und wenn sie regionale Föderationen unterstützen, müssen Föderalisten hierauf in erster Linie ihre Anstrengungen konzentrieren.

Westeuropa

Eine westeuropäische Föderation muß von den Weltföderalisten als die Lösung für viele der Probleme Europas willkommen geheißen werden und vor allem als das Ende eines großen Teils der europäischen Anarchie, die der Grund für zwei Weltkriege war. Die Weltbewegung stellt mit Freude das Zustandekommen des Schumanplanes — der Kohle- und Stahlgemeinschaft — fest, die Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg einschließt, und betrachtet die Gemeinschaft als einen konstruktiven Schritt in der Richtung auf eine Föderation.

Der Vorschlag für eine *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* für dieselben sechs Nationen enthält, solange nicht eine demokratische politische Autorität geschaffen ist, gewisse Gefahren; aber die *Europäische Politische Gemeinschaft*, deren Verfassungsentwurf von der ad hoc-Versammlung der Schumanplanländer mit 50 gegen 0 Stimmen bei fünf Enthaltungen im Februar angenommen worden ist, wird eine solche Autorität schaffen, wenn er von den sechs zuständigen Parlamenten ratifiziert wird.

Die Möglichkeit für andere Staaten, den neuen europäischen Gemeinschaften beizutreten, ist besonders dankenswert, und die Weltbewegung beglückwünscht die europäischen Föderalisten und insbesondere die *Union Europäischer Föderalisten* zu der größten Anstrengung, die nationale Souveränität durch eine Föderation zu ersetzen, die die Welt je gesehen hat. Wir hoffen, daß weder äußere noch innere Einflüsse ihr den vollen Erfolg nehmen können.

Andere Entwicklungen

Mit großem Interesse wurde die Diskussion auf dem Asiatischen Kongreß der Weltföderalisten über die Zusammenarbeit zwischen den Völkern Asiens zur Kenntnis genommen, besonders die Vorschläge, einen Asiatischen Rat, eine auf gegenseitiger Hilfe beruhende Internationale Handels- und Clearingorganisation und eine Asiatische Regionale Genossenschafts-Vereinigung zu schaffen. Man hofft, daß die regionale Organisation in Asien sich auf der Linie des Föderalismus bewegen wird.

Quelle: Weltbewegung für eine Weltbundesregierung, Deutscher Zweig, Geschäftsstelle Horrem, Bez. Köln.

Kurzberichte und Zeittafel

Die Konferenz der Außenministerstellvertreter der Europäischen Gemeinschaft in Rom

Die Konferenz des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die am 7. und 8. August 1953 in Baden-Baden stattfand (vgl. hierzu den Kurzbericht in Europa-Archiv 17/1953, S. 5956) befaßte sich insbesondere mit der Frage der Errichtung einer Politischen Gemeinschaft. Sie beschloß, um einen raschen Fortschritt der Verhandlungen sicherzustellen, daß ihre Vertreter am 22. September 1953 in Rom zusammenzutreten, um Vorschläge auszuarbeiten, die einer neuen Außenministerkonferenz in Den Haag unterbreitet werden sollen. Diese Konferenz der Stellvertreter fand vom 22. September bis 9. Oktober 1953 in Rom statt. Ueber das Ergebnis der Arbeiten dieser Konferenz unterrichtet das nachstehende im Wortlaut wiedergegebene Schlußkommuniqué. Die ursprünglich für den 20. Oktober vorgesehene Außenministerkonferenz ist auf Wunsch der holländischen Regierung verschoben worden und nun auf den 26. November angesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt werden sich die einzelnen an dem Projekt einer Europäischen Politischen Gemeinschaft beteiligten Staaten mit den Ergebnissen der Konferenz von Rom befassen, um dann in Den Haag erneut über die zur Errichtung einer Politischen Gemeinschaft erforderlichen Schritte und Maßnahmen zu beraten.

Das Kommuniqué von Rom hat folgenden Wortlaut:

„Die Konferenz der Außenministerstellvertreter der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande, die seit dem 22. September in Rom in der Villa Aldobrandini unter dem Vorsitz des Leiters der luxemburgischen Delegation, Pierre Majerus, tagte, hat ihre Arbeiten am 9. Oktober 1953 beendet.

Die Konferenz hatte die Aufgabe, Vorschläge über die Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft auszuarbeiten, die den sechs Außenministern unterbreitet werden sollen.

Zu diesem Zweck sind die Stellvertreter, unterstützt von Fachleuten, ausgehend von den Grundsätzen, die von den sechs Ministern im Laufe ihrer Zusammenkünfte in Rom, Paris und Baden-Baden angenommen wurden, zu einer gründlichen und konkreten Prüfung der allgemeinen Auffassungen der Regierungen über die vielfältigen Probleme übergegangen, die sich aus der Errichtung einer solchen Gemeinschaft sowohl in Hinsicht auf ihre Ziele als auch auf ihre Einrichtungen und ihre Befugnisse ergeben.

Aus dem Wunsch, sich die Erfahrungen der Verfassung des von der ad hoc-Versammlung ausgearbeiteten Vertragsentwurfes zunutze zu machen, haben die Stellvertreter am 2. Oktober 1953 zwei gemeinsame Sitzungen mit

der Arbeitsgruppe der ad hoc-Versammlung abgehalten. Im Verlauf dieser Sitzungen haben die Stellvertreter die Ansichten der Mitglieder der Arbeitsgruppe über eine große Anzahl von Fragen zur Kenntnis genommen.

Auf Grund der Verbindungen, die zwischen den sechs Staaten und dem Europarat bestehen, ist der Generalsekretär des Europarats zur Teilnahme an den Plenarsitzungen der Konferenz eingeladen worden.

Die Stellvertreter erzielten im Verlauf ihrer Arbeiten Uebereinstimmung über wesentliche Fragen und konnten ihre Standpunkte klären und angleichen. Die erzielten Ergebnisse und die Atmosphäre, in der die Arbeiten stattfanden, stellen ein günstiges Vorzeichen für weitere Fortschritte dar, die auf dem Wege der Schaffung einer europäischen Gemeinschaft verwirklicht werden sollen. Die Schlußfolgerungen der Konferenz sind in einem detaillierten Bericht niedergelegt worden, der von den Außenministern im Laufe der Haager Konferenz geprüft werden wird.“

Quelle: *La Documentation Française. Bulletin Quotidien* No. 2594 vom 12. Oktober 1953, Uebersetzung des Europa-Archivs.

Der zweite Europäische Kongreß in Den Haag vom 8. bis 10. Oktober 1953

Der zweite Haager Kongreß der Europäischen Bewegung wurde in Gegenwart der holländischen Königin, des Diplomatischen Korps und mehr als 400 Delegierten durch seinen Präsidenten, Paul Henri Spaak, eröffnet. Die Einberufung des Kongresses war auf Initiative des innerhalb der Europäischen Bewegung bestehenden Aktionskomitees für eine internationale Europäische Gemeinschaft erfolgt. Gleichzeitig mit dem Kongreß fand in Den Haag ein europäischer Jugendtag statt, an dem zeitweilig 5000 europäische Jugendliche teilnahmen.

Unter großem Beifall erklärte der ehemalige französische Außenminister Robert Schuman in der Eröffnungssitzung, Frankreich werde, wenn auch bisweilen ein anderer Eindruck entstanden sei, zur europäischen Solidarität stehen und das Werk der europäischen Gemeinschaft nicht im Stiche lassen. Anschließend ging Heinrich von Brentano auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich-Europa, die angebliche Gefahr einer deutschen Hegemonie und die Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands ein und gab die Versicherung ab, für Deutschland werde jede Form der Neutralisierung unannehmbar sein. Mit besonderem Ernst und Nachdruck unterstrich Brentano die Bedeutung der deutschen Bundestagswahlen als Bestätigung der Europapolitik Dr. Adenauers durch das deutsche Volk. Die deutsche Politik werde daher ihre Bemühungen um eine echte und vollständige europäische Integration unbeeinträchtigt fortsetzen. Als Mitglied und Vertreter der Hohen

Behörde des Schumanplanes forderte Paul *Finet* den Kongreß mit dem Hinweis auf das ermutigende Beispiel der Montanunion auf, alle Bedenken beiseitezuschieben und die Verwirklichung der Europäischen Politischen Gemeinschaft als übernationale Autorität mit allem Nachdruck zu beschleunigen.

In diesen drei programmatischen Reden wurden die Grundthemen angerührt, die den Verlauf der Aussprachen bestimmten: *im weltpolitischen Bereich* das Deutschlandproblem in seinem Verhältnis zur europäischen Integration und zum Problem der Entspannung zwischen Ost und West und — korrespondierend dazu — die Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland, der Sowjetunion und der europäischen Einigung; *im europäisch-politischen Bereich* die Einsetzung einer supranationalen politischen Gemeinschaft auf Grund des Verfassungsentwurfes der ad hoc-Versammlung; *auf wirtschaftspolitischem Gebiet* die Verwirklichung und Ausweitung des europäischen gemeinsamen Marktes.

Als Grundlage der Kommissionsarbeit der Konferenz lagen drei Berichte von Altiero *Spinelli* (politischer Bericht), Fernand *Dehousse* (Bericht über die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft) und P. A. *Blaisse* (Bericht über den Gemeinsamen Markt) vor. Die Beratungen in der politischen Kommission (geleitet von Professor Dr. Eugen *Kogon*, Präsident der Union Europäischer Föderalisten), der Kommission für Institutionen der Europäischen Gemeinschaft (geleitet von Professor *Schlichting*, Präsident des Niederländischen Rates der Europäischen Bewegung) und in der Kommission für den Gemeinsamen Markt (geleitet von Professor André *Philip*, Präsident der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa) litten unter der Schwierigkeit einer klaren Abgrenzung der Probleme. Wesentliche neue Gedanken traten in den verarbeiteten Entschlüssen (vgl. den Wortlaut auf S. 6067 dieser Folge) nicht zu Tage. Das Presseecho der Konferenz war schwach und in keiner Weise zu vergleichen mit den Ausstrahlungen des ersten Haager Europakongresses von 1948.

Der Parteitag der Konservativen im Zeichen der Rückkehr Churchills und Edens

Wie schon in den letzten Jahren, brachte auch der diesjährige Parteitag der britischen Konservativen, der vom 8. bis 10. Oktober 1953 in Margate stattfand, im Gegensatz zu dem vorangegangenen Kongreß der Labour Party (vgl. EA 20/1953, S. 6045) keine ernstlichen Auseinandersetzungen über die politische Linie der Partei. (Ueber die letztjährigen Parteitage der beiden Parteien vgl. EA 21/1952, S. 5257.) Er diente hauptsächlich einem Rechenschaftsbericht der Regierung, wobei besonders Schatzkanzler *Butler* für die Erfolge seiner Wirtschaftspolitik Anerkennung emietete.

Seine besondere Bedeutung erhielt der Parteitag aber durch das Wiederauftreten der beiden für die britische Außenpolitik verantwortlichen Persönlichkeiten, die nach einer durch Krankheit erzwungenen mehrmonatigen Pause erstmals wieder vor die Öffentlichkeit traten: Premier-

minister Sir Winston *Churchill* und Außenminister Anthony *Eden*. Beide nahmen in ausführlichen Reden zur internationalen Lage Stellung, wobei sie die Frage von Verhandlungen mit der Sowjetunion in den Mittelpunkt stellten und sich mit der auf dem Labour-Parteitag geäußerten Kritik auseinandersetzten. Eden bestritt, daß der Gedanke eines Treffens der Regierungschefs, den Sir Winston am 11. Mai angeregt hatte, von der britischen Regierung jemals fallengelassen worden sei, er warnte aber davor, ein solches Treffen als eine Art Zauberformel anzusehen. Vielmehr sei die britische Diplomatie zu Gesprächen auf jeder Ebene bereit, die geeignet seien, die Spannungen zu lockern.

Im gleichen Sinne äußerte sich auch Sir Winston in seiner Rede, die er im Anschluß an den Parteitag auf einer öffentlichen Kundgebung in Margate hielt. Er vertrat den Standpunkt, daß informelle, persönliche Gespräche zwischen den führenden Männern Gutes bringen und jedenfalls keinen Schaden anrichten könnten. An anderer Stelle sagte er, die Welt bedürfe augenblicklich mehr einer Periode der Ruhe als heftiger Aktionen; dabei nannte er einen Zeitraum von fünf oder zehn Jahren als „Phase der Entspannung“.

Sir Winston äußerte sich auch zu der in letzter Zeit zwischen den Westmächten diskutierten Frage der Sicherheitsgarantie. Unter erneutem Hinweis auf den Leitgedanken von Locarno sagte er, daß Großbritannien seinen wachsenden Einfluß gebrauchen müsse, um sowohl Rußland als auch Deutschland das Gefühl der Angst voneinander zu nehmen. Dabei schwebt ihm eine Konstruktion vor, bei der die Vereinigten Staaten mit ihrer überlegenen Macht die Rolle des Garanten übernehmen.

In einer scharfen Polemik wandte sich Sir Winston gegen die außenpolitische Schwenkung der Labour Party. Er warf ihr vor, sie habe, als sie selbst noch im Regierungsamt war, Verteidigungsverträge mit befreundeten europäischen Mächten geschlossen und wolle nun Großbritannien zu einer Haltung veranlassen, die sowohl den Vereinigten Staaten als auch dem neuen Deutschland, wenn nicht gar feindlich, so doch ohne Sympathie gegenübersteht. Die Regierung werde aber diesen Verträgen treu bleiben und ihre Streitkräfte in Europa belassen, um das Gleichgewicht zwischen ihrem französischen und deutschen Verbündeten zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang trat Sir Winston erneut für die baldige Verwirklichung der EVG ein und gab dazu folgende Erklärung ab: „Wenn die EVG von den Franzosen nicht angenommen werden sollte, werden wir keine andere vernünftige Wahl haben, als ein neues Verfahren aufzugreifen, das die Stärke Deutschlands durch eine Neuordnung der NATO-Streitkräfte den westlichen Alliierten verbindet.“

Zum Abschluß seiner Ausführungen gab Sir Winston bekannt, daß er nicht die Absicht habe, aus seinem Amte auszuschcheiden, denn er hoffe, noch einen Einfluß auf den Aufbau eines sicheren und dauerhaften Friedens zu haben. Schon zu Anfang seiner Rede hatte er erklärt, daß die Regierung nicht daran denke, im Laufe dieses oder des nächsten Jahres Neuwahlen auszuschreiben.

Zeittafel vom 1. bis 15. Oktober 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

5. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa, Marschall Alphonse-Pierre *Juin*, erklärt in einer Rede in Brüssel, er halte den Einbau weiterer Sicherungen in den EVG-Vertrag für notwendig, die den Mitgliedstaaten die Möglichkeit des Austritts aus der EVG geben, falls Deutschland eine revisionistische Politik im Osten einschläge; außerdem müsse eine überstürzte Integration der Nationalarmeen in die Europaarmee vermieden werden. Diese Sicherungen könnten durch weitere Zusatzprotokolle verwirklicht werden.
- 8.—10. Zweiter Europäischer Kongreß im Haag (vgl. Kurzbericht auf S. 6071).
9. Beendigung der Konferenz der Regierungsvertreter der Staaten der Europäischen Gemeinschaft in Rom (vgl. Kurzbericht auf S. 6071).
10. Der Rat der OEEC beschließt die Einführung einer Zusatzquote von 25 Millionen Verrechnungseinheiten für die Ueberschüsse Oesterreichs gegenüber der Europäischen Zahlungsunion; innerhalb dieser Quote sollen die österreichischen Ueberschüsse zur Hälfte in Gold und zur Hälfte durch Kredite Oesterreichs an die EZU beglichen werden. Gleichzeitig wird die Zusatzquote Deutschlands um weitere 50 Millionen Verrechnungseinheiten auf 200 Millionen heraufgesetzt.
Die Europäische Vereinigung für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (CEPES) veröffentlicht eine Studie über die wirtschaftliche Integration Europas (vgl. den Wortlaut in EA 20/1953, S. 6029ff.).
- 12.—13. Auf einer Sitzung des Ministerrates der Montanunion werden mit der Hohen Behörde Fragen des Gemeinsamen Marktes erörtert. Der Vizepräsident der Hohen Behörde, Albert *Coppé*, gibt einen Bericht über die Lage und die aufgetretenen Schwierigkeiten auf dem Stahl-, Kohle-, Erz- und Schrottmarkt und weist darauf hin, daß das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes noch durch gewisse nationale Einkaufs- und Verkaufsorganisationen behindert werde. Er appelliert an die nationalen Regierungen, den Unternehmen, die zum Gemeinsamen Markt der Montanunion gehören, normale Entwicklungs- und Wettbewerbsbedingungen zu sichern. In einer Entschließung erklärt der Ministerrat, die Regierungen seien übereingekommen, gemeinsam mit der Hohen Behörde ihre allgemeine Politik der wirtschaftlichen Expansion und der Investitionen zu prüfen, um den allgemeinen Verbrauch gleichmäßiger zu gestalten.

Dänemark

6. Eröffnung des am 22. September gewählten neuen Folketing, das nach der neuen Verfassung die einzige Kammer des Parlaments ist. In der Thronrede heißt es, die Regierung werde an der atlantischen Politik festhalten, lehne aber die Stationierung aus-

ländischer Luftstreitkräfte auf dänischem Gebiet gegenwärtig ab. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet stellt die Regierung eine möglichst weitgehende Liberalisierung des Außenhandels in Aussicht.

Deutschland

1. Auf einer Tagung des Ministerrats der DDR werden Grundsätze und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsweise der Regierung beschlossen. Der Beschluß bestimmt, daß der Ministerrat für die Politik der Regierung kollektiv verantwortlich ist. Zum neuen Minister für auswärtige Angelegenheiten wird der bisherige Minister für Aufbau, Lothar *Bolz* (NDPD), ernannt. Der Chef der Diplomatischen Mission der DDR in Moskau, Rudolf *Appelt*, wird zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter ernannt.
In einem Schreiben an Jakob *Kaiser* und Karl *Arnold*, die sich den Forderungen der christlichen Arbeitnehmer angeschlossen hatten, erklärt sich der DGB zu Verhandlungen über strittige Gewerkschaftsfragen bereit.
2. Die Volkskammer der DDR beschließt auf ihrer 37. Vollsitzung in Berlin die Veränderung des Volkswirtschaftsplans und des Haushaltsplans für das zweite Halbjahr 1953. Beide veränderten Pläne werden als Grundlage für die systematische Verwirklichung des neuen Kurses der Regierung bezeichnet. Die Veränderung dieser Pläne bezweckt u. a. eine Steigerung der industriellen Produktion gegenüber dem ersten Halbjahr 1953 um 14 Prozent, der Produktion der Privatindustrie um 18,4 Prozent und der Produktion des Handwerks um 19,2 Prozent. Der Warenumsatz des Einzelhandels soll um ein Drittel gesteigert werden. In einem Beschluß werden die Eigentümer landwirtschaftlicher Betriebe, die die DDR verlassen haben, aufgefordert, bis zum 15. Oktober 1953 zurückzukehren, andernfalls ihre Betriebe vom Staat übernommen würden.
3. Der sowjetische Hohe Kommissar, Botschafter *Semjonow*, weist in einem Schreiben die Vorschläge der drei westalliierten Botschafter in Deutschland vom 17. September über die Abschaffung der Interzonenpässe zurück und wiederholt seinen Vorschlag, die Frage der Interzonenpässe durch die Regierungen der DDR und der Bundesrepublik regeln zu lassen.
6. Der zweite Deutsche Bundestag tritt in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und wählt Hermann *Ehlers* (CDU) wieder zu seinem Präsidenten. Zu Vizepräsidenten werden gewählt: Carlo *Schmid* (SPD), Hermann *Schäfer* (FDP) und Richard *Jäger* (CSU).
7. Am 4. Jahrestag der Gründung der DDR wird Wilhelm *Pieck* von der Volks- und Länderkammer einstimmig zum Präsidenten der Republik wiedergewählt. Die Verfassungsgebende Landesversammlung von Baden-Württemberg bestätigt die neue Regierung

in ihrem Amt. Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Gebhard Müller (CDU), Stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister: Hermann Veit (SPD), Justizminister: Wolfgang Haußmann (FDP/DVP), Innenminister: Fritz Ulrich (SPD), Kultusminister: Wilhelm Simpfendorfer (CDU), Finanzminister: Karl Frank (FDP/DVP), Landwirtschaftsminister: Eugen Leibfried (CDU), Arbeitsminister: Erwin Hohlwegler (SPD), Minister für Bundesratsangelegenheiten: Oskar Farny (CDU), Vertriebenenminister: Eduard Fiedler (BHE), Staatsräte mit Stimmrecht im Kabinett: Anton Dichtel (CDU) und Friedrich Werber (CDU).

8. Der Deutsche Industrie- und Handelstag unterbreitet in einem Memorandum Bundeskanzler Adenauer Vorschläge zur Wirtschaftspolitik. Als besonders wichtige Aufgaben werden darin der Abbau der noch vorhandenen Beschränkungen, insbesondere bei der Land- und Ernährungswirtschaft, die Herbeiführung der Konvertibilität der Währungen und die Schaffung eines eigenen Devisenrechts bezeichnet. Der DIHT fordert außerdem eine konsequente Fortsetzung der Liberalisierungspolitik, eine sparsame und rationelle Haushaltsführung in Bund, Ländern und Gemeinden und eine organische Finanz- und Steuerreform.
9. Der Bundestag wählt Konrad Adenauer mit 305 gegen 148 Stimmen, bei 14 Enthaltungen, erneut zum Bundeskanzler.
12. Der Landesverband Hamburg des Gesamtdeutschen Blocks, BHE, schließt sich dem Hamburg-Block an, der am 28. September im Hinblick auf die Wahlen am 1. November gebildet worden war. Bundeskanzler Adenauer bildet in Bonn einen interministeriellen Ausschuß zur Vorbereitung etwaiger Viererverhandlungen. Aufgabe dieses Ausschusses soll es sein, die Probleme zu prüfen, über die die Bundesregierung bei einer Viererkonferenz konsultiert wird.

Frankreich

6. Beginn der neuen Parlamentssession. In einer Aussprache über die Wirtschaftspolitik der Regierung weist Ministerpräsident Laniel darauf hin, daß es der Regierung gelungen sei, die Preise der Konsumgüter herabzudrücken. Ihr Programm gehe darauf aus, durch Förderung der Investitionen und Steuerherabsetzungen die Wirtschaft anzukurbeln, dagegen lehne sie die Festsetzung einer neuen Preis- und Lohnskala ab. Am 9. Oktober wird ein von den Sozialisten eingebrachter Tadelantrag gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung mit 299 gegen 242 Stimmen abgelehnt; dabei enthält sich eine große Zahl der Abgeordneten der Regierungskoalition der Stimme.
11. In einer Rede auf einem Bezirksparteitag der Radikalsozialisten in Tarbes erklärt Pierre Mendès-France, Frankreich könne nur dann den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft erfolgreich betreiben, wenn es im eigenen Lande eine gesunde wirtschaftliche und soziale Lage herstellen könne.

Griechenland

12. Unterzeichnung eines Stützpunktabkommens mit den Vereinigten Staaten, das für die Dauer der Gültigkeit

des Nordatlantikpaktes den gemeinsamen Ausbau und die gemeinsame Benutzung von militärischen Anlagen in Griechenland durch die Streitkräfte beider Staaten vorsieht.

14. Die Regierung teilt der rumänischen Regierung mit, daß sie bereit ist, ein rumänisches Angebot auf Wiederaufnahme der seit dem Zweiten Weltkrieg unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten anzunehmen.

Großbritannien

8. In einer gleichzeitig in London, Washington und Rom veröffentlichten Erklärung geben die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten ihren Entschluß bekannt, ihre Truppen aus der Zone A von Triest zurückzuziehen, die alliierte Militärregierung aufzuheben und die Zone der Verwaltung der italienischen Regierung zu unterstellen.
- 8.—10. Jahreskongreß der Konservativen Partei in Margate. Am 10. Oktober außenpolitische Rede Premierminister Sir Winston Churchills. (Vgl. Kurzbericht auf S. 6072.)

Italien

6. In einer außenpolitischen Debatte faßt die Kammer einstimmig eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, an dem Anspruch Italiens auf das gesamte Gebiet des Freistaats Triest festzuhalten. In der Debatte erklärt Ministerpräsident Giuseppe Pella, die Ratifizierung des EVG-Vertrages durch Italien würde durch eine vorherige Lösung des Triester Problems sehr erleichtert werden. Am 7. Oktober ersucht die Kammer die Regierung, sich um das Zustandekommen eines Nichtangriffspaktes zwischen den westlichen Ländern und der Sowjetunion zu bemühen.
8. Britisch-amerikanische Erklärung über die Räumung der Zone A von Triest (vgl. Großbritannien).
9. In einer Erklärung des Außenministeriums wird festgestellt, daß durch den britisch-amerikanischen Beschluß, die Zone A von Triest italienischer Verwaltung zu unterstellen, die Voraussetzungen für eine spätere befriedigende Lösung des Problems geschaffen worden seien. Italien halte aber an seinem Vorschlag einer Volksabstimmung in dem gesamten Gebiet des Freistaates fest. In einem am gleichen Tage veröffentlichten Kommuniqué des Ministerrates wird ausdrücklich betont, daß die Annahme des britisch-amerikanischen Angebots keinen Verzicht auf die Rückkehr des gesamten Territoriums bedeute.
13. In einer Erklärung des Außenministeriums wird die von der Sowjetunion angestrebte Einschaltung der Vereinten Nationen in die Triester Frage zurückgewiesen, weil damit weder die Lösung des Problems nähergebracht noch das Recht der Triester Bevölkerung auf Selbstbestimmung respektiert werde.
14. Ministerpräsident Giuseppe Pella erklärt in einem Interview mit der Zeitschrift *Esteri*, Italien sei zu einer Konferenz über Triest bereit, wenn vorher das Gleichgewicht in Triest hergestellt werde. Dies könne entweder durch Übergabe der Zone A an Italien oder durch Räumung der Zone B durch Jugoslawien geschehen.

Jugoslawien

8. Britisch-amerikanische Erklärung über die Räumung der Zone A von Triest (vgl. Großbritannien).
9. In einer Protestnote an Großbritannien und die Vereinigten Staaten bezeichnet die Regierung die Uebergabe der Zone A von Triest an Italien als Verletzung des italienischen Friedensvertrags und als ethnische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Sie fordert die Rücknahme des Beschlusses.
10. Staatspräsident *Tito* kündigt in einer Rede in Leskovac an, daß Jugoslawien einen Einmarsch italienischer Truppen in die Zone A von Triest als einen Aggressionsakt ansehen werde. Er unterbreitet einen neuen Plan für die Lösung des Triester Problems: Die Stadt Triest solle für einen bestimmten Zeitraum als autonomes Gebiet der Souveränität Italiens, das gesamte übrige Gebiet des Freistaats als autonomes Gebiet der Souveränität Jugoslawiens unterstellt werden. Ueber das endgültige Schicksal Triests solle später entschieden werden. Am folgenden Tage droht Marschall *Tito* in einer Rede in Skoplje den Einmarsch jugoslawischer Truppen in die Zone A an, falls auch nur ein italienischer Soldat die Zone betrete.
12. In einer Note an Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Italien schlägt die Regierung eine Konferenz dieser drei Staaten und Jugoslawiens über Triest vor. In einer am gleichen Tage dem Generalsekretär der Vereinten Nationen überreichten Note erklärt die Regierung, daß sie einem Einmarsch Italiens in die Zone A mit allen Mitteln Widerstand leisten und die Frage gegebenenfalls vor das verantwortliche Organ der UN bringen werde.

Norwegen

12. Die Wahlen zum Storting haben folgendes Ergebnis:

	Stimmen	Sitze ¹
Sozialdemokraten:	827 491	77 (85)
Konservative:	325 885	27 (23)
Libérale:	176 778	15 (21)
Christliche Demokraten:	186 090	14 (9)
Agrarpartei:	156 315	14 (12)
Kommunisten:	89 882	3 (—)

¹) In Klammern die Zahl der Sitze nach den Wahlen vom 10. Oktober 1949.

Oesterreich

15. Außenminister *Gruber* wendet sich in einem Artikel in der *Wiener Zeitung* gegen gewisse westliche Stimmen, die die jüngsten sowjetischen Konzessionen an Oesterreich zu bagatellisieren suchten. Er erklärt, es sei nun Aufgabe der westlichen Diplomatie, so rasch wie möglich Klarheit über die Verhandlungsmöglichkeiten zu schaffen; ebenso sei es Oesterreichs Aufgabe, die Großmächte an den Verhandlungstisch zu bringen. Zum Verhältnis Oesterreichs zur Sowjetunion schreibt *Gruber*, die Wahrung einer völker-

rechtlichen Neutralität und Nichtbeteiligung an einem Mächteblock seien für Oesterreich eine Selbstverständlichkeit, sie bedeuteten jedoch nicht die Toleranz gegenüber dem militanten Kommunismus in Oesterreich.

Sowjetunion

12. Note an den Sicherheitsrat über Triest (vgl. Vereinte Nationen).
13. In einer Note an Großbritannien und die Vereinigten Staaten protestiert die Sowjetregierung gegen den Beschluß zur Uebergabe der Zone A von Triest an Italien, die sie als eine Verletzung des Friedensvertrags bezeichnet, die geeignet sei, in Europa neue Schwierigkeiten zu schaffen. In der Note heißt es, der Schritt sei in der Absicht unternommen worden, Triest zu einem britisch-amerikanischen Flottenstützpunkt zu machen.

Triest

(Siehe auch unter Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Sowjetunion und Vereinte Nationen)

9. Die jugoslawischen Behörden in der Zone B verfügen die Schließung der Demarkationslinie zwischen beiden Zonen. Jugoslawische Truppenverstärkungen rücken in die Zone B ein.

Türkei

- 1.—3. Besuch des französischen Ministerpräsidenten *Joseph Laniel* und des Außenministers *Georges Bidault*. In dem gemeinsamen Kommuniqué wird mitgeteilt, daß die türkischen Minister ihre Kollegen über die Entwicklung des Balkanpaktes orientierten. Die Bedeutung des Paktes für die Verteidigung der freien Welt wurde von beiden Seiten anerkannt. Ferner bekräftigten beide Regierungen ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der Stabilität im Nahen Osten und erörterten die wirtschaftlichen Beziehungen sowie die Möglichkeiten französischer Investitionen in der Türkei.

Vatikan

3. In einer Ansprache an Teilnehmer des VI. Internationalen Kongresses für Strafrecht tritt Papst *Pius XII.* für die strenge Bestrafung von Kriegsverbrechern ein. Er fordert, einen Angriffskrieg als schwerstes Verbrechen völkerrechtlich unter Strafe zu stellen. Darüber hinaus sei auch in einem Verteidigungskrieg eine Anzahl von Kampfmitteln strafwürdig, so die Massenhinrichtungen als Repressalie, Massentötungen aus Gründen des Rassenhasses, Massendeportationen, Konzentrationslager, Gewaltanwendung gegen Mädchen und Frauen sowie Menschenjagden zum Zwecke der Rekrutierung von Zwangsarbeitern. Diese Delikte müßten Teil eines internationalen Kriegsverbrecher-Strafrechts werden. Der Papst fordert eine Mehrheit neutraler Richter bei Kriegsverbrecherprozessen, da es unrecht sei, wenn der Sieger über den Besiegten zu Gericht sitze. Er tritt ferner für das unabdingbare Recht jeder Nation auf Selbstverteidigung ein.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt**AMERIKA Britisch-Guayana**

5. Britische Truppen und Kriegsschiffe treffen in Georgetown ein. Zur Begründung dieser Maßnahme er-

klärt das britische Kolonialamt, die von der Fortschrittlichen Volkspartei in Guayana gebildete Kolonialregierung habe ihre Regierungspflichten ver-

nachlässigt und offen kommunistische Tendenzen gezeigt. Am 9. Oktober werden die im Frühjahr 1953 in Kraft getretene Verfassung der Kolonie suspendiert, der Ausnahmezustand verhängt und die Regierung ihres Amtes enthoben.

Vereinigte Staaten

1. Unterzeichnung des gegenseitigen Beistandspaktes zwischen den Vereinigten Staaten und Südkorea in Washington. (Inhalt vgl. Zeittafel in EA 17/1953, Korea.)
Der Führer der Demokratischen Partei, Adlai E. Stevenson, sagt in einer Pressekonferenz nach einer Unterredung mit Präsident Eisenhower, sein Vorschlag eines Systems gegenseitiger Sicherheitsgarantien zwischen Westeuropa und der Sowjetunion werde von der Regierung ernsthaft erwogen. Am 6. Oktober nimmt Außenminister Dulles in seiner Pressekonferenz zur gleichen Frage Stellung und gibt bekannt, daß darüber Besprechungen mit den anderen Westmächten und der Bundesrepublik Deutschland geführt werden. Dulles erklärt, über die in der Charta der Vereinten Nationen ohnehin verankerte Nichtangriffsgarantie hinaus könne eine spezielle Garantie für Deutschland, Oesterreich und Korea, die an die UN-Charta nicht gebunden seien, unter Umständen in Erwägung gezogen werden.
8. Britisch-amerikanische Erklärung über die Räumung der Zone A von Triest (vgl. Großbritannien).
Präsident Eisenhower ernannt den bisherigen Unterstaatssekretär James P. Mitchell zum neuen Arbeitsminister.
- 8.-12. Notenwechsel mit der Chinesischen Volksrepublik über die politische Korea-Konferenz (vgl. Chinesische Volksrepublik).

ASIEN

Chinesische Volksrepublik

8. Durch Vermittlung Schwedens erhält die Regierung eine dringende Aufforderung der Vereinigten Staaten, in Vorbesprechungen über die politische Korea-Konferenz einzuwilligen. Sie antwortet am 10. Oktober mit dem Vorschlag, diese Besprechungen in Panmunjom abzuhalten und dabei auch die Frage des Teilnehmerkreises der Konferenz von neuem zu

erörtern. Die amerikanische Regierung erklärt sich am 12. Oktober damit einverstanden.

Jordanien

15. Das jordanische Dorf Qibyah wird von israelischen Streitkräften angegriffen und zerstört, wobei 42 Einwohner getötet werden. Die gemischte Waffenstillstandskommission und die Beobachtungskommission der Vereinten Nationen erklären Israel für den Zwischenfall verantwortlich.

Organisation der Vereinten Nationen

Vollversammlung

5. Wahlen für die freigewordenen Sitze im Sicherheitsrat, Wirtschafts- und Sozialrat und Treuhandschaftsrat. Im Sicherheitsrat treten Brasilien, Neuseeland und die Türkei, die erst im achten Wahlgang nach Kampf abstimmung gegen Polen gewählt wird, an die Stelle von Chile, Pakistan und Griechenland. In den Wirtschafts- und Sozialrat werden Großbritannien und die Sowjetunion wiedergewählt, an die Stelle von Polen, Schweden, Uruguay und den Philippinen treten die Tschechoslowakei, Norwegen, Ecuador und Pakistan. In den Treuhandschaftsrat werden als Nachfolger von Thailand und der Dominikanischen Republik Indien und Haiti gewählt.
6. Die Vollversammlung beschließt einstimmig, den Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen (UNICEF) zu einer permanenten Organisation zu erheben.

Sicherheitsrat

12. Der Chef der sowjetischen Delegation, Andrej Wyschinski, verlangt die Einberufung des Rates zur Prüfung der durch den britisch-amerikanischen Räumungsbeschluß in Triest geschaffenen Lage. Er schlägt vor, die Triest betreffenden Bestimmungen des italienischen Friedensvertrags in Kraft zu setzen und den Schweizer Obersten Flückiger zum Gouverneur des Freistaats Triest zu ernennen. Am 15. Oktober beschließt der Rat, den sowjetischen Vorschlag zu diskutieren. Wyschinski erklärt in der Sitzung, daß die Sowjetunion keine Lösung der Triester Frage anerkennen werde, die ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen sei.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond Jean Guilton, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirz-bodenweg 80, Basel.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Die Tätigkeit des Europarats im September 1953

Dritter Teil der Fünften Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung

Ernennung des neuen Generalsekretärs

Auf einstimmige Empfehlung des Ministerkomitees beschloß die Beratende Versammlung am 21. September, Herrn *Léon Marchal* zum neuen Generalsekretär des Europarats zu ernennen. Die Abstimmungszahlen waren:

Abgeordnete	76
Ja-Stimmen	70
Enthaltungen	3
Ungültige Stimmzettel	3

Herr *Marchal* tritt an die Stelle des verstorbenen *Jacques-Camille Paris*, der im Juli 1953 bei einem Autounfall ums Leben kam.

Léon Marchal wurde im Jahr 1900 in Badonviller (Maas-Mosel-Bezirk) geboren. Er studierte an der Universität Straßburg und an der Sorbonne, erwarb den Grad des *licencié-ès-lettres* und legte die Universitäts-Abschlußprüfung in Philosophie ab. 1929 trat er in den diplomatischen Dienst ein und erhielt Posten in Montreal und München; 1935 wurde er dann bei dem Generalgouverneur in Marokko Direktor für Handel und Industrie in Rabat. Im Jahr 1941 wurde er zum Zweiten Legationsrat in Washington ernannt.

Im folgenden Jahr trat er in die Dienste der Freien Franzosen ein und kam zuerst als *chargé de mission* nach Kanada, dann als Generalsekretär des Protektorats und Vertreter bei dem Generalgouverneur nach Rabat.

Im Jahr 1948 wurde Herr *Marchal* zum Botschafter in Karachi, ein Jahr danach in Bangkok ernannt. 1951 wurde er Abgeordneter bei dem Vermittlungsausschuß für Palästina der Vereinten Nationen und dann, mit dem Erlöschen dieser Mission, Direktor der Abteilung für Afrika und den Nahen Osten am Quai d'Orsay.

I. Tagungen der Organe des Rates

MINISTERKOMITEE

Stellvertreter der Minister

Der Ausschuß der Stellvertreter der Minister tagte unter Vorsitz von Herrn *F. L. Goffart*, dem Ständigen Vertreter Belgiens beim Europarat, vom 14. bis 18. September in Straßburg. Die Stellvertreter beschlossen den Text des Zusatzberichts zur Vorlage bei der Versammlung. Einzelheiten dieses Berichts und die von den Stellvertretern gefaßten Beschlüsse folgen in den jeweiligen Abschnitten weiter unten.

Eine weitere Tagung der Stellvertreter begann am 30. September.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Ständiger Ausschuß

Der Ständige Ausschuß der Versammlung trat unter dem Vorsitz von Herrn *de Menthon* (Franzose) unmittel-

bar vor der Eröffnung und nach Schluß der Sitzung in Straßburg zusammen. Bei der ersten Zusammenkunft billigte der Ausschuß die Tagesordnung und den Arbeitsplan für die Sitzung und beschloß, die Frage der Ernennung des neuen Generalsekretärs an den Ausschuß für Juristische und Verwaltungsfragen zu verweisen. Bei seiner zweiten Zusammenkunft ernannte er die sechs Abgeordneten der Versammlung, die zusätzlich zu seinem Vorsitzenden dem Gemischten Ausschuß angehören sollen; außerdem beschloß er, daß die Sechste Ordentliche Sitzungsperiode der Versammlung zwischen dem 18. Mai und dem 6. Juni 1954 eröffnet werden soll. Die für den Gemischten Ausschuß ausgewählten Mitglieder sind folgende:

Herr *Benvenuti* (Italiener), Herr *van der Goes van Naters* (Holländer), Herr *Kapani* (Türke), Herr *Luetkens* (Deutscher), Herr *Robens* (Engländer), Herr *Wistrand* (Schwede).

Beratende Versammlung

Der dritte und letzte Teil der Fünften Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats wurde am Dienstag, den 15. September, um 17 Uhr durch ihren Präsidenten, Herrn *François de Menthon*, eröffnet und am Samstag, den 26. September, kurz nach Mittag geschlossen. Nach Schluß der Sitzung hielt der Präsident in Begleitung des Generalsekretärs eine Pressekonferenz ab, auf der er betonte, daß der Erfolg der Sitzungen darlege, wie der Europarat die allgemeine Politik seiner Mitgliedstaaten definieren und koordinieren könnte und sollte.

Die von der Beratenden Versammlung gebilligten Texte folgen in den jeweiligen Abschnitten weiter unten.

Gedenken für die verstorbenen Abgeordneten der Versammlung und den Generalsekretär

Bei der Eröffnung der Sitzung gedachte der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr *de Menthon*, der drei seit der letzten Sitzung verstorbenen Abgeordneten der Versammlung:

Herr *Nölting* (Deutscher), Herr *Singer* (Saarländer), Herr *Wallentheim* (Schwede).

sowie des Generalsekretärs des Europarats, Herrn *Jacques-Camille Paris*.

Der Alterspräsident Herr *Boggiano-Pico* gedachte ebenfalls der Verstorbenen, danach wurde die Sitzung zum Zeichen der Trauer für 15 Minuten unterbrochen.

Freie Sitze in den Ausschüssen

Auf Vorschlag des Präsidiums wurden folgende Abgeordnete für die Sitze in den Ausschüssen ernannt, die infolge des Todes ihrer rechtmäßigen Inhaber frei geworden waren:

Herr *Dawo* (Saarländer): Sonderausschuß für Kommunale und Regionale Angelegenheiten, Frau *Fuest* (Saarländerin): Kultur- und Sozialausschuß, Herr *Kalbitzer* (Deutscher): Ausschuß für Wirtschaftsfragen, Herr *Näsgard* (Schwede): Sozialausschuß.

II. Andere Tagungen

PRÄSIDIUM DER GEMEINSAMEN VERSAMMLUNG FÜR KOHLE UND STAHL

Das Präsidium der Gemeinsamen Versammlung für Kohle und Stahl trat am 17. September unter dem Vorsitz von Herrn *Spaak*, dem Präsidenten der Versammlung, in Straßburg zusammen. Auf das Ersuchen des Präsidenten der Hohen Behörde, Herrn *Jean Monnet*, im Januar 1954 eine Außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung abzuhalten, um die Investitions-Politik der Hohen Behörde in großen Zügen zu überprüfen, stimmte das Präsidium einer solchen Außerordentlichen Sitzung zu. Sie soll am Donnerstag, den 14. Januar, um 10 Uhr im Europahaus in Straßburg eröffnet werden. Die Tagesordnung wird folgende Punkte berücksichtigen:

- die Investitions-Politik der Hohen Behörde;
- Voranschläge für den Etat der Gemeinsamen Versammlung für das Finanzjahr 1954/55.

STELLVERTRETER DER MINISTER DER SECHS

Die Stellvertreter der Minister der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl traten in Rom zu einer Tagung vom 22. September bis 10. Oktober zusammen. Zweck der Tagung war, den von der ad hoc-Versammlung ausgearbeiteten und am 10. März 1953 den Ministern unterbreiteten Vertragsentwurf für eine Europäische Politische Gemeinschaft im einzelnen zu prüfen, als Vorbereitung für die nächste Sitzung der sechs Minister am 22. Oktober in Den Haag¹.

Auf Einladung der Sechs Minister nahm der Generalsekretär des Europarats, Herr *Léon Marchal*, zeitweise an den Sitzungen teil. In seiner Abwesenheit wurde er durch Herrn *Cavalletti* vom Sekretariat des Europarats vertreten.

III. Politische Fragen

DIE POLITIK DES EUROPARATS

Am Donnerstag, den 17. September, gab Herr *Paul-Henri Spaak* (Belgier) als Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten eine Definition der Politik des Europarats im Licht der jüngsten Entwicklung der Weltlage. Herr *Spaak* betonte, daß, obwohl er einstimmig zum Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten ernannt worden sei, das der Versammlung vorgelegte Dokument nur seine persönliche Meinung darstelle und in keiner Weise der Ausschuß dadurch festgelegt sei. Seine Schlußfolgerungen sollten von

der Versammlung nicht als endgültige Vorschläge angesehen werden; der Ausschuß werde selbst einen Entschlußentwurf abfassen, nachdem er die verschiedenen im Lauf der Generaldebatte geäußerten Meinungen gehört hätte.

Nachstehend folgen die im Bericht von Herrn *Spaak* enthaltenen Schlußfolgerungen:

1. *Wir müssen uns vergegenwärtigen, was Rußland will und bezweckt. Dabei müssen wir in Betracht ziehen, daß die heutige russische Politik ein Ganzes darstellt und sich aus der russischen Tradition, einer entstellten marxistischen Theorie und der stalinistischen Praxis zusammensetzt.*
2. *Wir müssen feste Entschlossenheit zeigen, die Einheit der westlichen Welt aufrechtzuerhalten und in ihr ein vereinigtes Europa zu schaffen, das sein Schicksal selbst meistert.*
3. *Wir müssen der Sowjetunion eine Viererkonferenz vorschlagen, auf der über das österreichische und das deutsche Problem als Hauptgegenstände beraten werden sollte. Diese beiden Probleme sollten jedoch nicht miteinander verknüpft sein.*
4. *Wir sollten erneut versichern, daß die Wiedervereinigung Deutschlands unerläßlich für den Weltfrieden ist; seine vollkommene Neutralisation oder seine Entmilitarisierung sind unannehmbar.*
5. *Wir sollten anerkennen, daß Deutschland den ihm gemäßen Weg selbst wählen soll, und aus diesem Grunde freie Wahlen in einem vereinten Deutschland unterstützen, um auf diese Weise die aus solchen Wahlen hervorgehende Regierung in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen.*
6. *Wir müssen mit Nachdruck betonen, daß die Integration des vereinigten Deutschlands in eine europäische Gemeinschaft für alle die beste Garantie für einen dauerhaften Frieden ist, für die Russen, für die Amerikaner und für die Europäer.*
7. *Wir sollten den Vorschlag machen, daß zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der Vereinten Nationen ein multilateraler Sicherheitsvertrag abgeschlossen wird, der auch anderen Staaten zum Beitritt offensteht.*
8. *Wir sollten den Russen die Schaffung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der Ostgrenze der Europäischen Gemeinschaft vorschlagen.*

Die Generaldebatte wurde am folgenden Tag eröffnet und mit Unterbrechungen bis in die Nacht des 22. September fortgesetzt. Im Anschluß an diese Debatte, an der 48 Abgeordnete aus dreizehn Mitgliedstaaten teilnahmen² und die durch eine zweite Stellungnahme von Herrn *Spaak* beendet wurde, wurde die Frage an den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten zurückverwiesen. Am 26. September legte der Vorsitzende des Ausschusses, Herr *Guy Mollet* (Franzose) seinen Bericht vor, der aus einem zwei Teile umfassenden Entschlußentwurf bestand, worauf die Generaldebatte wiederaufgenommen wurde.

¹ Auf der Konferenz von Baden-Baden vom 7. und 8. August 1953 war ursprünglich der 20. Oktober für diese Sitzung in Aussicht genommen worden. Inzwischen wurde aber auf Wunsch der niederländischen Regierung der 26. November als Sitzungstermin festgelegt.

² Folgende Abgeordnete nahmen an der Debatte teil: Herr *Debré* (Franzose), *Goedhart* (Holländer), *Schmal* (Holländer), *Moe* (Norweger), *Robens* (Engländer), *Vixseboxe* (Holländer), *Hollis* (Engländer), Herr *Lannung* (Däne) und *Maccas* (Grieche); Herr *Norton* (Ire), *Boggiano-Pico* (Italiener); Fräulein *Klompé* (Holländerin), Herr *Kiesinger* (Deutscher), *Santero* (Italiener), *Healey* (Engländer), *Kapani* (Türke), *Lord Layton* (Engländer);

Herr *Rey* (Belgier); Herr *Peart* (Engländer), *Becker* (Deutscher), *Dominado* (Italiener), *Jaquet* (Franzose); *Lord John Hope* (Engländer), *de la Vallée-Poussin* (Belgier) und *Tillmanns* (Deutscher); Herr *Boland* (Ire), *Williams* (Engländer); Sir *Robert Boothby* (Engländer), Herr *Belger* (Türke); Herr *Nutting* (Engländer), *Margue* (Luxemburger), *Amery* (Engländer), *Cowan* (Ire), *Struye* (Belgier) und *Luetkens* (Deutscher); Herr *Brooman-White* (Engländer); *Mollet* (Franzose), *Rolin* (Belgier), *La Malfa* (Italiener), *Lychnos* (Grieche), *Ross* (Engländer); Herr *Crosbie* (Ire); Herr *Wendelaar* (Holländer), *von Merkatz* (Deutscher), *Pfleiderer* (Deutscher), *Josefsson* (Isländer) und *Spaak*.

Die Versammlung prüfte danach Paragraph für Paragraph den ihr unterbreiteten Entschließungsentwurf; der Teil A und die ersten vier Paragraphen des Teils B wurden einstimmig von ihr gebilligt. Zu § 5 wurden von Herrn Rolin (Belgier) und Herrn Haekkerup (Däne) zwei Abänderungsvorschläge eingebracht: nachdem diese beiden Abänderungen zurückgewiesen worden waren, wurde § 5 gebilligt. § 6 wurde einstimmig angenommen. Bezüglich des § 7 schlug Herr Mollet, nach einem Abänderungsvorschlag von Herrn Bichet (Franzose), vor, die Worte: „(Die Versammlung ist darum besorgt, den Friedenswillen), von dem die Völker des freien Europa erfüllt sind“ abzuändern in „... von dem sie erfüllt ist“. In dieser veränderten Form wurde der Paragraph gebilligt.

In namentlicher Abstimmung nahm die Versammlung mit 76 gegen 7 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen folgenden Text des Entwurfes einer Entschließung an:

A

„Die Beratende Versammlung ist der Meinung, daß die Politik des Europarates auf folgenden Grundsätzen beruhen muß:

1. Der Friedenswille aller europäischen Völker erfordert, daß Westeuropa nicht nur alle Bemühungen um Beilegung der internationalen Spannung durch die Bereinigung jener Probleme unterstützt, die zur Zeit diese Spannung verursachen, sondern daß Westeuropa auch jede Initiative ergreift, die diesem Ziel zu dienen vermag.

2. Das Werk der Einigung des gesamten Europas, das zu anderen Zwecken als dem, drohenden Kriegsgefahren zu begegnen, unternommen worden ist, muß fortgesetzt werden, weil es als solches einen elementaren Faktor für die Schaffung eines dauerhaften Friedens darstellt.

3. Eine wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden liegt in der Abrüstung. Einer Beschränkung der Rüstungen kann aber nur zugestimmt werden, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht und von einem allgemeinen Kontrollsystem begleitet wird, das die Gewähr dafür bietet, daß sie tatsächlich und gleichzeitig erfolgt.

4. Solange kein Abkommen auf dieser Grundlage geschlossen worden ist, besteht für die freie Welt die Notwendigkeit, das Werk der kollektiven Sicherheit weiter zu betreiben, immer unter größtmöglicher Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten.

5. Die Solidarität des Westens muß festgelegt werden, und zwar im Geiste gegenseitiger Achtung der Unabhängigkeit eines Vereinigten Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika.

6. Die Union des freien Europas ist auch darum ein Faktor für die Sicherung des Friedens, weil sie wegen des defensiven Charakters ihrer Bündnisse eine zusätzliche Garantie darstellt und weil sie den Willen bekundet hat, nur auf dem Verhandlungswege die Lösung der Probleme anzustreben, die die gegenwärtige Spannung in der Welt verursachen.

7. Die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten bleibt eine unerläßliche Vorbedingung für die Herstellung des Vertrauens sowie einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Völkern, was ein aufrichtiges Bemühen um gegenseitiges Verständnis voraussetzt.

B

1. Die Versammlung ist der Ansicht, daß unter den augenblicklichen Umständen mit der Anwendung dieser Grundsätze ein Anfang gemacht werden könnte dadurch, daß die beabsichtigte Viererkonferenz binnen kürzester Frist zusammentritt, und zwar mit der österreichischen und der deutschen Frage als Hauptpunkt auf der Tagesordnung. Diese müßten getrennt behandelt werden und

die Konferenzziele fortschreitend auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden können.

2. Die Konferenz müßte unter Beteiligung der österreichischen Regierung zum Abschluß und zur raschen Inkraftsetzung eines Staatsvertrages führen, der Oesterreich seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet.

3. Was Deutschland betrifft, so ist die Versammlung der Ansicht, daß das Endziel der Konferenz im Abschluß eines Friedensvertrages bestehen muß. Das setzt freie Wahlen im gesamten Lande und die Bildung einer Regierung voraus, die aus diesen Wahlen hervorgegangen und darum befugt ist, im Namen des wiedervereinigten Deutschlands zu handeln.

4. In der Ueberzeugung, daß die Integration des wiedervereinigten Deutschlands in die europäische Gemeinschaft eine Friedensgarantie darstellen würde, ist die Versammlung der Ansicht, daß es seiner zukünftigen Regierung zukommt, die endgültige Stellung Deutschlands in freier Entscheidung festzulegen.

5. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang der Arbeit der Konferenz weder das Bemühen um die kollektive Sicherheit Europas noch die Entwicklung eines besseren Zusammenwirkens seiner Streitkräfte unter Teilnahme Westdeutschlands, noch die Fortsetzung jener Verhandlungen verlangsamen darf, die auf die Gründung einer europäischen politischen Autorität mit begrenzten, aber realen Befugnissen gerichtet sind, durch die eine demokratische Kontrolle der bestehenden oder geplanten (europäischen) Behörden gewährleistet würde.

6. Darum ersucht die Großbritannien und die anderen Mitgliedstaaten des Europarats, ihre Assoziation mit diesen Institutionen so eng wie möglich zu gestalten.

7. Die Versammlung ist darum besorgt, den Friedenswillen, von dem sie erfüllt ist, offenkundig zu machen, und vertritt deshalb die Ansicht, daß es angebracht wäre, Rußland als Garantie einen Sicherheitspakt auf Gegenseitigkeit im Rahmen der Vereinten Nationen vorzuschlagen, an dem die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und jene Länder, die der Europäischen Politischen Gemeinschaft zugestimmt haben oder, wenn sie errichtet ist, diese Gemeinschaft als solche und möglicherweise noch andere Staaten teilnehmen würden.“

DIE ZUKÜNFTIGE STELLUNG DER SAAR

Am 14. September beschloß der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten, daß der von Herrn van der Goes van Naters (Holländer) zusammengestellte Bericht über die zukünftige Stellung der Saar nicht veröffentlicht werden sollte, nachdem gewisse Zeitungen schon ungenaue Darstellungen über den Inhalt dieses vertraulichen Dokuments gebracht hatten. Der Berichterstatter wurde ermächtigt, auf einer Pressekonferenz den Inhalt bekanntzugeben. Herr van der Goes erklärte den Journalisten, daß sein Bericht aus drei Teilen bestehe: erstens eine Darstellung der Geschichte der Saar unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und juristischen Faktoren; zweitens ein Abschnitt über den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in der Saar, und drittens ein Abschnitt über eine etwaige Lösung des Saarproblems. Dieser kann in sieben Punkten zusammengefaßt werden (ehe er die Diskussionsgrundlage für eine europäische Sonderkonferenz bildet):

1. die Saar soll „europäisches Gebiet“ werden;
2. ein europäischer Kommissar soll für die Wahrung der Interessen der Saar in bezug auf Außenpolitik und Verteidigung verantwortlich sein;

3. der Kommissar wird von einem Fünfer-Komitee ernannt werden, zu dem ein Franzose und ein Deutscher gehören;
4. auf allen anderen Gebieten soll die Regierungsgewalt in der Saar von einer frei gewählten saarländischen Regierung ausgeübt werden;
5. die Wirtschaftsunion mit Frankreich soll durch einen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer Gültigkeit für 50 Jahre ersetzt werden;
6. so schnell wie möglich soll ein gemeinsamer Markt mit Deutschland errichtet werden;
7. eine Kulturkonvention soll die Erhaltung der deutschen Kultur und Sprache in der Saar garantieren.

Am 25. September begann eine allgemeine Debatte, die der Berichterstatter auf Grund eines Zwischenberichts einleitete, der eine Empfehlung an das Ministerkomitee enthält. Am Schluß der Debatte, in deren Verlauf folgende Redner das Wort ergriffen: Herr Nutting (Engländer), Herr Braun (Saarländer), Lord Layton (Engländer) und Herr de Freitas (Engländer), Herr Müller (Saarländer), Herr Gerstenmaier und Herr Mommer (Deutsche), Herr Amery (Engländer), billigte die Versammlung mit 84 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen folgende Empfehlung:

„Die Versammlung ist sich der schwerwiegenden Bedeutung des Saarproblems bewußt, das ohne eine baldige Lösung die deutsch-französischen Beziehungen sowie die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft ernsthaft zu beeinträchtigen droht.

In der Erwägung, daß für die unmittelbar interessierten Länder und für ganz Europa eine europäische Lösung dieses Problems von Vorteil sein würde, empfiehlt die Versammlung dem Ministerausschuß:

1. Den unmittelbar interessierten Staaten soll nahegelegt werden, unverzüglich zweiseitige Verhandlungen aufzunehmen.

2. Der Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarats soll mit Zustimmung Frankreichs, Deutschlands und der Saar eine Sonderkonferenz einberufen. Diese Konferenz soll Anfang 1954 zusammentreten, um die Gewährung einer Garantie für die möglicherweise aus den französisch-deutschen Verhandlungen sich ergebenden Abkommen zu prüfen und, falls erforderlich, eine Lösung für alle noch ausstehenden Probleme zu suchen.

3. Zu dieser Konferenz sollen außer der Beratenden Versammlung und dem Generalsekretariat des Europarats, die in beratender Eigenschaft teilnehmen, die folgenden Teilnehmer eingeladen werden:

- a) die Mächte, die am 10. September 1952 in Luxemburg beschlossen haben, eine Europäische Gemeinschaft zu gründen;
- b) die Saar;
- c) Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika;
- d) die Exekutivorgane der europäischen Gemeinschaft.

4. Die Konferenz soll ihren Beratungen die ihr unterbreiteten Ergebnisse der deutsch-französischen Verhandlungen und die gegebenenfalls von der Beratenden Versammlung ausgehenden Vorschläge zugrunde legen.“

Zugleich hat die Versammlung den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten beauftragt, mit der Prüfung des Berichts „sowie etwaiger Abänderungsvorschläge“ fortzufahren, „damit die Versammlung in die Lage versetzt wird, auf ihrer nächsten ordentlichen oder außerordentlichen Sitzung einen endgültigen Ausschlußbericht zu prüfen“.

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG

Die Debatte über den Fortschritt der europäischen Verteidigung wurde am Dienstag, den 22. September, durch den Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten, Herrn Fens (Holländer), eröffnet. Herr Lapie (Franzose) brachte danach einen Abänderungsvorschlag ein, der an den Ausschuß verwiesen wurde; nach Stellungnahmen von Herrn Larock (Belgier), Wade (Engländer), Schmal (Holländer), Struye (Belgier), Bohy (Belgier) sowie auf Grund des Berichts wurde mit 46 gegen 6 Stimmen bei 18 Enthaltungen folgende Entschliebung angenommen:

„Nach Kenntnisnahme der Kommunikés, die am Schluß der im Dezember 1952 und April 1953 abgehaltenen Tagungen des Rates der NATO veröffentlicht wurden³, sowie des im Juni 1953 veröffentlichten zweiten Jahresberichts des Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte in Europa;

unter Hinweis auf den Text ihrer im Verlauf des zweiten Teils der Vierten ordentlichen Sitzungsperiode angenommenen Entschliebung 21⁴;

A

mit Befriedigung darüber, daß in dem Ausbau des europäischen Verteidigungssystems weitere Fortschritte erzielt worden sind und daß vor kurzem ein Bündnis zwischen Griechenland, der Türkei und Jugoslawien angeschlossen wurde, die tatkräftig die Koordination ihrer Verteidigungsanstrengungen betreiben,

1. betont die Versammlung jedoch die dringende Notwendigkeit, in den Bemühungen um die Verteidigung in keiner Weise nachzulassen, da keine Anzeichen dafür bestehen, daß die über Europa schwebende Kriegsdrohung geringer geworden ist;

2. begrüßt die Versammlung die abgegebene Zusicherung, daß die militärische Aufgabe der NATO im Kriegsfalle darin bestehen wird, die Verteidigung aller Gebiete der Mitgliedstaaten zu jedem beliebigen Zeitpunkt zu sichern, und daß die strategischen Richtlinien für die wirksame Durchführung dieser Aufgabe gebilligt worden und schon in Kraft getreten sind;

3. macht die Versammlung auf die Gefahr aufmerksam, die aus einer Verminderung der amerikanischen Auslandshilfe für die europäischen Verteidigungsbemühungen erwachsen würde, falls diese Verminderung nicht durch eine Steigerung der privaten amerikanischen Investitionen im Ausland und durch eine Liberalisierung der Zollpolitik der Vereinigten Staaten ausgeglichen wird.

B

In Anbetracht der vom Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa ausgedrückten Meinung, daß die deutsche Beteiligung an der Verteidigung Europas von wesentlicher Bedeutung ist und daß neue Verzögerungen in der Verwirklichung dieser Beteiligung die europäischen Verteidigungsbemühungen ernstlich beeinträchtigen würden;

unter Hinweis darauf, daß die Schaffung der EVG zur Zeit und in absehbarer Zukunft das einzige annehmbare Mittel zur Aufnahme des deutschen Militärpotentials in das europäische Verteidigungssystem darstellt;

4. fordert die Versammlung die sechs Signatarstaaten des Vertrags über die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf, unverzüglich die Ratifikation dieses Vertrages in Angriff zu nehmen.

³) Vgl. den Wortlaut des Kommunikés in Europa-Archiv 2/1953, S. 5441, und 12/1953, S. 5766.

⁴) Vgl. den Wortlaut der Entschliebung der Beratenden Versammlung über die europäische Verteidigung (Resolution Nr. 21 vom 27. September 1952) in Europa-Archiv 1/1953, S. 5405.

C

Unter nochmaliger Betonung der Tatsache, daß eine gerechte Verteilung der Wiederaufrüstungslasten auf die Länder und sozialen Schichten für die wirtschaftliche und soziale Stabilität Europas von großer Bedeutung ist,

5. gibt die Versammlung der Hoffnung Ausdruck, daß alle erforderlichen Bemühungen gemacht werden, um zwischen den europäischen Mitgliedstaaten der NATO auf gerechter Grundlage die gemeinsamen langfristigen Programme bezüglich der Finanzierung und der Produktion weiterzuentwickeln, nachdem sie so erfolgreich eingeleitet worden sind.

D

Unter Hinweis darauf, daß die Verantwortlichkeit der NATO sich ausschließlich auf die Verteidigung des nord-amerikanischen Festlands und die europäischen Gebiete der Mitgliedstaaten erstreckt;

in Anerkennung der Schwierigkeiten, die sich für die europäischen Länder ergeben können, wenn sie gleichzeitig ihren Verpflichtungen im Rahmen der NATO nachkommen und die Last der Verantwortung für ihre überseeischen Gebiete tragen sollen,

6. fordert die Versammlung, daß die notwendigen Bemühungen gemacht werden, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der NATO so zu erweitern, daß den europäischen Ländern die Möglichkeit zur vollen Übernahme ihrer überseeischen Verpflichtungen gewährleistet wird.“

Nachdem die Versammlung den Generalsekretär des Europarats gebeten hatte, diese Entschließung der NATO zu übermitteln, nahm sie mit 56 Stimmen bei 11 Enthaltungen (ohne Gegenstimmen) folgende Empfehlung an:

„In der Erwägung, daß die volle Unterstützung einer unterrichteten Öffentlichkeit wesentlich ist für den Erfolg der NATO;

in der Überzeugung, daß die Versammlung bei der Belegung des Gedankens dieser Unterstützung und ihrer Sammlung der NATO wertvolle Hilfe leisten könnte;

mit Bezugnahme auf den Wortlaut der Entschließung (51) 31 des Ministerkomitees, in der dieses erklärt, daß es keine Einwände gegen die Diskussion der politischen Seiten des Friedens und der Sicherheit für Europa in der Versammlung habe;

außerdem unter Hinweis auf die Gefahr der Ueber-schneidung der Bemühungen infolge der Tätigkeit der NATO auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet und auf den Vorteil, der sich für beide Organisationen aus einer engen Zusammenarbeit von NATO und Europarat auf diesen Gebieten ergeben würde;

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die NATO zu ersuchen, der Beratenden Versammlung des Europarats in gewissen Zeitabständen einen Bericht über Fragen von gemeinsamem Interesse vorzulegen.“

ANTWORT AN DIE MINISTER

Am Freitag, den 25. September, wurde in der Versammlung eine Debatte über die Antwort auf den Zusatzbericht zu dem vierten Bericht des Ministerkomitees (Dokument 195) eröffnet. Dieser Bericht enthält Fragen von Interesse für alle ordentlichen Ausschüsse der Versammlung und umfaßt ein Aktionsprogramm, dessen Ausarbeitung die Minister vorgeschlagen haben, sowie Abschnitte über die Arbeitsweise und die Verwaltung des Europarats und seine Beziehungen zu den anderen Organisationen.

Aktionsprogramm

In dem Zusatzbericht der Minister wird der Umfang der Aufgabe betont, die darin besteht, „ein Programm von konkretem und praktischem Charakter aufzustellen, aus

dem sich ein vorteilhaftes zwischenstaatliches Vorgehen in bezug auf Fragen der Zuständigkeit des Rates ergeben könnte“. Alle Mitgliedregierungen sind aufgefordert worden, Einzelvorschläge für die Gestaltung des Programms zu machen. Gerade wegen der Bedeutung, die von dem Komitee der Formulierung eines Programms beigelegt wird, haben die Regierungen sich besonders gründlich damit befaßt. Bei den Verwaltungsstellen aller Staaten sind beinahe alle Minister darüber konsultiert worden. Dieses Stadium nähert sich jedoch dem Ende, und die Stellvertreter der Minister werden demnächst zusammentreten, um die von den Mitgliedregierungen unterbreiteten Vorschläge, die sich aus ihrer Untersuchung ergeben haben, entgegenzunehmen und darüber zu beraten. Ein von dem Generalsekretariat ausgearbeitetes Memorandum, in dem alle Empfehlungen der Versammlung sowie die diesbezüglichen Maßnahmen zusammengestellt sind, ein zweites Memorandum über die Rolle des Europarats auf sozialem Gebiet sowie ein von dem Sachverständigenausschuß für soziale Fragen verfaßter Bericht werden in das Programm eingeschlossen.

Die Versammlung hat unter Billigung des von Herrn Wisstrand (Schwede) vorgelegten Berichts in folgender Form auf das Kapitel I des Zusatzberichts betreffs des Aktionsprogramms des Europarats geantwortet:

„Die Versammlung begrüßt den Geist der Zusammenarbeit, der durch die Botschaft des Ministerkomitees hinsichtlich der bis jetzt erzielten Fortschritte bei der Ausarbeitung eines Aktionsprogramms des Europarats auf zwischenstaatlicher Ebene bezeugt wird.

Bei dem jetzigen Stand der Dinge hat die Versammlung ihren in den Paragraphen 4 bis 12 ihrer Antwort auf den vierten Bericht des Ministerkomitees ausgesprochenen Ansichten nichts hinzuzufügen, es sei denn, daß sie die Bedeutung betonen möchte, die sie der von dem Ministerkomitee übernommenen Verpflichtung beilegt, nach der das Ministerkomitee in aller Form seine Absicht erklärt, so bald wie möglich die Meinung der Versammlung über ein Aktionsprogramm einzuholen, und schon jetzt sich verpflichtet, ihr dieses vor seiner endgültigen Annahme zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Wenn das Aktionsprogramm so rechtzeitig fertiggestellt wäre, daß die Versammlung sich vor der Eröffnung ihrer Sechsten Sitzungsperiode im Mai 1954 damit befassen könnte, so würde der Präsident der Versammlung es den zuständigen Ausschüssen mitteilen, damit ihre diesbezüglichen Berichte unverzüglich durch die Versammlung geprüft werden könnten und das Aktionsprogramm dann nach kürzester Frist in Kraft träte.“

Die Versammlung lenkt die Aufmerksamkeit des Ministerkomitees auf die Tatsache, daß die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms durch ihren eigenen Beschluß, ihre in den Empfehlungen und Entschließungen zusammengefaßte Arbeit einer erneuten Prüfung zu unterziehen, erleichtert werden kann.

Sie hofft, daß sich durch diese auf das gleiche Ziel gerichteten Bemühungen des Komitees und der Versammlung eine fruchtbarere Zusammenarbeit gestalten lassen wird und daß dadurch das Wirken des Europarats für die Vereinigung Europas intensiviert werden kann.

Allgemeine Arbeitsweise des Europarats

Die Versammlung stellt mit Befriedigung fest, daß Belgien, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, Norwegen, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und die Türkei einen ständigen Vertreter beim

Europarat ernannt haben. Sie drückt die Hoffnung aus, daß diejenigen Mitgliedstaaten, die ihre ständigen Vertreter noch nicht ernannt haben, das sind Dänemark, die Deutsche Bundesrepublik, Irland und Schweden, vor der Eröffnung der Sechsten Sitzungsperiode diese Ernennung vornehmen werden.

Zwischenstaatliche Organisation

In dem Zusatzbericht der Minister wird erwähnt, daß die Verbindungsausschüsse des Europarats und der OEEC getrennt vorbereitende Sitzungen abgehalten haben und daß am 17. September eine ganz kurze gemeinsame Sitzung abgehalten worden ist.

In der Antwort der Versammlung, Berichterstatter Herr Bohy (Belgier), wird zu dieser Tatsache mit den folgenden Worten Stellung genommen:

„Die Versammlung stellt mit Bedauern und mit gewisser Besorgnis fest, daß die Verbindungsausschüsse der OEEC und des Europarats noch keine praktische Untersuchung geeigneter Methoden für die Verwirklichung einer Verschmelzung der beiden Organisationen vorgenommen haben, wie sie den Empfehlungen entspreche, die die Versammlung bei mehreren Gelegenheiten im Lauf der letzten vier Jahre gebilligt hat und die stets in ihren Reihen fast einstimmige Unterstützung gefunden haben.“

Das Ausbleiben jedes Ergebnisses in dieser Hinsicht, wenn es doch für die Vereinfachung und Verstärkung der strukturellen Organisation eines vereinten Europas dringend erforderlich wäre zu handeln, scheint anzuzeigen, daß die Abgeordneten zu Unrecht angenommen haben, die Empfehlungen der Versammlung könnten ohne Eingreifen der nationalen Parlamente zur Anwendung gebracht werden. Die Mitglieder des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten haben sich infolgedessen verpflichtet, die Frage vor ihren jeweiligen Parlamenten anzuschneiden, und sie werden von nun an bei ihren Bemühungen von allen Abgeordneten der Versammlung unterstützt werden.“

Die Versammlung hofft, daß das Ministerkomitee, wenn es auf die Empfehlung 46 (betreffend die Integration der OEEC und des Europarats)⁵ eingeht, imstande sein wird, einen konkreten Aktionsplan vorzulegen, der sie befriedigen könnte.“

AUSSCHUSS FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

Mit dem Schluß der Fünften Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung bleiben folgende Punkte auf der Tagesordnung des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten, Vorsitzender Herr Guy Mollet (Franzose):

Fortsetzung der Prüfung der „Definition der Politik des Europarats im Licht der kürzlichen Entwicklung der Weltlage“, Berichterstatter Herr Spaak (Belgier) — Vorbereitung des endgültigen Berichts über die zukünftige Stellung der Saar, Berichterstatter Herr van der Goes van Naters (Holländer) —

Prüfung des Abänderungsvorschlags von Herrn Lapie (Franzose) zu dem Bericht über den auf dem Gebiet der europäischen Verteidigung erzielten Fortschritt, Berichterstatter Herr Fens (Holländer) —

„Die Rolle des Europarats in der neuen europäischen Organisation“ in Verbindung mit einer „im Zusammenwirken mit dem Ministerkomitee durchgeführten baldigen neuen Prüfung der früheren Empfehlungen

und Entschließungen der Beratenden Versammlung, die geeignet sind, im Rahmen des Aktionsprogramms verwendet zu werden, dessen Aufstellung von dem Ministerkomitee beschlossen wurde“, Berichterstatter Herr Mommer (Deutscher) —

Einführung eines Konsultations-Verfahrens zwischen den europäischen Delegationen bei den Weltorganisationen, Berichterstatter Herr Pernot (Franzose) —

Der Ausschuß beabsichtigt, seine nächste Tagung Ende November in Paris abzuhalten.

Während der außerordentlichen Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft im nächsten Januar soll der Ausschuß ebenfalls zusammen-treten.

IV. Wirtschaftsfragen

MINISTERKOMITEE

Zusatzbericht des Ministerkomitees

Der von dem Ministerkomitee der Beratenden Versammlung übermittelte Zusatzbericht zu dem Vierten Bericht befaßt sich mit folgenden Fragen:

Agrarpolitik

Das Generalsekretariat des Rates hatte sich durch einen Beobachter bei den Sitzungen des Interims-Ausschusses der Europäischen Landwirtschaftskonferenz vertreten lassen. Der Wortlaut der Beratungen auf der Tagung ist den Mitgliedern des Sonderausschusses für die Landwirtschaft der Versammlung zugestellt worden.

Empfehlung 26 — Straßburg-Plan⁶

Der Rat der OEEC hat dem Ministerkomitee mitgeteilt, daß eine aus den Führern der Delegationen zusammengesetzte Arbeitsgruppe einen Bericht über den Straßburger Plan ausarbeitet, der dem Rat Ende 1953 unterbreitet werden soll.

Koordination der Lufttransporte in Europa

Der Vorbereitende Ausschuß der Europäischen Konferenz für die Zivile Luftfahrt, die durch die Internationale Organisation für die Zivile Luftfahrt auf Wunsch des Ministerkomitees einberufen werden wird, soll am 15. Oktober zusammentreten.

Europäischer Transportrat

Der vorläufige Bericht des Europäischen Transportrates⁷ ist auf Ersuchen der Minister durch den Generalsekretär unmittelbar der Versammlung zugestellt worden.

Low Tariff Club

Der Vorschlag der Versammlung, in dem die Schaffung eines „Low Tariff Club“ angestrebt wird, soll von den Vertragschließenden Parteien des Allgemeinen Abkommens über Zölle und Handel während ihrer jährlichen Konferenz im September 1953 gründlich geprüft werden. Die Minister werden die Versammlung über ihre Schlußfolgerungen unterrichten.

Bericht der Hohen Behörde

Das Ministerkomitee hat der Hohen Behörde für Kohle und Stahl seine Bemerkungen zu dem Generalbericht übermittelt, den diese gemäß den Bestimmungen des Artikels 3

⁵ Vgl. den Wortlaut der Empfehlung in Europa-Archiv 14—15/1953, S. 5895.

⁶ Vgl. den Wortlaut der Empfehlung Nr. 26 (Straßburg-Plan) in Europa-Archiv 1/1953, S. 5406.

⁷ Dokument AS 184 vom 17. Juni 1953.

des Zusatzprotokolls zu dem die Gemeinschaft für Kohle und Stahl begründenden Vertrag dem Ministerkomitee und der Beratenden Versammlung des Europarats vorgelegt hatte.

In der Antwort der Minister wird zunächst die Hohe Behörde zu ihrer während des ersten Jahres geleisteten Arbeit beglückwünscht, besonders zu dem Erfolg, den sie mit der ihren Plänen entsprechenden Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Kohle, Stahl, Eisenerze und Schrott errungen hat. Diese Fortschritte werden als „eine wichtige Etappe auf dem Weg zu der noch engeren Vereinigung der freien Länder Europas“ angesehen, „die das eigentliche Ziel aller Mitglieder des Rates ist“.

Anschließend wird in der Antwort die Aufmerksamkeit der Hohen Behörde auf gewisse Punkte gelenkt, über welche die der Europäischen Gemeinschaft nicht angehörenden Staaten gern ergänzende Informationen erhalten würden. Hinsichtlich der Einfuhr- und Ausfuhrpolitik scheinen die Befugnisse der Hohen Behörde in dem Vertrag reichlich unbestimmt definiert zu sein; es werden Aufschlüsse gewünscht über den Umfang dieser Befugnisse und über die Absichten der Hohen Behörde betreffs der verschiedenen Formen einer Kontrolle der Handelspolitik. Gewisse Regierungen haben die Befürchtung, daß die Anwendung des „Einheitstarifs“ einige Länder dazu geführt hat, die *Einfuhr von Stahl wieder mit Zöllen zu belegen*, die zuvor abgeschafft worden waren, eine Entscheidung, die als ein Schritt auf eine Schutzzollpolitik hin angesehen werden könnte und „wenig in Einklang stände mit dem Geist des Artikels 3 (F) des Vertrages“. Gewisse *Preise für Kohle, Koks und Stahl* haben seit der Eröffnung des Gemeinsamen Marktes eine steigende Tendenz gezeigt, obwohl diese Tendenz nicht dem „offensichtlichen Mangel an Festigkeit“ des Marktes dieser Produkte entspricht. Man ist der Ansicht, daß „eine baldige Erklärung der Hohen Behörde über ihre allgemeine Politik auf dem Gebiet der Preise eine günstige Wirkung haben würde“. Was schließlich die *Benachteiligung* betrifft, haben die Regierungen gewisser Nichtmitgliedstaaten die Bedeutung betont, die einer gerechten Anwendung der Preise der Gemeinschaft auf alle Käufer, der Abschaffung der Kartelle und anderer einschränkender Handelspraktiken sowie Maßnahmen im Fall von starkem Mangel zur Vermeidung einer Benachteiligung von Nichtmitgliedstaaten bei der Verteilung der Produkte der Gemeinschaft zukäme.

Die Antwort der Minister auf den Bericht der Hohen Behörde schließt mit der Feststellung, daß die „obenstehenden Bemerkungen sich in mehreren Punkten mit denjenigen berühren, die von der Beratenden Versammlung ausgesprochen wurden“, und mit einer Aufforderung an den Präsidenten der Hohen Behörde, diese Probleme gemeinsam mit dem Ministerkomitee zu beraten.

Sitzung der Verbindungsausschüsse des Europarats und der OEEC

Die Verbindungsausschüsse des Europarats und der OEEC haben am 17. September unter Vorsitz des Präsidenten des Exekutiv-Komitees der OEEC, Herrn *Cattani*, in Straßburg getagt. Nach einer kurzen Sitzung, die sich mit den laufenden Angelegenheiten befaßte, hat der Verbindungsausschuß zusammen mit dem Ausschuß für Wirtschaftsfragen der Beratenden Versammlung eine Sonder-

sitzung abgehalten, auf der der Generalsekretär der OEEC, Herr Robert *Marjolin*, verschiedene Erläuterungen gab.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Antwort auf den Zusatzbericht des Ministerkomitees

Die Antwort der Versammlung erstreckte sich auf folgende Punkte:

Empfehlung 26 — Straßburg-Plan

Die Versammlung hat von den Maßnahmen des Rates der OEEC in bezug auf eine Prüfung des Straßburger Planes Kenntnis genommen und schlägt vor, daß zwischen den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaftsfragen und den Vertretern der OEEC ein Gedankenaustausch stattfinden sollte, bevor die Arbeitsgruppe der OEEC ihren endgültigen Bericht dem Europarat unterbreitet. Dieser Austausch würde im Lauf einer Sondersitzung der Verbindungsausschüsse der beiden Organisationen vorgenommen werden können.

Europäischer Transportrat

Die Versammlung hat ihre Meinung über die Frage, die in ihrer Entschließung 35⁸⁾ behandelt wird, bekanntgegeben und im Hinblick auf die kommende Tagung der Konferenz der Verkehrsminister ihr Präsidium beauftragt, die Konferenz unmittelbar auf diesen Text aufmerksam zu machen.

Senkung der Zollschränken — „Low Tariff Club“

Die Versammlung hat offiziell von den durch das Ministerkomitee gebilligten Maßnahmen Kenntnis genommen und lenkt die Aufmerksamkeit des Komitees auf ihre Entschließung, die sie während dieser Sitzungsperiode angenommen hat.

Fünfter Bericht der OEEC

Der Fünfte Bericht der OEEC (Dokument AS 178) wurde am 16. September durch den französischen Staatssekretär für Wirtschaftsfragen, Herrn Bernard *Lafay*, der Beratenden Versammlung vorgelegt. Im Verlauf der darauf folgenden Debatte ergriffen folgende Redner das Wort: Herr *Motz* (Belgien), Herr *Bottomley* und Herr *Bell* (Engländer), Herr *Yeats* (Ire), Herr Finn *Moe* (Norweger) und Herr *Lannung* (Däne).

Der Bericht wurde dann durch die Versammlung an ihren Ausschuß für Wirtschaftsfragen zurückverwiesen, um den Entwurf einer Antwort auszuarbeiten.

Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen trat am 17. September zusammen. In Abwesenheit seines Vorsitzenden, Herrn Per *Federspiel* (Däne), wurde der Vorsitz von Herrn *Kapteijn* (Holländer) übernommen. Der Ausschuß nahm an einer Sondertagung der Verbindungsausschüsse des Europarats und der OEEC teil, auf der der Generalsekretär der OEEC, Herr *Marjolin*, ein Exposé des Berichts gab und Fragen beantwortete.

Der Ausschuß trat dann von neuem zusammen, um seinen Bericht an die Versammlung auszuarbeiten.

Der Bericht des Ausschusses wurde am 23. September der Versammlung durch seinen Berichterstatter, Herrn George *Brown* (Engländer), vorgelegt. An der Debatte nahmen folgende Redner teil: Herr *de Félice* (Franzose),

⁸⁾ Angenommen am 23. September 1953. Vgl. hierzu den Bericht des Sozialausschusses, Dokument 189.

Lord Layton, Sir Edward Doyle und Herr de Freitas (Engländer), Herr Kapteijn und Herr Vixseboxse (Holländer) und Herr Chiostergi (Italiener).

Am 25. September nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschließung an:

„1. Die Beratende Versammlung des Europarats dankt der OEEC für den Fünften reich dokumentierten Bericht, den sie ihr unterbreitet hat.

2. Die Versammlung stellt insbesondere fest: daß das Handelsvolumen unter den Mitgliedländern der OEEC leicht zugenommen hat, daß das Handelsvolumen unter den Mitgliedländern und den Nichtmitglied-Ländern der OEEC das gleiche geblieben ist, daß eine Verbesserung des Handelsausgleiches aller Mitgliedländer der OEEC gegenüber der übrigen Welt zu verzeichnen ist, eine Verbesserung, die im wesentlichen auf die günstige Entwicklung der Austauschbestimmungen zurückzuführen ist, daß nach den ersten Rückschlägen des vergangenen Jahres im gesamten die Liberalisierung des Handels wieder begonnen hat, Fortschritte zu machen, daß die OEEC zur Zeit eine Untersuchung über das Problem durchführt, das sich aus dem Uebergang von der jetzigen Handhabung der EZU zu einem größeren multilateralen System des Warenaustausches, der Zahlungen und der Kredite ergibt, daß in den meisten Mitgliedländern die Großhandelspreise augenblicklich niedrig sind und daß die Schwankungen der Lebenshaltungskosten nur beschränkten Umfang hatten, daß die industrielle Produktion in den Ländern der OEEC seit einiger Zeit keine Veränderungen zeigt, daß die Schaffung eines Beratenden Ausschusses für Investitionen erwogen wird, schließlich, daß die OEEC Maßnahmen ergriffen hat, um ihre Aktion zur Belebung der Produktionskraft durch die Schaffung einer Europäischen Agentur für Produktionsleistungen wirksamer zu gestalten.

3. Die Versammlung stimmt mit den Beobachtungen überein, die in dem Bericht hinsichtlich der sich aus der Konvertierbarkeit ergebenden Probleme gemacht sind, Beobachtungen, die mit der Entschließung Nr. 29 der Versammlung vom 12. Mai 1953 in Einklang stehen und in der es hieß:

- a) daß die Konvertierbarkeit der Währungen auf keinen Fall durch die Einführung von Handelsbeschränkungen erreicht werden darf;
- b) daß Maßnahmen zur Wiederherstellung der Konvertierbarkeit einer europäischen Währung nicht einseitig getroffen werden dürfen, sondern daß sie in Anbetracht der möglicherweise entstehenden Schwierigkeiten für das Liberalisierungssystem der OEEC, für die EZU und den Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl erst nach Beratung mit allen interessierten Parteien angenommen werden sollten;
- c) daß diese Maßnahmen einer Methode entsprechen, die die europäische Integration nicht gefährdet.

4. Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß weitere Fortschritte auf dem Gebiet der Liberalisierung des Handels gemacht werden müssen, denn die Länder, die den höchsten Stand der Liberalisierung erreicht haben, könnten auf Schwierigkeiten stoßen, diesen Stand beizubehalten, ehe der verlorene Boden nicht vollständig wiedergewonnen ist.

5. Die Versammlung wünscht jedoch die Aufmerksamkeit der OEEC auf folgende Erwägungen zu lenken:

A

Vorsichtsmaßnahmen gegen einen wirtschaftlichen Rückgang

6. Die Versammlung bedauert, daß sich der vorliegende Bericht fast ausschließlich mit der Vergangenheit befaßt und keinen Versuch macht, in die Zukunft zu schauen. Dies ist um so bedauerlicher, da alle Anzeichen darauf hindeuten, daß sich in der Weltwirtschaftskonjunktur eine Wende vollzieht und daß die Lage in einigen Jahren möglicherweise gänzlich anders aussieht, als wir sie seit Ende des Krieges kennen. Schon jetzt läßt sich bei einer großen Anzahl von Rohstoffen und Nahrungsmitteln ein Absinken der Preise feststellen, und der Wettbewerb zwischen den Erzeugerländern trägt dazu bei, aus dem Verkäufermarkt einen Käufermarkt zu machen. Die Veränderungen, die voraussichtlich hinsichtlich Umfang und Charakter des Wiederaufrüstungsprogramms, das die Hauptrolle bei der Schaffung des industriellen „boom“ der letzten drei Jahre gespielt hat, eintreten werden, werden ebenfalls dazu beitragen, eine neue Lage zu schaffen. Aber selbst wenn diese Veränderungen keinen „slump“ im alten Sinne hervorrufen, so werden sie doch zweifelsohne zu einer wesentlichen Wandlung der Handelsstruktur führen.

7. Die Versammlung fordert daher die OEEC auf, sich möglichst bald mit der Erwägung der zweckmäßigsten Mittel zur Begegnung eines etwaigen Rückganges in der Beschäftigung und der wirtschaftlichen Tätigkeit zu befassen und Vorkehrungen gegen eine radikale Aenderung der Preisstruktur zu treffen; sie fordert die OEEC auf, so bald wie möglich einen Bericht auszuarbeiten, der die Aktionspläne enthält, um einer solchen Situation entgegenzutreten.

8. In diesem Zusammenhang wünscht die Versammlung die Wichtigkeit des Straßburg-Plans zu betonen und auf die Vorteile hinzuweisen, die Europa und nicht minder auch den unterentwickelten Ländern erwachsen würden, wenn Pläne für ihre wirtschaftliche Entwicklung sorgfältig im voraus ausgearbeitet werden, die bei Eintreten eines wirtschaftlichen Rückgangs sofort zur Anwendung gelangen können.

B

Wirtschaftliche Expansion

9. Die Versammlung vertritt weiterhin die Ansicht, daß nach einer Periode, in deren Verlauf das Hauptziel einer Reihe von Mitgliedstaaten die interne finanzielle Stabilität war, der Schwerpunkt nun auf eine Politik der Produktionsausweitung verlagert werden kann und soll. Wir haben die Wahl zwischen wirtschaftlichem Stillstand oder Wohlstand; und eine elastische Kreditpolitik, die auf eine vollständige Erschließung all unserer Hilfsquellen abzielt, ist sowohl notwendig als auch möglich.

10. Die Versammlung erinnert an die Erklärung der OEEC vom Juni 1951, in der eine Produktionsausweitung von 25 vH im Verlauf von fünf Jahren gefordert wird; sie stellt fest, daß dieses allgemeine Ziel nun durch ein Programm der selektiven Expansion ersetzt wird, und fordert den Rat der OEEC auf, so bald wie möglich seine diesbezüglichen detaillierten Vorschläge bekanntzugeben.

11. Die Versammlung fordert die OEEC auf, keine Mühe zu scheuen, die Investierung in der Landwirtschaft und in den Grundindustrien zu ermutigen, vor allem zugunsten der Produktionsgebiete und der Landstriche, die man zu Recht als unterentwickelt betrachten kann. Sie ist der Ansicht, daß angesichts der Milderung der Beschränkungen für den Kapitalverkehr innerhalb des europäischen Gebietes und der mit ihm assoziierten überseeischen Gebiete jetzt entsprechende Maßnahmen erfolgen sollten.

12. Außerdem fordert die Versammlung die OEEC auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die landwirtschaftliche und industrielle Produktion zu steigern. Sie begrüßt die Schaffung eines Europäischen Produktivitätsamtes und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Amt soweit wie möglich entwickelt und in Anspruch genommen wird, um die landwirtschaftliche und die industrielle Produktivität gleichermaßen zu fördern.

13. Die Versammlung wünscht ferner auf die politische Wichtigkeit dieser Aufgabe hinzuweisen. Sie stellt fest, daß auf Grund der in dem letzten Jahresbericht der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) enthaltenen Hinweise in den Ländern Osteuropas und Nordamerikas ein schnelles Ansteigen der Produktion und Produktivität erfolgt ist; sie fordert daher die für die Führung der wirtschaftlichen Angelegenheiten Westeuropas Verantwortlichen auf, sich mit aller Energie der Verfolgung dieses Zieles zu widmen.“

Koordination des europäischen Transportwesens

Der Bericht der Konferenz für innereuropäische Transporte wurde durch den Ausschuß für Wirtschaftsfragen geprüft, und ein von dem Berichterstatter Herrn Kapteijn (Holländer) vorgelegter Entschließungsentwurf wurde am 23. September von der Versammlung einstimmig gebilligt. Diese Entschließung stellt fest, daß

„die Aufgabe der Zusammen- und Gegenüberstellung der Meinungen dieser internationalen Organisationen (auf dem Gebiet des Transportwesens) zu schwer ist, als daß sie noch zu den Aufgaben hinzugefügt werden könnte, die die Verkehrsminister und die hohen Beamten, ihre Stellvertreter, in ihren betreffenden Ländern schon zu erfüllen haben.

... Es wird sehr schnell unerläßlich erscheinen, einen Koordinationsausschuß zu schaffen, der aus einer beschränkten Anzahl von Personen bestehen sollte, die nicht nach Gesichtspunkten der Nationalität, sondern allein auf Grund ihrer Zuständigkeit ausgewählt werden müßten, wie gewisse Delegationen es empfehlen. Das Bestehen eines solchen Ausschusses würde durch seine Zusammensetzung die Gewähr dafür bieten, daß alle Standpunkte angehört und in Betracht gezogen würden, bevor jeder einzelne Plan den Ministern unterbreitet wird. Die Schlüsse, zu denen dieser Ausschuß kommt, würden veröffentlicht werden.“

In der Entschließung „wird mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Bericht einen ständigen Meinungsaustausch nach beiden Richtungen zwischen den Verkehrsministern und dem Rat der OEEC, dem Organ für allgemeine wirtschaftliche Zuständigkeit, vorsieht“. Sie drückt ihre Befriedigung darüber aus, daß gemäß der am 7. Mai von dem Ministerkomitee des Europarats angenommenen Entschließung die Konferenz für innereuropäische Transporte die Herstellung von Verbindungen zwischen sich und dem Europarat ins Auge faßt. Bei jedem Abkommen sollte vorgesehen werden, daß die Konferenz der Beratenden Versammlung des Europarats jährlich einen Bericht vorlegt und daß eine, wenn auch nicht ständige Zusammenarbeit zwischen der Konferenz und den zuständigen Ausschüssen der Versammlung auf den durch die OEEC und die Kohle- und Stahl-Gemeinschaft nach und nach geschaffenen Grundlagen eingeführt wird.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Direktive an:

„Nachdem der Versammlung durch das Ministerkomitee des Europarats der Bericht der vorbereitenden Konferenz über innereuropäische Transporte vorgelegt worden ist,

und indem sie die Tatsache berücksichtigt, daß es dringend notwendig ist, der Konferenz der Verkehrsminister, die im Oktober 1953 in Brüssel zusammentreten wird, die Entschließung 36 sowie den Bericht ihres Ausschusses (Dok. 196) zu übermitteln,

beauftragt die Versammlung ihr Präsidium:

- a) diese Uebermittlung auf dem schnellsten Wege vorzunehmen;
- b) der Konferenz der europäischen Verkehrsminister mitzuteilen, daß eine Delegation der Versammlung bestimmt worden ist, um auf der Konferenz mündliche Erläuterungen zu der vorliegenden Entschließung zu geben sowie ihren Standpunkt hinsichtlich der Beziehungen darzulegen, die zwischen der Konferenz der Verkehrsminister und dem Europarat als dem allgemeinen Rahmen der europäischen Politik hergestellt werden sollen.“

Low Tariff Club

Am 24. September billigte die Versammlung folgende Entschließung, die im Namen des Ausschusses für Wirtschaftsfragen durch ihren Berichterstatter, Herrn Motz (Belgier) vorgelegt wurde. Zuvor hatten Herr Motz und Herr Norton (Ire) dazu das Wort ergriffen.

„Die Versammlung hat von dem Beschluß der Vertragsschließenden Parteien des Allgemeinen Abkommens über Zolltarife und Handel Kenntnis genommen, daß sie der Bitte des Europarats, die Frage der Schaffung eines Low Tariff Clubs auf die Tagesordnung ihrer achten Jahrestagung zu setzen, nachkommen werden;

sie stellt mit Befriedigung fest, daß die zuletzt in Genf durchgeführten Arbeiten, die der Prüfung des französischen Plans zur Senkung der Tarife galten, in mehreren Punkten zu einer Annäherung an die Vorschläge geführt haben, die von der Versammlung in ihrem Plan des Low Tariff Club ausgesprochen worden sind.

1. Die Versammlung gibt daraufhin von neuem ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Bemühungen um eine Steigerung des Warenaustausches in der Welt durch Verminderung der Hindernisse, die ihm im Wege stehen, fortgesetzt und daß besonders in möglichst naher Zukunft von den verschiedenen Staaten erhebliche Senkungen der Zolltarife beschlossen werden müßten.

2. Sie spricht den Wunsch aus, daß die Arbeiten der Vertragsschließenden Parteien des Allgemeinen Abkommens, die sich auf verschiedenen Ebenen mit der Senkung der ihnen zur Prüfung vorliegenden Tarife befassen, schnell zu konstruktiven Vorschlägen führen möchten und so einen neuen Fortschritt auf dem Weg zur Senkung der Zollschränken ermöglichen würden.

3. Die Versammlung beauftragt das Generalsekretariat, die Entwicklung dieser Frage zu verfolgen, und beschließt, sie weiter auf ihrer Tagesordnung zu lassen.“

Wirtschaftliche Integration Europas

In seiner Rede am 25. September zur Beantwortung des Zusatzberichts des Ministerkomitees ersuchte Herr Per Federspiel (Däne), der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, die Versammlung, eine Untersuchung über den jetzigen Stand der wirtschaftlichen Integration in Europa durchzuführen, und zitierte einen Brief, den er zu diesem Zweck im Namen des Ausschusses für Wirtschaftsfragen an den Präsidenten gerichtet hatte.

Einheitlichkeit der Exportbestimmungen

Einen Vorschlag von Herrn La Malfa (Italiener), die in den verschiedenen europäischen Ländern geltenden Exportbestimmungen stärker zu vereinheitlichen, verwies die

Versammlung am 23. September an ihren Ausschuß für Wirtschaftsfragen zurück.

Sonderausschuß für Landwirtschaft

Der Sonderausschuß für Landwirtschaft der Beratenden Versammlung des Europarats hat in Straßburg im Verlauf des dritten Teils der Fünften Sitzungsperiode getagt und die Informationen geprüft, die er von dem Interimsausschuß der Europäischen Landwirtschaftskonferenz erhalten hat. Das Generalsekretariat des Europarats, das einen Beobachter zu den Sitzungen der Konferenz, des Ausschusses sowie aller Unterausschüsse entsendet, hat einen Bericht vorgelegt.

Gemischter Unterausschuß für die Landwirte unter den Flüchtlingen oder Bevölkerungsüberschüssen

Der Gemischte Unterausschuß für die Landwirte unter den Flüchtlingen oder Bevölkerungsüberschüssen, der sich aus Vertretern des Sonderausschusses für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse und des Sonderausschusses für Landwirtschaft der Beratenden Versammlung zusammensetzt, hat im Verlauf dieser Sitzung in Straßburg getagt. Der Unterausschuß hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Möglichkeiten für eine Integration der Landwirte unter den Flüchtlingen oder Bevölkerungsüberschüssen in das Wirtschaftssystem der Mitgliedsländer prüfen soll, und hat beschlossen, daß die Mitglieder des Unterausschusses von ihren betreffenden Regierungen Informationen über dieses Problem einholen sollen.

V. Soziale Fragen

MINISTERKOMITEE

Zusatzbericht des Ministerkomitees

Soziale Sicherheit der Familien der Wanderarbeiter

Die Bemerkungen der Beratenden Versammlung zu der Frage der sozialen Sicherheit der Familien der Wanderarbeiter sind dem Sachverständigenausschuß, der im kommenden November zusammentreten wird, zur Information übermittelt worden.

Sozialprogramm des Europarats

Das Ministerkomitee wird mit Interesse von der Stellungnahme der Versammlung zu dem Memorandum des Generalsekretariats „bezüglich einer nützlichen Tätigkeit des Europarats auf sozialem Gebiet“ Kenntnis nehmen. Es hat einen ad hoc-Ausschuß von Regierungssachverständigen (die vom 7. bis 11. September unter Vorsitz von Herrn Delperée [Belgien] in Straßburg getagt haben) beauftragt, dieses Dokument zu prüfen.

Konvention über soziale und ärztliche Hilfe

Auf ihrer Sitzung am 30. September haben die Stellvertreter der Minister ihre endgültige Zustimmung zu der Konvention über soziale und ärztliche Hilfe gegeben, die zur Unterzeichnung bereit liegt.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Sozialprogramm des Europarats

Nach Prüfung des Memorandums, das der Versammlung durch das Ministerkomitee unterbreitet wurde, stimmt sie an erster Stelle dem Prinzip der Ausarbeitung einer „europäischen Sozial-Charta“ zu. Diese Charta soll die sozialen Ziele der Mitgliedstaaten des Europarats defi-

nieren und bei jedem zukünftigen Vorgehen des Rates auf sozialem Gebiet als Leitfaden dienen. Sie wird auf sozialpolitischem Gebiet eine Ergänzung der Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten darstellen und soll im Einverständnis mit der Versammlung ausgearbeitet werden, deren Aufgabe darin bestehen wird, ihre Grundsätze genau festzulegen.

Die Versammlung hat die Meinung ausgesprochen, daß als erstes in der Sozialgesetzgebung der Mitgliedstaaten die Abschaffung von Benachteiligungen, die sich auf die Nationalität gründen, angestrebt werden sollte. Ebenfalls sollte es keine Benachteiligung auf Grund der Rasse oder des Geschlechts geben. Die Verwirklichung dieses Ziels würde eine bedeutende Kundgebung der europäischen Solidarität und einen Fortschritt zu größerer sozialer Gerechtigkeit unter den Völkern darstellen. Ein erster Schritt wurde schon in Form von zwei Entwürfen für Abkommen über soziale Sicherheit und des Konventionsentwurfs über soziale und ärztliche Hilfe gemacht. Diese Entwürfe sollten so bald wie möglich unterzeichnet und ratifiziert werden. Das Prinzip der „Gleichstellung“ der Personen soll ebenfalls auf die Familien der Wanderarbeiter ausgedehnt werden. Die Einführung des Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl in sechs Mitgliedstaaten des Europarats wird unweigerlich Probleme sozialer Natur aufwerfen, besonders die Frage gleicher Behandlung der Staatsangehörigen dieser sechs Länder.

Der Europarat und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl sollen in Zukunft dahin übereinkommen, für Fragen von gemeinsamem Interesse Regeln festzulegen, die für die Gemeinschaft der Sechs und die anderen Mitgliedstaaten des Europarats gelten können. Das zweite Ziel des Europarats wird sein, die Sozialgesetzgebung in den Mitgliedstaaten in fortschreitendem Maß miteinander in Einklang zu bringen. Es handelt sich nicht so sehr darum, die Gesetzestexte aufeinander abzustimmen, sondern vielmehr um die Vorteile, die sich aus der Sozialgesetzgebung herleiten. Um dieses zweite Ziel zu verwirklichen, muß der europäische Kodex der Sozialen Sicherheit so bald wie möglich fertiggestellt werden, dessen fernes Ziel es ist, in den Mitgliedstaaten des Europarats eine gewisse Gleichheit der aus der sozialen Sicherheit erwachsenden Vorteile herzustellen. Die internationalen Arbeitsabkommen, die einen wesentlichen Beitrag zu der Aufgabe, die Gesetzgebungen miteinander in Einklang zu bringen, bedeuten, müßten ebenfalls ratifiziert werden.

Die Untersuchung dieses Problems sollte in dem Bestreben durchgeführt werden zu entscheiden, ob einige der in Betracht kommenden Konventionen für ihre Anwendung auf europäischer Ebene nicht verbessert oder weiter entwickelt werden könnten.

Es wäre wünschenswert, daß die Regierungen soweit wie möglich den Europarat über die Entwicklung der sozialen Lage sowie über Abwandlungen ihrer sozialen Gesetzgebung, die er vorschlagen wird, unterrichten. Eine gemeinsame Prüfung dieser Entwicklung würde günstige Ergebnisse haben. Außerdem ist stark anzunehmen, daß die Entwicklung in einem bestimmten Land die anderen Mitgliedsländer interessieren wird. Schließlich müßten dem Europarat Statistiken, die von zuständiger Stelle miteinander verglichen werden könnten, zur Verfügung gestellt werden. Der Erfolg jeder Politik der Harmonisierung hängt von dieser Bedingung ab.

Um das empfohlene Programm zu verwirklichen, hat die Versammlung die Bildung eines aus hohen Beamten zusammengesetzten „Sozialausschusses“ gebilligt. Diese Beamten müßten zwei- oder dreimal im Jahr zusammen-treten und könnten sich durch andere Sozialsachverständige vertreten oder unterstützen lassen. Der Ausschuß müßte in enger Verbindung mit der Internationalen Arbeitsorganisation und der OEEC arbeiten, vor allem mit dem Ausschuß für Arbeitskräfte der OEEC, um Ueberschneidungen mit der Tätigkeit dieser Organisationen zu vermeiden.

Die Versammlung hat sich ebenfalls dem Vorschlag angeschlossen, eine Zentralstelle für soziales Urkundenmaterial zu schaffen. Sie müßte im Rahmen der Bibliothek des Generalsekretariats aufgebaut werden, wo schon die ersten Anfänge einer Dokumentensammlung vorhanden sind. Die Regierungen müßten regelmäßig dieser Zentralstelle alle brauchbaren Informationen über den Stand der sozialen Probleme in ihren Ländern zukommen lassen. Die Aufgabe dieser „Zentralstelle für soziales Urkundenmaterial“ würde darin bestehen, systematisch die Informationen und Dokumente zu sammeln, die für den „Sozialausschuß“ sowie für die übrigen an sozialen Fragen interessierten Organe des Europarats notwendig sind, ohne — das sei betont — Untersuchungen zu beginnen, die schon durch die Internationale Arbeitsorganisation oder andere internationale Organisationen durchgeführt werden, und ohne von den Regierungen Informationen anzufordern, die schon diesen Organisationen mitgeteilt wurden.

Schließlich erklärt sich die Versammlung bereit, die Prüfung des Sozialmemorandums sowie anderer damit verbundener Fragen fortzusetzen, die schließlich in das sozialpolitische Programm des Europarats eingeschlossen werden könnten.

Ratifikation der internationalen Arbeitsabkommen

Die Versammlung hat beschlossen, dem Ministerkomitee zu empfehlen, es sollte die Regierungen der interessierten Mitgliedstaaten auffordern, so bald wie möglich die Ratifizierung einer gewissen Zahl von internationalen Arbeitsabkommen in Angriff zu nehmen, denen die größte Bedeutung für die arbeitende Welt beigemessen wird.

Antwort auf den Bericht über die Tätigkeit der Weltgesundheitsorganisation in Europa

Die Versammlung hat mit besonderer Befriedigung von dem ersten Informationsbericht Kenntnis genommen, der ihr von der Weltgesundheitsorganisation vorgelegt worden ist. Die Versammlung hat die schon ergriffenen Maßnahmen hinsichtlich des Austausches von Informationen und technischer Hilfe gebilligt.

Antwort auf den Tätigkeitsbericht der Internationalen Arbeitsorganisation

In ihrer Antwort auf den Tätigkeitsbericht der IAO nimmt die Versammlung die Anregung dieser Organisation auf, in der die Ueberprüfung der beiden Abkommen über soziale Sicherheit des Europarats im Sinn einer Verstärkung des Schutzes der Wanderarbeiter empfohlen wird, wenn diese beiden Abkommen eine gewisse Zeit hindurch wirksam gewesen sind.

Antwort auf den Bericht der Organisation des Brüsseler Vertrags

In der Beantwortung der Teile des Berichts der Organisation des Brüsseler Vertrags, die soziale Fragen behandeln, erklärt sich die Versammlung bereit, endgültig zu prüfen, in welchem Maß die von den Mitgliedsländern des Brüsseler Vertrags verwirklichten Ziele auch auf die anderen Mitgliedstaaten des Europarats ausgedehnt werden könnten.

Koordination der sozialen Forschungen und ihrer Anwendung

Die Versammlung hat ihren Ausschuß für Soziale Fragen beauftragt, die Möglichkeit der Koordination der nationalen Institute der Mitgliedstaaten des Europarats zu untersuchen, die sich mit sozialen Forschungen und ihrer Anwendung beschäftigen, besonders in den rückständigsten Gebieten innerhalb des Zuständigkeitsbereichs dieser Institutionen.

Erster Entwurf der Satzungen eines Europäischen Instituts für die Finanzierung des Wohnungsbaus, vorgelegt durch die Internationale Vereinigung für Bauten und Oeffentliche Arbeiten

In seiner Sitzung am 16. September beschloß der Ausschuß für Soziale Fragen unter Vorsitz von Herrn Heyman (Belgien), den Präsidenten der Versammlung zu beauftragen, den Satzungsentwurf für die Finanzierung des Wohnungsbaus dem Ministerkomitee zu übermitteln und diesem vorzuschlagen, ihn gemäß einer Empfehlung der Versammlung einem Ausschuß von Regierungssachverständigen vorzulegen.

VI. Juristische Fragen

MINISTERKOMITEE

Zusatzbericht

Abschaffung der Sichtvermerke

Das Ministerkomitee kündigt in seinem Zusatzbericht zu dem vierten der Versammlung vorgelegten Bericht die Absicht der Königlichen Regierung der Niederlande an, „das obligatorische niederländische Visum für die Staatsbürger aus der Deutschen Bundesrepublik abzuschaffen und zu diesem Zweck Verhandlungen mit der Bundesregierung zu eröffnen. Dieser Beschluß wurde auf Grund der Entschliebung (52) des Ministerkomitees und auf diesbezügliche Empfehlungen der Beratenden Versammlung hin gefaßt.“

„Die Regierungen von Belgien, Irland, Italien, Luxemburg, Schweden und des Vereinigten Königreichs haben beschlossen, den Inhabern von Reisepässen der Bundesrepublik unentgeltlich Sichtvermerke zu gewähren.“

Europäische Konvention über Auslieferung

Das Ministerkomitee „hat die Absicht der Versammlung zur Kenntnis genommen, ihm eine Empfehlung bezüglich bestimmter Grundsätze, die in einer Europäischen Konvention über Auslieferung verwendet werden könnten, zuzustellen. Das Ministerkomitee hat seinerseits für Oktober einen Sachverständigenausschuß einberufen, der mit der Untersuchung dieser Frage beauftragt und dem die Empfehlung der Versammlung übermittelt werden wird.“

BERATENDE VERSAMMLUNG

Konvention der Menschenrechte

Ratifikationen der Konvention und des Zusatzprotokolls
(Stand vom 1. Oktober 1953)

Signatarstaat	Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde		Abgegebene Erklärungen zu den Bestimmungen des		Mitteilung zu Artikel 63	Vorbehalte
	Konvention	Protokoll	Artikels 25	Artikels 46		
Vereinigtes Königreich	8. März 51	3. Nov. 52	—	—	—	Protokoll, Art. 2
Norwegen	15. Januar 52	18. Dez. 52	—	—	—	Art. 9
Schweden	4. Febr. 52	22. Juni 53	ja	—	—	Protokoll, Art. 2
Bundesrepublik Deutschland	5. Dez. 52	—	—	—	—	Art. 7
Saar	14. Januar 53	14. Januar 53	—	—	—	
Irland	25. Febr. 53	25. Febr. 53	ja	ja	—	Art. 6
Griechenland	28. März 53	28. März 53	—	—	—	Protokoll, Art. 2
Dänemark	13. April 53	13. April 53	ja (für 2 Jahre)	ja (für 2 Jahre)	ja (Grönland)	
Island	29. Juni 53	29. Juni 53	—	—	—	
Luxemburg	3. Sept. 53	3. Sept. 53	—	—	—	Protokoll, Art. 1

Anmerkungen:

1. Die Konvention ist am 3. September 1953 nach Hinterlegung der zehnten Ratifikationsurkunde in Kraft getreten (Art. 66).

2. Das Zusatzprotokoll wird nach Hinterlegung der zehnten Ratifikationsurkunde in Kraft treten (Art. 6).

3. Die Kommission zur Wahrung der Menschenrechte wird dafür zuständig sein, individuelle Gesuche entgegenzunehmen, wenn sechs Mitgliedstaaten bei dem Generalsekretär eine

Erklärung hinterlegt haben, daß sie die Zuständigkeit der Kommission, solche Gesuche zu empfangen, anerkennen (Art. 25).

4. Der Gerichtshof für Menschenrechte wird als geschaffen gelten, wenn bei dem Generalsekretär acht Erklärungen hinterlegt sind, in denen die obligatorische Gerichtsbarkeit des Gerichtshofes in allen die Auslegung und Anwendung der Konvention betreffenden Fragen anerkannt wird (Art. 46).

5. In den fünf anderen Ländern sind die Ratifikationsentwürfe hinterlegt worden.

Empfehlung über zu treffende neue Maßnahmen

Die Versammlung hat in ihrer Sitzung am 24. September einstimmig den Bericht gebilligt, der im Namen des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen von Herrn P. H. Teitgen (Franzose) vorgelegt wurde und neue von den Mitgliedstaaten zu ergreifende Maßnahmen hinsichtlich der Konvention betrifft. Dieser Bericht enthält eine Empfehlung an die Regierungen der Mitgliedstaaten:

„1. Es ist äußerst wünschenswert, daß die Staaten, die die Ratifikationsurkunde entweder der Konvention oder des Zusatzprotokolls noch nicht hinterlegt haben, die Hinterlegung möglichst beschleunigen, da jede Verzögerung der endgültigen Annahme dieser Abkommen durch einen der Mitgliedstaaten des Europarats das Ansehen der Organisation schwächt und gleichzeitig Komplikationen für die Bildung der europäischen Kommission zur Wahrung der Menschenrechte verursacht.

2. Die Versammlung hat es von Anfang an als wesentlich für die Wahrung der Menschenrechte angesehen, daß die Personen, die sich durch eine der Hohen Vertragschließenden Parteien in ihren Rechten verletzt fühlen, ihre Beschwerde unmittelbar bei einem internationalen Organ zwecks Untersuchung und Vermittlung vorbringen können, ohne um die Unterstützung einer Regierung nachsuchen zu müssen, deren Einschreiten leicht zur Folge haben könnte, daß aus einer individuellen Beschwerde ein zwischenstaatlicher Rechtsstreit entstünde. Aus diesem Grund

ist die europäische Kommission zur Wahrung der Menschenrechte gebildet worden.

Die Versammlung dringt nachdrücklich darauf, daß die Staaten, die dies bisher unterlassen haben, von der in Artikel 25 der Konvention vorgesehenen Ermächtigung Gebrauch machen und der Kommission das Recht zuerkennen, individuelle Gesuche zu bearbeiten.

3. Ebenso ist die Versammlung der Meinung, daß es vorzuziehen ist, wenn Beschwerden, die die Kommission als ernst ansieht und nicht auf dem Wege der Vermittlung zufriedenstellend erledigen könnte, eher vor ein Organ der Gerichtsbarkeit als vor ein politisches Organ gebracht werden; sie dringt deshalb auf eine Erklärung der Regierungen der Mitgliedstaaten, daß sie unter Anwendung des Artikels 46 der Konvention die obligatorische Zuständigkeit der europäischen Kommission zur Wahrung der Menschenrechte anerkennen.

4. Schließlich macht die Beratende Versammlung die Mitgliedstaaten, die die internationalen Beziehungen von nicht zum Mutterland gehörenden Gebieten wahrnehmen, auf den Argwohn und die Kritik aufmerksam, denen sie sich aussetzen würden, falls sie der Bevölkerung dieser Gebiete die Vorteile der Konvention und des Zusatzprotokolls geschlossen verweigerten; sie hofft infolgedessen, daß die interessierten Regierungen von neuem die Möglichkeit erwägen werden, eine Erklärung im Sinn des Artikels 63 der Konvention und 4 des Zusatzprotokolls zu unterzeichnen.“

(Fortsetzung der September-Mitteilungen in Folge 22/1953.)

Das Kolonialproblem als Aufgabe der Europaforschung

Von Professor Raymond-Jean Guiton, Paris

In diesem Heft wird unsere Beitragsreihe über „Probleme der Französischen Union“* mit dem achten Teil über „Die Französische Union und die Einigung Europas“ auf S. 6095—6100 abgeschlossen. Dem Leser mit dieser Reihe eine Strukturanalyse der Französischen Union in der herkömmlichen Bedeutung des Wortes zu unterbreiten, haben weder Schriftleitung noch Verfasser im Sinn gehabt. Ihre Absicht ist es vielmehr gewesen, die Voraussetzungen zur Lösung einer spezifischen Aufgabe der Europaforschung zu schaffen, auf die hier näher eingegangen werden soll (vgl. in diesem Zusammenhang den Beitrag von Theodor Steltzer „Aufgaben und Probleme der Europaforschung“ in EA 16/1953, S. 5897—5902).

Anlaß zur Beschäftigung mit dem Kolonialproblem gibt der Europaforschung die Tatsache, daß alle sechs Kolonialmächte des europäischen Kontinents: Belgien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Portugal und Spanien, unmittelbar oder mittelbar vom europäischen Integrationsprozeß berührt werden. Unter diesen sechs Mächten haben schon vier begonnen, einen nicht unerheblichen Teil ihrer Souveränitätsrechte auf übergeordnete europäische Instanzen zu übertragen. Die Beziehungen, die sie mit gewissen überseeischen Völkern und Wirtschaftsgebieten unterhalten, beruhen aber heute noch völkerrechtlich und faktisch auf dem Postulat ihrer unberührten Souveränität. Hieraus ergeben sich Probleme, deren eingehende wissenschaftliche Untersuchung von sehr aktueller Bedeutung ist.

„Je reiner der Geist“, schreibt Max Scheler, „desto machtloser im Sinne dynamischen Wirkens ist er in Gesellschaft und Geschichte ... Setzt der Geist sich Ziele des Soseins und der Umgestaltung der Real-faktoren, die nicht mindestens im Spielraum des eigenkausalen Zusammenhangs der Real-faktoren gelegen sind, so beißt er auf Granit.“ Als politische Wissenschaft darf sich die Europaforschung nicht mit der „reinen“ Erkenntnis begnügen. Sie ist sich auch schuldig, dem praktischen Politiker die Grenzen aufzuzeigen, die der „eigenkausale Zusammenhang der Real-faktoren“ seinem Willen setzt.

Wenn die Europaforschung sich mit dem Kolonialproblem befaßt, steht sie in Wirklichkeit zwei Aufgaben gegenüber. Sie hat a) zu prüfen, wie die Interessen der europäischen Kolonialmächte als solcher mit dem Ziel der europäischen Einigung in Einklang zu bringen sind; b) die Grundlagen für eine europäische Behandlung des Kolonialproblems zu erarbeiten. Obgleich in der politischen Praxis die Reihenfolge umgekehrt sein kann, empfiehlt es sich

für die Forschung, zunächst die Frage zu klären, ob ein Vereinigtes Europa eine Kolonialpolitik überhaupt haben darf und, wird diese Frage bejaht, welche Ziele es damit erstreben kann.

✱

Die Organisationsformen, die der europäische Einigungsprozeß und der Aufbau der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft hervorbringen, sind nicht Selbstzwecke, sondern Mittel, deren sich die Menschen innerhalb dieser Gebiete bedienen, um die Idee zu verwirklichen, die ihrer Existenz Inhalt und Sinn gibt. Deshalb dürfen die Organisationsformen der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit nicht im Widerspruch zu dieser Idee stehen.

Wissenschaftlich läßt sich die (in der vorliegenden Form recht summarische) Behauptung mühelos begründen, der europäische Mensch habe von jeher der Idee der Persönlichkeit gelebt. Von Karls des Großen Krönung in Rom bis zum Ausgang des Mittelalters fand diese Idee ihre Entsprechung in Organisations-

*) Vgl. 1. Teil: „Das Kolonialproblem nach dem Zweiten Weltkrieg“ und „Das Statut der Französischen Union“ in Folge 20/1952, S. 5231—5238; 2. Teil: „Indochina“ in F. 2/1953, S. 5427—5440; 3. u. 4. Teil: „Anpassungsprobleme der französischen Kolonialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg“ in

7/1953, S. 5591—5596 und 12/1953, S. 5768—5776; 5. Teil: „Algerien“ in F. 13/1953, S. 5797—5802; 6. Teil: „Tunesien“ in F. 14—15/1953, S. 5855—5862; 7. Teil: „Marokko, Aequatorial- und Westafrika, Madagaskar“ in F. 17/1953, S. 5933 bis 5942.

formen, die eine Oekonomie des Heils ermöglichten. Seit Beginn der Neuzeit hat dann der europäische Geist zwar nicht auf die christliche Offenbarung verzichtet; er hat jedoch gefordert, ihren Wahrheitsgehalt mit den Mitteln der bloßen Vernunft zu prüfen. Hierin liegt der grundlegende Unterschied zwischen dem mittelalterlichen Thomismus und dem zunächst cartesianischen Rationalismus der Neuzeit. Fortan beruhte die europäische Persönlichkeitsidee auf der Spannung zwischen Christentum und Humanismus.

Die Vernunft wurde jedoch nicht etwa in der Beziehung zu den sie bedingenden Faktoren, sondern für sich erfaßt und deshalb auch sehr bald zu einer Ideologie verabsolutiert. Dieser Prozeß vollzog sich unter einem inneren dialektischen Zwang, als hätte der europäische Geist der Neuzeit von Anbeginn seinen Widersacher in sich getragen und aus sich heraus gebildet. Die Zerstörung der Oekonomie des Heils schien den Europäer nur deswegen auf sich zurückgeworfen zu haben, damit er sich an die Objektivationen des eigenen Geistes verlor. Die Organisationsformen der technischen Zivilisation, die ebenfalls aus dem neuzeitlichen Rationalismus hervorgingen, wurden zu Selbstzwecken. Sie verwandelten sich allmählich in Herrschaftsformen und unterwarfen sich schließlich den Geist zur Erreichung von Zielen, die dieser mißbilligte, ohne jemals die Kraft zu finden, seine Unabhängigkeit zurückzuerlangen. Die Entwicklung, die im Zeitalter der privatkapitalistischen Expansion als Folge der Industrialisierung ihren ersten Höhepunkt zu verzeichnen hatte, machte den Europäer zum Sklaven der Ordnung, die er selbst in der Absicht errichtet hatte, sich vor jener Einschränkung seiner Freiheit und Selbstherrlichkeit zu bewahren, welche er in der Hinnahme von Glaubensinhalten und von der damit verbundenen Gesellschaftsstruktur erblickt hatte. Seit der französischen Revolution von 1789 fiel er immer wieder einem auf die Ideologie der Ratio gegründeten Radikalismus anheim; weil er die Bedeutung der Realfaktoren nicht zu würdigen vermochte, mußte er der nihilistischen Versuchung erliegen oder seine radikale Gesinnung in die marxistisch-leninistische Verkündigung eines Heils im Diesseits umschlagen lassen. Mit der Einsicht in die Absurdität einer Lage, die um der Freiheit willen den Totalitarismus herbeiführt, ist die gegenwärtige Bewußtseinskrise Europas ursächlich verbunden.

Schon im 18. Jahrhundert hatte der säkularisierte Machtwille des Zivilisationseuropäers über das christliche Sendungsbewußtsein gesiegt. Für die Kolonisation, die am Anfang nur bedingt, hauptsächlich bei den Spaniern und den Portugiesen, im Dienste der Persönlichkeit gestanden hatte, verlor später diese Idee an Verbindlichkeit in dem Maße, in dem a) die Kolonialgesellschaften und die Kolonialmächte selbst

keinem ernsthaften Widerstand seitens der kolonisierten Völker begegneten und b) die Organisationsformen der technischen Zivilisation zugleich von den Erfolgen dieser Zivilisation eine Bestätigung und von der Ideologie der Ratio eine Rechtfertigung zu erhalten schienen. Als die Europapolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufhörte, gleichzeitig Weltpolitik zu sein, waren zwar Träger des europäischen Geistes überall in der Welt verstreut, von Neuseeland bis Kanada und von Brasilien bis Indochina. Das Machtstreben aber, das sie in diese Ferne getrieben hatte, durfte in einem gewissen Sinne als ein Erbe des alt-römischen Imperialismus gelten. Es knüpfte eher an den römischen Staatsgedanken als an den geistigen Universalitätsanspruch der römischen Kirche an.

Ideengeschichtlich leitete die Aufklärung den Prozeß ein, in dessen Verlauf der Europäer sich an die Objektivationen der eigenen Vernunft verlor. Die ins Aufklärerische abgewandelte, zum humanitären Pathos formalisierte Persönlichkeitsidee unterhöhlte in zweifacher Weise die Macht des Abendländers in der Welt. Erstens verleitete sie ihn, seine technischen Geheimnisse mit fremden Völkern zu teilen. Dadurch gab er den kolonisierten Völkern, als sie dann seine Herrschaft abschütteln wollten, eben die Mittel in die Hand, mit denen er diese Herrschaft begründet hatte. Zweitens rief die aufklärerisch abgewandelte Persönlichkeitsidee im Bewußtsein des Europäers selbst ein Schuldgefühl hervor. Dieses Schuldgefühl verdankte seine Verbreitung dem Umstand, daß die Säkularisation den Europäer um die Möglichkeit gebracht hatte, sein Machtstreben vor den eigenen Augen durch ein geeignetes Sendungsbewußtsein zu rechtfertigen. Kolonisierte Völker in den Genuß der technischen Zivilisation zu bringen, erwies sich auch für aufklärerische Ideologen zur Begründung ihrer imperialistischen Bestrebungen als unzulänglich.

Sofern die europäischen Einigungsbestrebungen die gegenwärtige Spannung zwischen Ost und West nur zum Anlaß nehmen, an sich jedoch unabhängig von der weltpolitischen Konjunktur ein Vereinigtes Europa zu verwirklichen trachten, liegt die Annahme nahe, daß sie zuletzt dazu dienen sollen, den europäischen Menschen von der zeitgenössischen Bewußtseinskrise zu erlösen. Nachdem die Ereignisse die bisher im Rahmen des Nationalstaates errichteten Organisationsformen als ungeeignet haben erscheinen lassen und überzeugende Kritik sowohl an der Zweckmäßigkeit dieses nationalstaatlichen Rahmens als auch an den Wertpositionen geübt worden ist, die für das Zustandekommen dieser Organisationsformen eine maßgebende Bedeutung gehabt haben, wird von der Errichtung einer europäischen Gemeinschaft nun erwartet, sie werde dem Geist den erforderlichen Spielraum gewähren, damit er sich wieder über seine Objektivationen erhebt und der Persönlichkeit erneut die Institutionen der technischen

Zivilisation unterwirft. Eine europäische Erneuerung darf allerdings nicht als ein Versuch ausgelegt werden, die karolingische oder mittelalterliche Oekonomie des Heils auf die Realverhältnisse der Gegenwart zu übertragen. Ein derart romantisierender Versuch wäre als situationswidrig zum Scheitern verurteilt. Auf der Ebene der technischen Existenz wird vielmehr eine neue Verwirklichung der Persönlichkeitsidee in der für den europäischen Geist grundlegenden Spannung zwischen Christentum und Humanismus erstrebt, zwischen der Hinnahme der Offenbarung durch den von der Transzendenz überwältigten Menschen und dessen ausgreifendem Empörerwillen, wenn er sich als Mitte und Norm für das Sein setzt.

*

Auf das Kolonialproblem angewendet, führt die Einsicht in die Notwendigkeit, Ziele und Methoden einer europäischen Politik mit der Persönlichkeitsidee in Einklang zu bringen, zu mehreren Schlußfolgerungen.

1. Ein Vereinigtes Europa kann unter keinen Umständen eine Wiederaufnahme und Fortsetzung der imperialistischen Expansion dulden, wie sie durch den Begriff „Kolonialismus“ gekennzeichnet ist. Dies besagt insbesondere, daß die Einbeziehung von Völkern und Wirtschaftsgebieten, die von einzelnen europäischen Mächten kolonisiert wurden, in ein europäisches Commonwealth auf keinen Fall die Errichtung einer auf Gewalt beruhenden Herrschaft des Vereinigten Europa über diese Völker und Gebiete nach sich ziehen kann und deren Ausbeutung im einseitigen Interesse Europas ausschließen muß.

2. Diese Absage an den Kolonialismus bedeutet nicht, daß als Alternativlösung eine Assimilation in Erwägung gezogen werden könnte. Als Endziel kann sich eine Assimilation nämlich nur die Uebernahme europäischer Wertordnungen durch die kolonisierten Völker setzen. Praktisch würde sie eine Verschmelzung dieser Völker mit den europäischen erstreben oder ihnen Institutionen aufoktroyieren, die den Organisationsformen der europäischen Gesellschaft nachgebildet wären. Gegen eine Assimilationspolitik ist im einzelnen einzuwenden:

a) Da sie in ihren Anfängen auf dem Universalitätsanspruch des Christentums beruhte, bediente sie sich der Organisationsformen, die aus der Zusammenarbeit weltlicher und geistlicher Macht zur Errichtung und Aufrechterhaltung der Oekonomie des Heils hervorgegangen waren. Auch dann, wenn der Universalitätsanspruch des Christentums unangetastet bleibt, ist es nicht mehr zeitgemäß, ihm durch Anwendung weltlicher, ohnehin säkularisierter Machtmittel stattzugeben. In ihrer zeitgenössischen Fassung aber beruht die Assimilationspolitik auf der aufklärerischen Abwandlung der Persönlichkeitsidee

oder, wenn man es etwas polemisch ausdrücken will, auf dem Formalismus des humanitären Pathos. Sie hört auf, vertretbar zu sein, sobald der Mensch nicht mehr vom Standpunkt der Ideologie der Ratio aus betrachtet, sondern in seiner existentiellen Wirklichkeit erfaßt wird. Die Würdigung des Menschen im Araber oder Vietnamesen darf nicht zur Verknennung der ethnischen, religiösen, kulturellen und politischen Komponenten seiner Verwirklichung in der Dimension der Geschichte führen.

b) Die Verschmelzung kolonisierter Völker mit europäischen ist nicht etwa der Vermischung europäischer Auswanderer mit der einheimischen Bevölkerung gleichzusetzen, die in Südamerika stattgefunden hat. Vom Standpunkt des rechts- und geschichtspositiven Denkens aus scheint sie auf europäischem Boden weder wünschenswert noch durchführbar. Im institutionellen Bereich, für den die Verfassung der Vierten Französischen Republik als mustergültig angesehen werden darf, leistet sie verworrenen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen Vorschub, die bald zu einer Majorisierung der kolonisierten Völker innerhalb der politischen Gremien des Mutterlandes führen, bald zu einer unangemessenen Einflußnahme dieser Völker oder — was nicht immer gleichbedeutend ist — ihrer Vertreter auf spezifische Angelegenheiten des Mutterlandes.

c) Demnach sind europäische Organisationsformen den kolonisierten Völkern nur in dem Maße zumutbar, in dem diese Organisationsformen mit ihrer eigenen geschichtlichen Entwicklung und mit ihrer gegenwärtigen Situation in Einklang gebracht werden können. Für diesen folgenschweren Vorbehalt sprechen nicht allein die Gründe, die rechts- und geschichtspositives Denken dem universalistischen Formalismus der aufklärerischen Auffassung entgegenhält, sondern auch die schlechten praktischen Erfahrungen, die Frankreich in dieser Beziehung gesammelt hat. Die Zerstörung der überlieferten gemeinschaftlichen Ordnungen nach dem Vorbild des jakobinischen und napoleonischen Zentralismus hat im Vietnam die Verbreitung des Kommunismus gefördert. In Nordafrika sind die Radikalisierung des politischen Lebens und der Widerstand der Araber gegen die französischen Reformpläne zu einem bedeutenden Teil auf die Unvereinbarkeit der französischen Assimilationspolitik mit der theokratischen Gesellschaftsordnung des Islam zurückzuführen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Assimilationspolitik Argumente zur Verewigung des Kolonialismus liefert. Die Eignung der kolonisierten Völker, sich selbst zu regieren, wird zur Zeit von der Kolonialmacht, die sich die Entscheidung vorbehalten will, nicht nach dem geistigen Niveau dieser Völker und der Tüchtigkeit ihrer Auslese beurteilt, sondern nach der Uebertragbarkeit der parlamentarischen und demokratischen Institutionen der Kolonialmacht auf

diese Völker. Schließlich wird, wenn die sogenannte politische Reife der kolonisierten Völker von der Uebertragbarkeit der Institutionen des Mutterlandes abhängig gemacht wird, auch unterstellt, daß diese Institutionen nicht für das Mutterland selbst fragwürdig geworden wären. Hiermit ist aber eine Verknüpfung der Ursachen der europäischen Bewußtseinskrise verbunden. Wenn keine Richtigstellung erfolgte, müßte ein Europäisches Commonwealth mit der Idee, der das Vereinigte Europa dienen soll, in Widerspruch geraten.

3. Dagegen scheint der Partnerschaftsbegriff geeignet, die Grundlagen für ein Europäisches Commonwealth abzugeben. Ob dafür allerdings die britische Bezeichnung Commonwealth Verwendung finden kann, erscheint fraglich. Jedenfalls müßte die gewählte Bezeichnung zum Ausdruck bringen, a) daß Europa als *primus inter pares* eine gewichtige Aufgabe zu erfüllen hat, b) daß das Commonwealth sich nicht auf den europäischen und afrikanischen Erdteil beschränkt und c) daß die Konföderation eines Vereinigten Europa mit dessen überseeischen Partnern Anerkennung im Konzert der Weltmächte beanspruchen dürfte.

Das Zustandekommen einer echten Partnerschaft setzt auf beiden Seiten voraus, daß das Recht als Norm genommen wird. Es erfordert aber in keiner Weise, daß die kolonisierten Völker gezwungen oder überredet werden sollten, die Organisationsformen und die Wertpositionen des europäischen Geistes zu übernehmen, sich also zur europäischen Persönlichkeitsidee zu bekennen.

*

Der Meinungsaustausch, der auf der Ebene des Europarates und der Montanunion bei mehreren Anlässen stattfand, ließ bisher ebensowenig wie die innerhalb Frankreichs geführten Kontroversen Ansatzpunkte zu einer brauchbaren Konzeption sichtbar werden. Vom Standpunkt eines Vereinigten Europa aus dürfte das Fehlen einer befriedigenden Konzeption folgendermaßen zu erklären sein:

a) Den politischen Gremien, die mit der Durchführung des Einigungsprozesses beauftragt sind, muß die Ausarbeitung einer derartigen Konzeption naturgemäß noch größere Schwierigkeiten bereiten als die Erkenntnis der europäischen Bewußtseinskrise und die Berücksichtigung ihrer Folgen bei der Bestimmung der Organisationsformen eines Vereinigten Europa; praktisch verhält es sich so, daß den Exponenten des überlieferten Kolonialsystems Gegner dieses Systems gegenüberstehen, die im allgemeinen aufklärerischem Gedankengut verpflichtet sind und deshalb je nach ihrer gegenwärtigen Staatsangehörigkeit entweder die Kolonisation in Bausch und Bogen ablehnen oder für eine Assimilation der kolonisierten Völker eintreten;

b) eine derartige Konzeption erfordert eingehende völkerrechtliche, verwaltungstechnische, wirtschafts- und sozialpolitische Untersuchungen, die bisher weder von den Spezialisten der Europaforschung noch von den am Kolonialgeschäft interessierten europäischen Kreisen unternommen worden sind;

c) die Ausarbeitung einer brauchbaren Konzeption ist erst dann möglich, wenn repräsentative Vertreter der kolonisierten Völker eingeladen werden, sich gleichberechtigt und in aller Sachlichkeit an den vorbereitenden Untersuchungen zu beteiligen und die zu treffenden Entscheidungen auf dem Verhandlungsweg mitzutreffen.

Vorläufig ist, wenn wir von den Problemen absehen, die sich aus der Berücksichtigung der amerikanischen und britischen Interessen ergeben, nur in nachstehenden Punkten ein Ansatz vorhanden.

a) wirtschaftlich in dem von E. Labonne geleiteten Ausschuß zur Erschließung des südlichen Teils der nordafrikanischen Gebiete;

b) im institutionellen Bereich in den Beratungen, die vom Beschluß des Ministerrates der Montanunion vom 10. September 1952 ausgegangen sind und die Vorbereitung einer politischen Gemeinschaft der sechs Montanunion-Staaten zum Gegenstand haben. Die Frage, ob und auf welchem Wege die überseeischen Besitzungen der europäischen Kolonialmächte der Europäischen Gemeinschaft angegliedert werden sollen, bleibt noch offen. Es hat jedoch den Anschein, als ob eine Vertretung der überseeischen Besitzungen in den politischen Organisationen eines Vereinigten Europa nach dem Vorbild der „Assemblée de l'Union Française“ sich einer gewissen Beliebtheit erfreute.

*

Sollten die überseeischen Besitzungen der Kolonialmächte nach dem Vorbild der Französischen Republik in ein Vereinigtes Europa aufgenommen werden, so müßte dies sehr nachteilige Folgen für Europa und dessen überseeische Besitzungen haben.

a) Institutionell wäre das Problem, auf das es eigentlich ankommt, damit keineswegs gelöst, da weder die Assoziierten Staaten der Französischen Union noch die französischen Protektorate erfaßt würden; wirtschaftlich wäre keine befriedigende Grundlage gefunden, da, abgesehen von den Bedenken, die mit einem etwaigen Ausschluß so wichtiger Gebiete verbunden werden müßten, der gemeinsame Markt sich nicht einfach durch die Einbeziehung der nichteuropäischen Teile der Französischen Republik in die Europäische Gemeinschaft verwirklichen läßt;

b) das Vereinigte Europa würde sich mit allen Vorbehalten und Ressentiments belasten, die zur Zeit einer Harmonisierung der Beziehungen zwischen den einzelnen Kolonialmächten und ihren überseeischen Besitzungen im Wege stehen;

c) das Vereinigte Europa würde sich, wie bereits dargelegt, in einen Widerspruch mit seiner Idee verstricken und dadurch einem anachronistischen Machtstreben anheimfallen, das die kolonisierten Völker zu einer kommunistisch inspirierten Opposition veranlassen und innerhalb Europas einer weiteren Entwicklung totalitärer Organisationsformen Vorschub leisten würde.

Findet hingegen der Begriff eines „Europäischen Commonwealth“ Anerkennung, so darf erwartet werden, daß eine fruchtbare wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und seinen überseeischen Partnern sich verwirklichen läßt. Sie würde voraussichtlich von den Vereinigten Staaten unterstützt werden. Sie würde eine Festigung der strategischen und taktischen Positionen der freien Welt nach sich ziehen. Die diplomatischen Beziehungen Europas (und demnach auch der Vereinigten Staaten) zu den bereits freien Staaten des afrikanischen und des asiatischen Kontinents könnten gebessert werden.

Jedes kolonisierte Volk stellt ein Problem für sich dar. Es stünde durchaus im Einklang mit dieser Erkenntnis, wenn das „Europäische Commonwealth“ eine differenzierte Struktur erhielte, wobei folgende Gesichtspunkte zu beachten wären:

a) Völker, die schon einen hohen Grad von Selbständigkeit in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten besitzen oder sogar einen eigenen Staat bilden, wenn auch mit Einschränkungen ihrer Souveränität, sowie Völker, die schon über eine sachlich und charakterlich geeignete Auslese verfügen, um in Uebereinstimmung mit den rechtsstaatlichen Belangen, die universale Geltung beanspruchen dürfen, einen Staat zu bilden, könnten im Rahmen des Commonwealth den Status gleichberechtigter Partner bekommen. Dies wäre unter anderem für die Staaten der indochinesischen Halbinsel sowie für Tunesien und Marokko zweckmäßig.

b) Völker, die noch unterentwickelt, jedoch einer Entwicklung zur Eigenstaatlichkeit in dem Sinne fähig sind, den das Völkerrecht heute anerkennt, könnten schrittweise in den Partnerstatus erhoben und bis dahin von einem Treuhänder verwaltet werden, der vom Commonwealth bestellt würde und seine Aufgaben nach den vom Commonwealth festgelegten Richtlinien in Zusammenarbeit mit den schon vorhandenen Vertretern der einheimischen Auslese wahrzunehmen hätte.

c) Völker, die keiner solchen Entwicklung fähig sind, könnten ebenfalls von einem Treuhänder des Commonwealth verwaltet werden, wenn auch nach anderen Richtlinien, die einen gewissen Paternalismus mit rechtsstaatlichen Forderungen zu vereinbaren hätten.

*

In seinem Beitrag über „Aufgaben und Probleme der Europaforschung“ hat Theodor Steltzer schon

festgestellt, daß die Europaforschung aus zwei Gründen einen besonderen Forschungstyp darstellt: a) sie darf „das fragelose, innerlich unkontrollierte Hinnehmen traditioneller Begriffe und Urteile“ nicht zulassen, sondern macht es sich zur Aufgabe, diese Begriffe und Urteile vom Standort der Gegenwart aus zu prüfen und sie gegebenenfalls durch richtigere zu ersetzen; b) sie erfordert neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Disziplinen, indem sie als „area research“ ein Durchdenken des erarbeiteten Materials aus der Sicht eines als Einheit erfaßten Europa erstrebt. Damit unterstellt sie übrigens keine ideologische oder auch nur methodologische Verabsolutierung Europas, sondern sie schafft die Voraussetzung zu einer situationsgerechten Weltbetrachtung. Die Europaforschung würde ihren Gesichtskreis einengen und ihren Themen eine nur fragmentarische, keine begründeten Schlußfolgerungen erlaubende Behandlung angedeihen lassen, wenn sie nicht global dächte und insbesondere die Auswirkungen der Atlantischen Gemeinschaft auf die europäischen Angelegenheiten nicht mitberechnete, einer Gemeinschaft, die sowohl den Europäern als auch deren Bundesgenossen im Inselreich und im Neuen Erdteil Pflichten auferlegt.

Unsere Betrachtung des Kolonialproblems als einer Aufgabe der Europaforschung hat für Steltzers Bemerkungen den Wert eines Beispiels. Sie hat die Notwendigkeit einer Behandlung des Kolonialproblems aus europäischer Sicht bestätigt und zugleich die Regeln aufgezeigt, nach welchen diese Behandlung zu erfolgen hat. Die Erkenntnis der Faktoren der europäischen Bewußtseinskrise legt die Schlußfolgerung nahe, daß die Beziehungen eines Vereinigten Europa zu den überseeischen Besitzungen der bisherigen europäischen Kolonialmächte weder einer Verewigung des imperialistischen Systems der Neuzeit noch einer mit aufklärerischen Vorzeichen versehenen Assimilationsideologie Vorschub leisten dürfen, sondern eine echte Partnerschaft innerhalb eines europäischen Commonwealth zu verwirklichen haben. Das Zustandekommen dieser Partnerschaft erfordert aber, daß im Bereich der Institutionen und im Sektor der Wirtschaft sehr komplexe und schwierige Fragen geklärt werden. Dazu ist es unerlässlich, daß das bisher von den Kolonialmächten gesammelte Tatsachenmaterial und das eigene Wissen der überseeischen Völker selbst aus der Sicht eines europäischen Commonwealth und unter Berücksichtigung der binneneuropäischen Integrationsprobleme durchdacht, ergänzt und zu einer Synthese verarbeitet werden.

Konkretere Gestalt nimmt die Montanunion an. Ein dermaßen vereinigt Europa wird auch bei der Behandlung der Kolonialfrage sein Verhältnis zu den europäischen und atlantischen Gremien wie dem Europarat, der OEEC, der EZU und der NATO zu

präzisieren haben. Für die Durchführung einer wirk-
samen europäischen Ueberseepolitik ist es ein Nach-
teil, daß weder Spanien noch Portugal dem Ver-
einigten Europa angehören sollen, das in der Montan-
union vorgebildet ist. Die Konzeption eines euro-
päischen Commonwealth wird zweifellos allen Part-
nern Lasten auferlegen. Müssen die Europäer auf
bisherige Vorrechte verzichten, so werden als Gegen-
leistung die überseeischen Partner des Common-

wealth sich von einer möglicherweise einseitigen Aus-
legung des Freiheitsbegriffs zu distanzieren haben.
Trotzdem liegt die Anerkennung dieser neuen Ord-
nung im Interesse aller Beteiligten. Für ein Ver-
einigtes Europa ist es wichtig, daß es sich nicht auf
den europäischen Kontinent beschränken läßt: denn
nur unter dieser Bedingung wird es als Weltmacht
einer neuen, hoffnungsvollen Zukunft entgegensehen
dürfen.

Probleme der Französischen Union

Achter Teil (Schluß)

Von Professor Raymond-Jean Guiton, Paris

Die Französische Union und die Einigung Europas

Vom Zustandekommen eines europäischen Commonwealth dürfte die Europäische Gemeinschaft eine leichtere und billigere Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln (und dadurch eine Verringerung ihres Dollardefizits) sowie eine beträchtliche Steigerung ihrer Absatzmöglichkeiten erwarten. Dank der zunehmenden Industrialisierung der überseeischen Gebiete würden Erzeugung und Handel rationalisiert werden. In politischer Hinsicht könnte ein Vereinigtes Europa dem Abbröckeln seiner Einflußsphäre, das zur Zeit im Zeichen des Antikolonialismus erfolgt, Einhalt gebieten, seine eigene Sicherheit erhöhen und somit einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens leisten.

So verlockende Aussichten dürfen nicht dazu verleiten, die Verpflichtungen zu unterschätzen, die von ihnen vorausgesetzt werden, oder die Faktoren unzureichend zu bewerten, von denen die Verwirklichung der politischen Grundkonzeption abhängt:

a) Ein europäisches Commonwealth läßt sich nicht errichten, wenn die überseeischen Völker als Alternativlösung zu ihrem gegenwärtigen Statut nur die Erlangung uneingeschränkter Souveränität ins Auge fassen wollen. Sie würden dann einer gewissen Entfremdung von Europa zuneigen. Europa wäre wenig geholfen, wenn sie dann einsehen müßten, daß die heutige Weltsituation an die Souveränität aller Staaten rührt und eine Abkehr von Europa sie zur Uebernahme anderweitiger Abhängigkeitsverhältnisse zwingen würde.

b) Bevor ein Vereinigtes Europa die Errichtung eines Commonwealth beschließt, muß es die Belastungen sorgfältig erwägen, die weltumspannende Verpflichtungen ihm auf politischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet auferlegen würden. Angesichts seiner zerrütteten Lage ist es unerlässlich, daß die Kreise aus Forschung und Politik, die an seiner

Einigung arbeiten, zuerst eine Bilanz seiner Möglichkeiten aufstellen und nachweisen, daß es nach seiner Einigung in der Lage wäre, die Chance wahrzunehmen, die ein Augenblick der Weltgeschichte ihm zu bieten hat¹. Verpflichtungen, die Europas materielle und ethische Möglichkeiten überstiegen, könnten die gebotene Chance in eine Katastrophe umschlagen lassen.

c) Werden die unter a) und b) gestellten Fragen positiv beantwortet, so bleibt im Bereich der praktischen Politik auszuhandeln, ob und unter welchen Bedingungen die Kolonialmächte heute bereit sind oder später bewogen werden können, ihren Kolonialbesitz einem Vereinigten Europa anzuschließen. Echter Realismus erfordert, daß bei der Behandlung dieser Frage ihre ideellen Komponenten mitberücksichtigt werden, das heißt: einerseits ist dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die Souveränität des Nationalstaates trotz aller Einschränkungen, die sie in der Wirklichkeit erfahren hat, als Bewußtseinsfakt am Kolonialbesitz heute noch eine Bestätigung findet; andererseits ist aber auch zu beachten, daß der Drang der kolonisierten Völker nach Unabhängigkeit eine Verewigung der bisherigen Kolonialherrschaft unwahrscheinlich macht. Darum ist den Argumenten, die sich auf noch so beachtenswerte, aber in der Vergangenheit liegende Leistungen oder auf eine formalistische Auslegung gegenwärtiger Rechtszustände gründen, nur bedingt Anerkennung zu zollen.

Mit dem vorliegenden Beitrag ist beabsichtigt, durch die Betrachtung der Probleme, die sich für die Französische Union aus dem europäischen Einigungsprozeß ergeben, Tatsachenmaterial zur Beantwortung der unter c) gestellten Frage vorzulegen. Dabei wird jedoch von einer Untersuchung der ideellen Faktoren Abstand genommen, sofern sie eine eingehende Darlegung der innenpolitischen Verhältnisse in Frankreich erfordern würde².

Das politische und institutionelle Problem

Bis zum gegenwärtigen Stadium der Beratungen (Vorbereitung der Außenministerkonferenz, die am 26. November 1953 in Den Haag stattfinden soll) ist das Verhältnis der Französischen Union zu einem Vereinigten Europa nicht geklärt worden. Weder der Montanunion- noch der EVG-Vertrag, einschließlich der Zusatzprotokolle, sehen eine Einbeziehung der überseeischen Besitzungen Frankreichs in eine Europäische Gemeinschaft vor. Die Beschränkung des Anwendungsbereichs beider Verträge auf den europäisch-kontinentalen Teil der Französischen Republik läßt sich allerdings dadurch rechtfertigen, daß es sich in jedem Falle um Bestandteile einer umfassenderen politischen Konzeption, nämlich der politischen Organisation eines Vereinigten Europa, handelt, für die bei der Abfassung der Verträge noch kein passender Ausdruck gefunden worden war. Trotzdem sind gegen diese Beschränkung Einwände zu erheben:

a) Der Gemeinsame Markt dient dem Ziel, mittels eines gestaffelten Integrationsprozesses den freien Verkehr der Menschen sowie den ungehinderten Austausch von Gütern und Dienstleistungen innerhalb der Montanunion zu ermöglichen. Werden Frankreichs überseeische Besitzungen von der Montanunion ausgeschlossen, so bleibt die Frage unbeantwortet, ob die Montanunion als solche im Verkehr mit Frankreichs überseeischen Besitzungen an Frankreichs Stelle treten oder ob in Frankreichs Wirtschafts- und Währungspolitik eine Zweigleisigkeit anerkannt werden soll, die durch dessen gleichzeitige Zugehörigkeit zum Gemeinsamen Markt und zur Französischen Union bedingt wäre. Wird diese Zweigleisigkeit anerkannt, so ist aber zu befürchten, daß entweder Frankreichs Bindung an seinen Kolonialbesitz die europäische Integration zur Fiktion werden ließe³ oder Frankreichs Bindung an die Europäische Gemeinschaft zum Verlust seiner überseeischen Besitzungen führen müßte, der es nicht allein, sondern auch Europa treffen würde.

b) Einer ähnlichen Zweigleisigkeit leistet der EVG-Vertrag Vorschub. Schon die in den Zusatzprotokollen enthaltenen Bestimmungen haben einen problematischen Charakter, da sie Frankreich unter anderem das Recht einräumen, um der militärischen Sicherung seiner überseeischen Besitzungen willen nach eigenem Ermessen Truppen aus der EVG zurückzuziehen. Aber davon abgesehen läßt sich diese Zweigleisigkeit am besten durch die Hypothese veranschaulichen, die weltpolitischen und somit auch militärischen Interessen der Europäischen Gemeinschaft könnten zu denjenigen des französischen Kolonialreichs im Widerspruch stehen. Die Gefahren, die eine derartige Hypothese enthüllt, bekräftigen, daß die EVG nicht Selbstzweck sein kann, sondern im Dienst einer Politik zu stehen hat. Dieser Einsicht folgten die Montanunion-

Staaten, als sie beschlossen, eine Verfassung zu entwerfen und eine politische Spitze zu bilden, deren Zuständigkeiten in auswärtigen Angelegenheiten leider noch umstritten bleiben⁴. Legt aber die Europäische Gemeinschaft Wert darauf, die außenpolitischen Belange des französischen Kolonialreichs auf ihre eigenen abzustimmen, so muß sie sich darüber schlüssig werden, ob, inwiefern und mit welchen Mitteln sie gedenkt, sich Frankreichs Verpflichtungen in Uebersee, auch die militärischen, zu eigen zu machen⁵.

c) Beide Vertragswerke beruhen insofern auf einer juristischen Fiktion, als Frankreich nicht existiert: völker- und verfassungsrechtlich ist die Französische Republik allein existent, die einen beträchtlichen Teil von Frankreichs überseeischen Besitzungen umfaßt⁶. Wird an dieser Fiktion weiter festgehalten, so müssen sich daraus für den französischen Staat und für die Europäische Gemeinschaft Gefahrenmomente ergeben. Den beiden bereits erwähnten Möglichkeiten, die Europäische Gemeinschaft könnte an Frankreichs Kolonialbesitz scheitern oder Frankreich wegen seiner Bindung an die Europäische Gemeinschaft seinen Kolonialbesitz verlieren, ist nun eine dritte an die Seite zu stellen: der nichtkontinentale Teil der Republik könnte eine Sezession veranstalten⁷, die unter Umständen verfassungsmäßig für sich in Anspruch nehmen würde, die Französische Republik zu sein.

Die Entwicklung, die durch die Montanunion und den EVG-Vertrag angebahnt wurde, erfordert also eine grundlegende Klärung der völkerrechtlichen Stellung der Französischen Republik und der Französischen Union zur Europäischen Gemeinschaft. Im Rahmen des Europarates und der ad hoc-Versammlung wurden bisher zwei Lösungsvorschläge in nähere Betrachtung gezogen:

a) die Assoziierten Staaten und die Protektorate könnten mit der Europäischen Gemeinschaft eine vertragliche Bindung eingehen (Art. 19 des Verfassungsentwurfs);

b) für die nichteuropäischen Teilgebiete der Republik lautet der von der ad hoc-Versammlung angenommene Abänderungsantrag des Abgeordneten *Silvandre* zu Artikel 100: „Die Bestimmungen des Statutes können gegebenenfalls auf nichteuropäische Gebiete jedes Teilnehmerstaates Anwendung finden, und zwar auf Grund besonderer, mit diesem Staat zu erzielenden Vereinbarungen, die jeweils den besonderen Gegenstand, die Modalitäten der Integration und die dem betreffenden Staat verbleibenden sowie der Gemeinschaft eingeräumten Zuständigkeiten zu bestimmen haben⁸.“

Von einer Erörterung der Folgen, die beide Vorschläge bei der Festsetzung der jedem Teilnehmerstaat im Parlament der Gemeinschaft zu billigenden

Abgeordnetenzahl zeitigen würden, darf hier abgesehen werden, zumal das Prinzip einer parlamentarischen Vertretung überseeischer Völker in den parlamentarischen Gremien der Europäischen Gemeinschaft im Beitrag über „Das Kolonialproblem als Aufgabe der Europaforschung“ einer eingehenden Kritik unterworfen wurde. Vom Standpunkt des französischen Staates aus ist Silvandres Abänderungsantrag als unbefriedigend anzusehen, weil er zu einer Vertiefung des ohnehin schon vorhandenen Risses zwischen der Republik und den übrigen Gebieten der Union führen würde. Für die Europäische Gemeinschaft hätte seine Annahme den Nachteil, daß diese dann sich unnötig mit der Problematik des Kolonialismus belasten würde; sie würde eine echte Lösung des Problems nur aufschieben. Wer soll zum Beispiel beurteilen, wann „der Fall gegeben“ ist, der eine An-

wendung europäischer Beschlüsse auf Uebersee erfordert?

Silvandres Abänderungsantrag unterstellt, obgleich vielleicht ungewollt, die Aufrechterhaltung einer souveränen Französischen Republik. Darum widerspricht es diesem Antrag nicht, daß der Sachverständigen-Ausschuß, der von Ministerpräsident René Mayer mit der Untersuchung der Frage beauftragt wurde⁹, um der Französischen Union willen die europäische Integration ablehnt und sich für eine befristete Konföderation ausspricht. Hier ist in der Tat die grundsätzliche Entscheidung zu treffen, der man wohl vorübergehend ausweichen, der man sich aber auf die Dauer nicht verschließen kann: entweder für einen losen, durch den gegenwärtigen Ost-West-Konflikt bedingten Staatenbund oder für den endgültigen, unwiderstehlichen Zusammenschluß zum Bundesstaat.

Das wirtschaftliche Problem

Unter den gegenwärtigen Umständen ist das Zustandekommen eines Vereinigten Europa juristisch und praktisch mit der Lösung der Frage verbunden, ob und wie die überseeischen Besitzungen der europäischen Mächte der Europäischen Gemeinschaft angeschlossen werden können. Eine Untersuchung dieser Frage darf aber nicht auf deren institutionelle, überwiegend politische und militärische Aspekte beschränkt werden, sondern sie hat sich auch mit ihren wirtschaftlichen Aspekten zu befassen. Dabei hat sie zuerst darzulegen, welche volkswirtschaftlichen Interessen die einzelnen Kolonialmächte an ihren überseeischen Besitzungen haben; sie hat dann die Vor- und Nachteile aufzuzeigen, die sich für jede dieser Mächte aus einer Ausdehnung des Gemeinsamen Marktes auf ihre überseeischen Besitzungen ergeben.

Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Untersuchung vom Standpunkt der Europäischen Gemeinschaft aus nur mit Vorbehalt zu verwerten ist und insbesondere Schlußfolgerungen auf die Vorteile nur bedingt zuläßt, welche die Gemeinschaft von einer Einbeziehung der überseeischen Besitzungen der Teilnehmerstaaten erwarten könnte. Denn sie trägt den Veränderungen nicht Rechnung, die innerhalb des Gemeinsamen Marktes selbst als Auswirkung der Integration stattfinden werden; sie berücksichtigt nicht, daß die Europäische Gemeinschaft im Rahmen eines Commonwealth den wirtschaftlichen Interessen ihrer überseeischen Partner möglicherweise in stärkerem Maße entgegenkommen mußte, als die Kolonialmächte es bisher taten; und schließlich läßt sie die Notwendigkeit einer Abstimmung der europäischen Interessen in Uebersee mit denjenigen befreundeter und ohnehin hilfsbereiter nichteuropäischer Mächte außer acht¹⁰.

Die Art der Bindung der französischen Ueberseebesitzungen an das Mutterland wurde bereits dargestellt¹¹. Sie läßt sich unter zwei Gesichtspunkten zusammenfassen:

a) in gewissen überseeischen Besitzungen schützt sich die französische Wirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz durch den Zoll; umgekehrt hat Frankreich auf seinem eigenen Markt bestimmten Kolonialprodukten einen Zollschutz gewährt;

b) in allen überseeischen Besitzungen sind die französischen Interessen dadurch geschützt, daß die gesamte Französische Union¹² die Franc-Zone bildet. Ueber die Außenhandelsbanken kontrolliert die französische Währungspolitik die Ein- und Ausfuhr der überseeischen Besitzungen im Verkehr mit dem Ausland; sie behält die überseeischen Besitzungen dem französischen (und einheimischen) Kapital zu Investitionszwecken vor¹³.

Somit lassen sich Frankreichs Interessen an seinen überseeischen Besitzungen folgendermaßen umreißen:

a) *Investitionen*: Zur Bezifferung der gesamten französischen Investitionen fehlt zur Zeit einheitliches statistisches Material. Es wäre dabei zu unterscheiden: 1. Investitionen aus Mitteln der öffentlichen Hand, die französischen Ursprungs sind. In diese Rubrik fallen ein Teil der Aufwendungen zur Finanzierung des Modernisierungsplans¹⁴, Anleihen des französischen Staates und private französische Anleihen mit der Bürgschaft des Staates; amerikanische Beträge, sofern sie Frankreich nicht geschenkt wurden; 2. Investitionen aus privaten Mitteln. Dabei sind sowohl die Beträge aus dem Mutterland zu berücksichtigen als auch der von den Kolonisten erarbeitete Besitz sowie die Investitionen, die von den Kolonisten aus dem Ertrag ihrer Unternehmen finanziert wurden. Eine

besondere Schwierigkeit stellt in dieser Hinsicht die statistische Trennung zwischen der Beteiligung des mutterländischen und kolonialen französischen Kapitals einerseits und derjenigen des einheimischen Kapitals andererseits, das vor allem im Vietnam und in Nordafrika eine wichtige Rolle spielt. Ferner sind von den französischen und einheimischen Investitionen die finanziellen Mittel gesondert zu betrachten, die innerhalb der jeweiligen überseeischen Besetzung vom Steueraufkommen abgezweigt und zu gemeinnützigen oder gemischtwirtschaftlichen Zwecken verwendet wurden; dabei ist allerdings die Beteiligung des französischen Teils der Bevölkerung am Steueraufkommen zu berücksichtigen.

b) *Dienstleistungen*: Es wurde bereits darauf hingewiesen¹⁵, daß die Mitwirkung Frankreichs an der wirtschaftlichen (sowie sozialen und kulturellen) Erschließung seiner überseeischen Besitzungen sich nicht mit Zahlen darstellen läßt. Dieser zweifellos sehr wichtige Posten entzieht sich auch deshalb einer Präzisierung und nicht nur, weil die Fachkräfte teils von Frankreich, teils vom Steueraufkommen der jeweiligen Besetzung, teils von privaten Unternehmern besoldet oder entlohnt werden.

c) Auch die *Transferierung von Gewinnen* aus den überseeischen Besitzungen nach Frankreich sind in Rechnung zu stellen. Ihre Höhe wird sich vermutlich nicht bestimmen lassen, da Jahrzehnte hindurch keine amtlichen Unterlagen angefertigt wurden.

Eine Untersuchung, der diese drei Gesichtspunkte

zugrunde gelegt würden, vermöchte theoretisch von Frankreichs Interessen an seinen überseeischen Besitzungen ein annähernd richtiges Bild zu vermitteln. In der historischen Dimension scheint sie aber nicht durchführbar zu sein. Deshalb darf angenommen werden, daß zur Präzisierung der französischen Interessen im Rahmen des gegenwärtigen Status die Methode vorzuziehen wäre, die einmal statisch eine Bestandsaufnahme des französischen Besitzes in Uebersee vollziehen, dann aber auch vermittels einer Strukturanalyse die funktionelle Bedeutung der überseeischen Besitzungen für die französische Wirtschaft aufzeigen würde. Bestandsaufnahme und Strukturanalyse könnten später, wenn sie mit wissenschaftlicher Objektivität vorgenommen werden, eine erste Grundlage bilden zur Prüfung der Ansprüche, die Frankreich (zum Beispiel bezüglich des auf die anderen Teilnehmerstaaten fortan entfallenden Kapitalbeitrags zur Finanzierung weiterer Investitionen in Uebersee) der Europäischen Gemeinschaft gegenüber geltend zu machen hätte, sowie zur Einschätzung der voraussehbaren Entwicklungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Uebersee¹⁶. Die französischen Ansprüche dermaßen festzusetzen, wäre nach unserer Auffassung eine für die weiteren Verhandlungen günstigere Ausgangsbasis als jene vage Umschreibung der französischen Interessen, deren kritische Unbrauchbarkeit der Behauptung Vorschub leistet, sie ließen sich mit einer europäischen Integration nicht vereinbaren.

Die funktionelle Bedeutung der überseeischen Besitzungen für die französische Volkswirtschaft

Eine Betrachtung des Handelsverkehrs zwischen Frankreich und seinen überseeischen Besitzungen zeitigt Erkenntnisse, die eine Präzisierung gewisser Teilaspekte der funktionellen Bedeutung dieser Besitzungen für die französische Volkswirtschaft ermöglichen und zugleich den Zusammenhang zwischen dem politischen und dem wirtschaftlichen Problem unterstreichen¹⁷.

I. Gesamter Außenhandel der überseeischen Besitzungen (in 1000 t)

	Einfuhr	vH	Ausfuhr	vH
1938 . . .	6 146	100	18 228	100
1951 . . .	10 332	168	20 205	111
(in Millionen ffrs 1949)				
1938 . . .	17 722	100	15 324	100
1951 . . .	826 011	212	496 718	123

Die Preisentwicklung wurde durch Umrechnung nach dem Index der französischen Großhandelspreise für 1938 berücksichtigt.

II. Beteiligung der wichtigsten überseeischen Wirtschaftsgebiete am gesamten Außenhandel der überseeischen Besitzungen

(in vH von Tabelle I)

	1938				1951			
	Einfuhr Vol.	Wert	Ausfuhr Vol.	Wert	Einfuhr Vol.	Wert	Ausfuhr Vol.	Wert
Nordafrika	69	60	64	56	58	52	84	52
Überseeische Gebiete	17	23	12	20	29	31	11	33
Assoziierte Staaten	8	13	22	19	7	13	3	10

III. Struktur des gesamten Außenhandels der überseeischen Besitzungen in Prozenten vom Wert

(für 1951, ohne Berücksichtigung Indochinas s. Tabelle IV)

	Nordafrika		Überseeische Gebiete	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Energie . . .	6	—	5	—
Rohstoffe und Halbfertigwaren	23	40	16	30
Produktionsgüter	18	—	20	—
Verbrauchsgüter	53	59	59	69

Die Statistiken führen die Lebensmittel nicht besonders auf. Vergleichsweise sind für 1949 folgende Prozente interessant: die Lebensmittel stellten 18,7 vH der Einfuhr und 72,4 vH der Ausfuhr dar, Fabrikwaren hingegen 35,8 vH der Einfuhr und nur 3 vH der Ausfuhr.

IV. Bedeutung einzelner Waren für die Ausfuhr
(in Prozenten vom Wert der gesamten Ausfuhr des jeweiligen Gebietes)

	1938	1949	1951
Westafrika:			
Erdnuß u. Nebenprodukte . .	45	42,4	34
Kaffee	5,4	15,4	25
Aequatorial-Afrika:			
Holz	37,8	23,5	27
Baumwolle	18,1	34,5	45
Marokko:			
Phosphate	18,8	12,2	20
Tunesien:			
Olivenerz	11,4	12,2	15
Phosphate	14,3	14,7	20
Madagaskar:			
Kaffee	31,8	12,2	40
Indochina:			
Gummi			44
Reis			31

V. Entwicklung des Ausfuhrvolumens einzelner Waren auf der Grundlage 1938 = 100, Vergleichsjahr 1951
(mit Ausnahme vom Erdnußöl, wozu der Durchschnitt 1937—1939 als Grundlage dient)

Zitrusfrüchte	436	Gummi	94
Kaffee	169	Gold	32
Kalziumphosphate . .	208	Rum u. Branntweine .	69
Eisenerz	127	Palmöl	69
Manganerz	873	Kopra	71
Bleierz	154	Erdnußöl	59
Zinkerz	280	Reis	31
Chromerz	222	Weizen	35
egrenierte			
Baumwolle	192		

VI. Anteil einzelner Währungsgebiete am gesamten Außenhandel von Frankreichs überseeischen Besitzungen
(in vH vom Wert)

Franczone		andere			
Frankreich	Uebersee	insges.	Dollar	Sterling	Währungen
Einfuhr					
1938 .	59	7	66	8	18
1951 .	71	7	78	8	10
Ausfuhr					
1938 .	69	5	74,5	4	12,5
1951 .	59	10	69	3,5	15,5

VII. Verkehr zwischen Frankreich und seinen überseeischen Besitzungen
(1938 = 100 in vH vom Wert)

In vH vom gesamten		
Außenhandel Frankreichs	Einf. a. Uebersee	Ausf. n. Uebersee
1938	27	27
1949	26	42
1951	21	37

VIII. Anteil einzelner überseeischer Besitzungen am Handelsverkehr Frankreichs mit seinen überseeischen Besitzungen
(1951, in vH vom Wert)

	Ausfuhr Frankreichs	Einfuhr Frankreichs
Nordafrika	53,4	47,2
Ueberseeische Gebiete .	27	40,4
Assoziierte Staaten . .	15,7	5,7 ¹

¹) Ein- und Ausfuhr sind kriegsbedingt.

IX. Außenhandel der Französischen Union für 1951
(in vH vom Gesamtwert; seit dem 1. April 1948 ist das Saargebiet mitgerechnet)

		andere	Gesamtwert
		Währungsgeb.	in ffrs 1949
Einfuhr			
Frankreich .	35	19	46
Uebersee .	17	32	51
Ausfuhr			
Frankreich .	22	13	65
Uebersee .	39	12	49
			233 Mrd.
			37,1 Mrd.

Obgleich diese Tabellen nur Annäherungswerte zum Ausdruck bringen, veranschaulichen sie die Hauptcharakterzüge des Handelsverkehrs Frankreichs mit seinen überseeischen Besitzungen und somit die Bedeutung dieser Besitzungen für die französische Wirtschaft und die französische Währung. Als Referenzjahr ist 1938 nicht befriedigend, weil die französische Wirtschaft sich unter der Auswirkung der Volksfrontpolitik noch in einer Krise befand, die im Verhältnis zu 1929 eine Senkung der Produktion und eine Verringerung des Exportes verursacht hatte¹⁸. Für die Nachkriegszeit wurde 1951 als Referenzjahr gewählt, weil es das Ende der Stabilisierungsperiode darstellt, auf die 1952 die Aufhebung der Liberalisierung und eine Drosselung der Einfuhr folgte. Die Ergebnisse des Modernisierungsplans machen sich sowohl in der gesteigerten Ausfuhr gewisser Rohstoffe und Verbrauchsgüter als auch in der Senkung der Ausfuhrziffer von Lebensmitteln bemerkbar, die auf eine Erhöhung des einheimischen Verbrauchs hindeuten. Auch mit der fortschreitenden Industrialisierung hängt die Intensivierung des Verkehrs der einzelnen überseeischen Besitzungen untereinander zusammen.

Frankreich gegenüber ist die Gesamtbilanz der überseeischen Besitzungen passiv. Der Ausgleich wird

von Frankreich durchgeführt. Dieser Umstand kann jedoch erst dann richtig beurteilt werden, wenn man bedenkt, daß Frankreich die Möglichkeit hat, seinen Eigenbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln in eigener Währung zu einem erheblichen Teil zu decken¹⁹, und zwar zu Preisen, die es dank der Devisenpolitik weitgehend selbst bestimmt. Die gleiche Bemerkung gilt für die Ausfuhr. Von Frankreichs Gesamtausfuhr erhielten die überseeischen Besitzungen 1951 in den Sparten: Maschinenbau 50 vH, Baumwollerzeugnisse 35 vH.

Nach den Schätzungen des Commissariat au Plan wurden 1951 von Frankreich nach den überseeischen Besitzungen ausgeführt: Textilien 111 Milliarden ffrs, Maschinenbau 102, Verkehrsindustrie 52, Chemie 34, Elektroindustrie 27, Zucker 24.

Es ist zum Beispiel festgestellt worden²⁰, daß die französischen Textilien in Uebersee um 71 vH über den Weltmarktpreisen liegen, Zucker um 35 vH, Zement um 25 vH, Gummireifen um 20 vH, Fleischkonserven um 35 vH u. dgl. m.

Die Bedeutung der überseeischen Besitzungen für die französische Außenhandelsbilanz kann wegen der Komplexität des Problems im Rahmen des vorliegen-

den Beitrags nicht untersucht werden. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die protektionistische Abschließung der Französischen Union einer Politik der wirtschaftlichen und finanziellen Bequemlichkeit Vorschub leistet, die den immer wieder unternommenen Versuchen, Frankreichs Wirtschafts- und Finanzlage zu sanieren, geradezu entgegengesetzt ist. Wenn man bedenkt, daß der Anteil des Auslandes am französischen Export von 85 vH im Jahre 1928 auf 64 vH im Jahre 1951 und 58 vH im Jahre 1952 gesunken ist, wird man begreifen, daß hinter der Weigerung, Frankreich dem Gemeinsamen Markt zu öffnen und die überseeischen Besitzungen dem Gemeinsamen Markt anzuschließen, gewisse Kreise der Wirtschaft und der Politik ihre Abneigung verbergen, sich der zeitgenössischen Situation anzupassen. Damit wird aber auch erkannt, daß das Festhalten am Schema der nationalstaatlichen Souveränität manchmal nur zur Bemäntelung ungesunder Zustände dient. Eine Untersuchung der Gründe, welche die parastaatlichen Organisationsformen der Wirtschaft und der staatliche Dirigismus zugleich als die entschiedensten Gegner der europäischen Integration und als die Nutznießer der zeitgenössischen Krise Europas erscheinen lassen, übersteigt den Rahmen unserer Aufgabe.

Anmerkungen

¹) Vgl. Servoise, René: „L'Union Française devant l'intégration économique européenne“, in *Politique Etrangère*, Paris, 4/1953.

²) Besonders wäre dabei das Bündnis des Nationalismus mit dem Kommunismus zu berücksichtigen. Ueber seine politischen Ursachen in Frankreich vgl. vom Verfasser: „Französische Zustände“, München: Wilhelm Heyne Verlag 1953.

³) Man kann sich dann nicht vorstellen, wie eine freie Konvertierbarkeit der Devisen erzielt werden könnte. Vgl. dazu „Thesen zur monetären Integration Europas. Ergebnisse einer Untersuchung der Europäischen Vereinigung für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (CEPES)“ in *Europa-Archiv* 20/1953, S. 6029–6038.

⁴) Vgl. Abänderungsantrag von *de Menthon* zu Art. 2 und 69 des Verfassungsentwurfs, wonach die Zuständigkeiten der Gemeinschaft in auswärtigen Angelegenheiten restriktiv festzusetzen wären. Der Antrag wurde abgelehnt. Vgl. XXX., „Union Française et institutions européennes“, in *Politique Etrangère*, 4/1953.

⁵) Von 40 000 Mann im Jahre 1945 sind die französischen Streitkräfte bis Ende 1952 in Indochina auf 175 000 angewachsen, zusätzlich 41 000 Offiziere. Von 1945 bis Ende 1952 kostete der Indochinakrieg 1547 Milliarden ffrs, die nur zum Teil (seit 1951) etwa zu 1/3 durch amerikanische Kredite finanziert werden. In derselben Zeitspanne waren 57 000 Tote, Verwundete und Vermißte zu verzeichnen. Die vietnamesischen Kräfte sind dabei nicht berücksichtigt. (Vgl. „France and the French Union“ in *Round Table*, 3/1953.)

⁶) Vgl. „Probleme der Französischen Union“, Dritter Teil, in *Europa-Archiv* 7/1953, S. 5591 f.

⁷) Diese Möglichkeit ist neuerdings sowohl von den Kommunisten wie von den Gaullisten unterstrichen worden.

⁸) Vgl. XXX., Union Française usw. a. a. O.

⁹) Die in der angeführten Nummer von *Politique Etrangère* veröffentlichten Studien wurden als Teilergebnisse der Untersuchungen dieses Ausschusses veröffentlicht.

¹⁰) Es ist insbesondere auf die amerikanischen Investitionen zu achten. Die Notwendigkeit einer Koordinierung mit Großbritannien kann vor allem in Afrika nicht übersehen werden. Einen ersten Schritt stellt in dieser Beziehung der „East African Production and Supply Council“ dar.

¹¹) Vgl. *Europa-Archiv* 7/1953, S. 5591 f.

¹²) Ausgenommen die Währung der Somaliküste (Goldfranken, 214 frs je US-Dollar), die Roupie (Besitzungen in Indien) und der Franc-CFP (französische Kolonien im Pazifikraum), der dem Dollar angeschlossen ist.

¹³) Die amerikanischen Investitionen bedürfen jeweils einer Genehmigung. Seit dem 1. Januar 1950 sind die Verhältnisse in Marokko besonders geregelt.

¹⁴) Vgl. Servoise, a. a. O. mit Bibliographie.

¹⁵) Vgl. *Europa-Archiv*, 20/1953, S. 5231.

¹⁶) Vgl. *Sauvy*, Alfred: „La France devant les populations d'Outre-Mer“ in *Revue de Défense Nationale*, 3/1953.

¹⁷) Quellenmaterial: laufende Veröffentlichungen von *Etudes et Conjonctures* sowie des *Bulletin Mensuel de Statistique d'Outre-Mer*.

¹⁸) Vgl. „Französische Zustände“, a. a. O. Kap. „Dreißig Jahre Inflation“.

¹⁹) Vgl. „L'Union Française et l'Europe“, hrsg. vom Comité d'Etudes du Patronat Français, Paris 1952.

²⁰) Vgl. Bericht von Jean Bournel-Aubertot im *Journal Officiel, Conseil de la République*, 30. Januar 1953.

Verteidigungsabkommen der Vereinigten Staaten mit Spanien und Griechenland

Das amerikanisch-spanische Stützpunktabkommen vom 26. September 1953

Präambel

Angesichts der Gefahr, die die westliche Welt bedroht, und in dem Bestreben, zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit durch voraussehende Maßnahmen beizutragen, welche die eigene Stärke und diejenige anderer Nationen vermehren, die ihre Bemühungen dem gleichen hohen Zweck widmen, sich wirksam an Abkommen zur Selbstverteidigung zu beteiligen, haben die Regierungen der Vereinigten Staaten und Spaniens folgendes vereinbart:

Artikel 1

In Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Abkommens über gegenseitige Verteidigungshilfe sind die Regierungen der Vereinigten Staaten und Spaniens der Auffassung, daß die Eventualfälle, denen sich die beiden Länder gegenübersehen könnten, es als ratsam erscheinen lassen, ihre Beziehungen auf einer Grundlage dauernder Freundschaft zu entwickeln in Unterstützung einer Politik der Stärkung der Verteidigung des Westens. Diese Politik soll einschließen:

1. Auf seiten der Vereinigten Staaten die Unterstützung der spanischen Verteidigungsanstrengungen für vereinbarte Zwecke durch Bereitstellung militärischer Materialhilfe an Spanien während eines Zeitraumes mehrerer Jahre, um zu der wirksamen Luftverteidigung Spaniens beizutragen und um die Ausrüstung seiner Land- und Seestreitkräfte zu verbessern. Dies soll geschehen in einem Ausmaß, über das in technischen Beratungen je nach den Umständen Vereinbarungen getroffen werden sollen, und unter Heranziehung der Hilfsmittel der spanischen Industrie gemäß ihren Möglichkeiten. Diese Unterstützung wird ebenso wie im Falle anderer befreundeter Nationen von den Prioritäten und Beschränkungen abhängig gemacht, die sich aus den internationalen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten und aus den Erfordernissen der internationalen Lage ergeben; sie bedarf der Bewilligung durch den Kongreß.

2. In Konsequenz der vorerwähnten Ausführungen und zu den gleichen vereinbarten Zwecken autorisiert die spanische Regierung die Regierung der Vereinigten Staaten, vorbehaltlich noch zu vereinbarenden Bestimmungen und Bedingungen, gemeinsam mit der spanischen Regierung solche Stützpunkte und Einrichtungen in unter spanischer Jurisdiktion stehendem Territorium auszubauen, zu unterhalten und für militärische Zwecke zu benutzen, die von zuständigen Behörden beider Regierungen übereinstimmend als für die Zwecke dieses Abkommens notwendig betrachtet werden.

3. Bei der Gewährung der Unterstützung im Rahmen der oben skizzierten Politik wird die Regierung der Vereinigten Staaten in dem Maße, in dem die Bereitstellung der ver-

einbarten Stützpunkte und Einrichtungen fortschreitet, und vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 1 die Mindestanfordernisse an Ausrüstung befriedigen, die für die Verteidigung des spanischen Territoriums notwendig sind, mit dem Ziele, daß in einem Augenblick, in dem die kriegsmäßige Benutzung der Stützpunkte und Einrichtungen notwendig werden sollte, den Erfordernissen der Luftverteidigung des Territoriums und der Ausrüstung der Seestreitkräfte soweit wie möglich entsprochen ist und die Bewaffnung und Ausrüstung der Heereinheiten soweit wie möglich vorangetrieben sind.

Artikel 2

Für die Zwecke dieses Abkommens und in Übereinstimmung mit technischen Vorkehrungen, die zwischen den zuständigen Behörden beider Regierungen zu vereinbaren sind, ist die Regierung der Vereinigten Staaten autorisiert, die vereinbarten Stützpunkte und Einrichtungen für den militärischen Gebrauch zu verbessern und auszubauen und auch die in diesem Zusammenhang notwendigen Bauten in Zusammenarbeit mit der spanischen Regierung durchzuführen, um das erforderliche militärische und zivile Personal darin zu stationieren und unterzubringen und für dessen Sicherheit, Disziplin und Unterhalt zu sorgen; ferner Vorräte, Nachschub, Ausrüstung und Material zu lagern und in Gewahrsam zu halten sowie die Einrichtungen und die Ausrüstung zu unterhalten und zu benutzen, die für die Versorgung solcher Stützpunkte und ihres Personals notwendig sind.

Artikel 3

Die Stützpunkte, die kraft dieses Abkommens für die gemeinsame Benutzung bereitgestellt werden, werden unter spanischer Flagge und spanischem Oberbefehl bleiben; Spanien wird die Verpflichtung übernehmen, die notwendigen Maßnahmen für ihre äußere Sicherheit zu treffen. Die Vereinigten Staaten können jedoch in allen Fällen die notwendige Aufsicht über amerikanisches Personal sowie amerikanische Einrichtungen und Ausrüstung ausüben.

Ueber den Zeitpunkt und die Art einer kriegsmäßigen Benutzung der besagten Stützpunkte und Einrichtungen werden gegenseitige Vereinbarungen getroffen werden.

Artikel 4

Die spanische Regierung wird den für alle militärische Zwecke notwendigen Grund und Boden frei von allen Gebühren und Servituten erwerben und das Eigentum daran und an den darauf errichteten permanenten Gebäuden behalten. Die amerikanische Regierung behält sich das Recht vor, alle auf ihre Kosten errichteten anderen Bauten und Einrichtungen bei Ablauf dieses Abkommens,

oder wenn sie es für angemessen erachtet, wieder abzutragen. In beiden Fällen kann die spanische Regierung diese Anlagen nach vorheriger Schätzung erwerben, sofern es sich nicht um Einrichtungen geheimer Art handelt.

Der spanische Staat wird verantwortlich sein für alle Ansprüche, die von dritter Seite in allen auf das Eigentum und die Benutzung des erwähnten Bodens bezüglichen Fällen gegen die Regierung der Vereinigten Staaten erhoben werden.

Artikel 5

Das vorliegende Abkommen wird mit seiner Unterzeichnung wirksam und bleibt in Kraft für einen Zeitraum von zehn Jahren; es wird automatisch für zwei aufeinanderfolgende Perioden von je fünf Jahren verlängert, sofern nicht das nachstehend ausgeführte Kündigungsverfahren angewendet wird.

Bei Ablauf der ersten zehn Jahre oder einer der beiden Verlängerungen von fünf Jahren kann jede der beiden Regierungen die andere von ihrer Absicht informieren,

das Abkommen zu kündigen, womit eine Konsultationsperiode von sechs Monaten anläuft. Im Falle, daß keine Vereinbarung über eine Verlängerung erzielt wird, wird dieses Abkommen ein Jahr nach Ablauf der Konsultationsperiode enden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Vertreter, die für den Zweck entsprechend bevollmächtigt sind, das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Gegeben zu Madrid in zwei Ausführungen in englischer und spanischer Sprache, wobei beide Fassungen authentisch sind, am 26. September 1953.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika:

James Clement Dunn

Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika.

Für die Regierung Spaniens:

Alberto Martin Artajo

Minister für auswärtige Angelegenheiten.

Quelle: *The New York Times* vom 27. September 1953.

Übersetzung des Europa-Archivs.

Das amerikanisch-griechische Stützpunktabkommen vom 12. Oktober 1953

Präambel

Die Vereinigten Staaten und das Königreich Griechenland, die beide dem in Washington am 4. April 1949 unterzeichneten Nordatlantikpakt angehören und sich ihrer aus dem vorgenannten Abkommen erwachsenden Verpflichtungen bewußt sind, für die Sicherheit und die Verteidigung im Gebiet der dem Nordatlantikpakt angeschlossenen Staaten zu sorgen und laut Artikel 3 des Abkommens ihre kollektive Abwehrkraft gegenüber einem bewaffneten Angriff zu entwickeln, haben heute das folgende Abkommen miteinander geschlossen:

Artikel 1

1. Die Regierung Griechenlands ermächtigt hiermit die Regierung der Vereinigten Staaten, im Einklang mit den Bestimmungen und Bedingungen dieses Abkommens und im Einklang mit zwischen den beauftragten Stellen der beiden Regierungen noch zu treffenden technischen Vereinbarungen, gewisse Straßen, Eisenbahnlinien und Gebiete zu benutzen und militärische Anlagen und Nachschubeinrichtungen in Griechenland zu bauen, auszubauen, zu benutzen und zu unterhalten, wie dies durch beauftragte Stellen der beiden Regierungen zu gegebener Zeit für die Durchführung oder Förderung der von der Nordatlantikpaktorganisation gebilligten Pläne für notwendig erachtet wird. Der Bau, der Ausbau, die Benutzung und der Unterhalt derartiger Anlagen soll im Einklang mit den Empfehlungen, Normen und Anweisungen der Nordatlantikpakt-Organisation erfolgen, soweit diese anwendbar sind.

2. Im Sinne dieses Abkommens und im Einklang mit den technischen Vereinbarungen, die zwischen den beauftragten Stellen der beiden Regierungen getroffen werden sollen, kann die Regierung der Vereinigten Staaten amerikanisches Personal nach Griechenland entsenden, dort stationieren und unterbringen. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sowie das ihrer Kontrolle unterstehende Material können die Grenzen Griechenlands nach beiden Richtungen passieren, innerhalb des Landes von einem Ort an einen anderen transportiert werden und die unter griechischer Oberhoheit stehenden Gewässer, unter Ein-

haltung etwaiger von den beauftragten Stellen der beiden Regierungen noch zu treffenden technischen Vereinbarungen, überfliegen. Hierbei sollen keinerlei Gebühren, Zölle und Steuern erhoben werden.

3. Die Dringlichkeitsstufen, Verbrauchssätze und Gebühren, die für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten für Dienstleistungen, wie Elektrizitätsversorgung, Kanalisation, Wasserversorgung, Benutzung von Nachrichtsmitteln sowie Last- und Personentransport durch die Eisenbahn, festgesetzt werden, dürfen nicht ungünstiger gestaltet sein als die den griechischen Streitkräften gewährten Sätze.

Artikel 2

1. Ausrüstungsgegenstände, Materialien und Nachschubgüter, die von der Regierung der Vereinigten Staaten oder in deren Namen im Zusammenhang mit dem Bau, dem Ausbau, dem Betrieb und dem Unterhalt von gemeinsam für notwendig erachteten Einrichtungen und Anlagen und für den regulären Nachschub der amerikanischen Streitkräfte sowie deren Zivilangestellten nebst ihren Angehörigen nach Griechenland verbracht werden, sollen frei von Gebühren und Steuern sein und nicht den Einfuhrbeschränkungen und Zollinspektionen unterliegen.

2. Alle beweglichen Anlagen, die von der Regierung der Vereinigten Staaten oder in deren Namen ausschließlich auf amerikanische Rechnung errichtet oder gebaut wurden, sowie alle Ausrüstungsgegenstände, Materialien und Nachschubgüter, die durch die Regierung der Vereinigten Staaten oder in deren Namen im Zusammenhang mit dem Bau, dem Ausbau, dem Betrieb und dem Unterhalt von solchen gemeinsam gebilligten Einrichtungen und Anlagen nach Griechenland gebracht oder in Griechenland angekauft wurden, verbleiben Eigentum der Regierung der Vereinigten Staaten und können aus Griechenland entfernt werden. Der Abtransport oder eine anderweitige Weitergabe, die die Mission der NATO beeinträchtigen können, ist untersagt.

3. Die Vereinigten Staaten werden von der griechischen Regierung entschädigt für den verbleibenden Wert von Anlagen, die die Regierung der Vereinigten Staaten auf ihre Kosten im Rahmen des vorliegenden Abkommens er-

worben, ausgebaut oder erstellt und nicht in Uebereinstimmung mit Abs. 2 dieses Artikels abtransportiert oder anderweitig darüber verfügt hat, einschließlich jener Anlagen, die gemeinsam mit Hilfe amerikanischer und griechischer Geldmittel erstellt wurden, sofern diese Anlagen oder Teile derselben nicht mehr durch die amerikanischen Streitkräfte benötigt werden. Die Höhe und Art der Entschädigung werden durch Vereinbarungen geregelt, die zwischen den zuständigen Stellen der beiden vertragsschließenden Parteien getroffen werden sollen. Verhandlungen bezüglich der Methoden, die bei der Behandlung der verbleibenden Werte dieser Einrichtung angewandt werden sollen, können unbeschadet der innerhalb der NATO getroffenen Abmachungen geführt werden.

Artikel 3

1. Für die Durchführung dieses Abkommens sollen auf

Grund gemeinsam gebilligter Richtlinien die Bestimmungen von Art. 1 Abs. 3a und 3b der Legislativ-Anordnung 694 vom 7. Mai 1948 und der Vereinbarungen zwischen der Regierung Griechenlands und der Vereinigten Staaten vom 4. Februar 1953 angewandt werden.

2. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Griechenland sind im Rahmen dieses Abkommens ermächtigt, Militärpostämter zu schaffen, weiterzuführen und zu benutzen.

Artikel 4

Das vorliegende Abkommen tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft und bleibt für die Dauer der Gültigkeit des Nordatlantikpaktes rechtswirksam.

Gegeben zu Athen in doppelter Ausfertigung in Griechisch und Englisch, wobei beide Fassungen gleichermaßen authentisch sind, am 12. Oktober 1953.

Quelle: Die Neue Zeitung vom 14. Oktober 1953.

Die MSEUE zu Fragen der Europäischen Gemeinschaft

Erklärung vom 5. Oktober 1953

Im Hinblick auf die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit in Frankreich und die für den 26. November 1953 vorgesehene Konferenz der sechs Außenminister in Den Haag hat das Internationale Exekutivbüro der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa am 5. Oktober eine Erklärung herausgegeben, die folgenden Wortlaut*) hat:

Die Ereignisse der letzten Wochen sind der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa gleichzeitig Anlaß zur Hoffnung und zur Sorge.

1. Der Wahlerfolg des Bundeskanzlers Adenauer beruht zu einem großen Teil darauf, daß ihm die Entwicklung, die der europäische Gedanke in Deutschland genommen hat, zugute gekommen ist. Die Sozialdemokratie hätte gewiß spürbarere Fortschritte erzielt und auf internationaler Ebene jene Rolle gespielt, die dem Sozialismus zukommt, wenn ihre allzuoft von nationalistischen Anliegen inspirierte Politik die öffentliche Meinung nicht zu einem beträchtlichen Teil von ihr entfernt hätte.

Die Niederlage der Neo-Nazis und der Kommunisten gereicht allen, die wegen eines Wiedererwachens des deutschen Totalitarismus in Sorge sind, zur Beruhigung. Sie zeigt, daß Deutschland zu einem wirklichen Partner in einer europäischen Gemeinschaft wird.

Eine Sorge bleibt indes. Bundeskanzler Adenauer hat, nachdem er sich feierlich zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und zu der im Entstehen begriffenen Politischen Gemeinschaft bekannt hat, kein Hehl daraus gemacht, daß ein Scheitern der europäischen Integrationspläne Deutschland allerdings dazu bringen würde, unmittelbar mit Washington zu verhandeln, um vollständige Gleichberechtigung, das heißt faktisch die Berechtigung zum Wiederaufbau einer unabhängigen deutschen Armee, zu erhalten. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland in einem solchen Falle auf die Unterstützung des amerikanischen Generalstabes zählen könnte.

2. Eine solche Situation hätte Frankreich antreiben müssen, in Europa wieder die Initiative zu ergreifen,

zumal die Lage in dieser Hinsicht gegenwärtig besonders günstig ist.

a) Dank der Zähigkeit jener, die es ablehnen, eine deutsche Wiederbewaffnung anders als im Rahmen einer europäischen Gemeinschaft in Betracht zu ziehen, ist Großbritannien zu einer sehr engen Assoziation mit der EVG bereit, nicht nur auf der Ebene der Institutionen, sondern sogar auf der Ebene der militärischen Integration. Auf diese Weise ist eine der Hauptbedingungen erfüllt, die in Frankreich für die Ratifikation des Vertrages gestellt werden.

b) Bundeskanzler Adenauer scheint nach seinem Wahlsieg entschlossen zu sein, gegenüber der öffentlichen Meinung seines Landes eine europäische Lösung der Saarfrage zu vertreten. Aber das ist nur möglich, wenn Frankreich nicht mehr länger den Eindruck erweckt, daß es die Regelung der Saarfrage hinausschieben möchte, um auf diese Weise die Parlamentsdebatte über den EVG-Vertrag zu verzögern.

c) Die neue Führung der Sowjetunion hat in den letzten Tagen erneut bewiesen, daß sie keineswegs die Absicht hat, ihre Haltung gegenüber den deutschen, österreichischen und europäischen Fragen zu ändern. Ihre wiederum zum Ausdruck gebrachte Ablehnung von der Wiedervereinigung Deutschlands vorangehenden freien Wahlen machen unter den gegenwärtigen Umständen die Veranstaltung einer Viererkonferenz sehr problematisch. Diese leider auf der Hand liegende Feststellung erledigt die Meinung derer, die behaupten, daß eine solche Konferenz einer Integration Deutschlands in Europa obligatorisch vorangehen müsse.

Der Kreml müßte indes begreifen, daß eine europäische Armee, die von einer übernationalen politischen Macht kontrolliert wird, jeder Anwendung Deutschlands, die verlorenen Gebiete mit Gewalt wiederzugewinnen, wirksam vorbeugen würde, während eine selbständige deutsche Armee hingegen zum Instrument eines gefährlichen Irredentismus werden könnte.

Es gereicht zur Ermutigung, daß sich in der freien Welt überall die Bereitschaft zeigt, Mittel und Wege zu suchen, wie die Vorwände, unter denen Sowjetrußland Europa

*) Die hier wiedergegebene Fassung wurde etwas gekürzt.

boykottiert, beseitigt werden können. Die Straßburger Versammlung hat auf Veranlassung von Paul Henri Spaak soeben den Gedanken lanciert, Moskau durch einen von Sowjetrußland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Europäischen Politischen Gemeinschaft abzuschließenden gegenseitigen Sicherheitspakt eine Garantie anzubieten. Dieser Plan, der dazu bestimmt ist, den friedlichen Charakter der Europäischen Gemeinschaft zu bekräftigen und zu zeigen, daß diese Gemeinschaft von den Schwankungen des Kalten Krieges unabhängig ist, muß auch die letzten derer, die noch zögern, für die Idee des Vereinigten Europa gewinnen.

3. Angesichts aller dieser günstigen Faktoren, die jedoch Eile gebieten, weist die Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa öffentlich auf die Versuche gewisser französischer Regierungskreise hin, der

zukünftigen europäischen politischen Gewalt jede wirkliche Machtbefugnis vorzuenthalten. Die Politische Gemeinschaft würde in der Tat zur Ohnmacht verurteilt sein, wenn die europäische Exekutive, die übernational sein soll, ständig durch einen mit Einstimmigkeit entscheidenden Rat der nationalen Minister gelähmt wäre, so wie man das im Quai d'Orsay zu wünschen scheint...

... Angesichts des Zögerns und des Hinausschiebens, das bei gewissen Leuten zu beobachten ist, ist es unerlässlich, daß alle wahren Europäer zusammenstehen, wenn die letzte Etappe zurückgelegt werden soll und jene Lösungen durchgesetzt werden sollen, welche die Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa ständig vertreten hat...

Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 181 vom 24. Oktober 1953.

Die Europäische Charta der Gemeindefreiheiten

(Gebilligt durch den Europäischen Gemeindetag in Versailles am 18. Oktober 1953)

I. Präambel

Die im „Rat der Gemeinden Europas“ über die Grenzen hinweg vereinigten Gemeinden sind entschlossen, im Interesse ihrer Bürger ein freies und friedliches Europa zu schaffen.

Sie haben ihre durch Jahrtausende geheiligten Rechte als eines der Fundamente der Menschenfreiheit erneut festgelegt, denn sie sind bedroht und vielerorts vernichtet.

Der Rat der Gemeinden Europas wird diese Rechte verteidigen und hinter jede im Kampf um ihre Rechte stehende Gemeinde die gesammelte Macht aller Gemeinden stellen.

II. Grundsätze

1. Die Gemeinden müssen sich bewußt sein, daß sie die Grundpfeiler des Staates sind. Sie müssen die Möglichkeit und die Einrichtungen schaffen, daß jeder Bürger, in der Erkenntnis seiner Verpflichtung als Mitglied der Gemeinde zur Mitarbeit an ihrer gesunden Entwicklung, aktiv am Gemeindeleben teilnimmt.

2. Echte Gemeindefreiheit kann nur in einem Volke bestehen, das vom zähen Willen zur Selbstverwaltung beseelt ist. Sie kann sich nur entwickeln, wenn nicht das Befehlsprinzip herrscht; wenn die Bürger wie die Gemeinden bereit sind, sich aus eigener Verantwortung an die gesetzlichen Vorschriften zu binden, aber auch entschlossen sind, weder einzeln noch gemeinsam Zwang von oben zu dulden.

3. Die Gesetzesanwendung soll so sein, daß das Recht der Gemeinde gegenüber dem der übergeordneten Gemeinschaft, ebenso wie das Recht des Bürgers dem der Gemeinde gegenüber, geschützt ist.

III. Erläuterungen

1. Die Gemeindefreiheit muß in der Staatsverfassung garantiert sein, mit der Möglichkeit, im Falle von Uebergriffen seitens übergeordneter Behörden, die Entscheidung eines hohen unabhängigen Gerichtshofes anzurufen.

2. Die allgemeinen Gesetzesvorlagen über lokale Angelegenheiten müssen dem Vorentscheid einer Vertretung der Gemeinden vorgelegt werden, es sei denn, das Parlament habe die Dringlichkeit beschlossen.

3. Alle Aufgaben lokalen Charakters sind den Gemeinden zu überlassen. Sie erlassen im Rahmen der staatlichen Gesetzgebung Normen für die Ausführung obiger Aufgaben sowie für die vom Staate übertragenen Aufgaben, soweit eine Anpassung der allgemeinen Gesetze an lokale Gegebenheiten nötig ist.

4. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind den Gemeinden eigene Steuerquellen zu überlassen. Falls diese anerkannterweise nicht genügen sollten, sind sie durch einen Finanzausgleich zu ergänzen, wobei dessen Inanspruchnahme keinerlei Beschränkung der Selbstverwaltung verursachen darf.

5. Ueber die Gemeindeangelegenheiten, die Aufbringung der finanziellen Mittel und deren Verwendung entscheidet die wahlberechtigte Einwohnerschaft oder die von ihr gewählte Vertretung. Die Anstellung, Besoldung, Beförderung und die disziplinarischen Angelegenheiten der Gemeindeangestellten, falls notwendig im Rahmen der staatlichen Gesetzgebung, sind Sache der Gemeinden.

6. Die Gemeindeverwaltung ist für die Ausübung ihrer Funktionen der Bürgerschaft gegenüber verantwortlich. Die Bürger können auf gesetzlichem Wege diese Verantwortlichkeit vor den zuständigen Gerichten geltend machen.

7. Die Aufsicht des Staates ist auf die Prüfung der Gemeindegeschäfte in ihrer Uebereinstimmung mit den Gesetzen beschränkt und kann nur durch unabhängige Organe erfolgen. Eine Aufsicht in Ermessensfragen ist nur in den vom Gesetz festgelegten Fällen zuzulassen, in dem Sinne, daß die Gemeinden eingeladen werden, ihren Entscheid in Wiedererwägung zu ziehen.

8. Aenderungen der Grenzen des Gemeindegebietes können nur auf Grund eines gesetzlich geregelten Verfahrens erfolgen, welches die Befragung der beteiligten Bevölkerung vorsieht.

9. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht, internationalen Gemeindeorganisationen anzugehören, welche die Grundsätze dieser Charta anerkennen.

Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 181 vom 24. Oktober 1953.

Das Programm der Bundesregierung für die zweite Legislaturperiode 1953 bis 1957

Die Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953

Die erste große Debatte des Zweiten Deutschen Bundestages am 28. und 29. Oktober 1953 war der Aussprache über die Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 gewidmet, in der Bundeskanzler Dr. Adenauer das Programm seiner neuen Koalitionsregierung dargelegt hatte. Als Dr. Adenauer vor vier Jahren, am 20. September 1949, sein erstes Regierungsprogramm bekanntgab, war noch die Rede von der „Bizone“, von der Auseinandersetzung über Plan- und Marktwirtschaft. Zu den vordringlichen Zielen zählten damals noch der Abbau der Zwangswirtschaft und das Ende der Demontagen. Von außenpolitischen Aufgaben war praktisch nicht die Rede. Es wurde lediglich das Bestreben nach der baldigen Aufnahme Deutschlands in den Europarat angekündigt. In dem neuen Programm dagegen nehmen die Probleme der deutschen Außenpolitik einen breiten Raum ein.

Die Regierungserklärung befaßt sich im einzelnen zunächst mit einer *Analyse des Wahlergebnisses*, in der die Niederlage der links- und rechtsradikalen Parteien, die im Zweiten Bundestag nicht mehr vertreten sind, hervorgehoben wird. Mit Genugtuung stellt Dr. Adenauer fest, „daß die Politik und Tätigkeit der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien in den vergangenen vier Jahren die Anerkennung und die Bestätigung aller Schichten des deutschen Volkes erhalten haben“.

Der Bundeskanzler erklärte, daß die CDU/CSU die Zusammenarbeit mit ihren bisherigen Koalitionspartnern unter Hinzuziehung des BHE im Parlament und in der Bundesregierung fortsetzen werde. Er hoffe, daß in wichtigen außenpolitischen Fragen auch ein Zusammengehen zwischen Regierungskoalition und Opposition stattfinde. Dr. Adenauer betonte ferner, die Bundesregierung wünsche die vor ihr stehenden Aufgaben „in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Bundesrat“ zu lösen.

Der zweite Abschnitt der Regierungserklärung ist den *innerpolitischen Aufgaben* gewidmet. Er lehnt sich weitgehend an das von der CDU auf ihrem 4. Bundesparteitag im April 1953 in Hamburg unter dem Leitsatz „Deutschland — sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa“ formulierte Programm an. (Vgl. Kurzbericht in EA 10-11/1953, S. 5750.)

An den Anfang seiner innerpolitischen Ausführungen stellte der Bundeskanzler die Betonung der engen *Verflechtung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik*. Die Verdoppelung der jährlichen Aufwendungen für die *soziale Sicherheit* seit dem Jahre 1949 sei ein Erfolg der sozialen Marktwirtschaft und einer guten Finanzpolitik gewesen.

„An dem wirtschaftlichen Aufstieg in der Bundesrepublik haben jedoch nicht alle Bevölkerungskreise gleichmäßig teilgenommen. Es waren bisher in erster Linie die

im Arbeitsprozeß Tätigen, die sichtbaren Nutzen aus den Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft zogen. Es wird das besondere Anliegen der Bundesregierung sein müssen, die Arbeitslosen einzugliedern und dem Bundestag Maßnahmen vorzuschlagen, durch die die wirtschaftliche Lage der Rentner, Invaliden, Waisen und Hinterbliebenen weiter verbessert wird. Dieses Ziel muß auf zwei Wegen erreicht werden: erstens durch eine weitere Erhöhung des Sozialprodukts, zweitens durch eine umfassende Sozialreform.“

Unter Hinweis auf die von der ersten Bundesregierung bereits eingeleiteten Vorarbeiten für die Durchführung einer Sozialreform kündigte Dr. Adenauer die Vorlage eines umfassenden Sozialprogramms an.

Zu den Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, die durch die allgemeine Erhöhung des Lebensstandards eine günstige Entwicklung genommen hätten, sagte der Bundeskanzler, er hoffe, daß der soziale Friede erhalten bleibe. An die *Gewerkschaften* gewandt, erklärte er:

„Es ist der dringende Wunsch und die Hoffnung der Bundesregierung, daß die Gewerkschaften im Interesse von Arbeiterschaft und Volk einen unabhängigen und positiven Weg gewerkschaftlicher Arbeit gehen. Die Bundesregierung denkt nicht daran, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften anzutasten. Sie erwartet aber auch, daß die Gewerkschaften selbst parteipolitische Unabhängigkeit und Toleranz als ihre Grundlage achten.“

Zu den einzelnen Problemen der *Sozialpolitik* übergehend, hob Dr. Adenauer die Notwendigkeit einer fortschreitenden Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in das Wirtschaftsleben hervor. Dazu sollen die rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten des Bundesvertriebenengesetzes nunmehr voll ausgeschöpft werden. Daneben soll auch den Heimkehrern, Kriegssachgeschädigten und Evakuierten eine weitgehende Förderung zuteil werden.

Auf dem Gebiete des *Wohnungsbaus* sieht das Regierungsprogramm in erster Linie den Bau „familiengerechter“ Wohnungen, das heißt die Förderung der Erstellung von Eigenheimen, Kleinsiedlungen und Eigentumswohnungen, vor. Dr. Adenauer hob die Leistungen des Wohnungsbaus in der bisherigen Legislaturperiode hervor, betonte aber, daß die Wohnungsnot dennoch sehr groß sei. Daher müsse in Zukunft

„...das Privatkapital noch mehr als bisher für den Wohnungsbau interessiert werden. Schon aus diesem Grunde und zur Erhaltung des durch den Krieg verschonten Wohnungsbestandes müssen auch im Wohnungsbau die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft Schritt für Schritt immer mehr zur Geltung kommen.“

Nach der Erwähnung der bisherigen Leistungen der sozialen Marktwirtschaft — der Produktionsindex stieg von 55,5 vH im zweiten Vierteljahr 1948 auf 156,5 vH im zweiten Vierteljahr 1953 (1936 = 100 vH) — erklärte

der Bundeskanzler, die neue Bundesregierung werde sich nicht mit der Stabilisierung des Erreichten begnügen, sondern die Ausdehnung der Wirtschaft in einem maßvollen und gesunden Wachstumstempo fördern. Dann wandte er sich *außenwirtschaftlichen Problemen* zu:

„Die soziale Marktwirtschaft ist ein Torso, solange sie auf das Inland beschränkt bleibt. Wie bei uns der Abbau der Zwangswirtschaft ungeahnte Kräfte frei gemacht hat, so wird auch die internationale Wirtschaft einen bedeutenden Aufschwung nehmen, wenn die vielen Fesseln und Hemmnisse, die heute noch bestehen, beseitigt werden. Die Bundesregierung wird deshalb alles tun, um in Zusammenarbeit mit anderen Ländern die Umtauschbarkeit der Zahlungsmittel zu erreichen, den zwischenstaatlichen Waren- und Dienstleistungsverkehr zu erleichtern und die Exportsubventionen, die den Wettbewerb zwischen den Völkern verfälschen, einzuschränken.

In erster Linie ist die europäische wirtschaftliche Integration unerläßlich. Die Bundesregierung ist von der Notwendigkeit, die Arbeiten des Europäischen Wirtschaftsrats fortzusetzen, überzeugt. Sie ist der Ansicht, daß insbesondere in Europa die Befreiung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen von allen kleinlichen Beschränkungen die Integration fördern und die Voraussetzung für die Hebung des allgemeinen Lebensstandards schaffen wird. Die Europäische Zahlungsunion muß fortgesetzt werden, bis ihr eigentliches Ziel, die Konvertibilität der Währungen, erreicht ist.“

Als die wichtigsten Ziele der *Finanzpolitik* bezeichnet das Regierungsprogramm die Erhaltung der Stabilität der deutschen Währung und eines ausgeglichenen Haushalts. Ueber die geplante *Große Steuerreform* heißt es:

„Die Bundesregierung ist sich dabei bewußt, daß die Steuerlast des deutschen Volkes sehr hoch ist und daß es Ziel der Finanzpolitik sein muß, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Steuerlast gemindert werden kann. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist die Gesetzgebung des Jahres 1952/53 gewesen. Die Bundesregierung ist gewillt, diesen Weg weiterzugehen. Sie muß allerdings betonen, daß jede Steuerreform, die eine Minderung der Steuerlasten zum Ziel hat, nur unter der Voraussetzung durchgeführt werden kann, daß die finanzielle Ordnung im Staatshaushalt trotzdem aufrechterhalten bleibt und jede Gefährdung der Währung durch steigende schwebende Verschuldung unterbleibt. Voraussetzung einer Steuerreform, die gleichzeitig eine Steuerminderung sein will, ist daher eine vorsichtige Ausgabenpolitik, Beschränkung auf die notwendigen Ausgaben.“

Die Erhaltung der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der deutschen *Landwirtschaft* wird von der Bundesregierung jedoch nicht nur aus Gründen der Festigung der Ernährungsbasis, sondern auch im Hinblick auf die europäische Integration für unumgänglich gehalten. Dr. Adenauer sagte dazu:

„Ich glaube daran, daß wir uns in einer stetigen Entwicklung zu einem vereinigten Europa befinden. Die politische Union ist nicht denkbar ohne die entsprechende wirtschaftliche Integration. Unsere Landwirtschaft wird also genau wie unsere übrige Wirtschaft in gemessener Zeit vor der Tatsache des gemeinsamen europäischen Marktes stehen. Durch Maßnahmen der Selbsthilfe und Staatshilfe muß die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft in einer entsprechenden Uebergangszeit so entwickelt sein, daß sie im europäischen Markt konkurrenzfähig ist. Hier stehen wir vor der größten und schwierigsten agrarpolitischen Aufgabe der nächsten Jahre.“

Die besondere Sorge der Bundesregierung gilt nach den Worten Dr. Adenauers der wachsenden *Ueber-*

alterung des Volkes. Ihr soll durch eine zielbewußte Familienpolitik begegnet werden, die ihren Ausdruck in der Bildung eines besonderen Familienministeriums findet.

Zu den *Problemen der deutschen Jugend* heißt es im Regierungsprogramm:

„Mit großem Nachdruck wird sich die Bundesregierung wie bisher der Betreuung der heranwachsenden Jugend widmen, insbesondere durch Maßnahmen, die der Bereitstellung der für den Eintritt aller Jugendlichen in das Berufsleben erforderlichen Arbeitsplätze dienen und die die Ausbildung und Ertüchtigung der Jugendlichen in sonstiger Weise fördern.“

Den Abschluß des innerpolitischen Teils bildet die erneute Betonung der Entschlossenheit, die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber der Stadt *Berlin* zu erfüllen.

Der *außenpolitische Teil* des Regierungsprogramms beginnt mit der Nennung der zentralen Probleme der Außenpolitik der Bundesrepublik:

1. die Herstellung ihrer eigenen Unabhängigkeit;
2. die Wiedervereinigung Deutschlands;
3. der Zusammenschluß des freien Europa;
4. die Integration Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft.

Zur Frage der *Herstellung der Unabhängigkeit der Bundesrepublik* faßte der Bundeskanzler die Bedeutung des Deutschlandvertrages folgendermaßen zusammen:

- Beendigung des Besatzungsregimes;
- grundsätzliche Wiedererlangung der deutschen Souveränität;
- vertragliche Verpflichtung der Westmächte, an der Wiedervereinigung Deutschlands mitzuwirken;
- Ausschaltung der Möglichkeit einer Einigung der Westalliierten mit der Sowjetunion auf Kosten Deutschlands.

Er gab jedoch der Ungeduld des deutschen Volkes darüber Ausdruck, daß das Zustandekommen des Vertragswerkes, zu dem der Deutschlandvertrag gehört, immer weiter hinausgezögert wird. Er hoffe, daß man im Ausland für diese Empfindungen des deutschen Volkes Verständnis aufbringe und ihnen Rechnung trage.

An den Anfang seiner Ausführungen über *gesamtdeutsche Probleme* stellte Dr. Adenauer die Erklärung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands weiterhin das oberste Ziel der Bundesregierung bleiben wird. Er äußerte die Enttäuschung des deutschen Volkes über die fortgesetzte Weigerung der Sowjetunion, über eine baldige Lösung der Deutschlandfrage zu verhandeln, betonte aber, daß die Bundesregierung die Hoffnung nicht verliere, daß auf einer Viererkonferenz die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen und des Status einer gesamtdeutschen Regierung erörtert werden könne. Nach einem Aufruf zu tätiger Hilfe für die Deutschen in der Sowjetzone erneuerte der Bundeskanzler die Erklärung, daß die *Oder-Neiße-Linie* nicht als Grenze anerkannt wird:

„Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestags und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen. Lassen Sie mich aber eines hier mit allem Nachdruck betonen: Die mit der Oder-Neiße-Linie zusammenhängenden Probleme sollen nicht mit Gewalt, sondern ausschließlich auf friedlichem Wege gelöst werden.“

Die daran anschließenden Ausführungen über die *europäische Politik* der Bundesregierung sind im folgenden im Wortlaut wiedergegeben:

„In meinen Ausführungen habe ich wiederholt Fragen der europäischen Integration anklingen lassen. Die Politik der Bundesregierung bleibt weiter auf diese Integration ausgerichtet. Die schmerzlichen Erfahrungen, die wir aus der Geschichte Europas in den letzten Jahrhunderten gesammelt haben, haben uns die Gewißheit gebracht, daß der Nationalismus, der die Ursache so vieler Katastrophen gewesen ist, überwunden werden muß. Wir müssen das Leben der europäischen Völker auf wahrhaft neue Grundlagen der Zusammenarbeit an großen praktischen Aufgaben stellen, um den Frieden zu sichern, um Europa wieder zu einem Faktor in Politik und Wirtschaft zu machen. Auf dem Wege zum Zusammenschluß des freien Europa sind bereits wesentliche Schritte getan worden.

Die *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* lebt. Durch die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl wurde ein wichtiger Schritt zur Beseitigung der Zollschränken und sonstiger nationalstaatlicher Beschränkungen der Wirtschaft getan. Die Hohe Behörde hat es verstanden, in kurzer Zeit die ihr übertragene Stellung einer ersten überstaatlichen Behörde mit Leben und Autorität zu erfüllen. Ein echter Fortschritt im Interesse Europas ist hier erzielt worden.

Die Vorarbeiten für die Schaffung einer *Europäischen Politischen Gemeinschaft* schreiten kräftig voran. Die Konferenz der Außenministerstellvertreter in Rom in der Zeit vom 22. September bis 10. Oktober 1953 hat in wichtigen Fragen eine große Annäherung der Standpunkte erzielt. In anderen bedeutsamen Fragen hat der Meinungsaustausch zu einer Klärung geführt, die, wie ich hoffe, die Beschlüsse der bevorstehenden Konferenz der Außenminister im Haag am 26. November beschleunigen und erleichtern wird.

Die *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* nimmt bei den europäischen Integrationsbestrebungen eine besondere Schlüsselstellung ein. Sie ist nicht nur die unerläßliche Voraussetzung für den Frieden in Europa, für den wirkungsvollen Schutz des werdenden Europa, sondern sie ist gleichzeitig auch ein Prüfstein für das Vertrauen der Partner dieser Gemeinschaft untereinander. Ich hege die feste Zuversicht, daß die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der wegen seiner großen Bedeutung und seiner Auswirkungen auf das innerstaatliche Leben der einzelnen Partner des Vertrages naturgemäß eine umfassende Erörterung aller mit ihm zusammenhängenden Probleme erfordert hat, in den kommenden Monaten erfolgt. Das Inkrafttreten dieses Vertrages wird eine Phase enger Zusammenarbeit der Völker der sechs Vertragsstaaten an der lebensentscheidenden Aufgabe der gemeinsamen Verteidigung einleiten. Seien wir uns klar darüber, daß es sich hier nicht nur um den militärischen Schutz, sondern zugleich um ein hervorragendes Mittel der Erziehung zum Europäer handelt.

So wichtig der Bundesregierung auch in Zukunft der Schutz und die Sicherung der Freiheit des deutschen Volkes sein wird und so sehr sie entschlossen ist, den dafür erforderlichen und dem deutschen Volk gerechterweise zumutbaren Verteidigungsbeitrag zu leisten, so entschieden wird sie sich auch im Rahmen der europäischen Integration für die Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen Existenz aller Schichten der Bevölkerung einsetzen. Sie wird deshalb der europäischen Zusammenarbeit nicht nur im allgemein politischen, sondern auch im besonderen sozialen Bereich jede Unterstützung zuteil werden lassen, und sie wird auch der Entwicklung neuer Wege und Methoden zu diesem Ziel ihre Hilfe leihen;

denn die Bundesregierung sieht in der europäischen Gemeinschaft nicht nur eine unerläßliche rechtsstaatliche Form des zukünftigen Zusammenlebens der europäischen Völker, sie erblickt darin auch nicht nur den Rahmen für ihre militärische Sicherheit und ihre allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, sondern sie sieht in der europäischen Vereinigung auch die Voraussetzung für die Herstellung eines dauerhaften sozialen Niveaus, das die Existenzbedingungen von Millionen Menschen entscheidend verbessert.

Daß die Bestrebungen zur europäischen Integration, wie sie in der EVG und in der Montanunion ihren Ausdruck finden, in keinem Widerspruch zur Politik der Wiedervereinigung Deutschlands stehen, habe ich schon wiederholt ausgeführt. Es ist eine Verkenntung der realen Möglichkeiten und Gegebenheiten, wenn man einen Gegensatz zwischen der Politik der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und der europäischen Integration konstruieren will. Frieden und Freiheit ist nicht möglich ohne Sicherheit. Noch niemand, der behauptet, zwischen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und der europäischen Integration bestehe ein unlösbarer Widerspruch, hat sein Geheimnis verraten, auf welche Weise und wodurch die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zustande kommen und gesichert werden soll als auf dem Wege über die europäische Integration. Es gibt auch keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung als diesen durch die europäische Integration, es sei denn, man sei bereit, auf die Freiheit zu verzichten und ganz Deutschland in die Hände der Sowjetunion zu geben.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß erst der sich anbahnende Zusammenschluß der freien Völker auch die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß die Sowjets sich überhaupt zu Verhandlungen über die Frage der Wiedervereinigung bereit finden. Gerade die Deutschen aus der sowjetisch besetzten Zone haben uns in dieser Auffassung der Sachlage immer wieder bestärkt.

In der europäischen Integration sehen wir eine echte Garantie für die Erhaltung des Friedens.

Der EVG-Vertrag schließt einseitige Angriffskriege aus, und zwar nicht nur der Partner untereinander, sondern auch gegenüber dritten, an dem Vertragssystem nicht unmittelbar beteiligten Staaten. Das Vertragssystem der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft legt den Partnern eine Beschränkung ihrer Mannschaftsstärke, ihrer Rüstung und ihres Rüstungspotentials auf. Damit ist in diesem System der Ansatzpunkt für ein System der Rüstungsbeschränkung gegeben, wie es von Präsident Eisenhower in seiner Rede vom 16. April 1953 vorgeschlagen worden ist.

Wenn die Sowjetregierung guten Willens ist und wirklich den Frieden will, dann können ihr auf der Grundlage dieses Vertragssystems Sicherheitsgarantien geboten werden, die sie etwa noch für nötig halten sollte. Die Bereitwilligkeit, an einem solchen Sicherheitssystem mitzuwirken, ist von der Bundesregierung mehrfach erklärt worden. Diese Bereitwilligkeit bleibt weiterhin bestehen.

Die europäische Integration wird zur Zeit getragen von den Vertragswerken, die die sechs Staaten der Montanunion und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verbinden. Dies bedeutet nicht, daß wir die sogenannte klein-europäische Lösung als Endziel anstreben. Es ist von allen Beteiligten wiederholt zum Ausdruck gebracht worden und in den Verträgen selbst ausdrücklich festgelegt, daß jeder europäische Staat beitreten kann. Wir sind uns klar darüber, daß Staaten, deren Beitritt wir sehnlich wünschen, durch andere Verpflichtungen vorläufig an diesem Schritt gehindert werden.

Ich möchte aber hier nicht versäumen, die positive Haltung der britischen Regierung gegenüber dem europäischen Einigungswerk besonders hervorzuheben. Vor

sieben Jahren hat Sir Winston Churchill in seiner historischen Zürcher Rede Frankreich und Deutschland aufgefordert, sich als Mitglieder der europäischen Familie die Hand zu reichen. Der Glaube an ein vereintes Europa hat seitdem in vielen Herzen Wurzeln geschlagen. Großbritannien selbst hat sich an der Arbeit verschiedener europäischer Institutionen intensiv beteiligt, und es besteht begründete Hoffnung, daß es über die bereits mit den EVG-Staaten abgeschlossenen Verteidigungsverträge hinaus durch weitgehende Assoziation in ein noch engeres Verhältnis zum europäischen Integrationswerk treten wird.“

Ein weiteres dringendes Problem der Außenpolitik der Bundesregierung, die Regelung der *Saarfrage*, wurde von Dr. Adenauer berührt, als er über das Verhältnis zu Frankreich folgendes erklärte:

„Eine Gemeinschaft der europäischen Völker kann nur auf der Grundlage gesunder deutsch-französischer Be-

ziehungen aufgebaut werden; ihnen wird die Bundesregierung weiterhin ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Die unmittelbare Aussprache mit der französischen Regierung in Verbindung mit einer gründlichen Vorbereitung der schwebenden Probleme auf diplomatischem Wege wird schon in Kürze aufgenommen werden. Die Bundesregierung hofft dabei zuversichtlich, daß es in nicht zu ferner Zeit gelingen wird, auch in der Saarfrage im Geiste der europäischen Zusammenarbeit eine annehmbare Regelung zu finden.“

Nach einem Dank an die Hilfsbereitschaft und Einsatzbereitschaft der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zum Schutze der freien Welt schloß der Bundeskanzler die Regierungserklärung mit der Versicherung, daß Deutschland alles in seinen Kräften Stehende tun werde, um zusammen mit allen denen, die guten Willens sind, an einer Entspannung und friedlichen Bereinigung des Ost-West-Konflikts mitzuwirken.

Die Debatte zur Regierungserklärung

Am 28. und 29. Oktober fand im Bundestag die Aussprache über das von Dr. Adenauer unterbreitete Regierungsprogramm statt. Charakteristisch für diese Aussprache war das bei allen Sprechern festzustellende Bemühen, aus der Atmosphäre der Wahlkampfparolen und Schlagworte herauszukommen. Die Diskussion verlief so sachlich und konzilient, daß die deutsche Presse von der begründeten Hoffnung auf eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition sprechen konnte.

Im Mittelpunkt der Debatte standen die Ausführungen des Führers der Opposition, des 1. Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, der im Gegensatz zur bisherigen Gepflogenheit erst nach dem Sprecher der CDU/CSU, des Fraktionsvorsitzenden Dr. Heinrich von Brentano, zu Worte kam. Daneben fanden vor allem die Ausführungen des neuen Fraktionsvorsitzenden der FDP, des früheren Bundesjustizministers Dr. Thomas Dehler, Beachtung.

Die Ausführungen Ollenhauers, in denen es zwar an Kritik an der Regierung und ihrem Programm nicht fehlte, ließen eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung und den Koalitionsparteien erkennen, die vor vier Jahren, als Dr. Kurt Schumacher die Stellungnahme der SPD zur Regierungserklärung vortrug, nicht vorhanden war. Ollenhauer erkannte das *Wahlergebnis* ausdrücklich als die Grundlage der Arbeit des neuen Bundestages an und erklärte:

„Richtig ist, daß uns die jetzt gegebene Zusammensetzung des Zweiten Bundestages in diesem Hause vor eine neue Situation und — wenn wir wollen — vor neue fruchtbare Möglichkeiten der Entwicklung eines gesunden demokratischen Parlamentarismus stellt. Wir können zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition kommen, und wir Sozialdemokraten sind bereit, dabei mitzuwirken.“

Während sich Ollenhauer namens seiner Fraktion nicht in der Lage sah, der Regierung das Vertrauen auszusprechen noch der in der Regierungserklärung vertretenen Politik zuzustimmen, erklärte er, daß die Sozialdemokratie jedoch bereit sei, sich durch Taten überzeugen und durch Erfahrungen belehren zu lassen.

In der Frage der *Zusammensetzung des Kabinetts* übte Ollenhauer, wie schon vor vier Jahren Dr. Schumacher, scharfe Kritik. Hatte Dr. Schumacher damals drei Mini-

sterien als überflüssig bezeichnet, so erklärte Ollenhauer diesmal, daß die Regierung sechs Minister zuviel und einen zuwenig habe (der Außenminister). Hinsichtlich der Methode der Kabinettsbildung warnte Ollenhauer davor, konfessionelle Ueberzeugungen in einer Weise zum Gegenstand eines politischen Machtkampfes zu machen, wie es diesmal geschehen sei.

Bemerkenswert war die Erklärung Ollenhauers, die SPD habe Verständnis für das Bemühen des Bundeskanzlers, eine verfassungsändernde Mehrheit zur Verfassungsergänzung im Zusammenhang mit den Westverträgen zustande zu bringen, sie hoffe aber, daß nicht weitere wesentliche *Verfassungsänderungen*, vor allem in bezug auf die innere demokratische Ordnung der Bundesrepublik, in Aussicht genommen seien. Jeder Versuch einer solchen Veränderung der Verfassung ohne und gegen die Sozialdemokratie müsse eine sehr ernste Lage schaffen.

Ollenhauer ging sodann im einzelnen auf das Regierungsprogramm ein und befaßte sich zunächst mit dem Thema der *sozialen Marktwirtschaft*. Während Dr. Schumacher 1949 noch eindeutig auf die Notwendigkeit staatlicher Kontrollen hingewiesen und die liberale Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates angegriffen hatte, erklärte Ollenhauer jetzt:

„Die Wirtschaft der modernen Industriestaaten ist so kompliziert und so differenziert, daß man ihr mit einseitigen Prinzipien und Schlagworten nicht gerecht wird... Es ist unzutreffend, wenn behauptet wird, die Sozialdemokratie sei Anhänger der Planwirtschaft und damit Gegner des freien Wettbewerbs... Die Sozialdemokratie weiß, daß ein echter Leistungswettbewerb in weiten dafür geeigneten Wirtschaftszweigen von entscheidender Bedeutung für die freie Konsumwahl des Verbrauchers bei angemessenen Preisen und für die Entfaltung einer gesunden Unternehmerinitiative ist.“

Er verlangte aber, daß gerade eine Regierung, die die Marktwirtschaft zum Angelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik mache, der Sicherung des freien Wettbewerbs durch eine gesetzliche Ordnung ihre besondere Aufmerksamkeit schenken müsse. Ollenhauer verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß die Bundesregierung das Kartellgesetz gegenüber den Interessentengruppen bisher nicht habe durchsetzen können.

Ollenhauer kritisierte sodann, daß die in der Regierungserklärung vom September 1949 enthaltene Forderung nach einer *Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien* in dem jetzigen Regierungsprogramm nicht mehr enthalten sei. Weitere Punkte, in denen der Führer der Opposition Kritik am innerpolitischen Teil des Regierungsprogramms äußerte, waren unter anderem:

das *Projekt der Europäischen Agrarunion* „Die Landwirtschaft darf nicht noch mehr den Folgen außenpolitischer Experimente ausgesetzt werden.“

die *Freigabe der Wohnungswirtschaft*: „Es scheint die Absicht zu bestehen, den sozialen Wohnungsbau, also die gesetzlich verankerte Forderung des Wohnungsbaus für die breiten Schichten der Bevölkerung, wesentlich einzuschränken und die Richtsatzmiete weiterhin aufzulockern, wenn nicht gar aufzuheben... Wir warnen hier vor Schlagworten und vor Experimenten. Nicht ein Abbau der Förderungsmittel für den sozialen Wohnungsbau, sondern eine Verstärkung dieser Mittel ist nötig.“

die Frage des *Mitbestimmungsrechtes*: „Sie (die SPD) hält außerdem die Demokratisierung der Wirtschaft durch die gesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechts für eine unerläßliche Notwendigkeit für die Festigung der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik.“

Ollenhauer ging sodann zu dem *ausenpolitischen Teil* der Regierungserklärung über. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er die Bereitwilligkeit der Opposition zu einer *Zusammenarbeit* mit der Regierung. Im Namen seiner Fraktion erklärte Ollenhauer:

„Die Voraussetzung für ein solches Zusammengehen ist die Bereitschaft der Regierung, die Opposition laufend und umfassend über die internationalen Vorgänge und über ihre Pläne und Aktionen zu informieren. Nur in voller Kenntnis aller entscheidenden Faktoren ist ein sinnvolles Gespräch über den Inhalt und die Schritte der Außenpolitik der Bundesregierung möglich... Die Zusammenarbeit muß jedenfalls am Beginn einer außenpolitischen Aktion versucht werden; denn sie wird immer scheitern, wenn von der Opposition nur die Anerkennung von vollendeten Tatsachen verlangt wird.“

Ollenhauer betonte, daß die SPD in der Zielsetzung der deutschen Außenpolitik mit dem Regierungsprogramm einig gehe. Es verbleibe somit die Frage, auf welche Weise die vorhandenen Probleme gelöst werden sollen. In diesem Zusammenhang unternahm Ollenhauer den Versuch, eine *Alternativlösung* aufzuzeigen, wobei er die Notwendigkeit einer globalen Entspannung der internationalen Lage vor dem europäischen Zusammenschluß besonders unterstrich, da nur auf diese Weise die Wiedervereinigung Deutschlands zustande kommen könne. Er sagte dazu:

„Das ist eine schwierige und langwierige Aufgabe, aber es gibt keinen anderen friedlichen Weg, und sie bleibt ja auch bestehen, wenn tatsächlich der EVG-Vertrag in Kraft treten sollte.“

Ollenhauer unterbreitete sodann folgenden Alternativvorschlag:

„Wesentlich ist, daß die Sowjetunion, wie man weiß, die Integration der Bundesrepublik oder gar eines späteren geeinten Deutschlands im Sinne des EVG-Vertrages nicht akzeptieren wird. Die Frage der deutschen Politik ist daher auch: Gibt es einen anderen Weg, den Deutschland gemeinsam mit den Westmächten akzeptieren kann, um Deutschlands Position als eines Teils des Westens zu behaupten und gleichzeitig das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion zu befriedigen? Es ist offensichtlich, so wie die Dinge sich entwickelt haben, daß dieses Ziel im Wege einer europäischen Lösung nicht mehr erreicht werden

kann. Ich bitte daher, einmal zu überlegen, ob nicht die Mitgliedschaft eines freien und vereinigten Deutschlands in den Vereinten Nationen eine bessere Basis für die Lösung dieser Lebensfrage bilden könnte.“

In der Frage der *europäischen Zusammenarbeit* bekannte er sich im Namen der Sozialdemokratie zu einer Zusammenarbeit mit der denkbar größten Zahl europäischer Länder. Die Opposition erachte es jedoch als ihre Aufgabe, einer Politik entgegenzuwirken, die europäische Gemeinschaften auf der Grundlage von Verträgen errichten wolle, die der elementaren deutschen Verpflichtung zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands keine Chance zur Verwirklichung lassen. Auf Grund der Erfahrungen, die bisher mit der Montanunion gemacht worden seien, müsse man zu der Feststellung kommen, daß solche Teilintegrationen die Gefahr in sich tragen, die Volkswirtschaften zu desintegrieren. Die von der Sozialdemokratie schon früher geäußerten Einwände gegen die Konstruktion der Montanunion seien bisher nicht widerlegt worden.

Zum Abschluß seiner Uebersicht über die außenpolitischen Probleme nahm Ollenhauer Stellung zur *Saarfrage*. Die SPD sei von der Erklärung des Bundeskanzlers, daß die Saarfrage im Geiste der europäischen Zusammenarbeit geregelt werden könne, in keiner Weise befriedigt. Er erinnerte an den einstimmigen Beschluß des Ersten Bundestages, den er als die einzige Grundlage von Verhandlungen bezeichnete (vgl. Zeittafel in EA 16/1953, S. 5922):

„Wir Sozialdemokraten sind nach wie vor der Meinung, daß die Sanktionierung des jetzigen Regimes an der Saar unter dem Begriff einer Europäisierung keine für Deutschland annehmbare Lösung ist. Wir sind außerdem der Meinung, daß die Grenzfragen ein unteilbares Ganzes darstellen. Ein Verzicht auf die Zugehörigkeit des Saargebiets zu Deutschland muß die deutsche Position bei zukünftigen Friedensverhandlungen in bezug auf die deutschen Ostgrenzen außerordentlich erschweren. So sehr wir die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers über die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze begrüßen, so sehr wünschen wir, daß dieser Standpunkt nicht in Frage gestellt wird durch eine opportunistische Lösung der Saarfrage.“

Der Fraktionsführer der FDP, Dr. *Dehler*, griff in seinen Ausführungen die Äußerungen Ollenhauers auf, aus denen er auf einen Willen zur Verständigung zwischen Regierungskoalition und Opposition schließen zu können glaubte. Er sagte:

„Ich möchte den Beginn des Zweiten Bundestages unter das Zeichen des guten Willens stellen, und ich bin in dieser Absicht durch die Rede unseres verehrten Herrn Kollegen Ollenhauer zutiefst bestätigt worden. Wieviel guter Wille sprach aus dieser Rede!... Ich möchte zumindest seine wirtschaftspolitische und seine grundsätzliche außenpolitische These doch einmal als Arbeitshypothese zugrunde legen. Vielleicht könnten es mehr sein als Arbeitshypothesen, vielleicht könnte es das ehrliche Zugeständnis des guten Willens des Gegners sein...“

Dr. *Dehlers* Rede ließ aber auch erkennen, daß die Freien Demokraten eine selbständige Rolle im neuen Bundestag zu spielen gedenken. Während er sich vorbehaltlos hinter die *Europapolitik* des Bundeskanzlers stellte —

„Wir werden mit dem Herrn Bundeskanzler gehen, wenn er eine entschlossene Europapolitik treibt, die die Sicherheit für uns schafft. Wir sind bereit, alles zu tun, um die politische europäische Gemeinschaft mit Mut anzu-

gehen und voranzutreiben. Ich möchte sagen: Wir bitten den Herrn Bundeskanzler, hier seine ganze Kraft einzusetzen.“ —

fand er andererseits Abgrenzungen gegenüber dem Koalitionspartner, so besonders in der Frage des *Wahlrechts* und auf *kulturpolitischem Gebiet*:

„Es wäre trügerisch, aus dem Ergebnis der Wahl den Zug oder gar den Zwang zum Zweiparteiensystem herauslesen zu wollen... Ein Zweiparteiensystem und damit im Grunde ein Mehrheitswahlrecht sind nur dort praktikabel, wo zwei Parteien nicht polar sind, sondern das gleiche Staatsleitbild und die gleiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vertreten, wenn also eine Wahl nicht jeweils die Grundlagen unseres Staates und unserer Gesellschaft... erschüttert...“

„Ich teile die Meinung des Herrn Kollegen Ollenhauer, daß es nicht sehr erquicklich ist, was sich teilweise bei der Zugrundelegung der konfessionellen Parität in der Zusammensetzung des Kabinetts gezeigt hat. Das rührt auch an Grundfragen des Politischen... Ich sehe Gefahren für das Staatsgefühl von mancherlei Seiten... Die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens scheint mir übertrieben.“

In der *Wirtschaftspolitik* wandte sich Dr. Dehler an die SPD, auf dem von Ollenhauer angedeuteten Wege fortzuschreiten und auch auf die Ausklammerung gewisser Bereiche (Energieversorgung, Wohnungsbau) aus der Marktwirtschaft zu verzichten. Er sprach sich jedoch scharf gegen die Forderung der SPD auf Ausdehnung des *Mitbestimmungsrechts* aus. Noch deutlicher als der Bundeskanzler forderte Dr. Dehler die Abschaffung der *Wohnungszwangswirtschaft*, die nach seiner Ansicht alles andere als sozial sei. Die von der CDU befürwortete Schaffung eines *Bundeswirtschaftsrates* lehnte er ab.

Dr. Dehler schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß nur im liberalen Geiste Europa und die Welt sich ordnen lassen würden:

„In dieser Haltung nehmen wir teil an der Arbeit der Bundesregierung, die unser Vertrauen besitzt.“

Aus der Zahl der weiteren Erklärungen, die von den Sprechern der Regierungsparteien im Verlauf der Debatte abgegeben wurden, verdient die ausführliche und umfassende Rede hervorgehoben zu werden, mit der der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Heinrich von Brentano, sich namens seiner Fraktion hinter das Regierungsprogramm stellte und dabei an vielen Stellen die Formulierungen des Programms ergänzte und erläuterte.

Außer Dr. von Brentano sprachen für die CDU/CSU noch die Abgeordneten Dr. Jäger, Dr. Gerstenmaier, Dr. Kather und Kiesinger; für die DP sprach Dr. von Merkat; für den Gesamtdeutschen Block/BHE sprachen Dr. Eckhardt, Haasler und Dr. Gille. Für die SPD sprachen außer Erich Ollenhauer die Abgeordneten Jacobi und Dr. Schöne. Von den Regierungsmitgliedern ergriffen nur Wohnungsbauminister Dr. Preusker und Vertriebenenminister Dr. Oberländer das Wort zu kurzen Erklärungen über die Politik ihrer Ressorts.

Auf den Vorschlag des Oppositionsführers, die Sicherheit Deutschlands durch die *Mitgliedschaft in den Vereinten*

Nationen anzustreben, antwortete seitens der Koalitionsparteien — der Bundeskanzler selbst griff in die Debatte nicht ein — der CDU-Abgeordnete Dr. Gerstenmaier. Nachdem er betont hatte, daß der Gedanke der Vereinten Nationen auch im deutschen Volke mit Sympathie aufgenommen wird, fuhr er fort:

„Aber ist es nun, nachdem von einem ernst zu nehmenden Mann ein Vorschlag gemacht worden ist, der unsere Existenz und unsere Zukunft betrifft und der sich entscheidend auf dieses Gebilde bezieht, unerlaubt, von dieser Stelle aus nicht nur die Frage nach dem sehr idealen Ziel dieser notwendigen Einrichtung zu stellen, sondern auch die Frage zu stellen, wie denn die Wirklichkeit dieser Vereinten Nationen aussieht? Von dem System, von dem in Artikel 1 des Statuts der Vereinten Nationen die Rede ist, kann man mit großer Zurückhaltung und bei großem Wohlwollen nur sagen, daß es sich seit Jahr und Tag in tiefster Krisis befindet... Die Vereinten Nationen haben... nicht zu erreichen vermocht, daß die Mitgliedsnationen der Vereinten Nationen, die diesem Statut zugeschworen haben... ihre Spannungen auch nur so weit bewältigen, daß sie nicht mit Kanonen aufeinander schießen... Es gibt keine ausreichende Sicherheit, auf die ein Volk auf Grund der Tatsache, daß es Mitglied der Vereinten Nationen ist, vertrauen könnte.“

Daraus zog Dr. Gerstenmaier für die Außenpolitik der Bundesregierung die folgenden Konsequenzen:

„Erstens: Das unter bewußter Ausschließung Deutschlands errichtete globale Ordnungssystem der Nachkriegszeit befindet sich bis zu diesem Tage in einer völlig unbewältigten und trotz des Waffenstillstands in Korea unabsehbaren Krisis. Es ist ein Tatbestand. Wir bedauern ihn, aber wir müssen ihn zur Kenntnis nehmen. Zweitens: Das für Deutschland grundsätzlich offene atlantisch-europäische Sicherheitssystem, soweit es in der NATO präsent ist und in der EVG Wirklichkeit werden wird, ist deshalb, mindestens bis auf weiteres, die einzig gangbare und ausreichende Möglichkeit zur Befriedigung des berechtigten und weiß Gott begründeten deutschen Sicherheitsverlangens.“

Zur *Saarfrage* hatte schon vor Ollenhauers Rede Dr. von Brentano erklärt, seine Partei halte an den Grundsätzen fest, daß das Saargebiet innerhalb der deutschen Grenzen von 1937 liege und daß eine endgültige Regelung im Friedensvertrag möglich sei, sie habe aber andererseits Verständnis für die von dem ehemaligen Außenminister Schuman geäußerte französische Auffassung, daß es ohne eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung der Saarfrage kein geeintes Europa geben könne, ebenso wie es keine Saarlösung ohne ein geeintes Europa gebe. Der Sprecher der FDP, Dr. Dehler, lehnte ebenso wie Ollenhauer die Europäisierung der Saar ab, jedoch nur soweit sie politischen Charakter tragen soll, während er sich mit einer „wirtschaftlichen Europäisierung“ einverstanden erklärte. Am zweiten Tage der Debatte nahm auch Dr. Gerstenmaier zur Saarfrage Stellung, indem er sich gegen die von Ollenhauer gezogene Parallele zur Oder-Neiße-Linie wandte und davor warnte, Ost und West qualitativ auf die gleiche Ebene zu stellen.

Zeittafel vom 16. bis 31. Oktober 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

- 12.—17. Konferenz der europäischen Verkehrsminister in Brüssel. Es wird beschlossen, eine ständige Europäische Konferenz der Verkehrsminister, bestehend aus einem Ministerrat und einem Ausschuß der Ministerstellvertreter sowie einem Verwaltungssekretariat mit Sitz in Paris, zu bilden.
- 13.—16. Europäische Round-Table-Konferenz in Rom (vgl. Mitteilungen des Europarats auf Seite 6121).
- 16.—18. Erster „Europäischer Gemeindetag“ in Versailles; Verabschiedung einer „Europäischen Charta der Gemeindefreiheiten“ (vgl. den Wortlaut auf Seite 6104 dieser Folge).
17. Das Bureau de l'Union Internationale des Jeunes Démocrates Chrétiens tritt zusammen und legt den Aktionsplan für das Jahr 1953/54 fest.
18. Ein Kongreß der „Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt“ in Basel fordert einen einheitlichen europäischen Arbeitsmarkt, Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Anbahnung einer übernationalen Arbeitsvermittlung.
20. Das Comité d'Action Jeune de l'Organisation Française du Mouvement Européen tritt zu einer Vollversammlung in Paris zusammen, um die verschiedenen Probleme zu studieren, die sich aus der Neugliederung der Europäischen Jugendkampagne und ihrem neuen Aktionsprogramm für das Jahr 1953/54 ergeben. Beim Deutschen Rat der Europäischen Bewegung in Bonn wird eine „Koordinierungsstelle für Europa-Publikationen“ gebildet.
- 22.—27. In Speyer findet im Institut für Internationale Begegnungen eine von der Europa-Union mit Exilgruppen, Vertriebenenvertretern und Fachleuten veranstaltete Tagung unter dem Thema „Ost-Mittel-europa und die europäische Einigung“ statt.
- 29.—30. Tagung des Ministerrats der OEEC in Paris: Der britische Schatzkanzler, *Butler*, der französische Finanzminister, *Faure*, und der österreichische Außenminister, *Gruber*, geben Beschlüsse ihrer Regierungen über eine Erhöhung des Liberalisierungssatzes für private Einfuhren bekannt. Demnach wird Großbritannien den Liberalisierungssatz von 58,5 auf 75 vH, Frankreich von 8 auf 20 vH und Oesterreich von 35,8 auf 50 vH erhöhen. Anschließend faßt der Ministerrat Resolutionen über die Verminderung der Importbeschränkungen aus dem Dollargebiet, über die Fortsetzung der EZU nach dem 30. Juni 1954, über Probleme, die bei der Wiederherstellung der Konvertibilität durch ein oder mehrere Mitglieder entstehen können, über die zukünftige Liberalisierung, über die Beschäftigung von Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten und über die Ausweitung der Produktion. Außerdem ernennt der Rat ein aus 15 Mitgliedern bestehendes Komitee, das der Europäischen Produktivitätszentrale für zwei Jahre beratend zur Seite stehen wird.

- 29.—31. Siebte Sitzung des Europäischen Rates für Kernforschung in Genf.

Nordatlantikpakt-Organisation

20. Der mit amerikanischen Mitteln erbaute Flottenstützpunkt Iskenderun (Alexandretta) wird den türkischen Behörden übergeben. Die Türkei wird den Stützpunkt den NATO-Streitkräften zur Verfügung stellen.
28. Der Generalsekretär der NATO, Lord *Ismay*, gibt bekannt, daß im Rahmen des gemeinsam von der NATO finanzierten Infrastruktur-Programms in Höhe von 700 Millionen Pfund Sterling ein Betrag von 90 Millionen zur Verbesserung des Tele-Verbindungsnetzes in den Mitgliedstaaten verwendet wurde. 225 Projekte seien gegenwärtig vorgesehen.

Belgien

19. Die Diskussion über die Regierungserklärung zur Verfassungsreform, die für eine Mitgliedschaft Belgiens in der EVG erforderlich ist, wird abgeschlossen. Die Kammer billigt das Revisionsprogramm der Regierung, das im wesentlichen die Abänderung von zwei Artikeln vorsieht. Der Text der neuen Artikel, welche die Uebertragung des Oberkommandos über die Armee an einen nichtbelgischen Kommandeur und die Ausführung von Beschlüssen überstaatlicher Organisationen in Belgien erlauben, muß von einem neugewählten Parlament festgelegt werden.

Deutschland

- 16.—18. Fünfter Parteitag der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) in Leipzig: Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, *Lothar Bolz*, wird wieder zum Parteivorsitzenden gewählt. Dem en bloc gewählten Hauptausschuß gehören u. a. an: *Heinrich Homann* (Vizepräsident der Volkskammer), *Heinrich Meier*, *Wilhelm Feldmann* (Minister für die Leichtindustrie) und *Vinzenz Müller* (Generalleutnant der kasernierten Volkspolizei).
20. Bundeskanzler *Adenauer* gibt sein neues Kabinett bekannt, das sich wie folgt zusammensetzt: Bundeskanzler und Außenminister: *Konrad Adenauer* (CDU), Vizekanzler und Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: *Franz Blücher* (FDP), Bundesminister des Innern: *Gerhard Schröder* (CDU), Bundesminister der Justiz: *Fritz Neumayer* (FDP), Bundesminister der Finanzen: *Fritz Schäffer* (CSU), Bundesminister für Wirtschaft: *Ludwig Erhard* (CDU), Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: *Heinrich Lübke* (CDU), Bundesminister für Arbeit: *Anton Storch* (CDU), Bundesminister für Verkehr: *Hans-Christoph Seebohm* (DP), Bundesminister für Wohnungsbau: *Viktor Emanuel Preusker* (FDP), Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen: *Jakob Kaiser* (CDU), Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates: *Heinrich Hellwege* (DP), Bundesminister für Vertriebene: *Theodor Oberländer* (BHE), Bundesminister für Familienfragen: *Franz Josef Wür-*

meling (CDU), Bundesminister für besondere Aufgaben: Robert *Tillmanns* (CDU), Waldemar *Kraft* (BHE), Hermann *Schäfer* (FDP) und Franz Josef *Strauß* (CSU). Der Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen ist noch nicht ernannt worden. — Am gleichen Tage gibt Bundeskanzler Adenauer auf der ersten Sitzung des Zweiten Deutschen Bundestages in Bonn seine Regierungserklärung ab (vgl. die Inhaltsangabe auf Seite 6105).

Beendigung der seit dem 7. Oktober in Berlin tagenden dritten Internationalen Sozialistischen Pressekonferenz, die von der Sozialistischen Internationalen einberufen worden war. Die Konferenz berät über Fragen der Pressefreiheit und der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Zeitungen der verschiedenen Länder. In einer Resolution wird die Freiheit der Information als einen der wesentlichsten Grundsätze des demokratischen Sozialismus bezeichnet.

22. Bürgermeister Walther *Schreiber* (CDU) wird mit 62 von 120 Stimmen als Nachfolger von Ernst *Reuter* zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Otto *Suhr* (SPD) erhält 57 Stimmen.
24. Der Ministerrat der DDR beschließt auf einer außerordentlichen Sitzung eine Preissenkung für Lebensmittel, Genußmittel und Verbrauchsgüter, die zwischen 10 und 40 vH schwankt. Anschließend erklärt Ministerpräsident *Grotewohl*, die letzten Maßnahmen der Regierung würden jeden Bürger der DDR anspornen, noch größere Leistungen bei der Erfüllung der Produktionspläne, der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten zu vollbringen.
26. In Bonn beginnen zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und dem französischen Hohen Kommissar *François-Poncet* Vorbesprechungen im Hinblick auf das geplante Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Außenminister *Bidault* über die Saar und andere deutsch-französische Probleme.
27. Als Nachfolger von Dr. Otto *Lenz* wird Ministerialdirektor Hans *Globke* zum Staatssekretär für Inneres im Bundeskanzleramt ernannt.
- 28.—29. Debatte im Bundestag über die Regierungserklärung Bundeskanzler Adenauers (vgl. die Inhaltsangabe auf Seite 6108).
29. Ernennung des Botschafters der DDR in Rumänien, Georg *Handke*, zum Staatssekretär und Stellvertreter des Ministers im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Stelle von Anton *Ackermann* (SED).
30. Auf der ersten Sitzung des Bundesrates nach der Konstituierung des Zweiten Deutschen Bundestages spricht sich der neue Präsident des Bundesrates, der hessische Ministerpräsident Georg August *Zinn*, für eine gute Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und dem Bundestag aus und betont die Mitverantwortung des Bundesrats an außenpolitischen Verträgen und Gesetzen. Er weist Forderungen auf Umbildung oder Abschaffung des Bundesrates zurück.

Frankreich

17. Die Zeitung *Le Monde* veröffentlicht einen Aufruf mehrerer Persönlichkeiten, darunter der früheren Minister Victor *Dalbiedz* und Louis *Marin*, in dem die Wiederaufrüstung Deutschlands abgelehnt wird und die Gegner der EVG aufgefordert werden, am 8. No-

vember an einer „Nationalen Konferenz über das deutsche Problem“ in Paris teilzunehmen.

21. Außenminister *Bidault* berichtet dem außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung über den Fortschritt der Verhandlungen über eine Europäische Politische Gemeinschaft und die EVG. Er erklärt, Frankreich und Belgien stimmten überein, daß der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft nur auf europäische Gebiete der Vertragsstaaten Anwendung finden sollte. Jedem Staat bleibe es überlassen, eine Erstreckung auf seine nichteuropäischen Gebiete vorzunehmen. — Der Ausschuß spricht sich am gleichen Tage für die Ratifizierung der französisch-saarländischen Verträge vom 20. Mai 1953 aus.
22. Jacques *Duclos* erklärt auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs in Drancy, die Kommunisten seien zur Zusammenarbeit mit allen Franzosen bereit, um die Annahme des EVG-Vertrages und eine Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht zu verhindern. Am 23. Oktober erklärt Generalsekretär Maurice *Thorez*, es gäbe nichts Wichtigeres als die Sammlung aller guten Franzosen, um den EVG-Vertrag zum Scheitern zu bringen.
Die Regierung fordert Vietnam angesichts der Stellungnahme des vietnamesischen Nationalkongresses (vgl. Vietnam) formell auf, zu erklären, ob Vietnam als unabhängiges Land in der Französischen Union zu bleiben gedenke.
Staatspräsident Vincent *Auriol* und König *Sisavang Vong* unterzeichnen in Paris einen Vertrag, in dem Frankreich die volle Souveränität und Unabhängigkeit von Laos im Rahmen der Französischen Union anerkennt.
28. Die Nationalversammlung faßt mit 330 gegen 260 Stimmen eine von der ARS (de Gaullesche Dissidenten) beantragte Entschließung zur Indochina-Politik der Regierung, nachdem vorher zwei Anträge der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt worden waren. Die Entschließung fordert die Regierung auf, 1. die Streitkräfte der Assoziierten Staaten zu verstärken, um den französischen militärischen Einsatz in Indochina zu vermindern, 2. alles zu unternehmen, um durch Verhandlungen zu einer allgemeinen Befriedigung Asiens zu gelangen und 3. auf internationaler Ebene eine gerechte Verteilung der Lasten und Opfer an den verschiedenen Stellen der Welt auf alle freien Nationen sicherzustellen.
29. Außenminister *Bidault* erklärt vor dem Rat der Republik, die Wiederaufrüstung Deutschlands sei unvermeidlich, und der EVG-Vertrag sei das einzige Mittel, diese Aufrüstung zu kontrollieren. Am 30. Oktober fordert der Rat die Regierung auf, weiterhin die Interessen Frankreichs zu wahren und insbesondere mit Großbritannien eine Verständigung über die Sicherung des Gleichgewichts in Europa anzustreben.

Griechenland

26. Die Sowjetunion protestiert in einer Note an die griechische Regierung gegen das am 12. Oktober unterzeichnete Stützpunktabkommen zwischen Griechenland und den Vereinigten Staaten (vgl. den Wortlaut des Abkommens auf Seite 6102 dieser Folge).

Großbritannien

- 16.—18. Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in London. Beschlußfassung über eine Note an die Sowjetunion, Veröffentlichung eines Kommuniqués (vgl. den Wortlaut dieser Dokumente in EA 21/1953, S. 6065).
22. Das Unterhaus billigt mit 294 gegen 256 Stimmen die Politik der Regierung in Britisch-Guayana. Die Opposition mißbilligt nicht das Vorgehen gegen die Regierung *Jagan*, kritisiert aber, daß die britische Regierung die Verfassung von Guayana außer Kraft gesetzt hat.

Italien

20. Der „Zwischenstaatliche Ausschuß für europäische Auswanderung“ gibt sich auf einer Tagung in Venedig eine Satzung. Der Ausschuß arbeitet einen Tätigkeitsplan für das Jahr 1954 aus, demzufolge der Ausschuß 117 600 Europäer, darunter 38 700 Deutsche, bei der Auswanderung unterstützen wird.
25. Die italienische Regierung gibt bekannt, daß sie im Interesse einer Entspannung in Triest bereit sei, ihre Truppen von der italienisch-jugoslawischen Grenze zurückzuziehen, wenn sich Jugoslawien zu einer gleichen Maßnahme bereit findet.

Jugoslawien

25. Das jugoslawische Außenministerium bezeichnet den italienischen Vorschlag vom gleichen Tage auf Abzug der Truppen beiderseits der italienisch-jugoslawischen Grenze (vgl. Italien) als Täuschungsversuch, da es Italien gewesen sei, das im August ohne jeden Anlaß Truppen an die Grenze geschickt habe. Die jugoslawischen Sicherheitsmaßnahmen müßten so lange beibehalten werden, bis die durch den Triest-Beschluß Großbritanniens und der Vereinigten Staaten

ten vom 8. Oktober geschaffene Bedrohung Jugoslawiens beseitigt sei.

Norwegen

30. Der Friedens-Nobelpreis 1952 wird dem französischen Arzt *Albert Schweitzer*, der Friedens-Nobelpreis 1953 dem amerikanischen General und Politiker *George Marshall* verliehen.

Oesterreich

- 10.—21. Dritter Kongreß des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes in Wien: Zum Präsidenten des WGB wird *Giuseppe di Vittorio* (Italien), zum Generalsekretär *Louis Saillant* (Frankreich) gewählt. Der Kongreß protestiert gegen die Maßnahmen der persischen Regierung und gegen das spanisch-amerikanische Militärabkommen. Außerdem beschließt er, den 1. Mai 1954 unter der Losung der Verteidigung und Erämpfung der gewerkschaftlichen Rechte durchzuführen.
18. Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten teilen der Regierung mit, daß sie das Ersuchen der österreichischen Regierung vom 10. September, zu künftigen Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag hinzugezogen zu werden, unterstützen.
30. Anläßlich des zehnten Jahrestages der Moskauer Deklaration über Oesterreich gibt Bundeskanzler *Raab* eine Regierungserklärung ab, die das Recht Oesterreichs auf Freiheit und Souveränität betont und den Abzug der Besatzungstruppen fordert.

Sowjetunion

26. Protestnote an Griechenland gegen das griechisch-amerikanische Stützpunktabkommen vom 12. Oktober 1953.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AMERIKA

Argentinien

17. Staatspräsident *Peron* erklärt in Buenos Aires, die Differenzen Argentiniens mit den Vereinigten Staaten seien vollständig beigelegt worden.

Vereinigte Staaten

19. Präsident *Eisenhower* und der Präsident von Mexiko, *Ruiz Cortines*, weihen gemeinsam in der neuen Stadt Nuevo Guerrero den Falcon-Staudamm am Grenzfluß Rio Grande ein.
20. Nachdem Verteidigungsminister *Charles Wilson* am 19. Oktober eine eventuelle Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa angekündigt hatte, betont Außenminister *Dulles* angesichts der Bedeutung, die der Erklärung Wilsons in Europa zugemessen wurde, er sei sicher, daß die Vereinigten Staaten nicht die Absicht hätten, einen Teil ihrer Truppen aus Europa abzuziehen. Am 27. Oktober erklärt Verteidigungsminister *Wilson*, es sei nicht seine Absicht gewesen, mit seiner Bemerkung am 19. Oktober eine internationale Diskussion auszulösen. — Präsident *Eisenhower* erklärt am 28. Oktober auf einer Pressekonferenz, die Vereinigten Staaten

hätten nicht die Absicht, ihre Streitkräfte in irgendeinem Teil der Welt zu reduzieren.

30. Die Besprechungen des Sondergesandten des japanischen Ministerpräsidenten, *Hayato Ikeda*, mit amerikanischen Regierungsvertretern über die Wiederaufrüstung Japans werden mit der Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung abgeschlossen, in der festgestellt wird, daß Japan seine Verteidigungstreitkräfte verstärken wird und die Vereinigten Staaten sich bereit erklären, die Truppen auszurüsten.

ASIEN

Israel

16. Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten protestieren in Tel Aviv gegen den israelischen Ueberfall auf Qibyah am 15. Oktober. Die amerikanische Wirtschaftshilfe für Israel wird vorübergehend eingestellt. Der amerikanische Außenminister *Dulles* gibt am 28. Oktober bekannt, die Hilfe werde wieder aufgenommen (vgl. auch Vereinte Nationen).

Kambodscha

17. Unterzeichnung eines Militärabkommens zwischen Frankreich und Kambodscha in Pnom-Penh, in dem

Frankreich einen Teil seiner Militärhoheit in Kambodscha der einheimischen Regierung überträgt.

Korea

19. Die Regierungen der Chinesischen Volksrepublik und Nordkoreas erklären sich bereit, Vertreter nach Panmunjon zu entsenden, um mit einem Vertreter der Vereinten Nationen über Ort und Zeit der Politischen Konferenz über Korea zu verhandeln. Als die Besprechungen am 26. Oktober in Panmunjon beginnen, fordern die kommunistischen Vertreter, die Frage des Teilnehmerkreises der Konferenz als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Sonderbotschafter Arthur H. Dean (USA), der die auf alliierter Seite am Krieg in Korea beteiligten Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen vertritt, erklärt, er habe nur den Auftrag, über Ort und Termin der Konferenz zu verhandeln, sei aber bereit, sich die Erklärungen der kommunistischen Seite in dieser Frage anzuhören, sobald Einigung über Ort und Zeit erzielt sei.

Laos

22. Vertrag zwischen Laos und Frankreich (vgl. Frankreich).

Vietnam

16. Ein von Staatspräsident Bao Dai einberufener Nationalkongreß, der Delegierte für die Verhandlungen mit der französischen Regierung über die Unabhängigkeit Vietnams bestimmen soll, spricht sich gegen den Verbleib Vietnams in der Französischen Union aus. Später wird die Resolution dahingehend abgeändert, daß die Französische Union „in ihrer gegenwärtigen Form“ abgelehnt werde. Der Kongreß lehnt es auch ab, Delegierte für die Verhandlungen mit Frankreich zu wählen. — Am 22. Oktober fordert die französische Regierung Staatspräsident Bao Dai, der sich zu dieser Zeit in Frankreich befindet, auf, zu erklären, ob Vietnam in der Französischen Union zu bleiben gedenke.

Organisation der Vereinten Nationen

Vollversammlung

Politischer Ausschuß

26. Der amerikanische Delegierte Charles Mayo erklärt, amerikanische Piloten seien in Kriegsgefangenen-

lagern in Nordkorea durch Folterungen zur Abgabe von falschen Geständnissen gezwungen worden, wonach sie sich am „Bakterienkrieg“ der Vereinigten Staaten in Korea beteiligt hätten. — Am 28. Oktober veröffentlicht die amerikanische Armee einen Bericht, demzufolge 6113 Amerikaner in kommunistischer Gefangenschaft ermordet oder gefoltert wurden. Die amerikanische Delegation beantragt am 29. Oktober, diesen Bericht auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Ein sowjetischer Antrag, die Vollversammlung möge alle noch nicht beteiligten Staaten auffordern, dem Genfer Abkommen von 1925 über das Verbot der bakteriologischen Kriegführung beizutreten, wird am 31. Oktober an den Abrüstungsausschuß verwiesen.

Sicherheitsrat

17. Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten ersuchen den Sicherheitsrat, die Spannungen zwischen Israel und seine Nachbarn zu behandeln, besonders im Hinblick auf neuerliche Gewaltakte (Israelischer Ueberfall auf Qibyah am 15. Oktober). — Am 19. Oktober beschließt der Rat, den Vorsitzenden der UN-Kommission zur Ueberwachung des Waffenstillstands in Israel, General Vagn Bennike (Dänemark) zur Berichterstattung nach New York zu rufen. Bennike erklärt am 27. Oktober, daß es sich bei dem Angriff auf Qibyah um einen planmäßigen Ueberfall regulärer israelischer Truppen gehandelt habe.
20. Der Sicherheitsrat beschließt, die Debatte über Triest auf den 2. November zu vertragen, um den beteiligten Mächten Gelegenheit zu direkten Verhandlungen zu geben.

Sonderorganisationen

Internationales Zoll- und Handelsabkommen (GATT)

24. Die achte Vollversammlung der Unterzeichnerstaaten des GATT wird nach fünfwöchiger Dauer abgeschlossen. Die Versammlung beschloß unter anderem, Japan als assoziiertes Mitglied aufzunehmen und die GATT-Statuten zu revidieren. Großbritannien wurde eine Erhöhung der Zölle für gewisse landwirtschaftliche Einfuhren zugestanden.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guizon, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Die Tätigkeit des Europarats im September 1953

Dritter Teil der Fünften Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung

(Fortsetzung)

Kommission zur Wahrung der Menschenrechte

Andererseits haben die Abgeordneten der Versammlung aus allen Mitgliedstaaten des Rates vom Generalsekretär eine Mitteilung über die Benennung von Kandidaten für die europäische Kommission der Menschenrechte durch die Delegierten der verschiedenen Staaten erhalten. Die Liste wird durch das Präsidium der Versammlung dem Ministerkomitee übermittelt werden (Artikel 21 der Konvention). Die Versammlung hat den Juristischen Ausschuß um seine Ansicht über die Modalitäten der Anwendung des Artikels 21 ersucht, besonders über die drei folgenden Punkte:

- a) *Ernennung der Mitglieder der europäischen Kommission zur Wahrung der Menschenrechte durch die Staaten, die die Konvention noch nicht ratifiziert haben;*
- b) *Rolle des Präsidiums, das — in Artikel 21 besonders erwähnt — sich nicht mit der Rolle des Generalsekretärs identifizieren könnte;*
- c) *Art und Dauer der Tätigkeit der Kommissionsmitglieder und dementsprechend Festsetzung ihrer Gehälter.*

Das Präsidium hat beschlossen, sich mit dem Ministerkomitee in Verbindung zu setzen, um so bald wie möglich ein Uebereinkommen über die drei Punkte zu erzielen. Das Präsidium bittet inzwischen die Delegationen, die ihre Kandidaten noch nicht benannt haben, dieses Uebereinkommen abzuwarten. Den Delegationen, die ihre Kandidaten schon ernannt haben, steht es frei, ihre Liste im Lichte der neuen Gegebenheiten abzuändern.

Ernennung des Generalsekretärs und der Beamten des Europarats

Auf Veranlassung des Ständigen Ausschusses hatte sich der Ausschuß für Juristische Fragen mit der Empfehlung des Ministerkomitees bezüglich der Ernennung des Generalsekretärs des Europarats befaßt. Nach eingehender Beratung dieser Frage hat der Ausschuß die Gelegenheit wahrgenommen, gewisse Probleme zu prüfen, die die Ernennungen und Beförderungen beim Generalsekretariat betreffen. In einem von Herrn Crosbie (Ire) vorgelegten und von der Versammlung auf ihrer Sitzung am 21. September einstimmig gebilligten Bericht heißt es:

„Zu dem Zeitpunkt, da die Versammlung auf Empfehlung des Ministerkomitees, gemäß Artikel 36 der Satzung des Europarats, gerade die Ernennung des Generalsekretärs vorgenommen hat,

1. legt sie Wert darauf, ihr Interesse an einer Entwicklung des Sekretariats des Europarats in einer Weise, die voll dem ausschließlichen internationalen Charakter seiner Tätigkeit entspricht, ausdrücklich zu betonen;

2. zu diesem Zweck empfiehlt sie dem Ministerkomitee:

- (a) *sich in Zukunft, vor seinen Empfehlungen für die*

Ernennung des Generalsekretärs oder eines stellvertretenden Generalsekretärs, darüber mit den Abgeordneten der Versammlung im Rahmen des Gemischten Ausschusses zu verständigen, dessen Bildung im Mai 1951 von dem Ministerkomitee gebilligt wurde;

(b) *keinerlei Tätigkeit innerhalb des Sekretariats als dauernd einem bestimmten Mitgliedstaat des Europarats zustehend zu betrachten;*

(c) *zu dem am 8. August 1949 von ihm beschlossenen Statut der Beamten eine Disposition entsprechend derjenigen, die in dem Statut des Personals der Vereinten Nationen (Artikel IV, Paragraph 4, 4) und der Sonderinstitutionen enthalten ist, hinzuzufügen, durch die der Generalsekretär angewiesen würde, bei Ernennungen für freigewordene Stellen die Qualifikationen und die Erfahrung von bereits beim Europarat beschäftigten Personen zu berücksichtigen, soweit das mit der Notwendigkeit zu vereinbaren ist, von Zeit zu Zeit neue Kräfte zu berufen und eine gerechte geographische Verteilung der zu besetzenden Stellen unter die Angehörigen der Mitgliedstaaten anzustreben.*

Vereinfachung der Grenzformalitäten

Nachdem die Versammlung am Mittwoch, den 23. September, den Berichterstatter des Unterausschusses für Prüfung von Vereinfachungen der Grenzformalitäten für Reisende, Herrn Montgomery Hyde (Engländer), gehört hatte, und nach Stellungnahmen von Herrn Crosbie (Ire), Mommer (Deutscher), Boothby und de Freitas (Engländer), billigte sie einstimmig folgende Empfehlung:

„Unter Berücksichtigung des von dem verstorbenen Grafen Jacini eingebrachten Antrags über die Vereinfachung von Grenzformalitäten für Reisende, Dok. 98;

nach Kenntnisnahme der drei Berichte des skandinavischen interparlamentarischen Ausschusses über die Vereinfachung der Paß-, Zoll- und Devisenkontrolle;

nach sorgfältiger Erwägung der Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Paß- und Grenzformalitäten, um Ueberschneidungen oder doppelte Anstrengungen zu vermeiden;

in der Ueberzeugung, daß alle Mitgliedstaaten des Europarats daran interessiert sind, die Freizügigkeit ihrer Bürger zu erleichtern, um so das Verständnis und den guten Willen unter den Völkern zu fördern;

in der Meinung, daß die zur Zeit geltenden Grenzformalitäten unnötige Unannehmlichkeiten und Verzögerungen verursachen;

unter Berücksichtigung des Berichtes des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen, Dok. 201, der dem Ministerkomitee zur Prüfung der vorliegenden Empfehlung im Lichte dieses Berichts überwiesen wird;

A

Sichtvermerke

Nach der Feststellung, daß die von dem Ministerkomitee in seiner zehnten Sitzungsperiode auf Betreiben

der Versammlung angenommene Entschliessung über die wünschenswerte Abschaffung der Sichtvermerke bei Reisen innerhalb des Gebiets aller Mitgliedstaaten des Europarats noch nicht voll in Kraft getreten ist,

1. empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(a) daß die Sichtvermerke bei allen Reisen innerhalb der Mitgliedstaaten des Europarats so bald wie möglich überall dort völlig abgeschafft werden, wo sie bis jetzt noch gefordert werden;

(b) daß bei außergewöhnlichen Umständen, die eine beiderseitige Abschaffung der Sichtvermerke besonders erschweren, die Durchführung einseitiger Maßnahmen erwogen wird und daß auf alle Fälle Durchreisegenehmigungen abgeschafft und Einreisegenehmigungen kostenlos erteilt werden;

(c) daß die Möglichkeit einer Abschaffung des Sichtvermerkszwangs für Reisen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats und gewissen Nichtmitgliedstaaten wie Oesterreich, Finnland, Portugal, Spanien, der Schweiz und Jugoslawien sofort erwogen wird.

B

Paßkontrolle

In der Ueberzeugung, daß die Mitgliedstaaten des Europarats als Endziel die völlige Abschaffung des Reisepasses für Reisen innerhalb der Mitgliedstaaten anstreben müssen;

mit Hinweis auf die Tatsache, daß dies lediglich eine teilweise erreichte Wiederherstellung der Freizügigkeit bedeuten würde, die vor 1914 sozusagen in allen Teilen Europas bestand;

mit Befriedigung über die zwischen den skandinavischen Staaten getroffene Vereinbarung, wonach Reisende beim Grenzübergang von einem in das andere dieser Länder sich nicht mehr auszuweisen haben, sowie über die zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich bestehende Regelung, wonach außerdem Ausländer, die von Uebersee durch die Republik Irland nach dem Vereinigten Königreich einreisen, bei ihrer Ankunft dort nicht noch einmal von Grenzbeamten kontrolliert und Ausländer, die durch das Vereinigte Königreich nach der Republik Irland reisen, nur von britischen Grenzbeamten und nicht bei ihrer Ankunft in der Republik Irland noch einmal kontrolliert werden;

2. empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(a) daß ähnliche Vereinbarungen bei weiteren Staaten-gruppen getroffen werden sollten, z. B. bei den Mitgliedstaaten des Uniscan (Dänemark, Norwegen, Schweden und Vereinigtes Königreich), womöglich unter Einschluß von Island, Irland und vielleicht auch Finnland, sowie bei den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Belgien, Frankreich, Deutsche Bundesrepublik, Italien, Luxemburg und Holland), denen das Vereinigte Königreich und möglicherweise noch andere Mitgliedstaaten des Europarats angeschlossen werden könnten, wobei es sich versteht, daß noch andere Kombinationen möglich sind und daß die Gründung dieser regionalen Paßvereinbarungen dank der damit verbundenen Verzahnungen schließlich zu der Abschaffung des Paßzwangs für Reisen in sämtlichen Mitgliedstaaten des Europarats führen sollten;

(b) daß als Zwischenlösung benachbarte Ländergruppen, wie z. B. die oben erwähnten, den Paßzwang für Staatsangehörige dieser Gruppen abschaffen und mit einem Lichtbild versehene Ausweise, die zur Zeit von den zuständigen nationalen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten zum internen Gebrauch ausgegeben werden (z. B. Personalausweise, Bescheinigungen über die Nationalität für Reisezwecke, Wahlkarten, Führerscheine, Gesundheits-

bescheinigungen, Rentenempfangsberechtigungen, Eisenbahnfreifahrtscheine usw.), auch von anderen Mitgliedstaaten als ausreichende Ausweispapiere anerkannt werden.

C

Sammelreiseausweise

Nach der Prüfung der zwischen den Signatarstaaten des Brüsseler Abkommens (Belgien, Frankreich, Luxemburg, Holland und dem Vereinigten Königreich) beschlossenen und am 1. April 1952 in Kraft getretenen Regelung betreffs Sammelreiseausweisen für Jugendliche;

in der Erwägung, daß es Jugendlichen aus allen Mitgliedstaaten des Europarats ermöglicht werden müßte, auf Sammelreiseausweisen zu reisen, und daß deren Form und Inhalt vereinheitlicht werden müßten;

mit der Feststellung, daß diese Empfehlung den Hauptvorschlag einer endgültigen Aufhebung des Paßzwangs bei Reisen innerhalb der Mitgliedstaaten des Europarats in keiner Weise berührt, sondern nur einen Schritt zu diesem Ziel darstellt,

3. empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(a) die Mitgliedstaaten des Europarats, die der Organisation des Brüsseler Abkommens nicht angehören, aufzufordern, sich der am 1. April 1952 in Kraft getretenen Regelung betreffs Sammelreiseausweise für Jugendliche anzuschließen;

(b) die Möglichkeit einer erweiterten Benutzung der Sammelreiseausweise für Personen über 18 bzw. 21 Jahren zu erwägen und die Reisezwecke, für die Sammelreiseausweise ausgegeben werden, nach Möglichkeit nicht zu begrenzen.

D

Zollkontrolle

In der Ueberzeugung, daß es zweckmäßig wäre, genauer festzulegen, welche Gegenstände unter dem Begriff „persönliches Eigentum“ zu verstehen sind, so daß die Reisenden genau wissen, welche Gegenstände sie zollfrei mit sich führen können;

in der Erwägung, daß außerdem eine Lockerung der geltenden Bestimmungen erwünscht wäre, damit den Reisenden größere Möglichkeiten zum Mitnehmen von Gegenständen außer ihrem persönlichen Eigentum und Nahrungsmitteln zum persönlichen Verbrauch eingeräumt würden;

andererseits in der Erwägung, daß bei gewissen Gegenständen, die einer erhöhten Besteuerung unterliegen, mengenmäßige Beschränkungen bestehen bleiben müssen; schließlich in der Ueberzeugung, daß die Annahme der obenstehenden Vorschläge die heute übliche Handhabung der Zollkontrolle erheblich modernisieren würde,

4. empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit

(a) alle Mitgliedstaaten des Europarats eine Verordnung einführen, nach der alle Reisenden, einschließlich ihrer eigenen Staatsangehörigen, folgende Gegenstände zoll- und abgabefrei sowie ohne besondere Import- oder Exportgenehmigung einführen oder ausführen können, wenn sie zu dem persönlichen Eigentum des Reisenden gehören und ausschließlich für seinen persönlichen Gebrauch bestimmt sind:

(i) Kleidungsstücke, Bettzeug und andere Gegenstände für den persönlichen Bedarf, wie Uhren, Juwelen, Toiletteartikel usw.;

(ii) anderer persönlicher Besitz, wie Feldstecher, Photoapparate und kleine Kinoapparate mit entwickelten oder unentwickelten Filmen oder Platten, Koffermusikinstrumente, Grammophone (mit einer angemessenen Zahl von Schallplatten), Radiogeräte und Reiseschreibmaschinen;

(iii) Fahrräder, Zeltausrüstungen und Sportartikel (zum Beispiel Jagdgewehre und sonstige Jagdausrüstung, Angel-

geräte, Skier, Tennisschläger, Kanus und ähnliche motorlose Wasserfahrzeuge einschließlich Faltbooten);
(iv) Kinderwagen und Krankenstühle;
(v) Kleidungsstücke zum persönlichen Gebrauch, die im Ausland gekauft worden sind und nach Menge und Wert und unter Berücksichtigung der Dauer des Auslandsaufenthalts des Reisenden als persönliches Eigentum angesehen werden können;

(b) daß Personen, die als Touristen reisen, außer ihrem persönlichen Eigentum im Ausland gekaufte Gegenstände im Gesamtwert bis zu 20 US-Dollar (dieser Betrag sollte so bald wie möglich auf 50 Dollar erhöht werden) zoll- und abgabefrei sowie ohne Importgenehmigung nach allen Mitgliedstaaten, einschließlich ihres Ursprungslands, einführen können, wobei der Wert der Gegenstände jeweils nach den geltenden Einzelhandelspreisen des Landes, in dem sie gekauft wurden, errechnet wird, vorausgesetzt, daß sie von dem Reisenden bei dessen Grenzübertritt selbst mitgeführt werden oder zu seinem Reisegepäck gehören, daß aus Menge und Zusammensetzung der Gegenstände klar ersichtlich ist, daß die so eingeführten Waren nicht zum Verkauf, sondern allein zum persönlichen Gebrauch oder Verbrauch bestimmt sind und daß außerdem ihre Einfuhr nicht den in den betreffenden Ländern geltenden Bestimmungen zuwiderläuft;

(c) daß in allen Mitgliedstaaten folgende mengenmäßigen Mindestgrenzen festgelegt werden:
200 Zigaretten oder 250 g Tabak oder 25 Zigarren bzw. jeweils geringere Mengen in dem gleichen Verhältnis;
2 Liter Wein und Spirituosen, jedoch nicht mehr als 1 Liter Spirituosen;
 $\frac{1}{2}$ Liter Kölnisch Wasser und Parfüm, davon jedoch nicht mehr als $\frac{1}{8}$ Liter Parfüm;

(d) daß das geltende System der Zollkontrolle abgeändert und durch Stichproben möglichst nur bei der Einreise ersetzt wird.

E

Devisenkontrolle

Da zur Zeit die Einführung einheitlicher Devisenbestimmungen in allen Mitgliedstaaten des Europarats unmöglich ist, jedoch gewisse Verbesserungen erzielt werden können,

5. empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(a) daß alle Mitgliedstaaten des Europarats bei der Devisenzuteilung für Reisen innerhalb des Gebiets der Mitgliedstaaten des Europarats möglichst großzügig verfahren;

(b) daß sie allen Reisenden die Ein- und Ausfuhr von Banknoten im Wert von mindestens 10 Pfund Sterling in ihrer eigenen Währung genehmigen;

(c) daß die Devisenkontrolle, sofern sie von den Mitgliedstaaten für notwendig gehalten wird, in einfachster und für den Reisenden möglichst bequemer Weise, z. B. durch die Banken, durchgeführt wird;

(d) daß die regelmäßige Devisenkontrolle abgeschafft und durch Stichproben ähnlich denen, wie sie für die Zollkontrolle vorgeschlagen werden, ersetzt wird.

F

Internationale Verträge

Nach Kenntnisnahme von den Empfehlungen der Sachverständigenkonferenz über Paßfragen und Zollformalitäten vom Jahre 1949 sowie der am 1. Januar 1952 in Genf unterzeichneten Konvention zur Erleichterung des Grenzübergangs für Reisende und Güter auf dem Schienenwege,

6. empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(a) daß Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, daß diejenigen Mitgliedstaaten des Europarats, die an der Konferenz von 1947 nicht teilgenommen haben, trotzdem gebeten werden, deren Empfehlungen Folge zu leisten; und

(b) daß die Mitgliedstaaten des Europarats, die die Konvention von 1952 unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert haben, ihre Ratifikationsurkunden so bald wie möglich hinterlegen sollten und daß diejenigen, die diese Konvention nicht unterzeichnet haben, jedoch dazu in der Lage sind, gebeten werden, ihr unverzüglich beizutreten.“

VII. Kulturelle Fragen

MINISTERKOMITEE

Runder Tisch Europas

Der Runde Tisch Europas, dessen Organisation durch das Ministerkomitee des Europarats auf Empfehlung des Ausschusses der Kultursachverständigen beschlossen worden ist, wird vom 13. bis 16. Oktober in Rom tagen. Sechs hervorragende europäische Persönlichkeiten und fünfzehn bekannte Publizisten aus verschiedenen Mitgliedstaaten sind eingeladen worden, daran teilzunehmen. Die Veranstaltung wird von Herrn Denis de Rougemont geleitet werden. Die sechs Persönlichkeiten, die die Debatte einleiten, sind: Herr Alcide de Gasperi, Prof. Arnold Toynbee, Prof. Eugen Kogon, Herr van Kleffens, Prof. Löfstedt und Präsident Robert Schuman.

Das Hauptthema der Debatte ist: „Die geistige und kulturelle Problematik Europas in seiner geschichtlichen Einheit und die Möglichkeiten, dieser Einheit in zeitgenössischen Begriffen Ausdruck zu verleihen.“

Der Präsident der Versammlung und der Vorsitzende sowie der Berichterstatter des Ausschusses für Kulturelle Fragen sind zu dieser Veranstaltung eingeladen worden.

Kunstspezialisten

Vom 10. bis 12. September hat ein Ausschuß von Kunstspezialisten in Straßburg getagt. Der Ausschuß hat sich mit folgenden Themen befaßt:

Die Organisation einer Ausstellung über „Der Humanismus des XVI. Jahrhunderts“, die die belgische Regierung im Herbst 1954 in Brüssel unter der Schirmherrschaft des Europarats organisieren wird;

die Reproduktion von Kunstwerken.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Fernsehen

Am 2. und 3. September hat in Straßburg unter dem Vorsitz des Direktors der Presse- und Informationsabteilung des Europarats die Arbeitsgruppe getagt, die damit beauftragt ist, den Ausschuß für Kulturelle Fragen darüber zu beraten, welche zweckdienlichen Maßnahmen zur Förderung einer möglichst großen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Fernsehens er dem Europarat empfehlen könnte. Prof. Nestel vom Nordwestdeutschen Rundfunk, Herr Conner von der BBC, Herr Neuville von dem zuständigen belgischen Ministerium und Herr Sallebert vom Französischen Rundfunk sowie Herr Hollis (Engländer) als Berichterstatter des Kulturausschusses nahmen an dieser Tagung teil.

Die Beratende Versammlung diskutierte in einer Sitzung am 24. September den von Herrn Hollis vorgelegten Bericht des Kulturausschusses über den Gebrauch des Fernsehens als Mittel, die Öffentlichkeit für die europäischen Idee zu interessieren. Nach Stellungnahmen von Herrn Smithers und Herrn Bell (Engländer) billigte die Versammlung einstimmig folgende Empfehlung:

„Die Versammlung stellt fest, daß die unter der Schirmherrschaft der Union der Europäischen Radiogesellschaften und anderer Organisationen erzielten bedeutenden technischen Fortschritte durch Schwierigkeiten gehemmt werden, die mit Hilfe eines internationalen politischen Abkommens beseitigt werden könnten.

Deshalb empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(a) den Regierungen die Anregungen des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Angelegenheiten zur Senkung der Kosten für internationale Sendungen sowie zur Beseitigung der Widerstände gegen die Produktion und den Austausch des Programmmaterials zu übermitteln;

(b) alle ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Fertigstellung des zur Zeit im Aufbau befindlichen europäischen Fernsehnetzes zu beschleunigen; und

(c) den Abschluß einer europäischen Konvention über Urheberrechte zu bewirken, die den Programmaustausch fördern würde;

(d) die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, nötigenfalls die Produktion solcher Programme der nationalen Fernsehsysteme zu fördern, die zum besseren Verständnis des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens der anderen europäischen Länder und zur Pflege des europäischen Gedankens ausersehen sind.“

Organisation des Brüsseler Abkommens

Im Laufe der Sitzung des 24. September billigte die Versammlung in Beantwortung des Tätigkeitsberichts der Organisation des Brüsseler Abkommens folgende EntschlieÙung:

„Die Versammlung stellt mit Befriedigung fest, wie stark sich diese Ziele denjenigen nähern, die sie auf kulturellem Gebiet in dem größeren Bereich der fünfzehn Mitgliedländer erreichen möchte, und ist überzeugt, daß ein Austausch von Informationen zwischen dem Europarat und der Organisation des Brüsseler Abkommens nur vielfältige Vorteile für die beiden Institutionen mit sich bringen kann.“

Französisch-englische Zweisprachigkeit

In der gleichen Sitzung diskutierte die Versammlung den von Herrn Hollis vorgelegten Bericht über die Gründung einer europäischen Sprachgemeinschaft unter Anwendung einer französisch-englischen Zweisprachigkeit.

Nach Stellungnahmen von Herrn Edert (Deutscher), von Friesen (Schwede), Wendelaar (Holländer), Jaquet (Franzose), Heyman (Belgier), van der Goes van Naters (Holländer), Skadegaard (Däne), Loughman (Ire), Schmal (Holländer), Erler (Deutscher) sowie des Berichterstatters wurde ein Antrag von Herrn Heyman auf Zurückverweisung an den Ausschuß angenommen.

Filmwesen

Der Kulturausschuß hat beschlossen, den Generalsekretär zu bitten, eine aus Sachverständigen der verschiedenen internationalen Filmorganisationen zusammengesetzte Arbeitsgruppe zur Prüfung geeigneter Mittel für die Entwicklung des europäischen Filmwesens zu bilden.

Europäische Humanitätslehre

Die Versammlung hat die „Einführung des Unterrichts in europäischer Humanitätslehre in den Mitgliedstaaten“ auf ihre Tagesordnung gesetzt — auf Vorschlag von Herrn Jaquet (Franzose).

VIII. Bevölkerung und Flüchtlinge

MINISTERKOMITEE

Zusatzbericht

Ernennung

einer „namhaften europäischen Persönlichkeit“

Das Ministerkomitee weist darauf hin, daß es bis zum jetzigen Zeitpunkt niemanden gefunden hat, „der fähig und bereit wäre, die Ernennung als namhafte europäische Persönlichkeit mit besonderem Interesse für die Probleme der europäischen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse“ anzunehmen, aber daß es trotzdem hofft, im Laufe der nächsten Wochen eine Ernennung vornehmen zu können.

Auswanderung aus Europa

Der Zwischenstaatliche Ausschuß für Europäische Wanderungen hat den Regierungen der Mitgliedstaaten eine diesbezügliche EntschlieÙung der Minister übermittelt; er hat die Frage außerdem in die Tagesordnung seiner Sitzung aufgenommen, die am 12. Oktober in Venedig stattfindet.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Der Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen hat unter Vorsitz von Herrn Pernot (Franzose) am 24. September in Straßburg seine dritte Sitzung abgehalten.

Der Ausschuß hat eine von Herrn Dickson (Schwede) vorgelegte Note über das demographische Problem eingehend geprüft. In dieser Note wird besonders das Problem der Uebervölkerung in den Mitgliedstaaten behandelt.

Der Ausschuß hat beschlossen, das Generalsekretariat zu beauftragen, eine wissenschaftliche Untersuchung des gesamten Problems durchführen zu lassen. Diese Untersuchung soll in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Institut für demographische Studien und dem Europäischen Studienzentrum für Bevölkerungsfragen ausgearbeitet werden.

Hinsichtlich eines von Herrn Schütz, von Golitschek und Paul (Deutsche) vorgelegten konkreten und bestimmt begrenzten Planes für die Eingliederung der Flüchtlinge hat der Ausschuß die Bildung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die den Auftrag hat, diesen Plan zu prüfen und dem Ausschuß Bericht zu erstatten. Die Arbeitsgruppe soll sich aus sechs Mitgliedern des Ausschusses und unabhängigen Sachverständigen zusammensetzen, die im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des Ausschusses durch das Generalsekretariat ausgewählt werden.

Schließlich billigte der Ausschuß die Entwürfe von Antworten auf Berichte der Internationalen Flüchtlings-Organisation und des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen. Diese Antworten wurden am 26. September von der Versammlung gebilligt.

IX. Information

ZUSATZBERICHTE DES MINISTERKOMITEES

Geeignete Maßnahmen, um den Europarat in den Nichtmitgliedstaaten bekannt zu machen

„Das Ministerkomitee stimmt damit überein, daß es wichtig ist, die nicht vertretenen Nationen so genau wie möglich über die Ziele, die Tätigkeit und die Leistungen des Europarats zu informieren, hält es aber für verfrüht, ein Informationsprogramm zu beschließen, wie es durch die Beratende Versammlung in ihrer Empfehlung (52) 39

vorgeschlagen wurde. Die genauen Einzelheiten eines solchen Programms könnten erwogen werden, wenn das Aktionsprogramm für den Europarat, das zur Zeit geprüft wird, fertiggestellt ist und wenn das Ergebnis des Studientags bekannt ist, zu dem sich im Oktober in Rom eine Gruppe von namhaften Publizisten zusammenfinden sollte.“

X. Nicht vertretene Nationen

Studienstipendien des Europarats

Am Freitag, den 18. September, erstattete Herr Pfeleiderer (Deutscher) den Bericht des Sonderausschusses zur Wahrung der Interessen der nicht beim Europarat vertretenen europäischen Nationen, nach dem es den Staatsbürgern der europäischen Nichtmitglied-Staaten einschließlich der Exilierten gestattet sein soll, sich um Studienstipendien des Europarats zu bewerben. Herr Pfeleiderer wies auf die von der Versammlung gebilligte Entschließung hin, in der sie ihren Glauben an die Einheit des gesamten Europa bekräftigte. Die Möglichkeit, diese Entschließung in die Tat umzusetzen, biete sich nicht oft, aber der Ausschuß sei der Ansicht, daß sie in dem vorliegenden Fall angewendet werden sollte. Er hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Studenten aus in Straßburg nicht vertretenen Staaten zum Mitbewerb um Studienstipendien zugelassen werden sollten.

Die Versammlung billigte einstimmig folgende Empfehlung:

„Im Hinblick auf die Schaffung von Studienstipendien des Europarats, die im Jahr 1953 durch den Europarat für Forschungsarbeiten über Probleme der Integration und der europäischen Zusammenarbeit zugeteilt wurden;

unter Hinweis auf die am 29. September 1952 einstimmig angenommene Entschließung, in der die Versammlung von neuem ihren Glauben an die Einheit des gesamten Europa bekräftigte;

in der Erwägung, daß es ihre Pflicht ist, bei jeder möglichen Gelegenheit ihr Interesse für das Schicksal der europäischen Länder, die noch nicht zum Europarat gehören, unter Beweis zu stellen;

in der Annahme, daß das Ministerkomitee den Generalsekretär des Europarats erneut bevollmächtigen wird, im Jahre 1954 und in den folgenden Jahren Studienstipendien zu erteilen,

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(a) den Angehörigen von europäischen Nichtmitgliedstaaten einschließlich der Exilierten dieser Staaten die Bewerbung um Studienstipendien des Europarats zu gestatten und demzufolge die Bestimmungen über die Zuteilung dieser Stipendien abzuändern;

(b) die Möglichkeit zu prüfen, wegen des Anwachsens der Zahl von Bewerbern, das sich wahrscheinlich aus der Annahme dieses Vorschlags ergeben wird, die Zahl der Studienstipendien im Laufe der kommenden Jahre zu erhöhen.“

Bericht über die Tätigkeit des Sonderausschusses

Nach Annahme dieser Empfehlung legte Herr de La Vallée-Poussin (Belgier) den Bericht des Sonderausschusses über seine Tätigkeit während der drei Jahre seines Bestehens vor. „Die freien Nationen Europas können am Schicksal der Völker hinter dem Eisernen Vorhang nicht uninteressiert sein, und sie haben Verpflichtungen ihnen gegenüber.“ In diesem Geist hat der Sonderausschuß alle seine Entscheidungen getroffen und läßt sich weiter von diesen Grundsätzen leiten.

Die Versammlung beschloß, in ihrer Antwort auf den Zusatzbericht des Ministerkomitees die Minister auf dieses Dokument aufmerksam zu machen.

XI. Kommunale und regionale Angelegenheiten

Die Europäische Idee in den Gemeinden

Die Versammlung befaßte sich mit einem Bericht, der einen Ueberblick über die namhaften nationalen oder internationalen Gemeinde-Organisationen gibt; sie „prüft nun geeignete Maßnahmen, um diese Organisationen und die örtlichen Behörden selbst an der Förderung der europäischen Idee zu beteiligen“.

Dieser Bericht wurde durch Herrn Ebuzziya vorgelegt.

Folgende Empfehlung wurde gebilligt:

„Da es äußerst wichtig erscheint, die Gemeinden und ihre Vertreter an dem Aufbau der europäischen Einheit und besonders an der Förderung des Gedankens einer Europa-Union zu beteiligen,

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die erforderlichen Schritte zu unternehmen,

(a) damit der Begriff „Gemeindeinteressen“, die gesetzliche Grundlage für die Intervention örtlicher Behörden bei politischen Angelegenheiten, von den zuständigen Ministerien großzügig ausgelegt wird und daß vor allem diese Ministerien sich nicht dem Vorgehen der Gemeinden widersetzen, wenn es mit den anerkannten Grundsätzen der Politik ihrer Regierungen, wie sie in der Präambel und in Artikel 1 des Statuts des Europarats niedergelegt sind, in Einklang steht;

(b) daß die zuständigen Ministerien die örtlichen Behörden auf keinen Fall daran hindern, sondern sie vielmehr ermutigen, pro-europäischen Bestrebungen materielle und finanzielle Hilfe zu gewähren, und daß sie so oft wie möglich örtliche Aktionen z. B. zur Gründung oder Unterhaltung von europäischen kulturellen Studienzentren oder der Organisation von Europa-Tagen besonders durch Subventionierungen unterstützen;

(c) daß diese Ministerien die Herstellung ständiger Beziehungen, notfalls organischer Verbindungen zwischen Gemeinden verschiedener Mitgliedstaaten genehmigen und erleichtern;

(d) daß das Generalsekretariat ermächtigt wird, den nationalen und internationalen Gemeindeverbänden und den Gemeinden selbst bei der Durchführung von „Paarungen“ oder „Patenschaften“, bei Treffen zwischen mehreren Gemeinden sowie bei allen Veranstaltungen zur Herstellung engerer Beziehungen zwischen den Gemeinden der Mitgliedstaaten jede erforderliche Hilfe zu gewähren; und daß es vor allem auch die nötigen Geldmittel erhält für

(i) die Abfassung einer Schrift über die „Paarung“ der Gemeinden und ihre Verteilung an die europäischen Gemeinden, die ein Patenschaftsverhältnis mit einer anderen Gemeinde anstreben;

(ii) die jährliche Verleihung eines „Europa-Preises“ an die Gemeinde, die sich am meisten für die Förderung der Idee einer europäischen Einigung eingesetzt hat;

(iii) die Durchführung regelmäßiger Tagungen, veranstaltet durch den Sonderausschuß für Kommunale und Regionale Angelegenheiten, von einer ständigen Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Ausschusses und Vertretern der nationalen Gemeindeverbände.“

Anschließend nahm die Versammlung folgende Entschließung an, gefolgt von einer Direktive:

„Die Versammlung

1. beglückwünscht die verschiedenen internationalen Gemeindeverbände, die sich bemüht haben, die Zahl der Gemeindetreffen in Europa zu erhöhen und den Gedanken einer europäischen Einigung durch die Mitarbeit der örtlichen Behörden in der Masse der Bevölkerung zu verbreiten;

2. hofft, daß eines Tages die ordentlichen Vertreter der Gemeinden der Mitgliedstaaten regelmäßig im Ple-

narsaal des Europahauses zusammenkommen werden, das ihnen zum gemeinsamen Studium aller sie interessierenden Fragen zur Verfügung steht;

3. verbürgt sich dafür, daß alle ihre Mitglieder, die sich in irgendeiner Eigenschaft mit kommunalpolitischen Fragen befassen, bemüht sein werden, durch das Beispiel ihrer eigenen Gemeinden und ihre Tätigkeit in den Gemeindeverbänden nach Möglichkeit die Teilnahme der Gemeinden an der politischen und geistigen Einigung Europas weiterzuentwickeln.

Betrifft: Teilnahme des Europarats an den Kundgebungen des europäischen Gemeindelebens

Die Versammlung beauftragt ihren Sonderausschuß für Kommunale und Regionale Angelegenheiten, die von ihm begonnenen Maßnahmen fortzusetzen, um die ständige Anwesenheit des Europarats bei Kundgebungen des europäischen Gemeindelebens sicherzustellen; damit wird den lokalen Behörden die Bereitschaft des Europarats zur vollen Unterstützung ihrer gemeinsamen Bestrebungen bewiesen und ihm andererseits gestattet zu hoffen, daß er die wirksame Hilfe der lokalen Behörden für die Förderung des europäischen Gedankens gewinnen wird.“

XII. Geschäftsordnung und Immunitäten

Die Fahne des Europarats

In der Vormittagssitzung des 25. September beschloß die Beratende Versammlung mit 49 gegen 17 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Annahme ihrer Fahne. Der Vorschlag war im Namen des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten durch Herrn Robert Bichet (Franzose) gemacht worden.

Kurz darauf billigte die Versammlung mit 54 gegen 17 Stimmen bei 7 Enthaltungen eine Empfehlung an das Ministerkomitee mit dem Ersuchen, daß diese Fahne für den gesamten Europarat angenommen und der Generalsekretär beauftragt werden sollte, an die anderen europäischen Organisationen heranzutreten und ihnen nahelegen, ihre zukünftigen Fahnen ähnlich derjenigen des Europarats zu gestalten.

Heraldische Beschreibung: Auf azurblauem Grund ein Kreis von fünfzehn goldenen Sternen, deren Spitzen sich nicht berühren.

Symbol: Auf dem blauen Hintergrund des Himmels stellen die Sterne die Mitglieder des Europarats dar, die sich zum Zeichen der Vereinigung zum Kreis zusammenschließen.

Geometrische Beschreibung: die Länge der Fahne ist einundeinhalbmal so groß wie ihre Höhe. Die goldenen Sterne bilden einen Kreis, dessen Mittelpunkt im Schnittpunkt der Diagonalen des Rechtecks liegt, das das Fahnentuch bildet. Der Radius des Kreises ist gleich ein Drittel der Höhe der Fahne. Die Sterne sind auf ihm angeordnet. Jeder der fünfstrahligen Sterne hat die Größe eines Sternes, der in einen nicht sichtbaren Kreis mit einem Radius von $\frac{1}{20}$ der Höhe der Fahne ein-

gezeichnet ist. Alle Sterne sind vertikal angeordnet, das heißt, mit einem Strahl noch oben gerichtet und mit zwei Strahlen auf einer nicht sichtbaren Linie, senkrecht zu der Fahnenstange, liegend.

Stellungnahme über die Wahrung der Stellvertretung von verstorbenen Abgeordneten

Einer Direktive der Versammlung zufolge legte Herr Bichet (Franzose) in der Sitzung am 15. September der Versammlung im Namen des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten eine Empfehlung über die Wahrung der Stellvertretung von verstorbenen Abgeordneten vor, die durch die Versammlung gebilligt wurde.

Die Versammlung war darauf aufmerksam gemacht worden, daß 5 von den 132 statutenmäßig vorgesehenen Sitzen keine rechtmäßigen Inhaber hatten. Wenn die Zahl der Sitze in der Versammlung auf 127 reduziert würde, so wäre einigen Stellvertretern nicht die Möglichkeit gegeben, Sitze zu besetzen, die infolge von Tod oder Rücktritt ihrer rechtmäßigen Inhaber frei geworden wären.

Der Ausschuß sprach die Ansicht aus, daß die Versammlung nicht von sich aus einen Stellvertreter in einen Abgeordneten umbenennen kann, daß aber ein Stellvertreter trotzdem sofort einen durch Tod oder Rücktritt seines rechtmäßigen Inhabers freigewordenen Sitz einnehmen kann auf Grund des Paragraphen 4 des Artikels 6 der Geschäftsordnung, der bestimmt: „Jeder Abgeordnete oder Stellvertreter, dessen Vollmachten bestritten werden, nimmt vorläufig mit denselben Rechten wie die anderen Abgeordneten oder Stellvertreter an den Sitzungen teil, bis die Versammlung über den Einspruch entschieden hat.“

Der Ausschuß schloß daraus, daß ein Stellvertreter auch vor dem Eintreffen der Bestätigung durch seine Regierung oder sein nationales Parlament an den Sitzungen teilnehmen kann.

Formelle Verbesserung der Geschäftsordnung der Versammlung

Auf der Sitzung am 25. September 1953 billigte die Versammlung den von Herrn Ross (Engländer) vorgelegten Entwurf einer Direktive zum Zweck einer formellen Verbesserung der Geschäftsordnung der Versammlung.

Uebermittlung der Statuten der Hauptausschüsse an den Sonderausschuß für Kommunale und Regionale Angelegenheiten

Auf der Sitzung am 24. September 1953 verwies die Versammlung einen durch den Sonderausschuß für Kommunale und Regionale Angelegenheiten vorgelegten Entschließungsentwurf betreffs Uebermittlung der Statuten der Hauptausschüsse an den Sonderausschuß für Kommunale und Regionale Angelegenheiten an den Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunitäten.

Die Tätigkeit des Europarats im Oktober 1953

I. Tagungen der Organe des Rates

MINISTERKOMITEE

Stellvertreter der Minister

Die vierzehnte Sitzung der Stellvertreter der Außenminister des Europarats fand unter dem Vorsitz von Herrn F. L. Goffart, dem Ständigen Vertreter Belgiens

beim Europarat, vom 30. September bis 2. Oktober in Straßburg statt. Der neue Generalsekretär des Europarats, Herr Marchal, wurde im Namen der Stellvertreter der Minister durch den Vorsitzenden begrüßt.

Die Stellvertreter prüften die Ergebnisse der von den Verbindungsausschüssen der OEEC und des Europarats

durchgeführten Untersuchung¹ über die Möglichkeit der Herstellung engerer Beziehungen zwischen den beiden Organisationen. Die Vorschläge der Verbindungsausschüsse wurden gebilligt. In diesen ist vorgesehen, daß jedesmal, wenn eine Empfehlung der Versammlung der OEEC übermittelt wird, der Generalsekretär des Europarats — oder einer seiner Beamten — durch das zuständige Organ der OEEC aufgefordert wird, die dazu etwa notwendigen Erklärungen zu geben. Außerdem soll ein Vertreter des Generalsekretariats des Europarats die ergänzenden Erläuterungen geben, die die zuständigen Organe der OEEC im Verlauf ihrer Arbeit benötigen könnten.

Ebenfalls soll ein Meinungsaustausch zwischen den Sachverständigen der OEEC und den Vertretern der zuständigen Ausschüsse der Versammlung des Europarats im Rahmen der Verbindungsausschüsse stattfinden können.

Wenn das Ministerkomitee des Europarats beschließen sollte, Fragen wirtschaftlicher und sozialer Art von gemeinsamem Interesse für die beiden Organisationen durch einen Ausschuß von Regierungssachverständigen untersuchen zu lassen, so wird der Generalsekretär der OEEC eingeladen werden, der Arbeit dieses Ausschusses beizuwohnen.

Die Generalsekretäre der beiden Organisationen werden ermächtigt, im Bedarfsfalle gemeinsame Sitzungen abzuhalten, um alle die Fragen zu prüfen, die die Beziehungen zwischen der OEEC und dem Europarat betreffen. Sie können ebenfalls aus Beamten der beiden Organisationen zusammengesetzte Arbeitsgruppen zum Zweck eines Meinungsaustausches über fest umrissene Probleme bilden.

Nach der positiven Stellungnahme der Beratenden Versammlung (im vergangenen Juni) zu dem Entwurf einer Konvention über soziale und ärztliche Hilfe und dem Entwurf eines Zusatzprotokolls haben die Stellvertreter der Minister beschlossen, den Regierungen die Unterzeichnung dieser beiden Texte zu empfehlen. Nachdem diese sowohl von der Versammlung wie von dem Ministerkomitee gebilligt worden sind, liegen sie also zur Unterzeichnung offen.

Außerdem nahmen die Stellvertreter von dem Entwurf einer Konvention zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten Kenntnis, der von den Sachverständigen während ihrer Sitzung am 1. und 2. Oktober fertiggestellt wurde. Die Stellvertreter beschlossen, diesen Text sowie die diesbezüglichen Dokumente den Regierungen zuzustellen und bei ihrer nächsten Sitzung die Prüfung des Entwurfs wiederaufzunehmen.

Die Stellvertreter beschlossen unter anderem:

das von dem Ausschuß der Kultursachverständigen vorgeschlagene Programm sowie den Haushaltsvoranschlag für 1954 zu billigen;

die Verwaltung des Haushalts des Rates für das Rechnungsjahr 1952 gemäß dem Bericht der Rechnungsführer zu billigen;

den Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses für Patentangelegenheiten zu bevollmächtigen, Beobachter Spaniens und Portugals einzuladen;

den Regierungen einen Entschließungsentwurf zu unterbreiten, in dem praktische Hilfsmaßnahmen für die kürz-

lich durch Erdbeben verwüsteten drei ionischen Inseln vorgeschlagen werden.

Die Stellvertreter werden ihre nächste Sitzung am 16. November in Straßburg abhalten. Sie beschlossen grundsätzlich, daß vor der Sitzung des Atlantikrates eine Tagung des Ministerkomitees und des Gemischten Ausschusses in Paris stattfinden sollen.

II. Andere Tagungen

Stellvertreter der Sechs

Die Tagung der Stellvertreter der Außenminister der sechs Länder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die am 22. September in Rom begonnen hatte, wurde am 9. Oktober beendet². Der Generalsekretär des Europarates war bei den Sitzungen zugegen.

Die Stellvertreter befaßten sich mit den Vollmachten und Funktionen der Europäischen Politischen Gemeinschaft und mit der Zusammensetzung ihrer verschiedenen Organe.

Die Minister der Sechs werden am kommenden 26. November in Den Haag zusammentreten, um das Ergebnis der Beratungen ihrer Stellvertreter zu prüfen.

III. Kulturelle Fragen

Runder Tisch Europas

Vorgeschiedte

Im Jahr 1952 legten die englischen Vertreter in dem Ausschuß der Kultursachverständigen des Europarates dem Generalsekretariat ein Memorandum vor, in dem unter anderem eine Tagung einer begrenzten Zahl von namhaften Schriftstellern, Publizisten und Journalisten angeregt wurde, die sich mit der Beratung eines Programms für die Verbreitung der europäischen Idee in Europa und in der Welt befassen sollte. Diese Anregung wurde von den Stellvertretern der Minister gebilligt, die jedoch einen italienischen Vorschlag annahmen, nach dem die Tagung nicht auf einige „Publizisten“ beschränkt sein dürfte, sondern alle Mitgliedstaaten eingeladen werden sollten, einen Vertreter dahin zu entsenden.

In einer späteren Sitzung beschloß der Ausschuß der Kultursachverständigen, den Beratungen dadurch größere Tragweite zu geben, daß sechs hervorragende Europäer zu einer Debatte über „Die geistige und kulturelle Problematik Europas in seiner geschichtlichen Einheit und die Möglichkeiten, dieser Einheit in zeitgenössischen Begriffen Ausdruck zu verleihen“ geladen würden. Jede dieser Persönlichkeiten wurde gebeten, einen anderen Gesichtspunkt des Problems zu behandeln. Gleichzeitig sollten fünfzehn Publizisten jeweils aus einem der Mitgliedstaaten an der Diskussion teilnehmen, deren besondere Aufgabe es sein sollte, ihre Ansicht darüber auszusprechen, wie die Einheit Europas nicht nur in politischer und wirtschaftlicher Beziehung, sondern auch auf kultureller und geistiger Ebene zu verwirklichen wäre.

Es wurde beschlossen, daß dieser Runde Tisch am 13. Oktober für vier Tage in Rom zusammentreten und Herr Denis de Rougemont, der bedeutende Schweizer Schriftsteller und Direktor des Europäischen Kulturzentrums in Genf, die Leitung der Debatte übernehmen sollte und daß die italienische Regierung, die sich bereit

¹) Vgl. Mitteilungen des Europarats in EA 12/1953, S. 5785.

²) Vgl. Kurzbericht in EA 21/1953, S. 6071.

erklärt hatte, die Tagung praktisch zu unterstützen, dem Runden Tisch die Villa Aldobrandini zur Verfügung stellen und alle materiellen Vorkehrungen für die Zusammenkunft treffen sollte.

Mitglieder des Runden Tisches

Folgende Persönlichkeiten nahmen an den Diskussionen des Runden Tisches Europas teil: Herr Denis *de Rougemont*, Leiter der Debatte; Herr *de Gasperi*, ehemaliger italienischer Ministerpräsident; Herr *van Kleffens*, ehemaliger niederländischer Außenminister und ehemaliger Botschafter in Washington, zur Zeit Botschafter in Lissabon; Prof. *Kogon*, Herausgeber der *Frankfurter Hefte* und Präsident der Europa-Union; Prof. *Löfstedt*, Rektor der Universität Lund; Herr Robert *Schuman*, ehemaliger französischer Außenminister; Prof. Arnold *Toynbee*, am „Royal Institute of International Affairs“ und Professor der Internationalen Geschichte an der Universität London; die Publizisten: Herr *Hommel* (Belgien), Herr *Ross* (Dänemark), Herr *de Carmoy* (Frankreich), Herr *Friedländer* (Bundesrepublik Deutschland), Herr *Cotsaridas* (Griechenland), Herr *Gudmundsson* (Island), Fräulein *Chinneide* (Irland), Herr *Piovene* (Italien), Herr *Hess* (Luxemburg), Herr *Schlichting* (Niederlande), Herr *Oftedal* (Norwegen), Herr *Becker* (Saarland), Herr *Linder* (Schweden), Herr *Yalman* (Türkei), Herr *Clark* (Vereinigtes Königreich).

Beobachter des Ministerkomitees der Beratenden Versammlung, des Ausschusses der Kultursachverständigen, der UNESCO und der Organisation des Brüsseler Abkommens waren bei der Tagung anwesend.

Die Debatte

Am Dienstag, dem 13. Oktober, wurde unter Vorsitz des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn *de Menthon*, und in Gegenwart des italienischen Ministerpräsidenten, Herrn *Pella*, sowie des Diplomatischen Corps der Runde Tisch offiziell eröffnet. Nach Begrüßungsworten von Herrn *Pella* und dem Verlesen einer Botschaft des Präsidenten der italienischen Republik ergriffen Herr *de Menthon* und Prof. *Toynbee* das Wort; darauf wurde die eigentliche Arbeit aufgenommen und durch einen Vortrag von Herrn *de Gasperi* eingeleitet. Am Nachmittag eröffnete Prof. *Toynbee* eine Diskussion über folgendes Thema: „Das gemeinsame Schicksal der Europäer: ihre geschichtliche Einheit und ihre Aussichten im 20. Jahrhundert“.

Am folgenden Tag, Mittwoch, leitete Professor *Kogon* eine Debatte ein über: „Die geistige Krise und die verweltlichten Religionen des Nationalismus und des Totalitarismus“. Danach sprach Herr *van Kleffens* über „Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft“.

Am Donnerstag hielt Professor *Löfstedt* einen Vortrag über „Die Verschiedenheit der Sprachen und die Gemeinsamkeit von Ideen und Traditionen in Europa“. Am Nachmittag behandelte als letzter Redner Herr Robert *Schuman* folgendes Thema: „Wie kann die geschichtliche und kulturelle Einheit der Europäer politischen Ausdruck gewinnen?“

Der Runde Tisch Europas wurde am Freitag, dem 16. Oktober, durch eine feierliche Sitzung im Kapitol offiziell beendet. Im Verlauf dieser Sitzung ergriffen das Wort: der Vertreter des Bürgermeisters von Rom, Herr Professor *Bodelsen*, als Vorsitzender des Ausschusses der

Kultursachverständigen, Herr *de Rougemont*, Herr *Piovene* und Herr *de Gasperi*, der auch den Vorsitz führte. Am gleichen Tag hielten die Publizisten unter Vorsitz von Herrn *Piovene* zwei Sitzungen ab, bei denen konkrete Vorschläge für die Verbreitung der europäischen Idee unter Bezugnahme auf die Diskussionen des Runden Tisches gemacht wurden. Eine ausführliche Darstellung wird später veröffentlicht werden.

Übersicht über die Arbeit des Runden Tisches

Die Arbeit, deren Form den Charakter eines Seminars hatte, sah nicht die Annahme von Entschlüssen vor, über die die Teilnehmer hätten abstimmen können. Ebenso konnte sie, obwohl sie unter der Schirmherrschaft des Europarates stand, keineswegs für diesen als verbindlich gelten.

Die einundzwanzig Mitglieder des Runden Tisches und der Leiter der Debatte legten jedoch Wert darauf, sich auf einen bestimmten Text zu einigen, der, ohne den Europarat oder die Teilnehmer im einzelnen zu binden, doch eine Zusammenfassung der geleisteten Arbeit darstellen und kurzgefaßt den Inhalt der Diskussionen als Ganzes wiedergeben würde. Dieser Text folgt hier abschließend:

„Der eigentliche Zweck des Runden Tisches war es, Betrachtungen über die geistige und kulturelle Problematik Europas in seiner geschichtlichen Einheit zu formulieren und geeignete Mittel zu prüfen, um die Idee der europäischen Einheit in Europa und in der ganzen Welt stärker bekannt zu machen.

Die Europäer müssen sich der Ursache ihrer gegenwärtigen Schwierigkeiten bewußt werden, um sie überwinden zu können. Der Runde Tisch Europas hat sich deshalb bemüht, eine Diagnose zu stellen und die Richtung zu weisen.

Europa stellt eine geschichtliche Einheit dar, deren Bestimmung sich im Ablauf kurzer Zeit gewandelt hat. Die Ausbreitung Europas vom XVI. Jahrhundert bis zum Anfang des XX. Jahrhunderts hat nicht nur zu der Entdeckung der Welt und anschließend zu ihrer Eroberung durch die europäische Zivilisation, sondern auch zu der Schaffung einer neuen Welt geführt, die von der Ideologie Europas und seiner Technik erfüllt und beherrscht ist. Bis zum Beginn des XX. Jahrhunderts konnte die Vorrangstellung der bedeutendsten europäischen Staaten von keinem außereuropäischen Staat bestritten werden.

Sobald ein langer Bruderkrieg — der Dreißigjährige Krieg — die Gemeinschaft der europäischen Völker zerrissen hatte, begannen die außereuropäischen Staaten die Ueberlegenheit zu gewinnen.

Das Westeuropa Mitte des XX. Jahrhunderts ist nur noch ein Brückenkopf am Rande eines feindlichen Kontinents, gedeckt durch eine Großmacht des amerikanischen Kontinents.

Das zeitgenössische Europa ist nicht nur politisch verstümmelt, es ist auch geistig zerrissen.

Die fortschreitende Emanzipation des Denkens, die lange Zeit einer der Faktoren des kulturellen Fortschritts war, hat seit Jahrhunderten zunächst den Bruch zwischen dem Glauben und der Vernunft, dann zwischen dem Geist und der Tat bewirkt. So sind der neuen Welt, die Europa nach seinem Bild geschaffen hatte, keine geistigen Ströme zugeflossen, da zur Zeit seiner größten poli-

tischen und materiellen Expansion Europa der Glaube fehlte.

Das Fehlen einer geistigen Kraft, die fähig gewesen wäre, der Einzelexistenz Sinn zu geben, und die schnelle Entwicklung der Technik haben zu einer wahrhaften Atomisierung des privaten, politischen und Berufslebens des Individuums geführt.

Angesichts der Spezialisierung aller Arbeit überwiegt der Geist der Analyse über den Geist der Synthese; die schöpferische Kraft des Individuums verkümmert; das allgemeine Wissensniveau sinkt; die Menschen sind immer weniger fähig, die sozialen Folgen der wissenschaftlichen Entdeckungen und ihrer industriellen Anwendung vorzusehen, und infolgedessen auch nicht in der Lage, ihnen zuvorzukommen.

So beherrscht das Individuum nicht mehr die Welt, in der es lebt, und hat keine Richtschnur mehr für sein Verhalten. Es zweifelt; es schwankt; es wird eine leichte Beute für totalitäre Ideologien, materialistische Pseudo-Religionen, die es seiner Persönlichkeit berauben.

Um die geistige Leere des Europa unserer Zeit zu füllen, ist es erforderlich, die ständige Zwiesprache zwischen dem Glauben und der Vernunft wiederherzustellen, denn unter den gegenwärtigen Umständen kann es keinem dieser beiden Elemente für sich allein gelingen, eine zutiefst entzweite Gesellschaft, die das Gedeihen des Individuums hemmt, umzuformen.

Eine solche Zwiesprache erfordert wahrhafte Toleranz — die viel weiter geht als einfache Indifferenz oder ein unsicherer Burgfriede und die in dem ehrlichen Suchen nach einer gemeinsamen Einstufung der Werte besteht.

Da Europa nun einmal seine materielle Vorherrschaft verloren hat, besteht seine Aufgabe darin, in der modernen Welt den Typus einer erneuerten Gesellschaft zu fördern, in der Glaube und Toleranz sich vereinigen. Diese Gesellschaft, das sei betont, soll sich nicht in sich selbst abschließen. Europa gehört einer größeren Familie von freien Nationen an und muß sich seiner Mission als einigender Faktor in der Welt bewußt werden.

Als Grundlage der Moral der freien Völker gilt, daß der Mensch das wesentliche Instrument des sozialen Fortschritts ist. Kollektiv-Einrichtungen können im Leben der Gesellschaft nur eine ergänzende Rolle spielen. Von nun an muß sich Europa jeder Form von verweltlichter Religion widersetzen, die den Staat über das Individuum stellt.

Die erneuerte Gesellschaft muß nach europäischer Konzeption also auf eng verflochtenen Beziehungen zwischen freien Personen beruhen; sie soll nicht ein Konglomerat von Individuen sein, die als solche durch die Allgewalt des Staates ausgelöscht sind.

Um einen Kodex sittlicher Werte, der den Bedürfnissen dieser Zeit angepaßt ist, zu entwickeln, müssen die Europäer, die alle der gleichen Gefahr gegenüberstehen, ihr Glaubensstreben und die Grundsätze der Demokratie miteinander vereinigen. Wenn dieses moralische Gut fruchtbringend sein soll, muß es sich frei entfalten können und allen zugänglich sein. Dann wird jedes Individuum in voller Kenntnis dessen, worum es sich handelt, seine eigenen Entscheidungen treffen können, wie sein Leben als Privatperson, sein Beruf und sein Leben als Staatsbürger sie erfordern; er wird das Gefühl seiner eigenen Ver-

antwortlichkeit wieder erlangen, das die Grundlage jeder freien und fortschrittlichen Gesellschaft ist.

Die Verbreitung einer solchen bürgerlichen Moral, die für Gläubige wie Rationalisten, für Christen und Nicht-Christen annehmbar ist, wird durch die Einsetzung eigentlich europäischer Institutionen erleichtert werden. Ihrerseits wird sie die Bindung der Europäer an diese neuen Institutionen, die auf wirtschaftlicher und auf politischer Ebene benötigt werden, verstärken.

Europa hat einen großen Teil seiner überseeischen Besitzungen oder Vermögenswerte verloren; es wird das Wesen seiner Beziehungen zu den Völkern, die unter seiner Vormundschaft stehen, im Sinne der Assoziation und Gleichheit der Rechte ändern müssen.

Andererseits kann Europa in seinem gegenwärtigen Zustand der Teilung nicht die großen Produktionszentren wirksam in Betrieb halten, die ihm bei Senkung der Herstellungskosten erlauben würden, den größtmöglichen Nutzen aus der modernen Technik zu ziehen.

Nur mit Hilfe einer internen Wirtschaftsunion würde Europa der Verarmung entgegenwirken können, die sich aus der Entwicklung seiner Beziehungen zu der übrigen Welt ergibt. Ohne eine solche innere Reform muß der Lebensstandard seiner Völker weiter sinken.

Nun erhebt sich aber unter den gegenwärtigen Umständen im Zusammenhang mit einer Wirtschaftsunion das Problem der politischen Souveränität in neuer Begriffstellung.

Der herkömmliche Begriff der absoluten Souveränität der Staat-Nationen entstand und entwickelte sich seit dem Höhepunkt der europäischen Expansion in der Welt. Heute liegen die politischen und militärischen Entscheidungen, die Europa binden und in hohem Maß seine Zukunft bestimmen, nicht mehr völlig bei den europäischen Staaten selbst, die, wenn sie auch den Anschein der Souveränität wahren, doch viel von deren Substanz verloren haben. Um allmählich ihre echte Souveränität wiederzugewinnen, sind einige europäische Staaten im Begriff, sich in supranationalen Gemeinschaften zusammenzuschließen, die besonderen Zwecken dienen sollen.

Diese Gemeinschaften sind nicht absolut. Die genaue Begrenzung ihrer Ziele läßt die Persönlichkeit und die Traditionen jeder Partei fortbestehen; die Einheit, die auf bestimmten Gebieten verwirklicht wird, nimmt Rücksicht auf die Mehrheit im Innern.

Sie bleiben nicht exklusiv: die Anfangsformen der Union, die sich in Europa entwickeln, stehen anderen Staaten offen; sie fügen sich in den größeren Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft ein; sie erklären sich solidarisch mit allen Völkern, die freie Regierungsformen haben.

Die Mission Europas kann nicht zugleich mit seiner politischen Vorherrschaft in der Welt ihr Ende erreicht haben. Sie ist heute geistiger Natur. Es kommt Europa zu, dem Leben unserer Zeit einen Sinn zu geben und so zu einer bedeutenden sittlichen Stellung zu gelangen. Ohne eine gewisse materielle Unabhängigkeit ist das nicht möglich.

Um diese hohe Mission zu erfüllen, müssen die Europäer ihr gewohntes Denken umformen und sich vor der Verhärtung bewahren, die den Erfolg begleitet und nach der Niederlage lange anhält.

Sie müssen den engstirnigen Nationalismus, der ihre Politik lähmt, das Schutzzollsystem auf kurze Sicht, das ihre Wirtschaft verarmen, und den unfruchtbaren Isolationsismus, der ihre Kultur verkümmern läßt, bekämpfen.

Die Stunde Europas wird nur vorübergehen, wenn die Europäer selbst sie vorübergehen lassen.“

Kultursachverständige

Der Vorstand des Ausschusses der Kultursachverständigen hat unter Vorsitz von Professor *Bodelsen* am 10. Oktober in Rom getagt, um die Tagesordnung für die kommende Vollsitzung des Ausschusses vorzubereiten.

Folgende Mitglieder waren dabei anwesend: Herr *Kitsikis* (Griechenland), *Migone* (Italien), *Salat* (Bundesrepublik Deutschland), *Valeur* (Frankreich), *Vandenborre* (Belgien).

IV. Juristische Fragen

Menschenrechte

Am 23. Oktober hat der Ständige Vertreter des Vereinigten Königreichs beim Europarat dessen Generalsekretär Mitteilung von dem Beschluß der britischen Regierung gemacht, die Anwendung der Europäischen Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten auf eine große Zahl von außereuropäischen Gebieten auszudehnen.

Artikel 63 der Konvention sieht für alle Staaten die Möglichkeit vor zu erklären, daß diese Konvention auf gewisse Gebiete, deren internationale Beziehungen sie wahrnehmen, angewendet wird.

In dem gleichen Artikel wird bestimmt, daß die Konvention für diese Gebiete mit dem dreißigsten Tag nach dem Datum der Benachrichtigung des Generalsekretärs des Europarats gültig wird. Bisher hatte nur Dänemark von der durch Artikel 63 gegebenen Möglichkeit Gebrauch gemacht und die Vorteile der Konvention auf Grönland erstreckt.

Der Beschluß der britischen Regierung bezieht sich auf folgende Gebiete:

Kolonie von Aden, Bahama-Inseln, Barbados, Basutoland, Betschuanaland, Bermuda, Britisch-Guayana, Britisch-Honduras, britische Salomon-Inseln, normannische Inseln (Jersey und Guernsey), Cypern, Falklandinseln, Fidschi, Britisch-Gambia, Gilbert und Ellis, Goldküste, Jamaika, Kenya, Gibraltar, die Inseln unter dem Winde, Malaiischer Bund, Malta, Insel Man, Mauritius, Nigeria, Nord-Rhodesien, Nord-Borneo, Njassaland, St. Helena, Sarawak, die Seychellen, Sierra Leone, Singapur, Britisch-Somaliland, Swaziland, Tanganjika, Trinidad, Uganda, die Windigen Inseln (Dominica, Grenada, Santa Lucia, Sankt Vincent), Sansibar.

Auf Ersuchen der Regierung des Königreichs Tonga werden die Vorteile der Konvention ebenfalls auf das Gebiet dieses Königreichs erstreckt.

Auslieferung

Der Sachverständigenausschuß für Fragen der Auslieferung hat unter Vorsitz von Herrn *Fay* (Irland) vom 5. bis 9. Oktober in Straßburg getagt. Er hat sich über gewisse Grundsätze verständigt, die für eine Konvention als Basis dienen können, und ist zu dem Schluß gekommen, daß diese Grundsätze in einem „entsprechenden Dokument“ zusammengestellt werden könnten, jedoch unter Vorbehalt der Frage, ob es sich um eine multilaterale Konvention handeln soll.

Die Sitzung des Unterausschusses der Beratenden Versammlung für Fragen der Auslieferung, die zur Prüfung eines Berichts von Herrn *de Freitas* (Engländer) am 26. Oktober in London stattfinden sollte, ist vertagt worden.

V. Wirtschaftsfragen

Low Tariff Club

Einer Bitte des Ministerkomitees des Europarates zufolge beschlossen die Vertragsschließenden Parteien des GATT, das Kernproblem der Schaffung eines Low Tariff Club zu erörtern. Wie erinnerlich, hatten die Vertragsschließenden Parteien während ihrer Konferenz im vergangenen Jahr schon die technische Seite des Plans geprüft, ohne aber bei dieser Gelegenheit die Untersuchung des Kernproblems mit dem Ziel der praktischen Ausführung des Plans vornehmen zu wollen.

Im Laufe der Diskussion, die diesem Beschluß voranging, legte der Vertreter des Europarates die Erwägungen der Beratenden Versammlung hinsichtlich dieser Frage dar. Die Konferenz beschloß, den Kern des Plans des Europarates in Verbindung mit der Untersuchung des französischen Plans zur Zollsenkung zu prüfen. Sie übertrug diese Aufgabe ihrer ständigen Organisation, dem Ausschuß, der zwischen den Sitzungsperioden tagt.

Das Generalsekretariat des Europarates wurde auf der Konferenz des GATT durch Herrn *Enrico Jacchia* von der Studienabteilung vertreten.

Transportkonferenz

Die internationale Transportkonferenz, die am 13. Oktober unter Vorsitz des belgischen Verkehrsministers, Herrn *Ségers*, in Brüssel eröffnet wurde, schloß am 17. Oktober mit der Annahme einer Reihe von Entschlüssen, die den verschiedenen nationalen Behörden zur praktischen Anwendung übermittelt wurden, und mit dem Beschluß, eine ständige „Europäische Konferenz der Verkehrsminister“ einschließlich eines Verwaltungssekretariats zu errichten.

Die Verkehrsminister aller Mitgliedstaaten der OEEC zuzüglich Spaniens nahmen an dieser Konferenz teil. Das Generalsekretariat des Europarates wurde durch Herrn *Stuycken*, Direktor der politischen Abteilung, und Herrn *Foch* vertreten.

Einwirkungen der russischen Literatur auf die Literatur der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland

Von Kurt Werner

In dem Bericht über die Entwicklung der deutschen Sprache in der sowjetischen Besatzungszone von Walter Richter (vgl. EA 21/1953, S. 6053 ff.) wurde auf den direkten Einfluß der sowjetischen Literatur als gewichtiges Element der sprachlichen Entwicklung hingewiesen. Es schien uns wesentlich, den organisatorischen Hintergründen dieser Entwicklung nachzugehen. Gerade dort liegt ja der wesensmäßige Unterschied gegenüber den Methoden der Sprachregelung und Propaganda, wie sie in der freien Welt gebräuchlich sind. Auch dort wirken außerliterarische Einflüsse sozialer, wirtschaftlicher und politischer Art auf den Schriftsteller. Der entscheidende Unterschied liegt in dem Ausmaß der Planung und Lenkung und den Machtmitteln, die dafür eingesetzt werden. Die Aufstellung „zentraler Schriftstellerpläne“ durch den Staat, die „Schulung“ der Schriftsteller, die Ueberwachung des „Produktionssolls“ unter Androhung der Vernichtung der Existenz, kurz, die bewußt angestellte totale Ausschaltung der Meinungsfreiheit ist in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die geradlinige Weiterentwicklung der Propagandamethoden des Dritten Reiches. Auch dies trägt zur Vertiefung der Kluft gegenüber den Deutschen in der Bundesrepublik bei, die von diesem Druck schon seit Jahren befreit sind und sich schon kaum mehr daran erinnern können oder wollen.

Co.

Organisatorische Gleichschaltung mit der sowjetischen Literaturpolitik

Durch die über Mitteldeutschland verhängte sowjetische Herrschaft vollzieht sich der Einbruch einer fremden Kultur und eines fremden Weltbildes in den deutschen Raum. Im Bolschewismus ist manch altertümlich Russisches mit enthalten, vor allem die nationale Sendungsideologie Westeuropa gegenüber. Das sowjetische Weltbild beansprucht absolute Gültigkeit, und zwar für sämtliche Bereiche des Lebens. Der Machtapparat der bolschewistischen Partei, der staatlichen Organe, der Wehrmacht wacht darüber, daß das Dogma, die „Generallinie“ eingehalten wird, und treibt auch die sowjetische Besatzungszone in Deutschland (SBZ) auf dieser Linie voran.

Bei solcher Sach- und Machtlage ist es nicht verwunderlich, daß auch die sogenannte „schöne“ Literatur in der SBZ der sowjetischen Literaturpolitik gleichgeschaltet wird. Dieses geschieht um so mehr, als die sowjetische Theorie, derzufolge die Literatur zum „ideologischen Ueberbau“ der ökonomischen Basis gehört, neuerdings besonders betont, daß die Literatur nicht nur die passive Rolle eines Produktes eben dieser Basis spiele, sondern vielmehr fähig sei, ihrerseits auf die Basis aktiv einzuwirken. Anders

ausgedrückt heißt das: Literatur, ja die Kultur überhaupt können ihrerseits die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen. Sie sind also gewichtig genug, um in die allumfassende Planung mit eingeordnet zu werden und das politische und wirtschaftliche System durch ihre besonderen Ausdrucksmittel zu stützen. Damit wird das literarische Schaffen durch außerliterarische Zielsetzungen bestimmt und gelenkt. Als die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 1948 einen wirtschaftlichen Zweijahresplan verkündete, sekundierte ihr der Literaturkritiker Alexander Abusch:

„Es ist eine ehrenvolle und dringliche Aufgabe, mit den besten künstlerischen Mitteln für eine so lebenswichtige und gute Sache wie den Zweijahresplan unmittelbar propagandistisch zu wirken¹.“

Damit ist eine der Aufgaben, die der Literatur gestellt werden, bezeichnet.

Staatliche Stellen sorgen dafür, daß die Literatur nach sowjetischem Muster in die politische Gesamtplanung der SBZ einbezogen wird, außer den Ministerien sind es vor allem die „Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und

Kunst“, das „Amt für Literatur und Verlagswesen“ und die „Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten“. Die Durchführung der Richtlinien und Weisungen dieser Stellen ist Aufgabe des „Deutschen Schriftstellerverbands“ (DSV), den man als die Gewerkschaft der Schriftsteller bezeichnen kann. Im Rahmen dieses Verbandes werden Arbeitsgemeinschaften gebildet. Ihre Tätigkeit zielt auf „zentrale Schriftstellerpläne“ ab, die dann „als Meinung des Verbandes in die Hände aller Interessenten“ gelangen sollen. Um aber diese „Produktionspläne“ erfüllen zu können, sind in Bad Saarow, Brandenburg, nach dem Muster des Moskauer Literarischen Instituts Lehrgänge für Schriftsteller eingerichtet worden. Der Unterricht behandelt weniger die handwerkliche Technik der Schriftstellerei als vielmehr die kanonische Sowjetideologie, wobei programmatische Schriften, wie beispielsweise Stalins Aufsätze über die Sprache, zugrunde gelegt werden. Besonders der schriftstellerische Nachwuchs wird hier planmäßig geschult. Zweck und „Nahziel dieser Nachwuchsschulung“ werden von dem Schriftsteller Kurt Barthel so gekennzeichnet:

„Wir brauchen Betriebsschriftsteller, Schriftstellerkollektive, Schriftstellerbrigaden, und wir werden sie gewinnen.“

Schriftstellerbrigaden (ein aus dem Russischen übernommener Ausdruck) und Schriftstellerkollektive: das bedeutet die Abkehr von jeder Dichtung und Schriftstellerei, die individuellen Schaffensimpulsen entspringt. Betriebsschriftsteller: das ist sozusagen ein neuer Beruf.

Der „Einsatz“ dieser geschulten Schriftsteller erfolgt auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Schriftstellerverband und dem sowjetzonalen Gewerkschaftsbund (FDGB), Einsatzort sind die sogenannten

„Schwerpunktbetriebe“. „Die Arbeitsthemen werden im Einverständnis mit dem DSV und dem FDGB... festgelegt. Die Schaffung von Laienspielen, Liedertexten, Gedichten und Sprechchören ist in diesem Rahmen besonders zu beachten².“ Der Schriftsteller wird also als bezahlter Kulturfunktionär beschäftigt, und zwar bewußt in einer Umwelt der Maschine. Für das Gebiet des Dramas wurde von der „Kunstkommission“ im Oktober 1952 ein Produktionsplan für Schauspiele, Lustspiele und Musikdramen aufgestellt. Zehn Autoren wurden beauftragt, binnen zehn Monaten je ein Stück herzustellen. An Themen wurden gestellt: „Der nationale Befreiungskampf“, „Der Kampf für den Frieden“, „Der Aufbau des Sozialismus“ und „Lebensbilder fortschrittlicher historischer Persönlichkeiten“.

Die Literatur-Lehrpläne der Schulen und Universitäten sind selbstverständlich fest in die Planung einbezogen, desgleichen die Prüfungsbestimmungen. Hierbei geht die Angleichung an die sowjetischen Lehrpläne so weit, daß unter den amtlichen „Prüfungsfragen für Deutsch für die 8. Klasse“ sich Fragen über russische Schriftsteller, besonders über Puschkin und Gorkij, finden. Die Bedingungen zum Erwerb des FDJ-Abzeichens „Für gutes Wissen“ (in Bronze) zum Beispiel schreiben in der Sparte „Schöngeistige Literatur“ als einziges die Kenntnis des sowjetrussischen Romans „Die junge Garde“ von Fadejew vor. Dieses grell realistische Buch schildert die Tätigkeit einer russischen Widerstandsgruppe unter der deutschen Besatzung im Donezgebiet. Für das FDJ-Abzeichen in Silber ist in der schriftlichen Prüfung das Thema zu behandeln: „Die Bedeutung des Buches von Galin ‚Jrgendwo im Donbas‘ für die Agitation³.“ Eine Lenkung des Buchhandels und der Bibliotheken ist selbstverständlich.

Die Sowjetunion als Leitmotiv und Vorbild

„Mächtig brausen die Betriebe,
Unser Feld trägt dreifach Brot,
Weil wir vom Sowjetvolk lernten,
Neu zu planen, neu zu ernten;
Wissenschaft vertrieb die Not...
Gruß dir unterm roten Sterne,
Friedensland, Freundesland!
Hör den Dank aus unserm Liedel
Deutschlands Freiheit, Deutschlands Friede
Ruh'n in Stalins Freundeshand⁴.“

Derartige Bekenntnisse in Vers und Prosa gibt es in großer Zahl. Johannes R. Becher, der repräsentativste Dichter der SBZ, nennt die Sowjetunion „die Heimat der Heimat“, die Oktoberrevolution „die wahre Sternenstunde der Menschheit, die eigentliche Geburtsstunde des Menschen“. „Seitdem hat die Welt ihre Hoffnung“, sagt Bertolt Brecht. Die Sowjetunion „ist das Land ernster Stirnen und wahrhaftiger

Worte. Sie ist das Land des Mannes, der heute weiß, was morgen geschieht“, erklärt Stephan Hermlin. Damit ist Stalin gemeint, den Becher so anredet: „Du einziger, zu dem ich sagen kann: Mein Vater.“

Diese verzückt übersteigerte Einschätzung des Sowjetlandes, seines Volkes, seiner politischen Lebensform und seiner Führung — all das gehört zum festen Bestand des sogenannten Patriotismus der sowjetischen Dichtung, der also in der SBZ voll übernommen worden ist. Das gilt auch für den sogenannten „neuen“ oder „positiven Helden“, den zentralen Typ der Sowjetliteratur. Die Oktoberrevolution „formte den neuen Inhalt der Literatur: die historisch-konkrete Gestaltung des Helden aus den Reihen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, dessen höchster Typ der Bolschewik mit oder ohne Mitgliedsbuch ist“, stellt Abusch fest⁵. So sind denn „die russischen Ar-

beiter und Bauern die klügsten von allen, klüger als die deutschen und englischen, als die französischen und amerikanischen⁸“. Es ist also Aufgabe des Schriftstellers, die Gestaltung des Menschentyps zu erlernen, „der bewußt als Teil des großen Kollektivs seiner Klasse lebt und kämpft“. Der Held der bürgerlichen Literatur, er mochte menschlich noch so hoch stehen, befand sich „im Widerspruch zur Gesellschaft oder er verlor sich... in der humanistischen Utopie⁸“. Ein Großgrundbesitzer etwa oder ein konservativer Offizier, aber auch ein oppositioneller Arbeiter können daher niemals „positive Helden“ sein. Sie sind Klassenfeinde, auf jeden Fall aber negative Typen und schlechte Menschen.

Als Beispiele für die Schwarz-Weiß-Malerei der Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Menschen je nach der Klassenzugehörigkeit wäre unter anderen zu nennen der Roman „Menschen an unserer Seite“ von Ed. Claudius. Sogenannte „Aktivisten“ des industriellen Aufbaus sind seine „positiven“ Helden. Erwin Strittmatters Erstlingswerk „Der Ochsenkutscher“ versucht, den „Klassenkampf“ auf dem Lande zur Zeit der Weimarer Republik glaubhaft zu machen. Der Roman „... daß keiner zurückbleibt“ der Margarete Neumann dient der Werbung für kollektive Feldarbeit. Ein „positiver“ Frauentyp ist die Titelheldin von Friedrich Wolfs Lustspiel „Bürgermeister Anna“. Es geht hier um „die Darstellung der von kapitalistischen Fesseln befreiten, gleichberechtigten, tatkräftig im öffentlichen Leben stehenden Frau“⁹. Jedem dieser Literaturerzeugnisse und der Mehrzahl

der übrigen ließe sich unschwer ein Musterstück aus der sowjetischen Literatur zur Seite stellen.

Seit Jahr und Tag wirft nun aber die sowjet-russische Literaturkritik den „positiven“ Romanhelden vor, daß sie keine Eigenart haben, keine lebendigen Menschen, sondern Automaten, Schemen und Schablonen sind. Diese ärgerliche Folge der Schwarz-Weiß-Malerei stellt sich notwendigerweise auch in der sowjetdeutschen Literatur ein. Im Hinblick auf Anna Seghers' Roman „Die Toten bleiben jung“ fragt Abusch zum Beispiel: „Warum sind die positiven Helden der proletarischen Seite um so viel schwächer gestaltet als die Figuren des Adels und des Bürgertums?“¹⁰. Die einzig mögliche Antwort darauf, die Abusch natürlich nicht gibt, würde feststellen, daß positives, d. h. wertvolles Menschentum nicht zum Monopol einer bestimmten Klasse oder Ideologie erklärt werden kann, ohne Einbuße an künstlerischem Wahrheitsgehalt zu erleiden. Aber nicht nur die moderne sowjetische, sondern auch die ältere russische Literatur gilt in der SBZ als Vorbild. Die in der SBZ veröffentlichten schöngeistigen Bücher sind zur guten Hälfte Übersetzungen aus dem Russischen. 1951 wurden im alljährlich wiederkehrenden „Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ auf den Bühnen der SBZ zweiundzwanzig verschiedene russische Stücke gespielt, manche davon in mehreren Städten. Die Theater selbst sind vielfach nach sowjetischer Art benannt: Gorkij-Theater, Berlin, Volkstheater, Rostock, Theater des Friedens, Halle, Theater der Freundschaft, Berlin-Lichtenberg.

Übernahme sowjetischer Literaturtheorien

Abusch bezeichnet „die führende Rolle der sowjetischen Literatur in der Weltliteratur“ als „das Fundament der modernen Literaturwissenschaft“¹¹. Aus dieser Grundeinstellung ergibt sich, daß von der Literaturwissenschaft und Literaturkritik in der SBZ auch die literarischen Theorien sowjetischer Prägung bis ins einzelne übernommen worden sind. Die Literaturgeschichte wird der sozialen und politischen Geschichte völlig ein- und untergeordnet. Daß alles literarische Schaffen vom Geistig-Seelischen her bestimmt ist, wird bestritten. Eine solche Auffassung würde der materialistischen Literaturbetrachtung zuwiderlaufen, denn diese sieht im künstlerischen Schaffen einen rein rationalen Vorgang, für dessen Ablauf nur intellektuelle Bemühung und gute Beherrschung des Handwerklichen erforderlich sind. „Natürlich ist niemals ein Kunstwerk aus der Bewußtlosigkeit produziert worden“¹²; nie ist es „Produkt einer dumpfen Instinkthandlung“¹³. Derartige stark zugespitzte Sätze sollen die schöpferische Rolle des Irrationalen und Unbewußten in der Kunst in Mißkredit bringen. Die Tatsache, daß die Einbildungskraft des Dichters, daß Intuition und lebendige

Phantasie für den Schaffensvorgang entscheidend sind, wird schlankweg geleugnet. Zugleich wird damit die Existenz der aus individueller Begabung und Begnadung heraus schöpferischen Persönlichkeit verneint. Die immanenten Gesetze des Seelischen und Geistigen werden beiseite geschoben; ein Kunstwerk kann also „gemacht“ werden. Das gibt zugleich die theoretische Legitimation für die Lenkung der Literatur, die Schulung der Schriftsteller und die Berechtigung, den Wert eines Literaturwerks „nach seiner gesellschaftlichen Bedeutung“ einzuschätzen¹⁴. Das Persönliche und Private hat in diesem Rahmen keinen Platz:

„Wer versucht oder vorgibt, eine „private“, vom politischen Leben der Gesellschaft vollkommen unabhängige Atmosphäre darzustellen, verfälscht die Wirklichkeit und handelt damit (bewußt oder unbewußt) hochpolitisch, und zwar gesellschaftsfeindlich! Derartige Erzeugnisse der Literatur... sind Gift!“¹⁵

Die sowjetische Gesellschaftstheorie macht den Hauptinhalt des durch die SBZ übernommenen sowjetischen „sozialistischen Realismus“ aus. Der Widerspruchlichkeit dieses Begriffes, die darin besteht, daß

„Realismus“ als objektive, vorurteilslose Wirklichkeitsdarstellung ein einschränkendes Epitheton nicht verträgt, soll hier nicht weiter nachgegangen werden. Der „sozialistische Realismus“ beabsichtigt gar nicht, die vergangene oder gegenwärtige Wirklichkeit als solche darzustellen. Wo Vergangenes oder Gegenwärtiges den Stoff bilden, da weist es über diesen Stoff hinaus und wird ausdeutend in den Dienst einer Zukunftsideologie gestellt. Da nach der sowjetischen Ideologie der sozialistische Ideal- und Endzustand noch lange nicht erreicht ist, hat die Literatur nicht eine Wirklichkeit, wie sie war oder ist, zu schildern, sondern eine solche, wie sie sein oder werden soll, also ein eschatologisches Zukunfts- und Wunschbild. Dem gibt Ernst Fischer dichterischen Ausdruck:

„Daß künft'ig Fülle sei, stehn wir entlaubt
im rauhen Reif der Zeit mit harten Rinden“¹⁶.

So wird der Realismus aus einem Stilbegriff durch das Beiwort „sozialistisch“ zum weltanschaulichen

Begriff umgeprägt. Die Parteilichkeit wird offen gefordert:

„Die sozialistische Parteilichkeit in der Literaturbetrachtung erfordert die Fähigkeit, den Ideenreichtum der dargestellten historischen Tatsachen und Erscheinungen im Lichte der marxistisch-leninistischen Wissenschaft aufzudecken und den gegebenen Stoff mit den politischen Aufgaben organisch zu verbinden, ihn in höchstmöglichem Maße für die Ziele der kommunistischen Erziehung und die Veranschaulichung der Vorzüge des Sowjetstaates ... auszuwerten“¹⁷.

Im Zuge solcher Forderungen wird die deutsche Literaturgeschichte umgewertet und „interpretiert“. Das sowjetzonale Goethebild richtet sich zum Beispiel nach dem sowjetrussischen Goethebuch von Marietta Schaginjan, die Goethe „gesellschaftskritisch“ als einen „Mitstreiter für die Sache des Friedens und die nationale Selbständigkeit“ behandelt.

Die literarische Praxis

„Indem wir die Erfahrungen der Sowjetschriftsteller entsprechend anwenden, werden wir viele Irrtümer vermeiden und schneller vorwärtskommen“¹⁸.

Dieses Verfahren bedeutet für diejenigen Schriftsteller in der SBZ, die noch über eine künstlerische Eigenart verfügen, wie etwa Becher oder Brecht, die Preisgabe ihrer dichterischen Persönlichkeit. Sie verlassen die Sphäre des individuell Erlebten und begeben sich in die außerpersönliche Welt. Diese aber stellen sie, wie der sozialistische Realismus es vorschreibt, ideologisch verfärbt dar. Die Folge ist der fast völlige Verlust gestalterischer Kraft und eine Diktion, die „volkstümlich“ sein will, aber flach und als Abklatsch wirkt. Es erklärt sich von selbst, daß sich die jüngere Generation (Hermlin, Barthel) und erst recht die jüngste, die weitgehend das Produkt der Schriftstellerlehrgänge ist (Wiens, Fühmann, Badstübner u. a. m.) noch stärker an das kanonische Schema anklammert, als dies schon bei den Großen der Fall ist.

Die Stoffe und Inhalte der Literatur aller Art sind, soweit sie nicht die Sowjetunion betreffen, deutlich und charakteristisch begrenzt: die Ostblockstaaten, China, Korea, der spanische Bürgerkrieg, der Kommunismus in Griechenland, in Frankreich, Amerika, Chile usw. In einer „Hymne an Asien“ von Ludwig Strauß¹⁹ heißt es:

„Asien, mächtig du
Mütterlicher Weisheit . . .
Asien, Mutter du
Alte der Völker.“

Preisgesänge auf das europäische Abendland aber sucht man in der sowjetzonalen Literatur vergeblich.

Soweit die Stoffe und Themen die SBZ selbst betreffen, ist an ihnen das Programm der Planung Punkt

für Punkt abzulesen. So wirbt Brecht für den „sozialistischen Aufbau“ in der SBZ („Aufbaulied“). Der arbeitende Mensch gehört der Planerfüllung:

„Vierundzwanzig Stunden sind Tagwerk;
das ist zu wenig . . .
Noch wenn wir schlafen, gehen die Gedanken
reihum,
Und unser Blut stoppt man nicht mit der Uhr
der Ermüdung.
Wir begreifen es selbst nicht, wenn wir ein
Planjahr des Lebens
schon in Wochen vollziehn — doch warum auch
begreifen — wir tun es“²⁰.

Geworben wird für den Wettbewerb nach Stachanow:

„Im Wettbewerb, im Wettbewerb geht alles
besser, schneller,
Im Wettbewerb, im Wettbewerb wird es im
Kopfe heller . . .“²¹

Auch die Landschaft wird im Lichte des „Planes“ gesehen:

„Selbst ich, das Ried,
bin dem Frühjahrsplan unserer Republik beigegeben“²².

Für die Aktivisten und Traktoristen ist selbst der Frühling und die Liebe nur im Zusammenhang mit dem Plane sinnvoll. Die Kollektivierung der Landwirtschaft, die ländlichen Maschinenausleihstationen und Debattierklubs, die Arbeiter- und Bauernstudenten, alle finden sie ihre Panegyriker in Vers und Prosa, erst recht natürlich die SED:

„Sei begrüßt, Partei!
Auf, singt ihr ein Lied!
Denn unsterblich ist sie,
das große Wir“²³.

Die ideologische Linie Bechers führt von der Partei über den sowjetzonalen Staat bis zu einer Art von deutschem Nationalgefühl. Dieses aber erweist sich, da es auf die politischen Losungen der Ostblockstaaten zugeschnitten ist, als derselbe „Patriotismus“, der in der Sowjetunion so hoch im Kurse steht. Verquickt ist dieser Patriotismus allgemein mit den bekannten Einheits- und Friedensparolen, gleichfalls aber mit scharfen Angriffen gegen innerdeutsche „Volksfeinde“ und ausländische „Faschisten“ und „Kapitalisten“. Die Bundesrepublik insbesondere ist Zielscheibe bissiger, aber keineswegs witziger Satire. Auch in nichtsatirischer Schilderung erscheinen die westdeutschen Verhältnisse durchweg mit negativen Vorzeichen. Die ideologisch-taktische Gleichschaltung mit den Ostblockstaaten ist auch und gerade in der Frage Gesamtdeutschlands vollkommen.

Auf den Stil und die Form sowjetzonaler Verse hat am spürbarsten der sowjetrussische Revolutionspoet Wladimir Majakowskij eingewirkt. Er schuf als erster jene hämmernden, scharf zugespitzten Zeilen, die ihren Stil vom Werbeplakat oder Wahlauf Ruf entlehnen. Wie eine Uebersetzung aus Majakowskij wirkt zum Beispiel Olaf Badstüblers „5-Jahr-Plan der Schriftsteller“:

„Helft schneller siegen,
Meister des Worts.
Helft vorbereiten,
daß neue,
fruchtbare Taten gedeihen . . .
Meister der Worte,
ergreift unsern Plan.
Ihr seid seine stärkste Brigade²⁴“.

Bei Majakowskij heißt es:

„Was soll das . . .
Sonntags auf fremdes Gepränge
mit verdutzten Aeuglein blinzeln?“

Daneben bei Franz Fühmann:

„Als wir unsre Fahnen hißten,
blauen Himmel zu ersetzen,
wusch der Regen sonn tägliche
Müßiggänger von den Plätzen²⁵“.

Sehr oft wird auf den Endreim verzichtet. An seine Stelle tritt eine rhythmisierte Prosa, die bewußt auf Wirkung und Werbung angelegt ist. Gern wird auch die Werbewirkung von Zahlen genutzt. So heißt es in einer Ballade des Russen Jesenin:

„Sechszwanzig waren es,
Sechszwanzig . . .“

Und in einem sowjetzonalen Gedicht:

„In einer einzigen Nacht
fielen hundertdreißigtausend Soldaten . . .
In einer einzigen Nacht
verdient eine Handvoll Geldmagnaten
einer amerikanisch-deutschen Eisen-Stahl-Gesellschaft
einhundertdreißigtausend Dollar²⁶“.

Auch die russische Volksdichtung hinterläßt gelegentlich Spuren. Das zeigt die Verwendung der in russischer Volksdichtung häufigen vertraulichen Anrede an die unbelebte Natur in dem folgenden Beispiel:

„Elbe, Schwesterlein,
eil, ins Meer zu münden²⁷!“

Die sowjetzonale Dichtung soll aufrufen, antreiben, die Gefühls- und Willenskräfte in eine bestimmte Richtung lenken. Das legt den Gebrauch besonders emotionaler Formen nahe. Die Versdichtung wird dramatisiert, durch Dialoge und Sprechchöre aufgelockert, oft auch durch Gesang und Orchestermusik zusätzlich untermalt. So entsteht die neue, massenwirksame Gattung der Kantate, die bei Betriebsveranstaltungen von Laiensprechern und -sängern aufgeführt wird. Das sieht dann so aus:

Chor: „Stahl heißt der Plan für alle Mann!
Und Hand und Hirn treibt ihn voran!
Der Plan ist unser Plan. Pakt an!

Frau: Tief aus dem Volke steigt die Kraft.
Das Volk trägt alle Wissenschaft
und hebt den besten Sohn ans Licht!
Und Arbeiter und Denker spricht:

Chor: Der Plan ist unser Plan!

Dichter: Du führst den Traktor,
ich führe die Feder
über das gleiche
Frühlingsfeld“ usw.²⁸

In gleichem Stile schrieb Marchwitza eine Kantate „Eisenkombinat Ost“, Fühmann einen „Aufbau-Sonntag“, Wiens „Die Welt ist jung“, Streubel eine „Berliner“, Zimmering eine „Dresdner Kantate“.

Bei den Prosaformen wird die Erzählung alten Stils durch eine andere schriftstellerische Form mehr und mehr zurückgedrängt: den Bericht, die Reportage. Abusch stellt fest:

„Unsere Schriftsteller haben auf dem Gebiet der Reportage begonnen, von der Methode der Sowjetliteratur zu lernen. Marietta Schaginjan nannte . . . die Reportage und Skizze „eine tätige Reise des Schriftstellers in die Welt der Sowjetwirklichkeit mit . . . ihrer sofortigen Nutzenanwendung“. Auch bei uns haben die Reportagen, die Skizze und das literarische Portät von Helden der Arbeit eine große Bedeutung: als schnelle, begeisternde Aussage, die neue Aktivisten schaffen hilft²⁹“.

Der Reportage wird damit unter den Prosaformen dieselbe Rolle zugewiesen wie der Kantate unter den Versformen: sie dient der „sofortigen Nutzenanwendung“ von Beobachtetem oder Erkanntem, sie soll begeistern und aufpeitschen. Sie ist der unmittelbare Niederschlag jenes Studiums der Wirtschaftsbetriebe, zu dem die Schriftsteller angehalten werden. Berichte über Industriewerke überwiegen in diesen Reportagen. Wiens berichtet über das „Eisenhüttenkombinat Ost³⁰“, Noll über die Zeiß-Werke³¹, Marschke über die Warnow-Werft Warnemünde³², Felkel über das Stahlwerk Riesa³³ und so fort. Dann wieder —

man merkt die Lenkung — gibt es plötzlich serienweise Reportagen über Laienspiele und Laienmusik in Betrieben³⁴. Eine andere Gruppe von Reportern berichtet über Westdeutschland³⁵.

Der propagandistische Vorteil der Reportage liegt in ihrer Primitivität. Da sie keinen strengen Aufbau kennt wie etwa die Novelle, kann sie alles zum Gegenstand haben und auch im Bericht selber beliebig den Gegenstand wechseln. Sie beansprucht nicht, ein umfassendes Bild zu geben, sondern nur eine Auswahl von Eindrücken: so steht es im Belieben des Reporters, das hervorzuheben, was ihm wichtig ist, Entgegengesetztes aber wegzulassen, — eine treffliche Möglichkeit für zweckhaft zugeschnittene Schilderungen und Formulierungen. Außerdem: die Reportage gibt sich nicht als Dichtung, sondern als Wahrheit, dementsprechend stellt sich der Leser von vornherein auf einen wahrheitsgetreuen Bericht ein und hat meist nicht die Möglichkeit, ihn nachzuprüfen. Diese Wesensart der Reportage wird von ihren Schreibern geschickt ausgenutzt. So etwa springt der Reporter von der Schilderung eines Industrie-

werkes auf die Geschichte der Landschaft, in der es liegt, über und greift sich aus ihr die Ereignisse heraus, die ihm ins Konzept passen. Zum Beispiel läßt sich auf diese Weise mit Leichtigkeit eine „historische“ Linie von Thomas Münzer zu Hennecke ziehen. Produktionsziffern werden genannt und ergeben, da nicht vollständig, ein übertushtes Bild. Auch durch allerlei wie absichtslos hingeworfene Nebenbemerkungen wird den Lesern der gewünschte Eindruck musterhafter Lebensverhältnisse in der SBZ vermittelt.

Da der Literatur als einem wesentlichen Mittel zur Verbreitung der sowjetischen Ideologie eine bedeutende Rolle zugewiesen wird, sind literarische Beiträge jeder Art in sehr breiter Streuung zu finden. Sie sind in Veröffentlichungen der Akademie der Wissenschaften ebenso enthalten wie in Tageszeitungen oder in Mitteilungsblättern irgendwelcher Organisationen. Deshalb bedeutet die Abhängigkeit der deutschen Literatur in der SBZ von der sowjetrussischen eine Ueberfremdung, die sich weit über den eigentlichen literarischen Bereich hinaus auswirkt.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. Abusch, Alexander: „Literatur und Wirklichkeit. Beiträge zu einer neuen deutschen Literaturgeschichte“, Berlin 1952, S. 142.

²⁾ Vgl. *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Leipziger Ausgabe, vom 22. September 1951.

³⁾ Vgl. *Junge Welt* vom 3. April 1951.

⁴⁾ Vgl. Weinert, Erich: „Lied der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ in „Im Herzen der Völker. Dichtungen über Stalin“, Berlin o. J.

⁵⁾ Vgl. Abusch in *Aufbau* 1951, S. 990.

⁶⁾ Vgl. Kuczinski, Jürgen: „Land der frohen Zuversicht“.

⁷⁾ Vgl. Abusch, Alexander: „Literatur und Wirklichkeit. Beiträge zu einer neuen deutschen Literaturgeschichte“, Berlin 1952, S. 300.

⁸⁾ Vgl. Abusch a. a. O., S. 307.

⁹⁾ Vgl. Abusch a. a. O., S. 268.

¹⁰⁾ Vgl. Abusch a. a. O., S. 164.

¹¹⁾ Vgl. Abusch a. a. O., S. 322.

¹²⁾ Vgl. Rilla, Paul: „Literatur. Kritik und Polemik“, Berlin 1950, S. 363.

¹³⁾ Vgl. Rilla a. a. O., S. 274.

¹⁴⁾ Vgl. Abusch a. a. O., S. 323.

¹⁵⁾ Vgl. *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Leipzig, vom 30. September 1950.

¹⁶⁾ Vgl. *Sinn und Form*, H. 4/1952, S. 20.

¹⁷⁾ Vgl. *Der Bibliothekar*, H. 11/1951.

¹⁸⁾ Vgl. *Neue Deutsche Literatur*, März 1953.

¹⁹⁾ Vgl. *Sinn und Form*, H. 6/1952, S. 5 ff.

²⁰⁾ Vgl. Fühmann, Franz in *Aufbau* 1950, S. 234.

²¹⁾ Vgl. *Tägliche Rundschau* vom 28. Februar 1953.

²²⁾ Vgl. Wiens, Paul in *Aufbau* 1951, S. 135.

²³⁾ Vgl. Becher, Johannes R.: „Kantate 1950“.

²⁴⁾ Vgl. *Aufbau* 1951, S. 445 f.

²⁵⁾ Vgl. *Aufbau* 1951, S. 524.

²⁶⁾ Vgl. *Aufbau* 1951, S. 651.

²⁷⁾ Vgl. *Wiens* a. a. O., S. 518.

²⁸⁾ Vgl. Maurer, Georg: „Unser Plan. VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerk“ in „Menschen und Werke. Vom Wachsen und Werden des Neuen Lebens in der DDR“, Berlin 1952, S. 273 ff.

²⁹⁾ Vgl. „Menschen und Werke. Vom Wachsen und Werden des Neuen Lebens in der DDR“, S. 9.

³⁰⁾ Vgl. *Aufbau* 1951, S. 30 ff. und 266 ff.

³¹⁾ Vgl. *Aufbau* 1951, S. 39 ff.

³²⁾ Vgl. „Menschen und Werke“, S. 97 ff.

³³⁾ Vgl. „Menschen und Werke“, S. 296 ff.

³⁴⁾ Vgl. *Aufbau* 1951, S. 531 ff.

³⁵⁾ Vgl. *Aufbau* 1951, S. 611 ff.

Weitere Literaturangaben

Balluseck, Lothar von: „Kultura. Kunst und Literatur in der sowjetischen Besatzungszone“, Köln 1952.

Becher, Johannes R.: „Auswahl in vier Bänden“, Berlin 1949; „Romane in Versen“, Berlin 1946;

„Dem Dichter des Friedens Johannes R. Becher zum 60. Geburtstag“, Berlin 1951.

Friedrich, Gerd: „Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, Köln 1952.

Lukacs, Georg: „Deutsche Literatur im Zeitalter des Imperialismus“, Berlin 1946; „Goethe und seine Zeit“, Bern 1947; „Fortschritt und Reaktion in der deutschen Literatur“, Berlin 1947; „Thomas Mann“, Berlin 1949.

Neue Welt, Halbmonatsschrift, Berlin seit 1946.

Ost-Probleme, Bad Godesberg seit 1949.

„Verteidigt das Land. Eine Anthologie zur Verteidigung unserer Heimat“, Berlin 1952.

Studien zum Föderalismus

Ergebnisse einer amerikanischen Untersuchung über die Probleme einer europäischen Staatengemeinschaft

Vorbemerkung

Seit dem Sommer 1952 hat sich in den Vereinigten Staaten auf Anregung des Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Präsidenten der Europäischen Bewegung, Paul Henri *Spaak*, eine Studiengruppe unter der Leitung von Professor Robert R. *Bowie* von der Harvard Law School und Professor Carl J. *Friedrich* von der Graduate School of Public Administration der Harvard University mit den verfassungsrechtlichen Grundzügen für einen europäischen Zusammenschluß befaßt. Diese Studien wurden gefördert von dem American Committee on United Europe und der Ford Foundation. So wurde es möglich, eine Untersuchung über die Grundprobleme des Föderalismus durchzuführen, wie sie in diesem Umfang und in dieser Weise bisher noch von keiner anderen Stelle in Angriff genommen werden konnte. Es wurde versucht, die praktischen Erfahrungen, die bisher auf der nationalen Ebene mit bundesstaatlichen Verfassungen (Australien, Kanada, Deutschland, Schweiz und Vereinigte Staaten) gewonnen wurden, im Hinblick auf die Probleme der Bildung einer europäischen Staatengemeinschaft auszuwerten.

Die ersten drei Studien befassen sich mit den Problemen der Staatsgewalten, weitere dreizehn Studien mit einigen Grundfragen zur föderalen Ordnung. Sämtliche Studien sind unter der Leitung eines oder mehrerer führender Wissenschaftler erstellt worden:

1. Die gesetzgebende Gewalt des Bundes (Prof. *Bowie*);
2. Die vollziehende Bundesgewalt (Prof. *Friedrich*);
3. Die rechtsprechende Gewalt des Bundes (Prof. Paul A. *Freund*);
4. Nationale Verteidigung (Prof. *Bowie*);
5. Auswärtige Angelegenheiten (Prof. Louis B. *Sohn*);
6. Handel, Verkehr und Zollwesen (Prof. Arthur E. *Sutherland*);
7. Finanzwesen (Prof. *Friedrich*);
8. Geld- und Kreditwesen (Mr. H. van B. *Cleveland*);

9. Landwirtschaft (Mr. Ayers *Brinser*);
10. Arbeit und soziale Sicherheit (Prof. *Friedrich*);
11. Die Grundrechte (Prof. Robert G. *McCloskey*);
12. Staatsangehörigkeit, Einwanderung und Einbürgerung (Mr. William J. *Schenk*);
13. Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung (Prof. *Friedrich* und Prof. *Sutherland*);
14. Ueberseeische Gebiete (Prof. *Bowie*);
15. Beitritt neuer Staaten und angegliederter Gebiete (Prof. *Friedrich*);
16. Verfassungsänderung (Mr. Edward *McWhinney*);

Die ersten drei Studien werden nachstehend im Wortlaut veröffentlicht.

Die unter Ziffer 4—16 genannten Studien erscheinen in der nächsten Folge des Europa-Archivs in zusammengefaßter Form. Auf eine Wiedergabe der nationalstaatlichen Untersuchungen ist allgemein verzichtet worden. Eine vollständige Veröffentlichung der gesamten Studien in französischer Sprache erfolgt durch das Internationale Sekretariat der Europäischen Bewegung in Brüssel.

Den bereits genannten verantwortlichen Bearbeitern der Studiengruppe stand ein Stab folgender Mitarbeiter zur Seite: Theodore S. *Baer*, Warren C. *Baum*, Alexander M. *Bickel*, Milton *Cikins*, Gottfried *Dietze*, Richard *Dosik*, Lawrence H. *Fuchs*, Richard A. *Green*, Franz B. *Gross*, Robert H. *Guttman*, Hugo *Hahn*, Jack A. *Haner*, Gustave *Hauser*, Henry K. *Heuser*, Franz *Jacob*, Albert A. *Mavrinac*, W. R. von *Pachelbel*, Guy J. *Pauker*, Stanley *Rothman*, Walter S. *Rothschild*, Dietrich *Schindler*, M. Magdalena *Schoch*, Paul C. *Schafer*, Judith N. *Shklar*, Herbert *Spiro*.

Die deutsche Fassung besorgte auf Grund der französischen und englischen Texte das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft in Frankfurt am Main. Die Uebersetzung lag in Händen von Dr. Ernst *Steindorff*, Assistent am Institut für Ausländisches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt am Main.

WG/HV

1. Die gesetzgebende Gewalt des Bundes

Allgemeines

Der Aufbau der gesetzgebenden Gewalt und ihre Stellung im Staatswesen bilden ein schwieriges Problem bei der Errichtung eines Bundesstaates. Die fünf für diese Studie gewählten Staaten (Australien, Kanada, die Vereinigten Staaten, Deutschland* und die Schweiz) zeigen, wie mannigfaltig Form und Funktion der gesetzgebenden Gewalt sein können. Die Studie wird sich auf die Erfahrungen dieser Staaten stützen und versuchen, die Möglichkeiten einer solchen Regierungsform klarzustellen und ihre Vor- und Nachteile aufzuzeigen.

Die Rolle der gesetzgebenden Gewalt des Bundes

Die gesetzgebende Gewalt muß zwei Ziele miteinander vereinen:

1. Zunächst muß sie den Bund in die Lage versetzen, in wirksamer Weise die ihm zukommenden Aufgaben zu erfüllen. Wenn man einen Bundesstaat bildet, so erkennt man damit an, daß gewisse Aufgaben nicht länger in befriedigender Weise durch die Einzelstaaten gelöst werden können und zu ihrer Lösung eine breitere Basis erfordern. Infolgedessen wird die Bundesregierung in der Lage sein müssen, den Bedürfnissen einer umfassenderen Gemeinschaft zu genügen. Insbesondere muß die Gesetzgebung des Bundes wirksame Mittel zur Entscheidung von Interessenkonflikten und zur Entwicklung einer Grundsatzpolitik in dem Bereich der Bundeszuständigkeit liefern.

2. Gleichzeitig muß der Bund bei der Erfüllung seiner eigenen Aufgaben die verschiedenartigen Interessen der Mitglieder der neu errichteten Gemeinschaft sowie die weiterhin den vereinten Staaten auf wichtigen Gebieten verbleibende Verantwortlichkeit berücksichtigen. Der Bund muß seine Befugnisse so ausüben, daß die Mitgliedstaaten in der Ausübung der ihnen weiterhin verbleibenden Befugnisse nicht unnötig gestört oder verhindert werden. Innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit müssen die Bedürfnisse und Interessen des Bundes im allgemeinen den Vorrang vor widerstreitenden Interessen der zum Bund zusammengeschlossenen Staaten haben. Dabei muß aber Sorge dafür getragen werden, daß dem Bund die örtlichen Probleme und Interessen bekannt sind, wenn er in Ausübung seiner Befugnisse Entscheidungen trifft. Die Verfassung darf es bei der Verfolgung dieser

beiden Ziele selbstverständlich nicht zulassen, daß Einzelstaaten oder kleine Minderheiten eine notwendige Maßnahme vereiteln. Im übrigen müßte sie mit der gebotenen Rücksicht auf geschichtliche Ueberlieferungen und auf manchmal alte Gegensätze das Anwachsen des Zusammengehörigkeitsgefühls eher ermutigen als das von separatistischen Neigungen.

Die Anstrengung, die man machen muß, um gleichzeitig so verschiedene Ziele zu erreichen, wird die Struktur der gesetzgebenden Gewalt des Bundes unmittelbar beeinflussen. Sie hat alle in diese Untersuchung einbezogenen Bundesstaaten veranlaßt, die Legislative in zwei Kammern zu gliedern. Ebenso wie bei den Einheitsstaaten wird das Unterhaus in allgemeinen, unmittelbaren Wahlen gewählt; die Zahl der Sitze wird nach der Bevölkerungszahl berechnet; sie soll dem Volkswillen Ausdruck verleihen. Das Oberhaus** zeigt stärker einen Bundescharakter. Bei einem Einheitsstaat fällt dem Oberhaus die beschränkte Rolle einer überprüfenden Kammer zu: seine Aufgabe besteht darin, das durch das Unterhaus verabschiedete Gesetz zu verbessern und manchmal dessen Annahme für einen begrenzten Zeitraum auszusetzen, um einer überstürzten Maßnahme vorzubeugen. Aber der Schwerpunkt der gesetzgebenden Gewalt liegt in einem Einheitsstaat fast immer beim Unterhaus; das Oberhaus kann sich mit diesem weder an Macht noch an Bedeutung messen.

Bei der Mehrzahl der Bundesstaaten hat indessen das Oberhaus seither eine ergänzende Rolle gespielt. In verschiedenen Formen diente es dazu, die Interessen und Ansichten der als politische oder regionale Einheiten anzusehenden Einzelstaaten widerzuspiegeln. Dieser Einfluß des Oberhauses auf die Bundesgesetzgebung und auf die Ausübung der Bundesgewalt sollte dazu dienen, die Staaten oder ihre Bürger vor ungeeigneten oder schädlichen Maßnahmen des Bundes zu schützen. Eine Maßnahme des Bundes kann aus drei Gründen zu beanstanden sein: Sie kann

1. die dem Bund durch die Verfassung gewährte Zuständigkeit überschreiten,
2. für die Bürger eines oder mehrerer Staaten schädlich, oder
3. für einen oder mehrere der als politische Einheiten anzusehenden Staaten nachteilig sein.

* Anmerkung des Uebersetzers: Der Ausdruck „Deutschland“ wird hier und im folgenden häufig stellvertretend für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland gebraucht. Die Uebersetzung folgt in allen Fällen der Terminologie des Originals.

** Anmerkung des Uebersetzers: Das Original verwendet die Begriffe Oberhaus und Unterhaus für alle hier untersuchten Bundesstaaten, also beispielsweise auch für den deutschen Bundestag und Bundesrat oder Reichstag und Reichsrat. Die Uebersetzung folgt hier dem Original.

Das Oberhaus gewährt Schutz gegen solche Gefahren besonders für die kleineren Staaten, die im Unterhaus nur über eine schwache Vertretung verfügen.

Bei einer Betrachtung der Rolle, die das Oberhaus spielt, darf man nicht außer acht lassen, daß dies nicht der einzige, den Staaten gegen einen Mißbrauch der Bundesgewalt gewährte Schutz ist. In erster Linie gewährt die Verfassung selbst Schutz gegen eine mißbräuchliche Erweiterung der Bundesgewalt, und zwar dadurch, daß sie die Tätigkeit des Bundes auf die ihm besonders übertragenen Befugnisse begrenzt. Die Verfassung kann auch besondere Garantien gegen einen übermäßigen Gebrauch der dem Bund übertragenen Befugnisse einschließen, der einem einzelnen Staate oder seinen Bürgern Schaden zufügen würde. Sie kann zum Beispiel von der Bundesgesetzgebung die Gleichbehandlung aller Bürger verlangen, oder Lasten, Strafen oder auch Steuern untersagen, die die Staaten oder ihre Bürger ungebührlich diskriminieren würden. Wenn diese Garantien durch eine richterliche Kontrolle über die Maßnahmen des Bundes untermauert werden, so besitzen sie einen gewissen Wert gegenüber unzulässigen, von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen. Es gibt im übrigen verschiedene Mittel zum Schutz gegen solche Mißbräuche: die Mitglieder des Unterhauses eines Bundesstaates werden von der Wählerschaft der Staaten gewählt. In einem bereits entwickelten Bundesstaat erstrecken sich die Parteien selbst über die Grenzen der Staaten hinaus auf den ganzen Bund. Sie verfügen über Anhänger in fast allen Staaten und werden im allgemeinen auf eine Mäßigung der Maßnahmen hinwirken, die geeignet sind, Gegensätze in den verschiedenen Staaten hervorzurufen. Schließlich strebt das Kabinett oder der mit der Exekutive betraute Rat danach, entweder auf Grund des Gesetzes oder auf Grund einer Gewohnheit seine Mitglieder aus den verschiedenen Teilen des Bundes zu gewinnen und so deren Einfluß auf die täglichen Maßnahmen zu sichern.

Man sollte folglich das Oberhaus als eines der Mittel ansehen, die geeignet sind, den Graben zu überbrücken, der sich zwischen den Mitgliedstaaten und dem Bund auftun könnte. Gerade für die kleinsten Staaten kann das Oberhaus von großem Nutzen sein, da es ihnen durch ihre Vertretung einen größeren Einfluß auf die Bundesangelegenheiten einräumt, als dies der zahlenmäßige Anteil der Bevölkerung rechtfertigen würde.

Wesentliche Fragen zur Struktur und Funktion der gesetzgebenden Gewalt

Wie sich in der Folge ergeben wird, zeigen die gesetzgebenden Körperschaften eine gewisse Verschiedenheit. Aus der gewonnenen Erfahrung kann man zur Genüge die Auswirkungen und die Bedeutung dieser Verschiedenheiten sowie einige Kriterien für die Auswahl unter ihnen erkennen. Die wichtigsten Merkmale kann man in drei Hauptgruppen einteilen:

Zusammensetzung der gesetzgebenden Gewalt

Hier muß man hauptsächlich zwischen zwei grundsätzlichen Formen des Oberhauses wählen, die man als Senat oder als Rat bezeichnen kann. Der Senat, so wie er in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz besteht, wird von Abgeordneten gebildet, die frei nach ihrer eigenen Ueberzeugung handeln können. Der Rat, wie er in Deutschland als „Bundesrat“ in Erscheinung tritt, wird von Delegierten der Regierung jedes Mitgliedstaates gebildet, die nach Weisung handeln. Innerhalb des Senates gibt es gewisse Verschiedenheiten hinsichtlich der Einsetzung und der Wahl der Mitglieder. Die Sitze oder Stimmen können beim Senat und beim Rat auf verschiedene Weise zwischen den großen und kleinen Staaten aufgeteilt werden.

Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative

Hier ist eine Wahl zwischen mehreren Systemen möglich. Im ersten System verfügt das Oberhaus über die gleiche tatsächliche Macht wie das Unterhaus — das ist in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz der Fall —; im zweiten System dominiert tatsächlich das Unterhaus, wie in Australien und Kanada; in einem dritten, wie man es in Deutschland findet, ist das Oberhaus in manchen Fällen untergeordnet, während es in anderen über die gleiche Macht verfügt wie das Unterhaus. Im Zusammenhang hiermit steht das Verfahren zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden gesetzgebenden Kammern.

Diese verschiedenartigen Gesichtspunkte sind verständlicherweise eng miteinander verbunden. So ist es unvermeidlich, daß die der gesetzgebenden Gewalt, insbesondere dem Oberhaus, übertragenen Funktionen die Struktur des Oberhauses beeinflussen. Ebenso berühren die Beziehungen der beiden Kammern zur Exekutive in hohem Maße ihr Verhältnis zueinander. Deshalb muß diese Untersuchung es sich sehr angelegen sein lassen, festzustellen, inwieweit die für einen dieser Punkte getroffene Entscheidung die anderen Seiten der gesetzgebenden Gewalt berührt.

Es erscheint jedoch empfehlenswert, in einer einleitenden Analyse die verschiedenen Gesichtspunkte einzeln zu überprüfen. Das wird die spätere Untersuchung erleichtern und dem Leser helfen, selbst die Richtigkeit der Folgerungen nachzuprüfen. Für jede Frage werden die bisherige Praxis und die bereits in einem Bund gemachten Erfahrungen untersucht, um die Vorteile und Schwächen der verschiedenen Lösungen festzustellen. Die Untersuchung wird sich gleichermaßen bemühen, die allgemeinen und politischen Bedingungen näher zu bestimmen, die dem einen oder dem anderen System zum Erfolg verhelfen.

Aufbau und Zusammensetzung der Legislative

An der Gesetzgebung sind in allen untersuchten Staaten zwei Kammern beteiligt. Die ersten Kammern gleichen einander weitgehend, während die zweiten Kammern sich merklich voneinander unterscheiden. Darum wird dieser Abschnitt den Aufbau der beiden Kammern gesondert prüfen.

Das Unterhaus

Grundlage der Repräsentation

In allen untersuchten bundesstaatlichen Systemen wird das Unterhaus in allgemeiner, unmittelbarer Wahl gewählt; es bildet so das Organ, das am deutlichsten die Meinung des Volkes repräsentiert. Die Sitze im Unterhaus werden auf die Staaten im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung verteilt, aber die Art der Wahl innerhalb der Staaten ist bei den verschiedenen Bundesstaaten unterschiedlich. In Australien, Kanada und den Vereinigten Staaten werden die Mitglieder des Unterhauses in Wahlkreisen gewählt, die im gesamten Bund gleich groß sind. Deutschland verwendet ein System, das eine örtliche Repräsentation (ähnlich dem französischen System der Mehrheitswahl in Wahlkreisen) für einen Teil der Sitze mit Landeslisten und einer verhältnismäßigen Repräsentation für die übrigen Sitze verbindet. In der Schweiz werden die Mitglieder des Unterhauses nach dem Verhältniswahlsystem innerhalb der Kantone gewählt.

Alle untersuchten Verfassungen ermächtigen die Bundesregierung, die Wahlen für das Unterhaus und, abgesehen von den Vereinigten Staaten, das aktive Wahlrecht zu regeln. Heute werden diese Wahlen in allen Staaten, außer den Vereinigten Staaten, durch Bundesgesetz geregelt. Nach den meisten dieser Verfassungen werden indessen alle oder doch einige Bestimmungen der Wahlgesetze bis zum Erlaß von Bundesgesetzen durch einzelstaatliche Gesetze getroffen. Nur in den Vereinigten Staaten überläßt die Regierung des Bundes den Einzelstaaten die Regelung vieler Fragen der Wahl, so die Neufestlegung der Wahlbezirke nach jeder Volkszählung. Die Verfassung untersagt jedoch, das Stimmrecht aus Gründen des Geschlechtes, der Rasse oder der Farbe jemandem vorzuenthalten.

Das Wahlsystem kann zur Stabilität der Bundesregierung beitragen. Ein System, das auf eine Verhältniswahl begründet ist, wird wahrscheinlich zur Gründung zahlreicher Parteien verleiten. Eine Persönlichkeitswahl begünstigt umgekehrt das Anwachsen weniger, größerer Parteien, welche die Interessen verschiedener Wahlbezirke in sich vereinigen und über die Grenzen der Einzelstaaten hinausreichen.

Ein neuer Bundesstaat müßte sich daher bemühen, dem Beispiel der bereits bestehenden Bundesstaaten dadurch zu folgen, daß er eine Regelung der Wahlen

zum Unterhaus auf Bundesebene gestattet. Man muß vielleicht die Regelung dieser Frage bis zur Annahme eines Bundesgesetzes den Mitgliedstaaten überlassen, aber der Bund müßte jedenfalls ermächtigt werden, die Bundeswahlen durch eigene Gesetze zu regeln.

Einsetzung und Wählbarkeit der Abgeordneten

Die Dauer eines Mandates für die Mitglieder des Unterhauses ist in den verschiedenen Bundesstaaten unterschiedlich. Sie beträgt zwei Jahre in den Vereinigten Staaten, drei Jahre in Australien, vier Jahre in der Schweiz und Deutschland und fünf Jahre in Kanada. Nach der australischen, kanadischen und deutschen Verfassung kann die tatsächliche Dauer durch Auflösung des Parlaments herabgesetzt werden (siehe den Abschnitt über die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive auf Seite 6137). Eine Dauer von drei oder vier Jahren scheint für einen europäischen Bund normal zu sein. Eine kürzere Dauer würde zu häufige Wahlen erfordern, und eine Dauer von fünf Jahren erscheint etwas zu lang, um einer Aenderung der Volksmeinung gerecht zu werden.

Die Verfassungen oder Bundesgesetze schreiben die Bedingungen der Wählbarkeit vor. In den Vereinigten Staaten werden die Bedingungen durch die Verfassung festgelegt; sie können durch Gesetz nicht geändert werden. Der Abgeordnete muß das fünf- und zwanzigste Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens sieben Jahren amerikanischer Bürger sein und seinen Wohnsitz in dem Staat haben, in dem er gewählt wird. In der Schweiz ist nach der Verfassung jeder nichtbeamtete Bürger wählbar, der das aktive Wahlrecht besitzt, d. h. jeder männliche Schweizer, der mindestens zwanzig Jahre alt ist, mit Ausnahme der Geistlichkeit und einiger Personen, denen das Wahlrecht versagt ist. Die Bestimmungen der australischen Verfassung können durch Bundesgesetz geändert werden und verlangen für die Wählbarkeit grundsätzlich ein Alter von einundzwanzig Jahren und einen dreijährigen Aufenthalt im Bund. Nach dem deutschen Grundgesetz ist das Mindestalter auf fünf- und zwanzig Jahre festgesetzt; alle anderen Qualifikationen werden durch Bundesgesetz bestimmt, das sie weitgehend den Bestimmungen für das aktive Wahlrecht gleichsetzt. Kanada hatte anfänglich das System der einzelstaatlichen Regelung angenommen, doch heute wird die Wählbarkeit durch Bundesgesetz geregelt; danach wird ein Alter von einundzwanzig Jahren gefordert; der Kandidat muß britischer Untertan* sein und das aktive Wahlrecht besitzen, das

*) Anmerkung des Uebersetzers: British subject, d. h. eine Person, die kraft Geburt oder Einbürgerung irgendwo in britischen Gebieten der Königin Gehorsam schuldet.

seinerseits einen einjährigen Aufenthalt in Kanada voraussetzt. Keiner dieser Bundesstaaten erlaubt einem Abgeordneten, gleichzeitig andere Bundesämter zu bekleiden; eine Ausnahme bilden die Minister der Länder, die das Kabinettsystem angenommen haben, und die Mitglieder des Bundesgerichts in der Schweiz. Obwohl in den Vereinigten Staaten, Australien und Kanada das Mehrheitswahlrecht gilt, verlangt weder die Verfassung noch das Gesetz, daß die Abgeordneten in ihrem Wahlkreis wohnen. Doch ist ein solcher Wohnsitz im Wahlkreis in den Vereinigten Staaten kraft Gewohnheitsrecht obligatorisch geworden. In den beiden anderen Bundesstaaten schließt das Kabinettsystem ein, daß die Parteivorsitzenden Mitglieder des Unterhauses sein müssen. Diese suchen ihren Wahlkreis mehr nach der Wahrscheinlichkeit ihres Wahlsieges als nach ihrem Wohnsitz aus, aber die politischen Realitäten erfordern meistens auch den Wohnsitz im Wahlkreis.

Die Bezüge für die Mitglieder aller bundesstaatlichen Parlamente werden aus Bundesmitteln bestritten.

Das Oberhaus

Der Aufbau des Oberhauses in den Bundesstaaten ist das Ergebnis zweier gleichzeitiger und sich widersprechender Befürchtungen. Während die kleinen Staaten tatsächlich besorgen, daß die an Ausdehnung und Bevölkerungszahl größeren Staaten die Mehrheit im Unterhaus zum Nachteil der kleineren Staaten ausnutzen, sind sich die großen und die kleinen Staaten in der Verteidigung ihrer Interessen und ihrer Selbstständigkeit gegen etwaige Uebergriffe durch den Bund einig. Aus dem Zusammenwirken dieser Besorgnisse kam es zu ernsthaften Diskussionen bei der Bildung von Bundesstaaten; dabei ging es um zwei wesentliche Schwierigkeiten, und zwar einmal um die Aufteilung der Stimmrechte im Oberhaus zwischen den großen und kleinen Staaten und zum anderen um die Frage, ob das Oberhaus sich aus Delegierten der Regierungen oder aus Mitgliedern zusammensetzen soll, die bei der Stimmabgabe unabhängig sind.

Aufteilung der Stimmrechte auf die Staaten

Bei der Aufteilung der Stimmen für das Oberhaus haben die kleineren Staaten im allgemeinen eine im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsziffer größere Stimmenzahl verlangt. Bei dem Kongreß von Philadelphia drohte die Forderung der kleinen Staaten, ihnen im Oberhaus ebensoviele Stimmen einzuräumen wie den größten Staaten, den Kongreß zum Scheitern zu bringen, bis man sich dafür entschied, jedem Staat ohne Rücksicht auf Größe oder Bevölkerungszahl zwei Stimmen zu geben. Die gleiche Frage erhob sich für die Schweizer Verfassung im Jahre 1848; sie führte zu demselben Ergebnis: jeder Kanton erhielt zwei und jeder Halbkanton einen Sitz im Oberhaus, obwohl

die Größenunterschiede zwischen den Kantonen der Schweiz diejenigen zwischen den amerikanischen Staaten übertrafen. Ebenso bestanden die dünn besiedelten landwirtschaftlichen Staaten Australiens, in der Furcht vor einer möglichen Vorherrschaft der bedeutenderen Industriestaaten, darauf, daß das Prinzip eines Oberhauses mit je 6 Senatoren nach amerikanischem Muster beibehalten werde.

In Kanada und in Deutschland sind dagegen die Sitze auf die einzelnen Staaten unterschiedlich verteilt, wenn auch die Verteilung die kleineren Staaten im Vergleich zu ihrer Bevölkerungszahl begünstigt. In Kanada schwankt die Verteilung der Sitze zwischen 24 Senatoren für Ontario und Quebec und 6 Senatoren für jeden der westlichen Staaten und 4 für die Prinz-Eduard-Insel; aber insgesamt verfügen die westlichen Staaten einerseits und die Seeprovinzen andererseits über je 24 Senatssitze. In Deutschland erhielten während der Kaiserzeit und unter der Weimarer Verfassung Preußen und andere große Staaten mehr Sitze als die kleineren Staaten; diese hätten bei einer reinen Aufteilung nach der Bevölkerungszahl noch weniger Sitze erhalten. Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik richtet sich die Zahl der Sitze ebenfalls ungefähr nach der Bevölkerungszahl; sie liegt zwischen 3 Sitzen für den kleinsten und 5 Sitzen für den bedeutendsten Staat.

Wie diese kurze Zusammenstellung zeigt, verfuhr man bei der Verteilung der Sitze nicht abstrakt theoretisch; man entschloß sich vielmehr schnell zu Kompromissen. Da, wo der Größenunterschied der Staaten gering war, neigte man dazu, jedem Staat die gleiche Anzahl von Sitzen zu geben. Waren ungewöhnliche Unterschiede vorhanden, so wurden diese bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt. Man begünstigte die kleinen Staaten dadurch, daß man ihnen eine im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl zu große Zahl von Sitzen zubilligte.

Rat und Senat als Oberhaus

Im System eines Rates wirken die Regierungen der Staaten unmittelbar bei den Angelegenheiten des Bundes mit, und zwar durch die nach ihren Weisungen handelnden Delegierten beim Oberhaus. Einen ähnlichen Rat von Gesandten gab es bei vielen Zusammenschlüssen und Staatenbünden, einschließlich der Vorgänger von einzelnen der heutigen Bundesstaaten; hier sind zu nennen: die Artikel der amerikanischen Konföderation, der Schweizer Bundesvertrag und die ehemaligen deutschen Bundesverträge. In den Vereinigten Staaten und in der Schweiz wurden die primitiven Formen eines Rates als wenig befriedigend und ungenügend für das neuere Bundessystem angesehen. Sie wurden demzufolge aufgegeben zugunsten eines Senates, der ebenso in Australien und in Kanada eingeführt wurde.

In Deutschland wurde indessen die alte Form in

dem neuen Bundesstaat unter der Verfassung von 1871 und auch nach den Verfassungen von 1919 und 1949 beibehalten. Die Annahme dieses Oberhauses vom Typ des Rates in Deutschland rührt daher, daß im Jahre 1871 die Macht des Staates ganz in der Hand der leitenden Minister oder Monarchen und der diesen verantwortlichen Beamten lag, und daß diese in einen föderalen Aufbau und insbesondere in einen auf den Verfassungen beruhenden Vollzug der Bundesgesetze eingegliedert werden mußten. Mit Rücksicht darauf, daß die Bundesgesetze zum Teil von den Verwaltungsbehörden der Staaten gehandhabt wurden, hielt man es für nötig, einen Rat zu schaffen, der den Regierungen der Staaten die Möglichkeit gab, sich zu Verwaltungsfragen zu äußern. Bei der Beratung der Weimarer Verfassung wurde dagegen vorgeschlagen, ein Oberhaus in der Form eines Senates, der durch die gesetzgebenden Körperschaften der Staaten gewählt würde, und gleichzeitig eine davon getrennte Verwaltung zu schaffen. Die Länderregierungen widersetzten sich jedoch diesen Aenderungsvorschlägen und hielten an dem System des Rates fest.

Diese beiden Systeme unterscheiden sich in den Methoden der Abstimmung, der Wahl und der Einsetzung der Mitglieder oder Delegierten.

Die Methoden der Abstimmung

Ein wesentlicher Unterschied besteht bei der Stimmabgabe. Im System des Rates geben die Delegierten jedes Staates ihre Stimmen nach den Weisungen ihrer Regierung einheitlich ab. Dieses System ist durch die Verfassung des deutschen Reiches und der Bundesrepublik angeordnet worden; es wurde in der Praxis unter der Weimarer Verfassung gehandhabt. Dagegen erhalten die Abgeordneten im System des Senates keine Weisungen; sie stimmen nach persönlicher Entschließung, möge diese auf ihrer eigenen Meinung, der ihrer Partei oder der ihrer Wähler beruhen.

Wahl und Ernennung

Die Methode der Auswahl und der Ernennung vergrößert die Abhängigkeit der Ratsmitglieder. Als Delegierte einer einzelstaatlichen Regierung werden sie durch die Exekutive ernannt; sie müssen die ihnen erteilten Weisungen befolgen. Die Mitglieder des Senates werden im allgemeinen von den gesetzgebenden Körperschaften des Staates (wie ehemals in den Vereinigten Staaten oder in der Schweiz) oder aber durch Volkswahlen (wie in Australien und heute in den Vereinigten Staaten und in den meisten Schweizer Kantonen) gewählt. In Kanada werden dagegen die Senatoren formell von dem Generalgouverneur, tatsächlich von dem Premierminister des Bundes gewählt. Die Mitglieder des Senats werden für eine bestimmte Zeit (für 6 Jahre in den Vereinigten Staaten und in Australien oder für 4 Jahre in den meisten

Schweizer Kantonen) oder aber auf Lebenszeit wie in Kanada ernannt.

In den Vereinigten Staaten und in Australien wird die Dauer der Amtstätigkeit so berechnet, daß jeder Teil des Senates gleichzeitig mit dem Unterhaus neu gewählt werden muß (ein Drittel alle zwei Jahre in den Vereinigten Staaten; die Hälfte alle drei Jahre in Australien). Da in der Schweiz fast alle Sitze gleichzeitig mit dem Unterhaus neu besetzt werden, ernennen einige Kantone ihre Abgeordneten für eine noch kürzere Zeit, so daß das Oberhaus ein kontinuierliches Organ darstellt.

Wählbarkeit

In allen Bundesstaaten sind die Bedingungen der Wählbarkeit zum Senat durch die Verfassung oder durch Bundesgesetz geregelt. In den Vereinigten Staaten muß ein Senator mindestens 30 Jahre alt sein (5 Jahre älter als ein Abgeordneter); er muß seinen Wohnsitz in dem Staate haben, in dem er gewählt ist, und seit wenigstens 9 Jahren die amerikanische Staatsangehörigkeit besitzen. In Kanada verlangt die Verfassung vor allem ein Mindestalter von 30 Jahren, ein Mindesteigentum und den Wohnsitz in der Provinz. Die australische Verfassung fordert als Bedingung für die Wählbarkeit zum Senat ebenso wie zum Unterhaus ein Mindestalter von 20 Jahren, das aktive Wahlrecht bei den Wahlen zu den Kammern und einen Wohnsitz innerhalb des Bundesgebietes; doch können diese Bedingungen durch Bundesgesetz modifiziert werden.

Dagegen überlassen die Schweiz und Deutschland den Kantonen oder den Ländern die Aufgabe, die Bestimmungen für die Wählbarkeit zum Oberhaus festzulegen, obwohl ihre Oberhäuser verschiedene Gestalt haben. Die Schweizer Verfassung sieht lediglich vor, daß man nicht gleichzeitig Mitglied des Unterhauses und der Bundesverwaltung sein kann. Die von den Kantonen für die Wählbarkeit aufgestellten Bedingungen sind denen für die Wahl zum Unterhaus ähnlich. Ebenso sieht die Verfassung in Deutschland vor, daß die Mitglieder des Rates auch der Regierung des Landes angehören, das sie vertreten müssen; aber in der Praxis nehmen an den Sitzungen häufig Beamte sozusagen als beigeordnete Delegierte teil.

Die Unterschiede zwischen Senat und Rat und besonders zwischen der Art der Stimmabgabe im Rat durch die nicht frei, sondern nach Weisungen handelnden Delegierten und im Senat durch unabhängige Vertreter sind bestimmend für bedeutende Unterschiede auch in den Aufgaben und der Arbeit des Oberhauses. Um jedoch Wiederholungen zu vermeiden, wird der Vergleich zwischen den Vorteilen der beiden Systeme erst zum Schluß dieser Untersuchung vorgenommen werden.

Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive

In allen untersuchten bundesstaatlichen Systemen sind die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive¹ unter zahlreichen Gesichtspunkten zu betrachten, die in ihrer Bedeutung wechseln je nachdem, ob die Exekutive von der Legislative unabhängig oder ihr verantwortlich ist.

Das amerikanische Präsidentschaftssystem und das Schweizer Kollegialsystem sind das Ergebnis einer unabhängigen Exekutive. In beiden Systemen sind Exekutive und Legislative getrennte Organe mit im allgemeinen verschiedenen Funktionen. Wesentlich ist für diese Regierungsform, daß die für einen bestimmten Zeitraum gewählte Exekutive nicht durch die Legislative gestürzt werden und daß sie andererseits das Parlament nicht auflösen kann. Diese Systeme haben zu einer bemerkenswerten Stabilität der Exekutive geführt.

Das Kabinettsystem in Australien und Kanada und seine deutsche Variante sind das Ergebnis einer Verfassungsentscheidung zugunsten einer Exekutive, die der Legislative verantwortlich ist. Aus verschiedenen Gründen besteht diese Verantwortlichkeit in allen Fällen nur gegenüber dem Unterhaus. Ursache für diese Erscheinung scheint die aus der britischen parlamentarischen Praxis herrührende Tradition sowie das Komplex einer gegenüber beiden Kammern verantwortlichen Regierung in einem Kabinettsystem zu sein. Im übrigen wird das Oberhaus tatsächlich nicht in allgemeiner Wahl gewählt; doch muß man beachten, daß sich dieselbe Lage ergibt, wenn das Oberhaus, wie beispielsweise in Australien, in allgemeiner Wahl gewählt wird. Der hinter diesem System verborgene Grundsatz bestätigt noch einmal, daß die Regierungsgewalt stets bei der Volksversammlung liegen muß. Demzufolge setzt sich die Exekutive aus den Führern des Unterhauses zusammen und übt gleichzeitig vollziehende und gesetzgebende Funktionen aus, gleichsam als eine Art von Führungsausschuß dieses Hauses. Die Wesenszüge dieses Systems bestehen darin, daß dem Unterhaus das Recht zusteht, das Kabinett nach Belieben zu stürzen (dieses Recht ist in der Praxis durch die vom Kabinett über die Mehrheitspartei ausgeübte Kontrolle beschränkt), ferner darin, daß das Kabinett das Recht zur Auflösung des Unterhauses hat. Auf diese Weise erzielt man die Koordinierung der gesetzgebenden und vollziehenden Funktion.

Die mit diesen beiden Systemen erreichten Erfolge rühren in weitem Ausmaß vom Bestehen adäquater

politischer Zustände her. Wenn man sich für eine der beiden zur Wahl stehenden Möglichkeiten entscheiden will, muß man auf die zur Zeit in Europa herrschenden politischen und außenpolitischen Zustände sowie auf gewisse Schwierigkeiten achten, welche die Tätigkeit einer Europäischen Föderation für einige Zeit bedingen werden. Dies wird noch in den Schlußfolgerungen erwähnt werden, wenn der Versuch gemacht wird, die Erfahrungen der anderen Bundesstaaten auf die neue Föderation anzuwenden.

Die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative werden in drei Abschnitten behandelt:

1. Stellung der Legislative bei Wahl und Sturz der Exekutive;
2. Mitwirkung der Exekutive bei der Ausarbeitung und der Anwendung der Gesetze;
3. Kontrolle der Legislative über die Tätigkeit der Exekutive.

Wahl und Sturz der Regierung

Bei allen untersuchten Bundesstaaten, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, wird die Exekutive von der Legislative des Bundes oder dem Unterhaus oder unter deren Kontrolle gewählt; unter gewissen Bedingungen kann dies auch in den Vereinigten Staaten der Fall sein. In allen Bundesstaaten, außer in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz, kann das Unterhaus die Regierung aus politischen Gründen stürzen.

Der amerikanische Präsident muß grundsätzlich von einer nur für diese Tätigkeit gebildeten besonderen Versammlung in indirekter Wahl gewählt werden. Mit dem Anwachsen der Parteien wurde seine Wahl zu einer Wahl durch die Volksmehrheiten in der Mehrzahl der Staaten. Erreicht keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit, so entscheidet das Unterhaus, das nach Staaten stimmt, unter den drei Kandidaten, welche die größte Stimmenzahl auf sich vereinigen; dieses mitunter geübte Verfahren ist seit mehr als einhundert Jahren nicht mehr angewendet worden.

Dieses amerikanische System schafft eine starke und stabile Exekutive; auf europäische Verhältnisse kann man es schlecht anwenden, und zwar aus Gründen, die in der Studie über die vollziehende Bundesgewalt ausführlich entwickelt werden. Selbst wenn das Prinzip einer auf einer Einzelperson beruhenden Exekutive annehmbar wäre, so würde am Ende das Fehlen bedeutender Staatsmänner, starker, in mehreren Staaten zugleich organisierter Parteien und einer europäischen öffentlichen Meinung die Erreichung der erforderlichen Mehrheit bei der Wahl einer Einzelperson außerordentlich erschweren. Die Bildung einer Exekutive aus mehreren Personen in allgemeiner Wahl würde noch komplizierter sein. Im übrigen beweisen die amerikanischen Erfahrungen, daß die

¹ Dieser Ausdruck umfaßt die verschiedenen Formen der Exekutivgewalt, so den amerikanischen Präsidenten, den Schweizer Exekutivrat sowie das Kabinett in Kanada und Australien und in der durch das deutsche Grundgesetz modifizierten Form. Für diese Erörterung erscheint es nicht nötig, die Aufgabe des „Staatsoberhauptes“ und die der Exekutive auseinanderzuhalten. (Wegen einer eingehenden Untersuchung dieser Frage siehe die Studie über die vollziehende Bundesgewalt.)

indirekte Wahl durch eine nur für diesen Zweck gebildete besondere Versammlung dort, wo aktive Parteien bestehen, keine wirksame Institution ist.

Das Kabinettsystem in Kanada und Australien hat die Bildung von Regierungen ermöglicht, die relativ stabil für die Führung der Geschäfte sind. Dieser Erfolg scheint zum großen Teil vom Bestehen starker Parteien mit strenger Parteidisziplin abhängig zu sein. In der Praxis besitzen die Kabinettsminister als Führer der Mehrheitsparteien dank des Parteiapparates und dank ihrer Befugnis zur Auflösung der Kammer eine sehr starke Macht über die Mitglieder der Legislative. Setzt sich dagegen die Kammer aus zahlreichen kleinen Gruppen zusammen, so ist es äußerst schwierig, eine stabile Kabinettsregierung zu bilden; es besteht im Gegenteil häufig die Gefahr, daß die Regierung infolge von Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedern der aufeinander folgenden Koalitionen gestürzt wird. Unter diesen Umständen kann die Befugnis der Exekutive zur Auflösung des Parlaments nicht genügen, um die für die Wirksamkeit einer Regierung erforderliche Disziplin zu schaffen. Damit eine solche Regierung Bestand haben kann, müssen die Parteien die Wahl der Kandidaten durchsetzen können, welche die Parteipolitik unterstützen. Dies setzt aber andererseits das Vorhandensein starker und nicht zu zahlreicher Parteien voraus.

Die deutsche Art des Kabinettsystems ist zum Teil darauf abgestellt worden, dieser Lage gerecht zu werden. Obgleich das Unterhaus (der Bundestag) den Kanzler wählt, kann es ihn nur durch die Wahl eines Nachfolgers stürzen. So kann die Regierung nicht allein dadurch gestürzt werden, daß eine eingebrachte Vorlage abgelehnt wird; sie kann durch die Opposition nur zum Rücktritt gezwungen werden, wenn sich diese auf einen neuen Kanzler geeinigt hat. Zweck dieses Systems ist der Schutz einer Regierung der Mitte gegen eine Koalition der extremen Parteien. Seine Einführung müßte eine größere Dauerhaftigkeit der Regierung zur Folge haben; aber die Erfahrung auf diesem Gebiet ist noch zu neu, um sichere Schlußfolgerungen zu erlauben.

Das Schweizer System, bei dem die Exekutive von der Legislative gewählt wird, ohne ihr verantwortlich zu sein, erscheint durchaus empfehlenswert. Es trennt völlig die beiden Aufgaben: die Wahl der Exekutive und die Vorbereitung der Gesetze. Es läßt endlich die Exekutive von beiden Kammern gemeinsam wählen, so daß auch das Oberhaus an der Wahl beteiligt ist. Außerdem scheint die Tatsache, daß die Exekutive von der Legislative gewählt wird, eine Zusammenarbeit der beiden bei der Vorbereitung der Gesetze wesentlich zu erleichtern. Die Stabilität ergibt sich daraus, daß die Exekutive für einen festen Zeitraum gewählt wird und daß sie nur wegen ganz bestimmter Fehler gestürzt werden kann. Da der Bestand der Regierung von der fortwährenden Unterstützung

durch Abgeordnete oder durch Parteien unabhängig ist, ist sie befähigt, für gesetzgeberische Maßnahmen die parlamentarische Unterstützung von Mehrheiten zu erlangen, die nicht durch den Standort der Parteien festgelegt sind.

Die Mitwirkung von Exekutive und Legislative bei der Ausarbeitung und Anwendung der Gesetze

Allgemeine Gesetzgebung

Die unabhängige Exekutive hat ebenso wie die dem Parlament verantwortliche Exekutive, wenn nicht in der Theorie so doch in der Praxis, ein Uebergewicht bei der Entwicklung des Programms für die Bundesgesetzgebung.

Im Kabinettsystem haben die den einzelnen Ressorts vorstehenden Minister die Gesetzesinitiative für alle wichtigen Gesetze; ebenso obliegt es ihnen, diese Gesetze zu redigieren und ihre Behandlung durch die Legislative zu veranlassen. Die Legislative muß ihrerseits die allgemeine politische Auseinandersetzung führen und die vorgeschlagenen Gesetze verabschieden, wenn sie nicht die Regierung stürzen will. Wird das Kabinett durch eine einzige, disziplinierte Partei gestützt, wie zur Zeit in Australien oder Kanada, so stoßen die Gesetzesvorlagen kaum auf eine Opposition durch Parteimitglieder, obwohl gelegentlich Konzessionen an die Opposition gemacht werden. So begnügen sich die Ausschüsse der gesetzgebenden Körperschaften, die unter Rücksichtnahme auf die Stellung der Parteien sowie unter Kontrolle des Kabinetts gebildet werden, bei der Prüfung und Revision der vom Kabinett gekommenen Gesetzesvorlagen mit weniger wichtigen Verbesserungen und mit solchen Einzelheiten, die einen offenen Konflikt mit der Exekutive nicht aufkommen lassen. Starke Ausschüsse der gesetzgebenden Körperschaften vertragen sich oft nicht mit einem strengen Kabinettsystem, insbesondere wenn die gesetzgebenden Körperschaften aus mehreren Parteien bestehen. Die mögliche Rivalität zwischen Ausschüssen und Kabinett kann zu Konflikten und zur Unbeständigkeit führen.

In den Vereinigten Staaten übt der Präsident trotz seiner Trennung vom Kongreß großen Einfluß auf die Gesetzgebung aus. Das beruht zum Teil auf seinem verfassungsmäßigen Recht der Gesetzesinitiative durch Botschaften an den Kongreß sowie dem Recht, Einsprüche gegen ein vom Kongreß verabschiedetes Gesetz einzulegen; zum Teil beruht es auf dem Einfluß, der innerhalb der Legislative durch die Mitglieder seiner Partei ausgeübt wird. So werden viele wichtige Gesetze in den verschiedenen Ministerien abgefaßt. Das Uebergewicht des Präsidenten ist jedoch viel geringer als in den Kabinettsystemen. Die wichtigste Rolle bei der Ausarbeitung der Gesetze spielen die Ausschüsse der gesetzgebenden Körperschaften; sie halten öffentliche Sitzungen zur Erörterung wichtiger Gesetze ab; sie können innerhalb des

Ausschusses Gesetzentwürfe fallen lassen sowie Berichte verfassen, deren Ergebnissen sich die Kammern gewöhnlich anschließen. Da die Parteidisziplin viel geringer ist als in Australien oder in Kanada, sind die Kongreßmitglieder frei zu einer Opposition oder zur Äußerung ihrer Ansicht zu einzelnen Vorlagen, selbst wenn diese zum Programm des Präsidenten gehören.

Ebenso ist der Druck der organisierten Gruppen sowie der öffentlichen Meinung für oder gegen gewisse Maßnahmen von Bedeutung. Im übrigen kann das Veto des Präsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit der beiden Kammern überwunden werden; seine Bedeutung wird dadurch verringert, daß es sich nie gegen einen Teil eines Gesetzes richten kann. Der Präsident und die Minister dürfen an den Beratungen der Legislative nicht teilnehmen.

Die Schweizer Erfahrung ist in diesem Punkt besonders überzeugend. Die Exekutive verfügt hier ebenfalls über eine dominierende Stellung in Fragen der Gesetzgebung, obwohl sie ein Kollegium ist und eine geringere politische Autorität genießt. Die Verfassung gibt der gesetzgebenden Versammlung die volle gesetzgebende Gewalt und gewährt dem Exekutivrat keinerlei Vetorecht. Dagegen ist dieser berechtigt, Gesetzesvorlagen einzubringen, sie der gesetzgebenden Versammlung zu unterbreiten und sogar an ihrer Erörterung teilzunehmen, obwohl seine Mitglieder den Kammern nicht angehören können. Die Legislative ist bestrebt, dem Exekutivrat die Vorbereitung aller Bundesmaßnahmen zu überlassen; wenn sie eine neue Gesetzgebung wünscht, nimmt sie häufig einen Antrag an, der die allgemeinen Grundsätze angibt, die dann durch den Exekutivrat formuliert werden müssen. Gleichzeitig führt diese Unabhängigkeit der Legislative zu einem System von Ausschüssen, das gewiß brauchbar, aber weniger stark als das amerikanische System ist. In den meisten Fällen stimmen diese Ausschüsse und Kammern den ihnen unterbreiteten Vorschlägen des Rates zu; sie scheuen sich aber nicht, diese abzuändern, wenn sie es für zweckmäßig erachten. Dieses Schweizer System ist gut geeignet, wenn die gesetzgebende Versammlung aus mehreren Parteien besteht, von denen keine die Mehrheit besitzt. Die Exekutive kann unter diesen Bedingungen nur schwer den Einfluß auf die gesetzgebende Versammlung gewinnen, der notwendig ist, um die Annahme eines vollständigen Programmes durchzusetzen. Sie wird sich im Gegenteil bemühen, für besondere Maßnahmen die Unterstützung einer Mehrheit zu finden, die von Fall zu Fall wechseln kann.

Das in Deutschland durch das Grundgesetz der Bundesrepublik geschaffene System versucht, die rechte Mitte zwischen dem Schweizer und dem Kabinettsystem zu finden. Wenn aber die Macht des Kanzlers sich auf eine Koalition stützt, dann können kleine Parteien durch die Drohung, dem Kanzler ihre Unter-

stützung zu entziehen, einen übermäßigen Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen. Außerdem bewirkt die, wenn auch begrenzte Möglichkeit, den Kanzler zu stürzen, eine Teilung der Parteien in Mehrheit und Opposition, wie dies für das strenge Kabinettsystem zutrifft. Die gesetzgebende Versammlung ist freier in der Annahme oder Ablehnung einzelner Gesetze als im Kabinettsystem. Das Wesentliche ist aber, wie bei allen Systemen, der Einfluß der Regierung, und dieser bestimmt über ihre Macht gegenüber einer bestimmten Gesetzgebung.

Steuergesetzgebung

Die Befugnisse einer unabhängigen Exekutive über Haushalt und Steuern des Bundes sind andere als die der Exekutive im Kabinettsystem.

In Australien, Kanada und Deutschland enthalten die Verfassungen besondere Bestimmungen, welche die Befugnisse der Exekutive auf steuerlichem Gebiet erweitern. Die kanadische Verfassung untersagt der gesetzgebenden Gewalt die Einführung einer Steuer oder die Gewährung eines Kredits, wenn kein Antrag der Exekutive vorliegt.

In Australien ist es dem Gesetzgeber untersagt, beim Fehlen eines solchen Antrages einen Kredit zu gewähren. Das deutsche Grundgesetz erfordert die Zustimmung des Kanzlers und des Kabinetts, wenn ihre Vorschläge zum Haushaltsplan erweitert oder ergänzt werden. Diese Bestimmungen verstärken den Einfluß des Kabinetts auf die Gesetzgebung. Bei der komplizierten Natur der Kreditgewährung hat die gesetzgebende Versammlung tatsächlich kaum eine Möglichkeit zur Abänderung der Vorlagen, und zwar weil in der Praxis die Vorlagen in Plenarsitzungen der Kammer behandelt oder aber nur allgemeine politische Fragen erörtert werden.

Die Verfassungen der Schweiz und der Vereinigten Staaten enthalten keine ähnlichen Bestimmungen über die Befugnisse der Legislative bei allen Maßnahmen der Kreditgewährung und bei Fragen der Bundessteuern. In den Vereinigten Staaten muß der Präsident der Legislative jährlich einen ins einzelne gehenden Haushaltsplan vorlegen; die Ausschüsse von Kammer und Senat prüfen diesen bis in alle Einzelheiten und erörtern in Sitzungen die Eröffnung von Anleihen für die verschiedenen Ressorts und Verwaltungen. Der Präsident verfügt über dasselbe Vetorecht wie gegenüber jedem anderen Gesetz, aber das Verbot, ein Veto nur gegen einzelne Bestimmungen und nicht zugleich gegen die Vorlage insgesamt einzulegen, beschränkt seine Macht auf diesem Gebiet. In der Schweiz weist die Verfassung die Aufstellung des Haushaltsplanes der Bundesexekutive zu und behält der Legislative das volle Recht der Zustimmung vor. Die Ausschüsse der Schweizer Legislative überprüfen den Haushalt der Exekutive, ändern ihn aber nur selten.

Auflösung durch die Exekutive

Die amerikanische und die Schweizer Verfassung sehen kein Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Legislative und Exekutive vor, und zwar auch nicht, wenn es um wesentliche politische Fragen geht. Im Kabinettsystem werden diese Schwierigkeiten entweder durch den Rücktritt des alten und die Bildung eines neuen Kabinetts gelöst, das mit der Unterstützung des Parlaments rechnen kann, oder aber es kommt zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen. Dank ihrer Befugnis zur Auflösung des Unterhauses und zur Ausschreibung von Neuwahlen kann die Exekutive einen wirklichen Einfluß ausüben, wenn nur unbedeutende Unstimmigkeiten zwischen ihr und den Mitgliedern ihrer eigenen Partei oder der Opposition bestehen. Diese Befugnis ist ein wesentliches Gegengewicht gegenüber dem Recht der gesetzgebenden Versammlung, den Rücktritt des Kabinetts zu erzwingen. Es bedarf jedoch besonderer Bestimmungen, damit dieses System erfolgreich angewendet werden kann. Das Auflösungsrecht kann nur dann die für eine stabile Kabinettsregierung unbedingt notwendige Unterstützung gewährleisten, wenn die Parteiführer ihre Mitglieder genügend in der Hand haben, um die Ernennung oder Wiederwahl eines unerwünschten Abgeordneten zu verhindern. Außerdem können Neuwahlen nur bei einem Zweiparteiensystem zu einem guten Ergebnis führen, wo die beiden Parteien der Wählerschaft die Schwierigkeiten aufzeigen können und wo diese endgültig dadurch beseitigt werden, daß die bisher an der Macht befindliche Partei entweder wieder zur Regierung kommt oder aber durch die Opposition abgelöst wird. In einem Mehrparteiensystem können derartige Wahlen nicht dieselbe Bedeutung haben. In Deutschland läßt das Grundgesetz nicht nur die Auflösung des Parlaments auf Verlangen der Exekutive zu; es sieht darüber hinaus noch einen anderen Weg zur Lösung der Konflikte zwischen Exekutive und Legislative vor. Weigert sich das Unterhaus, eine dringende Gesetzesvorlage zu verabschieden, so kann der Bundespräsident auf Verlangen der Regierung und mit Zustimmung des Oberhauses den Gesetzgebungsnotstand erklären. Lehnt das Unterhaus die Vorlage erneut ab oder verabschiedet es sie nicht innerhalb einer Frist von vier Wochen, so gilt das Gesetz als angenommen, wenn das Oberhaus zugestimmt hat. Dasselbe Verfahren kann innerhalb von 6 Monaten für andere Vorlagen befolgt werden. Die so erlassenen Gesetze dürfen die Verfassung nicht ändern; auch darf der Bundeskanzler nur einmal im Laufe seiner Amtsperiode von diesem Recht Gebrauch machen. Bisher hat sich dieser Fall noch nicht ereignet, so daß man über Ergebnisse des Verfahrens noch nichts sagen kann; es stärkt sichtlich die Stellung der Bundesregierung bei Verhandlungen mit der gesetzgebenden Gewalt über dringende Fragen der Gesetzgebung.

Die Kontrolle der Legislative über die Tätigkeit der Exekutive

Was den Umfang der parlamentarischen Kontrolle über die Exekutive anbetrifft, so gehen hier Theorie und Praxis weit auseinander. Grundsätzlich bewirkt im Kabinettsystem, zum Beispiel in Kanada und Australien, das dem Unterhaus vorbehaltene Recht, das Kabinett zu stürzen, daß das Kabinett für alle seine Handlungen gegenüber der Legislative verantwortlich ist. In der Bundesrepublik Deutschland verschieben die Beschränkungen dieses Rechtes ein wenig die grundsätzliche Lage. Andererseits sind der amerikanische Präsident und der Schweizer Exekutivrat wenigstens theoretisch von der Legislative unabhängig, die keinerlei Kontrolle über sie ausübt.

In Wirklichkeit ist die Lage nicht so klar. Das Kabinett setzt sich aus den Führern der Mehrheitspartei zusammen und kann daher die Mitglieder der Mehrheit durch den Parteiapparat und die Parteidisziplin in der Hand haben. Das Recht zur Parlamentsauflösung verstärkt noch diese Autorität und kann in gewissem Maße zur Beherrschung der Opposition führen. So kann oft das Kabinett das Parlament beherrschen, anstatt von ihm kontrolliert zu werden.

Andererseits sind trotz ihrer theoretischen Unabhängigkeit die amerikanische und die Schweizer Exekutive wichtigen parlamentarischen Kontrollen unterworfen. Die Legislative kann zu Anleihen und zur Einführung neuer Steuern ihre Zustimmung verweigern. Sie kann ferner durch Gesetz die Befugnisse oder die Freiheit der Exekutive einschränken, staatliche Einrichtungen abschaffen oder abändern; das alles gibt ihr eine scharfe Waffe gegen eine unbeliebte Regierung. Der amerikanische Kongreß hat außerdem die Macht der Exekutive dadurch etwas eingeschränkt, daß er unabhängige Kommissionen zur Kontrolle über die Anwendung seiner Gesetze schuf.

Im übrigen eröffnet die amerikanische und die Schweizer Verfassung der Legislative besondere Kontrollen über die Verwaltung. So muß in den Vereinigten Staaten der Senat die durch den Präsidenten erfolgte Ernennung wichtiger Beamter des Bundes bestätigen, bevor der Ernante seinen Posten antreten kann. Dem Kongreß seinerseits gibt die Verfassung das Recht, gegen den Präsidenten sowie andere Beamte Anklage zu erheben und sie ihres Amtes zu entheben, wenn sie bestimmte schwere Delikte begangen haben. Von diesem Recht ist in jüngster Zeit nur gegen Richter, und zwar wegen ganz offensichtlicher Delikte, Gebrauch gemacht worden.

Im Schweizer System werden, außer der Exekutive selbst, gewisse wichtige Beamte, wie der Oberbefehlshaber der bewaffneten Streitkräfte, die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes und andere durch das Gesetz bezeichnete Beamte unmittelbar durch die Legislative des Bundes ernannt. Die Tatsache, daß die Mitglieder des Schweizer Exekutivrats alle 4 Jahre durch die

Exekutive neu gewählt werden müssen, gibt dieser ein Mittel zu einer allgemeinen Kontrolle über den Rat. Außerdem müssen die von der Exekutive abgeschlossenen Verträge in den Vereinigten Staaten vom Senat und in der Schweiz von der Legislative gebilligt werden.

Schließlich hat der Kongreß in den Vereinigten Staaten vielfach Ausschüsse eingesetzt, welche die Tätigkeit der Exekutive und die Ausführung der Gesetze überprüfen. Derartige Untersuchungen sind ein geeignetes Mittel, um Fehler des Systems oder unzweckmäßige Maßnahmen sichtbar zu machen; sie tragen schließlich zur Abstellung der Mängel bei, und zwar durch den Druck der öffentlichen Meinung oder durch die Furcht vor einer neuen Gesetzgebung. In

derselben Absicht hat der Kongreß das Amt eines ihm verantwortlichen Generalprüfers geschaffen, der die Haushaltsführung und die Verwaltung der öffentlichen Mittel zu prüfen hat.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die allgemeine Kontrolle der Verwaltung, wie bei jedem Kabinettsystem, durch das Unterhaus ausgeübt; daneben besitzt das Oberhaus besondere Kontrollbefugnisse über die Ausführung der Bundesgesetze vor allem dann, wenn die Ausführung durch die Verwaltung der Länder geschieht. Ebenso ist es berechtigt, von der Bundesregierung Auskunft über Bundesangelegenheiten zu erlangen (siehe folgenden Abschnitt).

Die Stellung der beiden Kammern

Die Untersuchung über die jeweilige Stellung der beiden Kammern ist eng mit den eben erörterten Fragen verknüpft. Die Aufteilung der Machtbefugnisse zwischen den Kammern ändert sich zum Beispiel je nachdem, ob das Oberhaus dem Typus des Rates oder dem des Senates entspricht. Außerdem hängt die tatsächliche Stellung des Oberhauses unmittelbar nicht nur von seinen nominellen Befugnissen, sondern auch davon ab, ob die Exekutive gegenüber der gesetzgebenden Versammlung verantwortlich oder unabhängig ist. Die Tatsache, daß im Kabinettsystem die Exekutive nur dem Unterhaus verantwortlich ist, hat wichtige Folgen. Wir werden im folgenden die theoretische und tatsächliche Stellung der beiden Kammern untersuchen und zwar im Hinblick auf

1. die Gesetzesinitiative und die Anwendung der Gesetze,
2. die Ratifizierung der Verträge und die Verfassungsänderungen,
3. die Kontrolle der Verwaltung und der Ernennungen.

Gesetzesinitiative und Vorbereitung der Gesetze

Die Verfassungen von vier der untersuchten Bundesstaaten gewähren den beiden Kammern im wesentlichen dieselben Befugnisse zur Gesetzesinitiative und Vorbereitung von Gesetzen, wobei nur für Steuergesetze einige weniger wichtige Ausnahmen bestehen. In Amerika bestehen solche Ausnahmen nur bei Maßnahmen zur Bewilligung von Geldmitteln, die nur vom Unterhaus vorgeschlagen, aber vom Senat geändert werden können und jedenfalls ihm vorgelegt werden müssen, bevor sie Gesetz werden. In Kanada und in Australien hat der Senat kein Initiativrecht auf dem Gebiet der Anleihen sowie der Steuern; in Australien kann er die diesbezüglichen Vorlagen nicht ändern und muß sich damit begnügen, die von ihm gewünschten Änderungen vom Unterhaus zu fordern. Dieser Unterschied ist aber praktisch nicht mehr vor-

handen, da der Senat die Vorlagen ablehnen kann. In der Schweiz genießen beide Kammern gleiche Rechte selbst auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung. Die deutsche Verfassung hat beiden Kammern unterschiedliche Befugnisse verliehen, wie sich weiter unten zeigen wird.

Wo in den Bundesstaaten die Exekutive von den beiden Kammern unabhängig ist, da entspricht die tatsächliche Macht jeder Kammer im wesentlichen ihren verfassungsmäßigen Rechten. In der Schweiz und in den Vereinigten Staaten haben beide Kammern dasselbe Recht zur Gesetzesinitiative und zur Vorbereitung der Gesetze; keine hat ein Uebergewicht; beide Kammern müssen den Vorlagen zustimmen, damit sie Gesetz werden. In der Schweiz dürfen die Mitglieder der Bundesexekutive keiner der beiden Kammern angehören, sie können aber an ihren Beratungen teilnehmen und auf ihr Ersuchen hin die bei der Legislative eingebrachten Texte redigieren. In den Vereinigten Staaten bringt der Präsident im Benehmen mit den Führern von beiden Kammern des Kongresses die Gesetze und Änderungsanträge ein; beide Kammern haben gleiche Rechte bei der Redaktion und Abänderung der Vorlagen während ihrer Ausarbeitung. Wenn zwischen der tatsächlichen Macht des Senates und der des Repräsentantenhauses ein Unterschied besteht, so ist hier die Stellung des Senats stärker, und zwar infolge der größeren Unabhängigkeit seiner Mitglieder, ihrer kleineren Zahl sowie ihres mit ihrer längeren Amtsdauer verbundenen größeren Ansehens.

Im Kabinettsystem unterscheidet sich die tatsächliche Macht der beiden Kammern weitgehend von ihrer verfassungsmäßigen Gleichstellung. In Australien und in Kanada hat das Unterhaus fast immer dominiert, und das Oberhaus ist beinahe zu einer Kammer mit reiner Revisions- und Kontrolltätigkeit geworden, soweit es nicht sogar automatisch seine Zustimmung gibt. In seltenen Fällen, d. h. gewöhnlich

wenn das Oberhaus eine andere Mehrheit als das Unterhaus hat, kann das Oberhaus Aenderungen der Vorlagen erzwingen, die dem Kabinett unerwünscht sind, aber aus Furcht vor einer aussichtslosen Lage von ihm hingenommen werden; das Oberhaus kann aber auch die Zurückstellung der vom Unterhaus genehmigten Vorlagen bewirken, bis sich die öffentliche Meinung dazu äußert.

Wenn aber eine Vorlage sichtlich die Unterstützung der öffentlichen Meinung findet, wird das Oberhaus niemals ihre Verabschiedung verhindern. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe:

1. Der Hauptgrund ist im Wesen einer Kabinettsregierung zu suchen. Das Kabinett ist dem Unterhaus verantwortlich, und die Minister sind im allgemeinen Mitglieder des Unterhauses. Wenn sie ihre Gesetzentwürfe vorlegen, so geschieht dies zunächst durch Einbringung bei dieser Kammer. In diesem Stadium der Diskussion finden notwendigerweise die hauptsächlichsten Debatten über die Vorlagen statt; wenn dann die Vorlagen zum Oberhaus gelangen, sind die allgemeinen politischen Fragen bereits erörtert.

2. Ein zweiter wichtiger Faktor beruht in der Stärke der Parteien. Da im allgemeinen dieselbe Partei in den beiden Kammern dominiert und da die Parteidisziplin sehr streng ist, sind die Parteimitglieder im Oberhaus selten imstande, gegen ein von der Majorität gebilligtes und von dem Unterhause verabschiedetes Gesetz Einspruch zu erheben. So stellen sich die zum Bestehen einer Kabinettsregierung notwendigen starken Parteien dem Bestehen eines starken Oberhauses in den Weg.

Die Erfahrung in Kanada und Australien lehrt, daß ein starkes Oberhaus mit dem Bestehen einer Kabinettsregierung und den zu ihrem Erfolg notwendigen Bedingungen unvereinbar ist. Unter den verschiedenen deutschen Verfassungen ist die Lage noch verwickelter, da das Oberhaus in Form eines Rates besteht. Weder die Weimarer Verfassung noch das Bonner Grundgesetz haben dem Rat gesetzgeberische Befugnisse eingeräumt, die den Befugnissen der Volkskammer gleichkämen. Nach der Weimarer Verfassung konnte sich das Oberhaus einem vom Unterhaus verabschiedeten Gesetz nur durch einen Einspruch widersetzen, den das Unterhaus seinerseits mit Zweidrittelmehrheit überwinden konnte, wenn nicht der Präsident einen Volksentscheid über das Gesetz anordnete. Es ist aber wohl nie dazu gekommen, zweifelsohne weil der Präsident diese Anordnung nur im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler treffen konnte. Das Grundgesetz unterscheidet zwei Arten der Bundesgesetzgebung: zu den einzelnen Gesetzen, die von besonderem Interesse für die Länder sind, muß das Oberhaus seine Zustimmung geben; aber bei den meisten Gesetzen kann eine Ablehnung des Oberhauses durch das Unterhaus überwunden werden, und zwar je nach dem Abstimmungsergebnis

im Oberhaus mit einfacher oder Zweidrittelmehrheit. Dieses System führt natürlich zu Auseinandersetzungen zwischen beiden Kammern über die Frage, ob ein bestimmtes Gesetz zur ersten oder zweiten Kategorie gehört. Um das Gleichgewicht zugunsten des Oberhauses in gewissem Umfang wiederherzustellen, haben beide Verfassungen der Regierung vorgeschrieben, die Gesetzesvorlagen vor der Einbringung im Unterhaus zuerst dem Oberhaus vorzulegen, ohne daß jedoch dessen Zustimmung erwirkt werden müßte. Durch dieses System erreicht man, daß bei Erörterung der Gesetzesvorlagen das Unterhaus die Meinung des Oberhauses kennen lernt. Das Grundgesetz wird aber erst seit zu kurzer Zeit angewandt, als daß man die Auswirkung dieser Bestimmungen auf die tatsächliche Stellung der beiden Kammern beurteilen könnte.

Ratifizierung der Verträge und Verfassungsänderungen

Ratifizierung der Verträge

In den meisten Bundesstaaten, ausgenommen die Vereinigten Staaten, haben beide Kammern bei der Ratifizierung von Verträgen dieselbe Stellung wie bei der Gesetzgebung. In Australien und Kanada ist die Exekutive dem Unterhaus in der Behandlung der außenpolitischen ebenso wie in allen anderen Fragen verantwortlich. Das Kabinett bedarf keiner besonderen Zustimmung zu den Verträgen, wenn nicht besondere Durchführungsgesetze notwendig werden. Im letzteren Fall ist die Stellung der beiden Kammern die gleiche wie bei anderen Gesetzen. Das Grundgesetz der deutschen Bundesrepublik bestimmt, daß alle Verträge durch Bundesgesetz gebilligt werden müssen. Die Mitwirkungsbefugnis des Oberhauses für dieses Gesetz beruht auf den für die Gesetzgebung im allgemeinen geltenden Bestimmungen. Ebenso wie bei der Gesetzgebung räumt die Schweizer Verfassung beiden Kammern für auswärtige Angelegenheiten sowie für Verträge gleiche Rechte ein.

Nach der amerikanischen Verfassung dürfen die vom Präsidenten abgeschlossenen Verträge erst vollzogen werden, nachdem sie der Senat mit Zweidrittelmehrheit gebilligt hat. Man erachtet den Senat infolge seiner geringeren Mitgliederzahl und seiner größeren Stabilität als besonders geeignet für die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten. Da die Verträge oberstes Gesetz des Landes werden, wird diese Bestimmung bis zu einem gewissen Punkt für angreifbar gehalten, weil sie die Volkskammer von der Zustimmung ausschließt.

Zustimmung zu Verfassungsänderungen

Die Stellung der beiden Kammern bei der Initiative zu und dem Beschluß von Verfassungsänderungen wird gewöhnlich in besonderen Bestimmungen der Verfassung geregelt; sie weicht aber nicht viel von ihrer Stellung bei dem Zustandekommen gewöhnlicher Ge-

setze ab. In den Vereinigten Staaten und in der Schweiz haben beide Kammern eine gleiche Stellung, obwohl in den Vereinigten Staaten eine Zweidrittelmehrheit in beiden erforderlich ist. Während in Australien die Verfassungsänderungen im allgemeinen der Billigung beider Kammern bedürfen, bevor sie dem Volk unterbreitet werden, kann unter gewissen Bedingungen auf die Zustimmung einer der Kammern verzichtet werden, wenn der Generalgouverneur in Uebereinstimmung mit dem Kabinett dahingehend entscheidet. Unter der Weimarer Verfassung konnte das Unterhaus den Einspruch des Oberhauses gegen eine Verfassungsänderung unbeachtet lassen; doch konnte dann das Oberhaus einen Volksentscheid fordern. Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik kann nur die Legislative Verfassungsänderungen beschließen, und zwar mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern. Das kanadische Verfahren für Verfassungsänderungen (das zur Zeit revidiert wird) sah ein Gesetz des britischen Parlaments vor, das aber seinerseits nur auf Antrag der kanadischen Legislative tätig wird. Das bedeutet praktisch, daß das Kabinett und das Unterhaus dasselbe Uebergewicht haben wie bei der gewöhnlichen Gesetzgebung.

So scheinen im allgemeinen die zwischen beiden Kammern für die Gesetzgebung bestehenden Gleichheiten oder Ungleichheiten trotz Verschiedenheit der Verfahren auch für Verfassungsänderungen zu bestehen.

Kontrolle der Verwaltung

In allen Bundesstaaten, außer in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, neigen beide Kammern dazu, bei der parlamentarischen Kontrolle der Verwaltung dieselbe Stellung wie bei der Gesetzgebung einzunehmen. In dem australischen und kanadischen Kabinettsystem ist die Exekutive dem Unterhaus für die Verwaltung wie für alle anderen Fragen verantwortlich; bei ernststen Schwierigkeiten kann sie durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden. In der Schweiz besitzen die beiden Kammern großen Einfluß auf die Verwaltung und insbesondere auf die Besetzung der wichtigsten Stellen der Bundesverwaltung.

In den Vereinigten Staaten ist die Lage etwas anders. Soweit der Kongreß die Kontrolle der Verwaltung durch Gesetz, durch die Genehmigung von Anleihen und durch Untersuchungsausschüsse ausübt, haben beide Kammern dieselben Befugnisse. Die Verfassung gibt aber allein dem Senat das Recht, die vom Präsidenten vorgenommenen Ernennungen für wichtige Bundesstellen zu bestätigen oder abzulehnen. Die Tatsache, daß die Mitglieder des Senates eine Aemterpatronage durch den Präsidenten kontrollieren können, verleiht ihnen eine bedeutende politische Macht.

Wie schon in dem Abschnitt über die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive (S. 6137) erwähnt, gibt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland dem Oberhaus nach dem Vorbild der Verfassung

des Kaiserreichs sowie der Weimarer Verfassung besondere Machtbefugnisse zur Kontrolle der Verwaltung. So muß beispielsweise das Oberhaus allen Verordnungen und allen anderen von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen zustimmen, welche die Durchführung der Bundesgesetze durch die einzelnen Staaten betreffen. Diese Bestimmungen beruhen auf der Tatsache, daß das Oberhaus die mit der Ausführung vieler Bundesgesetze betrauten einzelstaatlichen Regierungen repräsentiert. Dagegen hat in der Schweiz eine ähnliche Tatsache (die Anwendung der Bundesgesetze durch die kantonale Verwaltung) weder zu einer Unterscheidung zwischen den beiden Kammern noch zu einem Oberhaus nach Art eines Senats geführt.

Lösung der Konflikte

Wenn die Verabschiedung eines Gesetzes die Zustimmung beider Kammern erfordert, kann deren Uneinigkeit über die Abfassung der Gesetze die Verabschiedung verhindern. Die Gefahr solcher Konflikte, die vom Verhältnis der beiden Kammern zueinander abhängt, hat zur Entwicklung von verschiedenen Verfahren zu ihrer Lösung geführt. Die Gefahr ist in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz größer, da dort Legislative und Exekutive voneinander unabhängig sind und beide Kammern rechtlich und tatsächlich gleiche Befugnisse bei der Gesetzgebung besitzen. Beide Verfassungen enthalten jedoch keine Bestimmung zur Lösung der Konflikte. In der Schweiz befassen sich im Fall von Unstimmigkeiten beide Kammern nacheinander mit einer Vorlage und verweisen sie mit ihren Abänderungsvorschlägen so lange von einer zur anderen Kammer, bis eine Einigung über eine Fassung der Vorlage erzielt wird. Offensichtlich hat dieses System bisher zu keiner ernsthaften Schwierigkeit geführt. In den Vereinigten Staaten hat der Kongreß ein Verfahren zur Regelung der Fälle entwickelt, in denen beide Kammern eine Vorlage in verschiedener Fassung beschließen und jede sich weigert, die Fassung der anderen anzunehmen. Es wird dann ein gemischter Ausschuß aus Mitgliedern beider Kammern gebildet, der einen einheitlichen Kompromißvorschlag ausarbeiten muß. Dieser Text wird dann den beiden Kammern zugeleitet, die ihn ablehnen oder annehmen müssen, aber nicht mehr abändern können. Er tritt ebenso wie jedes andere Gesetz erst nach der Verabschiedung durch beide Kammern in Kraft. Dieses System bewährt sich bemerkenswert gut. Dem gemischten Ausschuß gelingt es fast immer, einen gemeinsamen Text zu finden, der übrigens häufig jeder der vorhergehenden Fassungen überlegen ist. Ebenso nehmen die beiden Kammern gewöhnlich diesen Kompromißvorschlag an. Der Erfolg dieser Methode beruht zum Teil auf der Gewohnheit, sich zu vergleichen, zum andern Teil auf der Tatsache, daß dieselbe Partei wahrscheinlich in beiden Kam-

mern die Mehrheit hat (obwohl die Parteidisziplin nicht sehr groß ist), und schließlich auf dem Druck der öffentlichen Meinung in den Fällen, in denen die Gesetzesvorlage einem dringenden Bedürfnis entspricht oder doch starke Unterstützung findet.

In Deutschland hat das Grundgesetz aus dem gemischten Ausschuß ein Organ des Gesetzgebungsverfahrens gemacht. Im strengen Sinn des Wortes kann ein Konflikt nur bei Gesetzen entstehen, die der Zustimmung des Oberhauses bedürfen, da bei den anderen Maßnahmen die Opposition des Oberhauses durch das Unterhaus überwunden werden kann. Das Grundgesetz sieht einen Vermittlungsausschuß für zwei Fälle vor: auf Antrag des Oberhauses bei den Vorlagen, für die ihm nur das Recht zur Opposition zusteht, und auf Antrag des Unterhauses oder der Regierung bei den Vorlagen, die der Zustimmung des Oberhauses bedürfen. Die Vertreter des Oberhauses in diesem Ausschuß sind entgegen der gewohnten Praxis nicht an Weisungen gebunden. Wenn der Ausschuß Abänderungsvorschläge macht, wird die Vorlage von neuem dem Unterhaus zugeleitet, und dieses kann die ursprüngliche oder die abgeänderte Fassung annehmen, bevor es sie wieder dem Oberhaus zuleitet.

Die australische und kanadische Erfahrung bei Konflikten zwischen beiden Kammern kann nur für das Kabinettsystem als Beispiel dienen. Trotz der

theoretischen Gleichheit beider Kammern haben das tatsächliche Uebergewicht des Unterhauses und die Parteiherrschaft die Häufigkeit von Differenzen stark vermindert. Sie können nur in dem seltenen Fall eintreten, in dem in beiden Kammern verschiedene Parteien die Mehrheit besitzen. Die australische Verfassung hat jedoch mit der Auflösung der beiden Kammern und mit Neuwahlen die notwendigen Mittel zur Lösung dieser Konflikte vorgesehen.

Der Generalgouverneur kann nach Stellungnahme des Kabinetts diese Maßnahmen anordnen, wenn der gleiche Gesetzestext zweimal beschlossen und abgelehnt worden ist. Bisher wurde nur in zwei Fällen von dieser Lösung Gebrauch gemacht, und in beiden Fällen brachten dann Neuwahlen die Entscheidung. Hätte aber der Konflikt angedauert, so wäre er schließlich durch Abstimmung in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser gelöst worden. Die britische Methode zur Lösung eines Konfliktes, nämlich die Ernennung neuer Oberhausmitglieder, kann nach den Bestimmungen der kanadischen Verfassung in gewissem Umfang angewandt werden; das ist aber bisher noch nicht geschehen und kann augenscheinlich nur geschehen, wenn die Ernennungen zum Oberhaus durch die Zentralregierung erfolgen. Australien und Kanada haben sich manchmal eines gemischten Ausschusses bedient, um nicht zu den für Konfliktfälle geschaffenen besonderen Verfahren greifen zu müssen.

Schlußfolgerungen

Aus allen bisherigen Betrachtungen geht hervor, daß Bundesstaaten die Legislative hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, ihres Aufbaus und ihrer Beziehungen zur Exekutive nach völlig voneinander abweichenden Systemen bilden können. Es wäre ein schwerer Irrtum zu folgern, daß eines der besprochenen Systeme gleichermaßen auf einen neu zu gründenden Bundesstaat angewendet werden könnte. Die Erfahrung lehrt im Gegenteil, daß der Erfolg eines jeden Systems bis zu einem gewissen Grad von der Existenz adäquater allgemeiner und politischer Bedingungen abhängt. Man muß daher sorgfältig das politische Klima, in dem die Institutionen funktionieren sollen, und die Schwierigkeiten, die sie zu überwinden haben, prüfen, wenn man aus dem hier zusammengetragenen Material Nutzen ziehen will. Eine erschöpfende Prüfung dieser Fragen würde den Rahmen dieser Studie überschreiten. Aber man kann gewisse Gesichtspunkte prüfen, die einen großen Einfluß auf das gute Funktionieren einiger der für einen europäischen Bund in Frage kommender Formen ausüben können. Hierbei scheinen zwei Gesichtspunkte besonders wichtig zu sein:

1. Während der ersten Zeit seines Bestehens sieht sich ein neuer Bundesstaat weit verwickelteren und

neuartigeren Aufgaben gegenüber als irgendeiner seiner Mitgliedstaaten. In einem bestehenden Staat übernimmt eine neue Regierung zugleich mit den Problemen auch die Mechanismen zu ihrer Lösung. Die neue Bundesregierung wird sich in einer umgekehrten Lage befinden.

- a) In einem bestehenden Staat werden die Probleme, die von der Regierung behandelt werden müssen, sowie die Reihenfolge ihrer Behandlung durch die zu ihrer Behandlung gewählten Verfahren bestimmt. So ist die Aufgabe der Regierung schon fest umrissen. In einem neuen Staat ebenso wie in einer Europäischen Föderation muß sie dagegen auf den meisten Gebieten erst umrissen werden. Die Führer der Exekutive und Legislative haben es viel schwerer, die Probleme herauszuschälen und die Reihenfolge ihrer Behandlung im Hinblick auf die gegebenen Bedürfnisse, Möglichkeiten und die öffentliche Meinung festzulegen.
- b) Dasselbe gilt für die Mittel zur Lösung der Probleme. Die bestehenden Staaten verfügen über eine organisierte Bürokratie, eine Menge von Unterlagen sowie über Methoden, um sie auf dem laufenden zu halten, ferner über Verfahren für Verwaltung und Gesetzgebung und deren Zusam-

menwirken. Dieser ganze Apparat muß von einem neuen Staat erst geschaffen werden. In einer Gemeinschaft von sechs Staaten mit wenigstens vier verschiedenen Sprachen, in der jeder Staat seine eigene Regierungstradition hat, wird es eine lange und schwierige Aufgabe sein, die nötige Anzahl von Beamten und Angestellten zu finden und sie zu einer arbeitsfähigen Verwaltung zu verschmelzen. Diese Umstände machen es ganz offensichtlich erforderlich, der Exekutive eine vernünftige Beständigkeit sowie die Unterstützung der gesetzgebenden Körperschaften zu sichern.

2. Dies alles muß in einem unsicheren politischen Klima geschehen. Heute sind alle Parteien national; das Anwachsen von starken Parteien über die Grenzen hinaus erfordert zweifellos beträchtliche Zeit, und große Anstrengungen sind nötig, bis man zu persönlichen Bindungen und zu einer Verständigung über gemeinsame Programme kommen kann. Daher wird man wenigstens für gewisse Zeit mit zahlreichen kleineren Parteien in der gesetzgebenden Versammlung des Bundes rechnen müssen. Außerdem fehlen einem solchen Bund geeignete Mittel zur Bildung einer starken öffentlichen Meinung. Das Hindernis der Sprachenunterschiede sowie das Fehlen von Veröffentlichungen, die innerhalb des Bundesstaates umlaufen, erschweren die Schaffung von Organen zur Bildung der öffentlichen Meinung. Nur wenige Politiker sind über ein Land hinaus bekannt, und wohl keiner besitzt Anhänger außerhalb seines eigenen Staates.

Alle diese Tatsachen führen zu dem Schluß, daß die gesetzgebende Versammlung wenigstens in der ersten Zeit nicht auf einer festen Grundlage errichtet werden kann. Die zahlreichen Minderheitsparteien müssen zeitlich begrenzte Koalitionen bilden. Sie werden sich leichter über einzelne Gesetzgebungsmaßnahmen als über ein allgemeines Programm einigen. So kann sich die zeitlich begrenzte Mehrheit auf einen wechselnden Zusammenschluß der Parteien gründen. Wenn dann Maßnahmen nicht als Teil eines umfassenden Programms, sondern wegen ihrer besonderen Bedeutung vorgeschlagen und beschlossen werden, kann man vielleicht zu einer Lösung der Anfangsprobleme kommen; diese müssen genau untersucht und ihre Lösung muß in der Prüfung der Tatsachen, der begangenen Irrtümer und der erworbenen Erfahrungen gesucht werden.

Beziehungen zwischen Gesetzgebung und Exekutive

Unter diesen Umständen kann man schwerlich zu der erforderlichen Stabilität gelangen, wenn sich die Exekutive dauernd auf eine Koalition von Minderheitsparteien in dem Parlament stützen muß. Im übrigen hat aber die Exekutive größere Erfolgsaussichten bei der Vorbereitung annehmbarer Lösungen,

wenn sie diese einzeln zur Annahme vorschlagen und wenn sie für bestimmte Maßnahmen die Unterstützung wechselnder Gruppen suchen kann.

Diese Bedingungen scheinen die Zahl der zur Wahl stehenden Möglichkeiten wesentlich zu verringern. Insbesondere fordern sie anscheinend die Annahme eines Kabinettsystems nach australischem und kanadischem Muster. Auch scheint die verschiedentlich gemachte Erfahrung zu beweisen, daß die erforderliche Stabilität nur erreicht wird, wenn nur wenige, gut organisierte und streng disziplinierte Parteien vorhanden sind. Aus den bereits erwähnten Gründen kann man aber in naher Zukunft noch nicht damit rechnen, daß sich diese Bedingungen in einer europäischen Gemeinschaft herstellen lassen. Ohne eine kleine Zahl disziplinierter Parteien ist das Kabinett ständig auf die Minderheiten in der Koalition angewiesen; es kann keinen genügenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben. Unter diesen Umständen ist die Drohung mit der Auflösung des Parlaments nur eine schwache Waffe; selbst wenn sie benutzt würde, würde sie nur selten wie in Großbritannien und in den Dominien die akuten Fragen lösen. Deutschland hat durch das Grundgesetz von 1949 eine abgeänderte Form des Kabinettsystems eingeführt, um damit das Problem zu lösen und eine größere Stabilität zu schaffen; aber hier ist die Erfahrung noch zu kurz, als daß man Folgerungen für die Auswirkungen unter verschiedenen Verhältnissen ziehen könnte.

Man kann nun an eine nach dem Muster der Vereinigten Staaten und der Schweiz von der Legislative unabhängige Exekutive denken. Hier scheint sich der Wunsch nach Stabilität zu erfüllen. Das amerikanische System mit der Wahl eines Präsidenten durch das Volk begründet eine starke individuelle Macht; es kann aber schwierig oder sogar unannehmbar für Europa sein, und zwar aus den in dem Abschnitt über die Bundesexekutive erörterten Gründen, die hier nicht noch einmal besprochen zu werden brauchen.

Die Schweizer Erfahrungen scheinen daher unter den Umständen, mit denen man rechnen muß, das beste Vorbild zur Schaffung einer stabilen und arbeitsfähigen Regierung zu bieten. Ihre wesentliche Bedeutung beruht auf drei Vorzügen:

1. Die Wahl der Exekutive ist von der Annahme eines Gesetzgebungsprogrammes getrennt. Die Exekutive kann aus Mitgliedern der verschiedenen Parteien ohne Rücksicht auf ihre politischen Anschauungen und nur mit Rücksicht auf ihre allgemeine Eignung gebildet werden. Da ihre Wahl durch die gesetzgebende Versammlung erfolgt, wird gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive bei einem späteren Programm erleichtert.
2. Die Mitglieder der Exekutive üben ihre Tätigkeit

für eine bestimmte Zeitdauer aus, welche durch die Legislative nicht abgekürzt werden kann; hierdurch wird die notwendige Stabilität für den Aufbau der Bundesverwaltung erzielt, und die Probleme können systematisch und so, wie sie zusammengehören, gelöst werden.

3. Die Exekutive hängt nicht von einer besonderen Koalition ab; diese Tatsache verschafft ihr die Möglichkeit, notwendige Maßnahmen, die mit der Unterstützung wechselnder Mehrheiten angenommen werden können, der Legislative einzeln zur Annahme vorzuschlagen. Mit anderen Worten: man kann für eine bestimmte Maßnahme die Unterstützung von gewissen Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung erhalten, die in anderen Fällen die Vorschläge der Exekutive keinesfalls unterstützen würden.

Bei der Struktur in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten besteht die Gefahr von Verzögerungen und Konflikten zwischen Exekutive und Legislative. Aber diese Gefahr wird so lange bestehen, als der Bund nicht eine wirksame öffentliche Meinung und wenige, aber starke Parteien als Mittel zur Organisation der politischen Ansichten und Programme herausgebildet hat. Bis heute entstehen die für die Regierung der Gemeinschaft nötigen Kompromisse zwischen den Anschauungen und Interessen nur auf Weisung des Bundes, insbesondere der Exekutive und der gesetzgebenden Versammlung. So wird eine Einigung über einzelne Maßnahmen nur durch eine Politik des „Gebens und Nehmens“ innerhalb der Exekutive und der gesetzgebenden Versammlung sowie zwischen beiden erzielt werden können. Es erscheint daher angebracht, ein System der Gesetzgebung einzuführen, das die Aufmerksamkeit unmittelbar auf die Notwendigkeit einer derartigen Zusammenarbeit und solcher Kompromisslösungen lenkt. Die Schaffung einer Kabinettsregierung, die einen höheren Grad von Einheit und politischer Organisation sowie eine auf Ueberlieferung beruhende strenge Disziplin voraussetzt, kann die bestehenden tatsächlichen Schwierigkeiten vergrößern. Die besondere Anstrengung, die erforderlich ist, um derartige Einrichtungen einem für sie nicht bekömmlichen Klima anzupassen, kann leicht die Aufmerksamkeit von den wirklichen Problemen ablenken und die Allgemeinheit enttäuschen. Man sollte daher besser versuchen, ein System zu entwickeln, das eine tätige Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive und zwischen den beiden Kammern erfordert. Im Laufe der Entwicklung kann dann die öffentliche Meinung einen Druck auf diese Organe für eine allgemeine Lösung der Probleme ausüben.

Die amerikanische und die Schweizer Erfahrung zeigen gleichermaßen, daß die Gefahr von Konflik-

ten bei der Gesetzgebung in Wirklichkeit viel geringer ist, als man befürchten könnte. Eine Zusammenarbeit wird bei dem vorgeschlagenen System dadurch erleichtert, daß die gesetzgebende Versammlung die Exekutive wählt. Zwar wird man einige Gesetze nicht verabschieden können, weil man sich über ihre Fassung nicht einigen kann, aber das hat nur selten die Regierungstätigkeit verhindert. Gewöhnlich kann man sich auf irgendeinen Kompromißvorschlag einigen, wenn die Dringlichkeit eines Gesetzes erkannt ist.

Das Schweizer und das amerikanische System haben funktioniert, obwohl sie keine besonderen Bestimmungen für solche Konflikte vorsehen, wie etwa die Auflösung der Kammern durch die Exekutive oder eine automatische Verlängerung des Haushaltsplanes. Die Einfügung solcher Bestimmungen in das System würde seine Anwendung eher erschweren als erleichtern. Sein Erfolg hängt letztlich von dem Verantwortungsbewußtsein der gesetzgebenden Versammlung und der Exekutive und von ihren Bemühungen um eine Lösung der Konflikte ab. Die Gefahr bei solchen Auswegen liegt darin, daß die Extreme auf beiden Seiten ermutigt und die Bemühungen um einen Ausgleich gemindert werden. Es ist besser, den Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung die volle politische Verantwortlichkeit sowohl für ihre Tätigkeit als auch für ihr Unvermögen zum Erlaß notwendiger Gesetze zu geben.

Die Exekutive müßte gleichzeitig zur Erweiterung ihres Einflusses das Recht der Gesetzesinitiative haben und kraft Verfassung oder Gesetz verpflichtet sein, der gesetzgebenden Gewalt jährlich den Haushaltsplan vorzulegen. Eine Mitwirkung der Exekutive an der Arbeit der gesetzgebenden Versammlung kann dadurch erleichtert werden, daß man ihren Mitgliedern gestattet, ihre Vorlagen in den Ausschüssen und bei den Kammern selbst zu vertreten. Man kann außerdem ein Einspruchsrecht der Exekutive erwägen; doch müßte die Legislative berechtigt sein, den Einspruch mit qualifizierter Mehrheit oder nach bestimmter Zeit mit einfacher Mehrheit zu überwinden.

Folgt man der Schweizer und der amerikanischen Praxis, so muß die Legislative das Recht haben, den Verträgen zuzustimmen; es muß ihre Aufgabe sein, zu der Ernennung der wichtigsten Beamten Stellung zu nehmen. Die amerikanische Methode, nach der die Exekutive diese Ernennungen mit Zustimmung der Legislative vornimmt, dürfte der unmittelbaren Wahl durch die Legislative vorzuziehen sein.

Zusammensetzung der beiden Kammern

Die Ueberlieferung, wonach die gesetzgebende Versammlung eines Bundes aus zwei Kammern besteht, wird zweifellos in einer neuen Föderation beibehalten werden.

Das Unterhaus

Das Unterhaus ist immer in allgemeiner Wahl gewählt worden, wobei die Sitze nach der Bevölkerungszahl verteilt wurden; in einer neuen Föderation wird man vermutlich das gleiche Verfahren anwenden. Die Erfahrung in den verschiedenen Bundesstaaten zeigt den Einfluß, den die verschiedenen Systeme der Wahl für das Unterhaus auf die Zusammensetzung der Parteien, vor allem auf ihre Anzahl und ihren Charakter ausüben. So ist beispielsweise in den angelsächsischen Ländern das Zweiparteiensystem, das sicherlich zur Errichtung eines föderalen Aufbaus beigetragen hat, durch die Anwendung des Persönlichkeitswahlrechts gefördert worden. In Europa würden die Parteien, die über die Landesgrenzen hinaus die Gruppen mit übereinstimmenden Interessen zusammenfassen, auf die Entwicklung der europäischen Auffassungen und Ideen Einfluß ausüben. Deshalb muß der Bund, damit er ein für eine gesunde Parteienstruktur förderliches Wahlsystem erhalten kann, durch die Verfassung zur Regelung des Wahlverfahrens für die Bundeswahlen ermächtigt werden. Aus praktischen Gründen wird es jedoch zunächst erforderlich sein, die derzeitigen Wahlverfahren der Einzelstaaten zu übernehmen oder ihnen doch die Regelung der Wahlen bis zur Ausarbeitung und Einführung eines Bundesgesetzes zu überlassen.

Das Oberhaus

Wie schon in dem Abschnitt über Aufbau und Zusammensetzung der Legislative (S. 6134) dargelegt wurde, liegt die entscheidende Frage für den Aufbau einer gesetzgebenden Gewalt darin, ob das Oberhaus die Form des Senates oder des Rates haben soll, d. h. ob seine Mitglieder von der Legislative der Einzelstaaten gewählt werden und nach eigener Ueberzeugung oder nach ihrer Parteizugehörigkeit abstimmen oder ob sie von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden, an deren Weisungen gebunden sind und geschlossen für die Einzelstaaten ihre Stimme abgeben. Die in den bestehenden Bundesstaaten gewonnene Erfahrung beweist eindeutig, daß die Form des Senates für ein Bundesystem unter europäischen Verhältnissen der Form des Rates weit vorzuziehen ist.

Hierfür sprechen verschiedene Gründe:

1. Deutschland ist der einzige Staat, in dem man die Form des Rates gewählt hat, und zwar infolge besonderer Umstände, die im heutigen Europa sonst nicht mehr gegeben sind. Im Jahre 1871 lag in den deutschen Ländern die Macht im wesentlichen in der Hand der Monarchen und ihrer Verwaltung. Das Hauptproblem bestand darin, diese Zentren der Exekutive zusammenzuschließen und miteinander zu verbinden. Heute gilt in Europa allgemein das Parlament als das demokratische Zentralorgan des Staates. Es erscheint daher unerläßlich, daß die Abgeord-

neten der Staaten für das Oberhaus des Bundes durch die Parlamente und nicht durch die Regierungen bestimmt werden.

Die Form eines Rates ist nicht etwa nötig, damit die Bundesregierung die Ausführung der Bundesgesetze den Staaten übertragen kann, wenn dies wünschenswert erscheint. Die dazu nötige Zusammenarbeit kann durch besondere Verfahren bewirkt werden: Man kann Verwaltungsausschüsse oder -räte bilden, die sich aus Bundesbeamten oder Beamten der lokalen Verwaltung zusammensetzen, und die Vertreter der Einzelstaaten an der Ausarbeitung der hierzu notwendigen Verordnungen beteiligen. Doch darf dieses Problem nicht mit den für den Aufbau einer Legislative gewichtigeren Schwierigkeiten vermengt werden.

2. Der Senat gewährt den Staaten und Einzelgebieten genügend Schutz. Die in den verschiedenen Bundesstaaten gewonnene Erfahrung zeigt, daß die Furcht, die größeren Staaten würden sich zusammenschließen, um den kleineren ihren Willen aufzuzwingen, unbegründet war². Von Anfang an hat sich nämlich der Zusammenschluß der Staaten auf einer anderen Grundlage vollzogen. Sowohl im Senat wie im Rat werden die Mitglieder stets, wenn auch in etwas verschiedener Art, die Interessen ihres Landes vertreten. Ein Senator wird vielleicht der Verteidigung von Vorrechten der Einzelstaaten als politischer Einheit weniger Bedeutung beimessen als ein Ratsmitglied. Er wird aber mindestens ebenso wie ein Mitglied des Rates um die kulturellen und wirtschaftlichen Belange, die Interessen der Bauern und Arbeiter seines Staates besorgt sein, wenn schädigende Maßnahmen des Bundes drohen.

3. Ein Oberhaus in der Form des Rates, das sich aus Delegierten der Länderregierungen zusammensetzt, wird eine Tendenz zur Teilung und Auflösung des Bundes haben. Da die Mitglieder des Rates geschlossen für ihr Land stimmen und weisungsgebunden sind, führt jede Frage zu einer Teilung der Staaten in gegeneinander wirkende Gruppen. Die Anstrengungen, die man machen müßte, um durch den Zusammenschluß derartiger Gruppen die erforderlichen Mehrheiten zu gewinnen, würden wahrscheinlich zum Wiederaufleben alter nationaler Rivalitäten und Gegensätze und zu allgemeinem Mißtrauen führen.

Der Senat wird dagegen dem Bedürfnis nach integrierenden Kräften in der Föderation gerecht werden. Eine Mehrheit kann hier durch den Zusammenschluß von Einzelmitgliedern auf Grund gleicher Anschauungen, Interessen oder Parteizugehörigkeit entstehen, die nationalen Bindungen entgegenwirken und Mit-

²) Die Vorherrschaft Preußens in dem früheren deutschen Bundesstaate beruht auf Faktoren und besonderen Umständen, die mit den heutigen Umständen nicht vergleichbar sind.

glieder derselben Staatszugehörigkeit oft in verschiedenen Gruppen zusammenschließen. Das führt schließlich zu größerer Loyalität gegenüber dem Bund, der aus verschiedenen Gruppen und Staaten besteht. So wird jede Abstimmung im Senat die Einheit der wirtschaftlichen und sozialen Interessen bei den verschiedenen Staaten zugehörenden Gruppen vertiefen.

Außerdem erleichtert der Senat die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen der Verantwortlichkeit und den Interessen des Bundes und denen der Länder. Ein Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern kann die Entscheidung über die zur Diskussion stehenden Fragen und Kompromisse erleichtern. In einem Rat wird der Wert einer Debatte und die Möglichkeit von Kompromissen durch die Weisungsgebundenheit bei der Stimmabgabe herabgemindert. Dadurch wird die Stellung der Legislative als des zentralen Organs zur Prüfung und kompromißweisen Lösung der Interessenkonflikte ernsthaft beeinträchtigt. Daher zeigt sich der Senat als zur Entwicklung in Uebereinstimmung mit dem Wachsen der Gemeinschaft besser geeignet. Alle diese Faktoren beweisen die Ueberlegenheit des Senates unter den europäischen Verhältnissen. Wird dieses System angenommen, so empfiehlt es sich, die Wahl der Mitglieder durch die gesetzgebende Gewalt oder durch das Unterhaus der Einzelstaaten vorzusehen. Das ermöglicht die Wahl von Senatoren, die mit den Bedürfnissen und Auffassungen der Mitgliedstaaten vertraut sind, ohne daß sie der unmittelbaren Kontrolle der Länderregierungen unterstellt würden. Die Senatoren müßten für eine bestimmte Amtsdauer gewählt werden und ihre Stimme frei, ohne Weisung der Regierung oder der Legislative, abgeben dürfen. Ihre Amtszeit müßte lange genug sein, um eine fruchtbare Zusammenarbeit und eine vernünftige Stabilität zu sichern. Sie könnte vier bis sechs Jahre betragen. Ein Wahlsystem in regelmäßigem Wechsel, und zwar so, daß jeweils ein Teil der Senatoren nach zwei Jahren ausscheiden muß, erleichtert die Kontinuität der Arbeit und erlaubt gleichzeitig jedem Parlament, neue Senatoren so oft zu ernennen, daß sich im Senat wirklich die Stärke der Parteien und die öffentliche Meinung der Mitgliedstaaten widerspiegeln.

Ein Senat nach diesem Muster kann bei seiner Arbeit sowohl die Interessen der Länder wie die des Bundes vertreten.

Die Funktionen der beiden Kammern

Die Erfahrungen der untersuchten Bundesstaaten lehren, daß die tatsächliche Stellung und der Einfluß der beiden Kammern ebenso von ihrem Aufbau wie von den ihnen zuerkannten Befugnissen abhängen.

1. In Australien und Kanada hat man die Erfahrung gemacht, daß in einem Kabinettsystem die Volkammer, der gegenüber das Kabinett verantwortlich

ist, rasch zum beherrschenden Element wird und daß das Oberhaus nur mehr ein nachprüfendes Organ ist, obwohl beide Institutionen nominell die gleichen Befugnisse haben. Diese dem Kabinettsystem eigene Tendenz wird durch eine strenge Parteidisziplin verstärkt, die für das System erforderlich ist. Infolgedessen scheint es klar zu sein, daß ein Kabinettsystem mit einer gegenüber der in allgemeiner Wahl gewählten Legislative verantwortlichen Exekutive nicht zu einem Zweikammersystem paßt, in dem die tatsächliche Macht beider Kammern annähernd gleich ist. Gewiß könnte man das Kabinett gegenüber den beiden Kammern verantwortlich machen; das würde aber zu ernstesten praktischen Schwierigkeiten führen, wenn die beiden Kammern nicht übereinstimmen. Die Schwierigkeiten könnten in diesem Fall auch nicht durch eine Auflösung des Parlaments überwunden werden, es sei denn, daß beide Kammern vom Volk gewählt würden. Im übrigen scheint dieses System zu kompliziert zu sein, um dort verwirklicht werden zu können, wo es an der Existenz einer kleinen Zahl starker Parteien mit strenger Parteidisziplin fehlt. Keine dieser Bedingungen scheint bei einem europäischen Bund in naher Zukunft erfüllt zu sein.

2. Im System des Rates suchen andere Kräfte die Macht des Rates einzuschränken, um dem Bundesstaat ein wirksames Funktionieren zu sichern. Die Tatsache, daß die Staaten in dieser Kammer die entscheidende Stimme haben, führt unweigerlich zu Bestrebungen, ihren Einfluß auf die Gesetzgebung einzuschränken. Die Weimarer Verfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik spiegeln beide diese Tendenz wider. Das Oberhaus kann seine Befugnisse auf das Recht zu einem Einspruch beschränkt sehen, den das Unterhaus überwinden kann, wo es sich nicht um Fragen von besonderer Bedeutung für die Einzelstaaten handelt.

3. Die amerikanische und die Schweizer Erfahrung zeigen, daß unter gewissen Umständen ein annäherndes Gleichgewicht beider Kammern erhalten werden kann. Ist die Exekutive von beiden Kammern unabhängig, dann haben die im Kabinettsystem das Unterhaus begünstigenden Faktoren eine geringere Wirkung. Ein Senat als Oberhaus wird im übrigen nicht demselben Druck der Volksmeinung in Richtung auf eine Beschränkung seiner Macht ausgesetzt sein, selbst wenn er zunächst von den Parlamenten der Staaten gewählt wird. Im Gegenteil: Mit dem Anwachsen eines Bundesbewußtseins kann die öffentliche Meinung zu einer Volkswahl führen; aber diese Aenderung braucht die Stellung und die Wirksamkeit der Legislative nicht zu berühren.

Nach dieser Analyse führt die in den untersuchten Staaten gewonnene Erfahrung zu der Schlußfolgerung, daß eine gesetzgebende Versammlung nach Schweizer oder amerikanischem Vorbild in Verbindung mit einer unabhängigen Exekutive die praktischste Lösung für einen neuen Bundesstaat wäre.

Beide Kammern der Legislative müßten dann gleichmäßig an der Wahl der Bundesexekutive, an der Vorbereitung und Verabschiedung der Gesetze, an der Initiative für Verfassungsänderungen beteiligt sein. Aus praktischen Gründen kann es sich empfehlen, dem an Mitgliederzahl kleineren Oberhaus das Recht zur Bestätigung von Ernennungen zu geben. Urteilt man nach der Schweizer und der amerikanischen Erfahrung, so wird die in dieser Studie vorgeschlagene

Gewaltenverteilung die Exekutive in die Lage versetzen, ein gewisses Uebergewicht bei Gesetzgebung und Verwaltung zu behaupten; sie erlaubt der Legislative die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kontrolle über die Exekutive und die Durchführung der Gesetze, ohne die Unabhängigkeit und die Verantwortung der Exekutive oder der Legislative einzuschränken und ohne das Gleichgewicht beider Kammern zu gefährden.

2. Die vollziehende Gewalt des Bundes

Einleitung

In den gegenwärtigen föderalistischen Systemen differieren die Formen der vollziehenden Gewalt sehr weit, vom Parlamentssystem in Australien und Kanada über das präsidentielle System in den Vereinigten Staaten bis zum Kollegialsystem in der Schweiz. Jedes dieser Systeme wurzelt in einer festgegründeten Ueberlieferung und funktioniert im großen und ganzen befriedigend. Auch das abgewandelte Parlamentssystem, wie es in der Bundesrepublik eingeführt ist, scheint sich gut zu bewähren, wenn es auch noch zu früh für ein endgültiges Urteil ist. Jedes dieser Regierungssysteme schien bei seiner Einführung weitaus am besten für die Regierung geeignet zu sein, die gerade gebildet wurde; jedes ist das Ergebnis einer gründlichen Untersuchung über die Lücken und Bedürfnisse in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Der Ueberblick über die Systeme der Exekutive läßt erkennen, daß es verschiedene Wege zur Bildung einer wirksam und rasch arbeitenden Bundesregierung gibt.

Diese geschichtlichen Betrachtungen führen zu folgender Feststellung: Man kann unmöglich mit einiger Sicherheit oder Genauigkeit behaupten oder beweisen, daß die eine oder die andere dieser Formen der vollziehenden Gewalt am besten für eine Europäische Gemeinschaft geeignet ist. Die Bundesstaaten mit einem Parlamentssystem haben es als notwendig erachtet, ein Staatsoberhaupt neben den Regierungschef zu stellen. Dieses Staatsoberhaupt erfüllt gewisse repräsentative Aufgaben, wozu aber in den meisten Fällen die Zustimmung des Kabinetts oder des mit der vollziehenden Gewalt betrauten Rates erforderlich ist. Auf jeden Fall erscheint es notwendig, bei einer Parlamentsregierung ein Staatsoberhaupt vorzusehen; eine neutrale und repräsentative Persönlichkeit ist nötig, um die Lücke zwischen einer scheidenden und einer neu gebildeten Regierung zu überbrücken; sie führt nicht selbst die Regierung, trifft aber die für eine Neubildung der Regierung notwendigen Ent-

scheidungen. Wenn man daher ein Parlamentssystem wählen sollte, so käme man auf Grund der bisherigen Erfahrungen ganz naturgemäß zu dem Schluß, daß auch ein Staatsoberhaupt erforderlich ist. Die sich ergebenden Schwierigkeiten werden weiter unten untersucht.

Die Exekutive, wie auch immer ihre Struktur sein möge, hat sich in allen Bundesstaaten als zentralistische Kraft erwiesen. Das immer größere Uebergewicht, das die Exekutive in allen modernen Staaten zu gewinnen trachtet, hängt zweifellos mit diesem zentralistischen Charakter unmittelbar zusammen. In den bundesstaatlichen Systemen gibt es spezifische Probleme, die im Wesen des Föderalismus begründet sind. Während es nämlich möglich ist, die repräsentierenden Organe den Erfordernissen einer örtlichen Repräsentation anzupassen, so ist dasselbe bei der Organisation der Exekutive bedeutend schwieriger. Natürlich kann man bei der Besetzung der öffentlichen Ämter einen gewissen „Regionalismus“ entwickeln; aber selbst wenn die Beamten im gleichen Verhältnis aus den verschiedenen Gebieten oder Mitgliedstaaten berufen werden, so garantiert das doch nicht notwendigerweise, daß sie mit diesen lokalen Bereichen verbunden bleiben. Sie können sich völlig mit der Regierung des Bundes identifizieren und dazu beitragen, alle Macht in deren Hand zu zentralisieren. Eines der von den heutigen Bundesstaaten vielfach angewendeten (obwohl in den Vereinigten Staaten fast völlig unbekannten) Mittel besteht in der Delegation zahlreicher Verwaltungsbefugnisse an die Teilstaaten, während den Bundesbehörden fast ausschließlich Kontrollaufgaben verbleiben (siehe weiter unten).

Aber selbst wo, wie in der Schweiz, in Deutschland und Oesterreich, dieses Prinzip der Delegation angenommen ist, da tendiert doch die Bundesregierung unaufhörlich nach einer Ausdehnung ihrer Kontrolle.

Im Hinblick auf diese ihm innewohnende zentralistische Tendenz muß ein föderatives System eine zu stark zentralistische Form der Regierung vermeiden, wenn es eine stabile Grundlage für eine längere Zeit schaffen will. Der Ausdruck einer in dieser Richtung ganz ausgesprochenen Tendenz sind die präsidentielle sowie die kollegiale Form. Der amerikanische Präsident ebenso wie der britische Premierminister besitzen heute offensichtlich weit größere Befugnisse als vor einhundert Jahren. Die Entwicklung der Wahlen zur Volks- und Massenwahl, das Bedürfnis nach wirksamer Zusammenfassung der Kräfte, die wiederholten wirtschaftlichen und militärischen Krisen — alle diese und noch zahlreiche andere Faktoren haben zur Herausstellung einer Einzelpersonlichkeit als entscheidendem Führer in diesen Systemen beigetragen. Nur das Schweizer Kollegial- oder Ratssystem (das auch in gewissen amerikanischen Staaten angewandt wird) scheint darauf abgestellt zu sein, diesen Schwierigkeiten zu entgehen. Dieses Kollegialsystem scheint sich übrigens überall gut zu bewähren, wo man es eingeführt hat. Der naheliegende Einwand, daß allein die demokratische Schweiz mit ihrer ununterbrochenen demokratischen Tradition ein solches Gleichgewicht der Macht erreichen konnte, ist unbegründet. Gerade der mehrsprachige Charakter der Schweizer Bevölkerung hat zur Entwicklung dieser Institution geführt. Aus welchem Grund? Weil dieses System das Gleichgewicht unter den Kantonen erhält, selbst bei der Errichtung einer Exekutive. Wenn nur höchstens zwei Minister demselben Staat angehören dürfen

(vorausgesetzt, daß es wie in der Schweiz nur sieben Minister gibt), und wenn diese von den beiden gesetzgebenden Kammern gemeinsam gewählt werden (wie es heute in der Schweiz und bei der Präsidentenwahl in Frankreich und Deutschland üblich ist), dann könnte wahrscheinlich ein echtes Gleichgewicht hergestellt werden; auch könnte eine wirksame Regierungstätigkeit gesichert sein, selbst wenn die Mitglieder des Rates nicht so lange im Amt bleiben wie in der Schweiz. Darüber hinaus ist das in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eingeführte Kollegialsystem jetzt auch für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Vorschlag gebracht worden (siehe Artikel 19 und 32 des EVG-Vertrags). Eine gewisse Einheitlichkeit würde darum durch die Annahme dieses Systems erreicht.

Ist nun ein genügender Zusammenhalt bei einem derartigen Exekutivrat möglich? Bei der Beantwortung dieser Frage muß man sich auf die bisherige Erfahrung stützen. Da alle föderativen Systeme sich bemühen müssen, ein Gleichgewicht zwischen Einheit und Verschiedenheit, zwischen zentralistischen und zentrifugalen Kräften herzustellen, und da sich die Herstellung dieses Gleichgewichtes bei einer Gemeinschaft von mehreren Nationen als besonders schwierig erwiesen hat, empfiehlt es sich, die Gegebenheiten eines Systems zu übernehmen, das als einziges mit gerade diesem Problem fertig werden mußte; man muß aber die heutigen Gegebenheiten der bestehenden Bundesstaaten im einzelnen analysieren, um die Richtigkeit der Ausgangsthese zu beweisen.

Der Aufbau der Exekutive

Dieses Kapitel behandelt nacheinander: die Probleme der politischen Zusammensetzung der Exekutive, die unterschiedliche Regelung ihrer Amtsdauer und ihr Verhältnis zur Legislative, den Wahlmodus und die Probleme bei der Organisation der nichtpolitischen Exekutive, das heißt der Beamtenschaft.

Zusammensetzung

Einzelpersonlichkeit oder Kollegium

Die oberste Exekutivgewalt im Bund kann in den Händen einer Einzelperson oder einer Gruppe von mehreren Personen mit kollektiver Verantwortlichkeit liegen. Es ist überflüssig zu sagen, daß man die Leitung der Regierungsgeschäfte einer bestimmten Anzahl von Personen übertragen muß, die an der Spitze der Ressorts stehen und die verschiedenen Tätigkeiten der Exekutive leiten. Hier haben wir es mit der Unterscheidung zwischen den verschiedenen Arten zu tun, in denen die mit der höchsten Entscheidungsgewalt ausgestattete Autorität gebildet werden kann. Eine kleine Gruppe von Personen braucht ebenso wie eine Einzelperson Unterstützung und Rat, um die Politik eines Bundes führen zu können; man kann aber ein

Organ als Träger der politischen Verantwortung sowie der letzten Entscheidungsgewalt herausstellen.

Das System, eine Einzelperson mit der Ausübung der vollziehenden Gewalt in einem föderativen Regime zu betrauen, ist bisher nur in den Vereinigten Staaten mit Erfolg angewandt worden. Die vollziehende Gewalt liegt in der Hand des Präsidenten. Dieser wird allerdings von einem Kabinett unterstützt, dessen Mitglieder den verschiedenen Ministerien vorstehen, und das den Präsidenten in politischen Fragen berät. Der Präsident besitzt aber die oberste Entscheidungsgewalt und trägt folglich auch die volle politische Verantwortung für alle Akte der Exekutive. Das Kabinett ist nicht eine Einrichtung, um die Verantwortung auf mehrere zu verteilen; es ist vielmehr die notwendige Folge davon, daß der Präsident tatsächlich gar nicht in der Lage ist, alle Angelegenheiten der Regierung selbst zu leiten.

Das grundlegende Argument zugunsten einer Konzentration der vollziehenden Gewalt in einer Person besteht darin, daß man hierdurch eine starke, von inneren Fesseln freie Exekutive sichert. Die Schöpfer der amerikanischen Verfassung haben wohl gefühlt,

daß dies für eine naturgemäß zur Schwäche neigende Bundesregierung unbedingt notwendig ist; sie haben befürchtet, daß eine kollegiale Exekutive durch interne Unstimmigkeiten als Folge lokaler Bindungen in ihrem Wirken geschwächt werden könnte. Dieses System hat zur Folge gehabt, daß „das Amt des Präsidenten ganz wesentlich und vor allem die einzige unitarische und einigende Institution im Staatsaufbau der Vereinigten Staaten geworden ist“¹. Der Präsident ist der Wortführer der Nation als Ganzes geworden; dadurch ist er oft in Konflikt mit der gesetzgebenden Gewalt geraten, in der die lokalen Interessen unmittelbar vertreten sind.

Gibt man dem Staatsaufbau in seinen Institutionen ein stärker unitarisches Gepräge, als sich dies in der politischen Wirklichkeit bisher findet, so schafft man damit die Gefahr, daß einzelne damit unzufriedene Gebiete sich von der Vereinigung zurückziehen. Ist die Heterogenität in der Union zu groß, so besteht die Gefahr, daß die bei einer Person ruhende Exekutive nicht mehr einen Kompromiß zwischen den lokalen Interessen der verschiedenen Länder sondern die Herrschaft eines Gebietes über ein anderes repräsentiert. In letzterem Fall verliert das in der Minderheit befindliche Gebiet jede Garantie dafür, daß seine Interessen von der Exekutive beachtet werden. Die Verhältnisse unmittelbar vor dem Sezessionskrieg illustrieren diese Lage sehr gut. Die Gegensätze waren im Lande zu groß. So suchten die Präsidentschaftskandidaten sich in rivalisierenden Gebieten aufstellen zu lassen; das unterlegene Gebiet konnte der Wahl Lincolns nicht zustimmen, weil sie zuviel Macht auf ein Organ konzentrierte, an dem es selbst keinen Anteil hatte. Kurz gesagt, die Exekutivgewalt einer einzelnen Person überläßt ausschließlich der Legislative den Schutz der lokalen Interessen; dieser Schutz ist aber bei besonders hervortretenden Interessen ungenügend.

Die kollektive Exekutive in der Form des Rates (Schweiz) oder eines Kabinetts begegnet dieser Schwierigkeit. Bei dieser Form der Exekutive kann die Macht einem Kollegium anvertraut werden, und entsprechende Bestimmungen können die Vertretung aller Gebiete in diesem Kollegium ermöglichen. So fordert die Verfassung der Schweiz, daß alle Mitglieder des Exekutivrates Bürger verschiedener Kantone sein müssen. Diese Bestimmung der Verfassung ist durch eine Konvention ergänzt worden, die den Kantonen mit französischer Sprache eine Mindestzahl von Sitzen vorbehält. In Kanada enthält zwar die Verfassung keine derartigen Bestimmungen, doch sind die Sitze im Kabinett stets unter voller Beachtung der regionalen Ansprüche aufgeteilt worden. Jede Provinz erhält einen Sitz; die beiden bedeutendsten Provinzen, Ontario und Quebec, verfügen über mindestens

4 Sitze. In diesen beiden Ländern werden die Entscheidungen von den Mitgliedern der Exekutive gemeinsam getroffen, von denen man erwartet, daß sie sich zugunsten der von ihnen vertretenen Provinz ebenso wie für die von ihnen vertretenen Ressorts einsetzen.

Mit anderen Worten: Die kollektive Exekutive kann aus einer Koalition von solidarisch verantwortlichen Repräsentanten verschiedener Gebiete bestehen, während ein Einzelnr als Träger der Exekutivgewalt notwendigerweise ein Beauftragter der Nation als Ganzes ist. Im ersten Falle hat man eine Koalition von Gebieten, im zweiten bestenfalls einen Kompromiß. Es scheint, daß die Konzentrierung der vollziehenden Gewalt in einer Person nur in solchen Bundesstaaten zweckmäßig ist, in denen die regionalen Verschiedenheiten nicht zu stark sind. Infolge ihrer vereinheitlichenden Tendenz und des Ausschlusses regionaler Vertreter von den Entscheidungen der Exekutive bleibt die Legislative die einzige Institution, die regionale Verschiedenartigkeiten bewahren kann. In Bundesstaaten mit starken politischen, sprachlichen und religiösen Unterschieden sowie mit unterschiedlicher Ueberlieferung hat man dies als ungenügend angesehen. Man wirft zwar der kollektiven Exekutive vor, daß sie zu einer zu großen Schwäche neigt, weil die regionalen Meinungsverschiedenheiten innerhalb ihrer selbst bestehen; wenn aber diese Schwäche wirklich vorliegt, so zeigt sie nur an, wie eng begrenzt die Einheit ist, auf welche der Bund sich gründet.

Die Wahl einer individuellen oder einer kollektiven vollziehenden Gewalt hängt davon ab, ob nur die gesetzgebende Gewalt oder auch die Exekutive die regionalen Interessen zu vertreten hat. Zwei andere Gesichtspunkte bedürfen noch der Erwähnung. Erstens wird die kollektive Exekutive auf einer ähnlichen Grundlage wie die gesetzgebende Gewalt, d. h. von der Nation als einem Zusammenschluß von Gebieten gewählt. Sie unterliegt derselben Art von Einflüssen, und infolgedessen wird der Exekutive die harmonische Zusammenarbeit mit der Legislative weniger Schwierigkeiten bereiten. Andererseits wird die von einem Einzelnen getragene Exekutive von der ganzen Nation gewählt; sie gerät daher leichter in Gegensatz zu der Legislative eines Teilgebiets. Diese Tatsache ist völlig unabhängig von der Trennung der Gewalten, was durch einen Vergleich der Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative in Amerika und der Schweiz bewiesen werden kann. Wenn jedoch in den parlamentarischen Verhandlungen von Vertretern bestimmter Gebiete innerhalb der Legislative Obstruktionspolitik getrieben wird, dann ergibt sich als Gegenstück zu der ersten Feststellung, daß die kollektive Exekutive im Gegensatz zur individuellen Exekutive kein genügendes Ansehen besitzt, um damit fertig zu werden.

¹) Wheare, „Federal Government“, S. 90.

Der zweite Punkt betrifft gewisse Schwierigkeiten bei der Wahl der kollektiven Exekutive. Wir werden ihn weiter unten bei den Arten der Wahlen behandeln.

Trennung oder Verbindung von Staatsoberhaupt und Exekutive

Das zweite grundlegende Problem liegt darin, ob die Funktionen des Staatsoberhauptes von denen der politischen Exekutive getrennt oder ob beide Funktionen in einer Institution zusammengefaßt werden sollen. Man kann die Funktionen des Staatsoberhauptes in zwei Hauptkategorien einteilen.

a) In allen Staaten übt es als Repräsentant des Staates bei inneren und auswärtigen Angelegenheiten eine zeremonielle und symbolische Funktion aus. Diese Tätigkeit kann in einem föderalistischen System als Mittel zur Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls der Mitgliedstaaten besondere Bedeutung gewinnen.

b) Das Staatsoberhaupt wird im allgemeinen mit politischen Funktionen von oft sehr verschiedenem Umfang betraut, der zwischen einer der Stellung des deutschen Kanzlers zur Weimarer Zeit fast gleichwertigen Bedeutung und der politisch bedeutungslosen Rolle des österreichischen Präsidenten nach der Verfassung von 1920 schwankt.

Die der Initiative des Staatsoberhauptes überlassenen politischen Befugnisse sollen im allgemeinen eine zusätzliche Garantie für die Verfassung schaffen und das Funktionieren des parlamentarischen Systems erleichtern.

Damit das Staatsoberhaupt diese beiden Funktionen ausüben kann, muß es besorgt sein, so wenig wie möglich mit politischen oder regionalen Interessen identifiziert zu werden; es soll ja die Nation in ihrer Gesamtheit vertreten. Deshalb sprechen gewichtige Gründe für die Trennung des Staatsoberhauptes von der politischen Exekutive, und zwar bei jedem System, denn bei politischen Maßnahmen kann nie mit der Zustimmung der gesamten Bevölkerung gerechnet werden. Ein Staatsoberhaupt kann nur dann seine symbolische Funktion erfüllen, wenn man es nicht mit einer politischen Partei identifiziert. Wenn es sich politisch betätigt, hört es auf, das Symbol des ganzen Bundesstaates zu sein. In den Vereinigten Staaten ist die symbolische Funktion des Präsidenten sehr klein, da hier beide Funktionen in seiner Person vereinigt sind. Er ist Führer einer Partei und kann als solcher von der Opposition nicht als Symbol des Bundesstaates angesehen werden. Vielmehr betrachtet die Nation die Fahne und die Verfassung als Symbole ihres Landes.

Die Argumente zugunsten einer Trennung dieser beiden Ämter gelten auch für die Erfüllung der politischen Aufgaben des Staatsoberhauptes, denn diese sollen im allgemeinen im parlamentarischen

System durch eine „neutrale“ Person ausgeübt werden. Sind aber beide Funktionen zusammengefaßt und gehört das Staatsoberhaupt derselben Partei an wie die politische Exekutive, so wird man mit einigem Grund den neutralen Charakter seiner Handlungen in Zweifel ziehen können. Nicht nur die Neutralität des Staatsoberhauptes, sondern noch mehr die allgemein verbreitete Ueberzeugung von seiner Neutralität sind wesentlich für die gute Erfüllung seiner Funktion. Dies stellte sich klar heraus, als die Generalgouverneure der Dominien durch die Kritik an ihren politischen Maßnahmen in eine unhaltbare Lage gerieten.

Es gibt noch ein weiteres, auf entgegengesetzte Erwägungen gestütztes Argument zugunsten einer Trennung der politischen Exekutive von der Funktion des Staatsoberhauptes, besonders im parlamentarischen System. An Stelle des Wunsches, das Staatsoberhaupt aus den politischen Kontroversen herauszuhalten, betont dieses Argument die Notwendigkeit eines zweiten Vertreters der Exekutive, der politische Unterstützung genießt und entweder als hemmender Faktor oder als Element der Stabilisierung bei der normalen politischen Exekutive wirkt. Aus dieser Ueberlegung heraus haben die Schöpfer der Weimarer Verfassung dem Staatsoberhaupt sowohl eine starke politische Stellung wie ausgedehnte Befugnisse gegeben. Die Trennung des Präsidenten von dem Kabinett sollte den Präsidenten nicht von der Verbindung mit der Politik entfernen; sie sollte nur das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Zweigen der Exekutive herstellen. So hat man im Jahre 1929 die Stellung des österreichischen Staatschefs verstärkt, um einen stabilisierenden Einfluß auf die parlamentarische politische Exekutive auszuüben.

Diese beiden Argumente sprechen für die Trennung der Exekutive vom Staatsoberhaupt. In den Vereinigten Staaten und in der Schweiz sind jedoch die beiden Funktionen vereinigt. In den Vereinigten Staaten geht die Zusammenlegung auf praktische Schwierigkeiten zurück, die sich bei einer Trennung im System der auf einer Einzelperson ruhenden Exekutive ergeben. Wir haben oben gezeigt, daß hier die Exekutive zum Wortführer der Föderation als Ganzes im Gegensatz zu den regionalen Divergenzen wird. Aber das ist gerade die Aufgabe, deren Erfüllung man von dem Staatsoberhaupt in seiner zeremoniellen Funktion erwartet. Damit würde aber seine Aufgabe zweimal erfüllt werden. Einige andere Aufgaben, welche keinen Anlaß zu Kontroversen geben, können im System der Gewaltenteilung ebenfalls vom Staatsoberhaupt ausgeübt werden.

In der Schweiz hat man beide Ämter aus einem anderen Grund miteinander verbunden. Es entspricht allerdings nicht ganz den Tatsachen, wenn man behauptet, sie seien miteinander verschmolzen: Die politische Exekutive ist kollektiv; ein Mitglied des

Exekutivrates übt gleichzeitig die Funktionen des Staatsoberhauptes aus. Der Präsident des Bundes ist vor allem Präsident des Exekutivrates, aber er übt auch die traditionellen Funktionen eines Staatsoberhauptes aus, d. h. er repräsentiert den Bund in seinen inneren und auswärtigen Angelegenheiten. Er hat sozusagen keine besonderen politischen Befugnisse, und diejenigen, die er besitzt, stehen ihm nur als Präsident des Exekutivrates (d. h. als Mitglied der politischen Exekutive) zu. In diesem Zusammenreffen der beiden Ämter kann man daher eher eine praktische Beseitigung des Amtes des Staatsoberhauptes sehen als einen Präzedenzfall für die Verschmelzung der beiden Ämter. Dies scheint um so mehr zuzutreffen, als die symbolische Funktion des Präsidenten der Eidgenossenschaft ganz besonders beschränkt ist. Die Bedeutung dieses Amtes wird noch durch die Praxis vermindert, daß es die Mitglieder des Exekutivrates der Reihe nach innehaben. Im übrigen wird ein Staatsoberhaupt für andere als diese Aufgaben nicht gebraucht.

Amts-dauer der Exekutive und ihr Verhältnis zur Legislative

Für dieses Problem gibt es zwei grundsätzliche Alternativlösungen: Die Exekutive kann für eine fest bestimmte Zeit im Amt belassen werden, oder sie kann in der Dauer ihres Mandates vom Willen der Legislative abhängig sein. Diesen Lösungen entsprechen zwei wesentliche Formen der Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative. Wenn die Exekutive für eine bestimmte Zeitdauer eingesetzt ist, dann sind nach der Verfassung Exekutive und Legislative voneinander unabhängig; im anderen Fall ist verfassungsgemäß die Exekutive von der Legislative abhängig. Man findet einerseits in der amerikanischen Regierung, andererseits auch in den parlamentarischen Regierungen Beispiele für diese beiden Auffassungen.

In den Vereinigten Staaten wird der Präsident für die Dauer von vier Jahren gewählt; er ist während dieser Zeit unabsetzbar, es sei denn durch das besondere Verfahren des „impeachment“* oder daß er eines Verbrechens gegen das Common Law für schuldig befunden wird. Während der Dauer seines Amtes ist er der Legislative gegenüber nicht verantwortlich und kann mit ihr in Konflikt stehen. Bei einer parlamentarischen Staatsform dagegen ist die Amtsdauer der Exekutive nicht festgelegt; sie ist vielmehr vor dem Fortbestand des Vertrauens des Parlaments abhängig; dementsprechend sind Exekutive und Legislative nicht voneinander unabhängig, und ein Konflikt zwischen ihnen muß durch den Rücktritt der Regierung oder durch die Auflösung der Kam-

mern gelöst werden. Diese verfassungsmäßigen Beziehungen bezeichnet man im allgemeinen als „Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative“, wenn auch in Wirklichkeit manchmal das Gegenteil zutrifft. Jedenfalls stehen beide untereinander in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis.

Bevor man die jeweiligen Vorteile dieser beiden Systeme prüft, empfiehlt es sich, die Schweizer Auffassung von der Unabhängigkeit der Exekutive hervorzuheben. In der Schweiz wird die Exekutive für eine bestimmte Zeitdauer gewählt; sie kann während dieser Zeit auch nicht durch ein Mißtrauensvotum der gesetzgebenden Versammlung abgelöst werden. Der Unterschied zum amerikanischen System besteht also nicht in der Amtsdauer der Exekutive sondern in ihrem Verhältnis zur Legislative. Im Gegensatz zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wird die Schweizer Exekutive von der Legislative gewählt und ist dieser formell untergeordnet. Diesen Eindruck könnte man wenigstens aus der alleinigen Lektüre der Verfassungstexte gewinnen. In der Praxis gilt das Gegenteil: irgendein Mitglied des Rates kann die Rolle eines politischen Führers übernehmen; der Rat im ganzen genommen hat einen Einfluß von steigender Bedeutung sowohl bei der Festlegung der politischen Richtlinien als auch bei ihrer Ausführung. Es gibt eine Trennung der Gewalten, aber diese sind nicht durch Verfassungsbestimmungen koordiniert. Infolge der Tatsache, daß die Exekutive nur quasi-unabhängig von der Legislative und an deren Richtlinien gebunden ist, ist man noch nie in eine ausweglose Lage gekommen, obgleich noch keinerlei Bestimmungen für den Rücktritt der Regierung oder die Auflösung der Kammern bestehen. Die verfassungsmäßige Auffassung von diesen Beziehungen neigt dazu, die Exekutive viel mehr zu einem Organ der Verwaltung als zu einem Organ der Politik zu machen. Diese Entwicklung wird durch die häufige Zuflucht zum Referendum erleichtert, das in Fällen politischer Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Gewalten eine schnelle und endgültige Lösung erlaubt.

Ohne alle Argumente zu prüfen, die sich zugunsten der relativen Vorteile einer Gewaltenteilung und einer Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative aufführen lassen, kann man doch die großen Linien aufzeichnen, um dann mehr auf Einzelheiten einzugehen, die sich speziell auf eine Bundesregierung beziehen. Zugunsten der konstitutionellen Unabhängigkeit der Exekutive von der Legislative hat man zwei Hauptgründe angeführt. Zunächst scheint ein System von unabhängigen Gewalten dazu geeignet zu sein, den Uebergriff der Regierung auf Gebiete, die ihr nicht zustehen, zu verhindern. Weiterhin sichert die Einsetzung der Exekutive für eine bestimmte Zeit die Stabilität der Regierung besonders in den Fällen, in denen die Kammern keine sicheren

*) Anmerkung des Uebersetzers: Anklage vor dem Senat wegen Hochverrats.

Mehrheiten haben. Man weiß aus der Geschichte, daß es in Regimen, deren Exekutive für eine bestimmte Zeitdauer eingesetzt war, keine Regierungskrisen gab, während das mehr oder weniger häufig bei Kabinetten vorkommt, die sich auf wechselnde Koalitionen stützen.

Im Gegensatz dazu verhindert das parlamentarische Kabinett, daß die Zwistigkeiten zwischen Exekutive und Legislative in einer Sackgasse enden; in den Vereinigten Staaten ist dieser Fall indessen nur selten eingetreten. Wie bereits erwähnt und wie die Erfahrungen in der Schweiz zeigen, ist dies nicht notwendigerweise eine Folge der festen Amtsdauer der Exekutive. Zum Kabinettsystem wird auch deshalb geraten, weil es mit größerer Wahrscheinlichkeit zu Gesetzgebungsprogrammen führt, und zwar wegen des Vertrauens des Gesetzgebers in die Exekutive und der kollektiven Verantwortlichkeit des Kabinetts für die gesamte Politik.

Neben diesen allgemeinen Ueberlegungen gibt es gewisse Sonderprobleme, die aus dem bundesstaatlichen System und aus dem ihm zugehörigen Zweikammersystem herrühren. In jedem Zweikammersystem besteht stets die Möglichkeit einer Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Kammern. Man kann dies einfach hinnehmen oder versuchen, die Gegensätze durch Bestimmungen, welche die Befugnisse der beiden Kammern voneinander scheiden, zu überwinden. Die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive stehen in engem Zusammenhang mit diesem Problem. In jedem System einer verantwortlichen (parlamentarischen) Regierung ist das Kabinett immer von Rechts wegen oder in der Praxis nur einer der beiden Kammern verantwortlich gewesen. Der Grund hierfür ist einleuchtend: Wenn es zu einem Streit zwischen beiden Kammern kommt und eine von ihnen die Regierung stürzen kann, könnte die Neubildung einer Regierung unmöglich werden. Daraus entstand das Vorrecht des Unterhauses zur Aufrechterhaltung der Regierung.

Aus diesem Grund ist in allen föderativen Systemen, die eine parlamentarische Regierungsform angenommen haben, die Bedeutung der zweiten Kammer gesunken. Das gilt nicht nur für die Regierungsformen, in denen der zweiten Kammer durch die Verfassung ausdrücklich eine zweitrangige Rolle zugewiesen wurde, wie in der deutschen Republik, sondern auch in Kanada und in Australien, wo das Oberhaus verfassungsgemäß gleichrangige Funktionen hat wie das Unterhaus. Die australische Erfahrung ist in diesem Punkt völlig überzeugend. Die zweite Kammer hat nach dem Wortlaut der Verfassung nicht nur gleiche Befugnisse (außer bei der Initiative für Steuergesetze), sondern sie wird auch in allgemeiner Wahl gewählt. Man könnte also zum Unterschied von dem kanadischen Oberhaus erwarten, daß sie einen bedeutenden politischen Einfluß habe. In-

dessen hat innerhalb kurzer Zeit die Verantwortlichkeit des Kabinetts allein gegenüber dem Unterhaus zu einem beträchtlichen Absinken der politischen Bedeutung des Oberhauses geführt. Das Kabinettsystem fordert, daß eine der beiden Kammern die Oberhand hat, damit eine Exekutive mit dem Vertrauen der Legislative gebildet werden kann. Die Volkskammer hat überall größere Bedeutung erlangt als das Oberhaus.

Die Bedeutung dieses Punktes für die föderalistischen Systeme ist offensichtlich. In einem föderalistischen System hat das Oberhaus traditionsgemäß die regionalen Interessen zu schützen. Da das Oberhaus im Kabinettsystem aber an Bedeutung verliert, kann es diesen Schutz nicht mehr wirksam gewähren.

In Kanada und Australien sollte das Oberhaus diesen Schutz geben, aber in keinem der beiden Länder wurde dies erreicht. Statt dessen wurden die regionalen Interessen durch regionale Verteilung der Sitze im Kabinett und durch gewisse außerparlamentarische Verfahren wie die Konferenz der australischen Premierminister geschützt. Obwohl die zweite Kammer notwendigerweise in einem Kabinettsystem ihre allgemeine Aufgabe des Schutzes der regionalen Interessen einbüßt, kann man ihr doch gewisse bescheidenere Befugnisse zuerkennen, besonders bei der Kontrolle der Bundesverwaltung und deren Eingriffen gegenüber den Mitgliedstaaten. (Siehe hierzu weiter unten: Zuständigkeit und gesetzgebende Gewalt besonders im Hinblick auf Deutschland.)

Ein mit der festen Amtsdauer der Exekutive verbundener großer Vorteil liegt darin, daß eine Differenzierung der politischen Bedeutung beider gesetzgebender Kammern nicht nötig ist. In der Schweiz und in den Vereinigten Staaten hat man den beiden Kammern durch die Verfassung den gleichen Status verliehen (der amerikanische Senat hat in der Wirklichkeit gewisse wichtige Befugnisse bezüglich der Exekutive sowie seiner gleichwertigen Stellung in der Gesetzgebung erhalten); dieser gleiche Status ist ihnen verblieben. Die zweiten Kammern sind deshalb geeignete Institutionen zum Schutz der regionalen Interessen, und obwohl in der Schweiz diese Funktion auch von der Exekutive ausgeübt wird, können sie hier diejenigen Aufgaben erfüllen, die der zweiten Kammer in einem Bundesstaat obliegen.

Im Kabinettsystem kann es keine unlösbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen Exekutive und Legislative oder zwischen den beiden gesetzgebenden Kammern geben.

Man vermeidet ernsthafte Konflikte zwischen den beiden Kammern entweder durch Bestimmungen der Verfassung, welche die Macht der zweiten Kammer beschränken und die politische Vorherrschaft einer der beiden Kammern bestätigen, oder durch besondere Bestimmungen wie die in Australien be-

stehende doppelte Auflösung. Meistens erreicht man dieses Ergebnis schon durch das Uebergewicht des Unterhauses.

Diese Konflikte müssen überwunden werden, damit die Exekutive gebildet werden kann. Im System einer unabhängigen Exekutive können andererseits unlösbare Konflikte nicht nur zwischen Legislative und Exekutive, sondern auch zwischen den beiden gesetzgebenden Kammern entstehen. Da aber die Exekutive permanent besteht, entstehen keine Regierungskrisen aus diesen Zwistigkeiten, obwohl der Streit natürlich zum Scheitern des gemeinsamen Regierungsprogramms von Exekutive und Legislative führen kann. Wesentlich ist, daß im System einer unabhängigen Exekutive auch die beiden Kammern voneinander unabhängig sein können. Sowohl in der Schweiz wie in den Vereinigten Staaten gibt es kein verfassungsmäßiges Verfahren zur Lösung von Konflikten zwischen den Kammern, und obwohl nebenbei Verfahren wie das der gemischten Ausschüsse beider Kammern zur Beseitigung von geringeren Schwierigkeiten bei Gesetzesvorlagen angewendet werden, ist es für das Regierungssystem doch nicht wesentlich, daß solche Meinungsverschiedenheiten gelöst werden. Die Tatsache, daß es bei einer unabhängigen Exekutive leichter zu Unstimmigkeiten kommen kann, muß als Nachteil gewertet werden. Man kann diese Uneinigkeit aber auch als wesentlich für die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Zentralismus und Autonomie ansehen und behaupten, es liege im Wesen des Föderalismus, daß die Regierung eine größere Zustimmung als die der Mehrheit einer einzigen Kammer benötigt. Die unabhängige Exekutive nach Schweizer und nach amerikanischem Muster gestattet die Bildung von zwei Kammern mit gleichen Befugnissen, wenngleich auf verschiedene Weise. Soll die zweite Kammer ein wirksames Instrument zum Schutz regionaler Interessen werden, so ist die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten mit dem Unterhaus eine notwendige Folge.

Die Natur der zweiten Kammer hängt daher eng zusammen mit der Wahl zwischen einer verantwortlichen und einer unabhängigen Exekutive. In der australischen verfassungsgebenden Versammlung hat man behauptet, daß eine verantwortliche Exekutive mit der Aufrechterhaltung des föderalen Gleichgewichtes unvereinbar sei wegen des hier unvermeidlichen Bedeutungsrückganges der zweiten Kammer. Das ist eine übertriebene Behauptung; man kann allerdings sagen, daß es in einem Bundesstaat mit einer parlamentarischen Regierungsform andere Mittel zum Schutz regionaler Interessen geben muß als eine zweite Kammer. Wie schon oben gezeigt, erfüllt in Kanada bereits jetzt die regionale Vertretung innerhalb der Exekutive die Aufgabe, die ursprünglich der zweiten Kammer oblag.

Die Arten der Wahl

Die Art, in der die Exekutive gewählt wird, hängt unmittelbar mit ihrer Zusammensetzung, ihrer Amtsdauer und ihren Beziehungen zur Legislative zusammen; doch können gewisse bedeutsame Alternativen und ihre Folgen hervorgehoben werden.

Wahl der politischen Exekutive

Wahl durch das Volk

Diese Art der Wahl kommt praktisch nur für eine unabhängige und durch eine Einzelperson verkörperte Exekutive in Frage. Zwar wird der Leiter der Exekutive in keiner der hier behandelten Bundesstaaten in direkter Wahl gewählt, doch hat die Erfahrung in Amerika gelehrt, daß die Wahl in Wahlgängen durch einen Wahlkörper, dessen einzige Aufgabe in der Wahl der Exekutive besteht, bald der direkten Wahl gleichwertig wird. Eine direkte Wahl wirkt stark zentralisierend und übt gleichzeitig einen starken Druck in Richtung eines Zweiparteiensystems auf Bundesebene aus. Im anderen Fall würde die Gefahr bestehen, daß die Kandidaten nur nach Bezirken aufgestellt würden, so daß ihre Wahl weder von dem einen noch von mehreren anderen Bezirken gebilligt werden könnte. Die Wahl der Exekutive durch das Volk kann deshalb innerhalb des Bundesstaates eine größere Homogenität erfordern, als sie bis jetzt in Europa besteht.

Es gibt aber auch Beispiele für eine direkte Wahl der kollektiven (unabhängigen) Exekutive. Sie wird in verschiedener Weise in vielen amerikanischen Staaten und in mehreren Schweizer Kantonen gehandhabt. Die direkte Wahl des Schweizer Bundesrates ist wiederholt vorgeschlagen, aber immer wieder aus triftigen Gründen abgelehnt worden:

- a) Eine direkte Wahl würde wohl dazu führen, die regionale Aufteilung der Sitze — einer der Hauptgründe für die Zulassung einer kollektiven Exekutive in den föderalistischen Systemen — zu beseitigen;
- b) sie würde weiter dazu führen, daß der Begriff des kollegialen Handelns zerstört wird, da sie jedem Mitglied des Rates eine eigene Grundlage politischer Unterstützung gäbe;
- c) sie würde das Uebergewicht des Rates über die Versammlung noch stärker hervorheben.

Wahl durch die Legislative

Man kann die beiden Kammern für die Wahl einer unabhängigen Exekutive zusammenfassen. Auf der Bundesebene beschränkt sich diese Erfahrung auf den Schweizer Exekutivrat; die Verfassungsbestimmung, wonach der Rat für die Dauer der Legislaturperiode gewählt wird, hat man durch ein Uebereinkommen über die unbegrenzte Wiederwahl von Ratsmitgliedern ergänzt. Im Rat spiegelt sich die politische Zusammensetzung der Versammlung nur

unvollkommen wider, obwohl er durch die Legislative gewählt wird; zwischen dem Zeitpunkt, in dem eine Partei Wähler gewinnt, und demjenigen, in dem sie am Rat beteiligt wird, liegt ein beträchtlicher Zwischenraum. Konflikte zwischen Versammlung und Rat werden viel mehr durch die Art, wie die Ratsmitglieder ihre Stellung auffassen, als durch Verfassungsregeln vermieden. Der Rat ist gleichsam ein Führungsausschuß der Legislative, und, obwohl er tatsächlich eine führende Rolle auf politischem Gebiet spielt und infolge seiner in langer Amtszeit erworbenen Erfahrungen einen großen Einfluß ausübt, ist er doch eher ein Organ der Verwaltung als der Politik.

Andere Formen der indirekten Wahl

Eine andere Form der indirekten Wahl ist bei der Wahl zur Hohen Behörde des Schumanplans angewandt worden. Die Mitglieder der Behörde werden durch gemeinsamen Beschluß der Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt, um diesen Regierungen den genügenden Einfluß zu sichern und dennoch durch die Bestimmung einer gemeinsamen Ernennung zu verhindern, daß die Mitglieder zu Beauftragten der Regierungen werden (oder sich selbst als solche ansehen). Obwohl die Hohe Behörde für eine bestimmte Zeitdauer gewählt ist, bleibt sie doch der Versammlung verantwortlich; diese kann durch eine Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit die Hohe Behörde insgesamt stürzen; dagegen können einzelne Mitglieder der Hohen Behörde nicht abgesetzt werden.

Ernennung durch das Staatsoberhaupt mit
Bestätigung durch die gesetzgebende Gewalt

Dieses System wird außer nach der österreichischen Verfassung vor der Reform von 1929 in allen parlamentarischen Regierungssystemen angewandt (wenn auch die Bestätigung einfach implicite erfolgen kann, wie beispielsweise in den britischen Ländern).

Wahl des Staatsoberhauptes

Direkte Wahl

Die direkte Wahl verleiht dem Staatsoberhaupt selbst beim Fehlen ausdrücklicher Verfassungsbestimmungen politische Autorität. Sie macht die Staatsspitze zu einem Parteimann, und wenn es auch das Ziel der direkten Wahl ist, den Bundesstaat zu personifizieren, so zerstört sie doch die Atmosphäre von Neutralität, die in jedem Bundesstaat für alle repräsentativen Aufgaben und bei den parlamentarischen Regierungen für spezielle Befugnisse erforderlich ist (siehe aber oben auch die gegenteiligen Argumente, S. 6152).

Verschiedene indirekte Wahlmethoden

Um ein neutrales, für einen möglichst großen Teil der öffentlichen Meinung annehmbares Staatsober-

haupt zu bekommen, hat man zu verschiedenen Formen der indirekten Wahl gegriffen. Ohne in Einzelheiten einzudringen, sollen die hauptsächlichen Lösungen aufgezeichnet werden:

1. Wahl durch die Legislative des Bundes;
2. Wahl durch die gesetzgebenden Organe oder durch andere von ihnen abgeleitete staatliche Körperschaften;
3. eine Verbindung dieser beiden Systeme.

Die Ernennung durch ein bundesfremdes Organ wie ehemals in den beiden Dominien ist kaum von Interesse. Die jüngste Praxis einer Ernennung auf Empfehlung des Premierministers des Dominion hat tatsächlich diese Befugnis auf den Führer der Parlamentsmehrheit übertragen. Sie kann so im wesentlichen einer von dieser Majorität vorgenommenen Wahl gleichbewertet werden.

Das Beamtentum

Das wesentliche Problem bei den Bundesaufgaben wie bei allem, was die Bundesregierung berührt, liegt in der Herstellung des Gleichgewichtes zwischen der für eine wirksame Tätigkeit notwendigen Einheit und den Wünschen der Mitgliedstaaten nach Aufrechterhaltung einer Mannigfaltigkeit, die aus der traditionellen Ungleichartigkeit der Länder stammt. In den besonderen Begriffen für die Staatsverwaltung ausgedrückt, hat das Problem zwei Hauptseiten: die eine ist die der Einrichtung eines Systems von Ernennungen und Beförderungen, das eine wirksame Verwaltung sichert und gleichzeitig nicht in einem zu starken Gegensatz zu den Anforderungen der verschiedenen Gebiete nach einer Vertretung im öffentlichen Dienst steht; der andere Gesichtspunkt ist der, bestimmte Normen für die öffentliche Verwaltung aufzustellen; diese Normen müssen nicht nur den Sprachenunterschied in den Mitgliedstaaten, sondern auch die Verschiedenheit der staatlichen Funktionen und der Ausbildung in den einzelnen Staaten berücksichtigen. Wenn auch beide Fragen nur verschiedene Seiten desselben Problems darstellen, werden wir sie doch einzeln behandeln, und zwar zunächst die Befugnis zur Ernennung von Beamten sowie die Begrenzung dieser Befugnis und dann die zweite im Zusammenhang mit den besonderen Problemen des „Verdienstsystems“^{*} im öffentlichen Dienst des Bundes.

Grenzen der Befugnis zur Ernennung von Beamten. Möglichkeit eines Konfliktes mit dem „Verdienstsystem“

Die Beamtenernennung hat man im allgemeinen ebenso wie in den Einheitsstaaten als Befugnis

^{*} Anmerkung des Uebersetzers: Art der Ernennung, die auf Wettbewerb und auf Prüfung beruht, im Gegensatz zur „Aemterpatronage“, bei der die Ernennung ohne Befähigungsnachweis allein auf politische Vorschläge hin erfolgt.

der politischen Exekutive angesehen. Aber wie in allen Einheitsstaaten ist diese Befugnis durch Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen begrenzt. Zu den wichtigsten dieser Beschränkungen gehören diejenigen, welche die Ernennung politischen Einflüssen entziehen und statt dessen von den Verdiensten abhängig machen wollen, und zwar in einem auf objektiven Kriterien aufgebauten und von einer unpolitischen Behörde wie der Civil Service Commission gehandhabten System. Das Maß, in dem diese „Entpolitisierung“ verwirklicht wird, variiert, aber sie ist in allen untersuchten Ländern das gemeinsame Ziel, abgesehen von der Wahl der kleinen Gruppe von hohen Beamten, die über die einzuschlagende Politik zu bestimmen haben. Einige besondere Schwierigkeiten, die sich aus der Anwendung des „Verdienstsystems“ bei der Stellenbesetzung im Bundesstaat ergeben, werden weiter unten behandelt werden. Dieser Abschnitt befaßt sich mit anderen Begrenzungen des Rechtes zur Stellenbesetzung und mit ihrem eventuellen Konflikt mit dem „Verdienstsystem“.

Die untere Verwaltung

Auf Grund von Wohnheitsrecht (Vereinigte Staaten), Gesetz (Kanada) oder Verfassungsbestimmungen (Weimar) haben die Bundessysteme sich gewöhnlich dafür entschieden, daß die Beamten, welche die Bundesverwaltung innerhalb eines Staates führen, Bürger dieses Staates oder Mitglieder der wichtigsten Sprachgruppen in dem ihrer Zuständigkeit unterstehenden Gebiet sein müssen. Wenn dies auch als Abweichung von dem strengen Grundsatz einer objektiven Ernennung angesehen werden kann, so sind doch die Vorteile, die sich aus einer Kenntnis der örtlichen Gewohnheiten und der Anerkennung dieser Beamten durch die Bevölkerung ergeben, so augenscheinlich, daß dadurch rein theoretische Nachteile mehr als aufgewogen werden. Natürlich ist es möglich, daß die zu strikte Beachtung einer solchen Regel Schwierigkeiten verursacht, wenn man Stellen mit hohen fachlichen Anforderungen zu besetzen hat; im ganzen gesehen scheint aber eine solche Regel eine vernünftige Ergänzung zum „Verdienstsystem“ zu sein. Daher ist sie auch in Kanada erst nach dem Ersatz der Aemterpatronage durch das „Verdienstsystem“ eingeführt worden.

Die Zentralbehörden

Innerhalb der Zentralbehörden kann man vier bestimmte Kategorien unterscheiden: die kleine Gruppe der hohen Beamten, die über die Richtlinien der Politik bestimmen; die größere Gruppe der Fachbeamten; die Beamten besonderer Fachrichtungen (Ärzte, Ingenieure usw.); das Büropersonal.

Die Notwendigkeit einer Gleichbehandlung der

Staaten durch anteilige Besetzung der Stellen mit Angehörigen aller Mitgliedstaaten besteht in den meisten Bundesstaaten. Wird ihr entsprochen, so entstehen ernste Schwierigkeiten bei der Anwendung des „Verdienstsystems“, da die Staatsangehörigkeit und das Verdienst gleichermaßen wesentliche Maßstäbe für die Ernennungen und Beförderungen sind. Die Verhältnismäßigkeit sowie das Verdienstsystem können in der verschiedensten Art miteinander verbunden sein. Die Grundmethode aber besteht darin, aus dem objektiven Examen mehr ein Mittel zur Qualifikation als ein Ausschlußverfahren zu machen, also die Beamten nach ihrer beruflichen Qualifikation zu ernennen, dabei aber die Grundlage einer Verhältnismäßigkeit nicht zu verlassen. Dieses Verfahren eignet sich für die Ernennung von Bürobeamten und weniger qualifizierten Beamten; seine Anwendung wird aber schwieriger bei der Ernennung von höher qualifizierten Beamten mit größerer Verantwortung: Je geringer die Zahl der Bewerber für ein Amt ist, desto größer ist die Schwierigkeit, eine genügende Anzahl zu finden, die in einem entsprechenden zahlenmäßigen Verhältnis zu jedem in Betracht kommenden Staat steht. Wegen dieser Schwierigkeit bei der Verwirklichung des „Verdienstsystems“ bei gleichzeitiger Erfüllung der Forderungen nach einer regionalen Verteilung der Stellen hat man andere Verfahren für die Ernennung angewandt und empfohlen. Das gilt vor allem für die Gruppe von Beamten, die berufen sind, die Richtlinien für die einzuschlagende Politik festzulegen. Für sie hat das Gesetz einen besonderen Status geschaffen, der die Art ihrer Ernennung und Ablösung bestimmt und dabei die Freiheit der Exekutive zur Ernennung und zur Ablösung dieser Beamten vergrößert. Der Hauptgrund für diesen Status liegt darin, daß man eine Übereinstimmung zwischen der Meinung der Exekutive und der von ihr mit den wichtigsten Posten betrauten Beamten für notwendig erachtet; ebenso wichtig erscheint es aber, das freie Spiel der politischen Kräfte zu sichern, damit alle Kräfte anteilig vertreten werden. Zu dieser Stufe der Verwaltung kann man andererseits noch feststellen, daß die den politischen Gewalten belassene Freiheit aus sich heraus keine regionale Verteilung der Stellen gewährleistet, und zwar selbst dann nicht, wenn eine solche Verteilung bei der politischen Exekutive besteht.

So gab es in Kanada, wo im Kabinett die Posten gleichmäßig regional besetzt waren, im Jahre 1947 keinen einzigen Französisch-Kanadier in der Position eines stellvertretenden Staatssekretärs (dem höchsten Beamtenrang). Die Ursache für das Fehlen jeglicher Verhältnismäßigkeit bei der Ernennung nicht nur der politischen, sondern auch der eigentlichen Verwaltungsbeamten, liegt unmittelbar in dem Problem, welche Kriterien man bei der Stellenbesetzung des öffentlichen Dienstes zugrunde legen soll.

Die Formulierung von Richtlinien für den öffentlichen Dienst des Bundes

Das „Verdienstsystem“ hat man fast allgemein als das ideale System für die Beamtenernennungen angenommen; sein Einbau in einem föderalen System schafft aber möglicherweise noch wichtigere Probleme als diejenigen, die mit einer proportionalen Beteiligung der Staaten an der Beamtenschaft verbunden sind. Das Wesen dieses Systems besteht darin, daß man bei Ernennungen und Beförderungen sich nur nach rein objektiven Kriterien richtet, also insbesondere bei Ernennungen gewöhnlich nach einer Art von Examen. Aber diese Prüfungen, die von einer Vorstellung von den für einen Beamten wünschenswerten Eigenschaften ausgehen, sind gewöhnlich mehr oder weniger in das Ausbildungssystem eingebaut, aus dem die zur Auswahl stehenden Bewerber hervorgehen. Das besondere Problem für die Auswahl von Bundesbeamten liegt darin, daß die einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Auffassungen von der für ein Amt erforderlichen Qualifikation und von den verschiedenen Graden der Ausbildung haben können. Folglich kann die Verwendung objektiver Kriterien bei der Auswahl der Bundesbeamten für diejenigen Bewerber von Vorteil sein, welche aus Ländern stammen, in denen ähnliche Gesichtspunkte maßgeblich sind (und deren Unterrichtssystem sich also am besten für die Vorbereitung der Kandidaten für ein bestimmtes Examen eignet). Die am meisten hervortretende Seite dieses Problems ist der Gesichtspunkt der Sprachkenntnisse. Bei allen Bundesstaaten, die mehr als eine offizielle Sprache besitzen, ist die Beherrschung der zugelassenen Sprachen sicherlich eine Notwendigkeit wenigstens für die gehobenen Posten des Staatsdienstes (von denen dieses Kapitel im wesentlichen handelt). Ist aber keine genügende Anzahl von Personen vorhanden, die alle offiziellen Sprachen vollkommen beherrschen, so wird jede praktische Eignung zu einer Auslegung der Bestimmungen und damit zur Bevorzugung einer Sprache auf Kosten anderer führen. So sind viele Ernennungen in Kanada, wo an sich die Beherrschung zweier Sprachen gefordert wird, in der Praxis auf Personen mit englischen Sprachkenntnissen beschränkt; denn man legt das Erfordernis der Zweisprachigkeit in Kanada so aus, daß eine vollkommene Beherrschung der englischen und eine angemessene Kenntnis der französischen Sprache zu verlangen ist. Die französischen Kanadier, die eine gute Kenntnis des Englischen besitzen, haben wegen dieser Auffassung von den Anforderungen der Zweisprachigkeit keine Erfolgsaussichten bei ihrer Bewerbung. Eine ähnliche Lage besteht in der Schweiz für die italienisch sprechenden Schweizer.

Die Sprache bildet aber nur eine Seite des Problems der hier zu findenden Kriterien und zweifellos

eine, die am leichtesten zu überwinden ist. Alle Systeme der Beurteilung und der Prüfung sind wenigstens implizite mit einem Unterrichtssystem und einer Auffassung vom öffentlichen Dienst verbunden. Wenn das Unterrichtswesen in den Mitgliedstaaten sowohl hinsichtlich der Qualität als auch hinsichtlich der Ziele voneinander abweicht, so werden die Schüler eines Systems einen Vorzug vor denen des anderen haben; stützt sich dann die Auslese auf das Können, so ist eine proportionale Aufteilung der Stellen unter die Mitgliedstaaten auch annähernd nicht möglich. Das wird durch die in Kanada gewonnene Erfahrung ersichtlich. Hier weicht das Unterrichtswesen in den französischen Sprachgebieten deutlich von dem der englischen Provinzen ab. Die von der kanadischen Kommission für den Staatsdienst festgesetzten Maßstäbe sind implizite viel mehr die des britischen als die des französischen Unterrichtswesens, d. h. sie sind mehr auf die exakten Wissenschaften als auf die juristische Praxis hin orientiert.

In Verbindung mit der größeren Ausdehnung des Unterrichtswesens in den englischen Sprachgebieten hat die Ersetzung des Systems der Aemterpatronage durch das „Verdienstsystem“ zu einem unverhältnismäßig großen Anteil der englischen Beamten an den höheren Stellen geführt. Die französischen Kanadier haben daher die Wiedereinführung des Patronagesystems oder wenigstens die Einführung eines Quotensystems gefordert, das die Ergebnisse einer Auslese nach objektiven Gesichtspunkten zunichte machen würde.

Schlußfolgerungen

1. Die Auswahl der Staatsbeamten erfolgt in allen Staaten nach verschiedenen Gesichtspunkten, und die Ausbildungsmöglichkeiten jedes Staates sind mehr oder weniger darauf abgestellt, die Studierenden entsprechend vorzubereiten.
2. Die Ausbildungsmöglichkeit ist in den einzelnen Staaten hinsichtlich der Qualität und der Zahl der Ausgebildeten verschieden.
3. Werden die Bundesbeamten nach objektiven Kriterien ausgewählt, so ergibt sich als Folge davon ein ernstliches Mißverhältnis in der Beteiligung jedes Staates an allen gehobenen Stellungen des Staatsdienstes, oder mit anderen Worten: wenn sich zu wenige qualifizierte Bewerber melden, kann es keine Lösung auf proportionaler Basis ohne ein Abgehen von den festgelegten Kriterien geben.
4. Wird ein genügender Druck zugunsten einer proportionalen Vertretung in der Bundesbeamtenschaft ausgeübt, so ergibt sich eine wesentliche Alternative:
 - a) ein genügendes Abrücken vom „Verdienstsystem“, damit politischen Einflüssen ermöglicht wird, eine gleichmäßige Verteilung der Stellen zu sichern;
 - b) Vorschriften des Bundes für das (höhere) Unterrichtswesen in seinen eigenen Studienanstalten

oder die Festsetzung von Unterrichtszielen für die Studienanstalten in den verschiedenen Ländern.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt für den öffentlichen Dienst des Bundes verdient Beachtung, nämlich das Verhältnis zum öffentlichen Dienst der Länder. Diese Frage ist von unmittelbarer und besonderer Bedeutung bei der Schaffung einer Bundesverwaltung, da die meisten Kandidaten für ein Amt, das Erfahrung in der Verwaltungsarbeit verlangt, für lange Zeit von den Verwaltungsbehörden der einzelnen Staaten gestellt werden. Wenn auch die Ausführung der Bundesgesetze wenigstens im Anfang nicht unmittelbar erfolgt, so benötigt die Bundesverwaltung zumindest ein Kontrollpersonal ebenso wie einen Beamtenapparat für alle ausschließlich der Bundesregierung übertragenen Funktionen. Man kann neue Bundesministerien dadurch schaffen, daß man entweder die Beamten, die innerhalb der Länder die jetzt auf den Bund übergegangenen Funktionen aus-

üben, zu Bundesbeamten macht (so Kanada), oder indem man Beamten der Länder zum Bundesdienst abordnet. In beiden Fällen müssen Bestimmungen zum Schutz der wohlerworbenen Rechte derjenigen Staatsbeamten getroffen werden, die innerhalb der so geschaffenen Bundesverwaltung verwendet werden, wenn man sich ihre Mitarbeit sichern will. Abgesehen von den zwingenden Notwendigkeiten beim Aufbau eines Beamtenkörpers des Bundes dürften allgemeine Bestimmungen für den Uebertritt von Beamten aus dem Dienst der Staaten in den des Bundes (mag es sich um eine dauernde Versetzung oder nur um eine persönliche Abordnung wie in der australischen Praxis handeln) nicht nur ein geeignetes Mittel für die Besetzung der obersten Beamtenstellen in der Bundesverwaltung sein, sondern auch einem gewissen Ausgleich und dem gegenseitigen Verständnis zwischen den Regierungen des Bundes und denen der Staaten dienen.

Die Funktionen der Exekutive

Zuständigkeitsbereich

Es gehört zum Begriff eines Bundes, daß die Regierungsfunktionen zwischen zentralen Organisationen und denen der verschiedenen Staaten aufgeteilt sind. Folglich werden gewisse Materien der einen oder der anderen Regierung oder auch beiden zugleich zugeteilt, ebenso wie das bei der Gesetzgebungs-Zuständigkeit der Fall ist. Die Aufteilung der Gesetzgebungs-Kompetenz zwischen den beiden Ebenen — Bund und Staat — muß zwar vorausgehen; sie beantwortet aber nicht die Frage der Aufteilung der Kompetenz für die vollziehende Gewalt. Die Zuständigkeit der Exekutive erstreckt sich nämlich in keinem Bundesstaat auf ein größeres Gebiet als die der Legislative, wohl aber ist sie bezeichnenderweise bei einigen Bundesstaaten kleiner. Die Vollziehung der Bundesgesetzgebung kann auf zwei Arten vor sich gehen:

1. Sie kann ausschließlich der Bundesexekutive übertragen werden;
 2. sie kann ganz oder zum Teil den Exekutivbehörden jedes Mitgliedstaates übertragen werden.
- Jede dieser Möglichkeiten ist mit Vor- und Nachteilen verknüpft.

Unmittelbare Vollziehung

Ueberläßt man dem Bundesstaat die Vollziehung der gesamten Bundespolitik, so hat dies den Vorteil, daß die Einheitlichkeit innerhalb des Bundes gesichert ist. Wenn Bundesbeamte für den Vollzug der Bundespolitik verantwortlich sind, dann vereinfacht sich das Problem der Verantwortlichkeit, und die Kontrolle wird eine reine Verwaltungsangelegenheit. In den Vereinigten Staaten und in den Dominien wird die Bundesgesetzgebung durch Bundesbeamte vollzogen; Präsident und Kabinett tragen die Verantwortung und

kontrollieren die Tätigkeit der im Dienst des Bundes stehenden Beamten. Obwohl die Verfassungen dies nicht ausdrücklich verlangen und es in der Wirklichkeit einige Ausnahmen gibt, kann das System als fest begründet angesehen werden.

Sein Vorteil besteht darin, daß es den Vollzug der Gesetze unmittelbar nach ihrer Verabschiedung durch die Legislative gewährleistet, da der Vollzug durch die Regierungen der Staaten weder verhindert noch verzögert werden kann. Die mit der Anwendung der Gesetze betrauten Beamten sind wirkliche Beamte des Bundes und unterliegen der direkten Kontrolle des politischen Chefs der Bundesexekutive. Neben der einigenden Wirkung, die durch die Einheit der Exekutive innerhalb des Bundesstaates erreicht wird, hat die unmittelbare Vollziehung durch den Bund noch eine andere wichtige, zentralisierende Wirkung. Sie erfordert eine ausgedehnte Bundesverwaltung. Die unmittelbare Anstellung einer immer bedeutenderen Anzahl von Personen durch den Bund erweckt ein ausgesprochenes Interesse am Weiterbestehen dieses Systems. In Kanada insbesondere bildet die weitgehende Aemterpatronage des Bundes einen wichtigen Faktor beim Zusammenschluß der verschiedenen Teile des Dominions. In den Bundesstaaten, die sich aus Staaten mit einem bereits entwickelten eigenen Verwaltungsapparat zusammensetzen, ergeben sich als Kehrseite der genannten Vorteile bestimmte Schwierigkeiten. Die größte liegt in der Ueberführung staatlicher Beamten in eine Bundesbeamten-schaft. Manche der früher von den einzelnen Staaten ausgeübten Funktionen werden ausschließlich auf den Bund übertragen; das führt zum Wegfall derjenigen Teile der Staatsverwaltung, die bisher diese Aufgaben erfüllt haben. In Kanada und ebenso in Australien

übertrag man gewisse Ministerien von den Staaten auf den Bund, als der Bund gebildet wurde (oder in dem Augenblick, in dem der Gesetzgeber des Bundes zum ersten Male auf einem neuen Gebiet von seiner Gesetzgebungsbefugnis Gebrauch machte).

Die Uebernahme gewisser Staatsverwaltungen durch den Bund ist wahrscheinlich das beste Mittel, um eine zur Erfüllung der Bundesaufgaben ausreichende Beamtenschaft zu bekommen; bei einer derartigen Föderalisierung können aber die Mitgliedstaaten ebenso wie die betroffenen Beamten ihre Mitwirkung verweigern. Man kann diese Uebernahme dadurch erleichtern, daß man den Beamten durch eine Verfassungsbestimmung die Erhaltung der Gesamtheit ihrer wohlverworbenen Rechte garantiert; doch würde dies eine beträchtliche finanzielle Belastung für den Bund oder die Mitgliedstaaten bedeuten, da gewisse Beamten der Länderexekutive mit übernommen werden müßten, obwohl man für ihre Dienste in der neu geschaffenen Bundesverwaltung keine Verwendung hat. Kurz gesagt, eine unmittelbare Vollziehung durch Bundesbehörden erfordert die Entwicklung einer Bundesbürokratie; diese aber läßt sich nur dann ohne Verzögerung erreichen, wenn einige Zweige der Länderexekutive vom Bund übernommen werden. Diese Lösung schafft aber neue Probleme für Bund und Mitgliedstaaten, für die letzteren wegen des Verlustes einiger ihrer wichtigsten Verwaltungen. Daher hat man wohl diese Regelung auch nur bei Staaten mit noch nicht voll entwickelten Verwaltungsorganen getroffen.

Der andere beträchtliche Nachteil einer unmittelbaren Bundesverwaltung liegt darin, daß nun zahlreiche Stellen zusammen mit den bisherigen Staatsverwaltungen doppelt besetzt werden, vor allem für die Aufgaben, die sowohl von der Zentralregierung wie von den Mitgliedstaaten zu erfüllen sind. Dazu gehören beispielsweise zwei getrennte Steuerverwaltungen; hier würde sich die doppelte Besetzung besonders ungünstig auswirken.

Unmittelbare und mittelbare Vollziehung

Aus den bisherigen Ausführungen kann man die Vorteile, die mit der Uebertragung der Exekutivgewalt des Bundes auf die Mitgliedstaaten verbunden sind, ableiten. Bevor man aber die Vor- und Nachteile dieses Systems diskutiert, muß man es genauer beschreiben. Im deutschen sowie im Schweizer Bundesstaat wird die vollziehende Gewalt zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Diese Aufteilung kann durch die Verfassung selbst geregelt werden, die die Vollziehung einiger Bundesaufgaben den Länderregierungen und andere Aufgaben dem Bund zuweist; sie kann aber auch durch Gesetz erfolgen. Doch genügt nicht eine funktionelle Aufteilung der Gewalten; es muß auch eine hierarchische Aufteilung erfolgen und dem Bund in irgendeiner Weise die Befugnis zur

Kontrolle über die staatlichen Regierungen gegeben werden, soweit diese die Bundespolitik zu verwirklichen haben.

Aus der Uebertragung gewisser Bundesfunktionen auf die Länderregierungen ergeben sich im wesentlichen zwei Vorteile. Da ist zunächst die Dezentralisation und die Vermeidung von doppelten Verwaltungsbehörden; vorteilhaft ist auch die Tatsache, daß Bundesmaßnahmen gegenüber dem einzelnen Bürger durch Behörden vollzogen werden, die ihm vertraut sind und deshalb weniger Widerstände hervorrufen. Zweitens gibt diese Methode die Möglichkeit eines allmählichen Aufbaues einer Bundesbürokratie; ein zu rascher Aufbau würde zu großen Schwierigkeiten führen, da wohl kaum neben den qualifizierten Beamten der Länderregierungen so schnell geeignete Anwärter für die Bundesverwaltung selbst gefunden werden können. Mit anderen Worten: dieses System ermöglicht es der Bundesregierung, sich der bereits bestehenden Länderverwaltung zu bedienen.

Ueberläßt man den Ländern den Vollzug der Bundespolitik, so entstehen neben den genannten Vorteilen jedoch auch bedeutende Probleme für die Erhaltung des Gleichgewichtes. Wie wir bereits feststellten, kann man sich mit einer funktionellen Aufteilung des Vollzuges der Bundespolitik zwischen Bund und Ländern nicht begnügen; der Bund muß auch die Macht haben, die Länder zu kontrollieren und den Vollzug der Bundespolitik durch die Länder zu erzwingen; er muß gleichzeitig dafür sorgen können, daß die Verwaltung der verschiedenen Länder genügend einheitlich arbeitet. Die Vollziehung der Bundespolitik durch die Länder verlangt einerseits, daß sich die Länder nicht in Angelegenheiten mischen, für die der Bund zuständig ist, und andererseits, daß die Beamten des Bundes ihr Kontrollrecht nicht zu einer Beschränkung der Selbständigkeit der Länder mißbrauchen. Wenn jedoch die Länder die ihnen zugewiesenen Angelegenheiten der Bundespolitik gar nicht oder aber in Abweichung von den vorgeschriebenen Zielen erledigen, so begehen sie damit einen Uebergriff auf die Zuständigkeit des Bundes. Werden die politischen Angelegenheiten in den einzelnen Ländern zu unterschiedlich behandelt, so verschwindet die Einheitlichkeit der Bundespolitik. Es ist daher wesentlich, daß man der Exekutive des Bundes Mittel zur Kontrolle der Länder beim Vollzug der Bundespolitik in die Hand gibt. Für eine wirksame Kontrolle müssen drei wichtige Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Es muß ein Mittel zur dauernden Unterrichtung der Bundesregierung über die Tätigkeit der Einzelstaaten in Ausübung ihrer Befugnisse geben.
2. Die Bundesexekutive muß die Möglichkeit besitzen, den Staaten Weisungen über den normalen Vollzug der Bundespolitik zu geben.
3. Schließlich muß es Zwangsmittel geben, wenn die Weisungen nicht befolgt werden.

Diese drei Voraussetzungen sind sowohl in der Schweiz wie in Deutschland erfüllt.

Die Kontrollgewalt des Bundes in Verbindung mit dem Recht zu Zwangsmaßnahmen ist eine wirksame Garantie für den Bund, gefährdet aber die Selbständigkeit der Länder. Die Bundesexekutive könnte ihre Kontrolle so ausüben, daß dadurch die autonomen Funktionen der Länder betroffen werden. Anders ausgedrückt: sie könnte, wenn sie die Länder beim Vollzug der Bundespolitik überwacht, versuchen, den Länderregierungen ihre eigenen Ansichten auch über außerhalb der Bundeskompetenz liegende Fragen aufzuzwingen. Man hat verschiedene Methoden angewandt, um die Kontrolle des Bundes mit der Selbständigkeit der Länder in Einklang zu bringen. Bevor man sie erörtert, ist es gut, sich daran zu erinnern, daß eine wesentliche Sicherung bei allen Formen der Exekutive darin besteht, daß ein Einfluß der Einzelstaaten auf die Bundesexekutive gewährleistet wird; dies tun zum Beispiel die Bestimmungen der Schweizer Verfassung, wonach der Exekutivrat sich aus Mitgliedern verschiedener Kantone zusammensetzen muß. Die Sicherung wird noch ausgeprägter, wenn man die Kontrolle durch die Bundesregierung an die Mitwirkung anderer Bundesinstanzen bindet. In Deutschland muß der aus Vertretern der Länderregierungen gebildete Bundesrat (in der Weimarer Republik Reichsrat) an der Abfassung der an die einzelnen Regierungen gerichteten Bundesweisungen teilnehmen, oder er kann sie aufheben. In der Schweiz haben die Kantone das Recht, den Verwaltungsgerichtshof anzurufen, wenn sie glauben, daß die Kontrollbehörde des Bundes in ihre Zuständigkeit eingreift.

Ein besonderer Schutz der Länder ist in den Fällen erforderlich, die Zwangsmaßnahmen des Bundes gegen die Länder zulassen. Für diese Zwangsmaßnahmen wird daher im allgemeinen die Zustimmung der gesetzgebenden Versammlung im ganzen oder jedenfalls der Kammer gefordert, in der die Staaten besonders vertreten sind. Besonders wichtig ist es, Verfahrensvorschriften sorgfältig vorzubereiten, sie öffentlich bekanntzugeben und sie der Prüfung und der Kritik der Legislative zu unterbreiten.

Aufgaben im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten

Besondere Beziehungen zwischen den Regierungen des Bundes und der Staaten entstehen, außer bei der Aufteilung der Zuständigkeit zwischen Bund und Mitgliedstaaten, auch noch im Zusammenhang mit zwei anderen Funktionen der Exekutive.

Kontrolle über die Legislative und über die Länderexekutive

Obwohl im allgemeinen die Ueberwachung der gesetzgeberischen und vollziehenden Tätigkeit der Länder Sache der Gerichte ist, überläßt man sie beispielsweise in Kanada der Exekutive des Bundes. In

den ersten Jahren des Bestehens des Bundes wurde häufig von dem Recht zur Beanstandung der Exekutive Gebrauch gemacht; man ist aber jetzt von dieser Methode abgekommen, obwohl man damit gegebenenfalls die Regierungen oder einzelne Provinzen noch kontrollieren kann. Durch dieses Recht können die Provinzen an Maßnahmen gehindert werden, mit denen sie ihre Zuständigkeit überschreiten, oder die politisch nicht erwünscht sind. Für derartige Bestimmungen spricht das Argument, daß die Exekutive viel rascher arbeitet als Gerichte, ferner daß die Parteien gewisse Uebergriffe der Staaten nur schwer vor Gerichte bringen können. Ein vermittelndes System ermächtigt die Bundesexekutive, eine Frage unmittelbar dem Verfassungsgericht zur Abgabe eines Gutachtens vorzulegen.

Aufrechterhaltung der Ordnung und Garantie der Verfassungen der Mitgliedstaaten

Die Mitgliedstaaten haben mit dem Zusammenschluß viele ihrer Zwangsmittel auf die Zentralregierung übertragen; dafür enthalten die Bundesverfassungen Bestimmungen, wonach die Länderregierungen vom Bund unterstützt werden müssen, wenn sie nicht selbst in der Lage sind, ihre eigenen Gesetze durchzusetzen, die Ordnung aufrechtzuerhalten oder der Verfassung Achtung zu verschaffen. Gewöhnlich beantragen die gesetzmäßigen Behörden des betroffenen Staates die Hilfe des Bundes; diesem können nichtsdestoweniger zweierlei Befugnisse zustehen:

a) In ganz bestimmten Fällen kann er aus eigener Initiative handeln, dann nämlich, wenn es der Landesregierung unmöglich ist, sich mit ihm in Verbindung zu setzen, oder wenn er die öffentliche Sicherheit des ganzen Bundes für bedroht ansieht, und zwar selbst dann, wenn die Landesregierung nicht um Unterstützung gebeten hat.

b) Die Bundesexekutive kann ermächtigt sein, die Bitte des Landes um Unterstützung abzulehnen, wenn die Situation ein Eingreifen des Bundes nicht zu rechtfertigen scheint.

Die Intervention des Bundes zur Unterstützung einer Landesregierung muß sich, wenigstens theoretisch, von der Bundesexekution (siehe voriger Abschnitt) unterscheiden. Diese kommt in Betracht, wenn die Staaten das Bundesrecht nicht anwenden. Die Frage der Verfassungsgarantien durch Zwangsmaßnahmen im Bereich der Länderzuständigkeit ist damit aber eng verknüpft. (Für die Erörterung dieses Problems siehe das Kapitel über die Verfassungsgarantien).

Allgemeine Probleme der Exekutive außerhalb ihrer Beziehungen zum Föderalismus

Die politische Exekutive

Neben den im allgemeinen ausschließlich der Exekutive vorbehaltenen Funktionen gibt es einige, die

in den verschiedenen Systemen der Staaten unterschiedlich verteilt sind; man hat sie entweder gar nicht vorgesehen oder zwischen Exekutive und Legislative aufgeteilt.

Funktionen in Beziehung zur Legislative

Die Exekutive übt durch das Vetorecht und das Recht zur Auflösung eine Kontrolle über die Legislative aus. Wenn auch das Vetorecht mit der unabhängigen Exekutive und das Recht zur Auflösung mit der politischen Exekutive verbunden ist, ist keines der beiden in einer Regierungsform wesentlich. So besitzt die unabhängige Exekutive in der Schweiz kein Vetorecht, und das Kabinett der dritten französischen Republik durfte (aus praktischen Gründen) das Parlament nicht auflösen. In den bundesstaatlichen Systemen werden die beiden Rechte als Beitrag zur Zentralisierung angesehen; sie vermehren nämlich die Macht der Exekutive auf Kosten der Legislative, die normalerweise mehr zum Partikularismus neigt, oder zumindest sich eher von lokalen Gegebenheiten als vom Geist der Bundespolitik bestimmen läßt. Die beiden Rechte können in verschiedener Weise gemildert werden; für das Vetorecht kann man bestimmen, daß es von einer besonderen Mehrheit überwunden werden kann, und das Recht zur Auflösung kann man dem absoluten Belieben der Exekutive entziehen.

Heute erkennt man allgemein der Exekutive das Recht der Initiative zur Gesetzgebung zu; doch es schwankt noch sein Umfang ebenso wie das Recht zur Teilnahme an den Debatten der Legislative. Nur in den Systemen mit einer unabhängigen Exekutive entsteht dadurch ein besonderes Problem, während bei den anderen die Mitglieder der Exekutive im allgemeinen Sitz in einer der beiden Kammern haben und über die sich daraus ergebenden Privilegien verfügen. Man betrachtet im allgemeinen die Teilnahme der Exekutive an den Beratungen der Legislative als eine wertvolle Hilfe bei den Beratungen, und selbst in den Vereinigten Staaten nehmen Beamte der Exekutive an den Ausschusssitzungen der Legislative teil, obwohl das nicht ausdrücklich vorgesehen ist. Gewisse Regierungssysteme behalten der Exekutive außer dem allgemeinen Initiativrecht und dem Recht zur Teilnahme an den Beratungen die ausschließliche Initiative bei Steuergesetzen vor; hierdurch wird eine koordinierte Politik noch weiter gesichert; doch ist das nur unter der Voraussetzung einer schon fortgeschrittenen Zentralisierung möglich. Dasselbe gilt für alle Verfahren, die der Exekutive

eine Entscheidung über den Bestand des Parlaments einräumen.

Zusammenarbeit mit der Legislative

Gewisse Funktionen, die geschichtlich zum ausschließlichen Bereich der Exekutive gehörten, erfordern nach verschiedenen Verfassungen die Mitarbeit oder doch die Ratifizierung durch die Legislative. Hierzu gehören das Recht zum Abschluß von Verträgen, die Befehls- und Verfügungsgewalt über die Truppen, die Ernennung der Staatsbeamten, das Gnadenrecht und die Amnestiebefugnis. Wie bereits oben gezeigt wurde, dient die ausschließliche Uebertragung dieser Funktionen auf die Exekutive im großen und ganzen als Mittel zur Vereinheitlichung. In den bundesstaatlichen Systemen neigt man dazu, für die Mehrzahl dieser Befugnisse die Ratifizierung durch die Legislative zu verlangen oder doch ihren Anwendungsbereich durch Bestimmungen der Verfassung oder der Gesetzgebung zu begrenzen.

Das Staatsoberhaupt

In allen Regierungssystemen sind die Hauptfunktionen des Staatsoberhauptes zeremonieller oder symbolischer Art; die meisten seiner politischen Akte sind in Wirklichkeit Akte der Minister. In den meisten Systemen, die eine verantwortliche Regierung gebildet haben, gibt es einen Bereich, in dem das Staatsoberhaupt aus eigener Initiative handeln kann. Es hat das Recht, den Premierminister zu bestimmen, und wenn dies auch in einem ausgesprochenen Zweiparteiensystem eine rein formale Aufgabe ist, so wird sie zu einer wirklichen Funktion, wo das Verhältnis der Parteien zueinander nicht klar entschieden ist.

In bestimmten Fällen kann das Staatsoberhaupt ablehnen, der Auffassung des Kabinetts zu folgen. Gewöhnlich bedeutet die Unterzeichnung eines Gesetzes durch das Staatsoberhaupt, daß die Verfassung gewahrt worden ist; ist dies nicht der Fall, so kann es die Unterschrift verweigern. Dem Staatsoberhaupt können ferner besondere Befugnisse für den Fall einer Auflösung des Parlamentes zustehen; im allgemeinen ist seine Zustimmung zu einer Auflösung erforderlich; es kann sie verweigern, wenn es eine sofortige Umbildung der Regierung auf anderer politischer Basis für möglich erachtet.

Dem Staatsoberhaupt kann das Recht zuerkannt werden, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen und zu politischen Fragen gehört zu werden oder wenigstens eines dieser beiden Rechte zu haben. Es ist allein eine Frage seiner Persönlichkeit, wie weit seine Stellungnahmen von Einfluß sind.

Schlußfolgerung

Eine mehr ins einzelne gehende Prüfung der verschiedenen Systeme für den Aufbau der Exekutive führt zu der Schlußfolgerung, daß ein Kollegial-

system, wie auch immer seine Form sein möge, sich am besten für eine föderale Gemeinschaft mehrerer Nationen eignet. Dieses System gewährleistet eine

den besonderen Verhältnissen in einem Bund angepaßte und doch stabile Exekutive, die kraft Gesetz dem Parlament untergeordnet ist, dieses aber praktisch führen und leiten kann. Es verhindert, daß die verschiedenen Staaten miteinander um ihre Stellung wetteifern, da sie alle an der Leitung der Exekutive beteiligt sind. Es löst das Problem, wie das Staatsoberhaupt seine Repräsentationspflichten erfüllen kann, ohne damit die Chefs der Mitgliedstaaten ganz auszuschließen. Es läßt den bisherigen Status der Staaten bestehen, identifiziert sich mit ihnen und vermehrt so ihre Verantwortlichkeit. Es bietet ein Symbol der Stabilität und stellt sich für die verschiedenen Nationen des Bundes als praktische Einrichtung für begrenzte praktische Ziele dar. Es ist schneller zu verwirklichen als die Systeme mit gut organisierten Parteien, die wohl erst nach geraumer Zeit zu einem bestimmenden Faktor werden könnten. Dieses System erlaubt die Zusammenarbeit verschiedener Parteien, ohne dafür eine zu enge und dauernde Uebereinstimmung in einer Koalition zu fordern.

Wenn man trotz dieser Vorteile das Kollegialsystem ablehnt und ein parlamentarisches Kabinettsystem annimmt, müßte man sich bemühen, es so zu gestalten, daß es dem französischen System in seinem kollegialen Charakter ähnlich wird und wie das deutsche Kabinetts von Mißtrauensvoten relativ unabhängig ist. Es ist offensichtlich, daß das Exekutivorgan eines vereinigten Europa nicht ohne vorherige Einigung über die Nachfolge gestürzt werden können darf. Vielleicht wäre es sogar zu empfehlen, das deutsche System noch zu erweitern und die Ablösung eines einzelnen Ministers durch einen neuen Minister zu erlauben, wobei durch entsprechende Maßnahmen die Einheitlichkeit der Exekutive gesichert werden müßte. Die Erfahrung würde den Aufbau eines Kabinetts nach französischem anstatt nach britischem System empfehlen; denn das britische System setzt voraus, daß die Regierung sich auf eine starke Partei stützen kann, was wahrscheinlich in absehbarer Zeit in einem europäischen Bund nicht möglich sein wird. Man könnte wohl Ministeraspiranten und auch einen Zusammenschluß von Parteien finden, aber das Ziel eines Zweiparteiensystems scheint noch in weiter Ferne zu liegen, zum mindesten, wenn man nach der

heutigen Lage in den Parlamenten der Mitgliedstaaten urteilt.

Wird ein derartig beschränktes parlamentarisches System angenommen, so muß man sich dem Problem eines Staatsoberhauptes zuwenden. Man kann einen Präsidenten zum Oberhaupt des Bundes machen, der von den beiden Kammern des Europäischen Parlamentes zu wählen wäre, und zwar nach der in Frankreich, Italien und Deutschland angewandten Methode. Man kann aber auch umgekehrt abwechselnd die Chefs der Mitgliedstaaten zum Oberhaupt des Bundes machen, so daß der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik usw. je für ein Jahr die Repräsentationspflichten übernehmen müßten. Der Betreffende würde für die Dauer eines Jahres Oberhaupt des Bundes sein. Man könnte sogar erwägen, die Chefs der sechs Mitgliedstaaten in einem Kollegium zusammenzufassen, in dem der Posten des Präsidenten in einer bestimmten Reihenfolge wechselt und das jeweilige Oberhaupt vom Kollegium selbst gewählt wird; doch würde dies mit Rücksicht auf das parlamentarische System in den Mitgliedstaaten zu Komplikationen führen. Wenn man alles richtig erwägt, würde wohl ein von vornherein festgelegter Wechsel des Staatsoberhauptes die geringsten Schwierigkeiten hervorrufen.

Ein so begrenztes parlamentarisches System erfordert schließlich eine sorgfältige Lösung der Probleme des Verfassungsschutzes und von Notmaßnahmen. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß langanhaltende Schwierigkeiten bei der Ablösung der Kabinette zu einer parlamentarischen Regierungsform gehören. Es fragt sich, ob die mit der Repräsentation betrauten Personen in dringenden Fällen die Regierungsgewalt in der erforderlichen Weise ausüben können. Es wäre infolgedessen wichtig, eine passende Lösung für das Vorgehen in solchen Fällen zu finden. Dieses Problem wird im Zusammenhang mit den Verfassungsgarantien behandelt und daher hier nur gestreift.

Wenn man aber die Schwierigkeiten prüft, die sich für den Europäischen Bund bei der Einführung eines parlamentarischen Systems ergeben würden, kommt man erneut zu dem Schluß, daß eine Exekutive nach Art eines Kollegiums die wenigsten Schwierigkeiten bereiten und den geringsten Widerstand hervorrufen würde.

3. Die rechtsprechende Gewalt des Bundes

Einleitung

Das Bestehen einer Bundesgerichtsbarkeit ist unerläßlich für die Lösung von Streitigkeiten, für welche den Mitgliedstaaten eine endgültige Entscheidung nicht gut überlassen werden kann. Man kann der-

artige Angelegenheiten mit Rücksicht auf ihren Inhalt oder die beteiligten Parteien als Bundesangelegenheiten bezeichnen. So wird es die Aufgabe der rechtsprechenden Gewalt des Bundes sein, das

Supremat der Verfassung durch Auslegung und Anwendung der Verfassungsbestimmungen im Falle eines offenen Konfliktes mit den Gesetzen oder den Hoheitsakten der Regierung des Bundes oder eines der Mitgliedstaaten zu garantieren. Sie hat ferner die Einheit des Bundesrechts durch Auslegung und Anwendung der Bundesgesetze zu fördern. Außerdem sollten die Bundesgerichte über Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten entscheiden, ferner über Streitigkeiten, bei denen der Bund Partei ist (wie beispielsweise der Streit über das Eigentum an Gegenständen, die der Bund in Anspruch nimmt, oder über mit dem Bund abgeschlossene Verträge),

oder schließlich in Prozessen, an denen ein bei dem Bund akkreditierter Botschafter, Gesandter oder Konsul beteiligt ist. — Dieser Bericht wird die verschiedenen Funktionen der rechtsprechenden Gewalt des Bundes behandeln (erster, zweiter und dritter Abschnitt); er wird dann die Aufteilung dieser Funktionen innerhalb der rechtsprechenden Gewalt des Bundes (vierter Abschnitt), die Beziehungen zwischen dem Obersten Bundesgericht und den staatlichen Gerichten (fünfter Abschnitt) sowie die Ernennung und Rechtsstellung der Bundesrichter (sechster Abschnitt) untersuchen.

Die Rechtsprechung und die Wahrung der Verfassung

Wie *Dicey* in einer berühmten Abhandlung festgestellt hat, ist der Bundesstaat ein Rechtsstaat. Da die Staatsgewalt per definitionem aufgeteilt ist, braucht man einen Schiedsrichter, der die durch die Verfassung gesetzten Grenzen dieser Befugnisse festlegt, einer Ueberschreitung dieser Grenzen Einhalt gebietet und zuerkannten Befugnissen zur Durchsetzung verhilft. Zur Erfüllung dieser Funktionen haben alle Bundesstaaten die Institution eines Obersten Gerichtshofes geschaffen. Seine Verantwortlichkeit erstreckt sich auf die Entscheidung über die Rechtsgültigkeit von Gesetzen und Verordnungen des Bundesstaates und der Länder, wenn diese ordnungsgemäß angefochten werden. Die Schweiz ist der einzige der hier untersuchten Bundesstaaten, für den man einen gewissen Vorbehalt machen muß. Nur kantonale, nicht aber Bundesgesetze werden vom Bundesgericht auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüft. Diese Einschränkung muß im Zusammenhang mit der besonderen Rechtsstellung der Schweizer Bundesrichter gesehen werden, die von der Bundesversammlung für eine bestimmte Amtsdauer und mit der Möglichkeit einer Wiederwahl bestellt werden. Das Schweizer Beispiel hat Anlaß zu einiger Kritik im Lande selbst gegeben¹. Was man auch zugunsten des Schweizer Systems als eines Ausdrucks demokratischen Geistes sagen kann, so läßt es doch die Waagschale zugunsten der Zentralregierung sinken und scheint sich deshalb für einen europäischen Bund weniger zu eignen als die bewährten Systeme richterlicher Kontrolle in den Vereinigten Staaten, in Australien, Kanada und Westdeutschland.

Es ist bemerkenswert, daß nicht alle Verfassungen ausdrückliche Bestimmungen über die richterliche Nachprüfung von Verfassungsfragen enthalten, und trotzdem hat sich eine dahingehende Praxis entwickelt und Zustimmung gefunden. In den Vereinigten Staaten hat sich diese Praxis einer gerichtlichen Kontrolle

schon vor 150 Jahren unter dem Einfluß von Chief Justice *Marshall* durchgesetzt. Auch in Kanada ist sie befolgt worden, obwohl hier die Regierung des Dominions kraft Verfassung befugt ist, die Gesetze der Provinzen aufzuheben — eine Befugnis, die man als Ersatz der in dem British North America Act nicht vorgesehenen gerichtlichen Kontrolle betrachten könnte. Um Unsicherheit zu vermeiden, wäre es wünschenswert, der rechtsprechenden Gewalt des Bundes in einer Europäischen Verfassung ausdrücklich das Recht zur Kontrolle über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und anderen Hoheitsakten der Zentralregierung sowie der Mitgliedstaaten einzuräumen.

Schwieriger ist die Frage, in welcher Art oder in welchem Verfahren diese Funktion erfüllt werden sollte. Wir überlassen das Verhältnis zwischen Bundesgerichtsbarkeit und den Gerichten der Mitgliedstaaten späterer Erörterung. Hier werden wir nur das Verfahren als den Rahmen ins Auge fassen, in dem die richterliche Kontrolle am besten ausgeübt wird. Genauer gesagt: Soll sie im Verlauf gewöhnlicher Rechtsstreitigkeiten oder aber durch Urteile in einem Normenkontrollverfahren, auf Antrag privater Parteien oder von Beamten oder aber schließlich im Wege der Erstattung von Gutachten an die Legislative oder Exekutive erfolgen? Die Erfahrung der größeren Bundesstaaten mit diesem Problem ist sehr wenig einheitlich.

Das richterliche Gutachten ist eine bekannte Institution der kanadischen Praxis². Der Generalgouverneur kann ein Gutachten des Obersten Gerichtshofes über die Rechtsgültigkeit oder die Auslegung von Gesetzen des Dominions oder der Provinzen einholen; Senat oder Repräsentantenhaus können dem Obersten Gerichtshof Fragen zu von irgendeiner Seite eingebrachten Vorlagen unterbreiten. Obwohl die Gutachten nicht bindend sind, werden sie zusammen mit den gewöhnlichen Entscheidungen des Gerichtes ver-

¹ Siehe beispielsweise *Fleiner-Giacometti*: „Schweizerisches Bundesstaatsrecht“ (1949), S. 933 ff.

² „... die typische Vorlage von Verfassungsfragen ... ist fast

zur normalen Methode der Entscheidung über Verfassungsfragen in Kanada geworden.“ *Laskin*: „Canadian Constitutional Law“, 1951, S. 102.

öffentlich; sie haben tatsächlich dieselbe Kraft wie diese Entscheidungen. In Australien ist man mit Rücksicht auf den Gebrauch des Begriffes „Angelegenheiten“ in den Verfassungsartikeln über die richterliche Gewalt der Auffassung, daß das Obergericht zur Abgabe von Gutachten nicht befugt ist³. Trotzdem hat man die Befugnis des Obergerichts zur Entscheidung in Streitigkeiten zwischen dem Commonwealth und den Staaten so ausgelegt, daß ein Generalanwalt ein Verfahren zur Entscheidung über die Gültigkeit nationaler oder staatlicher Gesetze nach ihrer Verabschiedung durch die Legislative und vor oder nach ihrem Inkrafttreten anhängig machen kann⁴. In Kanada und in Australien besteht diese Befugnis von Beamten zur Herbeiführung von Verfassungsentscheidungen zusätzlich zu dem Recht privater Parteien, die Ungültigkeit von Gesetzen in normalen Rechtsstreitigkeiten geltend zu machen, wenn die Parteien durch solche Gesetze in rechtlich geschützten Interessen betroffen werden. Das Grundgesetz der westdeutschen Republik scheint der australischen Praxis in der Frage der Urteile im Normenkontrollverfahren nahezustehen. In der Schweiz sind dagegen nicht nur Gutachten ausgeschlossen; vielmehr muß im allgemeinen (mit Ausnahme einiger Härtefälle) der ordentliche Rechtsweg erschöpft sein, bevor eine Verfassungsbeschwerde durch einen Beamten oder eine Privatperson erhoben werden kann. Die Verfassungswidrigkeit kann im ordentlichen Rechtsstreit selbst nicht gerügt werden; eine Rüge kann sich selbstverständlich jedenfalls nur auf kantonale, nicht auf Bundesgesetze erstrecken.

In den Vereinigten Staaten haben die Bundesgerichte nicht das Recht zur Erstattung von Gutachten⁵. Es gilt die Theorie, daß die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen nachgeprüft werden kann, jedoch nur, wenn die richterliche Entscheidung eines gewöhnlichen Rechtsstreites von der Prüfung und der Entscheidung über die Gültigkeit eines Gesetzes abhängt. Im allgemeinen kommen Verfassungsfragen vor den Obersten Gerichtshof, wenn Rechtsmittel gegen die Entscheidungen staatlicher Gerichte oder unterer Bundesgerichte eingelegt werden. Häufig ist ein Beamter der Vereinigten Staaten oder eines Staates Partei in einem Rechtsstreit, in dem die Frage der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes aufgeworfen wird; das gilt beispielsweise für Fälle, in denen der Kläger auf die Einschränkung der Anwendung eines Gesetzes abzielt, oder für Klagen, mit denen ein Steuerpflichtiger die Rückzahlung bezahlter Steuern begehrt. Mitunter wird jedoch die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes in einem Rechtsstreit gerügt, in dem kein Beamter Partei ist. Wird in einem solchen

Fall ein Bundesgesetz von allgemeiner Bedeutung angegriffen, so muß der Generalanwalt der Vereinigten Staaten davon unterrichtet werden; er kann in dem Rechtsstreit intervenieren⁶.

Formell leitet man das für die Bundesgerichte bestehende Verbot zur Erstattung von Gutachten aus Artikel III der Verfassung ab, wonach die Gerichtsbarkeit in „Fällen“ oder „Rechtsstreitigkeiten“ auszuüben ist. Diese Bestimmung wird ebenso auf Urteile im Normenkontrollverfahren angewandt, wenn die Gültigkeit eines Gesetzes nach seinem Inkrafttreten von einem Kläger angegriffen wird, der eine rechtliche Beschwerde nicht dartut. Das Normenkontrollverfahren vor den Bundesgerichten ist durch ein Bundesgesetz erlaubt worden, welches nicht besonders auf den Gebrauch dieses Rechtsmittels für Verfassungsfragen abzielte; tatsächlich ist der Oberste Gerichtshof in der Zulassung des Normenkontrollverfahrens für diesen Zweck sehr vorsichtig gewesen⁷.

Unabhängig von dieser Schilderung der Praxis fragt es sich, welche Argumente für und gegen den Gebrauch von Gutachten und von Urteilen im Normenkontrollverfahren zur Entscheidung von Verfassungsfragen sprechen. Die Vorteile, die man anerkennen muß, sind offensichtlich: Anhalt für die Regierung und schnelle Beseitigung jedes Anflugs von Zweifeln an der Gültigkeit von Gesetzen bei der Bevölkerung. Die Einwände sind vielleicht nicht so klar erkennbar. In den Vereinigten Staaten gehen sie auf die Beratungen der Verfassungsgebenden Versammlung von 1787 zurück. Von führenden Mitgliedern der Versammlung wurde vorgeschlagen, daß Richter an einem Revisionsrat beteiligt sein sollten, der die Befugnis haben würde, gegen gesetzgeberische Akte Einspruch einzulegen. Dieser Vorschlag wurde lange erörtert und dann abgelehnt. Bei einem Gespräch über diese Tatsache hat Chief Justice *Hughes* bemerkt: „Man kann bezweifeln, ob der Oberste Gerichtshof so gut gearbeitet hätte, wenn einer der in der Bundesversammlung so kühn erörterten Vorschläge angenommen worden wäre⁸.“ In den ersten Tagen der Republik unterbreitete Präsident *Washington* dem Obersten Gerichtshof eine Reihe von Fragen zur Auslegung einiger mit Frankreich abgeschlossener Verträge. Der Gerichtshof antwortete mit aller Ehrerbietung, daß er kein Gutachten über Fragen abgeben dürfe, die nichts mit einem bei ihm anhängigen Rechtsstreit zu tun hätten⁹. Diese Politik, über Verfassungsfragen nur zu urteilen, soweit dies zur Entscheidung über Rechte erforderlich ist, ist bis heute mehrfach betont worden. Kürzlich hat der Oberste Gerichtshof die Grundlagen dieser Politik wie folgt zusammengefaßt:

³) „In re Judiciary and Navigations Acts“, 29 C. L. R. 257 (1921).

⁴) „A. G. for Victoria v. Commonwealth“, 71 C. L. R. 237 (1921).

⁵) „Muskat v. United States“, 219 U. S. 346 (1911).

⁶) 28 U.S. Code § 2403.

⁷) Siehe beispielsweise „Ashwander v. T. V. A.“, 297 U.S. 288, 324 (1936); „Electric Bond and Share Co. v. S. E. C.“, 303 U.S. 419, 443 (1938).

⁸) *Hughes*: „The Supreme Court of the United States“, 1928, S. 27.

⁹) Ebenda, S. 30.

„Die letzten Gründe dieser Politik, von denen einige, wenn nicht alle, zugleich die Grenzen der Rechtsprechung tragen, liegen in allem, was in unserem System die einzigartige Stellung und den Charakter der richterlichen Ueberprüfung von Regierungsakten auf deren Verfassungsmäßigkeit hin ausmacht. Sie liegen in dem heiklen Charakter dieser Funktion, insbesondere im Hinblick auf die möglichen Folgen für andere Funktionen, die ebenso auf die Verfassung zurückgehen; in der verhältnismäßigen Endgültigkeit dieser Folgen; in der Achtung, die andere Träger der verfassungsmäßigen Gewalt zur Frage des Umfanges ihrer Befugnisse dem Urteil schulden; in der für jedermann, einschließlich der Gerichte, bestehenden Notwendigkeit zur Beachtung der Grenzen seiner Zuständigkeit, wenn ein Staatswesen verfassungsgemäß leben soll; in den dem gerichtlichen Verfahren eigenen Begrenzungen, die sich insbesondere aus seinem weitgehend negativen Charakter und den begrenzten Möglichkeiten zur Durchsetzung ergeben; schließlich in der überragenden Bedeutung der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung in unserem System.

Alle diese und vielleicht noch andere Ueberlegungen, die über besondere Verfahrensfragen hinausgehen, haben bei der Bildung und Erhaltung dieser Politik zusammengewirkt. Ihre Befolgung hat ständig eine Wahl einerseits zwischen den offensichtlichen Vorteilen, die sie für das Funktionieren des Staatswesens in all seinen aufeinander abgestimmten Teilen mit sich bringt, und andererseits den sehr realen Nachteilen, welche sehr häufig mit der Versagung einer Entscheidung für die Durchsetzung von Rechten verbunden sind, erfordert. Auf der anderen Seite ist es keineswegs abwegig anzunehmen, daß eine gegenteilige Politik beschleunigter Entscheidungen die Sicherheit privater Rechte ebenso oder noch mehr beeinträchtigt, ohne irgendwelche der sich aus Toleranz und Harmonie für das Funktionieren der verschiedenen Zweige in unserem System ergebenden Vorteile zu erzielen. Voreilige und relativ abstrakte Entscheidungen, die höchstwahrscheinlich das Ergebnis einer solchen Politik sein würden, tragen nämlich zur Unklarheit und Unsicherheit von Rechten bei¹⁰.“

So sind folgende Einwände gegen Gutachten und, mutatis mutandis, gegen Urteile im Normenkontrollverfahren zu erheben:

- a) Die Gerichte würden in die politischen Vorgänge hineingezogen werden und Gefahr laufen, daß sie an öffentlichem Ansehen verlieren und die wahrhaft rechtlichen Maßstäbe aufgeben;
- b) die Verantwortung der Legislative für die Führung der Politik würde verwässert und geschwächt;
- c) den Gerichten würde der Vorteil einer vollen Entwicklung der Tatsachen und der sich aus der Erfahrung ergebenden Einsicht bei der Entscheidung über die Gültigkeit eines Gesetzes versagt sein.

Der letzte Punkt verdient eine Unterstreichung. Verfassungsprobleme des Föderalismus führen leicht zu Fragen, die vernünftigerweise nicht lediglich auf Grund einer Wortinterpretation der Texte, sondern vielmehr mit größtmöglichem Verständnis für die Auswirkungen angegriffener Gesetze im Zusammenhang mit den sozialen und wirtschaftlichen Tatsachen entschieden werden sollten. Man kann die Entscheidungen der australischen und kanadischen Gerichtshöfe über Verfassungsfragen im Vergleich zu denen des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten nicht lesen, ohne den Eindruck von Abstraktheit zu gewinnen. Zweifellos muß man bei diesem Vergleich zahlreiche Punkte in Betracht ziehen. Die Verfassungen von Australien und Kanada sind, technisch gesehen, Gesetzgebungsakte des britischen Parlamentes, und ihre Auslegung erfolgt im allgemeinen nach denselben Regeln wie die Auslegung von Gesetzen. In der besten Ueberlieferung der Vereinigten Staaten hat man sich dagegen bemüht, bei Entscheidungen in Verfassungsfragen der Mahnung von Chief Justice *Marshall* zu folgen, nämlich nie zu vergessen, daß man es bei der Auslegung mit einer Verfassung zu tun hat. Aber der Brauch, Gutachten zu erstatten und Entscheidungen im Normenkontrollverfahren zu treffen, ist sicherlich zu einem wesentlichen Teil dafür verantwortlich zu machen, daß man an Verfassungsprobleme in diesen Ländern nur in allgemeiner Weise herangeht, im Gegensatz zu der mehr konkreten Betrachtungsweise auf Grund der tatsächlichen Auswirkungen von Gesetzen in den Vereinigten Staaten.

Ein ähnlicher Gegensatz zwischen dem Gutachten eines staatlichen Gerichtes und den Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten über identische Verfassungsfragen ist von Professor (jetzt Richter) *Frankfurter* hervorgehoben worden:

„Die Gutachten werden über unklare und sterile Fragen erteilt. Man vergleiche beispielsweise die ablehnenden Stellungnahmen des Obersten Gerichtshofes von Massachusetts zur Verfassungsmäßigkeit der kommunalen Kohlen- und Holzbetriebe mit der Haltung des Obersten Gerichtshofes, der diese Gesetzgebung gebilligt hat; oder die ablehnenden Stellungnahmen des Gerichtshofes von Massachusetts zum Verbot des Handels mit Marken mit der gegenteiligen Haltung des Obersten Gerichtshofes; oder die negative Haltung des Gerichtshofes von Massachusetts gegenüber der Befugnis des Staates zur Errichtung von Wohnhäusern mit der Auffassung des Obersten Gerichtshofes, der diese Gesetzgebung billigt. Das sind nur einige Beispiele aus der Praxis eines Gerichtshofes, dessen Gutachten, wie zu vermuten ist, unter den günstigsten Umständen entstanden sind¹¹.“

Man hat mit vollem Recht erklärt, das Erfordernis,

¹⁰) „Rescue Army v. Municipal Court“, 331 U.S. 549, 571—72, 1947.

¹¹) *Frankfurter*: „A Note on Advisory Opinions“ in *Harvard Law Review*, Bd. 37 (1924) S. 1002, 1006: Man kann von einer

Gesetzgebung, die gerichtlichen Gutachten ausgesetzt ist, das sagen, was im Hamlet von den frühen Blumen gesagt worden ist: „Das Gift nagt an den Kindern des Frühlings zu oft, bevor sich ihre Blüten öffnen.“

daß nur „Sachen“ oder „Rechtsstreitigkeiten“ entschieden werden können, lasse eine Bevorzugung des auf Erfahrung aufbauenden Urteils vor dem nur auf einer Spekulation beruhenden Urteil erkennen. Wenn sich die Verfassungsfragen nur auf den Staatsmechanismus beziehen würden, wäre das Problem nicht so ernst. Werden beispielsweise dem Internationalen Gerichtshof Fragen über die Zulässigkeit von Verfahren zur Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen zur Begutachtung unterbreitet, so erfordern diese keine Würdigung von verwickelten wirtschaftlichen Tatsachen, wie es der Fall wäre bei einer Entscheidung über die Frage, ob eine besondere gesetzliche Regelung des Handels durch einen Staat eine unzulässige Erschwerung für den zwischenstaatlichen Handel bedeuten würde. Auf die Dauer wird es die zweite Art von Fragen sein, die eine Lösung erfordert.

Man mag demgegenüber sagen, daß die Europäische Verfassung die Fragen, welche die meiste Beunruhigung hervorgerufen haben und für welche Gutachten oder Entscheidungen im Normenkontrollverfahren am wenigsten angemessen wären, besonderen Gerichten anvertrauen werde, wie beispielsweise einem Handelsausschuß oder einem Ausschuß für Menschenrechte. Aber man muß bedenken, daß die Schaffung solcher Institutionen das Problem nicht lösen würde. Man wird wahrscheinlich dem Obersten Gerichtshof das Recht geben, über die Berufung gegen die Entscheidungen dieser Gerichte zu ent-

scheiden, wobei der Gerichtshof in der Lage sein sollte, auch Tatsachen ebenso wie die erstinstanzlichen Richter zu würdigen. Außerdem wird es andere Gebiete geben, für welche die besonderen Gerichte nicht zuständig sind und wo ähnliche Probleme der Grenzziehung zwischen gültigen und ungültigen Gesetzen des Bundes bestehen.

Grundlegend ist die Frage, wie man die Gefahr einer verfrühten und abstrakten Entscheidung vermeiden und doch den Unzuträglichkeiten einer übermäßigen Verzögerung entgehen kann. Richter Jackson hat diese Frage für die Vereinigten Staaten folgendermaßen gestellt: „Können wir nicht ein Verfahren zur Entscheidung über wesentliche Verfassungsfragen auf Antrag echter und in ihren Interessen betroffener Parteien einführen, einerseits Uebereilung sowie gutachtliche Stellungnahmen vermeiden und auf der anderen Seite rechtstechnische Lehren zur Verschiebung unvermeidlicher Entscheidungen überflüssig machen?“¹²⁾

Es geht also um die Frage der Entwicklung eines Verfahrens zu schnellen Entscheidungen über Verfassungsprobleme, die sich in den Prozessen als notwendig ergeben haben und im allgemeinen Interesse umgehend getroffen werden sollten. Diese Verfahren sollen weiter unten geprüft werden, und zwar dort, wo die Beziehungen zwischen dem Obersten Gerichtshof und den Gerichten der Mitgliedstaaten zur Erörterung stehen.

Die Rechtsprechung und die Förderung der Rechtseinheit

Es ist offensichtlich, daß nationale Gesetze einheitlich ausgelegt werden müssen. Das wird traditionsgemäß durch die Tätigkeit des Obersten Gerichtshofs als höchste Autorität auf diesem Gebiet bewirkt. Gelegentlich ist die Aufgabe des Obersten Gerichtshofes zur Förderung der Rechtseinheit eines Bundesstaates größer; so namentlich in Kanada, wo der Oberste Gerichtshof befugt ist, die Entscheidungen der Provinzialgerichte in Fragen sowohl des Bundesrechts wie des Nicht-Bundesrechts zu überprüfen. In Kanada werden jedoch die Provinzialgerichte vom Dominion mit Richtern besetzt und unterhalten, so daß der Oberste Gerichtshof des Dominions in beträchtlichem Umfange ein Rechtsmittelgericht in einem einheitlichen Gerichtssystem ist. Es ist allerdings weniger üblich, daß der Oberste Gerichtshof als Rechtsmittelgericht über den Gerichten der Staaten für Fragen des einzelstaatlichen Rechts tätig ist. Der Einfluß des Obersten Gerichtshofes auf die Vereinheitlichung des Rechtes schwankt daher je nach der Ausdehnung der nationalen Gesetzgebung auf dem Gebiet des Privatrechts. Die Schweiz bietet wahrscheinlich das auffallendste Beispiel für die Ausbreitung einer solchen nationalen Gesetz-

gebung. Es scheint ziemlich klar und für einen europäischen Bund eigentümlich zu sein, daß der Oberste Gerichtshof auf Fragen des Bundesrechts im Gegensatz zu staatlichem Recht beschränkt sein würde.

Es gibt indessen Zwischengebiete. So sollte die Auslegung von Verträgen zwischen Mitgliedstaaten als eine Frage des Bundesrechts angesehen werden. In den Vereinigten Staaten erreicht man dies leichter, da hier solche Verträge der Zustimmung des Kongresses bedürfen. Auch wo mehrere Mitgliedstaaten die gleichen staatlichen Gesetze eingeführt haben, wird das Ziel der Einheitlichkeit kaum erreicht werden, wenn es kein zentrales Gericht gibt, das in letzter Instanz die Gesetze auszulegen hat. In dieser Hinsicht besteht ein Mangel in den Vereinigten Staaten. In Australien und Kanada ist demgegenüber der Oberste Gerichtshof zur Auslegung allgemeinen staatlichen Rechts befugt. Es wäre wünschenswert, den Obersten Gerichtshof zur Entscheidung über Streitigkeiten bei der Auslegung solchen Rechts zu ermächtigen; vielleicht müßte man die

¹²⁾ Jackson: „The struggle for Judicial Supremacy“, 1941, S. 306.

Begründung dieser Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofes von der Zustimmung der beteiligten Staaten abhängig machen, die durch Gesetze dieser Staaten auszusprechen wäre.

Auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts oder des Kollisionsrechts zeigen sich größere Schwierigkeiten. In Australien und Kanada ist dieses Problem unbedeutend; hier ist der Oberste Gerichtshof allgemein zur Nachprüfung von Entscheidungen der staatlichen Gerichte zuständig. Dasselbe gilt für die Schweiz, wo die wichtigen Zweige des Privatrechts auf Bundesebene kodifiziert sind. In den Vereinigten Staaten zählt man in den meisten Fällen Gesetzeskollisionen zu den Fragen des einzelstaatlichen Rechts; hieraus ergibt sich eine große Verschiedenheit. In den Fällen, in denen unter territorialen Gesichtspunkten eine flagrante Verletzung des staatlichen Rechts vorliegt, hat jedoch der Oberste Gerichtshof über Rechtsmittel auf Grund der „due process“-Klausel des 14. Amendment oder der „Full faith and Credit Clause“* in Artikel IV der Verfassung entschieden. Es ist hier zu bemerken, daß andere Kräfte und Bestrebungen in den Vereinigten Staaten auf eine Rechtseinheit abzielen, insbesondere die Rechtsfakultäten an den Universitäten, welche Studenten aus allen Teilen des Landes zusammenfassen, akademische Abhandlungen, die „restatements“ der verschiedenen Zweige des Rechts, die aus der Arbeit von Anwälten, Richtern und Professoren hervorgehen, und die, wenn sie auch keine autoritative Kraft haben, doch einen sehr starken Einfluß ausüben.

Die Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofes zur Ueberprüfung von Fragen des Kollisionsrechts ist für einen Bund nicht das Wesentliche. Die auf diesem

Gebiet zwischen den europäischen Staaten bestehenden Unterschiede lassen wahrscheinlich die sofortige Uebertragung einer solchen Zuständigkeit auf den Gerichtshof ohnehin als verfrüht erscheinen. Es wäre jedoch zu wünschen, daß der Bundesgesetzgeber ermächtigt wird, Gesetze für das internationale Privatrecht zu erlassen, und zwar für Konflikte sowohl innerhalb des Bundes wie auch zwischen den Mitgliedern des Bundes und fremden Staaten, und daß der Oberste Gerichtshof ermächtigt wird, über Fragen des internationalen Privatrechts zu entscheiden.

Diese Ausführungen wollen dem Obersten Gerichtshof für den Fall fehlender besonderer Ermächtigung nicht die Befugnis zur Entscheidung im Fall von Gesetzeskollisionen absprechen, die bei der Grenzziehung für die Anwendung von Bundesrecht entstehen können. Eine solche Funktion sollte mit der Zuständigkeit zur Auslegung dieser Gesetze Hand in Hand gehen. Der Gesetzgeber kann auch zum Erlaß von Gesetzen über die Registrierung von Urteilen eines Mitgliedstaates bei den Gerichten eines anderen Mitgliedstaates ermächtigt werden. Mit einer derartigen Verfassungsbestimmung sollte das Recht des Obersten Gerichtshofes zur Ueberprüfung derjenigen Fragen verbunden werden, die sich aus der Anwendung dieser Gesetze ergeben; die internationale Zuständigkeit des entscheidenden Gerichts würde Angriffen ausgesetzt sein. Es wäre außerdem gut, Gesetzgebungsgewalt auf dem Gebiet der Rechtshilfe zu übertragen. Solange diese Gesetzgebung noch nicht abgeschlossen ist, könnten die Staaten, die Abkommen über gegenseitige Rechtshilfe getroffen haben, ermächtigt werden, die sich aus der Anwendung dieser Abkommen ergebenden Streitigkeiten der Gerichtsbarkeit des Obersten Gerichtshofes zu unterstellen.

Die richterliche Funktion und die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen bestimmten Arten von Parteien

Streitigkeiten zwischen Staaten und zwischen Bund und Mitgliedstaaten

Es ist charakteristisch für eine Bundesverfassung, daß sie dem Obersten Gerichtshof die Entscheidung über Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten oder zwischen Bund und Mitgliedstaaten überträgt. Solche Uebertragung der Gerichtsbarkeit wird als ein Verzicht des Souveräns auf seine Immunität gedeutet. In den Vereinigten Staaten hat man die Auffassung vertreten, daß diese Gerichtsbarkeit des Obersten Gerichtshofes „einen Ersatz sowohl für die diplomatische Beilegung von Streitigkeiten zwischen Souveränen wie auch für die Anwendung von Gewalt

bedeute“¹³. Man muß jedoch unterstreichen, daß sich die Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofes nicht auf die Entscheidung über „politische“ Fragen erstreckt, die sich zwischen den Staaten oder zwischen den Vereinigten Staaten und einem Mitgliedstaat erheben. Vor den Obersten Gerichtshof kann man nur diejenigen Streitigkeiten bringen, in denen es um Rechte, ähnlich den rechtlichen Interessen privater Parteien, geht. So haben diese Fälle gewöhnlich Grenzstreitigkeiten, die Benutzung zwischenstaatlicher Gewässer, die Schuldentilgung und andere derartige Fragen zum Gegenstand. Mehr als 65 Rechtsstreitigkeiten zwischen Staaten sind vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten behandelt worden. Eine etwas geringere Anzahl von Prozessen wurde zwischen den Vereinigten Staaten und Einzelstaaten geführt.

Es empfiehlt sich, für einen Europäischen Bund

*) Anmerkung des Uebersetzers: In jedem einzelnen der Staaten soll den Registern, Akten und gerichtlichen Verfahren aller anderen Staaten voller Glaube und Achtung zugebilligt werden.
¹³) „North Dakota v. Minnesota“ 263 U.S. 365, 372—373 (1923).

ein überstaatliches Gericht vorzusehen, das in solchen Streitigkeiten zu entscheiden hätte; seine Zuständigkeit müßte auf echte Rechtsstreitigkeiten im Gegensatz zu den rein politischen Fragen beschränkt werden. Es ist zwar richtig, daß der Internationale Gerichtshof angerufen werden kann. Trotzdem wäre es aber vorteilhaft, wenn die Wahrung des Rechts einem mit den europäischen Lebensbedingungen besser vertrauten Gericht übertragen würde. Artikel 95 der Charta der Vereinten Nationen ermächtigt die Teilnehmerstaaten, im Einvernehmen miteinander ihre Streitigkeiten einem anderen Gericht als dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten.

Streitigkeiten, in denen der Bund oder ein Bundesbeamter in amtlicher Eigenschaft Partei ist

Diese Fälle werden im allgemeinen in einem der anderen Bereiche erfaßt, so beispielsweise die Streitigkeiten, die sich auf Verfassungsbestimmungen oder auf die Auslegung der Bundesgesetze beziehen. Es kann jedoch Fälle geben, die nicht klar unter die anderen Bestimmungen fallen, wie beispielsweise Eigentumsstreitigkeiten, wenn der Bund das Eigentum an Sachen in Anspruch nimmt, oder Streitigkeiten über die Erfüllung von mit dem Bundesstaat abgeschlossenen Verträgen. Es ist ratsam, dem Bund die Anrufung seiner eigenen Gerichte auch zur Entscheidung solcher Streitigkeiten zu erlauben. Es würde genügen, die Ermächtigung zu dieser Art von Gerichtsbarkeit auszusprechen und sie in jedem Falle von der Wahl des Gerichtes durch den Bund abhängig zu machen, mag er nun einen Fall vor das Gericht bringen oder aber ihn einem Gericht entziehen. In manchen Fällen wird man allerdings selbst eine begrenzte Wahl des Gerichts wohl nicht zulassen können; so beispielsweise in Fällen, in denen der Bund einen Anspruch aus der Verwaltung eines Nachlaßgrundstücks geltend machen muß, oder bei einem Konkursverfahren nach einzelstaatlichem Recht. Selbstverständlich würde in derartigen Fällen die Verletzung von Bundesrecht (so beispielsweise einer Bestimmung des Bundesrechts über den Rang von Ansprüchen) vom Obersten Gerichtshof in Ausübung eines anderen Bereichs seiner Gerichtsbarkeit überprüft werden können.

Rechtsstreitigkeiten zwischen Bürgern verschiedener Staaten

In den Vereinigten Staaten hat man diese Gerichtsbarkeit den Bundesgerichten in Konkurrenz mit den Gerichten der Staaten übertragen. Eine ähnliche Bestimmung über die Bundesgerichtsbarkeit findet man in Australien, das hier wie in vielen anderen Einzelheiten sein Grundgesetz nach dem amerikanischen Vorbild ausgerichtet hat. In der Praxis ist diese Gerichtsbarkeit eine schwere Belastung für die Bundesgerichte, ohne daß anscheinend ein zwingender Grund

hierfür besteht. Ursprünglich befürchtete man, daß die Gerichte der Staaten gegenüber außerstaatlichen Interessen eine feindliche Haltung einnehmen würden. Erst mit der Annahme des 14. Amendments im Jahre 1868 wurde eine besondere Klausel für „gleichen Rechtsschutz“ in die Verfassung aufgenommen. Heute würde ein Fall, der ohne vernünftige Begründung eine auf den Wohnsitz abgestellte Diskriminierung einer Person enthält, der Nachprüfung des Obersten Gerichtshofes wegen Verfassungswidrigkeit unterliegen. Die Hauptnutznieser dieser Bestimmungen zur Gerichtsbarkeit über Parteien verschiedener Staatszugehörigkeit sind Gesellschaften gewesen, die außerhalb des Staates eingetragen sind, dem das erkennende Gericht zugehört. Man betrachtet sie als Angehörige des Staates, in dem sie eingetragen sind; daher können sie einen Fall vor einem Bundesgericht anhängig machen, oder ihn dorthin verweisen lassen, wenn ein Angehöriger des Staates ihr Gegner ist, bei dessen Gericht der Rechtsstreit anhängig ist¹⁴. Eine ähnliche Regelung findet sich in Australien; es ist aber interessant festzustellen, daß der Oberste Gerichtshof Australiens Gesellschaften nicht als fremde Staatsangehörige angesehen hat. Damit hat er einen Hauptanwendungsfall für die Gerichtsbarkeit über Angehörige verschiedener Staaten, wie er in den Vereinigten Staaten gegeben ist, vermieden¹⁵. Bemerkenswert ist auch, daß Brasilien eine ähnliche Gerichtsbarkeit hatte, sie aber abgeschafft hat¹⁶.

Anscheinend gibt es keinen vernünftigen Grund, dem amerikanischen Vorgehen in dieser Hinsicht zu folgen. Wenn ein europäischer Bund nicht bereit sein sollte, im Interesse der Rechtseinheit und des Schutzes der Parteien gegen unberechtigte lokale Auffassungen Fragen von Gesetzeskollisionen durch den Obersten Gerichtshof entscheiden zu lassen, dann kann man sich schwer vorstellen, wie der Bund den Bundesgerichten allgemein die Gerichtsbarkeit über Streitigkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Staaten übertragen sollte.

Rechtsstreitigkeiten, die beim Bund akkreditierte Botschafter, Gesandte und Konsuln betreffen

In der amerikanischen und australischen Verfassung wird die Gerichtsbarkeit auf diesem Gebiet den Bundesgerichten übertragen. Der Grund hierfür ist einleuchtend: man will vermeiden, daß eine ungeschickte Rechtsprechung in den Staaten, die keine Beziehungen zu den beteiligten fremden Regierungen haben, gegen die *comitas gentium* verstößt. In einem europäischen

¹⁴) Siehe die Kritik bei *Frankfurter*: „Distribution of Judicial Power between the United States and State Courts“, 13 *Cornell Law Quarterly* (1928) S. 499.

¹⁵) „*Australasian Temporance Society v. Howe*“ 31 *C.L.R.* 290, 339 (1922).

¹⁶) Siehe *Riesenfeld und Hazard*: „Foreign Courts in Federal Systems“, 13 *Law and Contemporary Problems* 29, S. 48 (1948).

Bund, in dem die Mitgliedstaaten weiterhin diplomatische Beziehungen unterhalten werden, fällt diese Ueberlegung zweifellos weniger ins Gewicht. Für die Gerichtsbarkeit wäre es trotzdem zu empfehlen, zwischen den bei den Mitgliedstaaten und den beim Bundesstaat akkreditierten Vertretern fremder Staa-

ten eine Unterscheidung zu machen. Vielleicht würde es genügen, wenn die Prozesse, welche einen beim Bund akkreditierten Diplomaten betreffen, auf Antrag des betroffenen fremden Vertreters vor einem Bundesgericht anhängig gemacht oder dorthin verwiesen würden.

Aufteilung der Bundesgerichtsbarkeit zwischen den Bundesgerichten

Es wird angenommen, daß die Verfassung einen Obersten Gerichtshof vorsieht. Es wird vorgeschlagen, die Einrichtung unterer Bundesgerichte dem Gesetzgeber zu überlassen, diesen aber hierzu durch die Verfassung zu ermächtigen. Mehrere Bundesverfassungen haben ein vollständiges System unterer Gerichte erlaubt; aber man hat den Aufbau eines solchen doppelten Gerichtssystems bisher nur in den Vereinigten Staaten verwirklicht. Angesichts der damit verbundenen Unkosten, der möglichen Doppelspurigkeit und der Verwirrung der Rechtsprechung zwischen den Bundes- und staatlichen Gerichten liegt die Last der Verantwortung auf denjenigen, die einen solchen Plan befürworten.

In den Vereinigten Staaten sind seit jeher die unteren Bundesgerichte für Rechtsstreitigkeiten zwischen Bürgern verschiedener Staaten zuständig; der Streitgegenstand muß allerdings einen Mindestwert erreichen, und zwar jetzt 3000 Dollar. Man hat ihnen auch die Gerichtsbarkeit über besondere Angelegenheiten des Bundes übertragen, so beispielsweise Seeschiffahrtssachen, Vergehen gegen Bundesrecht und Bundessteuersachen. Seit dem Jahre 1875 üben die Bundesgerichte die Gerichtsbarkeit in allen Sachen aus, in denen es um Recht und Verfassung der Vereinigten Staaten geht. Nur in besonderen Bundesangelegenheiten ist jedoch die Zuständigkeit der unteren Bundesgerichte eine ausschließliche. Zur Entscheidung über Streitigkeiten zwischen Bürgern verschiedener Staaten und über Streitigkeiten unter Bundesrecht oder Bundesverfassung sind auch die staatlichen Gerichte (mit Ausnahme der besonderen Fälle) zuständig.

Der Kläger hat das Recht, das Gericht zu wählen (unter der Voraussetzung, daß er den Mindeststreitwert erreicht), und der Beklagte kann eine Sache von einem staatlichen Gericht an ein Bundesgericht verweisen lassen, bevor die mündliche Verhandlung begonnen hat. Ist ein Fall bei einem staatlichen Gericht anhängig gemacht und diesem nicht wieder entzogen worden, so kann der Rechtsstreit nur durch ein Rechtsmittel beim höchsten staatlichen Gerichtshof fortgeführt werden, bevor er wegen Fragen des Bundesrechts oder Bundesverfassungsrechts an den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten kommen kann.

Wenn auch, wie es ratsam erscheint, ein europäischer Bund das amerikanische Vorbild von paral-

len staatlichen und Bundesgerichten ablehnen sollte, so wird man doch eine erstinstanzliche Bundesgerichtsbarkeit für begrenzte Kategorien von Fällen vorsehen müssen. Wir haben bereits besondere Gerichte für die Entscheidung von Fällen erwähnt, bei denen über Fragen des zwischenstaatlichen Handels oder über Menschenrechte zu entscheiden ist. Außerdem muß man wahrscheinlich die Zuständigkeit von Bundesgerichten in erster Instanz für Bundessteuer- und Bundesstrafsachen sowie für Klagen gegen Amtshandlungen von Bundesbeamten sowie für Streitigkeiten zwischen den Staaten oder zwischen dem Bund und einem Staat vorsehen.

Dies sind Fragen, die von Zeit zu Zeit Aenderungen erfordern; daher wird man sie am besten gesetzlicher Regelung überlassen. Es würde genügen, wenn die Verfassung die Errichtung besonderer Bundesgerichte erlaubt, deren Entscheidungen vom Obersten Gerichtshof überprüft werden könnten, und wenn sie dem Obersten Gerichtshof das Recht gibt, in denjenigen zur Bundesgerichtsbarkeit gehörenden Sachen in erster Instanz Recht zu sprechen, die durch den Gesetzgeber bezeichnet werden.

Dieser letzte Vorschlag schließt eine andere Frage ein: die Teilung des Obersten Gerichtshofes in eine Berufungskammer und eine erstinstanzliche Kammer. Die Einzelheiten einer Aufteilung in Kammern regelt man am besten nicht in der Verfassung. Es sollte genügen, daß die Verfassung dem Gerichtshof eine solche Aufteilung erlaubt.

Es erscheint dagegen nicht klug, eine Aufteilung des Obersten Gerichtshofes in eine Verfassungs- und eine allgemeine Berufungskammer vorzusehen. Die Aufgabe, über Verfassungsfragen zu entscheiden, kann praktisch nicht von der Aufgabe der Auslegung von Bundesgesetzen und der Abwägung von außerhalb der Verfassung liegenden Entscheidungsgründen getrennt werden. Entscheidungen über Verfassungsfragen können vermieden oder hervorgerufen werden, je nachdem wie ein Gesetz ausgelegt wird; umgekehrt kann die Auslegung eines Gesetzes durch Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit beeinflußt werden, die eine besondere Auslegung hervorrufen würde. Es erscheint also unklug, so eng miteinander verbundene Funktionen zu trennen. Die Richter haben eine größere Möglichkeit, weise Entscheidungen zu treffen, wenn man ihnen keine so künstliche Teilung auferlegt. Dar-

über hinaus ist es ratsam, an Entscheidungen über besonders heikle Verfassungsprobleme alle Richter des Obersten Gerichtshofes teilnehmen zu lassen; nur so kann man der Auffassung vorbeugen, daß die Entscheidung eines Rechtsstreits jeweils davon abhängt,

welche Kammer gerade zuständig ist. Auf jeden Fall würde es unzweckmäßig erscheinen, wenn die Verfassung selbst die Teilung des Gerichtshofes in eine Kammer für Verfassungsfragen und eine Kammer für andere Fragen fordern würde.

Verhältnis des Obersten Gerichtshofes zu den staatlichen Gerichten

Wie weit müssen die staatlichen Gerichtshöfe an der Verantwortlichkeit für die Entscheidung über Verfassungsfragen teilhaben, die der Nachprüfung durch den Obersten Gerichtshof unterliegen? Auf diese Frage gibt die Praxis der bekanntesten Bundesstaaten sehr unterschiedliche Antworten.

In Kanada sind das Gutachten oder die Verweisung von Verfassungsfragen an den Obersten Gerichtshof fast zum normalen Verfahren für die Entscheidung von Verfassungsfragen geworden. Diese Fragen können jedoch, wie dies tatsächlich geschieht, auch vor den Provinzialgerichten aufgeworfen werden; sie kommen dann zum Obersten Gerichtshof, wenn ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des höchsten Provinzialgerichtes eingelegt wird. Auch kann nach provinzialem Gesetz und dem Ermessen eines Provinzrichters ein Fall mit Verfassungsfragen an den Obersten Gerichtshof verwiesen werden. In der Schweiz kann eine Verfassungsbeschwerde vor einem Bundesgericht im allgemeinen erst nach Erschöpfung des kantonalen Rechtswegs erhoben werden.

Die anderen Bundesstaaten treffen in der einen oder anderen Form Bestimmungen für die Verweisung eines Falles oder einer Verfassungsfrage an den Obersten Gerichtshof, bevor der Rechtsweg vor den staatlichen Gerichten erschöpft ist. In Australien muß eine Sache, in der es um die Aufteilung der verfassungsmäßigen Gewalt zwischen Bund und Staaten geht, vom Obersten Gerichtshof des Staates an das Obergericht verwiesen werden. Die Fälle, in denen andere Verfassungsfragen mitspielen, können nach dem Ermessen des Obergerichts oder bei Einlegung von Rechtsmitteln durch eine Partei von unteren staatlichen Gerichten zum Obergericht kommen.

Einer Variante des Verweisungssystems begegnet man in der Praxis der westdeutschen Republik. Hier muß eine Sache an das Bundesverfassungsgericht verwiesen werden, wenn das Gericht eines Landes, bei dem die Sache anhängig ist, ein angegriffenes Gesetz für verfassungswidrig ansieht. Hält dieses Gericht das Gesetz für verfassungsmäßig, so kann die unterlegene Partei nach Erschöpfung des ordentlichen Rechtswegs mit einer Verfassungsbeschwerde das Bundesverfassungsgericht anrufen. Ferner kann eine Verfassungsbeschwerde wegen Verletzung von im Grundgesetz enthaltenen Grundrechten beim Bundesverfassungsgericht erhoben werden. Die Unterscheidung zwischen der obligatorischen Verweisung und dem Berufungsrecht, je nachdem ob ein Landesge-

richt ein Gesetz als verfassungswidrig oder verfassungsmäßig ansieht, scheint nicht befriedigend zu sein. Wäre sie auf die Rechtsgültigkeit oder Ungültigkeit von Bundesgesetzen beschränkt, so wäre die Unterschiedlichkeit der Verfahren augenscheinlich begründet. Wenn aber ein Landesgericht ein Landesgesetz als verfassungsmäßig ansieht, obwohl geltend gemacht wird, daß es der Bundesverfassung oder den Bundesgesetzen widerspreche, dann sprechen stärkere Gründe für eine beschleunigte Kontrolle durch das Bundesverfassungsgericht, als wenn das Gericht des Landes das Gesetz für verfassungswidrig erachtet hätte. Man kann nebenbei bemerken, daß diesem Bedürfnis in den Vereinigten Staaten Rechnung getragen wird, und zwar in der Unterscheidung zwischen der obligatorischen Nachprüfung auf eine Berufung und der im Ermessen liegenden Nachprüfung auf ein „certiorari“ hin. Die Berufung ist möglich, wenn das höchste Gericht eines Staates ein Bundesgesetz als verfassungswidrig oder ein Staatsgesetz als verfassungsmäßig ansieht; wird umgekehrt entschieden, so kann eine Nachprüfung nur im Wege des „certiorari“ erfolgen¹⁷.

Die Verweisung ist auch in dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorgesehen. Artikel 41 bestimmt: Der Gerichtshof allein entscheidet verbindlich über die Gültigkeit von Beschlüssen der Hohen Behörde und des Rates, falls bei einem Streitfall vor einem staatlichen Gericht diese Gültigkeit in Frage gestellt wird.

Wie bereits erwähnt, können in den Vereinigten Staaten Rechtsstreitigkeiten, welche die Verfassung oder Gesetze des Bundes berühren, von Anfang an von einem staatlichen Gericht an ein Bundesgericht verwiesen werden. Hat eine solche Verweisung nicht stattgefunden, so muß der Fall den ordentlichen Rechtsweg im Staat bis zur endgültigen Entscheidung durchlaufen; dann erst kann der Oberste Gerichtshof entweder auf dem Wege der Berufung oder durch „certiorari“ angerufen werden. So werden viele wichtige Verfassungsfragen, und zwar vor allem diejenigen, welche die Rechtsgültigkeit staatlicher Gesetze betreffen, in erster Instanz durch ein staatliches Gericht entschieden. Oberrichter *Hughes* hat dies folgendermaßen ausgedrückt: „Den staatlichen Gerichten obliegt es ebenso wie den Bundesgerichten, jedes durch die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staa-

¹⁷) 28 U.S. Code 1257.

ten garantierte Recht zu wahren und zu erzwingen, wann auch immer ein solches Recht in einem Rechtsstreit oder Verfahren vor ihnen geltend gemacht wird¹⁸.“

Mit der Forderung, zunächst den Rechtsweg innerhalb der Staaten zu erschöpfen, ist natürlich eine Verzögerung für die endgültige Entscheidung der Frage verbunden. Andererseits erlaubt dieses Verfahren eine Sonderung der Probleme, so daß ein Rechtsstreit, von dem man zunächst annahm, daß er eine ernste Verfassungsfrage aufwerfen würde, nach anderen als Verfassungsnormen entschieden werden kann und deshalb von dem Obersten Gerichtshof nie behandelt zu werden braucht. Das, was man braucht, ist ein System, das im Rahmen des Möglichen die Vorteile einer schnellen Erledigung bewahrt, ohne dafür die Vorzüge eines vorausgehenden Aussiebens zu opfern.

Keiner der Bundesstaaten scheint bisher eine ideal ausgewogene Lösung für dieses Problem gefunden zu haben. Das Schweizer System neigt zu sehr zu der Seite einer Erschöpfung des staatlichen Rechtsweges; das australische und deutsche System machen die Verweisung in den die Gewaltenteilung betreffenden Fällen ohne Grund zwingend; Kanada betont zu sehr das Ermessen der Provinzrichter; die Vereinigten Staaten lassen den privaten Klägern zuviel Spielraum. Infolge des begrenzten Umfanges ihrer Tätigkeit kann die Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die eine Verweisung in den Fällen erfordert, in denen die Gültigkeit von Akten der Hohen Behörde in Frage steht, nicht zum Vergleich herangezogen werden. Sie macht von der obligatorischen Verweisung Gebrauch, wenn die Rechtsgültigkeit von Akten der Hohen Behörde oder des Rates vor einem nationalen Gericht bestritten wird.

Die nötige Beweglichkeit könnte erreicht werden, wenn man dem Generalanwalt des Bundes die Befugnis gäbe, nach eigenem Ermessen einen Fall vom staatlichen Gericht an den Obersten Gerichtshof zu ziehen; dies müßte geschehen, wenn mit Rücksicht auf die Bedeutung der verfassungsrechtlichen Frage und das Interesse der Allgemeinheit an einer raschen Entscheidung angemessen erscheint. Jedenfalls muß dem Generalanwalt Nachricht und Gelegenheit zur Anhörung gegeben werden, wenn eine Verfassungsfrage vor einem staatlichen Gericht aufgeworfen wird. Es ist anzunehmen, daß die obligatorische Verweisung den Obersten Gerichtshof mit unwesentlichen Verfassungsfragen belasten und daß dann der Aussonderungsprozeß nicht vollzogen würde, bei dem sich die Prüfung einer Verfassungsfrage als für die Entscheidung unnötig herausstellen könnte. Andererseits kann die Forderung, zunächst den ordentlichen Rechtsweg innerhalb der Staaten zu erschöpfen, die endgültige Entscheidung dringender konstitutioneller

Fragen ungebührlich verzögern. Auf den Einwand, daß der Generalanwalt eines Staates die gleiche Ermessensbefugnis haben müsse, wie der Generalanwalt des Bundes, kann man entgegnen, daß der Generalanwalt eines Staates kein wirkliches Interesse haben kann, sich darüber zu beklagen, daß eine Verfassungsfrage von den Gerichten seines eigenen States entschieden wird.

Man kann noch ein Wort hinzufügen über die Erfahrung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Zeitspanne, die zwischen dem Anhängigwerden einer Verfassungsfrage und ihrer Entscheidung durch den Obersten Gerichtshof liegt. Wenn der Fall bei einem staatlichen Gerichtshof anhängig gemacht und nicht an ein Bundesgericht verwiesen worden ist, kann er sich im ganzen ein oder zwei Jahre hinziehen; dies hängt weitgehend von der Behandlung des Falles bei den staatlichen Gerichten ab. Wird der Fall bei einem Bundesgericht anhängig gemacht oder dorthin verwiesen, so gibt es Verfahren für ein beschleunigtes Rechtsmittel an den Obersten Gerichtshof. Entscheidet ein Bundesgericht, daß ein Bundesgesetz verfassungswidrig sei, so kann unmittelbar beim Obersten Gerichtshof ein Rechtsmittel eingelegt werden, ohne daß vorher das dazwischen liegende Bundesberufungsgericht angerufen wird. Außerdem kann, gleichgültig wie die Entscheidung des unteren Gerichtes ausgefallen ist, ein „certiorari“ beantragt und vom Obersten Gerichtshof gewährt werden, bevor der Fall vor dem Berufungsgericht verhandelt worden ist¹⁹. Es ist also nicht möglich, einen Fall bereits in erster Instanz vor den Obersten Gerichtshof zu bringen (außer bei Prozessen zwischen Staaten, oder zwischen einem Staat und den Vereinigten Staaten, oder bei Prozessen, die Vertreter fremder Staaten betreffen). Man kann aber trotzdem eine rasche Entscheidung herbeiführen, was auch schon häufig geschehen ist. So lagen auf dem Gebiet der „sozialen Sicherheit“ kaum mehr als vier Monate zwischen dem Beginn eines Prozesses vor dem Bezirksgericht und dem Urteil des Obersten Gerichtshofs²⁰. In dem kürzlich stattgefundenen Streit über die Beschlagnahme der Stahlwerke durch den Präsidenten hat der Oberste Gerichtshof seine Entscheidung bereits in weniger als zwei Monaten nach Anhängigwerden des Falles vor dem Bezirksgericht getroffen. Das sind Beispiele einer Beschleunigung in Fällen, in denen ein großes öffentliches Interesse an einer schnellen verbindlichen Entscheidung besteht. Umgekehrt können gewisse Streitfälle ihren Weg bei den Gerichten gehen, ohne daß es zu einer Entscheidung in Anwendung der Verfassung kommt. So hat beispielsweise in einem in die Länge gezogenen Prozeß über die Rechtsgültigkeit des Programmes der Tennessee Valley Authority für

¹⁸) 296 U.S. 463, 479 (1936).

¹⁹) 28 U. S. C. 1253, 1254.

²⁰) „*Helvering v. Davis*“, 301 U.S. 619 (1937).

die Elektrizitätsversorgung der Oberste Gerichtshof schließlich entschieden, daß die Kläger — private Versorgungsgesellschaften — nicht befugt waren, die Verfassungsmäßigkeit der T. V. A. anzugreifen²¹. Die erfolgreiche Tätigkeit der T. V. A. beweist, daß die Allgemeinheit sich auf das Fehlen einer verbindlichen

Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit bei einem wichtigen öffentlichen Unternehmen einstellen kann. Die Öffentlichkeit kann dann dahinkommen, daß sie das Unternehmen nach seiner Zweckmäßigkeit beurteilt, eine Frage, die nur zu oft mit der Frage der verfassungsmäßigen Gültigkeit verwechselt wird.

Ernennung und Rechtsstellung der Richter

In den verschiedenen Bundesstaaten (mit Ausnahme der Schweiz und bis zu einem gewissen Grade auch Deutschlands) wird die Unabhängigkeit der Gerichte durch die Ernennung der Richter auf Lebenszeit verbürgt. Zwei Einschränkungen sind bei der Ernennung auf Lebenszeit angebracht. Die erste Einschränkung liegt in einer Bestimmung, nach der ein Richter wegen ungehöriger Aufführung oder Unfähigkeit entlassen werden kann. In den Vereinigten Staaten kann ein Richter nur wegen schwerer Verbrechen und Vergehen und nur im Wege des „impeachment“ abgesetzt werden, das eine Mitwirkung von Senat und Repräsentantenhaus erfordert. Es mag zweifellos besser sein, die Befugnis zur Absetzung eines Richters nur für außerordentliche Fälle vorzusehen und sie dem Obersten Gerichtshof zu übertragen. Die zweite Einschränkung liegt in der Festsetzung der Altersgrenze, bei deren Erreichung der Richter sein Amt niederlegen muß, und die auf 75 Jahre festzusetzen wäre. In den Vereinigten Staaten enthält die Verfassung keine derartigen Bestimmungen, obwohl das Gesetz die freiwillige Aufgabe des Amtes mit 70 Jahren und Pensionsberechtigung nach wenigstens zehnjähriger Amtszeit vorsieht. Auch nach der australischen Verfassung gibt es keine zwangsweise Pensionierung der Richter. Hier empfahl die Royal Commission die Festsetzung einer Altersgrenze von 72 Jahren für die zwangsweise Pensionierung²². Zwar würde die oben vorgeschlagene Bestimmung bedauerlicherweise bewirken, daß die Dienste der Richter, die auch mit 75 Jahren noch ihre geistige Leistungsfähigkeit bewahrt haben, verlorengehen; doch nimmt man an, daß dieser Nachteil aufgewogen wird durch die Schwierigkeiten, die mit der Frage des freiwilligen Rücktritts verbunden sind, und durch den Vorteil, von Zeit zu Zeit fähige Köpfe als Richter neu einsetzen zu können. Hierzu hat M. Hughes (späterer Chief Justice) im Jahre 1928 folgendes ausgeführt:

„Unter den heutigen Lebensbedingungen und bei der wachsenden Möglichkeit, Gesundheit und Arbeitskraft zu erhalten, scheint das Alter von 70 Jahren für die zwangsweise Pensionierung verfrüht. Ein derartiges Ausscheiden bedeutet zu oft einen Verlust für die Allgemeinheit. Die zwangsweise Pensionierung mit 75 Jah-

ren ist eher vertretbar. Ich gebe zu, daß die Vermeidung der Gefahr, im Obersten Gerichtshof Richter zu haben, die ihr Amt nicht richtig ausüben können und doch auf ihrem Posten ausharren, von einer zu großen Bedeutung ist, als daß man ein Risiko eingehen könnte; jede Altersbegrenzung ist irgendwie willkürlich, da ja die geistigen Fähigkeiten im Alter sehr unterschiedlich nachlassen. Woran man denken muß, ist nicht Erkrankung, sondern Altersschwäche²³.“

Die Ernennung auf Lebenszeit eignet sich schlecht für die Mitglieder der besonderen Gerichte, die richterliche Aufgaben erfüllen, aber zugleich am Verwaltungsverfahren beteiligt sind. In Australien haben sich Schwierigkeiten dadurch ergeben, daß die Richter auf Lebenszeit ernannt wurden, und daß der Begriff der richterlichen Gewalt weit ausgelegt wird und verschiedene Verwaltungskommissionen umfaßt hat²⁴.

Man hat es überall als richtig erachtet, daß die Bundesrichter durch die Bundesregierung ernannt werden. Es wäre aber gut, die Mitgliedstaaten zu den Ernennungen anzuhören. In den Vereinigten Staaten findet die Stimme der Staaten ihren Ausdruck in dem Recht des Senats zur Bestätigung der von dem Präsidenten vollzogenen Ernennungen.

Einen sehr einfallsreichen Vorschlag hat man in einem Entwurf für den Obersten Europäischen Gerichtshof gemacht²⁵; die Mitglieder dieses Gerichtshofes sollen auf folgende Weise bestimmt werden: ein Drittel durch die Bundesregierung nach Listen der Rechtsfakultäten, der nationalen Akademien und der nationalen Zweige internationaler Akademien, ein Drittel durch die Regierung nach einer Liste, die von den Obersten Gerichtshöfen der Mitgliedstaaten präsentiert wird, und ein Drittel durch die hiernach gewählten Mitglieder des Obersten Gerichtshofes selbst. Man nimmt an, daß im Falle einer Vakanz der Nachfolger auf die gleiche Weise wie sein Vorgänger gewählt wird. Damit dieses System richtig funktionieren kann, müßte jeder Wechsel in der Besetzung des Gerichtshofes drei Richter oder ein Vielfaches dieser Zahl umfassen; das scheint aber keine ernsthafte Schwierigkeit zu machen. Ein gewichtigerer Einwand kann aber dagegen erhoben werden, daß ein Drittel der Richter durch den Obersten Ge-

²¹) „Tennessee Electric Power Co. v. T. V. A.“, 306 U.S. 118 (1939).

²²) Bericht der Königlichen Kommission über die Verfassung, 1929, S. 251–252.

²³) Hughes, a. a. O., S. 76 und 77.

²⁴) Bericht der Königlichen Kommission über die Verfassung, 1929, S. 251.

²⁵) Ebenda, S. 251.

richtshof selbst gewählt wird; er würde dadurch in gewissem Umfang zu einer Institution, die sich selbst fortsetzt und dem Wechsel der öffentlichen Meinung mehr entzogen wird, als dies zur Sicherung der Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen nötig wäre. Wäre es nicht von Vorteil, diesen Vorschlag aus dem Entwurf zu entfernen?

Die Bezüge der Richter würden selbstverständlich vom Gesetzgeber festgelegt. Die Verfassung sollte bestimmen, daß die Bezüge eines Richters während seiner Amtsdauer nicht herabgesetzt werden dürfen. Das ist eine charakteristische Bestimmung im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit der Gerichte.

Es könnte sein, daß man die Zahl der Richter vermehrt, wenn es der Arbeitsanfall des Gerichtes erfordert. Dabei besteht natürlich die Gefahr, daß die gesetzgebende Gewalt zusätzliche Richter ernennt, um das Schicksal eines vor dem Gericht anhängigen Falles zu beeinflussen. Zweifellos hat der Gedanke an diese Gefahr dazu geführt, in dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wie folgt zu bestimmen: „Die Zahl der Richter kann

auf Vorschlag des Gerichtshofes durch einstimmigen Beschluß des Rates erhöht werden.“ Die Forderung, daß die Aenderung nur auf Antrag des Gerichtshofes erfolgt, scheint eine unnötige Einschränkung für den Obersten Gerichtshof eines Bundes zu bedeuten, denn das Gericht kann so eingestellt sein, daß es die Berechtigung einer Erhöhung der Mitgliederzahl nicht anerkennt. Zweifellos würde es genügen, wenn man verlangte, daß jede Erhöhung der Mitgliederzahl durch eine Zweidrittelmehrheit der Legislative genehmigt wird.

Zur Trennung der Gewalten und der Unabhängigkeit der Richter gehört, daß die Bundesrichter während der Dauer ihres Richteramtes kein anderes öffentliches Amt bekleiden dürfen. Wenn eine dahingehende Bestimmung in die Verfassung aufgenommen wird, müßte sie so abgefaßt sein, daß sie einem Richter nicht untersagt, solche vorübergehenden außergerichtlichen Tätigkeiten, die mit seinen Pflichten vereinbar wären, zu übernehmen. Diese Frage wird man am besten dem eigenen Urteil des Richters überlassen.

Folgerungen

Es sind über verschiedene Fragen in diesem Bericht Vorschläge gemacht worden, die hier nicht wiederholt werden sollen. Vielleicht genügt es zu sagen, daß eines der Grundprobleme für eine gute Verfassunggebung im Bereich der richterlichen Gewalt wie auch auf anderen Gebieten in der Frage liegt, wie weit man Einzelbestimmungen in die Verfassung aufnehmen und inwieweit man den Erlaß solcher Bestimmungen der beweglicheren Gesetzgebung überlassen soll. Was die technischen Fragen anbelangt, die bei der Regelung des Verfahrens und besonders im Zusammenhang mit dem Verhältnis der staatlichen Gerichte zu denen des Bundes entstehen, so wäre es unklug, die Verfassung mit den Einzelheiten der Gerichtsbarkeit zu belasten. Man müßte die wesentlichen Punkte einfügen und den Gesetzgeber ermächtigen, die Einzelheiten festzulegen.

Folgendes sind die wesentlichen Punkte: eine unabhängige richterliche Gewalt, die auf der Ernennung der Richter auf Lebenszeit beruht; ein Oberstes Gericht mit der Befugnis zur Entscheidung darüber, ob die gesetzgeberischen oder vollziehenden Akte der Bundes- oder einer Staatsregierung im Widerspruch zur Bundesverfassung stehen, sowie mit dem Recht zur Auslegung und Anwendung der Bundesgesetze. Festzulegen wäre auch noch die Frage, ob Gutachten zulässig sind, oder ob die Entscheidung über Verfassungsfragen nur im Rahmen anhängiger Rechtsstreitigkeiten erfolgen darf.

Neben diesen Bestimmungen wird vorgeschlagen, den Gesetzgeber in der Verfassung zur Errichtung unterer Bundesgerichte zu ermächtigen und die Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofes zur Entscheidung in erster Instanz und als Berufungsgericht abzugrenzen.

Ist sichergestellt, daß die Verfassungsfragen sowie die Auslegung und die Anwendung des Bundesrechts zur Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofes gehören, dann müßte die Verfassung den Gesetzgeber ermächtigen, den Bundesgerichten zusätzlich die Gerichtsbarkeit für Rechtsstreitigkeiten zwischen Einzelstaaten oder solche, bei denen der Bundesstaat oder ein Bundesbeamter in amtlicher Eigenschaft Parteien sind, sowie diejenigen, an denen beim Bund akkreditierte Vertreter fremder Mächte beteiligt sind, zu übertragen. Der Gesetzgeber müßte befugt sein zu bestimmen, wie weit eine solche Zuständigkeit eine ausschließliche der Bundesgerichte ist und in welchen Fällen man Berufung einlegen und eine Verweisung von einem staatlichen Gericht an ein Bundesgericht, einschließlich des Obersten Gerichtshofes, erreichen kann.

Der Gesetzgeber müßte befugt sein, Vorsorge für die Rechtshilfe zwischen den Staaten zu treffen, ebenso für die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen der Staaten sowie für die Setzung von Regeln des internationalen Privatrechts.

(Weitere Studien folgen)

Dokumente zur Lösung des deutschen und österreichischen Problems

Note der Sowjetunion vom 3. November 1953 in Beantwortung der Einladung der Westmächte zu einer Viererkonferenz in Lugano

Die Sowjetregierung bestätigt den Empfang der Note der Regierung Großbritanniens vom 18. Oktober, die die Antwort auf die Note der Sowjetregierung vom 28. September ist.

Die Regierung Großbritanniens umgeht in ihrer Note vom 18. Oktober genau so wie in der vorangegangenen Note vom 2. September die Hauptfragen, die von der Sowjetregierung aufgeworfen wurden und deren Prüfung dem Ziele dienen würde, zur Regelung der ungelösten internationalen Probleme und zur Festigung des Friedens beizutragen. Seither ist die Notwendigkeit einer solchen Regelung noch dringender geworden.

Man kann auch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die letzte Note der Regierung Großbritanniens auch diesmal ein Ergebnis der separaten Abmachungen der drei Mächte, und zwar Großbritanniens, Frankreichs und der USA, ist. Die neue Beratung der Außenminister der drei Großmächte in London wie auch die früheren Beratungen in Washington erleichtern infolgedessen keineswegs die Aufgabe, die ungelösten internationalen Probleme zu regeln. Im Gegenteil, solche Beratungen beschränken zwangsläufig die Initiative und die Möglichkeiten einer Verständigung zwischen den interessierten Mächten, was den Interessen der internationalen Zusammenarbeit selbstverständlich zuwiderläuft.

Die Sowjetregierung machte in ihrer Note vom 28. September die Regierung Großbritanniens wie auch die Regierungen der USA und Frankreichs darauf aufmerksam, daß eine Erörterung der Maßnahmen zur Entspannung der internationalen Beziehungen durch die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China und der Sowjetunion notwendig ist. Hierbei ließ sich die Sowjetregierung davon leiten, daß auch die Regierungen der oben erwähnten Mächte den Wunsch zum Ausdruck bringen, eine Verständigung zu erzielen, die schon in der nächsten Zeit zu einer Milderung der internationalen Spannungen führen würde, was wiederum ermöglichen würde, positive Resultate bei der Regelung der aktuellen internationalen Probleme zu erzielen. Als die Sowjetregierung diesen Vorschlag machte, ging sie davon aus, daß sich gegenwärtig, besonders im Zusammenhang mit dem Abschluß des Waffenstillstandes in Korea, eine günstige Situation hierfür ergeben hat.

Es ist bekannt, von welcher positiver Bedeutung für die Herbeiführung des Waffenstillstandes in Korea der Schritt der Regierung der Volksrepublik China war, die gemeinsam mit der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik die Initiative entwickelte, die

zur Vereinbarung über die Einstellung des Blutvergießens in Korea führte. Es wäre vollkommen natürlich, sowohl von der einen als auch von der anderen interessierten Seite weitere Schritte zur Milderung der internationalen Spannung zu erwarten. Eine Weigerung, über die Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu beraten, könnte man nicht anders beurteilen als eine Ablehnung, zur Regelung der ungelösten Fragen und damit zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit beizutragen.

Eines der Hauptmomente, die von der starken Spannung in den internationalen Beziehungen zeugen, ist die Tatsache, daß im Laufe der letzten Jahre das Wettrennen der Rüstungen, zu denen die Atom- und Wasserstoffwaffen gehören, immer mehr verstärkt wird, daß militärische Gruppierungen von Staaten gegen andere Staaten gebildet werden, daß das Netz der Militärstützpunkte, die von gewissen Staaten in anderen Ländern geschaffen werden, sich schnell ausbreitet usw. Wenn die Regierung Großbritanniens ebenso wie die Regierung der UdSSR anerkennt, daß diese Lage die Gefahr eines neuen Weltkrieges verstärkt und daß man die Prüfung der oben erwähnten außerordentlich wichtigen internationalen Fragen nicht auf unbestimmte Zeit aufschieben darf, so müßten die Einwendungen dagegen fortfallen, daß die Behandlung der Frage der Maßnahmen zur Milderung der internationalen Spannung unverzüglich in Angriff genommen wird. Andernfalls wäre es unmöglich, die nötigen Voraussetzungen für die Lösung der aktuellen internationalen Probleme, deren Regelung auch die Regierung Großbritanniens große Bedeutung beimißt, zu gewährleisten.

Die Regierung Großbritanniens beruft sich in ihrer Note vom 18. Oktober darauf, daß gewisse in der Note der Sowjetregierung vom 28. September aufgeworfene Fragen, darunter die Abrüstungsfrage, in der Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen bereits erörtert wurden oder zur Erörterung gelangen werden. Dieser Hinweis kann jedoch nicht als stichhaltig betrachtet werden. In der Organisation der Vereinten Nationen werden gewisse wichtige Fragen, die die Aufrechterhaltung des Weltfriedens betreffen, seit der Entstehung dieser Organisation erörtert. Das gilt vor allem für solche Fragen wie Verminderung und Regelung der Rüstungen, Verbot der Atomwaffe und anderer Massenvernichtungswaffen, Unzulässigkeit der Schaffung von Militärstützpunkten in fremden Gebieten, Unzulässigkeit einer Propaganda, die der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges dient. Jedoch stieß die Entscheidung dieser wich-

tigen Fragen in den UN bekanntlich auf ernstliche Schwierigkeiten. Infolgedessen wird das von einigen Ländern betriebene Wettrüsten nicht etwa eingeschränkt, sondern in noch stärkerem Maße fortgesetzt, und somit wird die Steuerlast, die die breiten Bevölkerungsschichten dieser Länder auf ihren Schultern zu tragen haben, ununterbrochen vergrößert, und die Massenvernichtungswaffen werden besonders seit der Entwicklung der Wasserstoffbombe immer verheerender und gefährlicher.

Für eine Entspannung der internationalen Beziehungen ist die endgültige Regelung der Koreafrage von großer Bedeutung. Das erfordert jetzt, daß auf der Grundlage des erzielten Waffenstillstandes die Fragen der nationalen Wiedervereinigung und der Herstellung eines dauerhaften Friedens in Korea gelöst werden. Diesen Zielen hat die Einberufung der Politischen Konferenz über Korea zu dienen.

Die Sowjetregierung hat bereits in ihrer Note vom 28. September festgestellt, daß die Einberufung dieser Konferenz im Zusammenhang mit der Frage ihrer Zusammensetzung auf ernsthafte Schwierigkeiten stößt. Noch immer wird die Bedeutung gemeinsamer Aktionen in dieser Frage mit so unmittelbar interessierten Staaten wie der Volksrepublik China und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik offensichtlich unterschätzt. Es müßte völlig klar sein, daß der Erfolg der Politischen Konferenz über Korea zum großen Teil abhängt von der Uebereinstimmung der Aktionen beider unmittelbar interessierten Seiten sowie von der Beteiligung anderer neutraler Staaten, die zur Erreichung des Waffenstillstandes in Korea beitrugen und die bei der Regelung der gesamten koreanischen Frage eine wesentliche Hilfe leisten können.

Entsprechend der erzielten Vereinbarung findet bereits eine Beratung zwischen den beiden Seiten in Panmunjon statt, die einberufen wurde, damit die mit der Vorbereitung der Politischen Konferenz über Korea zusammenhängenden unregelmäßigen Fragen geprüft werden. Falls die Regierung der USA und die Regierungen einiger anderer Länder, die die Verantwortung für die bei der Regelung der Koreafrage entstandenen Schwierigkeiten, insbesondere für die mit der Frage der Zusammensetzung der Konferenz verbundenen Schwierigkeiten, trifft, wirklich den Erfolg dieser Konferenz anstreben, so können sie nicht umhin, die oben erwähnten berechtigten Forderungen der koreanisch-chinesischen Seite zu berücksichtigen, denen, wie die Diskussion über die Zusammensetzung der Konferenz auf der 7. Tagung der Vollversammlung der UN gezeigt hat, die meisten Staaten Europas, Asiens und Afrikas beipflichten.

Eine Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen hängt in beträchtlichem Maße auch von der Regelung der Frage der Beziehungen mit der Volksrepublik China, von der Wiedereinsetzung Chinas in seine verbrieften Rechte in der Organisation der Vereinten Nationen und von seiner Beteiligung an der Lösung der Hauptfragen der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker ab. Ignoriert man die Notwendigkeit, die Fragen der Wiedereinsetzung der Volksrepublik China in ihre nationalen Rechte unverzüglich zu lösen, und hemmt man die vollberechtigte Beteiligung Chinas an der Regelung der herangereiften internationalen Probleme, so bedeutet dies, daß man zur weiteren Aufrecht-

erhaltung der internationalen Spannung beiträgt. Es geht nicht an, die Angelegenheit der Teilnahme der Volksrepublik China an der Koreakonferenz zu vernachlässigen, da die positiven Ergebnisse dieser Konferenz ebenfalls in einem nicht geringen Maße mit der Anerkennung der Rechte und rechtmäßigen Interessen des chinesischen Volkes bei der Regelung anderer wichtiger internationaler Probleme zusammenhängen. Es muß ebenfalls als unzulässig betrachtet werden, daß gegen die Volksrepublik China in all diesen Jahren diese oder jene Aggressionsakte erfolgen, die von einigen Staaten provoziert werden. Aus dem Gesagten geht hervor, daß zur Regelung der aktuellen internationalen Probleme, die von großer Bedeutung für eine Milderung der internationalen Spannung sind, ganz abzusehen von den besonderen, die Lage in den Ländern Südasiens und des Pazifik betreffenden Fragen, es dringend notwendig ist, eine Beratung der Außenminister der fünf Mächte: Großbritanniens, Frankreichs, der USA, der Volksrepublik China und der Sowjetunion, einzuberufen.

In Beantwortung des Vorschlages der Sowjetregierung über die Einberufung einer Beratung der Außenminister der fünf Mächte zwecks Erörterung der Maßnahmen zur Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen hat die Regierung Großbritanniens ihre Bereitschaft erklärt, die Ursachen dieser Spannung zu erörtern, um sie zu beseitigen. Dabei hat jedoch die Regierung Großbritanniens erklärt: „Sie wünscht jedoch, dies unter Bedingungen zu tun, die ein positives Ergebnis einigermaßen wahrscheinlich machen und gewährleisten, daß die Ansichten der unmittelbar interessierten Regierungen in angemessener Weise zum Ausdruck gebracht werden.“

Somit lehnt die Regierung Großbritanniens gleichzeitig mit der Erklärung ihrer Bereitschaft, die Ursachen der internationalen Spannung zu untersuchen, um sie zu beseitigen, die Einberufung einer Fünfmächtekonferenz zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Das ist daraus zu ersehen, daß sie verschiedene Vorbedingungen stellt, die darauf gerichtet sind, die Einberufung dieser Konferenz für unbestimmte Zeit hinauszuschieben. Wenn die Regierung Großbritanniens auch weiterhin auf diesen Vorbedingungen besteht, so bedeutet dies, daß sie in Wirklichkeit weder eine Milderung der internationalen Spannung noch eine angemessene Regelung der ungelösten internationalen Probleme anstrebt.

Bei ihrer Ablehnung der Einberufung einer Fünfmächtekonferenz weist die Regierung Großbritanniens darauf hin, daß sie ihre Einwilligung zur Einberufung einer Politischen Konferenz über Korea, bei der alle diese Mächte vertreten sein könnten, gegeben hat. Diese Erklärung der Regierung Großbritanniens entbehrt schon deshalb jeder Grundlage, weil die von ihr bezogene Position der Ablehnung der Beteiligung neutraler Länder an der Konferenz über Korea die Teilnahme der UdSSR an dieser Konferenz unmöglich macht. Man darf auch nicht vergessen, daß auf der Konferenz über Korea die Möglichkeit einer Erörterung der allgemeinen Frage einer Milderung der internationalen Spannung ausgeschaltet wird, obwohl gegenwärtig nicht bestritten werden kann, daß die Behandlung dieser Frage unaufschiebbar ist.

In ihrer Note vom 28. September hat die Sowjetregierung die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die politische Entwicklung in Westdeutschland in letzter Zeit die

Beunruhigung in den friedliebenden Ländern Europas verschärft hat.

Die herrschenden Kreise in Westdeutschland stellen sich offen die Aufgabe, den Plan der Remilitarisierung beschleunigt durchzuführen. Es werden Maßnahmen zur Aufstellung eines regulären Heeres, zur Schaffung von Luftstreitkräften und einer Kriegsmarine getroffen. Hunderte Industriebetriebe werden auf Kriegsproduktion umgestellt. Die westdeutschen Monopolisten, die seinerzeit Hitler zur Aggression inspirierten, befassen sich mit der Wiederherstellung der Rüstungsindustrie. Jene Generale, die die Hitlerarmee schufen und Hitlers Kriegspläne in die Tat umsetzten, nehmen bei der Aufstellung der Streitkräfte Westdeutschlands wieder die Führung in ihre Hand. Die derzeitige Bonner Regierung, die Träger der Bestrebungen der aggressiven Kreise der westdeutschen Monopolisten und der Hitlerschen Militärführung ist, hält es schon nicht mehr für nötig, ihre aggressiven Ziele in bezug auf die Nachbarstaaten zu verhehlen. Die herrschenden Kreise in Westdeutschland verkünden mit aller Offenheit ihre Revanchepläne, was eine immer größere Bedrohung der Sicherheit Europas mit sich bringt. Die westdeutschen Revanchepolitiker, die in der letzten Zeit ihr Haupt erhoben haben, suchen sich in den aggressiven Kreisen anderer Staaten Unterstützung zu sichern.

Unter diesen Umständen kann man nicht umhin, die Gefährlichkeit der Bestrebungen der herrschenden Kreise Westdeutschlands zu erkennen, die Ratifizierung und das Inkrafttreten sowohl des Pariser als auch des Bonner Abkommens, an die sie ihre Hoffnungen auf Beschleunigung der Remilitarisierung Westdeutschlands und auf Verwirklichung ihrer Revanchepläne in Europa knüpfen, mit allen Mitteln voranzutreiben. Unter diesen Umständen muß man die Versuche eines groben Drucks als besonders unzulässig betrachten, den man in der letzten Zeit zum Beispiel auf Frankreich ausübte, um den Widerstand der Öffentlichkeit gegen die Abkommen von Bonn und Paris zu überwinden.

Da das Pariser Abkommen über die sogenannte Europaarmee unter Einbeziehung der westdeutschen Streitkräfte die Aufstellung eines regulären Heeres in Westdeutschland bedeutet, scheuen die westdeutschen Revanchepolitiker vor nichts zurück, um das Inkrafttreten dieses Abkommens durchzusetzen. Zugleich üben die revanchelusternen Kreise Westdeutschlands einen ständigen Druck aus, um auch das Inkrafttreten des Bonner Abkommens zu beschleunigen. Dieses Abkommen, das Westdeutschland auf Jahrzehnte hinaus in der Lage eines besetzten Landes beläßt, wollen sie ausnutzen, um sich freie Hand zu verschaffen, indem sie sich in die nordatlantische militärische Staatengruppierung einreihen und sich die Unterstützung der aggressivsten Kräfte dieser Gruppierung sichern.

Das Inkrafttreten der Abkommen von Paris und Bonn würde bedeuten, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands auf volle Touren gebracht wird. Dann werden, wie die bittere Erfahrung der Völker Europas lehrt, die westdeutschen Revanchepolitiker aufhören, auf viele der Paragraphen dieser Abkommen Rücksicht zu nehmen. Dann werden sie aufs Ganze gehen, die Partner dieser Abkommen in Abenteuer verwickeln, die ihnen helfen werden, einen Krieg zur Verwirklichung ihrer verbrecherischen Revancheziele vom Zaune zu brechen.

Das dürfen die friedliebenden Völker Europas, vor allem die Nachbarn Westdeutschlands, nicht außer acht lassen. Jedermann weiß aus der Geschichte, daß die Nachbarländer die ersten Opfer des aggressiven deutschen Militarismus wurden, wobei die deutschen Militaristen es niemals unterließen, Vorwände für einen Ueberfall auf diese Länder zu suchen.

In diesem Zusammenhang ist es verständlich, daß in der Note der Regierung Großbritanniens vom 18. Oktober eine so ernste Frage berührt wird wie die Frage der europäischen Sicherheit, der die Sowjetregierung stets größte Bedeutung beigemessen hat. Man kann nicht umhin, anzuerkennen, daß eine Lösung des deutschen Problems nur dann den Interessen der friedliebenden Völker Europas wie auch den Interessen des deutschen Volkes selbst entspricht, wenn sie die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands als eines demokratischen und friedliebenden Staates gewährleisten und zugleich die Interessen der Sicherheit aller europäischen Staaten garantieren wird.

Das bedeutet, daß die Schaffung einer gegen diese oder jene Staaten Europas gerichteten besonderen militärischen Gruppierung europäischer Staaten, wie es die jetzt unternommene Aufstellung einer sogenannten Europaarmee ist, nichts gemein hat mit einer wirklichen Sicherheit Europas.

Man darf auch nicht vergessen, daß der britisch-sowjetische Vertrag von 1942 und der französisch-sowjetische Vertrag von 1944 existieren, laut denen die UdSSR und Großbritannien wie auch die UdSSR und Frankreich die Verpflichtung auf sich genommen haben, gemeinsame Maßnahmen gegen die Möglichkeit einer neuen Aggression des deutschen Militarismus zu treffen, was zugleich dem Ziel entspricht, die Sicherheit aller Staaten Europas zu garantieren. Es würde nicht im Interesse Großbritanniens und Frankreichs liegen, diese wichtigen Verpflichtungen zu vergessen. Was aber die Sowjetunion anbelangt, so besteht ihrerseits nach wie vor die volle Bereitschaft, diese Verpflichtungen nicht nur nicht abzuschwächen, sondern auch den vorhandenen neuen Möglichkeiten zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa Rechnung zu tragen.

Die Haltung der Regierung Großbritanniens zur deutschen Frage, die in der vorerwähnten Note wie auch in ihren früheren Noten zum Ausdruck kam, entspricht jedoch in keiner Weise den Interessen der Gewährleistung der europäischen Sicherheit, da in ihnen nicht allein die obenerwähnten Verpflichtungen, sondern auch die Bestimmungen der Potsdamer Konferenz von 1945 ignoriert werden, laut denen Großbritannien, die USA, die UdSSR und Frankreich, das sich ihnen anschloß, vereinbart haben, mit vereinten Bemühungen zur Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates, zur Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung, zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland beizutragen.

Die Regierung der UdSSR hält es für notwendig, die Aufmerksamkeit der Regierung Großbritanniens erneut auf die große Bedeutung zu lenken, die die Einhaltung der Prinzipien und Zielsetzungen des Potsdamer Abkommens hinsichtlich Deutschlands für die Sicherheit Europas hat.

Die Sowjetregierung ist auch heute der Meinung, daß

es nur durch vereinte Bemühungen der vier Mächte möglich ist, die europäische Sicherheit zu gewährleisten und die Wiederherstellung des aggressiven deutschen Militarismus, die die westdeutschen Revanchepolitiker so sehr erstreben, nicht zuzulassen. Dazu ist es notwendig, daß Großbritannien, Frankreich, die USA und die UdSSR gemeinsam mit Vertretern West- und Ostdeutschlands vereinbaren, daß im Interesse der Festigung des Friedens und der europäischen Sicherheit die Lösung der damit verbundenen Deutschland betreffenden Hauptfragen: der Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland und der Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates auf demokratischer und friedlicher Grundlage nicht aufgeschoben wird.

Eben in Anbetracht der oben dargelegten Erwägungen hat die Sowjetregierung vorgeschlagen, auf einer Beratung der Außenminister solche Fragen zu erörtern, wie:

Einberufung einer Friedenskonferenz zur Erörterung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland;

Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen.

Darüber hinaus hält die Sowjetregierung es nach wie vor für wichtig, die Frage einer Erleichterung der mit den Folgen des Krieges verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands zu prüfen.

Wie schon früher, so hat die Regierung Großbritanniens auch in der Note vom 18. Oktober zu diesen Problemen, die von vordringlicher Bedeutung für die Lösung der deutschen Frage sind, nicht Stellung genommen. Statt dessen hat sie sich darauf beschränkt, zu erklären, daß sie auf der erwähnten Beratung die „Gelegenheit benutzen wird, ihre Ansichten zu Fragen, die sie bereits in ihren früheren Noten aufgeworfen hat, vorbringen zu können“.

Diese Erklärung der Regierung Großbritanniens bedeutet, daß sie nach wie vor die Behandlung der deutschen Frage auf das Problem gesamtdeutscher Wahlen, die von den Besatzungsbehörden und nicht vom deutschen Volk selbst organisiert werden sollen, beschränken will; denn die Regierung Großbritanniens sucht auch heute noch der Erörterung der Frage der unverzüglichen Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung auszuweichen. Solange indessen eine solche gesamtdeutsche Regierung nicht gebildet wird, ist es weder möglich, die Durchführung wirklich freier gesamtdeutscher Wahlen zu gewährleisten noch die Lösung der durch das Potsdamer Viermächteabkommen vorgezeichneten grundlegenden Aufgaben zur Wiederherstellung Deutschlands als eines demokratischen und friedliebenden Staates zu garantieren.

Zudem kann man die deutsche Frage nicht unabhängig von einer anderen wichtigen Frage betrachten, die unmittelbar mit der europäischen Sicherheit zusammenhängt — der Frage der Situation, die sich angesichts des sich immer vergrößernden Netzes amerikanischer Militärstützpunkte auf den Territorien einiger europäischer Staaten herausgebildet hat.

Wie die Sowjetregierung bereits wiederholt festgestellt hat, werden diese Militärstützpunkte hauptsächlich in den an den Grenzen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder liegenden Gebieten geschaffen, was an sich schon beweist, daß diese Stützpunkte mit Aufgaben der Verteidigung der Teilnehmerländer des Atlantikblocks nichts gemein haben und dazu bestimmt sind, aggressiven Zwecken zu dienen. Solche amerikanischen

Stützpunkte wurden bekanntlich auf den Territorien Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, der Türkei, Norwegens und verschiedener anderer Länder geschaffen. Erst unlängst wurde ein Abkommen über die Schaffung neuer militärischer Stützpunkte in Griechenland geschlossen, was mit den nationalen Interessen des griechischen Volkes nichts gemein hat. Wie weit es mit der Schaffung amerikanischer Militärstützpunkte in Europa gekommen ist, zeigt die Tatsache, daß in letzter Zeit ein Abkommen zwischen den USA und dem gestrigen Komplizen Hitler-Deutschlands, Franco-Spanien, unterzeichnet wurde. Franco-Spanien wird zu einem militärischen Verbündeten der nordatlantischen Staatengruppierung und stellt sein Territorium für die Schaffung amerikanischer Marine- und Luftstützpunkte zur Verfügung. Nach diesen neuen Tatsachen wird niemand behaupten können, daß der Nordatlantikblock Verteidigungszwecke verfolge.

Darüber hinaus wird systematisch offener Druck auf einige andere Staaten Europas sowie des Nahen und Mittleren Ostens, insbesondere auf Iran, ausgeübt, um sie zu zwingen, ihre Territorien für ausländische Militärstützpunkte zur Verfügung zu stellen, ungeachtet der berechtigten Proteste der breiten Öffentlichkeit dieser Staaten, die sich dessen bewußt sind, daß die Schaffung solcher Stützpunkte aggressive Ziele verfolgt und mit der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit dieser Länder unvereinbar ist.

Mit der Schaffung dieser Militärstützpunkte hängen die jetzt ergriffenen Maßnahmen zur Remilitarisierung Westdeutschlands zusammen, die darauf gerichtet sind, westdeutsches Gebiet in ein Aufmarschgebiet für die Vorbereitung und Verwirklichung der Revancheziele der westdeutschen Militaristen wie auch der Aggressionspläne des Nordatlantikblocks zu verwandeln.

Es ist nicht schwer zu begreifen, daß unter solchen Umständen, wo in verschiedenen Staaten Europas, Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens immer neue und neue ausländische Militärstützpunkte angelegt werden, und wo die Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands verwirklicht werden, eine Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion wie auch verschiedener anderer Staaten entsteht, was zur weiteren Verschärfung der internationalen Spannung führt und die Gefahr eines neuen Weltkrieges verstärkt.

All das zeigt, daß die Regelung der Deutschlandfrage im Interesse der Gewährleistung der europäischen Sicherheit mit der Lösung der Frage der Beseitigung dieser Militärstützpunkte untrennbar verbunden ist. Eine andere Einstellung zu dieser Frage würde bedeuten, daß man die wirkliche Gewährleistung der europäischen Sicherheit außer acht läßt.

In diesem Zusammenhang möchte die Sowjetregierung von der Regierung Großbritanniens wie auch von den Regierungen der USA und Frankreichs Aufklärung darüber erhalten, ob ihre Erklärung über die Bereitschaft, die deutsche Frage auf einer Außenministerkonferenz der vier Großmächte zu beraten, und ihre Feststellung, daß es wichtig ist, die Sicherheit Europas zu gewährleisten, bedeuten, daß sie sich nicht in die Lage bringen werden, bei der einerseits vorgeschlagen wird, auf einer Beratung die Deutschlandfrage zu erörtern und andererseits gleichzeitig Maßnahmen zur Ratifizierung der Abkommen von

Paris und Bonn mit jenen Staaten ergriffen werden, die sie noch nicht ratifiziert haben.

Darüber Aufklärung zu erhalten ist notwendig, weil die Ratifizierung dieser Abkommen und ihr Inkrafttreten die Wiederherstellung Deutschlands als eines einheitlichen Staates unmöglich und damit auch eine Erörterung der Deutschlandfrage auf einer Außenministerkonferenz der vier Großmächte gegenstandslos macht, da eine solche Beratung von vornherein durch die vereinbarten separaten Verpflichtungen der drei Mächte und der Bonner Regierung Adenauer zur Einbeziehung Westdeutschlands in den Nordatlantikblock und zur Aufstellung einer westdeutschen Revanchearmee gebunden wäre.

Das alles zeigt, daß es notwendig ist, sich über eine unverzügliche Erörterung der Maßnahmen zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu einigen, wenn eine Regelung der akuten internationalen Probleme tatsächlich angestrebt wird. Das aber macht die Einberufung einer Fünfmächtekonferenz erforderlich. Man darf hoffen, daß die Erörterung dieser Maßnahmen auch die Lösung der deutschen Frage erleichtern wird, die, wie man sieht, unlöslich mit dem Problem der Gewährleistung der europäischen Sicherheit verbunden ist.

Auf Grund dieser Darlegungen bekräftigt die Sowjet-

Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 16. November 1953

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in enger Konsultation mit den Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs die Antwortnote der sowjetischen Regierung vom 3. November auf die Note vom 18. Oktober, in der die Regierung der Vereinigten Staaten vorschlug, daß die vier Außenminister am 9. November in Lugano zusammentreffen sollen, sorgfältig geprüft. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die deutschen Behörden in Berlin sind ebenfalls konsultiert worden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß die sowjetische Regierung zum dritten Male innerhalb der vergangenen vier Monate ihre Einladung zur Besprechung der dringlichsten internationalen Probleme übergangen hat. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist nach wie vor der Ansicht, daß der beste Weg zur Minderung der internationalen Spannungen darin besteht, in den konstruktiven Bemühungen um eine schrittweise Lösung der noch offenstehenden Probleme fortzufahren, wobei mit denen zu beginnen wäre, die am dringlichsten einer baldigen Regelung bedürfen. In diesem Sinne schug die Regierung der Vereinigten Staaten ein Treffen der vier Außenminister vor, um so zu einer Einigung über Deutschland, vor allem aber über die Frage seiner Wiedervereinigung in Freiheit, und über den Oesterreichischen Staatsvertrag zu gelangen. Im gleichen Geiste setzt sie ihre Bemühungen um das Zustandekommen einer Politischen Konferenz über Korea fort.

Nach ihrer Note vom 3. November zu urteilen, denkt die sowjetische Regierung an ein Außenministertreffen unter Teilnahme des Außenministers der Chinesischen Volksrepublik, ein Treffen so völlig verschiedenen Charakters, daß es nicht nur zu vergeblichen und endlosen Debatten führen, sondern auch jeden Fortschritt in der Regelung der Fragen verhindern würde, die sowohl dringender als auch konkreter Natur sind.

regierung den in der Note vom 28. September enthaltenen Vorschlag, eine Außenministerkonferenz einzuberufen und auf dieser Konferenz

1. im Gremium der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China und der Sowjetunion Maßnahmen zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu behandeln;

2. im Gremium der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion die Deutschlandfrage einschließlich sämtlicher im Verlauf der Vorbereitung zur Konferenz eingebrachten Vorschläge zu erörtern.

Angesichts der von der Regierung Großbritanniens angeschnittenen Frage des Oesterreichvertrages hält die Sowjetregierung es für nötig, daran zu erinnern, daß sie eine Antwort der Regierung Großbritanniens wie auch der Regierungen Frankreichs und der USA auf ihre Note vom 28. August zu dieser Frage erwartet, und stellt fest, daß die von der Sowjetregierung vorgeschlagene Erörterung dieser Frage auf dem üblichen diplomatischen Wege noch nicht erfolgt ist.

Gleichlautende Noten richtet die Sowjetregierung an die Regierungen Frankreichs und der USA.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 6. November 1953.

Die Regierung der Vereinigten Staaten stellte in ihrer Einladung keinerlei Bedingungen und gab sich jede nur denkbare Mühe, den Ansichten der sowjetischen Regierung Rechnung zu tragen; letztere hat jedoch ein Außenministertreffen von der Annahme einer Reihe von Forderungen abhängig gemacht. Einige dieser Forderungen beziehen sich keineswegs auf Europa, müßten jedoch nach sowjetischer Ansicht erfüllt werden, bevor selbst eine Prüfung der europäischen Probleme eingeleitet werden könnte. Wieder andere würden erfordern, daß die Vereinigten Staaten, Frankreich und das Vereinigte Königreich sämtliche Pläne zur Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit aufgäben. Ein schutzloses Westeuropa scheint der von der sowjetischen Regierung für die Teilnahme an einer Konferenz geforderte Preis zu sein. Die sowjetische Regierung muß sich darüber im klaren sein, daß derartige Forderungen völlig unannehmbar sind.

Aus der jüngsten sowjetischen Note kann die Regierung der Vereinigten Staaten nur schließen, daß die sowjetische Regierung gegenwärtig nicht beabsichtigt, Verhandlungen aufzunehmen, die zu positiven Ergebnissen führen könnten. Die Regierung der Vereinigten Staaten bleibt dennoch weiterhin entschlossen, mit allen geeignet erscheinenden Mitteln eine Verständigung über die wichtigsten Fragen zu erstreben, deren Lösung für eine internationale Entspannung wesentlich ist. Daher hält sie die Einladung an die sowjetische Regierung vom 18. Oktober voll aufrecht. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist überzeugt, daß Verhandlungen über diese wichtigen Probleme den Weg zu einer Verständigung auf breiterer Basis bahnen und damit die Aussichten auf die Wiederherstellung eines echten Weltfriedens verbessern würden.

Quelle: *New York Herald Tribune* vom 17. November 1953. Deutscher Text: Office of the U. S. High Commissioner for Germany, Press Attaché's Office, Mehlem.

Ergänzung des Balkanpaktes

Zusatzabkommen zum Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, dem Königreich Griechenland und der Türkischen Republik
vom 7. November 1953

Entschlossen, die Ziele, die in dem am 28. Februar 1953 in Ankara zwischen der Türkischen Republik, dem Königreich Griechenland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien abgeschlossenen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit¹ gesetzt wurden, möglichst wirksam in die Tat umzusetzen,

und beseelt von dem Wunsch, die Arbeit der Außenministerkonferenz zu erleichtern,

haben sich die Vertragspartner in Anwendung des Artikels 4 aus diesem Vertrag und in Durchführung der Beschlüsse, die auf der Konferenz der Außenminister in Athen vom 7. bis 11. Juli 1953² gefaßt wurden, über folgendes geeinigt:

Artikel 1

Um die Ziele des am 28. Februar 1953 zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, dem Königreich Griechenland und der Türkischen Republik in Ankara abgeschlossenen Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit (im weiteren Text als Vertrag von Ankara bezeichnet) möglichst wirksam in die Tat umzusetzen sowie um die Zusammenarbeit auf allen Gebieten weiterzuführen und auszubauen, wird ein Ständiges Sekretariat der Unterzeichner des Vertrages von Ankara gebildet.

Artikel 2

Das Ständige Sekretariat hat folgende Aufgaben:

a) die im Artikel 1 des Vertrages von Ankara vorgesehene Konferenz der Außenminister vorzubereiten;

b) alle Fragen, die in den Rahmen der politischen, militärischen, kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten des Paktes von Ankara fallen, zu prüfen und die Regierungen auf sie aufmerksam zu machen;

c) zur Vorlage von Empfehlungen an die Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages von Ankara geeignete Maßnahmen für die Verwirklichung der Ziele des Vertrages von Ankara zu überprüfen und aufzufinden, einschließlich auch solcher Maßnahmen wie: Abschluß von Konventionen und Abkommen sowie Aufnahme einer gemeinsamen Politik in einzelnen Fragen;

d) den Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages von Ankara die Einberufung nicht-ständiger Konferenzen und die Bildung ständiger oder nicht-ständiger Kommissionen oder sonstiger Organe vorzuschlagen, wenn es dies für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Vertrages von Ankara niedergelegten Ziele für notwendig hält.

Artikel 3

Das Ständige Sekretariat besteht aus:

a) dem Sekretariatskomitee, das sich aus je einem diplomatischen Vertreter im Range eines Botschafters oder Ge-

sandten jedes Unterzeichnerstaates des Vertrages von Ankara (eventuell auch je einem Vertreter für jeden von ihnen) zusammensetzt;

b) aus einem Ständigen Büro als technischem Vollzugsorgan des Sekretariats.

Artikel 4

Das Komitee des Ständigen Sekretariats faßt seine Beschlüsse nur in Anwesenheit aller seiner Mitglieder oder ihrer Vertreter, und zwar einstimmig.

Artikel 5

Präsident des Komitees des Ständigen Sekretariats ist der Vertreter desjenigen Staates, in dem das Sekretariat im jeweiligen Zeitraum zusammentritt.

Artikel 6

Der Sitz des Ständigen Sekretariats befindet sich jeweils in dem Lande, in dem im Turnus die nächste Konferenz der Außenminister stattfindet.

Artikel 7

Die Vertreter der Staaten, ihre Vertreter und das diplomatische Personal bei diesen Vertretern genießen volle diplomatische Immunität und diplomatische Privilegien wie auch die übrigen diplomatischen Vertreter des entsprechenden Ranges, die in dem Land akkreditiert sind, in dem sie ihre Funktionen ausüben, oder wie das diplomatische Personal der akkreditierten Vertretungen.

Büros, Post, Archive und Verbindungswege dieser Vertretungen genießen Immunität und Privilegien ebenso wie die diplomatischen Missionen.

Artikel 8

Das Büro des Ständigen Sekretariats bilden: der Chef des Büros und die notwendige Anzahl an Personal. Der Chef des Büros wird vom Komitee des Ständigen Sekretariats für die Dauer eines Jahres ernannt. Wenn notwendig, kann dieses Mandat erneuert werden. Das übrige Personal ernannt der Chef des Büros mit Zustimmung des Komitees des Ständigen Sekretariats unter Beachtung der in Artikel 4 dieses Abkommens festgelegten Grundsätze.

Artikel 9

Jeder der Vertragspartner trägt selbst die Kosten für seinen Vertreter, dessen Stellvertreter und für sein Personal der Vertretung beim Sekretariat. Die Kosten des Büros und die übrigen gemeinsamen Kosten tragen die Vertragspartner zu gleichen Teilen. Das Komitee des Ständigen Sekretariats bestimmt auf Grund eines Vorschlages des Büros für jedes Jahr die Gesamtsumme, die die Vertragspartner zu diesem Zweck einzahlen.

Artikel 10

Nähere Bestimmungen über Organisation und Arbeit des Sekretariats, des Büros, der ständigen und der nicht-

¹) Vgl. den Wortlaut des Vertrages in EA 6/1953, S. 5563 bis 5564.

²) Vgl. den Wortlaut des Schlußkommuniqués von Athen in EA 16/1953, S. 5917.

ständigen Kommissionen sowie der sonstigen Organe des Ständigen Sekretariats erläßt das Komitee des Ständigen Sekretariats in seiner Geschäftsordnung oder durch Beschlüsse über die Organisation der Kommissionen und der sonstigen Organe sowie durch Beschlüsse über die Uebertragung einzelner Aufgaben.

Artikel 11

Dieses Abkommen wurde in drei gleichlautenden Exemplaren in französischer Sprache ausgefertigt.

Artikel 12

Dieses Abkommen wird von jedem Vertragspartner entsprechend seinem Gesetzgebungssystem ratifiziert, über die Ratifikation werden zugleich die beiden anderen Partner notifiziert. Das Abkommen tritt am Tage der letzten Notifikation in Kraft.

Das Abkommen bleibt wie der Vertrag von Ankara in Kraft.

Quelle: Presse- und Informationsabteilung der Jugoslawischen Botschaft, Mehlern.

Soziale Folgerungen der europäischen Integration

Entschliefungen der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt vom 19. Oktober 1953

Vom 16. bis 19. Oktober 1953 tagte in Basel der zweite Nachkriegskongreß der im Jahre 1925 aus dem Zusammenschluß verschiedener internationaler sozialpolitischer Gesellschaften entstandenen Internationalen Vereinigung für Sozialen Fortschritt.

Die zweihundert Delegierten kamen aus den acht Ländern, in denen gegenwärtig eine nationale Sektion der Vereinigung besteht: den sechs Schumanplanländern, der Schweiz und Finnland. Aus weiteren Ländern waren Gäste erschienen. Deutschland war erstmals wieder vertreten, und zwar durch eine starke Gruppe, die außer Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Wirtschaftsvereinigungen und Ministerien eine Anzahl von Bundestagsabgeordneten, Industriellen, Wissenschaftlern und Publizisten umfaßte. In einem seiner Ausschüsse befaßte sich der Kongreß mit den „Sozialen Folgerungen der europäischen Integration“ und nahm in einer von diesem Ausschuß vorgelegten Entschliefung wie folgt Stellung:

„Die europäische Integration stellt auf sozialem Gebiet außerordentlich vielschichtige Probleme, die man nicht dem Automatismus des gemeinsamen Marktes überlassen kann.

Es ist daher angebracht, schon jetzt die Elemente einer europäischen Sozialpolitik zu entwickeln, die zum wahren sozialen Fortschritt führen, die sich nicht auf den materiellen Fortschritt beschränkt.

Man muß jedoch die gegenseitige Beeinflussung des wirtschaftlichen und des sozialen Fortschritts anerkennen, wobei das Soziale auf dem Wirtschaftlichen beruht.

Ausgehend von diesen Grundsätzen empfiehlt der Kongreß:

I. Auf dem Gebiet der Arbeitskraft

1. Zur fortschreitenden Verwirklichung eines freien Arbeitsmarktes zu ermutigen, wobei jedem Arbeitnehmer Freizügigkeit gewährt werden sollte, der einen bestimmten Beruf ausübt, vorbehaltlich der Beschränkungen, die sich aus den grundlegenden Erfordernissen der Gesundheit und der öffentlichen Ordnung ergeben.

2. Maßnahmen zu begünstigen, die geeignet sind, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer Wirklichkeit werden zu lassen, im besonderen:

a) Ausarbeitung einer gemeinsamen Klassifizierung der Berufe;

b) Vermittlung zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage;

c) Beseitigung der Hindernisse, die der Freizügigkeit im Wege stehen, unter Aufrechterhaltung von Schutzmaßnahmen zugunsten der abwandernden Arbeiter;

d) Ausbau der Arbeitsämter in den einzelnen Ländern und Zusammenarbeit dieser Ämter auf internationaler Ebene.

3. Untersuchung der demographischen Entwicklung und der Entwicklung der arbeitsfähigen Bevölkerung unter Berücksichtigung:

a) der Tendenz zum quantitativen und qualitativen Rückgang der Arbeitskräfte;

b) des größeren Bedarfs an Arbeitskräften, der sich aus der Weiterentwicklung der Wirtschaft ergibt;

c) der auf Auswanderung nach Uebersee bezüglichen gegenwärtigen Maßnahmen.

4. Ausbau der Berufsausbildung und der Umschulung für jugendliche und Erwachsene auf nationaler und europäischer Ebene, rationellere Gestaltung der Berufsberatung für die junge Generation.

5. Alle Maßnahmen zu ergreifen, die einerseits die technologische Arbeitslosigkeit auf ein Mindestmaß zu beschränken, andererseits die sich aus ihr ergebenden Schädigungen durch geeignete Kompensationen soweit wie möglich zu mindern vermögen.

II. Auf dem Gebiet der Löhne

1. Im Hinblick auf die gegenwärtige Unzulänglichkeit der Lohnstatistik und die Schwierigkeiten, die hieraus für die europäische Integration entstehen, ist es notwendig, möglichst bald genaue Informationen zu sammeln über:

a) das Volkseinkommen der verschiedenen europäischen

Länder und den Anteil, der auf die Löhne entfällt;

b) die Leistungslöhne, ihre Sozialzulagen und die entsprechenden Abzüge für Steuern und sonstige Abgaben;

c) die Lebenshaltungskosten, die Arbeiterbudgets und die Arbeitsbedingungen.

Diese statistischen Erhebungen müßten, damit vergleichbare Ergebnisse erzielt werden, nach einer gemeinsamen Methode erfolgen.

2. Die Integration läßt sich trotz der Verschiedenheit der gegenwärtigen Gesamtlöhne und der Soziallasten verwirklichen. Die Integration läßt sich insbesondere mit der Aufrechterhaltung der hohen Löhne, die in manchen Ländern gezahlt werden, vereinbaren.

3. In dem Maße, in welchem die auf unterschiedliche Löhne und unterschiedliche Produktivität zurückgehenden Unterschiede in den Kosten der Herstellung von Wettbewerbsbedingungen auf dem gemeinsamen Markt entgegenstehen, ist es angebracht, die Integration schrittweise vorzunehmen. Es muß vermieden werden, daß die Arbeitnehmer der benachteiligten Betriebe unter Arbeitslosigkeit oder Lohnherabsetzungen zu leiden haben. Zu diesem Zweck muß eine Uebergangsperiode vorgesehen werden, während der alles zu geschehen hat, um die unerläßlichen Anpassungen zu erleichtern und zu vermeiden, daß sie auf Kosten der Arbeitnehmer gehen.

4. Die Vereinheitlichung der sozialen Lohnergänzungen ist, obgleich wünschenswert, keine notwendige Voraussetzung der europäischen Integration; die Besonderheiten, die durch die Eigenheiten der regionalen Gemeinschaften gerechtfertigt sind, können beibehalten werden.

III. Auf dem Gebiete der Politik und der Sozialgesetzgebung

Es ist angebracht:

1. Ueber die Vermehrung der materiellen Güter hinaus die geistige und moralische Bereicherung der Arbeitnehmer zu verfolgen und ganz besonders auf Probleme zu achten wie: Verlängerung der Schulzeit, Ausbau der Lehre und der Berufsausbildung, Freizeitgestaltung, Vorbereitung auf künftige Verantwortlichkeit usw.

2. Einen Teil des zuwachsenden Reichtums zur Verringerung der individuellen und kollektiven Ungleichheiten zu verwenden und der Proletarisierung ein Ende zu setzen.

3. Auf europäischer Ebene Mindestnormen für die verschiedenen Sektoren der Sozialgesetzgebung herauszustellen und eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durch eine Angleichung nach oben anzustreben.

4. Jede Aufspaltung der Sozialgesetzgebung nach Wirtschaftssektoren zu vermeiden, um keine privilegierten Arbeitnehmerschichten zu schaffen.

5. Im Rahmen der verschiedenen bestehenden regionalen Gemeinschaften unter Beteiligung der Betroffenen eine aktive Sozialpolitik ins Werk zu setzen.

IV. Auf wirtschaftlichem Gebiet

Es ist angebracht:

1. Im Rahmen des Möglichen für die innere Gesundung jeden Landes zu sorgen und in den einzelnen Ländern alle durchführbaren Reformen vorzunehmen.

2. Daß die europäischen Behörden besonders die Investitionen in den unterentwickelten Gebieten Europas fördern, um eine Erhöhung der niedrigsten Löhne zu ermöglichen und so die vorhandenen Unterschiede zu verringern. Die Kommission ist der Ansicht, daß man von den während der Uebergangsperiode vorgenommenen Investitionen eine fühlbare Verbesserung des Loses der Arbeiter erwarten kann.

3. Daß die vorzusehenden Investitionen, unbeschadet der Unternehmerfreiheit, aufeinander abgestimmt werden. Dabei sind die sozialen Erfordernisse und insbesondere die Notwendigkeit zu berücksichtigen, die Arbeitnehmer an dem Werk der europäischen Integration zu beteiligen. Die während der Uebergangszeit eintretende Produktionssteigerung muß sich unmittelbar in einer Erhöhung des Reallohnes auswirken, damit die Arbeitnehmer tatsächlich eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen verspüren. Als sehr wahrscheinlich ist anzunehmen, daß diese Anpassungen nicht ohne Schaffung einer gemeinsamen politischen Autorität erreicht werden können.

V. Um vorstehendes Programm verwirklichen zu können, hält die Kommission ganz allgemein für notwendig:

1. Die Sozialstatistik zu verbessern, um sie europäisch vergleichbar zu machen.

2. Die Struktur und die Methoden der Gewerkschaften so zu gestalten, daß es den Arbeiterorganisationen möglich ist, ihrer europäischen Verantwortung gerecht zu werden.

3. Im Rahmen der bestehenden regionalen Gemeinschaften regelmäßige Zusammenkünfte der an sozialen Angelegenheiten interessierten Minister vorzusehen, um die Harmonisierung der Sozialpolitik und der Sozialgesetzgebung zu fördern.

4. Jede Doppelarbeit zu vermeiden, indem man im Bedarfsfall stets die technische Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes in Anspruch nimmt.

5. Die unerläßlichen Uebergangsmaßnahmen zu ergreifen.

6. Die Anpassung der politischen Strukturen im Rahmen der bestehenden regionalen Gemeinschaften zu veranlassen, um vom Stadium gemeinschaftlicher Information und Untersuchung zum Stadium gemeinsamen Handelns zu gelangen."

Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 184 vom 14. November 1953.

Kurzberichte und Zeittafel

Um die Einberufung einer Viererkonferenz

Die Hoffnungen, daß der Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion schließlich doch zu der vorgeschlagenen Viermächtekonferenz in Lugano über die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Oesterreichs führen und damit zwei der schwerwiegendsten Probleme des Kalten Krieges einer Lösung näherbringen würde, sind durch die Note der Sowjetregierung an die Westmächte vom 3. November 1953 zunächst enttäuscht worden. In der sowjetischen Note, deren Wortlaut auf S. 6175 dieser Folge veröffentlicht ist, wurde die Einladung der Westmächte nach Lugano, genau wie in der vorhergehenden Note vom 28. September (vgl. den Wortlaut in EA 20/1953, S. 6042), übergangen. Dagegen hielt die Sowjetregierung an ihrem Vorschlag fest, auf einer Fünfmächtekonferenz unter Ein-schluß des kommunistischen China eine allgemeine Aussprache über alle internationalen Probleme abzuhalten. Für Verhandlungen über Deutschland stellte sie Bedingungen, die, wie der amerikanische Außenminister Dulles erklärte, praktisch auf den Verzicht des Westens auf das gesamte atlantische Sicherheitssystem hinauslaufen.

Während in Washington und London übereinstimmend erklärt wurde, daß die sowjetischen Bedingungen völlig unannehmbar seien, war die Reaktion in Frankreich zurückhaltender.

Schon vor Beginn der Konsultationen zwischen den Westmächten über die Beantwortung der Note präzisierter Außenminister Dulles den Standpunkt der Vereinigten Staaten in einer Erklärung, die er auf seiner Pressekonferenz am 9. November verlas. Er faßte die sowjetischen Bedingungen folgendermaßen zusammen:

1. Einstellung der Gespräche zwischen den drei Westmächten;
2. Verzicht auf den Zusammenschluß Westeuropas;
3. Anerkennung des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland;
4. Auflösung des Sicherheitssystems der NATO;
5. Anerkennung der kommunistischen Regierung Chinas und ihre Zulassung zu den Vereinten Nationen;
6. Hinzuziehung neutraler Staaten zur Politischen Korea-Konferenz.

Dulles erklärte, dies bedeute praktisch, daß die freien Nationen Europas und Asiens erst bedingungslos auf die zu ihrem Schutze aufgestellten Prinzipien verzichten und der Sowjetunion getrennt und geschwächt gegenüber-treten müßten, „ehe ihnen die Ehre zuteil wird, mit den Machthabern der sowjetischen und rotchinesischen Welt zu sprechen“. Er schloß aber seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß die sowjetischen Forderungen nicht allzu wörtlich genommen zu werden brauchten und daß sie vielleicht, wenigstens zum Teil, nur ein diplomatisches

Manöver seien. Präsident Eisenhower hatte schon am 4. November kurz zu der Sowjetnote Stellung genommen und die Befürchtung geäußert, daß die Sowjetregierung durch die Aufstellung „unmöglicher Bedingungen“ eine Viererkonferenz verhindern wolle. Das amerikanische Volk werde jedoch bereit bleiben, unter annehmbaren Umständen jedes Problem mit der Sowjetunion zu erörtern.

Die britische Stellungnahme zu der Note war ebenso eindeutig wie die amerikanische. Außenminister Eden erklärte am 5. November im Unterhaus, es sei kein Anzeichen für eine Wandlung der grundsätzlichen Feindschaft der Sowjetunion gegenüber den westlichen Nationen vorhanden. Wenn auch Großbritannien nach wie vor auf eine Sinnesänderung in Moskau hoffe, so habe es einstweilen keine andere Wahl, als die Politik seiner lebenswichtigen Verteidigungsbündnisse fortzusetzen. In diesem Zusammenhang setzte sich Eden erneut für das beschleunigte Zustandekommen der EVG ein. Ohne die von Sir Winston Churchill genannte Alternative einer direkten Beteiligung Deutschlands an der NATO (vgl. den Kurzbericht über den Parteitag der britischen Konservativen in EA 21/1953, S. 6072) wieder zu erwähnen, erklärte Eden, die Alternative zur EVG sei ein Deutschland als Vakuum in Mitteleuropa und mit einer Nationalarmee, das sich vielleicht dem Meistbietenden anschließen werde. Premierminister Sir Winston Churchill ließ in seiner Ansprache bei dem traditionellen Lord Mayor's Banquet am 9. November seinen Gedanken des Viermächtegesprächs auf höchster Ebene nur noch sehr vorsichtig anklingen, als er sagte, es sei die Politik der britischen Regierung, den Frieden durch Stärke zu erhalten und alle Gesprächsmöglichkeiten, formell oder informell, wahrzunehmen. Auch er betonte, daß die Grundlage dafür die Einigkeit der englischsprechenden Welt und ihrer Verbündeten sei.

In Frankreich haben sich verantwortliche Politiker zu der sowjetischen Note offiziell nicht geäußert. Vom Außenministerium wurde lediglich erklärt, die Note werde als negativ und als die Verweigerung der vorgeschlagenen Verhandlungen betrachtet. Der Enttäuschung und dem Unbehagen weiter Kreise der französischen Öffentlichkeit, die sich in der Zurückhaltung amtlicher Stellen andeuten, verlieh *Le Monde* offen Ausdruck, indem sie am 6. November in ihrem Leitartikel schrieb: „Hätte nicht das kleinste Zeichen der Konzilianz seitens des Kremls für lange Zeit die Debatte (über die EVG) im französischen Parlament blockiert? ... Diese Illusionen sind nun zer-stoben, und auf beiden Seiten des Atlantik sehen die Parteigänger der Europa-Armee sich mit Befriedigung von dem befreit, was sie ‚die Hypothek der Viererkonferenz‘ nannten.“

In Bonn war die Reaktion auf die sowjetische Note im

Gegensatz zu früheren Noten bemerkenswert zurückhaltend. Sowohl der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Heinrich von Brentano, als auch der Führer der Opposition, Erich Ollenhauer, betonten in ihren Erklärungen am 5. und 6. November, daß die Note zwar die Verhandlungen wesentlich erschwert habe, daß der Westen aber trotzdem weiter auf Viermächtebesprechungen drängen sollte. Bundeskanzler Adenauer nahm in einem am 9. November veröffentlichten Interview mit der amerikanischen Zeitschrift *US News and World Report* zum Ost-West-Konflikt Stellung, ohne allerdings die Note direkt zu erwähnen. Er sagte, die Sowjetregierung werde nur dann zu einer Regelung bereit sein, wenn sie einsehe, daß sie durch die Verwirklichung der europäischen Integration jede Hoffnung verloren habe, Westeuropa in ihre Hände zu bekommen. Es seien Anzeichen vorhanden, daß auch für die Sowjets die Dinge nicht ungemessen so weitergehen können wie bisher. Adenauer vertrat aber die Auffassung, daß man der Sowjetunion, falls sie wirklich zu einer Verständigung kommen wolle, helfen sollte, das Gesicht zu wahren.

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurde die sowjetische Note in ihrem vollen Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Außenminister Lothar Bolz bezeichnete in einem am 7. November in der *Täglichen Rundschau* veröffentlichten Artikel die Note als den Beweis dafür, daß die Sowjetregierung die unverzügliche Regelung der deutschen Frage als unerlässlich für die Milderung der internationalen Spannung ansehe.

Von sowjetischer Seite wurde der Note am 15. November eine weitere Erklärung hinzugefügt, die Außenminister Molotow auf einer Pressekonferenz abgab, zu der er nach langer Zeit erstmals wieder ausländische Journalisten eingeladen hatte. Diese Erklärung, die nach Umfang und Inhalt eine erneute Darlegung der sowjetischen Haltung zum Vorschlag der Westmächte auf Einberufung einer Viererkonferenz war, wurde in den westlichen Hauptstädten übereinstimmend als eine Abschwächung der scharfen Formulierungen der sowjetischen Note angesehen. Molotow erklärte, die Sowjetunion sei keinesfalls gegen die Einberufung einer Außenministerkonferenz. Wenn bei den Westmächten ein negativer Eindruck entstanden sei, so handele es sich offenkundig um ein Mißverständnis. Molotow erinnerte daran, daß sich sowohl die Sowjetregierung als auch die Regierung der Westmächte für die Einberufung einer Außenministerkonferenz ausgesprochen haben; „nichtsdestoweniger konnten sie sich bis jetzt über die Ziele der Einberufung einer solchen Konferenz nicht einigen... Wir sind der Ansicht, daß eine Konferenz stattfinden muß, damit bei der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit ein Schritt vorwärts getan werde.“ Die Erörterung der Deutschlandfrage hänge nach Ansicht der Sowjetregierung eng mit der europäischen Sicherheit und der Milderung der internationalen Spannung zusammen. Dagegen würden die Westmächte es ablehnen, gleichzeitig mit der Deutschlandfrage auch die internationalen Probleme zu erörtern. Die Sowjetunion müsse von den Westmächten Aufklärung über ihre Politik verlangen, da sie einerseits vorschlugen, die deutsche Frage auf einer Konferenz zu erörtern, während sie andererseits Maßnahmen ergriffen, die Verträge von Bonn und Paris endgültig ratifizieren zu lassen, obwohl diese Verträge die Wiederherstellung Deutschlands als eines

geeinten Staates unmöglich machen würden. Das Zustandekommen einer Außenministerkonferenz werde, so erklärte Molotow, in erster Linie von der Haltung der Westmächte abhängen. Das Problem als solches sei keinesfalls minder aktuell geworden.

Die von den Westmächten der Sowjetunion am 16. November übermittelte kurze Antwortnote hielt die Einladung zu einer Viererkonferenz weiterhin aufrecht, ohne jedoch einen bestimmten Termin dafür zu nennen. Die in der Sowjetnote enthaltenen Forderungen wurden von den Westmächten jedoch als „völlig unannehmbar“ zurückgewiesen. (Vgl. den Wortlaut dieser Note auf S. 6179 dieser Folge.)

Am 26. November hat nun die Sowjetregierung ihre Bereitschaft erkennen lassen, an einer Viererkonferenz teilzunehmen, und Berlin als Treffpunkt vorgeschlagen. (Den Wortlaut der sowjetischen Note werden wir in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs veröffentlichen.)

Die Tagung der Interparlamentarischen Union in Washington

Die 42. Tagung der Interparlamentarischen Union (IPU), an der rund 300 Delegierte aus 32 Ländern, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, teilnahmen, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der IPU, Lord Stansgate, vom 9. bis 14. Oktober 1953 in Washington statt. Die Staaten des Ostblocks waren nicht vertreten. In seiner Begrüßungsansprache pries Präsident Eisenhower die IPU als eine Vereinigung von Vertretern der Völker und nicht von Regierungen, wie sie auf den meisten internationalen Konferenzen zu finden seien. Er betonte in diesem Zusammenhang, wie wichtig es sei, daß sich die öffentlichen Meinungen der Länder, d. h. der Völker, näherten.

Der weltpolitische Jahresbericht wurde von dem neu ernannten Generalsekretär André de Blonay (Schweiz) erstattet. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Debatten über die Auswirkungen des Punkt-Vier-Programms der Vereinigten Staaten und des Technischen Hilfsprogramms der Vereinten Nationen auf die demokratischen Institutionen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Zu den wichtigsten der behandelten Probleme nahm der Kongreß in einer Reihe von Entschlüssen Stellung.

Die Resolution über das Selbstbestimmungsrecht der Völker unterscheidet zwischen dem heute an sich unbestrittenen Grundsatz und seiner Verwirklichung und untersucht das Exekutivkomitee, einen eingehenden Bericht über die praktische Seite der Frage, d. h. über die Möglichkeiten und die Methoden einer vernünftigen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes jedes Volkes vorzulegen.

Die Resolution über die technische und finanzielle Hilfeleistung an die unterentwickelten Gebiete unterstreicht die moralische Verpflichtung, aber auch das eigene Interesse der reicheren Gebiete, den ärmeren zu helfen, hauptsächlich in der Nahrungsmittelversorgung und mit finanziellen Investitionen. Damit könnten den bedürftigen Ländern Not und Unruhen erspart und gleichzeitig den gebenden Nationen Absatzmärkte erschlossen und Vollbeschäftigung besser gesichert werden.

Die Resolution über das Mitspracherecht des Parlaments in Angelegenheiten der Außenpolitik betont die Notwendigkeit einer rechtzeitigen offenen Orientierung des Parlaments und der Öffentlichkeit über die Außenpolitik im

allgemeinen und die Tätigkeit der internationalen Organisationen im besonderen. Zu diesem Zweck sollten auch bei der Bestellung von Verhandlungsdelegationen Mitglieder der Parlamente berücksichtigt werden. Ferner sollten die Regierungen dazu angehalten werden, internationale Vereinbarungen möglichst bald der Volksvertretung zur Ratifizierung zu unterbreiten. Je besser das Parlament auch bei der außenpolitischen Willensbildung berücksichtigt werde, um so breiter sei die Basis für die Regierung und um so kräftiger die Phalanx derer, die sich für internationale Verständigung und Zusammenarbeit einsetzen.

Die unter dem Vorsitz des schweizerischen Nationalrates *Boerlin* stehende Organisation Kommission für Abrüstungsfragen erhielt vom Kongreß den Auftrag, abzuklären, wie Rüstung und Abrüstung sich wirtschaftlich, finanziell und sozial in den einzelnen Ländern auswirken und ob und in welchem Ausmaß und Tempo Abrüstung ohne Schaden für die Sicherheit möglich wäre.

Die nächste Tagung der IPU soll im Herbst 1954 in Wien stattfinden.

Tagung der Europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen in Straßburg

Die Europäische Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen (*Association Européenne pour l'Etude du Problème des Réfugiés* = AER), eine Vereinigung von Sozialwissenschaftlern aus europäischen Ländern zum Zwecke gemeinschaftlicher wissenschaftlicher Arbeit über das Flüchtlingsproblem, hielt vom 1. bis 3. Oktober 1953 in Straßburg, dem Sitz der AER, ihre dritte Generalversammlung ab. Neben den Mitgliedern aus zehn Sektionen wohnten auch Vertreter der verschiedenen europäischen und internationalen Organisationen bei.

Im Anschluß an den Rechenschaftsbericht, den der Leiter des Generalsekretariats in München, Dr. Martin *Kornrumpf*, erstattete, erfolgte die Neuwahl des Präsidiums. Professor *Gökay*, Istanbul, wurde erneut zum Präsidenten gewählt.

Die Straßburger Tagung befaßte sich im einzelnen mit den von den 15 internationalen Expertenkomitees (*Comités Internationaux d'Experts*) geleisteten Arbeiten. Es handelt sich hierbei um folgende Sachgebiete: 1. Statistik, unter Leitung von Prof. *Gini*, Italien; 2. Bibliographie, unter deutscher Leitung; 3. Rechtsprobleme, unter französischer; 4. Wirtschaftliche Eingliederung, unter griechischer; 5. Landwirtschaft, unter türkischer; 6. Finanz- und Sozialpolitik, unter finnischer Direktion; 7. Soziologie, wird von Prof. K. V. *Müller*, Hannover, geleitet; 8. Jugend, arbeitet unter dänischer; 9. Wohnungsbau, unter holländischer; 10. Gesundheit, unter türkischer; 11. Ethnologie-Folklore, sowie 12. Binnenwanderung, unter holländischer Führung (Professor *Roukens* und Professor *Zee-gers*); 13. Auswanderung, wird von dem bekannten französischen Bevölkerungswissenschaftler Professor *Sauvy* geleitet; 14. Kulturfragen und 15. Konvention-Flüchtlinge.

Es lag nahe, daß ein erheblicher Teil der zur Diskussion gestellten Untersuchungen und Referate an das deutsche Flüchtlingsproblem anknüpfte, so u. a. „Eine systematische Untersuchung über das deutsche Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem“, die im Rahmen des Komitees Finanz- und Sozialpolitik erarbeitet wurde; eine Studie „Ueber das Flüchtlingsproblem im Spiegel der

Soziologie“, für die Professor K. V. *Müller*, Hannover, zeichnet, „Die deutsche Binnenwanderung. Vorgänge und Probleme“ (Dr. *Menges*, Königstein), sowie ein Bericht über „233 000 Konvention-Flüchtlinge in der Bundesrepublik“ (Dr. *Kornrumpf*, München) und „Die Ansiedlung von Flüchtlingsbauern“ (*Ruhenstroth-Bauer*, München). Aber auch über „The problem of the recent Immigration from Bulgaria to Turkey“ lag ein interessanter Bericht von Professor *Tuna*, Istanbul, vor, und in einem Referat wurde die Gegenseite: „Einwanderungsmöglichkeiten nach Afrika?“ (Dr. A. Baron *von Pölnitz*), behandelt.

Ein außerordentlich reichhaltiges Arbeitsprogramm entwickelte das Komitee für Rechtsfragen (Professor *Rogge*, München), das seiner Arbeit eine Gesamtschau über das Flüchtlingsproblem als Komplex von Rechtsfragen zugrunde legte.

Einen besonderen Hinweis verdient auch die Arbeit des Komitees für Bibliographie, das unter Leitung von Dr. *Mai*, München, unter Mitarbeit einer Anzahl nationaler Experten der verschiedenen Länder, eine systematisch geordnete Auswahl-Bibliographie von rund 1200 Titeln über das europäische Flüchtlingsproblem seit dem Ersten Weltkrieg vorbereitet. Diese Bibliographie füllt zweifellos eine nur in mühseligster Kleinarbeit zu schließende Lücke und könnte beispielhaft werden für weitere gemeinsame bibliographische Arbeiten im Bereich der Europaforschung.

Auf der Straßburger Tagung der AER wurde besonders darauf hingewiesen, daß die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten in Ergänzung und Austausch mit den praktischen Arbeiten der verschiedenen europäischen bzw. internationalen Flüchtlingsorganisationen stehen. Das beweisen die Botschaft des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen *van Heuven-Goedhart*, des Referat von W. *von Schmieden*, Directeur d'Etudes au Secrétariat Général du Conseil de l'Europe, über „Le Conseil de l'Europe et le Problème des Réfugiés et de Exédents de Population“, und die Beiträge der Liga vom Roten Kreuz und des Verbandes des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf.

Als Tagungsort für die nächste Generalversammlung im September 1954 wurde Istanbul bestimmt.

Stellungnahme der Deutschen Sektion der MSEUE zu europäischen Fragen

In Frankfurt am Main fand am 14. und 15. November eine Arbeitstagung der Deutschen Sektion der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE) statt, an der 120 Delegierte sowie der internationale Präsident, André *Philip*, der internationale Generalsekretär, Enrico *Gironella*, und Professor *Gorielly*, Belgien, teilnahmen. Die Tagung beschloß die Einsetzung eines 24köpfigen Rates der Deutschen Sektion, dem unter Vorsitz von Senatspräsident Wilhelm *Kaisen* (Bremen) folgende Personen angehören: Otto *Bach* (Berlin), Kurt *Baurichter* (Düsseldorf), Curt *Bley* (Hamburg), Hermann L. *Brill* (Wiesbaden), Paul *Bromme* (Lübeck), Fritz *Cortier* (Karlsruhe), Gustav *Dahrendorf* (Hamburg), Adolf *Ehlers* (Bremen), August *Enderle* (Köln), Käthe *Feuerstak* (Hannover), Gert *Gniffke* (Frankfurt), Alfred *Hooge* (Frankfurt), Hans *Kampffmeyer* (Frankfurt), Paula *Karpinski* (Hamburg), Karl *Kühne* (Hamburg), Annedore *Leber* (Berlin), Annemarie *Mevissen* (Bremen), Hans-

Horst Misch (Hamburg), Ludwig Rosenberg (Düsseldorf), Dieter Roser (Eßlingen), Klaus-Peter Schulz (Baden-Baden), Edgar Winkler (Stuttgart), John van Nes Ziegler (Köln).

Die Tagung befaßte sich mit den Fragen der gegenwärtigen europäischen Politik, insbesondere mit der Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, und legte ihre Ansicht zu diesen Problemen in der folgenden Entschliebung nieder:

„1. Die Neuformung Europas kann sinnvollerweise erfolgen, wenn die sozialistischen Parteien die Initiative auf ökonomischer und politischer Ebene ergreifen, um die europäische Einigung zur Vorstufe einer echten internationalen Zusammenarbeit im Sinne ihrer alten internationalen Forderungen zu gestalten. Die Vereinigung Europas dient vor allem dem Frieden. Sie schafft Vertrauen zwischen den Völkern, sie stärkt die wirtschaftliche Kraft des Kontinents, erweitert seine Produktionsbasis, hebt den sozialen Lebensstandard seiner Bevölkerung und sichert damit deren soziale, politische und kulturelle Lebensrechte.

2. Eine entscheidende Aufgabe des vereinigten demokratischen Europa ist die Bemühung um ein Gespräch mit den Großmächten über die Entspannung der weltpolitischen Gegensätze und vor allem über die Wiedervereinigung Deutschlands fortzusetzen. In diesem Rahmen wird auch am besten dem Sicherheitsbedürfnis aller Völker Rechnung getragen.

3. Auch dem Sicherheitsbedürfnis Sowjetrußlands kommt die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mehr entgegen als die unmittelbare Mitgliedschaft der kontinentaleuropäischen Einzelstaaten in der NATO. Eine Neutralisierung Deutschlands ist durch das ebenso berechtigte Sicherheitsbedürfnis Deutschlands und Europas ausgeschlossen.

4. Die bevorstehende Bermuda-Konferenz und die politische Entwicklung in den kontinentalen Nachbarländern wird uns realpolitisch nicht vor die Alternative EVG oder Wiedervereinigung Deutschlands, sondern vor die Alternative EVG oder Nationalarmee und NATO stellen. Vor diese Alternative aber war der Bundestag bisher nicht gestellt. Vor ihr kann es nur eine Wahl geben: die europäische.

5. Die Entscheidung für eine Nationalarmee wäre überholt, weil der Nationalstaat historisch überwunden ist, denn er ist nicht fähig, weiterhin seine ökonomischen, politischen und sozialen Aufgaben zu lösen. Eine Entscheidung ist nur möglich für die Vereinigten Staaten von Europa, an die die Einzelstaaten ihre Hoheitsrechte einschließlich Verteidigung abtreten.

6. Die Demokratie hat auch nach Auffassung der sozialistischen Parteien ein Recht auf Verteidigung. Im Hinblick auf den Verfassungstreit in Karlsruhe ist anzunehmen, daß die Aufnahme des Grundsatzes der Verteidigung in das Grundgesetz erforderlich ist. Damit ist die Frage zu einer rein staatsrechtlichen geworden, die zu bejahen und von der Form der Verteidigung unabhängig ist. Abgesehen von dieser politischen Realität steht die MSEUE grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß der Krieg kein Mittel sein darf, internationale Konflikte zu lösen.

7. Sollte neben der Montanunion auch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zur Realität werden, so wird beider politische Führung und parlamentarische Kontrolle durch eine Europäische Politische Gemeinschaft zu einer unabdingbaren Forderung: Demokratie. Ihr Versagen würde ein Regime der Bürokratie herbeiführen. Infolgedessen bedarf es der Mitarbeit aller demokratischen Kräfte in der ad hoc-Versammlung und ihrer Zustimmung zum Statut einer Europäischen Politischen Gemeinschaft.

8. Diese Kräfte sind dazu aufgerufen, mit allen Mitteln

dafür einzutreten, daß das künftige Europa — entgegen den Absichten der nationalen Außenminister — echte Autoritätsrechte übertragen erhält und mit einer wirk-samen Exekutive ausgestattet wird. Daher muß die Zusammenarbeit der Politischen Gemeinschaft mit den übrigen europäischen Ländern, insbesondere Großbritannien, auf allen Gebieten möglichst eng ausgebaut werden. Jeder Diskriminierung der Bundesrepublik ist entgegenzutreten. Die Lösung der zwischen den einzelnen Staaten Europas anhängigen Probleme — z. B. Saargebiet, Triest usw. — muß unter dem Gesichtspunkt des Selbstbestimmungs-rechtes der Bevölkerung und des europäischen Gesamt-interesses gefunden werden.“

Aus dem Kreis der Beteiligten wird zu der Entschliebung geschrieben: „Wenn es sich durchweg auch um bekannte Sozialdemokraten handelte, so darf die Entschliebung doch nicht als eine Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei angesehen werden. Die Partei wird durch den kürzlich eingesetzten Arbeitsausschuß für europäische Fragen (vgl. S. 6188) ihre eigenen Beschlüsse zu formulieren haben. Die Frankfurter Entschliebung ist aus diesem Grunde auch nicht an den Parteivorstand der SPD oder an ihre Bundestagsfraktion gerichtet, sondern ist lediglich eine Willenskundgebung der der sozialistischen Europa-Bewegung angehörenden Sozialdemokraten.“

Die SPD erklärte am 14. November in ihrem Presse-dienst, der von der Deutschen Sektion der MSEUE gebildete Rat könne niemals Beschlüsse für die SPD fassen oder mit der Haltung der Partei in außenpolitischen Fragen identifiziert werden.

Die Konferenz des ICEM in Venedig

Vom 13. bis 21. Oktober hielt das Zwischenstaatliche Komitee für Europäische Wanderung (Intergovernmental Committee for European Migration) eine Konferenz in Venedig ab.

Die 24 Mitgliedstaaten des ICEM billigten einstimmig die Satzung der nicht ständigen Organisation. Auf Grund der Statuten wird ein Rat, in dem alle Mitgliedstaaten vertreten sind, und ein Exekutivkomitee aus Vertretern von neun Nationen geschaffen. Zweck und Funktion der Organisation werden in den Statuten wie folgt bezeichnet:

1. Vereinbarungen für den Transport von Auswanderern zu treffen, für welche die bestehenden Möglichkeiten nicht in Frage kommen und die sonst nicht aus dem übevölkerten Europa in überseeische Länder, die ordentliche Einwanderungsmöglichkeiten bieten, befördert werden könnten;

2. ein Ansteigen der europäischen Auswanderungsziffer durch geeignete Maßnahmen zu fördern;

3. allgemeine Befassung der Organisation mit der Wanderung von Flüchtlingen.

Auf Grund des für 1954 aufgestellten Wanderungs-planes soll 117 500 Europäern (darunter 38 700 Personen aus Deutschland) die Möglichkeit zur Auswanderung nach Uebersee geboten werden. Als Aufnahmeländer sind in erster Linie die Vereinigten Staaten, Argentinien, Kanada und Brasilien vorgesehen. Die Kosten für das Projekt werden auf 36,5 Millionen Dollar beziffert.

Die Tagung befaßte sich u. a. auch mit dem Problem der Chinaflüchtlinge und der Hilfe für Flüchtlinge aus Triest.

Die nächste Konferenz des Komitees soll im April 1954 in Genf stattfinden.

Zeittafel vom 1. bis 15. November 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

11. Eine Arbeitsgruppe der Beratenden Versammlung des Europarats schlägt die Gründung einer europäischen Investitionsbank zur Finanzierung von Investitionen in den überseeischen Gebieten vor.

Belgien

8. Der Kongreß der Sozialistischen Partei Belgiens beschließt, den sozialistischen Parlamentsabgeordneten für die Abstimmung über den EVG-Vertrag Stimmfreiheit zu geben.
13. Beginn der Debatte der Kammer über die Ratifizierung des EVG-Vertrages. Außenminister *van Zeeland* sagt, der Vertrag verfolge drei Hauptziele: die Stärkung der freien Welt, die Lösung des deutschen Problems und die Förderung der europäischen Einheit. Verteidigungsminister *de Greef* erklärt, Europa könne ohne Deutschland nicht verteidigt werden.

Deutschland

1. Die Wahlen zum Hamburger Senat haben folgendes Ergebnis:

Parteien	Stimmen	vH	Sitze	Sitze 1949
SPD	455 372	45,2	58	65
Hamburg-Block				
(CDU/FDP/DP/BHE)	503 997	50,0	62*	49
KPD	32 425	3,2	—	5
FSU (früher RSF)	5 910	0,6	—	1

*) Die Sitze verteilen sich auf die einzelnen Parteien des Blocks wie folgt: CDU: 36, FDP: 18, DP: 8. Der BHE erhält keinen Sitz.

- Am 5. November beschließt der Hamburg-Block, keine große Koalition mit der SPD einzugehen, sondern allein die Regierungsbildung zu übernehmen.
3. Bundeskanzler *Adenauer* und der französische Botschafter *François-Poncet* setzen ihre Besprechungen über die Ausarbeitung einer gemeinsamen Grundsatzerklärung zur Saarfrage fort. Nach einer Unterredung mit Außenminister *Bidault* in Paris sucht *François-Poncet* Bundeskanzler *Adenauer* am 14. November erneut in Bonn auf.
4. Der niedersächsische Landtag lehnt mit 98 gegen 49 Stimmen einen Mißtrauensantrag der Opposition (CDU, DP, FDP) gegen die Regierung *Kopf* ab. Der Chef des Vereinigten Generalstabs der amerikanischen Streitkräfte, Admiral *Arthur W. Radford*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler *Adenauer*. Am 11. November erklärt der Bundeskanzler in einem Interview mit der amerikanischen Soldatenzeitung *Stars and Stripes*, Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik, dürfe niemals von den Vereinigten Staaten aufgegeben werden. Der Abzug von amerikanischen Truppen aus Europa würde die Sowjetunion ermutigen, in ihrer gegenwärtigen aggressiven Politik fortzufahren. Auch die Aufstellung deutscher Kontingente nach Zustande-

kommen der EVG könne die Anwesenheit amerikanischer und auch britischer Truppen auf dem europäischen Kontinent nicht ersetzen.

Das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR gibt die Bildung eines Ministeriums für Schwerindustrie unter der Leitung von Fritz *Selbmann* (SED) bekannt. Das neue Ministerium übernimmt die Aufgaben des bisherigen Ministeriums für Hüttenwesen und Erzbergbau und der bisherigen Staatssekretariate für Kohle, Energie und für Chemie.

In einem Interview mit der *Neuen Ruhrzeitung* erklärt der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, *Thomas Dehler*, zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten gebe es mehr Bindendes als Trennendes. Zum Beispiel in der Saarfrage seien die Standpunkte von FDP und SPD die gleichen. Er lehne eine Volksabstimmung an der Saar im Gegensatz zur CDU ab. Deutschland müsse seinen rechtlichen Status in den Grenzen von 1937 behalten. Am 6. November hat *Dehler* eine Unterredung mit Bundeskanzler *Adenauer*, nach deren Verlauf er erklärt, zwischen dem Bundeskanzler und ihm bestehe in allen Fragen vollkommenes Einverständnis.

7. Aus Anlaß des 36. Jahrestages der Sozialistischen Oktoberrevolution fordert die Regierung der DDR in gleichlautenden Schreiben an Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten die Senkung der Besatzungskosten und die Abschaffung anderer finanzieller und wirtschaftlicher Verpflichtungen der Bundesrepublik. Ein Sprecher der Alliierten Hohen Kommission erklärt am 9. November in Bonn, die Noten würden weder weitergeleitet noch beantwortet werden.

Wie die *Tägliche Rundschau* mitteilt, hat der Chef des sowjetischen Büros für Interzonenpässe, *Kasakow*, am 16. Oktober gleichlautende Schreiben an die zuständigen westalliierten Stellen gerichtet, in denen der Beschluß der sowjetischen Behörden mitgeteilt wurde, die Vollmachten über die Ausstellung von Interzonenpässen den deutschen Behörden in der Sowjetzone zu übertragen.

10. Die Alliierte Hohe Kommission teilt Bundeskanzler *Adenauer* mit, die Bundesregierung werde über deutsche und europäische Fragen, die auf der vom 4. bis 8. Dezember stattfindenden Bermuda-Konferenz der Westmächte behandelt werden, voll konsultiert werden.
11. Die verfassungsgebende Landesversammlung von Baden-Württemberg verabschiedet mit 102 gegen 5 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, die neue Landesverfassung. Die vorläufige Landesbezeichnung „Baden-Württemberg“ wird durch die Verfassung als endgültig bestätigt.
12. Der Ministerrat der DDR ernennt Außenminister *Lothar Bolz* und Staatssekretär *Georg Handke* zu außerordentlichen und bevollmächtigten Botschaftern

der DDR. Zum Minister für Aufbau wird Heinz Winkler (Ost-CDU) ernannt.

13. Der Landtag des Saarlandes verabschiedet in zweiter und dritter Lesung mit 41 Stimmen der CVP und der SPS gegen 4 Stimmen der Kommunisten das Gesetz zur Ratifizierung der französisch-saarländischen Staatsverträge vom 20. Mai 1953 (vgl. Kurzbericht in EA 12/1953, S. 5777).
Der Parteivorstand der SPD beschließt in Bonn die Bildung eines Arbeitskreises für europäische Zusammenarbeit, der sich aus den sozialdemokratischen Abgeordneten im Europarat und in der Montanunion sowie aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und freier Organisationen, die sich mit europäischen Fragen beschäftigen, zusammensetzen soll.
14. Die italienische Zeitschrift *Relazioni Internazionali* bringt im Zusammenhang mit dem Beschluß des Ministerrats der DDR vom 29. Oktober 1953, für die Deutsche Mark (Ost) einen Goldgehalt von 0,399 902 Gramm festzusetzen, folgende vergleichende Tabelle:

	Goldgehalt in Gramm	Währungseinheit für			
		Dollar	Rubel	DM (Ost)	DM (West)
DM (Ost)	0,399 902	2,22	0,55	—	0,53
DM (West)	0,211 588	4,20	1,05	1,89	—

Auf dem internen Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen in Köln wird Friedrich *Middelhaue* in geheimer Wahl wieder zum Landesvorsitzenden gewählt. Die stellvertretenden Landesvorsitzenden Erich *Mende* und Willy *Meyer* werden in ihren Ämtern bestätigt. In einer Rede fordert der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Thomas *Dehler*, die französische Nationalversammlung auf, den EVG-Vertrag anzunehmen. Zur Saarfrage erklärt er, das Saargebiet könne nicht aus der Volks- und Staatsgemeinschaft, zu der es gehört, herausgelöst werden.

Die Alliierten Hohen Kommissare setzen in gleichlautenden Schreiben den sowjetischen Hohen Kommissar davon in Kenntnis, daß für Deutsche, die aus der SBZ in die Bundesrepublik einreisen wollen, mit Wirkung vom 15. November, Mitternacht, der Interzonenpaßzwang aufgehoben wird. Besucher aus der Sowjetzone werden außerdem keine Aufenthaltsgenehmigung mehr in der Bundesrepublik benötigen.

Finland

4. Rücktritt der Regierung *Kekkonen*. Am 15. November wird der Präsident der Bank von Finnland, Sakari *Tuomioja*, beauftragt, eine geschäftsführende Regierung zu bilden, nachdem seine Versuche, eine Koalition auf breiter Grundlage zu bilden, gescheitert waren.

Frankreich

3. Note der Sowjetunion über die Frage von Viermächteverhandlungen (vgl. Kurzbericht auf Seite 6183 und den Wortlaut der Note auf Seite 6175).
7. Die Nationalversammlung ratifiziert mit 511 gegen 97 kommunistische Stimmen die französisch-saarländischen Staatsverträge vom 20. Mai 1953. Der Staatssekretär für Äußeres, Maurice *Schumann*, stellt fest,

die Verträge seien mit den Bestrebungen nach einer europäischen Lösung der Saarfrage, mit der saarländischen Autonomie und den Interessen und Rechten Frankreichs an der Saar vereinbar.

8. Der Jahreskongreß der Demokratischen und Sozialistischen Widerstandsunion (Union démocratique et socialiste de la Résistance) billigt mit 402 gegen 337 Stimmen eine Resolution, in der die Beendigung des Krieges in Indochina auf dem Verhandlungswege gefordert wird. Verteidigungsminister *Pleven* distanziert sich von der Resolution und legt den Parteivorsitz nieder. Die Union spricht sich für die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aus, da sie die einzige Möglichkeit für die Sicherheit der westlichen Zivilisation und die Sicherheit Frankreichs gegenüber Deutschland biete.
12. Vor dem Rat der Republik erklärt Ministerpräsident *Laniel*, die Regierung sei nicht der Auffassung, daß die indochinesische Frage unbedingt durch eine militärische Lösung geregelt werden müsse. Sie sei vielmehr bereit, die Frage auch auf dem Verhandlungswege zu lösen, werde aber die drei indochinesischen Staaten in einem solchen Falle vorher konsultieren. Auf Einladung des „Comité d'action pour l'indépendance nationale“ findet in Paris eine Versammlung der Gegner der EVG statt, auf der Edouard *Daladier* (Radikalsozialist), die gaullistischen Abgeordneten Philippe *Barrès* und Gaston *Palewski*, der unabhängige Abgeordnete Joseph *Denais*, der sozialistische Abgeordnete P.-O. *Lapie*, der MRP-Abgeordnete André *Denis*, der gaullistische Dissident General *Billotte* sprechen und eine Botschaft Edouard *Herriots* (Radikalsozialist) verlesen wird. Am gleichen Tage spricht sich auch General *de Gaulle* in Paris erneut in scharfer Weise gegen die EVG aus und regt direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion an. Die Mitarbeit Deutschlands solle in einem geographisch weit ausgedehnten europäischen Staatenbunde organisiert werden. Am 13. November erklärt der Generalsekretär der Sozialistischen Partei (SFIO), Guy *Mollet*, in einer Ansprache vor dem Club des Jacobines, die Mehrheit seiner Partei wolle nicht, daß Deutschland wieder Herr seines Schicksals werde. Die Gefahr, daß es der Versuchung unterliege, sich mit Rußland zu verbünden, sei zu groß. Da es aber wieder auf dem Wege sei, eine Weltmacht zu werden, sei es besser, Deutschland in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft einzugliedern als in die NATO.

Griechenland

7. Die Regierung veröffentlicht ihre Antwort auf die sowjetische Protestnote vom 26. Oktober gegen das griechisch-amerikanische Stützpunktabkommen. In der Note, die dem sowjetischen Botschafter am 10. November überreicht wird, wird darauf hingewiesen, daß gleiche Abkommen schon zwischen den USA und anderen NATO-Staaten unterzeichnet worden seien.

Großbritannien

3. Königin *Elisabeth* eröffnet die neue Parlamentssession mit der Thronrede im Oberhaus. In der Thronrede heißt es, die britische Regierung werde sich gemein-

sam mit den Regierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten und unter Konsultation der westdeutschen Bundesregierung weiterhin um eine deutsche Einigung bemühen, ebenso würden die Bemühungen um den österreichischen Staatsvertrag fortgesetzt. Premierminister *Churchill* erklärt in der Debatte, er habe immer noch die Hoffnung, daß sich eine Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte als nützlich erweisen würde; die Gefahr, die ein Fehlschlag einer solchen Konferenz mit sich bringen würde, könne jedoch nicht übersehen werden. Der Oppositionsführer *Attlee* kritisiert, daß die Thronrede keinen Bezug auf die Lage in Ägypten und im Mittleren Osten nehme.

Note der Sowjetunion über die Frage von Viermächteverhandlungen (vgl. Kurzbericht auf S. 6183 und den Wortlaut der Note auf S. 6175).

10. Die Anfang Juli wegen einer Krankheit Premierminister *Churchills* verschobene Bermuda-Konferenz wird durch ein gleichzeitig in London, Washington und Paris veröffentlichtes Kommuniqué für den 4. bis 8. Dezember angekündigt. An ihr sollen außer den Regierungschefs der drei Westmächte auch die Außenminister teilnehmen.
11. Zur Entlastung des Außenministers wird der bisherige Vertreter des Foreign Office im Oberhaus, Lord *Reading*, neben *Selwyn Lloyd* zum zweiten Staatsminister im Außenministerium ernannt. Am 12. November tritt der ständige Unterstaatssekretär Sir *William Strang* in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Sir *Ivone Kirkpatrick*.

Italien

6. Nach antibritischen Demonstrationen und Ausschreitungen in verschiedenen Städten protestiert der britische Geschäftsträger gegen die Beschädigung britischen Eigentums und die Belästigung britischer Staatsbürger. Am 7. November protestiert die italienische Regierung in London und Washington gegen das Eingreifen der alliierten Truppen in Triest (vgl. Triest). Am 8. November macht Ministerpräsident *Pella* in einer Rundfunkrede den britischen Militärbefehlshaber in der Zone A, Generalmajor Sir *John Winterton*, indirekt für die Ausschreitungen in Triest verantwortlich.

Jugoslawien

7. In Belgrad wird von Außenminister *Kotscha Popowitsch* sowie den Botschaftern der Türkei und Griechenlands ein Zusatzabkommen zum Balkanpakt unterzeichnet (vgl. den Wortlaut auf S. 6180). Am 10. November beginnen am Sitz des jugoslawischen Generalstabes Besprechungen zwischen militärischen Vertretern der drei Staaten über Formen der Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben.
15. Staatspräsident *Tito* erklärt in Belgrad, Jugoslawien erhebe keinen Anspruch auf die Stadt Triest, verlange jedoch den Anschluß der übrigen Zone „A“ an Jugoslawien.

Oesterreich

10. Bundeskanzler *Raab* gibt bekannt, daß die sowjetische Hochkommission die Aufhebung der Zensur für den Rundfunk in der sowjetischen Zone (RAVAG),

Theater und Konzerte angekündigt habe. Damit bleibt nur die Filmzensur bestehen.

11. Zum Abschluß eines dreitägigen Besuchs des jugoslawischen Außenministers, *Kotscha Popowitsch*, wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, der Besuch des jugoslawischen Außenministers habe eine weitere Annäherung der Ansichten der beiden Regierungen über internationale Fragen und eine Vertiefung der schon bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und des guten nachbarlichen Verhältnisses gebracht. Ferner wird bekanntgegeben, daß ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet wurde und die Gesandtschaften der beiden Staaten zu Botschaften erhoben werden.
14. Außenminister *Karl Gruber* tritt zurück, nachdem es wegen der Veröffentlichung seiner Memoiren zu Spannungen innerhalb der Volkspartei gekommen war.

Portugal

8. Die Parlamentswahlen, bei denen etwa ein Achtel der Bevölkerung stimmberechtigt ist, ergeben einen Sieg der „Nationalen Union“ des Ministerpräsidenten *Salazar*. Die Opposition, die in drei von insgesamt 30 Wahlkreisen Kandidaten aufstellen konnte, erringt keinen einzigen der 120 Parlamentssitze.

Sowjetunion

3. Note an die Westmächte über die Frage von Viermächteverhandlungen (vgl. Kurzbericht auf S. 6183 und den Wortlaut der Note auf S. 6175).
6. Der Präsident des Obersten Sowjets, *Kliment Woroschilow*, erklärt in einer Rede zum 36. Jahrestag der Oktoberrevolution, die sowjetische Regierung sei überzeugt, daß das deutsche Problem unter angemessener Berücksichtigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes im Interesse des Friedens gelöst werden sollte. Man könne aber so lange nicht über gesamtdeutsche Wahlen sprechen, als es ein geteiltes Deutschland und keine einheitliche Regierung gebe. Die Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris würde es unmöglich machen, daß Deutschland ein vereinigter, demokratischer und friedliebender Staat werde. Die Haltung der Westmächte lasse Besprechungen über Deutschland auf einer Viermächtekonferenz von vornherein überflüssig erscheinen.
13. Außenminister *Molotow* erläutert auf einer Pressekonferenz die sowjetische Note an die Westmächte vom 3. November (vgl. Kurzbericht auf S. 6183).

Triest

- 4.—6. In der Zone „A“ kommt es zu Ausschreitungen italienischer Bevölkerungsteile, die sich besonders gegen Großbritannien richten. In schweren Zusammenstößen mit der Polizei und amerikanisch-britischen Truppen werden während der dreitägigen Unruhen sechs Demonstranten getötet und 82 verletzt.

Türkei

14. Zum Abschluß eines dreitägigen Besuchs des italienischen Ministerpräsidenten *Pella* wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, Ministerpräsident *Pella*, Ministerpräsident *Menderes* und Außen-

minister *Koprülü* hätten sich besonders mit der Tätigkeit der NATO befaßt und dabei volle Uebereinstimmung in den Ansichten der beiden Regierungen festgestellt. Die Verbindung zwischen den beiden Staaten werde im Interesse ihrer Aufgaben in der NATO verstärkt werden.

gen festgestellt. Die Verbindung zwischen den beiden Staaten werde im Interesse ihrer Aufgaben in der NATO verstärkt werden.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AMERIKA

Kanada

13. Der Präsident der Vereinigten Staaten, *Eisenhower*, der zu einem Besuch in Kanada weilt, erklärt vor dem kanadischen Parlament, die Ziele der Kommunisten stellten eine grundsätzliche Gefahr für Amerika dar. Die Sowjets seien in der Lage, einen Atomkrieg gegen Nordamerika auszulösen; dieser Tatsache müsse Rechnung getragen werden. In einer gemeinsamen Erklärung wird am 14. November betont, die 1940 im Ogdensburg-Abkommen und im Jahre 1947 niedergelegten Grundsätze der militärischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten seien weiterhin gültig.

Vereinigte Staaten

3. Note der Sowjetunion über die Frage von Viermächteverhandlungen (vgl. Kurzbericht auf S. 6183 und den Wortlaut der Note auf S. 6175).
7. Die „United States Commission on Foreign Economic Policy“ unter der Leitung von Clarence B. Randall trifft in Paris ein, um sich in Besprechungen mit dem Generalsekretär der OEEC, Robert Marjolin, dem Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, dem amerikanischen Sonderbotschafter bei beiden Organisationen, John Hughes, und Vertretern des GATT über die Beurteilung der amerikanischen Außenhandelspolitik in Europa zu informieren.
9. Außenminister Dulles gibt auf einer Pressekonferenz eine Analyse der sowjetischen Note vom 3. November (vgl. Kurzbericht auf S. 6183).

ASIEN

Pakistan

2. Die Konstituierende Versammlung beschließt, Pakistan eine „Islamische Republik“ zu nennen. Vor der Abstimmung verlassen die Hindu-Delegierten aus Protest gegen die Errichtung eines „theokratischen Staates“ die Versammlung.

Persien

1. Außenminister Nasrollah Entezam erklärt zu Ausführungen des britischen Außenministers Eden, der am 20. Oktober im Unterhaus die Bereitschaft Großbritanniens zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Persien ausgedrückt hatte, Edens Erklärungen seien mit Freude aufgenommen worden. Es gebe nach Ansicht der persischen Regierung kein Problem zwischen den beiden Staaten, das nicht durch Verhandlungen gelöst werden könne.

Philippinen

12. Der frühere Verteidigungsminister Ramon Magsaysay, Kandidat der oppositionellen Nationalistischen Partei, wird an Stelle des bisherigen Staatspräsidenten, Elpidio Quirino, zum Staatspräsidenten gewählt.

Saudi-Arabien

9. Tod König Ibn Sauds. Am gleichen Tage wird sein Sohn Saud Ibn Abdul Aziz zum König proklamiert.

Organisation der Vereinten Nationen

Vollversammlung

3. Die Vollversammlung lehnt einen Antrag des Politischen Ausschusses ab, in dem Frankreich aufgefordert wurde, in Marokko freie und demokratische Institutionen einzuführen. — Am 11. November erhält eine Resolution, in der französisch-tunesische Verhandlungen über die Unabhängigkeit Tunesiens empfohlen wurden, mit 31 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen nicht die nötige Zweidrittelmehrheit.
11. Die Versammlung nimmt mit 42 gegen eine Stimme bei 17 Enthaltungen eine Resolution an, in der die Südafrikanische Union aufgefordert wird, ihre Gesetze über die Rassendiskriminierung aufzuheben und die guten Dienste der UN zur Lösung des Problems der indischen Minderheit in Südafrika in Anspruch zu nehmen.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guizon, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Melssner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16–18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.

Studien zum Föderalismus*

Ergebnisse einer amerikanischen Untersuchung über die Probleme einer europäischen Staatengemeinschaft

4. Nationale Verteidigung

Einleitung

Das Bedürfnis einer Staatengruppe nach einer Weiterentwicklung ihrer Verteidigungskräfte ist ein wesentliches Motiv für den Zusammenschluß von Staaten. Ein derartiger Zusammenschluß erhöht die Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Verteidigung. Die Unterzeichnung des EVG-Vertrages in Europa zeigt die Bedeutung, die diesem Problem dort zukommt.

Auch diese Studie will die Erfahrungen der fünf Bundesstaaten Australien, Deutschland, Kanada, Schweiz und Vereinigte Staaten für den Aufbau einer Bundesverteidigung nutzbar machen.

Die Verantwortung für die Verteidigung des Bundes

Die Verteidigung ist eine Bundesaufgabe. Die Verfassungen bestimmen das ausdrücklich. Es wäre unzweckmäßig, die Verteidigung zur Aufgabe der Einzelstaaten zu machen. Hieraus würde sich eine Unsicherheit für den Bund ergeben, denn Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten über die Höhe ihrer Leistungen wären eine unausbleibliche Folge. Auch würden besonders starke Einzelstaaten ein zu großes Uebergewicht über die anderen Mitgliedstaaten des Bundes erzielen.

Die Verteidigungsaufgabe des Bundes erstreckt sich in allen untersuchten Staaten auch auf die von einzelnen Mitgliedstaaten abhängigen Gebiete, Protektorate usw. Es kann nicht den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, für solche Gebiete Verpflichtungen einzugehen oder Leistungen zu erbringen, die mit der Bundespolitik unvereinbar sind.

Für ihre innere Ordnung sind die Mitgliedstaaten selbst verantwortlich. Letzten Endes bestimmen aber alle Verfassungen, daß der Bund auch hier die oberste Verantwortung trägt.

Die Verantwortung für die Verteidigungspolitik des Bundes

Alle Bundesstaaten haben es für notwendig angesehen, dem Bund die Führung der Außenpolitik und den Abschluß internationaler Verträge zum mindesten insoweit ausschließlich zu überlassen, als Fragen der Verteidigung betroffen sind.

Der Bund verfügt über alle Streitkräfte mit den Reserven; er bestimmt die Verteilung auf die ver-

schiedenen Waffengattungen. Im Deutschen Reich von 1871, in dem die Länder „Kontingente“ stellten, entschied der Kaiser über Stärke und Zusammensetzung der Kontingente.

Oberbefehl über die Streitkräfte und Wehrmachtsverwaltung sind wesentlich für die Möglichkeit zur Verfügung über die Streitkräfte. Deshalb hat man in Australien, Kanada, in den Vereinigten Staaten und unter der Weimarer Verfassung das Staatsoberhaupt zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte gemacht. Die Bundeshoheit wird insoweit aus dem allgemeinen Recht zur Verteidigung hergeleitet. Im übrigen treffen die Verfassungen besondere Bestimmungen über Heeresverwaltung und Versorgung. Dem Bund obliegt die Fürsorge für die Armee, die Militärgerichtsbarkeit, die Besoldung einschließlich der Zahlung von Pensionen und Unterstützungen für Veteranen. Die Ernennung der Offiziere ist eine wesentliche Aufgabe des Bundes.

Ebenso wie die Versorgung ist die Ausrüstung der Truppen Bundesaufgabe. Der Bund beschafft die Ausrüstung, er unterhält Festungen, Flugplätze, Werften, Arsenalen usw. In Australien und in der Weimarer Verfassung wird ihm das Recht zur Benutzung von Straßen und Bahnen für Verteidigungszwecke ausdrücklich zuerkannt. Der Bund muß auch in die Wirtschaft eingreifen können, wenn die Anlegung von Vorräten und die Bereitstellung industrieller Kapazitäten für den Kriegsfall das erfordert. In Australien und in Amerika wird dieses Eingriffsrecht aus dem allgemeinen Recht zur Verteidigung hergeleitet. Zwar beeinträchtigen die wirtschaftlichen Eingriffe möglicherweise die Wirtschaft der Mitgliedstaaten. Keine der Verfassungen enthält jedoch aus diesem Grunde Beschränkungen für das Eingriffsrecht des Bundes.

Alle Verfassungen, mit Ausnahme der Schweiz, geben dem Bund das Recht zur Steuererhebung, alle Verfassungen auch das Recht zur Aufnahme von Anleihen, soweit Verteidigungszwecke das erfordern. Hier wie bei der Frage der Ausrüstung und Versorgung der Truppen kommen die Interessen der Einzelstaaten bei Konferenzen zwischen Bundesregierung und einzelstaatlichen Regierungen zur Sprache. In einzelnen Fällen ist es notwendig gewesen, dem Bund steuerliche Befugnisse auch ohne Mitwirkung der Einzelstaaten zu geben, insbesondere die Einkommensteuer für Verteidigungszwecke unter Zu-

*) Fortsetzung der in Europa-Archiv 23/1953, S. 6131—6174, begonnenen Veröffentlichung.

rücksetzung staatlicher Steuereinnahmen heranzuziehen. Das gilt für Australien. Die Schwierigkeiten, welche sich für die ursprüngliche amerikanische Konföderation daraus ergaben, daß sie auf finanzielle Beiträge der Mitgliedstaaten für die gemeinsame Verteidigung angewiesen war, führten dazu, daß die amerikanische Verfassung dem Bund das Recht zur Steuererhebung gab.

Das Recht zur Kriegserklärung und zum Friedensschluß hat stets der Bund, meistens der Bundesgesetzgeber. Ebenso entscheidet der Bund über den Einsatz der Truppen, und zwar meistens das Staatsoberhaupt als Oberbefehlshaber.

Im allgemeinen erlauben die Verfassungen den Einsatz von Truppen auch zur Bekämpfung von Aufständen im Inneren. Auch hierfür ist der Bund zuständig. Entsprechende Bestimmungen finden sich in der amerikanischen, australischen, kanadischen und in der Weimarer Verfassung. Häufig sind die Mitgliedstaaten befugt, über Truppen zum Schutz ihrer eigenen Sicherheit zu verfügen. Unter der Weimarer Verfassung führte dieses Recht zu erheblichem Streit zwischen dem Reich und Bayern. Jedenfalls dürfen einzelne Staaten über die Truppen nur unter der Kontrolle des Bundes verfügen.

Allgemeine Befugnisse für die Landesverteidigung

In allen untersuchten Systemen hat der Bund das Recht zur Einberufung der Streitkräfte, und zwar der aktiven Kräfte und der Reserven, zu Lande, zu Wasser und in der Luft. In der Schweiz ist überdies die Militärdienstpflicht aller Männer in der Verfassung festgelegt. Mit unterschiedlichen Beschränkungen erlauben einzelne Verfassungen den Mitgliedstaaten die Einberufung von Truppen. In der Schweiz sind die Kantone bei der Aushebung von Soldaten verwaltungsmäßig beteiligt. In allen untersuchten Bundesstaaten dürfen die Mitgliedstaaten jedenfalls Polizeistreitkräfte unterhalten.

Eine Abhängigkeit des Bundes von den Mitgliedstaaten bei der Aufstellung von Truppen wäre das größte Hindernis, das für eine wirksame Verteidigung bestehen könnte. In der amerikanischen Konföderation war der Bund in dieser Weise von den Staaten abhängig. Dieses System war während der Revolution so unwirksam, daß die Verfassung dem Bund das ausschließliche Recht zur Aushebung von Truppen gab. Gleichzeitig bestimmen alle untersuchten Bundesverfassungen, daß die Streitkräfte völlig einheitlich aufgestellt und allein dem Bunde gegenüber zum Gehorsam verpflichtet werden. Die kantonalen Korps in der Schweiz und die Nationalgarden in den Vereinigten Staaten haben zwar regionalen Charakter. Sie unterstehen aber einem so starken Einfluß des Bundes, daß sie tatsächlich keine Ausnahmen bilden. Nach der Reichsverfassung von 1871 und der Weimarer Verfassung wurden zwar

die deutschen Armeen auf Landesbasis gebildet. In der Praxis wurde dieses System unter dem Einfluß der Zentralregierung jedoch weitgehend geändert.

Besondere Befugnisse für die Landesverteidigung in besonderen Gefahrenlagen

Wirtschaftliche Mobilmachung und Demobilisierung

Die Mobilmachung der Wirtschaft und der Arbeitskräfte gehört zu den nötigen Maßnahmen bei drohender Kriegsgefahr. Die vor den beiden Weltkriegen entstandenen Verfassungen hat man so ausgelegt, daß sie der Bundesregierung die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen erlauben: Festsetzung von Preisen und Löhnen, Zuteilung von Wohnraum und Rohstoffen, Prioritäten für Regierungsaufträge, Errichtung von Fabriken, Schlichtung kollektiver Arbeitsstreitigkeiten, straffe Lenkung des Arbeitsmarktes. In den Vereinigten Staaten, Australien und Kanada sowie in Deutschland unter der Verfassung von 1871 hat man zu diesem Zwecke die Hoheitsrechte des Bundes für den Kriegsfall sehr weit ausgelegt. In der Schweiz wurde dem Bund durch eine Verfassungsänderung nach dem letzten Krieg die Befugnis zu einer Notgesetzgebung außerhalb der Verfassung sowie zu wirtschaftlichen Maßnahmen auch unter Verletzung der wirtschaftlichen Freiheit gegeben.

Auch die zur wirtschaftlichen Demobilisierung erforderlichen besonderen Befugnisse des Bundes hat man in Kanada, Australien und in den Vereinigten Staaten als in der umfassenden Verteidigungsgewalt des Bundes eingeschlossen gesehen. Die Gerichte haben die staatlichen Nachkriegsmaßnahmen aber stets einer schärferen Kontrolle unterzogen als die wirtschaftlichen Maßnahmen zu Beginn und während eines Krieges.

Bei den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen können auch die Einzelstaaten mitwirken, jedoch stets nur unter strenger Kontrolle durch den Bund. In Australien hat einmal ein Einzelstaat seine Mitwirkung bei wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen verweigert. Das führte zur Beschlagnahme seiner öffentlichen Einrichtungen und zur Zwangsverpflichtung seiner Beamten durch den Bund.

Innere Sicherheit und Verteidigung

Der Bund hat das Recht, die für die Sicherheit der Streitkräfte und ihrer Einrichtungen im Inneren erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er darf das Kriegsrecht erklären, feindliche oder dem Feind nahestehende Kräfte ausschalten. Von dieser Befugnis haben Kanada und die Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkrieges Gebrauch gemacht, als sie alle Personen japanischer Herkunft von ihrer Westküste entfernten. Das allgemeine Recht zur Verteidigung des Bundes war in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren die verfassungsmäßige Grundlage auch für die Verfolgung der führenden

Kommunisten. In Australien hat man dagegen die Verteidigungsgewalt nicht als eine hinreichende Grundlage für die Friedloserklärung von Kommunisten angesehen.

Auch die einzelnen Staaten können Sicherheitsaufgaben erfüllen. Ein Truppeneinsatz zu diesem Zweck darf aber nur durch den Bund erfolgen. Der Bund muß im übrigen eingreifen, wo einzelstaatliche Maßnahmen nicht ausreichen.

Zivile Verteidigung

Die erforderliche Vorbereitung der zivilen Verteidigung kann, bei finanzieller und koordinierender Mithilfe des Bundes, weitgehend den Einzelstaaten überlassen werden. Doch muß auch hier der Bund stets eine Kontrolle ausüben, denn er trägt die Verantwortung für die zivile Verteidigung, beispielsweise die Verteidigung der Bevölkerung gegen Luftangriffe.

Besondere Verfassungsbestimmungen für einen Notstand

Nur die Weimarer und die Schweizer Verfassung enthalten besondere Bestimmungen über die ausdrückliche Erklärung eines Notstandes und eine damit verbundene Erweiterung der Bundesbefugnisse. Von den besonderen Befugnissen des deutschen Reichspräsidenten ist nur bei inneren Krisen Gebrauch gemacht worden. Seine Maßnahmen konnten vom Reichstag aufgehoben werden. In der Schweiz hat eine jüngste Verfassungsänderung den Gesetzgeber zu einer in ihrer Gültigkeit jeweils auf ein Jahr beschränkten Notgesetzgebung außerhalb der Verfassung ermächtigt. Im übrigen kann die Bundesversammlung einen Oberbefehlshaber der Streitkräfte wählen, dessen Befugnisse auch die wirtschaftliche Mobilmachung und den Arbeitsmarkt mit umfassen.

Ausübung der Verteidigungsgewalt des Bundes

Befugnisse des Gesetzgebers

Bei der Ausübung der Verteidigungsgewalt im Kriege hat der Gesetzgeber meist die Richtlinien der Verteidigungspolitik festgelegt, die Ausführung der Richtlinien weitgehend auf die Verwaltung übertragen und sich im übrigen die Kontrolle über die Verwaltung, besonders auf den Gebieten der Finanzen und der Forschung, vorbehalten. Von der Kontrolle, die im Kabinettsystem das Parlament über die Regierung ausüben kann, ist besonders in Nachkriegszeiten bei der Abwicklung der Kriegsmaßnahmen ein strenger Gebrauch gemacht worden. Alle Gesetzgeber haben im übrigen mit Hilfe ihres Budgetrechtes die Verteidigungspolitik bis zu den strategischen Entscheidungen hin beeinflußt.

In Kanada und Australien hat der Gesetzgeber der Verwaltung im Kriege besonders weitgehende Befugnisse zur Wirtschaftslenkung und zur Kontrolle

staatsfeindlicher Kräfte eingeräumt. Ähnlich war es während beider Kriege in der Schweiz.

Die Verfassungen enthalten andererseits besondere Beschränkungen für die Verteidigungsgewalt. Dazu zählt die Schweizer Bestimmung, daß Notgesetze nur für ein Jahr gelten, in den Vereinigten Staaten die Bestimmung, daß Krieganleihen nur zwei Jahre laufen dürfen.

In den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und nach der Weimarer Verfassung ist nur der Gesetzgeber zur Kriegserklärung befugt. Trotzdem ist die Exekutive in der Lage, einem bewaffneten Angriff jederzeit zu begegnen; in diesem Falle hat das Recht der Legislative zur Kriegserklärung mehr eine formell bestätigende als eine wirkliche Bedeutung.

Das Recht des Gesetzgebers zur Ratifizierung der internationalen Verträge, seine Befugnis zur Mitwirkung bei der Ernennung hoher Beamter und in der Schweiz sein Recht zur Ernennung des Oberbefehlshabers der Streitkräfte verstärken den Einfluß der Legislative auf die Verteidigungspolitik.

Befugnisse der Exekutive und des Staatsoberhauptes

Nach der Verfassung der Vereinigten Staaten, der australischen, kanadischen und der Weimarer Verfassung ist das Staatsoberhaupt Oberbefehlshaber der bewaffneten Streitkräfte. Ihm obliegt die Verwaltung, die Ausbildung, die Disziplinargewalt sowie der Schutz der Sicherheit für die Streitkräfte im Rahmen des Gesetzes.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat als Oberbefehlshaber sehr weitreichende Befugnisse. Er hat davon Gebrauch gemacht, um Truppen vor einer Kriegserklärung oder Erklärung des Kriegszustandes durch den Kongreß einzusetzen, um im Jahre 1951 Truppen nach Europa zu entsenden, um in Korea einzugreifen und um vor Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg Seestreitkräfte zur Sicherung der Schifffahrt im Atlantik einzusetzen. Er hat den Eisenbahnen, den Werften und Fabriken die Versorgung der Truppen befohlen. Doch ist er an das Gesetz gebunden und der Kontrolle des Kongresses, besonders hinsichtlich der Finanzen, unterworfen. Darüber hinaus gibt die auswärtige Gewalt sowie das Personalwesen der Exekutive einen weitreichenden Einfluß auf die Verteidigungsvorbereitungen.

Besondere Verfassungsbestimmungen zur Begrenzung der Verteidigungsgewalt

Nach den Verfassungen der Vereinigten Staaten, der Schweiz und den deutschen Verfassungen bilden die verschiedenen Grundrechte eine Grenze für die Verteidigungsgewalt des Bundes. Das Grundgesetz der westdeutschen Bundesrepublik enthält eine besondere Bestimmung über das Recht zur Kriegsdienstverweigerung. Nach der Weimarer Verfassung war allerdings der Reichspräsident befugt, ein

Grundrecht außer Kraft zu setzen, und die Schweizer Verfassung erlaubt dem Bundesgesetzgeber, die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung zu beeinträchtigen, wenn die Verteidigung des Landes dies erfordert.

Die Wirksamkeit der Grundrechte hängt stets von der Intensität richterlicher Kontrolle über Gesetzgebung und Verwaltung ab. In der Schweiz unterstehen der Bundesgesetzgeber und die Bundesverwaltung einer solchen Kontrolle nicht. Aber auch in den übrigen Staaten sind die notwendigen Verteidigungsanstrengungen durch die Gerichte nicht geschwächt worden. So war die Ausweisung der Japaner von der amerikanischen und kanadischen Westküste möglich; so wurde auf Hawaii während fast des ganzen Krieges das Kriegsrecht aufrechterhalten; so ging die Regelung des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten bis nahe an eine Zwangsarbeit heran.

Im übrigen enthalten einzelne Verfassungen besondere Bestimmungen, durch welche die Verteidigungsgewalt begrenzt wird. Die wesentlichen unter ihnen sind bereits angeführt worden.

Gerichtsbarkeit und Verfassungsbestimmungen über die Verteidigung

Die Gerichte spielen eine wesentliche Rolle bei der Wahrung der Verfassung. Gegenüber der Verteidigungsgewalt haben sie besondere Schwierigkeiten. Einerseits können sie den Verteidigungsmaßnahmen oft nicht schnell genug folgen. Einzelne Regierungsmaßnahmen der Vereinigten Staaten während des Sezessionskrieges und während des letzten Weltkrieges waren der Gegenstand richterlicher Entscheidungen, die erst zwei Jahre nach Kriegsende ergingen. Auf der anderen Seite können sich Gerichte gegenüber den militärischen Autoritäten nicht immer durchsetzen. Auch dafür liefern die Sezessionskriege ein Beispiel.

Zwei besondere Erscheinungen zeichnen die Rechtsprechung zu Kriegsmaßnahmen aus: Dem Urteil der Legislative oder der Exekutive über die Notwendigkeit von Kriegsmaßnahmen haben sich die Gerichte fast immer angeschlossen, während sie in der Nachprüfung von Nachkriegsmaßnahmen bei der Abwicklung der Kriegswirtschaft sehr viel weitergingen. Außerdem haben die Gerichte in Australien, in Kanada und in den Vereinigten Staaten bei der

Auslegung der Verfassungsbestimmungen besondere Rücksicht auf die Verteidigungsnotwendigkeiten genommen. Sie haben auf diese Weise der Regierung während des Krieges größere Befugnisse als in Friedenszeiten zugebilligt, damit eine geschmeidige Anpassung der Verteidigungsgewalt an die tatsächlichen Notwendigkeiten ermöglicht und auf diese Weise in den drei Bundesstaaten die Einfügung besonderer Notstandsbestimmungen in die Verfassungen überflüssig gemacht.

Folgerungen

- a) Die Verteidigung ist Bundesaufgabe.
- b) Der Bund bedarf zur Erfüllung der Verteidigungsaufgaben umfassender Befugnisse auf allen Gebieten.
- c) Eine geschmeidige Handhabung der Verfassungen durch die Gerichte macht die Einfügung von Verfassungsbestimmungen über Notstandsbefugnisse der Regierung überflüssig. Es kann sich aber empfehlen, für Zeiten der Kriegsgefahr besondere Befugnisse zur wirtschaftlichen Mobilisierung ebenso wie für die wirtschaftliche Demobilisierung in der Verfassung vorzusehen.
- d) Das Staatsoberhaupt sollte Oberbefehlshaber der Streitkräfte sein und eine volle Verfügungsgewalt über diese haben. Der Gesetzgeber sollte sich aber eine umfassende Kontrolle über die Exekutive vorbehalten.
- e) Die Mitgliedstaaten können im Rahmen der Verteidigung nur zweitrangige Aufgaben für sich beanspruchen. Der Bund muß die Kontrolle über die Erfüllung solcher Aufgaben durch die Mitgliedstaaten haben.
- f) Es kann sich empfehlen, in den Verfassungen besondere Bestimmungen zum Schutz individueller Rechte gegenüber der Verteidigungsgewalt des Bundes zu treffen.

Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stellt einen wichtigen Schritt in der Richtung der hier als notwendig erkannten Zentralisierung der Verteidigungsgewalt beim Bunde dar. Unerläßlich für eine wirksame Verteidigung ist aber, daß auch die wesentlichen politischen Befugnisse beim Bund zusammengefaßt werden. Der Vertrag erkennt das in seinem Artikel 38 selbst an, der die Entwicklung einer integrierten politischen Gewalt vorsieht.

5. Auswärtige Angelegenheiten

Einleitung

Im allgemeinen ist die Ausübung der Auswärtigen Gewalt in einem Bundesstaat Sache des Bundes. Eine Reihe wesentlicher und im folgenden zu behandelnder Punkte wird annähernd in allen Bundes-

verfassungen geregelt. Zusätzlich treffen einzelne Verfassungen noch Bestimmungen über Fragen, die mit der Außenpolitik zusammenhängen, jedoch von ihr getrennt werden können, wie etwa der Außenhandel, die Auswanderung, die Behandlung von

Ausländern, ausländische Gesellschaften, Auslieferungsrecht usw. Auf diese besonderen Fragen kann hier grundsätzlich nicht eingegangen werden.

Beziehungen zu fremden Staaten und internationalen Organisationen

Allgemeine Zuständigkeitsverteilung

Das deutsche Grundgesetz bestimmt in Artikel 32, daß die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten Sache des Bundes ist. In anderen Bundesstaaten wird dasselbe aus anderen Bestimmungen der Verfassung hergeleitet, so beispielsweise in den Vereinigten Staaten aus dem Recht des Bundes zum Abschluß von Verträgen und zum Austausch von Botschaftern. Die australische und die kanadische Verfassung entstanden zu einer Zeit, als die beiden Dominien noch keine auswärtige Gewalt besaßen. Als später diese Gewalt vom Vereinigten Königreich an sie überging, nahm man als selbstverständlich an, daß diese Gewalt auf den Bund und nicht auf seine Mitglieder übergegangen sei.

Die Hauptfrage im Bundesstaat geht dahin, ob und inwieweit die Mitgliedstaaten an der auswärtigen Gewalt teilhaben können. In einzelnen Bundesstaaten dürfen die Mitglieder unter der Kontrolle des Bundes gewisse Beziehungen mit fremden Staaten unterhalten.

Es dürfte sich empfehlen, in einer neuen Bundesverfassung festzulegen, daß der Bund über die Außenpolitik des Bundes bestimmt und die auswärtigen Angelegenheiten auf allen Gebieten führt, auf die sich seine Zuständigkeit im Innern erstreckt. Andererseits sollten die Mitgliedstaaten zur Pflege auswärtiger Beziehungen insoweit berechtigt sein, als ihre innerstaatliche Zuständigkeit reicht. Man kann erwägen, den Bund zu gewissen Maßnahmen zu ermächtigen, die es ihm ermöglichen, die von den verschiedenen Mitgliedstaaten unterhaltenen auswärtigen Beziehungen aufeinander abzustimmen, insbesondere auf dem Gebiet konkurrierender Zuständigkeit des Bundes. Möglicherweise kann man Mitgliedstaaten verpflichten, den Bund über ihre auswärtigen Beziehungen unterrichtet zu halten.

Die Vertretung des Bundes

In einzelnen Verfassungen wird ausdrücklich der Präsident mit der Vertretung des Bundes nach außen oder mit der völkerrechtlichen Vertretung des Bundes beauftragt. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat die Vertretungsbefugnis auch ohne besondere Verfassungsbestimmung. Ihm stehen in Ausübung der auswärtigen Gewalt Befugnisse zu, die ihm im Inneren nach der Verfassung nicht zukommen dürften. Man hält in den Vereinigten Staaten Bindungen, die im Inneren selbstverständlich sind, für unvereinbar mit einer erfolgreichen Außenpolitik. Der amerikanische Präsident entscheidet unter an-

derem über die Anerkennung einer Regierung, eine Befugnis, die im Verhältnis zu Mexiko, zur Sowjetunion und zum kommunistischen China eine besondere Rolle gespielt hat. Allerdings hängt der Präsident für die zur Führung der Außenpolitik benötigten Geldmittel von der Zustimmung des Kongresses ab. Wo, wie in der Schweiz, ein Kollegium die höchste Autorität des Staates repräsentiert, vertritt dieses auch den Bund nach außen. Formell liegen dann die Vertretungsbefugnisse bei dem Präsidenten dieses Kollegiums. Ähnlich wird man möglicherweise für eine europäische Exekutive verfahren können.

In dem Umfang, in dem die Mitgliedstaaten zur Unterhaltung von Beziehungen mit fremden Staaten befugt sind, müssen sie durch eigene, in ihrer Verfassung bestimmte Organe handeln dürfen. Im übrigen können sie nur durch Vertreter des Bundes mit dem Ausland in Beziehungen treten (so ausdrücklich Artikel 10 der Schweizer Verfassung). Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nur einmal einem Staate unmittelbare Verhandlungen mit einer auswärtigen Macht erlaubt.

Wenn in einem etwaigen europäischen Bunde die Mitgliedstaaten ein gewisses Recht zu unmittelbarem Verkehr mit auswärtigen Mächten behalten, so wird es gut sein, sie diesen Verkehr in der in ihrer Verfassung vorgesehenen Weise pflegen zu lassen. Sie sollten allerdings dazu angeregt werden, sich mehr und mehr der Organe des Bundes zu bedienen.

Rechtspersönlichkeit des Völkerrechts

Für den internationalen Verkehr bedürfen Staaten der Rechtspersönlichkeit. Die Gründungsverträge für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bestimmen, daß diese Gemeinschaften völkerrechtliche Rechtsfähigkeit besitzen. Die entsprechende Regelung für einen künftigen europäischen Bundesstaat sollte weiter gehen und insbesondere den Status der Mitgliedstaaten klar umreißen. Das würde nicht nur theoretische Zweifel beseitigen, sondern zugleich erhebliche praktische Folgen haben, so beispielsweise für die Mitgliedschaft der Mitgliedstaaten in internationalen Organisationen, ihre Privilegien und Immunitäten in fremden Staaten sowie ihre internationale Verantwortlichkeit.

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen

Mit gewissen Einschränkungen gilt für die meisten internationalen Organisationen der Grundsatz, daß sie nur souveräne Staaten zu Mitgliedern haben dürfen. Im allgemeinen können also nur Bundesstaaten, nicht deren Einzelstaaten Mitglieder einer internationalen Organisation sein. In einzelnen Fällen, beispielsweise bei der Weltpost- und der -Telegraphenunion, hat man auch nichtsoveräne Gebiete

zur Mitgliedschaft zugelassen. Entscheidend war die Ueberlegung, daß diese auf dem in Frage stehenden Sachgebiet zu selbständigem Handeln berechtigt waren und daß ihre Vertretung durch den Bund, eventuell wegen möglicher Interessengegensätze innerhalb des Bundes, unzureichend gewesen wäre. Nach der Eingliederung von Estland, Lettland und Litauen in die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken vertrat die Sowjetunion auf dem Kongreß des Weltpostvereins die Auffassung, daß diese Staaten ihre Mitgliedschaft im Weltpostverein nicht verloren hätten, und zwar wegen des in ihren Verfassungen niedergelegten Rechts zur selbständigen Führung der auswärtigen Angelegenheiten.

In einem europäischen Bund würde eine besondere Lage bestehen, weil seine Mitglieder traditionsgemäß in den internationalen Organisationen vertreten sind und zum Teil wesentlichen Anteil an der Gründung solcher Organisationen haben. Es kann durchaus wünschenswert sein, die Mitgliedschaft der einzelnen Staaten in den internationalen Organisationen zu erhalten, nicht zuletzt mit Rücksicht darauf, daß auf diese Weise dem europäischen Bund die mehreren Stimmen erhalten bleiben, die er verlieren würde, wenn er allein Mitglied einer internationalen Organisation würde. Eine andere Lösung kann man dort vorsehen, wo, wie beim Europarat, die Mitglieder entsprechend ihrer Bevölkerungszahl vertreten sind. Eine derartige Vertretung würde ohne weiteres gleichzeitig eine Vertretung der Mitgliedstaaten eines Bundes erlauben.

Wollte man Frankreich als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen durch den europäischen Bundesstaat ersetzen oder aber den europäischen Bund zum Mitglied der Vereinten Nationen machen, so wäre eine Satzungsänderung für die Vereinten Nationen und hierzu die Zustimmung der Sowjetunion erforderlich. Diese wird man vielleicht nicht erreichen können. Anders steht es mit einer Reihe von Unterorganisationen der Vereinten Nationen. Hier könnte der neue europäische Bund ohne weiteres Mitglied werden. Wahrscheinlich würden dann allerdings seine Einzelstaaten die Mitgliedschaft verlieren. Hier bleibt schließlich eine Frage politischer Zweckmäßigkeit übrig, die man nicht ein für allemal entscheiden kann.

Der Austausch von diplomatischen Vertretern und Konsuln

Befugnisse des Bundes

Der zwischenstaatliche Verkehr wird hauptsächlich über die Botschafter und die anderen diplomatischen Vertretungen geführt. Deshalb ist es für einen Bund wichtig, eigene diplomatische Vertretungen im Ausland zu haben und selbst entscheiden zu können, ob er einen fremden Staat anerkennen und diplomatische Beziehungen zu ihm unterhalten

will. Das Recht zur Beglaubigung und zum Empfang von Gesandten steht in den Vereinigten Staaten und in der westdeutschen Bundesrepublik dem Präsidenten, in der Schweiz dem Bundesrat zu. Würde ein europäischer Bund als Exekutive ein Kollegialorgan haben, so dürfte sich empfehlen, diesem das Recht zur Beglaubigung und zum Empfang von Gesandten zu geben. Eine Mitwirkung des Oberhauses bei der Ernennung von Gesandten und Botschaftern dürfte sich erübrigen, wenn die Mitgliedstaaten in der kollegialen Exekutive vertreten sind.

Befugnisse der Einzelstaaten

Die Mitgliedstaaten eines Bundes haben nur in seltenen Fällen ein aktives und passives Gesandtschaftsrecht, so nach der deutschen Reichsverfassung von 1871 sowie nach der australischen und kanadischen Praxis, die Vertretungen insbesondere in London kennt.

Für die kommende europäische Gemeinschaft dürfte die deutsche Verfassung von 1871 das beste Vorbild sein. Man sollte das Gesandtschaftsrecht der Mitgliedstaaten nicht beschränken. Es ist zu erwarten, daß die Mitgliedstaaten in dem Umfang auf die Ausübung dieses Rechtes verzichten, in dem sie Vertrauen in den auswärtigen Dienst des Bundes gewinnen; umgekehrt werden fremde Staaten die kostspieligen diplomatischen Missionen von den Mitgliedstaaten in dem Umfang zurückziehen, in dem die Mitgliedstaaten zugunsten des Bundes an politischem Gewicht verlieren.

Internationale Verträge

Verträge des Bundes

Die Befugnis zum Abschluß von Verträgen deckt sich im allgemeinen mit der Befugnis zur Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten. Diese Befugnis liegt fast immer bei der Exekutive. Eine neue Verfassung wird sich darauf beschränken können, dem Bund das Recht zum Vertragschluß auf bestimmten Gebieten zu übertragen.

Der Vertragsabschluß und der Beitritt zu einem Vertrag erfordern fast überall eine Ratifizierung. Die im wesentlichen übereinstimmende Praxis der westlichen Bundesstaaten führt zur Annahme, daß man bei der Ratifizierung von Verträgen auf die Mitwirkung des Gesetzgebers nicht verzichten kann. Es empfiehlt sich, zur Ratifizierung die Zustimmung des Unterhauses als der Körperschaft zu verlangen, welcher der Beschluß von Gesetzen zur Ausführung abgeschlossener Verträge obliegt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat, insbesondere während des Krieges, viele Verwaltungsverträge abgeschlossen. Neuerdings im Senat eingebrachte Vorschläge zu einer Verfassungsänderung zielen darauf ab, dem Präsidenten dieses Recht zu nehmen. Es ist sehr schwierig, in Verfassungs-

bestimmungen Verwaltungsabkommen abzugrenzen, welche die Exekutive ohne Mitwirkung des Gesetzgebers abschließen kann. In einer neuen Verfassung sollte man an Stelle einer solchen Begrenzung vorsehen, daß die Exekutive jedes abgeschlossene Verwaltungsabkommen dem Parlament sofort vorzulegen hat und daß sie vom Parlament zum Widerruf solcher Abkommen gezwungen werden kann.

Die Befugnis jedes Bundes zum Abschluß von Verträgen hat Grenzen. Der Bund darf nicht auf dem Wege über einen internationalen Vertragschluß in die Rechte seiner Mitgliedstaaten oder Bürger unzulässig eingreifen (so ausdrücklich Artikel 15 der mexikanischen Verfassung). Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hält internationale Verträge für unzulässig, in denen etwas von der Verfassung Verbotenes vereinbart oder eine Aenderung der Regierungsform für Bund oder Mitgliedstaaten oder eine Gebietsabtretung vorgesehen wird. Tatsächlich hat der Gerichtshof jedoch in keinem Fall einen Vertrag für ungültig angesehen. Er hat vielmehr in einzelnen Fällen auch solche Verträge des Bundes anerkannt, die sich mit Gegenständen befaßten, die zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehörten. Andererseits hat der Präsident in einzelnen Fällen von der Ratifizierung internationaler Verträge Abstand genommen, weil die Gegenstände der Verträge zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehörten, so beispielsweise bei internationalen Arbeitsabkommen.

Der Privy Council hat kanadische Gesetze in Ausführung internationaler Verträge für ungültig erklärt, mit denen das Dominion in die Gesetzgebungszuständigkeit seiner Provinzen eingriff. In Australien und in den Vereinigten Staaten hält man es auf der anderen Seite für zulässig, daß der Bund mit Ausführungsgesetzen zu gültigen internationalen Verträgen seine Gesetzgebungskompetenz überschreitet. In den Vereinigten Staaten sind hiergegen Bedenken geltend gemacht worden.

In einem Bund, in dem die einzelnen Staaten wesentliche gesetzgeberische Befugnisse behalten, muß die Befugnis des Bundes zum Abschluß internationaler Verträge genau umgrenzt sein, damit die Rechte der einzelnen Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigt werden. Es wird sich am meisten empfehlen, das Recht zum Vertragschluß auf diejenigen Gegenstände zu beschränken, die zur Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes gehören. So ergeben sich die wenigsten Schwierigkeiten für die Durchführung abgeschlossener Verträge im Inneren.

Erfordert man von vornherein die Zustimmung des Gesetzgebers zum Abschluß eines internationalen Vertrages, so kann man mit der Erteilung dieser Zustimmung den Beschluß von Durchführungsgesetzen verbinden. Damit würde der Erlaß besonderer Gesetze zusätzlich zur Zustimmung erübrigt, wie er

unter englischem Einfluß noch in Australien und Kanada gefordert wird.

Abkommen der Mitgliedstaaten

Die Befugnis von Einzelstaaten zum Abschluß von internationalen Verträgen wird sehr unterschiedlich geregelt. In den Vereinigten Staaten hat nur einmal ein einzelner Staat einen international wirksamen Vertrag abgeschlossen. Die Schweizer Verfassung behält den Vertragschluß für einen Teil der möglichen Vertragsgegenstände ausschließlich dem Bunde vor und erlaubt im übrigen den Vertragschluß durch die Kantone mit der Zustimmung des Bundes. Die Kantone dürfen in diesem Rahmen vor allem Verträge über die öffentliche Energiewirtschaft, den Grenzverkehr und Polizeifragen abschließen. Das Schweizer Verfahren für den Abschluß von Verträgen durch die Kantone ist umständlich. Dennoch sind viele solcher Verträge, vor allem mit Nachbarstaaten, abgeschlossen worden. In Deutschland konnten die Einzelstaaten nach der Verfassung von 1871 weitgehend selbstständig internationale Verträge abschließen. Die Weimarer Verfassung ebenso wie das Grundgesetz der westdeutschen Bundesrepublik begrenzen das Recht der Mitgliedstaaten zum internationalen Vertragschluß auf die zu ihrer sonstigen Zuständigkeit gehörenden Gegenstände; der Bund muß jedem Vertragschluß zustimmen.

Im allgemeinen scheinen die Mitgliedstaaten in Bundesstaaten von einem Recht zum Abschluß internationaler Verträge praktisch kaum Gebrauch zu machen. Soweit sie es getan haben, ist eine zum Abschluß erforderliche Zustimmung des Bundes durchweg erteilt worden. In einer Bundesverfassung sollte dem Bund die Möglichkeit gegeben werden, den Abschluß derjenigen Verträge durch die Mitgliedstaaten zu verhindern, mit denen diese ihre Zuständigkeit zum Vertragschluß überschreiten würden. Entscheidend ist, daß der Bund eingreifen kann, bevor die Mitgliedstaaten einen unzulässigen Vertrag zum Abschluß bringen. Ist ein Vertrag erst zum Abschluß gekommen, so würde seine Nichterfüllung Schadensersatzverpflichtungen zur Folge haben können.

Der Bund sollte außerdem die Möglichkeit haben, politische Einwendungen gegen einen von einem Mitgliedstaat beabsichtigten Vertragschluß zu erheben. Man kann etwa an die Schweizer Verfassung denken, die der Bundesexekutive die Möglichkeit gibt, gegen einen kantonalen Vertragsabschluß Einspruch einzulegen, wenn sich dieser mit der Außenpolitik der Eidgenossenschaft nicht verträgt. In diesen Fällen kann der betroffene Kanton die Entscheidung des Bundesgesetzgebers anrufen.

Das Verhältnis internationaler Verträge zum Bundes- und Landesrecht

Ein einmal gültig abgeschlossener Vertrag ist in seiner internationalen Verbindlichkeit von den inne-

ren Akten in einem Staate unabhängig. Im Inneren stehen in den Vereinigten Staaten internationale Verträge im gleichen Range wie Gesetze. Jeder spätere Vertrag ändert also frühere Gesetze ab; umgekehrt ändert jedes spätere Gesetz die Wirkung eines früheren Vertrages im Inneren der Vereinigten Staaten ab. Im letzteren Fall können Schadenersatzpflichten nach außen entstehen. Um solchen Schwierigkeiten vorzubeugen, bestimmt die französische Verfassung, daß die internationalen Verträge nationalem Recht vorgehen. Sie können durch nationales Gesetz erst dann ihrer Wirkung innerhalb Frankreichs beraubt werden, wenn sie nach außen ordnungsmäßig gekündigt worden sind.

In einigen Staaten, beispielsweise in den Vereinigten Staaten, in Argentinien und Mexiko, sind die internationalen Verträge oberstes Gesetz des Landes. Sie gehen also dem Recht, einschließlich dem Verfassungsrecht, der Mitgliedstaaten vor. Inwieweit dies auch für Verwaltungsabkommen gilt, ist in den Vereinigten Staaten nicht unzweifelhaft. Immerhin ist in der Rechtsprechung entschieden worden, daß bei-

spielsweise einem Verwaltungsabkommen zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit Bezug auf die sowjetrussischen Verstaatlichungsmaßnahmen der Vorrang vor der Politik des Staates New York einzuräumen ist, die den Sowjetmaßnahmen eine Wirkung auf in New York belegene Rechte aberkannte. Das Gericht beugte sich dem Verwaltungsabkommen und erkannte den Enteignungsmaßnahmen Wirkung auf die in New York belegenen Rechte zu.

Bei der Neugründung eines Bundesstaates sollte man die zwischen den Mitgliedstaaten und fremden Mächten bestehenden Verträge zunächst in Kraft lassen. Die Mitgliedstaaten müßten aber verpflichtet werden, diese Verträge so bald wie möglich zu kündigen, soweit die Vertragsgegenstände nunmehr zur Zuständigkeit des Bundes gehören. Im übrigen werden beim Abschluß von Verträgen zwischen Bund und fremden Staaten die von den Mitgliedstaaten des Bundes in derselben Frage mit demselben Vertragspartner früher abgeschlossenen Verträge außer Kraft gesetzt werden müssen.

6. Wirtschaft, Transportwesen und Zölle

Einleitung

Beim Studium dieses Berichtes muß man beachten, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen einer Verfassung in unmittelbaren wechselseitigen Beziehungen zu zahlreichen anderen Verfassungsbestimmungen stehen. Die Einteilung der hier erstatteten Berichte in wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Fragen ist einigermaßen willkürlich. Alle Regierungsfunktionen haben einen wirtschaftlichen Aspekt. Darauf kann hier jedoch nicht immer eingegangen werden.

Verfassungsbestimmungen gegen eine wirtschaftliche Isolierung der Mitgliedstaaten

Zölle und Handelsschranken innerhalb des Bundes

Der Wunsch nach einer Beseitigung der Zölle und sonstiger Handelsschranken war bei allen in diese Betrachtung einbezogenen Bundesstaaten (Australien, Deutschland, Kanada, Schweiz und Vereinigte Staaten) ein wesentlicher Beweggrund für den Zusammenschluß zu einem Bund und die Ausgestaltung der Bundesverfassung.

Die gegen Zölle und sonstige Handelsschranken innerhalb des Bundes gerichteten Verfassungsbestimmungen lauten unterschiedlich. Ein ausdrückliches Verbot von Binnenzöllen findet man in Kanada und in den Vereinigten Staaten; die australische Verfassung bestimmt, daß der innerstaatliche Handel frei sein muß. In der Schweiz und in der westdeutschen Bundesrepublik hat man die Befugnis zur Zoll-erhebung ausschließlich dem Bund gegeben und so die

Erhebung von Binnenzöllen durch die Einzelstaaten ausgeschlossen. Schwierigkeiten bestehen, weil die Einzelstaaten immer wieder Mittel finden, um dem Verbot von Binnenzöllen indirekt zuwiderzuhandeln, insbesondere durch verschiedene Arten der Steuererhebung. Amerikanische, australische und kanadische Gerichte mußten sich oft mit Fällen befassen, in denen Einzelstaaten den Binnenhandel ungebührlich einschränkten. Als Britisch-Kolumbien eine Steuer auf Oel erhob, um seiner Kolonie einen Wettbewerbsvorsprung zu verschaffen, hielt die Royal Commission dies für unzulässig. Sie führte aus, ein derartiger Protektionismus führe zu einer unnatürlichen Lokalisierung von Industrien, zu einem Verstoß gegen die freie Wettbewerbswirtschaft, zu finanziellen Lasten zum Zweck der Unterhaltung unrentabler Unternehmen und zu anderen Nachteilen. Als ein australischer Staat den ersten Verkauf gewisser eingeführter Erzeugnisse besteuerte, hob im Jahre 1925 das australische Obergericht das Steuergesetz mit der Begründung auf, daß es den Handel innerhalb Australiens beeinträchtige; das verstoße gegen die Verfassung. Da in den Vereinigten Staaten in einzelnen Staaten die Besteuerung der Ein- und Ausfuhr verboten ist, mußten amerikanische Gerichte häufig die Frage entscheiden, wie lange die von einem in einen anderen Staat eingeführten Güter den Charakter als Einfuhr-güter behielten und dementsprechend nicht besteuert werden durften.

Mit dieser Rechtsprechung sind gewisse Nachteile verbunden, weil die Gerichte verfassungswidrige

Maßnahmen nur aufheben, nicht aber beispielsweise eine gerechte Verteilung des Steueraufkommens auf die Mitgliedstaaten eines Bundes herbeiführen können. Hier muß deshalb die Bundesgesetzgebung auf Grund eingehender wirtschaftlicher Untersuchungen einsetzen. Die Unterscheidung zwischen unzulässigen protektionistischen und normalen Steuermaßnahmen ist allerdings schwierig, und es ist keiner Verfassung gelungen, diese Unterscheidung klar zu vollziehen. Man wird mit Rücksicht auf die für den Verfassungs- und den Gesetzgeber bestehenden Schwierigkeiten am besten eine besondere Behörde vorsehen, die von Fall zu Fall darüber entscheidet, welche einzelstaatlichen Steuern erlaubt oder als protektionistisch zu verwerfen sind.

Kontingente

Keine der untersuchten Verfassungen enthält Bestimmungen über die Zulässigkeit einer Kontingentierung des Handels innerhalb des Bundes durch die Mitgliedstaaten. In den wenigen Fällen, in denen derartige Maßnahmen einzelner Staaten vor die Gerichte kamen, haben diese unterschiedlich entschieden und die von einzelnen Staaten angeordneten Ein- und Ausfuhrbeschränkungen teilweise zugelassen und teilweise verworfen.

Versteckter Protektionismus

Vielfach verstecken sich protektionistische Maßnahmen unter dem Gewande anderer, etwa polizeilicher, gesundheitspolizeilicher Maßnahmen oder etwa einer Festsetzung von Höchst- oder Mindestpreisen. Werden derartige Maßnahmen getroffen, um den freien Handel einzuschränken, so sind sie unzulässig. Vielfach stehen aber echte polizeiliche oder andere Anliegen dem Grundsatz des freien Handels gegenüber. In solchen Fällen kann an sich nur der Gesetzgeber entscheiden. Die kanadische Royal Commission hat im Jahre 1940 vorgeschlagen, Streitfälle einem aus Juristen und Wirtschaftsfachleuten gleichmäßig besetzten Tribunal zu unterbreiten.

Andere Wirtschaftsmaßnahmen

Es soll hier nur noch auf die Währungsfragen hingewiesen werden. Es gibt keine nennenswerten Beispiele für das Nebeneinanderbestehen mehrerer Währungen in einem Bundesstaat. Ein solcher Zustand wäre auch kaum erträglich. In den Vereinigten Staaten haben einmal einzelne Banken auf Grund einzelstaatlicher Privilegien Banknoten ausgegeben, die als Geld umliefen. Der Bund hat diese Banknoten mit einer hohen Steuer belegt. Daraufhin kamen sie außer Verkehr. Das Oberste Bundesgericht hat diese Maßnahme des Bundes nicht beanstandet.

Befugnisse des Bundes auf wirtschaftlichem Gebiet

Konkurrierende und ausschließliche Befugnisse

Jede ins einzelne gehende Regelung, welche ausschließliche Zuständigkeiten zwischen Bund und Län-

dern verteilt, führt zu häufigen Auslegungstreitigkeiten, da zahlreiche Gesetze zu verschiedenen Gebieten gerechnet werden können. Regelt eine Verfassung die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern in dieser Weise, so muß man mit einer häufigen Beanstandung von Gesetzen rechnen. Sehr viel besser geeignet scheint die im deutschen Grundgesetz enthaltene und ähnlich die in der amerikanischen Praxis entwickelte Lösung zu sein, die auf wirtschaftlichem Gebiete eine breite konkurrierende Zuständigkeit von Bund und Ländern vorsieht. Besteht in einem Bundesstaat eine weite Möglichkeit konkurrierender Gesetzgebung von Bund und Ländern mit der Möglichkeit einer Option zugunsten des Bundes, so dürften die Schwierigkeiten, die mit einer Verteilung der Zuständigkeiten verbunden sind, verhältnismäßig am geringsten sein.

Auch die ausführlichste Regelung der Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern läßt Lücken offen. Außer Kanada erklären alle hier untersuchten Bundesstaaten in den nicht geregelten Fällen die Mitgliedstaaten und nicht den Bund für zuständig. Vergleicht man aber die amerikanische und die kanadische Praxis, so läßt sich feststellen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet sogar größere Befugnisse ausübt als die kanadische Regierung.

Keine Verfassung hat dem Bund die Zuständigkeit für das gesamte Wirtschaftsleben übertragen. In den Vereinigten Staaten und in Australien ist er für den zwischenstaatlichen Handel zuständig; die kanadische Verfassung hat die Zuständigkeiten zwischen Bund und Provinzen im einzelnen aufgeteilt. Das deutsche Grundgesetz geht wiederum anders vor: es begründet auf wirtschaftlichem Gebiet eine weite konkurrierende Zuständigkeit von Bund und Ländern und ergänzt diese Regelung durch die Bestimmung, daß dem Bund das Gesetzgebungsrecht nur zusteht, soweit aus bestimmten Gründen ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht (Artikel 72 Grundgesetz). Keine dieser verschiedenen Lösungen hat schwierige verfassungsrechtliche Probleme erspart.

Eingriff des Bundes gegen örtliche Maßnahmen, die den zwischenstaatlichen Handel beeinflussen

In den Vereinigten Staaten hat sich eine Rechtsprechung entwickelt, die einen Eingriff in innerstaatliche wirtschaftliche Verhältnisse dann zuläßt, wenn diese Verhältnisse wesentliche Rückwirkungen auf den zwischenstaatlichen Handel haben. Man kann nämlich nicht von Bundes wegen den zwischenstaatlichen Handel ordnen, ohne in einzelnen Fällen auch in innerstaatliche Verhältnisse einzugreifen.

Befugnisse der Gemeinschaft

auf verschiedenen wirtschaftlichen Gebieten

Auf dem Gebiet von Transport und Verkehr haben alle untersuchten Bundesstaaten weite Befugnisse,

mögen diese auf ausdrücklichen Verfassungsbestimmungen oder einer weiten Auslegung allgemeiner Verfassungsklauseln beruhen.

In den meisten Bundesstaaten hat der Bund versucht, auf die Arbeitsbedingungen Einfluß zu nehmen, weil die Arbeitsbedingungen zugleich die Wettbewerbsbedingungen beeinflussen. In den Vereinigten Staaten haben die Gerichte zunächst alle derartigen Versuche des Bundes zurückgewiesen, bis mit einer berühmten Entscheidung zum National Labor Relations Act im Jahre 1937 die Rechtsprechung umschwenkte und nunmehr dem Bund „zum Schutz des zwischenstaatlichen Handels“ Befugnisse über die Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten gab. In Kanada waren die Gerichte bis heute weit zurückhaltender. In Australien übt der Bundesgesetzgeber auf Grund einer besonderen Verfassungsbestimmung weite Befugnisse über das Arbeitswesen aus. Dagegen sind die Versuche des australischen Bundesgesetzgebers, seine Befugnisse auf weite wirtschaftliche Gebiete auszudehnen, ohne Erfolg geblieben. Es wurde ihm nicht erlaubt, den Markt der Grundstoffe zu organisieren oder aber Preise festzusetzen.

In der Schweiz stellen sich nicht dieselben Probleme, da der Bund auf wirtschaftlichem Gebiet größere Befugnisse hat und da seine Maßnahmen einer gerichtlichen Nachprüfung nicht unterliegen. Das Grundgesetz scheint der westdeutschen Bundesrepublik ausreichende Befugnisse auf wirtschaftlichem Gebiete zu geben.

Die zahlreichen, wenn auch nicht überall geglück-

ten Bemühungen in den Vereinigten Staaten, in Australien und Kanada zeigen, wie entsprechend der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration in einem Bundesstaat das Streben überall dahin geht, den Einfluß des Bundes auf die Arbeitsbedingungen und ebenso auf die Produktion innerhalb der Mitgliedstaaten auszudehnen. Die Erfahrung aller Bundesstaaten lehrt, daß auf dem Gebiete des Geld-, Währungs- und Bankwesens der Bund in vollem Umfang zuständig sein muß.

Notstandsbefugnisse

Von der Aufnahme besonderer Verfassungsbestimmungen über wirtschaftliche Befugnisse des Bundes bei einem Notstand sollte man absehen. Derartige Bestimmungen verleiten zur Ausnutzung der darin begründeten Befugnisse. Vielmehr sollte die Verfassung dem Bund allgemeine wirtschaftliche Befugnisse geben, die auch für einen Notstand ausreichen.

Folgerung

Man sollte nicht versuchen, die Schwierigkeiten, die sich bei der Abgrenzung von Befugnissen des Bundes und der Einzelstaaten ergeben, dadurch zu beseitigen, daß man schlechthin alle Befugnisse dem Bund zuerkennt. Das hieße, die mit dem Föderalismus verknüpften Nachteile dadurch zu beseitigen, daß man den Föderalismus abschafft. Als ideale Formel für eine Bundesverfassung dürfte diejenige anzusehen sein, die dem Bunde die Befugnisse zuteilt, deren Ausübung im Interesse der Allgemeinheit erforderlich ist.

7. Finanzwesen

Allgemeine Probleme

Da ein europäischer Bund vor allem eine Verteidigungsgemeinschaft sein wird und da nach den Erfahrungen aller Staaten die Kosten für eine Verteidigungsvorbereitung außerordentlich groß sind, wird der europäische Bund wenigstens die Hälfte des Steueraufkommens seiner Mitgliedstaaten für sich in Anspruch nehmen müssen.

In den meisten Bundesstaaten sind die Steuern auf Bund und Länder verteilt. Die Art der Aufteilung ist in allen diesen Bundesstaaten unterschiedlich geregelt.

Jeder Bundesstaat fordert für sich das Recht, seine Steuern selbst zu erheben. Bedenken gegen eine umfassende Bundesfinanzverwaltung bestehen, wo jeder Einzelstaat eine Finanzverwaltung entwickelt hat, deren sich der Bund bedienen könnte. Die Schweiz und Deutschland haben gute Erfahrungen mit einem solchen System gemacht. Allerdings muß der Bund, wo er sich der Länderverwaltungen bedient, weitgehende Rechte zur Kontrolle besitzen.

Die Bundeskontrolle über die Finanzverwaltung der Länder steht im Zusammenhang mit dem Grundsatz, daß alle Bürger gleich besteuert werden müssen. Würde in einem Einzelstaat die Finanzverwaltung sehr straff, in einem anderen Staat dagegen — etwa um Industrieunternehmen anzulocken — sehr nachlässig gehandhabt, so würde das bei einer Uebertragung der Finanzverwaltung auf die Einzelstaaten zu unterschiedlicher Besteuerung der Bürger führen. Hier muß der Bund ausgleichend eingreifen können.

Erfahrungen mit Bundesstaaten, in denen es mehrere Währungen gibt, liegen nicht vor. Vielleicht müßte die Verfassung sich in solchen Bundesstaaten mit der Bestimmung begnügen, daß die Einzelstaaten die Konvertierung der in den Händen des Bundes befindlichen Geldmittel nicht behindern dürfen.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage der Rechnungsprüfung. Ihre Lösung hängt unter anderem davon ab, ob man eine abhängige oder unabhängige

Exekutive bildet. Im letzteren Fall wird man Prüfer einsetzen, die unter einer strikten gesetzlichen Weisung arbeiten. Eng hiermit hängt die Frage des Budgets zusammen. Die heute vorhandenen Erfahrungen lassen es als zweckmäßig erscheinen, die Verantwortung für den Haushalt und insbesondere für die Ausgaben (beim Bundesfinanzminister) zu konzentrieren und nur ein einziges Budget aufzustellen. Das müßte in der Verfassung festgelegt werden.

Sind die Einzelstaaten von Bundeszuschüssen abhängig, so hat damit der Bund eine große Gewalt über sie. Mit dieser Tatsache muß sich eine Bundesverfassung auseinandersetzen.

Die Steuerpolitik hat heute einen wesentlichen Einfluß auf die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse, und sie wird häufig geradezu als Mittel zur Beeinflussung des Wirtschaftsablaufes verwendet. Eine moderne Verfassung muß auch Vorsorge treffen, daß der Bund allen wirtschaftlichen Rückwirkungen seiner Steuerpolitik gerecht werden kann. Eine zu strenge Aufteilung der Steuerhoheit auf Bund und Mitgliedstaaten könnte hierfür hinderlich sein.

Der Außenhandel gehört in allen Bundesstaaten zur Zuständigkeit des Bundes. Dem entspricht es, daß der Bund auch die Zollhoheit hat. Im Gegensatz zu früheren Zeiten bilden die Zölle heute nicht mehr eine Haupteinnahmequelle des Bundes. Das macht es möglich, die Zollhoheit nur schrittweise auf den Bund zu übertragen.

Das Finanzwesen der bestehenden Bundesstaaten *Ausschließliche oder konkurrierende Zuständigkeit*

In einem Bundesstaat muß die Steuerhoheit auf Bund und Länder verteilt sein. Das ist in allen bestehenden Bundesstaaten der Fall. Das einzige Beispiel, in dem der Bund völlig von den finanziellen Beiträgen der Mitgliedstaaten abhängig war, die amerikanische Konföderation, hat zu einem vollen Mißerfolg geführt. Dagegen gibt es zahlreiche Fälle, in denen der Bund ein entscheidendes Uebergewicht über die Einzelstaaten hat.

Die Bestimmungen über das Finanzwesen sind in der amerikanischen Verfassung sehr kurz. Ursprünglich unterschied diese Verfassung zwischen Zöllen und sonstigen Steuern. Zölle durfte nur der Bund erheben. Ebenso unterschied die Verfassung zwischen direkten und indirekten Steuern. Die direkten Steuern mußten auf die verschiedenen Mitgliedstaaten im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl aufgeteilt werden. Die letztere Unterscheidung findet man in Verfassungen heute kaum mehr. In den Vereinigten Staaten ist sie durch das 16. Amendment weitgehend aufgegeben worden, das dem Bund in vollem Umfang die Einkommensteuer zusprach und ihn von der

Verpflichtung zu einer gleichmäßigen Verteilung auf die Einzelstaaten befreite. Die Unterscheidung zwischen Zöllen und sonstigen Steuern findet man dagegen in fast allen Bundesstaaten.

Bund und Einzelstaaten dürfen sich — von Ausnahmen abgesehen — in den Vereinigten Staaten nicht gegenseitig besteuern. In den Vereinigten Staaten ist die Erhebung der Vermögensteuer eingeschränkt und dem Bund untersagt; Steuern, die zu einer Diskriminierung hinsichtlich des Außenhandels oder des zwischenstaatlichen Handels innerhalb der Vereinigten Staaten führen, sind nicht zulässig. Im übrigen sind der Erfindung und Erhebung von Steuern keine verfassungsmäßigen Grenzen gesetzt.

Auch die übrigen Verfassungen behalten die Zollhoheit dem Bund vor. Die australische und kanadische Verfassung erkennen die gegenseitige Steuerimmunität von Bund und Einzelstaaten in gewissem Umfang an. Eine diskriminierende Besteuerung ist nach der australischen und der Weimarer Verfassung sowie nach dem Bonner Grundgesetz nicht statthaft.

Am wenigsten sind die übrigen Bundesverfassungen der amerikanischen Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern gefolgt. Vielmehr geben sie dem Bund entweder ein sehr weites Besteuerungsrecht, oder aber sie spezifizieren bis ins einzelne die Steuerarten, die dem Bund beziehungsweise den Mitgliedstaaten zugeteilt werden. Am vollkommensten hat heute die Schweiz eine derartige Aufteilung zwischen Bund und Kantonen durchgeführt. Die differenzierteste Regelung aber enthält unter allen Verfassungen das Bonner Grundgesetz. Im Gegensatz zu der starren Aufteilung der Steuern in der Schweiz sieht es ein beträchtliches Feld konkurrierender Steuerhoheit von Bund und Ländern vor. Damit ermöglicht es geschmeidige Lösungen. Ein Teil der Steuern fließt nach dem Grundgesetz dem Bund zu. Die übrigen Steuern stehen den Ländern zu, doch darf der Bund einen Teil, beispielsweise der Einkommen- und der Körperschaftsteuern, für sich in Anspruch nehmen. Ein Teil der dem Bund zufließenden Steuern wird durch den Bund selbst verwaltet.

Zusammenfassend und ergänzend läßt sich feststellen: In den Vereinigten Staaten und in Kanada hat man versucht, dem Bund und den Einzelstaaten jeweils bestimmte Steuerquellen vorzubehalten. In der Schweiz hat man mit besonderer Genauigkeit eine derartige Aufteilung ohne Ueberlagerung entwickelt. In der Bundesrepublik besteht ein großes Gebiet konkurrierender Zuständigkeit von Bund und Ländern. In Oesterreich, in Australien und nach der Weimarer Verfassung ist das Uebergewicht des Bundes auf steuerlichem Gebiet so groß, daß eine Aufteilung der Steuern nicht in Betracht kommt.

Steuerliche Oberhoheit

In Australien, nach der deutschen Reichsverfassung von 1871 und nach der Weimarer Verfassung ist die Hoheit des Bundes auf steuerlichem Gebiet vollständig. Die australische Verfassung überträgt ausdrücklich die Steuerhoheit dem Bund und kennt nur die bereits erwähnten Einschränkungen. Die Regelung der Weimarer Verfassung kam der eines Einheitsstaates sehr nahe. Ursächlich hierfür war, daß das Deutsche Reich besonders hohe Lasten als Kriegsfolge zu tragen hatte. Die Folge dieser Regelung war eine Abhängigkeit der Länder vom Reich. Ähnlich lagen die Dinge zwischen den beiden Weltkriegen in Oesterreich.

Die Einkommensteuer

Heute ist die Einkommensteuer die entscheidende Steuerquelle des Bundes; in allen Bundesstaaten ist der Bund wesentlich an dieser Steuer beteiligt. In der Schweiz stützt sich die Inanspruchnahme der Einkommensteuer durch den Bund noch auf eine Notgesetzgebung des letzten Krieges.

Zuschüsse des Bundes an die Einzelstaaten

Zuweisungen des Bundes an die Einzelstaaten erfolgen in der Schweiz überhaupt nicht. In den Vereinigten Staaten sind sie sehr gering. In der Nachkriegszeit überschritten sie nicht 10 vH des Steuereinkommens der Einzelstaaten und 2,5 vH der Bundesausgaben. In Kanada sind die Zuschüsse des Bundes an die Provinzen größer. 15 vH der Ueberweisungen erfolgen auf Grund von Verfassungsbestimmungen, 5 vH als Subventionen im Rahmen jährlich erlassener Gesetze und 80 vH als Ersatz für die den Provinzen entzogenen Einnahmen an Einkommen- und Erbschaftsteuer. Hier liegt nicht eine Aufteilung von Steuern im engeren Sinne vor, sondern vielmehr ein für Kanada eigentümlicher Ersatz einer solchen Aufteilung auf einem Gebiet, auf dem die Steuerhoheit des Bundes sehr umstritten ist. Vorbildlich ist der Finanzausgleich zwischen den Ländern im Bonner Grundgesetz geregelt.

Die Ueberweisungen und der Finanzausgleich haben das Steuersystem in allen Bundesstaaten sehr kompliziert. Sie führen zum Eindringen des Bundes in die Steuerhoheit der Länder.

Haushalt

In den Vereinigten Staaten ergibt die Verfassung sehr wenig zur Frage des Bundeshaushaltes. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das „Haushaltsbüro“ geschaffen und wurden besondere Ausschüsse für Haushaltsfragen in den Kammern eingesetzt. Das Büro untersteht jetzt unmittelbar dem Präsidenten. Es überprüft alle Vorschläge der einzelnen Ministerien und muß nach dieser Prüfung in jedem Januar dem Kongreß den Haushalt für das kommende

Finanzjahr vorschlagen. Die Exekutive und das Büro haben keinen Einfluß auf eine Erhöhung der Ausgaben durch die Legislative. Sie haben nur die Möglichkeit, besondere Forderungen einzelner Zweige der Exekutive zurückzuweisen.

In den anderen Bundesstaaten obliegt die Aufstellung des Haushaltsplanes dem Bundesfinanzminister.

Die Steuergesetzgebung

Zur Frage der Steuergesetzgebung im Bund kann hier auf die Betrachtungen über die Bundesgesetzgebung verwiesen werden*. Als Ergebnis läßt sich feststellen: die älteren Verfassungen haben zu dieser Frage wenig ausgesagt. Die neueren Verfassungen sind bestrebt, auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung dem Unterhaus ein Uebergewicht zu geben und dementsprechend den Einfluß des Oberhauses auf die Steuergesetzgebung zurückzudrängen. Sie zielen weiter darauf ab, die Verbindung sachfremder Bestimmungen mit Steuer- und Haushaltsgesetzen zu unterbinden; außerdem neigen sie alle dazu, Ausgaben ohne Zustimmung der Regierung unmöglich zu machen, d. h. der Regierung einen entscheidenden Einfluß auf die Ausgabenpolitik einzuräumen.

Rechnungsprüfung

In den verschiedenen Bundesstaaten hat man verschiedenartige Prüfungsorgane geschaffen. In keinem Falle haben diese einen vollen Erfolg gehabt. Das liegt nicht so sehr an diesen Organen selbst als vielmehr an der Tatsache, daß die gesetzgebenden Körperschaften, an welche die Prüfungsberichte gerichtet werden, sich nicht hinreichend mit diesen Berichten befassen. Bezeichnenderweise gibt es in keinem Parlament einen besonderen Ausschuß zur Behandlung solcher Berichte.

Steuerverwaltung

In den Vereinigten Staaten gibt es eine fast völlig getrennte Steuerverwaltung von Bund und Staaten. Ähnlich ist es in Kanada. Die australische Verfassung erlaubt Bund und Staaten, sich gegenseitig ihrer Steuerverwaltung zu bedienen. Von dieser Erlaubnis wird von beiden Seiten viel Gebrauch gemacht. In den übrigen Bundesstaaten überläßt überwiegend der Bund die Steuerverwaltung den Ländern. Das gilt jedenfalls dort, wo die Steuern zwischen Bund und Einzelstaaten aufgeteilt sind.

Besondere Probleme

Uebergangsbestimmungen

Fast alle Bundesverfassungen, die dem Bund neue erhebliche Steuerquellen zusprechen, enthalten zugleich Uebergangsbestimmungen, die den Staaten die

*) Anmerkung des Übersetzers: Der Originalbericht enthält in dieser Frage ausführliche Darstellungen.

Anpassung an ihren Einnahmeverlust erleichtern sollen.

Doppelbesteuerung

Auch innerhalb von Bundesstaaten gibt es eine Doppelbesteuerung. Sie rührt einerseits daher, daß einzelne Steuerpflichtige der Steuerhoheit mehrerer Einzelstaaten unterliegen. Insoweit sind jedoch in den Bundesstaaten keine nennenswerten Probleme entstanden. Andererseits kann eine Doppelbesteuerung eintreten, wo Bundes- und Länderzuständigkeiten für die Steuererhebung konkurrieren. Dieser Fall hat vielfach Schwierigkeiten verursacht.

Haftung des Bundes für Schulden der Einzelstaaten

Die kanadische und die australische Verfassung enthalten hier die eingehendste Regelung. In Kanada übernahm das Dominion bei seiner Gründung die Schulden und die Guthaben der einzelnen Kolonien. Australien mußte die Schulden der Einzelstaaten so übernehmen, wie sie bestanden. Die australische Verfassung wurde später dahingehend geändert, daß Australien, im Gegensatz zu Kanada, auch später entstehende Schulden der Einzelstaaten übernehmen kann. Später wurde noch ein Artikel eingefügt, der eine Zusammenarbeit von Bund und Einzelstaaten auf dem Gebiet der Ausgabenpolitik erlaubt. Hieraus hat sich eine besonders fruchtbare Zusammenarbeit auf diesen Gebieten entwickelt.

Heutige Schwierigkeiten

Steuer- und Wirtschaftspolitik

Die Steuerpolitik übt — wie an anderer Stelle bemerkt — eine starke Wirkung auf die gesamte Wirtschaft aus. Eine progressiv steigende Einkommensteuer fördert den Konsum und vermindert den Umfang des Sparens. Indirekte oder Umsatzsteuern vermindern dagegen den Verbrauch sowie die Anregung auf die Preise, den eine hohe Nachfrage ausüben würde.

Dazu kommt die Frage der staatlichen Ausgaben- und Haushaltspolitik mit ihren zahlreichen Verästelungen. In Bundesstaaten ergeben sich für diese Politik ganz besondere Probleme. Es ist nämlich möglich, daß die Politik von Bund und Mitgliedstaaten in verschiedenen Fragen auseinandergeht.

Das kann zu Diskrepanzen führen, wenn die Steuerpolitik in anderen Händen als etwa die Wirtschafts- oder Sozialpolitik liegt.

Koordinierung der Steuerpolitik im Bunde

Nur die australische Verfassung enthält besondere Bestimmungen zur Abstimmung der Steuerpolitik innerhalb des Bundes.

Folgerungen

Jede Bundesverfassung muß die Steuerfragen regeln. Im allgemeinen werden Bund und Länder das Recht zur Steuererhebung, zur Aufnahme von Anleihen und zum Erwerb von Eigentum haben müssen. Bund und Einzelstaaten sollten auf steuerlichem Gebiet über eine gewisse Autonomie verfügen, damit nicht der eine vom anderen abhängig wird. Bei Neugründung eines Bundesstaates dürfte es sich empfehlen, dem Bund weite Befugnisse auf steuerlichem Gebiete zu geben.

Die Steuerverwaltung sollte man jedenfalls bei einem neuen Bundesstaate zunächst den Einzelstaaten überlassen. Jedoch kann man nicht gut einen Bund bilden, ohne ihm das Recht zu geben, seine Steuern selbst zu erheben. Von Anfang an wird er die Zölle selbst erheben können.

Die meisten Bundesstaaten haben bei ihrer Gründung die Schulden der Mitgliedstaaten übernommen. Das ist eine gesunde Lösung, da sie ja auch die Steuerquellen der Mitgliedstaaten übernehmen.

Die Zölle sind heute keine wesentliche Einnahmequelle mehr. Grundlage des Steueraufkommens ist dagegen heute die Einkommensteuer. Ein einheitliches System einer progressiven Besteuerung dürfte wohl der gesündeste Weg für eine gute Bundessteuerpolitik sein. Hier läßt sich am besten die Steuergerechtigkeit verwirklichen, auf die in einem neuen Bundesstaat besonderer Wert gelegt wird. Doch setzt das weiterhin eine stabile Währung und stabile Wechselkurse für etwa unterschiedliche Währungen in verschiedenen Mitgliedstaaten, auf die Dauer jedenfalls auch eine einheitliche Währung voraus.

Praktisch zeigt die Erfahrung, daß es für das Steuerwesen im Bund zahlreiche gangbare Wege gibt.

8. Währung, Bank- und Kreditwesen, Devisenverkehr

Einleitung

In den hier untersuchten Bundesstaaten — Australien, Bundesrepublik Deutschland, Kanada, Schweiz und Vereinigte Staaten — haben sich starke Befugnisse des Bundes über Währung, Bank- und Kreditwesen und den Devisenverkehr erst allmählich entwickelt. Bei ihrer Gründung hatten diese Bundesstaaten keine Schwierigkeiten mit bestehenden

starken Zentralbanken in den Einzelstaaten. Die wirtschaftliche Lage zwang sie nicht sofort, starke Befugnisse auf den genannten Gebieten für den Bund in Anspruch zu nehmen. Diese Befugnisse sind vielmehr erst das Ergebnis einer längeren Entwicklung gewesen, insbesondere die Folge davon, daß sich in den Bundesstaaten ein einheitlicher Markt herausbildete.

In der geplanten europäischen Gemeinschaft will man einen einheitlichen Markt herstellen. Diese Gemeinschaft muß aber mit stark verwurzelten Zentralbanksystemen in den Einzelstaaten rechnen. Hier liegen also die Dinge anders als bei den bisherigen Bundesstaaten. Insbesondere wird die gemeinsame Währungspolitik hier nicht die Folge eines einheitlichen Marktes, sondern vielmehr ein Mittel zur Herstellung eines solchen Marktes sein. Trotzdem werden die Erfahrungen der fünf untersuchten Bundesstaaten auch für eine europäische Gemeinschaft von einem gewissen Nutzen sein können.

Die Entwicklung bundesstaatlicher Befugnisse

In den bestehenden Bundesstaaten sind die Befugnisse über Währung und Geldwesen beim Bund zusammengefaßt. Mit Ausnahme der deutschen Bundesrepublik und der Vereinigten Staaten unterscheiden sich die mit der Währung befaßten Institutionen der Bundesstaaten nicht von den Einrichtungen in einem Einzelstaat. In Australien haben sich auf dem Gebiet des Geld- und Währungswesens keine besonderen föderalen Probleme ergeben. Nur das Abkommen zwischen Dominion und Einzelstaaten vom Jahre 1927 zur Konsolidierung der Staatsschulden könnte hier erwähnt werden. Auch in Kanada rief die Zentralisierung des Geld- und Währungswesens beim Dominion keine föderalen Probleme hervor.

In den Vereinigten Staaten bestimmt die Verfassung, daß dem Bund die Münzhoheit zusteht und daß er Geldnoten ausgeben kann, während diese Rechte den Einzelstaaten vorenthalten werden. Das Fehlen derartiger Bestimmungen für die amerikanische Konföderation war die Ursache für deren chaotische Währungsverhältnisse und dadurch auch ein Ansporn für die Bildung des Bundesstaates. Zum Bankwesen sagt die amerikanische Verfassung nichts. Nach den Vorschlägen von *Hamilton* wurde die Bank of the United States geschaffen. Die Entscheidung über ihre Verfassungsmäßigkeit war die erste Gelegenheit für das Oberste Bundesgericht zu einer weiten Auslegung der Verfassung in der Frage der dem Bund zustehenden Befugnisse. Die beiden ersten Nationalbanken waren im wesentlichen private Banken. Nachdem die zweite im Jahre 1836 zum Erliegen gekommen war, kam es zu einer wirklichen Bundesbank erst im Jahre 1913. Zwar bestand schon vor dieser Zeit eine einheitliche Währung; der Bund übte aber keine nennenswerte Kontrolle über das Bank- und Kreditwesen aus.

Bei der Bildung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 gab es im Reich sieben verschiedene Währungen. Auf Grund der Reichsverfassung wurde durch Reichsgesetz im Jahre 1871 eine einheitliche Reichswährung eingeführt. Das Reich übernahm die preussische Staatsbank als neue Reichsbank. Diese hatte vor allem den Geldumlauf im gesamten Reich zu

regeln und den Zahlungsverkehr zu erleichtern. Das Reich beteiligte sich kapitalmäßig nicht an der Bank, überwachte sie aber durch ein Kuratorium; der Reichskanzler führte den Vorsitz im Vorstand; dessen Mitglieder wurden auf Vorschlag des Bundesrates durch den Kaiser ernannt. Der Gewinn der Bank wurde zwischen dem Reich und den privaten Aktionären geteilt; die Länder erhielten davon nichts. Mit Ausnahme Preußens hatten die Länder keinen nennenswerten Einfluß auf die Reichsbank. Diese Regelung scheidet als Vorbild für einen europäischen Bund aus.

Allein in der Schweiz sind die Dinge in einem mehr föderalen Sinne verlaufen. Ursächlich dafür ist die Tatsache, daß bereits starke kantonale Banken bestanden, als die Eidgenossenschaft das Recht zum Erlaß von allgemeinen Vorschriften für die Ausgaben und den Ankauf von Banknoten erhielt. Gegen viele Widerstände kam es im Jahre 1881 zu einem Gesetz, das einheitliche Reserven für alle Schweizer Banken zur Pflicht machte und außerdem für jede Schweizer Bank die Verpflichtung zur Annahme aller von irgendeiner Schweizer Bank ausgegebenen Banknoten begründete. Das Gesetz befriedigte aber nicht. Deshalb kam es zu erneuten langwierigen Auseinandersetzungen, die schließlich im Jahre 1905 zur Gründung der Schweizer Nationalbank führten. Der damit verbundene Einnahmeverlust der Kantone wurde dadurch ausgeglichen, daß ihnen zwei Drittel des Gewinns der Bank zugesprochen wurden. Die Kantone wurden nach einem komplizierten Schlüssel an der Bank beteiligt. 25 von 40 Mitgliedern des Bankrates werden vom Bundesrat, die übrigen von den Aktionären gewählt. Die Regelung des Zahlungsverkehrs und die Erleichterung des Zahlungsverkehrs gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Bank. Das Schweizer System enthält einen Kompromiß zwischen dem Bedürfnis nach einem einheitlichen Geld- und Kreditwesen und dem föderalen Bestreben nach einer Beteiligung der Mitgliedstaaten auch an der Entscheidung über diese Fragen.

Gegenwärtige Bundesbanksysteme*

Auch in den föderalen Systemen wird nicht die Währungs- und Kreditpolitik, sondern nur deren Ausführung dezentralisiert. Die Autorität der regionalen Bundesbanken beruht ausschließlich auf einer Delegation durch den Bund.

Die wesentlichen Befugnisse, die in den Vereinigten Staaten dem Bund auf dem Gebiet des Geld- und Währungswesens zustehen, hat er dem Bundesbanksystem übertragen. Dieses System beruht auf einem Gesetz aus dem Jahre 1913. Man schuf zwölf selbständige regionale Bundesbanken, ausgehend

*) Auf eine Wiedergabe der in dem Bericht enthaltenen Schilderung des deutschen Zentralbanksystems wird hier verzichtet.

von den Besonderheiten regionaler Kreditbedürfnisse und Kreditpolitik. Mit der Zeit gewann das Interesse an einer Vereinheitlichung des Kreditsystems die Oberhand. Heute wird auch die Kreditpolitik zentral geleitet. Allerdings bestehen im amerikanischen System Möglichkeiten, bei dieser Politik die regionalen Interessen besonders zu berücksichtigen. Die Zentralisierung ist hier also weniger stark als in Einheitsstaaten. Dieses System hat seither befriedigend funktioniert. Es war vor allem darauf bedacht, wirtschaftlichen Schwankungen vorzubeugen, die sich als Folge von Schwankungen im Geld- und Kreditverkehr hätten ergeben können. Das Bundesbanksystem ist der Kreditgeber letzter Instanz. Es kann von den einzelnen Bundesbanken ein gegenseitiges Rediskontieren verlangen. Chronische und strukturelle Gleichgewichtsstörungen innerhalb des Bundes werden durch Maßnahmen der Bundesregierung, nicht durch die Bundesbanken bewältigt. Die Bundesbanken befassen sich nur mit zeitweiligen Gleichgewichtsstörungen und begegnen diesen dadurch, daß die territorial zuständigen Bundesbanken entsprechend ihrer Inanspruchnahme in höherem Maße an den gegen den Staat gerichteten Forderungen beteiligt werden. Das bedeutet nicht, daß auf diese Weise die Kreditpolitik der einzelnen Regionen einer laufenden Korrektur durch das Bundesbanksystem unterläge. Derartige Korrekturen erfolgen vielmehr durch die privaten Banken.

Die Bundesbanken sind in den Vereinigten Staaten von den Einzelstaaten völlig unabhängig.

Das Bundesbanksystem arbeitet mit folgenden Mitteln:

- a) Diskontpolitik (im Zusammenwirken zwischen den einzelnen Bundesbanken und dem Board of Governors des Bundesbanksystems);
- b) Geschäftsabschlüsse im freien Markt, die heute als wichtigstes Instrument der Kreditkontrolle gelten (durch einen besonderen Ausschuß, der nicht der Zustimmung aller Bundesbanken bedarf);
- c) Festsetzung von Mindestreserven für die dem System angehörenden Banken (durch den Board of Governors);
- d) besondere Kreditmaßnahmen in einzelnen Bereichen der Wirtschaft;
- e) sogenannte moralisch überzeugende Einwirkungen.

Eine Devisenkontrolle gibt es in den Vereinigten Staaten nicht.

Mindestbefugnisse eines Bundesstaats

Ursprünglich hatten die Bundesstaaten auf den hier erörterten Gebieten nur schwache Befugnisse. Heute sind ihre Befugnisse an Umfang und Bedeutung überall erheblich. Ein neuer europäischer

Bundesstaat müßte jedenfalls die folgenden vier Befugnisse haben:

1. das Recht zur Herstellung eines flüssigen Geldverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten;
2. das Recht, erforderlichenfalls einen entscheidenden Einfluß auf die Geldpolitik der Mitgliedstaaten auszuüben;
3. das Recht zur Entscheidung über die Verwendung von Devisen durch die Mitgliedstaaten;
4. das Recht zur Festsetzung der Währungsrelationen innerhalb des Bundes sowie zwischen Bund und dritten Staaten.

Zu 1: Die Währungen der Mitgliedstaaten können nur dann ohne Hemmnisse konvertierbar erhalten werden, wenn es eine Bundesinstitution gibt, die als Kreditgeber letzter Instanz den einzelnen Staaten die zu ihrer Liquidität erforderlichen Beträge in der benötigten Währung oder einer Verrechnungseinheit des Bundes leihen kann.

Zu 2: Konvertierbarkeit setzt übereinstimmende Geldpolitik der Mitgliedstaaten voraus. Die Bundesregierung muß letztlich zur Entscheidung über die Geldpolitik innerhalb der Einzelstaaten befugt sein. Die Kreditpolitik des Bundes allein kann hier einen genügenden Einfluß nicht ausüben. Als Mittel des Bundes würden in Betracht kommen: zwingende Vorschriften über Mindestreserven, Abschluß von Geschäften im freien Markt und Richtlinien für derartige Geschäftsabschlüsse durch die einzelstaatlichen Zentralbanken; direkte Verwaltungskontrolle über die Kreditpolitik der Mitgliedstaaten; schließlich eine Festsetzung von Rediskontsätzen.

Zu 3: Die Kontrolle des Bundes über die Verwendung der Devisen durch die Einzelstaaten ist für einen einheitlichen Markt unerlässlich. Würden die Einzelstaaten eine unterschiedliche Devisenpolitik treiben, so könnten die Bürger des mit Devisen sparsamen Staates ihren Einfuhrbedarf aus einem liberalen Mitgliedstaat decken und dadurch dessen Devisenvorräte erschöpfen. Der so beanspruchte Mitgliedstaat wäre gezwungen, im Bundesinnern seine Ausfuhr einzuschränken. Um solchen Schwierigkeiten begegnen zu können, müßte ein europäischer Bund die Devisenbewirtschaftung der Einzelstaaten kontrollieren und die einzelstaatlichen Zentralbanken zur Ablieferung ihrer Devisenbestände verpflichten sowie die abgelieferten Bestände nach seinem Ermessen auf die Mitgliedstaaten verteilen dürfen.

Zu 4: Auch das Recht zur Festsetzung der Währungsparitäten muß der Bund haben, wenn es den einzelnen Staaten nicht freistehen soll, sich im einheitlichen Markt mit einer Abwertung ihrer Währung Wettbewerbsvorsprünge zu verschaffen oder eine Arbeitslosigkeit zu exportieren.

Eine einheitliche Währung würde viele Vorzüge haben. Doch wäre sie auch mit Nachteilen verbunden, und für einen einheitlichen Markt ist sie zunächst nicht unerlässlich.

Würde man in einem europäischen Bund eine einheitliche Währung einführen, so würde damit eines der Mittel wegfallen, das dem Bund in der Wirtschaftspolitik wesentlichen Nutzen bringen kann: die Festsetzung von Währungsparitäten innerhalb des Bundes. Würde nämlich der Geld- und Kapitalmarkt innerhalb des Bundes in seinem Gleichgewicht gestört sein, so könnte der Bund durch eine bewegliche Festsetzung der Währungsparitäten diesen Störungen in gewissem Umfange abhelfen. Hat der Bund diese Möglichkeit nicht, so muß er mit anderen Mitteln, insbesondere mit Krediten, helfen. In einem europäischen Markt, in dem sich die Mitgliedstaaten in einer nicht ohne weiteres anpassungsfähigen Lage befinden, wird man zunächst mit erheblichen Gleichgewichtsstörungen rechnen müssen. Diesen Störungen kann der Bund im Wege der Kreditgewährung nicht abhelfen; damit wäre er überfordert. Hier könnte dagegen eine bewegliche Festsetzung von Währungsparitäten helfen.

Erst in einem späteren Stadium, nach Herstellung eines einheitlichen Marktes, wird eine einheitliche Währung wünschenswert sein. Man kann Uebergangsstadien einführen, so etwa ein Nebeneinander einer Bundeswährung und verschiedener staatlicher Währungen oder eine Verrechnungseinheit. Funktionieren erst die Uebergangslösungen, so ist der Schritt zur einheitlichen Währung nicht mehr schwer.

Folgerungen

Abschließend kann man sagen, daß alle untersuchten Bundesstaaten in ihrer Verfassung die Währungsfragen regeln, die einen eingehend, die anderen kürzer. Jede Verfassung läßt Raum für die Bundesgesetzgebung. Mit Hilfe der so erlaubten Gesetzgebung waren die Bundesstaaten in der Lage, einen einheitlichen Markt zu stärken und aufrechtzuerhalten. Da das für die europäische Gemeinschaft vorgeschlagene Statut die eventuelle Errichtung eines einheitlichen Marktes ins Auge faßt, werden Bestimmungen über die Rechte des Bundes auf dem Gebiet der Währung, des Geld- und Kreditwesens für den europäischen Bund von wesentlicher Bedeutung sein.

9. Landwirtschaft

In allen drei hier untersuchten Bundesstaaten (Australien, Kanada und Vereinigte Staaten) spielt die Erschließung neuen Landes eine besondere Rolle. Sie kennzeichnet weitgehend die Tätigkeit besonders der Bundesregierungen. Aus der Erfüllung dieser Aufgaben durch den Bund und ihrer Ueberschneidung mit anderen Maßnahmen der Landwirtschaftspolitik, die in den Händen der Einzelstaaten liegen, hat sich eine Reihe von Konflikten zwischen Bund und Einzelstaaten ergeben. Zwei Weltkriege und Wirtschaftskrisen haben jedoch zu einer Ueberwindung der Spannungen beigetragen. Sie bewirkten, daß den Bundesregierungen weitere Befugnisse zugewachsen sind.

Die Landwirtschaftspolitik kann heute nur noch im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftspolitik gesehen werden. Das gilt auch angesichts des Planes zur Bildung einer europäischen Agrarunion. Ein solcher Plan führt zur Sonderbehandlung der Landwirtschaft und würde deshalb heute ein Anachronismus sein; er würde einer Behandlung der Symptome gleichkommen, wo doch eine Behandlung an der Wurzel erforderlich wäre.

Die Politik der Vereinigten Staaten auf landwirtschaftlichem Gebiet begann mit der Unterstützung der Farmer als der selbständigen Landeigentümer, deren Freiheit zu schützen war. Immer mehr entwickelte sich dann die Landwirtschaftspolitik zu einer Politik der Förderung auch schwächerer Unterneh-

mer. Landwirtschaftliche Ausbildung und Kreditgewährung waren die ersten Förderungsmaßnahmen. Zu einer größeren Verwaltung kam es erstmalig, als Vorsorge getroffen werden mußte, um den europäischen Markt für den amerikanischen Export zu erhalten. Dann traf man Bestimmungen für die Kontrolle der Gesundheit des Schlachtviehs. Daran schloß sich die Entwicklung von Güteklassen an, die für den vom Wettbewerb beherrschten Markt, besonders den Weizenmarkt, wichtig war. Schließlich kam man zur Marktkontrolle und auf dem Gebiete der Viehwirtschaft zu einer durch Ersatzleistungen des Bundes ermöglichten Ausscheidung kranken Viehs. Von besonderer Bedeutung waren die Maßnahmen, die der Bund zur Stabilisierung der Preise und zur Erhöhung des Einkommens in der Landwirtschaft ergriff. Diese letzteren Maßnahmen wurden in den dreißiger Jahren in das allgemeine wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm eingebaut.

Im folgenden sollen die drei Bundesstaaten im einzelnen betrachtet werden.

Kanada

In Kanada ist die Beteiligung des Bundes an den landwirtschaftlichen Maßnahmen verhältnismäßig schwach. Ursächlich hierfür ist die Auslegung der Verfassung durch die Gerichte, die der Regierung des Dominions nur wenige Befugnisse zugestehen. Unter dem Druck der Kriege ist hier allerdings eine gewisse Wandlung eingetreten. Die Gerichte haben

Maßnahmen zur Stützung von Preisen sowie Subventionen zugunsten des landwirtschaftlichen Einkommens nicht mißbilligt. Andererseits haben sie auch während des Krieges die Möglichkeit zu Eingriffen auf dem Gebiete der Erzeugung sowie der Marktregelung weitgehend eingeschränkt.

Die Schwierigkeiten ergeben sich aus der Notwendigkeit, einerseits das Einkommen für die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung zu erhöhen, andererseits aber auf eine Verbesserung der Erzeugung und ihre Verlagerung zu den besten Erzeugungsstätten hinzuwirken. Diese Schwierigkeiten wurden in Kanada dadurch vergrößert, daß hier zwei verschiedene Bevölkerungsgruppen leben, deren Grenzen sich im wesentlichen mit den Grenzen der wirtschaftlich leistungsfähigen und -unfähigen Gebiete decken.

Die Regierung des Dominions hat vor allem Maßnahmen zur Preisstützung ergriffen, den Farmern Kredite verschafft sowie Versicherungen für die Landwirtschaft ermöglicht. Dazu kommt die Bekämpfung von Viehkrankheiten und des unlauteren Wettbewerbs. Die übrigen Aufgaben liegen in den Händen der Provinzen. Die Notzeiten der Kriege haben zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Dominion und den Provinzen geführt.

Die kanadische Verfassungsentwicklung hat dem Dominion zahlreiche Befugnisse auf landwirtschaftlichem Gebiete vorenthalten, die für eine erfolgreiche Landwirtschaftspolitik erforderlich wären.

Australien

Auch in Australien ist die Landwirtschaftspolitik noch überwiegend Sache der Einzelstaaten. In den Händen der Bundesregierung liegt der Außenhandel sowie die Durchsetzung von Gütebezeichnungen. Eine allgemeine Marktregelung konnte die australische Regierung bis jetzt nicht erlassen. Die dazu erforderliche Verfassungsänderung ist dreimal nicht zustande gekommen. Dagegen hat der Bund mehrfach durch Subventionen und Zollmaßnahmen zum Schutze der einheimischen Erzeugung eingegriffen. In Zusammenarbeit mit den Einzelstaaten hat er den Farmern zu einem Schuldnerschutz verholfen.

Ein Hemmnis für eine Betätigung der Einzelstaaten auf landwirtschaftlichem Gebiet ist vor allem Artikel 92 der australischen Verfassung, wonach der Handel zwischen den australischen Staaten völlig frei sein muß. Hierdurch werden die einzelnen Staaten an marktregelnden Maßnahmen gehindert, die zur Beeinträchtigung des freien Handels führen würden.

Das Hauptproblem für Australien besteht im richtigen Einsatz von Kapital und Arbeitskräften in der Landwirtschaft, wie er von der jeweiligen Außenhandelssituation des Landes gefordert wird. Seit sich Gewerkschaften gebildet haben, besteht eine ge-

wisse Neigung des Bundes zur Investition von Mitteln vorwiegend im industriellen Sektor. Die Einzelstaaten, in denen die Landwirtschaft entscheidendes Gewicht hat, sind deshalb bemüht, dem Bund den Einfluß auf die Landwirtschaft zu entziehen und diesen Einfluß allein den einzelstaatlichen Regierungen vorzubehalten.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten spielt für die Landwirtschaftspolitik die Frage der Einkommensverteilung eine besondere Rolle. Dazu kommt die Frage der Verteilung sowie der Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen. Die getroffenen Maßnahmen sind dreifacher Art: Einmal hat man die Landwirtschaft subventioniert und ihr gleichzeitig Auflagen gemacht. Dazu kommen Anbauvorschriften des Bundes und der Staaten. Schließlich gibt es eine unmittelbare Landwirtschaftsverwaltung durch Bund und Einzelstaaten.

Grenzen für die Betätigung des Bundes auf landwirtschaftlichem Gebiet ergeben sich vor allem aus der „due process“-Klausel der Verfassung — diese allerdings wiederum eingeschränkt durch die Befugnis des Bundes, die polizeilich erforderlichen Maßnahmen zu treffen — und zum anderen aus der Verfassungsbestimmung, daß Steuermittel nur zum Wohle der Allgemeinheit verwendet werden dürfen.

Nachdem das Oberste Bundesgericht im Jahre 1936 den Agricultural Adjustment Act wegen einer Ueberschreitung dieser Grenzen für verfassungswidrig erklärt hatte, konnte später die Bundesregierung eine ganze Reihe von Gesetzen unter Berufung auf andere Bestimmungen der Verfassung durchsetzen und sich einen weitreichenden Einfluß auf die Landwirtschaft sichern. Sie war schließlich in der Lage, marktregelnde Maßnahmen zu ergreifen und Produktionsquoten für die landwirtschaftlichen Erzeuger festzusetzen. Auch andere in der Verfassung begründete Grenzen der Regierungsgewalt erwiesen sich als überwindbare Hindernisse. Die Einzelstaaten dürfen nach der Verfassung den zwischenstaatlichen Handel in den Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigen. Das macht es ihnen unmöglich, den Milchpreis für die Märkte festzusetzen, die aus mehreren Staaten beliefert werden. Man behalf sich in der Weise, daß die Erzeuger zu einer Preisregelung im Wege freiwilliger Vereinbarungen ermächtigt wurden. Von dieser Ermächtigung machten sie Gebrauch. So kam es zu einer, übrigens den jeweiligen Gegebenheiten stets angepaßten Marktregelung für Milch, welche die Staaten selbst nicht treffen durften.

Einen besonderen Platz unter den Maßnahmen des Bundes nehmen die verschiedenen Programme zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Preise und zur Subventionierung der landwirtschaftlichen

Erzeugung ein. Die weitreichende Verteilung der Hilfe an Farmer und die Tatsache, daß örtliche Verwaltungen in Form von Ausschüssen starken Anteil an der Durchführung der Programme hatten, hat einzelnen Programmen eine starke Anhängerschaft im Lande verschafft. Problematisch ist dabei, daß sich diese Anhängerschaft ausschließlich aus interessierten Erzeugern zusammensetzt und daß infolgedessen die Landwirtschaftspolitik weitgehend unter den Einfluß der Erzeugerinteressen geriet. Das hat dazu geführt, daß viele für die Allgemeinheit bestimmte Gelder ausschließlich der Landwirtschaft zugute kamen. Die Stützungsaktionen haben zum Teil in ungerechtfertigter Weise landwirtschaftliche Erzeuger dem Wettbewerb entzogen und geschützt und dadurch den Antrieb zur Verbesserung der Erzeugung beseitigt. Hier ist ein gewisser Wandel eingetreten, seitdem sich der Kongreß mit der Landwirtschaftspolitik im Rahmen der allgemeinen Politik befaßt und damit andere als einseitige Erzeugerinteressen zur Geltung bringt.

In einzelnen Fällen können Schwierigkeiten entstehen, wenn die Einzelstaaten die nötigen Durchführungsgesetze zu den Programmen des Bundes nicht erlassen. So geschah es einmal auf Betreiben von Farmerkreisen in Colorado. Bemerkenswert ist, daß der Federal Soil Conservation Service, um dessen Programm es ging, von der Möglichkeit, dem Staate Colorado Zuschüsse zu sperren, keinen Gebrauch machte. Man scheute eine Maßnahme, die wie eine Zwangsmaßnahme gegenüber einem „souveränen“ Staat ausgesehen hätte.

In den Vereinigten Staaten wirken Einzelstaaten auch auf landwirtschaftlichem Gebiet vielfach als eine „Versuchsstation“ des Bundes.

In den Staaten, in denen der Einfluß der Farmer besonders groß ist, bestehen Bestrebungen, die dem

Bunde seine Befugnisse auf landwirtschaftlichem Gebiet entziehen und ein Maximum an Befugnissen bei den Einzelstaaten zusammenfassen wollen. Mit Erfolg haben sich diese Bestrebungen vor allem gegen die Existenz unterer Landwirtschaftsbehörden des Bundes gewandt.

Als beste Methode für die Lösung von Konflikten zwischen Bund und Einzelstaaten oder lokalen Interessengruppen dürfte es sich empfehlen, nicht eine Verfassungsänderung ins Auge zu fassen, sondern vielmehr die Entwicklung besonderer Verwaltungen zu fördern, eine besondere Erfindungsgabe zu entwickeln und eine stetige Politik zu betreiben, die der Allgemeinheit von Nutzen ist.

Folgerungen

Jede Verallgemeinerung auf Grund der Erfahrungen der hier untersuchten Bundesstaaten ist gefährlich. Die besonderen Probleme dieser Staaten können nämlich ihre Ursache in den besonderen natürlichen Gegebenheiten dieser Staaten haben und brauchen nicht eine Folge ihrer föderalen Struktur zu sein.

Als entscheidendes Argument zugunsten des Föderalismus auf landwirtschaftlichem Gebiet ergibt sich ein pragmatisches Argument: In allen drei Bundesstaaten ist das bundesstaatliche System erhalten geblieben. Es hat die Entwicklung des Wohlstandes nicht verhindert. Vielleicht ist es auch beweglicher gewesen, als jedes andere System es hätte sein können. Zur Zeit besteht keine Bewegung in einem der drei Bundesstaaten, die auf eine Abänderung der bestehenden Verhältnisse drängen würde. Die Systeme lassen in sich genügend Spielraum für eine Entwicklung; das gilt besonders für die Vereinigten Staaten mit ihrer anpassungsfähigen Verfassungsrechtsprechung.

10. Arbeit und soziale Sicherheit

Einleitung

Die Errichtung einer europäischen Gemeinschaft wird einen Druck hervorrufen, der auf die Angleichung der Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten hinzielt. Unter anderem wird der europäische Bund die Frage einer Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb des Bundesgebietes lösen müssen. Ebenso wird er sich mit der sozialen Sicherheit im Bunde als einem Hauptproblem auseinanderzusetzen haben.

Arbeitsbeziehungen

Drei Fragenkomplexe sind hier zu trennen:

- a) Befugnisse des Bundes zur Ordnung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie der Beziehungen zwischen beiden;

- b) Verfahren für die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten;
- c) Löhne, Arbeitszeit, sonstige Arbeitsbedingungen sowie Arbeitsschutz.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände

Die Weimarer Verfassung und das Bonner Grundgesetz garantieren einerseits das Koalitionsrecht und geben andererseits dem Bund das Recht zur Einflußnahme auf die Koalitionen und vor allem die Betriebsräte. Die amerikanische Verfassung enthält keine Bestimmung zu Arbeitsfragen. Die Regierung mußte sich für den Erlass arbeitsrechtlicher Bestimmungen, insbesondere des National Labor Relations Act, auf ihre Befugnis zur Regelung des zwischenstaatlichen Handels stützen. Die Gesetze arbeitsrechtlichen Inhalts werden auf alle Unternehmen ange-

wendet, die eine, wenn auch nur weitläufige Verbindung zum zwischenstaatlichen Handel haben. Auch die Einzelstaaten sind auf dem Gebiet des Arbeitsrechts gesetzgeberisch tätig geblieben. Durch die Rechtsprechung sind jedoch die Einzelstaaten in ihrer Zuständigkeit immer mehr auf die Fälle mit einer rein lokalen Bedeutung beschränkt worden. Bestehen in einzelnen Fällen Zweifel über die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Einzelstaaten, so werden diese vielfach durch Uebereinkommen zwischen Bund und Einzelstaaten geregelt.

In Australien haben die Gerichte die Befugnis des Dominions zur Regelung des zwischenstaatlichen Handels, anders als in den Vereinigten Staaten, nicht dahin ausgelegt, daß sie auch das Recht zur Regelung von Arbeitsfragen umfaßt. Vielmehr hat man aus der ausdrücklichen Verfassungsbestimmung, die dem Dominion das Recht zur Einführung eines Schlichtungssystems für Arbeitsstreitigkeiten gibt, geschlossen, daß der Bund auf arbeitsrechtlichem Gebiet im übrigen keine gesetzgeberischen Befugnisse hat. Gesetze zur Ordnung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie ihrer Beziehungen zueinander können deshalb nur von Einzelstaaten erlassen werden. In Kollektivstreitigkeiten sind allerdings Bundesschiedsgerichte insoweit zuständig, als einzelne Angelegenheiten mehr als einen Staat berühren. Die wachsende Industrialisierung sowie die wachsende gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschaft bewirkt, daß sich diese Fälle vermehren und dadurch die Zuständigkeit des Bundes wächst.

Der kanadische Gesetzgeber hat seine Zuständigkeit auf strafrechtlichem Gebiet dazu benutzt, um arbeitsrechtliche Angelegenheiten zu regeln. Insbesondere sind Tatbestände der Einschüchterung im Arbeitsleben mit Strafe bedroht worden. Die Existenz der Gewerkschaften und das Streikrecht werden durch Strafbestimmungen geschützt. Mit der Gesetzgebung auf dem Gebiet der Arbeitsstreitigkeiten hat das Dominion seine Zuständigkeit vielleicht überschritten. Der Privy Council stützt sich in seiner Rechtsprechung vor allem auf diejenigen Bestimmungen der Verfassung, die den Schutz der Grundrechte und des Eigentums der Bürger den einzelnen Provinzen übertragen. Hieraus hat er Einschränkungen für die Zuständigkeit des Dominions auf arbeitsrechtlichem Gebiet hergeleitet.

In der Schweiz hat die Eidgenossenschaft durch Verfassungsänderungen weitgehende Befugnisse zur Regelung der Arbeitsbeziehungen erhalten.

Schlichtung und Schiedsgerichtsbarkeit

In den meisten Bundesstaaten gehen die Befugnisse zur Schlichtung oder schiedsgerichtlichen Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten Hand in Hand mit der Regelung von Arbeitsbeziehungen. Irgendein Untersuchungs- oder Schlichtungsverfahren be-

steht mehr oder weniger in jedem Bundesstaat. Teilweise stützen sich derartige Einrichtungen auf ganz allgemeine Verfassungsbestimmungen. Das ist beispielsweise in den Vereinigten Staaten der Fall.

In Kanada sind zunächst Untersuchungs- und Schlichtungsstellen ohne ausdrückliche Verfassungsbestimmungen durch das Dominion für diejenigen Bereiche eingerichtet worden, die dem Dominion an sich unterstehen, so beispielsweise die Transporte zwischen den Provinzen. Später wurde die Gesetzgebung des Dominions mit Hilfe einer weiten Verfassungsauslegung immer mehr ausgedehnt. Sie erfaßte Ausländer und ausländische Gesellschaften; Arbeiten, die für das Dominion von besonderem Interesse sind; Arbeiten, die auf Grund einer vom Dominion erteilten Konzession ausgeführt werden. Alles das beruht auf Verfassungsbestimmungen, die mit Arbeitsfragen an sich nichts zu tun haben. Als im Jahre 1925 der Privy Council feststellte, daß das Dominion die Grenzen seiner Zuständigkeit überschritten habe, nahm das Dominion von seiner Gesetzgebung zur Regelung des Schlichtungsverfahrens für weite Teile der Wirtschaft nicht etwa Abstand; es nahm jetzt vielmehr seine Zuflucht zu dem ihm verbliebenen Weg, die geplanten Gesetze als allgemeines Recht durch die Provinzen in Kraft setzen zu lassen.

In der Schweiz hat heute der Bund das Recht zur Regelung des Schlichtungswesens. Davon hat er auch Gebrauch gemacht. Dabei ist zu vermerken, daß besondere Schlichtungsbehörden nur für Kollektivstreitigkeiten bestehen, die sich aus der Auslegung bestehender Kollektivverträge ergeben. Im übrigen haben die Schlichtungsstellen, im Gegensatz zu Australien, keine Möglichkeit, verbindliche Entscheidungen zu erlassen.

In Australien, Deutschland und Oesterreich bestehen besser entwickelte Schlichtungs- und Schiedssysteme. Australien verfügt über Bundesschiedsgerichte. Schiedsbehörden können heute ein Verfahren von Amts wegen einleiten und, falls sie keinen Erfolg haben, einen Streit auch gegen den Willen der Beteiligten einem Schiedsgericht übergeben. Bundesinstanzen sind aber nur für diejenigen Arbeitsstreitigkeiten zuständig, die in wirtschaftlichen Bereichen entstehen, welche zur Zuständigkeit des Dominions gehören. Die enge Auslegung, die das australische Obergericht — offenbar entgegen der Auffassung der Verfassungsgeber — dem Artikel 35 der australischen Verfassung gegeben hat, verhinderte eine Ausdehnung der Bundesschiedsgerichtsbarkeit auf weitere Gebiete.

Die beste gesetzgeberische Entwicklung hat das Schlichtungs- und Schiedswesen in Deutschland erfahren*.

*) Die deutsche Regelung wird bei den deutschen Lesern als bekannt vorausgesetzt und daher hier nicht wiedergegeben.

Es kommt nun vor, daß das beste Schieds- und Schlichtungssystem nicht gut genug funktioniert und daß eine Niederlegung der Arbeit nicht vermieden werden kann. In Kriegszeiten sind allerdings die Befugnisse der Bundesregierung gegenüber drohenden Arbeitsniederlegungen größer als im Frieden.

In den Vereinigten Staaten war der Präsident während des Krieges in der Lage, alle für die Kriegswirtschaft wichtigen Betriebe unter seine Kontrolle zu stellen. So wurden während des Zweiten Weltkrieges die Kohlenzechen mehrfach beschlagnahmt, als dort Streiks drohten. Selbst in der Nachkriegszeit hat ein Notstand ausgereicht, um den Präsidenten ähnlich weite Befugnisse ausüben zu lassen. Dasselbe gilt in den Vereinigten Staaten für den Fall drohender Kriegsgefahr. In Australien erstreckte sich die Schlichtungsbefugnis des Bundes während des Krieges auch auf kriegswichtige Industrien innerhalb der Staaten, die im Frieden ausschließlich einzelstaatlichen Schlichtungsverfahren unterstehen. In Kanada wurde 1941 ein Büro errichtet, das Gesamtstreitigkeiten schlichten und Löhne festsetzen konnte. Streiks, die im Widerspruch zur Tätigkeit und den Befugnissen des Büros standen, wurden mit Strafe bedroht. Auch die Schweiz erweiterte während des Krieges die Befugnisse ihrer Schlichtungsbehörden, ohne allerdings ein obligatorisches Verfahren einzuführen.

Im übrigen sahen sich die Regierungen vor dem Problem einer Schlichtung von Kollektivstreitigkeiten, die im Frieden zu einer Arbeitsniederlegung in solchen Betrieben zu führen drohen, die für die öffentliche Versorgung besonders wichtig sind. Auch hier sind die Regelungen in den einzelnen Bundesstaaten sehr unterschiedlich. Ein Teil von ihnen hat jedenfalls keine ausreichenden Mittel, um Arbeitsniederlegungen in solchen Betrieben zu verhindern.

Berücksichtigt man, daß einerseits an vielen Stellen der Wunsch nach einer Erweiterung der Befugnisse des Bundes auf arbeitsrechtlichem Gebiet laut geworden ist, daß es aber andererseits in Europa zunächst nicht möglich sein wird, dem Bund weite Befugnisse auf sozialem Gebiet zu geben, so dürfte die Weimarer Verfassung sich als ein Vorbild für eine europäische Gemeinschaft anbieten. Sie begründete eine konkurrierende Zuständigkeit von Reich und Ländern und ermöglichte es, den Ländern die Ausführung von Reichsgesetzen zu überlassen. Auf diese Weise ist in dieser Verfassung die Zentralisierung mit dem Föderalismus verbunden worden.

Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsschutz

Von einer Reihe von Ausnahmen abgesehen, sind die Zuständigkeiten über diese Gebiete in den Bundesstaaten ebenso verteilt wie die Zuständigkeiten auf dem bisher erörterten arbeitsrechtlichen Sektor.

In Australien ging die Verfassungsentwicklung

dahin, die Zuständigkeit des Bundes in Lohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzfragen weitgehend auszuschließen. Seitdem der zwischenstaatliche Handel zunimmt, nehmen allerdings auch die Fälle zu, in denen Bundesschiedsinstanzen tätig werden können. Das hat es diesen Instanzen ermöglicht, auch auf dem Gebiet der Löhne Einfluß auszuüben.

In der Schweiz ist die Befugnis des Bundes in Arbeitszeitfragen auf „Fabriken“ beschränkt. Im übrigen ist seine Gesetzgebungsbefugnis in den hier erörterten Fragen nicht begrenzt; sie konkurriert mit der Gesetzgebungsbefugnis der Kantone.

In den Vereinigten Staaten hat der Bund auf Grund der Verfassungsbestimmungen, die ihn zur Ordnung des zwischenstaatlichen Handels ermächtigen, Mindestlöhne und Höchstarbeitszeiten festgesetzt. Zur Frage von Betriebsgefahren und von Berufskrankheiten hat er sich dagegen im wesentlichen darauf beschränkt, den Einzelstaaten Informationen zur Verfügung zu stellen.

In den Vereinigten Staaten ebenso wie in Kanada hat der Bund Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen getroffen, die diejenigen Unternehmen ihren Arbeitnehmern gewähren müssen, welche Verträge mit dem Bund abschließen wollen.

In der Weimarer Republik wurden Löhne und Arbeitszeit fast ausschließlich durch Kollektivvereinbarungen geregelt. Die übrigen Arbeitsbedingungen unterlagen dagegen weitgehend einer konkurrierenden Regelung durch Reich und Länder.

Die kanadische Regierung hat mehrfach ihre Steuerhoheit zur Ausführung sozialer Maßnahmen benutzt. Hierzu zählt beispielsweise die finanzielle Unterstützung von dreizehnwöchigen Ausbildungskursen der Provinzen für junge Arbeitslose, soweit die Programme der Provinzen die Billigung des Dominions fanden.

Auch auf dem hier besprochenen Gebiet gibt es also verschiedene Methoden, um die Befugnisse von Bund und Einzelstaaten voneinander abzugrenzen. Die dem Bund jeweils gesetzten Grenzen sind vielfach auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, die bei der Errichtung des jeweiligen Bundesstaates bestanden, sowie auf die offenbare Schwierigkeit, die einmal gegebene Verfassung an Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen; schließlich macht sich die enge Auslegung einzelner Verfassungsbestimmungen durch die Gerichte hier bemerkbar. Vielfach war auch das Interesse der Bundesstaaten an einer Gesetzgebung auf dem hier erörterten Gebiet geringer, insbesondere dort, wo man in der Zersplitterung der Arbeiterschaft einen Vorteil sah. Wo, wie unter der Weimarer Verfassung, der Bund ausgedehnte Befugnisse hat, wird von diesen Befugnissen doch nicht immer Gebrauch gemacht, denn viele Fragen finden ihre Regelung durch Kollektivvereinbarungen der Sozialpartner.

Arbeitsvermittlung und Freizügigkeit der Arbeitnehmer

In den meisten Bundesstaaten, in denen es eine staatliche Arbeitsvermittlung gibt, ist diese sehr bald politischen Einflüssen entzogen worden. Man ist sich einig, daß der Bund den Einzelstaaten auf diesen Gebieten Hilfe gewähren und sie insbesondere bei der Unterbringung von Arbeitskräften unterstützen muß. Wo besondere Verfassungsbestimmungen fehlen, hat man sich im allgemeinen auf die Steuerhoheit des Bundes gestützt und die Subventionen an die Einzelstaaten davon abhängig gemacht, daß diese sich einer Einflußnahme des Bundes unterwarfen.

Von großer Bedeutung ist weiterhin die Frage, ob die Arbeitnehmer innerhalb des Bundesgebietes volle Freizügigkeit genießen. In den Vereinigten Staaten ist diese Frage im wesentlichen im positiven Sinne entschieden worden. Nach den deutschen Verfassungen hatte der Bund gewisse Vollmachten zur Beschränkung der Freizügigkeit, beispielsweise soweit eine Vorbeugung gegen die Verbreitung von Epidemien oder ähnliche Situationen dies erforderten. In einem europäischen Bund müßte die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in demselben Umfang verwirklicht werden, mag auch eine weitergehende Beschränkung für eine Uebergangszeit noch erträglich sein.

Auf die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsbehörden sollten die Einzelstaaten weiterhin einen gewissen Einfluß behalten. Da die Verschiebung von Arbeitskräften innerhalb des Bundes einen wichtigen Programmpunkt des europäischen Bundes ausmachen wird, muß andererseits der Bund die Möglichkeit haben, auf die Arbeitsvermittlung einzuwirken. Am

besten wäre es wohl, für den Austausch von Arbeitskräften und die Arbeitsverwaltung eine konkurrierende Zuständigkeit von Bund und Einzelstaaten zu begründen und dabei in Anlehnung an das Bonner Grundgesetz festzulegen, daß der Bund nur insoweit tätig werden darf, als die Bedürfnisse des Bundes dies erfordern.

Sozialversicherung*

Die westeuropäischen Nationen verfügen heute über weitentwickelte und -ausgedehnte Sozialversicherungssysteme. Die Sozialversicherung wird auf lange Sicht eine besonders wichtige Aufgabe für den Bundesgesetzgeber darstellen, wenn man an die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb des Bundes denkt. Es bestehen bereits Erfahrungen mit Saisonarbeitern, die sich zwischen den Staaten bewegen; diese Erfahrungen kann man ausnutzen. Im übrigen wird der Wunsch nach einer einheitlichen Sozialversicherung steigen, wenn sich die Bürger des europäischen Bundes erst daran gewöhnt haben, sich innerhalb des Bundesgebietes zu bewegen, und wenn das Gefühl für die Einheit des Bundes gewachsen ist. Andererseits werden viele Einzelstaaten nicht bereit sein, ihre besonders entwickelten Sozialversicherungssysteme ohne weiteres aufzugeben, so etwa die westdeutsche Bundesrepublik ihre Selbstverwaltung der Sozialversicherung. Die beste Lösung dürfte auch hier diejenige sein, die für die Fragen der Sozialversicherung eine konkurrierende Zuständigkeit von Bund und Einzelstaaten begründet und die Zuständigkeit der Einzelstaaten nur insoweit beschränkt, als dies für alle ihre Befugnisse innerhalb des Bundesstaates im allgemeinen der Fall sein muß.

11. Die Grundrechte

Einleitung

Der Entschluß, Grundrechte zu garantieren und zu schützen, bedeutet nicht das Ende, sondern den Anfang der in diesem Bereich sich ergebenden Probleme. Die wesentlichen Schwierigkeiten entstehen nämlich erst, wenn der Schutz der Grundrechte verwirklicht werden soll.

Für die Frage der Grundrechte und ihres Schutzes gibt es auf der Verfassungsebene drei grundsätzliche Varianten: Erstens besteht die Möglichkeit, daß ein Volk auf eine Sicherung kraft Gewohnheitsrecht und auf einen stillschweigenden außerkonstitutionellen Vertrag vertraut. Zweitens kann man den Versuch unternehmen, mit der Durchführung der Kompetenzverteilung den Grundrechten einen Schutz zu sichern. Schließlich besteht die Möglichkeit, Grundrechte und ihren Schutz in Verfassungen ausdrücklich zu regeln. Nur mit dieser dritten Möglichkeit

haben wir es hier zu tun; doch sollten einige Bemerkungen auch zu den beiden ersten Möglichkeiten gemacht werden.

Gewohnheitsrecht und stillschweigender, außerkonstitutioneller Vertrag

Ueberlieferung und Gewohnheitsrecht als Quellen von Freiheitsrechten finden wir besonders in England und, von dort aus überkommen, in Australien und in Kanada. Die beiden Dominien haben zwar einzelne Freiheitsrechte in ihre Verfassungsurkunden aufgenommen. Im allgemeinen aber ist es dort, ebenso wie in England, das Gewohnheitsrecht, das die Freiheiten der Bürger schützt. *Hamilton* hat einmal betont, daß der oberste Schutz für die Grund-

*) Der Bericht muß sich zu diesem Teil mit der Wiedergabe der von den Verfassern der Studie gezogenen wesentlichen Folgerungen begnügen.

rechte in dem über die ganze Nation verbreiteten Gefühl für Freiheit liegen müsse. Fehle dieses Gefühl, so sei jeder Schutz vergeblich. Diese Feststellung läßt sich jedoch nicht für jeden Bund, insbesondere nicht für einen Zusammenschluß von Gebieten mit unterschiedlicher Ueberlieferung aufrechterhalten. So sind bezeichnenderweise besonders in Kanada Bestrebungen vorhanden, die auf die Aufnahme weiterer Grundrechte in die Verfassung abzielen.

Kompetenzverteilung

Die Kompetenzverteilung kann zum Schutz der einzelnen gegen Uebergriffe des Bundes oder seiner Mitgliedstaaten in ihre Rechte beitragen. In Australien hat der Bund nur ein Minimum an Rechten im Vergleich zu den Mitgliedstaaten. Hier sind deshalb die Bürger schon durch die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Staaten gegen Eingriffe des Bundes geschützt. In den Vereinigten Staaten ging man bei der Beratung über die Verfassung von demselben Ziel aus. Man war in Anlehnung an *Jefferson* der Auffassung, daß die Freiheiten der Bürger bei den (ihnen näheren) Einzelstaaten besser aufgehoben seien als bei dem Bund. Allerdings hat sich die amerikanische Praxis so entwickelt, daß heute auch der Bund weitgehend in die Freiheitsrechte der Bürger einzugreifen in der Lage ist. Ähnlich liegen die Dinge in anderen Bundesstaaten, während in Deutschland eindeutig die Befugnisse des Bundes diejenigen der Länder überwiegen. Ein instruktives Beispiel für die amerikanische Verfassungsentwicklung bietet die Entscheidung, nach der es den einzelnen Staaten verboten ist, in Zügen im zwischenstaatlichen Verkehr getrennte Abteile für die verschiedenen Rassen vorzusehen. Man hat eine derartige Trennung als eine Beeinträchtigung des freien Handels und Verkehrs zwischen den Staaten angesehen, für dessen Schutz der Bund zuständig ist. So hat hier der Bund den Schutz der Bürger gegen einzelstaatliche Maßnahmen übernommen.

Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Einzelstaaten ist ein gewisser, aber kein ausreichender Schutz für die Grundrechte der Bürger. Die Hoheitsrechte, die dem Bund oder aber den Einzelstaaten fehlen, stehen ja jeweils dem anderen Teile zu und können von diesem in einer die Grundrechte beeinträchtigenden Weise ausgeübt werden. Im übrigen besteht keine Gewähr dafür, daß die Grundrechte bei den Einzelstaaten wirklich besser aufgehoben sind als bei dem Bund. Schließlich kann kein Bund, der die ihm zukommenden Aufgaben richtig erfüllen will, heute auf umfassende Befugnisse verzichten.

Erklärung der Grundrechte

Heute herrscht überall die Auffassung vor, daß für einen echten Verfassungsstaat oder Rechtsstaat

die Festlegung von Grundrechten in der Verfassungsurkunde erforderlich ist, da nur auf diese Weise ein wirklicher Schutz für die Grundrechte gewährleistet werden kann. Mit der Aufnahme von Grundrechten in eine Verfassung beginnt aber der schwierigste Teil der zu lösenden Aufgabe, nämlich ihre Durchsetzung.

Umfang und Inhalt der Grundrechte

Umfang

Die Grundrechte sollen im allgemeinen gegen den Staat, nicht dagegen gegen die Mitbürger schützen. Gegenüber der Regierung wirken die Grundrechte negativ: sie verbieten ihr gewisse Eingriffe. Diese Wirkung können die Grundrechte unmittelbar erzielen. Wollen die Grundrechte auch Schutz gegen die Mitbürger geben, so muß ihre Einwirkung auf den Staat eine positive sein: sie müssen ihn zum Einsatz von Polizei oder Gerichten verpflichten. In dieser positiven Hinsicht haben die Grundrechte aber im allgemeinen nur eine moralische Bedeutung für den Staat. Einzelne Verfassungen, so beispielsweise das Bonner Grundgesetz und die amerikanische Verfassung (im 15. Amendment), haben allerdings den Versuch gemacht, auch Grundrechte zu entwickeln, die den Bürgern Schutz gegeneinander gewähren, so beispielsweise den Schutz gegen einen Monopolmißbrauch. Gerade für einen aus heterogenen Teilen zusammengesetzten Bundesstaat dürfte es vor allem wichtig sein, daß die Verfassung dem Bund die Befugnis gibt, gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, um die Bürger vor Rechtsverletzungen durch ihre Mitbürger zu schützen. Zwar kann kein Staat gezwungen werden, von einer solchen Befugnis Gebrauch zu machen. Die Existenz dieser Rechtsetzungsbefugnis ist aber unerläßlich für einen wirksamen Schutz der Bürger untereinander. In den Vereinigten Staaten hat es sich in einigen Fällen gezeigt, daß die in der Verfassung begründete Gesetzgebungskompetenz des Bundes für den Schutz der Bürger, beispielsweise der Minoritäten, nicht ausreichte.

Gewähren also die Grundrechte im allgemeinen nur Schutz gegenüber dem Staat, so bleibt doch festzustellen, daß die in Bundesverfassungen festgelegten Grundrechte überwiegend zugleich gegenüber dem Bund und seinen Mitgliedstaaten schützen.

Die geschützten Rechte

Man muß unterscheiden: die subjektiven, die formellen und die positiven Rechte.

Die subjektiven Rechte, deren bestes Beispiel vielleicht die Redefreiheit ist, machen das Leben lebenswert. Fast alle Verfassungen schützen als subjektives Recht auch die Religionsfreiheit. Nur beispielsweise seien weiterhin die Presse- und die Vereinigungsfrei-

heit, das Eigentum und die Vertragsfreiheit genannt, die als Grundrechte in zahlreichen Verfassungen garantiert werden.

Die formellen Rechte sichern dem Bürger ein rechtsstaatliches Verfahren etwa bei einer Verhaftung oder vor einer Verurteilung zu. Die australische und die kanadische Verfassung kennen keine formellen Rechte. Beide Dominien bekennen sich aber zur englischen Ueberlieferung, und so wird hier beispielsweise das habeas corpus-Verfahren selbstverständlich zugelassen. Auch in den Vereinigten Staaten ist im Bereich der formellen Rechte die englische Ueberlieferung noch wirksam. Außerdem finden sich aber in den Verfassungen des Bundes und der Staaten zahlreiche Bestimmungen, die formelle Rechte gewähren. Eine besondere Rolle spielt die „due process“-Klausel des 14. Amendments, die den einzelnen Staaten ebenso wie dem Bund von den Gerichten streng überwachte formelle Verpflichtungen auferlegt. Dabei wird den Einzelstaaten ein wenig mehr Spielraum als dem Bund gelassen. Vielleicht spielt hier die Ueberlegung eine Rolle, daß die Einzelstaaten mehr Freiheit haben müssen, um Experimente zu machen, um als Laboratorium des Bundes tätig sein zu können. Die Schweizer Verfassung kennt nur wenige, das deutsche Grundgesetz dagegen zahlreiche formelle Rechte. Insgesamt läßt sich sagen, daß nur die Vereinigten Staaten und die westdeutsche Bundesrepublik die Einfügung formeller Rechte in die Verfassung für nötig erachtet haben. In den übrigen Bundesstaaten beruhen formelle Rechte auf Gewohnheitsrecht.

Positive Rechte sind Rechte auf ein Tun des Staates, etwa der Anspruch auf die Gewährung wirtschaftlicher Sicherheit. Derartige Rechte findet man vereinzelt in der Schweizer und in der Weimarer Verfassung, implizite im Bonner Grundgesetz. Die übrigen Staaten kennen sie nicht. Vielleicht ist für diese Regelung ausschlaggebend, daß derartige Rechte ohnehin nicht mehr wert sind, als die jeweilige politische Auffassung ihnen an Wert zuziñt.

Begrenzung der Grundrechte

In der Schweiz und in Deutschland ergibt sich klar aus einigen Verfassungsbestimmungen, daß die Grundrechte nicht absolut sind. Sie sind in gewissem Umfang staatlichen Eingriffen ausgesetzt. In den Vereinigten Staaten hat die Verfassungskonstruktion zu demselben Ergebnis geführt. Den tatsächlichen Schutzzumfang der Grundrechte kann man zuverlässig nicht definieren. Das Maß ihrer Unterordnung unter andere Anliegen der Allgemeinheit läßt sich nur mit Vorsicht und nur annähernd bestimmen. Es muß ein Gleichgewicht zwischen der Freiheit als sozialem Anliegen und den übrigen Interessen der Gemeinschaft hergestellt werden. Im übrigen können auch Grundrechte einander widersprechen, so etwa die

Pressefreiheit bei der Berichterstattung über ein gerichtliches Verfahren mit dem Anspruch eines Beschuldigten auf ein ordentliches, unbeeinflußtes Verfahren. In Notzeiten muß auch ein gewisser Eingriff in die Grundrechte möglich sein. Grundrechte sind nicht ein starres Dogma, sondern auch ein praktisches Instrument in der Hand der Regierung.

Der Schutz der Grundrechte

Die Bedeutung der Grundrechte hängt von der Wirksamkeit der Verfahren ab, die zu ihrem Schutze bestimmt sind.

Schutz durch die Exekutive

Weder Gerichte noch der Gesetzgeber können die Grundrechte wirksam schützen, wenn sie keine Unterstützung bei der Exekutive finden. Im allgemeinen werden Grundrechte dort nicht verletzt werden, wo Eingriffe der Exekutive zum Schutz dieser Rechte zu erwarten sind. Die Befugnis zu derartigen Eingriffen gegenüber Einzelstaaten hat in den Vereinigten Staaten der Präsident und nach dem Bonner Grundgesetz der Bund. Doch sind dies nur Hilfsmaßnahmen, die in keinem Bund in erheblichem Umfang angewendet worden sind.

Schutz durch das Volk

In einzelnen Verfassungen ist die Mitwirkung des Volkes für eine Verfassungsänderung vorgesehen. Hier liegt es in den Händen des Volkes, ob im Wege der Verfassungsänderung Grundrechte beeinträchtigt werden können. Umgekehrt ist die Verfassungsänderung ein geeignetes Mittel, um neue Grundrechte zu schaffen oder gewöhnliche Rechte zu Grundrechten zu erheben, wenn ihr Schutz besonders notwendig erscheint. Die Verfassungsänderung bedarf aber meistens eines zu langwierigen und umständlichen Verfahrens.

In der Schweiz spielt das Referendum eine große Rolle, das acht Kantone und dreißigtausend Bürger zu jedem Bundesgesetz erzwingen können, wenn nicht die Regierung ein Gesetz für „dringlich“ erklärt. Als die Schweizer Regierung nach dem letzten Krieg besonders zahlreiche Gesetze für dringlich erklärte, wurde dieser sich auf den Zwang der Kriegsfolgen berufenden Praxis auch im Wege des Referendums ein Ende bereitet.

Schutz durch die Gerichte

Die Gerichte sind als Hüter der Grundrechte am besten geeignet. Sie können die nötige Stabilität und die Geschmeidigkeit in ihrer Rechtsprechung miteinander verbinden; sie können allen Lagen gerecht werden, die ein Gesetzgeber gar nicht voraussehen und deshalb nicht vorausschauend regeln kann.

In Australien entscheiden Gerichte in begrenztem Umfang über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Regierungsakten. Sie schützen die wenigen in der Verfassung gesetzten subjektiven Rechte. Sie ent-

scheiden darüber, ob der Bund oder ein Einzelstaat mit einer Maßnahme die ihnen zustehenden Befugnisse überschritten hat.

In Kanada liegen die Dinge ähnlich. Auch hier sind nur wenige Grundrechte in der Verfassung enthalten. Die richterliche Kontrolle ist daher nicht weit ausgedehnt.

In der Schweiz sind die Gesetze und sonstigen Hoheitsakte des Bundes einer Kontrolle durch die Gerichte auf ihre Verfassungsmäßigkeit nicht ausgesetzt. Die Gerichte können nur die Maßnahmen und Gesetze der Kantone nachprüfen.

Im Deutschen Reich waren die Gesetze der Länder der richterlichen Kontrolle unterworfen; seit dem Jahre 1925 prüfte das Reichsgericht auch Reichsgesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin nach. Die häufige Ausübung des Notverordnungsrechtes hat jedoch den Schutz der Grundrechte teilweise ausgeschlossen. Das Bonner Grundgesetz bestimmt ausdrücklich, daß die Grundrechte geltendes Recht sind. Das Bundesverfassungsgericht prüft Bundes- und Landesgesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit nach.

In den Vereinigten Staaten ist die richterliche Kontrolle am meisten entwickelt und am festesten eingewurzelt. Der Oberste Gerichtshof kontrolliert Akte des Bundes und der einzelnen Staaten; er kann jedes Gesetz wegen Verfassungswidrigkeit für nichtig erklären. Dieses Recht hat man dem Obersten Gerichtshof nicht in der Verfassung übertragen. Er hat es sich selbst sehr frühzeitig zugesprochen, und zwar mit der Begründung, daß anderenfalls die Grundrechte inhaltslos seien. Doch hat auch das Supremat des Obersten Gerichtshofes Grenzen. Einerseits hängt seine Zuständigkeit als Rechtsmittelgericht vom Bundesgesetzgeber ab. Zum anderen entscheidet das Oberste Bundesgericht auch über Verfassungsfragen nur im Rahmen anhängiger Rechtsstreitigkeiten, also nicht im Normenkontrollverfahren oder im Wege von Gutachten. Das führt dazu, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit für zahlreiche Gesetze gar nicht zur Nachprüfung kommt. Die Gerichte entscheiden stets angesichts aller tatsächlichen Umstände eines einzelnen Falles. Sie können deshalb bei ihrer Entscheidung genau sagen, inwieweit ein angegriffenes Gesetz ein Grundrecht beeinträchtigt. Ein im Jahre 1940 verabschiedetes Gesetz bedrohte diejenigen mit Bestrafung, die die Regierung mit Gewalt stürzen wollen. Das Oberste Bundesgericht entschied in dem nach dem Kriege durchgeführten Verfahren gegen

die kommunistischen Führer, daß dieses Gesetz rechtmäßig sei. Es behielt sich aber ausdrücklich vor, zu einer anderen Zeit und unter anderen Umständen über die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes anders zu entscheiden. Hier zeigt sich in besonderem Maße die Geschmeidigkeit der amerikanischen Verfassungsrechtsprechung.

Jedermann kann, wenn er durch ein Gesetz oder durch andere Hoheitsakte in seinen Grundrechten verletzt wird, den Schutz der Gerichte anrufen. Er kann beispielsweise eine *injunction*, also ein Urteil erzielen, das einen Beamten verurteilt, eine ein Grundrecht verletzende Maßnahme zu unterlassen. Beruht die angegriffene Maßnahme auf einem verfassungswidrigen Gesetz, so kann jedes Gericht dieses Gesetz für nichtig erklären. Im Rechtsmittelweg kommt eine solche Entscheidung bis zum Obersten Bundesgericht.

Diese amerikanische Regelung ist kein vollkommenes Verfahren, weil die Kontrolle von der Initiative einzelner Personen abhängig ist. Da die Gerichtskosten meist sehr hoch sind, lassen es viele Personen häufig bei einem Eingriff in ihre Rechte bewenden. Andererseits kann aber die richterliche Kontrolle auch mißbraucht werden, um die Regierungstätigkeit lahmzulegen. Einzelne Gerichte können den Grundrechten eine übermäßige Bedeutung beimessen. Trotzdem ist die richterliche Kontrolle für einen wirksamen Schutz der Grundrechte unerlässlich. Wenn auch die Richter ebenso unvollkommen wie andere Menschen sind, so sind sie doch, wie *Hamilton* sagt, weniger gefährlich, weil sie ihre Befugnisse nicht mißbrauchen können. Wenn schließlich die Gerichte in einzelnen Fällen die Regierungstätigkeit über Gebühr beeinträchtigt haben, so haben sie doch andererseits das Volk wachsam erhalten gegenüber einer Beeinträchtigung seiner Grundrechte.

Folgerung

In eine Bundesverfassung sollten Grundrechte aufgenommen werden. Der Verfassungsgeber darf sich nicht mit allgemeinen Prinzipien begnügen. Er muß die Grundrechte genau definieren. Entscheidend ist die Frage, wie die Grundrechte geschützt werden. Die Gerichte sind wohl die für diesen Schutz am besten geeignete Institution. Sie können sich vor allem jeder Entwicklung geschmeidig anpassen; allerdings muß man die mit einer solchen Gerichtsbarkeit verknüpften Vorteile sorgfältig abwägen gegen die Nachteile, die sich nicht vermeiden lassen.

12. Staatsangehörigkeit, Einwanderung und Einbürgerung

Das Individuum ist in einem Bundesstaat sowohl mit dem Bund wie mit einem Mitgliedstaat verbunden. Mit der Gründung des Bundes wird es dessen Hoheitsgewalt unterworfen. Hieraus ergeben sich

mehrere Probleme. Zunächst besteht die Frage, wer über die Zugehörigkeit einer Person zum Bunde entscheidet: der Bund oder der Einzelstaat. Tut es der Bund, so fragt es sich, ob durch dessen Entschei-

dung der Status einer Person in einem Mitgliedstaat betroffen wird. Steht die Entscheidung den Mitgliedstaaten zu, so können unerfreulich unterschiedliche Regelungen im Bunde die Folge sein. Mit der Staatsangehörigkeit ist die Frage der Einwanderung eng verknüpft. Hier hat jeder Einzelstaat ein Interesse an den Maßnahmen, die in den übrigen Mitgliedstaaten eines Bundes getroffen werden. Schließlich erhebt sich die Frage nach den mit der Bundes- und Staatsangehörigkeit verbundenen Folgen. Diese Frage hängt eng mit der Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Einzelstaaten zusammen.

Bundesangehörigkeit

Alle untersuchten Bundesstaaten kennen eine Bundesangehörigkeit. Bei der Gründung eines Bundes wurden stets die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten als Bundesangehörige anerkannt. (Auf gewisse besondere Umstände in den Dominien kann hier nicht näher eingegangen werden.) In allen Bundesstaaten ist der Bund befugt, über die Bundesangehörigkeit zu bestimmen. Das Bedürfnis nach einheitlicher Regelung ist hierfür bestimmend.

Die Bundesangehörigkeit wird im allgemeinen durch Einbürgerung, Geburt oder Heirat erworben. In allen untersuchten Bundesstaaten mit Ausnahme der Schweiz entscheidet der Bund über die Einbürgerung und zugleich über eine etwaige Unterscheidung zwischen eingebürgerten und anderen Staatsangehörigen in ihren Rechten. In der Schweiz hatten bis 1874 die Kantone im wesentlichen selbstständig über die Einbürgerung zu entscheiden. Seit diesem Jahre sind sie an Vorschriften des Bundes gebunden. Sie können aber noch zusätzliche Voraussetzungen für die Einbürgerung in ihrem Gebiet festsetzen. Ein Fremder, der in Uebereinstimmung mit den Gesetzen des Bundes und eines Kantons eingebürgert wurde, wird als Bürger in der gesamten Eidgenossenschaft anerkannt. Ähnlich lagen die Dinge unter der Geltung der alten Reichsverfassung und der Weimarer Verfassung in Deutschland. Der Bundesgesetzgeber setzte die Voraussetzung für die Einbürgerung fest. Es stand im Ermessen der einzelnen Länder, ob sie eine Person, die diese Voraussetzungen erfüllte, einbürgern wollten. Auch der Erwerb der Bundesangehörigkeit kraft Geburt oder Heirat wird überall durch den Bund geregelt, sei es in der Verfassung oder durch Gesetz.

Der Bund muß die Möglichkeit haben, die einzelstaatlichen Regelungen des Staatsangehörigkeitsrechts entscheidend zu beeinflussen. Dort, wo viele Fremde zuströmen, muß er eine Einbürgerung herbeiführen können. Nach der Schweizer Verfassung, der deutschen Reichsverfassung und der Weimarer Verfassung wird allerdings die Bundesangehörigkeit durch die Staatsangehörigkeit bei einem Lande oder Kanton

vermittelt. Das hat aber nicht dazu geführt, daß nunmehr der Landesgesetzgeber die Entscheidungsbefugnis hätte. Vielmehr hat der Bundesgesetzgeber in diesen Fällen auch die Zugehörigkeit zu einem Einzelstaat, Land oder Kanton geregelt. In Deutschland gab es und in den Vereinigten Staaten gibt es überdies Bundesangehörige, die nicht einem Einzelstaat angehören.

Auch der Verlust der Staatsangehörigkeit muß vom Bunde geregelt werden. In einzelnen Verfassungen ist ein Verlust der Staatsangehörigkeit vorgesehen. Ein gesetzgeberischer Eingriff auf diesem Gebiet beruht auf dem Interesse der Allgemeinheit an der Ausbürgerung derjenigen Personen, die gezeigt haben, daß sie die Staatsangehörigkeit nicht verdienen, oder die ihre Beziehungen zu dem Bunde gelöst haben.

Die Zugehörigkeit zu Einzelstaaten

Kanada und Australien kennen eine Staatsangehörigkeit bei den Provinzen beziehungsweise Einzelstaaten nicht. In den übrigen Bundesstaaten können nur Bundesangehörige Angehörige eines Mitgliedstaates sein. Einfluß auf den Erwerb der einzelstaatlichen Staatsangehörigkeit haben in der Schweiz die Kantone und hatten bis zur Weimarer Reichsverfassung die deutschen Länder. Die deutschen Länder konnten jedermann nach ihren eigenen Gesetzen die Landeszugehörigkeit gewähren, wenn er die vom Reichsgesetz aufgestellten Voraussetzungen erfüllte. Der Betreffende erwarb mit der Landesangehörigkeit dann zugleich die Reichsangehörigkeit. Jeder Bürger eines Einzelstaates konnte ohne weiteres die Angehörigkeit bei jedem anderen Einzelstaat innerhalb des Bundes erwerben. Nach dem Bonner Grundgesetz können die Länder die Landesangehörigkeit in Uebereinstimmung mit dem Bundesrecht verleihen.

In den Vereinigten Staaten wird jeder Angehörige des Bundes Angehöriger des Staates, in dem er seinen ständigen Aufenthalt hat.

Einwanderung

Mit Rücksicht auf die Bewegungsfreiheit innerhalb eines Bundes ist die Einwanderungspolitik ein gemeinsames Interesse aller Mitgliedstaaten. Die Notwendigkeit einer Einwanderungskontrolle war sogar einer der Gründe für die Errichtung des australischen Bundes.

In allen untersuchten Bundesstaaten ist die Regelung der Einwanderung eine Aufgabe des Bundes. Ebenso werden überall die Einzelstaaten in Einwanderungsfragen vom Bunde eingehend konsultiert.

Unmittelbar hiermit hängt das Recht zur Regelung des Fremdenrechts zusammen. Hier stoßen sich oft

Befugnisse des Bundes mit denen der Einzelstaaten. In Kanada haben sich Bund und Provinzen mehrfach in Fragen des Fremdenrechts gestritten. Die kanadische Verfassung räumt dem Bund die ausschließliche Zuständigkeit auf dem Gebiete des Fremdenrechts ein. Jedesmal, wenn eine Provinz Sonderbestimmungen für Fremde erläßt, erhebt sich somit eine Verfassungsfrage.

Bei der Durchführung größerer Einwanderungsprogramme hat sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Einzelstaaten vielfach bewährt. In Australien ist es mehrfach zu Abkommen zwischen Bund und Einzelstaaten über Einwanderungsfragen gekommen.

Die Flüchtlingsfrage ist eine Unterfrage des Einwanderungsproblems. Im deutschen Grundgesetz ist sie besonders behandelt worden. Die übrigen Verfassungen kennen derartige Regelungen nicht.

Folgen der Staatsangehörigkeit

Bundesangehörigkeit

Die Bundesangehörigkeit ist eine Quelle von Rechten und Pflichten. Diese ergeben sich in einzelnen Fällen aus den Verfassungen, in anderen Fällen aus Bundesgesetzen. In Australien, Kanada und in den Vereinigten Staaten ist beispielsweise das Wahlrecht eine Folge der Staatsangehörigkeit.

Die Bundesangehörigkeit ist die Grundlage für politische Rechte gegenüber dem Bund und teilweise auch gegenüber den Staaten, so beispielsweise für das Wahlrecht. In den Vereinigten Staaten wird das Wahlrecht von den Einzelstaaten geregelt. Die Bundesverfassung schützt aber die Bürger vor der Entziehung des Wahlrechts aus Gründen der Rasse, der Farbe oder des Geschlechts. Auch Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit können von der Bundesangehörigkeit abhängen.

Freiheitsrechte, wie die Versammlungsfreiheit, die Redefreiheit usw., sind meistens allen Personen und nicht nur den eigenen Staatsangehörigen zugebilligt worden. Nach der Schweizer Verfassung gilt der Gleichheitsgrundsatz freilich nur für Schweizer. Ebenso bestimmen einige andere Verfassungen, daß gewisse Grundrechte nur den Staatsangehörigen zustehen.

Im allgemeinen wird für die Folgen der Staatsangehörigkeit nicht unterschieden, ob sie durch Geburt oder durch Einbürgerung erworben wurde. In den Vereinigten Staaten kann aber Präsident oder Vizepräsident nur werden, wer durch Geburt Amerikaner ist. — Der Eingebürgerte kann die Bundesangehörigkeit leichter verlieren als derjenige, der sie durch Geburt erworben hat.

Staatsangehörigkeit bei den Einzelstaaten

Die Einzelstaaten legen selbst fest, welches die Rechte und Pflichten ihrer Angehörigen sind. In einzelnen Fällen knüpft die Bundesverfassung Rechtsfolgen an die Zugehörigkeit zu einem Einzelstaat. Das ist beispielsweise in den Vereinigten Staaten der Fall. Dort ist bestimmt, daß Streitigkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Einzelstaaten von den Bundesgerichten entschieden werden können. Nach der Schweizer Verfassung dürfen nie zwei Mitglieder des Bundesrates demselben Kanton angehören. In Kanada und in Australien, wo es eine Staatsangehörigkeit bei den Einzelstaaten nicht gibt, sowie in den Vereinigten Staaten, wo eine solche Staatsangehörigkeit nur eine geringe Rolle spielt, hat der ständige Aufenthalt einer Person eine größere Bedeutung. Er kann für das Wahlrecht, für Steuerpflichten usw. ausschlaggebend sein.

Zwischenstaatliche Rechte

Eines der wichtigsten aus der Bundesangehörigkeit für einen Bürger sich ergebenden Rechte ist der Anspruch auf Gleichbehandlung in allen Mitgliedstaaten des Bundes. Außerdem ist hier das Recht auf Freizügigkeit innerhalb des gesamten Bundesgebiets zu nennen.

Folgerungen

- a) In einem neuen Bundesstaat muß es eine Bundesangehörigkeit geben.
- b) Der Bund entscheidet über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit, einschließlich der Frage der Einbürgerung. Zum mindesten muß er einen strengen Einfluß auf die einzelstaatlichen Maßnahmen ausüben. Der Bund hat darüber zu entscheiden, inwieweit der unterschiedliche Erwerb der Staatsangehörigkeit Anlaß zu besonderen Rechtsfolgen sein kann.
- c) Fast überall treffen die Verfassungen Bestimmungen für eine Koordinierung zwischen Bundes- und Staatsangehörigkeit, und zwar meistens so, daß der Bund Mindestvoraussetzungen vorschreibt und die Staaten weitere Voraussetzungen anordnen können. Eine Staatsangehörigkeit ohne Bundesangehörigkeit wird nirgends zugelassen. Das Umgekehrte ist in einzelnen Fällen möglich.
- d) Der Bund entscheidet über die Einwanderung, das Flüchtlingswesen, Ausweisung und Ausbürgerung.
- e) Zahlreiche Verfassungen haben Rechtsfolgen mit der Bundes- und Staatsangehörigkeit verbunden. Dazu zählt auch die Wehrpflicht.
- f) Fast alle Bundesstaaten verbieten den Mitgliedstaaten eine diskriminierende Behandlung der Angehörigen verschiedener Mitgliedstaaten.

13. Schutz der Verfassung

Einleitung

Wie jede verfassungsmäßige Regierungsform beruht auch das bundesstaatliche System auf einer rechtlichen Begrenzung der politischen Gewalt. In gewissen Fällen müssen die der politischen Gewalt gesetzten Grenzen nachgiebig sein, insbesondere wenn die Verfassung nur mit Mitteln verteidigt werden kann, welche die üblichen verfassungsmäßigen Befugnisse überschreiten. Die im Falle eines Krieges, wirtschaftlicher Depression oder bei einer Loslösung von Teilen des Staatsgebietes in Betracht kommenden Maßnahmen sind der Gegenstand anderer Untersuchungen. Hier haben wir es nur mit den besonderen Befugnissen zu tun, die dem Bundesstaat zur Verteidigung der Verfassung gegen einen Aufstand oder einen Umsturz zustehen.

Unruhen und Aufstände

Unruhen oder Aufstände sowie der Fall einer fremden Invasion sind die typischen Tatbestände, an die in den Verfassungen Notstandsbefugnisse geknüpft werden.

Die Exekutive in einem Bundesstaat sieht sich für Abwehrmaßnahmen in dreifacher Weise beschränkt: einmal durch die Grundrechte der Bürger, zum zweiten durch die Gewaltentrennung (die Verteilung der Macht zwischen den verschiedenen Staatsgewalten) und schließlich durch das föderalistische Prinzip, d. h. die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Mitgliedstaaten.

Notstandsmaßnahmen zur Abwehr von Unruhen und Aufständen zwingen vor allem vielfach zu einer Einschränkung der Grundrechte, beispielsweise zur Ausschließung der Pressefreiheit oder zur Beschlagnahme von Eigentum.

Da die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit an sich zu den Aufgaben der Exekutive zählt, wird diese nicht stets besonderer Befugnisse bedürfen, wenn sie eines Aufstandes oder einer Unruhe Herr werden soll. Vielfach lassen sich jedoch außergewöhnliche Vollmachten nicht entbehren. Es kann nötig werden, daß die Exekutive rechtspredende Funktionen erfüllt, beispielsweise durch die Bildung von Kriegsgerichten oder Ausnahmegerichten. Ebenso kann es nötig werden, daß gegenüber einem Aufstand oder bei Unruhen die Exekutive rechtsetzende Aufgaben übernimmt. Die Gewaltentrennung wird also insoweit aufgehoben werden.

Schließlich muß man bei einem Notstand einen Eingriff des Bundes in den Hoheitsbereich der Mitgliedstaaten zulassen. Zwar obliegt es normalerweise den Mitgliedstaaten, die innere Ordnung und Sicherheit zu garantieren. Werden sie aber mit dieser Aufgabe nicht fertig oder ist es gerade ein Mitgliedstaat,

der die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes bedroht, so muß der Bund einschreiten können.

Als Hilfsmittel kennen die Common Law-Länder vor allem die Einführung des Kriegsrechts. Dies ist ein anpassungsmäßiges Hilfsmittel. Es beruht auf der Ueberlegung, daß dort, wo die Herrschaft des Rechts (Rule of Law) unterbrochen ist, jeder Bürger für ihre Wiederherstellung einzutreten hat und daß jede zu dieser Wiederherstellung vernünftigerweise erforderliche Maßnahme gerechtfertigt ist. Hier wird also nicht im einzelnen vorherbestimmt, welche Eingriffe als Notstandsmaßnahmen in Betracht kommen. Umgekehrt ist es bei der Erklärung des Belagerungszustandes. Die mit einer solchen Erklärung verbundenen Rechtsfolgen, also beispielsweise der Umfang, in dem während des Belagerungszustandes Grundrechte eingeschränkt werden dürfen, sind im allgemeinen von vornherein festgelegt. Wenn demnach der Belagerungszustand Grenzen für die Notstandsgewalt der Regierung einschließt, so müssen diese Grenzen doch im allgemeinen sehr weit gefaßt sein. Praktisch besteht deshalb kein erheblicher Unterschied zwischen Kriegsrecht und Belagerungszustand.

Kriegsrecht und Belagerungszustand beseitigen nicht die Gewaltentrennung. Artikel 48 der Weimarer Verfassung stellt eine Ausnahme dar. Erfordert eine Notlage eine rechtsetzende Tätigkeit der Exekutive, so bleibt im allgemeinen kein anderer Weg als eine Usurpation der gesetzgebenden Gewalt mit späterer Genehmigung durch die Legislative, wie dies beispielsweise *Lincoln* beim Ausbruch des Bürgerkrieges tat. Im übrigen kann der Gesetzgeber Ermächtigungsgesetze erlassen. Doch spielt das als Abwehrmittel gegenüber inneren Unruhen keine nennenswerte Rolle.

Kriegsrecht und Belagerungszustand sind in Einheitsstaaten entwickelt worden. Man hat wenig getan, um diese Notstandsinstitute Bundesstaaten anzupassen. Das hängt damit zusammen, daß die letzte Verantwortung für die verfassungsmäßige Ordnung in einem Bundesstaat doch beim Bund liegt und daß deshalb die Bundesexekutive ebenso wie die Exekutive eines Einheitsstaates handeln können muß. Allerdings tragen in allen Bundesstaaten zunächst die Mitgliedstaaten die Verantwortung für die innere Sicherheit und Ordnung. In einzelnen Bundesstaaten wird das dadurch unterstrichen, daß die Mitgliedstaaten ausdrücklich ermächtigt werden, den Bund um Hilfe zu bitten. Das gilt beispielsweise für die Vereinigten Staaten und die Schweiz, für Australien und Kanada. Doch steht es in diesen Staaten der Bundesregierung frei, ob sie einem solchen Ersuchen stattgeben, ebenso ob sie schon vor Eingang eines solchen Ersuchens eingreifen will. Mit Ausnahme des

Bonner Grundgesetzes geben alle Verfassungen dem Bunde zu diesem Zwecke Eingriffsrechte.

Im amerikanischen Bürgerkrieg mußte mehrfach das Kriegerrecht erklärt werden. In den ersten Jahren der Weimarer Republik zwangen Unruhen sowie die Unzuverlässigkeit und Illoyalität von Länderregierungen das Reich zur Einsetzung von Reichskommissaren an Stelle der Länderregierungen. Diese Maßnahmen wurden in Anwendung von Artikel 48 der Weimarer Verfassung für zulässig gehalten. Nach den Erfahrungen aller Bundesstaaten muß es dem Bunde möglich sein, die Regierungen von Mitgliedstaaten vorübergehend zu suspendieren.

Die hier aufgezählten weitreichenden Notstandsbefugnisse können allerdings auch mißbraucht werden, so wie es der deutsche Reichskanzler *von Papen* tat, als er die sozialdemokratische Regierung Preußens durch einen Reichskommissar ersetzen ließ. Notstandsbefugnisse schließen also stets Gefahren in sich. Der Wert von Notstandsbefugnissen als Verteidigungsmittel ist aber so groß, daß moderne Verfassungen auf solche Befugnisse nicht verzichten. Auf die Frage des Schutzes gegen einen Mißbrauch ist später einzugehen.

Umsturz

Ein Umsturz ist diejenige Tätigkeit, die mit verfassungswidrigen Mitteln unmittelbar oder mittelbar eine Aenderung des verfassungsmäßigen Zustandes herbeiführen will. Bisher hat sich dieser Bericht auf einen Umsturz nur insoweit bezogen, als dieser seinen Ausdruck in offenen Aktionen findet. Ein Umsturz kann aber auch mit anderen Mitteln als mit offenen, rechtswidrigen Aktionen bewerkstelligt werden. Beispiele hierfür bieten die zahlreichen Staatsstriche in südamerikanischen Republiken. Ein weiteres Beispiel bieten die letzten Phasen von *Hitlers* Machtübernahme, wenn diese auch von zahlreichen rechtswidrigen Gewaltakten begleitet waren. In diesem Teil der Untersuchung ist zu prüfen, was zur Abwehr eines Umsturzes getan werden kann, der sich nicht offener rechtswidriger Aktionen bedient.

Verhältnismäßig einfach liegen die Dinge, wo ein offener Umsturz unmittelbar bevorsteht, wo also eine unmittelbare Gefahr besteht. Das war der Fall, als die deutsche Reichsregierung in Bayern und Sachsen eingriff. Hier kam die Reichsregierung offenen Gewaltakten zuvor. Ähnlich würde und sollte zweifellos jede Bundesregierung handeln. Allerdings besteht hier eine Gefahr: Präventive Eingriffe können besonders leicht der Deckmantel für eine mißbräuchliche Gewaltanwendung sein. Hat man es mit einem verwirklichten Umsturzversuch zu tun, so werden jedenfalls einige Gewaltakte schon begangen worden sein. Diese können dann ein, wenn auch unvollkommenes Kriterium für die Entscheidung darüber abgeben, ob ein Eingriff der Regierung erforderlich war. Steht aber nur die Vorbereitung eines Umsturzes in Frage,

so wird es meist außerordentlich schwierig sein, ein Urteil über die Notwendigkeit und damit Rechtmäßigkeit von Abwehrmaßnahmen zu fällen. Je näher die Gefahr gerückt ist, desto eindeutiger wird man entscheiden können, ob Abwehrmaßnahmen erforderlich waren. Deshalb verlangen viele Bestimmungen, daß eine erkennbare und gegenwärtige Gefahr vorliegen muß, damit von Notstandsbefugnissen Gebrauch gemacht werden darf. Aber auch diese Formel gibt keinen eindeutigen Anhaltspunkt.

Dazu kommt eine weitere Schwierigkeit: Kriegerrecht und Belagerungszustand sind entwickelt worden, um bewaffneten oder kriegerischen Aufständen zu begegnen. Sie sind als zeitlich begrenzte Maßnahmen gedacht und auch nur als solche geeignet. Als solche würden sie funktionieren können, wenn ein Umsturz mit einem bewaffneten Aufstand verbunden wird. Anders liegen aber die Dinge, wenn sich die umstürzlerischen Bestrebungen anderer Mittel bedienen und zur Entfaltung einer lange währenden, oft unsichtbaren Tätigkeit führen. Zur Abwehr einer derartigen Tätigkeit sind Belagerungszustand und Kriegerrecht wenig geeignet. Ein Beispiel hierfür liefert die Geschichte der Weimarer Republik. Die in ihren Anfangsjahren mit Aufständen verbundenen Umsturzversuche konnten mit Erfolg abgewehrt werden, nicht aber die späteren jahrelangen, auf einen Umsturz hinielenden Tätigkeiten der Kommunisten und Nationalsozialisten. Wenn auch diese beiden radikalen Parteien vor zahlreichen Gewaltakten nicht zurückschreckten, so stellten ihre gewaltsamen Handlungen nicht einen Aufstand dar; dazu fehlte es an der zeitlichen und räumlichen Konzentration. Gegen die Tätigkeit der Kommunisten und Nationalsozialisten zeigten sich die in der Weimarer Verfassung vorgesehenen Notstandsbefugnisse als wirkungslos, während sie umgekehrt Papen und Hitler bei ihren umstürzlerischen Maßnahmen halfen.

Es ist deshalb erforderlich, eine Gesetzgebung zu entwickeln, die gegen eine auf längere Zeit verteilte umstürzlerische Tätigkeit schützt. Die Versuche auf diesem Gebiet in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind zahlreich. Dabei ging man weit über die bisher gültige Auffassung hinaus, nach der eine rechtliche Verantwortlichkeit von persönlichen Handlungen abhängig war. Man begründet eine kollektive Verantwortlichkeit von Organisationen ohne Rücksicht darauf, ob sie eine unmittelbare Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung bedeuten. Das deutlichste Beispiel ist Artikel 9 Abs. 2 des Bonner Grundgesetzes. In der Schweiz, in der die Kommunistische Partei schon früher verboten wurde, ergänzte man im Jahre 1949 das Strafgesetz durch eine allgemein gehaltene Norm, welche die Beteiligung an staatsfeindlichen Organisationen strafbar macht. Auch der amerikanische Internal Security Act von 1950 ist hier zu nennen. Besondere Probleme bestehen in Bundes-

staaten, weil die Gesetzgebung des Bundes mit der der Einzelstaaten kollidieren kann. Diese Gefahr besteht insbesondere, wenn in einzelnen Staaten eine Partei regiert, die zur Mehrheitspartei des Bundes in scharfer Opposition steht.

Dieser Bericht hat es an sich nur mit der Frage zu tun, inwieweit eine gegen einen Umsturz schützende Gesetzgebung als Notstandsmaßnahme in Betracht kommt. Das ist noch zu prüfen. Problematisch ist aber vor allem, wie das Bedürfnis nach einer dauerhaften und über einen einzelnen Notstand hinausreichenden Gesetzgebung zum Schutz gegen Umsturzversuche befriedigt werden kann. Zahlreiche als Notmaßnahmen gedachte Gesetze sind tatsächlich sehr viel länger in Kraft geblieben, als dies der Absicht des Gesetzgebers entsprach.

Grenzen der Notstandsgewalt

Die Existenz und Dauer einer Notlage, die Ausdehnung und Strenge der erforderlichen Maßnahmen entziehen sich einer genauen gesetzlichen Definition. Die Maßnahmen der Regierung hängen letztlich vom politischen Urteil und vom Ermessen der Regierung ab. Damit besteht die Gefahr eines Ermessensmißbrauchs. In allen Bundesstaaten unterliegen deshalb die Notstandsmaßnahmen einer Kontrolle. Dabei bestehen Unterschiede. In der englisch sprechenden Welt wird die Kontrolle überwiegend von den Gerichten gehandhabt. Gesetzgeberische Kontrollbefugnisse werden dadurch nicht ausgeschlossen. An erster Stelle steht aber die Entscheidung der Gerichte darüber, ob die Maßnahmen der Exekutive tatsächlich erforderlich waren. Diese Entscheidungsbefugnis der Gerichte kann allerdings auf die Legislative übergehen. Die amerikanische Verfassung läßt ausdrücklich zu, daß der Kongreß in einem Notstand den wichtigsten Rechtsbehelf, das habeas corpus-Verfahren, suspendiert. Mit einer solchen Suspension wird die Kontrolle der Gerichte praktisch ausgeschlossen; es bleibt nur die Kontrolle des Gesetzgebers. Ähnlich liegen die Dinge in anderen Bundesstaaten. Vielfach kommt der Suspension aber nur eine aufschiebende Wirkung zu. Das bedeutet, daß ein gerichtliches Verfahren nach Ende der Notlage durchgeführt werden kann. Da auch alle Beamten der Rule of Law unterliegen, muß jeder Beamte, der mit einer Notstandsmaßnahme seine Befugnisse überschreitet, damit rechnen, daß er von einem Gericht zur Verantwortung gezogen wird. Darin liegt ein Schutz für die Bürger.

In den kontinentalen Staaten liegt die Kontrolle vorwiegend in der Hand des Gesetzgebers. Zwar gibt es auch hier einen gewissen richterlichen Schutz, wie es der im Oktober 1932 vom deutschen Staatsgerichtshof entschiedene Rechtsstreit Preußens gegen das Deutsche Reich gezeigt hat. Im allgemeinen sind jedoch die kontinentalen Gerichte bei der Nachprüfung

der hier maßgeblichen Fragen zurückhaltender als die angelsächsischen Gerichte. Dagegen ist die Kontrolle des Gesetzgebers stärker. Vielfach darf nur er den Belagerungszustand erklären. In anderen Fällen darf die Regierung zwar sofort handeln; sie muß aber unverzüglich um die Genehmigung des Gesetzgebers nachsuchen. Beispielsweise muß in der Schweiz der Bundesrat außerhalb der Sitzungsperiode der Nationalversammlung diese sofort einberufen, wenn er mehr als 2000 Mann Truppen eingesetzt hat oder wenn sich ein Truppeneinsatz über mehr als drei Wochen erstreckt.

Die kontinentale Gesetzgebung gegen Umsturzversuche bietet keine besonderen Probleme. In allen Bundesstaaten untersteht der Gesetzgeber insoweit richterlicher Kontrolle (mit Ausnahme des Bundesgesetzgebers in der Schweiz). Eine Besonderheit findet sich im Bonner Grundgesetz. Danach hat das Bundesverfassungsgericht darüber zu entscheiden, ob Parteien oder Organisationen umstürzlerisch und deshalb verfassungswidrig sind. Das australische Obergericht hat im Jahre 1950 das Gesetz über die Auflösung der kommunistischen Partei für ungültig erklärt, da kein nationaler Notstand vorliege, der das Gesetz als Verteidigungsmaßnahme rechtfertigen könnte.

Es fragt sich allerdings, ob die hier aufgezeigten Möglichkeiten zur Kontrolle der Notstandsgewalt ausreichen. Die Gerichte arbeiten vielfach zu langsam. Gesetzgeber und Exekutive sind oft zu nahe miteinander verbunden, als daß man einschneidende Kontrollmaßnahmen erwarten könnte. Den Versuch, richterliche Kontrolle mit einer Kontrolle des Gesetzgebers zu verbinden, hat man noch nirgends gemacht. Diese Schwäche der Kontrollmöglichkeiten sollte aber nicht zu dem Schluß führen, daß ein Mißbrauch der Notstandsgewalt leicht, wahrscheinlich oder unausweichlich sei. Artikel 48 der Weimarer Verfassung ist allerdings von Papen und Hitler mißbraucht worden. Doch muß dieser Mißbrauch vor dem Hintergrund eines Volkes gesehen werden, das in mehreren Wahlen seine Abneigung gegenüber der Verfassung erkennbar gemacht hatte. Dieser Fall kann aber nicht verallgemeinert werden. Besonders in einem Bundesstaat, in dem Parteien sich nicht nur im Bunde, sondern auch in Einzelstaaten zur Wahl stellen müssen, kann man damit rechnen, daß die Parteien Notstandsmaßnahmen verhüten werden, denen auch nur die Wählerschaft eines Gebietes ablehnend gegenüberstehen würde. Derartige politische Erwägungen erklären den Umstand, daß tatsächlich Notstandsbefugnisse bisher selten mißbraucht wurden.

Vier Forderungen sollten dagegen für die Ausübung von Notstandsbefugnissen aufgestellt werden:

- a) Die Notstandsgewalt muß legitim sein, d. h. auf der Verfassung beruhen.

- b) Die Ausübung der Notstandsgewalt muß auf einen kurzen Zeitraum beschränkt werden.
- c) Die endgültige Entscheidung über die Ausübung der Notstandsgewalt muß bei einem anderen als dem sie sich anmaßenden Organ liegen.
- d) Es muß ein Organ zur Entscheidung darüber be-

rufen sein, ob die getroffenen Maßnahmen zur Verteidigung der Verfassung gedient haben.

Dies sind die formellen Voraussetzungen, unter denen ein um die Wahrung der Verfassung besorgtes Volk Notstandsbefugnisse durchaus ertragen kann.

14. Überseeische Gebiete

Einleitung

Viele Bundesstaaten sind Kolonialmächte. In keinem der Bundesstaaten ist die Verwaltung von Kolonien für mehr als nur eine Uebergangszeit in den Händen von Mitgliedstaaten geblieben.

Für die hier zu führende Untersuchung bestehen gewisse Schwierigkeiten. Unter den Mitgliedstaaten eines etwaigen europäischen Bundes befinden sich alte Kolonialmächte, die zum Teil über eine größere koloniale Erfahrung verfügen als die hier zu untersuchenden Bundesstaaten. Im übrigen unterscheidet sich die Kolonialpolitik nicht sehr danach, ob sie von einem Einheits- oder einem Bundesstaat betrieben wird. Die vom deutschen Kaiserreich betriebene Kolonialpolitik ist beispielsweise der Politik der übrigen europäischen Kontinentalstaaten weit ähnlicher als der Kolonialpolitik der in diese Betrachtung einbezogenen Bundesstaaten (Australien, Kanada und Vereinigte Staaten). Trotzdem mag die vergleichende Betrachtung auch für einen europäischen Bund von Nutzen sein.

Natur und Struktur der abhängigen Gebiete

Zahlreiche Einzelstaaten der Vereinigten Staaten sind aus abhängigen Bundesterritorien entstanden. Heute erwartet Hawaii seine Aufnahme in den Bund als gleichberechtigter Mitgliedstaat. Auch in Kanada entstanden Provinzen aus vom Dominion abhängigen Territorien.

Im Jahre 1898 trat Spanien die Philippinen, Guam und Puerto Rico an die Vereinigten Staaten ab. Diese Gebiete haben sich unterschiedlich entwickelt. Eine schrittweise Entwicklung führte 1946 zur völligen Unabhängigkeit der Philippinen, ein ungewöhnliches historisches Ereignis. Im Juli 1952 wurde das Commonwealth von Puerto Rico Wirklichkeit. Seine Rechtsstellung ist nicht dieselbe wie die von Hawaii oder die der Philippinen. Regierung und Verwaltung in Puerto Rico gleichen den Institutionen der amerikanischen Staaten. Puerto Rico ist aber im Kongreß der Vereinigten Staaten nicht vertreten, und seine Bürger sind an der Wahl des amerikanischen Präsidenten nicht beteiligt. Der Status von Puerto Rico ist in einem Vertrag mit den Vereinigten Staaten festgelegt. Beide bilden eine Union. Die gewählte Form ist ein Novum in der Geschichte. In gewisser Weise ist der Fall Algeriens vergleichbar. Algerien

besitzt zwar auch nur eine beschränkte Unabhängigkeit, ist aber im Gegensatz zu Puerto Rico an der Regierung in Paris beteiligt. Die Rechtsstellung von Puerto Rico trägt dem Grundsatz Rechnung: Einheit mit Vielheit. Es zeigt sich also, daß ein Bundesstaat in der Lage ist, die von ihm abhängigen Gebiete in sehr vielfältigen Formen zu entwickeln.

Im übrigen besitzen die drei Bundesstaaten noch andere abhängige Gebiete, die mit Rücksicht auf ihre geographische Lage, geringe Bewohnerzahl oder ihren rückständigen Entwicklungszustand oder aber als Treuhandgebiete der Vereinten Nationen nicht Teile des Bundesstaats werden können.

Uebertragung und Erwerb unselbständiger Gebiete

Für einen Teil der Bundesstaaten bestand bei der Gründung kein koloniales Problem. Die Vereinigten Staaten und Australien mußten sich dagegen mit der Frage befassen, was mit den von den Einzelstaaten abhängigen Gebieten werden sollte. In den Vereinigten Staaten waren die Einzelstaaten zur Abgabe von Gebieten an den Bund nicht bereit. Umgekehrt verliefen die Dinge in Australien.

a) Die Frage der abhängigen Gebiete war bei der Gründung der Vereinigten Staaten eine Quelle vieler Schwierigkeiten. Es war zu entscheiden, ob man den Ansprüchen einzelner Staaten auf weite, noch unerschlossene Gebiete im Westen nachgeben oder ob man diese Gebiete für den Bund in Anspruch nehmen sollte. Nach langen Auseinandersetzungen setzte sich die Meinung durch, daß die strittigen Gebiete dem Bunde zukommen müßten. Im Jahre 1780 beschloß man, daß die den Vereinigten Staaten übergebenen Gebiete dem gemeinsamen Nutzen der Vereinigten Staaten dienen und zu selbständigen und gleichberechtigten republikanischen Staaten entwickelt werden sollten. Nach diesem Beschluß begannen die Einzelstaaten, ihre westlichen Gebiete dem Bund zu übertragen, der sie zunächst als Bundesterritorien übernahm.

b) In Australien besaßen die Einzelstaaten ebenso wie in den Vereinigten Staaten weite unerschlossene Gebiete. Im Gegensatz zu den amerikanischen waren aber die australischen Gebiete lediglich eine Quelle von Unkosten, und eine gewinnbringende Erschließung war nicht zu erhoffen. Deshalb erstrebten die einzelnen Staaten eine Uebernahme dieser Gebiete durch den Bund. Ein Beispiel hierfür ist die Ge-

schichte von Papua (Neu-Guinea). Es wurde zu einem britischen Protektorat gemacht, nachdem sich die australischen Kolonien zur Zahlung von Beiträgen verpflichtet hatten. Die meisten Beiträge blieben jedoch aus. Schließlich übernahm Queensland die Annexion, nachdem ihm zwei andere Kolonien die Uebernahme von zwei Dritteln der Unkosten fest zugesagt hatten. Als das australische Commonwealth geschaffen wurde, erhielt Queensland zunächst vom Bund eine Unterstützung für die Verwaltung von Papua. Im Jahre 1905/06 übernahm dann das Dominion Papua selbst.

Unter ähnlichen Voraussetzungen übernahm der Bund im Jahre 1911 von Südastralien weite unwirtliche nordaustralische Territorien.

c) Die Verwaltung Papuas durch Queensland ist einer der wenigen Fälle in der Geschichte, in denen ein Einzelstaat nach dem Beitritt zu einem Bunde eine Kolonie weiter verwaltete. Ein anderer Fall ist der der Insel Norfolk, die bis 1913 durch den Gouverneur von Neusüdwaies verwaltet wurde. Anders lagen die Dinge in Labrador. Zunächst war es Gegenstand eines Streites zwischen Kanada und Neufundland. Im Jahre 1949 wurde es ein Teil der zehnten kanadischen Provinz; es wurde also niemals ein Bundesterritorium oder ein abhängiges Gebiet einer Provinz.

Es zeigt sich somit, daß in den beiden einzigen Bundesstaaten, deren Mitgliedstaaten bei der Gründung des Bundes abhängige Gebiete besaßen, diese Gebiete nach kurzer Zeit auf den Bund übergingen.

d) Vier Bundesstaaten haben als solche Gebiete erworben. Dabei sind sie nicht anders verfahren, als Einheitsstaaten dies tun. Jedesmal wurde der Gebiets-erwerb durch die Bundesregierung vollzogen, der auch die Verwaltung der Kolonien obliegt. Die Vereinigten Staaten haben in verschiedener Art und Weise fremde Gebiete erworben. Kanada unterstellte sich verschiedene Gebiete, die bereits vorher der englischen Krone unterstanden und von der Hudson Bay Company verwaltet wurden. Australien erwarb durch Okkupation und durch einfache Proklamation (so die antarktischen Gebiete), oder aber durch Vertrag mit dem Völkerbund und den Vereinten Nationen (heutige Treuhandgebiete). Das deutsche Kaiserreich erwarb Kolonien auf diplomatischem Wege, d. h. durch Protektoratsverträge mit den eingeborenen Fürsten.

Regierung der überseeischen und anderen abhängigen Gebiete

a) Die Verfassungen von Australien, Kanada und der Vereinigten Staaten ermächtigen den Bund, für die Regierung der abhängigen Gebiete zu sorgen und neue Staaten aufzunehmen. Die australische und kanadische Verfassung räumen dem Bund außerdem das Recht ein, eine Vertretung der abhängigen Gebiete durch die oder in der Legislative des Bundes

vorzusehen. In den Vereinigten Staaten hat der Bund auch ohne diese ausdrückliche Ermächtigung die entsprechenden Maßnahmen getroffen. Nach allen genannten Verfassungen stehen dem Bund über die abhängigen Gebiete größere Rechte zu als über die Mitgliedstaaten.

b) Ein Teil der abhängigen Gebiete ist an der Gesetzgebung überhaupt nicht beteiligt. Das gilt für die früheren deutschen Kolonien und bis vor kurzer Zeit für Papua (Neu-Guinea). Sehr viel häufiger ist es heute, daß Kolonien eigene gesetzgebende Körperschaften oder Organe haben, mögen diese nun aus Wahlen hervorgehen oder ernannt werden. Einen weiteren Schritt haben diejenigen Gebiete getan, die durch einen nicht stimmberechtigten Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes vertreten sind. Das ist der Fall bei Hawaii, Puerto Rico und Alaska. Das nordaustralische Territorium ist im australischen Parlament durch einen Abgeordneten vertreten, der nur in den sein Territorium angehenden Fragen ein Stimmrecht hat. Yukon sowie das nordwestliche Territorium sind im kanadischen Parlament durch stimmberechtigte Abgeordnete vertreten.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat von seinem Recht, in die Gesetzgebung von Hawaii oder Puerto Rico einzugreifen, so gut wie keinen Gebrauch gemacht.

c) Selbst in denjenigen Gebieten, die schon eine weitgehende Selbständigkeit genießen, ist die Regierung von der Regierung des Mutterlandes abhängig. Meistens ist der Gouverneur der Ausdruck der Fremdverwaltung. Sehr wesentlich ist es, ob er dem Mutterland entstammt oder aber dem abhängigen Gebiet. In Puerto Rico wird der Gouverneur heute vom Volke gewählt.

d) Die Gerichte sind in der Mehrzahl der Fälle dem Bunde, nicht der Kolonie gegenüber verantwortlich. In den von den Vereinigten Staaten abhängigen Gebieten gibt es vielfach landeseigene Gerichte und daneben regionale Bundesgerichte zur Entscheidung in Fragen des Bundesrechts und der Bundesverfassung. In Alaska und auf den Jungfrau-Inseln entscheiden Bundesrichter auch über das örtliche Recht. Auf den Philippinen bestand kein Bundesgericht.

e) Die Verteidigung sowie die Vertretung der abhängigen Gebiete in auswärtigen Angelegenheiten ist durchweg Sache des Bundes.

f) Einer der entscheidenden Gründe, die für die Gleichberechtigung von Alaska und Hawaii als Mitgliedstaaten im Bund sprechen, ist die Tatsache, daß ihre Einwohner in vollem Umfang Bundessteuern zahlen. Puerto Rico ist von den Bundessteuern befreit. Das hat besondere historische Gründe. Andere abhängige Gebiete genießen derartige Vorzüge nicht. Die abhängigen Gebiete unterliegen im allgemeinen den Steuergesetzen des Mutterlandes. In Kanada besteht auch für die abhängigen Territorien

eine einheitliche Steuerverwaltung und ein einheitliches Steuersystem.

Mit Ausnahme der Panama-Kanalzone und von Samoa bilden die von den Vereinigten Staaten abhängigen Gebiete mit dem Mutterland einen einheitlichen Markt. Die Einfuhren aus dritten Staaten werden in Alaska, Puerto Rico und Hawaii den Bundeszöllen, in den Philippinen eigenen Zöllen und in Guam und Samoa besonderen Zöllen unterworfen. Puerto Rico genießt eine Vorzugsstellung: es braucht die Zölle nicht an den Bund abzuführen. Man kann von einer Zollunion zwischen den Vereinigten Staaten und Puerto Rico sprechen. Der heutige Gouverneur von Puerto Rico hat im übrigen festgestellt, daß mit Rücksicht auf die von den Vereinigten Staaten vereinbarten Meistbegünstigungsklauseln ein völlig freier Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Puerto Rico nicht hätte erhalten werden können, wenn Puerto Rico völlig unabhängig geworden wäre. Deshalb habe man eine besondere Form für die Verbindung von Puerto Rico mit den Vereinigten Staaten finden müssen. Bestimmend seien dabei die Erfahrungen der Philippinen gewesen, die jetzt als Ausland behandelt werden. Eine gewisse Uebergangslösung erleichtert jedoch den Philippinen die Anpassung an diesen Zustand.

g) Die Bürger von Hawaii, Alaska und Puerto Rico sind Bürger der Vereinigten Staaten, ebenso die Bewohner von Guam und den Jungfrau-Inseln. Die Bürger aller von den Vereinigten Staaten abhängigen Gebiete können in den Vereinigten Staaten nicht als Ausländer im Sinne der Einwanderungsgesetze angesehen werden. Sie können frei in die Vereinigten Staaten einreisen und sich innerhalb der Vereinigten

Staaten frei bewegen. Dasselbe Recht haben die Bürger von Puerto Rico.

Das australische Staatsangehörigkeitsgesetz von 1948 gewährt die australische Staatsangehörigkeit auch allen in Neuguinea geborenen britischen Untertanen. Die Papuas sind also jetzt Australier.

Folgerungen

Die in den untersuchten Bundesstaaten gemachten Erfahrungen können nur schwer für eine europäische Gemeinschaft benutzt werden. Einen wesentlichen Schluß kann man jedoch aus dieser Betrachtung ziehen: Jedenfalls muß die Verwaltung der kolonialen Gebiete in die Hände des Bundes übergehen. Das ist notwendig, weil der Bund die Verteidigung und die Vertretung der abhängigen Gebiete in auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen hat. Die Verteidigung der Kolonien kann nicht den Einzelstaaten überlassen bleiben. Die selbständige Führung ihrer Verteidigungspolitik für die Kolonien könnte sie nämlich auf allen, vor allem den militärischen und wirtschaftlichen Gebieten in einen beträchtlichen Widerspruch zur Bundespolitik versetzen. Im übrigen würden die Mitgliedstaaten kaum bereit sein, für die Verteidigung von Kolonien anderer Bundesmitglieder mitzusorgen, wenn die Verwaltung für diese Kolonien nicht durch den Bund geführt wird. Schließlich wird es unter Umständen nötig sein, abhängige Gebiete mit dem Bund zu einem Markt zusammenzufassen. Das alles erfordert, daß diese Gebiete auf den Bund übergehen, so wie das die vorliegenden Erfahrungen zeigen, mögen nun die Gebiete im einzelnen Zuschüsse erfordern oder aber Nutzen bringen.

15. Zulassung neuer Staaten, territoriale Veränderungen und Abtrennung von Gebietsteilen

Die Problemstellung

Die Frage einer Zulassung neuer Staaten, territorialer Veränderungen und einer Abtrennung von Gebietsteilen hat für alle Bundesstaaten zum Teil eine erhebliche Rolle gespielt. Für einen kommenden europäischen Bund dürfte sie von wesentlicher Bedeutung sein, besonders wenn man davon ausgeht, daß die sechs sich zunächst zusammenschließenden Staaten als Kern eines größeren Europa angesehen werden wollen. Die Zulassung neuer Staaten zu einer europäischen Gemeinschaft wird vor allem davon abhängen, daß die zuzulassenden Staaten auch zu den europäischen Staaten gehören.

Die Vereinigten Staaten haben sich durch Aufnahme zahlreicher Staaten in den Bund entwickelt. Aber nur in zwei Fällen waren die Neuaufgenommenen unabhängige Staaten.

Als treibende Kraft für die Bildung des Deutschen

Bundes im 19. Jahrhundert wirkte das Nationalbewußtsein, das auf einen Zusammenschluß aller Deutschen drängte. Das britische Commonwealth ist eine Staatengemeinschaft ganz eigener Art, die aber immerhin auf einen gemeinschaftlichen Ursprung, eine gemeinsame Geschichte und Ueberlieferung sowie gemeinsame Interessen sich stützen kann. Zu der werdenden europäischen Gemeinschaft treten dagegen sechs Staaten zusammen, für deren Zusammenschluß keine vergleichbare gemeinsame Kraft wirkt und für die keine vergleichbaren gemeinschaftlichen Grundlagen vorhanden sind. Besondere Probleme ergeben sich aus der Tatsache, daß die für einen Zusammenschluß in Europa über die sechs Staaten hinaus in Betracht kommenden Staaten von sehr unterschiedlicher Struktur sind und daß beispielsweise Großbritannien als potentieller Mitgliedstaat dem gesamten Bund an Stärke gleichkommt.

Die Zulassung neuer Staaten sowie territoriale Veränderungen innerhalb eines Bundesstaates sind Probleme von gleicher Bedeutung. Veränderungen innerhalb des Bundes sind vor allem wichtig, weil dadurch das erforderliche Gleichgewicht der Staaten innerhalb eines Bundes erhalten werden kann. Hierfür ist das Saar-Problem ein Beispiel, während die Frage der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands sowie das Problem Triest eher zu der ersten Gruppe von Fragen, d. h. zur Zulassung neuer Staaten zu rechnen sein dürften.

Zur Frage einer Loslösung einzelner Mitgliedstaaten vom Bund nehmen die Bundesverfassungen in der Regel keine Stellung. Für einen aus sehr selbstständigen Staaten sich bildenden europäischen Bund ist die Frage aber von großer Bedeutung. Vielleicht können Bedenken gegen einen Beitritt zum Bund überwunden werden, wenn ein Weg zum Ausscheiden erhalten bleibt.

Zulassung neuer Staaten zum Bund *Verfassungsbestimmungen*

Man kann drei Wege unterscheiden: einmal die Einräumung der Staatlichkeit an bisher abhängige Bundesterritorien und ihre Gleichstellung mit den Mitgliedstaaten; zweitens die Gewährung der Unabhängigkeit an eine Kolonie durch einen Mitgliedstaat und deren Aufnahme in den Bund; drittens die Aufnahme unabhängiger Staaten in den Bund.

Die amerikanische und die australische Verfassung regeln die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten ohne Rücksicht auf diese Unterscheidung. Zuständig für die Aufnahme ist der Gesetzgeber. Nach dem British North America Act kann Kanada durch sein Parlament eine Petition an die Krone richten und die Zulassung eines neuen Staates erbitten. Dasselbe Gesetz bestimmt auch, daß gleichzeitig eine Petition von einer Kolonie ausgehen muß, wenn diese als Provinz in das kanadische Dominion aufgenommen werden soll.

Das deutsche Grundgesetz kennt kein besonderes Zulassungsverfahren. Doch bestimmt es in Artikel 23 über seine Inkraftsetzung in den der Bundesrepublik nicht zugehörenden deutschen Ländern im Zuge ihres Beitritts zur Bundesrepublik. Das Grundgesetz verlangt, daß die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes entsprechen muß.

Geschichte der Zulassung neuer Staaten

Eine Zulassung unabhängiger Staaten zu einem Bundesstaat kennt die Geschichte nur in dem Fall von Vermont und von Texas. 29mal ist in den Vereinigten Staaten ein Bundesterritorium zum Mitgliedstaat geworden. In ähnlicher Weise erwarben kanadische Gebiete den Rang von Provinzen. Während

in den Vereinigten Staaten die Initiative meistens von den einzelnen Gebieten ausging, lag sie in Kanada in den meisten Fällen beim Dominion. Noch zwei Territorien, Hawaii und Alaska, erwarten ihre Aufnahme in die Vereinigten Staaten. Der stärkste Widerstand gegen diese Aufnahme kommt von den Südstaaten, die eine ihnen ungünstige Kräfteverschiebung im Senat als Folge einer Aufnahme befürchten.

In Kanada und Australien erstreben verschiedene Gebiete den Status einer Provinz oder eines Staates.

Die Schweiz zeigt keinerlei Wunsch, neue Staaten zur Eidgenossenschaft zuzulassen. Als nach dem Ersten Weltkrieg Vorarlberg mit einer großen Mehrheit der Bevölkerung den Wunsch nach Zulassung zur Eidgenossenschaft aussprach, hat die Schweiz diesen Wunsch nicht unterstützt. Das war sehr weise, denn mit der Aufnahme hätten sich möglicherweise Spannungen zwischen der Schweiz und Oesterreich oder sogar Deutschland ergeben. Im übrigen widersetzten sich in der Schweiz vor allem die französisch sprechenden Teile der Aufnahme von Vorarlberg, da sie eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses befürchteten.

Umgliederung oder Teilung von Staaten

Umgliederungen von Einzelstaaten innerhalb eines Bundes haben nur sehr selten und meist nur in einer Uebergangszeit nach der Neubildung eines Bundes stattgefunden. Trotzdem enthalten fast alle Verfassungen Bestimmungen hierüber. Im allgemeinen wird die Zustimmung des Bundesparlaments und der Parlamente der betroffenen Einzelstaaten verlangt. Nur die australische Verfassung enthält eine Bestimmung über die Uebertragung einzelstaatlicher Gebietsteile an den Bund. In den Vereinigten Staaten hat eine solche Uebertragung tatsächlich stattgefunden. Das Bonner Grundgesetz stellt als einzige Verfassung gewisse Kriterien für eine Neugliederung des Bundes auf: landsmannschaftliche Verbundenheit, geschichtliche und kulturelle Zusammenhänge, wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und soziales Gefüge.

In Oesterreich und in Deutschland wurden Umgliederungen vollzogen, um territoriale Forderungen zu befriedigen, die zur Zeit der Bildung des Bundes bestanden. Die Bildung des Südweststaates in der deutschen Bundesrepublik konnte erst nach einer Intervention des Bundes erfolgen, da einer der beteiligten Staaten seine Zustimmung verweigerte.

Die deutsche Bundesrepublik ist der einzige der untersuchten Bundesstaaten, in dem die Umgliederung der Mitgliedstaaten wirklich ein Problem bedeutet. Das Problem ist dadurch geschaffen worden, daß die Besatzungsmächte nach dem Zusammenbruch zunächst künstliche Ländergrenzen zogen.

Lostrennung von Gebietsteilen

Keine Verfassung enthält Bestimmungen über eine Loslösung von Teilen des Bundesgebietes. Einige

Staaten, welche die australische und die kanadische Verfassung ratifiziert haben, brachten bei der Ratifizierung zum Ausdruck, daß ihr Recht zum Austritt aus dem Bund erhalten bleibe.

Die Theorie zu dieser Frage ist vor allem in den Vereinigten Staaten entwickelt worden, und zwar zunächst unter dem Einfluß von *Jefferson*. Dieser geht davon aus, daß die Bundesgewalt durch eine Delegation von seiten der Staaten begründet wird, die allein wirklich souverän bleiben und bei denen die oberste Gewalt verbleibt. *Calhoun* hat diese Theorie voll entwickelt. Nach seiner Auffassung entscheiden besondere Versammlungen in den Einzelstaaten darüber, ob Bundesgesetze verfassungsmäßig sind. Auf diese Theorie berief sich Süd-Carolina gegenüber den Zollgesetzen von 1828 und 1834. Diese Theorie lag der Entwicklung bis zu den Sezessions-Kriegen zugrunde. Der Sieg der Nordstaaten entschied die Rechtsfrage, ob einzelne Staaten ein Recht zur Loslösung vom Bunde haben. In Entscheidungen nach den Sezessions-Kriegen verneinte der Oberste Gerichtshof die Existenz eines solchen Rechtes.

Eine Loslösungsbestrebung westaustralischer Gebiete wurde 1933 durch einen gemischten Ausschuß des britischen Parlamentes abschlägig beschieden. Die Entscheidung des Ausschusses kam der Verweigerung des Lösungsrechtes gleich. Die Schweizer Verfassung und das Bonner Grundgesetz kennen eine Loslösung einzelner Staaten nicht. Nach Artikel 37 des Grundgesetzes darf der Bund gegen Länder intervenieren, die ihre Pflichten gegenüber dem Bund nicht erfüllen. Hierzu wird man auch die Intervention gegen ein Land rechnen müssen, das sich vom Bund lösen will.

Folgerungen

Zulassung neuer Staaten

Für die Entscheidung über die Zulassung eines neuen Mitgliedstaates dürfte nach allen Bundesverfassungen der Bundesgesetzgeber zuständig sein. Er setzt durch Gesetz oder durch Vertrag mit dem zuzulassenden Staat die Bedingungen für den Anschluß fest. Entscheidende Gesichtspunkte für die Aufnahme eines neuen Staates sind seine Verfassungsordnung, seine Vertretung im Bundesparlament, die Regelung des staatlichen Eigentums, eine etwaige Schuldübernahme durch den Bund, Zollfragen.

Im allgemeinen lassen die Bundesstaaten neue Staaten als Mitgliedstaaten bereitwillig zu, wenn die Zulassung die nationale Sicherheit nicht beeinträchtigt und den Frieden mit den Nachbarstaaten nicht gefährdet. Widerstände gegen die Zulassung sind vor allem zu erwarten, wenn die Zulassung zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses im Oberhaus führt. Man könnte daran denken, die Zu-

lassung von der Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit in dem Bundesstaat abhängig zu machen. Doch sollte man keine zu restriktiven Bestimmungen in eine Verfassung aufnehmen. Im übrigen könnte man das Verfahren unterschiedlich ausgestalten je nach der Art der Staaten, die aufgenommen werden sollen.

Die Bundesverfassung stellt an sich schon eine Zusammenfassung der Bedingungen dar, die ein aufzunehmender Staat erfüllen muß. Darüber hinaus sollte man dem Bundesgesetzgeber freie Hand für die Festsetzung der Bedingungen für einen Anschluß lassen. Auf diese Weise können die Bedingungen am besten den jeweiligen Gegebenheiten angepaßt werden.

Territoriale Umgliederung

Praktisch haben die meisten Staaten Umgliederungsbestrebungen widerstehen können. Man könnte die Initiative für eine etwaige Umgliederung dem Bund und den Einzelstaaten überlassen. Erleichtert man die Durchführung einer territorialen Umgliederung, so würde man ermöglichen, daß gewissen wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklungen Rechnung getragen werden kann. Wird aber die Erleichterung in der Weise durchgeführt, daß Bund oder Mitgliedstaaten von der Mitwirkung bei einer Umgliederung ausgeschlossen werden, dann müßte darin ein unberechtigter Ausschluß unmittelbar Beteiligter von der Entscheidung über die sie angehenden Fragen gesehen werden. Erschwert man eine Umgliederung, so kann dies kleineren Staaten den Beitritt zu einem Bund leichter machen. Auf der anderen Seite werden sachlich gebotene Gebietsänderungen auf diese Weise vielleicht verhindert.

Lostrennung vom Bund

Alle Sezessionsbestrebungen sind bisher überwunden worden. Ermöglicht man den Mitgliedstaaten den Austritt aus dem Bund, so werden sie vielleicht leichter bereit sein, dem Bund beizutreten. Sehr nachteilig würde es aber für den Bund sein, wenn auf diese Weise ein wichtiger Mitgliedstaat seinen Austritt wirklich vollziehen würde. Praktisch würde der Bund stets von den Einzelstaaten abhängig sein, da diese jederzeit ihren Austritt erklären oder doch mit diesem Austritt drohen könnten. Ueberdies müßten der Bund und die Mitgliedstaaten bei ihrer Politik stets die Möglichkeit in Rechnung stellen, daß ein Mitgliedstaat sich vom Bund löst. Deshalb bestehen Bedenken gegen die Aufnahme einer Bestimmung in die Bundesverfassung, die den Mitgliedstaaten die Loslösung vom Bund erlaubt. Bezeichnenderweise hat Frankreich von den Vereinigten Staaten und von England eine Garantie gegen den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verlangt.

16. Verfassungsänderung

Allgemeines

Das entscheidende Problem bei Verfassungsänderungen liegt in der Aufgabe, zwei Dinge miteinander zu vereinen: Einerseits müssen unüberlegte, vorschnelle Verfassungsänderungen vermieden werden. Andererseits müssen wünschenswerte und sachlich begründete Verfassungsänderungen ermöglicht werden.

Alle Verfassungen haben anerkannt, daß ein Bedürfnis nach einer Verfassungsänderung bestehen kann. Alle Verfassungen haben deshalb auch eine Möglichkeit zur Verfassungsänderung eröffnet. Ebenso haben aber alle Verfassungen die Durchführung der Verfassungsänderung gegenüber der normalen Gesetzgebung erschwert. Dabei sind drei verschiedene Wege gewählt worden:

- a) Nach der australischen, der Schweizer und der amerikanischen sowie unter gewissen Voraussetzungen nach der Weimarer Verfassung erfolgt die Verfassungsänderung in zwei voneinander getrennten Phasen. Man unterscheidet die Einleitung des Verfahrens von der Beschlußfassung. Zwischen beiden liegt ein Zeitraum für die öffentliche Erörterung.
- b) Mit Ausnahme der kanadischen Verfassung verlangen alle Verfassungen, nach denen eine Verfassungsänderung allein durch einen Beschluß des Gesetzgebers zustande kommen kann, daß dieser Beschluß in wenigstens einer der Phasen mit qualifizierter Mehrheit gefaßt wird. Besonders anspruchsvoll ist die amerikanische Verfassung. Sie erfordert eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses für die Initiative und die Zustimmung von drei Vierteln der Staaten für die Verabschiedung einer Verfassungsänderung.
- c) Wo, wie in der Schweiz und in Australien, eine qualifizierte Mehrheit nicht gefordert wird, ist statt dessen ein Referendum vorgesehen. So kann in Australien die Initiative zur Verfassungsänderung vom Parlament mit einfacher Mehrheit ergriffen werden. Die Beschlußfassung erfordert aber, daß die Hälfte aller Wähler und die Hälfte aller australischen Staaten zustimmen. Ähnlich ist es in der Schweiz; allerdings kann dort die Initiative auch vom Volk ausgehen.

Organe der Verfassungsänderung

In einer Reihe von Staaten ist der Gesetzgeber für die Verfassungsänderung zuständig, in anderen Staaten ist er an der Verfassungsänderung wesentlich beteiligt, sei es, daß ihm allein das Initiativrecht für Verfassungsänderungen zusteht, sei es, daß er vom Volk ausgehende Vorschläge ablehnen oder abändern

kann. Der Einfluß beider Häuser des Parlaments auf eine Verfassungsänderung kann gleich stark sein, wie das in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten und in der Westdeutschen Bundesrepublik der Fall ist. Nach anderen Verfassungen hat das Unterhaus eine stärkere Stellung. In der Verfassung der Vereinigten Staaten ist vorgesehen, daß die einzelstaatlichen Gesetzgebungsorgane bei einer Verfassungsänderung mitwirken. Eine Verfassungsänderung kann hier in Kraft treten, wenn drei Viertel der einzelstaatlichen Parlamente zugestimmt haben. Aus dieser Bestimmung haben sich bisher keine Schwierigkeiten ergeben. Nur fünf von insgesamt 27 Aenderungsvorschlägen haben nicht die nötige Mehrheit gefunden.

Nach den deutschen Bundesverfassungen kommt den Einzelstaaten eine besondere Rolle bei Verfassungsänderungen zu, da hier die Abgeordneten im Oberhaus nach den Weisungen der sie entsendenden Staaten zu handeln haben. Die Schweizer und die australische Verfassung geben den Einzelstaaten einen anderen Schutz: Der Verfassungsänderung muß die Mehrheit der Wähler nicht nur im Bund, sondern auch innerhalb jedes Einzelstaates zustimmen. An dieser Bestimmung ist eine Verfassungsänderung nur einmal in der Schweiz und dreimal in Australien gescheitert. Einzelne Verfassungen treffen besondere Bestimmungen zum Schutz solcher Staaten, die durch eine Verfassungsänderung unmittelbar betroffen werden. In Kanada wollte man Verfassungsänderungen insoweit von der Zustimmung der Provinzen abhängig machen, als sie für diese von besonderer Bedeutung sein würden. Doch konnte man sich nicht über eine Abgrenzung der Fälle einigen; deshalb unterblieb eine entsprechende Regelung.

Die Schweizer Verfassung gibt dem Volk ein Initiativrecht für die Verfassungsänderung. Zahlreiche Aenderungsvorschläge sind auf diese Weise zustande gekommen. Jedoch nur ein Fünftel unter ihnen hat die erforderliche Zustimmung gefunden. Dagegen sind 19 von den 22 seit 1918 von der Legislative eingebrachten Aenderungsvorschlägen verabschiedet worden.

Die Schweizer und die australische Verfassung erfordern eine Volksabstimmung für die Beschlußfassung über die Verfassungsänderung. In Australien ist auf diese Weise nur ein sehr kleiner Teil, in der Schweiz die Hälfte der Aenderungsvorschläge angenommen worden. Die Weimarer Verfassung sah die Mitwirkung des Volkes in gewissen Fällen vor. Die amerikanische Verfassung erlaubt eine Beschlußfassung über Verfassungsänderungen durch besondere Versammlungen in den Einzelstaaten. Praktisch kommt das einer Volksabstimmung gleich. Gegen die

Beteiligung des Volkes an einer Verfassungsänderung hat man vor allem eingewendet, daß die mit der Verfassungsänderung zusammenhängenden Fragen zu schwierig und zu technisch seien, so daß man sie einer Entscheidung durch das Volk nicht überlassen könne. In der Schweiz hat man versucht, den durch die Beteiligung des Volkes begründeten Gefahren dadurch zu begegnen, daß man der Legislative die Möglichkeit zu Aenderungs- und Gegenvorschlägen gab. Derartige Gegenvorschläge hatten sehr viel häufiger Erfolg als die vom Volk ausgehenden Anträge.

Besondere Verfahren

je nach dem Gegenstand der Verfassungsänderung

Mehrere Verfassungen machen die Verfassungsänderung in gewissen Fällen von besonderen Voraussetzungen abhängig oder gar unmöglich.

a) Nur das deutsche Grundgesetz schließt einzelne Verfassungsänderungen völlig aus, so jede Aenderung, welche die Aufteilung des Bundes in Länder oder die Beteiligung der Länder an der Bundesgesetzgebung beseitigen würde. Dasselbe gilt für die Abänderung bestimmter Grundrechte oder des Charakters der Bundesrepublik als eines demokratischen und sozialen Bundesstaates mit einer geschriebenen Verfassung und Gewaltentrennung.

Die amerikanische Verfassung hat die Aenderung einiger ihrer Bestimmungen für einige Jahre verboten. Das war die Folge eines Kompromisses über die Sklavenfrage.

b) In den Vereinigten Staaten entscheidet der Kongreß darüber, ob eine Verfassungsänderung durch die Parlamente der Einzelstaaten oder aber durch besondere Versammlungen in den Einzelstaaten (im letzteren Fall praktisch durch Volksabstimmung) beschlossen werden soll. Auf diese Weise können gewisse Aenderungen von der Zustimmung des Volkes abhängig gemacht werden.

c) Nur die Schweizer Verfassung enthält Bestimmungen über eine Gesamtrevision der Verfassung.

Andere Methoden der Verfassungsentwicklung

a) Es hat sich eingebürgert, in die Verfassungen einzelne Uebergangsbestimmungen oder Bestimmungen von zeitlich begrenzter Dauer aufzunehmen, die meistens gelten, bis der Bund gewisse Aufgaben von den Einzelstaaten tatsächlich übernommen hat. Das ist ein vernünftiges Verfahren besonders bei der Bildung neuer Bundesstaaten.

b) Die deutschen Verfassungen und die Schweizer Verfassung enthalten Bestimmungen, die es dem Parlament oder der Exekutive erlauben, in Krisenzeiten die Verfassung ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen. Seit 1949 darf die Schweizer Bundesversammlung Notstandsgesetze beschließen, die dem Referendum nicht unterstehen und die Grenzen der Verfassung überschreiten dürfen. Doch

ist die Gültigkeit dieser Gesetze grundsätzlich auf ein Jahr beschränkt. Nach der Weimarer Verfassung hatte der Reichspräsident das Recht, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen. Nach dem Bonner Grundgesetz kann der Gesetzgebungsnotstand erklärt werden; doch darf das nicht zu einer Verfassungsänderung führen.

c) In Australien kann der Bund erweiterte Gesetzgebungsbefugnisse ausüben, soweit ihm die Einzelstaaten solche Befugnisse übertragen. Von dieser Bestimmung ist kaum Gebrauch gemacht worden.

d) Das Wohnheitsrecht hat für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Dominions und Großbritannien sowie in der amerikanischen Entwicklung eine große Rolle gespielt. Ebenso hat die Auslegung der Verfassung in den Vereinigten Staaten, in Australien und Kanada viel zur Verfassungsentwicklung beigetragen. Das gilt besonders für die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Einzelstaaten. In Kanada ging die Entwicklung dahin, die Befugnisse des Dominions zugunsten der Provinzen einzuschränken. Umgekehrt verlief die Entwicklung in Australien; in Ausübung seiner Verteidigungsgewalt hat dort der Bund zahlreiche Aufgaben übernommen.

Im übrigen erlaubt die Verfassungsinterpretation insbesondere eine kontrollierte Ausübung von Regierungsbefugnissen in Notzeiten. Ein Beispiel hierfür ist die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre in den Vereinigten Staaten.

Folgerungen

Eine Verfassung muß Vorsorge dafür treffen, daß Aenderungen nur nach reiflicher Ueberlegung vorgenommen werden können. Andererseits darf sie Aenderungen nicht zu sehr erschweren, damit nicht Aenderungen außerhalb der Verfassung provoziert werden.

Die Trennung einzelner Phasen bei der Verfassungsänderung und die Beteiligung verschiedener Organe in jeder Phase erschwert zwar das Verfahren, bewirkt aber zugleich, daß die vorgeschlagene Aenderung mehrfach gründlich geprüft wird.

Das Initiativrecht für Verfassungsänderungen sollte man dem Gesetzgeber geben. Nur in der Schweiz kann das Volk die Initiative zur Verfassungsänderung ergreifen. Dieser Weg hat aber dort nur selten Erfolg gehabt. Würde man dem Volk das Initiativrecht einräumen, so müßte man dem Gesetzgeber wenigstens das Recht zu Gegenvorschlägen gewähren, wie dies in der Schweiz der Fall ist. Ebenso wenig wie in den hier untersuchten Bundesstaaten wird man den Mitgliedstaaten eines europäischen Bundes das Initiativrecht für Verfassungsänderungen zugestehen.

Beschlußorgane für eine Verfassungsänderung können die Einzelstaaten durch ihre Parlamente oder

aber das Bundesvolk im Wege des Volksentscheides sein. Auf die unterschiedlichen Auswirkungen des Volksentscheides in der Schweiz und in Australien ist hingewiesen worden. Die Beteiligung des Volkes an der Beschlußfassung setzt wohl eine längere Uebung des Volkes voraus, wie man sie nur in der Schweiz kennt.

Für Verfassungsänderungen sollte eine qualifizierte Mehrheit der Staaten, eine einstimmige Zustimmung dagegen nur in solchen Fällen erfordert werden, in denen die Beteiligung der Staaten an der Bundes-

gesetzgebung oder gewisse zu ihren Gunsten getroffene Verfassungsbestimmungen in Frage stehen.

Gewisse Maßnahmen, etwa Verträge zwischen Bund und Einzelstaaten, zur Anpassung einer Verfassung an tatsächliche Entwicklungen, sollte man zulassen. Eine besondere Rolle für die Verfassungsentwicklung kommt dem Gewohnheitsrecht sowie der Rechtsprechung der Gerichte zu. Sie erlauben es, Notstandsbefugnisse zu entwickeln, ohne daß hierzu eine ausdrückliche Verfassungsänderung erforderlich wäre.

Dokumente zur Lösung des deutschen und österreichischen Problems

Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 25. November 1953 über den österreichischen Staatsvertrag

In ihrer Note vom 3. November ignorierte die Sowjetregierung die Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten, den österreichischen Staatsvertrag auf einer Konferenz der vier Außenminister in Lugano zu erörtern. Sie erklärte, sie erwarte eine Antwort auf ihre Note vom 28. August in dieser Sache, und beschränkte sich darauf, die in ihren früheren Noten enthaltenen Vorschläge zu wiederholen, wonach die Angelegenheit auf diplomatischem Wege weiterverfolgt werden soll, ohne jedoch auf diesem Wege einen Vorschlag für das österreichische Problem zu machen.

Zehn Jahre nach der Moskauer Deklaration hat das österreichische Volk seine volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit noch immer nicht erlangt. In dem Wunsche, das in dieser Deklaration gegebene Versprechen zu erfüllen und sich an die Resolution der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1952 zu halten, hat die Regierung der Vereinigten Staaten in ihren Anstrengungen zum Abschluß eines Vertrages nicht nachgelassen. Während des laufenden Jahres hat sie dreimal vorgeschlagen, daß der Vertrag von den Stellvertretern besprochen werde, und seit dem 28. August hat sie zweimal angeregt, daß diese Frage auf der vorgeschlagenen Konferenz in Lugano behandelt werde.

Es ist um so erstaunlicher, daß die Sowjetregierung nicht gewillt gewesen ist, die Erörterungen über Oesterreich wiederaufzunehmen, als die drei westlichen Regierungen, um sowjetischen Wünschen entgegenzukommen, in ihren Noten vom 17. August den Kurzvertrags-

entwurf zurückgezogen hatten, dessen einziges Ziel es war, die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Oesterreichs so bald wie möglich herbeizuführen. Um jedes mögliche Mißverständnis zu beseitigen, wünscht die Regierung der Vereinigten Staaten noch einmal in aller Form festzustellen, daß dieser Entwurf zurückgezogen ist.

Die Regierung der Vereinigten Staaten glaubt, daß der Wiederaufnahme der Diskussion über den österreichischen Staatsvertrag nichts als die Haltung der Sowjetregierung im Wege steht. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist bereit, jeden sowjetischen Vorschlag zu prüfen, der einer Regelung der österreichischen Frage förderlich ist und keine anderweitigen Probleme aufwirft.

Wenn die Sowjetregierung sich nicht imstande sieht, in sehr naher Zukunft an einer Außenministerkonferenz teilzunehmen, so hofft die Regierung der Vereinigten Staaten, sie werde nichts gegen die Wiederaufnahme der Arbeit der Stellvertreter zu einem der Sowjetregierung genehmen Zeitpunkt einzuwenden haben. Wenn die Sowjetregierung jedoch vorziehen sollte, Vorschläge auf diplomatischem Wege zu machen, und wenn sie insbesondere einen Hinweis geben wollte über die Grundlage, auf der sie den Vertrag abzuschließen bereit wäre, würde die Regierung der Vereinigten Staaten jeden solchen Vorschlag sofort und sorgfältig in Erwägung ziehen.

Quelle: *The New York Times* vom 26. November 1953. Übersetzung des Europa-Archivs.

Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 26. November 1953 mit dem Vorschlag zur Einberufung einer Viermächte-Konferenz in Berlin

Die Sowjetregierung bestätigt den Erhalt der Note der Regierung Frankreichs vom 16. November dieses Jahres, die eine Antwort auf die Note der Sowjetregierung vom 3. November darstellt.

Die französische Regierung erklärt, die Regierung der UdSSR habe angeblich den Vorschlag einer Außenministerkonferenz über die aktuellsten internationalen Probleme abgelehnt. Eine solche Behauptung entspricht nicht den Tatsachen und steht in offensichtlichem Widerspruch zu dem, was von der Sowjetregierung in ihrer Note vom 3. November gesagt wurde.

Bekanntlich hat die Sowjetregierung in dieser Note den Vorschlag zur Einberufung einer Außenministerkonferenz über die aktuellsten internationalen Probleme

nicht nur nicht abgelehnt, sondern im Gegenteil erneut ihre positive Haltung zur Einberufung einer solchen Konferenz bestätigt, wenn auch der Vorschlag der Regierung der UdSSR mit dem der französischen Regierung nicht übereinstimmte.

Die Sowjetregierung schlug vor: „Eine Außenministerkonferenz einzuberufen und auf dieser Konferenz

1. im Gremium der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China und der Sowjetunion Maßnahmen zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu behandeln;

2. im Gremium der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und

der Sowjetunion die Deutschlandfrage einschließlich sämtlicher im Verlauf der Vorbereitung zur Konferenz eingebrachten Vorschläge zu erörtern.“

Die Sowjetregierung erachtet es für notwendig, daran zu erinnern, daß sie ihren Vorschlag zur Einberufung einer Außenministerkonferenz im Laufe der letzten Monate wiederholt unterbreitet hat, und zwar am 4. August, am 28. September und am 3. November.

Also bestand die Sowjetregierung konsequent auf der Einberufung einer Außenministerkonferenz zur Erörterung der allgemeinen Frage über Maßnahmen zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen und insbesondere der Deutschlandfrage, deren Lösung mit der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und folglich mit der Entspannung der internationalen Lage auf das engste verbunden ist. Auch gegenwärtig hält die Sowjetregierung die Einberufung einer solchen Konferenz für notwendig. Eine solche Konferenz darf nach Meinung der Sowjetregierung nicht von vornherein auf die Erörterung einer Frage, welche es auch sei, beschränkt sein, sondern muß tatsächlich die Möglichkeit haben, die aktuellsten internationalen Probleme zu erörtern.

Die Vorschläge der Sowjetregierung zur Einberufung einer Konferenz unter Beteiligung der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA, der UdSSR und der Volksrepublik China, um Maßnahmen zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu erörtern, und auch unter Beteiligung der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR zur Erörterung der Deutschlandfrage sind von dem einen Bestreben durchdrungen, die Milderung der internationalen Spannung zu fördern und insbesondere eine dauerhafte Sicherheit in Europa zu gewährleisten, was eine endgültige Lösung der Deutschlandfrage erfordert.

Die französische Regierung erklärt ebenfalls, daß sie bestrebt sei, die internationale Spannung zu mindern, und führt dabei als die aktuellsten Fragen an: die Deutschlandfrage, den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages, die Mitwirkung bei der Einberufung der Koreakonferenz. Allein die Aufzählung der obenerwähnten Probleme beweist, daß die französische Regierung zu den aktuellsten internationalen Problemen, die auf der Außenministerkonferenz erörtert werden müssen, bestimmte sowohl Europa als auch Asien betreffende Fragen zählt.

Da die französische Regierung anerkannt hat, daß auf einer Außenministerkonferenz auch die Lage in Asien betreffende Probleme erörtert werden müssen, so folgt daraus, daß es völlig natürlich und notwendig ist, daß die Volksrepublik China in gleicher Weise wie die anderen vier Großmächte an der Erörterung und Regelung derartiger Probleme teilnimmt. Gleichzeitig gibt es keinerlei Gründe, die offensichtliche Tatsache zu bestreiten, daß die Notwendigkeit herangereift ist, Maßnahmen zur Minderung der Spannung in der internationalen Lage als Ganzes zu erörtern, worauf auch die beharrlichen Bemühungen der Sowjetregierung gerichtet sind. Und das bedeutet, daß eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA, der UdSSR und der Volksrepublik China eine unaufschiebbare Angelegenheit ist.

Eben weil die Erörterung der Frage von Maßnahmen

zur Entspannung der internationalen Lage als Ganzes nicht nur aktuell, sondern auch unaufschiebbar ist, erachtet es die Sowjetregierung nach wie vor für notwendig, eine Konferenz mit Beteiligung aller Großmächte ohne jede Ausnahme einzuberufen. Da die Regierung Frankreichs erklärt, daß sie ebenfalls das Ziel verfolge, zur Minderung der Spannung beizutragen, müßten die einer Konferenz der fünf Mächte — Frankreichs, Großbritanniens, der USA, der UdSSR und der Volksrepublik China — entgegenstehenden Hindernisse fortfallen.

Daraus ist auch die ganze Haltlosigkeit der in der Note vom 16. November zu dieser Frage vorgebrachten Einwände ersichtlich.

Die Regierung der UdSSR bekräftigt den Standpunkt, der in ihrer Note vom 3. November zur Frage der Außenministerkonferenz dargelegt wurde.

Gleichzeitig erklärt die Regierung der UdSSR erneut, daß die Pläne zur Schaffung der sogenannten Europaarmee, die der Wiedergeburt des deutschen Militarismus und der Remilitarisierung Westdeutschlands ebenso wie der Errichtung der Sicherheit anderer europäischer Staaten bedrohender ausländischer Militärstützpunkte auf dem Territorium einer Reihe europäischer Staaten Tür und Tor öffnen, mit den Interessen der Sicherheit in Europa unvereinbar sind.

Die Sowjetregierung weist die in der Note der französischen Regierung vom 16. November aufgestellte Behauptung als jeder Grundlage entbehrend zurück, wonach die ablehnende Haltung der Sowjetunion gegenüber der Schaffung einer Europaarmee die Forderung bedeute, „Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten müßten auf alle Pläne zur Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit Verzicht leisten“, obwohl der erwähnte Standpunkt der UdSSR die Frage der Streitkräfte dieser Staaten selbst überhaupt nicht berührt. Genau so unbegründet ist die offensichtlich zu Propagandazwecken abgegebene Erklärung, „ein schutzloses Westeuropa sei anscheinend der Preis, den die Sowjetunion für die Teilnahme an der Konferenz fordere“.

Bekanntlich wird der Versuch gemacht, unter der Bezeichnung Europaarmee eine Armee von sechs Staaten — Frankreich, Westdeutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg — zu schaffen. Folglich sieht dieser Plan vor, eine Armee einer engen Gruppierung europäischer Staaten zu schaffen, zu welcher die meisten Länder Europas nicht gehören. Dabei ist das Hauptziel der Schaffung einer Europaarmee, die Aufstellung einer regulären Armee in Westdeutschland zu ermöglichen und die westdeutsche Armee als wichtigste militärische Kraft in die erwähnte Europaarmee einzubeziehen. Die Schaffung der Europaarmee wird auf jede Weise unterstützt von den ehemals Hitlerschen und anderen deutschen Revandepolitikern, die in Verfolg ihrer aggressiven Ziele danach streben, die Entfesselung eines neuen Krieges vorzubereiten und in diesen Krieg nicht nur das deutsche Volk, sondern auch andere Völker Europas, denen die Schaffung der Europaarmee aufgezwungen wird, hineinzuziehen.

Die Gefährlichkeit der Verwirklichung dieses Planes der Schaffung der Europaarmee muß von allen Völkern Europas erkannt werden, auch von den Völkern all jener Länder, die gegenwärtig in die Schaffung dieser Armee hineingezogen werden; denn es ist klar, daß sich unter

dem Deckmantel der sogenannten „Europaarmee“ die Wiedergeburt der Armee des deutschen Militarismus vollzieht. Die Schaffung der Europaarmee kann nichts anderes bedeuten als die Bildung einer aggressiven Gruppierung einiger europäischer Staaten, die sich, gestützt auf Armeen, zu denen auch die westdeutsche Revanchearmee gehört, gegen eine ganze Reihe anderer europäischer Staaten — die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei und andere Länder — stellen wird. Somit kann der Plan der Schaffung einer Europaarmee keinesfalls der Festigung des Friedens in Europa dienen. Dieser Plan schließt in sich, daß ein Teil Europas dem anderen entgegengestellt wird. Er kann nicht zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen führen, sondern wird im Gegenteil dazu beitragen, die Widersprüche zwischen den Ländern Europas zu entzünden und damit die Gefahr neuer Kriegsabenteuer zu verstärken. So birgt die Schaffung der Europaarmee, die die für den Frieden in Europa gefährlichsten Kräfte des deutschen Militarismus entfesselt, die Gefahr eines neuen Weltkrieges in sich, womit die friedliebenden Völker der ganzen Welt rechnen müssen.

Wenn die Sowjetregierung sich gegen die sogenannte „Europaarmee“ wendet, geht sie davon aus, daß die Schaffung einer solchen Armee in keiner Weise der Festigung der Sicherheit Europas förderlich sein kann, sondern unweigerlich zu entgegengesetzten Ergebnissen führen wird. Die Schaffung einer solchen Armee hat auch nichts gemein mit dem Bestreben, eine „Schutzlosigkeit Westeuropas“ zu verhindern, das überdies von niemandem bedroht wird.

Die Gewährleistung der Sicherheit der Länder Westeuropas wird fest begründet sein, wenn sie nicht darauf beruht, daß die Länder Westeuropas den Ländern Osteuropas entgegengestellt werden, sondern darauf, daß die Bemühungen aller europäischen Länder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa koordiniert werden. Diese Bemühungen können und müssen sich stützen auf die früher von den entsprechenden Mächten übernommenen Verpflichtungen, deren Ziel die Verhinderung neuer Aggressionsakte in Europa ist. Wenn die Sowjetunion gegen die Schaffung einer Europaarmee auftritt, so handelt sie im Interesse der Abwendung der Gefahr eines neuen Krieges und folglich im Interesse der Gewährleistung der wahren Sicherheit in Europa. Die Sowjetunion ist bereit, gemeinsam mit den anderen Ländern Europas alle Anstrengungen zu unternehmen, um zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit auf dem Wege entsprechender Vereinbarungen zwischen allen Ländern Europas, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, beizutragen. Die Sicherheit kann für alle euro-

päischen Länder völlig gewährleistet werden, wenn sowohl die Anstrengungen Frankreichs und der UdSSR als auch die Anstrengungen der übrigen Länder Europas eben diesen Zielen entsprechen. Das erfordert auch, daß die Lösung der Deutschlandfrage, die von größter Bedeutung für die Festigung der Sicherheit in Europa ist, im Interesse der Wiederherstellung der Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands als demokratischer und friedliebender Staat verwirklicht wird.

Diese Darlegungen erlauben folgende Schlußfolgerung: Da die Regierungen Frankreichs und der UdSSR die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit anstreben, müssen sie an der unverzüglichen Erörterung sowohl der Frage der Maßnahmen zur Minderung der Spannung in der internationalen Lage im ganzen als auch insbesondere an der Erörterung der Frage der Sicherheit in Europa und der entsprechenden Lösung der Deutschlandfrage interessiert sein. Darin bestand auch das Wesen des Vorschlags der Sowjetregierung in der Note vom 3. November.

Da indessen der Notenwechsel zwischen der UdSSR und Frankreich sowie Großbritannien und den USA bisher noch nicht zur Festlegung gemeinsamer Ansichten über die obenerwähnten Vorschläge geführt hat, ist es notwendig, diese Frage bei einem entsprechenden Treffen der Außenminister zu behandeln. Dabei nimmt die Sowjetregierung die in der Note der französischen Regierung vom 16. November enthaltene Erklärung zur Kenntnis, daß diese ihre Teilnahme an einer Konferenz der Außenminister Frankreichs, der UdSSR, Großbritanniens und der USA an keinerlei Vorbedingungen knüpft. Die gleiche Erklärung haben die Regierungen Großbritanniens und der USA abgegeben.

Geleitet von dem Bestreben, zur raschesten Lösung der aktuellen internationalen Probleme beizutragen, erklärt die Sowjetregierung ihre Bereitschaft, an einer Konferenz der Außenminister Frankreichs, der UdSSR, Großbritanniens und der USA teilzunehmen.

Die Sowjetregierung hält es für erforderlich, zu erklären, daß sie auf Grund der oben angeführten Erwägungen auf dieser Konferenz die Frage der baldigen Einberufung einer Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA, der UdSSR und der Volksrepublik China mit dem Ziel der Verminderung der Spannung in den internationalen Beziehungen stellen wird. Nach Auffassung der Sowjetregierung könnte Berlin der geeignete Tagungsort für die Konferenz der Minister der vier Mächte sein.

Gleichlautende Noten hat die Sowjetregierung auch an die Regierungen Großbritanniens und der USA gerichtet.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 28. November 1953.

Antwortnote der Westmächte an die Sowjetunion vom 8. Dezember 1953

Die Regierung Ihrer Majestät ist erfreut, aus der Note der sowjetischen Regierung vom 26. November zu entnehmen, daß diese jetzt bereit ist, an einem Treffen der Außenminister des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Sowjetunion teilzunehmen. Sie hofft, daß dieses Treffen zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und zum Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages führen wird.

Die Regierung Ihrer Majestät ist zuversichtlich, daß ein

wirklicher Fortschritt in Richtung auf die Regelung der besonders dringlichen deutschen und österreichischen Fragen zur Lösung anderer großer internationaler Probleme einschließlich dem der europäischen Sicherheit beitragen wird. In diesem Zusammenhang versichert die Regierung Ihrer Majestät erneut, daß der freiwillige Zusammenschluß der freien Länder des atlantischen Bündnisses sowie die Maßnahmen gewisser europäischer Staaten zur Entwicklung ihres Wohlstandes und Gewährleistung ihrer

gemeinsamen Sicherheit ausschließlich defensiv und ein kollektiver Beitrag zum Frieden sind.

Die sowjetische Regierung hat ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, über die Möglichkeit einer Fünfmächtekonferenz zu sprechen. Die bevorstehende Zusammenkunft der vier Außenminister wird jeder teilnehmenden Regierung die Möglichkeit geben, ihre Ansichten zu dieser Frage zum Ausdruck zu bringen.

Die Regierung ihrer Majestät schlägt nach Konsultation der deutschen Bundesregierung und der deutschen Behörden in Berlin vor, daß das Zusammentreffen der vier Außenminister am 4. Januar 1954 in dem Gebäude, das vom Alliierten Kontrollrat in Berlin benutzt wurde, beginnen sollte.

Quelle: *The Times* vom 9. Dezember 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Die Konferenz der Regierungschefs der drei Westmächte auf Bermuda vom 4. bis 7. Dezember 1953

Das Schlußkommuniqué

Der Präsident der Vereinigten Staaten, der Premierminister des Vereinigten Königreichs und der Präsident des Ministerrats der Französischen Republik, begleitet von den Außenministern der drei Länder, sind auf Bermuda vom 4. bis 7. Dezember 1953 zusammengekommen. Im Laufe ihrer Zusammenkunft erörterten sie ihre Politik in verschiedenen Teilen der Welt, in denen ihre Länder Verpflichtungen haben. Bei Abschluß der Konferenz gaben sie folgende Erklärung heraus:

1. Unsere Zusammenkünfte haben die Gemeinsamkeit der Zielsetzung unserer drei Länder versinnbildlicht und bekräftigt. Wir haben uns in Uebereinstimmung befunden in unserer Analyse der vor uns liegenden Probleme und wir haben verschiedene, zu ihrer Lösung unerlässliche Maßnahmen gebilligt. In der Ueberzeugung, daß unsere gemeinsame Stärke die beste Garantie für Frieden und Sicherheit ist, sind wir entschlossen, unsere gemeinsamen Anstrengungen zu ihrer Festigung fortzusetzen. Wenn die Gefahr einer Aggression heute nachgelassen zu haben scheint, so ist dies der wachsenden Stärke der freien Welt zu danken sowie der Festigkeit, die sie bewiesen hat. Wir werden mit Entschlossenheit unsere Solidarität und unsere Wachsamkeit gegenüber Versuchen, uns zu entzweien, aufrechterhalten. Wir sind davon überzeugt, daß die freien Völker dank ihrer moralischen Stärke gleichermaßen ihre Sicherheit und ihren Wohlstand wahren können. Wir widmen uns der Aufgabe, gemeinsam für diese Ziele zu arbeiten.

2. Der Nordatlantikpakt ist und bleibt der Grundstein unserer gemeinsamen Politik. Wir haben unsere Ansichten ausgetauscht über geeignete Maßnahmen zur Entwicklung der Verteidigungskraft unseres Bündnisses. Lord Ismay, der Generalsekretär der NATO, war bei den Unterredungen über diese Angelegenheiten zugegen.

Wir sehen in der weiteren Entwicklung zu einem geeinten Europa, in dem Deutschland seinen Platz haben muß, das beste Mittel für die freien Völker Europas, ihren Wohlstand, ihre Sicherheit und ihre Stabilität zu vergrößern. Wir haben erneut bekräftigt, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft notwendig ist, um die Verteidigungskraft der Atlantischen Gemeinschaft zu stärken, von der sie einen integrierenden Bestandteil bilden wird. In diesem Rahmen wird eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und britischen Streitkräften und den Streitkräften der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf dem europäischen Kontinent

sichergestellt werden. Der französische Außenminister präziserte die Probleme, denen sich seine Regierung bezüglich der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegenüber sieht.

Wir können die gegenwärtige Spaltung Europas nicht als berechtigt oder dauernd ansehen. Wir hoffen, daß durch friedliche Mittel die Völker Osteuropas zu gegebener Zeit wieder ihre Rolle als freie Nationen in einem freien Europa spielen können.

3. Unsere drei Regierungen werden keine Gelegenheit vorbegehen lassen, die Spannung zu vermindern, die auf der Welt lastet, und allen Nationen die Gewißheit zu geben, daß sie keinesfalls zu fürchten brauchen, daß die Stärke des Westens in den Dienst des Unrechts und der Gewalt gestellt wird. Im Gegenteil, es ist das erste Prinzip der Organisation der Vereinten Nationen, der wir verpflichtet sind, daß die Garantien gegen die Aggression in ihrer Anwendung universal sein müssen. Wir sind davon überzeugt, daß es, wenn wir stark, einig und ausdauernd bleiben, möglich werden wird, allmählich die schwerwiegenden Probleme zu lösen, die zu lange in der Schwebe geblieben sind.

In diesem Sinne haben wir die letzte Note der sowjetischen Regierung geprüft. Wir haben den Text unserer Antworten gebilligt, die zur baldigen Einberufung einer Zusammenkunft der vier Außenminister führen sollen. Wir hoffen, daß diese Zusammenkunft Fortschritte in Richtung auf die Vereinigung Deutschlands in Freiheit und den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages zeitigen und somit die Lösung anderer bedeutender internationaler Probleme erleichtern wird.

4. Wir haben die Situation im Fernen Osten geprüft. Unser unmittelbares Ziel ist weiterhin der Eintritt der politischen Konferenz, die im koreanischen Waffenstillstandsabkommen vorgesehen ist. Dies ist das beste Mittel, um zu einer friedlichen Regelung der koreanischen Frage zu kommen und Fortschritte in Richtung auf die Wiederherstellung normaler Bedingungen im Fernen Osten und Südostasien zu erzielen. In Indochina grüßen wir die tapferen Streitkräfte Frankreichs und der drei assoziierten Staaten Indochinas, die innerhalb der Französischen Union zur Verteidigung der Unabhängigkeit von Kambodscha, Laos und Vietnam kämpfen. Wir erkennen die lebenswichtige Bedeutung ihres Beitrags zur Verteidigung der freien Welt an. Wir werden weiterhin

gemeinsam auf die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in diesem Gebiete hinarbeiten.

Unsere Besprechungen haben unsere Einigkeit verstärkt, unsere Entschlossenheit bekräftigt und unsere Hoffnungen gefestigt. Im Vertrauen auf die Grundprinzipien unseres

Handelns und einig in unseren Ansichten, sind wir entschlossen, in unserer Politik auszuharren, deren einziges Ziel es ist, den Frieden zu garantieren und ihm zu dienen.

Quelle: *Le Monde* vom 9. Dezember 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Die Konferenz der sechs Außenminister über Grundfragen der Europäischen Gemeinschaft in Den Haag vom 26. bis 28. November 1953

Das Schlußkommuniqué

Die Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl tagten am 26., 27. und 28. November 1953 unter dem Vorsitz von Herrn Bech, Außenminister des Großherzogtums Luxemburg, im Haag. Auf der Grundlage des Berichts, der von ihren Stellvertretern in Rom ausgearbeitet wurde, setzten sie ihre Arbeit für die Errichtung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft fort.

Herr von Brentano, Präsident des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung, Lord Layton, Vizepräsident der Beratenden Versammlung, der von Herrn Bohy, dem Berichterstatter des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten, begleitet war, und Herr Léon Marchal, Generalsekretär des Europarats, wurden gehört.

Entsprechend den Grundsätzen, die seit der Luxemburger Entschließung vom 10. September 1952 ihre Arbeiten geleitet haben, billigten sie die Bestimmungen des Berichts von Rom, in denen man sowohl hinsichtlich der institutionellen wie der wirtschaftlichen Fragen zu einer Uebereinstimmung gelangt war.

Die Minister billigten insbesondere die Schaffung einer Versammlung, welche die Völker der Gemeinschaft vertritt, und eines Oberhauses oder eines an seine Stelle tretenden Organs, das die Staaten vertritt. Die Völkerrammer wird mit Inkrafttreten des Vertrages in allgemeiner und unmittelbarer Wahl nach Bestimmungen gewählt, die Gegenstand einer vorbereitenden Prüfung sind. Auf diese Weise wird in der Gemeinschaft von vornherein eine wirksame demokratische Kontrolle gewährleistet.

Auch die Frage der Organisation der Exekutive, die bereits von den Stellvertretern in Rom angeschnitten worden war, gab Anlaß zu nützlichen Erörterungen. Die Minister haben insbesondere ihre Auffassungen hinsichtlich der Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder des neuen supranationalen Exekutivorgans einerseits sowie der Zusammensetzung des Rats der Minister andererseits einander angenähert.

Der Grundsatz der Bildung eines einzigen Europäischen Gerichtshofs wurde gebilligt; und ein Juristenausschuß wird auf der Grundlage des Entwurfs der ad hoc-Versammlung das Problem, das die Bildung dieser Institution stellt, in seiner Gesamtheit prüfen.

Die Gemeinschaft wird in einer noch näher zu bestimmenden Weise die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in sich aufnehmen.

Die Minister haben beschlossen, eine Kommission zu beauftragen, auf der Grundlage ihrer Erörterungen die Arbeit an der Bildung einer Europäischen Gemeinschaft fortzusetzen und mit der Ausarbeitung eines Vertrags-textes zu beginnen. Die Kommission, die in Paris tagen soll, wird bis zum 15. März 1954 den Ministern Bericht erstatten, die am 30. März 1954 in Brüssel zusammen-treten werden.

Anläßlich der Behandlung allgemeiner politischer Fragen haben die Minister ein Exposé des italienischen Ministerpräsidenten über die Triestfrage und über den Standpunkt der Regierung in Rom angehört.

Quelle: *Le Monde* vom 29. November 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué über die deutsch-französischen Saarbesprechungen in Den Haag

Nach Beendigung der Arbeiten der Konferenz von Den Haag sind Bundeskanzler Adenauer und Außenminister Georges Bidault am Nachmittag des 28. November zusammengetroffen. Nachdem sie im allgemeinen Rahmen der französisch-deutschen Beziehungen die Ergebnisse der im Gang befindlichen Besprechungen über die Saarfrage geprüft haben, stellten sie eine Annäherung der Standpunkte fest, die ihnen ausreichend erschien, die Fort-

setzung der Gespräche nach dem bisher angewandten Verfahren zu rechtfertigen. Die beiden Minister werden die Prüfung der Saarfrage anläßlich der Sitzung des Ministerkomitees des Europarates, die am 12. Dezember in Paris stattfinden wird, wieder aufnehmen.

Quelle: *Le Monde* vom 1. Dezember 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Ergebnisse der Sitzung des Ministerrates der OEEC am 29. und 30. Oktober 1953

Beschluß des Rates über die Beschäftigung von Angehörigen anderer Mitgliedstaaten

Der Rat nimmt Bezug auf

Artikel 8 und 13(a) der Konvention für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 16. April 1948, die Empfehlung des Rates vom 28. März 1952 betreffs Maßnahmen zum Zwecke einer Steigerung der Gesamtproduktion der Mitgliedstaaten und insbesondere auf Paragraph II-5 dieser Empfehlung, den Vierten Jahresbericht der Organisation, insbesondere auf Paragraph 462 dieses Berichtes, die Internationale Arbeits-Empfehlung (Nr. 86) über Abwanderung zu Arbeitsplätzen und besonders auf Artikel V, Paragraph 16 (2) dieser Empfehlung, den Bericht vom 26. Februar 1953 von zwei Sachverständigen, die den Auftrag erhalten hatten, die Organisation des Arbeitsmarktes gewisser Mitgliedstaaten zu untersuchen, und besonders auf Paragraph 376 dieses Berichtes.

Der Rat berücksichtigt

den Bericht der Arbeitsgruppe für die Liberalisierung der Bewegungsfreiheit von Arbeitskräften vom 25. Juni 1953

und den Bericht des Ausschusses für Arbeitskräfte über die Liberalisierung der Bewegungsfreiheit von Arbeitskräften vom 14. Oktober 1953.

Auf Vorschlag des Ausschusses für Arbeitskräfte beschließt der Rat:

1. (a) Die Behörden jedes Mitgliedstaates sollen, wenn in diesem Beschluß nicht anderweitig vorgesehen, auf Antrag in der von diesen Behörden verlangten Form in ihrem Lande geeigneten Arbeitskräften, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates sind, Arbeitserlaubnis erteilen, sobald festgestellt ist, daß geeignete Arbeitskräfte eigener oder fremder Nationalität, die zur regulären Reserve an Arbeitskräften gehören, für die in Frage kommende Beschäftigung im eigenen Lande nicht zur Verfügung stehen.

(b) Bei der Anwendung dieses Paragraphen und unter Beachtung der Bestimmungen des Unterabschnittes (c) sollen geeignete Arbeitskräfte als im Lande nicht verfügbar erachtet werden, wenn innerhalb eines Zeitraumes von höchstens einem Monat kein geeigneter Bewerber gefunden wurde, nachdem der Arbeitgeber die fragliche offene Stelle dem Arbeitsamt oder einem anderen offiziell als zuständig anerkannten Amt gemeldet und gleichzeitig dem betreffenden Amt seine Absicht mitgeteilt hat, die Genehmigung für die Beschäftigung eines ausländischen Arbeiters zu beantragen, wenn eine geeignete Arbeitskraft im eigenen Lande nicht gefunden werden sollte, immer vorausgesetzt, daß der Arbeitgeber alle anderen Schritte, die in einem solchen Falle üblich sind, unternommen hat, um die offene Stelle zu besetzen.

(c) Falls ein Mitgliedsland der Organisation mitteilt, daß aus Gründen praktischer Erfordernisse der im Unterabschnitt (b) vorgesehene Zeitraum von einem Monat in

seinem Falle zu kurz ist, soll ein anderer in dieser Mitteilung vorgeschlagener Zeitraum, der normalerweise zwei Monate nicht überschreiten soll, zur Anwendung kommen.

2. Wenn ein Mitgliedstaat der Ansicht ist, daß aus zwingenden Gründen nationaler Wirtschaftspolitik die Erhöhung oder auch nur Aufrechterhaltung der Zahl von Arbeitskräften in bestimmten Industrien oder Berufszweigen durch die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte seinen Interessen zuwiderläuft, soll die Verpflichtung auf Grund des Paragraphen 1, Arbeitsgenehmigungen zu erteilen, für offene Stellen in solchen Industrien oder Berufszweigen keine Anwendung finden.

3. Die Behörden eines Mitgliedslandes sollen Anträge auf Verlängerung der Arbeitserlaubnis genehmigen, wenn es nicht im gegebenen Falle klar ist, daß auf Grund einer Veränderung der Beschäftigungslage seit Ausstellung der ersten Arbeitsgenehmigung eine Verlängerung sich zum unmittelbaren Nachteil für die einheimischen oder die schon länger in dem betreffenden Lande ansässigen ausländischen Arbeitskräfte auswirken würde.

4. Die Verpflichtung laut Paragraph 1 und 3, Arbeitsgenehmigungen zu erteilen oder zu verlängern, entfällt,

(a) wenn die angebotenen Löhne und Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als diejenigen, die für ähnliche Arbeit im betreffenden Bezirk oder im fraglichen Unternehmen üblich sind, oder

(b) wenn die Behörden nach eventuell notwendiger Beratung mit den Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen der Ansicht sind, daß die Gewährung oder Verlängerung der Arbeitserlaubnis den Arbeitsfrieden gefährden würde.

5. (a) Die Behörden eines Mitgliedslandes sollen solchen Arbeitskräften, die länger als mindestens 5 Jahre in ihrem Lande ordnungsgemäß beschäftigt waren, Verlängerungen ihrer Arbeitsgenehmigung gewähren, die es ihnen erlauben, entweder weiterhin im gleichen Beruf tätig zu sein oder — im Falle einer besonders ernsten Arbeitslosigkeit in diesem Berufszweig — anderweitig beschäftigt zu werden, wenn nicht zwingende Gründe der nationalen Politik eine Ausnahme rechtfertigen.

(b) Unter Beachtung der Bestimmungen des Artikels V, Paragraph 16 (2) der oben erwähnten Internationalen Arbeits-Empfehlung und mit dem Ziel, größtmögliche Fortschritte auf dem Wege zur Liberalisierung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte, soweit vereinbar mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, zu machen, sollen Mitgliedsländer gemäß der oben erwähnten Empfehlung des Rates vom 28. März 1952 ihre Politik hinsichtlich der Anzahl von Jahren ordnungsgemäßer Beschäftigung in ihrem Lande, die vergangen sein müssen, bevor Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten von allen Beschäftigungseinschränkungen befreit werden, erneut überprüfen und danach trachten, diesen Zeitraum auf ein Minimum zu reduzieren.

(c) Ueber die Resultate einer solchen gemäß Unterabschnitt (b) vorgenommenen Ueberprüfung soll der

Organisation innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten des Beschlusses Bericht erstattet werden.

6. (a) Die Mitgliedsländer sollen der Organisation regelmäßige Berichte über die Anwendung dieses Beschlusses zustellen, aus denen die Gesamtzahl der in der Berichtszeit gewährten und abgelehnten Anträge auf Arbeitserlaubnis hervorgeht, außer, wenn derartige Unterlagen nicht zur Verfügung stehen. In diesem Falle sollen alle verfügbaren Unterlagen vorgelegt werden. Diese Berichte sollen die Zahl und Art der Fälle angeben, in denen

- (i) Arbeitsgenehmigungen mit der Begründung abgelehnt wurden, daß der Arbeiter ungeeignet ist, oder die Bestimmungen des Paragraphen 2 bis 4(b) Anwendung finden, und
- (ii) Verlängerungen von Arbeitsgenehmigungen verweigert wurden aus Gründen, die nach den Bestimmungen der Paragraphen 3, 4(b) und 5(a) zulässig sind.

In Fällen, in denen Arbeitsgenehmigungen gemäß den Bestimmungen des Paragraphen 2 abgelehnt wurden, sollen diese Berichte auch die Art der Gründe anführen, die in jeder Art von Fall zur Ablehnung geführt haben.

(b) Der in Unterabschnitt (a) angeführte Zeitraum soll sechs Monate betragen, außer in Fällen, in denen der Ausschuß für Arbeitskräfte dem Vorschlag eines Mitgliedslandes zugestimmt hat, daß in seinem Falle der Zeitraum ein Jahr betragen soll.

(c) Der Generalsekretär soll Mitteilungen und Berichte, die gemäß den Paragraphen 1 (c), 5 (c) und Unterabschnitt (a) dieses Paragraphen der Organisation zugestellt wurden, in den Mitgliedsländern zirkulieren lassen.

7. Die aus diesem Beschluß erwachsenden Verpflichtungen sollen den Einschränkungen unterworfen sein, die durch Gesetz oder Praxis in den Mitgliedsländern hinsichtlich der Einreise- oder Aufenthaltserlaubnis für Ausländer verhängt sind, wie auch den grundlegenden Erfordernissen der Gesundheit, öffentlichen Ordnung und nationalen Sicherheit.

8. Die auf Grund dieses Beschlusses übernommenen Verpflichtungen schließen in keiner Weise günstigere Regelungen aus, die bereits in Mitgliedsländern bestehen oder eingeführt werden können.

9. Durch diesen Beschluß soll von den Mitgliedsländern keinesfalls verlangt werden, daß sie Angehörigen anderer Mitgliedstaaten günstigere Beschäftigungsbedingungen zuteil werden lassen als ihren eigenen Staatsangehörigen.

10. Dieser Beschluß findet keine Anwendung bei kurzfristigem Aufenthalt von Angehörigen freier Berufe oder Vorkurskünstlern, Werkstudenten, Seeleuten oder Personen, die eine „au-pair“-Stelle antreten, noch auf Stellen, deren Besetzung durch Ausländer gesetzlich verboten ist.

11. (a) Es wird eine Arbeitsgruppe für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes errichtet. Sie soll aus dem Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeitskräfte und fünf anderen Mitgliedern bestehen, die von den Mitgliedsländern auf Grund ihrer Kenntnisse in Arbeitsfragen und ihres Ansehens innerhalb ihrer eigenen Verwaltung ernannt werden. Sie sollen jedes Jahr durch den Rat ernannt werden und in individueller Eigenschaft wirken. Sie können wiedervernannt werden. Die Gruppe soll einen Vorsitzenden und

einen Stellvertretenden Vorsitzenden aus ihren Reihen wählen.

(b) Die fünf Mitglieder der Arbeitsgruppe für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die gemäß Unterabschnitt (a) vorgeschlagen und ernannt sind, sollen je einen Vertreter bestimmen. Ein solcher Vertreter kann an Sitzungen der Arbeitsgruppe teilnehmen und soll die Funktionen des Mitglieds ausüben, wenn letzteres an der Teilnahme verhindert ist.

(c) Die Arbeitsgruppe für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes soll

- (i) Die Mitteilungen und Berichte prüfen, die der Organisation gemäß den Paragraphen 1(c), 5(c) und 6(a) zugeleitet werden und sie zur Grundlage von Berichten machen, die alle sechs Monate dem Ausschuß für Arbeitskräfte über das Funktionieren der Bestimmungen dieses Beschlusses vorgelegt werden sollen, und
- (ii) dem Ausschuß für Arbeitskräfte über alle anderen Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Beschluß, die ihm zur Ueberprüfung zugegangen sind, berichten.

(d) Die Arbeitsgruppe für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes soll einen Vertreter des betreffenden Mitgliedslandes zur Stellungnahme zu etwaigen Dokumenten einladen, die von diesem Land der Organisation zugestellt wurden und von der Arbeitsgruppe überprüft werden. Beobachter von Mitgliedsländern können an Sitzungen der Arbeitsgruppe teilnehmen, aber sie sollen nicht an der Diskussion teilnehmen, wenn sie nicht dazu eingeladen werden.

12. (a) Dieser Beschluß soll vom 1. Januar 1954 bis zum 31. Dezember 1955 in Kraft sein, wenn er nicht vom Rat verlängert wird.

(b) Eingedenk der Tatsache, daß die allmähliche Beseitigung von Hindernissen für die Freizügigkeit von Personen einen Teil der allgemeinen Verpflichtungen der Mitgliedsländer auf Grund des Artikels 8 der genannten Konvention vom 16. April 1948 darstellt, soll der Ausschuß für Arbeitskräfte während des zweiten Jahres, in dem dieser Beschluß in Kraft ist, über das Funktionieren dieser Bestimmungen während des ersten Jahres seiner Gültigkeit Bericht erstatten und Abänderungsvorschläge machen, falls solche für die Anwendung dieses Beschlusses in der Zukunft notwendig sein sollten. Er soll die Berichte berücksichtigen, die ihm von der Arbeitsgruppe für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes zugeleitet wurden.

13. Die Bestimmungen dieses Beschlusses sollen für alle Mitgliedsländer mit Ausnahme von Portugal und der Türkei gültig sein.

Quelle: OEEC, Press/A (53) 65. Sämtliche Uebersetzungen: Europa-Archiv.

Resolution des Rates über Zahlungsregelungen in Westeuropa

Unter Bezugnahme auf das Abkommen über die Errichtung einer Europäischen Zahlungsunion vom 19. September 1950 (im folgenden „Abkommen“ genannt), insbesondere auf den Artikel 35 dieses Abkommens, die Ergänzungsprotokolle Nr. 3 und 4 vom 11. Juli 1952 bzw. 30. Juni 1953 zur Abänderung dieses Abkommens,

die Resolution des Rates vom 24. März 1953 über die „Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zur Schaffung von Voraussetzungen für eine Handels- und Zahlungsfreiheit in einem möglichst großen Gebiet“ und die diesbezüglichen Anweisungen des Rates an das Direktorium vom 24. Juni 1953,

die Entschließung des Rates vom 24. März 1953 über die Verlängerung der Europäischen Zahlungsunion, den Bericht des Direktoriums der Europäischen Zahlungsunion (im folgenden „Union“ genannt) vom 1. Juni 1953, betreffend die Verlängerung der Union nach dem 30. Juni 1953,

den Dritten Jahresbericht des Direktoriums der Union und insbesondere die Paragraphen 163 bis 173 dieses Berichtes,

den Bericht des Direktoriums der Union vom 13. Oktober 1953 über Zahlungsregelungen in Westeuropa und den Bericht des Handelsdirektoriums vom 12. Oktober 1953 über die gegenwärtige Lage und die Zukunft der Liberalisierung des Handels,

die Stellungnahmen des Gemeinsamen Handels- und Intereuropäischen Zahlungsausschusses vom 27. Oktober 1953 zu diesen beiden Berichten

1. nimmt der Rat Kenntnis von dem oben erwähnten Bericht des Direktoriums der Union über Zahlungsregelungen in Westeuropa und insbesondere von den Paragraphen 21 bis 24 dieses Berichtes;

2. stimmt der Rat zu, daß vor dem 31. März 1954 eine Entscheidung über die Bedingungen getroffen werden sollte, unter denen die Abkommen bis zum 30. Juni 1955 in Kraft bleiben sollen; der Rat kann entscheiden, daß diese Bedingungen vom 1. April 1954 an gelten sollen;

3. beauftragt der Rat das Direktorium der Union, dem Rat bis zum 1. März 1954 Vorschläge zu unterbreiten, um den Rat bei seiner in Paragraph 2 erwähnten Entscheidung zu unterstützen.

Quelle: OEEC, Press/A (53) 69.

Resolution des Rates über die Untersuchung gewisser Probleme, die sich aus der Wiedereinführung der Konvertierbarkeit der Währungen eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ergeben können

Der Rat nimmt Bezug auf

die Resolution des Rates vom 24. März 1953 über „die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zur Schaffung von Voraussetzungen für eine Handels- und Zahlungsfreiheit in einem möglichst großen Gebiet“ und die diesbezüglichen Anweisungen des Rates an das Direktorium vom 24. März 1953 und

den Bericht des Direktoriums der Union vom 13. Oktober 1953 über Zahlungsregelungen in Westeuropa.

Der Rat geht von der Ansicht aus, daß Fortschritte der Mitgliedstaaten auf dem Wege zur Konvertierbarkeit ihrer Währung nicht auf Kosten einer fortschreitenden Liberalisierung des intereuropäischen Handels und der intereuropäischen Zahlungen erzielt werden dürfen, und

daß hinsichtlich des intereuropäischen Handels und intereuropäischer Zahlungen Probleme auftauchen werden, wenn ein oder mehrere Mitgliedstaaten Schritte, ganz gleich welcher Art, auf dem Wege zur Konvertierbarkeit unternehmen.

Der Rat beschließt,

daß das Direktorium die Probleme prüfen soll, die sich für den intereuropäischen Handel und die intereuropäischen Zahlungen ergeben, falls eine oder mehrere europäische Währungen konvertierbar gemacht werden, sowie die Methoden, die in solchen Fällen zur Sicherung eines reibungslosen Uebergangs von der gegenwärtigen Form der EZU zu einem umfassenderen multilateralen Handels-, Zahlungs- und Kreditsystem angewandt werden können. Das Direktorium soll bis zum 31. März 1954 dem Rat darüber Bericht erstatten.

Der Rat beschließt ferner,

daß das Direktorium bei der Ausarbeitung des oben erwähnten Berichtes die diesbezüglichen Ansichten berücksichtigen soll, die das Handelsdirektorium zu unterbreiten wünscht.

Quelle: OEEC, Press/A (53) 68.

Resolution über die weitere Liberalisierung

Der Rat nimmt Bezug auf den Bericht des Handelsdirektoriums vom 12. Oktober 1953 über die gegenwärtige Lage und die zukünftige Liberalisierung des Handels.

1. Der Rat bestätigt das Ziel, als Teil des allgemeinen Liberalisierungsprozesses auf weltweiter Grundlage zu einer völligen Abschaffung quantitativer Einfuhrbeschränkungen unter den Mitgliedstaaten gemäß den Bestimmungen des Artikels 1(a) des Kodex zu gelangen und zur Erreichung dieses Zieles in naher Zukunft weitere konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

2. Der Rat erkennt an, daß zur Erreichung dieses Zieles folgende Bedingungen erfüllt werden müssen:

- (a) daß Uebereinstimmung über die Anwendung eines geeigneten multilateralen Zahlungssystems ab 1. Juli 1954 besteht;
- (b) daß keine auffälligen Unterschiede mehr in dem Maß der erzielten Liberalisierung des Handels unter den Mitgliedstaaten bestehen; und insbesondere
- (c) daß Frankreich seine Verpflichtungen auf Grund des Artikels 2 des Kodex voll erfüllt hat; und
- (d) daß notwendige Schritte zur Verschärfung der Bedingungen unternommen werden, unter denen es Mitgliedstaaten im Falle von Zahlungsschwierigkeiten gestattet ist, die Ausnahmeklauseln des Kodex in Anspruch zu nehmen.

3. Der Rat beschließt, daß noch vor dem 1. April 1954 eine Tagung des Ministerrates auf der Grundlage von Berichten, die das Handelsdirektorium und das Direktorium der Europäischen Zahlungsunion gemäß Paragraph 4 vorlegen, entscheiden soll, welche weiteren konkreten Schritte zur Abschaffung der noch verbliebenen quantitativen Beschränkungen des Handels unter den Mitgliedstaaten unternommen werden können, um das in Paragraph 1 festgelegte Ziel zu erreichen.

4. Der Rat beschließt ferner:

- (a) Das Handelsdirektorium soll vor dem 1. März 1954 Vorschläge für eine Steigerung der Stabilität der von den Mitgliedstaaten getroffenen Liberalisierungsmaßnahmen unterbreiten, insbesondere durch eine Verschärfung des Artikels 3 (c) und 25 des Kodex.
- (b) Das Handelsdirektorium soll die Begründungen, die gemäß den Bestimmungen des Artikels 29 (a) des Kodex von Mitgliedstaaten für die quantitativen Be-

schränkungen von Einfuhren auf private Rechnung aus anderen Gründen als auf Grund von Zahlungsbilanzschwierigkeiten vorgebracht wurden, prüfen und noch vor dem 1. März 1954 dem Rat darüber Bericht erstatten.

- (c) Das Handelsdirektorium soll auf Grund der oben erwähnten Benachrichtigungen alle praktischen Vorschläge für die Abschaffung noch in Kraft befindlicher Beschränkungen oder wenigstens für eine beträchtliche Steigerung des Handels, sei es durch eine Lockerung noch bestehender quantitativer Beschränkungen oder durch andere Mittel, untersuchen. Zu diesem Zweck soll er, wenn er es für angebracht hält, Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten herbeiführen. Bei der Prüfung der erwähnten Benachrichtigungen und der Ausarbeitung von Vorschlägen soll das Handelsdirektorium auch die anderen Hindernisse, die einer Ausweitung des intereuropäischen Handels im Wege stehen, in Betracht ziehen. Er soll dem Rat vor dem 1. März 1954 über die Ergebnisse seiner Arbeit Bericht erstatten.
- (d) Frankreich soll bis zum 1. März 1954 der Organisation über die Schritte Bericht erstatten, die es unternommen hat, um seine Verpflichtungen auf Grund des Artikels 2 des Kodex voll zu erfüllen.

Quelle: OEEC, Press/A (53) 67.

Resolution des Rates über die Lockerung der mengenmäßigen Beschränkungen von Einfuhren aus der Dollar-Zone

Der Rat nimmt Bezug auf den Bericht des Direktoriums der Europäischen Zahlungsunion vom 13. Oktober 1953 über Zahlungsvereinbarungen in Westeuropa und insbesondere auf den Paragraphen 12 dieses Berichtes, sowie auf den Bericht des Handelsdirektoriums vom 12. Oktober 1953 über die gegenwärtige Lage und die zukünftige Liberalisierung des Handels, insbesondere auf die Paragraphen 37 und 41 dieses Berichtes, und beschließt, daß der Exekutivausschuß die zuständigen Organe der Organisation anweisen soll, dem Rat die Maßnahmen vorzuschlagen, die erforderlich sind, um die in Paragraph 12 des oben erwähnten Berichtes des Direktoriums der Europäischen Zahlungsunion enthaltenen Vorschläge wirksam zu machen.

Quelle: OEEC, Press/A (53) 70.

Resolution des Rates über die Ausweitung der Produktion

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Sonderarbeitsgruppe des Wirtschaftsausschusses vom 27. Oktober 1953 über die gegenwärtige Wirtschaftslage und ihre Probleme.

I. Der Rat anerkennt die Bedeutung folgend genannter Schlußfolgerungen dieses Berichtes:

- (a) Die Beseitigung der Inflation und Verbesserungen der

Zahlungsbilanzen in Westeuropa schaffen die Grundlage für eine Ausweitung der Produktion durch Maßnahmen, die einen angemessenen Stand der Nachfrage, Steigerungen der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie Fortschritte auf dem Wege zu einem gemeinsamen Markt sicherstellen, wobei gleichzeitig die Voraussetzungen für eine Stärkung der äußeren Position der Mitgliedstaaten und eine allgemeine Hebung des Lebensstandards geschaffen werden.

- (b) Soweit Länder gleichmäßige Fortschritte erzielen können, werden die Gefahren, die eine Expansion mit sich bringt, weitgehend gemildert.
- (c) Es besteht die Notwendigkeit einer ständigen gegenseitigen Konsultation zwischen den Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern über die Probleme, die sich bei der Sicherung einer stetigen Produktionsausweitung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der inneren Finanzstabilität und der Fortschritte auf dem Wege zu einem Zahlungsgleichgewicht ergeben.

II. Der Rat beschließt, eingedenk der bestehenden Aufgaben des Wirtschaftsausschusses und anderer Organe der Organisation und unter Berücksichtigung der von mehreren Mitgliedern während der Diskussionen abgegebenen Erklärungen, einschließlich solcher über eine Sachverständigen-Konferenz vor der nächsten Ministersitzung, die notwendigen Anordnungen zu treffen, um Gelegenheit zu gegenseitiger Konsultation und Zusammenarbeit innerhalb der Organisation über Maßnahmen zu geben, die, wie oben ausgeführt, auf eine Ausweitung der Produktion gerichtet sind und den oben erwähnten Zwecken dienen.

Quelle: OEEC, Press/A (53) 71.

Resolution des Rates über die Ernennung von Mitgliedern des Beratungsausschusses des Europäischen Produktivitätsamtes

Der Rat nimmt Bezug auf die Satzung des Europäischen Produktivitätsamtes und insbesondere auf Artikel 4 dieser Satzung.

Auf Vorschlag des Produktivitätsausschusses beschließt der Rat, die Herren *Akers, Cooi, Iveroth, Krimpas, Lamour, van Leeuwen, von Lynden, Medici, Mittelsten Scheid, Richard, Tanner, Valetta, Velter* und *de Vitry d'Avaucourt* für einen Zeitraum von zwei Jahren zu Mitgliedern des Beratungsausschusses des Europäischen Produktivitätsamtes zu ernennen.

Das amerikanische Mitglied ist noch nicht ernannt worden. Sein Name wird später bekanntgegeben werden*.

Quelle: OEEC, Press/A (53) 66.

* Der Rat hat am 13. November 1953 *Clarence Francis* zum amerikanischen Mitglied des Beratungsausschusses ernannt. Alle Mitglieder des Ausschusses werden in persönlicher Eigenschaft und nicht als Vertreter ihrer Regierungen in dem Ausschuß tätig sein.

Kurzberichte und Zeittafel

Ein Bericht der ECE über die wirtschaftliche Entwicklung in West- und Osteuropa

Das Sekretariat der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) befaßt sich in seinem Mitte November 1953 veröffentlichten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Europa (*Economic Bulletin for Europe*, Second Quarter, 1953. Vol. 5, No. 3) insbesondere mit der im Verlaufe des dritten Quartals 1953 eingetretenen Kursänderung in der Wirtschaftspolitik der osteuropäischen Länder, die „auf eine bemerkenswerte und jetzt allgemeine Modifizierung sowohl in den Zielen als auch in den Methoden hindeutet“. Die neue Zielsetzung sei darauf abgestellt, den Verbraucher künftig stärkeren Anteil an den Ergebnissen der wirtschaftlichen Entwicklung nehmen zu lassen. Ein wichtiger Teil der wirtschaftspolitischen Wandlung bestehe in den verstärkten Bemühungen zur Erzielung höherer landwirtschaftlicher Erträge. Als wichtigste Aspekte dieser Bemühungen bezeichnet der Bericht den Entschluß, dem materiellen Anreiz für höhere Produktion und bessere Ablieferung größere Bedeutung beizumessen als bisher sowie das Eingeständnis, daß das private Unternehmertum weiterhin, vor allem in den Satellitenländern der Sowjetunion, eine Rolle zu spielen habe.

Diese neue Wirtschaftspolitik ist in den letzten Monaten in allen osteuropäischen Ländern in Erscheinung getreten. Der Bericht macht jedoch darauf aufmerksam, daß zwischen der Entwicklung in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern ein Unterschied bestehe. „Ganz allgemein betrachtet, bedeutet die gesteigerte Betonung des Verbrauchs für die osteuropäischen Länder eine stärkere Umkehrung der Politik als für die Sowjetunion“. Dort seien die alljährlichen Herabsetzungen von Detailpreisen der Ausdruck einer Politik gewesen, die dem Bedürfnis des Verbrauchs Rechnung zu tragen suchte. Die weit stärkere Berücksichtigung des Bedarfs an Gebrauchsgütern, die jetzt in Aussicht genommen worden sei, werde als die Fortentwicklung der bisherigen Tendenz hingestellt, nachdem die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und der militärische Bereitschaftsgrad der Sowjetunion den angestrebten Stand erreicht hätten. Im Gegensatz hierzu werde in anderen osteuropäischen Ländern eine solche Kontinuität der Politik nicht beansprucht. Die dort erfolgte Aenderung der Wirtschaftspolitik werde oft ausdrücklich als eine Korrektur einer bisher allzu großen Einseitigkeit dargestellt.

Der ECE-Bericht vertritt die Ansicht, daß die Herabsetzung der Detailpreise und Steuern sowie die Billigung höherer Preise für landwirtschaftliche Produkte in der Sowjetunion die für den privaten Konsum zur Verfügung stehenden Mittel in starkem Maße steigern würde. Auf Grund der von der ECE angeführten sowjetischen Zahlen

ist bereits während des ersten Halbjahres 1953 eine bedeutsame Vermehrung des Konsums eingetreten. „Nach amtlichen Mitteilungen läßt sich schließen, daß das Anwachsen der dem Konsum zur Verfügung gestellten Mittel nicht nur eine taktische Reaktion auf vorübergehende Umstände ist, sondern es stellt auch eine grundlegende Aenderung in der Politik der Verteilung des Nationalproduktes dar.“

Das bedeutsamste Anzeichen für den langfristigen Charakter der Wandlung der sowjetischen Politik erblickt der Bericht auf dem Gebiete der Landwirtschaft, über deren unbefriedigende Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion offen gesprochen werde. Zunächst sollen der Landwirtschaft mehr Kapital und Konsumgüter zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus soll die Landwirtschaft einen materiellen Anreiz erhalten in der Erwartung, daß dadurch größere Erträge erzielt werden. Ferner ist ausdrücklich die individuelle Landbestellung, wie die Bearbeitung der Landstücke, die den Mitgliedern der Kolchosen für private Bebauung zur Verfügung stehen, als eine wichtige Tätigkeit bezeichnet worden, die in der landwirtschaftlichen Produktion der Sowjetunion fortgesetzt eine bedeutsame Rolle zu spielen habe. Der größere Anreiz für die Erzielung einer höheren Produktion bei den Kolchosen besteht in einer sehr starken Erhöhung der Preise für die zwangsmäßigen und vertraglichen Lieferungen, in einer günstigeren steuerlichen Behandlung und in einer Herabsetzung des Anteils, der zwangsmäßig abzuliefern ist. Daraus läßt sich unschwer die Bedeutung ablesen, welche die Regierung der Sowjetunion einer besseren Versorgung der Bevölkerung beimißt.

Der Verkündung des neuen Kurses in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in Ungarn im Juni und Juli 1953 sind im Verlaufe des dritten Quartals auch Aenderungen in der Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei, Bulgariens und Rumäniens gefolgt. Polen war bei der Fertigstellung des ECE-Berichts der einzige Ostblockstaat, der noch nicht angekündigt hatte, der Verbrauchsgüterindustrie in seinen Produktionsplänen einen größeren Platz einzuräumen. Inzwischen hat aber der polnische Ministerpräsident Boleslaw Bierut auf der neunten Plenarsitzung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 29. und 30. Oktober 1953 erklärt, die Fortschritte in der Industrialisierung ließen es nunmehr zu, stärkeres Gewicht auf die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen in Stadt und Land zu legen. Die Investitionen sollten 1955 im Verhältnis zu 1953 in der Land- und Forstwirtschaft um 45 vH, in der Konsumgüterindustrie um 38 vH im Wohnungsbau und in der Kommunalwirtschaft um 26 vH, in den sozialen und kulturellen Einrichtungen um 34 vH steigen. Die Ausgaben für die Produktionsmittelindustrie würden 1955 im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen 40,4 vH gegenüber

46,7 vH im Jahre 1953 betragen. Am 14. November 1953 verkündete der polnische Ministerrat eine Preissenkung für Verbrauchsgüter, insbesondere für Lebensmittel und landwirtschaftliche Geräte sowie für verschiedene Dienstleistungen, von der ein Ansteigen der Reallöhne und -einkommen erwartet wird. In einem Aufsatz der *Trybuna Ludu* vom 15. November 1953 hieß es, die Preissenkung sei „auf entsprechende Staatsreserven und auf die im Plan für 1954 vorgesehene Erweiterung der Produktion“ zurückzuführen.

Die erste Auswirkung der neuen wirtschaftspolitischen Richtlinien ist dem ECE-Bericht zufolge in einer beachtlichen Herabsetzung der Detailpreise in den osteuropäischen Ländern während des dritten Quartals 1953 zu erblicken. Genau wie in der Sowjetunion haben gute Ernten dazu beigetragen, diese sofortigen Zugeständnisse an den Verbraucher zu machen. In einer Reihe von Ländern ist ferner auf die Notwendigkeit höherer Investitionen in der Landwirtschaft hingewiesen worden. „Der interessanteste Wechsel in der landwirtschaftlichen Politik ist vielleicht aber — zumindest potentiell — die geänderte Haltung den freien Bauern gegenüber... Nach den jüngsten offiziellen Erklärungen haben alle osteuropäischen Länder auf eine zwangsweise Kollektivierung ihrer Landwirtschaft verzichtet, und in einigen wurde ausdrücklich auf die bleibende Bedeutung des freien Bauerntums hingewiesen.“

Auf dem Gebiet der Industrie lassen die neuen Richtlinien darauf schließen, daß von der bisherigen einseitigen Investitionspolitik zugunsten der Grundstoffindustrien abgegangen wird, um künftig die Verbrauchsgüterindustrie stärker zu berücksichtigen. Der ECE-Bericht weist darauf hin, daß bisher wenig detaillierte Angaben veröffentlicht worden sind, aus denen sich das Ausmaß der künftigen Investitionen zugunsten der Verbrauchsgüterindustrie erkennen läßt und erklärt: „Die einschneidende Bedeutung der wirtschaftspolitischen Änderungen, die im laufenden Jahr vorgenommen wurden, legen den Gedanken nahe, daß es sich dabei eher um die Korrektur begangener Irrtümer handelt, als daß sich in ihr neue Zukunftspläne widerspiegeln.“

Der Bericht befaßt sich dann mit den *Fragen des Ost-West-Handels*. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß der wirtschaftspolitische Kurswechsel in den osteuropäischen Ländern und die schmiegsamere Handhabung der Ausfuhrkontrollen in Ost- und Westeuropa zu einer gewissen Belebung des Ost-West-Handels führen können. Die osteuropäischen Länder schienen jetzt ein größeres Interesse an der Einfuhr von Konsumgütern aus Westeuropa zu haben und sogar zu Gegenlieferungen bereit zu sein, die bisher als strategische Güter angesehen worden seien. Die westeuropäischen Länder schickten sich ihrerseits an, in Osteuropa nicht nur eine dollarsparende Bezugsquelle zu sehen, sondern auch einen künftigen Exportmarkt.

Ein weiteres Anzeichen der sich anbahnenden Belebung des Ost-West-Handels sieht die ECE in dem Abschluß einer Reihe von Einzelverträgen und Tauschabkommen zwischen ost- und westeuropäischen Ländern. Insbesondere werden der Handelsvertrag zwischen der Sowjetunion und Frankreich und zwischen der Sowjetunion und Dänemark hervorgehoben, die beide eine Ausweitung des bisherigen Handelsvolumens vorsehen. Ferner wird dar-

auf hingewiesen, daß die Sowjetunion und Rumänien neuerdings wieder auf den westeuropäischen Märkten als Erdöllieferanten auftreten. Während es im Jahre 1952 nur 500 000 t gewesen seien, schienen die beiden Länder jetzt bereit zu sein, Westeuropa bis zu zwei Milliarden t Erdölprodukte im Jahre zu verkaufen.

Ueber die *wirtschaftliche Entwicklung in den westeuropäischen Ländern* heißt es in dem Bericht, daß das zweite Quartal 1953 verhältnismäßig ereignislos gewesen sei. Es wird dargelegt, daß die meisten westeuropäischen Länder ihre Handelsbilanz verbessern konnten und daß die Einfuhr und Ausfuhr mengenmäßig über der des gleichen Zeitraumes im Jahre 1952 liegen. Der Einfuhranteil aus Dollarländern ist seit 1952 ständig zurückgegangen, während die Ausfuhren nach dem Dollargebiet zugenommen haben. Eingehend befaßt sich der Bericht mit der wachsenden Bedeutung der Bundesrepublik auf den Märkten Lateinamerikas und des Mittleren Ostens, wo die deutschen Exporteure auf Kosten der britischen Exporteure weiter an Boden gewonnen haben. Die *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. November 1953 schrieb hierzu, daß die deutsche Exportindustrie, die über keine Vorzugsmärkte verfüge wie die britische, sich offenbar mit aller Energie auf den allen Ländern im gleichen Maße offenstehenden Märkten durchzusetzen bemühe.

Die Sitzung des Ministerrates der OEEC in Paris vom 29. und 30. Oktober 1953

Auf der Sitzung des Ministerrates des Europäischen Wirtschaftsrates wurden vor allem Fragen der Liberalisierungspolitik und der Konvertibilität der europäischen Währungen sowie des Weiterbestandes der EZU diskutiert. Es wurde ein Beschluß über die Beschäftigung von Angehörigen anderer Mitgliedstaaten gefaßt, außerdem wurden sechs Resolutionen angenommen (vgl. den Wortlaut aus S. 6233 dieser Folge). Ein Beschluß über den von Generalsekretär *Marjolin* vorgelegten Plan einer vollständigen Liberalisierung ist nicht zustande gekommen, da er nur von dem amerikanischen und italienischen Vertreter unterstützt wurde. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten war der Auffassung, daß die hundertprozentige Liberalisierung des Handelsverkehrs von der Erfüllung verschiedener Voraussetzungen abhängig sei. Im gegenwärtigen Zeitpunkt sollte daher versucht werden, die einzelnen Länder an ein möglichst hohes, aber praktisch erreichbares gemeinsames Niveau der Liberalisierung heranzuführen.

Schatzkanzler *Butler* gab auf der Sitzung bekannt, daß sich Großbritannien entschlossen habe, die Liberalisierung seiner privaten Einfuhren von 58 auf 75 Prozent auszu dehnen. Die neuen britischen Liberalisierungsmaßnahmen sind mit Wirkung vom 13. November 1953 in Kraft getreten. Gleichzeitig hat Großbritannien mit Wirkung ab 1. November 1953 die Erhöhung der Zuteilung von Devisen für private Auslandsreisen von 40 auf 50 Pfund Sterling pro Jahr mitgeteilt. Butler wies in seiner Rede darauf hin, daß die britischen Konvertibilitätspläne zur Zeit noch nicht durchführbar erschienen. Wichtige Voraussetzungen hierfür seien in Großbritannien noch nicht erfüllt, nämlich hinsichtlich der Devisenreserven sowie der inneren Finanz-, Währungs- und Produktionsstabilität. Auch die Haltung der Vereinigten Staaten lasse es der britischen Regierung im Augenblick nicht angezeigt erscheinen, auf einer Verwirklichung ihrer Konvertibilitätspläne zu be-

stehen. Butler billigte auch den Vorschlag der Europäischen Zahlungsunion (EZU) — für die der Ministerrat im übrigen grundsätzlich die Notwendigkeit eines Weiterbestehens anerkannte — in erster Linie solche Probleme zu untersuchen, die sich aus einer möglichen isolierten Konvertibilität einer einzelnen europäischen Währung ergeben würden und deren Lösung erforderlich wäre, um die weitere Wirksamkeit des europäischen Währungsmechanismus zu gewährleisten.

Finanzminister *Faure* verkündete die Bereitschaft der französischen Regierung, 20 Prozent der französischen Einfuhren von den quantitativen Beschränkungen zu befreien.

Bundeswirtschaftsminister *Erhard* beschäftigte sich in einer programmatischen Rede mit der Zukunft der Liberalisierung und der Konvertierbarkeit der Währungen der OEEC-Staaten. Dabei betonte er, daß Deutschland sich ebenso wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft bewußt und eindeutig zu den Aufgaben und Zielen der EZU bekenne und an ihrer Erhaltung, aber mehr noch an ihrer Gestaltung und Fortentwicklung mitzuarbeiten immer bereit sein werde. Er betonte jedoch gleichzeitig, daß er in der EZU keine absolute Lösung erblicken könne. Die EZU bleibe im praktischen Ergebnis weit hinter dem zurück, was bei sinnvoller Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik der beteiligten Länder zu erreichen möglich wäre. Das System der EZU biete keine Gewähr dafür, daß durch sie das Endziel, nämlich weltweite Freizügigkeit der Währungen, erreicht werden. Bundeswirtschaftsminister *Erhard* bezweifelte die Richtigkeit der Auffassung, daß es über die zunehmende Liberalisierung möglich sein werde, das Ziel der freien Konvertierbarkeit der Währungen zu erreichen. Die Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre hätten vielmehr gezeigt, daß diese Politik, so sehr sie notwendig und erfolgreich war, um das System der bilateralen Handels- und Zahlungsabkommen zu durchbrechen, heute an einem Punkte angelangt zu sein scheine, wo es um das Prinzip der Liberalisierung überhaupt gehe. Er gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ohne gleichzeitige Maßnahmen zu einer vollkommenen Ordnung frei konvertierbarer Währungen die Bemühungen um vollständige Liberalisierung scheitern müßten. Professor *Erhard* betonte im weiteren Verlauf seiner Rede den unlösbaren Zusammenhang zwischen Liberalisierung und Währungsrelation, d. h. zwischen Liberalisierung und Konvertierbarkeit der Währungen. Bei falschen und damit unrealistischen Wechselkursen sei eine auf dem Grundsatz der Liberalisierung beruhende Handelspolitik letztlich zum Scheitern verurteilt. *Erhard* faßte seine Vorschläge in fünf Punkten zusammen:

1. Nach deutscher Auffassung müsse zugleich mit einer weiteren Befreiung des Handelsverkehrs eine Anpassung des EZU-Systems erfolgen, und zwar nicht zuletzt durch eine Erhöhung des Goldanteils aller Zahlungen. Nur dadurch könne die Gefahr einer regionalen Abschließung der EZU-Länder von der freien Welt beseitigt werden.
2. Die Bundesregierung sei grundsätzlich bereit, gemeinsam mit allen übrigen Mitgliedstaaten der OEEC zusätzliche Verpflichtungen zu übernehmen.
3. Die Bundesregierung bejahe die Bemühungen für eine vermehrte Liberalisierung gegenüber dem Dollarraum,

um die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten zu verstärken und über einen freieren Wettbewerb zu einer besseren Angleichung von Kosten und Preisen zu gelangen.

4. Die OEEC müsse Maßnahmen ergreifen, um den freien Leistungswettbewerb der privaten Wirtschaft nicht mehr länger durch Exportsubventionen oder Exportförderungsmaßnahmen der verschiedensten Art verfälschen zu lassen. Die Liberalisierung werde zu einer Farce, wenn die OEEC nicht bereit sei, dieses Uebel wirksam auszuräumen. Die Bundesregierung sei bereit, jeder Vereinbarung zuzustimmen, die auf Wiederherstellung echter Wettbewerbsbedingungen abziele.
5. Alle Problematik der EZU gipfele in der durch die Devisenzwangswirtschaft gekennzeichneten Währungsunordnung. „Es muß deshalb“, so erklärte *Erhard* weiter, „unser gemeinsames Anliegen sein, einen konstruktiven Plan zu entwickeln, der in Umkehrung der seitherigen Zielsetzung uns nicht die vage Hoffnung gibt, daß wir über die Liberalisierung schließlich doch noch zur Konvertierbarkeit gelangen, sondern der aufzeigt, auf welche Weise wir die Konvertierbarkeit als ein freies Zahlungssystem unter Verzicht auf devisenrechtliche Beschränkungen, zumindest für den Güter- und Dienstleistungsaustausch, statuieren können, um zu echter handelspolitischer Freizügigkeit zu kommen.“

Harold Stassen versicherte, Europa brauche nicht aus Furcht vor einem Nachlassen der Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten mit seiner notwendigen wirtschaftlichen Expansion zu zögern. Europa müsse im Gegenteil mit der notwendigen Ausweitung seines Marktes beginnen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei fest entschlossen, keine Depression in den USA aufkommen zu lassen. Sie würde alle verfügbaren Kräfte mobilisieren, um eine Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten sei ebenso wie jedes dynamische Wirtschaftsgefüge von Zeit zu Zeit gezwungen, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Im Augenblick finde ein derartiger Anpassungsprozeß statt, in dem die Regierung versuche, den inflationistischen Druck zu beseitigen und die Regierungsausgaben zu beschränken. Abschließend forderte *Stassen* die Abschaffung aller diskriminierenden Maßnahmen gegen ausländische Kapitalgeber in Europa. Ein Zustrom ausländischen Privatkapitals nach Europa fordere einmal den Erfahrungsaustausch und trage zum anderen zur Behebung von Zahlungsschwierigkeiten bei.

Die Ergebnisse der Ministerratstagung haben nicht nur in der europäischen Presse, sondern auch in offiziellen und privaten Wirtschaftskreisen geteilte Aufnahme und Beurteilung gefunden. Teilweise sieht man in der Tagung den Beweis für das Scheitern der auf die Einführung der integralen Liberalisierung gerichteten Bestrebungen; teilweise sieht man einen wichtigen Fortschritt in dieser Richtung. Zweifellos ist ein beachtlicher Erfolg insofern erzielt worden, als sich der Ministerrat auf die grundsätzlichen Bedingungen einigte, die erfüllt werden müßten, um einen weiteren Ausbau der Liberalisierung zu ermöglichen. Die beteiligten Länder haben sich darüber hinaus verpflichtet, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die nötigen Voraussetzungen für ein volles Wirksamwerden eines multilateralen Währungssystems sicher-

zustellen. Andererseits aber kann nicht übersehen werden, daß die eigentliche Entscheidung über das Wirksamwerden bis Ende März 1954 vertagt worden ist. Ähnlich sind auch die Beschlüsse hinsichtlich der Weiterführung der EZU zu werten. Auch hier werden die eigentlichen Entscheidungen erst im Frühjahr des nächsten Jahres fallen, und es kann nicht übersehen werden, daß aus den Ansprachen von Schatzkanzler Butler und Bundeswirtschaftsminister Erhard deutliche Unterschiede in der Auffassung über die gegenwärtige währungspolitische Situation zu erkennen waren.

Die Benelux-Konferenz in Brüssel am 16. November 1953

In Brüssel fand am 16. November 1953 die erste Konferenz des Ministerkomitees der Benelux-Staaten statt, das durch das Haager Protokoll vom 24. Juli 1953 als konsultatives interparlamentarisches Organ geschaffen wurde, um eine engere Zusammenarbeit zwischen den Benelux-Staaten zu ermöglichen. An der Konferenz nahmen die Außen-, Handels- und Wirtschaftsminister sowie die Finanz- und Landwirtschaftsminister der drei Staaten teil. Die Konferenz nahm mit Genugtuung von den bisherigen Ergebnissen des Haager Protokolls über eine Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik Kenntnis. Die Minister einigten sich über den Text eines Protokolls zur Schaffung eines „Benelux-Fonds“, der den Industrien der drei Länder die Finanzierung von Investitionen erleichtern soll. Der Fonds soll den Industrien und Gewerbetreibenden zu billigem Kredit verhelfen und die wissenschaftliche Forschung innerhalb der Benelux-Union fördern. Die Frage der Finanzierung des Fonds konnte jedoch noch nicht gelöst werden.

Die Minister einigten sich sodann über ein Protokoll, das in Anknüpfung an die im Jahre 1950 in Ostende abgehaltene Benelux-Konferenz die Führung einer gemeinsamen Außenhandelspolitik vorsieht. Darin ist vorgesehen, daß die drei Staaten gemeinsam mit anderen Staaten Handelsabkommen unter Errichtung von gemeinsamen Kontingenten abschließen können. Es bot einige Schwierigkeiten, zu einer diesbezüglichen Einigung zu gelangen, da von holländischer Seite empfohlen wurde, die Grundlagen eines gemeinsamen Auftretens nach außen festzusetzen, während sich Belgien dafür aussprach, die gemeinsame Handelspolitik zunächst einmal versuchsweise gegenüber je einem Land der Dollarzone, der EZU, Südamerikas und des Ostblockes einzuführen. Nach eingehenden Erörterungen wurde beschlossen, die Agrarerzeugnisse, die in Belgien einen „politischen“ Schutz genießen, sowie die Erzeugnisse, deren Produktion in einem Benelux-Staat gemäß dem Haager Protokoll vor den Erzeugnissen eines anderen Benelux-Staates geschützt sind, nicht in die gemeinsame Handelspolitik einzubeziehen. Die Niederlande willigten in Brüssel ein, ab 1. Februar 1954 für eine Reihe von lohnintensiven holländischen Erzeugnissen die Rückgabe der Umsatzsteuer an die Exporteure aufzuheben, wodurch sich die Preise der durch diese Maßnahmen betroffenen holländischen Waren auf dem

belgischen Markt voraussichtlich um 2 bis 3,5 Prozent erhöhen werden. Der Schritt bedarf noch der Billigung des niederländischen Parlaments.

Die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz wurden in den Niederlanden sehr positiv bewertet, während in Belgien die Ansicht vertreten wurde, es sei auch in Brüssel nicht viel erreicht worden. Allgemein betrachtet scheinen sich die Spannungen in der Benelux, nicht zuletzt durch die verbesserte Konjunkturlage in Belgien, jedoch vermindert zu haben. Das Klima für weitere Verhandlungen zwischen den drei Ländern wird daher gegenwärtig als nicht ungünstig beurteilt. Die nächste Konferenz ist für Anfang Dezember 1953 in Luxemburg vorgesehen.

Erste internationale CEPES-Tagung in Deutschland

Die Europäische Vereinigung für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (Comité Européen pour le Progrès Economique et Social CEPES) veranstaltete unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Professor Vittorio Valletta, Turin, am 19. und 20. November 1953 in Frankfurt ihre erste internationale Arbeitstagung. Hierbei wurde unter anderem das Arbeitsprogramm für das kommende Jahr beschlossen. Die Vereinigung beabsichtigt, außer der Fortführung der im Oktober veröffentlichten Studie „Das zweckmäßigste Verfahren zur wirtschaftlichen Integration Europas“ folgende Probleme zu untersuchen:

1. die wirtschaftliche Erschließung der unterentwickelten Gebiete;
2. der Anteil des Staates am Sozialprodukt (Grundlagen einer europäischen Steuer- und Budgetpolitik);
3. das Verhältnis Industrie — Landwirtschaft;
4. das Verhältnis Staat und Wirtschaft.

Darüber hinaus wird die Französische Gruppe des CEPES im Laufe des nächsten Jahres eine eigene Untersuchung über die Ursachen der französischen Wirtschaftsschwierigkeiten durchführen.

Dr. Walter Bauer, der Vorsitzende der deutschen CEPES-Gruppe machte auf der Tagung Ausführungen über die politische und sittliche Verantwortung des Unternehmers. Präsident Valletta beschäftigte sich in seiner Rede vor allem mit der Notwendigkeit, die Produktion in der Landwirtschaft und Industrie auszuweiten, um den steigenden Bedürfnissen der ständig wachsenden Bevölkerung nachzukommen. Gesandter Professor Dr. Ophüls überbrachte die Grüße der Bundesregierung und betonte, wie sehr die Bundesregierung die im CEPES sichtbar werdende Initiative privater Unternehmer und Wirtschaftswissenschaftler begrüße, ihren Beitrag zur europäischen Integration zu leisten. Zum Abschluß der Tagung sprachen Professor Dr. Gustav Gundlach, Pontificia Università Gregoriana, Rom, und Kirchenpropst D. Hans Asmussen D. D., Kiel. Während Professor Gundlach sich mit dem Thema „Ethik und Marktwirtschaft“ beschäftigte, machte Propst Asmussen Ausführungen zum Thema „Wohlfahrtsstaat in christlicher Sicht“ und verband damit Gedanken über die christliche Auffassung in der Frage einer europäischen Integration.

Zeittafel vom 16. bis 30. November 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

20. Das Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion Heinz *Potthoff* äußert sich in einem Vortrag in Frankfurt zum Steuerproblem im Gemeinsamen Markt. Er erklärt, die unterschiedlichen steuerlichen Belastungen in den einzelnen Ländern hätten sich nicht so ungünstig ausgewirkt, wie man befürchtet habe, doch sei der gegenwärtige Zustand keineswegs befriedigend. Es komme darauf an, die wettbewerbsverfälschenden Wirkungen der bestehenden Unterschiede in der steuerlichen Gesamtbelastung der einzelnen Volkswirtschaften zu beseitigen. Das Steuerproblem der Montanunion sei zum Ausgangspunkt von Gesprächen über die Neugestaltung der Steuersysteme und eine gemeinsame Konjunkturpolitik geworden und habe damit verheißungsvolle Perspektiven für die Durchsetzung der europäischen Wirtschaftseinheit eröffnet.
21. Der Kohleausschuß der OEEC gibt in einem Bericht die voraussichtliche Kohlenförderung der Mitgliedsstaaten im Jahre 1953 mit 476,6 Millionen Tonnen an (1952: 475,1 Mill. T.). Da damit das für 1953 gesteckte Ziel von 487 Mill. T. nicht erreicht werden wird, empfiehlt der Ausschuß weitere Investitionen im Kohlenbergbau. Ferner heißt es im Bericht, die Kohleimporte aus Übersee, die 1953 noch 12,9 Mill. T. betrugen, würden 1954 wahrscheinlich ganz wegfallen können.
26. Ratifizierung des EVG-Vertrages durch die belgische Kammer (vgl. Belgien).
Tagung des Exekutivrates der Internationalen Handelskammer in Paris. Der Generalsekretär der OEEC, Robert *Marjolin*, würdigt in seinem einleitenden Referat die Bedeutung der Europäischen Zahlungsunion, die einen maßgebenden Beitrag zur Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft geliefert und wesentliche Fortschritte auf dem Wege zur Konvertibilität der Währungen und zum Freihandel ermöglicht habe. Die Leiter der deutschen und der französischen Delegation, Richard *Merton* und Robert *Giscard d'Estaing*, setzten sich beide für die Herstellung der Währungskonvertibilität als Voraussetzung der europäischen Wirtschaftsintegration ein. Dabei empfiehlt Merton die Errichtung eines Federal Reserve-Systems nach amerikanischem Vorbild, während d'Estaing eine Hohe Währungsbehörde der Montanunion-Staaten in Erwägung zieht.
- 26.—28. Außenministerkonferenz der Staaten der Europäischen Gemeinschaft in Den Haag (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 6232).
27. Die Hohe Behörde der Montanunion veröffentlicht einen Bericht über die Entwicklung des Montanmarktes seit dem Inkrafttreten der Montanunion.

Nordatlantikpakt-Organisation

16. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General *Gruenther*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler *Adenauer*. Auf einer

Pressekonferenz erklärt der General, hinsichtlich der Verteidigungsanstrengungen und Verteidigungspläne seien in Europa bisher gute Fortschritte erzielt worden, für eine weitere gute Zusammenarbeit sei jedoch die militärische Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland unerlässlich. Eine Alternative zur EVG werde im Hauptquartier der NATO-Streitkräfte nicht erwogen. Gruenther sagt ferner, er sei davon überzeugt, daß keine amerikanischen Truppen aus Europa abgezogen werden.

Belgien

16. Ministerkonferenz der Benelux-Länder in Brüssel (vgl. Kurzbericht auf S. 6240).
26. Nach zweiwöchiger Debatte ratifiziert die Kammer den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit 148 gegen 49 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Ein Antrag, in dem vorgeschlagen wurde, das Ratifikationsgesetz erst nach der Durchführung der geplanten Verfassungsänderung (vgl. Zeittafel in EA 22/1953) zu verkünden, wird abgelehnt.

Deutschland

16. Der niederländische Außenminister, Johan W. *Beyen*, führt in Bonn Besprechungen über europäische Fragen, insbesondere im Hinblick auf die am 26. November in Den Haag stattfindende Außenministerkonferenz der Länder der Montanunion.
19. Der Saarausschuß der Bundestagsfraktion der FDP veröffentlicht einen Alternativvorschlag für die Lösung der Saarfrage. Dieser Vorschlag sieht vor: 1. Frankreich erhält das Recht, jährlich bis zur Höhe eines bestimmten Betrages Kohle aus dem Saarland zu beziehen und landwirtschaftliche Produkte in das Saarland zu liefern. 2. Die Bundesrepublik löst die durch Überschreibung von Unternehmen im Saarland abgedeckten französischen Reparationsforderungen ab. 3. Das Saarland wird Bundesland der Bundesrepublik, bleibt aber mit Frankreich durch einen gemeinsamen Markt verbunden. 4. Die ehemals in Staatsbesitz befindlichen Saargruben werden zu je einem Drittel der Bundesrepublik, Frankreich und dem Saarland übereignet; die ehemals in Privatbesitz befindlichen Gruben werden ihren Besitzern zurückgegeben. Als Garantie verpflichtet sich die Bundesrepublik: a) ihre Streitkräfte dem im EVG-Vertrag vorgesehenen europäischen Oberbefehl zu unterstellen, b) im Saarland keine Garnisonen zu unterhalten, falls die EVG nicht zustandekommt, c) an der Schaffung einer europäischen politischen Gemeinschaft mitzuwirken, d) dieser europäischen Gemeinschaft im Saarland exterritoriale Rechte zur Errichtung eines Bundessitzes einzuräumen.

Die neue Verfassung von Baden/Württemberg tritt in Kraft. Am gleichen Tage konstituiert sich der aus der Verfassungsgebenden Landesversammlung hervorgegangene Landtag und wählt Dr. *Neinhaus* (CDU)

- zu seinem Präsidenten. Das am 7. Oktober gebildete Kabinett Dr. Müller wird in seinem Amt bestätigt. Auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Soziale Marktwirtschaft“ in Bad Godesberg spricht sich Bundeswirtschaftsminister Erhard für die Einführung der Konvertibilität der Währungen als einen Schritt zur Herstellung der echten Liberalisierung aus. Der Versuch, die Konvertibilität über die EZU herzustellen, sei illusionistisch, weil die EZU nicht in die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder eingreifen könne.
20. Konstituierende Sitzung der Hamburger Bürgerschaft. Adolph Schönfelder (SPD) wird einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt. Das Vorstandsmitglied des DGB Ludwig Rosenberg erklärt in Bonn, auch die Gewerkschaften müßten nach einem neuen Standort suchen, weil die gesellschaftliche Entwicklung in vielem über traditionsgebundene Begriffe der Gewerkschaften hinausgewachsen sei.
21. Das Innenministerium der DDR hebt mit Wirkung vom 25. November den Interzonenpaßzwang auf. Das Ministerium für Transportmittel- und Landmaschinenbau und das Ministerium für allgemeinen Maschinenbau der DDR werden zu einem Ministerium für Maschinenbau unter Leitung von Heinrich Rau (SED) zusammengelegt.
23. Die Regierung der DDR richtet ein Schreiben an die Bundesregierung, in der sie diese auffordert, sich dem Schreiben der Regierung der DDR an die drei Westmächte vom 7. November anzuschließen und auch ihrerseits den Verzicht auf Reparationsleistungen, die Senkung der Besatzungskosten und den Erlaß der Nachkriegsschulden durch die Westmächte zu fordern. Weiter wird in dem Schreiben die Ueberführung der in ausländischem Besitz befindlichen westdeutschen Betriebe in Volkseigentum gefordert.
24. Das Bundeskabinett verabschiedet den Bundeshaushaltsplan 1954/55, der in Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 27,1 Milliarden DM abschließt (1953/54: 27,85 Mrd. DM). Für den Verteidigungsbeitrag sind wiederum 9 Milliarden vorgesehen.
- Der Berliner Senat wählt die Nachfolger der ausgeschiedenen Senatsmitglieder der SPD und des am 23. November zurückgetretenen parteilosen Senators Werner Müller. Die neuen Senatoren sind: Inneres: Hermann Fischer (FDP), Verkehr und Betriebe: Heinz Ullmann (FDP), Arbeit und Sozialwesen: Heinrich Kreil (CDU). Das Amt des Senators für Bundesangelegenheiten wird von dem Senator für Finanzen, Friedrich Haas, mit übernommen.
25. In einer Sitzung der Volkskammer der DDR gibt der amtierende Ministerpräsident, Walter Ulbricht, eine Regierungserklärung zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ab, in der er für Verhandlungen zwischen den Großmächten und zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Wiedervereinigung eintritt. Im Namen der Regierung der DDR schlägt er hierfür vor: Aufhebung der Beschränkungen des Interzonenhandels, Beendigung aller Reparationszahlungen, Regelung des Interzonenverkehrs, Vereinbarungen über die Stärke der Polizei in der Bundesrepublik und der DDR, Herstellung

- der Verbreitungsfreiheit für alle deutschen Publikationsmittel, Herbeiführung eines Friedensvertrages.
26. Note der Sowjetunion an die Westmächte mit dem Vorschlag zur Abhaltung einer Viermächte-Konferenz in Berlin (vgl. den Wortlaut auf S. 6228 dieser Folge).
28. Deutsch-französische Saarbesprechungen in Den Haag (vgl. den Wortlaut des Communiqués auf S. 6232 dieser Folge).
29. Der saarländische Ministerpräsident, Johannes Hoffmann, erklärt in Saarbrücken auf einer Kundgebung im Anschluß an den Parteitag der CVP, die Saarbevölkerung wünsche eine definitive europäische Lösung des Saarproblems. Wenn auch das Saarland sich im Augenblick in der Diskussion zurückhalte, da es vom guten Willen Bundeskanzler Adenauers und der französischen Regierung überzeugt sei, so werde es doch zu gegebener Zeit seinen Anspruch anmelden, an der Ausarbeitung des Saarstatuts beteiligt zu werden.

Finnland

16. Nach dem Scheitern seiner Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierungskoalition bildet Sakari Tuomioja eine geschäftsführende Regierung, der Persönlichkeiten aus allen Parteien außer den Sozialdemokraten und Kommunisten angehören.
18. Der zurückgetretene Ministerpräsident, Urho Kekkonen, gibt in einem in der Zeitung *Maakansa* veröffentlichten Interview bekannt, daß er mit dem sowjetischen Gesandten, Lebedjew, private Verhandlungen über ein sowjetisches Angebot gewisser handelspolitischer Erleichterungen für Finnland geführt habe. Es habe sich dabei um die Benutzung des für den finnischen Holzexport wichtigen Saima-Kanals, um die Bezahlung eines Teils der sowjetischen Einfuhr aus Finnland in West-Devisen und um die Gewährung eines Darlehens an Finnland gehandelt. Dieses Interview ruft in der finnischen Öffentlichkeit großes Aufsehen hervor. Ministerpräsident Tuomioja erklärt am 20. November, die Regierung werde zwecks Fortsetzung der von Kekkonen begonnenen Besprechungen mit der sowjetischen Regierung Fühlung aufnehmen.

Frankreich

16. Note an die Sowjetunion über die Frage von Viermächtebesprechungen (vgl. den Wortlaut in EA 23/1953, S. 6179).
- 17.—27. Debatte der Nationalversammlung über die französische Europapolitik. In dieser erstmals seit 21 Monaten wieder stattfindenden Europa-Debatte werden von verschiedenen Parteien und Einzelpersonlichkeiten insgesamt elf Resolutionsanträge gestellt, von denen nur zwei — von den Sozialisten und von dem MRP-Abgeordneten Alfred Coste-Floret — eine eindeutige Bejahung einer Politik für die Europäische Gemeinschaft und für die EVG beinhalten. Der Antrag der Sozialisten wird mit 324 gegen 254 Stimmen abgelehnt, die übrigen Anträge kommen nicht zur Abstimmung, da Ministerpräsident Joseph Laniel am 25. November einen von Pierre Garet (unabhängige Rechte) eingereichten Kompromißantrag aufgreift und ihn mit der Vertrauensfrage verbindet. Am 27. November billigt die National-

versammlung diesen Antrag mit 275 gegen 244 Stimmen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Nationalversammlung nimmt Bezug auf die Investiturerklärung des Ministerpräsidenten, die mit sehr großer Mehrheit gebilligt wurde, sie verlangt, daß die Kontinuität der auf den Aufbau eines geeinten Europa gerichteten Politik gesichert werde, sie billigt die Erklärungen der Regierung und geht unter Ablehnung aller Zusatzanträge zur Tagesordnung über.“

21. General Charles *de Gaulle* wendet sich auf einer Pressekonferenz gegen die Politik der Integration Europas. Er erinnert an die Lage kurz nach dem Zweiten Weltkrieg; damals sei Frankreich unabhängig gewesen und habe an der Regierung Deutschlands teilgenommen. Damals hätte man einen europäischen Staatenbund mit einer ständigen Konferenz der Regierungschefs und einer Beratenden Versammlung organisieren sollen. Inmitten dieser Organisation souveräner Staaten hätte Deutschland seinen Platz finden können, und es hätten ihm nach seiner Erprobung die Sicherheiten und Rechte zurückgegeben werden können, die die Alliierten in Besitz hatten. Inzwischen habe Frankreich alle Mittel aus der Hand gegeben, um von Deutschland einen befriedigenden Vertrag erhalten zu können. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten habe sich zu einem Protektorat entwickelt, und die geplante Europa-Armee bleibe gänzlich dem amerikanischen Oberkommando überlassen. Es sei Zeit für Frankreich, sich zu finden; und seine erste Aufgabe sei, festzustellen, ob es mit der sowjetischen Welt ein Arrangement gebe. Auf die Ausführungen *de Gaulles* antwortet der Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, *Jean Monnet*, in einem Interview mit *Le Monde*, in dem er erklärt, die Vorschläge des Generals beruhten auf überholten Begriffen und ignorierten die Lehren der jüngsten Geschichte. Eine Vereinigung souveräner Staaten sei im heutigen Europa nicht mehr möglich, und die in einer solchen Vereinigung notwendige Einstimmigkeit sei nicht zu erreichen; dies gelte insbesondere auch für die nationalen Armeen. Daher sei der einzig gangbare Weg, auf dem Frankreich und Europa sich verpflichten müßten, der Weg der supranationalen Gemeinschaft.

25. Note an die Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 6228 dieser Folge).
28. Deutsch-französische Saarbesprechungen in Den Haag (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 6232 dieser Folge).

Großbritannien

16. Note an die Sowjetunion über die Frage von Viermächte-Besprechungen (vgl. den Wortlaut in EA 23/1953, S. 6179).
17. Das Unterhaus billigt mit 288 gegen 38 Stimmen die Verlängerung des National Service Act von 1948, der die zweijährige Dienstpflicht vorsieht, um weitere fünf Jahre.
20. Das Außenministerium gibt bekannt, daß in den Verhandlungen über die künftige Bindung Großbritanniens an die EVG befriedigende Fortschritte erzielt worden seien. Es seien die Errichtung einer ständigen britischen Vertretung bei der EVG, die Teil-

nahme eines britischen Ministers an den Beratungen des Ministerrates, Beratungen im Falle von Veränderungen der Stärke der britischen Truppen auf dem Kontinent und Zusammenarbeit auf den Gebieten der Ausbildung und Ausrüstung vorgesehen.

25. Note an die Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 6228 dieser Folge).
28. Botschaft an die persische Regierung über die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen (vgl. Persien).

Italien

21. Nach einer Unterredung zwischen Ministerpräsident *Pella* und den Botschaftern der drei Westmächte wird bekanntgegeben, daß Italien einen vom 13. November datierten Vorschlag der Westmächte auf Abhaltung einer Fünfmächtekonferenz über Triest akzeptiert habe.
28. Das Mitteilungsblatt der Europäischen Föderalistischen Bewegung (italienische Gruppe der Union europäischer Föderalisten) meldet die Bildung einer Parlamentarischen Gruppe für die Europäische Union, der 120 italienische Parlamentarier angehören. Präsident der Gruppe wird der frühere Ministerpräsident *Alcide de Gasperi*.

Jugoslawien

20. Nach zehntägigen Besprechungen der Generalstabschefs der drei Staaten des Balkanpaktes in Belgrad wird in einem Kommuniqué bekanntgegeben, daß Einigkeit erzielt worden sei über gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen im Falle eines Angriffs auf einen der Staaten.
22. Wahlen zum Bundesrat, der ersten Kammer der Nationalversammlung. Bei einer Wahlbeteiligung von 88,8 vH werden 95,5 vH der Stimmen für die Kandidaten des Sozialistischen Bundes abgegeben.
26. Außenminister *Kotscha Popowitsch* gibt bekannt, daß die jugoslawische Regierung dem Vorschlag der Westmächte vom 13. November auf Einberufung einer Fünfmächtekonferenz über Triest nicht zustimmen könne, da die Verwirklichung dieses Vorschlages den Beginn der Durchführung des Beschlusses über die Rückgabe der Zone A an Italien bedeuten würde.

Oesterreich

- 23.—28. Tagung des Weltfriedensrates in Wien. Der Rat verabschiedet eine Deklaration, in der die sowjetische Initiative zur Einberufung einer Viermächtekonferenz begrüßt wird. Der Rat spricht sich gegen die EVG, gegen die Aufrüstung und gegen die Errichtung von militärischen Stützpunkten auf fremdem Gebiet aus. In der Deklaration werden die baldige Lösung der deutschen Frage unter Verzicht auf die Wiederbewaffnung Deutschlands, ein absolutes Verbot der Atomwaffen und eine bedeutsame Herabsetzung aller Rüstungen gefordert.
25. Note der Westmächte an die Sowjetunion über den Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 6228 dieser Folge).
26. Als Nachfolger des zurückgetretenen *Karl Gruber* wird der frühere Bundeskanzler *Leopold Figl* zum Außenminister ernannt.

Polen

19. In einer Note an die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks und Norwegens fordert die polnische Regierung die Nachbarländer Deutschlands auf, sich ihrer Freundschaftsbände mit Polen zu erinnern und ihre Bemühungen gegen die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und Militarismus zu verstärken. In der Note wird erklärt, der EVG-Vertrag habe den Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht als vorherrschende Kraft in Europa zum Ziele; damit werde die europäische Armee ein Instrument der Unterstützung des deutschen Revisionismus werden. Das Inkrafttreten der Verträge von Bonn und Paris werde den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland verhindern. Nur eine Verständigung der vier Großmächte auf der Grundlage des Potsdamer

Abkommens könne die Gefahr einer deutschen Hegemonie in Europa beseitigen. Am 25. November richtet die polnische Regierung eine Note an Großbritannien und die Vereinigten Staaten, in der sie die beiden Länder beschuldigt, die von ihnen in Potsdam eingegangenen Verpflichtungen außer acht zu lassen und ein neofaschistisches Westdeutschland in einen Militärstützpunkt verwandeln zu wollen. Sie fordert die Westmächte auf, dem deutschen Revisionismus ein Ende zu bereiten und die Versuche einzustellen, den Völkern Europas eine neue Wehrmacht aufzuzwingen.

Sowjetunion

26. Note an die Westmächte über die Einberufung einer Viermächte-Konferenz (vgl. den Wortlaut auf S. 6228 dieser Folge).

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AMERIKA

Vereinigte Staaten

16. Note an die Sowjetunion über die Frage von Viermächtebesprechungen (vgl. den Wortlaut in EA 23/1953, S. 6179).
18. Außenminister *Dulles* beschäftigt sich in einer Rede vor dem Jahreskongreß des Gewerkschaftsverbandes CIO mit der Stellung der Vereinigten Staaten zum Kolonialismus. Er sagt, der Kolonialismus sei eine vorübergehende Erscheinung gewesen, der nicht nur Gewalt, sondern auch den moralischen und wirtschaftlichen Schlüssel zur Freiheit geboten habe. Nun seien einige Völker, die kürzlich ihre Unabhängigkeit gewonnen haben, in Gefahr, diese an den Kommunismus wieder zu verlieren. Die Vereinigten Staaten träten für das Prinzip der Selbstregierung ein, doch übten sie Zurückhaltung, wo überstürztes Vorgehen nicht zur Unabhängigkeit, sondern zu einer neuen Gefangenschaft führen würde. Die Vereinigten Staaten hätten aber keiner Kolonialmacht einen Blankoscheck gegeben.
25. Note an die Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 6228).

ASIEN

Chinesische Volksrepublik

23. Nach Verhandlungen einer nordkoreanischen Regierungsdelegation mit der Volksregierung wird in Peking ein chinesisch-nordkoreanisches Wirtschafts- und Kulturabkommen unterzeichnet, das unter anderem die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe an Nordkorea in Höhe von 8 Billionen chinesischen Dollars und die Streichung aller aus der Unterstützung im Kriege entstandenen nordkoreanischen Schulden an die Chinesische Volksrepublik vorsieht.

Korea

23. Wirtschaftsabkommen zwischen Nordkorea und der Chinesischen Volksrepublik (vgl. Chinesische Volksrepublik).
25. Der südkoreanische Staatspräsident, Syngman *Rhee*, erklärt sich in einer Botschaft an das Parlament mit der Abhaltung gesamt-koreanischer Wahlen zur Wiedervereinigung Koreas einverstanden.

Persien

24. Auf einen Vorschlag der britischen Regierung, die diplomatischen Beziehungen zwischen Persien und Großbritannien wieder aufzunehmen, erklärt Außenminister *Abdullah Entezam* in einer Rundfunkansprache, der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen stehe nichts mehr im Wege, wenn Großbritannien das Erdöl-Verstaatlichungsgesetz anerkenne. Darauf antwortet die britische Regierung am 28. November, sie erkenne die Verstaatlichung als Faktum an, könne aber auf eine Entschädigung der Anglo-Iranischen Oelgesellschaft nicht verzichten.

Vietnam

28. In einem an diesem Tage in der Stockholmer Zeitung *Expressen* veröffentlichten Interview erklärt der Führer der Vietminh-Bewegung, *Ho Tschu Minh*, die Vietminh sei zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Frankreich bereit, falls die französische Regierung die Feindseligkeiten in Vietnam einstelle und die Unabhängigkeit des Landes anerkenne.

Organisation der Vereinten Nationen

Vollversammlung

27. Gegen die Stimmen des Sowjetblocks wird eine Resolution angenommen, daß in zwei Jahren eine allgemeine Konferenz über die Revision der UN-Charta abgehalten werden soll.
28. Bei Stimmenthaltung des Sowjetblocks billigt die Vollversammlung eine Resolution über die Abrüstungsfrage. Darin wird das Prinzip anerkannt, eine Reduzierung und kontrollierte Begrenzung der Rüstungen durchzuführen, sowie alle Atom-, Wasserstoff-, bakteriologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen zu verbieten und das Verbot unter internationale Kontrolle zu stellen.

Sicherheitsrat

24. Der Rat faßt einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen (Sowjetunion, Libanon) eine Resolution, in der Israel wegen seines Ueberfalls auf das jordanische Dorf Qibyah am 15. Oktober getadelt wird.

Bücher und Broschüren

- Acht Jahre danach... Vereinigtes Deutschland im geeinten Europa. Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn: 1953. 64 S.
- Die Arbeiterwohlfahrt 1952. Jahrbuch. Herausgegeben vom Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Bonn: o. J. 212 S.
- Bauer, Hans: Die Schweiz vor europäischen Tatsachen. Herausgegeben von der Europa-Union, Schweizerische Bewegung für die Einigung Europas. Basel: 1953. 20 S.
- Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn: 1953. Vierte erweiterte Auflage. 153 S.
- Bittel, Karl: Vom Potsdamer Abkommen zur Viermächte-Konferenz. Der Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage. Mit einer Dokumentensammlung. Berlin: Kongreß-Verlag 1953. 189 S.
- Borch, Herbert von: NATO — Die Struktur der atlantischen Gemeinschaft. München: Wilhelm Heyne Verlag 1953. 67 S.
- Bräker, Hans: Direkte Exportförderungsmaßnahmen konkurrierender europäischer Länder. (Schriften zur Außenhandelsförderung, Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel; Herausgeber: Dr. habil. Karlrobert Ringel; Heft 2.) Köln: Deutscher Wirtschaftsdienst G. m. b. H. 1953. 95 S.
- Conant, James B.: Staatsbürger und Wissenschaftler. (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 17. Im Auftrage des Ministerpräsidenten Karl Arnold herausgegeben von Ministerialdirektor Professor Leo Brandt.) Köln u. Opladen: Westdeutscher Verlag 1953. 39 S.
- Conference for the Conclusion and Signature of the Treaty of Peace with Japan. Record of Proceedings. (Department of State Publication 4392, International Organization and Conference Series II, Far Eastern 3, Released December 1951, Division of Publications, Office of Public Affairs.) Washington: Department of State United States of America, o. J. V, 468 S. \$ 1.25.
- Copland, Sir Douglas: Problems of the Sterling Area with special Reference to Australia. (Essays in International Finance No. 17, September 1953.) Princeton: International Finance Section, Department of Economics and Social Institutions, Princeton University 1953. 28 S.
- Deutschland — Frankreich — Europa. Die deutsch-französische Verständigung und der Geschichtsunterricht. Im Auftrage des Internationalen Schulbuchinstituts herausgegeben von Professor Dr. Georg Eckert und Dr. Otto-Ernst Schüddekopf. Baden-Baden: Verlag für Kunst und Wissenschaft 1953. 144 S.
- Dischler, Ludwig: Der Auswärtige Dienst Frankreichs. Zweiter Teil. Hektographierte Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg; Reihe D: Studien; Abt. II: Auslandsforschung, Bd. I, zweiter Teil. Hamburg: 1952; VI, 185 S. DM 7,—.
- Elsholz, Konrad: Die soziale Entwicklung in der Bundesrepublik. Ergebnisse — Ursachen — Erfordernisse.

- Sonderdruck aus der Zeitschrift „Deutsche Versicherungszeitschrift“, Heft 4 und 5, Jahrgang 1953. Berlin — Bielefeld — München: Erich Schmidt Verlag 1953. 10 S.
- European Payments Union. Third Annual Report of the Managing Board. 1st July 1952 — 30th June 1953. Published by the Organization for European Economic Co-operation. Paris: 1953. 125 S. mit 4 Tabellenanhängen. Dasselbe in franz. Sprache.
- Fourastié, Jean, und André Varagnac: Puissance économique et culturelle de l'Europe Unie. (Europe Unie, Collection dirigée par André Varagnac.) Institut International d'Archéo-Civilisation Paris. Denoel: La Plaque Tourmente 1953. 95 S.
- Gross, Hermann: Die Möglichkeiten des heutigen Südosthandels unter besonderer Berücksichtigung des Donauverkehrs. Vortrag vor dem Deutschen Kanal- und Schifffahrtsverein Rhein-Main-Donau e. V., Sektion Frankfurt/Main, gehalten am 3. März 1953. Nürnberg: Selbstverlag des Deutschen Kanal- und Schifffahrtsvereins Rhein-Main-Donau e. V. 1953. 51 S.
- Just, Artur W.: Stalin und seine Epoche. Vom Sklavensohn zum Zarenthron. München: Wilhelm Heyne Verlag 1953. 75 S.
- Kruse, Hans: Besatzungsmacht und Freiheitsrechte. Rechtsgutachten zum Naumann-Fall. Göttinger Beiträge für Gegenwartsfragen: Völkerrecht — Geschichte — Internationalpolitik, Band 7. Hrsg. Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen. Göttingen: „Musterschmidt“ Wissenschaftlicher Verlag 1953. 94 S. DM 6.60.
- Lewis, Roy, und Angus Maude: Professional People. London: Phoenix House Ltd. 1952. 284 S. 18 s.
- Die Verfasser des in England schnell berühmt gewordenen Werkes über „The English Middle Classes“ legen hier eine zweite außerordentlich instruktive Schrift vor, in der sie die Probleme der „Professional People“, des Fachmannes, des Experten, des Spezialisten unserer Tage untersuchen. Sie diskutieren nicht nur die Entwicklung dieser Gruppe im 20. Jahrhundert sowie ihre gegenwärtige Lage und Zukunftsaussichten, die in erster Linie die unmittelbar Betroffenen angeht, sondern darüber hinaus allgemein interessierende gesellschaftliche Probleme dieser Gruppe, gekennzeichnet durch Kapitelüberschriften wie: „The State as Client“, „The Impact of Nationalization“, „The Individualist in Trouble“, „The socialized Professions“ u. a. m.
- Maurach, Reinhart: Das Rechtssystem der UdSSR. (Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte, herausgegeben von Werner Markert, Nr. 18.) München: Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung 1953. Als Manuskript veröffentlicht. 48 S. u. Bibliographie.
- Meissner, Boris: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943—1953. Abhandlungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Band 5. Hamburg: H. H. Nölke Verlag 1953. 372 S.
- Zu einem Zeitpunkt, in dem man sich anschickt, das Deutschlandproblem sowie die Frage des österreichischen Staatsvertrages erneut und gemeinsam zum Gegenstand einer Viermächtekonferenz zu machen, ist es besonders angezeigt, auf die beiden Abhandlungen hinzuweisen, die geeignet sind, auf dem Wege zu einer gesamteuropäischen Friedensregelung politisch und zeitgeschichtlich wertvolle Orientierungen zu vermitteln. Beide Arbeiten sind bemüht, auf dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzung zwischen West und Ost an Hand des vorliegenden Quellen-

materials eine exakte Darstellung der Entwicklungslinien bis in die Gegenwart zu geben.

Meissner, dessen Abhandlung über die sowjetische Deutschlandpolitik von Stalingrad bis Potsdam (1943—1945) bereits im „Europa-Archiv“ (Ost-Archiv) 6. Jg. 1951, S. 4525—38, 7. Jg. 1952, S. 4683—94, 4907—20 vorabgedruckt worden ist, verarbeitet die zugänglichen Dokumente und Veröffentlichungen im Rahmen des historischen Ablaufes zu einer systematischen Betrachtung der Fragenbereiche, die immer wieder auftauchen, so z. B. das Problem der deutschen Ostgrenze, der Besatzungspolitik, der Ent- oder Bewaffnung, die Frage der politischen und wirtschaftlichen Einheit, des Friedensvertrages usw. Auf diese Weise fällt es dem Leser leicht, die Auffassungen zu den Fragenbereichen bis in den Zeitraum der westeuropäischen Integration — also bis in die jüngste Gegenwart hinein — zu verfolgen. Ein Sach- und Personenregister erleichtert den praktischen Gebrauch.

The Organization for European Economic Co-operation. History and Structure. Paris: 1953. 46 S.

Lord Pakenham: Bom to believe. An Autobiography. London: Jonathan Cape 1953. 254 S. 18 s.

Die beiden Schlüsselpunkte dieser Karriere eines englischen Politikers sind einmal der Uebertritt eines nach Herkunft und Erziehung zum Konservatismus bestimmten jungen Mannes zur Labour Party und zum anderen seine Aufnahme in die Katholische Kirche. Lord Pakenhams offensichtliches Anliegen war es zu zeigen, wie seine politische Karriere aufs engste verbunden ist mit der menschlichen Entwicklung und den daraus folgenden privaten Entscheidungen. Darüber hinaus aber hat diese Selbstdarstellung eines achtundvierzigjährigen, also keineswegs im Memoirenalter stehenden prominenten englischen Politikers den überaus großen Reiz, gerade dasjenige Stück der Zeitgeschichte ein wenig aufzuhehlen, das unserem heutigen Verständnis noch sehr zu schaffen macht.

Procedure of the Consultative Assembly. Strasbourg: Council of Europe 1953. 184 S.

Richter, Werner: Von der Bedeutung der Geisteswissenschaften für die Bildung unserer Zeit. (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 1. Im Auftrage des Ministerpräsidenten Karl Arnold herausgegeben von Ministerialdirektor Professor Leo Brandt.) Köln u. Opladen: Westdeutscher Verlag 1953. 54 S.

Shimkin, Demetri B.: Minerals. A Key to Soviet Power. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press 1953. 452 S. \$ 8,—.

Dieses Buch vermittelt in einer den Zeitraum 1926 bis 1950 umfassenden systematischen Darstellung einen Ueberblick über die Bodenschätze, deren Förderung und Verbrauch im Gebiet der Sowjetunion. Damit ist gleichzeitig der Versuch einer Darstellung der wirtschaftlichen Probleme und wirtschaftlichen Möglichkeiten Rußlands verbunden, der für das Verständnis der russischen Politik neue Aspekte eröffnet.

Weidlein, Johann: Hintergründe der Vertreibung der Deutschen aus Ungarn. Eine historische Studie. Schorn-dorf: Selbstverlag des Verfassers 1953. 32 S. DM 1,50.

Weisser, Gerhard: Stilwandlungen der Wohnungsgenossenschaften. (Institut für Selbsthilfe e. V., Köln, Forschungsinstitut des Ständigen Ausschusses für Selbsthilfe.) Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1953. 48 S. DM 2,80.

Wirtschaft ohne Wunder. Beiträge von L. Einaudi, F. A. Hayek, W. Röpke, A. Rüstow, F. Baudhuin, L. Erhard, H. D. Gideonse, F. Nemschak, J. Rueff, P. Baffi, F. W. Meyer, C. Mötteli, R. Mueller, v. Muthesius, E. Welter. (Volkswirtschaftliche Studien, herausgegeben von Albert Hunold.) Erlench-Zürich: Eugen Rentsch Verlag 1953. 359 S. Geb. DM 11,50; Leinen DM 14,80.

Zwischenbilanz der Politik der Marktwirtschaft aus Anlaß des Fünfjahresfestes der deutschen Währungs- und Wirtschaftsreform. Eine Sammlung von Vorträgen über Grundlagen, praktische Gestaltung und Einzelprobleme dieser Politik von maßgeblichen Vertretern aus verschiedenen westlichen Ländern. So unter anderem: Einaudi, Sparen und Investieren; Hayek, Entstehung und Verfall des Rechtsstaatsideals; Röpke, Alte und neue Oekonomie; Rüstow, Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus.

The Year Book of World Affairs 1953. Hrsg. vom London Institute of World Affairs. London: Stevens and Sons Ltd. 1953. XI, 427 S. £ 2/2/—.

Dieses Jahrbuch enthält zwölf Aufsätze von Experten über aktuelle internationale Probleme, darunter den Ausbau der Atlantischen Gemeinschaft, die Entwicklung der sowjetischen Kommunistischen Partei, das Deutschland-Problem, die britischen Kolonialprobleme in Afrika und die unterentwickelten Gebiete. In einer umfangreichen Bibliographie sind etwa 200 Neuerscheinungen auf dem Gebiet der Internationalen Politik ausführlich und kritisch besprochen.

Bibliographien

Bibliographischer Index und Literaturbericht des Instituts für Raumforschung. 2. Halbjahr 1951, Heft 4/6. Bonn: Institut für Raumforschung 1953. XXIII, 401 S. DM 4,—.

Répertoire des périodiques publiés par les organisations internationales non gouvernementales. Publié conjointement par l'Union des Associations Internationales et la Fédération Internationale de Documentation avec l'aide de l'UNESCO. Bruxelles: 1953. 110 S. DM 8,50.

The United States and Europe. A Bibliographical Survey of Thought Expressed in American and British Writings of 1951/1952. Washington: The Library of Congress, European Affairs Division, Reference Department 1953. VI, 255 S.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guilton, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myllusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myllusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirz-bodenweg 80, Basel.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONSABTEILUNG DES EUROPARATS

Die Tätigkeit des Europarats im November 1953

I. Tagungen der Organe des Rates

Stellvertreter der Minister

Die fünfzehnte Sitzung der Stellvertreter der Außenminister des Europarats hat vom 16. bis 20. November unter Vorsitz des Ständigen Vertreters Belgiens, Herrn F. L. Goffart, in Straßburg stattgefunden.

Die Stellvertreter billigten den Haushalt des Europarats für 1954. Dieser Haushalt, der sich auf etwas weniger als 900 Millionen Franken beläuft, ist im Vergleich mit dem des Jahres 1953 herabgesetzt. Er sieht die allmählich zu vollziehende Bildung einer Abteilung des Sekretariats zur Sicherung der Tätigkeit der Organe vor, die durch die am 3. September in Kraft getretene Konvention der Menschenrechte und der Grundfreiheiten geschaffen wurden.

Es wurde beschlossen, daß die nächste Sitzung der Stellvertreter der Minister am 7. Dezember in Paris beginnen soll. Anschließend wird die dreizehnte Sitzung des Ministerkomitees stattfinden (am 11. und 12. Dezember in Paris).

Präsidium der Versammlung

Das Präsidium der Beratenden Versammlung hat am 23. und 24. November unter Vorsitz von Herrn de Menthon in London getagt.

Das Präsidium prüfte die im Zusammenhang mit der Bildung einer Europäischen Kommission für Menschenrechte stehenden Fragen. Eine Liste von Kandidaten für diese Kommission wird dem Präsidium bei seiner nächsten Sitzung im Januar unterbreitet werden.

Gemäß den Bestimmungen der Konvention schlägt die Beratende Versammlung dem Ministerkomitee die Kandidaten vor, und dieses ernennt dann die Mitglieder der Kommission.

Das Präsidium beriet außerdem die Tagesordnung der kommenden Tagung des Gemischten Ausschusses des Europarats, die am 12. Dezember in Paris stattfinden wird. Es beschloß, daß bei dieser Gelegenheit mit den Ministern die Ansichten der Beratenden Versammlung über die Verbindung zwischen dem Europarat und der Europäischen Politischen Gemeinschaft erörtert werden sollen.

II. Andere Tagungen

Außenminister der Sechs

Die Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl tagten am 26., 27. und 28. November unter dem Vorsitz des Außenministers des Großherzogtums Luxemburg, Herrn Bech, in Den Haag. Nach Abschluß ihrer Beratungen wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: (Vgl. den Wortlaut auf S. 6232 dieser Folge).

III. Politische Fragen

Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten

Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten der Beratenden Versammlung hat vom 20. bis 22. November

unter Vorsitz von Herrn Guy Mollet (Franzose) in Paris getagt.

Das Saarland

Der Ausschuß setzte die Prüfung des Berichts von Herrn van der Goes van Naters (Holländer) über das zukünftige Statut des Saarlandes fort.

Der Ausschuß befaßte sich mit einer großen Zahl von Abänderungsvorschlägen, die hauptsächlich von französischen, deutschen und saarländischen Mitgliedern eingebracht worden waren. Er beschloß, die Paragraphen und Abänderungsvorschläge, die wirtschaftliche Gesichtspunkte behandeln, einer aus sieben Mitgliedern bestehenden Arbeitsgruppe zuzuweisen, die von Sachverständigen unterstützt werden kann und am 4. Dezember in Brüssel tagen soll. Diese Gruppe setzt sich zusammen aus Herrn Guy Mollet, dem Vorsitzenden, und Herrn van der Goes van Naters, dem Berichterstatter des Ausschusses, sowie den Herren Braun (Saarländer), Delbos (Franzose), de Freitas (Engländer), Jakobsen (Däne) und Pfeleiderer (Deutscher).

Während einer ersten Untersuchung wurde schon über gewisse Beschlüsse, die politischen Aspekte der Saargefrage betreffend, verhandelt, aber man hielt es für richtig, eine Abstimmung über den Gesamtkomplex erst dann vorzunehmen, wenn die Arbeitsgruppe in der Lage sein wird, bei der nächsten Vollsitzung des Ausschusses im Januar 1954 einen Bericht vorzulegen.

Konsultation

Der Ausschuß hörte dann einen Bericht von Herrn Pernot (Franzose) über die Einrichtung eines Konsultationsverfahrens zwischen den europäischen Delegationen der internationalen Organisationen.

Europäische Politische Gemeinschaft

Nachdem der Ausschuß einen Bericht von Herrn Bohy (Belgier) zur Kenntnis genommen hatte, faßte er den Beschluß, daß sich eine Abordnung der Versammlung nach Den Haag begeben könnte, falls die Minister der Sechs es wünschen sollten.

IV. Juristische und Verwaltungsfragen

Abschaffung der Sichtvermerke

Während der Tagung der Stellvertreter der Minister teilte der Ständige Vertreter der Türkei mit, daß seine Regierung die Abschaffung der Einreisevisa für die mit gültigen Reisepässen versehenen Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung vom 1. November 1953 beschlossen habe. Der Vertreter der Türkei erklärte, daß dieser Beschluß auf die Maßnahme der Bundesrepublik Deutschland folge, die entsprechend der Entschließung 20 (52) des Ministerkomitees ergriffen worden sei und durch die für die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten des Europarats und der OEEC die Einreisevisa abgeschafft worden seien (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 3. Jahrgang, Nr. 7, VI A).

Er teilte dazu noch mit, daß die Zahl der Mitgliedstaaten des Europarats, mit denen die türkische Regierung sich über die Abschaffung der Sichtvermerke verständigt habe, sich auf acht belaufe. Es sind dies: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich. (Seit der Tagung der Stellvertreter der Minister hat auch Dänemark ein ähnliches Abkommen mit der Türkei abgeschlossen.)

Menschenrechte

Am 19. November billigte der belgische Senat mit 140 Stimmen gegen eine Stimme einen Gesetzentwurf über die Ratifikation der Europäischen Konvention der Menschenrechte und ihres Zusatzprotokolls. Ebenfalls wurde ein Zusatz angenommen, nach dem der König nur ermächtigt ist, die Konvention auf die überseeischen Gebiete zu erstrecken, für die Belgien verantwortlich ist, wenn das Parlament seine Zustimmung zu dieser Erweiterung gegeben hat.

Die Regierung wird ermächtigt, das Recht der Individualklage und die obligatorische Gerichtsbarkeit des Gerichtshofes anzuerkennen.

Der verabschiedete Gesetzentwurf wird dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden.

V. Kulturelle Fragen

Kultursachverständige

Der Unterausschuß des Ausschusses der Kultursachverständigen hat am 30. November unter Vorsitz von Herrn Seymour (Vereinigtes Königreich) in Straßburg getagt, um die Frage des Kulturausweises des Europarats zu erörtern. Es sei daran erinnert, daß dieser Kulturausweis, der am 1. Juni 1954 in Benutzung genommen werden soll, denjenigen der Organisation des Brüsseler Abkommens ersetzen wird, den zur Zeit sechs Mitgliedstaaten des Europarats gebrauchen.

VI. Flüchtlinge und Ueberbevölkerung

Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge

Die Arbeitsgruppe des Ausschusses für Bevölkerung und Flüchtlinge der Beratenden Versammlung hat am 27. und 28. November unter Vorsitz von Herrn Boggianno-Pico (Italiener) in Heidelberg getagt.

Die Arbeitsgruppe hat einen genau festgelegten und konkreten Plan für die Eingliederung einer Gruppe von Flüchtlingen geprüft, der durch die Internationale Gesellschaft für Christlichen Aufbau ausgearbeitet und von den Herren Schütz, Golitscheck und Paul (Deutsche) vorgelegt wurde.

VII. Verschiedenes

Ständige Vertreter

Herr Sten Ingmar Hagglof, der Leiter der schwedischen Delegation bei der OEEC, ist mit Wirkung vom 6. November zum Ständigen Vertreter Schwedens beim Europarat ernannt worden.

Herr Géraud Jouve, der Ständige Vertreter Frank-

reichs beim Europarat, ist zum Bevollmächtigten Minister befördert worden.

Während der Tagung der Stellvertreter der Minister teilte der Stellvertreter der Bundesrepublik Deutschland die Absicht seiner Regierung mit, demnächst einen Ständigen Vertreter beim Europarat zu ernennen. Nach dieser Ernennung bleiben nur noch drei Mitgliedstaaten ohne ständige Vertretung in Straßburg.

Abgeordnete und Stellvertreter der Bundesrepublik Deutschland

Am 11. November wählte der Bundestag einstimmig folgende Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Beratenden Versammlung:

Abgeordnete:

Herr Becker (FDP), von Brentano (CDU/CSU), Erler (SPD), Haasler (GB/BHE), Gerstenmaier (CDU/CSU), Kalbitzer (SPD), Kiesinger (CDU/CSU), Kopp (CDU/CSU), Leverkus (CDU/CSU), Lütken (SPD), von Merkat (DP), Mommer (SPD), Pünder (CDU/CSU), Frau Rehling (CDU/CSU), Herr Schmid (SPD), Frau Schroeder (SPD), Herr Schütz (CDU/CSU), Graf von Spreiti (CDU/CSU).

Stellvertreter:

Herr Altmaier (SPD), Birkelbach (SPD), Fürst von Bismarck (CDU/CSU), Herr Even (CDU/CSU), Gräfin Finckenstein (GB/BHE), Herr Gerns (CDU/CSU), Dr. Hellwig (CDU/CSU), Herr Höfler (CDU/CSU), Lemmer (CDU/CSU), Lück (CDU/CSU), Marx (SPD), Frau Mayer-Laule (SPD), Dr. Oesterle (CDU/CSU), Herr Paul (SPD), Dr. Pfeleiderer (FDP), Herr Trittelwitz (SPD), Dr. Wahl (CDU/CSU), Dr. Helene Weber (CDU/CSU).

Neuer schwedischer Stellvertreter

Baron Gerard de Geer, Mitglied der Ersten Kammer, ist an Stelle des im vergangenen September verstorbenen Herrn Wallentheim zum stellvertretenden Mitglied der Beratenden Versammlung ernannt worden.

Internationale Arbeitsorganisation

Der Verwaltungsrat der ILO hat vom 23. bis 27. November in Genf getagt. Der Generalsekretär des Europarats wurde durch Herrn Tenfjord, Conseiller für Soziale Fragen, vertreten.

Vorrechte und Immunitäten

Die griechische Regierung hat das Allgemeine Abkommen über die Vorrechte und Immunitäten des Europarats ratifiziert.

Organisation des Brüsseler Abkommens

Der Unterausschuß des Kulturausschusses der Organisation des Brüsseler Abkommens hat zur Prüfung der Frage des Kulturausweises am 17. November in Den Haag eine Sitzung abgehalten. Der Generalsekretär des Europarats wurde bei dieser Sitzung durch Herrn Crivon, Conseiller für Kulturelle Angelegenheiten, vertreten.

